



CREDIT SUISSE

Geschäftsbericht 2012

Credit Suisse Group AG

Finanzkennzahlen

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2012	2011	2010	12 / 11	11 / 10
Reingewinn (in Mio. CHF)					
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn	1 349	1 953	5 098	(31)	(62)
davon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 349	1 953	5 117	(31)	(62)
Ergebnis pro Aktie (in CHF)					
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie	0.82	1.37	3.91	(40)	(65)
Verwässertes Ergebnis pro Aktie	0.81	1.36	3.89	(40)	(65)
Eigenkapitalrendite (in %)					
Den Aktionären zurechenbare Eigenkapitalrendite	3.9	6.0	14.4	-	-
Kernergebnis (in Mio. CHF) ¹					
Nettoertrag	23 606	25 429	30 625	(7)	(17)
Rückstellung für Kreditrisiken	170	187	(79)	(9)	-
Total Geschäftsaufwand	21 557	22 493	23 904	(4)	(6)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	1 879	2 749	6 800	(32)	(60)
Kernergebnis: Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %) ¹					
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	91.3	88.5	78.1	-	-
Gewinnmarge vor Steuern	8.0	10.8	22.2	-	-
Effektiver Steuersatz	26.4	24.4	22.8	-	-
Reingewinnmarge ²	5.7	7.7	16.6	-	-
Verwaltete Vermögen und Netto-Neugelder (in Mia. CHF)					
Verwaltete Vermögen aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 250.8	1 185.2	1 205.3	5.5	(1.7)
Netto-Neugelder	10.8	46.6	62.4	(76.8)	(25.3)
Bilanzdaten (in Mio. CHF)					
Total Aktiven	924 280	1 049 165	1 032 005	(12)	2
Ausleihungen, netto	242 223	233 413	218 842	4	7
Total Eigenkapital der Aktionäre	35 498	33 674	33 282	5	1
Materielles Eigenkapital der Aktionäre ³	26 866	24 795	24 385	8	2
Buchwert pro ausstehende Aktie (in CHF)					
Total Buchwert pro Aktie	27.44	27.59	28.35	(1)	(3)
Materieller Buchwert pro Aktie ³	20.77	20.32	20.77	2	(2)
Ausstehende Aktien (in Mio.)					
Ausgegebene Stammaktien	1 320.8	1 224.3	1 186.1	8	3
Eigene Aktien	(27.0)	(4.0)	(12.2)	-	(67)
Ausstehende Aktien	1 293.8	1 220.3	1 173.9	6	4
Börsenkaptalisierung					
Börsenkaptalisierung (in Mio. CHF)	29 402	27 021	44 683	9	(40)
Börsenkaptalisierung (in Mio. USD)	32 440	28 747	47 933	13	(40)
BIZ-Daten (Basel II.5) ⁴					
Risikogewichtete Aktiven (in Mio. CHF)	224 296	241 753	247 702	(7)	(2)
Kernkapitalquote (Tier 1) (in %)	19.4	15.2	14.2	-	-
Quote des inneren Kernkapitals (Core Tier 1) (in %)	15.5	10.7	9.7	-	-
Dividende pro Aktie (in CHF)					
Dividende pro Aktie	0.75 ⁵	0.75 ⁶	1.30 ⁶	-	-
Anzahl Mitarbeitende (auf Vollzeitbasis)					
Anzahl Mitarbeitende	47 400	49 700	50 100	(5)	(1)

¹ Siehe «Berichterstattungsstruktur der Credit Suisse» und «Kernergebnis» in II – Kommentar zu den Resultaten für weitere Informationen zum Kernergebnis. ² Basierend auf den Aktionären zurechenbaren Beträgen. ³ Eine unter GAAP nicht definierte Finanzgrösse. Das materielle Eigenkapital der Aktionäre wird durch Abzug des Goodwill und der sonstigen immateriellen Werte (gemäss unserer Bilanz) vom Total Eigenkapital der Aktionäre berechnet. ⁴ Seit 31. Dezember 2011 unter Basel II.5. Zuvor unter Basel II ausgewiesen. Siehe «Kapitalbewirtschaftung» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen. ⁵ Antrag des Verwaltungsrats an die Generalversammlung vom 26. April 2013. Siehe «Kapitaltrends und Kapitalausschüttungsvorschlag» in II – Kommentar zu den Resultaten – Kernergebnis – Informationen und Entwicklungen für weitere Informationen. ⁶ Aus Reserven aus Kapitaleinlagen bezahlt.

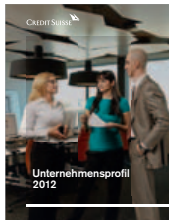
Geschäftsbericht 2012



Geschäftsbericht

Der Geschäftsbericht enthält eine detaillierte Darstellung der Jahresrechnung der Credit Suisse Group, der Unternehmensstruktur, der Corporate Governance und Vergütung und des Treasury- und Risikomanagements sowie einen ausführlichen Kommentar zu den Betriebs- und Finanzresultaten.

Zum Titel: Atrium Uetlihof 2, Credit Suisse, Zürich, Schweiz



Bericht Unternehmerische Verantwortung und Unternehmensprofil

Der Bericht Unternehmerische Verantwortung zeigt detailliert, wie die Credit Suisse im Bankgeschäft ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und der Umwelt wahrnimmt. Die Publikation wird durch den **Responsibility Chronicle** multimedial ergänzt, der Berichte, Videos und Bildergalerien zu unseren internationalen Projekten und Initiativen beinhaltet. Dem Bericht Unternehmerische Verantwortung ist das Unternehmensprofil 2012 beigelegt, welches die wichtigen Finanzdaten sowie strategische Informationen in Kurzform enthält.

www.credit-suisse.com/verantwortung

Im Rahmen dieses Geschäftsberichts beziehen sich, soweit es der Kontext nicht anders erfordert, die Bezeichnungen «Credit Suisse Group», «Credit Suisse», «die Gruppe», «wir», «uns» und «unser(e)» auf die Credit Suisse Group AG und deren konsolidierte Tochtergesellschaften. Das Geschäft der Credit Suisse AG, der Schweizer Tochtergesellschaft der Gruppe, ist weitgehend deckungsgleich mit jenem der Gruppe, und wir verwenden diese Bezeichnungen für beide, wenn der thematische Bezug derselbe oder nahezu derselbe ist. Die Bezeichnung «die Bank» bezieht sich auf Credit Suisse AG, die Schweizerische Bank-Tochtergesellschaft der Gruppe, sowie deren konsolidierte Tochtergesellschaften. Abkürzungen und speziell gekennzeichnete Begriffe werden im Abkürzungsverzeichnis und im Glossar am Ende dieses Berichts erklärt. Die englische Version dieses Geschäftsberichts ist die rechtsgültige Version. In den Tabellen steht «–» für «nicht aussagekräftig» oder «nicht anwendbar».

-
- 4 Vorwort des Verwaltungsratspräsidenten und des Chief Executive Officer
 - 8 Credit Suisse auf einen Blick

9 Informationen zum Unternehmen

- 10 Strategie
- 14 Unsere Geschäftsbereiche
- 23 Organisation und Regionen
- 25 Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden
- 40 Risikofaktoren

51 Kommentar zu den Resultaten

- 52 Geschäftsumfeld
- 55 Credit Suisse
- 59 Kernergebnis (mit Übersicht über die Resultate)
- 73 Private Banking & Wealth Management
- 85 Investment Banking
- 90 Corporate Center
- 92 Verwaltete Vermögen
- 95 Kritische Bewertungen in der Rechnungslegung

III

- 103 **Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz**
- 104 Management von Liquidität und Refinanzierung
- 111 Kapitalbewirtschaftung
- 131 Risikomanagement
- 162 Bilanzielle, ausserbilanzielle und sonstige vertragliche Verpflichtungen

IV

- 167 **Corporate Governance und Vergütung**
- 168 Corporate Governance
- 203 Vergütung

V

- 245 **Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group**
- 247 Bericht der Revisionsstelle
- 249 Konsolidierte Jahresrechnung
- 257 Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung
- 417 Kontrollen und Verfahren
- 418 Bericht der Independent Registered Public Accounting Firm

VI

- 419 **Statutarische Jahresrechnung – Credit Suisse Group**
- 421 Bericht der Revisionsstelle
- 423 Statutarische Jahresrechnung
- 425 Anhang zur Jahresrechnung
- 439 Antrag zur Verwendung des Bilanzgewinns und Kapitalausschüttung
- 440 Bericht der Kapitalerhöhungsprüfer

A-1 Anhang

- A-2 Ausgewählte Informationen
- A-4 Abkürzungsverzeichnis
- A-6 Glossar
- A-10 Informationen für Investoren
- A-12 Finanzinformationen: Termine und Quellen

Vorwort des Verwaltungsratspräsidenten und des Chief Executive Officer

Sehr geehrte Aktionäre, Kunden und Mitarbeitende

2012 war ein anspruchsvolles Jahr. Verschärfte aufsichtsrechtliche Rahmenbedingungen, das sich verändernde makroökonomische Umfeld und sich wandelnde Kundenbedürfnisse erforderten von den Banken grosse Anstrengungen. Insbesondere die Zuspitzung der Schuldenkrise in der Eurozone hat die Umsetzung des Basel-III-Regelwerks und der Schweizer «Too Big To Fail»-Gesetzgebung nochmals in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. In der Schweiz waren die Entwicklungen im grenzüberschreitenden Vermögensverwaltungsgeschäft geprägt von der Suche nach einer politischen Basis für die Zukunft dieses Geschäfts und von den laufenden Bemühungen, eine Lösung zur Bereinigung der Vergangenheit, insbesondere mit anderen europäischen Ländern und den USA, zu finden.

Auf dieses veränderte Umfeld haben wir 2012 reagiert und konnten dabei auf den bereits 2008 eingeleiteten strategischen Massnahmen aufbauen. So haben wir 2012 unsere Kapitalbasis erheblich gestärkt, unsere Kosten gesenkt, die Bilanzsumme und die risikogewichteten Aktiven verringert und die Organisation unserer Geschäftsbereiche neu ausgerichtet. Gleichzeitig haben wir in allen Geschäftsbereichen Marktanteile gewonnen, weiter in Schlüsselmärkte investiert und für das Geschäftsjahr einen soliden bereinigten* Vorsteuergewinn ausgewiesen.

Unser Geschäftsmodell konzentriert sich nun auf die Bereiche, in denen wir im neuen Marktumfeld für Kunden und Aktionäre Mehrwert schaffen können. Wir sind zuversichtlich, dass wir mit unserem weltweit führenden Vermögensverwaltungsgeschäft für private und institutionelle Kunden, unserem kapitaleffizienten Investment-Banking-Geschäft und unserer Universalbank im Heimmarkt Schweiz über ein breit aufgestelltes Geschäft verfügen und künftig stabile Erträge erzielen können.

Deutliche Fortschritte bei der Neuausrichtung unserer Bank

Im Jahr 2012 haben wir unsere Organisation weiter an die neuen regulatorischen Anforderungen, das sich verändernde Marktumfeld und die sich wandelnden Kundenbedürfnisse angepasst:

- Wir haben die risikogewichteten Aktiven unter Basel III um weitere CHF 55 Mia. abgebaut. Per Ende 2012 beliefen sich die risikogewichteten Aktiven somit auf CHF 284 Mia. Damit haben wir unser Ziel, bis Ende 2013 die risikogewichteten Aktiven auf unter CHF 280 Mia. zu vermindern, schon beinahe erreicht.
- Wir haben unser Kapital durch CHF 12,3 Mia. an Look-through Swiss Core Capital** auf Pro-forma-Basis erheblich gestärkt. Die per Ende 2018 erforderliche Swiss Core Capital Ratio von 10% dürfte bereits Mitte 2013 erreicht werden.
- Wir haben unsere Kostenbasis um CHF 2,0 Mia. gesenkt gegenüber der angepassten* annualisierten Kostenbasis für das erste Halbjahr 2011 und sind dabei, unser Kostenreduktionsziel von CHF 4,4 Mia. bis Ende 2015 zu erreichen.
- Wir haben das Geschäftsmodell und die Organisationsstruktur unserer Geschäftsbereiche angepasst. Unsere neue, integrierte Division Private Banking & Wealth Management hat eine starke globale Präsenz und wird weiterhin ein wichtiger Ertragspfeiler für die Bank sein. In der Division Investment Banking haben wir unser Geschäftsmodell auf die Anforderungen von Basel III ausgerichtet. Gleichzeitig konzentrieren wir uns auf ertragsstarke Geschäftsbereiche, in denen wir eine marktführende Stellung haben.

In dieser Übergangsphase haben wir solide Erträge erzielt, eine bereinigte* Eigenkapitalrendite von 10% für das Gesamtjahr 2012 erwirtschaftet und Marktanteile gewonnen.

Entwicklung der einzelnen Geschäftsbereiche

Im Private Banking & Wealth Management machten wir im vergangenen Jahr gute Fortschritte bei der Anpassung unseres Geschäfts an das neue Umfeld. Gleichzeitig verzeichneten wir eine gute Kundennachfrage und haben unsere Profitabilität gesteigert. Um unsere Produkte, die Beratung und Dienstleistungen für unsere Kunden besser aufeinander abzustimmen, haben wir im November 2012 wichtige organisatorische Massnahmen angekündigt. Wir sind überzeugt, dass wir damit unsere Produktivität und Effizienz weiter steigern werden. Die neue, integrierte Division Private Banking & Wealth Management wird von Hans-Ulrich Meister und Robert Shafir geleitet. Sie umfasst die Geschäftsbereiche Wealth Management Clients und Asset Management sowie Corporate & Institutional Clients in der Schweiz. Mit seiner starken globalen Präsenz ist der Bereich Wealth Management Clients heute gut aufgestellt, um auch im neuen regulatorischen Umfeld und ungeachtet des anhaltenden Margendrucks attraktive Renditen zu erwirtschaften. Der Bereich Asset Management konzentriert sich auf liquide alternative Anlageinstrumente und Portfoliomanagement sowie auf die enge Zusammenarbeit mit unseren anderen Geschäftsbereichen. Insbesondere in unserem Heimmarkt Schweiz ist unser Asset Management Geschäft sehr gut aufgestellt.

Im Investment Banking haben wir unser Geschäftsmodell weiterentwickelt und erfüllen als eine der ersten weltweit tätigen Banken die Anforderungen von Basel III. 2012 steigerten wir Ertrag und Profitabilität bei deutlich reduzierten risikogewichteten Aktiven und einer erheblich tieferen Kostenbasis. Im November 2012 haben wir Gaël de Boissard, Leiter Fixed Income, zum Mitglied der Geschäftsleitung ernannt. Er leitet die Division Investment Banking gemeinsam mit Eric Varvel, der weiterhin die Bereiche Equities und Investment Banking Department führt. Die neue Führungsstruktur der Division Investment Banking widerspiegelt die Bedeutung des Aktiengeschäfts und des Beratungs- und Emissionsgeschäfts. Gleichzeitig bestätigt sie unsere Fortschritte bei der Anpassung des Fixed Income Bereichs an die neuen Gegebenheiten und dessen Bedeutung für die Credit Suisse.

Die gestraffte Organisation beruht auf den strategischen Massnahmen, die wir seit 2008 ergriffen haben. Sie hilft uns, unsere Geschäfts-Strategie schneller umzusetzen, weitere Marktanteile zu gewinnen, Kapital ausgeglichener zwischen den Divisionen Private Banking & Wealth Management und Investment Banking einzusetzen und die Kosteneffizienz weiter zu verbessern.

Darüber hinaus haben wir unsere Shared-Services-Funktionen an die veränderten geschäftlichen Bedürfnisse angepasst. Shared Services unterstützt das Geschäft in den Bereichen Finance, Operations, Human Resources, Legal & Compliance, Risk Management und IT. Um die Einführung einer gemeinsamen Infrastruktur zu beschleunigen und die Koordination zu verbessern, haben wir im vergangenen Jahr die Bereiche Finance, Operations und IT zusammengeführt. Dadurch gewährleisten wir eine effizientere Zusammenarbeit mit den Geschäftsbereichen und verbessern den Zugang der Kunden zu unseren ausgezeichneten Dienstleistungen und Produkten. Zudem haben wir weitere Dienstleistungsbereiche in unsere Centers of Excellence verlagert, die künftig eine noch grössere strategische Bedeutung haben werden.

Unser Ergebnis 2012

Im Jahr 2012 erzielten wir einen bereinigten* Vorsteuergewinn (Kernergebnis) von CHF 5 008 Mio., mehr als das Doppelte des Vorjahresergebnisses von CHF 2 371 Mio. Der bereinigte* den Aktionären zurechenbare Reingewinn betrug CHF 3 577 Mio. und die bereinigte* Eigenkapitalrendite 10%. Nach Berücksichtigung bedeutender nicht operativer Posten, wie Belastungen für Fair-Value-Anpassungen von CHF 2 939 Mio. infolge einer Höherbewertung eigener Verbindlichkeiten, resultierte ein Vorsteuergewinn (Kernergebnis) von CHF 1 879 Mio., ein den Aktionären zurechenbarer Reingewinn von CHF 1 349 Mio. und eine Eigenkapitalrendite von 3,9%.

Im Private Banking & Wealth Management belief sich der Nettoertrag im Jahr 2012 auf CHF 13 541 Mio. und blieb damit gegenüber dem Jahr 2011 beinahe unverändert, trotz des weiterhin geringen Handelsvolumens und des Tiefzinsumfelds. Der Geschäftsaufwand betrug CHF 9 584 Mio., was gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang von 8% entspricht. Unter Berücksichtigung der Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten von CHF 478 Mio. im Jahr 2011 im Zusammenhang mit den Steuerangelegenheiten in Deutschland und in den USA beträgt der Rückgang 3%. Der geringere Aufwand ist auf die 2012 umgesetzten Massnahmen zur Effizienzsteigerung zurückzuführen, unter anderem auf die Integration von Clariden Leu. Das Private Banking & Wealth Management verzeichnete im Gesamtjahr einen Neugeldzufluss von CHF 40,6 Mia. mit Zuflüssen in allen Regionen, insbesondere in den Emerging Markets und im Segment der sehr vermögenden Privatkunden. Diese Zuflüsse wurden durch bedeutende Abflüsse gemindert. Dazu gehören der Abfluss eines einzelnen margenschwachen Kundenmandats in Höhe von CHF 14,7 Mia. im ersten Quartal 2012, strukturelle Abflüsse von CHF 6,9 Mia. in Westeuropa und Abflüsse von CHF 7,5 Mia. im Zusammenhang mit der Integration von Clariden. Insgesamt verzeichnete das Private Banking & Wealth Manage-



Brady W. Dougan, Chief Executive Officer (links), Urs Rohner, Präsident des Verwaltungsrats.

ment für das Gesamtjahr einen Netto-Neugeldzufluss von CHF 10,8 Mia.

Das Investment Banking erzielte 2012 einen Nettoertrag von CHF 12 558 Mio., was einer Zunahme von 20% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Zunahme ist vor allem auf höhere Erträge im Bereich Fixed Income infolge eines günstigeren Marktumfelds und der Neupositionierung des Bereichs zurückzuführen. Der Geschäftsaufwand des Investment Banking sank um 4% gegenüber dem Vorjahr, vorwiegend aufgrund unserer Massnahmen zur Effizienzsteigerung. Das Investment Banking verringerte 2012 die risikogewichteten

Aktiven gegenüber 2011 um USD 55 Mia. auf USD 187 Mia. und hat bei der bis Ende 2013 angestrebten Reduktion der risikogewichteten Aktiven auf unter USD 175 Mia. deutliche Fortschritte erzielt. Die normalisierte* Rendite des Investment Banking auf das unter Basel III zugeteilte Kapital verbesserte sich 2012 auf 14%, ohne Berücksichtigung von Verlusten aus dem Abwicklungsportfolio.

Im vergangenen Geschäftsjahr profitierten wir weiterhin von unserem integrierten Geschäftsmodell. So erzielten wir 18,6% der bankweiten Nettoerträge aus der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Geschäftsbereichen.

Mehrwert für unsere Kunden, Aktionäre und Mitarbeitenden

Wir wollen eine Bank sein, die nahe bei seinen Kunden ist und für diese die besten Leistungen erbringt. Gleichzeitig wollen wir für unsere Aktionäre langfristig Wert schaffen, für unsere mehr als 47 000 Mitarbeitenden weltweit ein attraktiver Arbeitgeber sein und unsere Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen. Wir haben uns rasch an die strukturellen Veränderungen in unserem Geschäftsumfeld angepasst und nehmen die Ansprüche unserer verschiedenen Anspruchsgruppen sehr ernst. Wir sind überzeugt, dass die Credit Suisse für Kunden, Aktionäre und Mitarbeitende dank der bereits ergriffenen und angekündigten Massnahmen ein starker und verlässlicher Partner ist.

Wir danken unseren Aktionären und Kunden für ihre Treue und für das Vertrauen, das sie der Credit Suisse auch 2012 entgegengebracht haben und wir danken speziell auch unseren Mitarbeitenden für ihr Engagement und ihren wichtigen Beitrag zu unserem Geschäftserfolg.

Freundliche Grüsse

Urs Rohner
Präsident des
Verwaltungsrats

Brady W. Dougan
Chief Executive Officer

März 2013

* Die bereinigten, normalisierten und angepassten Ergebnisse sind Nicht-GAAP-Finanzkennzahlen. Die nachstehende Tabelle zeigt eine Überleitung für einige dieser Kennzahlen. Weitere Informationen zur Berechnung der bereinigten, normalisierten und angepassten Kennzahlen, einschliesslich einer Überleitung für frühere Berichtsperioden, der angepassten annualisierten Kostenbasis und der normalisierten Rendite (nach Steuern) auf das unter Basel III zugeteilte Kapital im Investment Banking aus weiterzuführender Geschäftstätigkeit, finden sich in der Folienpräsentation zu den Ergebnissen des vierten Quartals 2012.

** Per 1. Januar 2013 wurde in der Schweiz das Basel-III-Regelwerk zusammen mit der «Too Big To Fail»-Regulierung und die dazugehörigen Vorschriften in die schweizerische Gesetzgebung übernommen. Unsere diesbezüglichen Offenlegungen erfolgen im Einklang mit der aktuellen Auslegung der entsprechenden Anforderungen, einschliesslich relevanter Annahmen. Änderungen bei der definitiven Umsetzung dieser Anforderungen in der Schweiz oder bei Annahmen und Schätzungen könnten die hier verwendeten Zahlen verändern. Wir haben zudem das Look-through Swiss Core Capital für das Jahr 2012 auf Pro-forma-Basis gestützt auf der Annahme berechnet, dass wir die im Juli 2012 bekannt gegebenen restlichen Kapitalmassnahmen in Höhe von CHF 0,8 Mia. erfolgreich umsetzen werden.

	Kernergebnis: Vorsteuergewinn		Den Aktionären zurechen- barer Reingewinn		Eigenkapitalrendite (in %)	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Übersicht über die wesentlichen Positionen (in Mio. CHF)						
Ausgewiesenes Ergebnis	1 879	2 749	1 349	1 953	3.9	6.0
Fair-Value-Verluste/(Gewinne) aus Veränderung der eigenen Kreditrisikoprämien	2 939	(1 616)	2 261	(1 151)	–	–
Kosten der Neuausrichtung	680	847	477	640	–	–
Gewinn aus dem Verkauf eines Beteiligungsanteils an Aberdeen Asset Management	(384)	(15)	(326)	(13)	–	–
Gewinn aus dem Verkauf eines Nichtkerngeschäfts (Clariden-Leu-Integration)	(41)	–	(37)	–	–	–
Wertberichtigung von Asset Management Finance LLC und sonstige Verluste	68	–	41	–	–	–
Gewinn aus dem Verkauf von Liegenschaften	(533)	(72)	(445)	(60)	–	–
Gewinn aus dem Verkauf von Wincasa	(45)	–	(45)	–	–	–
Verluste aus dem geplanten Verkauf von bestimmten Private-Equity-Anlagen	82	–	72	–	–	–
Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten	363 ¹	478 ²	230 ¹	428 ²	–	–
Bereinigtes Ergebnis	5 008	2 371	3 577	1 797	10.0	5.5

¹ Enthält CHF 136 Mio. (CHF 96 Mio. nach Steuern) in Bezug auf wesentliche Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten im Investment Banking im dritten Quartal 2012 und CHF 227 Mio. (CHF 134 Mio. nach Steuern) in Bezug auf Rückstellungen für die NCFE-Rechtsstreitigkeiten im vierten Quartal 2012. ² In Bezug auf Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten in Zusammenhang mit Steuerangelegenheiten in Deutschland und in den USA.

Credit Suisse auf einen Blick

Credit Suisse

Als eines der weltweit führenden Finanzdienstleistungsunternehmen bieten wir unsere Erfahrung und Fachkompetenz im Finanzsektor Unternehmen, institutionellen Investoren und staatlichen Körperschaften wie auch sehr vermögenden Personen auf der ganzen Welt und Privatkunden in der Schweiz an. Die 1856 gegründete Credit Suisse besitzt heute eine globale Reichweite mit Geschäftsaktivitäten in über 50 Ländern und 47 400 Mitarbeitenden aus rund 100 verschiedenen Nationen. Diese weltweite Präsenz ermöglicht es uns, geografisch ausgewogene Ertragsströme und Netto-Neugeldzuflüsse zu generieren sowie Wachstumschancen zu nutzen, wo auch immer sie sich anbieten. Wir bedienen unsere vielfältige Kundschaft über unsere beiden Divisionen, die eng zusammenarbeiten, um Gesamtlösungen auf der Basis innovativer Produkte und einer massgeschneiderten Beratung anzubieten.

Private Banking & Wealth Management

Das Private Banking & Wealth Management bietet Privatkunden, Firmenkunden und institutionellen Kunden umfassende Beratungsdienstleistungen und eine breite Palette von Finanzlösungen an. Die Division Private Banking & Wealth Management umfasst die Bereiche Wealth Management Clients, Corporate & Institutional Clients und Asset Management. Wealth Management Clients betreut äusserst vermögende und sehr vermögende Privatpersonen auf der ganzen Welt sowie Privatkunden in der Schweiz. Corporate & Institutional Clients kümmert sich vornehmlich in der Schweiz um die Bedürfnisse von Unternehmen und institutionellen Kunden. Das Asset Management bietet staatlichen Körperschaften, Institutionen, Unternehmen und Privatkunden weltweit ein breites Spektrum an Anlageprodukten und -lösungen in den verschiedensten Anlageklassen und in allen Anlagestilen an.

Investment Banking

Das Investment Banking bietet eine breite Palette von Finanzprodukten und -dienstleistungen an. Sie umfassen den weltweiten Verkauf von, Handel und Transaktionen mit Wertpapieren, Prime Brokerage, Kapitalbeschaffung, Unternehmensberatung und umfassende Investmentanalysen. Der Schwerpunkt liegt auf dem Kerngeschäft mit kundenorientierten und kapitaleffizienten Aktivitäten. Zu den Kunden zählen Unternehmen, staatliche Körperschaften, institutionelle Anleger einschliesslich Hedgefonds und Privatpersonen auf der ganzen Welt. Die Credit Suisse erbringt ihre Dienstleistungen im Investment Banking durch regionale und lokale Teams in wichtigen globalen Finanzzentren. Fest verankert im integrierten Modell der Credit Suisse, arbeitet das Investment Banking eng mit dem Private Banking & Wealth Management zusammen, um den Kunden massgeschneiderte Finanzlösungen anzubieten.



Informationen zum Unternehmen

10 Strategie

14 Unsere Geschäftsbereiche

23 Organisation und Regionen

25 Gesetzgebung und
Aufsichtsbehörden

40 Risikofaktoren

Strategie

Eine integrierte globale Bank

Wir bieten unseren Kunden in der Schweiz und auf der ganzen Welt massgeschneiderte Produkte und umfassende Lösungen und Beratung an. Die Fähigkeit, unseren Kunden weltweit auf ihre individuellen Bedürfnisse zugeschnittene Bankdienstleistungen anzubieten, verschafft uns im heutigen sich rasch wandelnden und wettbewerbsbetonten Markt einen grossen Vorteil.

Als integrierte Bank bündeln wir unsere Stärken und Kompetenzen in den zwei global tätigen Divisionen Private Banking & Wealth Management und Investment Banking. Unterstützt werden sie von unseren Shared Services. Sie bieten zentrale Dienstleistungen und Geschäftslösungen und gewährleisten eine starke Compliance-Kultur. Geografisch sind wir entlang vier Regionen organisiert: Schweiz; Europa, Naher Osten und Afrika; Nord- und Südamerika sowie Asien/Pazifik. Als globale Bank mit lokaler Präsenz sind wir in der Lage, rasch auf sich verändernde Kundenbedürfnisse und sich wandelnde Rahmenbedingungen zu reagieren.

Fortschritte bei den wichtigsten strategischen Säulen

Im vergangenen Jahr erzielten wir grosse Fortschritte in der Weiterentwicklung unserer kundenorientierten kapitaleffizienten Strategie. Ziel dieser Strategie ist es, neue Kundenbedürfnisse und aufsichtsrechtliche Trends zu berücksichtigen und zugleich attraktive Renditen für unsere Aktionäre zu generieren. Wichtige Schritte haben wir unternommen, um unser Geschäftsportfolio anzupassen, unsere Kapitalbasis zu optimieren und zu stärken und um unsere Kostenbasis zu reduzieren. Dank dieser Massnahmen bringt die Credit Suisse heute beste Voraussetzungen mit, sich in ihren ausgewählten Geschäftsfeldern und Märkten auf der ganzen Welt trotz schwierigen Marktbedingungen zu behaupten.

- ▶ Siehe «Kosteneinsparungen und Umsetzung der Strategie» in II – Kommentar zu den Resultaten – Kernergebnis – Informationen und Entwicklungen für weitere Informationen über Kosteneffizienz auf Gruppenebene.
- ▶ Siehe «Kapitalbewirtschaftung» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen über Kapitaltrends.

Organisatorische Neuausrichtung

Im November 2012 haben wir die Neuausrichtung unserer Bank angekündigt. Die neue Organisation ermöglicht uns nicht nur eine weitere Fokussierung, sondern auch eine raschere Umsetzung unserer Strategie. So haben wir unser bisheriges Private Banking und Asset Management in der neuen Division Private Banking & Wealth Management zusammengeführt. Zudem wurde der Grossteil unseres Schweizer Wertschriftenhandels- und -verkaufs von der Division Investment Banking in die neue Division transferiert. Zudem ordneten wir gewisse Verantwortlichkeiten in der Geschäftsleitung neu. Die vier Leiter unserer beiden Divisionen sind neu auch je für eine der vier Regionen zuständig. Die neue Führungsstruktur ermöglicht eine effiziente, regionen- und divisionsübergreifende Zusammenarbeit. Ertragschancen können so dank effektiver Abstimmung zwischen den Rechtseinheiten und der Führungsstruktur besser genutzt werden. Gleichzeitig werden damit auch die aufsichtsrechtlichen Erwartungen erfüllt.

Private Banking & Wealth Management

Unsere Division Private Banking & Wealth Management umfasst die Bereiche Wealth Management Clients, Corporate & Institutional Clients und Asset Management. Im Bereich Wealth Management Clients liegt der Schwerpunkt weiterhin auf der Umsetzung unserer internationalen Wachstumsstrategie, wobei der Fokus insbesondere auf den wachstumsstarken und grossen Onshore-Märkten und auf unserem Segment der äusserst vermögenden Privatkunden (Ultra-High-Net-Worth Individuals, UHNWI) liegt. Gleichzeitig wollen wir unsere starke Position auf dem Schweizer Markt weiter ausbauen und dabei unsere Effizienz verbessern. In der Schweiz haben wir zudem unsere Organisation neu ausgerichtet, um die Steigerung des Marktanteils und die operative Effizienz besser aufeinander abzustimmen. Im Bereich Corporate & Institutional Clients haben wir unseren Fokus auf die spezifischen Kundenbedürfnisse in den verschiedenen Geschäftsbereichen weiter geschärft. Im Bereich Asset Management haben wir unsere Ausrichtung auf liquide, skalierbare alternative Anlageprodukte und Multi-Asset Class Solutions verstärkt. Dafür haben wir uns von kleineren oder weniger kapitaleffizienten Bereichen getrennt und somit unser Engagement gezielt optimiert.

Investment Banking

In der Division Investment Banking bieten wir unseren Kunden auch künftig ein breites Spektrum an Anlagemöglichkeiten in Aktien und Anleihen sowie Investmentberatungen und -dienstleistungen. Wir konzentrieren uns dabei auf Geschäftsbereiche, in denen wir einen Wettbewerbsvorteil geniessen und in der Lage sind, auch unter den neuen aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen profitabel zu sein und eine attraktive Kapitalrendite zu erarbeiten. Während die Branche noch immer vor bedeutenden Umstrukturierungen steht, haben wir unsere Transformation im Wesentlichen bereits abgeschlossen und verfügen über ein Geschäftsmodell, welches das regulatorische Regelwerk von Basel III in jeder Hinsicht erfüllt. Wir werden auch künftig unser Kapital in den Geschäftsbereichen einsetzen, wo wir eine marktführende Stellung innehaben und hohe Margen erzielen. Um weitere Ertragssteigerungen zu erzielen, reduzieren wir gleichzeitig unsere risikogewichteten Aktiven (Risk-weighted Assets, RWA) und unsere Kostenbasis weiter.

Kosteneffizienz auf Gruppenebene

Im Jahr 2012 haben wir weitere Kostensenkungsinitiativen ergriffen. Dadurch erreichten wir unser ursprüngliches Sparziel von CHF 2 Mia. gegenüber der annualisierten Kostenbasis im ersten Halbjahr 2011, gemessen an konstanten Wechselkursen und bereinigt um Restrukturierungskosten und andere bedeutende nicht-operative Kosten und die variable Vergütung, ein Jahr früher als geplant. Die Anpassung und die Optimierung unserer Geschäftstätigkeit in den Geschäftsbereichen und Regionen treiben wir weiter voran. Gleichzeitig richten wir unsere Shared Services an den geänderten Geschäftsprioritäten aus.

Als Folge der Integration der beiden bisherigen Divisionen Private Banking und Asset Management in die neue Division Private Banking & Wealth Management sowie weiterer Massnahmen haben wir im Februar 2013 unsere Kostensparziele im Verhältnis zu unserer annualisierten Kostenbasis des ersten Halbjahres 2011, bereinigt um die gleichen Faktoren wie oben beschrieben, angehoben. Die neuen Sparziele betragen CHF 3,2 Mia. für 2013, CHF 3,8 Mia. bis Ende 2014 und CHF 4,4 Mia. bis Ende 2015. Wir rechnen im Zusammenhang mit diesen Massnahmen mit Restrukturierungskosten von CHF 1,6 Mia. im Zeitraum von 2013 bis 2015.

- ▶ Siehe «Kosteneinsparungen und Umsetzung der Strategie» in II – Kommentar zu den Resultaten – Kernergebnis – Informationen und Entwicklungen für weitere Informationen über Kosteneffizienz auf Gruppenebene.

Prioritäten der Gruppe

Wir sind überzeugt, dass wir mit unserer kundenorientierten, kapitaleffizienten Strategie von einem verbesserten Marktumfeld profitieren werden. Gleichzeitig ist das Verlustpotenzial beschränkt, sollten die Finanzmärkte nachgeben. Das künftige aufsichtsrechtliche Umfeld hat sich konkretisiert, und wir sind mit der Umsetzung der neuen Regeln schon weit fortgeschritten.

Wir streben eine annualisierte Eigenkapitalrendite (Return on equity, ROE) nach Steuern von 15% über die Marktzyklen hinweg an. Dabei wollen wir uns noch stärker auf die profitabelsten Kundensegmente fokussieren, weitere Marktanteile gewinnen und unsere weltweite Präsenz ausbauen. Dies beinhaltet auch unser Ziel, bis 2014 25% unseres Ertrags in den Emerging Markets zu erwirtschaften. Dabei gelten nach wie vor folgende Prioritäten:

Kundenfokus

Die Bedürfnisse unserer Kunden haben für uns oberste Priorität. Für sie sind wir ein beständiger, zuverlässiger, flexibler und langfristiger Partner. Wir können auch komplexe und produktübergreifende Bedürfnisse abdecken, wie sie äusserst vermögende Kunden, grosse und mittelgrosse Gesellschaften, Unternehmer, institutionelle Kunden und Hedgefonds haben. Wir nehmen ihre Anliegen ernst und entwickeln erstklassige Lösungsansätze, so dass unsere Kunden bessere finanzielle Entscheide treffen können. Angesichts der grundlegenden Veränderungen, denen die Finanzindustrie unterworfen ist, sind wir ständig bestrebt, unsere Kunden zu befähigen, dass sie ihre Ziele erreichen und Erfolg haben. Die Betreuung unserer wichtigsten Kunden verstärken wir laufend, indem wir sie mit erfahrenen Mitarbeitenden betreuen, die unser integriertes Geschäftsmodell umzusetzen wissen. Wir verfügen über eine starke Kapitalausstattung sowie eine bekannte Marke und verzeichnen eine hohe Kundenzufriedenheit. Unsere Fortschritte finden allgemein Anerkennung. In Zusammenhang mit *Euromoney's Awards for Excellence* wurden wir 2012 als «Best Private Bank Globally», «Best Investment Bank in Switzerland» und «Best Emerging Markets and Western Europe M&A House» ausgezeichnet.

Mitarbeitende

Hochqualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen, sie zu fördern und langfristig an uns zu binden ist ein entscheidender Erfolgsfaktor. Nur so können wir unseren Kunden erstklassige Dienstleistungen und Lösungen bieten. Alle Bewerber durchlaufen ein strenges Auswahlverfahren, das neben fachlichen und intellektuellen Fähigkeiten auch Aspekte berücksichtigt, die wichtig für unsere Unternehmenskultur sind. Wir begleiten die Entwicklung unserer Talente und identifizieren die optimalen Einsatzmöglichkeiten im Einklang mit ihren eigenen Bedürfnissen und den Bedürfnissen der Credit Suisse. Wir fördern die Laufbahnentwicklung über alle Geschäftsbereiche und Regionen hinweg und unterstützen in hohem Masse die interne Mobilität. Akzeptanz anderer Sichtweisen, ein integratives Umfeld und Sensibilität gegenüber unterschiedlichen Kulturen ist in unserer Unternehmenskultur verankert. In der bankeigenen Business School schulen wir unsere Kader, Fachleute und Kundenberater in einem breiten Themenspektrum. Die Vergütung unserer Mitarbeiter berücksichtigt nicht nur die individuelle Leistung und den Geschäftserfolg des Unternehmens, sondern soll auch die Interessen der Mitarbeitenden mit jenen der Aktionäre in Einklang bringen.

Interne Zusammenarbeit

Wir bedienen unsere Kunden über die Grenzen unserer Organisation und der Divisionen hinweg mit erstklassigen Produkten und Dienstleistungen. Zur Steuerung, Messung und Regelung der bereichsübergreifenden Zusammenarbeit haben wir spezifische Führungsstrukturen geschaffen. Im Jahr 2012 haben wir dadurch Erträge in Höhe von CHF 4,4 Mia. oder 19% des Nettoertrags erwirtschaftet. Auch künftig sollen durch diese Zusammenarbeit Erträge von 18% bis 20% des Nettoertrags erzielt werden. Seit der Einführung unseres Programms im Jahr 2006 konnten wir zahlreiche Kunden für unsere individuell abgestimmten und integrierten Lösungen gewinnen. Dieser Ansatz unterscheidet die Credit Suisse von vielen Konkurrenten. Die interne Zusammenarbeit gewinnt laufend an Bedeutung, etwa bei individuellen Investment-Banking-Lösungen für Unternehmer und sehr vermögende Kunden oder auch bei Managed Investment Products, die von Private Banking & Wealth Management entwickelt werden. Zudem profitieren wir von unserem divisionsübergreifenden Management Development und von der internen Mobilität. Dadurch leistet die interne Zusammenarbeit, etwa durch Cross-Selling und Empfehlungen durch Kunden, einen nachhaltigen Beitrag zum Geschäftserfolg.

Kapital- und Risikomanagement

Für unser Geschäft ist ein disziplinierter Umgang mit Risiken im Rahmen unserer strategischen Prioritäten zentral. Daher steuern wir unsere Liquidität und unser Kapital konservativ. Im Juli 2012 kündigten wir eine Reihe umfassender Massnahmen an, um die Stärkung unserer Kapitalbasis voranzutreiben. Dies vor dem Hintergrund des aktuellen Marktumfelds und den veränderten aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie der Umsetzung des ◉Basel-III-Regelwerks und der Schweizer ◉«Too Big To Fail»-Gesetzgebung. So nahmen wir unter anderem Kapital bei strategischen Investoren und bestehenden Aktionären auf und tätigten strategische Veräusserungen und Immobilienverkäufe. Zum Jahresende 2012 lag die Schweizer «Look-through»-Kernkapitalquote (Swiss Core Capital Ratio) bei 9,0%, und unsere Kernkapitalquote (Tier 1) unter ◉Basel II.5 erhöhte sich auf 19,4% von 15,2% im Jahr 2011. Unsere Leverage Ratio unter Basel II.5 verbesserte sich auf 5,8% von 4,6% im Jahr 2011. Wir optimierten unsere Bilanz weiter und wollen die Bilanzsumme 2013 auf unter CHF 900 Mia. reduzieren. Dies im Vergleich zum Ende des dritten Quartals 2012 und ohne Berücksichtigung von Fremdwährungseffekten. Wir setzen unser Kapital weiterhin diszipliniert ein und stellen unsere gesamten Risiken auf Basis ökonomischer Betrachtungen in Beziehung zu den Kundenbedürfnissen und unseren Kapitalressourcen.

Per 1. Januar 2013 wurde das Basel-III-Regelwerk des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basler Ausschuss) zusammen mit der Schweizer ◉«Too Big To Fail»-Regulierung und den dazugehörigen Vorschriften in die schweizerische Gesetzgebung übernommen. Unsere diesbezüglichen Offenlegungen entsprechen der aktuellen Auslegung der Anforderungen, einschliesslich der massgeblichen Annahmen. Im Falle von Änderungen bei der endgültigen Umsetzung dieser Vorschriften in der Schweiz oder von Änderungen an unseren Annahmen oder Schätzungen würden sich Zahlen ergeben, die von den in diesem Bericht dargestellten Werten abweichen. Bei der Berechnung unserer Kapitalquoten legen wir die ◉risikogewichteten Aktiven per 31. Dezember 2012 so zugrunde, als wäre das Basel-III-Regelwerk in der Schweiz an diesem Datum in Kraft getreten.

- ▶ Siehe «Kapitalbewirtschaftung» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen über Kapitaltrends.

Effizienz

Wir wollen eine der effizientesten Banken sein, ohne dabei aber unser Wachstum oder unsere Reputation zu gefährden. Im Jahr 2013 streben wir ein Aufwand-Ertrags-Verhältnis (Cost/Income Ratio) von unter 70% an. Im Rahmen der angekündigten Weiterentwicklung unserer Strategie haben wir mit Projekten zur Verbesserung der Effizienz bereits erhebliche Kostensenkungen erzielt, die zur Stärkung der Kostenkontrolle beitragen. So haben wir die Beschäftigung im Rahmen unseres Centers-of-Excellence-(CoE-)Programms auf über 14 000 Stellen aufgestockt, die Effizienz gesteigert und Initiativen zur verstärkten Nutzung der Dienstleistungskompetenzen und Talente an unseren CoE-Standorten eingeleitet.

Um Fortschritte zu messen und unsere Leistungen einzuschätzen, haben wir diverse Leistungsindikatoren (Key Performance Indicators, KPI) für Wachstum, Effizienz und Performance und Eigenmittel definiert, die über die Geschäftszyklen hinweg erreicht werden sollen. Diese Indikatoren wurden per Jahresende 2012 aktualisiert.

- ▶ Siehe «Leistungsindikatoren» in II – Kommentar zu den Resultaten – Kernergebnis – Informationen und Entwicklungen für eine detailliertere Beschreibung von unseren Geschäftsbereichen und ihren Ergebnissen für 2012 im Vergleich zu den definierten Zielen.

Branchentrends und Wettbewerb

Das Jahr 2012 war für die Finanzdienstleistungsbranche geprägt von Veränderungen. Banken suchten sich den neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen, veränderten makroökonomischen Bedingungen und gewandelten Kundenbedürfnissen anzupassen. Gleichzeitig wurde weiter über das Vorgehen und Timing zur Umsetzung des ◊Basel-III-Regelwerks und der Schweizer ◊«Too Big To Fail»-Gesetzgebung debattiert. In der Schweiz waren die Entwicklungen im grenzüberschreitenden Vermögensverwaltungsgeschäft geprägt von der Suche nach einer politischen Basis für die Zukunft dieses Geschäfts und von den laufenden Bemühungen, eine Lösung zur Bereinigung der Vergangenheit, vor allem mit den europäischen Ländern und den USA, zu finden.

- ▶ Siehe «Unsere Geschäftsbereiche – Private Banking & Wealth Management» und «Unsere Geschäftsbereiche – Investment Banking» für weitere Informationen.

Unternehmerische Verantwortung und Code of Conduct

Wir sind überzeugt, dass eine verantwortungsvolle Unternehmensführung ein entscheidender Faktor ist für den nachhaltigen Geschäftserfolg. Wir erwarten daher von allen unseren Mitarbeitenden und von den Mitgliedern des Verwaltungsrats die Einhaltung der professionellen Standards und ethischen Grundwerte, wie sie in unserem Code of Conduct festgelegt sind. Dies schliesst auch die Verpflichtung ein, alle geltenden Gesetze, Vorschriften und Richtlinien zu beachten, damit unser Ruf als integre, faire und risikobewusste Bank gewahrt bleibt. Die unternehmerische Verantwortung bildet die Grundlage für unsere gesamte Tätigkeit. Daher gehen wir von einem umfassenden Verständnis aus, das die Bereiche Bankgeschäft, Gesellschaft, Arbeitgeber, Umwelt sowie den Dialog mit unseren Anspruchsgruppen beinhaltet.

Weiterführende Informationen zu unserem Engagement finden sich in unserem Bericht zur unternehmerischen Verantwortung und auf der Website www.credit-suisse.com/verantwortung. Unser Code of Conduct findet sich auf der Website www.credit-suisse.com/code.

Unsere Geschäftsbereiche

Private Banking & Wealth Management

Geschäftsprofil

In der Division Private Banking & Wealth Management bieten wir Privatkunden, Firmenkunden und institutionellen Kunden umfassende Beratungsdienstleistungen und eine breite Palette von Finanzlösungen an. Private Banking & Wealth Management umfasst die Bereiche Wealth Management Clients, Corporate & Institutional Clients und Asset Management. Ende 2012 beliefen sich die verwalteten Vermögen der Division auf insgesamt CHF 1 250,8 Mia.

Der Bereich **Wealth Management Clients** zählt zu den grössten in der internationalen Vermögensverwaltungsbranche. Wir betreuen in diesem Bereich über zwei Millionen Kunden, zu denen • äusserst vermögende Kunden (Ultra-High-Net-Worth Individuals, UHNWI) und • sehr vermögende Kunden (High-Net-Worth Individuals) auf der ganzen Welt sowie Privatkunden in der Schweiz zählen. Mit unserer globalen Präsenz, unserem strukturierten Beratungsprozess und unserer breiten Palette an Produkten und Dienstleistungen können wir für unsere Kunden Mehrwert schaffen. Ende 2012 beliefen sich die verwalteten Vermögen unseres Bereichs Wealth Management Clients auf CHF 798,5 Mia. Unsere globale Präsenz umfasst 3 910 Kundenbetreuer in 42 Ländern mit mehr als 330 Standorten und 22 • Buchungszentren.

Der Bereich **Corporate & Institutional Clients** bietet professionelle Beratung und hochwertige Dienstleistungen für ein breites Kundenspektrum von über 100 000 Unternehmen und Institutionen, viele davon in der Schweiz. Zu unseren Kunden zählen Grossunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen (KMU), institutionelle Kunden, Finanzinstitute, Schiffsgesellschaften und Rohstoffhändler. Mehr als 1 500 Mitarbeitende sind an 38 Standorten für unsere Kunden tätig. Der Schwerpunkt unserer Aktivitäten liegt nach wie vor auf unserem schweizerischen Heimmarkt, wir bauen aber gleichzeitig unsere Kapazitäten auf internationale Wachstumsmärkte mit spezialisierten Teams in Luxemburg, Singapur und Hongkong aus. Ende 2012 beliefen sich die Kundenvermögen des Bereichs Corporate & Institutional Clients auf CHF 323,1 Mia. und die Nettoausleihungen auf CHF 60,6 Mia.

Der Bereich **Asset Management** bietet weltweit Anlage-lösungen für ein breites Kundenspektrum. Dazu gehören Pensionskassen, staatliche Körperschaften, Stiftungen, Unternehmen und Privatkunden. Wir investieren in eine breite Palette von Anlageklassen mit Fokus auf alternativen Anlagestrategien, Emerging Markets, Asset Allocation und traditionellen Anlagestrategien. Für unsere Kunden liefern unsere Anlage-

experten erstklassige Produkte und ganzheitliche Lösungen. Ende 2012 beliefen sich die verwalteten Vermögen des Bereichs Asset Management auf CHF 371,6 Mia.

Eckdaten – Private Banking & Wealth Management

	im Jahr / Ende		
	2012	2011	2010
Eckdaten			
Nettoertrag (in Mio. CHF)	13 541	13 447	14 580
Ergebnis vor Steuern (in Mio. CHF)	3 775	2 961	4 142
Verwaltete Vermögen (in Mia. CHF)	1 250.8	1 185.2	1 205.3
Anzahl Mitarbeitende	27 300	28 100	28 700

Branchentrends und Wettbewerb

Trotz der aktuellen wirtschaftlichen Unsicherheit sind die Aus-sichten für die Vermögensverwaltungsbranche nach wie vor positiv. Die Vermögenswachstumsraten von äusserst vermögenden und sehr vermögenden Privatkunden dürften gemäss Prognosen bei rund 6% pro Jahr über die nächsten fünf Jahre liegen. Die Vermögensverwaltungsbranche durchläuft derzeit tiefgreifende Veränderungen. Die Vermögensbildung verlagert sich weiter in die Emerging Markets, da der Unternehmerteil in diesen Ländern anziehend wirken. In reifen Märkten wie den USA, Japan und Westeuropa, in denen sich rund zwei Drittel der weltweiten Vermögen befinden, findet momentan eine Vermögensübertragung zwischen den Generationen statt. Neu eingeführte und geplante Gesetze und internationale Übereinkommen, darunter auch Steuerabkommen mit der Schweiz, haben für bestimmte Kunden eine verstärkte Regulierung des grenzüberschreitenden Bankgeschäfts zur Folge.

Weltweit nehmen auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Anlageberatung zu und erstrecken sich auch auf die Eignung und Angemessenheit der Beratung, die Kunden-information und -dokumentation. Durch die Anwendung unseres strukturierten Beratungsprozesses sind wir überzeugt, dass die Credit Suisse für dieses neue aufsichtsrechtliche Umfeld gut aufgestellt ist und dass die Erfüllung aller relevanten aufsichtsrechtlichen Standards gewährleistet ist.

Im Geschäft mit Unternehmens- und institutionellen Kunden sehen wir auch weiterhin attraktive Chancen. Allerdings herrscht ein intensiver Wettbewerb zwischen den Banken, und das Niedrigzinsumfeld belastet die Margen nach wie vor. Auch dieses Geschäft ist von den neuen Kapitalanforderungen für Banken in erheblichem Umfang betroffen. Dies führt dazu, dass internationale Finanzinstitute vor dem Hintergrund der

Kapital- und Leverage-Beschränkungen ihre Marktstrategien weiter überdenken.

Die gesamte Asset Management Branche stand 2012 vor grossen Herausforderungen, die das Wachstum beeinträchtigten. So liegen die weltweit verwalteten Vermögen derzeit auf dem Niveau von 2007, obwohl das investierbare Vermögen im gleichen Zeitraum zugenommen hat. Die Allokation in alternative Anlagen ist branchenweit weiter gestiegen, was auf die geringen Renditeerwartungen für Fixed-Income-Produkte und die erhöhte Volatilität an den Aktienmärkten zurückzuführen ist. Innerhalb des Segments der alternativen Anlagen verzeichnete die Hedgefonds-Branche 2012 weiterhin bescheidene Zuflüsse, die überwiegend den grössten Hedgefonds-Managern zugutekamen. Auch die Zuflüsse in Private-Equity-Anlagen blieben 2012 im Vergleich zu 2011 praktisch unverändert und liegen damit weiterhin weit unter dem Spitzenniveau von vor der Finanzkrise. Die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen wurden 2012 weiterentwickelt, und der Trend in Richtung einfachere und stärker regulierte Fondsstrukturen dürfte sich fortsetzen. Zudem ist zu erwarten, dass die Anleger verstärkt Wert auf höhere Transparenz und verbessertes Risikomanagement legen.

Durch das anhaltend tiefe Zinsniveau bleiben die Bruttomargen in der Vermögensverwaltungsbranche weiterhin unter Druck. Dieser Effekt wird verstärkt durch die niedrigere Anlageaktivität und den konservativen Anlagemix, den Kunden angesichts der wirtschaftlichen Unsicherheit und von bestimmten Ereignissen wie der Staatsschuldenkrise in Europa und der «Fiskalklippe» in den USA bevorzugen. Wir gehen davon aus, dass uns diese schwierigen Rahmenbedingungen noch einige Zeit begleiten werden. Die Branche unterliegt weiterhin einem hohen Wettbewerbs- und Kostendruck, was dazu führt, dass viele Mitbewerber derzeit ihre Geschäftsmodelle überprüfen, wobei es weiterhin zentral bleiben wird, die besten Mitarbeitenden zu gewinnen und im Unternehmen zu halten. Aufgrund dieses branchenweiten strukturellen Wandels rechnen wir mit einer weiteren Konsolidierung und Restrukturierung der Branche. Wir sind der Meinung, dass die Schweiz als Finanzplatz gut positioniert ist, trotz dieses Wandels weiter erfolgreich zu sein. Sie bietet ihren Kunden ein stabiles und wirtschaftlich diversifiziertes Anlageumfeld, verbunden mit einer langen Tradition in Vermögensverwaltungs- und Asset-Management-Dienstleistungen.

Für Schweizer Institutionen ist der Schweizer Franken trotz der Massnahmen der Schweizerischen Nationalbank (SNB), den Mindestkurs des Euros gegenüber dem Franken zu fixieren, weiterhin historisch hoch bewertet. Diese Währungsstärke kann sich negativ auf die Ergebnisse von Schweizer Finanzinstituten auswirken, da deren Erträge auf dem verwalteten Vermögen basieren, welches häufig zu einem grossen Teil auf Währungen lautet, die gegenüber dem Schweizer

Franken an Wert verloren haben, während ein erheblicher Teil der Kosten in Schweizer Franken anfällt.

Strategie

Am 30. November 2012 führten wir unsere ehemaligen Divisionen Private Banking und Asset Management in der neuen Division Private Banking & Wealth Management zusammen. Gleichzeitig wurde der grösste Teil unseres Wertpapierhandels und -vertriebs in der Schweiz von der Division Investment Banking in die neue Division Private Banking & Wealth Management übertragen. Durch diese Integration entstand ein weltweit führendes integriertes Vermögensverwaltungsgeschäft. Als Folge der Integration und weiterer Massnahmen hat die Gruppe ihr gesamthaftes Kostensparziel, das bis Ende 2015 erreicht werden soll, um weitere CHF 0,4 Mia. erhöht.

Wealth Management Clients

Wir machten 2012 deutliche Fortschritte bei der Umsetzung unserer erklärten Ziele. Wir verbesserten unsere Organisationsstruktur mit Blick auf eine gezieltere Service- und Kundenorientierung, vor allem auf unserem Schweizer Heimmarkt. Gleichzeitig erhöhten wir unsere Profitabilität durch Massnahmen zur Kostensenkung und Ertragssteigerung. Wir konzentrierten uns auch weiter auf wachstumsstarke und grosse Märkte, das Segment der äusserst vermögenden Privatkunden und darauf, die besten Talente für unser Unternehmen zu gewinnen. Dank der ergriffenen Massnahmen erzielten wir trotz der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen 2012 eine Vorsteuer-Gewinnmarge von 22,6% und eine Bruttomarge von 114 Basispunkten. Wir erwarten weitere Fortschritte durch die Umsetzung unserer langfristigen Strategie in folgenden Bereichen:

- Beratung als Kernelement
- Globales Wachstum
- Produktivitätsmanagement
- Regulatorischer Wandel
- Integrierte Bank
- Die besten Mitarbeitenden

Beratung als Kernelement: Mithilfe unseres strukturierten Beratungsprozesses konnten wir unseren Kunden weiter erstklassige, massgeschneiderte Finanzlösungen bieten. Ausserdem haben wir, vor allem in der Schweiz, eine stärker kundenorientierte Organisationsstruktur geschaffen. Wir richteten zudem neue Geschäftseinheiten ein, die auf spezifische Kundensegmente spezialisiert sind, und entwickelten unser Angebot auf Basis der Kundenbedürfnisse weiter. Dabei kam uns das Know-how unserer Research- und Investmentexperten zugute. Unsere Produktangebote müssen höchsten Standards entsprechen. Deshalb geht der Auswahl unserer internen und externen

Lösungen eine umfassende Due Diligence voraus, mit der wir sicherstellen, dass sie für unsere Kunden geeignet sind.

Globales Wachstum: Wir legen weiterhin einen strategischen Schwerpunkt auf unseren Heimmarkt Schweiz, wo es uns gelungen ist, durch neue Angebote und gezielte Kampagnen unsere bereits starke Marktposition weiter auszubauen. So verzeichneten wir 2012 in der Schweiz einen Nettoneugeldzufluss von CHF 2,3 Mia. Auch unsere Expansion in den wachstumsstarken Emerging Markets kam weiter gut voran. Hier steigerten wir das Volumen der verwalteten Vermögen 2012 um 12%. Wir investierten zudem verstärkt in unsere Angebote für äusserst vermögende Privatkunden, was sich 2012 in einem kräftigen Nettoneugeldzufluss von CHF 26,3 Mia. aus diesem Kundensegment widerspiegelte. Darüber hinaus schlossen wir die Integration von Hedging-Griffo in Brasilien, dem grössten Vermögensverwaltungsmarkt in Lateinamerika, sowie die Integration des Vermögensverwaltungsgeschäfts von HSBC in Japan ab. Damit zählen wir in beiden Ländern zu den grössten Vermögensverwaltern.

Produktivitätsmanagement: Zentrales Element unserer Massnahmen zur Produktivitätssteigerung waren unsere Effizienzprogramme, mit deren Umsetzung wir im November 2011 begonnen hatten, unsere CoE, die mittlerweile über 2 800 Mitarbeitende haben, sowie die Integration von Clariden Leu. Wir überprüfen unsere Präsenz in den verschiedenen Märkten weiter und konzentrieren uns auf die grössten und kosteneffizientesten Standorte. Aus Märkten, die diese Standards nicht entsprechen, werden wir aussteigen. Dank der verschiedenen Effizienzmassnahmen steigerten wir 2012 unseren Vorsteuergewinn um CHF 300 Mio.

Regulatorischer Wandel: Wir verfolgen die strikte Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen auf nationaler und internationaler Ebene. Hierfür entwickeln und implementieren wir laufend neue Geschäftsstandards, u.a. in den Bereichen Kundenberatung und Verhinderung der Geldwäscherei.

Integrierte Bank: Unser Modell der integrierten Bank ist nach wie vor eine der grössten Stärken unseres Kundenangebots. Durch die enge Zusammenarbeit mit unserer Division Investment Banking und anderen Bereichen innerhalb von Private Banking & Wealth Management können wir unseren Kunden massgeschneiderte und innovative Lösungen anbieten, insbesondere unseren äusserst vermögenden Privatkunden, die das wachstumsstärkste und profitabelste Segment darstellen.

Die besten Mitarbeitenden: Eine tragende Säule unserer Strategie ist auch weiterhin, die besten Talente für uns zu gewinnen, sie zu entwickeln und langfristig an unser Unternehmen zu binden. Trotz des Stellenabbaus, der 2012 aufgrund unserer Effizienzmassnahmen notwendig war, stellten wir weiter erfahrene Senior Relationship Managers ein. Solche

Einstellungen machten 64% der Neueinstellungen im Bereich der Kundenberater aus. Zudem förderten wir mit unseren umfassenden Schulungs- und Zertifizierungsprogrammen weiter unseren bestehenden Talent-Pool.

Corporate & Institutional Clients

Wir unternahmen 2012 erfolgreich weitere Schritte, um trotz der schwierigen Marktbedingungen unsere Geschäftsstrategie und die Gesamtstrategie für Private Banking & Wealth Management umzusetzen. Unser Fokus auf Risiko- und Margenmanagement war nicht nur massgebend für unser solides Ergebnis, sondern auch ein entscheidender Faktor bei der Stärkung unseres Rufs als proaktiver Partner für unsere Kunden. Mit einem neuen Rahmen für die Kundensegmentierung im KMU-Geschäft, einem überarbeiteten Prozess im Sales Management und der Integration der wichtigsten Organisationseinheiten haben wir noch stärker auf die Bedürfnisse unserer verschiedenen Kundensegmente fokussiert. Durch diverse 2012 abgeschlossene Effizienzmassnahmen konnten wir unser Aufwand-Ertrags-Verhältnis auf einem sehr wettbewerbsfähigen Niveau halten, was zu unserem soliden Finanzergebnis beitrug. Im Jahr 2012 erhielten wir mehrere Auszeichnungen, beispielsweise als «Best Private Bank for Business Jet Finance and Advisory» von *Corporate Jet Investor*, «Best Trade Finance Bank» in der Schweiz von *Global Finance Magazine* und «Best Swiss Global Custodian» von *R&M Surveys*.

Asset Management

Wir konzentrieren uns weiter auf alternative Anlagestrategien (z. B. Emerging-Market-Strategien) und Kernanlagen (z.B. Asset Allocation und traditionelle Produkte).

Strategische Veräusserungen: Entsprechend unserer Strategie, im Bereich der alternativen Anlagen eine höhere Liquidität anzustreben, und angesichts der noch immer herrschenden Unsicherheit bezüglich der Umsetzung der «Volcker-Regel» beschleunigten wir die Implementierung unserer Strategie Mitte 2012 und leiteten den Verkauf bestimmter Bereiche des Asset Management ein. Dies betrifft gewisse Private-Equity-Segmente und -Anlagen sowie unser Exchange Traded Funds-(ETF)-Geschäft. Wir kündigten den Verkauf des ETF-Geschäfts im Januar 2013 an und gehen davon aus, dass dieser zum Ende des zweiten Quartals abgeschlossen sein wird. 2012 verkauften wir die noch verbleibenden Anteile an Aberdeen Asset Management sowie die Wincasa AG.

Neuausrichtung der Geschäftsbereiche: Im Rahmen unserer Gesamtstrategie und der oben erwähnten Veräusserungen richteten wir unsere Geschäftsbereiche im Asset Management neu aus, um den neuen Grössenverhältnissen besser gerecht zu werden. Wir teilen unser Geschäft künftig in folgende Kategorien ein:

- Alternative Anlagestrategien wie Hedgefonds, Alternative Beta, Rohstoffe und Kreditanlagen;
- Kernanlagen wie Multi-Asset Class Solutions, Aktien, Fixed Income, Immobilien und Indexmandate; und
- Legacy-Geschäft, d.h. die zum Verkauf stehenden Geschäftsbereiche sowie sonstige Private-Equity-Beteiligungen, die nicht Teil unserer skalierbaren, wenig kapitalintensiven alternativen Anlagestrategien sind.

Wachstum in ausgewählten Bereichen: Wir haben 2012 bei der Umsetzung von neuen Initiativen in unseren ausgewählten Wachstumsbereichen grosse Fortschritte gemacht. So bereiteten wir die Gründung eines Joint Ventures im Asset Management mit einem unserer strategischen Investoren vor. Schwerpunkt des Joint Ventures werden Anlagestrategien im Nahen Osten, in der Türkei und anderen Grenzmärkten sein. Wir führten 2012 eine Reihe neuer Produkte ein, u.a. den grössten börsenkotierten geschlossenen strukturierten Kreditfonds seiner Art in Mexiko, zwei Fixed-Income-Anleihenfonds in Singapur, einen Structured Products Fund, einen Alternative Investment Fund, der Anlegern in den USA das Renditeprofil eines Dach-Hedgefonds bei täglicher Liquidität bietet, sowie zwei Fixed-Income-Anleihenfonds in Singapur. Ferner schlossen wir erfolgreich das Fundraising für zwei umfangreiche Collateralized Loan Obligations-Transaktionen ab.

Brasilien-Geschäft: In Brasilien integrierten wir erfolgreich die bestehenden Asset-Management-Bereiche in eine gemeinsame Plattform mit unserer Tochtergesellschaft Hedging-Griffo und verstärkten mit unserer Investition in Peninsula Investimentos SA unsere Vermögensverwaltungskapazitäten. Dieses Unternehmen fungiert als Sponsor und Manager von Hedgefonds mit Schwerpunkt auf brasilianischen Macro-Fonds und Private-Equity-Fonds.

Effizienzmassnahmen: Im Rahmen der weiteren Straffung und Vereinfachung unseres Geschäfts senkten wir den Geschäftsaufwand und bauten Stellen ab.

Produkte und Dienstleistungen

Wealth Management Clients

Das Dienstleistungsangebot des Bereichs Wealth Management Clients basiert auf unserem global eingesetzten strukturierten Beratungsprozess, den kundensegmentenspezifischen Angeboten, den umfassenden Anlagedienstleistungen und unserer Multi-Shore-Plattform:

- **Strukturierter Beratungsprozess:** Anhand eines strukturierten Ansatzes, der auf der Kenntnis der Bedürfnisse unserer Kunden, ihrer persönlichen Umstände, ihrer Produkterfahrung und ihrer Anlageziele sowie einer umfassenden Analyse ihrer Vermögenssituation beruht, erarbeiten wir für jeden einzelnen Kunden ein Risikoprofil. Auf dieser Grundlage legen

wir zusammen mit dem Kunden die individuelle Anlagestrategie fest. Durch die Umsetzung der jeweiligen Strategie ist sichergestellt, dass die Qualitätsstandards für das Portfolio eingehalten werden und dass alle Anlageinstrumente den Anforderungen bezüglich Eignung und Angemessenheit in Bezug auf den jeweiligen Kunden genügen. Bei Vermögensverwaltungsmandaten liegt die Verantwortung für die Umsetzung der Strategie bei den Portfoliomanagern, bei Beratungsmandaten sind unsere Kundenberater zuständig.

- **Segmentspezifische Kundenlösungen:** Wir bieten eine breite Palette von Vermögensverwaltungslösungen an, die auf spezifische Kundensegmente zugeschnitten sind. Unsere globalen Marktsegmente sind in erster Linie äusserst vermögende Kunden, sehr vermögende Kunden sowie Privatkunden in der Schweiz. Die Segmente der äusserst vermögenden und sehr vermögenden Kunden steuerten 41% beziehungsweise 45% der per Ende 2012 verwalteten Vermögen des Bereichs Wealth Management Clients bei. Unternehmen bieten wir eine Palette von Lösungen für verschiedene Bedürfnisse bezüglich Private und Corporate Wealth Management an. Dies umfasst Nachfolgeplanung, Steuerberatung, Finanzplanung und Investment-Banking-Dienstleistungen. Unsere Unternehmenskunden werden von den erfahrenen Corporate-Finance-Beratern der Credit Suisse betreut, erhalten direkten Zugang zu einem Netzwerk von internationalen Investoren und profitieren von professioneller Unterstützung bei Finanztransaktionen. Mit Solutions Partners stellt ein Fachteam ganzheitliche und massgeschneiderte Finanzlösungen für private und geschäftliche Ansprüche unserer äusserst vermögenden Kunden zur Verfügung.

- **Umfassende Anlagedienstleistungen:** Wir bieten umfassende Dienstleistungen in der Anlageberatung und in der Vermögensverwaltung auf Mandatsbasis an, basierend auf dem strukturierten Beratungsprozess und den Vorgaben des Investment Committee der Credit Suisse. Zudem werden die Analysen und Empfehlungen unseres weltweiten Research-Teams für unsere Beratung und unsere Dienstleistungen beigezogen. Unser Research-Team erstellt die verschiedensten globalen Analysen, wie makroökonomische Analysen, Aktien-, Anleihen- und Devisenanalysen sowie Analysen zur Schweizer Wirtschaft. Unsere Anlageberatung deckt ein weites Spektrum ab, das von der Portfolioberatung bis hin zur Empfehlung von Einzelanlagen reicht. Unseren Kunden bieten wir effiziente Lösungen für ihr Portfolio- und Risikomanagement, die auch Mandatsprodukte einschliessen. Diese Produkte werden von unseren Spezialisten oder von Dritten aktiv verwaltet und strukturiert. Private Anleger haben so Zugang zu Anlagemöglichkeiten, die ihnen sonst nicht zugänglich

wären. Für Kunden mit komplexeren Bedürfnissen übernehmen wir die Strukturierung des Anlageportfolios und die Umsetzung individueller Strategien, die auch verschiedenste strukturierte Produkte und alternative Anlagen berücksichtigen. Vermögensverwaltungsmandate eignen sich für Kunden, die es vorziehen, die konkreten Anlageentscheidungen der Credit Suisse zu überlassen. Wir sind ein führender Anbieter von alternativen Anlagen, und der Bereich Wealth Management Clients bietet in enger Zusammenarbeit mit unseren Bereichen Asset Management und Investment Banking innovative Produkte mit limitierter Korrelation zu Aktien und Obligationen, darunter Hedgefonds, Private Equity, Rohstoffe und Immobilienanlagen, an.

- **Multi-Shore-Plattform:** Mit unserem weltweiten Angebot, das, zusätzlich zu unserem Buchungszentrum in der Schweiz, 21 internationale Buchungszentren umfasst, sind wir in der Lage, unseren Kunden Buchungsdienste lokal und auch über unsere internationalen Finanzzentren anzubieten. Unser Multi-Shore-Angebot ist auf Kunden zugeschnitten, die eine geografische Risikostreuung wünschen, mehrere Domizile haben, Zugang zu globalen Ausführungsservices wünschen oder sich für eine breitere Auswahl an Produkten interessieren, als ihnen vor Ort zur Verfügung steht. Im Jahr 2012 wurden vom Bereich Wealth Management Clients Netto-Neugelder in Höhe von CHF 26,5 Mia. ausserhalb der Schweiz gebucht, und wir gehen davon aus, dass internationale Kunden weiterhin stark zu unserem Wachstum bei den verwalteten Vermögen beitragen.

Corporate & Institutional Clients

Im Bereich Corporate & Institutional Clients bieten wir umfassende Finanzlösungen für Unternehmen und institutionelle Kunden an. Unser Angebot baut auf dem integrierten Geschäftsmodell und der wachsenden internationalen Präsenz der Credit Suisse auf und ist am Bedarf unserer Kunden orientiert. Auf diese Weise können wir unsere Kunden in praktisch jeder Phase ihres Geschäftszyklus unterstützen und ihren Bedarf an Bankdienstleistungen in der Schweiz und im Ausland decken. Für unsere Unternehmenskunden bieten wir eine breite Palette von Standard-Bankprodukten an, wie traditionelle und strukturierte Kredite, Zahlungsdienstleistungen, Devisen, Investitionsgüter- und Immobilien-Leasing und Anlagelösungen. Zusammen mit der Division Investment Banking stellen wir ausserdem massgeschneiderte Dienstleistungen in den Bereichen Fusionen und Übernahmen, Syndikatsgeschäfte und strukturierte Finanzprodukte bereit. Für Unternehmen, die einen besonderen Bedarf an globaler Finanzierung

und Transaction Banking haben, bieten wir Dienstleistungen in den Bereichen Rohstoffhandelsfinanzierung, Rohstoffprojekt- und Exportfinanzierung sowie Handelsfinanzierung und Factoring an. Unseren institutionellen Kunden wie Pensionskassen und Kunden aus dem öffentlichen Sektor steht ein breites Spektrum an Fondslösungen und -dienstleistungen zur Verfügung, von Fondsmanagement und -verwaltung über Fondsentwicklung bis hin zu umfassenden globalen Depotbanklösungen. Unser Angebot umfasst ferner Schiffs- und Flugzeugfinanzierungen sowie ein wettbewerbsfähiges Angebot an Produkten und Dienstleistungen für Finanzinstitute, wie Wertpapier-, Cash- und Treasury-Services.

Asset Management

Im Bereich Asset Management stellen wir eine Reihe von traditionellen und alternativen Produkten für institutionelle Kunden und Privatkunden bereit. Den Kontakt zu unseren Kunden pflegen wir über unsere eigenen Vertriebsteams im Private Banking & Wealth Management, über die Division Investment Banking sowie über externe Vertriebskanäle.

Unsere alternativen Anlagestrategien umfassen Hedgefonds- und Alternative-Beta-Strategien, Rohstoffe und Kreditanlagen. Zudem gewähren wir dank strategischer Allianzen und wichtiger Joint Ventures mit anderen externen Investment-Managern den Zugang zu einer Vielzahl von Anlagekategorien und Märkten und verfügen über eine starke Präsenz in den Emerging Markets.

Im Segment Multi-Asset Class Solutions, das zu unserem Kern-Anlagegeschäft gehört, bieten wir Kunden weltweit innovative Lösungen und umfassendes Management in den verschiedenen Anlageklassen zur Optimierung ihrer Portfolios an. Diese reichen von Fondsanlagen bis hin zu individuell entwickelten Lösungen. Wir verfolgen einen aktiven, disziplinierten Anlageansatz mit besonderem Augenmerk auf der Einhaltung von Anlagegrundsätzen wie Risikomanagement und Asset Allocation. Ebenfalls zu den Kernstrategien zählen eine Auswahl an Fixed-Income- und Aktienfonds, unser Immobiliengeschäft, in dem wir durch aktives Portfoliomanagement die Volatilität reduzieren und den Anlegern stabile und attraktive Cashflows bieten, sowie unsere Indexlösungen, die Institutionen und Privatkunden kostengünstigen Zugang zu einer grossen Auswahl von Anlageklassen bieten.

Folgende Produkte zählen nun zu unserem Legacy-Geschäft, also jenen Geschäftsfeldern, aus denen wir aussteigen: ETFs, Private-Equity-Geschäftsbereiche und -Investitionen, welche zum Verkauf stehen, sowie sonstige private Beteiligungen, die nicht Teil unserer skalierbaren, wenig kapitalintensiven alternativen Anlagestrategien sind.

Investment Banking

Geschäftsprofil

Das Investment Banking bietet ein breites Spektrum an Finanzprodukten und -dienstleistungen. Der Schwerpunkt liegt auf dem Kerngeschäft mit kundenorientierten, «flow-based» und kapitaleffizienten Aktivitäten. Das Produkt- und Dienstleistungsangebot umfasst Wertschriftenverkauf, -handel und -abwicklung weltweit, Prime Brokerage, Kapitalbeschaffungs- und Beratungsdienstleistungen sowie ein umfassendes Investment Research. Unsere Kunden sind Unternehmen, staatliche Körperschaften, Pensionskassen und institutionelle Investoren auf der ganzen Welt. Das Investment Banking betreut seine Kunden über regionale und lokale Teams in grösseren Industrieländern und Emerging Markets weltweit. Dank unseres integrierten Geschäftsmodells haben wir ein umfassendes Verständnis für die Bedürfnisse unserer Kunden und können ihnen innovative und nachhaltige individuelle Lösungen anbieten, die auf das Fachwissen der gesamten Credit Suisse zurückgreifen.

Eckdaten – Investment Banking

	im Jahr / Ende		
	2012	2011	2010
Eckdaten			
Nettoertrag (in Mio. CHF)	12 558	10 460	15 873
Ergebnis vor Steuern (in Mio. CHF)	2 002	(593)	3 594
Anzahl Mitarbeitende	19 800	20 700	20 500

Branchentrends und Wettbewerb

Das Jahr 2012 stellte uns mit seinen Marktunsicherheiten und der nach wie vor besorgniserregenden Staatsschuldenkrise in Europa, der weltweiten Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und der zum Jahresende drohenden «Fiskalklippe» in den USA vor einige Herausforderungen. Die ausgeprägten makroökonomischen Unsicherheiten, die politischen Spannungen und immer wieder neue regulatorische Vorschriften machten sich vor allem im Investment Banking bemerkbar. Die verhaltene Risikobereitschaft der Unternehmen und Institutionen, die anhaltend schwache Kundenaktivität in sämtlichen Geschäftsbereichen und die sehr volatilen Märkte wirkten sich, wie bei den meisten unserer Mitbewerber, negativ auf das Investment-Banking-Geschäft der Credit Suisse aus. Auch die immer strengeren gesetzlichen Anforderungen bei den Finanzinstituten sorgten für massiven Druck. Die Weiterentwicklung der Regelwerke und signifikante regulatorische Entwicklungen in den letzten zwei Jahren haben das Geschäfts- und Wettbewerbsumfeld in unserer Branche nachhaltig verändert. Ein Beispiel einer gravierenden Veränderung, die sich auf die

Branche auswirkt, ist die Einführung höherer Mindestkapitalanforderungen im Rahmen von Basel III ab 2013 in einigen Ländern, einschliesslich der Schweiz. Als systemrelevant geltende Banken müssen bis Anfang 2019 eine Ausstattung mit Zusatzkapital sicherstellen, um so zur Vermeidung erneuter Finanzkrisen beizutragen. Viele der neuen regulatorischen Massnahmen bedürfen noch weiterer Regelungen, und ihre Umsetzung dürfte einige Zeit in Anspruch nehmen. Wir gehen jedoch davon aus, dass die höheren Kapital- und Liquiditätsanforderungen und die Derivateregulierung für geringere Risiken und eine grössere Transparenz sorgen werden.

Strategie

Seit dem Jahr 2008 arbeitet die Credit Suisse mit einem kundenorientierten, kapitaleffizienten Geschäftsmodell. Zusammen mit unserer konservativen Finanzierungs- und Liquiditätsposition und unserer sehr starken Kapitalbasis ist uns diese Strategie in Zeiten volatiler Märkte und tiefgreifender Veränderungen in unserer Branche zugutegekommen. Angesichts des nach wie vor herrschenden schwierigen Umfelds gaben wir im November 2011 bekannt, dass wir unsere Strategie präziser an das neue Marktumfeld und die aufsichtsrechtlichen Änderungen anpassen wollen. Dies umfasst unter anderem einen umfangreichen Abbau der risikogewichteten Aktiven unter Basel III im Bereich Fixed Income, die Verringerung unserer Kostenbasis, um unsere finanzielle Flexibilität zu erhöhen, und die Optimierung unseres Portfolios im Hinblick auf Synergien mit der Division Private Banking & Wealth Management sowie die Erwirtschaftung nachhaltiger, attraktiver Renditen in Bereichen, in denen wir Wettbewerbsvorteile geniessen.

Seit dieser Ankündigung haben wir bedeutende Fortschritte bei der Umsetzung dieser strategischen Initiativen gemacht. Wir haben umfassende Veränderungen an unserem Geschäftsmodell vorgenommen und sind eine der ersten globalen Basel-III-konformen Banken geworden. Mit diesen Massnahmen haben wir insbesondere das Fixed-Income-Geschäft auf die strengeren Kapitalunterlegungsanforderungen im Rahmen von Basel III ausgerichtet. Wir haben 2012 den Abbau unserer risikogewichteten Aktiven unter Basel III beschleunigt und diese bereits um USD 55 Mia. auf USD 187 Mia. reduziert. Der grösste Teil dieses Abbaus entfiel auf den Ausstieg aus Bereichen des Fixed-Income-Geschäfts, wo die risikogewichteten Aktiven unter Basel III im Laufe des Jahres um USD 35 Mia. beziehungsweise 73% reduziert wurden. Wir bauten insbesondere Positionen und Risiken in langfristigen globalen Zinsgeschäften, im Credit-Correlation-Book, im abzuwickelnden Legacy-Portfolio und im Legacy-Emerging-Markets-Portfolio ab. Ferner übertrugen wir einen Teil des Risikos im Abwicklungsportfolio auf die Partner Asset Facility 2011 (PAF2). Mit diesem Abbau sind wir unse-

rer Zielvorgabe für das Investment Banking von USD 175 Mia. an risikogewichteten Aktiven unter Basel III bis Ende 2013 schon sehr nahe.

Eine weitere Komponente unserer Strategie sind die seit dem zweiten Quartal 2011 laufenden Kosteninitiativen. Wir erreichten 2012 direkte Kosteneinsparungen von CHF 1,3 Mia. gegenüber der annualisierten Kostenbasis für das erste Halbjahr 2011 (unter Zugrundelegung konstanter Wechselkurse und bereinigt um wesentliche nicht operative Kosten sowie die variable Vergütung). Nach bedeutenden Fortschritten im Jahr 2012 hat die Gruppe kürzlich revidierte Kostensenkungsziele bis Ende 2015 angekündigt. Davon sollen zusätzliche CHF 0,5 Mia. im Investment Banking eingespart werden. Durch diese Initiativen verschaffen wir uns eine erhebliche Flexibilität in der Kostenstruktur unseres Investment Banking. Wir werden uns dadurch an das schwierige Marktumfeld anpassen und gleichzeitig Chancen nutzen können, die sich durch günstige Marktbedingungen bieten.

Dank unserer Initiativen zur Verbesserung der operativen und der Kapitaleffizienz erzielten wir 2012 höhere Erträge und Renditen mit deutlich weniger risikogewichteten Aktiven und einer erheblich verringerten Kostenbasis. Wir haben ein klar fokussiertes, kundenorientiertes und kapitaleffizientes Fixed-Income-Geschäft, das ausgewogenere und konstantere Ergebnisse bei geringeren Risiken und einer geringeren Ertragsvolatilität erzielt. Unser Aktiengeschäft ist branchenführend. Unser Emissions- und Beratungsgeschäft hat weltweit eine starke Position und kann dank weiterer Kosteneinsparungen die Profitabilität weiter steigern. Wir konzentrieren uns weiter auf unsere marktführenden, margenstarken Geschäftsbereiche, in denen wir von Wettbewerbsvorteilen oder Synergien mit dem Private Banking & Wealth Management profitieren. Hierzu zählen die Bereiche Cash Equities, Prime Services, Emerging Markets, verbrieftete Produkte und globale Kreditprodukte. Der grösste Teil der Kapitalbasis des Investment Banking wird diesen Geschäftsbereichen zur Verfügung gestellt.

Wir glauben, dass wir uns durch frühzeitiges Handeln und dadurch, dass wir uns vor unseren Wettbewerbern auf die aufsichtsrechtlichen und operativen Veränderungen ausgerichtet haben, einen Vorteil erarbeitet haben. Ähnliche Strategien wie die von uns umgesetzte wurden im Laufe des Jahres 2012 auch von unseren Wettbewerbern angekündigt. Vor dem Hintergrund der umfangreichen Restrukturierungsmassnahmen, die wir 2012 durchgeführt haben, haben wir das Ziel für unseren Leistungsindikator, das Aufwand-Ertrags-Verhältnis, auf 70% gesetzt. Dies ist eine Verbesserung gegenüber der bisher angestrebten Gewinnmarge vor Steuern von 25% und dem darin implizierten Aufwand-Ertrags-Verhältnis von 75%. Wir sind überzeugt, dass wir mit unserem neu strukturierten

Portfolio unter Basel III attraktive Renditen erwirtschaften und unser Ziel einer Eigenkapitalrendite über die Marktzyklen hinweg von 15% oder mehr für die Gruppe unterstützen werden.

- ▶ [Siehe «Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden» für weitere Informationen über regulatorische Entwicklungen.](#)

Wichtige Transaktionen

Im letzten Jahr tätigten wir für unsere Kunden eine Reihe bedeutender Transaktionen. Sie illustrieren die Breite und Vielfalt unseres Investment Banking:

- **Kapitalmarkt:** Wir arrangierten bedeutende Finanzierungen für diverse Kunden, unter anderem für RedPrairie (im Privatbesitz befindlicher Versorgungsketten-, Personallösungs- und Warenfluss-Softwareanbieter), die Rank Group (private Investmentgesellschaft), die australische Fortescue Metal Group (viertgrösster Eisenerzproduzent der Welt), Wideopenwest (private Kabel-, Internet- und Telefongesellschaft) und Kinetic Concepts Inc. (weltweit tätiges Medizintechnikunternehmen).
- **Aktienmärkte:** Wir führten eine Folgeemission für Cobalt International Energy Inc. (unabhängige Explorations- und Fördergesellschaft mit Schwerpunkt auf Öl), eine Bezugsrechts- und Aktienemission für die UniCredit Group (eine europäische Bank) und eine Bezugsrechtsemission für Fondiaria SAI (italienischer Finanzdienstleister der Versicherungsbranche) durch. Ferner waren wir ein aktiver Bookrunner beim Börsengang von The Carlyle Group (weltweit tätiger Vermögensverwalter für alternative Anlagen).
- **Fusionen und Übernahmen:** Bei zahlreichen bedeutenden Transaktionen, die im Verlauf des Jahres angekündigt wurden, waren wir als Berater tätig. Hierzu zählen etwa die Übernahme der Amerigroup (Verwalter von öffentlich finanzierten Gesundheitsprogrammen) durch den Krankenversicherer WellPoint, die Übernahme der US-Gasgesellschaft Southern Union Company durch Energy Transfer Equity (diversifiziertes Energieunternehmen in den USA), der Verkauf von Synthes (weltweit tätiger Hersteller von orthopädischen Produkten) an Johnson & Johnson (führender Hersteller von Gesundheitsprodukten), der Verkauf von Goodrich (globaler Anbieter von Systemen und Dienstleistungen für die Luft- und Raumfahrt- sowie die Verteidigungsindustrie) an United Technologies Corporation (Anbieter von Hightech-Produkten für die Luft- und Raumfahrt- sowie die Verteidigungsindustrie), der Verkauf der beiden Biopharma-Unternehmen Amylin und Inhibitex an Bristol Myers-Squibb sowie die erste Stufe eines mehrstufigen Plans für die Alibaba Group (im Privatbesitz befindliches chinesisches Internetunternehmen), wonach der Mehrheitsaktionär von Alibaba, Yahoo!, aus seiner Investition aussteigen wird.

Entwicklung des Marktanteils

- Gemäss einer weltweiten Umfrage von *Hedge Fund Intelligence* aus 2012 zu Prime-Brokerage-Vermögenswerten sind wir heute weltweit der zweitgrösste Prime Broker. In den jüngsten Umfragen von *Greenwich Associates* erhielten wir von Instituten in den USA und Europa Anerkennung für unsere führenden Aktienprogrammhandels- und elektronischen Handelskapazitäten.
- In der *Fixed Income Trading Survey 2012* für Nordamerika von *Greenwich Associates* stiegen wir im Gesamt-Ranking von Rang 7 im Jahr 2011 in die Top 5 auf, steigerten beziehungsweise hielten unseren Marktanteil in den meisten massgeblichen Geschäftsbereichen und verbesserten unseren Marktanteil im Kredithandel mit Investment-Grade-Produkten wesentlich.
- Laut *Dealogic* haben wir unseren weltweiten Marktanteil bei abgeschlossenen Fusionen und Übernahmen von 13,8% im Jahr 2011 auf 14,4% im Jahr 2012 gesteigert und sind damit weltweit auf Rang vier vorgerückt. Dieselbe Plattform stufte uns für 2012 als Nummer eins bei Börsengängen in den USA ein.
- Laut *Dealogic* behaupteten wir im Jahr 2012 unseren ersten Rang beim Share of Wallet in der Region Asien-Pazifik (ohne Japan) bei einem Marktanteil von 7,4%, während wir uns in Nord- und Südamerika auf Rang fünf behaupteten und unseren Share of Wallet 2012 auf 6,4% erhöhten (Vorjahr 5,9%).

Produkte und Dienstleistungen

Mit unserer umfassenden Palette an Produkten und Dienstleistungen wollen wir den Bedürfnissen unserer anspruchsvollen Kunden gerecht werden. Wir verwenden vermehrt integrierte Plattformen zur Sicherstellung von Effizienz und Transparenz. Unsere Aktivitäten sind in zwei Funktionsbereiche unterteilt: Investment Banking und Global Securities. Die Aktivitäten im Investment Banking sind nach Branchen, Produkten und Ländern gegliedert. Zu den Branchen gehören Energie, Banken und Versicherungen, Financial Sponsors, Industrie und Dienstleistungen, Gesundheit, Medien und Telekommunikation, Immobilien und Technologie. Die Produktgruppen umfassen Fusionen und Übernahmen sowie Finanzierungsprodukte. Im Bereich Global Securities sind unsere Aktivitäten in den Märkten für Anleihen, Devisen, Rohstoffe, Derivate und Cash-Equities breit diversifiziert, und wir bieten unter anderem Verkauf, Strukturierung, Handel, Finanzierung, Prime Brokerage, Syndizierung und Neuausgabe. Dabei stehen das Kundengeschäft und Broker-Dealer-Transaktionen im Einklang mit der wachsenden Nachfrage nach weniger komplexen und liquideren Produkten und Strukturen im Mittelpunkt.

Investment Banking

Aktien- und Anleihenemissionen

Der Bereich Equity Capital Markets generiert, syndiziert und zeichnet Aktien bei Börsengängen (Initial Public Offerings) sowie bei der Ausgabe von Stamm- und Wandelaktien, Übernahmefinanzierungen und anderen Aktienemissionen. Der Bereich Debt Capital Markets generiert, syndiziert und zeichnet Unternehmens- und Staatsanleihen.

Beratungsdienstleistungen

Dieser Bereich bietet Kunden Beratungsdienstleistungen in allen Aspekten von Fusionen und Übernahmen, Unternehmensverkäufen und -umstrukturierungen, Veräusserungen und Übernahme-Abwehrstrategien. Die Fund-linked Products Group ist verantwortlich für die Strukturierung, das Risikomanagement sowie den Vertrieb von strukturierten Fonds und alternativen Anlageprodukten und entwickelt innovative, massgeschneiderte Produkte und Lösungen für spezifische Kundenbedürfnisse.

Global Securities

Global Securities bietet Firmenkunden, staatlichen Körperschaften sowie institutionellen Kunden Zugang zu einer umfassenden Palette von Schuld- und Beteiligungstiteln, derivativen Produkten und Finanzierungsmöglichkeiten im gesamten Kapitalspektrum. Global Securities ist in folgende Bereiche unterteilt:

Fixed Income

- Zinsprodukte: Global Rates Products ist ein weltweiter Market Maker in den Kassa- und Derivatemärkten und ein Primärhändler in zahlreichen Hoheitsgebieten wie den USA, Europa und Japan. Dieses Geschäft deckt ein umfassendes Spektrum an Staatsanleihen, Zinsswaps und Optionen sowie das Angebot von Lösungen zum Management von Forderungen oder Liquiditätsfragen ab.
- Foreign Exchange: Der Bereich Foreign Exchange ist für das Market Making in Produkten wie Spot-Handel und Optionen auf Währungen in Industrieländern zuständig. Das Angebot an Devisenprodukten umfasst auch selbstentwickelte marktführende Technologien für Kundenlösungen im elektronischen Handel.
- Credit Products: Der Bereich Credit Products bietet eine umfassende Palette an festverzinslichen Produkten und Instrumenten, die von Investment-Grade- bis zu hochverzinslichen Produkten reichen und klassische Schuldinstrumente, Credit Research sowie fondsgebundene Produkte, derivative Instrumente und strukturierte Lösungen für spezifische Kundenbedürfnisse umfassen. Wir zählen zu den führenden Händlern im Flow-Trading von Single-Name Credit Default Swaps (CDS) auf Einzelkredite, Credit-linked Notes und Index Swaps. Investment Grade

handelt mit inländischen Anleihen von Staaten und Unternehmen, nicht wandelbaren Vorzugsaktien und Wertschriften mit kurzer Laufzeit wie variabel verzinslichen Notes und Commercial Papers. Leveraged Finance stellt Kapitalbeschaffungs- und Beratungsdienste zur Verfügung sowie Core-Leveraged-Credit-Produkte wie Bankkredite, Überbrückungskredite und hochverzinsliche Anleihen für Unternehmen ohne Investment-Grade-Rating und solche, die von Finanzinvestoren gehalten werden.

- Securitized Products: Der Bereich Securitized Products befasst sich mit dem Handel, der Verbriefung, der Syndizierung, dem Underwriting und dem Research für verschiedene Arten von Wertschriften, insbesondere ◻Residential Mortgage-backed Securities (RMBS) und Asset-backed Securities (ABS). Beide genannten Geschäftsbereiche basieren auf Pools von Vermögenswerten und umfassen sowohl staatlich oder durch staatliche Agenturen besicherte Darlehen als auch Ausleihungen an Private.
- Emerging Markets: Der Bereich Emerging Markets bietet ein umfassendes Angebot an Fixed-Income-Produkten und -Instrumenten, einschliesslich Unternehmens- und Staatsanleihen, derivativen Instrumenten in Lokalwährungen und Anlageprodukten nach Mass für diese Märkte.
- Commodities: Der Bereich Commodities umfasst den Handel von Erdöl, Erdgas und sonstigen Energieträgern sowie Basis-, Edel- und Nebenmetallen. Zum Commodity-Angebot zählen auch die von Credit Suisse Commodities entwickelten Benchmarkindizes.
- ◻Advanced Execution Services (AES®) umfasst algorithmische Handelsstrategien, -instrumente und -analysen, welche die Credit Suisse im globalen Aktienhandel einsetzt. AES® unterstützt Institutionen und Hedgefonds bei der Reduktion von Marktauswirkungen, indem es Algorithmen zur Volatilitätsreduktion und Ausführung von Kundenaufträgen einsetzt. Als anerkannter Marktführer auf diesem Gebiet bietet AES® über mehr als 45 wichtige Handelssysteme Zugang zu Börsen in 35 Ländern weltweit.
- Equity Derivatives: Der Bereich Equity Derivatives bietet Finanzinstituten, Hedgefonds, Vermögensverwaltern und Unternehmen ein umfassendes Angebot an aktienbezogenen Produkten, Anlageoptionen und Finanzierungs-lösungen, Know-how für komplexes Hedging und Risk Management sowie umfassende Ausführungskapazitäten.
- Convertibles: Der Bereich Convertibles Trading umfasst Sekundärhandel und Market-Making sowie den Handel mit CDS und Asset Swaps. Er stellt auch Marktinformationen und Research-Analysen zur Verfügung. Das globale Wandelanleihengeschäft ist ein führender Originator von Neuemissionen weltweit.
- Prime Services: Prime Services bietet eine breite Palette von Dienstleistungen für Hedgefonds und institutionelle Kunden, einschliesslich Prime Brokerage, Start-up-Dienstleistungen, Capital Introductions, Wertpapier-Clearing, Hedgefonds-Verwaltung sowie synthetische und innovative Finanzierungs-lösungen.

Aktien

- Der Bereich Cash Equities bietet eine umfassende Produktpalette:
- Der Bereich Equity Sales bedient auf Basis unseres Researchs eine breite Kundengruppe mit umfangreichen Angeboten, Produkten und Dienstleistungen. Zu unseren Kunden gehören unter anderem Fonds, Anlageberater, Banken, Pensionskassen, Hedgefonds, Versicherungen und andere globale Finanzinstitute.
- Sales Trading ist die Verbindung zwischen dem Verkauf und dem Position-Trading. Sales Traders sind verantwortlich für die Steuerung der Kundenaufträge im Markt. Auch unterstützen sie unsere Kunden durch Research, Handelsideen und Kapitalengagements. Sie identifizieren Markttrends und ermitteln die besten und effektivsten Ausführungen.
- Das Trading führt Kundenaufträge und eigene Aufträge aus und übernimmt das Market-Making bei öffentlich gehandelten Wertpapieren und ◻Over-the-Counter-Wertpapieren (OTC), börsengehandelten Fonds und Programmen und sorgt damit sowohl über Kapitalengagements als auch über das Risikomanagement für Liquidität am Markt.

Arbitragegeschäfte

Der Bereich Arbitrage Trading umfasst in erster Linie Strategien zur Bereitstellung von Liquidität in den wichtigsten weltweiten Aktien- und Fixed-Income-Märkten.

Sonstige

Sonstige Produkte und Aktivitäten sind unter anderem Kreditgeschäfte, bestimmte Immobiliengeschäfte und notleidende Aktiven. Kreditgeschäfte beinhalten erstrangige Bankanleihen in der Form von Konsortialkrediten und Kreditzusagen an Investment-Grade- und Nicht-Investment-Grade-Kunden.

Research und HOLT

Unsere Tätigkeiten werden durch Research- und HOLT-Funktionen massgeblich unterstützt.

Die Equity-Research-Teams setzen umfangreiche und teilweise proprietäre Methoden und Datensätze für die Analyse von rund 3 000 Unternehmen weltweit ein. Makroökonomische Analysen ergänzen die umfassende Unternehmensbewertung.

HOLT bietet einen der schnellsten und fortschrittlichsten Ansätze zur Performancemessung, Bewertung und Strategieanalyse von über 20 000 Unternehmen in mehr als 60 Ländern.

Organisation und Regionen

Organisationsstruktur

Wir betreiben unser Geschäft in zwei globalen Divisionen, die auch unserer Segmentberichterstattung entsprechen – Private Banking & Wealth Management und Investment Banking. Im Rahmen unserer kundenorientierten, kapitaleffizienten Geschäftsstrategie koordinieren wir unsere Aktivitäten in vier Marktregionen: Schweiz; Europa, Naher Osten und Afrika; Nord- und Südamerika sowie Asien-Pazifik. Darüber hinaus erbringt Shared Services Konzerndienstleistungen und geschäftsunterstützende Aktivitäten sowie unabhängige und wirksame Kontrollverfahren in folgenden Bereichen:

- Der Bereich Chief Financial Officer (CFO) umfasst zahlreiche Funktionen, darunter Corporate Development, Informationstechnologie, Corporate Real Estate and Services, Efficiency Management, Financial Accounting, Group Insurance, Group Finance, Investor Relations, New Business, Global Operations, Product Control, Tax und Treasury.
- Der Bereich General Counsel bietet Unterstützung in rechtlichen und regulatorischen Belangen und trägt damit zur Wahrung des guten Rufs der Credit Suisse bei. Er bietet Beratung in rechtlichen und regulatorischen Belangen und stellt den Mitarbeitenden das Fachwissen und die Mittel zur Einhaltung sämtlicher interner Richtlinien sowie externer Vorschriften, Verordnungen und Gesetze zur Verfügung.
- Der Bereich Chief Risk Officer (CRO) umfasst Strategic Risk Management, Credit Risk Management, Risk Analytics and Reporting und Operational Risk Oversight, die eng zusammenarbeiten, um eine strikte Risikokontrolle zu gewährleisten und dazu beizutragen, dass unser Risikokapital vernünftig eingesetzt wird.
- Die Funktion Talent, Branding and Communications umfasst Human Resources, Corporate Communications, Corporate Branding sowie Werbung. Human Resources ist bestrebt, hervorragende Mitarbeitende zu gewinnen, an das Unternehmen zu binden und zu fördern und gleichzeitig eine anregende Arbeitsumgebung für alle Mitarbeitenden zu schaffen. Corporate Communications bietet Unterstützung in den Bereichen Medienbeziehungen, Krisenmanagement, Führungs- und Mitarbeiterkommunikation, Branding und Sponsoring.

Weitere Funktionsbereiche, die Unternehmensdienstleistungen erbringen, sind u.a. One Bank Collaboration und Public Policy. One Bank Collaboration fördert Initiativen zur divisionsübergreifenden Zusammenarbeit in der ganzen Gruppe und misst

und kontrolliert Erträge aus der Zusammenarbeit unserer Geschäftsbereiche. Public Policy schützt und fördert die Interessen der Credit Suisse und stärkt ihren guten Ruf.

Die Chief Executive Officers (CEOs) der Divisionen und Regionen sind direkt dem CEO der Gruppe unterstellt. Zusammen mit dem CFO, dem CRO, dem General Counsel sowie dem Chief Talent, Branding and Communications Officer bildeten sie die Geschäftsleitung der Credit Suisse im Jahr 2012.

Mit unserer Struktur streben wir eine intensive divisionsübergreifende Zusammenarbeit an sowie eine gemeinsame Nutzung von Ressourcen in unseren vier Regionen. Die Regionen erfüllen verschiedene Funktionen zur Koordination und Unterstützung des globalen Geschäfts der beiden Divisionen. Auf strategischer Ebene sind die Regionen verantwortlich für die Entwicklung des Unternehmens als Ganzes sowie für die Umsetzung regionaler Geschäftspläne, Projekte und Initiativen. Zudem überwachen sie die Finanzergebnisse in ihrem Marktgebiet. Jede Region ist verantwortlich für die Beziehungen zu den Aufsichtsbehörden in ihrem Zuständigkeitsgebiet sowie für das regulatorische Risk Management und die Lösung von Angelegenheiten auf regionaler Stufe oder in den einzelnen Ländern. In den Verantwortungsbereich der Regionen gehören zudem die Kunden- und Mitarbeiterbetreuung, die Koordination der Shared-Services-Leistungen sowie die Geschäftsunterstützung in der Region.

Marktregionen

Schweiz

Die Schweiz, unser Heimmarkt, umfasst ein breites Geschäftsportfolio. In der Schweiz sind 19 400 Mitarbeitende für die Credit Suisse tätig. Die Division Private Banking & Wealth Management umfasst unsere Bereiche Wealth Management Clients, Corporate & Institutional Clients und Asset Management. Im Bereich Wealth Management Clients steht unseren Kunden ein ausgeprägtes Leistungsangebot zur Verfügung, das eine globale Reichweite mit einem strukturierten Beratungsprozess und dem Zugang zu einer breiten Palette innovativer Produkte und Dienstleistungen verbindet, die auf die verschiedenen Kundengruppen – von Privatkunden bis zu äusserst vermögenden Privatkunden – zugeschnitten sind. Im Bereich Corporate & Institutional Clients bieten wir erstklassige Beratung und Lösungen für ein breites Spektrum an Bankdienstleistungen an. Die Produkte und Dienstleistungen umfassen Ausleihungen, Cash- und Liquiditätsmanagement,

Handelsfinanzierungen, Unternehmensfinanzierungen, Devisen, Anlagelösungen, Schiffs- und Luftfahrtfinanzierung, Global Custody sowie Asset & Liability Management. Unter den Kunden finden sich KMUs, Weltkonzerne, Rohstoffhändler, Banken und schweizerische Pensionskassen. Unser Bereich Asset Management hat eine marktführende Stellung im traditionellen Schweizer Geschäft und bietet zudem eine breite Auswahl an alternativen Anlageprodukten und Multi-Asset Class Solutions. Die Division Investment Banking bietet ihrem Schweizer Kundenstamm ein breites Spektrum an Finanzdienstleistungen an. Sie hält marktführende Positionen im Schweizer Kredit- und Kapitalmarkt sowie in der Fusions- und Übernahmeberatung.

Europa, Naher Osten und Afrika

Wir sind in der Region Europa, Naher Osten und Afrika in 30 Ländern tätig, wo wir 9 300 Mitarbeitende in 75 Geschäftsstellen beschäftigen. Unser Hauptsitz in der Region liegt in Grossbritannien, wir unterhalten jedoch Onshore-Präsenzen in allen wichtigen Ländern. Die Region Europa, Naher Osten und Afrika umfasst sowohl entwickelte Märkte wie Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und Grossbritannien als auch Emerging Markets wie Russland, Polen, die Türkei und den Nahen Osten. Wir setzen unsere kundenorientierte, integrierte Strategie auf Länderebene um und waren für Firmenkunden, staatliche Körperschaften sowie institutionelle und private Kunden tätig. Beide Divisionen sind in der Region Europa, Naher Osten und Afrika stark vertreten. Das Investment Banking bietet ein komplettes Spektrum an Finanzberatungsdiensten an und besitzt solide Marktanteile bei vielen Schlüsselprodukten und in vielen Schlüsselmärkten.

Nord- und Südamerika

Wir verfügen über Aktivitäten in den USA, in Kanada, in der Karibik sowie in Lateinamerika und beschäftigen 11 300 Mitarbeitende in 42 Städten in 14 Ländern. In den USA konzentrieren wir uns auf das Kerngeschäft mit Kunden und das **Flow-based Business** im Investment Banking sowie auf die Nutzung der Marktanteile, die wir kapitaleffizient hinzugewonnen haben. In der Division Private Banking & Wealth Management entwickeln wir unsere Onshore-Vermögensverwaltung in den USA, in Brasilien und in Mexiko weiter und sehen grosses Potenzial für integrierte, divisionsübergreifende Lösungen. In Lateinamerika, namentlich in unseren Schlüsselmärkten Brasilien und Mexiko, konzentrieren wir uns nach wie vor darauf, unseren Kunden ein komplettes Angebot an divisionsübergreifenden Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen.

Asien-Pazifik

Die Credit Suisse ist auf 12 Märkten in der Region Asien-Pazifik mit 7 400 Mitarbeitenden tätig und gehört dort zu den grössten internationalen Banken. Wir haben stark in unsere Präsenz in entscheidenden Märkten wie Australien, China, Hongkong, Korea, Japan und Indien investiert, unsere Angebotspalette in Ländern, in denen wir einen Wettbewerbsvorteil besitzen, erweitert und haben ausgewählte neue, vielversprechende Geschäftsfelder weiter ausgebaut. Private Banking & Wealth Management unterhält Hauptzentralen in Singapur und Hongkong und nutzt unsere Investment-Banking-Aktivitäten, um unseren Kunden integrierte Lösungen und eine hochwertige Anlageperformance zu bieten.

Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden

Überblick

Unsere Aktivitäten unterstehen in den Ländern, in denen wir Standorte, Niederlassungen und Tochtergesellschaften haben, lokalen Aufsichtsbehörden.

Die Aufsicht über unser Geschäft liegt unter anderem bei Zentralbanken, Bankaufsichtsbehörden, der Finanzdienstleistungsaufsicht, bei Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörden und bei Selbstregulierungsorganen von Branchenverbänden. Die für uns wichtigsten Aufsichtsbehörden in der Schweiz, in den USA und in Grossbritannien koordinieren ihre Tätigkeit.

Der aufsichtsrechtliche Rahmen in den Ländern, in denen wir tätig sind, wirkt sich bis zu einem gewissen Grad auf unsere Möglichkeiten aus, neue Märkte zu erschliessen, unsere Dienstleistungen und Produkte in den angestammten Ländern zu gestalten sowie spezifische Aktivitäten zu strukturieren. Wir erfüllen die regulatorischen Vorschriften in allen wesentlichen Aspekten und halten die Eigenmittelanforderungen ein.

Als Reaktion auf die schwierigen Marktbedingungen, die seit 2007 herrschen, konzentriert sich die Arbeit der für uns wichtigsten Aufsichtsbehörden auf die Reform des Regelwerks für die Tätigkeit der Finanzinstitute. Einige der bedeutsameren kürzlich vorgeschlagenen und erlassenen regulatorischen Auflagen sowie die wichtigsten regulatorischen Strukturen, die für unsere Tätigkeit anwendbar sind, werden nachstehend besprochen.

- ▶ Siehe «Risikofaktoren» für weitere Informationen bezüglich Risiken, die sich im Zusammenhang mit regulatorischen Auflagen ergeben können.

Jüngste regulatorische Entwicklungen und Vorschläge

Weltweit reagierten die Regierungen und Aufsichtsbehörden auf die Finanzkrise mit zahlreichen Vorschlägen und Erlassen zur Reform des regulatorischen Rahmenwerks für die Tätigkeit von Finanzinstituten wie der Credit Suisse Group. Insbesondere zahlreiche Vorschläge und Erlasse von supranationalen Organisationen sowie seitens der zuständigen Instanzen in der Schweiz, den USA, der EU und Grossbritannien könnten wesentliche Folgen für unsere Geschäftstätigkeit haben. Diese regulatorischen Entwicklungen könnten zusätzliche Kosten nach sich ziehen oder unsere Geschäftstätigkeit limitieren beziehungsweise einschränken. Obwohl wir von regulatorisch bedingten Kostensteigerungen und höheren Kapitalanforde-

rungen, von denen alle grossen Finanzdienstleistungsunternehmen (einschliesslich der Gruppe) betroffen sein werden, ausgehen, können wir keine Prognosen über die Auswirkungen der vorgeschlagenen neuen Regulierungen auf unsere Geschäftstätigkeit oder unsere Ergebnisse abgeben. Unsere Ausgangslage für diese Reformen ist indessen insgesamt gut, da wir unser Risiko abgebaut haben und nach wie vor über eine solide Kapitalausstattung, Refinanzierung und Liquiditätsausstattung verfügen.

Basel-Regelwerk

Um die Widerstandsfähigkeit des Bankensektors zu stärken, veröffentlichte der ◊Basler Ausschuss im Dezember 2010 das ◊Basel-III-Regelwerk, das höhere Mindestkapitalanforderungen, Kapitalerhaltungspuffer und antizyklische Kapitalpuffer, angepasste risikobasierte Kapitalmassnahmen, eine Leverage Ratio sowie Liquiditätsvorschriften vorsieht. Die neuen Eigenkapitalanforderungen und Kapitalpuffer verpflichten die Banken, mehr Kapital, vor allem in Form von hartem Kapital (Common Equity), zu halten. Die neuen Eigenkapitalanforderungen werden ab dem 1. Januar 2013 bis Ende 2018 für jene Länder schrittweise eingeführt, die Basel III verabschiedet haben. Vor der Veröffentlichung des Regelwerks sprach sich die ◊Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20) im November 2010 für den Vorschlag des Basler Ausschusses aus. Von allen G-20-Nationen wird erwartet, dass sie die neuen Richtlinien umsetzen, wenngleich die Art der Einführung des Regelwerks von Land zu Land variieren kann.

Das internationale Regelwerk für die Messung, die Vorschriften und die Überwachung von Liquiditätsrisiken unter Basel III wurde im Dezember 2010 vom Basler Ausschuss herausgegeben. Das Basel-III-Regelwerk enthält eine ◊Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und eine ◊strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio, NSFR). Der Basler Ausschuss hat angekündigt, die Auswirkungen dieser Liquiditätsvorschriften auf die Finanzmärkte, die Kreditvergabe und das Wirtschaftswachstum weiter zu überprüfen, um sich mit unbeabsichtigten Folgen befassen zu können.

Die LCR-Kennzahl, die ab dem 1. Januar 2015 bis zum 1. Januar 2019 im Anschluss an eine im Jahr 2011 eingeleitete Beobachtungsphase schrittweise eingeführt werden soll, betrifft das Liquiditätsrisiko über einen Zeithorizont von 30 Tagen. Mit der LCR soll sichergestellt werden, dass die Banken über einen Bestand an unbelasteten, qualitativ hochwertigen liquiden Vermögenswerten verfügen, um so im Fall eines ausgeprägten Stressszenarios den kurzfristigen Liquiditätsbedarf zu decken. Die LCR besteht aus zwei Komponenten, dem

Wert des Bestands an qualitativ hochwertigen liquiden Vermögenswerten in Stresssituationen und den gesamten Netto-Barmittelabflüssen gemäss festgelegten Szenarioparametern. Das Verhältnis zwischen dem Bestand an liquiden Vermögenswerten und den Netto-Barmittelabflüssen muss anfänglich mindestens 60% betragen und während vier Jahren um jeweils 10% erhöht werden, um per 1. Januar 2019 100% zu erreichen. Neben dieser schrittweisen Einführungsperiode dehnte der Basler Ausschuss im Januar 2013 bestimmte Kategorien von Vermögenswerten, die als qualitativ hochwertige liquide Vermögenswerte in Frage kommen, aus und passte die Annahmen bezüglich Barmittelabflüssen an, um die effektiven Stressreaktionen besser wiederzugeben.

Die NSFR-Kennzahl, die am 1. Januar 2018 im Anschluss an eine Beobachtungsphase, die 2012 begann, eingeführt werden soll, stellt Kriterien auf für ein Minimum an stabiler Refinanzierung, basierend auf der Liquidität der Vermögenswerte einer Bank und ihren Aktivitäten über einen Zeithorizont von einem Jahr. Die NSFR ist eine Ergänzung zur LCR und ist so strukturiert, dass die Refinanzierung illiquider Aktiven mit einem angemessenen Betrag von stabilen langfristigen Mitteln sichergestellt wird. Dabei wird die NSFR definiert als das Verhältnis der verfügbaren stabilen Refinanzierungsmittel gegenüber dem Betrag der erforderlichen stabilen Refinanzierungsmittel und sollte immer mindestens 100% betragen.

Gemäss Basel III werden die Mindestanforderungen an die Quote des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1, CET1) von 2% auf 4,5% erhöht. Diese Erhöhung wird zwischen dem 1. Januar 2013 und dem 1. Januar 2015 schrittweise eingeführt. Für diese Quote des harten Kernkapitals (CET1) kommen bestimmte regulatorische Abzüge und andere Anpassungen des harten Kapitals (Common Equity), die zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 1. Januar 2018 umgesetzt werden, zur Anwendung. Dazu gehören der Abzug von latenten Steuerguthaben aus steuerlichen Verlustvorträgen, Goodwill, immateriellen Werten sowie Investitionen in Bank- und Finanzinstitute. Ausserdem erfolgt eine schrittweise Erhöhung der Kernkapitalquote (Tier 1) von 4% auf 6% zwischen dem 1. Januar 2013 und dem 1. Januar 2015.

Mit Basel III wird ausserdem eine zusätzliche Anforderung an das harte Kernkapital (CET1), ein sogenannter Kapitalerhaltungspuffer von zusätzlichen 2,5%, eingeführt, der in Zeiten von finanziellem oder wirtschaftlichem Stress Verluste absorbieren soll. Banken, die keinen entsprechenden Puffer aufweisen, werden nur beschränkt in der Lage sein, Dividenden auszuschütten oder ermessensabhängige Bonuszahlungen oder andere Gewinnverteilungen vorzunehmen. Der Kapitalerhaltungspuffer wird ab 1. Januar 2016 schrittweise eingeführt und per Jahresende 2018 vollständig in Kraft treten.

Des Weiteren ist unter Basel III ein zusätzlicher antizyklischer Kapitalpuffer von bis zu 2,5% vorgesehen, der aus hartem Kernkapital (Common Equity) oder sonstigem Kapital, das eine volle Verlustabsorption gewährleistet, zusammengesetzt ist. Diese Anforderung wird voraussichtlich von den nationalen Aufsichtsbehörden auferlegt werden, wenn diese der Auffassung sind, dass das Kreditwachstum zu hoch sei und zu systemweiten Risiken führe. Dieser antizyklische Kapitalpuffer wird ab dem 1. Januar 2016 schrittweise eingeführt und per Jahresende 2018 vollständig in Kraft treten.

Die meisten Kapitalinstrumente, welche die strengen Kriterien für den Einbezug als hartes Kernkapital (CET1) unter Basel III nicht erfüllen, werden ab dem 1. Januar 2013 ausgeschlossen. Kapitalinstrumente, die nicht mehr zum Kernkapital (Tier 1) beziehungsweise zum ergänzenden Kapital (Tier 2) zählen würden, werden ab 1. Januar 2013 über einen Zeitraum von zehn Jahren schrittweise auslaufen. Zudem werden Instrumente mit einem Anreiz zur Tilgung vor ihrer effektiven Fälligkeit, sofern vorhanden, an ihrem effektiven Fälligkeitsdatum, in der Regel am Datum des ersten Step-up-Coupons, auslaufen.

Die Leverage-Ratio-Vorschrift unter Basel III führt ein nicht risikobasiertes Verhältnis ein, das so kalibriert ist, dass es die risikobasierten Kapitalanforderungen unter Basel III ergänzt und den Aufbau des Verschuldungsgrades (Leverage) im Bankensektor einschränkt. Einfach gesagt, wird die Leverage Ratio definiert als die Höhe des Kernkapitals (Tier 1) im Verhältnis zu den nicht risikogewichteten Aktiven und bestimmten Ausserbilanzpositionen. Der Basler Ausschuss testet in der Zeit vom 1. Januar 2013 bis zum 1. Januar 2017 eine Mindest-Leverage-Ratio von 3%.

Im Januar 2011 veröffentlichte der Basler Ausschuss Anforderungen, nach denen alle Klassen von Kapitalinstrumenten zum Zeitpunkt drohender Insolvenz («point of non-viability») Verluste vollumfänglich absorbieren müssen, bevor Überwälzungen an die Steuerzahler erfolgen. Von Banken emittierte Finanzinstrumente zählen zum zusätzlichen Kernkapital (Tier 1) oder ergänzenden Kapital (Tier 2), wenn sie die betreffenden Mindestanforderungen erfüllen.

Im November 2011 gab der Basler Ausschuss die definitiven Vorschriften für globale systemrelevante Banken (Global Systemically Important Banks, G-SIBs) heraus mit Verlustabsorptionsanforderungen, die zusätzlich zu den Anforderungen von Basel III zu erfüllen sind und die das grössere Risiko widerspiegeln, das G-SIBs für das Finanzsystem darstellen. Die zusätzlichen Anforderungen, die zwischen dem 1. Januar 2016 und dem Jahresende 2018 schrittweise eingeführt werden, sind – je nach Systemrelevanz der betreffenden Bank – mit Bedingungen an das harte Kernkapital (CET1) von 1% bis 2,5% zu erfüllen, bei einem zusätzlichen möglichen Zuschlag

von 1%, um sie von weiterem systemrelevantem Wachstum abzuhalten. Das Financial Stability Board hat die Credit Suisse als G-SIB eingestuft.

Im Februar 2013 schlugen der Basler Ausschuss und die Internationale Organisation für Effektenhandels- und Börsenaufsichtsbehörden (International Organization of Securities Commissions, IOSCO) globale Standards zu Margenerfordernissen für Derivate, die nicht über ein zentrales Clearing abgewickelt werden, vor. Dem Vorschlag zufolge wären die Margenerfordernisse wesentlich höher als gemäss der aktuellen Marktpraxis und könnten in Zeiten von Marktstress steigen. Der Vorschlag würde auch bewirken, dass die Marktteilnehmer bei Ausfällen von Gegenparteien dem Risiko eines Verlustes grösserer Beträge aus gestellten Sicherheiten ausgesetzt würden. Die Margenerfordernisse gemäss dem Vorschlag würden ab dem 1. Januar 2015 schrittweise eingeführt. Grössere Marktteilnehmer müssten die Anforderungen vor kleineren Teilnehmern erfüllen.

Schweiz

Per 1. Januar 2013 wurde das Basel-III-Regelwerk zusammen mit der Schweizer «Too Big To Fail»-Regulierung und den dazugehörigen Vorschriften in die schweizerische Gesetzgebung übernommen. Zusammen mit den entsprechenden Ausführungsverordnungen beinhaltet diese Gesetzgebung Anforderungen an Eigenkapital, Liquidität, Fremdfinanzierung (Leverage) und grosse Kreditrisikopositionen sowie Vorschriften für Notfallpläne, die dazu dienen, im Falle einer drohenden Insolvenz systemrelevante Funktionen aufrechtzuerhalten. Manche dieser Anforderungen, wie etwa jene zur Eigenkapitalausstattung, werden bis Ende 2018 schrittweise eingeführt.

Die Gesetzgebung zur Eigenkapitalausstattung baut auf Basel III auf, geht aber in Bezug auf systemrelevante Banken über die dortigen Mindestanforderungen hinaus und verlangt unter anderem, dass wir ab dem 1. Januar 2019 ein hartes Kernkapital (Common Equity) von mindestens 10% der risikogewichteten Aktiven und Wandlungskapital oder anderes anrechenbares Kapital im Umfang von bis zu 9% der risikogewichteten Aktiven aufweisen.

Diese neuen Vorschriften zur Eigenmittelausstattung verlangen von uns drei Kapitalkomponenten: (i) eine grundlegende Mindestausstattung an hartem Kernkapital (Common Equity) von 4,5% der risikogewichteten Aktiven, (ii) einen Kapitalerhaltungspuffer in Höhe von 8,5% der risikogewichteten Aktiven, bei dem mindestens 5,5% aus hartem Kernkapital (Common Equity) und bis zu 3% aus bedingtem Kapital, beispielsweise aus bedingten Pflichtwandelanleihen, mit einem hohen Trigger bestehen, und (iii) eine progressive Kapitalkomponente von bis zu 6% der risikogewichteten Aktiven (die zu Beginn bei 6% festgelegt wird), die zur Gänze aus bedingtem

Kapital mit einem niedrigeren Trigger bestehen kann. Die progressive Kapitalkomponente kann zu- oder abnehmen basierend auf unserem Marktanteil in der Schweiz und der Grösse unserer Leverage-Positionen (dazu zählen die Bilanz- und Ausserbilanzpositionen). Weiter kann die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) Eigenmittelrabatte gewähren, falls die gesamthafte Abwicklungsfähigkeit der Bank verbessert wird. Gestützt auf diese Parameter legt die FINMA die Anforderungen an die progressive Kapitalkomponente auf jährlicher Basis fest. Ein hoher Trigger bedeutet, dass die Anleihen Verlustabsorption durch Umwandlung in hartes Kernkapital (Common Equity) sicherstellen oder abgeschrieben werden müssen, wenn die Quote des harten Kernkapitals (CET1) unter 7% fällt und ein niedriger Trigger bedeutet, dass die Anleihen in hartes Kernkapital (Common Equity) umgewandelt oder abgeschrieben werden müssen, wenn die Quote des harten Kernkapitals (CET1) unter 5% fällt. Diese bedingten Kapitalinstrumente müssen die Mindestanforderungen von Basel III für ergänzendes Kapital (Tier 2) (Nachrangigkeit, Verlustabsorption zum Zeitpunkt drohender Insolvenz und Mindestlaufzeit) erfüllen.

Im Rahmen der «Too Big To Fail»-Gesetzgebung haben systemrelevante Finanzinstitute in der Schweiz zudem der FINMA einen Sanierungs- und Abwicklungsplan (Recovery and Resolution Plan, RRP) zur Genehmigung vorzulegen und müssen den Bericht mindestens einmal pro Jahr aktualisieren. Der «Sanierungs»-Teil des RRP muss Sanierungsmassnahmen aufzählen, die einer Bank im Falle verschiedener schwerwiegender Stressereignisse zur Verfügung stehen, darunter Ereignisse, die von einzelfallspezifischen, systemischen, kapital- oder liquiditätsbezogenen Stressszenarien hervorgerufen werden. Zweck des Sanierungsplans ist es, Vorbereitungen für das Überleben der Bank unter derartigen Stressszenarien zu treffen. Im Rahmen des Plans muss ein Regulierungsrahmen mit eindeutigen Eskalations- und Entscheidungspunkten festgelegt werden, der auf bestehenden Kapital- und Liquiditätsplänen beruhen kann. Der «Abwicklungs»-Teil des RRP wird von der FINMA erstellt und beschreibt, wie die Bank auf geordnete Art und Weise abgewickelt werden kann, wobei die Fortführung der systemrelevanten Funktionen in der Schweiz (einschliesslich Zahlungsdienstleistungen und Zugang zu Sparguthaben) im Falle einer drohenden Insolvenz sichergestellt sein muss.

Im Juni 2012 erliess der Schweizer Bundesrat Ausführungsverordnungen im Rahmen der «Too Big To Fail»-Gesetzgebung. Ab dem Zeitpunkt der Einführung schreiben die erlassenen Verordnungen einen zusätzlichen antizyklischen Puffer von maximal 2,5% der risikogewichteten Aktiven vor, der in Zeiten übermässigen Kreditwachstums durch den Bundesrat auf Ersuchen der SNB nach Rücksprache mit der FINMA akti-

viert und anschliessend wieder deaktiviert werden kann. Auch erhöhte Ausleihungsstandards für neue Wohnhypotheken traten im Zeitpunkt der Einführung in Kraft. Die restlichen Anforderungen gemäss der Verordnung vom Juni traten am 1. Januar 2013 in Kraft, wobei einige von ihnen bis Ende 2018 schrittweise eingeführt werden.

Im September 2012 verabschiedete das Schweizer Parlament die Teile der Verordnungen, die sich auf systemrelevante Banken beziehen, beispielsweise bezüglich Anforderungen an Eigenmittel, Fremdfinanzierung (Leverage), grosse Kreditpositionen und RRP's. Diese Anforderungen traten am 1. Januar 2013 in Kraft.

Diesen Verordnungen zufolge müssen wir eine zusätzliche Leverage Ratio erfüllen, die für systemrelevante Schweizer Banken gilt. Diese Leverage Ratio muss je mindestens 24% der Prozentpunkte der Mindest-, der Puffer- und der progressiven Kapitalanforderungen entsprechen. Da die Leverage Ratio mit Bezug auf die Eigenmittelanforderungen gemäss Übergangsregelungen festgelegt wird, wird die neue Leverage Ratio zwischen 2013 und 2018 schrittweise eingeführt. Sie wird aus dem Schweizer Kernkapital (Swiss Core Capital), zuzüglich bedingten Kapitals mit hohem und niedrigem Trigger, dividiert durch die Gesamtposition, berechnet. Die Gesamtposition setzt sich aus den bilanzierten Aktiven und Positions-Add-ons, einschliesslich Auflösungen der Verrechnung von Barsicherheiten (Cash Collateral Netting Reversals) sowie Ausserbilanz-Derivatpositionen, Garantien und Verpflichtungen zusammen.

Im November 2012 erliess der Schweizer Bundesrat die Liquiditätsverordnung, mit der die Liquiditätsanforderungen nach Basel III im Schweizer Recht verankert werden. Die Liquiditätsverordnung verlangt eine angemessene Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken. Vor allem müssen Banken Stresstests durchführen und ein Notfallkonzept für Liquiditätsengpässe erarbeiten. Die Anforderungen gelten für alle Banken, werden aber je nach Art, Komplexität und Risikogehalt der Geschäftstätigkeit einer Bank abgestuft. Die Liquiditätsverordnung trat am 1. Januar 2013 in Kraft. Sie enthält zusätzliche Anforderungen für systemrelevante Banken wie die unsrige. Diese stimmen weitgehend mit unserer Vereinbarung vom Juni 2010 mit der FINMA über das Halten von Liquidität überein. Die zusätzlichen Anforderungen für systemrelevante Banken dürften voraussichtlich im Verlauf von 2013 vom Schweizer Parlament gutgeheissen werden. Es wird davon ausgegangen, dass die Liquiditätsverordnung 2014 geändert wird, um die definitiven LCR-Vorschriften unter Basel III und allfällige damit verbundene FINMA-spezifische Anforderungen einzubeziehen.

Am 13. Februar 2013 beschloss der Bundesrat, den antizyklischen Kapitalpuffer auf Ersuchen der SNB zu aktivieren.

Diese Aktivierung des antizyklischen Puffers verlangt, dass die Banken ab dem 30. September 2013 zusätzliches Kapital in Höhe von 1% ihrer risikogewichteten Aktiven, die sich auf Hypothekarkredite zur Finanzierung von Wohnliegenschaften in der Schweiz beziehen, halten.

Die Credit Suisse geht davon aus, dass sie in der Lage sein wird, die neuen Anforderungen innerhalb der vorgeschriebenen Fristen zu erfüllen, indem sie über Gewinne Kapital aufbaut, Wandlungskapital oder andere anrechenbare Instrumente ausgibt sowie ihre risikogewichteten Aktiven und Bilanzpositionen steuert.

- ▶ Siehe «Management von Liquidität und Refinanzierung» und «Kapitalbewirtschaftung» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen zu unserem derzeitigen aufsichtsrechtlichen Regelwerk und den erwarteten Änderungen an diesem Regelwerk, die sich auf Liquiditäts- und Kapitalvorschriften auswirken.

Im Oktober 2012 veröffentlichte die FINMA die neue Bankensolvenzverordnung-FINMA (Bankensolvenzverordnung), die am 1. November 2012 in Kraft trat. Die Verordnung regelt das Sanierungs- und Konkursverfahren von Schweizer Banken und basiert auf dem zuvor geänderten Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen vom 8. November 1934, einschliesslich Änderungen (Bankengesetz). Sie dient der Straffung des Verfahrens zur Sanierung angeschlagener Banken und erteilt der FINMA deutlich grössere Sanierungsbefugnisse. Statt ein bestimmtes Sanierungskonzept vorzuschreiben, stellt die Verordnung verschiedene Sanierungsmöglichkeiten zur Verfügung, aus denen die FINMA im einzelnen Fall auswählen kann. Gemäss der Verordnung kann die FINMA Sanierungsverfahren eröffnen, ernennt dann einen Sanierungsbeauftragten (sofern sie diese Aufgabe nicht selber wahrnimmt) und muss einen Sanierungsplan für angeschlagene Banken genehmigen. Die FINMA kann in eigenem Ermessen entscheidende Massnahmen zur Sanierung einer Bank ergreifen. Dazu zählen die Herausnahme bestehender Aktionäre, die Durchsetzung eines Schuldenswaps, Anordnung einer Forderungsreduktion sowie der Aufschub oder die Beendigung von Finanzverträgen. Die Verordnung verlangt jedoch, dass die FINMA zuerst das Gesellschaftskapital vollständig herabsetzt und dass alle bedingten Wandelanleihen (wie etwa unsere Buffer Capital Notes) in Eigenkapital gewandelt werden, bevor eine Wandlung von Fremd- in Eigenkapital oder eine Forderungsreduktion angeordnet wird. Alle entsprechenden Massnahmen bezüglich Schuldsinstrumenten müssen die folgende Rangfolge berücksichtigen: zuerst nachrangige Forderungen ohne Eigenmittelanrechnung; dann übrige Forderungen, soweit sie nicht von der Wandlung ausgeschlossen sind; und zuletzt Kundeneinlagen, soweit sie die privilegierten Beträge übersteigen.

Am 30. Oktober 2012 veröffentlichte das Schweizerische Bundesgericht das Urteil in einem Fall, der ihm von einem Kunden einer anderen Bank vorgelegt worden war. Darin wurde die Rückvergütung von Kommissionen verlangt, die Anbieter von Anlageprodukten der Bank des Kunden gezahlt hatten. Das Gericht verfügte, dass entsprechende Zahlungen («Retrozessionen»), die im Rahmen eines Vermögensverwaltungsmandats von Emittenten von Anlageprodukten erhalten werden, dem Kunden geschuldet werden (einschliesslich Zahlungen von Konzerngesellschaften), es sei denn, der Kunde habe eine Verzichtserklärung abgegeben. Die FINMA gab anschliessend eine Mitteilung heraus, wonach alle Banken verpflichtet sind, potenziell betroffene Kunden zu informieren. Wir sind weiterhin daran, den Einfluss dieses Urteils, wenn überhaupt, auf unser Geschäft abzuschätzen.

Am 1. Januar 2013 traten die bilateralen Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Grossbritannien beziehungsweise Österreich in Kraft, die eine Regularisierung der in der Schweiz gehaltenen Vermögenswerte von Personen mit Wohnsitz in Grossbritannien oder Österreich ermöglichen. Vermögenswerte aus der Vergangenheit sollen mittels einer einmaligen anonymen Abgeltungssteuer, die von den Zahlstellen in der Schweiz einzubehalten ist, oder durch freiwillige Offenlegung seitens der Kunden bei den österreichischen beziehungsweise britischen Behörden regularisiert werden. Österreichische und britische Kunden können ihre zukünftigen Anlageerträge und Kapitalgewinne auf zwei Wegen regularisieren: Sie können die Schweizer Bank anweisen, entweder eine Verrechnungssteuer von ihren relevanten Erträgen und Gewinnen abzuziehen (wodurch die Anonymität des Kunden gewahrt bleibt) oder die betreffenden Erträge und Gewinne den Behörden an ihrem Wohnsitz zu melden. Im Dezember 2012 wurde das bilaterale Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland von deutscher Seite abgelehnt.

Am 19. Dezember 2012 verabschiedete der Schweizer Bundesrat eine Gesamtschau zur Finanzmarktpolitik. Darin enthalten waren Massnahmen zur Bekämpfung der Finanzkriminalität durch Umsetzung der revidierten Empfehlungen der Financial Action Task Force und zur Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes. Der Bundesrat wiederholte auch seine Befürwortung der Unterzeichnung von Quellensteuerabkommen, für die Amts- und Rechtshilfe nach internationalem Standard und die zusätzlichen Sorgfaltspflichten für Finanzintermediäre, um Steuerdelikte zu verhindern.

Der Schweizer Bundesrat wiederholte in seiner Gesamtschau zur Finanzmarktpolitik vom 19. Dezember 2012 die Wichtigkeit der Einführung weiterer gesetzlicher Vorschriften für den Finanzmarkt, die als mit bestimmten EU-Regelungen äquivalent betrachtet werden, damit der Zugang der Schweizer Finanzdienstleister zum EU-Markt gesichert bleibt. Der

Schweizer Bundesrat nahm Bezug auf die Regulierung von OTC-Derivaten, zentralen Gegenparteien und Transaktionsregistern (auch unter dem Namen European Market Infrastructure Regulation oder EMIR-Verordnung bekannt), mit deren schrittweise Einführung im März 2013 begonnen wurde. Ein entsprechender schweizerischer Gesetzesentwurf wird im zweiten Quartal 2013 erwartet. Weiter ging der Bundesrat auf die vorgeschlagenen Revisionen der bestehenden Markets in Financial Instruments Directive (MiFID I) der EU ein, die einen höheren Anlegerschutz betreffen. Die Vorschläge beinhalten eine revidierte Direktive (MiFID II) und eine neue damit verbundene Regulierung (MiFIR). Falls das MiFID II/MiFIR-Regelwerk wie von der EU-Kommission vorgeschlagen eingeführt wird, würde es für die Gewährung des EU-Marktzugangs für Finanzdienstleister in Drittstaaten verlangen, dass die Schweiz vergleichbare Gesetzesvorschriften einführt und dass Schweizer Finanzdienstleister eine EU-Zweigniederlassung gründen. Allerdings können die Auswirkungen von MiFID II/MiFIR selbst auf Finanzdienstleister «äquivalenter» Drittländer erst beurteilt werden, wenn MiFID II/MiFIR definitiv vorliegen.

Am 1. Februar 2013 trat das schweizerische Steueramtshilfegesetz in Kraft. Es regelt die Amtshilfe in Doppelbesteuerungs- und anderen internationalen Abkommen der Schweiz, die den Informationsaustausch in Bezug auf Steuerangelegenheiten gemäss Artikel 26 des OECD-Musterabkommens regeln. Dem neuen Gesetz zufolge ist die Amtshilfe bei Gruppenanfragen aufgrund von bestimmten Verhaltensmustern nicht mehr untersagt. Sogenannte «Fishing Expeditions» sind jedoch ausdrücklich ausgeschlossen. Dieser neue Standard gilt generell für Zeiträume ab dem 1. Februar 2013.

Am 3. März 2013 stimmten die Schweizer Bürger für die sogenannte «Minder-Initiative», mit der die Aktionärsrechte gestärkt werden sollen. Die Initiative verlangt, dass ein Gesetz verabschiedet wird, das Schweizer Publikumsgesellschaften bestimmte Anforderungen in Bezug auf die Vergütung des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung auferlegt. Dazu gehört die Forderung einer bindenden (anstatt konsultativen) Abstimmung der Aktionäre über die Gesamtvergütung des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung und das Verbot von Abgangsentschädigungen, Gehaltsvorauszahlungen und Zahlungen im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Veräusserung von Gesellschaften. Ausserdem müssen die Verwaltungsratsmitglieder, der Verwaltungsratspräsident und die Mitglieder des Compensation Committee jedes Jahr direkt von den Aktionären gewählt werden. Des Weiteren verlangt die Initiative, dass Verstösse gegen ihre Bestimmungen strafrechtlichen Sanktionen unterliegen. Der Schweizer Bundesrat hat ein Jahr Zeit, um eine Übergangsverordnung herauszugeben, die Gültigkeit hat, bis das Schweizer Parlament das neue

Gesetz verabschiedet. Ein Zeitrahmen für die definitive Umsetzung der Initiative ist noch nicht festgelegt.

USA

Im Juli 2010 verabschiedeten die USA den Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act (Dodd-Frank Act). Obwohl der Dodd-Frank Act einen breiten Rahmen für regulatorische Änderungen bietet, wird die Umsetzung in den nächsten Jahren weitere detaillierte Regelungen durch verschiedene Aufsichtsbehörden erfordern, beispielsweise durch das US Department of the Treasury (Finanzministerium, US Treasury), die US Federal Reserve (Fed), die US Securities and Exchange Commission (SEC), das Office of the Comptroller of the Currency (OCC), die Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC), die Commodity Futures Trading Commission (CFTC) und die neu geschaffene Finanzmarktaufsichtsbehörde Financial Stability Oversight Council (FSOC). Die Umsetzung des Dodd-Frank Act und der damit verbundenen definitiven Regulierungen könnte für uns zusätzliche Kosten nach sich ziehen oder unsere Geschäftstätigkeit limitieren beziehungsweise einschränken. Allerdings stehen viele der Einzelheiten, die Auswirkungen und der Zeitplan dieser Reformen vorläufig noch nicht fest. Diese und andere Reformvorschläge könnten erhebliche negative Auswirkungen auf unsere Geschäftstätigkeit haben.

Der Dodd-Frank Act beschränkt die Möglichkeit von Bankeneinheiten, bestimmte Private-Equity- oder Hedgefonds zu sponsern oder in sie zu investieren oder in den USA bestimmte Formen von Eigenhandel zu betreiben (sogenannte Volcker-Regel). Im Oktober 2011 und im Januar 2012 veröffentlichten die US-Aufsichtsbehörden Entwürfe für Vorschriften zur Umsetzung der Volcker-Regel. Die gesetzlichen Vorschriften der Volcker-Regel traten am 21. Juli 2012 in Kraft, und Finanzinstitute, die der Volcker-Regel unterstehen, haben zwei Jahre ab diesem Datum (mit Verlängerungsmöglichkeiten) Zeit, um ihre Aktivitäten und Anlagen damit in Einklang zu bringen. Die US-Regulatoren haben die Umsetzungsvorschriften für die Volcker-Regel noch nicht definitiv festgelegt, und wir wissen nicht, welche Änderungen sie bei der definitiven Vorschrift an den vorgeschlagenen Regulierungen vornehmen werden. Wir haben analysiert, wie die vorgeschlagenen Regulierungen sich auf unser Geschäft auswirken würden. Auch haben wir Pläne erarbeitet und umzusetzen begonnen, um die betroffenen Geschäftsbereiche mit den Regulierungen in Einklang zu bringen für den Fall, dass sie gemäss den Vorschlägen eingeführt werden. Sobald die definitiven Regulierungen vorliegen, werden wir ihre Auswirkungen auf unsere Aktivitäten neu evaluieren und unsere Pläne soweit wie nötig anpassen, damit sie die Vorschriften erfüllen.

Der Dodd-Frank Act gibt den Aufsichtsbehörden zudem die Möglichkeit, strengere Kapital-, Verschuldungs- und Liquiditätsvorschriften sowie andere aufsichtsrechtliche Standards, insbesondere für systemrelevante Finanzinstitute, vorzuschreiben. Im Dezember 2012 unterbreitete die Fed einen Vorschlag für eine Vorschrift im Rahmen des Dodd-Frank Act, die einen neuen Rahmen zur Regulierung des US-Geschäfts ausländischer Bankinstitute schaffen würde. Gemäss diesem Vorschlag müsste die Credit Suisse eine einzige US-amerikanische Intermediate Holding Company (IHC) gründen, die alle ihre US-Tochtergesellschaften unter sich vereinigt. Dies würde nicht für die New Yorker Niederlassung der Credit Suisse AG (New Yorker Niederlassung) gelten. Die IHC müsste die lokalen Vorschriften bezüglich risikobasierter Kapital- und Leverage-Vorschriften erfüllen. Ausserdem müssten die IHC selber und das kombinierte US-Geschäft der Credit Suisse (einschliesslich IHC und New Yorker Niederlassung) weitere neue aufsichtsrechtliche Anforderungen erfüllen, beispielsweise je separate Liquiditätspuffer für die IHC und für die New Yorker Niederlassung bezüglich der Bewirtschaftung des Liquiditätsrisikos, Limiten für Kreditpositionen in einer einzelnen Gegenpartei und Stresstests, sowie weitere aufsichtsrechtliche Standards ergreifen. Das kombinierte US-Geschäft der Credit Suisse würde auch einem frühzeitigen Sanierungsregime unterstellt, das durch Kapital-, Leverage-, Stresstest-, Liquiditäts-, Risikomanagement- und Marktindikatoren ausgelöst werden könnte. Dem Vorschlag zufolge würden die aufsichtsrechtlichen Anforderungen und die Vorschriften betreffend frühzeitiger Sanierung am 1. Juli 2015 in Kraft treten. Ausserdem schafft der Dodd-Frank Act einen umfangreichen Rahmen für die Regulierung von OTC-Derivaten und verlangt eine umfassendere Regulierung von Hedgefonds, Private-Equity-Fonds und Kreditauskunfteien.

Der Dodd-Frank Act führt auch eine «Orderly Liquidation Authority» ein, ein neues Regime für die ordnungsgemässe Auflösung systemrelevanter Nichtbank-Finanzunternehmen. Um eine Auflösung unter diesem neuen Regime zu finanzieren, kann die FDIC Mittel beim US Treasury aufnehmen, die aus dem Erlös der Auflösung zurückzuzahlen sind. Sollte der betreffende Erlös für eine vollständige Rückzahlung an das US Treasury nicht ausreichen, hat die FDIC andere grosse Finanzunternehmen zu beurteilen, einschliesslich solcher mit konsolidierten Gesamtaktiven von USD 50 Mia. oder mehr, und zwar in Bezug auf einen Betrag, der ausreicht, um alle im Zusammenhang mit der Auflösung nach der Orderly Liquidation Authority beim US Treasury aufgenommenen Mittel zurückzuzahlen. Darüber hinaus verabschiedeten die Fed und die FDIC definitive Vorschriften zur Umsetzung der Anforderungen an Abwicklungspläne gemäss Dodd-Frank Act, nach denen Bank-Holding-Unternehmen mit konsolidierten Gesamtaktiven

von mindestens USD 50 Mia. sowie bestimmte Nicht-Bank-Finanzunternehmen jährlich bei der Fed und dem FDIC Abwicklungspläne einzureichen haben. Diese Pläne müssen die Strategie für eine rasche und geordnete Abwicklung gemäss dem US Bankruptcy Code oder anderen massgeblichen Insolvenzverfahrensvorschriften darlegen, wenn auch die entsprechenden Pläne sich nicht auf die Orderly Liquidation Authority abstützen mögen. Wir haben unseren ersten derartigen Plan am 1. Juli 2012 eingereicht, und unsere erste jährliche Aktualisierung wird am 1. Juli 2013 fällig.

Ausserdem müssen Emittenten von kotierten Wertpapieren Rückzahlungsklauseln einführen, mit denen im Falle einer Neudarstellung der Finanzsituation eine ungerechtfertigte Vergütung zurückgefordert werden kann. Derzeit ist jedoch noch unklar, ob diese Anforderung für ausländische private Emittenten wie die Gruppe gelten werden.

Der Dodd-Frank Act gewährt der SEC auch erheblichen Ermessensspielraum bei der Ausgestaltung von neuen Regeln in Bezug auf die Sorgfaltspflicht von Brokern, Händlern und Anlageberatern und erweitert die extraterritoriale Zuständigkeit von US-amerikanischen Gerichten auf Klagen der SEC oder der USA im Zusammenhang mit Verstössen gegen die Vorschriften zur Bekämpfung des Betrugs, die im Securities Act von 1933, im Securities Exchange Act von 1934 und im Investment Advisers Act von 1940 enthalten sind.

Im Dezember 2011 verabschiedete die CFTC Vorschriften im Rahmen des Dodd-Frank Act, nach denen über zahlreiche OTC-Derivate gegenüber den Aufsichtsbehörden und öffentlich Bericht zu erstatten ist. Zudem legte die CFTC 2012 die abschliessende Formulierung vieler der Vorschriften zur Regulierung von Swap-Händlern und grossen Swap-Gegenparteien im Rahmen des Dodd-Frank Act vor. Unter anderem sind nach diesen Vorschriften Swap-Händler und grosse Swap-Gegenparteien verpflichtet, sich bei der CFTC zu registrieren und sich deren Regulierung für das interne und externe Geschäftsbereichen zu unterstellen. Die Vorschriften beinhalten sowohl Anforderungen auf Unternehmensebene, die unternehmensweit gelten, als auch Anforderungen auf Transaktionsebene, die pro Transaktion gelten. Die Anforderungen auf Unternehmensebene betreffen das Risikomanagement, das Swapdaten-Register, Berichtsvorschriften für grosse Händler sowie Kapitalvorschriften. Die Anforderungen auf Transaktionsebene betreffen Angelegenheiten wie das obligatorische Clearing spezifizierter Zinsswaps und CDS, Swap-Verarbeitung, Margenanforderungen, Dokumentation, Portfolioabstimmung und -komprimierung, öffentliche Echtzeitberichterstattung, tägliche Handelsaufzeichnungen und Standards für externes Geschäftsgebaren.

Am 31. Dezember 2012 registrierte sich die Credit Suisse International, die Einheit, über die wir den Grossteil unseres

Swap-Handelsgeschäfts abwickeln, bei der CFTC als Swap-Händler und wurde diesen neuen Vorschriften unterstellt. Als Nicht-US-Swap-Händler ist die Credit Suisse International vorübergehend von bestimmten dieser Anforderungen gemäss einer Ausschlussverfügung der CFTC vom 21. Dezember 2012 ausgenommen. Ausserdem unterliegt die Anwendung dieser Vorschriften auf die Credit Suisse International mehreren branchenweiten, temporären «No-Action Letters» der CFTC, die es der Branche ermöglichen sollen, die praktischen oder technischen Herausforderungen und Interpretationsunsicherheiten zu bewältigen und die Infrastruktur aufzubauen, die für die Einhaltung der Vorschriften notwendig sein wird. Falls diese Befreiung ausläuft, bevor die betreffende Infrastruktur von der Credit Suisse International errichtet worden ist, könnte dies erhebliche negative Auswirkungen auf die Fähigkeit der Einheit, OTC-Derivatgeschäfte mit US-Personen abzuwickeln, haben. Die Credit Suisse International rechnet auch damit, bei der CFTC eine Ersatz-Compliance zu beantragen, die es der Credit Suisse International erlauben würde, als vorschriftskonform bezüglich bestimmter CFTC-Vorschriften zu gelten, indem sie vergleichbare europäische Vorschriften erfüllt. Die CFTC hat allerdings noch keine definitiven Informationen darüber herausgegeben, wie sie die Vergleichbarkeit beurteilen wird, und da noch nicht alle der vergleichbaren europäischen Regulierungen definitiv vorliegen, ist es noch nicht klar, welche dieser CFTC-Vorschriften allenfalls im Endeffekt für die Credit Suisse International gelten würden. Falls die Ersatz-Compliance nicht gewährt wird oder in einer Art finalisiert wird, die weniger günstig ist als erwartet, oder falls die Befreiungsverfügung ausläuft, ohne erneuert zu werden, könnte die Credit Suisse International in ihren verschiedenen Rechtsgebieten doppelten oder widersprüchlichen Anforderungen ausgesetzt sein. Dies könnte zu erheblichen Störungen führen sowie zusätzliche Kosten und administrative Aufwendungen in unserem OTC-Derivatgeschäft verursachen.

Während die Credit Suisse derzeit keine ihrer verbundenen Gesellschaften bei der CFTC als grossen Swap-Teilnehmer zu registrieren beabsichtigt, hat die Credit Suisse ein Programm zur Überwachung der Swap-Positionen gegenüber US-Personen errichtet, um sicherzustellen, dass entsprechende Positionen unter der Swap-Positionsschwelle für die Registrierung grosser Swap-Teilnehmer bleiben.

Weiter rechnen wir damit, dass die SEC ihre Vorschriften zur Umsetzung der Derivatvorschriften des Dodd-Frank Act im Verlauf von 2013 finalisieren wird. Obwohl die Vorschläge der SEC zu einem grossen Teil vielen der CFTC-Vorschriften entsprechen, könnten wesentliche Differenzen zwischen den definitiven CFTC- und SEC-Vorschriften die Compliance-Kosten im Zusammenhang mit unserem Aktien- und Kreditderivatgeschäft mit US-Personen wesentlich erhöhen und dessen Effi-

zienz behindern. Erhebliche Differenzen zwischen den SEC-Vorschriften bezüglich Eigenkapital-, Margen- und Separierungsanforderungen für OTC-Derivate und entsprechende CFTC-Vorschriften könnten ebenfalls ähnliche Auswirkungen haben. In Bezug auf diese SEC- und CFTC-Vorschriften befassen wir uns derzeit mit der Entwicklung und Einführung der umfassenden technologischen, betrieblichen und Compliance-relevanten Infrastruktur, die aufgrund dieser Vorschriften erforderlich wird.

Der Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) trat am 18. März 2010 in den USA in Kraft. Gemäss diesem Gesetz sind ausländische Finanzinstitute (Foreign Financial Institutions, FFI) wie die Credit Suisse verpflichtet, einen FFI-Vertrag abzuschliessen und der US-amerikanischen Steuerbehörde (US Internal Revenue Service, IRS) Auskunft über die von US-Personen und bestimmten ausländischen Einheiten in US-amerikanischem Besitz gehaltenen Konten zu erteilen. Ansonsten ist eine Verrechnungssteuer von 30% auf den verrechnungssteuerfähigen Auszahlungen zu entrichten. Zudem haben FFI, die den betreffenden Vertrag abgeschlossen haben, auf Zahlungen an FFI ohne derartigen Vertrag diese Verrechnungssteuer einzubehalten. Dasselbe gilt für Zahlungen an Kontoinhaber, deren Angaben nicht ausreichen, um festzustellen, ob es sich um ein US-Konto oder ein anderes Konto handelt, sowie US-Kontoinhaber, die mit der Meldung ihres Kontos an die IRS nicht einverstanden sind. Im Jahr 2012 äusserte das US Treasury die Absicht, zwischenstaatliche Vereinbarungen abzuschliessen, um die Vorschriften bezüglich Berichterstattung und Steuereinbehaltung gemäss FATCA umzusetzen. Nach der Herausgabe der definitiven US-Vorschriften im Januar 2013 unterzeichneten die Schweiz und die USA eine solche Vereinbarung im Februar 2013. Sie wird es FFIs in der Schweiz ermöglichen, die FATCA-Anforderungen zu erfüllen und zugleich das Schweizer Recht einzuhalten. Gemäss der Vereinbarung können US-Behörden Schweizer Behörden um Amtshilfe in Zusammenhang mit Gruppenanfragen ersuchen, auch wenn das FFI keine Zustimmung zur Bereitstellung von Informationen über potenzielle US-Konten erhält. Damit die Vertragsbedingungen für FFIs in der Schweiz Gültigkeit haben, bevor FATCA am 1. Januar 2014 in Kraft tritt, muss die Vereinbarung bis zu dem Datum vom Schweizer Parlament genehmigt und ratifiziert werden. Die Einhaltung der Anforderungen zur Identifikation, zum Einbehalt der Steuer und zur Berichterstattung erfordert signifikante Investitionen in die Compliance- und Berichterstattungseinrichtungen einer FFI. Wir verfolgen die Entwicklungen bezüglich FATCA genau und stellen die Koordination mit allen zuständigen Behörden sicher.

EU

Auch die EU, Grossbritannien und weitere europäische nationale Rechtsgebiete haben eine breite Auswahl an aufsichtsrechtlicher Regulierung, Wertschriften- und Governance-Vorschriften zur Eindämmung systemischer Risiken und zu einer stärkeren Regulierung der Finanzinstitute, -produkte und -märkte vorgeschlagen und verabschiedet. Diese Vorschläge befinden sich in verschiedenen Stadien der vorlegislativen und gesetzgebenden Prozesse in der EU, und ihre definitive Form und kumulative Auswirkung sind nach wie vor unsicher. Die definitiven Vorschriften könnten zusätzliche Kosten nach sich ziehen oder unsere Geschäftstätigkeit limitieren beziehungsweise einschränken sowie erhebliche Auswirkungen auf unsere Geschäftsbereiche haben. Wir analysieren derzeit, wie sich die Vorschläge auf unsere verschiedenen Geschäftsbereiche auswirken würden. Auch haben wir Pläne erarbeitet und führen diese ein, um die betroffenen Geschäftsbereiche mit den Regelungen in Einklang zu bringen.

Im Oktober 2011 gab die Europäische Kommission Gesetzesvorschläge für eine neue Regulierung über Insidergeschäfte und Marktmanipulation (Marktmissbrauch) sowie für eine Richtlinie zu Strafnormen bei Insidergeschäften und Marktmissbrauch heraus. Hiermit wird der Geltungsbereich der bestehenden Regelungen gegen den Marktmissbrauch aktualisiert, gestärkt und ausgeweitet. Diese Vorschläge dürften voraussichtlich frühestens gegen Ende 2014 in Kraft treten.

Ebenfalls im Oktober 2011 legte die Europäische Kommission ihre Revisionsvorschläge für die bestehende Finanzmarkt-Richtlinie (Markets in Financial Instruments Directive, MiFID I) vor, die aus der revidierten Richtlinie MiFID II und einer neuen Regulierung MiFIR bestehen. Die vorgeschlagenen Revisionen sollen den regulatorischen Rahmen der EU für das Wertpapierdienstleistungsgeschäft und den Handel in Finanzinstrumenten weiter stärken. Einige einschneidende Reformen werden für die Transaktionsberichterstattung, Marktstruktur, den Wertschriftenhandel und die Anforderungen an die Geschäftsführung vorgeschlagen, einschliesslich neuer aufsichtsrechtlicher Äquivalenzanforderungen für Unternehmen aus Drittstaaten (wie die Credit Suisse), damit diese Unternehmen bestimmte Anlagedienstleistungen in der EU erbringen können. Die MiFID II/MiFIR-Vorschläge dürften voraussichtlich bis zum dritten Quartal 2013 von den EU-Legislatoren finalisiert und vereinbart werden und frühestens Ende 2014 in Kraft treten.

Im März 2012 führte die EU eine Verordnung ein, die ungedeckte staatliche OTCDS verbietet und Leerverkäufe mit Aktien und Staatsanleihen einschränkt (sogenannte Leerverkaufsverordnung). Diese Verordnung trat am 1. November 2012 in Kraft.

Im Juni 2012 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Gesetzesentwurf für eine Richtlinie zur Festlegung eines

Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (sogenannte Bank Recovery and Resolution Directive). Diese Richtlinie wird den einzelnen staatlichen Aufsichtsbehörden umfassende Interventionskompetenzen verleihen, wenn eine Einrichtung vor der Insolvenz steht, um negative Auswirkungen auf die Finanzstabilität insgesamt zu verhindern. Die Richtlinie sieht auch vor, den Aufsichtsbehörden gewisse Befugnisse zur Abwicklung von Banken zu erteilen. Dazu zählen die Befugnis zum Verkauf des Instituts, zur Übertragung von Vermögenswerten auf eine Brückenbank, zur Übertragung anderer Vermögenswerte auf eine eigens für die Vermögensverwaltung errichtete Zweckgesellschaft sowie Schuldabschreibungs-(Bail-in-) Lösungen. Die betroffenen Institute müssen auch Restrukturierungspläne von den einheimischen Aufsichtsbehörden genehmigen lassen. Restrukturierungspläne beschreiben Massnahmen, die nach einer signifikanten Verschlechterung zu einer Normalisierung der finanziellen Lage dieser Institute führen sollen. Ausserdem werden nationale Abwicklungsbehörden gegründet, die Abwicklungspläne erstellen und vorschlagen, wie ein Institut im Konkursfall auf geordnete Art und Weise abgewickelt werden soll.

In Grossbritannien ist die Financial Services Authority (FSA) im Rahmen des Financial Services Act von 2010 verpflichtet, Vorschriften für Restrukturierungs- und Abwicklungspläne zu entwerfen. Die Vorschriften werden voraussichtlich die oben dargestellten EU-Vorschläge enthalten. Die betroffenen Institute haben analoge Pläne zu den von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen zu entwerfen. Zudem müssen sie bestimmte Daten zu ihrer Organisation melden, so dass die FSA und die Bank of England Abwicklungspläne entwerfen können. Die definitiven Vorschriften der FSA dürften in Kürze veröffentlicht werden. Die Credit Suisse lieferte 2012 relevante Daten an die Aufsichtsbehörden in Grossbritannien aufgrund der bestehenden Vorschriften.

Im August 2012 trat die EMIR-Verordnung in Kraft. Sie verlangt, dass bestimmte standardisierte OTC-Derivatverträge zentral abgewickelt werden und dass dort, wo OTC-Transaktionen nicht zentral abgewickelt werden, bestimmte Techniken angewendet werden, um die operationellen und Gegenpartierisiken im Zusammenhang mit den Transaktionen zu überwachen, zu messen und zu mindern. Weiter müssen die Marktteilnehmer alle europäischen Derivatverträge einem zentralen Transaktionsregister melden. Mit der schrittweisen Einführung der EMIR-Vorschriften wurde im März 2013 begonnen.

Im September 2012 veröffentlichte die EU-Kommission einen Vorschlag für eine Regulierung, welche die Europäische Zentralbank (EZB) als einzige Aufsichtsbehörde für Banken in den 17 Ländern der Eurozone einsetzen würde, eine Mitteilung zur Erklärung ihrer Pläne für die Schaffung einer europäischen Bankenunion sowie einen Vorschlag für eine Regulierung, wel-

che die Aufgaben der Europäischen Bankaufsichtsbehörde unter der neuen Aufsichtsregelung definieren würde. Der einheitliche Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism), der die EZB als führende Aufsichtsbehörde (Lead Prudential Supervisor) für bestimmte Banken in der Eurozone bestimmt, wurde im Dezember 2012 von den EU-Finanzministern beschlossen. Die EZB wird ihre Aufsichtspflichten voraussichtlich 2014 aufnehmen.

In Grossbritannien veröffentlichte die Independent Commission on Banking (unabhängiger Bankenausschuss, ICB) in einem Schlussbericht bestimmte Empfehlungen zur Verbesserung der Stabilität und Konkurrenzfähigkeit im britischen Bankensektor. Gewisse Aspekte der Vorschläge könnten auch die britischen Banken, die Tochtergesellschaften einer ausländischen Bankengruppe sind, betreffen. Die ICB-Empfehlungen betreffen unter anderem die Verbesserung der Fähigkeit des Eigenkapitals der Banken, Verluste zu absorbieren, und die «Absonderung» des Retailgeschäfts (retail ring fence). Dies würde eine Trennung der Annahme von Einlagen beziehungsweise der Bereitstellung von Krediten für Privatpersonen und kleine sowie mittlere Unternehmen von einer breiten Palette von Anlage- und anderen Bankgeschäften bedeuten. Die Regierung brachte ein Bankenreformgesetz ein, um gewisse Reformvorschläge gemäss dem ICB-Bericht in der Parlamentssession 2012/2013 umzusetzen. Damit sollen auch die weiteren Details zur Implementierung der ICB-Reformen festgelegt werden. Die Umsetzung der Reformen dürfte phasenweise erfolgen und im Jahr 2019 abgeschlossen sein.

Da eine vorgeschlagene EU-weite Finanztransaktionssteuer keinen Erfolg hatte, dürfte eine Gruppe von elf EU-Mitgliedstaaten (FTT-11) voraussichtlich eine solche Steuer einführen, die im Rahmen des Verfahrens zur verstärkten Zusammenarbeit in der EU nur für diese Länder gilt. Wird sie in der am 14. Februar 2013 mitgeteilten Form genehmigt, würde die Steuer für eine breite Palette von Finanztransaktionen gelten, mit Mindestsätzen von 0,01% für derivative Produkte und 0,1% für andere Finanzinstrumente. Die Steuer würde für Transaktionen gelten, bei denen eine der Parteien in einem der elf Teilnehmerstaaten wohnhaft ist oder in denen ein Finanzinstrument in einem dieser Länder herausgegeben wird. Um wirksam zu werden, müsste die vorgeschlagene FTT-11-Richtlinie von den elf Teilnehmerstaaten einstimmig angenommen werden. Die Steuer könnte am 1. Januar 2014 in Kraft treten. In Fällen, in denen ein Teilnehmerstaat bereits über eine Finanztransaktionssteuer verfügt, wie dies in Frankreich und Italien der Fall ist, würde die FTT-11-Steuer voraussichtlich die bestehenden nationalen Finanztransaktionssteuerregelungen ersetzen.

Die EU-Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (Alternative Investment Fund Managers Directive,

AIFMD) tritt am 22. Juli 2013 in Kraft. Sie etabliert ein umfassendes regulatorisches und Aufsichtsregelwerk für Verwalter alternativer Anlagefonds (AIFMs), die in der EU tätig sind. Die AIFMD-Richtlinie erhöht die Transparenz für Anleger und Aufsichtsbehörden und erlaubt den AIFMs, ihre Fonds durch Einführung des «EU Passport» professionellen Anlegern in der ganzen EU anzubieten. Der «EU Passport» ist ab Juli 2013 für AIFMs in der EU und Alternative Investment Funds (AIFs) in der EU verfügbar und dürfte voraussichtlich 2015 auf AIFMs und AIFs ausserhalb der EU ausgedehnt werden. Deren Zugang zum EU-Markt erfolgt in der Zwischenzeit weiterhin über die bestehenden Privatplatzierungsregimes der einzelnen Mitgliedstaaten. Mit AIFMD werden auch neue, strenge Depotregelungen eingeführt, die sich darauf auswirken werden, wie Prime Brokers Depotdienste für Fondsverwalter erbringen können.

Regulatorischer Rahmen

Schweiz

Die Credit Suisse Group ist zwar gemäss Bankengesetz und der Verordnung vom 17. Mai 1972 über die Banken und Sparkassen (Bankenverordnung) in der jeweiligen aktuellen Fassung keine Bank im eigentlichen Sinne. Trotzdem ist die Gruppe gemäss den Bestimmungen des Bankengesetzes über die konsolidierte Aufsicht von Finanzgruppen und Finanzkonglomeraten verpflichtet, gewisse Auflagen für Banken zu erfüllen, darunter auch in Bezug auf die Eigenmittelunterlegung, Liquidität und Risikokonzentration auf konsolidierter Basis sowie die Offenlegung. In der Schweiz werden unsere Banken von der FINMA als eigenständige Rechtseinheiten und, sofern anwendbar, auf konsolidierter Basis überwacht.

Unsere Banken in der Schweiz verfügen in Übereinstimmung mit dem Bankengesetz und der Bankenverordnung über eine Banklizenz der FINMA. Einige dieser Banken sind zusätzlich von der FINMA in Übereinstimmung mit dem Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel (BEHG) zum Effektenhandel zugelassen.

Die FINMA ist das einzige Überwachungsorgan für Banken in der Schweiz und als solches von der SNB unabhängig. Gemäss dem Bankengesetz ist die FINMA für die Überwachung des schweizerischen Bankensystems zuständig. Die SNB wiederum ist für die Umsetzung der Geldpolitik im Zusammenhang mit Banken und Effekthändlern sowie für die Stabilität des Finanzsystems verantwortlich. Im Rahmen der «Too Big To Fail»-Gesetzgebung ist die SNB auch dafür zuständig, festzulegen, welche Banken in der Schweiz systemrelevante Banken sind und welche Funktionen in der Schweiz

systemrelevant sind. Die SNB hat die Gruppe als systemrelevante Bank identifiziert.

Unsere Banken in der Schweiz unterstehen einer engmaschigen und ständigen Kontrolle und den direkten Prüfungen durch die FINMA: Gemäss dem Bankengesetz unterstehen unsere Banken auch der Pflicht zu einer externen Revision durch eine von der FINMA zugelassene unabhängige Revisionsgesellschaft, die vom Verwaltungsrat der Bank ernannt wird. Diese führt jährlich eine Prüfung der Jahresrechnung durch und überprüft ausserdem, ob die Bank sämtliche rechtlichen Bestimmungen, einschliesslich der Bestimmungen des Bankengesetzes, der Bankenverordnung sowie der FINMA-Bestimmungen, einhält.

Das Bankengesetz schreibt Banken ein angemessenes Verhältnis zwischen den anrechenbaren eigenen Mitteln und den risikogewichteten Aktiven vor. Diese Bestimmung gilt für die Gruppe auf konsolidierter Basis. Um den Eigenmittelanforderungen der FINMA zu entsprechen, wird das aufsichtsrechtliche Kapital in Kernkapital (Tier 1) und ergänzendes Kapital (Tier 2) unterteilt.

Unser aufsichtsrechtliches Kapital wird in Übereinstimmung mit den in den USA allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen (Accounting Principles Generally Accepted in the US, US GAAP) berechnet, jedoch mit gewissen Anpassungen, die von der FINMA gefordert oder mit ihr abgeprochen wurden.

Für die Gruppe gelten seit dem 1. Januar 2008 die internationalen Eigenkapitalanforderungen gemäss Basel II sowie gewisse weiterführende Anforderungen an Grossbanken gemäss der bestehenden Eigenmittelverordnung und den Vorgaben der FINMA. Im November 2008 einigten wir uns mit der FINMA auf die Einhaltung der in einer Verfügung festgelegten höheren Eigenmittelanforderungen, anstelle der bestimmten zusätzlichen Anforderungen gemäss der Eigenmittelverordnung, sowie der Bestimmungen bezüglich des Leverage Capital bis 2013. Die Eigenmittelzielgrösse liegt zwischen 50% und 100% über den Vorschriften gemäss Säule 1 (Pillar 1) von Basel II. Die Verfügung enthält ausserdem Leverage-Limiten, welche von uns verlangen, 2013 eine minimale Leverage Ratio einzuhalten, bei der sich das Verhältnis zwischen Kernkapital (Tier 1) und adjustierter durchschnittlicher Bilanzsumme (auf nicht risikogewichteter Basis) auf konsolidierter Gruppen- und Bankebene auf minimal 3% und auf Ebene des Einzelabschlusses der Bank auf minimal 4% beläuft. Zur Berechnung der Leverage Ratio werden gewisse Bereinigungen an der Bilanzsumme vorgenommen. Diese Bereinigungen umfassen Aktiven aus dem Schweizer Kreditgeschäft und Aktiven, welche bei der Bestimmung des regulatorischen Kernkapitals nicht berücksichtigt werden. Von diesen Anforderungen wird eine antizyklische Wirkung erwartet, da in guten

Zeiten die erwarteten Eigenmittelziele 100% über den Anforderungen der Säule 1 und die Leverage Ratio über dem Minimum von 3% beziehungsweise 4% liegen sollten. Diese Anforderungen gelten für uns weiter, bis die höheren Anforderungen unter der «Too Big To Fail»-Gesetzgebung phasenweise eingeführt werden. Die Anforderungen gemäss der «Too Big To Fail»-Gesetzgebung werden seit dem 1. Januar 2013 schrittweise eingeführt.

Nach der neuen Liquiditätsverordnung müssen Banken einen bestimmten Liquiditätsstandard aufrechterhalten. Diese Vorschriften basieren weiterhin auf dem mit der FINMA früher vereinbarten Liquiditätsregime und verlangen, dass wir angemessene Bestände an liquiden, nicht belasteten, erstklassigen Wertschriften besitzen, die in einer Krisensituation für einen bestimmten Zeitraum zur Verfügung stehen. Das Krisenszenario berücksichtigt Annahmen zu globalen Marktturbulenzen, umfangreichen Bilanz- und Ausserbilanzabflüssen, fehlendem Zugang zu unbesicherter Wholesale-Finanzierung, starkem Einlagenabfluss, unterschiedlichem Zugang zu besicherter Marktfinanzierung sowie den Auswirkungen von Insolvenzfällen. Mit den neuen Regelungen soll gewährleistet werden, dass wir unseren finanziellen Verpflichtungen in einer Extremsituation über mindestens dreissig Tage nachkommen können. Diese Regelungen berücksichtigen sowohl quantitative als auch qualitative Faktoren und erfordern, dass wir im Zusammenhang mit unserer Kapitalverwaltung und Unternehmensführung auch mögliche Notfallrefinanzierungskosten einbeziehen. Zudem wird eine zusätzliche Berichterstattung an die FINMA verlangt. Diese vereinbarten Liquiditätsanforderungen werden voraussichtlich in Zukunft abgeändert werden, um den definitiven Liquiditätsvorschriften unter Basel III und spezifischen FINMA-Anforderungen Rechnung zu tragen.

- ▶ Siehe «Management von Liquidität und Refinanzierung» und «Kapitalbewirtschaftung» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen zu unserem derzeitigen aufsichtsrechtlichen Regelwerk und den erwarteten Änderungen an diesem Regelwerk, die sich auf Liquiditäts- und Kapitalvorschriften auswirken.

Gemäss dem schweizerischen Bankengesetz sind Banken und Effektenhändler zu einem Risikomanagement verpflichtet, das Risikokonzentrationen auf spezifische Grenzen beschränkt. Die Gesamtausleihungen an eine einzelne Gegenpartei oder eine Gruppe verbundener Gegenparteien muss in einem angemessenen Verhältnis zum inneren Kernkapital (Core Tier 1) der Bank stehen und die Risiken der Gegenpartei sowie Massnahmen zur Risikominderung berücksichtigen.

Das Bankengesetz und das BEHG verpflichten Schweizer Banken und Effektenhändler, die Existenz von Kundenbeziehungen sowie sämtliche Aspekte dieser Beziehungen vertrau-

lich zu behandeln. Vom gesetzlichen Schutz der Vertraulichkeit von Kundendaten ausgenommen sind jedoch Straftaten wie Insidergeschäfte, Geldwäscherei, Terrorismusfinanzierung, Steuerbetrug oder -hinterziehung oder das Verhindern der Offenlegung von Informationen gegenüber Gerichten und Behörden.

Die schweizerischen Regeln und Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung sind umfassend und verlangen von den Banken und den anderen Finanzintermediären die sorgfältige Prüfung und Dokumentation der Kundenidentität vor Aufnahme einer Geschäftsbeziehung. Zusätzlich sind in diesen Regeln und Vorschriften Verpflichtungen enthalten, angemessene Richtlinien bezüglich Geschäftsbeziehungen mit politisch exponierten Personen und Verfahren und Kontrollen zur Aufdeckung und Vermeidung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung, inklusive der Meldung von verdächtigen Aktivitäten an die Behörden, zu unterhalten.

Unser Wertpapiergeschäft wird in der Schweiz hauptsächlich über die Bank abgewickelt und untersteht dem BEHG, das sämtliche Aspekte des Effektenhandels in der Schweiz reguliert, darunter das aufsichtsrechtliche Kapital, die Risikoverteilung, die Verkaufsmethoden und Handelsusancen, die Aufbewahrung und Archivierung von Akten sowie die periodische Berichterstattung. Wertschriftenhändler unterstehen der Oberaufsicht durch die FINMA.

Unser Asset-Management-Geschäft in der Schweiz, das auch die Errichtung und Verwaltung von zum öffentlichen Vertrieb zugelassenen Anlagefonds umfasst, untersteht der Aufsicht durch die FINMA.

Seit dem 1. Januar 2010 ist die Vergütung, ihre Umsetzung und ihre Offenlegung nach den Vorschriften des FINMA-Rundschreibens «Vergütungssysteme» zu gestalten.

USA

Unsere Banktätigkeiten in den USA unterliegen auf bundes- und einzelstaatlicher Ebene einer Vielzahl von aufsichtsrechtlichen Bestimmungen. Unsere eigenen Geschäftsstellen umfassen unsere New Yorker Niederlassung und Vertretungen in Kalifornien. Jede Geschäftsstelle verfügt über eine Zulassung durch die State Banking Authority im jeweiligen Gliedstaat, deren Bestimmungen und Überprüfung sie unterliegt.

Zum 3. Oktober 2011 wurden das New York State Banking Department und das New York State Insurance Department aufgehoben; ihre Befugnisse wurden an das neu geschaffene Department of Financial Services übertragen. Es steht unter der Leitung des Superintendent of Financial Services (Superintendent). Die New Yorker Niederlassung besitzt eine Lizenz des Superintendent. Sie unterliegt der Überwachung des New York State Department of Financial Services

sowie den anwendbaren Gesetzen und Bestimmungen für ausländische Banken mit einer Niederlassung in New York. Gemäss dem New Yorker Bankengesetz ist die New Yorker Niederlassung verpflichtet, bankfähige Aktiven bei Banken im Staat New York zu halten. Die Höhe dieser Mittel, die als Prozentsatz der Verbindlichkeit an Dritte ausgedrückt werden, würde angehoben, falls der Superintendent der New Yorker Niederlassung ihr gutes Rating entziehen würde.

Das Bankengesetz des Staates New York ermächtigt den Superintendent, unter bestimmten Umständen unsere New Yorker Niederlassung und sämtliche unserer Geschäfte und Vermögen im Staat New York (einschliesslich des Vermögens der New Yorker Niederlassung, wo auch immer es sich befinden mag, und unseres ganzen Vermögens im Staat New York) zu ergreifen. Diese Umstände beinhalten in der Regel Gesetzesverstösse, unsichere oder unseriöse Geschäftspraktiken oder Überschuldung. Im Falle einer Liquidation oder nach der Besitznahme des Geschäftes der New Yorker Bank würde der Superintendent ausschliesslich die Begleichung der Forderungen von Einlegern oder anderen Gläubigern (die uns nicht angegliedert sind) zulassen, die aus den Transaktionen mit der New Yorker Niederlassung entstanden sind. Nach der Begleichung der Forderungen der Gläubiger aus dem Geschäft und Vermögen der New Yorker Bank würde der Superintendent das allfällige Restvermögen uns oder unserem Liquidator oder vorläufigen Konkursverwalter übertragen. Nach dem New Yorker Bankengesetz unterliegt die New Yorker Niederlassung einer Begrenzung der Kreditvergabe an einzelne Schuldner. Diese Kreditlimite wird als Prozentsatz des weltweiten Kapitals der Bank ausgedrückt.

Unsere Tätigkeit unterliegt ferner den Berichts- und Überprüfungsvorschriften der bundesstaatlichen Aufsichtsbehörden. Unsere bankfremden Aktivitäten in den USA unterliegen der Aufsicht der Fed in ihrer Eigenschaft als unser Dachaufsichtsorgan in den USA. Die New Yorker Niederlassung unterliegt ebenfalls der Aufsicht der Fed und hat in Bezug auf die Entgegennahme und das Halten von Einlagen die Anforderungen und Beschränkungen der Fed zu beachten. Da jedoch die New Yorker Niederlassung keine Publikumseinlagen entgegennimmt, ist sie weder Mitglied der FDIC, noch sind ihre Einlagen durch diese versichert.

Die nationalen US-amerikanischen Bankengesetze sehen vor, dass eine Geschäftsstelle (wie die New Yorker Niederlassung) oder Vertretung einer ausländischen Bank mit einer einzelstaatlichen Lizenz grundsätzlich keine Aktivitäten in eigener Regie ausüben darf, die einer Geschäftsstelle oder Vertretung einer ausländischen Bank mit einer bundesstaatlichen Lizenz nicht erlaubt sind, ausser diese Aktivitäten werden von der Fed als seriöse Bankpraxis erachtet. Auch nach den nationalen Bankengesetzen unterliegen Geschäftsstellen oder Vertretun-

gen mit einer einzelstaatlichen Lizenz einer Begrenzung der Kreditvergabe an einzelne Schuldner, die auf einem bestimmten Prozentsatz des Kapitals der gesamten ausländischen Bank beruht. Unter dem Dodd-Frank Act wird bei der Begrenzung der Kreditvergabe das Kreditrisiko aufgrund von derivativen Transaktionen, Wertpapierleihgeschäften sowie Repo- und Reverse-Repo-Geschäften mit Gegenparteien berücksichtigt. Das OCC veröffentlichte im Juni 2012 eine vorläufige endgültige Regelung für die Begrenzung der Kreditvergabe, mit der die Änderungen des Dodd-Frank Act umgesetzt wurden. Der vorläufigen Regelung zufolge haben Banken bis zum 1. Juli 2013 Zeit, um die Änderungen gemäss dem Dodd-Frank Act zu erfüllen, es sei denn, diese Frist werde verlängert. Ausserdem können vom FSOC und von der Fed eingeführte Vorschriften die Art der Tätigkeiten beeinträchtigen, welche die Bank (einschliesslich der New Yorker Niederlassung) ausüben könnte; der FSOC ist auch befugt, die Ausübung solcher Tätigkeiten zu beschränken.

Die Fed ist befugt, die Aktivitäten einer US-Geschäftsstelle oder -Vertretung einer ausländischen Bank zu unterbinden, (i) wenn sie befindet, dass die ausländische Bank im Herkunftsland keiner umfassenden Aufsicht untersteht oder (ii) gegen das Gesetz verstossen hat beziehungsweise in den USA gefährliche oder unseriöse Bankgeschäfte getätigt hat, oder (iii) wenn die ausländische Bank ein Risiko für die Stabilität des US-amerikanischen Finanzsystems darstellt und das Heimatland der betreffenden Bank kein geeignetes Finanzaufsichtssystem zur Minderung dieser Risiken eingeführt beziehungsweise bedeutende Fortschritte bei der Einführung eines derartigen Systems erzielt hat.

Ein besonderer Schwerpunkt der US-amerikanischen Politik und Gesetzgebung im Zusammenhang mit Finanzinstituten ist die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung. Diese Gesetze und Durchführungsbestimmungen verpflichten zur Einhaltung angemessener Richtlinien, Verfahren und Kontrollen, um Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung zu erkennen, zu verhindern und zu melden, die Kundenidentität festzustellen und wirtschaftliche Sanktionen einzuhalten. Wer es versäumt, angemessene Programme zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung zu lancieren und umzusetzen, oder gegen wirtschaftliche Sanktionen, Gesetze oder Durchführungsbestimmungen verstösst, muss unter Umständen mit ernsthaften rechtlichen Konsequenzen und einer erheblichen Schädigung der Reputation rechnen. Deshalb nehmen wir unsere Pflicht, Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung in den USA und weltweit zu verhindern, äusserst ernst. Gleichzeitig respektieren und wahren wir die Privatsphäre unserer Kunden. Unsere Weisungen, Verfahren und Mitarbeiterschulungen gewährleisten, dass unsere Mitarbeitenden die erforderlichen Anhaltspunkte

haben, um die Kundenidentifikation korrekt vornehmen und entscheiden zu können, wann eine Kunden- oder Geschäftsbeziehung als höheres Risiko für uns einzustufen ist.

Seit dem Jahr 2000 werden die Credit Suisse Group und die Bank unter dem US-amerikanischen Bankengesetz als Finanzholdinggesellschaften behandelt und dürfen deshalb in den USA eine breit gefächerte Palette an bankfremden Aktivitäten anbieten, darunter auch Versicherungen, Wertpapiere, Private Equity und andere Finanzgeschäfte, solange die betreffenden regulatorischen Anforderungen und Auflagen eingehalten werden. Die Credit Suisse Group benötigt weiterhin die vorgängige Zustimmung durch die Fed (sowie weiterer US-amerikanischer Aufsichtsbehörden), bevor sie, direkt oder indirekt, mehr als 5% der stimmberechtigten Aktien einer US-amerikanischen Bank, Bankholding-Gesellschaft oder von anderen einlagenehmenden Instituten und deren Holding-Gesellschaften übernehmen oder kontrollieren kann oder eine solche Gesellschaft auf eine andere Art kontrolliert. Dasselbe gilt gemäss dem Dodd-Frank Act für bestimmte Übernahmen von grossen Nichtbanken. Die New Yorker Niederlassung unterliegt zudem gewissen Beschränkungen in Bezug auf Koppelungsvereinbarungen, die Produkte und Dienstleistungen zum Gegenstand haben, und in Bezug auf gewisse Transaktionen mit gewissen verbundenen Gesellschaften. Sollten indessen die Credit Suisse Group oder die Bank gemäss den anwendbaren Vorschriften der Fed nicht mehr über eine solide Eigenkapitalausstattung verfügen oder gut geführt werden und auch sonst die Anforderungen an den Status einer Finanzholdinggesellschaft nicht mehr erfüllen, so könnten sie gezwungen werden, bestimmte Finanzaktivitäten wieder einzustellen oder die New Yorker Niederlassung zu schliessen. Ausserdem könnte dies auch die Aussichten der Credit Suisse Group auf eine Bewilligung von für Finanzholdinggesellschaften zugelassene Akquisitionen erheblich beeinträchtigen.

Für unsere in den USA ansässigen Broker-Dealer gelten eingehende Vorschriften der zuständigen US-Aufsichtsbehörden. Broker-Dealer, Anlageberater oder Investmentfirmen unterstehen in erster Linie der Oberaufsicht durch die SEC, während Terminkommissionäre, Terminverwalter und Terminhandelsberater von der CFTC reguliert werden. Mit Inkrafttreten des Dodd-Frank Act wurden diese CFTC-Registrierungskategorien auf Personen ausgedehnt, die eine relevante Tätigkeit in Bezug auf Swaps ausüben. Zudem können auch die folgenden Instanzen aufsichtsrechtliche Funktionen wahrnehmen: das US Treasury im Zusammenhang mit Anleihen des US Treasury und von Regierungsbehörden sowie das Municipal Securities Rulemaking Board im Zusammenhang mit Anleihen von Stadtverwaltungen und bei gewissen Wertpapierkreditgeschäften. Broker-Dealer unterstehen ausserdem der Aufsicht durch Selbstregulierungsorganisationen der Wertpa-

pierbranche, einschliesslich der Financial Industry Regulatory Authority (FINRA) sowie der einzelstaatlichen Wertschriftenaufsicht. In Bezug auf Termin- und Swapgeschäfte unterstehen die Broker-Dealer Selbstregulierungsbehörden wie der National Futures Association (NFA).

Unsere US-Broker-Dealer sind bei der SEC und in allen 50 Gliedstaaten, im District of Columbia, in Puerto Rico sowie den US Virgin Islands registriert, während unsere US-Terminkommissionäre (US Futures Commission Merchants), Betreiber von Warenfonds (Commodity Pool Operators) und US-Warenterminhandelsberater (US Commodity Trading Advisors) bei der CFTC registriert sind. Unsere in den USA registrierten Geschäftseinheiten unterstehen weitgehenden Vorschriften, die sämtliche Aspekte ihres Wertpapier- und Termingeschäfts abdecken. Dazu gehören: die Höhe der Eigenmittel; Nutzung und Verwahrung von Kundeneinlagen und -wertschriften; Eignung von Kundenanlagen; Aktenaufbewahrung und Reporting; Mitarbeiterangelegenheiten; Kreditbeschränkungen bei Wertpapiertransaktionen; Verhinderung und Aufdeckung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung; Verfahren zur Gewährleistung der Unabhängigkeit von Finanzanalysten; Freigabe und Settlement von Handelsabschlüssen sowie Öffentlichkeitsarbeit.

Für unsere US-Broker-Dealer gilt ausserdem die Nettokapitalregel der SEC, die ihnen einen bestimmten Anteil ihres aufsichtsrechtlichen Nettokapitals in relativ liquider Form vorschreibt. Das Einhalten dieser Nettokapitalregel könnte die Aktivitäten mit hohem Kapitalbedarf einschränken, so etwa das Emissions- und Handelsgeschäft und die Finanzierung von Kundenkonten. Ausserdem könnte der Kapitalabzug von unseren Broker-Dealer-Tochtergesellschaften eingeschränkt werden. Unsere US-Broker-Dealer unterstehen ausserdem den Nettokapitalvorschriften der FINRA und, in einigen Fällen, verschiedener Selbstregulierungsorganisationen.

Einige unserer US-Broker-Dealer sind auch als Terminkommissionäre (Futures Commission Merchants) registriert und unterstehen den Kapitalauflagen sowie weiteren Anforderungen der CFTC und der NFA.

Unser Wertschriften- und das Asset-Management-Geschäft umfassen Rechtspersönlichkeiten, die bei der SEC als Broker-Dealer und Anlageberater registriert und reguliert sind. Die bei der SEC registrierten Anlagefonds, welche wir beraten, unterstehen dem Investment Company Act von 1940. Bei Kunden, die Pensionsfonds sind, unterliegen wir dem Employee Retirement Income Security Act von 1974 und ähnlichen bundesstaatlichen Bestimmungen. Für Warentermin-Investmentfonds, die wir beraten, gelten die Bestimmungen des Commodity Exchange Act.

Die Credit Suisse International ist bei der CFTC aufgrund ihrer Swap-Aktivitäten mit US-Personen als Swap-Händler

registriert und unterliegt deshalb den Vorschriften gemäss Dodd-Frank Act bezüglich Berichterstattung, Aufzeichnungen, Swap-Bestätigung, Swap-Portfolio-Komprimierung, Clearing sowie bestimmter Aspekte des Geschäftsgebarens. Ausserdem wird sie den Vorschriften gemäss Dodd-Frank Act bezüglich elektronischen Handels, zusätzlicher Aspekte des Geschäftsgebarens, Dokumentation über Swap-Handelsbeziehungen, Portfolioabstimmung und Margenanforderungen unterstellt werden, sobald diese im Verlaufe von 2013 in Kraft treten.

EU

Seit dem 1999 eingeleiteten Aktionsplan für Finanzdienstleistungen der EU sind zahlreiche Massnahmen (EU-Richtlinien und EU-Verordnungen) erlassen worden, die auf eine Integration und Harmonisierung des EU-Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen abzielen. Während EU-Verordnungen unmittelbar gültig und in allen EU-Mitgliedstaaten rechtlich verbindlich sind, bedürfen EU-Richtlinien einer Umsetzung in nationales Recht. Dies hat zur Folge, dass die Umsetzung von Richtlinien unter Umständen nicht in allen Mitgliedstaaten gleich ausgestaltet ist. Die EU hat als Reaktion auf die Finanzkrise und zur Stärkung der europäischen Aufsichtsregelungen den Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board) eingerichtet, der für die makroprudentielle Überwachung des Finanzsystems zuständig ist. Ausserdem hat die EU drei Aufsichtsbehörden eingerichtet, die für die Förderung einer stärkeren Harmonisierung und einer konsistenten Anwendung von EU-Recht durch die nationalen Aufsichtsbehörden zuständig sind: die Europäische Bankenaufsicht (European Banking Authority), die Europäische Wertpapieraufsicht (European Securities and Markets Authority) und die Europäische Versicherungs- und Pensionsfondsaufsicht (European Insurance and Occupational Pensions Authority).

Die in verschiedenen EU-Ländern, darunter auch in Grossbritannien, umgesetzte Kapitaladäquanzrichtlinie (Capital Requirements Directive, CRD) wendet die Eigenkapitalvorschriften des Basel-II-Regelwerks auf im EU-Raum tätige Bankengruppen an. Inzwischen ist die CRD überarbeitet und das Änderungspaket CRD II vorgelegt worden. Diese Änderungen, die im Wesentlichen die Eigenmittel, grosse Kreditrisikopositionen, das Beaufsichtigungsregime, qualitative Standards für die Bewirtschaftung des Liquiditätsrisikos sowie für Verbriefungen betreffen, traten am 31. Dezember 2010 in Kraft. Am 1. Januar 2011 trat der Teil eines weiteren Änderungspaketes, CRD III, in Kraft, der sowohl die Offenlegung als auch den Inhalt der Vergütungspolitik und -praxis von Banken regelt; per 31. Dezember 2011 treten schliesslich mit der Neuregelung der Eigenkapitalvorschriften für das Handelsbuch und der Eigenkapitalvorschriften für Weiterverbriefungen sowie

der Offenlegung von Verbriefungsrisiken weitere Regelungen der CRD III in Kraft. CRD IV enthält weitere Reformvorschläge. Sie soll, sobald sie verabschiedet worden ist, die aktuelle CRD mit neuen Massnahmen zur Umsetzung der Anforderungen von Basel III ersetzen sowie ein einziges harmonisiertes Regelwerk für Banken schaffen, neue Corporate-Governance- und eine beschränkte Anzahl zusätzlicher Vergütungsanforderungen einführen – einschliesslich einer zu erwartenden Obergrenze für die variable Vergütung – und die Kompetenzen von Aufsichtsbehörden erweitern. CRD IV dürfte im Verlaufe des Jahres 2014 in Kraft treten.

Die bestehende EU-Finanzmarktrichtlinie (MiFID I) legt auf hoher Ebene Standards für die Organisation und Geschäftsführung fest, die für alle Wertschriftenunternehmen verbindlich sind. Dazu gehören Regelungen über den Umgang mit Interessenkonflikten, die Verpflichtung zur kundengünstigsten Ausführung von Aufträgen («Best Execution»), ein erhöhter Anlegerschutz, einschliesslich Kundenklassifikation, und die Auflage, bei der Erbringung von Anlagedienstleistungen für Kunden die Eignung und Angemessenheit zu überprüfen. Das Regelwerk stellt Vorschriften für regulierte Märkte (Börsen) und Betreiber sogenannter multilateraler Handelssysteme auf und enthält Vorhandels- und Nachhandelstransparenzvorschriften für den Aktienhandel. Ausserdem schreibt die Finanzmarktrichtlinie die Offenlegung von Gebühren und anderen Vermittlerprovisionen von und an Dritte im Rahmen von Anlageberatungsdienstleistungen vor und reguliert die Anlagedienstleistungen im Zusammenhang mit Warenderivaten. MiFID führte einen einheitlichen «Pass» («MiFID-Pass») ein, der es Wertpapierfirmen ermöglicht, nach einer Zulassung in ihrem Herkunftsland im ganzen EU-Raum grenzüberschreitende Dienstleistungen zu erbringen und Zweigstellen zu errichten.

Grossbritannien

In Grossbritannien wird die Geschäftstätigkeit von Finanzdienstleistungsunternehmen hauptsächlich von der FSA überwacht, deren Rechtsgrundlage der Financial Services and Markets Act 2000 (FSMA) ist. Die FSA regelt die Tätigkeit von Banken, Versicherungen, das Investmentgeschäft und die Aktivitäten von Hypothekenvermittlern. Sie verfolgt in der Regel einen risikoorientierten Ansatz und überwacht sämtliche Aspekte der Geschäftstätigkeit eines Unternehmens wie Eigenkapitalausstattung, Systeme und Kontrollmechanismen, Führungsstruktur, Geschäftsführung, Massnahmen zur Bekämpfung von Geldwäscherei sowie Mitarbeiterschulung. Die FSA verfügt über eine breite Palette an aufsichtsrechtlichen Befugnissen und kann von Finanzdienstleistungsunternehmen Informationen und Berichte einfordern, Untersuchungsbeauftragte einsetzen, bei Gericht einstweilige Verfügungen

gungen oder Verfügungen auf Herausgabe gestohlener Gegenstände an den Eigentümer erwirken, Straftaten strafrechtlich verfolgen, Geldstrafen verhängen, öffentliche Stellungnahmen abgeben oder eine Rüge erteilen sowie erteilte Bewilligungen ändern, annullieren oder entziehen. Im Juni 2010 gab die britische Regierung die Ablösung der FSA durch drei neue Behörden bekannt: die Prudential Regulation Authority, eine Tochtergesellschaft der Bank of England, die für die aufsichtsrechtliche Mikroregulierung von Banken und grösseren Wertpapierfirmen zuständig sein wird; die Financial Conduct Authority mit Befugnissen in der Marktregulierung und Regulierung der Geschäftsführung aller Finanzunternehmen sowie der Regulierung derjenigen Unternehmen, die nicht der Prudential Regulation Authority unterstehen, und das Financial Policy Committee der Bank of England, das sich mit der Makroregulierung befasst. Die FSA wird im April 2013 offiziell durch diese Nachfolgebehörden ersetzt werden.

Als EU-Mitglied ist Grossbritannien zur Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht verpflichtet. Das Aufsichtsregime, dem Banken in Grossbritannien unterstellt sind, entspricht den Richtlinien der Europäischen Union auch in Hinsicht auf die Anforderungen an die Eigenkapitalunterlegung, den Kundenschutz, die Geschäftsführung und die Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche. Die im Rahmen dieser Richtlinien festgelegten Normen, Anforderungen und Regelungen werden in allen anderen Ländern der Europäischen Union, in denen wir tätig sind, ähnlich umgesetzt.

Die Londoner Niederlassung der Credit Suisse AG (Londoner Niederlassung), die Credit Suisse International sowie die Credit Suisse (UK) Limited sind zur Entgegennahme von Publikumseinlagen zugelassen. Wir verfügen zudem über eine Reihe von Rechtseinheiten mit einer Bewilligung zum Führen des Investment-Geschäfts und von Asset-Management-Aktivitäten. Bevor die FSA eine Bewilligung erteilen kann, muss sie ermitteln, ob die Antragstellerin die Mindestanforderungen für eine Zulassung erfüllt und sowohl geeignet ist als auch Gewähr für eine einwandfreie Geschäftsführung und Kontrolle («Fit and Proper»-Test) bietet. Neben der Regulierung durch die FSA unterstehen gewisse Geldmarktgeschäfte dem Non-Investment Products Code, einem freiwilligen, von der Bank of England veröffentlichten Verhaltenskodex. Die FSA erwartet, dass die von ihr regulierten Unternehmen sich bei Geldmarktgeschäften an diesen Verhaltenskodex halten.

Die Londoner Niederlassung wird weiterhin hauptsächlich die aufsichtsrechtlichen Auflagen der Schweiz einzuhalten

haben. Die FSA reagierte allerdings auf die weltweite Finanzkrise, indem sie die Aufsichtsvorschriften in ihrem «Handbook of Rules and Guidance» anpasste. Neu gilt ein «Autarkie»-Prinzip. Dieses beinhaltet, dass die Credit Suisse International, die Credit Suisse Securities (Europe) Limited und die Credit Suisse (UK) Limited ein angemessenes Liquiditätsniveau aufrechterhalten müssen, das unter laufender Überwachung ihrer Geschäftsleitung stehen muss, unbelastet in einem Depotkonto im Namen des Unternehmens gehalten und in ihrer Bilanz ausgewiesen wird. Zudem verlangt die FSA von der Credit Suisse International, der Credit Suisse Securities (Europe) Limited und der Credit Suisse (UK) Limited im Rahmen der Umsetzung der CRD eine Mindestkapitalquote sowie die Überwachung und Meldung von grossen Engagements.

Unsere Londoner Bank- und Broker-Dealer-Tochtergesellschaften und Asset-Management-Gesellschaften sind durch den FSMA autorisiert und unterstehen den Bestimmungen der FSA. Ob eine Wertpapierfirma in Grossbritannien die Zulassung erhält oder nicht, hängt von der Erfüllung der Mindestanforderungen der FSA ab, zu denen die Eignung sowie allgemeine Qualitätsanforderungen an Geschäftsführung und Kontrolle («Fit and Proper»-Test) gehören. Die FSA reguliert die meisten Aspekte des Wertpapiergeschäfts: die Höhe der Eigenmittel, Verkaufsmethoden und Handelsusancen, Aktenaufbewahrung, Nutzung und Verwahrung von Kundeneinlagen und -wertschriften, Margengestaltung, Registrierungsvorschriften für Einzelpersonen mit bestimmten Funktionen, Massnahmen zur Bekämpfung von Geldwäscherei sowie die periodische Berichterstattung und Abrechnungsverfahren.

Am 1. Januar 2011 hat die FSA die Anforderungen der CDR III umgesetzt. Seither haben gewisse Wertpapierfirmen ohne Hauptsitz im Europäischen Wirtschaftsraum in Bezug auf ihre Tätigkeit in Grossbritannien Vergütungsrichtlinien, -verfahren und -praktiken aufzuweisen, die den Grundsätzen eines soliden und wirksamen Risikomanagements genügen und ein solches fördern. CRD IV schlägt weitere Änderungen bezüglich der Vergütungspolitik von Banken vor und dürfte voraussichtlich im Verlauf des Jahres 2014 Gesetzeskraft erlangen.

Seit dem 1. Januar 2011 wird eine Bankabgabe auf dem britischen Geschäft der Grossbanken bei bestimmten Finanzierungen erhoben. Im Jahresverlauf 2012 galt ein Abgabesatz von 8,8 Basispunkten für kurzfristige Verbindlichkeiten sowie von 4,4 Basispunkten für langfristige Beteiligungen und Verbindlichkeiten. Am 1. Januar 2013 wurde dieser Satz auf 13 Basispunkte beziehungsweise 6,5 Basispunkte erhöht.

Risikofaktoren

Unsere Geschäftsbereiche sind einer Vielzahl verschiedener Risiken ausgesetzt, die sich ungünstig auf unser Geschäftsergebnis und unsere finanzielle Lage auswirken könnten. Einige dieser Risiken sind im Folgenden beschrieben.

Liquiditätsrisiko

Die Liquidität oder der schnelle Zugang zu finanziellen Mitteln ist für unsere Tätigkeit, und insbesondere für unser Investment Banking, von entscheidender Bedeutung. Wir halten flüssige Mittel bereit, um unseren Verpflichtungen auch unter angespannten Liquiditätsbedingungen nachzukommen.

- ▶ Siehe «Management von Liquidität und Refinanzierung» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen zu unserer Liquiditätsbewirtschaftung.

Unsere Liquidität könnte beeinträchtigt werden, falls wir nicht in der Lage wären, Zugang zu den Kapitalmärkten zu erhalten oder unsere Anlagen zu verkaufen. Zudem gehen wir von steigenden Liquiditätskosten aus

Unsere Möglichkeiten zur Aufnahme gedeckter und ungedeckter Kredite und die damit verbundenen Kosten können beeinflusst werden durch den Anstieg der Zinsen, die Ausweitung der Kreditrisikoprämien, die Kreditverfügbarkeit, regulatorische Anforderungen im Zusammenhang mit der Liquidität oder durch Wahrnehmung des Marktes von Risiken in Bezug auf uns oder den Bankensektor, einschliesslich unserer vermeintlichen oder tatsächlichen Kreditwürdigkeit. Ist am Fremdkapitalmarkt für ungedeckte lang- oder kurzfristige Kredite keine Refinanzierung erhältlich oder besteht kein Zugang zu den Märkten für gedeckte Kredite, so könnte dies unsere Liquidität erheblich beeinträchtigen. Unter schwierigen Kreditmarktbedingungen ist es möglich, dass unsere Refinanzierungskosten steigen oder dass wir die zur Unterstützung oder Erweiterung unserer Tätigkeit benötigten Mittel nicht aufnehmen können und dass sich diese Tatsache ungünstig auf unser Geschäftsergebnis auswirkt. Seit der Finanzkrise 2008 und 2009 sind unsere Kosten für die Liquidität hoch geblieben, und wir erwarten, dass sich weitere Kosten aus den regulatorischen Anforderungen an eine höhere Liquidität sowie aus dem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld in Europa, den USA und andernorts ergeben werden.

Sollten wir benötigte Mittel an den Kapitalmärkten nicht aufnehmen können, ist es möglich, dass wir unbelastete Vermögenswerte liquidieren müssen, um unseren Verpflichtungen nachzukommen. Herrscht Liquiditätsknappheit, ist es möglich, dass wir bestimmte unserer Anlagen nicht oder nur zu niedri-

geren Preisen verkaufen können, was sich beides ungünstig auf unser Geschäftsergebnis und unsere finanzielle Lage auswirken könnte.

Unsere Geschäftsbereiche verlassen sich zu Refinanzierungszwecken stark auf unsere Einlagen

Unsere Geschäftsbereiche nutzen kurzfristige Refinanzierungsquellen. Dazu zählen primär Sichteinlagen, Interbankkredite, Termingelder und Kassa-Anleihen. Obwohl die Einlagen langfristig eine stabile Refinanzierungsquelle dargestellt haben, kann dies nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Sollte sich daran etwas ändern, könnte unsere Liquidität beeinträchtigt werden, und wir wären unter Umständen nicht in der Lage, Einlagenrückzügen auf Verlangen oder bei ihrer vertraglichen Fälligkeit nachzukommen, Kredite bei Fälligkeit zu tilgen oder neue Kredite, Anlagen und Geschäfte zu refinanzieren.

Änderungen unserer Ratings könnten unsere Tätigkeit beeinträchtigen

Die Ratings werden durch Ratingagenturen vergeben. Diese können ihre Ratings jederzeit herabsetzen, ihre Herabsetzungsabsicht andeuten oder die Ratings zurückziehen. Die grossen Ratingagenturen konzentrieren sich nach wie vor auf die Finanzdienstleistungsbranche und insbesondere auf die offene Frage, ob Unternehmen, die ein systemisches Risiko darstellen, in einer Finanz- beziehungsweise Kreditkrise Unterstützung seitens des Staates oder der Notenbanken erhalten würden, und auf die potenzielle Anfälligkeit solcher Unternehmen gegenüber der Marktstimmung und dem Marktvertrauen, vor allem in wirtschaftlich schlechten Zeiten. So senkte Moody's Investor Services im Juni 2012 nach einer Überprüfung von 17 der grössten Banken der Welt die Ratings für 15 dieser Banken, darunter die Credit Suisse, deren Kreditrating um drei Stufen herabgesetzt wurde. Weitere Herabsetzungen der uns verliehenen Ratings, insbesondere unserer Kreditratings, könnte unsere Fremdkapitalkosten erhöhen, unseren Zugang zu den Kapitalmärkten einschränken, unsere Kapitalkosten steigern und die Fähigkeit unserer Geschäftsbereiche zum Verkauf und zur Vermarktung ihrer Produkte, zum Abschluss von Geschäftstransaktionen – insbesondere längerfristiger und derivativer Transaktionen – und zur Bindung von Kunden beeinträchtigen.

Marktrisiko

Wir könnten durch Marktschwankungen und Volatilität in unserer Handels- und Anlagetätigkeit erhebliche Verluste erleiden

Obwohl wir 2012 unsere Bilanz weiter reduziert und die Umsetzung unserer kundenorientierten und kapitaleffizienten Strategie beschleunigt vorangetrieben haben, halten wir weiterhin grosse Handels- und Anlagepositionen und Absicherungen in den Kredit-, Devisen- und Aktienmärkten wie auch in Private Equity, Hedgefonds, Immobilien und anderen Vermögensgeschäften. Diese Positionen könnten durch die Volatilität der Finanz- und anderer Märkte – das heisst durch das Ausmass von Preisschwankungen über einen bestimmten Zeitraum in einem bestimmten Markt, ganz unabhängig vom Marktniveau – beeinträchtigt werden. Insofern als wir in diesen Märkten Anlagen besitzen oder Netto-Longpositionen halten, könnte ein entsprechender Marktrückgang Verluste aufgrund eines Wertrückgangs unserer Netto-Longpositionen zur Folge haben. Umgekehrt könnte uns, insofern als wir in entsprechenden Märkten Anlagen, die wir nicht besitzen, verkauft haben oder Netto-Shortpositionen halten, ein entsprechender Marktaufschwung potenziell erhebliche Verluste einbringen, wenn wir unsere Netto-Shortpositionen durch den Kauf von Anlagen in einem steigenden Markt zu decken versuchen. Marktschwankungen, Kursrückgänge und Volatilität können den Fair Value unserer Positionen und unser Geschäftsergebnis ungünstig beeinflussen. Die negativen Markt- und Wirtschaftslagen beziehungsweise -trends haben in der Vergangenheit zu einem ausgeprägten Rückgang unserer Nettoerträge und unserer Rentabilität geführt. Dies könnte auch in Zukunft der Fall sein.

Unsere Geschäfte unterliegen in den Ländern, in denen wir weltweit tätig sind, einem Verlustrisiko bei widrigen Marktbedingungen und ungünstigen wirtschaftlichen, monetären, politischen, rechtlichen und anderweitigen Entwicklungen

Als weltweit tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen sind wir mit unseren Geschäftsbereichen von den Bedingungen an den Finanzmärkten und von den allgemeinen Wirtschaftsbedingungen in Europa, den USA und anderen Ländern auf der ganzen Welt stark abhängig. Die Erholung von der Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 geht in einigen entscheidenden Märkten nur schleppend voran. Ausserdem wurden die europäische Staatsschuldenkrise wie auch die Besorgnis um das Schuldenniveau und das nationale Budgetverfahren in den USA, deren Staatsanleihen erstmals in der Geschichte der Neuzeit herabgestuft wurden, noch nicht nachhaltig überwunden. Unsere Finanz- und Ertragslage

könnte in erheblichem Masse negativ betroffen sein, wenn sich diese Bedingungen nicht verbessern oder wenn sie stagnieren oder sich verschlechtern. Des Weiteren kam es in mehreren Ländern, in denen wir tätig sind oder investieren, zu erheblichen, jeweils landestypischen oder regional geprägten konjunkturellen Störungen, einschliesslich extremer Wechselkursschwankungen, hoher Inflation, niedrigen oder negativen Wachstums nebst anderen negativen Bedingungen. Im Jahr 2012 hielten die Sorgen wegen der schwachen Wirtschafts- und Finanzlage bestimmter europäischer Länder wie Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien weiter an. Die Sorgen drehten sich insbesondere darum, wie sich diese Schwäche auf andere Volkswirtschaften und Finanzinstitute (einschliesslich der Credit Suisse) auswirken könnte, die diesen Ländern Geld liehen oder mit ihnen oder in ihren Ländern Geschäfte tätigten. Eine weiter anhaltende Besorgnis über die europäische Staatsschuldenkrise könnte eine Störung der Marktbedingungen in Europa und dem Rest der Welt hervorrufen. Es besteht immer die Möglichkeit, dass sich wirtschaftliche Störungen in anderen Ländern, selbst in solchen, in denen wir derzeit keine Geschäfte tätigen oder Betriebe unterhalten, nachteilig auf unsere Geschäfte und Ergebnisse auswirken.

Ungünstige Markt- und Wirtschaftsbedingungen stellen die Finanzdienstleister weiterhin vor grosse geschäftliche Herausforderungen. Namentlich der Einfluss der Zinssätze und der Wechselkurse, das Risiko geopolitischer Ereignisse, die Schwankungen der Rohstoffpreise, die europäische Staatsschulden- und die US-amerikanische Staatsschuldenkrise wirkten sich auf die Finanzmärkte und die Wirtschaft aus. In den letzten Jahren beeinträchtigten Zinsschwankungen unseren Zinserfolg und den Wert unserer Handels- und Anlagebestände im festverzinslichen Bereich. Zudem minderten Bewegungen an den Aktienmärkten zusammen mit dem branchenweit gesunkenen Emissionsvolumen den Wert unserer Handels- und Anlagebestände im Aktienbereich, während sich die Stärke des Schweizer Frankens nachteilig auf unseren Ertrag und Reingewinn ausgewirkt hat.

Derart ungünstige Markt- oder Wirtschaftsbedingungen können die Zahl und den Umfang der Investment-Banking-Transaktionen einschränken, für welche wir Emissions-, Fusions- und Übernahmeberatungen oder andere Dienstleistungen erbringen, und sich daher ungünstig auf unsere Finanzberatungshonorare und Übernahmeprovisionen auswirken. Unter Umständen schlagen sich diese Entwicklungen sowohl in der Art als auch im Umfang der von uns für Kunden getätigten Wertpapiergeschäfte nieder und belasten unseren Nettoertrag aus Kommissionen und Spreads. Darüber hinaus gehen mehrere unserer Geschäftsbereiche Transaktionen mit Obligationen staatlicher Stellen ein oder handeln mit diesen, darunter mit supranationalen, nationalen, bundesstaatlichen, Provin-

zial-, Kommunal- und Lokalbehörden. Durch diese Aktivitäten können wir höheren Länder-, Kredit-, operationellen und Reputationsrisiken ausgesetzt sein. Dazu zählen auch die Risiken, dass eine staatliche Institution ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann, es zu einer Umschuldung ihrer Verbindlichkeiten kommt oder vorgebracht wird, dass die von Beamten durchgeführten Handlungen über deren rechtliche Befugnis hinausgingen, was unsere Finanzlage und unser Geschäftsergebnis belasten könnte.

Ungünstige Markt- oder Wirtschaftsbedingungen beeinträchtigten in den letzten paar Jahren unsere Geschäfte. Dazu gehören das niedrige Zinsumfeld, ein weiterhin vorsichtiges Verhalten seitens der Anleger, das branchenweit gesunkene Emissionsvolumen und eine gedämpfte Fusions- und Übernahmeaktivität. Diese negativen Faktoren schlugen sich in niedrigeren Kommissions- und Gebührenerträgen aus Umsätzen und Handel im kundenorientierten Geschäft und aus Vermögensverwaltungsaktivitäten nieder, was auch die vom Wert unserer Kundenportfolios abhängigen Kommissions- und Gebührenerträge umfasst. Eine Anlageperformance, die unter derjenigen der Konkurrenz oder unter den Vermögensverwaltungsbenchmarks liegt, könnte einen Rückgang der verwalteten Vermögen und der entsprechenden Gebühren zur Folge haben und die Gewinnung von Neukunden erschweren. Im Zusammenhang mit den anhaltenden Verlagerungen an den Finanz- und Kreditmärkten veränderten die Kunden ihre Nachfrage eindeutig zuungunsten der komplexen Produkte und bauten in grossem Stil Fremdmittel ab. Solange sich dieser Trend fortsetzt, sind negative Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis unserer Division Private Banking & Wealth Management nicht auszuschliessen, wie die Vergangenheit gezeigt hat.

Weiter wirkten sich die ungünstigen Markt- oder Wirtschaftsbedingungen auch negativ auf unsere Private-Equity-Beteiligungen aus. Wenn nämlich ein Private-Equity-Investment erheblich an Wert einbüsst, ist es möglich, dass wir keine höhere Beteiligung an den Erträgen und Gewinnen der betreffenden Anlage erhalten (auf die wir in bestimmten Fällen Anspruch haben, wenn der Ertrag entsprechender Anlagen eine bestimmte Ertragsschwelle übersteigt), dass wir zuvor entgegengenommene Carried-Interest-Überschusszahlungen an Investoren rückerstatten müssen und dass wir unseren Pro-rata-Anteil am investierten Kapital verlieren. Ausserdem könnte es schwieriger werden, die Anlage abzustossen, da auch gut abschneidende Anlagen in schwachen IPO-Märkten schwer veräusserbar sein können.

Neben den oben erörterten makroökonomischen Faktoren können weitere Ereignisse ausserhalb unserer Kontrolle, darunter Terroranschläge, militärische Konflikte, Wirtschafts- oder politische Sanktionen, Pandemien, politische Unruhen

oder Naturkatastrophen, in erheblichem Masse einen negativen Einfluss auf die Wirtschafts- und Marktlage, die Marktvolatilität und die Finanzaktivität haben und sich auch in unseren Geschäften und Ergebnissen niederschlagen.

Wir könnten erhebliche Verluste im Immobiliensektor erleiden

Wir finanzieren und erwerben Eigenpositionen in einer Reihe von Immobilien und immobilienbezogenen Produkten in erster Linie für Kunden und schaffen Kredite, die durch Wohn- und Geschäftsliegenschaften besichert sind. Per 31. Dezember 2012 beliefen sich unsere Immobilienausleihungen (gemäss Meldung an die SNB) auf insgesamt rund CHF 133 Mia. Weiter verbriefen und handeln wir mit Geschäfts- und Wohnimmobilien und damit verbundenen Krediten und Hypotheken sowie mit anderen Wohn- und Geschäftsimmobilienanlagen und -produkten, einschliesslich ◉ Commercial und ◉ Residential Mortgage-backed Securities. Unsere immobilienbezogenen Geschäfte und Risikopositionen könnten weiterhin negativ vom Rückgang auf den Immobilienmärkten, anderen Marktsektoren und der Wirtschaft allgemein beeinflusst werden. Insbesondere könnten potenzielle Preiskorrekturen des Immobilienmarkts in bestimmten Teilen der Schweiz erhebliche negative Auswirkungen auf unser immobilienbezogenes Geschäft haben.

Das Halten grosser und konzentrierter Positionen könnte uns anfällig für hohe Verluste machen

Risikokonzentrationen könnten Verluste erhöhen, da wir umfangreiche Kredite an und Wertpapierbestände von bestimmten Kunden, Branchen oder Ländern aufweisen. Unser Nettoertrag könnte auch von einem rückläufigen Wirtschaftswachstum in Sektoren, in denen wir etwa durch die Zeichnung von Finanzinstrumenten, Kreditvergaben oder Beratungsdienstleistungen hochgradig engagiert sind, in Mitleidenschaft gezogen werden.

Durch das grosse Transaktionsvolumen, das wir routinemässig mit Broker-Dealern, Banken, Fonds und anderen Finanzinstituten abwickeln, weisen wir bedeutende Risikokonzentrationen im Finanzdienstleistungssektor auf. Auch können wir durch unsere normale Geschäftstätigkeit eine Risikokonzentration bezüglich einer bestimmten Gegenpartei aufweisen. Wir, wie auch andere Häuser, passen in Abstimmung mit den für uns zuständigen Aufsichtsbehörden unsere Verfahren und unsere Geschäftstätigkeit laufend an die neuen Einsichten in die eingegangenen systemischen Risiken und Klumpenrisiken bei Finanzinstituten sowie den Umgang mit diesen Risiken an. Die Regulierungsbehörden fokussieren sich weiterhin auf diese Risiken und es bestehen zahlreiche neue Regulierungen und Gesetzesentwürfe der Regierung sowie eine erhebliche

andauernde regulatorische Unsicherheit im Hinblick darauf, wie man diesen Risiken am besten begegnen kann. Es können keine Zusicherungen gemacht werden, dass die Anpassungen unserer Geschäftstätigkeit beziehungsweise der Finanzbranche sowie der Verfahren und entsprechenden Vorschriften sich im Management dieser Risiken als effizient erweisen.

- ▶ Siehe «Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden» für weitere Informationen.

Eine Risikokonzentration kann dazu führen, dass wir Verluste erleiden, auch wenn die Wirtschafts- und Marktbedingungen für andere Vertreter unserer Branche generell günstig sind.

Es ist möglich, dass unsere Hedging-Strategien Verluste nicht verhindern

Falls einzelne der vielfältigen Instrumente und Strategien, die wir zur Absicherung unserer Engagements gegenüber verschiedenen Arten von Risiken im Rahmen unserer Tätigkeit einsetzen, nicht wirksam sind, kann das für uns Verluste zur Folge haben. Möglicherweise können wir dann keine Absicherungen erwerben oder sind nur teilweise abgesichert, oder unsere Hedging-Strategien können ihre Wirkung nicht voll entfalten, um unsere Risikoexposition in allen Marktumgebungen oder gegenüber allen Arten von Risiken zu verringern.

Marktrisiken könnten die übrigen Risiken, denen wir ausgesetzt sind, erhöhen

Neben den oben beschriebenen potenziell ungünstigen Auswirkungen auf unsere Tätigkeit könnte das Marktrisiko die übrigen Risiken, denen wir ausgesetzt sind, noch verschlimmern. Sollten wir beispielsweise erhebliche Handelsverluste erleiden, könnte unser Liquiditätsbedarf stark zunehmen, während unser Zugang zu flüssigen Mitteln beeinträchtigt sein könnte. In Verbindung mit einem weiteren Marktrückgang könnten zudem auch unsere Kunden und Gegenparteien wiederum selbst erhebliche Verluste erleiden, so dass deren finanzielle Lage geschwächt und unser mit ihnen eingegangenes Kredit- und Gegenparteirisiko dadurch erhöht würde.

Kreditrisiko

Wir könnten durch unsere Kreditengagements erhebliche Verluste erleiden

Für unsere Geschäftsbereiche besteht das grundsätzliche Risiko, dass ihre Schuldner und andere Gegenparteien nicht in der Lage sein könnten, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Unsere Kreditrisiken bestehen bei einem breiten Spektrum von Transaktionen mit einer Vielzahl von Kunden und Gegenparteien, unter anderem im Rahmen von Kreditbezie-

hungen, Engagements und Akkreditiven sowie bei Derivat-, Devisen- und anderen Transaktionen. Verschärft werden können diese Risiken durch negative Konjunktur- oder Markttrends sowie durch eine erhöhte Volatilität in relevanten Märkten oder Instrumenten. Darüber hinaus können Störungen in der Liquidität oder Transparenz der Finanzmärkte dazu führen, dass wir unsere Positionen nicht verkaufen, syndizieren oder ihren Wert realisieren können, so dass erhöhte Konzentrationen entstehen. Wenn diese Positionen nicht reduziert werden können, erhöht dies unter Umständen nicht nur die mit ihnen verbundenen Markt- und Kreditrisiken, sondern auch die Höhe der risikogewichteten Aktiven in unserer Bilanz, wodurch sich wiederum unsere Eigenkapitalanforderungen erhöhen. All dies kann sich negativ auf unser Geschäft auswirken.

- ▶ Siehe «Kreditrisiko» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Risikomanagement für weitere Informationen zur Bewirtschaftung von Kreditrisiken.

Die Festlegung der Rückstellungen für Kreditverluste durch die Geschäftsleitung ist eine wichtige Ermessensfrage. Es ist möglich, dass unsere Bankbereiche ihre Rückstellungen für Kreditverluste erhöhen müssen oder dass sie Verluste verzeichnen, welche die vorgenommenen Rückstellungen übersteigen, sofern sich unsere ursprünglichen Verlustschätzungen als inadäquat erweisen sollten. Dies könnte unser Geschäftsergebnis erheblich beeinträchtigen.

- ▶ Siehe «Kreditrisiko» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Risikomanagement und «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze», «Anhang 10 – Rückstellung für Kreditrisiken» und «Anhang 18 – Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Rückstellungen für Kreditverluste und zur damit verbundenen Minderung von Risiken.

Die regelmässige Überprüfung der Bonität unserer Kunden und Gegenparteien im Hinblick auf Kreditverluste erfolgt unabhängig von der buchhalterischen Behandlung der Vermögenswerte oder Engagements. Änderungen der Bonität von Ausleihungen und Kreditverpflichtungen, die zum Fair Value bilanziert werden, werden im Handelsertrag ausgewiesen.

Wir waren aus Konkurrenzgründen in der Vergangenheit dem Druck ausgesetzt, längerfristige Kreditrisiken einzugehen, Kredite gegen weniger liquide Sicherheiten bereitzustellen und für derivative Instrumente auf Basis der von uns übernommenen Kreditrisiken eine aggressivere Preispolitik zu verfolgen. Dies könnte auch in Zukunft der Fall sein. Wir gehen davon aus, dass diese Risiken eine Erhöhung der Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen an uns sowie an die gesamte Finanzdienstleistungsbranche zur Folge haben werden.

Zahlungsausfälle eines grossen Finanzinstituts könnten sich ungünstig auf die Finanzmärkte im Allgemeinen und auf uns im Besonderen auswirken

Befürchtungen oder auch bloss entsprechende Gerüchte oder tatsächliche Zahlungsausfälle eines Finanzinstituts könnten zu erheblichen Liquiditätsproblemen, Verlusten oder Zahlungsausfällen auch anderer Institute führen, da die Bonität vieler Finanzinstitute aufgrund ihrer gegenseitigen Kredit-, Handels-, Clearing- und anderen Beziehungen eng miteinander verbunden ist. Dieses Risiko wird auch als «systemisches Risiko» bezeichnet. Die Befürchtungen betreffend Zahlungsausfälle und Konkurse vieler Finanzinstitute, insbesondere jener mit hohem Engagement in der Eurozone, bestanden auch im Jahr 2012 weiter und könnten weitere Verluste oder Zahlungsausfälle von Finanzinstituten und Finanzintermediären, mit denen wir im Tagesgeschäft zu tun haben, beispielsweise Clearing-Stellen und Clearing-Häusern, Banken, Wertpapierfirmen und Börsen, zur Folge haben. Unser Kreditrisiko nimmt ausserdem zu, wenn sich die von uns gehaltenen Sicherheiten nicht realisieren lassen oder nur zu Preisen realisiert werden, welche die eingegangenen Risiken nicht vollumfänglich decken.

Die von uns zur Bewirtschaftung unseres Kreditrisikos verwendeten Informationen könnten unrichtig oder unvollständig sein

Obwohl wir unsere Kreditengagements gegenüber spezifischen Kunden und Gegenparteien wie auch gegenüber spezifischen Branchen, Ländern und Regionen, die unseres Erachtens Kreditprobleme in sich bergen könnten, regelmässig überprüfen, könnten Ausfallrisiken aufgrund von Ereignissen oder Umständen entstehen, die schwer vorzusehen oder zu erkennen sind, wie etwa Betrug. Auch ist es möglich, dass wir keine vollständigen Informationen über die Kredit- oder Handelsrisiken einer Gegenpartei erhalten.

Schätzungs- und Bewertungsrisiken

Wir nehmen Schätzungen und Bewertungen vor, die einen Einfluss auf unsere ausgewiesenen Ergebnisse haben. Dazu gehören die Schätzung des Fair Value bestimmter Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Bildung von Rückstellungen für Schadensmöglichkeiten und für Verluste im Zusammenhang mit Ausleihungen, Rechtsstreitigkeiten und regulatorischen Verfahren, die Verbuchung von Wertberichtigungen auf Goodwill und immateriellen Vermögenswerten, die Beurteilung unserer Möglichkeiten zur Aktivierung latenter Steuerguthaben, die Bewertung aktienbasierter Mitarbeiterentschädigungen sowie die Berechnung der Aufwendungen und Ver-

bindlichkeiten im Zusammenhang mit unseren Pensionsplänen. Diese Schätzungen sind Ermessenssache und beruhen auf den verfügbaren Informationen. Unsere tatsächlichen Resultate können wesentlich von diesen Schätzungen abweichen.

- ▶ Siehe «Kritische Bewertungen in der Rechnungslegung» in II – Kommentar zu den Resultaten und «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu diesen Schätzungen und Bewertungen.

Die verwendeten Schätzungen und Bewertungen beruhen auf Modellen und Verfahren zur Prognose von wirtschaftlichen Bedingungen und Marktbeziehungsweise sonstigen Ereignissen, welche die Fähigkeit von Gegenparteien zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen uns gegenüber oder auch den Wert der Vermögenswerte beeinflussen könnten. Falls die verwendeten Modelle und Verfahren aufgrund unvorhergesehener Marktbedingungen, Illiquidität oder Volatilität an Aussagekraft verlieren, könnte unsere Fähigkeit zu zutreffenden Schätzungen und Bewertungen negativ beeinflusst werden.

Risiken im Zusammenhang mit ausserbilanziellen Gesellschaften

Wir gehen im Rahmen unserer normalen Geschäftstätigkeit Geschäfte mit Spezialzweckgesellschaften (Special Purpose Entities, SPEs) ein, wobei bestimmte dieser Gesellschaften nicht zum Konsolidierungskreis gehören. Ihre Aktiven und Passiven sind somit ausserbilanzieller Art. Die Rechnungslegungsvorschriften für die Konsolidierung verpflichten uns dazu, zu Beginn sowie bei Eintreten bestimmter Ereignisse zu überprüfen, ob eine Konsolidierung angebracht ist. Gegebenenfalls ist diese Prüfung wesentlich vom Ermessen des Managements abhängig. Die Rechnungslegungsvorschriften zu diesem Thema haben sich geändert; weitere Änderungen sind nicht auszuschliessen. Falls wir eine SPE zu konsolidieren haben, würden deren Aktiven und Verbindlichkeiten in unserer konsolidierten Bilanz ausgewiesen, während die entsprechenden Gewinne und Verluste in unserer konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst würden. Dieser Vorgang könnte sich negativ auf unser Geschäftsergebnis und unsere Eigenkapitalquote sowie das Verhältnis von Fremd- zu Eigenmitteln auswirken.

- ▶ Siehe «Ausserbilanz» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Bilanzielle, ausserbilanzielle und sonstige vertragliche Verpflichtungen für weitere Informationen zu den Geschäften der Gruppe mit SPEs und ihren Verbindlichkeiten solchen Gesellschaften gegenüber.

Grenzüberschreitende und Fremdwährungsrisiken Operationelles Risiko

Grenzüberschreitende Risiken könnten unsere Markt- und Kreditrisiken erhöhen

Länder-, Regions- und politische Risiken sind Bestandteile des Markt- und Kreditrisikos. Die Finanzmärkte und allgemeinen Wirtschaftsbedingungen waren immer schon und können jederzeit von entsprechenden Risiken betroffen sein. Der wirtschaftliche oder politische Druck in einem Land oder einer Region kann sich beispielsweise infolge lokaler Marktstörungen, Währungskrisen, geldpolitischer Kontrollen oder anderer Faktoren ungünstig auf die Fähigkeit von Kunden oder Gegenparteien im betreffenden Land oder in der betreffenden Region auswirken, was ihre Beschaffung von ausländischen Währungen oder Krediten und somit die Erfüllung ihrer Verpflichtungen uns gegenüber betrifft. Dies wiederum kann sich ungünstig auf unser Geschäftsergebnis auswirken.

Wir könnten erhebliche Verluste in den Emerging Markets erleiden

Als weltweit tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen, welches Geschäfte in den Emerging Markets tätigt, sind wir der wirtschaftlichen Instabilität, die in Emerging Markets herrschen kann, ausgesetzt. Wir überwachen diese Risiken, streben eine Diversifizierung in den Branchen, in die wir investieren, an und stellen das kundenbezogene Geschäft in den Mittelpunkt. Trotzdem ist es jedoch möglich, dass unsere Bestrebungen zur Begrenzung des Emerging-Market-Risikos nicht immer erfolgreich sind.

Wechselkursschwankungen könnten sich ungünstig auf unser Geschäftsergebnis auswirken

Wir sind Risiken ausgesetzt, die mit Wechselkursschwankungen verbunden sind, vor allem gegenüber dem US-Dollar. Vor allem lautet ein bedeutender Anteil unserer Aktiven und Passiven auf andere Währungen als den Schweizer Franken, während unsere finanzielle Berichterstattung primär in Schweizer Franken erfolgt. Auch unser Gesellschaftskapital lautet auf Schweizer Franken, und wir verfügen nicht über eine vollständige Absicherung unserer Kapitalausstattung gegenüber Wechselkursveränderungen. Obwohl die SNB eine Kursuntergrenze für den Schweizer Franken gegenüber dem Euro aufrechterhielt, blieb der Schweizer Franken 2012 gegenüber dem US-Dollar und dem Euro stark. Insbesondere die Aufwertung des Schweizer Frankens und die Wechselkursschwankungen im Allgemeinen wirkten sich in den letzten Jahren ungünstig auf unser Geschäftsergebnis und unsere Kapitalausstattung aus, und auch künftig könnte ein solcher Effekt entstehen.

Wir sind einer breiten Vielfalt an operationellen Risiken einschliesslich Informationstechnologierisiken ausgesetzt

Das operationelle Risiko ist das Risiko von Verlusten, die durch ungeeignete oder mangelhafte interne Prozesse, Personen und Systeme oder durch externe Ereignisse entstehen. Obwohl wir über Pläne zur Gewährleistung der Geschäftskontinuität verfügen, sind unsere Geschäftsbereiche im Allgemeinen mit einer breiten Vielfalt an operationellen Risiken konfrontiert. Dazu gehören Technologierisiken, die durch Abhängigkeiten gegenüber der Informationstechnologie, unabhängigen Zulieferern und der Telekommunikationsausrüstung entstehen. Als weltweit tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen verlassen wir uns in hohem Masse auf unsere Finanz-, Buchführungs- und sonstigen EDV-Systeme, die vielseitig und komplex sind. Unser Unternehmen ist darauf angewiesen, dass wir grosse Volumina unterschiedlicher und komplexer Transaktionen verarbeiten können. Dazu gehören auch derivative Transaktionen, deren Volumina und Komplexität zugenommen haben. Wir sind operationellen Risiken ausgesetzt, die aus Fehlern in der Ausführung, Bestätigung oder Abrechnung von Transaktionen oder aufgrund der nicht ordnungsgemässen Registrierung und Verbuchung von Transaktionen stammen. Die regulatorischen Anforderungen in diesem Bereich haben sich erhöht und werden sich in Zukunft voraussichtlich weiter erhöhen.

Informationssicherheit, Vertraulichkeit der Daten und Datenintegrität sind für unser Unternehmen von entscheidender Bedeutung. Trotz der Vielzahl unserer Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit unserer Systeme und Daten ist es nicht immer möglich, die sich laufend verändernde Bedrohungslage vorherzusehen und alle Risiken für unsere Systeme und Daten zu mindern. Zudem könnten Risiken in Bezug auf Systeme und Daten von Kunden, Lieferanten, Dienstleistern, Gegenparteien und anderen Drittparteien auch uns betreffen.

Falls irgendwelche unserer Systeme infolge von Cyber-Angriffen, Verstössen gegen Sicherheitsvorschriften, unbefugten Zugriffen, Datenverlust oder -zerstörung, Dienstaussfällen, Computerviren oder anderen Ereignissen, die sich negativ auf die Sicherheit auswirken könnten, nicht ordnungsgemäss funktionieren oder kompromittiert werden, könnten wir in Rechtsstreitigkeiten verwickelt werden oder nicht versicherten finanziellen Verlusten, Geschäftsunterbrüchen, Schadenersatzforderungen seitens unserer Kunden, Interventionen der Aufsichtsbehörden oder einer Rufschädigung ausgesetzt sein. Derartige Ereignisse könnten uns auch zwingen, erhebliche zusätzliche Ressourcen aufzuwenden, um unsere Schutzvor-

kehrungen anzupassen oder Sicherheitslücken oder andere Gefährdungen zu untersuchen und zu beseitigen.

Wir könnten durch Fehlverhalten von Mitarbeitenden Verluste erleiden

Unsere Geschäftsbereiche sind Risiken ausgesetzt, die durch mögliche Nichteinhaltung von Richtlinien, Fehlverhalten von Mitarbeitenden, Fahrlässigkeit oder Betrug entstehen könnten und sowohl Sanktionen der Aufsichtsbehörden, eine schwerwiegende Rufschädigung als auch finanzielle Verluste nach sich ziehen könnten. In den vergangenen Jahren haben einige multinationale Finanzinstitute aufgrund fehlbarer Handlungen von Händlern oder anderen Mitarbeitern erhebliche Verluste erlitten. Ein Fehlverhalten von Mitarbeitenden lässt sich nicht immer verhindern, und es ist möglich, dass die von uns ergriffenen Vorsichtsmassnahmen zur Verhinderung und Erkennung entsprechender Aktivitäten nicht immer wirksam sind.

Risikomanagement

Wir verfügen über Risikomanagementtechniken und Richtlinien zur Bewirtschaftung unserer Risiken. Es ist jedoch möglich, dass diese Techniken und Richtlinien, insbesondere in hochvolatilen Märkten, nicht immer wirksam sind. Wir passen unsere Risikomanagementtechniken laufend an die Änderungen in den Finanz- und Kreditmärkten an. Diese Anpassungen betreffen in erster Linie die ◉Value-at-Risk- und die Economic-Capital-Berechnung, welche auf historischen Daten beruhen. Risikomanagementprozesse können niemals alle Marktentwicklungen oder -ereignisse voraussagen. Deshalb ist es möglich, dass unsere Risikomanagementprozesse und Absicherungsstrategien, ebenso wie die ihnen zugrunde liegenden Beurteilungen, nicht in der Lage sind, unsere Risikoexposition in allen Märkten und gegenüber allen Arten von Risiken vollständig zu mindern.

- ▶ Siehe «Risikomanagement» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen zu unserem Risikomanagement.

Rechtliche und regulatorische Risiken

Unser Risiko aus gesetzlicher Haftpflicht ist erheblich

Unsere Geschäftsbereiche sind erheblichen rechtlichen Risiken ausgesetzt. Der Umfang und die Zahl der in Gerichtsverfahren, regulatorischen Verfahren und anderen Rechtsstreiten gegen Finanzdienstleistungsunternehmen erhobenen Schadenersatzforderungen sind in Zunahme begriffen.

Wir und unsere Tochtergesellschaften sind einer Reihe wichtiger Rechtsprozesse, regulatorischer Massnahmen und Untersuchungen ausgesetzt. Unvorteilhafte Ergebnisse einzelner oder mehrerer dieser Verfahren könnten innerhalb eines bestimmten Zeitraums unter anderem je nach unseren Ergebnissen im betreffenden Zeitraum erhebliche Auswirkungen auf unser Geschäftsergebnis haben.

- ▶ Siehe «Anhang 37 – Rechtsstreitigkeiten» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu diesen und anderen rechtlichen und regulatorischen Verfahren, die das Investment Banking und die übrigen Geschäftsbereiche betreffen.

Die Ergebnisse vieler rechtlicher, regulatorischer und sonstiger Streitverfahren, in die unsere Geschäftsbereiche involviert sind, lassen sich schwer abschätzen. Das gilt insbesondere für Fälle, in denen Forderungen durch verschiedene Klägerkategorien erhoben werden, in denen Schadenersatz für nicht spezifizierte oder nicht feststellbare Beträge gefordert wird oder die neuartige rechtliche Forderungen betreffen. Das Management ist im Zusammenhang mit diesen Angelegenheiten verpflichtet, Reserven für Verluste, die wahrscheinlich sind und angemessen abgeschätzt werden können, zu bilden, zu erhöhen oder freizugeben.

- ▶ Siehe «Kritische Bewertungen in der Rechnungslegung» in II – Kommentar zu den Resultaten und «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Regulatorische Änderungen können unser Geschäft und unsere Fähigkeit zur Umsetzung strategischer Pläne beeinträchtigen

Als Akteur innerhalb der Finanzdienstleistungsbranche unterstehen wir umfassenden Regulierungen durch staatliche Stellen, Aufsichtsbehörden und Selbstregulierungsorganisationen in der Schweiz, in der EU, in Grossbritannien, in den USA und in anderen Rechtsgebieten auf der ganzen Welt, in denen wir tätig sind. Diese Regulierungen werden immer umfangreicher und komplexer, und in den letzten Jahren sind die Kosten in Verbindung mit der Einhaltung dieser Vorschriften und die von den Aufsichtsbehörden beantragten und verhängten Strafen und Bussgelder für die Finanzdienstleistungsindustrie deutlich angestiegen. Oft dienen diese Regulierungen dazu, unsere Tätigkeit einzuschränken, was unter anderem durch Vorschriften betreffend erhöhte Kapitalanforderungen, den Kundenschutz und das Marktverhalten wie auch durch direkte oder indirekte Einschränkungen bezüglich der Tätigkeitsbereiche, in denen wir operieren und investieren dürfen, erfolgt. Diese Einschränkungen können negative Auswirkungen auf unser

Geschäft und unsere Fähigkeit haben, strategische Initiativen umzusetzen. Sollten wir bestimmte Geschäftsbereiche veräussern müssen, könnten wir Verluste erleiden, wenn wir uns gezwungen sehen würden, entsprechende Geschäftsbereiche mit einem Abschlag zu verkaufen, der unter gewissen Umständen erheblich sein könnte. Gründe für einen Abschlag könnten Zeitvorgaben für entsprechende Veräusserungen sein oder aber die Möglichkeit, dass andere Finanzinstitute vergleichbare Investitionen gleichzeitig liquidieren müssten.

Seit 2008 setzen die Aufsichtsbehörden und Regierungen einen Schwerpunkt in der Reform der Finanzdienstleistungsbranche. So erweiterten sie unter anderem ihre Anforderungen an die Kapital-, Fremdmittel- und Liquiditätsausstattung, setzten Veränderungen in der Vergütungspraxis (einschliesslich steuerlicher Aspekte) durch und ergriffen Massnahmen zur Minderung des systemischen Risikos. Wir sind bereits in vielen unserer Geschäftsbereiche von diesen umfangreichen Regulierungen betroffen und rechnen mit zunehmenden Regulierungen und Überprüfungen sowie Vollzugsmassnahmen. Wir nehmen an, dass diese Entwicklung unsere Kosten weiter erhöhen wird, beispielsweise unsere Kosten im Zusammenhang mit Compliance, Systemen und Tätigkeiten, und unsere Fähigkeit zu bestimmten Geschäftstätigkeiten beeinflussen wird. Dies könnte unsere Profitabilität und unsere Wettbewerbsposition negativ beeinflussen. Abweichungen bezüglich der Einzelheiten und der Umsetzung entsprechender Regulierungen könnten für uns weitere negative Auswirkungen haben, da derzeit davon auszugehen ist, dass bestimmte Anforderungen nicht für alle unsere Mitbewerber gleich anwendbar sein oder in allen Rechtsgebieten gleich umgesetzt werden dürften.

So haben die zusätzlichen Anforderungen an das regulatorische Mindestkapital, die Leverage Ratios und die Liquiditätsmassnahmen gemäss Basel III, zusammen mit den strengeren Anforderungen gemäss der Schweizer «Too Big To Fail»-Gesetzgebung und deren Ausführungsverordnungen, zu unserem Entscheid beigetragen, die risikogewichteten Aktiven und den Umfang unserer Bilanz zu reduzieren, und könnten sich möglicherweise auf unseren Zugang zu den Kapitalmärkten auswirken und unsere Finanzierungskosten erhöhen. Zudem haben die laufende Umsetzung der Vorschriften im Dodd-Frank Act in den USA, einschliesslich der «Volcker Rule», und die Regulierung von Derivaten sowie andere regulatorische Entwicklungen, die in «Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden» beschrieben sind, bestimmten unserer Aktivitäten neue regulatorische Bürden auferlegt und werden dies weiterhin tun. Diese Anforderungen haben zu unserem Entscheid beigetragen, aus gewissen Geschäftsbereichen (einschliesslich einiger unserer Private-Equity-Bereiche) auszustiegen, und könnten uns dazu führen, auch noch weitere Bereiche aufzugeben. Da die Reichweite der Volcker-Regel

noch nicht definitiv festgelegt wurde und deren Auswirkungen auf unsere Market-Making- und Risikominderungsaktivitäten unklar sind, steht noch nicht fest, ob wir verpflichtet werden könnten, einige dieser Aktivitäten einzuschränken oder einzustellen, oder ob unsere Aktivitäten sonst negativ beeinflusst werden könnten. Gemäss dem Dodd-Frank Act dürften wir künftig vermutlich auch den neuen CFTC- und SEC-Vorschriften unterliegen, welche die Betriebskosten, einschliesslich Compliance-, Informationstechnologie- und damit verbundener Kosten, im Zusammenhang mit unserem Derivatgeschäft mit US-Personen stark erhöhen könnten. Weiter unterbreitete die Fed im Dezember 2012 einen Vorschlag für eine Vorschrift im Rahmen des Dodd-Frank Act, die einen neuen Rahmen zur Regulierung des US-Geschäfts ausländischer Bankinstitute wie des unsrigen schaffen würde. Obwohl der definitive Inhalt und die Auswirkungen des Vorschlags für den Fall, dass er wie vorgeschlagen umgesetzt würde, derzeit nicht voraussehbar sind, könnte diese Vorschrift dazu führen, dass uns zusätzliche Kosten entstehen und die Art, wie wir unsere Tätigkeit in den USA ausüben, limitiert oder eingeschränkt würde.

In ähnlicher Weise führen kürzlich erlassene und mögliche zukünftige grenzüberschreitende Steuerregulierungen mit extraterritorialem Effekt, wie etwa der US Foreign Account Tax Compliance Act, und bilaterale Steuerabkommen, wie sie die Schweiz mit Grossbritannien und Österreich abgeschlossen hat, zu detaillierten Berichtspflichten sowie höheren Compliance- und Systemkosten für unsere Geschäftsbereiche. Schliesslich können sich EMIR und die vorgeschlagenen Revisionen der Finanzmarkttrichtlinie (Markets in Financial Instruments Directive, MiFID II) negativ auf unsere Geschäftsaktivitäten auswirken. Führt die Schweiz nicht innert nützlicher Frist gesetzliche Regelungen ein, die als den EU-Regelungen ebenbürtig erachtet werden, könnten Schweizer Banken wie wir in ihrer Beteiligung an von solchen Regelungen betroffenen Geschäften eingeschränkt werden.

Zudem werden der FINMA, aufgrund eines Zusatzes zum Bankengesetz im Jahr 2012 und der neuen Schweizer Bankeninsolvenzverordnung, die Ende 2012 in Kraft trat, bedeutend grössere Entscheidungsbefugnisse bezüglich der Banken in der Schweiz eingeräumt. Diese Entscheidungsbefugnisse geben der FINMA unter anderem das Recht, ausstehende Aktien für kraftlos zu erklären sowie bedingtes Kapital und Schuldtitel in Eigenkapital umzuwandeln sowie das vollständige und teilweise Kündigungsrecht bezüglich dieser Schuldtitel. Wir gehen davon aus, dass wir – wie die gesamte Finanzdienstleistungsbranche – auch im Jahr 2013 und darüber hinaus mit einer beträchtlichen Unsicherheit über den Umfang und Inhalt der regulatorischen Reformen zu rechnen haben. Änderungen von Gesetzen, Vorschriften und Regulierungen, von deren Auslegung und Durchsetzung wie auch die Einfüh-

rung neuer Gesetze, Vorschriften und Regulierungen können sich negativ auf unsere Geschäftsergebnisse auswirken.

Trotz unserer besten Bemühungen um Einhaltung der geltenden Vorschriften bleiben verschiedene Risiken bestehen. Das gilt insbesondere für Bereiche, in denen die geltenden Vorschriften unklar oder in verschiedenen Rechtsgebieten uneinheitlich sind, in denen die Aufsichtsbehörden ihre bisherigen Richtlinien überarbeiten oder in denen die Gerichte frühere Urteile revidieren. In vielen Rechtsgebieten sind die Behörden berechtigt, Verwaltungs- und Gerichtsverfahren gegen uns anzustrengen, die unter anderem zur Suspendierung oder zum Widerruf unserer Konzessionen, zu Unterlassungsverfügungen, Bussen, zivil- oder strafrechtlichen Strafen oder anderen Disziplinarmaßnahmen führen könnten, die sich äusserst ungünstig auf unser Geschäftsergebnis auswirken und unseren Ruf schwerwiegend schädigen könnten.

- ▶ Siehe «Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden» für eine Beschreibung des regulatorischen Systems und der Eigenkapitalanforderungen an die Gruppe sowie eine Zusammenfassung einiger der bedeutenden regulatorischen und gesetzgeberischen Reformvorschläge für die Finanzindustrie.

Geldpolitische Änderungen entziehen sich unserer Kontrolle und lassen sich kaum voraussagen

Die Geldpolitik der Zentralbanken und Aufsichtsbehörden in der Schweiz, den USA und weiteren Ländern beeinflusst unsere Arbeit. Die Massnahmen der SNB und anderer Zentralbanken schlagen sich direkt in unseren Kosten für Mittel zur Kreditgewährung, für die Kapitalbeschaffung sowie für Anlagen nieder. Zudem können sie den Wert von Finanzinstrumenten in unserem Besitz sowie das Wettbewerbs- und Betriebsumfeld in der Finanzdienstleistungsbranche beeinflussen. Viele Zentralbanken haben ihre Geldpolitik erheblich geändert. Wir können nicht vorhersehen, ob diese Änderungen wesentliche negative Auswirkungen auf uns oder unsere Geschäfte haben werden. Änderungen der Geldpolitik üben möglicherweise auch einen Einfluss auf die Bonität unserer Kunden aus. Sämtliche geldpolitischen Änderungen entziehen sich unserer Kontrolle und lassen sich kaum vorhersagen.

Rechtliche Einschränkungen gegenüber unseren Kunden könnten die Nachfrage nach unseren Dienstleistungen reduzieren

Wir könnten nicht nur durch Vorschriften, denen wir als Finanzdienstleistungsunternehmen unterstehen, erheblich beeinträchtigt werden, sondern auch durch Vorschriften von allgemeiner Gültigkeit und durch Änderungen in der Vollzugspraxis. Unser Geschäft könnte unter anderem durch bestehende und vorgeschlagene Steuergesetze, Kartell- und Wettbewerbsrichtlinien, Corporate-Governance-Initiativen und

andere staatliche Vorschriften oder Richtlinien beeinträchtigt werden oder durch Änderungen in der Auslegung oder Durchsetzung bestehender Gesetze und Vorschriften, die sich auf die Geschäftstätigkeit und die Finanzmärkte auswirken. Beispielsweise könnten die Ausrichtung auf die Steuergesetzeskonformität und Änderungen in der Vollzugspraxis zu Mittelabflüssen (vor allem von Kunden in reifen westeuropäischen Märkten) aus unserem Bereich Wealth Management Clients in der Schweiz führen.

Eine Umwandlung unserer Wandlungskapitalinstrumente würde die Eigentumsanteile der bestehenden Aktionäre verwässern

Gemäss den Schweizer Eigenmittelvorschriften sind wir nun verpflichtet, bedingte Kapitalinstrumente in bedeutender Höhe herauszugeben, die bei Eintritt eines bestimmten Trigger-Ereignisses in hartes Kernkapital (Common Equity) umgewandelt würden. Ein solches Ereignis könnte beispielsweise sein, dass unser hartes Kernkapital (CET1) unter vorgegebene Schwellen fallen, dass eine Wandlung gemäss der FINMA notwendig ist oder dass wir die finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand benötigen, um die Zahlungsunfähigkeit abzuwenden. Wir haben die Emission von entsprechendem bedingtem Kapital im Umfang von insgesamt CHF 8,4 Mia. bereits getätigt beziehungsweise vereinbart. Wir gehen davon aus, dass wir in Zukunft weiteres bedingtes Kapital dieser Art herausgeben werden. Auch haben wir ein bedeutendes Volumen an bedingten Pflichtwandelanleihen (Mandatory and Contingent Convertible Securities, MACCS) von insgesamt CHF 3,8 Mia. herausgegeben, die am 29. März 2013 (unter dem Vorbehalt eines früheren Zeitpunkts unter bestimmten Umständen) in 233,5 Mio. Aktien umgewandelt werden, wobei die Ausführung und Lieferung der Aktien Anfang April 2013 erfolgt. Die Umwandlung eines Teils oder des gesamten bedingten Kapitals als Folge eines Trigger-Ereignisses wird zu einer Verwässerung der Eigentumsanteile für die dann bestehenden Aktionäre führen. Eine solche Verwässerung könnte erheblich sein. Ähnlich wird die Umwandlung der bedingten Pflichtwandelanleihen (MACCS) zu einer erheblichen Verwässerung der Eigentumsanteile für die bestehenden Aktionäre führen, die keine bedingten Pflichtwandelanleihen (MACCS) in entsprechender Höhe halten. Ausserdem könnte eine Umwandlung oder die Erwartung der Möglichkeit einer Umwandlung den Börsenkurs unserer Stammaktien unter Druck setzen.

- ▶ Siehe «Bankbeziehungen mit Mitgliedern des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung sowie Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen» in IV – Corporate Governance und Vergütung – Corporate Governance für weitere Informationen über die Trigger-Ereignisse im Zusammenhang mit unseren bedingten Kapitalinstrumenten.

Wettbewerb

Wir stehen unter starkem Wettbewerbsdruck

Wir sind in allen Finanzdienstleistungsmärkten mit den von uns angebotenen Produkten und Dienstleistungen einem starken Wettbewerb ausgesetzt. Konsolidierungen, etwa durch aufgrund finanzieller Schwierigkeiten ausgelöste Fusionen, Übernahmen, Allianzen und Zusammenarbeitsvereinbarungen, haben für zunehmenden Wettbewerbsdruck gesorgt. Dieser betrifft viele Faktoren: die angebotenen Produkte und Dienstleistungen, die Preissetzung, die Vertriebssysteme, den Kundendienst, die Markenwahrnehmung, die wahrgenommene Finanzkraft sowie die Bereitschaft zum Kapitaleinsatz zwecks Abdeckung von Kundenbedürfnissen. Durch Konsolidierungen sind verschiedene Unternehmen entstanden, die wie wir die Fähigkeit besitzen, eine breite Produktpalette anzubieten, die sich von Krediten und Einlagen über Maklerdienste, Investment Banking bis zur Vermögensverwaltung erstreckt. Manche dieser Unternehmen mögen in der Lage sein, eine breitere Produktpalette anzubieten als wir oder entsprechende Produkte zu konkurrenzfähigeren Preisen anzubieten. Unter den aktuellen Marktbedingungen hat sich die Wettbewerbslandschaft für die Finanzdienstleister einschneidend verändert, da zahlreiche Finanzinstitute sich zusammengeschlossen haben, den Umfang ihrer Aktivitäten geändert haben, Konkurs anmeldeten, staatliche Unterstützung erhielten oder ihren regulatorischen Status gewechselt haben, was ihre Geschäftstätigkeit beeinflusst. Zudem wirkt sich die heutige Marktlage grundsätzlich auf die Nachfrage der Kunden nach Produkten und Dienstleistungen aus. Wir gehen zwar davon aus, dass sich mit der zunehmenden Konsolidierung und den Umbrüchen in unserer Branche neue Chancen auftun, können aber keine Zusicherung abgeben, dass unser Geschäftsergebnis nicht negativ beeinflusst wird.

Unsere Wettbewerbsfähigkeit könnte durch eine Rufschädigung beeinträchtigt werden

Im hart umkämpften Umfeld, das sich aus der Globalisierung und der Konvergenz innerhalb der Finanzdienstleistungsbranche ergibt, ist unser Ruf von hoher Finanzkraft und Integrität entscheidend für unsere Leistungen, damit wir unter anderem Kunden und Mitarbeitende gewinnen und binden können.

Unser Ruf könnte in Frage gestellt werden, falls es uns mittels unserer umfassenden Verfahren und Kontrollen nicht gelingt oder nicht zu gelingen scheint, Interessenkonflikte auszuschliessen, Fehlverhalten von Mitarbeitenden zu verhindern, im Wesentlichen präzise und vollständige Finanz- und andere Informationen zu liefern oder nachteilige rechtliche oder regulatorische Massnahmen zu vermeiden.

- ▶ Siehe «Reputationsrisiken» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Risikomanagement für weitere Informationen.

Wir müssen gut ausgebildete Mitarbeitende rekrutieren und binden

Unser Geschäftsgang ist zu einem grossen Teil von der Kompetenz und dem Engagement gut ausgebildeter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abhängig. Qualifizierte Mitarbeitende werden hart umworben. Wir haben bedeutende Ressourcen für die Rekrutierung, Fortbildung und Entschädigung unserer Mitarbeitenden eingesetzt. Damit wir uns weiterhin auf unseren Gebieten erfolgreich behaupten können, müssen wir in der Lage sein, neue Mitarbeitende zu gewinnen und die bestehenden Mitarbeitenden zu behalten und zu motivieren. Die Vergütungspraxis in der Finanzindustrie erregt in der Öffentlichkeit nach wie vor ausgeprägtes Interesse. Dies sowie regulatorische Änderungen in diesem Bereich könnten es uns erschweren, gut ausgebildete Mitarbeitende zu rekrutieren und an uns zu binden.

Wir sind mit Konkurrenz durch neue Handelstechnologien konfrontiert

Unsere Geschäftsfelder stehen unter Wettbewerbsdruck durch neue Handelstechnologien, die unsere Kommissions- und Handelserträge sinken lassen, unsere Geschäftsfelder von bestimmten Transaktionen ausschliessen, unsere Beteiligung an den Handelsmärkten einschränken und den damit verbundenen Zugang zu Marktinformationen verringern sowie zum Aufkommen neuer und stärkerer Konkurrenten führen könnten. Wir haben bedeutende zusätzliche Aufwendungen für die Entwicklung und den Unterhalt neuer Händlersysteme vorgenommen oder in sonstiger Weise in Technologien investiert, um konkurrenzfähig zu bleiben. Weitere Anforderungen in dieser Richtung sind nicht auszuschliessen.

Risiken im Zusammenhang mit unserer Strategie

Wir können möglicherweise die erwarteten Vorteile aus unseren strategischen Initiativen nicht vollumfänglich nutzen

Angesichts der zunehmenden regulatorischen und Eigenkapitalanforderungen und der weiterhin schwierigen Markt- und Wirtschaftslage haben wir zur Optimierung unserer Kapitalverwendung und Verbesserung unserer Kostenstruktur unsere kundenorientierte, kapitaleffiziente Strategie weiter angepasst und neue Effizienzmassnahmen eingeführt. Zu den – teilweise noch laufenden – Massnahmen zur Anpassung unserer Strategie zählen die Stärkung unserer Kapitalbasis, die Reduktion unserer Kostenbasis, unserer Bilanzsumme und unserer risikogewichteten Aktiven, die Konzentration auf ausgewählte Geschäftsfelder und Märkte im Investment Banking sowie die Zusammenführung unserer Divisionen Private Banking und Asset Management in eine neue Division. Faktoren ausserhalb unserer Kontrolle, darunter u.a. die Markt- und Wirtschaftslage und andere Herausforderungen, die in diesem Bericht erörtert wurden, könnten unsere Fähigkeit beschränken, einige oder alle erwarteten Vorteile aus diesen Initiativen zu erzielen.

Zudem sind wir durch Übernahmen und andere ähnliche Transaktionen, die wir als Teil unserer Strategie durchführen, gewissen Risiken ausgesetzt. Obwohl wir die Unterlagen von Unternehmen, deren Übernahme wir planen, prüfen, ist es uns

im Allgemeinen nicht möglich, alle entsprechenden Aufzeichnungen im Detail zu analysieren. Auch mit einer gründlichen Überprüfung der Aufzeichnungen bleiben bestehende oder potenzielle Probleme eventuell unerkannt oder wir können uns nicht genügend mit einem Unternehmen vertraut machen, um seine Stärken und Schwächen vollständig zu erfassen. Deshalb ist nicht auszuschliessen, dass wir unerwartete Verbindlichkeiten (einschliesslich Streitpunkten im Zusammenhang mit Rechts- und Compliance-Fragen) übernehmen oder dass sich ein übernommenes Unternehmen nicht erwartungsgemäss entwickelt. Auch besteht für uns das Risiko, dass Akquisitionen sich nicht effektiv in unsere bestehende Tätigkeit einbinden lassen, weil unter anderem unterschiedliche Abläufe, Geschäftspraktiken und technologische Systeme vorliegen oder weil bei der Anpassung einer übernommenen Gesellschaft an unsere Organisationsstruktur Schwierigkeiten auftreten. Es besteht somit das Risiko, dass die Erträge aus Akquisitionen die durch die betreffenden Akquisitionen entstandenen Kosten oder Verschuldungen oder die zum Aufbau der betreffenden Unternehmen erforderlichen Investitionsausgaben nicht ausgleichen.

In den letzten Jahren sind wir ferner eine Reihe neuer Joint Ventures und strategischer Allianzen eingegangen. Obwohl wir uns bemühen, geeignete Partner zu finden, kann nicht ausgeschlossen werden, dass unsere Joint-Venture-Bestrebungen sich als erfolglos erweisen oder unsere Investitionen und sonstigen Verpflichtungen nicht rechtfertigen.



Kommentar zu den Resultaten

- 52 Geschäftsumfeld**
- 55 Credit Suisse**
- 59 Kernergebnis (mit
Übersicht über die Resultate)**
- 73 Private Banking
& Wealth Management**
- 85 Investment Banking**
- 90 Corporate Center**
- 92 Verwaltete Vermögen**
- 95 Kritische Bewertungen
in der Rechnungslegung**

Geschäftsumfeld

2012 war die globale Wirtschaft mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert, und Sorgen bezüglich der europäischen Staatsverschuldung belasteten die Märkte in hohem Masse. Nachdem die wichtigsten Zentralbanken die Zinssätze niedrig gehalten hatten und die Risikobereitschaft in der zweiten Jahreshälfte zugenommen hatte, schlossen die Aktienmärkte per Jahresende höher. Der US-Dollar büsste gegenüber den meisten Währungen, mit Ausnahme des japanischen Yen, an Stärke ein. Die Schweizerische Nationalbank verteidigte weiterhin die zuvor bekannt gegebene Untergrenze von CHF 1.20 pro Euro.

Wirtschaftsumfeld

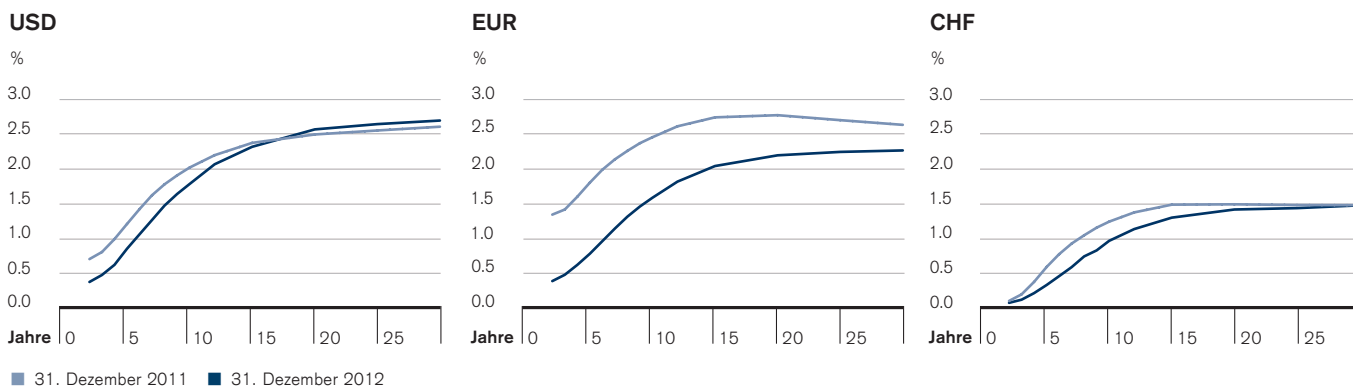
Das weltweite Wachstum des Bruttoinlandprodukts blieb 2012 relativ schwach. Dies war auf die geringe Verbraucherzuvorsicht, die schlechte Unternehmensstimmung, die nach wie vor hohen Arbeitslosenquoten und die Unsicherheit im Zusammenhang mit der Staatsverschuldung in der Eurozone zurückzuführen. Zum Jahresende hin verzeichneten die Frühindikatoren, wie etwa der weltweite Einkaufsmanagerindex der Fertigungsindustrie, einen leichten Anstieg. Während das Wachstum in den USA und China in der zweiten Jahreshälfte 2012 relativ robust war, ging die wirtschaftliche Aktivität in der Eurozone weiter zurück. Die Schweiz verzeichnete ein vergleichsweise starkes Wirtschaftswachstum bei niedriger Arbeitslosigkeit. Dabei blieb die Inflation in den meisten Industrieländern gedämpft, fiel aber in den Schwellenländern höher aus.

Die Zentralbanken auf der ganzen Welt waren im vergangenen Jahr weiterhin besorgt über die Wachstumsaussichten und lockerten ihre Geldpolitik im Allgemeinen weiter. Die US Fede-

ral Reserve (Fed) reagierte auf die langsamen Verbesserungen am US-Arbeitsmarkt, indem sie an ihrem Versprechen, die kurzfristigen Zinsen unverändert zu belassen, weiter festhielt und zusicherte, dass sie auch nach einer stärkeren Erholung weiterhin eine äusserst akkomodierende Geldpolitik betreiben werde. Ausserdem ging die Fed weiter von Anlagen in kurzfristige US Treasuries zu längerfristigen Wertpapieren über und gab bekannt, dass sie bis zu einer deutlichen Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt Mortgage-backed Securities in grösserer Menge erwerben werde. Die Europäische Zentralbank (EZB) kündigte an, sie werde bereitstehen, um unter bestimmten Bedingungen kurzfristige Staatsanleihen der Eurozone in unbeschränkter Höhe aufzukaufen, um die Kreditkosten der Staaten zu senken. Diese Ankündigung hatte am Markt einen Rückgang der Anleihenrenditen verschuldeter Länder der Eurozone zur Folge. Die Bank von Japan (BoJ) gab ein offizielles Inflationsziel bekannt und erweiterte ihr Anlagekaufprogramm weiter. Die Staatsschuldenkrise in der Eurozone war vor allem in der ersten Jahreshälfte ein Hauptthema.

Renditekurven

Die kurzfristigen Zinsen sanken 2012 im Allgemeinen weiter.



Aktienmärkte

Nach einem schwierigen ersten Halbjahr beendeten die Aktienmärkte 2012 stärker, wobei Banktitel eine Outperformance erzielten. Die Volatilität war im Sommer am ausgeprägtesten.

Performance nach Region

Index (31. Dezember 2011 = 100)



■ Emerging Markets Asien ■ Europa
■ Emerging Markets Lateinamerika ■ Nordamerika

Performance globaler Bankensektor

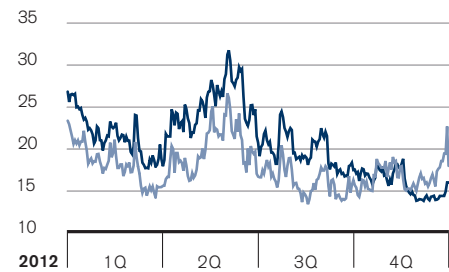
Index (31. Dezember 2011 = 100)



■ MSCI Banken Welt ■ MSCI Banken Europa
■ MSCI World

Volatilität

%



■ VDAX
■ VIX Index

Quelle: Bloomberg, MSCI Barra, Credit Suisse

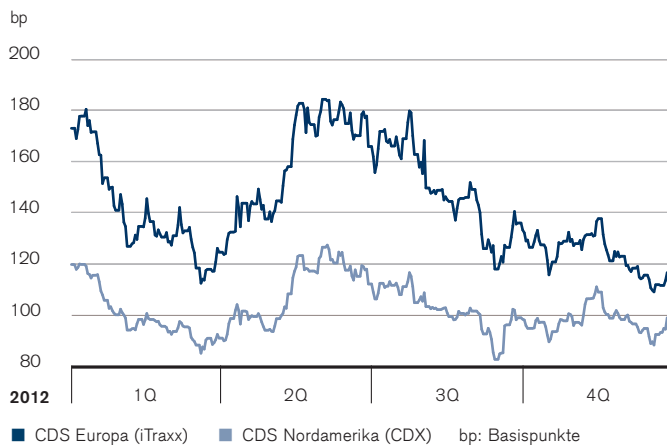
Quelle: Datastream, MSCI Barra, Credit Suisse

Quelle: Datastream, Credit Suisse

Die Mitgliedsländer der Eurozone erhöhten die kombinierte Kreditstärke der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität und des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Man einigte sich auf einen einzigen Bankaufsichtsmechanismus unter der Regie der EZB und ermöglichte es dem ESM, Mittel direkt den Banken zuzuführen, sobald der Aufsichtsmechanismus in Kraft sei. Die erhöhte Liquidität führte zu einem starken Zinsrückgang im kurzfristigen Bereich, wobei der Drei-Monats-London Interbank Offered Rate (LIBOR) unter den Zielsatz der EZB sank.

Kreditrisikoprämien

Die Kreditrisikoprämien verengten sich 2012 aufgrund der monetären Impulse der wichtigsten Zentralbanken und der geringeren politischen Unsicherheit.



■ CDS Europa (iTTraxx) ■ CDS Nordamerika (CDX) bp: Basispunkte

Quelle: Bloomberg, Credit Suisse

Nach einem guten Start zu Beginn des Jahres lastete die Staatsverschuldung in der Eurozone bis im Mai auf den Aktienmärkten. Die von der EZB angekündigten Massnahmen unterstützten die Märkte in der Jahresmitte, und die Aktienmärkte verzeichneten nach den US-Wahlen Anfang November starke Gewinne. Nachdem am Jahresende die Risikobereitschaft zugenommen und die Anleiherenditen gesunken waren, schlossen die Aktienkurse weltweit höher. Die Volatilität an den Aktienmärkten, gemessen am Chicago Board Options Exchange Market Volatility Index (VIX), nahm in der ersten Jahreshälfte, als die Schuldenkrise der Eurozone im Mittelpunkt gestanden hatte, und wiederum am Ende des Jahres im Zusammenhang mit der Debatte um die «Fiskalklippe» in den USA (siehe hierzu die «Aktienmärkte»-Tabellen) vorübergehend zu. Der Dow Jones Credit Suisse Hedge Fund Index legte 2012 um 8% zu. Gemäss *Hedge Fund Research* hoben stetige Mittelzuflüsse in Kombination mit leistungsabhängigen Erträgen die gesamten Branchenanlagen auf rekordhohe USD 2,25 Bio.

Die höheren monetären Anreize der führenden Zentralbanken und die geringeren politischen Unsicherheiten in der zweiten Jahreshälfte führten zu einem bedeutenden Rückgang der Kreditrisikoprämien. Sowohl hochrentable Unternehmensanleihen als auch Schwellenländeranleihen erzielten 2012 Gesamtrenditen im hohen Zehnerbereich. Das Marktverhalten wurde Anfang des zweiten Quartals 2012 von der Besorgnis über die europäische Staatsverschuldung beherrscht, so dass die spanischen Renditen auf Rekordhöhen und die italienischen Kreditrisikoprämien im zehnjährigen Bereich auf über 5% anstiegen. Durch die Erwartung höherer EZB- und US-Fed-Anreize und durch weitere EZB-Ankündigungen fand jedoch ein Rück-

gang der Kreditrisikoprämien statt, der bis zum Jahresende anhielt (siehe hierzu die «Kreditrisikoprämien»-Tabellen).

Spannungen am Markt für Staatsanleihen in der Eurozone trugen 2012 besonders stark zur Entwicklung an den Devisenmärkten bei. Die führenden Währungen, einschliesslich des Euros, wurden in der ersten Jahreshälfte schwächer gegenüber dem US-Dollar. Die Massnahmen der EZB und der Fed bewirkten jedoch, dass der US-Dollar in der zweiten Jahreshälfte gegenüber dem Euro an Stärke einbüsste, als die Besorgnis über die Staatsverschuldung in der Eurozone nachliess und die Fed eine weitere Runde der Käufe von US-Staatsanleihen ankündigte. Der japanische Yen sank gegenüber dem US-Dollar und den meisten anderen Hauptwährungen, als die Geldpolitik der BoJ noch expansiver wurde. Der Schweizer Franken hielt sich leicht über dem Mindestkurs von CHF 1.20 pro Euro, den die Schweizerische Nationalbank zuvor verkündet hatte und 2012 durch Interventionen an den Devisenmärkten verteidigte. Die Schwellenländerwährungen profitierten im Allgemeinen von den Aussichten auf ein stabiles weltweites Wachstum und von Kapitalzuflüssen.

Die Rohstoffmärkte schlossen 2012 weitgehend unverändert gegenüber dem Vorjahr, obwohl sie im Verlaufe des Jahres starke Kursschwankungen hinnehmen mussten. Gegen Ende des ersten Quartals erreichten die Rohstoffpreise Spitzenwerte, wurden dann aber deutlich nach unten korrigiert, als sich das weltweite Wirtschaftswachstum verlangsamte. Im dritten und vierten Quartal stiegen die Preise wiederum angesichts der Anzeichen auf ein Wachstum und der steigenden Zuversicht, dass die Staatsschuldenkrise der Eurozone zunehmend nachlasse. Die Erdölpreise entwickelten sich in verschiedene Richtungen, wobei das West Texas Intermediate als US-Erdöl-Benchmark das Jahr etwas niedriger schloss, weil er durch die höhere Schieferölproduktion in den USA beeinflusst wurde. Das europäische Brent-Öl schloss das Jahr aufgrund der begrenzten weltweiten Produktion um 4% höher. Die Goldpreise waren, teilweise infolge niedriger Realzinsen, höher und beendeten das Jahr bei über USD 1 650.

Marktvolumen (jährliches Wachstum in %)

2012	Global	Europa
Aktienhandelsvolumen ¹	(22)	(21)
Angekündigte Fusionen und Übernahmen ²	(1)	(5)
Vollzogene Fusionen und Übernahmen ²	(15)	(32)
Aktienemissionsgeschäft ²	(15)	(22)
Anleihenemissionsgeschäft ²	33	13
Konsortialkredite – Investment Grade ²	(28)	–

¹ London Stock Exchange, Borsa Italiana, Deutsche Börse, BME und Euronext. Global enthält auch die New York Stock Exchange und NASDAQ. ² Dealogic.

Geschäftsumfeld

Der Bankensektor profitierte von Massnahmen der Zentralbanken, während er sich den neuen regulatorischen Anforderungen weiter anpasste. Weltweit ergriffen die Banken wichtige Schritte, um ihre Tätigkeit umzustrukturieren und Kosten zu senken, wie auch um ihre Kapital- und Liquiditätsquoten zu erhöhen. Die europäischen und nordamerikanischen Bankaktien übertrafen die weltweiten Aktienindizes. Nachdem die europäischen Bankaktien in der ersten Jahreshälfte 2012 10% eingebüsst hatten, schlossen sie das Jahr mit einem Plus von 23%. Die nordamerikanischen Bankaktien beendeten das Jahr mit einem positiven Ertrag von 16% (siehe hierzu die «Aktienmärkte»-Tabellen)

Die Kunden im Private Banking blieben vorsichtig. Aufgrund der herrschenden Marktunsicherheit waren die Bareinlagen der Kunden trotz rekordniedriger Zinsen nach wie vor hoch. Starke Mittelzuflüsse zu den Anleihe- und Geldmarktfonds hielten zum Jahresende hin weiter an, und Exchange-traded Funds (ETFs) verzeichneten Nettozuflüsse. In der Schweiz herrschte weiterhin eine deutliche Besorgnis über eine Erhitzung des Immobilienmarktes in bestimmten Gebieten. Der Bereich Wealth Management passte sich den branchenspezifischen regulatorischen Änderungen weiter an.

Im Bereich Investment Banking ging das Handelsvolumen im Aktiensektor gegenüber dem Vorjahr stark zurück. Die Aktivitäten im Bereich Mergers & Acquisitions (M&A) gingen ebenfalls zurück, und zwar am deutlichsten in Europa. Dafür legte das weltweite Emissionsgeschäft gegenüber dem Vorjahr um 33% zu. Die Hedgefonds konnten sich in der zweiten Jahreshälfte die besseren Liquiditätsbedingungen, die relativ gesehen höhere Risikobereitschaft und die allgemein günstige Volatilität zunutze machen.

Credit Suisse

Wir verzeichneten im Jahr 2012 einen den Aktionären zurechenbaren Reingewinn von CHF 1 349 Mio. Das verwässerte Ergebnis pro Aktie betrug CHF 0.81. Die den Aktionären zurechenbare Eigenkapitalrendite betrug 3,9%.

Ergebnisse

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2012	2011	2010	12 / 11	11 / 10
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Zinserfolg	7 150	6 433	6 541	11	(2)
Kommissions- und Dienstleistungsertrag	13 073	12 952	14 078	1	(8)
Handelserfolg	1 195	5 020	9 338	(76)	(46)
Sonstiger Ertrag	2 548	1 820	1 429	40	27
Nettoertrag	23 966	26 225	31 386	(9)	(16)
Rückstellung für Kreditrisiken	170	187	(79)	(9)	–
Personalaufwand	12 530	13 213	14 599	(5)	(9)
Sachaufwand	7 310	7 372	7 231	(1)	2
Kommissionsaufwand	1 775	1 992	2 148	(11)	(7)
Total sonstiger Geschäftsaufwand	9 085	9 364	9 379	(3)	0
Total Geschäftsaufwand	21 615	22 577	23 978	(4)	(6)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	2 181	3 461	7 487	(37)	(54)
Ertragsteueraufwand	496	671	1 548	(26)	(57)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 685	2 790	5 939	(40)	(53)
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	(19)	–	100
Reingewinn	1 685	2 790	5 920	(40)	(53)
Den Minderheitsanteilen zurechenbarer Reingewinn	336	837	822	(60)	2
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	1 349	1 953	5 098	(31)	(62)
davon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 349	1 953	5 117	(31)	(62)
davon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	(19)	–	100
Ergebnis pro Aktie (in CHF)					
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	0.82	1.37	3.93	(40)	(65)
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie	0.82	1.37	3.91	(40)	(65)
Verwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	0.81	1.36	3.91	(40)	(65)
Verwässertes Ergebnis pro Aktie	0.81	1.36	3.89	(40)	(65)
Eigenkapitalrendite (in %)					
Den Aktionären zurechenbare Eigenkapitalrendite	3.9	6.0	14.4	–	–
Den Aktionären zurechenbare Rendite auf dem materiellen Eigenkapital ¹	5.2	8.1	19.8	–	–
Anzahl Mitarbeitende (auf Vollzeitbasis)					
Anzahl Mitarbeitende	47 400	49 700	50 100	(5)	(1)

¹ Basierend auf dem materiellen Eigenkapital der Aktionäre, einer unter GAAP nicht definierten Finanzgrösse, die aus dem Total Eigenkapital der Aktionäre abzüglich Goodwill und sonstiger immaterieller Werte (gemäss unserer Bilanz) berechnet wird. Das Management ist der Ansicht, dass die Rendite auf dem materiellen Eigenkapital der Aktionäre aussagekräftig ist, da sie eine einheitliche Leistungsbeurteilung von Geschäftsbereichen erlaubt, ohne Rücksicht darauf, ob die Geschäftsbereiche erworben wurden.

Gruppenergebnis und Kernergebnis

	Kernergebnis			Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung			Credit Suisse		
	2012	2011	2010	2012	2011	2010	2012	2011	2010
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)									
Nettoertrag	23 606	25 429	30 625	360	796	761	23 966	26 225	31 386
Rückstellung für Kreditrisiken	170	187	(79)	0	0	0	170	187	(79)
Personalaufwand	12 494	13 151	14 562	36	62	37	12 530	13 213	14 599
Sachaufwand	7 288	7 350	7 194	22	22	37	7 310	7 372	7 231
Kommissionsaufwand	1 775	1 992	2 148	0	0	0	1 775	1 992	2 148
Total sonstiger Geschäftsaufwand	9 063	9 342	9 342	22	22	37	9 085	9 364	9 379
Total Geschäftsaufwand	21 557	22 493	23 904	58	84	74	21 615	22 577	23 978
Ergebnis aus fortzuführenden									
Geschäftsbereichen vor Steuern	1 879	2 749	6 800	302	712	687	2 181	3 461	7 487
Ertragsteueraufwand	496	671	1 548	0	0	0	496	671	1 548
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 383	2 078	5 252	302	712	687	1 685	2 790	5 939
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	(19)	0	0	0	0	0	(19)
Reingewinn	1 383	2 078	5 233	302	712	687	1 685	2 790	5 920
Den Minderheitsanteilen zurechenbarer Reingewinn	34	125	135	302	712	687	336	837	822
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn	1 349	1 953	5 098	0	0	0	1 349	1 953	5 098
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)									
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	91.3	88.5	78.1	–	–	–	90.2	86.1	76.4
Gewinnmarge vor Steuern	8.0	10.8	22.2	–	–	–	9.1	13.2	23.9
Effektiver Steuersatz	26.4	24.4	22.8	–	–	–	22.7	19.4	20.7
Reingewinnmarge ¹	5.7	7.7	16.6	–	–	–	5.6	7.4	16.2

¹ Basierend auf den Aktionären zurechenbaren Beträgen.

Berichterstattungsstruktur und Kernergebnis der Credit Suisse

Das Ergebnis der Credit Suisse enthält Erträge und Aufwendungen aus der Konsolidierung gewisser Private-Equity-Fonds und sonstiger Gesellschaften, an welchen wir Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung an deren Erträgen und Aufwendungen halten. Das Kernergebnis enthält das Ergebnis unserer beiden Segmente und des Corporate Center sowie aufgebener Geschäftsbereiche, nicht jedoch die Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung.

Credit Suisse					
Kernergebnis				Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung	
Private Banking & Wealth Management			Investment Banking		Corporate Center
Wealth Management Clients	Corporate & Institutional Clients	Asset Management			

Unterschiede zwischen der Gruppe und der Bank

Wenn nicht anders vermerkt, ist das Geschäft der Bank im Wesentlichen mit dem der Credit Suisse Group identisch und wird hauptsächlich durch die Segmente Private Banking & Wealth Management sowie Investment Banking besorgt. Das Ergebnis dieser Segmente ist im Kernergebnis enthalten. Einige Aktiven und Verbindlichkeiten sowie Geschäftsergebnisse werden zwar innerhalb der beiden Segmente geführt, sind aber nicht Teil der konsolidierten Jahresrechnung der Bank, da sie rechtlich der Gruppe zuzuordnen sind. Im abgelaufenen Geschäftsjahr bezog sich dies vor allem auf die Aktivitäten der Neuen Aargauer Bank und von BANK-now, welche als

Teil des Private Banking & Wealth Management geführt werden, und auf die Absicherungsaktivitäten im Zusammenhang mit aktienbasierten Ansprüchen. Das Kernergebnis enthält auch bestimmte Corporate-Center-Aktivitäten der Gruppe, die für die Bank nicht anwendbar sind.

Diese Geschäftstätigkeiten und Aktivitäten können sich von Periode zu Periode ändern, weshalb sich Unterschiede zwischen den Vermögenswerten, Verbindlichkeiten, Erträgen und Aufwendungen, einschliesslich Pensionen und Steuern, der Bank und derjenigen der Gruppe ergeben können.

- ▶ Siehe «Anhang 39 – Informationen zu Garantien für Tochtergesellschaften» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zur Bank.

Unterschiede zwischen den Geschäftsfeldern der Gruppe und der Bank

Gesellschaft	Hauptgeschäftstätigkeit
Neue Aargauer Bank	Banking (Kanton Aargau)
BANK-now	Privatkredite und Autoleasing (in der Schweiz)
Finanzierungsgesellschaften der Gruppe	Spezialzweckgesellschaften für verschiedene Finanzierungsaktivitäten der Gruppe, einschliesslich zum Zweck der Eigenmittelbeschaffung

Credit Suisse AG fusionierte am 2. April 2012 mit Clariden Leu und übernahm all deren Rechte und Verpflichtungen.

Vergleich der konsolidierten Erfolgsrechnungen

	Gruppe			Bank		
	2012	2011	2010	2012	2011	2010
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)						
Nettoertrag	23 966	26 225	31 386	23 533	25 187	30 533
Total Geschäftsaufwand	21 615	22 577	23 978	21 472	22 563	24 118
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	2 181	3 461	7 487	1 973	2 501	6 536
Ertragsteueraufwand	496	671	1 548	478	459	1 307
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 685	2 790	5 939	1 495	2 042	5 229
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	(19)	0	0	(19)
Reingewinn	1 685	2 790	5 920	1 495	2 042	5 210
Den Minderheitsanteilen zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	336	837	822	(600)	901	802
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn	1 349	1 953	5 098	2 095	1 141	4 408

Vergleich der konsolidierten Bilanzen

	Gruppe			Bank	
	2012	2011	2012	2011	
Ende					
Bilanzdaten (in Mio. CHF)					
Total Aktiven	924 280	1 049 165	908 160	1 034 787	
Total Verbindlichkeiten	881 996	1 008 080	865 999	996 436	

Kapitalisierung und Verschuldung

Ende	Gruppe		Bank	
	2012	2011	2012	2011
Kapitalisierung und Verschuldung (in Mio. CHF)				
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	31 014	40 147	30 574	40 077
Kundeneinlagen	308 312	313 401	297 690	304 130
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	132 721	176 559	132 721	176 559
Langfristige Verbindlichkeiten	148 134	162 655	146 997	161 353
Sonstige Verbindlichkeiten	261 815	315 318	258 017	314 317
Total Verbindlichkeiten	881 996	1 008 080	865 999	996 436
Total Eigenkapital	42 284	41 085	42 161	38 351
Total Kapitalisierung und Verschuldung	924 280	1 049 165	908 160	1 034 787

Eigenmittelunterlegung – Basel II.5

Ende	Gruppe		Bank	
	2012	2011	2012	2011
Eigenmittel (in Mio. CHF)				
Kernkapital (Tier 1)	43 547	36 844	39 660	35 098
davon hybride Instrumente	8 781	10 888	8 781	10 888
Total anrechenbare Eigenmittel	49 936	48 654	47 752	48 390
Eigenmittelquoten (in %)				
Kernkapitalquote (Tier 1)	19.4	15.2	18.4	15.1
Eigenmittelquote	22.3	20.1	22.2	20.8

Dividenden der Bank an die Gruppe

Ende	2012	2011
Pro ausgegebene Aktie (in CHF)		
Dividende ^{1,2}	0.23 ³	0.23

Namenaktien zum Nennwert von je CHF 100.00. Per 31. Dezember 2012 und 2011 bestand das Aktienkapital aus 43 996 652 Namenaktien.

¹ Dividenden werden in Übereinstimmung mit dem schweizerischen Gesetz und den Statuten der Bank festgelegt. ² In den Jahren 2010, 2009 und 2008 betrug die Dividende pro ausgegebene Aktie CHF 0.23, CHF 68.19 beziehungsweise CHF 0.23. ³ Antrag des Verwaltungsrats an die Generalversammlung der Bank.

Kernergebnis

Der den Aktionären zurechenbare Reingewinn betrug im Jahr 2012 CHF 1 349 Mio. Der Nettoertrag belief sich auf CHF 23 606 Mio. und der Geschäftsaufwand auf insgesamt CHF 21 557 Mio. Im Ergebnis waren Fair-Value-Verluste vor Steuern aus Veränderungen der eigenen Kreditrisikoprämien von CHF 2 939 Mio. enthalten, gegenüber Fair-Value-Gewinnen von CHF 1 616 Mio. im Vorjahr. Unser Ergebnis widerspiegelte auch Restrukturierungskosten von CHF 680 Mio., Gewinne von CHF 533 Mio. vor Steuern aus dem Verkauf von Immobilien sowie Gewinne von CHF 384 Mio. vor Steuern aus dem Verkauf unserer restlichen Beteiligung an Aberdeen Asset Management. Unsere Kernkapitalquote (Tier 1) unter Basel II.5 betrug 19,4%, und wir erzielten deutliche Fortschritte bei der Reduzierung der risikogewichteten Aktiven unter Basel III im Investment Banking und in der Gruppe. Wir verzeichneten Netto-Neugelder von CHF 10,8 Mia.

Ergebnisse

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2012	2011	2010	12 / 11	11 / 10
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Zinserfolg	7 133	6 405	6 474	11	(1)
Kommissions- und Dienstleistungsertrag	13 100	12 984	14 131	1	(8)
Handelserfolg	1 161	4 921	9 328	(76)	(47)
Sonstiger Ertrag	2 212	1 119	692	98	62
Nettoertrag	23 606	25 429	30 625	(7)	(17)
Rückstellung für Kreditrisiken	170	187	(79)	(9)	–
Personalaufwand	12 494	13 151	14 562	(5)	(10)
Sachaufwand	7 288	7 350	7 194	(1)	2
Kommissionsaufwand	1 775	1 992	2 148	(11)	(7)
Total sonstiger Geschäftsaufwand	9 063	9 342	9 342	(3)	–
Total Geschäftsaufwand	21 557	22 493	23 904	(4)	(6)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	1 879	2 749	6 800	(32)	(60)
Ertragsteueraufwand	496	671	1 548	(26)	(57)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 383	2 078	5 252	(33)	(60)
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	(19)	–	100
Reingewinn	1 383	2 078	5 233	(33)	(60)
Den Minderheitsanteilen zurechenbarer Reingewinn	34	125	135	(73)	(7)
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	1 349	1 953	5 098	(31)	(62)
davon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 349	1 953	5 117	(31)	(62)
davon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	(19)	–	100

Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)

Aufwand-Ertrag-Verhältnis	91.3	88.5	78.1	–	–
Gewinnmarge vor Steuern	8.0	10.8	22.2	–	–
Effektiver Steuersatz	26.4	24.4	22.8	–	–
Reingewinnmarge ¹	5.7	7.7	16.6	–	–

Anzahl Mitarbeitende (auf Vollzeitbasis)

Anzahl Mitarbeitende	47 400	49 700	50 100	(5)	(1)
----------------------	--------	--------	--------	-----	-----

¹ Basierend auf den Aktionären zurechenbaren Beträgen.

Kernergebnis nach Divisionen

	Veränderung in %				
	2012	2011	2010	12 / 11	11 / 10
Nettoertrag (in Mio. CHF)					
Wealth Management Clients	8 952	9 085	10 039	(1)	(10)
Corporate & Institutional Clients	2 126	2 065	2 032	3	2
Asset Management	2 463	2 297	2 509	7	(8)
Private Banking & Wealth Management	13 541	13 447	14 580	1	(8)
Investment Banking	12 558	10 460	15 873	20	(34)
Corporate Center	(2 493)	1 522	172	-	-
Nettoertrag	23 606	25 429	30 625	(7)	(17)
Rückstellung für Kreditrisiken (in Mio. CHF)					
Wealth Management Clients	110	78	69	41	13
Corporate & Institutional Clients	72	33	(52)	118	-
Private Banking & Wealth Management	182	111	17	64	-
Investment Banking	(12)	76	(96)	-	-
Rückstellung für Kreditrisiken	170	187	(79)	(9)	-
Total Geschäftsaufwand (in Mio. CHF)					
Wealth Management Clients	6 821	7 561	7 365	(10)	3
Corporate & Institutional Clients	1 110	1 111	1 113	0	0
Asset Management	1 653	1 703	1 943	(3)	(12)
Private Banking & Wealth Management	9 584	10 375	10 421	(8)	0
Investment Banking	10 568	10 977	12 375	(4)	(11)
Corporate Center	1 405	1 141	1 108	23	3
Total Geschäftsaufwand	21 557	22 493	23 904	(4)	(6)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern (in Mio. CHF)					
Wealth Management Clients	2 021	1 446	2 605	40	(44)
Corporate & Institutional Clients	944	921	971	2	(5)
Asset Management	810	594	566	36	5
Private Banking & Wealth Management	3 775	2 961	4 142	27	(29)
Investment Banking	2 002	(593)	3 594	-	-
Corporate Center	(3 898)	381	(936)	-	-
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	1 879	2 749	6 800	(32)	(60)

Im Kernergebnis enthalten sind die Ergebnisse unserer beiden Segmente, des Corporate Center und der aufgegebenen Geschäftsbereiche. Nicht darin enthalten sind Erträge und Aufwendungen aus Minderheitsanteilen ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligungen.

Per 30. November 2012 führten wir unsere bisherigen Divisionen Private Banking und Asset Management zu einer einzigen neuen Division Private Banking & Wealth Management zusammen. Ausserdem wurde der grösste Teil unseres Wert-

schriftenhandels und -verkaufs in der Schweiz von der Division Investment Banking zur Division Private Banking & Wealth Management transferiert.

Gewisse Umgliederungen wurden vorgenommen, um eine Übereinstimmung der früheren Berichtsperioden mit der diesjährigen Präsentation zu erzielen.

- [Siehe «Darstellungsform und Änderungen der Berichterstattung» unter Informationen und Entwicklungen für weitere Informationen.](#)

Kernergebnis nach Regionen

	Veränderung in %				
	2012	2011	2010	12 / 11	11 / 10
Nettoertrag (in Mio. CHF)					
Schweiz	7 455	7 590	7 934	(2)	(4)
Europa, Naher Osten und Afrika	6 749	6 520	7 718	4	(16)
Nord- und Südamerika	9 507	7 272	11 726	31	(38)
Asien-Pazifik	2 388	2 525	3 075	(5)	(18)
Corporate Center	(2 493)	1 522	172	-	-
Nettoertrag	23 606	25 429	30 625	(7)	(17)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern (in Mio. CHF)					
Schweiz	2 536	2 407	2 775	5	(13)
Europa, Naher Osten und Afrika	882	44	757	-	(94)
Nord- und Südamerika	2 510	6	3 873	-	(100)
Asien-Pazifik	(151)	(89)	331	70	-
Corporate Center	(3 898)	381	(936)	-	-
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	1 879	2 749	6 800	(32)	(60)

Ein bedeutender Teil unseres Geschäfts erfordert Koordination innerhalb der Regionen, um den Ansprüchen unserer Kunden gerecht zu werden. Die Methodik zur Zurechnung der Resultate auf die Regionen ist von der Beurteilung des Managements abhängig. Für Wealth Management Clients und Corporate & Institutional Clients werden die Resultate aufgrund der Managementstruktur unserer Kundenberater und der Region, welche die Transaktion verbucht, zugerechnet. Im Asset Management erfolgt die Zurechnung der Resultate nach Standort der Portfoliomanager und der Verkaufsteams. Im Investment Banking werden die Handelsergebnisse nach primärem Ort des Risikomanagements zugerechnet und die gebührenabhängigen Resultate nach Kundendomizil.

Ergebnisse im Überblick

2012 gegenüber 2011

2012 verzeichneten wir einen den Aktionären zurechenbaren Reingewinn von CHF 1 349 Mio., was einem Rückgang von 31% gegenüber 2011 entspricht. Der Nettoertrag belief sich auf CHF 23 606 Mio. und verringerte sich damit um 7%. Im Vergleich zu 2011 ging der Geschäftsaufwand um 4% auf CHF 21 557 Mio. zurück, was hauptsächlich auf einen geringeren Personalaufwand und zurückzuführen ist. Unser Ergebnis für 2012 enthielt negative Auswirkungen von CHF 3,8 Mia., zu denen Fair-Value-Verluste vor Steuern aus Veränderungen der eigenen Kreditrisikoprämien in Höhe von CHF 2,9 Mia., Restrukturisierungskosten von CHF 680 Mio. aus Massnahmen zur Steigerung der Kosteneffizienz und zusätzliche Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten von CHF 227 Mio. vor Steuern aus der Einigung bezüglich den Rechtsstreitigkeiten mit National Century Financial Enterprises, Inc. (NCFE) zählten. Ebenfalls enthalten waren Gewinne von CHF 533 Mio. vor Steuern aus dem Verkauf von Immobilien und Gewinne von CHF 384 Mio. vor Steuern aus dem Verkauf unserer restlichen Beteiligung an Aberdeen Asset Management (Aberdeen).

Im **Private Banking & Wealth Management** blieb der Nettoertrag mit CHF 13 541 Mio. gegenüber dem Vorjahr stabil, wobei der niedrigere wiederkehrende Kommissions- und Gebührenertrag durch einen höheren sonstigen Ertrag kom-

pensiert wurde. Die transaktions- und leistungsabhängigen Erträge und der Zinserfolg blieben stabil. Der niedrigere wiederkehrende Kommissions- und Gebührenertrag war vor allem auf niedrigere Gebührenerträge für die Verwaltung von Anlageprodukten und niedrigere ermessensabhängige Gebührenerträge für Vermögensverwaltungsmandate zurückzuführen. Der sonstige Ertrag von CHF 448 Mio. lag über dem Vorjahresniveau. Dies war vor allem auf einen Gewinn von CHF 384 Mio. aus dem Verkauf unserer restlichen Beteiligung an Aberdeen im Jahr 2012 zurückzuführen, der durch geringere Anlagegewinne und Wertminderungen im Zusammenhang mit Asset Management Finance LLC (AMF) teilweise kompensiert wurde.

Im **Investment Banking** belief sich der Nettoertrag auf CHF 12 558 Mio., verglichen mit einem Nettoertrag von CHF 10 460 Mio. im Vorjahr. Trotz schwieriger Marktbedingungen und einer geringen Kundenaktivität in vielen unserer Geschäftsbereiche erzielten wir 2012 solide Ergebnisse. Im Vergleich zu 2011 stieg der Nettoertrag um 20% bei wesentlich niedrigeren risikogewichteten Aktiven unter Basel III. Ausserdem erzielten wir im Verlauf des Jahres bedeutende Fortschritte bei der Reduktion unserer Kostenbasis. Die Ergebnisse zeigten die Stärke unseres Kundengeschäfts und die erfolgreiche Umsetzung unserer überarbeiteten Strategie zur Steigerung der Betriebs- und Kapitaleffizienz. Unser Ergebnis 2012 im Anleihenverkauf und -handel war deutlich höher als das schwache Vorjahresergebnis.

Übersicht über die Resultate

im Jahr / Ende	Private Banking & Wealth Management			Investment Banking		
	2012	2011	2010	2012	2011	2010
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)						
Nettoertrag	13 541	13 447	14 580	12 558	10 460	15 873
Rückstellung für Kreditrisiken	182	111	17	(12)	76	(96)
Personalaufwand	5 561	5 729	6 041	6 070	6 471	7 811
Sachaufwand	3 219	3 818	3 502	3 551	3 388	3 369
Kommissionsaufwand	804	828	878	947	1 118	1 195
Total sonstiger Geschäftsaufwand	4 023	4 646	4 380	4 498	4 506	4 564
Total Geschäftsaufwand	9 584	10 375	10 421	10 568	10 977	12 375
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	3 775	2 961	4 142	2 002	(593)	3 594
Ertragsteueraufwand	-	-	-	-	-	-
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	-	-	-	-	-	-
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	-	-	-	-	-	-
Reingewinn	-	-	-	-	-	-
Den Minderheitsanteilen zurechenbarer Reingewinn	-	-	-	-	-	-
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn	-	-	-	-	-	-
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)						
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	70.8	77.2	71.5	84.2	104.9	78.0
Gewinnmarge vor Steuern	27.9	22.0	28.4	15.9	(5.7)	22.6
Effektiver Steuersatz	-	-	-	-	-	-
Gewinnmarge aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	-	-	-	-	-	-
Reingewinnmarge	-	-	-	-	-	-
Beanspruchtes Economic Capital und Rendite						
Durchschnittlich beanspruchtes Economic Capital (in Mio. CHF)	9 981	10 115	9 934	18 729	18 882	19 586
Rendite vor Steuern auf dem durchschnittlich beanspruchten Economic Capital (in %) ³	38.5	29.9	42.4	11.4	(2.6)	19.0
Bilanzdaten (in Mio. CHF)						
Total Aktiven	407 329	392 201	383 902	658 622	790 167	783 266
Ausleihungen, netto	207 702	196 268	182 880	34 501	37 134	35 970
Goodwill	2 409	2 471	2 481	5 980	6 120	6 104
Anzahl Mitarbeitende (auf Vollzeitbasis)						
Anzahl Mitarbeitende	27 300	28 100	28 700	19 800	20 700	20 500

¹ Das Kernergebnis umfasst die Ergebnisse unseres integrierten Bankgeschäfts, ausser Ertrag und Aufwand im Zusammenhang mit Gesellschaften, an welchen wir keine bedeutende wirtschaftliche Beteiligung halten. ² Enthält Diversifikationseffekt. ³ Berechnet auf Basis einer Rendite ohne Zinsaufwand für zugeteilten Goodwill. ⁴ Mit dem zentralen Treasury-Modell ergibt die Gruppenfinanzierung zwischen den Segmenten Intra-Gruppen-Salden. Die Elimination dieser Guthaben und Verbindlichkeiten erfolgt im Corporate Center.

Dies war den deutlich höheren Erträgen aus vertriebenen Produkten und globalen Kreditprodukten, die infolge besserer Marktbedingungen zustande kamen, zu verdanken. Erhebliche Bestandsreduktionen in diesen Bereichen gingen 2012 auch mit geringeren Ertragsschwankungen einher. Die Erträge aus dem Emerging-Markets-, Unternehmenskredit- und Devisengeschäft waren ebenfalls höher. Wir verzeichneten 2012 Belastungen von CHF 589 Mio. aufgrund des Rückzugs aus Geschäftsbereichen,

gegenüber Belastungen von CHF 387 Mio. 2011. Das Ergebnis im Aktienverkauf und -handel verzeichnete eine bescheidene Zunahme, da den höheren Erträgen bei Wandelanleihen, Derivaten und im Bereich Prime Services ein Rückgang bei den Cash Equities aufgrund niedrigerer branchenweiter Handelsvolumen im Vergleich zu 2011 gegenüberstand. Die Ergebnisse im Emissions- und Beratungsgeschäft waren höher als 2011.

Corporate Center			Kernergebnis ¹			Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung			Credit Suisse		
2012	2011	2010	2012	2011	2010	2012	2011	2010	2012	2011	2010
(2 493)	1 522	172	23 606	25 429	30 625	360	796	761	23 966	26 225	31 386
0	0	0	170	187	(79)	0	0	0	170	187	(79)
863	951	710	12 494	13 151	14 562	36	62	37	12 530	13 213	14 599
518	144	323	7 288	7 350	7 194	22	22	37	7 310	7 372	7 231
24	46	75	1 775	1 992	2 148	0	0	0	1 775	1 992	2 148
542	190	398	9 063	9 342	9 342	22	22	37	9 085	9 364	9 379
1 405	1 141	1 108	21 557	22 493	23 904	58	84	74	21 615	22 577	23 978
(3 898)	381	(936)	1 879	2 749	6 800	302	712	687	2 181	3 461	7 487
-	-	-	496	671	1 548	0	0	0	496	671	1 548
-	-	-	1 383	2 078	5 252	302	712	687	1 685	2 790	5 939
-	-	-	0	0	(19)	0	0	0	0	0	(19)
-	-	-	1 383	2 078	5 233	302	712	687	1 685	2 790	5 920
-	-	-	34	125	135	302	712	687	336	837	822
-	-	-	1 349	1 953	5 098	0	0	0	1 349	1 953	5 098
-	-	-	91.3	88.5	78.1	-	-	-	90.2	86.1	76.4
-	-	-	8.0	10.8	22.2	-	-	-	9.1	13.2	23.9
-	-	-	26.4	24.4	22.8	-	-	-	22.7	19.4	20.7
-	-	-	5.9	8.2	17.1	-	-	-	7.0	10.6	18.9
-	-	-	5.7	7.7	16.6	-	-	-	5.6	7.4	16.2
2 530 ²	1 798 ²	1 124 ²	31 218	30 782	31 121	-	-	-	31 218	30 782	31 121
-	-	-	6.7	9.5	22.5	-	-	-	7.6	11.8	24.7
(145 777) ⁴	(137 952) ⁴	(142 018) ⁴	920 174	1 044 416	1 025 150	4 106	4 749	6 855	924 280	1 049 165	1 032 005
20	11	(8)	242 223	233 413	218 842	-	-	-	242 223	233 413	218 842
-	-	-	8 389	8 591	8 585	-	-	-	8 389	8 591	8 585
300	900	900	47 400	49 700	50 100	-	-	-	47 400	49 700	50 100

Dies war auf hohe Erträge aus dem Anleihenemissionsgeschäft, insbesondere im Bereich Leveraged Finance, zurückzuführen, welche durch niedrigere Erträge aus dem Aktienemissionsgeschäft teilweise kompensiert wurden. Ausserdem stiegen die Gebühren im M&A-Bereich, da unsere Marktanteilgewinne an den abgeschlossenen M&A-Geschäften den branchenweiten Rückgang der Volumen bei den abgeschlossenen M&A-Geschäften mehr als kompensierten.

Das **Corporate Center** umfasst die Geschäftstätigkeiten der Holdinggesellschaft, einschliesslich der Finanzierung der

Gruppe, Kosten im Zusammenhang mit Projekten, die von der Gruppe unterstützt werden, sowie bestimmte Kosten und Erträge, welche nicht den jeweiligen Segmenten zugeordnet werden. Im Corporate Center werden auch Konsolidierungs- und Verrechnungsbuchungen zur Verrechnung von unternehmensinternen Aufwendungen und Erträgen erfasst. 2012 belief sich der Verlust vor Steuern auf CHF 3 898 Mio. gegenüber einem Gewinn vor Steuern von CHF 381 Mio. im Jahr 2011. Dies war hauptsächlich auf Fair-Value-Verluste aus langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) in Höhe von

CHF 1 663 Mio., Verluste aus Bewertungsanpassungen aufgrund der Veränderung der eigenen Kreditrisikoprämie (Debit Valuation Adjustments, DVA) im Zusammenhang mit bestimmten Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldtiteln in Höhe von CHF 958 Mio. und Fair-Value-Verluste aus freistehenden Derivaten von CHF 318 Mio. zurückzuführen. Die Fair-Value-Verluste widerspiegeln den Rückgang von Kreditrisikoprämien bei vorrangigen und nachrangigen Verbindlichkeiten der meisten Währungen. Ferner umfassten die Verluste 2012 Restrukturierungsaufwendungen von CHF 680 Mio., die hauptsächlich aus Abfindungen und sonstigem Personalaufwand in Verbindung mit den gruppenweiten Massnahmen zur Steigerung der Kosteneffizienz bestanden, sowie zusätzliche Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten von CHF 227 Mio. aus der Einigung bezüglich NCFE-Rechtsstreitigkeiten und Gewinne aus Immobilienverkäufen von CHF 533 Mio. vor Steuern.

Die **Rückstellung für Kreditrisiken** umfasste Nettorückstellungen in Höhe von CHF 170 Mio. Im Private Banking & Wealth Management wurden Nettorückstellungen von CHF 182 Mio. gebildet und im Investment Banking wurden Rückstellungen von CHF 12 Mio. aufgelöst.

Der **Geschäftsaufwand insgesamt** belief sich auf CHF 21 557 Mio. und ging somit um 4% zurück. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass der Personalaufwand um 5% sank, was durch eine niedrigere ermessensabhängige leistungsbezogene Vergütung und geringere Lohnkosten infolge des niedrigeren Personalbestands bedingt war. Dieser Effekt wurde durch einen Aufwand von CHF 500 Mio. als Folge von Kostensenkungsmassnahmen teilweise kompensiert. Der Sachaufwand war stabil, was hauptsächlich auf eine Reduktion der professionellen Dienstleistungen zurückzuführen war und teilweise durch eine Zunahme des Mietaufwand und Unterhalt kompensiert wurde. Der Sachaufwand enthielt zusätzlich Kosten von CHF 180 Mio. im Zusammenhang mit unseren Kostensenkungsinitiativen.

Der **effektive Steuersatz für das Kernergebnis** betrug 2012 26,4% gegenüber 24,4% im Jahr 2011. Der effektive Steuersatz für das Gesamtjahr 2012 war im Wesentlichen durch die geografische Diversifikation unserer Ergebnisse, eine Erhöhung und Neubeurteilung der latenten Steuerguthaben in der Schweiz sowie die Auflösung von Abgrenzungen für Steuerrisiken beeinflusst. Der effektive Steuersatz widerspiegelte auch eine Neubeurteilung der Wertberichtigungen von latenten Steuerguthaben in den USA, Grossbritannien und Asien. Ausserdem wurde der Steueraufwand durch die Änderung der britischen Körperschaftssteuer von 25% auf 23% negativ beeinflusst. Die latenten Nettosteuer-guthaben gingen im Jahr 2012 insgesamt um CHF 1 538 Mio. auf CHF 6 972 Mio. zurück.

- ▶ Siehe «Anhang 26 – Steuern» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Die **verwalteten Vermögen** beliefen sich auf CHF 1 250,8 Mia. und lagen somit um CHF 65,6 Mia. über dem Vorjahreswert. Dies war vor allem auf positive Marktentwicklungen und Netto-Neugelder von CHF 10,8 Mia. zurückzuführen, was durch negative Fremdwährungseffekte teilweise kompensiert wurden. Der Bereich Wealth Management Clients steuerte Netto-Neugelder von CHF 19,0 Mia. bei, wobei die Zuflüsse insbesondere aus den Emerging Markets und dem Segment der äusserst vermögenden Kunden (Ultra-High-Net-Worth Individuals, UHNWI) stammten, was durch Abflüsse in Westeuropa und Abflüsse im Zusammenhang mit der Integration von Clariden Leu teilweise kompensiert wurde. Der Bereich Corporate & Institutional Clients erzielte Netto-Neugelder von CHF 1,5 Mia. Im Bereich Asset Management wurde ein Netto-Geldabfluss von CHF 9,0 Mia. verzeichnet, vor allem bei den Multi-Asset Class Solutions, die eine Rückzahlung von CHF 14,7 Mia. aus einem einzelnen Anleihemandat beinhalteten. Dies wurde durch Zuflüsse bei den Indexstrategien und Kreditprodukten teilweise ausgeglichen. Die verwalteten Vermögen widerspiegelten weiterhin einen risikoaversen Anlagenmix mit Anlagen in weniger komplexe Produkte mit niedrigerer Marge sowie bedeutenden Teilen der Anlagen in flüssigen Mitteln und in Geldmarktprodukten.

2011 gegenüber 2010

2011 verzeichneten wir einen den Aktionären zurechenbaren Reingewinn von CHF 1 953 Mio., was einem Rückgang von 62% gegenüber 2010 entspricht. Der Nettoertrag belief sich auf CHF 25 429 Mio. und verringerte sich damit um 17%. Im Vergleich zu 2010 ging der Geschäftsaufwand um 6% auf CHF 22 493 Mio. zurück, was hauptsächlich auf einen geringeren Personalaufwand zurückzuführen ist. Unser Ergebnis für 2011 enthielt negative Auswirkungen von CHF 1,8 Mia., zu denen Restrukturierungskosten für Massnahmen zur Effizienzsteigerung in Höhe von CHF 847 Mio. und CHF 974 Mio. (CHF 547 Mio. negative Erträge und CHF 427 Mio. für damit verbundene Kosten) aus aufgegebenen Geschäftsbereichen und der Reduzierung von risikogewichteten Aktiven aus dem Anleihengeschäft unseres Investment Banking gehören. Ebenfalls enthalten waren Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten in Höhe von CHF 478 Mio. im Zusammenhang mit Steuerangelegenheiten in Deutschland und in den USA. Wir erzielten Fair-Value-Gewinne in Höhe von CHF 1 210 Mio. aus langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) der Credit Suisse, DVA-Gewinne in Höhe von CHF 697 Mio. im Zusammenhang mit bestimmten Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldtiteln sowie Fair-Value-Verluste in Höhe von CHF 291 Mio. aus freistehenden Derivaten.

Auswirkung von Veränderungen der eigenen Kreditrisikoprämien

Die in unserem Kernergebnis enthaltenen Erträge wurden von den Veränderungen der Kreditrisikoprämie auf zum Fair Value ausgewiesenen langfristigen Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) der Credit Suisse und DVA im Zusammenhang mit bestimmten Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldtiteln, die zum Fair Value ausgewiesen wurden, beeinträchtigt. Für die Zwecke der Segmentberichterstattung wurden bis Ende 2011 die kumulativen Fair-Value-Gewinne von CHF 1,5 Mia. auf langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) der Credit Suisse per Anfangsbilanz 2010 den Segmenten auf Basis einer linearen Amortisation belastet. Die Differenz zwischen dieser Amortisation und der Fair-Value-Bewertung dieser Verbindlichkeiten der Credit Suisse aufgrund von Veränderungen der Kreditrisikoprämie wurde im Corporate Center erfasst.

Ab dem ersten Quartal 2012 werden die Fair-Value-Auswirkungen aufgrund der Veränderung bei Kreditrisikoprämien auf unseren langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) und DVA auf bestimmten Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldtiteln vollständig im Corporate Center erfasst und die Amortisation der bisherigen Fair-Value-Gewinne auf langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) in den

Segmenten eingestellt. Die DVA im Zusammenhang mit bestimmten Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldtiteln wurden zuvor im Segment Investment Banking erfasst und werden nun im Corporate Center ausgewiesen, um alle Auswirkungen von Veränderungen bei Kreditrisikoprämien auf unsere Finanzierungsinstrumente zu aggregieren und sichtbar zu machen, dass diese Auswirkungen von der Kreditwürdigkeit der Gruppe und nicht unseres Segments Investment Banking oder des Emittenten abhängen. Gewisse Umgliederungen wurden vorgenommen, um eine Übereinstimmung der früheren Berichtsperioden mit der diesjährigen Präsentation zu erzielen, wobei diese Umgliederungen keinen Einfluss auf den Reingewinn/(-verlust) oder das Eigenkapital der Aktionäre hatten.

Unser Kernergebnis wurde auch durch Fair-Value-Gewinne/(-Verluste) aus freistehenden Derivaten im Zusammenhang mit bestimmten Finanzierungsverbindlichkeiten beeinflusst. Die Fair-Value-Gewinne/(-Verluste) aus freistehenden Derivaten werden im Corporate Center erfasst und widerspiegeln die Volatilität von Währungsswaps und Renditekurven und führen während der Laufzeit der Derivate zu keinen Nettogewinnen/(-verlusten).

	2012	2011	2010
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust), ohne Einfluss aus Veränderungen der Kreditrisikoprämien (in Mio. CHF)	3 610	802	4 929
Fair-Value-Gewinne/(Verluste) aus Veränderung der eigenen Kreditrisikoprämien	(2 939)	1 616	269
Fair-Value-Gewinne/(Verluste) aus eigenen langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten	(1 663)	1 210	341
Fair-Value-Gewinne/(Verluste) aus Veränderung der Kreditrisikoprämien auf eigenen strukturierten Schuldtiteln	(958)	697	(73)
Fair-Value-Gewinne/(Verluste) aus freistehenden Derivaten	(318)	(291)	1
Steueraufwand/(-vorteil)	(678)	465	100
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn	1 349	1 953	5 098

Das regulatorische Kapital schliesst die kumulativen Fair-Value-Gewinne/(Verluste), nach Abzug von Steuern, aus eigenen gewöhnlichen langfristigen Verbindlichkeiten und strukturierten Schuldtiteln aus. Siehe «Kapitalbewirtschaftung» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen.

Die Aufwertung des Schweizer Frankens im Verhältnis zu den Hauptwährungen wirkte sich negativ auf unsere Erträge und positiv auf unsere Aufwendungen aus. Im Vergleich zu 2010 verringerte sich durch den negativen Einfluss der Nettoertrag um CHF 3 092 Mio. und das Ergebnis vor Steuern um CHF 909 Mio.

Im **Private Banking & Wealth Management** verringerte sich der Nettoertrag von CHF 13 447 Mio. um 8% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert. Die tieferen Durchschnittskurse der Hauptwährungen im Vergleich zum Schweizer Franken wirkten sich auf den Nettoertrag und das Ergeb-

nis vor Steuern negativ mit CHF 1 071 Mio. beziehungsweise CHF 597 Mio. aus. Ohne diese negativen Fremdwährungseffekte war der Ertrag gegenüber 2010 stabil. Der wiederkehrende Kommissions- und Gebührenertrag sank 2011 im Vergleich zu 2010 um 7%, da sich die durchschnittlich verwalteten Vermögen geringfügig verminderten, was in erster Linie auf die negativen Fremdwährungseffekte zurückzuführen war. In einem anhaltend niedrigen Zinsumfeld ging der Zinserfolg um 6% zurück. Die transaktions- und leistungsabhängigen Erträge gingen um 8% zurück und widerspiegeln eine geringere Kundenaktivität und tiefere transaktionsabhängige Volu-

men. Der sonstige Ertrag ging um 35% zurück, was mit Gewinnen aus dem Verkauf der von unseren Geldmarktfonds erworbenen Wertschriften im Jahr 2010 und geringeren anlagebedingten Gewinnen im Jahr 2011 zusammenhing.

Im **Investment Banking** belief sich der Nettoertrag auf CHF 10 460 Mio. gegenüber CHF 15 873 Mio. im Jahr 2010. In vielen Geschäftsbereichen wurden unsere Ergebnisse 2011 durch eine im Vergleich zu 2010 sehr geringe Kundenaktivität und ein volatiles Handlungsumfeld beeinflusst. Angesichts höherer Kapital- und regulatorischer Anforderungen sowie anhaltend schwieriger Markt- und Wirtschaftsverhältnisse kündigten wir im November 2011 Anpassungen unserer Investment-Banking-Strategie an. Dies beinhaltete die zügige Umsetzung eines Plans zur Reduzierung risikogewichteter Aktiven. Die risikogewichteten Aktiven unter Basel III wurden im Jahr 2011 um USD 80 Mia. bzw. 25% auf USD 242 Mia. reduziert. Das Ergebnis im Anleihenverkauf und -handel war im Jahr 2011 erheblich geringer, was an den schwierigen Handelsbedingungen, der geringen Kundenaktivität in den meisten Geschäftsbereichen und der Umsetzung der Strategie zur Risikoreduktion lag. Wir verzeichneten 2011 Belastungen von CHF 512 Mio. aufgrund des Rückzugs aus Geschäftsbereichen und der Reduktion risikogewichteter Aktiven. Unser Ergebnis im Aktienverkauf und -handel sank vor allem aufgrund einer geringen Kundenaktivität im Bereich der Cash Equities. Die Erträge aus dem Bereich Prime Services gingen infolge von Fremdwährungseffekten zurück. Auf US-Dollar-Basis erzielte Prime Services ein Rekordergebnis aufgrund einer höheren Kundenaktivität sowie höherer Kundenbestände. Auch bei den Derivaten wurden infolge einer reduzierten Kundenaktivität schlechtere Ergebnisse verzeichnet. Im Jahr 2011 konnten wir unseren Marktanteil und unsere führende Marktpositionierung in den Bereichen Cash Equities und Prime Services beibehalten. Die Ergebnisse im Emissions- und Beratungsgeschäft fielen 2011 schlechter aus, was auf einen branchenweiten Rückgang des Kapitalemissionsvolumens bzw. einen Rückgang unseres Marktanteils an abgeschlossenen M&A-Geschäften gegenüber 2010 zurückzuführen ist.

Das **Corporate Center** verzeichnete 2011 einen Gewinn vor Steuern von CHF 381 Mio., gegenüber einem Verlust vor Steuern von CHF 936 Mio. im Jahr 2010, hauptsächlich aufgrund von Fair-Value-Gewinnen aus langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) in Höhe von CHF 1 210 Mio., DVA-Gewinnen im Zusammenhang mit bestimmten Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldtiteln von CHF 697 Mio. und Fair-Value-Verlusten aus freistehenden Derivaten von CHF 291 Mio., was einen Gesamtgewinn dieser Positionen von CHF 1 616 Mio. zur Folge hatte. Die Fair-Value-Gewinne aus eigenen Verbindlichkeiten widerspiegeln die Erhöhung von Kreditrisikoprämien bei allen Währungen, einschliesslich

vorrangiger und nachrangiger Verbindlichkeiten. Ferner enthielt das Ergebnis 2011 einen Betrag von CHF 847 Mio. für Aufwendungen, hauptsächlich bestehend aus Abfindungen und sonstigem Personalaufwand in Verbindung mit der beschleunigten Umsetzung gruppenweiter Massnahmen zur Effizienzsteigerung.

Die **Rückstellung für Kreditrisiken** umfasste Nettorückstellungen in Höhe von CHF 187 Mio. Im Private Banking & Wealth Management wurden Rückstellungen von CHF 111 Mio. und im Investment Banking von CHF 76 Mio. gebildet.

Der **Geschäftsaufwand insgesamt** belief sich auf CHF 22 493 Mio. und ging somit um 6% zurück. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass der Personalaufwand um 10% sank, bedingt durch eine niedrigere ermessensabhängige leistungsbezogene Vergütung und günstige Fremdwährungseffekte, die teilweise durch Massnahmen zur Effizienzsteigerung in Höhe von CHF 715 Mio. neutralisiert wurden. Der Sachaufwand stieg um 2%. Gründe hierfür sind höhere Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten, höhere Aufwendungen für IT-Investitionen und Kosten in Höhe von CHF 132 Mio. in Verbindung mit unseren Massnahmen zur Effizienzsteigerung, die teilweise durch niedrigere professionelle Dienstleistungen und günstige Fremdwährungseffekte neutralisiert wurden. Die Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten umfassen CHF 478 Mio. im Zusammenhang mit Steuerangelegenheiten in Deutschland und in den USA.

Der **effektive Steuersatz für das Kernergebnis** betrug 2011 24,4% gegenüber 22,8% im Jahr 2010. Der effektive Steuersatz für das Gesamtjahr 2011 war im Wesentlichen durch die geografische Diversifikation unserer Ergebnisse, einen Anstieg der latenten Steuerguthaben in der Schweiz und den USA und die Auflösung von Abgrenzungen für Steuerrisiken beeinflusst. Der effektive Steuersatz widerspiegelte auch eine Erhöhung der Wertberichtigungen von latenten Steuerguthaben in Grossbritannien und Asien sowie Abschreibungen auf latenten Steuerguthaben, bedingt durch Senkungen des Körperschaftssteuersatzes in Grossbritannien und Japan. Die latenten Nettosteuer-guthaben sind im Jahr 2011 insgesamt um CHF 495 Mio. auf CHF 8 510 Mio. zurückgegangen.

► Siehe «Anhang 26 – Steuern» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Die **verwalteten Vermögen** beliefen sich Ende 2011 auf CHF 1 185,2 Mia. und lagen somit 1,7% unter dem Vorjahreswert. Die hohen Netto-Neugelder in Höhe von CHF 46,6 Mia. wurden grösstenteils durch negative Marktentwicklungen kompensiert. Der Bereich Wealth Management Clients trug Netto-Neugelder in Höhe von CHF 37,4 Mia. bei. Ein grosser Teil entfiel auf die Emerging Markets und das Segment der äusserst vermögenden Kunden. Der Bereich Corporate & Institu-

tional Clients verzeichnete Netto-Neugelder in Höhe von CHF 5,3 Mia. Der Bereich Asset Management verzeichnete Netto-Neugelder in Höhe von CHF 5,2 Mia. Ein grosser Teil entfiel auf Immobilien, Rohstoffe, Multi-Asset Class Solutions und ETFs, die durch Netto-Geldabflüsse bei den Emerging Markets sowie Abflüsse durch aufgegebene Geschäftsbereiche und Anlagenverkäufe teilweise kompensiert wurden. Die durchschnittlich verwalteten Vermögen waren 2011 leicht rückläufig, da die Netto-Neugelder durch negative Marktentwicklungen und Fremdwährungseffekte mehr als kompensiert wurden.

Informationen und Entwicklungen

Darstellungsform und Änderungen der Berichterstattung

Im Rahmen der Geschäftstätigkeit wird der aggregierte Ertrag bewertet, einschliesslich einer Beurteilung des Handelsergebnisses und des entsprechenden Zinsertrags und -aufwands aus der Finanzierung und Absicherung von Positionen. Daher können individuelle Ertragskategorien keine Indikatoren für unsere Performance sein.

Ab dem ersten Quartal 2012 werden die Fair-Value-Auswirkungen aufgrund von Veränderungen bei Kreditrisikoprämien auf unseren langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) und DVA im Zusammenhang mit bestimmten Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldtiteln vollständig im Corporate Center erfasst.

- ▶ Siehe «Auswirkung von Veränderungen der eigenen Kreditrisikoprämien» für weitere Informationen.

Im zweiten Quartal 2012 nahmen wir verschiedene Änderungen in der Darstellung unserer Ergebnisse vor. Sie bezogen sich vor allem auf die rechtliche Fusion zwischen Clariden Leu und der Bank sowie auf den Zusammenschluss unserer Private-Banking- und Investment-Banking-Operations-Bereiche zu einer einzigen Funktion. Wir überprüften auch unsere Richtlinien bezüglich der Messung der verwalteten Vermögen und Netto-Neugelder. Aufgrund dieser Überprüfung haben wir eine restriktivere Definition dieser Messgrössen eingeführt, was per Ende des zweiten Quartals auf Gruppenebene einen Rückgang der verwalteten Vermögen um CHF 45 Mia. zur Folge hatte.

Im dritten Quartal 2012 begannen wir damit, Gewinne aus dem Verkauf von Immobilien im Zusammenhang mit unseren Kapitalmassnahmen vom Juli 2012 im Corporate Center zu erfassen.

Im vierten Quartal 2012 führten wir unsere bisherigen Divisionen Private Banking und Asset Management zu einer einzigen, neuen Division Private Banking & Wealth Management zusammen und transferierten den Grossteil unseres Wertschriftenhandels- und -verkaufs in der Schweiz von Investment Banking zu Private Banking & Wealth Management. Diese Neuorganisation trat am 30. November 2012 in Kraft. Die neue Präsentation der kombinierten Ergebnisse des Private Banking & Wealth Management beinhaltet eine Präsentation der Ergebnisse seiner drei operativen Geschäftsbereiche: Wealth Management Clients, Corporate & Institutional Clients sowie Asset Management. Die Ergebnisse des transferierten Wertschriftenhandels- und -verkaufs in der Schweiz werden den drei operativen Geschäftsbereichen zugeordnet.

Gewisse Umgliederungen wurden vorgenommen, um eine Übereinstimmung der früheren Berichtsperioden mit der diesjährigen Präsentation zu erzielen.

Per 1. Januar 2013 wurde das Basel-III-Regelwerk des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht zusammen mit der Schweizer «Too Big To Fail»-Regulierung und den dazugehörigen Vorschriften in die schweizerische Gesetzgebung übernommen. Unsere diesbezüglichen Offenlegungen entsprechen der aktuellen Auslegung der Anforderungen, einschliesslich der massgeblichen Annahmen. Im Falle von Änderungen bei der endgültigen Umsetzung dieser Vorschriften in der Schweiz oder von Änderungen an unseren Annahmen oder Schätzungen würden sich Zahlen ergeben, die von den in diesem Bericht dargestellten Werten abweichen. Bei der Berechnung unserer Kapitalquote legen wir die risikogewichteten Aktiven (Risk-weighted Assets, RWA) per 31. Dezember 2012 so zugrunde, als wäre das Basel-III-Regelwerk in der Schweiz an diesem Datum in Kraft getreten.

Ereignis nach dem Bilanzstichtag

Am 13. März 2013 schlossen gewisse Gruppengesellschaften Vereinbarungen mit Anleiensgläubiger von nahestehenden Gesellschaften der NCFE, um sämtliche rechtlichen Klagen der Anleiensgläubiger gegen Credit Suisse zu beenden. Als Folge dieser Einigung, erhöhte die Gruppe die bestehenden Rückstellungen für die NCFE-Rechtsstreitigkeiten um CHF 227 Mio., was zu einer zusätzlichen Nachsteuerbelastung von CHF 134 Mio. auf unserem zuvor berichteten Finanzergebnis für 2012 führte.

- ▶ Siehe «Anhang 37 – Rechtsstreitigkeiten» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Leistungsindikatoren

Unsere KPI-Ziele sollen innerhalb von drei bis fünf Jahren unabhängig von den Marktzyklen erreicht werden. Unsere KPIs werden jährlich im Rahmen unseres normalen Planungsprozesses überprüft.

im Jahr / Ende	Ziel	2012	2011	2010
Wachstum (in %)				
Ertrag aus divisionsübergreifender Zusammenarbeit ¹	18–20% der Nettoerträge	18.6	16.8	14.4
Zunahme der Netto-Neugelder	Über 6%	0.9	3.9	5.3
Effizienz und Performance (in %)				
Aktienrendite (Credit Suisse) ²	Überdurchschnittliche Rendite im Vergleich zur Bezugsgruppe	4.8	(39.4)	(23.3)
Aktienrendite der Bezugsgruppe ^{2, 3}	–	49.2	(35.0)	(1.7)
Den Aktionären zurechenbare Eigenkapitalrendite	Über 15%	3.9	6.0	14.4
Kernergebnis: Gewinnmarge vor Steuern	Gewinnmarge vor Steuern über 28%	8.0	10.8	22.2
Eigenmittel (in %)				
Kernkapitalquote (Tier 1) – Basel II.5	Einhaltung der Schweizer «Too Big To Fail»-Regulierung und Basel III	19.4	15.2	14.2

¹ Enthält vereinnahmte Erträge, sofern mehr als eine Division der Gruppe an einer bestimmten Transaktion beteiligt war. ² Quelle: Bloomberg. Die Aktienrendite wird berechnet aus Wertzunahme oder -abnahme der entsprechenden Aktie für eine definierte Periode, zuzüglich allfälliger Dividenden, angegeben in Prozenten des Aktienwertes zu Beginn der Periode. ³ Die Bezugsgruppe für diesen Vergleich umfasst Bank of America, Barclays, BNP Paribas, Citigroup, Deutsche Bank, HSBC, JPMorgan Chase, Société Générale und UBS. Die Aktienrendite dieser Bezugsgruppe wird als einfacher, ungewichteter Durchschnitt der von Bloomberg berichteten Rendite jedes Mitglieds der Bezugsgruppe berechnet.

Leistungsindikatoren

Unsere bisherigen Leistungsindikatoren (Key Performance Indicators, KPIs) gehen aus der obenstehenden Tabelle hervor. Wir haben unsere KPIs im Rahmen unseres normalen Planungsprozesses überprüft. Beginnend mit dem ersten Quartal 2013 haben wir unsere KPIs für die Gruppe und für unsere Divisionen Private Banking & Wealth Management und Investment Banking angepasst, um unseren strategischen Plan, das regulatorische Umfeld und den Marktzyklus zu widerspiegeln. Die KPIs auf Basis der Erfolgsrechnung werden anhand der bereinigten Ergebnisse gemessen, bei denen es sich um unter GAAP nicht definierte Finanzgrößen handelt, die sich ohne Bewertungseffekte aufgrund von Veränderungen unserer eigenen Kreditrisikoprämien und bestimmte andere bedeutende Positionen verstehen, für die eine Überleitung zu den ausgewiesenen Ergebnissen vorgenommen wird.

Auf Gruppenebene haben wir den KPI für die Kernergebnis-Gewinnmarge vor Steuern durch ein bereinigtes Aufwand-Ertrag-Verhältnis-Ziel im Kernergebnis von unter 70% ersetzt. Ausserdem haben wir uns bei den Aktionären zurechenbaren bereinigten Eigenkapitalrendite ein Ziel von über 15% gesetzt. Unsere Kapitalmassnahmen werden zukünftig weiterhin auf der Einhaltung der Schweizer «Too Big To Fail»-Regulierung und der Kapitalstandards unter Basel III basieren und eine Schweizer «Look-through»-Kernkapitalquote (Swiss Core Capital Ratio) von über 10% anstreben. Unsere KPIs für Erträge aus divisionsübergreifender Zusammenarbeit und

unsere Aktionärsrendite bleiben derzeit unverändert. Der KPI für den Wachstum der Netto-Neugelder wird auf den Geschäftsbereichsebenen Wealth Management Clients und Asset Management statt auf Gruppenebene gemessen.

In unserer Division Private Banking & Wealth Management streben wir für die Bereiche Wealth Management Clients und Asset Management ein Wachstum der Netto-Neugelder von 6% an. Ausserdem streben wir auf Divisionsebene ein bereinigtes Aufwand-Ertrag-Verhältnis von 65% an.

In unserer Division Investment Banking werden wir den KPI der Gewinnmarge vor Steuern durch ein bereinigtes Aufwand-Ertrag-Verhältnis-Ziel von 70% ersetzen.

Ertrag aus divisionsübergreifender Zusammenarbeit

Die Erträge aus divisionsübergreifender Zusammenarbeit werden als Prozentsatz der Nettoerträge der Gruppe errechnet und beinhalten die gesamten Erträge aus divisionsübergreifender Zusammenarbeit, die entstehen, wenn mehr als eine Division der Gruppe an einer Transaktion beteiligt ist. Die Erträge aus divisionsübergreifender Zusammenarbeit werden durch eine zugeordnete Governance-Struktur gemessen und mittels interner Ertragszuteilung umgesetzt. Nur die durch die Transaktion entstandenen Nettoerträge werden berücksichtigt. Das Positionsrisiko im Zusammenhang mit Handelserträgen, Private-Equity- und anderen Anlageerträgen, Wertanpassungen und zentral verwalteten Treasury-Erträgen wird nicht in die Erträge aus divisionsübergreifender Zusammenarbeit einbezogen. Die

Erträge aus divisionsübergreifender Zusammenarbeit werden derzeit auf Basis der Organisationsstruktur vor der Bildung der zusammengeführten Division Private Banking & Wealth Management ausgewiesen.

Kapitaltrends und Kapitalausschüttungsvorschlag

Unsere konsolidierte Kernkapitalquote (Tier 1) der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich unter ◻Basel II.5 betrug per Ende 2012 starke 19,4% verglichen mit 15,2% per Ende 2011. Der Rückgang der risikogewichteten Aktiven und die Zunahme des Kernkapitals waren für diese Steigerung verantwortlich.

Der Verwaltungsrat wird der Generalversammlung (GV) vom 26. April 2013 für das Geschäftsjahr 2012 eine Barausschüttung in Höhe von CHF 0.10 pro Aktie aus Reserven aus Kapitaleinlagen vorschlagen. Zudem wird der Verwaltungsrat eine Ausschüttung in Form neuer Aktien (Stockdividende) beantragen. Die für die Stockdividende bestimmten neuen Aktien werden zum Nennwert von CHF 0.04 je Aktie aus Reserven aus Kapitaleinlagen liberiert. Die Ausschüttungen aus Reserven aus Kapitaleinlagen (Bar- und Stockdividende) sind von der Schweizer Verrechnungssteuer befreit und unterliegen keiner Einkommenssteuer für in der Schweiz ansässige Personen, die Aktien als private Anlage halten. Als Ex-Dividenden-Datum wurde der 30. April 2013 festgelegt (für die Barausschüttung und die Stockdividende).

Die Stockdividende wird wie folgt an alle Aktionäre ausgeschüttet: Jeder Aktionär erhält für jede in seinem Bestand befindliche Aktie kostenlos ein nicht handelbares Recht auf den Erhalt einer bestimmten Anzahl neuer Aktien. Nach der Ausschüttung werden diese Rechte automatisch gegen neue Aktien ausgetauscht; hierfür gilt das durch den Verwaltungsrat unmittelbar vor der GV festgelegte Umtauschverhältnis. Der Verwaltungsrat legt das Bezugsverhältnis derart fest, dass der theoretische Wert der einzelnen Rechte bei rund CHF 0.65 liegt.

► Siehe «Kapitalbewirtschaftung» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen zu Kapitaltrends.

Kosteneinsparungen und Umsetzung der Strategie

Wir nahmen weitere Anpassungen an unserer kundenorientierten, kapitaleffizienten Strategie vor, um unseren Kapitaleinsatz zu optimieren und die Kostenstruktur zu verbessern. Im Jahr 2011 hatten wir mit der Implementierung einer Reihe von Massnahmen zur Steigerung der Kosteneffizienz begonnen, mit dem Ziel, Kosten von insgesamt CHF 3,0 Mia. im Jahr 2013, CHF 3,5 Mia. im Jahr 2014 und CHF 4,0 Mia. im Jahr 2015 einzusparen. Diese Ziele wurden an unseren annualisierten Aufwendungen des ersten Halbjahres 2011 bei konstanten Wechselkursen gemessen und angepasst, um Restrukturierungs- und andere bedeutende nicht operative Aufwendungen und variable Vergütungsaufwendungen auszuschliessen. Der Grossteil der künftig erwarteten Einsparungen wird durch grup-

penweit genutzte Infrastruktur und Unterstützungsdienstleistungen realisiert werden, vor allem durch die Konsolidierung fragmentierter und gleicher Funktionen weltweit sowie durch die weitere Konsolidierung der IT-Anwendungen und -Funktionen. Wir haben in unseren beiden operativen Divisionen auch noch weitere Einsparungen in Angriff genommen. Im Investment Banking werden wir voraussichtlich aus Massnahmen, die bereits 2012 abgeschlossen wurden, sowie aus der weiteren Straffung des Geschäfts in bestimmten geografischen Gebieten kostenmässige Vorteile erzielen. Im Private Banking & Wealth Management erwarten wir kostenmässige Vorteile aus der 2012 abgeschlossenen Integration von Clariden Leu, aus der Straffung der Unterstützungsfunktionen im Front Office sowie aus dem Betreuungsmodell für ◻wohlhabende Offshore-Kunden und der Vereinfachung unserer operativen Plattform.

Als Folge der Integration unserer bisherigen Divisionen Private Banking und Asset Management in die neue Division Private Banking & Wealth Management sowie weiterer Massnahmen legen wir unsere gesamthaften Kostensparziele neu auf CHF 3,2 Mia. für 2013, CHF 3,8 Mia. bis Ende 2014 und CHF 4,4 Mia. bis Ende 2015 fest, wobei auch hier die oben erwähnten Anpassungen gelten. Wir rechnen im Zusammenhang mit diesen Massnahmen mit Restrukturierungskosten von rund CHF 1,6 Mia. von 2013 bis 2015.

Im Jahr 2012 verzeichneten wir Restrukturierungskosten von CHF 680 Mio. im Zusammenhang mit diesen Massnahmen.

Im Oktober 2012 gaben wir eine Reduktion der Bilanzsumme der Gruppe um CHF 130 Mia. auf unter CHF 900 Mia. bis zum Jahresende 2013 auf wechselkursneutraler Basis verglichen zum Ende des dritten Quartals 2012 bekannt. Die Bilanzsumme belief sich per Ende 2012 auf CHF 924 Mia., was einem Rückgang um CHF 125 Mia. beziehungsweise 12% gegenüber dem Vorjahr entspricht.

► Siehe «Strategie» in I – Informationen zum Unternehmen für weitere Informationen.

Ausgabe von Aktien

Die GV genehmigte im April 2012 eine Ausschüttung aus Reserven aus Kapitaleinlagen anstelle einer Dividende aus dem Reingewinn des Jahres 2011 in Form von Aktien (Wahldividende) oder in bar. Die Aktionäre konnten im Mai wählen, und in der Folge wurden 24,2 Mio. neue Aktien der Gruppe aus dem genehmigten Kapital ausgegeben, was rund 2% unseres in dem Zeitpunkt ausgegebenen Aktienkapitals entsprach.

Im zweiten Quartal 2012 gaben wir im Zusammenhang mit der Abrechnung von erworbenen aktienbasierten Vergütungsansprüchen 37,9 Mio. neue Aktien der Gruppe heraus, was rund 3,0% des in dem Zeitpunkt ausgegebenen Aktienkapitals entsprach.

Im dritten Quartal 2012 gaben wir 33,5 Mio. neue Aktien der Gruppe heraus, um den im zweiten Quartal 2012 erfolgten Erwerb der restlichen Beteiligung an Credit Suisse Hedging-Griffo Investimentos S.A. (Hedging-Griffo) abzudecken, was rund 2,5% des in dem Zeitpunkt ausgegebenen Aktienkapitals entsprach.

Risikotrends

Das umsichtige Eingehen von Risiken im Rahmen unserer strategischen Prioritäten ist grundlegend für unsere Tätigkeit als eine führende, weltweit tätige Bank und blieb auch 2012 eine entscheidende Komponente für unsere Tätigkeit. Im Verlauf des Geschäftsjahrs haben wir massgebliche Schritte unternommen, um unsere Geschäftsbereiche und unsere Organisation weiter an die neuen regulatorischen Anforderungen anzupassen, die sich vor allem auf das Risikoprofil im Investment Banking auswirkten. Im Verlauf von 2012 reduzierten wir unser Risikoprofil auf Gruppenebene und richteten unser Portfolio auf weniger kapitalintensive Geschäftsbereiche aus. Wir investierten weiterhin bedeutende Mittel in unsere IT-Infrastruktur und verfeinerten das Regelwerk für unsere Risikobereitschaft weiter, um ein angemessenes Risiko-Rendite-Verhältnis, stabile Erträge und die von uns angestrebten Kapitalniveaus zu gewährleisten. Das Positionsrisiko ging 2012 insgesamt um 1% zurück, das beanspruchte Economic Capital sank um 8% und der durchschnittliche Risikomanagement-VaR in US-Dollar unserer Handelsbücher ging um 31% zurück.

- ▶ Siehe «Risikomanagement» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen zu unseren Risikotrends.

Veränderungen im Verwaltungsrat und in der Geschäftsleitung

An der GV vom April 2012 genehmigten die Aktionäre die Wahl von Iris Bohnet und Jean-Daniel Gerber als neue Mitglieder des Verwaltungsrats sowie die Wiederwahl von Walter B. Kielholz, Andreas N. Koopmann, Urs Rohner, Richard E. Thornburgh und John Tiner. Peter F. Weibel trat aus dem Verwaltungsrat aus, da er die interne Altersgrenze erreicht hat. Der Verwaltungsrat schlägt der GV vom 26. April 2013 Kai S. Nargolwala, Lead Independent Director von Singapore Telecommunications Ltd., zur Wahl in den Verwaltungsrat sowie die folgenden Mitglieder zur Wiederwahl vor: Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani und Noreen Doyle. Robert H. Benmosche, Aziz R.D. Syriani und David W. Syz werden an der GV 2013 als Mitglieder des Verwaltungsrats zurückzutreten.

Per 30. April 2012 trat Karl Landert aus der Geschäftsleitung aus und legte sein Amt als Chief Information Officer nieder. David Mathers, Chief Financial Officer und Mitglied der Geschäftsleitung, übernahm zusätzlich die Verantwortung für die IT-Organisation und seit dem 1. Januar 2012 für die globalen Operations-Funktionen der Gruppe.

Per 31. Mai 2012 wurde Antonio Quintella zum Präsidenten von Hedging-Griffo ernannt und trat aus der Geschäftsleitung sowie von seinem Amt als Chief Executive Officer (CEO) Nord- und Südamerika zurück. Robert Shafir übernahm die Position als CEO Nord- und Südamerika zusätzlich zu seinem damaligen Amt als CEO Asset Management.

Per 30. November 2012 wurden Hans-Ulrich Meister und Robert Shafir für die gemeinsame Leitung der neu geschaffenen Division Private Banking & Wealth Management ernannt. Hans-Ulrich Meister behält als regionaler CEO weiterhin die Verantwortung für alle Geschäftsbereiche und Kunden in der Region Schweiz. Robert Shafir behält seine Position als CEO der Region Nord- und Südamerika.

Per 30. November 2012 wurden Eric Varvel und Gaël de Boissard für die gemeinsame Leitung der Division Investment Banking ernannt. Ausserdem wurde Eric Varvel zum CEO der Region Asien-Pazifik ernannt, und Gaël de Boissard übernahm das Amt als CEO der Region Europa, Naher Osten und Afrika (Europe, Middle East and Africa, EMEA). Gaël de Boissard trat am 1. Januar 2013 der Geschäftsleitung bei.

Per 30. November 2012 trat Osama Abbasi aus der Geschäftsleitung aus und legte sein Amt als CEO der Region Asien-Pazifik nieder, Walter Berchtold trat aus der Geschäftsleitung aus und legte sein Amt als Chairman Private Banking nieder und Fawzi Kyriakos-Saad trat aus der Geschäftsleitung aus und legte sein Amt als CEO der Region EMEA nieder.

Regulatorische Entwicklungen und Änderungsvorschläge

Die Vertreter der Regierungen und Aufsichtsbehörden konzentrierten sich nach wie vor auf die Reform der Finanzdienstleistungsbranche. Hierzu zählen neue Anforderungen an die Kapitalausstattung, den Leverage und die Liquiditätsausstattung, Änderungen der Vergütungspraxis und des systemischen Risikos.

- ▶ Siehe «Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden» in I – Informationen zum Unternehmen – für weitere Informationen bezüglich regulatorischer Entwicklungen und Änderungsvorschlägen.

Personalaufwand

Der Personalaufwand reflektiert die Stärke und den Umfang der Geschäftsergebnisse sowie den Mitarbeiterbestand. Er umfasst fixe Bestandteile, wie Saläre, Salärnebenleistungen und Kosten für die Amortisierung von aktienbasierter und anderer aufgeschobener Vergütung aus den Vorjahren sowie eine ermessensabhängige variable Komponente. Die variable Komponente reflektiert die leistungsbezogene Vergütung für das laufende Jahr. Der Anteil der aufgeschobenen leistungsbezogenen Vergütung, der aus aktienbasierten und anderen Ansprüchen besteht, wird in zukünftigen Perioden erfasst und hängt von der im Plan definierten Dauer, in der die Ansprüche erworben werden können, sowie weiteren Bestimmungen ab.

Unser Eigenkapital spiegelt die Auswirkungen der aktienbasierten Vergütung wider. Der Aufwand für die aktienbasierte Vergütung (der in der Regel auf dem Fair Value am Zuteilungsdatum beruht) reduziert das Eigenkapital, die Erfassung der Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Ausgabe der Aktien erhöht jedoch das Eigenkapital um den entsprechenden Betrag. Die Zuteilung und Übertragung von aktienbasierten Ansprüchen, einschliesslich der Ausgabe von Aktien aus genehmigtem, bedingtem Kapital, ist in der Regel eigenkapitalneutral. Die Gruppe gibt Aktien aus dem bedingten Kapital aus, um ihre Verpflichtung zur Erbringung der aktienbasierten Vergütung zu erfüllen. Wenn die Credit Suisse zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitenden auf dem Markt Aktien erwirbt, wird das Eigenkapital um den Kaufpreis dieser eigenen Aktien reduziert. Das Eigenkapital umfasst auch den unter Kapitalreserven erfassten überschüssigen Steuervorteil/ Steueraufwand im Zusammenhang mit der Erfüllung von aktienbasierten Vergütungsansprüchen.

- ▶ Siehe «Vergütung» in IV – Corporate Governance und Vergütung für weitere Informationen.
- ▶ Siehe «Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung» und «Anhang 27 – Aufgeschobene Mitarbeitervergütung» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.
- ▶ Siehe «Steuervorteile aus aktienbasierter Vergütung» in Anhang 26 – Steuern in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Allokation und Refinanzierung

Allokation segmentsübergreifender Erträge und Aufwendungen

Die Verantwortung für jedes Produkt wird einem Segment zugewiesen, das alle entsprechenden Kosten und Erträge verbucht. Bei segmentsübergreifenden Erträgen und Dienstleistungen regeln Gewinnvereinbarungen die Zuteilung der Gewinne oder der Dienstleistungen an die beteiligten Segmente. Diese Vereinbarungen werden von den einzelnen Segmenten für jedes Produkt periodisch ausgehandelt.

Mit solchen Gewinnaufteilungs- und Dienstleistungsverträgen wird eine Preisstruktur wie bei Transaktionen mit unabhängigen Drittparteien angestrebt.

Unternehmensinterne Dienstleistungen und Geschäftsunterstützung bezüglich Finance, Operations, einschliesslich Human Resources, Legal & Compliance, Risikomanagement und Informationstechnologie, erfolgen durch den Bereich Shared Services. Die Kosten dieses Bereichs werden den Segmenten und dem Corporate Center entsprechend ihrem Bedarf und sonstigen relevanten Massgaben belastet.

Refinanzierung

Wir bewirtschaften unser Kapital zentral. Neue Wertschriften für die Refinanzierung und Kapitalaufnahme werden in erster Linie durch die Bank emittiert. Die Bank leiht ihren operativen Tochtergesellschaften und verbundenen Unternehmen den Bedürfnissen entsprechend vorrangig oder nachrangig Gelder aus. Nachrangige Gelder werden in der Regel ausgeliehen, um die Eigenkapitalanforderungen einzuhalten oder, je nach Wunsch des Managements, um Geschäftsmöglichkeiten zu nutzen. Den Segmenten wird auf der Grundlage von Faktoren wie vorgeschriebenen Eigenkapitalanforderungen, verwendetem Economic Capital und vergangener und künftig zu erwartender Kapitalrendite Kapital zur Verfügung gestellt.

Der interne Refinanzierungsaufwand wird jedem Segment in Abhängigkeit des von diesem genutzten Kapitals zugeordnet und basiert auf marktgerechten Preisen. Unser Transferpreissystem ist so konzipiert, dass die Refinanzierungskosten den einzelnen Geschäftsbereichen so zugewiesen werden, dass Anreize für eine effiziente Nutzung der Fremdmittel geschaffen werden. Dieses System ist ein wichtiges Instrument zur Zuweisung der kurz- und langfristigen Kosten zur Refinanzierung der Bilanzen der einzelnen Geschäftsbereiche. Auch die Kosten im Zusammenhang mit der Refinanzierung von Liquidität und Bilanzpositionen wie Goodwill, die nicht von den einzelnen Geschäftsbereichen gesteuert werden können, werden auf die Geschäftsbereiche verteilt. Dieses Instrument ist gerade in Zeiten von angespannten Kapitalmärkten, in denen die Beschaffung von Mitteln eine grössere Herausforderung und mit höheren Kosten verbunden ist, besonders wichtig. Soweit unsere Geschäftsbereiche langfristige stabile Mittel anbieten können, werden sie mit diesem System entsprechend entlastet.

Fair Value

Der Fair Value kann eine wichtige Messgrösse für Finanzinstrumente sein, wenn dabei die Rechnungslegung für diese Instrumente und die Art und Weise, wie wir unsere Geschäfte tätigen, aufeinander abgestimmt werden. Die Stufen der Fair-Value-Hierarchie sind gemäss Definition der massgeblichen Rechnungslegungsgrundsätze kein Mass für das wirtschaftliche Risiko, sondern ein Indikator für die Beobachtbarkeit von Preisen oder Bewertungsingabeparametern.

- ▶ Siehe «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze» und «Anhang 33 – Finanzinstrumente» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Die regelmässige Überprüfung der beobachtbaren Eingabeparameter, die bei den Preismodellen verwendet werden, hat dazu geführt, dass die Gruppe 2012 die Verwendung der Diskontierung von Overnight Indexed Swaps statt anderer Referenzzins-

sätze, wie des ◉LIBOR, auf jene Geschäftsbereiche im Anleihengeschäft ausdehnte, in denen die Anwendung nicht erfolgt war, sowie auf gewisse Aktienderivate. Dies hat zu einem Verlust von CHF 57 Mio. geführt.

Der Fair Value der meisten Finanzinstrumente der Gruppe beruht auf Kursen beziehungsweise Preisen, die in aktiven Märkten gestellt werden (Level 1), oder auf beobachtbaren Marktparametern (Level 2). Zu diesen Instrumenten zählen Staatspapiere und von staatlichen Institutionen ausgegebene Wertschriften, bestimmte ◉Commercial Papers, die Mehrheit an erstklassigen Unternehmensanleihen, bestimmte hochverzinsliche Schuldtitel, börsengehandelte und gewisse ◉Over-the-Counter-Derivate (OTC) sowie die meisten börsenkotierten Aktien.

Zudem hält die Gruppe Finanzinstrumente, für die keine Preise und nur wenige oder gar keine beobachtbaren Eingabeparameter verfügbar sind (Level 3). Bei diesen Instrumenten beruht die Ermittlung des Fair Value auf der subjektiven Einschätzung und Beurteilung unter Berücksichtigung von Liquidität, Preisbildungsannahmen, des aktuellen wirtschaftlichen Umfelds und der Konkurrenzsituation sowie der instrumentspezifischen Risiken. Unter solchen Umständen erfolgt die Bewertung auf Basis der vom Management selbst vorgenommenen Beurteilungen zu den Annahmen (einschliesslich Annahmen zu den Risikoparametern), welche die Marktteilnehmer bei der Preisfestsetzung für den betreffenden Vermögenswert oder die betreffende Verbindlichkeit treffen würden. Zu diesen Instrumenten zählen gewisse OTC-Derivate, einschliesslich Aktien- und Kreditderivaten, gewisse aktienbasierte Wertschriften von Unternehmen, hypothekarwertbezogene Wertschriften (◉Collateralized Debt Obligations, CDO), Private-Equity-Beteiligungen, gewisse Ausleihungen und Kreditprodukte, einschliesslich Leveraged Finance, gewisse Konsortialkredite und gewisse hochverzinsliche Anleihen sowie Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen.

Diese Produkte werden anhand von Modellen bewertet. Die Modelle werden intern entwickelt und von Funktionen ausserhalb des Front Office geprüft, um sicherzustellen, dass sie den aktuellen Marktbedingungen Rechnung tragen. Bei den Modellen kommen subjektive Beurteilungen und unterschiedlich umfangreiche Einschätzungen zum Einsatz, welche von Liquidität, Konzentration, Hypothesen zur Preisstellung und instrumentspezifischen Risiken abhängig sind. Bei den Modellen werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter in die Bewertung der Produkte einbezogen, einschliesslich bestimmter Indizes im Zusammenhang mit diesen Produkten. Die Bedeutung dieser Indizes hat in Zeiten abnehmender Marktaktivität zugenommen.

Per Ende 2012 wurden 51% unserer Aktiven und 38% unserer Passiven zum Fair Value ausgewiesen.

Während der Grossteil unserer Level-3-Aktiven im Investment Banking erfasst wird, wird ein Teil davon im Bereich Asset Management des Private Banking & Wealth Management ausgewiesen, insbesondere bestimmte Private-Equity-Investitionen. Die gesamten Aktiven, die als Level-3-Aktiven erfasst werden, gingen 2012 um CHF 11,5 Mia. zurück. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf den Rückgang in den Positionen Handelsbestände, zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen sowie Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen zurückzuführen. Der Rückgang der Handelsbestände beruhte hauptsächlich auf Überträgen aus Level 3 aufgrund verbesserter Beobachtbarkeit von Preisdaten und Nettoabwicklungen. Der Rückgang der zur Veräusserung gehaltenen Ausleihungen sowie der Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen war hauptsächlich auf Nettoabwicklungen zurückzuführen.

Unsere Level-3-Aktiven, ohne Minderheitsanteile und Aktiven konsolidierter Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (Variable Interest Entities, VIEs), bei denen es sich nicht um risikogewichtete Aktiven im Sinne des Basel-Regelwerks handelt, beliefen sich auf CHF 29,7 Mia., gegenüber CHF 39,3 Mia. im Vorjahr. Per Ende 2012 beliefen sich diese Aktiven auf 3% der Gesamtktiven und 7% der zum Fair Value ausgewiesenen Gesamtktiven, die beide auf derselben Basis angepasst wurden (per Ende 2011: 4% beziehungsweise 8%).

Wir gehen davon aus, dass die gesamte Bewertungsunsicherheit sich nicht wesentlich auf unsere finanzielle Lage auswirken wird. Sie könnte jedoch für unser Betriebsergebnis in jeder Berichtsperiode von wesentlicher Bedeutung sein, teilweise in Abhängigkeit von der Höhe des Betriebsergebnisses.

Mitarbeitende

Per Ende 2012 betrug der Personalbestand 47 400 Mitarbeitende, 2 300 weniger als Ende 2011. Die Abnahme widerspiegelte Personalkürzungen von 3 200 Mitarbeitenden in Verbindung mit unseren Massnahmen zur Steigerung der Kosteneffizienz im Investment Banking und im Private Banking & Wealth Management sowie der Veräusserung der Immobiliendienstleistungsgruppe Wincasa AG. Dies wurde kompensiert durch die Einstellung von Hochschulabsolventen und durch Festanstellung von Zeitmitarbeitenden (contractor). Gegenüber Ende 2010 ist der Personalbestand um 2 700 zurückgegangen.

- ▶ Siehe «Übersicht» in IV – Corporate Governance und Vergütung – Corporate Governance für zusätzliche Informationen zum Mitarbeiterbestand.

Private Banking & Wealth Management

Wir erzielten 2012 ein Ergebnis vor Steuern von CHF 3 775 Mio. sowie einen Nettoertrag von CHF 13 541 Mio. bei einer im Vergleich zu 2011 verbesserten Gewinnmarge vor Steuern von 27,9%. Dabei verzeichneten wir Netto-Neugelder in Höhe von CHF 10,8 Mia., welche hauptsächlich aus den Emerging Markets und unserem Segment der äusserst vermögenden Kunden stammen.

Ergebnisse

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2012	2011	2010	12 / 11	11 / 10
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	13 541	13 447	14 580	1	(8)
Rückstellung für Kreditrisiken	182	111	17	64	–
Personalaufwand	5 561	5 729	6 041	(3)	(5)
Sachaufwand	3 219	3 818	3 502	(16)	9
Kommissionsaufwand	804	828	878	(3)	(6)
Total sonstiger Geschäftsaufwand	4 023	4 646	4 380	(13)	6
Total Geschäftsaufwand	9 584	10 375	10 421	(8)	0
Ergebnis vor Steuern	3 775	2 961	4 142	27	(29)
davon Wealth Management Clients	2 021	1 446	2 605	40	(44)
davon Corporate & Institutional Clients	944	921	971	2	(5)
davon Asset Management	810	594	566	36	5
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)					
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	70.8	77.2	71.5	–	–
Gewinnmarge vor Steuern	27.9	22.0	28.4	–	–
Beanspruchtes Economic Capital und Rendite					
Durchschnittlich beanspruchtes Economic Capital (in Mio. CHF)	9 981	10 115	9 934	(1)	2
Rendite vor Steuern auf dem durchschnittlich beanspruchten Economic Capital (in %) ¹	38.5	29.9	42.4	–	–
Anzahl Mitarbeitende (auf Vollzeitbasis)					
Anzahl Mitarbeitende	27 300	28 100	28 700	(3)	(2)

¹ Berechnet auf Basis einer Rendite ohne Zinsaufwand für zuge teilten Goodwill.

Ergebnisse (Fortsetzung)

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2012	2011	2010	12 / 11	11 / 10
Details zum Nettoertrag (in Mio. CHF)					
Zinserfolg	4 551	4 512	4 821	1	(6)
Wiederkehrender Kommissions- und Gebührenertrag	4 864	5 068	5 462	(4)	(7)
Transaktions- und leistungsabhängige Erträge	3 678	3 607	3 900	2	(8)
Sonstiger Ertrag ¹	448	260	397	72	(35)
Nettoertrag	13 541	13 447	14 580	1	(8)
Rückstellung für Kreditrisiken (in Mio. CHF)					
Neue Rückstellungen	316	277	288	14	(4)
Auflösung von Rückstellungen	(134)	(166)	(271)	(19)	(39)
Rückstellung für Kreditrisiken	182	111	17	64	-
Bilanzdaten (in Mio. CHF)					
Ausleihungen, netto	207 702	196 268	182 880	6	7
davon Wealth Management Clients ²	147 103	139 725	130 435	5	7
davon Corporate & Institutional Clients	60 595	56 543	52 445	7	8
Einlagen	276 571	262 985	250 367	5	5
davon Wealth Management Clients ²	210 662	203 350	194 013	4	5
davon Corporate & Institutional Clients	65 909	59 635	56 354	11	6
Anzahl Kundenberater					
Schweiz	1 550	1 730	1 680	(10)	3
Europa, Naher Osten und Afrika	1 300	1 320	1 500	(2)	(12)
Nord- und Südamerika	620	590	610	5	(3)
Asien-Pazifik	440	400	400	10	0
Wealth Management Clients	3 910	4 040	4 190	(3)	(4)
Corporate & Institutional Clients (Schweiz)	560	520	500	8	4
Anzahl Kundenberater	4 470	4 560	4 690	(2)	(3)

¹ Enthält Anlagegewinne/(-verluste), Beteiligungsgewinne/(-verluste) und sonstige Gewinne/(Verluste) sowie Fair-Value-Gewinne/(Verluste) aus der Clock-Finance-Transaktion. ² Wealth Management Clients deckt das Individualkundengeschäft mit den wohlhabenden, sehr vermögenden und äusserst vermögenden Kunden ab.

Ergebnisse im Überblick

Das Ergebnis vor Steuern für 2012 betrug CHF 3 775 Mio. und lag somit 27% über dem Wert von 2011. Der Nettoertrag von CHF 13 541 Mio. blieb gegenüber dem Vorjahr stabil, wobei der niedrigere wiederkehrende Kommissions- und Gebührenertrag durch einen höheren sonstigen Ertrag kompensiert wurde. Die transaktions- und leistungsabhängigen Erträge und der Zinserfolg blieben stabil. Der niedrigere wiederkehrende Kommissions- und Gebührenertrag war vor allem auf niedrigere Gebührenerträge für die Verwaltung von Anlageprodukten und niedrigere Gebührenerträge für Vermögensverwaltungsmandate zurückzuführen. Der sonstige Ertrag von CHF 448 Mio. lag über dem Vorjahresniveau. Dies war vor allem auf einen Gewinn von CHF 384 Mio. aus dem Verkauf unserer restlichen Beteiligung an Aberdeen im Jahr 2012 zurückzuführen, der durch geringere Anlagegewinne und Wert-

minderungen im Zusammenhang mit AMF teilweise kompensiert wurde.

Die Rückstellung für Kreditrisiken belief sich 2012 auf CHF 182 Mio. gegenüber CHF 111 Mio. im Jahr 2011 bei einem Nettokreditportfolio von CHF 208 Mia., einschliesslich höherer neuer Rückstellungen und geringerer Auflösungen von Rückstellungen im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr.

Der Geschäftsaufwand belief sich auf insgesamt CHF 9 584 Mio. und ging somit gegenüber 2011 um 8% zurück. Ohne Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten in Höhe von CHF 478 Mio. in Verbindung mit den steuerlichen Angelegenheiten in Deutschland und in den USA 2011 ging der Geschäftsaufwand insgesamt um CHF 313 Mio. oder 3% zurück. Dies war auf den geringeren Personalaufwand infolge des geringeren Personalbestands und auf den niedrigeren Sachaufwand infolge unserer Massnahmen zur Effizienzsteigerung zurückzuführen.

Ende 2012 beliefen sich die verwalteten Vermögen auf CHF 1 250,8 Mia. und lagen somit um CHF 65,6 Mia. über dem Vorjahreswert. Dies war vor allem auf positive Marktentwicklungen und Netto-Neugelder von CHF 10,8 Mia. zurückzuführen, was durch negative Fremdwährungseffekte teilweise kompensiert wurde. Der Bereich Wealth Management Clients steuerte Netto-Neugelder von CHF 19,0 Mia. bei, wobei die Zuflüsse insbesondere aus den Emerging Markets und dem Segment der äusserst vermögenden Kunden (Ultra-High-Net-Worth Individuals, UHNWI) stammten, was durch Abflüsse in Westeuropa und Abflüsse im Zusammenhang mit der Integration von Clariden Leu teilweise kompensiert wurde. Der Bereich Corporate & Institutional Clients erzielte Netto-Neugelder von CHF 1,5 Mia. Im Bereich Asset Management wurde ein Netto-Geldabfluss von CHF 9,0 Mia. verzeichnet, vor allem bei den Multi-Asset Class Solutions, die eine Rückzahlung von CHF 14,7 Mia. aus einem einzelnen Anleihemandat beinhalteten. Dies wurde durch Zuflüsse bei den Indexstrategien und Kreditprodukten teilweise ausgeglichen. Die verwalteten Vermögen widerspiegelten weiterhin einen risikoaversen Anlagenmix mit Anlagen in weniger komplexe Produkte mit niedrigerer Marge sowie bedeutenden Teilen der Anlagen in flüssigen Mitteln und in Geldmarktprodukten.

Das Ergebnis vor Steuern für 2011 betrug CHF 2 961 Mio. und lag somit 29% unter dem Wert von 2010. Der Nettoertrag von CHF 13 447 Mio. verringerte sich um 8% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert. Die tieferen Durchschnittskurse der Hauptwährungen im Vergleich zum Schweizer Franken wirkten sich auf den Nettoertrag und das Ergebnis vor Steuern negativ mit CHF 1 071 Mio. beziehungsweise CHF 597 Mio. aus. Ohne diese negativen Fremdwährungseffekte war der Ertrag gegenüber 2010 stabil.

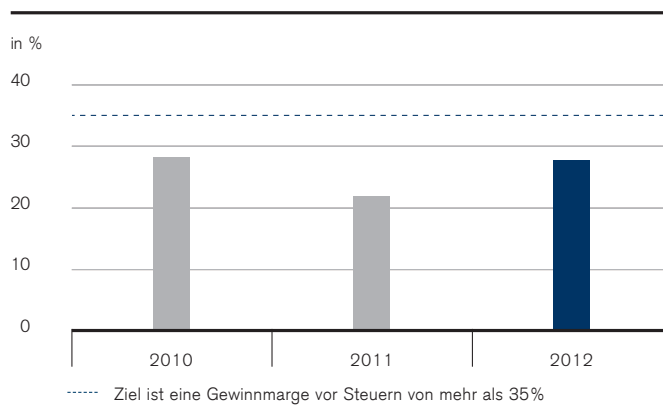
Der wiederkehrende Kommissions- und Gebührenertrag sank 2011 im Vergleich zu 2010 um 7%, da sich die durchschnittlich verwalteten Vermögen geringfügig verminderten, was in erster Linie auf die negativen Fremdwährungseffekte zurückzuführen war. In einem anhaltend niedrigen Zinsumfeld ging der Zinserfolg um 6% zurück. Die transaktions- und leistungsabhängigen Erträge gingen um 8% zurück und widerspiegelten eine geringere Kundenaktivität und tiefere transaktionsabhängige Volumen. Der sonstige Ertrag ging um 35% zurück, was mit Gewinnen aus dem Verkauf der von unseren Geldmarktfonds erworbenen Wertschriften im Jahr 2010 und geringeren anlagebedingten Gewinnen im Jahr 2011 zusammenhing.

Die Rückstellung für Kreditrisiken belief sich 2011 auf CHF 111 Mio. gegenüber CHF 17 Mio. im Jahr 2010, hauptsächlich aufgrund geringerer Auflösungen von Rückstellungen im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr.

Der Geschäftsaufwand belief sich 2011 auf insgesamt CHF 10 375 Mio. und blieb gegenüber 2010 stabil. Ohne die im Jahr 2011 gebildeten Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten in Verbindung mit den Steuerangelegenheiten in Deutschland und den USA reduzierte sich der Geschäftsaufwand um 5%. Der Personalaufwand verringerte sich um 5% und reflektierte die vorteilhaften Fremdwährungseffekte sowie einen geringeren Aufwand für diskretionäre leistungsbezogene Vergütung.

Ende 2011 beliefen sich die verwalteten Vermögen auf CHF 1 185,2 Mia. und lagen somit um 1,7% unter dem Vorjahreswert. Die hohen Netto-Neugelder in Höhe von CHF 46,6 Mia. wurden grösstenteils durch negative Marktentwicklungen kompensiert. Der Bereich Wealth Management Clients trug Netto-Neugelder in Höhe von CHF 37,4 Mia. bei. Ein grosser Teil entfiel auf die Emerging Markets und das Segment der äusserst vermögenden Kunden. Der Bereich Corporate & Institutional Clients verzeichnete Netto-Neugelder in Höhe von CHF 5,3 Mia. Der Bereich Asset Management verzeichnete Netto-Neugelder in Höhe von CHF 5,2 Mia. Ein grosser Teil entfiel auf Immobilien, Rohstoffe, Multi-Asset Class Solutions und ETFs, die durch Netto-Geldabflüsse bei den Emerging Markets sowie Abflüsse durch aufgegebene Geschäftsbereiche und Anlagenverkäufe teilweise kompensiert wurden. Die durchschnittlich verwalteten Vermögen waren 2011 leicht rückläufig, da die Netto-Neugelder durch negative Marktentwicklungen und Fremdwährungseffekte mehr als kompensiert wurden.

Gewinnmarge vor Steuern (KPI)



Verwaltete Vermögen – Private Banking & Wealth Management

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2012	2011	2010	12 / 11	11 / 10
Verwaltete Vermögen nach Geschäftsbereich (in Mia. CHF)					
Wealth Management Clients	798.5	750.2	763.1	6.4	(1.7)
Corporate & Institutional Clients	223.8	203.0	195.9	10.2	3.6
Asset Management	371.6	365.2	382.0	1.8	(4.4)
Für andere Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen ¹	(143.1)	(133.2)	(135.7)	7.4	(1.8)
Verwaltete Vermögen	1 250.8	1 185.2	1 205.3	5.5	(1.7)
Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen (in Mia. CHF)					
Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen	1 224.7	1 187.1	1 204.6	3.2	(1.5)
Netto-Neugelder nach Geschäftsbereich (in Mia. CHF)					
Wealth Management Clients	19.0	37.4	40.6	(49.2)	(7.9)
Corporate & Institutional Clients	1.5	5.3	8.0	(71.7)	(33.8)
Asset Management	(9.0)	5.2	20.2	–	(74.3)
Für andere Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen ¹	(0.7)	(1.3)	(6.4)	(46.2)	(79.7)
Netto-Neugelder	10.8	46.6	62.4	(76.8)	(25.3)

¹ Im Asset Management für Wealth Management Clients und Corporate & Institutional Clients verwaltete Vermögen.

Ergebnisanalyse

Im Zusammenhang mit der Integration bei Private Banking & Wealth Management haben wir die Ziele für unsere Leistungsindikatoren (Key Performance Indicators, KPI) überprüft und angepasst.

- Siehe «Leistungsindikatoren» in [Kernergebnis – Informationen und Entwicklung für weitere Informationen](#).

Nachfolgend eine Darstellung unserer Ergebnisse 2012 im Vergleich zu 2011 und 2011 im Vergleich zu 2010.

Nettoertrag

Der Zinserfolg enthält eine Zinsmarge, die eine Gutschrift für stabile Einlagen und eine Belastung auf Ausleihungen enthält. Der wiederkehrende Kommissions- und Gebührenertrag umfasst Gebühren für die Verwaltung von Anlageprodukten, Gebühren für Vermögensverwaltungsmandate und andere Vermögensverwaltungsgebühren sowie Gebühren im Zusammenhang mit allgemeinen Bankprodukten und -dienstleistungen. Die transaktions- und leistungsabhängigen Erträge stammen vorwiegend aus Courtagen, Erträgen aus Produktemissionen, Fremdwährungsgebühren aus Kundentransaktionen, leistungsabhängigen Gebühren im Zusammenhang mit verwalteten und verwahrten Vermögen, Handels- und Verkaufserträgen, Platzierungsgebühren, Ertrag aus Beteiligungen und anderen transaktionsabhängigen Erträgen. Der sonstige Ertrag beinhaltet Anlagegewinne und -verluste sowie Beteiligungsgewinne und -verluste und sonstige Gewinne und Verluste.

2012 gegenüber 2011: Stabil bei CHF 13 541 Mio.

Der Nettoertrag war stabil, wobei der niedrigere wiederkehrende Kommissions- und Gebührenertrag durch den höheren sonstigen Ertrag kompensiert wurde. Die transaktions- und leistungsabhängigen Erträge und der Zinserfolg blieben stabil. Der niedrigere wiederkehrende Kommissions- und Gebührenertrag war vor allem auf niedrigere Gebührenerträge für die Verwaltung von Anlageprodukten, bedingt durch niedrigere Fondsverwaltungsgebühren, und niedrigere Gebührenerträge für Vermögensverwaltungsmandate zurückzuführen. Der sonstige Ertrag von CHF 448 Mio. war vor allem auf einen Gewinn von CHF 384 Mio. aus dem Verkauf unserer restlichen Beteiligung an Aberdeen, einen Gewinn von CHF 45 Mio. aus der Veräusserung von Wincasa sowie einen Gewinn von CHF 41 Mio. im Zusammenhang mit der Veräusserung eines Geschäftsbereichs ausserhalb des Kerngeschäfts zurückzuführen. Diese Entwicklung wurde durch niedrigere Anlagegewinne, einschliesslich Verlusten von CHF 82 Mio. im Zusammenhang mit der geplanten Veräusserung bestimmter Private-Equity-Anlagen, Wertminderungen in Höhe von CHF 61 Mio. im Zusammenhang mit AMF und Wertminderungen einer Joint-Venture-Beteiligung teilweise kompensiert. Die transaktions- und leistungsabhängigen Erträge blieben stabil, mit höheren leistungsabhängigen Gebühren von unserer Hedging-Griffo-Tochtergesellschaft, Single-Manager-Hedgefonds und Kreditstrategien, höheren Erträgen aus integrierten Lösungen sowie Gewinnen im Zusammenhang mit einer Änderung der Rechnungslegung bei Lebensversicherungen. Diese Entwick-

lung wurde durch niedrigere Courtagen und Erträge bei Produktemissionen sowie niedrigere Erträge aus Beteiligungen kompensiert. Der Zinserfolg blieb stabil, wobei die Auswirkungen der niedrigeren Margen auf Kundeneinlagen, die das weiterhin tiefe Zinsumfeld reflektierten, sowie die stabilen Margen auf Ausleihungen durch das höhere Durchschnittsvolumen der Kundeneinlagen und Ausleihungen ausgeglichen wurden.

2011 gegenüber 2010: Abnahme um 8% von CHF 14 580 Mio.

auf CHF 13 447 Mio.

Der Rückgang ist auf geringere Erträge über alle Ertragskategorien hinweg sowie auf die negativen Fremdwährungseffekte in Höhe von CHF 1 071 Mio. zurückzuführen. Der wiederkehrende Kommissions- und Gebührenertrag ging aufgrund der rückläufigen Erträge in den meisten Kategorien zurück. Diese Entwicklung spiegelt im Wesentlichen die negativen Fremdwährungseffekte wider, inklusive ihrer Auswirkungen auf die durchschnittlich verwalteten Vermögen. Der Zinserfolg ging aufgrund niedrigerer Margen auf Kundeneinlagen bei geringeren Durchschnittsvolumen und aufgrund niedrigerer Margen auf Ausleihungen bei geringfügig höheren Durchschnittsvolumen zurück. Die niedrigeren Margen auf Kundeneinlagen widerspiegeln das niedrige Zinsumfeld mit einer relativ flachen Zinskurve. Die transaktions- und leistungsabhängigen Erträge verzeichneten einen Rückgang, hauptsächlich bedingt durch deutlich geringere Courtagen und Erträge aus Produktemissionen, insbesondere bei Aktien und Anleihen, sowie niedrigere Handels- und Verkaufserträge, was beides auf eine geringere Kundenaktivität und niedrigere transaktionsabhängige Volumen zurückzuführen ist. Der niedrigere sonstige Ertrag hing mit Gewinnen aus dem Verkauf der von unseren Geldmarktfonds erworbenen Wertschriften im Jahr 2010 und geringeren Anlagegewinnen im Jahr 2011 zusammen, die durch niedrigere Beteiligungsverluste sowie niedrigere Fair-Value-Verluste im Zusammenhang mit den Clock-Finance-Transaktionen teilweise kompensiert wurden.

Rückstellung für Kreditrisiken

Das Kreditportfolio des Bereichs Wealth Management Clients besteht grösstenteils aus Wohnhypotheken in der Schweiz und aus durch Wertschriften besicherten Krediten. Unser Kreditportfolio für Corporate & Institutional Clients weist eine relativ geringe Risikokonzentration auf und ist vorwiegend durch Hypotheken, Wertschriften und andere finanzielle Sicherheiten besichert.

2012 gegenüber 2011: Zunahme um 64% von CHF 111 Mio.

auf CHF 182 Mio.

Die Rückstellung für Kreditrisiken stieg gegenüber dem Vorjahr um CHF 71 Mio. auf CHF 182 Mio. Darin enthalten waren um

14% höhere neue Rückstellungen und um 19% niedrigere Auflösungen von Rückstellungen im Vergleich zu 2011. Die Rückstellung für Kreditrisiken beinhaltete Nettorückstellungen von CHF 110 Mio. für den Bereich Wealth Management Clients und CHF 72 Mio. für den Bereich Corporate & Institutional Clients.

2011 gegenüber 2010: Zunahme von CHF 17 Mio. auf CHF 111 Mio.

Die Rückstellung für Kreditrisiken stieg gegenüber 2010 um CHF 94 Mio. auf CHF 111 Mio., was auf die gegenüber 2010 um 39% niedrigeren Auflösungen von Rückstellungen zurückzuführen war. Die neuen Rückstellungen waren um 4% niedriger. Von der Rückstellung für Kreditrisiken entfielen Nettorückstellungen von CHF 78 Mio. auf den Bereich Wealth Management Clients und CHF 33 Mio. auf den Bereich Corporate & Institutional Clients.

Geschäftsaufwand

Personalaufwand

2012 gegenüber 2011: Abnahme um 3% von CHF 5 729 Mio.

auf CHF 5 561 Mio.

Der Personalaufwand ging geringfügig zurück, bedingt durch geringere Lohnkosten, die auf einen niedrigeren Personalbestand zurückzuführen waren, und einen geringeren Aufwand für diskretionäre leistungsbezogene Vergütung.

2011 gegenüber 2010: Abnahme um 5% von CHF 6 041 Mio.

auf CHF 5 729 Mio.

Die Abnahme war auf vorteilhafte Fremdwährungseffekte und einen geringeren Aufwand für diskretionäre leistungsbezogene Vergütung zurückzuführen.

Sachaufwand

2012 gegenüber 2011: Abnahme um 16% von CHF 3 818 Mio.

auf CHF 3 219 Mio.

Die Abnahme ist vor allem auf Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten in Höhe von CHF 478 Mio. im Jahr 2011 zurückzuführen, die in Verbindung mit den steuerlichen Angelegenheiten in Deutschland und in den USA anfielen. Ohne diese Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten ging der Sachaufwand um CHF 121 Mio. zurück, was unseren Massnahmen zur Effizienzsteigerung, einschliesslich eines niedrigeren Marketing- sowie Reise- und Repräsentationsaufwands, zu verdanken war.

2011 gegenüber 2010: Zunahme um 9% von CHF 3 502 Mio.

auf CHF 3 818 Mio.

Die Zunahme war primär auf Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten im Jahr 2011 zurückzuführen. 2010 wurden Rückstellungen im Zusammenhang mit Auction Rate Securities in Höhe von CHF 44 Mio. verzeichnet. Ohne diese Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten ging der Sachaufwand geringfügig zurück.

Ergebnisse – Wealth Management Clients

	Veränderung in %				
	2012	2011	2010	12 / 11	11 / 10
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	8 952	9 085	10 039	(1)	(10)
Rückstellung für Kreditrisiken	110	78	69	41	13
Total Geschäftsaufwand	6 821	7 561	7 365	(10)	3
Ergebnis vor Steuern	2 021	1 446	2 605	40	(44)
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)					
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	76.2	83.2	73.4	-	-
Gewinnmarge vor Steuern	22.6	15.9	25.9	-	-
Details zum Nettoertrag (in Mio. CHF)					
Zinserfolg	3 344	3 327	3 631	1	(8)
Wiederkehrender Kommissions- und Gebührenertrag	3 106	3 309	3 540	(6)	(7)
Transaktions- und leistungsabhängige Erträge	2 461	2 449	2 868	0	(15)
Sonstiger Ertrag	41 ¹	0	0	-	-
Nettoertrag	8 952	9 085	10 039	(1)	(10)
Bruttogewinnmarge auf den verwalteten Vermögen (Basispunkte)²					
Zinserfolg	42	45	47	-	-
Wiederkehrender Kommissions- und Gebührenertrag	40	44	46	-	-
Transaktions- und leistungsabhängige Erträge	31	33	37	-	-
Sonstiger Ertrag	1	0	0	-	-
Bruttogewinnmarge	114	122	130	-	-

¹ Zeigt Gewinne aus dem Verkauf eines Nichtkerngeschäfts im Jahr 2012. ² Nettoertrag dividiert durch den Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen.

Wealth Management Clients

Nettoertrag

Zinserfolg

2012 gegenüber 2011: Stabil bei CHF 3 344 Mio.

Der stabile Zinserfolg widerspiegelt die niedrigeren Margen auf Kundeneinlagen und die stabilen Margen auf Ausleihungen bei höheren Durchschnittsvolumen.

2011 gegenüber 2010: Abnahme um 8% von CHF 3 631 Mio.

auf CHF 3 327 Mio.

Der Rückgang ist hauptsächlich auf tiefere Margen auf Kundeneinlagen bei tieferen Durchschnittsvolumen sowie auf niedrigere Margen auf Ausleihungen bei geringfügig höheren Durchschnittsvolumen zurückzuführen.

Wiederkehrender Kommissions- und Gebührenertrag

2012 gegenüber 2011: Abnahme um 6% von CHF 3 309 Mio.

auf CHF 3 106 Mio.

Die Abnahme beruhte auf einem Rückgang der Gebührenerträge in allen wichtigen Ertragskategorien, hauptsächlich bei den Gebührenerträgen für die Verwaltung von Anlageprodukten, was auf niedrigere Fondsverwaltungsgebühren zurückzuführen

war, und bei den Gebühren für Vermögensverwaltungsmandate.

2011 gegenüber 2010: Abnahme um 7% von CHF 3 540 Mio. auf CHF 3 309 Mio.

Die Abnahme beruhte auf einem Rückgang der Gebührenerträge für die Verwaltung von Anlageprodukten, der Gebührenerträge für Vermögensverwaltungsmandate und der Gebühren für allgemeine Bankprodukte und -dienstleistungen. Teilweise wurde diese Entwicklung durch höhere Gebühren für Anlagekonten und -dienstleistungen ausgeglichen. Insgesamt ist die Abnahme auf den Rückgang der durchschnittlich verwalteten Vermögen zurückzuführen, hauptsächlich aufgrund der negativen Marktentwicklungen und des Anstiegs des Durchschnittskurses des Schweizer Frankens gegenüber den Hauptwährungen im Vergleich zum Jahr 2010.

Transaktions- und leistungsabhängige Erträge

2012 gegenüber 2011: Stabil bei CHF 2 461 Mio.

Die stabilen transaktions- und leistungsabhängigen Erträge waren auf geringere Courtagen und Erträge aus Produktemissionen, vor allem bei Aktien und Anlagefonds, sowie auf niedrigere Fremdwährungsgebühren aus Kundentransaktionen

zurückzuführen, die im Jahr 2012 durch Gewinne von CHF 35 Mio. im Zusammenhang mit einer Änderung der Rechnungslegung bei Lebensversicherungen, höhere leistungsabhängige Gebühren von Hedging-Griffo sowie höhere Erträge aus integrierten Lösungen kompensiert wurden.

2011 gegenüber 2010: Abnahme um 15% von CHF 2 868 Mio. auf CHF 2 449 Mio.

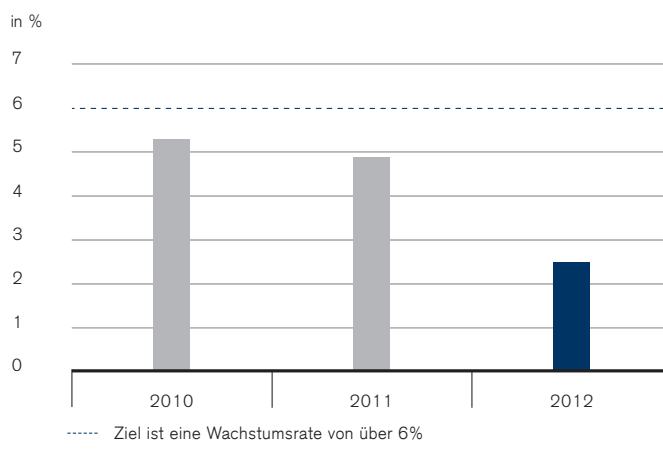
Die Abnahme beruhte auf deutlich geringeren Courtagen und Erträgen aus Produktemissionen, insbesondere bei Aktien und Anleihen, sowie niedrigeren Handels- und Verkaufserträgen, welche auf eine signifikant geringere Kundenaktivität und tiefere transaktionsabhängige Volumen zurückzuführen sind.

Bruttogewinnmarge

Im Jahr 2012 betrug die Bruttogewinnmarge 114 Basispunkte und lag somit um acht Basispunkte unter dem Niveau von 2011 und um 16 Basispunkte unter dem Niveau von 2010. Die Zinserfolgsmarge sank gegenüber dem Vorjahr um drei Basispunkte, da der Zinserfolg stabil blieb und die durchschnittlich verwalteten Vermögen um 4,8% zunahmen. Die Marge aus dem wiederkehrenden Kommissions- und Gebührenertrag ging 2012 um vier Basispunkte zurück, da der wiederkehrende Kommissions- und Gebührenertrag um 6% sank

und zugleich die durchschnittlich verwalteten Vermögen zunahmen. Die Marge aus den transaktions- und leistungsabhängigen Erträgen verringerte sich um zwei Basispunkte, bedingt durch stabile transaktions- und leistungsabhängige Erträge und die Zunahme der durchschnittlich verwalteten Vermögen.

Zunahme der Netto-Neugelder (KPI)



Verwaltete Vermögen – Wealth Management Clients

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2012	2011	2010	12 / 11	11 / 10
Verwaltete Vermögen nach Region (in Mia. CHF)					
Schweiz	253.6	253.7	301.9	0.0	(16.0)
Europa, Naher Osten und Afrika	273.1	265.1	247.0	3.0	7.3
Nord- und Südamerika	165.0	143.5	135.7	15.0	5.7
Asien-Pazifik	106.8	87.9	78.5	21.5	12.0
Verwaltete Vermögen	798.5	750.2	763.1	6.4	(1.7)
Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen (in Mia. CHF)					
Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen	782.5	746.5	776.2	4.8	(3.8)
Verwaltete Vermögen nach Währung (in Mia. CHF)					
USD	293.7	266.4	270.9	10.2	(1.7)
EUR	171.7	180.7	198.4	(5.0)	(8.9)
CHF	188.2	177.0	179.0	6.3	(1.1)
Sonstige	144.9	126.1	114.8	14.9	9.8
Verwaltete Vermögen	798.5	750.2	763.1	6.4	(1.7)
Netto-Neugelder nach Region (in Mia. CHF)					
Schweiz	2.3	4.9	5.2	(53.1)	(5.8)
Europa, Naher Osten und Afrika	(3.5)	13.8	13.5	–	2.2
Nord- und Südamerika	10.1	8.3	9.5	21.7	(12.6)
Asien-Pazifik	10.1	10.4	12.4	(2.9)	(16.1)
Netto-Neugelder	19.0	37.4	40.6	(49.2)	(7.9)
Zuwachs an verwalteten Vermögen (in Mia. CHF)					
Netto-Neugelder	19.0	37.4	40.6	–	–
Sonstige Einflüsse	29.3	(50.3)	(37.2)	–	–
davon Marktbewegungen	49.1	(35.9)	36.0	–	–
davon Währung	(12.6)	(7.6)	(67.2)	–	–
davon Sonstige	(7.2)	(6.8)	(6.0)	–	–
Zuwachs an verwalteten Vermögen	48.3	(12.9)	3.4	–	–
Zuwachs an verwalteten Vermögen (in %)					
Netto-Neugelder	2.5	4.9	5.3	–	–
Sonstige Einflüsse	3.9	(6.6)	(4.9)	–	–
Zuwachs an verwalteten Vermögen	6.4	(1.7)	0.4	–	–

Ergebnisse – Corporate & Institutional Clients

	Veränderung in %				
	2012	2011	2010	12 / 11	11 / 10
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	2 126	2 065	2 032	3	2
Rückstellung für Kreditrisiken	72	33	(52)	118	–
Total Geschäftsaufwand	1 110	1 111	1 113	0	0
Ergebnis vor Steuern	944	921	971	2	(5)
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)					
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	52.2	53.8	54.8	–	–
Gewinnmarge vor Steuern	44.4	44.6	47.8	–	–
Details zum Nettoertrag (in Mio. CHF)					
Zinserfolg	1 207	1 185	1 190	2	0
Wiederkehrender Kommissions- und Gebührenertrag	450	421	446	7	(6)
Transaktions- und leistungsabhängige Erträge	479	476	445	1	7
Sonstiger Ertrag ¹	(10)	(17)	(49)	(41)	(65)
Nettoertrag	2 126	2 065	2 032	3	2

¹ Enthält Fair-Value-Verluste von CHF 35 Mio. aus der Clock-Finance-Transaktion und Gewinne von CHF 25 Mio. aus einem Wiedereingang im Jahr 2012. Die Vorperioden beziehen sich auf Fair-Value-Verluste aus der Clock-Finance-Transaktion.

Corporate & Institutional Clients

Nettoertrag

Zinserfolg

2012 gegenüber 2011: Zunahme um 2% von CHF 1 185 Mio. auf CHF 1 207 Mio.

Die leichte Zunahme widerspiegelt die niedrigere Marge auf Kundeneinlagen und die geringfügig niedrigere Marge auf Ausleihungen bei höheren Durchschnittsvolumen.

2011 gegenüber 2010: Stabil bei CHF 1 185 Mio.

Der stabile Zinserfolg ist auf geringfügig höhere Margen auf Kundeneinlagen bei höheren Durchschnittsvolumen und auf tiefere Margen auf Ausleihungen bei geringfügig höheren Durchschnittsvolumen zurückzuführen.

Wiederkehrender Kommissions- und Gebührenertrag

2012 gegenüber 2011: Zunahme um 7% von CHF 421 Mio. auf CHF 450 Mio.

Die Zunahme ist auf höhere Gebühren für allgemeine Bankprodukte und -dienstleistungen sowie höhere Anlagekonto- und Dienstleistungsgebühren, vor allem aus Depotdienstleistungen, zurückzuführen. Diese Entwicklung wurde durch niedrigere Gebührenerträge für die Verwaltung von Anlageprodukten, vor allem aufgrund niedrigerer Fondsmanagementgebühren, teilweise kompensiert.

2011 gegenüber 2010: Abnahme um 6% von CHF 446 Mio. auf CHF 421 Mio.

Die Abnahme beruhte in erster Linie auf geringeren Anlagekonto- und Dienstleistungsgebühren sowie geringeren Gebühren für allgemeine Bankprodukte und -dienstleistungen.

Transaktions- und leistungsabhängige Erträge

2012 gegenüber 2011: Stabil bei CHF 479 Mio.

Die stabilen transaktions- und leistungsabhängigen Erträge sind auf höhere Handels- und Verkaufserträge sowie auf höhere Erträge aus integrierten Lösungen zurückzuführen, die vor allem durch niedrigere Courtagen und Erträge bei Produkt-emissionen, insbesondere aus Zinsswaps, kompensiert wurden.

2011 gegenüber 2010: Zunahme um 7% von CHF 445 Mio. auf CHF 476 Mio.

Die Zunahme beruhte auf höheren Fremdwährungsgebühren aus Kundentransaktionen, höheren Courtagen und Erträgen bei Produkt-emissionen sowie auf höheren Erträgen aus integrierten Lösungen, die durch niedrigere Handels- und Verkaufserträge teilweise kompensiert wurden.

Ergebnisse – Asset Management

	Veränderung in %				
	2012	2011	2010	12 / 11	11 / 10
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	2 463	2 297	2 509	7	(8)
Rückstellung für Kreditrisiken	0	0	0	–	–
Total Geschäftsaufwand	1 653	1 703	1 943	(3)	(12)
Ergebnis vor Steuern	810	594	566	36	5
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)					
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	67.1	74.1	77.4	–	–
Gewinnmarge vor Steuern	32.9	25.9	22.6	–	–
Details zum Nettoertrag (in Mio. CHF)					
Wiederkehrender Kommissions- und Gebührenertrag	1 308	1 338	1 476	(2)	(9)
Transaktions- und leistungsabhängige Erträge	738	682	587	8	16
Sonstiger Ertrag	417	277	446	51	(38)
Nettoertrag	2 463	2 297	2 509	7	(8)
Details zum Nettoertrag nach Ertragsart (in Mio. CHF)					
Vermögensverwaltungsgebühren	1 308	1 338	1 476	(2)	(9)
Platzierungs-, Transaktions- und sonstige Gebühren	246	276	233	(11)	18
Leistungsabhängige Gebühren und Gewinnbeteiligungen	355	221	187	61	18
Ertrag aus Beteiligungen	72	122	89	(41)	37
Gebührenbezogener Ertrag	1 981	1 957	1 985	1	(1)
Anlagegewinne/(-verluste)	155	305	432	(49)	(29)
Beteiligungsgewinne/(-verluste) und sonstige Gewinne/(Verluste)	361	3	(105)	–	–
Sonstiger Ertrag ¹	(34)	32	197	–	(84)
Nettoertrag	2 463	2 297	2 509	7	(8)
Gebührenbezogene Marge auf den verwalteten Vermögen (Basispunkte)					
Gebührenbezogene Marge ²	54	52	52	–	–

¹ Enthält zugeteilte Finanzierungskosten. ² Gebührenbezogener Ertrag dividiert durch den Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen.

Asset Management

Nettoertrag

Gebührenbezogener Ertrag

2012 gegenüber 2011: Zunahme um 1% von CHF 1 957 Mio. auf CHF 1 981 Mio.

Die Zunahme ist vor allem auf höhere leistungsabhängige Gebühren zurückzuführen, die durch niedrigere Gewinnbeteiligungen auf Private-Equity-Gewinnen und niedrigere Erträge aus Beteiligungen kompensiert wurden. Die höheren leistungsabhängigen Gebühren stammten von Hedging-Griffo, Kreditprodukten, Single-Manager-Hedgefonds und aus der Verwaltung der Partner Asset Facility 2008 (PAF). Die Gewinnbeteiligungen aus realisierten Private-Equity-Gewinnen lagen 2012 unter dem hohen Vorjahreswert, in dem die Veräusserung einer Portfolio-Gesellschaft im Gesundheitsbereich enthalten war.

Der Ertrag aus Beteiligungen fiel aufgrund der Veräusserung unserer Beteiligung an Aberdeen und aufgrund niedrigerer Erträge der Single-Manager-Hedgefonds geringer aus. Der Rückgang der Platzierungs-, Transaktions- und sonstigen Gebühren widerspiegelte vor allem die geringeren Erträge aus Private-Equity-Platzierungen. Die Vermögensverwaltungsgebühren gingen leicht zurück, was auf die niedrigeren durchschnittlich verwalteten Vermögen in traditionellen Produkten und Fund-of-Hedgefonds sowie auf die Schliessung und Restrukturierung bestimmter Produktlinien und den Verkauf von Private-Equity-Anlagen im Jahr 2011 zurückzuführen war, was durch höhere Gebühren aus einem neuen sekundären Private-Equity-Fonds und aus Mittelzuflüssen zu Indexprodukten teilweise kompensiert wurde.

2011 gegenüber 2010: Abnahme um 1% von CHF 1 985 Mio. auf CHF 1 957 Mio.

Die Abnahme ist vor allem auf einen Rückgang der Vermögensverwaltungsgebühren und leistungsabhängigen Gebühren zurückzuführen, der durch höhere Gewinnbeteiligungen auf realisierten Private-Equity-Gewinnen, höhere Platzierungsgebühren im Bereich Private Equity und Erträge aus Beteiligungen kompensiert wurde. Der Rückgang der Vermögensverwaltungsgebühren resultierte aus den negativen Fremdwährungseffekten, dem Spin-off unseres Private-Equity-Fonds im Immobilienbereich und unseres Kredit-Hedgefonds im Jahr 2010, dem Ablauf unserer vorläufigen Dienstleistungsvereinbarung mit Aberdeen sowie niedrigeren Gebühren aus traditionellen Produkten und Fund-of-Hedgefonds. Diese Entwicklung wurde durch höhere Gebühren aus Indexprodukten, Emerging-Market-Strategien und Kreditstrategien teilweise ausgeglichen. Unter den leistungsabhängigen Gebühren und Gewinnbeteiligungen verbuchten wir höhere Gewinnbeteiligungen aus realisierten Private-Equity-Gewinnen, die durch niedrigere leistungsabhängige Gebühren von Hedging-Griffo, von Single-Manager-Hedgefonds und aus der Verwaltung der PAF teilweise kompensiert wurden. Die Zunahme der Erträge aus Beteiligungen war vor allem auf höhere Erträge der Single-Manager-Hedgefonds zurückzuführen.

Anlagegewinne/(-verluste)

2012 gegenüber 2011: Rückgang um 49% von CHF 305 Mio. auf CHF 155 Mio.

Der im Jahr 2012 erzielte Gewinn von CHF 155 Mio. reflektierte Gewinne aus Hedgefonds-Anlagen und Gewinne aus Private-Equity-Anlagen, hauptsächlich in den Sektoren Energie, Gesundheitsfürsorge und Transport, die durch Verluste aus Private-Equity-Anlagen in der Technologiebranche sowie Verluste von CHF 82 Mio. im Zusammenhang mit der geplanten Veräusserung bestimmter Private-Equity-Anlagen teilweise kompensiert wurden. Der im Jahr 2011 erzielte Gewinn von CHF 305 Mio. widerspiegelte Gewinne aus Private-Equity-Anlagen, hauptsächlich in den Sektoren Gesundheitsfürsorge, Industrie, Rohstoffe und Transport, die durch Verluste in der Technologiebranche teilweise kompensiert wurden.

2011 gegenüber 2010: Rückgang um 29% von CHF 432 Mio. auf CHF 305 Mio.

Der im Jahr 2011 erzielte Gewinn von CHF 305 Mio. reflektierte Gewinne aus Private-Equity-Anlagen, hauptsächlich in den Sektoren Gesundheitsfürsorge, Industrie, Rohstoffe und

Transport, die durch Verluste in der Technologiebranche teilweise kompensiert wurden. Der im Jahr 2010 erzielte Gewinn von CHF 432 Mio. widerspiegelte Gewinne aus Private-Equity-Anlagen, hauptsächlich in den Sektoren Energie, Industrie und Rohstoffe sowie Anlagen auf dem Kreditmarkt.

Beteiligungsgewinne/(-verluste) und sonstige Gewinne/(Verluste)

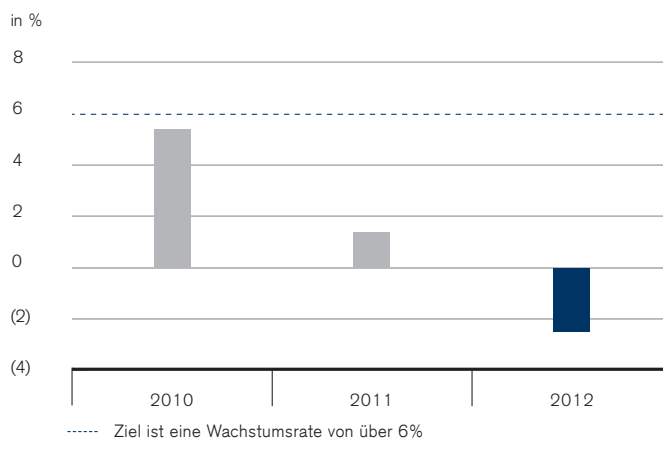
2012 gegenüber 2011: Zunahme von CHF 3 Mio. auf CHF 361 Mio.

Im Jahr 2012 erzielten wir einen Gewinn von CHF 384 Mio. aus der Veräusserung unserer restlichen Beteiligung von 19,8% an Aberdeen und einen Gewinn von CHF 45 Mio. aus der Veräusserung von Wincasa, was durch Wertminderungen von CHF 61 Mio. im Zusammenhang mit AMF und Wertminderungen bei einer Joint-Venture-Beteiligung teilweise kompensiert wurde. Der 2011 erzielte Gewinn ist auf die teilweise Veräusserung unserer Beteiligungsquote an Aberdeen zurückzuführen, mit der wir unsere Beteiligung von 21,0% auf 19,8% reduzierten, teilweise ausgeglichen durch eine Wertminderung derselben Joint-Venture-Beteiligung.

2011 gegenüber 2010: Zunahme von CHF (105) Mio. auf CHF 3 Mio.

Der 2011 erzielte Gewinn ist auf die teilweise Veräusserung unserer Beteiligungsquote an Aberdeen zurückzuführen, die durch die Wertminderung der Joint-Venture-Beteiligung teilweise ausgeglichen wurde. Die 2010 erzielten Verluste waren das Ergebnis von Wertminderungen im Zusammenhang mit AMF und einer Reduzierung unserer Beteiligung an Aberdeen aufgrund der Ausgabe von Aktien durch Aberdeen.

Zunahme der Netto-Neugelder (KPI)



Verwaltete Vermögen – Asset Management

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2012	2011	2010	12 / 11	11 / 10
Verwaltete Vermögen (in Mia. CHF)					
Hedgefonds	25.1	24.9	27.3	0.8	(8.8)
Private Equity	27.9	28.4	30.8	(1.8)	(7.8)
Immobilien & Rohstoffe	48.6	47.1	43.4	3.2	8.5
Kredit	23.8	19.0	18.3	25.3	3.8
ETF	16.1	14.6	14.6	10.3	0.0
Indexstrategien	64.0	51.5	54.2	24.3	(5.0)
Multi-Asset Class Solutions	105.4	116.0	122.2	(9.1)	(5.1)
Anleihen & Aktien	55.2	57.4	63.4	(3.8)	(9.5)
Sonstige	5.5	6.3	7.8	(12.7)	(19.2)
Verwaltete Vermögen ¹	371.6	365.2	382.0	1.8	(4.4)
Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen (in Mia. CHF)					
Durchschnittsbestand der verwalteten Vermögen	366.8	376.2	384.5	(2.5)	(2.2)
Verwaltete Vermögen nach Währung (in Mia. CHF)					
USD	96.5	93.5	100.8	3.2	(7.2)
EUR	47.4	59.0	58.7	(19.7)	0.5
CHF	199.1	190.7	201.3	4.4	(5.3)
Sonstige	28.6	22.0	21.2	30.0	3.8
Verwaltete Vermögen	371.6	365.2	382.0	1.8	(4.4)
Zuwachs an verwalteten Vermögen (in Mia. CHF)					
Netto-Neugelder ²	(9.0)	5.2	20.2	–	–
Sonstige Einflüsse	15.4	(22.0)	(11.5)	–	–
davon Marktbewegungen	26.2	(10.6)	10.8	–	–
davon Währung	(5.7)	(3.3)	(26.0)	–	–
davon Sonstige	(5.1)	(8.1) ³	3.7	–	–
Zuwachs an verwalteten Vermögen	6.4	(16.8)	8.7	–	–
Zuwachs an verwalteten Vermögen (in %)					
Netto-Neugelder	(2.5)	1.4	5.4	–	–
Sonstige Einflüsse	4.3	(5.8)	(3.1)	–	–
Zuwachs an verwalteten Vermögen	1.8	(4.4)	2.3	–	–
Eigene Anlagen (in Mia. CHF)					
Eigene Anlagen ⁴	2.9	3.4	3.4	(14.7)	–

¹ Nicht enthalten ist unser Anteil der verwalteten Vermögen unserer Beteiligung an Aberdeen. ² Enthält Abflüsse von Private-Equity-Vermögen zum Kostenwert aus Realisierungen und aus nicht gezogenen Verpflichtungen, die keine Gebühren mehr abwerfen. ³ Enthält eine Anpassung, um den investierten Teil der verwalteten Private-Equity-Vermögen zum Kostenwert auszuweisen und nicht gezogene Verpflichtungen nur zu erfassen, sofern sie Gebühren abwerfen. Perioden vor 3Q11 wurden nicht angepasst. ⁴ Hauptsächlich Private-Equity-Anlagen.

Investment Banking

Für das Jahr 2012 verzeichneten wir ein Ergebnis vor Steuern von CHF 2 002 Mio. und einen Nettoertrag von CHF 12 558 Mio. Trotz schwieriger Marktbedingungen und einer geringen Kundenaktivität in vielen unserer Geschäftsbereiche erzielten wir 2012 solide Ergebnisse mit einer Ertragssteigerung von 20% gegenüber dem Vorjahr. Ausserdem haben wir erhebliche Fortschritte bei der Umsetzung unserer Strategie erzielt und unter anderem unsere Kostenbasis gesenkt und unsere risikogewichteten Aktiven nach Basel III von CHF 242 Mia. per Ende 2011 auf CHF 187 Mia. per Ende 2012 reduziert.

Ergebnisse

	im Jahr / Ende			Veränderung in %	
	2012	2011	2010	12 / 11	11 / 10
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	12 558	10 460	15 873	20	(34)
Rückstellung für Kreditrisiken	(12)	76	(96)	–	–
Personalaufwand	6 070	6 471	7 811	(6)	(17)
Sachaufwand	3 551	3 388	3 369	5	1
Kommissionsaufwand	947	1 118	1 195	(15)	(6)
Total sonstiger Geschäftsaufwand	4 498	4 506	4 564	–	(1)
Total Geschäftsaufwand	10 568	10 977	12 375	(4)	(11)
Ergebnis vor Steuern	2 002	(593)	3 594	–	–
Kennzahlen der Erfolgsrechnung (in %)					
Aufwand-Ertrag-Verhältnis	84.2	104.9	78.0	–	–
Gewinnmarge vor Steuern	15.9	(5.7)	22.6	–	–
Beanspruchtes Economic Capital und Rendite					
Durchschnittlich beanspruchtes Economic Capital (in Mio. CHF)	18 729	18 882	19 586	(1)	(4)
Rendite vor Steuern auf dem durchschnittlich beanspruchten Economic Capital (in %) ¹	11.4	(2.6)	19.0	–	–
Anzahl Mitarbeitende (auf Vollzeitbasis)					
Anzahl Mitarbeitende	19 800	20 700	20 500	(4)	1

¹ Berechnet auf Basis einer Rendite ohne Zinsaufwand für zugeteilten Goodwill.

Ergebnisse (Fortsetzung)

	Veränderung in %				
	2012	2011	2010	12 / 11	11 / 10
Details zum Nettoertrag (in Mio. CHF)					
Anleihenemissionsgeschäft	1 617	1 404	1 960	15	(28)
Aktienemissionsgeschäft	552	713	894	(23)	(20)
Total Emissionsgeschäft	2 169	2 117	2 854	2	(26)
Beratungs- und sonstige Kommissionserträge	1 042	856	1 089	22	(21)
Total Emissions- und Beratungskommissionen	3 211	2 973	3 943	8	(25)
Anleihenverkauf und -handel	5 349	3 341	6 401	60	(48)
Aktienverkauf und -handel	4 330	4 279	5 683	1	(25)
Total Verkauf und Handel	9 679	7 620	12 084	27	(37)
Sonstige	(332)	(133)	(154)	150	(14)
Nettoertrag	12 558	10 460	15 873	20	(34)
Durchschnittlicher Ein-Tages-98%-Risikomanagement-Value-at-Risk (in Mio. CHF) ¹					
Zins- und Kreditrisikoprämien	53	74	94	(28)	(21)
Fremdwährungen	15	13	16	15	(19)
Rohstoffe	3	9	15	(67)	(40)
Aktien	23	23	25	0	(8)
Diversifikationseffekt	(39)	(39)	(50)	0	(22)
Durchschnittlicher Ein-Tages-98%-Risikomanagement-Value-at-Risk	55	80	100	(31)	(20)
Basel-III-risikogewichtete Aktiven (in Mia.) ²					
Risikogewichtete Aktiven (CHF)	172	228	302	(25)	(25)
Risikogewichtete Aktiven (USD)	187	242	322	(23)	(25)

¹ Als Teil der laufenden Überprüfung zur Verbesserung der Risikomanagementansätze und -methoden wurde die Messgrösse des durchschnittlichen Ein-Tages-99%-Risikomanagement-VaR im 2. Quartal 2011 überarbeitet. Siehe «Marktrisiko» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Risikomanagement für weitere Informationen zu VaR und Änderungen der VaR-Methode. ² Per 1. Januar 2013 wurde in der Schweiz das Basel-III-Regelwerk zusammen mit der Schweizer «Too Big To Fail»-Gesetzgebung und der zugehörigen Regulierung eingeführt. Unsere Berechnungen der Basel-III-risikogewichteten Aktiven entsprechen unserer aktuellsten Interpretation dieser Bestimmungen, einschliesslich relevanter Annahmen. Änderungen bei der endgültigen Einführung des Basel-III-Regelwerks oder bezüglich unserer Annahmen oder Schätzungen könnten eine Veränderung der in diesem Bericht gezeigten Zahlen zur Folge haben. Wir verwenden geschätzte risikogewichtete Aktiven per 31. Dezember 2012, wie wenn das Basel-III-Regelwerk in der Schweiz per diesem Datum bereits eingeführt worden wäre.

Ergebnisse im Überblick

Im Jahr 2012 erzielten wir ein Ergebnis vor Steuern von CHF 2 002 Mio. und einen Nettoertrag von CHF 12 558 Mio., verglichen mit einem Verlust vor Steuern von CHF 593 Mio. und einem Nettoertrag von CHF 10 460 Mio. im Vorjahr. Trotz schwieriger Marktbedingungen und einer geringen Kundenaktivität in vielen unserer Geschäftsbereiche erzielten wir 2012 solide Ergebnisse. Im Vergleich zu 2011 stieg der Nettoertrag um 20% bei wesentlich niedrigeren risikogewichteten Aktiven unter Basel III. Ausserdem erzielten wir im Verlauf des Jahres bedeutende Fortschritte bei der Reduktion unserer Kostenbasis. Die Ergebnisse zeigten die Stärke unseres Kundengeschäfts und die erfolgreiche Umsetzung unserer überarbeiteten Strategie zur Steigerung der Betriebs- und Kapitaleffizienz.

- ▶ Siehe «Entwicklung unserer Strategie» in I – Informationen zum Unternehmen – Strategie und «Investment Banking» in I – Informationen zum Unternehmen – Unsere Geschäftsbereiche für weitere Informationen.

Unser Ergebnis 2012 im Anleihenverkauf und -handel war deutlich höher als das schwache Vorjahresergebnis. Dies war den deutlich höheren Erträgen aus verbrieften Produkten und globalen Kreditprodukten, die infolge besserer Marktbedingungen zustande kamen, zu verdanken. Erhebliche Bestandsreduktionen in diesen Bereichen gingen 2012 auch mit geringeren Ertragsschwankungen einher. Die Erträge aus dem Emerging-Markets-, Unternehmenskredit- und Devisengeschäft waren ebenfalls höher. Wir verzeichneten 2012 Belastungen von CHF 589 Mio. aufgrund des Rückzugs aus Geschäftsbereichen, gegenüber Belastungen von CHF 387 Mio. 2011.

Das Ergebnis im Aktienverkauf und -handel verzeichnete eine bescheidene Zunahme, da den höheren Erträgen bei Wandelanleihen, Derivaten und im Bereich Prime Services ein Rückgang bei den Cash Equities aufgrund niedrigerer branchenweiter Handelsvolumen im Vergleich zu 2011 gegenüberstand.

Die Ergebnisse im Emissions- und Beratungsgeschäft waren höher als 2011. Dies war auf hohe Erträge aus dem Anleihenemissionsgeschäft, insbesondere im Bereich Leveraged Finance, zurückzuführen, welche durch niedrigere Erträge aus dem Aktienemissionsgeschäft teilweise kompensiert wurden. Ausserdem stiegen die Gebühren im M&A-Bereich, da unsere Marktanteilgewinne an den abgeschlossenen M&A-Geschäften den branchenweiten Rückgang der Volumen bei den abgeschlossenen M&A-Geschäften mehr als kompensierten.

Netto wurden 2012 Rückstellungen für Kreditrisiken in Höhe von CHF 12 Mio. aufgelöst, während im Jahr 2011 Rückstellungen für Kreditrisiken in Höhe von CHF 76 Mio. gebildet wurden. Die Gründe hierfür sind wesentlich geringere Rückstellungen sowie höhere Rückstellungsaufösungen im Jahr 2012.

Der Geschäftsaufwand belief sich auf insgesamt CHF 10 568 Mio. und ging somit um 4% zurück, vor allem da der Personalaufwand um 6% gesenkt werden konnte. Die Einsparungen beim Personalaufwand sind hauptsächlich auf einen Rückgang der Ausgaben für aufgeschobene Vergütung aus Vorjahren, geringere Lohnkosten und andere Arbeitnehmerleistungen zurückzuführen. Dies hing mit dem niedrigeren Personalbestand und dem geringeren Aufwand für ermessensabhängige leistungsbezogene Vergütung zusammen. Der sonstige Geschäftsaufwand war insgesamt unverändert, da ein Rückgang des Kommissionsaufwands durch einen um 5% höheren Sachaufwand kompensiert wurde, der vor allem mit im Vergleich zum Vorjahr höheren Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten zusammenhing.

Der höhere Durchschnittskurs des US-Dollars gegenüber dem Schweizer Franken beeinflusste im Jahr 2012 das Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr. Dies wirkte sich günstig auf die Erträge und entsprechend negativ auf die Aufwendungen aus. Der Nettoertrag in Schweizer Franken stieg um 20%, während der Geschäftsaufwand insgesamt um 4% zurückging. In US-Dollar erhöhte sich der Nettoertrag gegenüber dem Vorjahr um 15%, und der Geschäftsaufwand ging insgesamt um 9% zurück.

2011 verzeichneten wir einen Verlust vor Steuern von CHF 593 Mio. gegenüber einem Gewinn vor Steuern von CHF 3 594 im Vorjahr. Der Nettoertrag belief sich auf CHF 10 460 Mio. gegenüber CHF 15 873 Mio. im Jahr 2010. In vielen Geschäftsbereichen wurden unsere Ergebnisse 2011 durch eine im Vergleich zu 2010 sehr geringe Kundenaktivität und ein volatiles Handelsumfeld beeinflusst. Angesichts höherer Kapital- und regulatorischer Anforderungen sowie anhaltend schwieriger Markt- und Wirtschaftsverhältnisse kündigten wir im November 2011 Anpassungen unserer Investment-Ban-

king-Strategie an. Dies beinhaltete die zügige Umsetzung eines Plans zur Reduzierung risikogewichteter Aktiven. Die risikogewichteten Aktiven unter Basel III wurden im Jahr 2011 um CHF 80 Mia. bzw. 25% auf USD 242 Mia. reduziert.

Das Ergebnis im Anleihenverkauf und -handel war im Jahr 2011 erheblich geringer, was an den schwierigen Handelsbedingungen, der geringen Kundenaktivität in den meisten Geschäftsbereichen und der Umsetzung der Strategie zur Risikoreduktion lag. Wir verzeichneten 2011 Belastungen von CHF 512 Mio. aufgrund des Rückzugs aus Geschäftsbereichen und der Reduktion risikogewichteter Aktiven.

Unser Ergebnis im Aktienverkauf und -handel sank vor allem aufgrund einer geringen Kundenaktivität im Bereich der Cash Equities. Die Erträge aus dem Bereich Prime Services gingen infolge von Fremdwährungseffekten zurück. Auf US-Dollar-Basis erzielte Prime Services ein Rekordergebnis aufgrund einer höheren Kundenaktivität sowie höherer Kundenbestände. Auch bei den Derivaten wurden infolge einer reduzierten Kundenaktivität schlechtere Ergebnisse verzeichnet. Im Jahr 2011 konnten wir unseren Marktanteil und unsere führende Marktpositionierung in den Bereichen Cash Equities und Prime Services beibehalten.

Die Ergebnisse im Emissions- und Beratungsgeschäft fielen 2011 schlechter aus, was auf einen branchenweiten Rückgang des Kapitalemissionsvolumens bzw. einen Rückgang unseres Marktanteils an abgeschlossenen M&A-Geschäften gegenüber 2010 zurückzuführen ist.

2011 bestanden Rückstellungen für Kreditrisiken in Höhe von CHF 76 Mio., während im Jahr 2010 netto Rückstellungen in Höhe von CHF 96 Mio. aufgelöst wurden.

Der Geschäftsaufwand belief sich auf CHF 10 977 Mio. und ging somit um insgesamt 11% zurück, da der Personalaufwand um 17% gesenkt werden konnte.

Der im Jahr 2011 schwächere Durchschnittskurs des US-Dollars gegenüber dem Schweizer Franken wirkte sich nachteilig auf die Erträge und entsprechend positiv auf die Aufwendungen aus. Der Nettoertrag in US-Dollar ging um 23% zurück, während der Geschäftsaufwand insgesamt um 4% über dem Vorjahr lag.

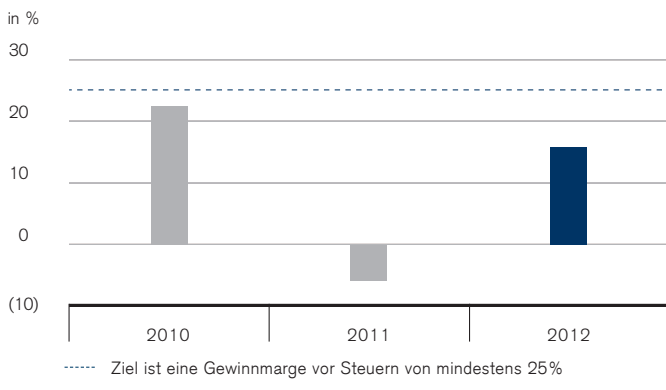
Ergebnisanalyse

Wir haben unsere Leistungsindikatoren (KPI) im Rahmen unseres normalen Planungsprozesses überprüft und angepasst.

- ▶ [Siehe «Leistungsindikatoren» in Kernergebnis – Informationen und Entwicklungen für weitere Informationen.](#)

Nachfolgend eine Darstellung unserer Resultate für 2012 im Vergleich zu 2011 und 2011 im Vergleich zu 2010.

Gewinnmarge vor Steuern (KPI)



Nettoertrag

Anleihenemissionsgeschäft

2012 gegenüber 2011: Zunahme um 15% von CHF 1 404 Mio. auf CHF 1 617 Mio.

Die Zunahme war hauptsächlich auf höhere Ergebnisse im Bereich Leveraged Finance zurückzuführen, die eine wesentlich höhere branchenweite Emissionstätigkeit im High-Yield-Bereich widerspiegeln. Auch im Bereich der Investment-Grade-Emissionen wurden infolge einer höheren branchenweiten Emissionstätigkeit höhere Erträge erzielt, die den leicht gesunkenen Marktanteil mehr als kompensierten.

2011 gegenüber 2010: Rückgang um 28% von CHF 1 960 Mio. auf CHF 1 404 Mio.

Dieser Rückgang war hauptsächlich auf schwächere Ergebnisse im Bereich Leveraged Finance zurückzuführen, die eine branchenweite Abnahme der Emissionstätigkeit im High-Yield-Bereich widerspiegeln. Auch im Bereich der Investment-Grade-Emissionen waren infolge eines leicht gesunkenen Marktanteils schlechtere Ergebnisse zu verzeichnen.

Aktienemissionsgeschäft

2012 gegenüber 2011: Rückgang um 23% von CHF 713 Mio. auf CHF 552 Mio.

Der Rückgang war auf geringere Erträge aus Folgeemissionen zurückzuführen, wobei der geringere Marktanteil die höhere branchenweite Emissionstätigkeit mehr als wettmachte. Ausserdem verzeichneten wir niedrigere Erträge aus Börsengängen aufgrund einer im Vergleich zum Vorjahr branchenweit geringeren Emissionstätigkeit.

2011 gegenüber 2010: Rückgang um 20% von CHF 894 Mio. auf CHF 713 Mio.

Die Hauptgründe für diesen Rückgang waren geringere Erträge aus Börsengängen aufgrund einer im Vergleich zu 2010 branchenweit geringeren Emissionstätigkeit. Auch in den Berei-

chen Wandelemissionen und Anschluss-Angebote wurden schlechtere Ergebnisse erzielt.

Beratungs- und sonstige Kommissionserträge

2012 gegenüber 2011: Zunahme um 22% von CHF 856 Mio. auf CHF 1 042 Mio.

Der Anstieg war auf wesentlich höhere M&A- und andere Beratungsgebühren aufgrund des Anstiegs unseres Marktanteils bei abgeschlossenen M&A-Geschäften zurückzuführen. Dadurch wurde der Rückgang der branchenweit abgeschlossenen M&A-Geschäfte mehr als wettgemacht. Ausserdem verzeichneten wir höhere Privatplatzierungsgebühren, insbesondere aufgrund einer im dritten Quartal 2012 erfolgten grossen Privatinvestition in eine Public-Equity-Transaktion im Energiesektor.

2011 gegenüber 2010: Rückgang um 21% von CHF 1 089 Mio. auf CHF 856 Mio.

In diesem Rückgang widerspiegeln sich geringere M&A- und andere Beratungsgebühren, die sich durch einen leichten Rückgang unseres Marktanteils an abgeschlossenen M&A-Geschäften erklären lassen.

Anleihenverkauf und -handel

2012 gegenüber 2011: Zunahme um 60% von CHF 3 341 Mio. auf CHF 5 349 Mio.

Diese Zunahme resultierte hauptsächlich aus deutlich besseren Erträgen aus verbrieften Produkten im Vergleich zum schwachen Ergebnis 2011. Das schwache Vorjahresergebnis ist auf Wertminderungen des im Kundengeschäft gehaltenen Bestandes, einschliesslich ◉ Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS) und ◉ Residential Mortgage-backed Securities (RMBS), Verluste aus dem Verkauf des im Kundengeschäft gehaltenen Bestandes infolge unserer Reduzierung risikogewichteter Aktiven und eine geringere Kundenaktivität zurückzuführen. Unsere globalen Kreditgeschäfte erzielten 2012 höhere Erträge, die den besseren Marktbedingungen und dem grösseren Kundeninteresse an hochrentablen Produkten zu verdanken waren. Deutliche Reduktionen der Bestände an verbrieften Produkten und globalen Kreditprodukten Ende 2011 und Anfang 2012 hatten für 2012 geringere Ertragsschwankungen zur Folge. Weiter erzielten wir dank einer stärkeren Performance in Lateinamerika höhere Ergebnisse in den Emerging Markets. Die Erträge aus dem Unternehmenskredit- und Devisengeschäft nahmen ebenfalls zu. Diese Zunahmen wurden durch geringere Erträge im weltweiten Zinsgeschäft als Folge der geringeren Kundenaktivität kompensiert. Ausserdem verzeichneten wir infolge des Rückzugs aus bestimmten Geschäftsbereichen 2012 Verluste von CHF 589 Mio. gegenüber Verlusten von CHF 387 Mio. im Jahr 2011. Die risikogewichteten Aktiven im festverzinslichen Bereich unter Basel III

beliefen sich per Ende 2012 auf insgesamt USD 122 Mia. Das entspricht einem Rückgang um USD 54 Mia. oder 31% gegenüber dem Vorjahr, während die Erträge deutlich zunahmen.

2011 gegenüber 2010: Rückgang um 48% von CHF 6 401 Mio. auf CHF 3 341 Mio.

Dieser Rückgang resultierte hauptsächlich aus erheblich geringeren Erträgen aus verbrieften Produkten, was auf eine Wertminderung des im Kundengeschäft gehaltenen Bestandes, einschliesslich CMBS und RMBS, Verluste aus dem Verkauf des im Kundengeschäft gehaltenen Bestandes infolge unserer Reduzierung risikogewichteter Aktiven und eine geringere Kundenaktivität zurückzuführen ist. Auch die Ergebnisse unserer Kreditgeschäfte, einschliesslich Leveraged Finance und Investment Grade Trading, waren aufgrund von Mark-to-Market-Verlusten in Bezug auf den Kundenbestand schwächer. Auch die Erträge aus allen anderen Anleihengeschäften, wie beispielsweise dem weltweiten Zinsgeschäft, dem Devisengeschäft, dem Handel in den Emerging Markets, dem Unternehmenskreditgeschäft und dem Rohstoffhandel, fielen aufgrund des schwierigen Umfelds tiefer aus. Zudem verzeichneten wir infolge des Rückzugs aus bestimmten Geschäftsbereichen und des Abbaus von risikogewichteten Aktiven Verluste von CHF 512 Mio. Die risikogewichteten Aktiven im festverzinslichen Bereich unter Basel III beliefen sich per Ende 2011 auf USD 176 Mia. Das entspricht einem Rückgang um USD 93 Mia. oder 35% gegenüber 2010.

Aktienverkauf und -handel

2012 gegenüber 2011: Zunahme um 1% von CHF 4 279 Mio. auf CHF 4 330 Mio.

Diese Zunahme war auf deutlich höhere Erträge aus Wandelanleihen infolge besserer Marktbedingungen zurückzuführen. Auch bei den Derivaten wurden bessere Ergebnisse erzielt als im schwachen Vorjahr. Die Erträge aus dem Bereich Prime Services konnten sich dank einem grösseren Marktanteil und höheren Kundenbeständen halten, was die geringeren Hedgefonds-Aktivitäten und Leverage-Niveaus mehr als wettmachten. Diese Ertragssteigerungen wurden durch niedrigere Ergebnisse im Bereich Cash Equities infolge gedämpfter Kundenaktivitäten und geringerer Handelsvolumen im Vergleich zum Vorjahr kompensiert.

2011 gegenüber 2010: Rückgang um 25% von CHF 5 683 Mio. auf CHF 4 279 Mio.

Dieser Rückgang war auf geringere Cash-Equities-Ergebnisse infolge einer reduzierten Handelsaktivität der Kunden zurückzuführen. Die Erträge aus dem Bereich Prime Services gingen infolge von Fremdwährungseffekten zurück. Auf US-Dollar-Basis erzielte Prime Services ein Rekordergebnis aufgrund einer höheren Kundenaktivität sowie höherer Kundenbestände. Bei den Derivaten wurden infolge einer verminderten Kundenaktivität ebenfalls schwache Ergebnisse erzielt. 2011 konnten

wir unseren Marktanteil und die führende Marktposition in den Bereichen Cash Equities und Prime Services halten.

Rückstellung für Kreditrisiken

2012 gegenüber 2011: Von CHF 76 Mio. auf CHF (12) Mio.

Die Veränderung resultierte aus wesentlich höheren Rückstellungen 2011 für eine Garantie, die für eine Drittbank gestellt wurde, sowie höhere Rückstellungsaufösungen 2012.

2011 gegenüber 2010: Von CHF (96) Mio. auf CHF 76 Mio.

Die Veränderung resultierte aus höheren Rückstellungen, hauptsächlich für eine Garantie, die in einem früheren Jahr für eine Drittbank gestellt wurde, sowie weniger Rückstellungsaufösungen und Wiedereingängen.

Geschäftsaufwand

Personalaufwand

2012 gegenüber 2011: Rückgang um 6% von CHF 6 471 Mio. auf CHF 6 070 Mio.

Der Rückgang war hauptsächlich auf einen Rückgang der Ausgaben für aufgeschobene Vergütung aus Vorjahren, geringere Gehaltsausgaben und geringere andere Arbeitnehmerleistungen zurückzuführen. Dies hing mit dem niedrigeren Personalbestand und dem Rückgang der ermessensabhängigen leistungsbezogenen Vergütung zusammen.

2011 gegenüber 2010: Rückgang um 17% von CHF 7 811 Mio. auf CHF 6 471 Mio.

Diese Veränderung war hauptsächlich auf einen Rückgang der Ausgaben für aufgeschobene Vergütung aus Vorjahren, einen mit der Verschlechterung der Ergebnisse zusammenhängenden Rückgang der ermessensabhängigen leistungsbezogenen Vergütung sowie geringere Gehaltsausgaben zurückzuführen.

Sachaufwand

2012 gegenüber 2011: Zunahme um 5% von CHF 3 388 Mio. auf CHF 3 551 Mio.

Diese Zunahme war auf Fremdwährungseffekte zurückzuführen. In US-Dollar sanken die Aufwendungen um 1%. Grund dafür war der Rückgang der Dienstleistungsgebühren und sonstigen Aufwendungen, der vor allem durch die im Verlauf des Jahres getätigten höheren Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten kompensiert wurde.

2011 gegenüber 2010: Stabile Entwicklung von CHF 3 369 Mio. auf CHF 3 388 Mio.

Der Sachaufwand spiegelte die Fremdwährungseffekte wider. In US-Dollar stiegen die Aufwendungen um 18%. Gründe für die Zunahme waren eine Rückstellung für die britische Bankenabgabe von CHF 115 Mio., eine Zunahme der IT-Investitionen, höhere Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten und eine Steigerung der Risikomanagementkosten.

Corporate Center

Wir verzeichneten 2012 einen Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern von CHF 3 898 Mio., was hauptsächlich auf Fair-Value-Verluste aus Veränderungen der eigenen Kreditrisikoprämien sowie Abfindungen und andere Vergütung im Zusammenhang mit den gruppenweiten Massnahmen zur Effizienzsteigerung zurückzuführen war. Diese Entwicklung wurde durch Gewinne aus dem Verkauf von Immobilien teilweise kompensiert.

Das Corporate Center umfasst die Geschäftstätigkeiten der Holdinggesellschaft, einschliesslich der Finanzierung der Gruppe, Aufwendungen im Zusammenhang mit Projekten, die von der Gruppe unterstützt werden, sowie gewisse Aufwendungen und Erträge, welche nicht den jeweiligen Segmenten zugeordnet wurden. Im Corporate Center werden auch Konsolidierungs- und Verrechnungsbuchungen zur Verrechnung von unternehmensinternen Erträgen und Aufwendungen erfasst.

Ab dem ersten Quartal 2012 werden die Fair-Value-Auswirkungen von Veränderungen bei Kreditrisikoprämien auf unseren langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) und DVA im Zusammenhang mit bestimmten Verbind-

lichkeiten aus strukturierten Schuldtiteln vollständig im Corporate Center erfasst und die Amortisation der bisherigen Fair-Value-Gewinne aus langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) in den Segmenten eingestellt. Gewisse Umgliederungen wurden vorgenommen, um eine Übereinstimmung der früheren Berichtsperioden mit der diesjährigen Präsentation zu erzielen.

► Siehe «Auswirkung von Veränderungen der eigenen Kreditrisikoprämien» in Kernergebnis für weitere Informationen.

Nachfolgend eine Darstellung unserer Resultate 2012 im Vergleich zu 2011 und 2011 im Vergleich zu 2010.

Ergebnisse

	2012	2011	2010	Veränderung in %	
				12 / 11	11 / 10
Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	(2 493)	1 522	172	–	–
Rückstellung für Kreditrisiken	0	0	0	–	–
Personalaufwand	863	951	710	(9)	34
Sachaufwand	518	144	323	260	(55)
Kommisionsaufwand	24	46	75	(48)	(39)
Total sonstiger Geschäftsaufwand	542	190	398	185	(52)
Total Geschäftsaufwand	1 405	1 141	1 108	23	3
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	(3 898)	381	(936)	–	–

Gewinn/(Verlust) aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern

2012 gegenüber 2011: Von CHF 381 Mio. auf CHF (3 898) Mio.

Die Abnahme von einem Gewinn zu einem Verlust ist hauptsächlich auf Fair-Value-Verluste aus unseren langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) von CHF 1 663 Mio., DVA-Verluste im Zusammenhang mit bestimmten Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldtiteln von CHF 958 Mio. und Fair-Value-Verluste aus freistehenden Derivaten von CHF 318 Mio. zurückzuführen. Dies hatte einen Verlust bezüglich der betreffenden Positionen von insgesamt CHF 2 939 Mio. zur Folge. Die Fair-Value-Verluste widerspiegeln den Rückgang von Kreditrisikoprämien bei vorrangigen und nachrangigen Verbindlichkeiten der meisten Währungen. Im Vorjahr waren im Ergebnis Fair-Value-Gewinne aus Veränderungen bei eigenen Kreditrisikoprämien von CHF 1 616 Mio. enthalten. Das Ergebnis von 2012 umfasste auch Restrukturierungsaufwendungen von CHF 680 Mio., die hauptsächlich aus Abfindungen und sonstigem Personalaufwand in Verbindung mit gruppenweiten Massnahmen zur Steigerung der Kosteneffizienz bestanden, sowie zusätzliche Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten von CHF 227 Mio. aus der Einigung bezüglich NCFE-Rechtsstreitigkeiten und Gewinne aus Immobilienverkäufen von CHF 533 Mio.

2011 gegenüber 2010: Von CHF (936) Mio. auf CHF 381 Mio.

Der höhere Gewinn ist hauptsächlich auf Fair-Value-Gewinne aus unseren langfristigen gewöhnlichen Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) von CHF 1 210 Mio., DVA-Gewinne im Zusammenhang mit bestimmten Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldtiteln von CHF 697 Mio. und Fair-Value-Verluste aus freistehenden Derivaten von CHF 291 Mio. zurückzuführen. Dies hatte einen Gewinn bezüglich der betreffenden Positionen von insgesamt CHF 1 616 Mio. zur Folge. Die Fair-Value-Gewinne widerspiegeln die Erhöhung von Kreditrisikoprämien bei allen Währungen, einschliesslich vorrangiger und nachrangiger Verbindlichkeiten. Im Jahr 2010 waren in den Ergebnissen Fair-Value-Gewinne aus Veränderungen bei eigenen Kreditrisikoprämien von CHF 269 Mio. enthalten. Das Ergebnis 2011 beinhaltete auch einen Aufwand vor allem für Abfindungen und sonstige Vergütung im Zusammenhang mit der beschleunigten Umsetzung gruppenweiter Massnahmen zur Steigerung der Kosteneffizienz in Höhe von CHF 847 Mio.

Verwaltete Vermögen

Die verwalteten Vermögen per 31. Dezember 2012 betragen CHF 1 250,8 Mia., was im Vergleich zum 31. Dezember 2011 einer Zunahme von 5,5% entsprach. Dies ist in erster Linie auf die positive Marktentwicklung und Netto-Neugelder von CHF 10,8 Mia. zurückzuführen, die teilweise durch negative Fremdwährungseffekte kompensiert wurden.

Verwaltete Vermögen

Die verwalteten Vermögen widerspiegeln die Änderungen in der Berichterstattung, die in «Kernergebnis – Informationen und Entwicklungen – Darstellungsform und Änderungen der Berichterstattung» erläutert werden.

Die verwalteten Vermögen umfassen Vermögenswerte, die bei uns zu Anlagezwecken gehalten werden. Dazu gehören Vermögen mit Verwaltungsmandat oder auf Beratungsbasis.

Verwaltete Vermögen mit Verwaltungsmandat sind Vermögen, bei denen der Kunde einer Einheit der Credit Suisse mittels eines Verwaltungsmandats eine Vollmacht erteilt. Verwaltete Vermögen mit Verwaltungsmandat werden sowohl im Geschäftsbereich, in welchem die Beratung stattfindet, als auch im Geschäftsbereich, in welchem die Anlageentscheidungen gefällt werden, ausgewiesen. Verwaltete Vermögen, welche im Asset Management für Wealth Management Clients und Corporate & Institutional Clients verwaltet werden, werden in jedem

der betroffenen Geschäftsbereiche ausgewiesen und auf Divisionsstufe eliminiert.

Vermögen auf Beratungsbasis umfassen bei uns platzierte Vermögen, bei welchen der Kunde Zugang zu Anlageberatungsdienstleistungen erhält, aber die Anlageentscheidungen selbst trifft.

Die verwalteten Vermögen und Netto-Neugelder umfassen Vermögenswerte, die von konsolidierten Tochtergesellschaften, Joint Ventures und strategischen Beteiligungen verwaltet werden. Vermögenswerte von Joint Ventures und Beteiligungen werden im Verhältnis unserer Beteiligung am betreffenden Unternehmen berücksichtigt.

2012 beliefen sich die verwalteten Vermögen auf CHF 1 250,8 Mia., was einer Zunahme um CHF 65,6 Mia. oder 5,5% gegenüber dem Vorjahr entsprach. Dies ist das Ergebnis von positiven Marktentwicklungen und Netto-Neugeldern, die teilweise durch nachteilige Fremdwährungseffekte kompensiert wurden.

Verwaltete Vermögen und Kundenvermögen

	Ende			Veränderung in %	
	2012	2011	2010	12 / 11	11 / 10
Verwaltete Vermögen (in Mia. CHF)					
Wealth Management Clients	798.5	750.2	763.1	6.4	(1.7)
Corporate & Institutional Clients	223.8	203.0	195.9	10.2	3.6
Asset Management ¹	371.6	365.2	382.0	1.8	(4.4)
Für andere Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen ²	(143.1)	(133.2)	(135.7)	7.4	(1.8)
Verwaltete Vermögen	1 250.8	1 185.2	1 205.3	5.5	(1.7)
davon Vermögen mit Verwaltungsvollmacht	407.6	390.2	408.0	4.5	(4.4)
davon Vermögen auf Beratungsbasis	843.2	795.0	797.3	6.1	(0.3)
Verwaltete Vermögen	1 250.8	1 185.2	1 205.3	5.5	(1.7)
Kundenvermögen (in Mia. CHF)					
Wealth Management Clients	913.8	854.2	868.6	7.0	(1.7)
Corporate & Institutional Clients	323.1	305.2	300.1	5.9	1.7
Asset Management ¹	371.6	365.2	382.0	1.8	(4.4)
Für andere Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen ²	(143.1)	(133.2)	(135.7)	7.4	(1.8)
Kundenvermögen	1 465.4	1 391.4	1 415.0	5.3	(1.7)

¹ Nicht enthalten ist unser Anteil der verwalteten Vermögen unserer früheren Beteiligung an Aberdeen. ² Im Asset Management für Wealth Management Clients und Corporate & Institutional Clients verwaltete Vermögen.

Zuwachs an verwalteten Vermögen

	2012	2011	2010
Zuwachs an verwalteten Vermögen (in Mia. CHF)			
Netto-Neugelder	10.8	46.6	62.4
davon Wealth Management Clients	19.0	37.4	40.6
davon Corporate & Institutional Clients	1.5	5.3	8.0
davon Asset Management ¹	(9.0)	5.2	20.2
davon für andere Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen ²	(0.7)	(1.3)	(6.4)
Sonstige Einflüsse	54.8	(66.7)	(41.9)
davon Wealth Management Clients	29.3	(50.3)	(37.2)
davon Corporate & Institutional Clients	19.3	1.8	5.3
davon Asset Management	15.4	(22.0) ³	(11.5)
davon für andere Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen ²	(9.2)	3.8	1.5
Total Zuwachs an verwalteten Vermögen	65.6	(20.1)	20.5
davon Wealth Management Clients	48.3	(12.9)	3.4
davon Corporate & Institutional Clients	20.8	7.1	13.3
davon Asset Management ¹	6.4	(16.8)	8.7
davon für andere Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen ²	(9.9)	2.5	(4.9)
Zuwachs an verwalteten Vermögen (in %)			
Netto-Neugelder	0.9	3.9	5.3
davon Wealth Management Clients	2.5	4.9	5.3
davon Corporate & Institutional Clients	0.7	2.7	4.4
davon Asset Management ¹	(2.5)	1.4	5.4
davon für andere Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen ²	0.5	1.0	4.9
Sonstige Einflüsse	4.6	(5.6)	(3.6)
davon Wealth Management Clients	3.9	(6.6)	(4.9)
davon Corporate & Institutional Clients	9.5	0.9	2.9
davon Asset Management	4.3	(5.8)	(3.1)
davon für andere Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen ²	6.9	(2.8)	(1.2)
Total Zuwachs an verwalteten Vermögen	5.5	(1.7)	1.7
davon Wealth Management Clients	6.4	(1.7)	0.4
davon Corporate & Institutional Clients	10.2	3.6	7.3
davon Asset Management ¹	1.8	(4.4)	2.3
davon für andere Geschäftsbereiche verwaltete Vermögen ²	7.4	(1.8)	3.7

¹ Enthält Abflüsse von Private-Equity-Vermögen zum Kostenwert aus Realisierungen und aus nicht gezogenen Verpflichtungen, die keine Gebühren mehr abwerfen. ² Im Asset Management für Wealth Management Clients und Corporate & Institutional Clients verwaltete Vermögen. ³ Enthält eine Anpassung, um den investierten Teil der verwalteten Private-Equity-Vermögen zum Kostenwert auszuweisen und nicht gezogene Verpflichtungen nur zu erfassen, sofern diese Gebühren abwerfen. Perioden vor 3Q11 wurden nicht angepasst.

Im Bereich Wealth Management Clients beliefen sich die verwalteten Vermögen auf CHF 798,5 Mia., was einer Zunahme um 6,4% gegenüber dem Jahresende 2011 entspricht. Dabei wurden die positiven Marktentwicklungen und der Zufluss an Netto-Neugeldern von CHF 19,0 Mia. durch nachteilige Fremdwährungseffekte teilweise kompensiert. Im Asset Management betrug der Zuwachs an verwalteten Vermögen CHF 371,6 Mia., was einer Zunahme um CHF 6,4 Mia. oder

1,8% gegenüber dem Jahresende 2011 entsprach. Diese Zunahme war auf die positive Marktentwicklung zurückzuführen, die teilweise durch Netto-Geldabflüsse von CHF 9,0 Mia. und negative Fremdwährungseffekte kompensiert wurde.

► Siehe «Private Banking & Wealth Management» und «Anhang 36 – Verwaltete Vermögen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu verwalteten Vermögen.

Kundenvermögen

Kundenvermögen ist ein umfassenderer Begriff als verwaltete Vermögen, da in diesem auch Transaktions- und Depotkonten (Vermögenswerte, die lediglich zu Transaktions- und Aufbewahrungszwecken gehalten werden) sowie Vermögenswerte von Firmenkunden und öffentlich-rechtlichen Institutionen, die vorwiegend dem Cash Management oder zu Transaktionszwecken dienen, zusammengefasst werden.

Netto-Neugelder

Netto-Neugelder setzen sich aus einzelnen Geldzahlungen, Titellieferungen sowie aus Geldflüssen, die aus der Erhöhung oder Rückzahlung von Ausleihungen entstehen, zusammen. Den Kunden gutgeschriebene Zins- und Dividendeneträge und die für Bankdienstleistungen belasteten Kommissionen, Zinsen und Gebühren werden nicht berücksichtigt, da sie nichts

über den Erfolg in Bezug auf die Akquisition von verwalteten Vermögen aussagen. Im Weiteren fließen Veränderungen aufgrund von Fremdwährungseffekten oder Marktentwicklungen sowie Mittelzu- oder -abflüsse aufgrund der Übernahme oder Veräusserung von Geschäftsbereichen nicht in die Berechnung von Netto-Neugeldern ein.

Der Bereich Wealth Management Clients erzielte Netto-Neugelder in Höhe von CHF 19,0 Mia., mit Zuflüssen vor allem aus den Emerging Markets und dem UHNWI-Kundensegment. Dies wurde teilweise durch Mittelabflüsse in Westeuropa und Abflüsse im Zusammenhang mit der Integration von Clariden Leu kompensiert. Der Bereich Corporate & Institutional Clients verzeichnete Netto-Neugelder von CHF 1,5 Mia. Das Asset Management verzeichnete Netto-Geldabflüsse von CHF 9,0 Mia. Darin enthalten sind hauptsächlich Abflüsse bei den Multi-Asset Class Solutions, die Rückzahlungen von CHF 14,7 Mia. aus einem einzelnen Mandat im festverzinslichen Bereich beinhalteten und durch Zuflüsse bei Indexstrategien und Kreditprodukten teilweise wettgemacht wurden.

Kritische Bewertungen in der Rechnungslegung

Um eine konsolidierte Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den in den USA allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen (Accounting Principles Generally Accepted in the US, US GAAP) zu erstellen, muss das Management bestimmte buchhalterische Schätzungen vornehmen, um die Bewertung der Aktiven und Verbindlichkeiten zu beurteilen. Diese Schätzungen sind Ermessenssache und beruhen auf den aktuell verfügbaren Informationen. Die tatsächlichen Ergebnisse können wesentlich von diesen Schätzungen abweichen. Das Management ist davon überzeugt, dass die beim Erstellen der konsolidierten Jahresrechnung verwendeten Schätzungen und Annahmen vorsichtig und angemessen sind und einheitlich angewendet werden.

Wir glauben, dass die nachfolgend beschriebenen kritischen Bewertungen in der Rechnungslegung die komplexesten Beurteilungen und Einschätzungen umfassen.

- ▶ Siehe «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze» und «Anhang 2 – Neu herausgegebene Rechnungslegungsstandards» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen über wichtige Rechnungslegungsgrundsätze und neue Rechnungslegungsstandards. Finanzielle Informationen zur Bank finden sich in den entsprechenden Anhängen in der konsolidierten Jahresrechnung der Bank.

Fair Value

Ein bedeutender Teil unserer Aktiven und Verbindlichkeiten wird zum ◻Fair Value ausgewiesen. Der Fair Value der Mehrheit dieser Finanzinstrumente beruht auf in aktiven Märkten gestellten Preisen oder auf beobachtbaren Marktparametern.

Zudem halten wir auch Finanzinstrumente, für die keine Preise und nur wenige oder gar keine beobachtbaren Eingabeparameter verfügbar sind. Bei diesen Instrumenten beruht die Ermittlung des Fair Value auf der subjektiven Einschätzung und Beurteilung unter Berücksichtigung von Liquidität, Preisbildungsannahmen, des aktuellen wirtschaftlichen Umfelds und der Konkurrenzsituation sowie der instrumentspezifischen Risiken. In solchen Fällen erfolgt die Bewertung auf Basis der vom Management selbst vorgenommenen Beurteilungen zu den Annahmen (einschliesslich Annahmen zu Risikoparametern), welche die Marktteilnehmer bei der Preisfestsetzung für den betreffenden Vermögenswert oder die betreffende Verbindlichkeit treffen würden. Zu diesen Instrumenten zählen gewisse

◻OTC-Derivate, einschliesslich Aktien- und Kreditderivaten, gewisse aktienbasierte Wertschriften von Unternehmen, hypothekarwertbezogene Wertschriften und ◻CDOs, Private-Equity-Anlagen, gewisse Ausleihungen und Kreditprodukte (einschliesslich Leveraged Finance, gewisse Konsortialkredite und gewisse hochverzinsliche Anleihen) sowie Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen.

Wir haben von der Vereinfachung der Rechnungslegung unter US GAAP, die gemäss Anleitung bezüglich Fair-Value-Option unter Accounting Standards Codification (ASC) Topic 825, «Financial Instruments», angeboten wird, insbesondere im Investment Banking und im Asset-Management-Bereich des Private Banking & Wealth Management Gebrauch gemacht. Dies wurde erreicht, indem die Fair-Value-Option grundsätzlich für Positionen gewählt wurde, für welche die Hedge-Accounting-Vorschriften unter US GAAP anwendbar wären, sowohl bei ihrer Einführung als auch für nachfolgende Transaktionen. Für Instrumente, für welche die Anwendung von Hedge-Accounting nicht möglich war und für welche wir wirtschaftlich abgesichert sind, haben wir die Fair-Value-Option gewählt. Auch wo wir eine Aktivität auf Fair-Value-Basis führen, bis anhin aber keine Fair-Value-Bewertung anwenden durften, haben wir die Fair-Value-Option in Anspruch genommen, um unsere Finanzbuchführung auf unsere Risikoberichterstattung abzustimmen.

Kontrollprozesse werden angewendet, um zu gewährleisten, dass die in der konsolidierten Jahresrechnung ausgewiesenen Fair Values von Finanzinstrumenten, einschliesslich jener, die von Bewertungsmodellen abgeleitet wurden, angemessen sind und auf einer vernünftigen Grundlage ermittelt werden.

Diese Kontrollprozesse umfassen die Überprüfung und Genehmigung neuer Instrumente, die regelmässige Überprüfung der Gewinne und Verluste, Risikoüberwachung und -beurteilung, Preisverifikationsverfahren und die Überprüfung der Modelle, mit welchen die Fair Values von Finanzinstrumenten geschätzt werden. Diese Kontrollen werden von Mitgliedern des höheren Kaders und Mitarbeitenden mit entsprechendem Fachwissen durchgeführt, die unabhängig von Handels- oder Anlagefunktionen sind.

- ▶ Siehe «Anhang 2 – Neu herausgegebene Rechnungslegungsstandards» und «Anhang 33 – Finanzinstrumente» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zum Fair Value.

Zweckgesellschaften mit variablem Anteil

Im Rahmen unserer normalen Geschäftstätigkeit wickeln wir auch verschiedene Geschäfte mit Einheiten ab, die als Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (Variable Interest Entities, VIEs) gelten. VIEs sind Spezialzweckgesellschaften (Special Purpose Entities, SPEs), die typischerweise ohne zusätzliche nachrangige finanzielle Mittel zu wenig Eigenkapital zur Finanzierung ihrer Aktivitäten haben oder derart strukturiert sind, dass die Inhaber der Stimmrechte keine wesentlichen Anteile an den Gewinnen und Verlusten dieser Gesellschaft haben. Diese Gesellschaften sind dahingehend zu beurteilen, ob sie unter US GAAP konsolidiert werden müssen, wobei verlangt wird, dass die meistbegünstigte Partei (Primary Beneficiary) die VIEs zu konsolidieren hat. Als meistbegünstigte Partei gilt diejenige, welche die Macht hat, die Aktivitäten mit dem grössten Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit der VIEs zu steuern, und potenziell einen wesentlichen Anteil an den Gewinnen oder Verlusten der VIEs hat. Wir konsolidieren sämtliche VIEs, bei welchen wir die meistbegünstigte Partei sind. VIEs können durch uns, nicht verbundene Dritte oder Kunden gesponsert werden. Die Anwendung der Rechnungslegungsvorschriften auf die Konsolidierung von VIEs, einschliesslich der kontinuierlichen Neubeurteilung von VIEs zur möglichen Konsolidierung, kann vom Management in wesentlichem Umfang Ermessensentscheide erfordern.

- ▶ Siehe «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze» und «Anhang 32 – Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten und Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs)» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen über VIEs.

Eventualverbindlichkeiten und Verlustrückstellungen

Unter einer Eventualität wird eine Situation verstanden, bei der ein Grad an Unsicherheit besteht, die erst mit dem Eintreten oder Ausbleiben künftiger Ereignisse aufgelöst wird.

Eventualverbindlichkeiten im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten

Im Zusammenhang mit unserer Geschäftstätigkeit sind wir an verschiedenen gerichtlichen, regulatorischen und schiedsgerichtlichen Verfahren beteiligt. Es liegt in der Natur der Sache, dass der Ausgang vieler dieser Verfahren nur schwer vorauszusagen ist. Das gilt insbesondere für Fälle, in welchen Klagen für verschiedene Klassen von Klägern erhoben werden, in welchen Schadenersatz für nicht präzisierbare oder unbestimmbare Beträge gefordert wird oder welche neuartige rechtliche Forde-

rungen betreffen. Bei der Vorlage unserer konsolidierten Jahresrechnung geht das Management von Annahmen bezüglich des Ausgangs gerichtlicher, regulatorischer und schiedsgerichtlicher Verfahren aus und belastet die Erfolgsrechnung entsprechend, wenn Verluste im Zusammenhang mit solchen Angelegenheiten wahrscheinlich sind und angemessen abgeschätzt werden können. Mit Ausnahme der Rechtskosten der Verteidigung werden keine Aufwendungen für Angelegenheiten verbucht, wenn sich Verluste nicht angemessen abschätzen lassen. Annahmen beruhen naturgemäss auf Ermessen und aktuell verfügbaren Informationen. Dabei wird eine Vielzahl von Faktoren berücksichtigt, unter anderem Art und Natur des Verfahrens, der Fortschritt in der Angelegenheit, erhaltene Rechtsauskünfte von Rechtsanwälten, unsere Verteidigung und Erfahrungen in ähnlichen Angelegenheiten sowie unsere Einschätzung der Angelegenheiten, einschliesslich Vergleichen, unter Einbezug anderer Beklagter in ähnlichen oder damit verbundenen Fällen oder Verfahren.

- ▶ Siehe «Anhang 37 – Rechtsstreitigkeiten» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Rechtsstreitigkeiten.

Wertberichtigung und Rückstellung für Kreditrisiken

Im Rahmen unserer normalen Geschäftstätigkeit sind wir aufgrund unserer Kreditbeziehungen, festen Zusagen und Akkreditive sowie Gegenparteirisiken aus ◻ Derivat-, Fremdwährungs- und anderen Transaktionen Kreditrisiken ausgesetzt. Kreditrisiko ist das Risiko eines Verlustes, weil ein Schuldner oder eine Gegenpartei den finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen kann oder weil sich die Bonität des Schuldners oder der Gegenpartei verschlechtert hat. Bei Nichterfüllung erleiden wir normalerweise einen Verlust in der Höhe des vom Schuldner geschuldeten Betrags abzüglich allfälliger Wiedereingänge aus Pfändung, Liquidation von Sicherheiten oder Restrukturierung der Gesellschaft des Schuldners. Die Wertberichtigung für Kreditverluste wird als eine angemessene Schätzung der an den Bilanzstichtagen bestehenden Kreditverluste erachtet. Diese Wertberichtigung besteht für wahrscheinliche Kreditverluste latenter Art aus bestehenden Positionen und für Kreditpositionen mit Einzelwertberichtigungsbedarf.

- ▶ Siehe «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze» und «Anhang 18 – Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zur Wertberichtigung für Kreditverluste.

Wertberichtigung für latente Kreditverluste

Die Wertberichtigung für latente Kreditverluste bezieht sich auf alle Kreditpositionen, die nicht einzeln wertberichtigt werden, bei welchen aber auf Portfoliobasis latente Ausfallrisiken vor-

handen sind. Die Schätzung dieser Komponente der Wertberichtigung für das Portfolio der Privatkundenkredite beinhaltet die Analyse historischer und aktueller Ausfallwahrscheinlichkeiten, historischer Erfahrungen und entsprechender aktueller Annahmen zur Wiedereinbringlichkeit bei homogenen Krediten basierend auf internen Risikoratings und Produkttypen. Bei der Schätzung dieser Komponente bei Wertberichtigungen des Portfolios von Krediten an Unternehmen und Institutionelle unterteilt die Gruppe die Kredite nach Risiko, Branche oder Länderrating. Die Methodik für das Investment Banking adjustiert die ratingspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeiten, um nicht nur historische Daten von Dritten, sondern auch die aus aktuell notierten Kreditrisikoprämien (Credit Spreads) resultierenden Daten einzubeziehen.

Viele Faktoren werden zur Abschätzung latenter Kreditverluste in bestehenden Positionen herangezogen. Dazu zählen die Volatilität der Ausfallwahrscheinlichkeiten, Ratingänderungen, das Ausmass des potenziellen Verlusts, interne Risikoratings, geografische, branchenbezogene und andere ökonomische Faktoren sowie die Messungsgenauigkeit der zur Kreditrisikoschätzung verwendeten Methoden und Modelle. Allgemeine Kreditrisikoindikatoren werden ebenfalls berücksichtigt, wie zum Beispiel Trends bei Positionen mit internem Rating, klassifizierte Positionen, Barkredite, jüngste Verlustserfahrungen und prognostizierte Abschreibungen sowie branchenbezogene und geografische Konzentrationen und aktuelle Entwicklungen in den betreffenden Segmenten oder Standorten. Wichtige Faktoren sind auch unsere aktuelle Unternehmensstrategie und unser Kreditprozess, einschliesslich Kreditgenehmigung und -limiten, sowie Kriterien für die Kreditvergabe und Umschuldung.

Die Auswertung dieser Faktoren verlangt wesentliche Ermessensentscheide. So erfordert zum Beispiel die Abschätzung der Höhe eines potenziellen Verlustes eine Beurteilung des Zeitraums der zugrunde liegenden Daten. Daten, die keinen vollständigen Kreditzyklus erfassen, können die Genauigkeit der Verlustschätzungen beeinträchtigen. Festzulegen, welche externen Daten hinsichtlich der Ausfallwahrscheinlichkeiten verwendet werden sollten und wann sie zu verwenden sind, ist ebenfalls Ermessenssache. Auch die Verwendung von Marktindizes und Ratings, die nicht genügend mit den Eigenschaften unserer spezifischen Positionen korrelieren, können die Genauigkeit der Verlustschätzungen beeinträchtigen. Das Abschätzen der Auswirkung von Unsicherheiten bezüglich makroökonomischer und politischer Bedingungen, Währungsabwertungen auf grenzüberschreitenden Positionen, Veränderungen der Kriterien für die Übernahme von Kreditemissionen, unerwarteten Korrelationen zwischen Positionen sowie anderen Faktoren

erfordert wesentliche Ermessensentscheide. Änderungen in unseren Schätzungen bezüglich latenter Kreditverluste im Portfolio können sich auf die Rückstellung auswirken und eine Änderung der Wertberichtigung zur Folge haben.

Wertberichtigungen für spezifische Kreditverluste

Wir bilden Rückstellungen für spezifische Kreditverluste auf gefährdeten Ausleihungen gestützt auf eine regelmässige und ausführliche Analyse für jeden im Portfolio enthaltenen Kredit. Diese Analyse umfasst eine Schätzung des realisierbaren Werts allfälliger Sicherheiten, die mit der Rückzahlung und Verwertung entsprechender Sicherheiten verbundenen Kosten, die allgemeine finanzielle Lage, Ressourcen und das bisherige Zahlungsverhalten der Gegenpartei, den Umfang unserer übrigen Positionen gegenüber derselben Gegenpartei sowie die Aussichten auf Unterstützung durch finanziell verantwortliche Garantiegeber.

Die Methodik zur Festlegung spezifischer Wertberichtigungen erfordert Beurteilungen auf vielen Ebenen. Erstens beinhaltet sie eine Früherkennung von sich verschlechternden Kreditpositionen. Eine ausführliche Beurteilung ist notwendig, um die verschiedenen Indikatoren für die finanzielle Lage einer Gegenpartei und die Rückzahlungswahrscheinlichkeit richtig auszuwerten. Würden bestimmte Indikatoren nicht erkannt oder nicht angemessen gewichtet, könnte dies zu einer anderen Schlussfolgerung bezüglich des Kreditrisikos führen. Das Abschätzen des Kreditrisikos ist naturgemäss mit Einschränkungen bezüglich der Vollständigkeit und Genauigkeit der im Schätzungszeitpunkt verfügbaren Informationen bezüglich Gegenpartei, Sicherheiten oder Garantie verbunden. Die Bemessung des Wertberichtigungsbedarfs erfordert ein hohes Mass an Ermessensentscheiden. Wenn möglich werden in den Modellen zur Schätzung der Kreditverluste unabhängige, verifizierbare Daten oder unsere eigene historische Verlustserfahrung verwendet. Ein wesentlicher Grad an Unsicherheit bleibt jedoch bei Anwendung solcher Bewertungstechniken bestehen. Auf die Verbuchungspraxis für Zinserträge hat gemäss unserer Kreditpolitik auch die Klassierung bezüglich Kreditstatus einen bedeutenden Einfluss.

- ▶ Siehe «Risikomanagement» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz und «Anhang 18 – Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zur Offenlegung von Kreditportfolios und Wertberichtigungen und bestimmte andere Informationen, die der Beurteilung von Kreditrisiken und des Kreditrisikomanagements dienen.

Wertberichtigungen auf Goodwill

Unter US GAAP wird Goodwill nicht amortisiert, sondern jährlich auf den 31. Dezember oder häufiger, falls Ereignisse oder veränderte Umstände auf eine mögliche Wertminderung hindeuten, auf Werthaltigkeit überprüft.

Bei der Überprüfung der Werthaltigkeit des Goodwills wird jede Berichtseinheit (Reporting Unit) einzeln beurteilt. Als Berichtseinheit gilt ein operatives Segment oder die Stufe unter einem operativen Segment, die auch als Komponente bezeichnet wird. Eine Komponente eines operativen Segments gilt als Berichtseinheit, wenn die Komponente einen Geschäftsbereich bildet, für welchen separate Finanzinformationen verfügbar sind und dessen Geschäftsergebnis vom Management regelmässig überprüft wird. Im Private Banking & Wealth Management werden Wealth Management Clients, Corporate & Institutional Clients und Asset Management als Berichtseinheiten betrachtet. Das Investment Banking ist eine einzige Berichtseinheit.

Mit der Einführung von Accounting Standards Update ASU 2011-08, «Testing Goodwill for Impairment» (ASU 2011-08), am 1. Januar 2012 ist eine qualitative Beurteilung zulässig, um zu überprüfen, ob der Fair Value der Berichtseinheit geringer ist als ihr Buchwert. Wird aufgrund der qualitativen Beurteilung festgestellt, dass der Fair Value der Berichtseinheit mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50% höher ist als ihr Buchwert, ist kein quantitativer Werthaltigkeitstest für Goodwill notwendig. Wird aufgrund der qualitativen Beurteilung festgestellt, dass der Fair Value der Berichtseinheit mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50% geringer ist als ihr Buchwert, ist der erste Schritt des quantitativen Werthaltigkeitstests für Goodwill durchzuführen, indem der Fair Value der Berichtseinheit berechnet und mit ihrem Buchwert verglichen wird. Übersteigt der Fair Value einer Berichtseinheit ihren Buchwert, ist der Goodwill nicht wertgemindert. Übersteigt der Buchwert den Fair Value, ist der zweite Schritt des quantitativen Werthaltigkeitstests für Goodwill durchzuführen, indem die Höhe eines Wertminderungsaufwands zu ermitteln ist, sofern ein solcher besteht.

Die qualitative Beurteilung ist als Vereinfachung des jährlichen Werthaltigkeitstests gedacht und kann für jede Berichtseinheit und jede Periode übersprungen werden, um direkt mit dem ersten Schritt des quantitativen Werthaltigkeitstests für Goodwill fortzufahren. Wird die qualitative Beurteilung in irgendeiner Periode übersprungen, was der aktuellen Praxis der Gruppe entspricht, kann die Durchführung einer qualitativen Beurteilung in einer beliebigen Folgeperiode wieder aufgenommen werden.

Umstände, die eine erste qualitative Beurteilung oder den ersten Schritt des Werthaltigkeitstests für Goodwill auslösen können, sind unter anderem: (i) makroökonomische Bedingun-

gen, wie eine bedeutende Verschlechterung des allgemeinen wirtschaftlichen Klimas oder andere Entwicklungen auf den Aktien- und Kreditmärkten; (ii) branchen- und marktbezogene Erwägungen, wie die Verschlechterung des Umfelds, in dem die Einheit aktiv ist, ein Umfeld des zunehmenden Wettbewerbs, ein Rückgang der marktabhängigen Multiplikatoren zur Unternehmensbewertung oder Kennzahlen (sowohl in absoluten als auch in relativen Werten gegenüber Mitbewerbern) und aufsichtsrechtliche oder politische Entwicklungen; (iii) sonstige relevante für die Einheit spezifische Ereignisse, wie Veränderungen in Bezug auf Management, Mitarbeitende in Schlüssel-funktionen oder Strategie; (iv) die mehr als 50-prozentige Wahrscheinlichkeit eines Verkaufs oder einer anderweitigen Veräusserung der gesamten oder eines Teils einer Berichtseinheit; (v) Ergebnisse aus der Überprüfung der Werthaltigkeit einer wesentlichen Gruppe von Vermögenswerten in einer Berichtseinheit; (vi) die Erfassung einer Wertberichtigung auf Goodwill im Abschluss einer Tochtergesellschaft, welche Teil einer Berichtseinheit ist, und (vii) ein nachhaltiger Rückgang des Börsenkurses (betrachtet sowohl in absoluten als auch relativen Werten gegenüber Mitbewerbern).

Der Buchwert jeder Berichtseinheit für einen Goodwill-Werthaltigkeitstests wird auf der Basis des zugewiesenen Economic Capital der Berichtseinheit festgelegt. Economic Capital ist ein konsistentes und umfassendes Instrument für Risikomanagement, Kapitalbewirtschaftung und Leistungsmessung. Das nach Berücksichtigung des gesamten Economic Capital allfällig verbleibende Eigenkapital wird anteilig an die Berichtseinheiten zugewiesen. Per 31. Dezember 2012 belief sich das verbleibende Eigenkapital auf CHF 5 302 Mio.

Geplante Economic-Capital-Zuweisungen an jede Berichtseinheit sind in unserem dreijährigen Finanzplanungsprozess enthalten und werden jedes Jahr vom Verwaltungsrat genehmigt. Die Buchwerte der Berichtseinheiten werden ebenfalls jedes Jahr dem Audit Committee präsentiert.

Zu den Faktoren, die bei der Bestimmung des Fair Value einer Berichtseinheit berücksichtigt werden, zählen unter anderem: eine Bewertung der jüngsten Übernahmen ähnlicher Geschäftseinheiten im Markt, aktuelle Aktienkurse ähnlicher Publikumsgesellschaften im Markt einschliesslich Preis-Multiples, jüngste Trends hinsichtlich unseres Aktienkurses und derjenigen von Konkurrenten, Schätzungen unseres zukünftigen Ertragspotenzials aufgrund unseres strategischen Drei-Jahres-Geschäftsplans und das Zinsniveau.

Schätzungen unseres zukünftigen Ertragspotenzials und desjenigen der Berichtseinheiten erfordern Ermessensentscheide in wesentlichem Umfang einschliesslich der Erwartungen des Managements hinsichtlich zukünftiger Veränderungen der Marktzyklen, des regulatorischen Umfelds, der erwarteten Ergebnisse aus der Umsetzung von Unternehmensstrategien,

Wettbewerbsfaktoren und Annahmen bezüglich der Bindung von Mitarbeitenden in Schlüsselfunktionen. Ungünstige Veränderungen der Schätzungen und Annahmen, die zur Ermittlung des Fair Value der Berichtseinheiten der Gruppe verwendet wurden, können in Zukunft eine Wertberichtigung des Goodwills zur Folge haben.

Für jede Berichtseinheit wird quartalsweise eine Planbilanz erstellt. Wenn der zweite Schritt des Goodwill-Werthaltigkeitstests erforderlich ist, wird der implizite Fair Value des Goodwills der entsprechenden Berichtseinheit mit dem Buchwert dieses Goodwills verglichen. Überschreitet der Buchwert den impliziten Fair Value des Goodwills, wird ein Wertberichtigungsaufwand in Höhe des Unterschiedsbetrags erfasst. Der als Goodwill-Wertberichtigung erfasste Verlust kann den Buchwert dieses Goodwills nicht überschreiten. Der implizite Fair Value wird auf dieselbe Weise berechnet wie der in einem Unternehmenszusammenschluss erfasste Goodwill-Betrag, und der aktuelle Fair Value der Berichtseinheit wird allen Aktiven und Passiven dieser Einheit zugeordnet (einschliesslich nichtbilanzierter immaterieller Anlagen, jedoch ohne Goodwill), als wäre die Berichtseinheit im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworben worden. Ein unabhängiger Bewertungsexperte wird in der Regel hinzugezogen, um bei der Bewertung der nichtbilanzierten immateriellen Anlagen der Berichtseinheit mitzuwirken.

Auf der Grundlage unserer Analyse der Werthaltigkeit des Goodwills per 31. Dezember 2012 kamen wir zum Schluss, dass der geschätzte Fair Value für die drei Berichtseinheiten von Private Banking & Wealth Management den entsprechenden Bilanzwert wesentlich überstieg und per 31. Dezember 2012 keine Wertberichtigung notwendig war.

Auch für unsere Berichtseinheit Investment Banking war keine Wertberichtigung notwendig, da der geschätzte Fair Value den Bilanzwert um 10% überstieg. Das Risiko einer zukünftigen Wertberichtigung des Goodwills dieser Berichtseinheit ist aber gestiegen, da die Bewertung der Berichtseinheit stark mit den Wirtschafts- und Finanzmarktbedingungen, den Handelsaktivitäten und der Investitionstätigkeit der Kunden und dem regulatorischen Umfeld, in dem sie tätig ist, korreliert. Wir haben einen unabhängigen Bewertungsspezialisten beauftragt, uns bei der Bewertung der Berichtseinheit per 31. Dezember 2012 unter Verwendung einer Kombination des marktorientierten und des ertragsorientierten Ansatzes zu unterstützen. Im Rahmen des marktorientierten Ansatzes werden zum einen Multiplikatoren auf Basis Kurs und Gewinnerwartung oder Multiplikatoren auf Basis Kurs und Buchwert von ähnlichen gehandelten Unternehmen und zum anderen die zuletzt bezahlten Preise für Transaktionen in der gleichen oder verwandten Branchen berücksichtigt. Im Rahmen des ertragsorientierten Ansatzes wurde ein Diskontierungssatz angewendet, der die Risiken

und Unsicherheiten im Zusammenhang mit den prognostizierten Cashflows der Berichtseinheit widerspiegelt.

Die Ergebnisse der Beurteilung der Werthaltigkeit des Goodwills der Berichtseinheit Investment Banking würden von nachteiligen Veränderungen der im Rahmen des Bewertungsprozesses verwendeten Annahmen beträchtlich beeinflusst. Wenn die tatsächlichen Ergebnisse von unseren bestmöglichen Schätzungen der wichtigsten wirtschaftlichen Annahmen und den entsprechenden, für die Bewertung der Berichtseinheit verwendeten Cashflows in ausreichendem Mass negativ abweichen, könnten wir in Zukunft gezwungen sein, eine wesentliche Wertberichtigung auf dem im Investment Banking erfassten Goodwill von CHF 5 980 Mio. vorzunehmen.

- ▶ Siehe «Anhang 20 – Goodwill» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Goodwill.

Steuern

Ungewisse Ertragsteuerpositionen

Die Gruppe befolgt die Richtlinie von ASC Topic 740, «Income Tax», welche einen konsistenten Rahmen zur Ermittlung der angemessenen Höhe von Steuerrückstellungen für ungewisse Ertragsteuerpositionen bieten.

Die Entscheidung, ob eine Ertragsteuerposition aufgrund des technischen Sachverhalts mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50% einer Überprüfung durch die Steuerbehörden standhält, einschliesslich des Ausgangs damit verbundener Rekurse und Prozesse, erfordert wesentliches Ermessen. Weiteres Ermessen ist für die Festlegung der Höhe des Steuervorteils erforderlich, welcher in der konsolidierten Jahresrechnung erfasst werden darf.

- ▶ Siehe «Anhang 26 – Steuern» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Ertragsteuerpositionen.

Wertberichtigungen für latente Steuern

Per Bilanzstichtag der Gruppe werden latente Steuerguthaben und -verbindlichkeiten für die geschätzten zukünftigen steuerlichen Auswirkungen von steuerlichen Verlustvorträgen und temporären Differenzen zwischen den für die konsolidierte Jahresrechnung massgeblichen Buchwerten bestehender Aktiven und Verbindlichkeiten und den relevanten Steuerwerten ausgewiesen.

Die Realisierbarkeit latenter Steuerguthaben auf temporären Wertdifferenzen hängt von der Generierung steuerbarer Erträge in den Zeiträumen ab, in welchen die betreffenden befristeten Wertdifferenzen zu steuerlich abzugsfähigen Aufwendungen führen. Die Realisierbarkeit entsprechender laten-

ter Steuerguthaben auf steuerlichen Verlustvorträgen hängt von der Generierung steuerbarer Erträge in zukünftigen Perioden ab, in denen die steuerlichen Verlustvorträge geltend gemacht werden können (soweit sie zeitlich nicht unbefristet sind). Das Management überprüft regelmässig, ob latente Steuerguthaben realisiert werden können. Ist das Management der Auffassung, dass die Realisierbarkeit eines latenten Steuerguthabens oder eines entsprechenden Teils mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50% nicht mehr gegeben ist, wird eine entsprechende Wertberichtigung gebildet. Bei der Beurteilung der Werthaltigkeit latenter Steuerguthaben berücksichtigt das Management sowohl positive als auch negative Anhaltspunkte einschliesslich prognostizierter zukünftiger steuerbarer Erträge, die Auflösungen latenter Steuerverbindlichkeiten, die zeitlich planbar sind, und Steuerplanungsstrategien.

Diese Beurteilung erfordert wesentliche Ermessensentscheide des Managements vor allem hinsichtlich des prognostizierten steuerbaren Ertrags. Zukünftiger steuerbarer Ertrag lässt sich nicht mit Sicherheit voraussagen. Er wird aus Budgets und strategischen Geschäftsplänen abgeleitet, hängt aber von zahlreichen Faktoren ab, die zum Teil ausserhalb der Kontrolle des Managements liegen. Erhebliche Abweichungen der tatsächlichen Ergebnisse von den geschätzten zukünftigen steuerbaren Gewinnen oder Änderungen unserer Schätzungen hinsichtlich der zukünftigen steuerbaren Gewinne und mögliche Restrukturierungen könnten Änderungen bezüglich Realisierbarkeit der latenten Steuerguthaben zur Folge haben und eine entsprechende Anpassung der Wertberichtigung erfordern.

Im Rahmen seines üblichen Vorgehens führte das Management eine detaillierte Beurteilung der erwarteten zukünftigen Ergebnisse durch. Diese Beurteilung berücksichtigte das Bekenntnis der Gruppe zum integrierten Geschäftsmodell und die Wichtigkeit des Investment-Banking-Segments innerhalb der integrierten Bank sowie die 2012 angekündigten Veränderungen und die seit 2008 erfolgte Risikoreduktion. Die Beurteilung zeigte die erwarteten zukünftigen Ergebnisse, die voraussichtlich in Ländern erzielt werden, in welchen die Gruppe wesentliche latente Steuerguthaben hat, wie die USA, Grossbritannien und die Schweiz. Danach verglich das Management die erwarteten zukünftigen Ergebnisse mit den für die Nutzung latenter Steuerguthaben anwendbaren Gesetzen. Das US-Steuerrecht gewährt eine 20-jährige Nutzungsperiode für steuerliche Verlustvorträge, im britischen Steuerrecht ist die Nutzungsperiode für steuerliche Verlustvorträge unbegrenzt, und das schweizerische Steuerrecht gestattet steuerliche Verlustvorträge für eine Periode von sieben Jahren.

- ▶ Siehe «Anhang 26 – Steuern» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu latenten Steuerguthaben.

Vorsorgepläne

Die Gruppe

Die Gruppe deckt Vorsorgebedürfnisse in der Schweiz und in anderen Ländern über verschiedene Vorsorgepläne mit Leistungsprimat und Beitragsprimat ab.

Unsere Richtlinien zur Finanzierung der Vorsorgepläne im Ausland stehen in Einklang mit lokalen staatlichen und steuerlichen Anforderungen.

Die Berechnung des Aufwands und der Verbindlichkeiten für Vorsorgepläne mit Leistungsprimat erfordert eine umfangreiche Verwendung von Annahmen, welche Diskontsatz, erwartete Rendite der Planvermögen und Rate der zukünftigen Lohnerhöhungen einschliessen. Das Management legt diese Annahmen, gestützt auf aktuell verfügbare Markt- und Branchendaten sowie die historische Wertentwicklung der Pläne, fest. Weiter konsultiert das Management einen unabhängigen Aktuar, um bei der Wahl angemessener Annahmen und den Bewertungen der entsprechenden Verbindlichkeiten mitzuwirken. Die von der Gruppe verwendeten versicherungsmathematischen Annahmen können infolge veränderter Markt- und Wirtschaftsbedingungen, höherer oder niedrigerer Austrittsraten sowie einer längeren oder kürzeren Lebenserwartung der Versicherten wesentlich von den tatsächlichen Ergebnissen abweichen. Jede dieser Abweichungen kann sich deutlich auf die Höhe des in zukünftigen Jahren verbuchten Vorsorgeaufwands auswirken.

Die Über- beziehungsweise Unterdeckung unserer Vorsorgepläne und Pläne für sonstige Leistungen mit Leistungsprimat an Mitarbeitende im Ruhestand werden in der konsolidierten Bilanz ausgewiesen. Die Auswirkungen aus der Neubemessung des Deckungsgrades (berücksichtigt in den versicherungsmathematischen Gewinnen beziehungsweise Verlusten) und aus Planänderungen (berücksichtigt im nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwand beziehungsweise in der Dienstzeitgutschrift) werden im Eigenkapital als Teil der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst.

Die Summe der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen (Projected Benefit Obligation, PBO) unserer Vorsorgepläne mit Leistungsprimat enthielt per 31. Dezember 2012 einen Betrag von CHF 534 Mio. für angenommene künftige Salärerhöhungen, verglichen mit CHF 568 Mio. per 31. Dezember 2011. Die aktuellen Vorsorgeverpflichtungen (Accumulated Benefit Obligation, ABO) sind definiert als zukünftige Vorsorgeverpflichtungen abzüglich des für die zukünftigen Salärerhöhungen geschätzten Betrags. Die Differenz zwischen dem Fair Value der Planvermögen und den aktuellen Vorsorgeverpflichtungen entsprach einer Überdeckung von CHF 698 Mio. für 2012, verglichen mit einer Überdeckung von CHF 139 Mio. für 2011.

Die zur Berechnung des in der konsolidierten Erfolgsrechnung zu erfassenden Vorsorgeaufwands verwendete erwartete langfristige Rendite auf dem Planvermögen muss von uns geschätzt werden. Die Schätzung zukünftiger Renditen auf dem Planvermögen ist besonders subjektiv, denn sie erfordert eine Beurteilung möglicher zukünftiger Markttrenditen basierend auf der Zusammensetzung der Planvermögen. Zur Berechnung des Vorsorgeaufwands und zur Ermittlung der erwarteten langfristigen Rendite verwenden wir den marktbezogenen Wert der Vermögenswerte. Die per Bemessungsstichtag für die Ermittlung der Vorsorgeverpflichtungen verwendeten Annahmen werden auch benutzt, um den periodischen Nettovorsorgeaufwand für die dem Stichtag folgende 12-Monats-Periode zu berechnen.

Die erwartete gewichtete durchschnittliche langfristige Rendite der Planvermögen für 2012 und 2011 betrug 4,3% beziehungsweise 4,8% für die Schweizer Pläne und 6,4% beziehungsweise 7,3% für die ausländischen Pläne. Wäre die erwartete langfristige Rendite für 2012 um einen Prozentpunkt gestiegen/gesunken, hätte sich der Nettovorsorgeaufwand für die Schweizer Pläne um CHF 145 Mio. und der Nettovorsorgeaufwand für die ausländischen Pläne um CHF 25 Mio. verringert/erhöht.

Der zur Ermittlung der Vorsorgeverpflichtung verwendete Diskontsatz basiert auf den Sätzen von erstklassigen Unternehmensanleihen oder von Staatsanleihen zuzüglich einer Prämie zur Annäherung an die Sätze von erstklassigen Unternehmensanleihen. Bei der Ermittlung des Diskontsatzes berücksichtigen wir die Beziehung zwischen den Unternehmensanleihen sowie Zeitpunkt und Höhe der zukünftigen Geldabflüsse für Leistungsauszahlungen. Der für Schweizer Pläne verwendete Diskontsatz reduzierte sich um 0,6 Prozentpunkte von 2,8% per 31. Dezember 2011 auf 2,2% per 31. Dezember 2012, was vor allem auf einen Rückgang der Sätze am Schweizer Anleihenmarkt zurückzuführen war. Der für ausländische Pläne verwendete durchschnittliche Diskontsatz verringerte sich um 0,3 Prozentpunkte von 4,8% per 31. Dezember 2011 auf 4,5% per 31. Dezember 2012, was vor allem auf einen Rückgang der Sätze an den Anleihenmärkten in der EU, Grossbritannien und den USA zurückzuführen war. Der Diskontsatz wirkt sich sowohl auf den Vorsorgeaufwand als auch auf die zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen aus. Wäre der Diskontsatz für die Schweizer Pläne per 31. Dezember 2012 um einen Prozentpunkt gesunken, hätte dies zu einer Erhöhung der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen von CHF 1 796 Mio. und einer Erhöhung des Vorsorgeaufwands von CHF 134 Mio. geführt. Wäre der Diskontsatz dagegen um einen Prozentpunkt gestiegen, hätte dies einen Rückgang der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen von CHF 1 581 Mio. und einen Rückgang des Vorsorgeaufwands von CHF 127 Mio. zur Folge gehabt. Wäre der Diskontsatz für die ausländischen Pläne per

31. Dezember 2012 um einen Prozentpunkt gesunken, hätte dies zu einer Erhöhung der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen von CHF 578 Mio. und einer Erhöhung des Vorsorgeaufwands von CHF 53 Mio. geführt. Wäre der Diskontsatz dagegen um einen Prozentpunkt gestiegen, hätte dies einen Rückgang der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen von CHF 468 Mio. und einen Rückgang des Vorsorgeaufwands von CHF 46 Mio. zur Folge gehabt.

Versicherungsmathematische Verluste und nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand werden über die durchschnittliche verbleibende Dienstzeit der aktiven Mitarbeitenden, die im Rahmen des Plans erwartungsgemäss Leistungen beziehen dürften, amortisiert. Die durchschnittliche verbleibende Dienstzeit per 31. Dezember 2012 betrug bei den Schweizer Plänen etwa neun Jahre, bei den ausländischen Plänen zwischen vier und 26 Jahren. Der Vorsteueraufwand im Zusammenhang mit der Amortisation der versicherungsmathematischen Nettoverluste und des nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwands für Vorsorgepläne mit Leistungsprimat betrug per 31. Dezember 2012, 2011 und 2010 CHF 165 Mio., CHF 152 Mio. beziehungsweise CHF 140 Mio. Die Amortisation erfasster versicherungsmathematischer Verluste und des nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwands per 31. Dezember 2013 für Vorsorgepläne mit Leistungsprimat, die zu Beginn des Jahres berechnet wird, dürfte sich nach Steuern auf CHF 175 Mio. belaufen. Der Effekt von Abweichungen zwischen unseren versicherungsmathematischen Annahmen und den tatsächlichen Entwicklungen dieser Parameter bei unseren Vorsorgeplänen wirkt sich weiter auf die Höhe der im Eigenkapital erfassten versicherungsmathematischen Nettoverluste beziehungsweise -gewinne aus, was einen höheren oder niedrigeren Amortisationsaufwand in den Perioden nach 2013 zur Folge haben wird.

► Siehe «Anhang 29 – Vorsorgepläne und sonstige Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Vorsorgeleistungen.

Die Bank

Die Bank deckt die Vorsorgepflichten für ihre Mitarbeitenden in der Schweiz über die Beteiligung an einem von der Gruppe gesponserten Vorsorgeplan mit Leistungsprimat ab (Gruppenplan). An diesen Gruppenplan, bei welchem es sich um eine in Zürich domizilierte unabhängige Stiftung handelt, sind verschiedene Rechtseinheiten der Gruppe angeschlossen. Die Gruppe führt den Gruppenplan als selbständigen Vorsorgeplan mit Leistungsprimat. Dabei wendet sie zur Berechnung des periodischen Nettovorsorgeaufwands, der erwarteten zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen (PBO), der aktuellen Vorsorgeverpflichtungen (ABO) und der entsprechenden Beträge, welche in der konsolidierten Bilanz ausgewiesen werden, das Verfahren der

laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Actuarial Method) an. Die Über- oder Unterdeckung des Gruppenplans wird in der konsolidierten Bilanz ausgewiesen. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste und der nachzuverrechnende Dienstzeitaufwand beziehungsweise die Dienstzeitgutschrift werden im Eigenkapital als Teil der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst.

Die Bank führt den Gruppenplan als Beitragsprimatplan. Dabei erfasst die Bank nur diejenigen Beträge als periodenbezogenen Nettovorsorgeaufwand, welche für die jeweilige Periode an den Gruppenplan zu leisten sind, und weist nur die fälligen, unbezahlten Beiträge als Verbindlichkeit aus. Darüber hinaus erfasst die Bank für den Gruppenplan keinen weiteren Aufwand und keine Bilanzpositionen.

Die Bank deckt die Vorsorgepflichten für ihre Mitarbeitenden an ausländischen Standorten über die Beteiligung an verschiedenen Vorsorgeplänen ab. Diese werden als selbständige Vorsorgepläne mit Leistungs- oder Beitragsprimat geführt.

Hätte die Bank den Gruppenplan für 2012 als Leistungsprimatplan ausgewiesen, hätte die erwartete langfristige Rendite, welche zur Berechnung der erwarteten Rendite auf dem Planvermögen als Bestandteil des periodischen Nettovorsorgeaufwands benutzt wird, 4,3% betragen. Die erwartete gewichtete durchschnittliche langfristige Rendite, welche zur Berechnung der erwarteten Rendite auf den Planvermögen der ausländischen selbständigen Vorsorgepläne mit Leistungsprimat als Bestandteil des periodischen Nettovorsorgeaufwands benutzt wird, betrug für 2012 6,4%.

Der zur Ermittlung der Vorsorgeverpflichtung verwendete Diskontsatz basiert auf den Sätzen von erstklassigen Unternehmensanleihen oder von Staatsanleihen zuzüglich einer Prämie zur Annäherung an die Sätze von erstklassigen Unternehmensanleihen. Hätte die Bank den Gruppenplan per 31. Dezember 2012 als Leistungsprimatplan geführt, hätten

die zur Berechnung der Vorsorgeverpflichtung und des periodischen Nettovorsorgeaufwands verwendeten Diskontsätze 2,2% beziehungsweise 2,8% betragen. Die zur Berechnung der Vorsorgeverpflichtung und des periodischen Nettovorsorgeaufwands verwendeten gewichteten durchschnittlichen Diskontsätze für die ausländischen selbständigen Vorsorgepläne mit Leistungsprimat beliefen sich per 31. Dezember 2012 auf 4,5% beziehungsweise 4,8%. Wäre der Diskontsatz für die ausländischen selbständigen Pläne um einen Prozentpunkt gesunken, hätte dies zu einer Erhöhung der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen von CHF 578 Mio. und einer Erhöhung des Vorsorgeaufwands von CHF 53 Mio. geführt. Wäre der Diskontsatz dagegen um einen Prozentpunkt gestiegen, hätte dies einen Rückgang der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen von CHF 468 Mio. und einen Rückgang des Vorsorgeaufwands von CHF 46 Mio. zur Folge gehabt.

Die Bank weist für den Gruppenplan keine Amortisation von versicherungsmathematischen Verlusten oder von nachzuverrechnendem Dienstzeitaufwand aus. Versicherungsmathematische Verluste und nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand in Bezug auf die ausländischen selbständigen Vorsorgepläne mit Leistungsprimat werden über die durchschnittliche verbleibende Dienstzeit der aktiven Mitarbeitenden, die im Rahmen des Plans erwartungsgemäss Leistungen beziehen dürften, amortisiert. Der Vorsteueraufwand im Zusammenhang mit der Amortisation von nicht erfassten versicherungsmathematischen Nettoverlusten und nachzuverrechnendem Dienstzeitaufwand betrug per 31. Dezember 2012, 2011 und 2010 CHF 73 Mio., CHF 51 Mio. beziehungsweise CHF 37 Mio. Die Amortisation erfasster versicherungsmathematischer Verluste und des nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwands per 31. Dezember 2013, die zu Beginn des Jahres berechnet wird, dürfte sich nach Steuern auf CHF 47 Mio. belaufen.



Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz

**104 Management von Liquidität
und Refinanzierung**

111 Kapitalbewirtschaftung

131 Risikomanagement

**162 Bilanzielle, ausserbilanzielle
und sonstige vertragliche
Verpflichtungen**

Management von Liquidität und Refinanzierung

Im Verlauf des Jahres 2012 war unsere Liquiditäts- und Refinanzierungsposition nach wie vor stark. Die Mehrheit unserer unbesicherten Refinanzierung stammt aus Kern-Kundeneinlagen und langfristigem Fremdkapital.

Überblick

Unsere Liquiditäts- und Refinanzierungsstrategie ist vom Capital Allocation and Risk Management Committee (CARMC) genehmigt und wird vom Verwaltungsrat überwacht. Die Umsetzung und Ausführung dieser beiden Strategien liegt bei Treasury. Treasury stellt die Einhaltung der Liquiditätspolitik sowie die effiziente Koordination der besicherten Refinanzierungsbereiche sicher. So können wir potenzielle Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken besser bewirtschaften und unsere Liquidität und Refinanzierung umgehend an Stresssituationen anpassen. Es erfolgt eine regelmässige Berichterstattung über das Liquiditäts- und Refinanzierungsprofil an das CARMC und den Verwaltungsrat. Diese beiden Instanzen legen die Risikobereitschaft und die Parameter für die Nutzung der Bilanz durch unsere Geschäftsbereiche fest. Der Verwaltungsrat ist für die Festlegung unserer gesamten Risikotoleranz in Form einer Stellungnahme zur Risikobereitschaft (Risk Appetite Statement) verantwortlich.

Unser Liquiditäts- und Refinanzierungsprofil widerspiegelt unsere Strategie und unsere Risikobereitschaft, wobei die Geschäftsaktivitäten und das Geschäftsumfeld insgesamt von massgeblicher Bedeutung sind. Mit der Anpassung unseres Liquiditäts- und Refinanzierungsprofils wollen wir den Lehren aus der Finanzkrise, der anschliessenden Änderung unserer Geschäftsstrategie und den Entwicklungen auf aufsichtsrechtlicher Ebene Rechnung tragen. Wir beteiligen uns aktiv an aufsichtsrechtlichen und branchenspezifischen Foren zur Förderung von Best-Practice-Normen im Bereich der quantitativen und qualitativen Liquiditätssteuerung. Unser internes Regelwerk zur Bewirtschaftung des Liquiditätsrisikos wird von der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA), weiteren Aufsichtsbehörden und Ratingagenturen kontrolliert und überwacht.

Regulatorischer Rahmen

Im April 2010 und März 2011 führten wir die überarbeiteten Liquiditätsgrundsätze ein, die wir mit der FINMA im Anschluss an deren Beratungen mit der Schweizerischen Nationalbank (SNB) vereinbart hatten. Damit soll sichergestellt werden, dass

die Gruppe und die Bank auf konsolidierter Basis über eine angemessene Reserve an liquiden, nicht belasteten, erstklassigen Wertschriften verfügen, die in einer Krisensituation für einen bestimmten Zeitraum zur Verfügung stehen.

Im Dezember 2010 veröffentlichte der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basler Ausschuss) das internationale Regelwerk Basel III, das die Messung des Liquiditätsrisikos, dessen Überwachung und die entsprechenden Vorschriften regelt. Das Regelwerk sieht unter anderem eine Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und eine strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio, NSFR) vor. Der Basler Ausschuss hat angekündigt, die Auswirkungen dieser Liquiditätsvorschriften auf die Finanzmärkte, die Kreditverlängerung und das Wirtschaftswachstum auch in Zukunft zu überprüfen, um sich mit unbeabsichtigten Folgen befassen zu können.

Die LCR tritt am 1. Januar 2015, d.h. nach Ende der seit 2011 laufenden Beobachtungsfrist, in Kraft und gilt bis zum 1. Januar 2019. Sie ist als Massnahme gegen Liquiditätsrisiken auf 30 Tage angelegt und soll sicherstellen, dass die Banken über einen Bestand an unbelasteten, qualitativ hochwertigen liquiden Vermögenswerten verfügen, um so im Fall eines ausgeprägten Stressszenarios den kurzfristigen Liquiditätsbedarf zu decken. Die LCR besteht aus zwei Komponenten, dem Wert des Bestands an qualitativ hochwertigen liquiden Vermögenswerten in Stresssituationen und den gesamten Netto-Barmittelabflüssen gemäss festgelegten Szenarioparametern. Das Verhältnis zwischen dem Bestand an liquiden Vermögenswerten und den Netto-Barmittelabflüssen muss anfänglich mindestens 60% betragen und während vier Jahren um jeweils 10% erhöht werden, um per 1. Januar 2019 100% zu erreichen.

Die NSFR-Kennzahl, die am 1. Januar 2018 im Anschluss an eine Beobachtungsphase, die 2012 begann, eingeführt werden soll, stellt Kriterien auf für ein Minimum an stabiler Refinanzierung, basierend auf der Liquidität der Vermögenswerte einer Bank und ihrer Aktivitäten über einen Zeithorizont von einem Jahr. Die NSFR ist eine Ergänzung zur LCR und ist so strukturiert, dass die Refinanzierung illiquider Aktiven mit einem angemessenen Betrag von stabilen langfristigen Mitteln sichergestellt wird. Dabei wird die NSFR definiert als das Verhältnis der verfügbaren stabilen Refinanzierungsmittel gegenüber dem

Betrag der erforderlichen stabilen Refinanzierungsmittel und sollte immer mindestens 100% betragen.

Im November 2012 führte der Schweizer Bundesrat eine neue Liquiditätsverordnung ein, welche die Liquiditätsanforderungen von Basel III in Schweizer Recht umsetzt, wobei zum Teil weitere Regulierungen erforderlich sind. Die betreffenden qualitativen und quantitativen Anforderungen decken sich im Allgemeinen mit unserer derzeitigen Grundsatzvereinbarung zur Liquidität mit der FINMA.

Unsere überarbeiteten Liquiditätsgrundsätze und unser Regelwerk für das Liquiditätsrisikomanagement, die durch die FINMA genehmigt wurden, entsprechen den Liquiditätsanforderungen des Basel-III-Regelwerks.

- ▶ Siehe «Basel-Regelwerk» in I – Informationen zum Unternehmen – Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden – Jüngste regulatorische Entwicklungen und Vorschläge für weitere Informationen.

Regelwerk für das Liquiditätsrisikomanagement

Unser Konzept für das Liquiditätsrisikomanagement

Die Liquiditäts- und Refinanzierungspolitik ist darauf ausgelegt, ausreichende Refinanzierungen zur Deckung aller Verpflichtungen in Extremfällen bereitzustellen, die entweder auf Markt ereignisse oder auf Probleme der Credit Suisse selbst zurückgehen. Dies wird durch eine konservative Asset-Liability-Management-Struktur zur Sicherstellung einer Refinanzierung mit langfristigen Verbindlichkeiten, wie stabilen Einlagen, erreicht, deren Umfang die illiquiden Vermögenswerte erheblich übersteigt. Um kurzfristigen Liquiditätsengpässen begegnen zu können, ist ein Liquiditätspool vorgesehen, der im Folgenden beschrieben und für unvorhergesehene Abflüsse im Falle schwerer Belastungen der Märkte oder besonderer Stresssituationen gedacht ist. Unsere Liquiditätsrisikoparameter widerspiegeln diverse Liquiditätsstressszenarien, die wir als konservativ einschätzen. Wir steuern unser Liquiditätsprofil derart, dass wir bei einem Versiegen der unbesicherten Mittelquellen für Refinanzierungen über ausreichend liquide Mittel verfügen, um unsere Geschäftstätigkeit während angemessener Zeit über unsere Mindestvoraussetzungen hinweg aufrechtzuerhalten.

Obwohl die NSFR voraussichtlich erst 2018 eingeführt wird und noch durch den Basler Ausschuss und die FINMA geändert werden kann, haben wir 2012 damit angefangen, die NSFR als Hauptinstrument zur Kontrolle unserer strukturellen Liquiditätsposition, zur Refinanzierungsplanung sowie als Basis für unsere Funds-Transfer-Pricing-Strategie einzusetzen. Zur Umsetzung unserer im Oktober 2012 bekannt gegebenen Absicht, unsere Bilanzsumme bis Ende 2013 auf unter CHF 900 Mia., auf wechselkursneutraler Basis verglichen zum Ende

des dritten Quartals 2012, zu reduzieren, verstärkten wir unser Profil bei der langfristigen Refinanzierung zusätzlich, um unsere NSFR rascher zu erhöhen. Unsere NSFR unter dem aktuellen Regelwerk der FINMA lag Ende 2012 unseren Schätzungen zufolge bei über 100%. Wo die Anforderungen unklar sind oder noch vom Basler Ausschuss und von der FINMA festgelegt werden müssen, arbeiten wir mit eigenen Annahmen und Hypothesen.

Parallel zur NSFR verwenden wir nach wie vor unser internes Liquiditätsbarometer, um die Liquidität mit internen Vorgaben zu steuern sowie als Grundlage für die Abbildung von spezifisch auf die Credit Suisse bezogenen Stressszenarien und systemischen Marktstressszenarien sowie wegen ihres Einflusses auf die Refinanzierung und Liquidität. Das Barometer-Regelwerk dient zur Unterstützung unserer Refinanzierungsstruktur. Mithilfe des Barometers können wir den Zeithorizont steuern, in welchem der angepasste Marktwert unbelasteter Aktiven (einschliesslich Barmitteln) den gesamten Wert vertragsgemäss abfliessender unbesicherter Verbindlichkeiten zuzüglich eines konservativen Prognosewerts für erwartete Eventualverpflichtungen übersteigt. Mit dem Barometer sind wir in der Lage, das Liquiditätsmanagement nach dem gewünschten Profil in Stresssituationen auszurichten und so in Extremsituationen, die entweder auf Markt ereignisse oder Probleme der Credit Suisse zurückgehen, Aktivitäten über einen längeren Zeitraum (der auch als Liquiditätshorizont bezeichnet wird) fortzuführen, ohne dass Geschäftspläne geändert werden müssen. Im Rahmen dieses Regelwerks haben wir auch kurzfristige Ziele auf der Basis zusätzlicher Stressszenarien vorgesehen, um für kurze Zeiträume ununterbrochene Liquidität zu gewährleisten.

Unser Liquiditätssteuerungs-Regelwerk ermöglicht es uns, Stressanalysen unserer Bilanz- und Ausserbilanzpositionen vorzunehmen, die unter anderem Folgendes umfassen:

- eine mehrstufige Rückstufung der langfristigen Kreditratings der Credit Suisse, welche einen zusätzlichen Refinanzierungsbedarf auslöst, da bestimmte ausserbilanzielle Eventualverpflichtungen bestehen;
- bedeutende Mittelabflüsse bei Kundeneinlagen im Private Banking;
- möglicher Mittelabfluss im Zusammenhang mit dem Prime-Brokerage-Geschäft;
- die Verfügbarkeit besicherter Refinanzierung erfordert eine wesentliche Überdeckung;
- es besteht kein Zugang zu Kapitalmärkten sowie Märkten für Einlagenzertifikate und Commercial Papers (CP);
- andere Zugänge zum Geldmarkt sind deutlich eingeschränkt;
- Rückgang des Refinanzierungswertes unbelasteter Aktiven;

- fehlender Zugriff auf Aktiven von Gruppengesellschaften aufgrund von regulatorischen, betrieblichen oder sonstigen Einschränkungen;
- die Möglichkeit, dass wir in Zeiten von stressbelasteten Märkten nicht vertraglich vereinbarte Liquiditätsunterstützungen, einschliesslich des Ankaufs unserer nicht besicherten Schuldtitel, zur Verfügung stellen;
- Überwachung von Konzentrationen bei den Quellen der Wholesale-Finanzierung, wodurch die Refinanzierungsvielfalt gefördert wird;
- Überwachung der Zusammensetzung und Analyse der unbelasteten Aktiven;
- beschränkte Verfügbarkeit von Fremdwährungs-Swap-Märkten; sowie
- andere Szenarien, die gegebenenfalls für notwendig erachtet werden

Governance

Refinanzierungs-, Liquiditäts-, Kapital- sowie unsere Fremdwährungsrisiken im Bankenbuch werden zentral vom Treasury gesteuert. Die Aufsicht über diese Aktivitäten liegt beim CARMC, einem Ausschuss, dem die Chief Executive Officers (CEOs) der Gruppe und der Divisionen, der Chief Financial Officer, der Chief Risk Officer (CRO) und der Treasurer angehören.

Das CARMC ist verantwortlich für die Überwachung der Kapitalausstattung, der Bilanzentwicklung, der derzeitigen und zukünftigen Refinanzierung, der Zinsrisiken und der Fremdwährungspositionen sowie für die Bestimmung und Überwachung der Einhaltung interner Risikolimiten. Das CARMC prüft regelmässig die Methoden und Annahmen, die unserem Regelwerk für die Bewirtschaftung des Liquiditätsrisikos zugrunde liegen, und legt den einzuhaltenden Liquiditätshorizont fest.

Alle Liquiditätsstresstests werden vom CRO koordiniert und überwacht, damit eine für alle Risikoarten konsistente und koordinierte Methode gewährleistet ist.

Notfallpläne

Im Falle einer Liquiditätskrise sieht unser Liquiditätsnotfallplan bestimmte Massnahmen vor, die entsprechend der Art der Krise zu ergreifen sind. Unser Treasurer aktiviert den Notfallplan, wenn er mehrere Meldungen über den Eintritt von Auslöseereignissen (Trigger) erhält. Im Voraus definierte Eskalationsverfahren sorgen dafür, dass das Senior Management und das CARMC einbezogen werden, die Aufsichtsbehörden informiert sind und der Refinanzierungsausschuss (Funding Execution Committee), der einen spezifischen Massnahmenplan erstellt und die Geschäfts- und Refinanzierungsaktivitäten koordiniert,

zusammentritt. In jedem Fall verfolgt der Plan die folgenden Prioritäten: (unverzögliche) Stärkung der Liquidität, (mittelfristige) Reduzierung des Refinanzierungsbedarfs und (längerfristig) die Bewertung von Optionen zur Wiederherstellung.

Liquiditätspool

Treasury verwaltet umfangreiche Bestände an liquiden Vermögenswerten. Dieses Portfolio enthält Barmittel, hochwertige Anleihen, an Hauptmärkten gehandelte Beteiligungspapiere und andere liquide Wertpapiere, die als Liquiditätspool dienen. Ein Teil des Liquiditätspools stammt aus Reverse-Repo-Vereinbarungen mit Gegenparteien bester Bonität. Die meisten dieser liquiden Vermögenswerte sind nach den Liquiditätsvorschriften des Basler Ausschusses anrechenbar. Wir achten auf potenzielle Kreditrisiken und fokussieren unsere Strategie im Umgang mit Liquiditätsbeständen auf Guthaben bei Zentralbanken sowie kurzfristige Reverse-Repo-Geschäfte im Zusammenhang mit Staatsanleihen hoher Bonität. Die Anleihen können als Sicherheiten für Liquiditätsfazilitäten bei verschiedenen Zentralbanken einschliesslich der Schweizerischen Nationalbank (SNB), der US Federal Reserve (Fed), der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Bank of England eingesetzt werden. Unser direktes Engagement in diesen Anleihen betrifft ausschliesslich hochliquide staatliche Einheiten oder voll abgesicherte staatliche Körperschaften, jeweils mit Höchststrating. Diese Wertschriften können auch dazu dienen, um den Liquiditätsbedarf für unsere lokalen Geschäftsbereiche zu decken.

Alle Wertschriften, einschliesslich solcher, die im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften erworben wurden, unterliegen einem für den Stress-Level geltenden Haircut, der auf Stressszenarien basiert und das Risiko widerspiegelt, dass im Notfall die Refinanzierung nicht zu Marktbedingungen möglich ist.

Der Liquiditätspool wird von uns zentral verwaltet und in den Hauptgeschäftsstellen gehalten. Durch die Verwahrung des Liquiditätspools bei diesen Einheiten ist gewährleistet, dass wir den lokalen Einheiten bei Bedarf unverzüglich Liquidität und Refinanzierung zur Verfügung stellen können.

Per 31. Dezember 2012 belief sich unser Liquiditätspool nach Berücksichtigung des Stress-Level-Haircuts, basierend auf unserem internen Modell, auf CHF 127 Mia. Er bestand aus CHF 47 Mia. an Barmitteln, die von bedeutenden Zentralbanken gehalten wurden, vor allem von der SNB, der Fed und der EZB, CHF 57 Mia. an Wertschriften von Staaten und staatlichen Stellen, vor allem aus den USA, Deutschland, Frankreich und Grossbritannien, sowie CHF 23 Mia. an anderen hochliquiden Vermögenswerten, darunter Aktien, die in bedeutenden Indizes vertreten sind.

Refinanzierung und Verwendung der Refinanzierungsmittel

Wir refinanzieren unsere Bilanz hauptsächlich durch Kern-Kundeneinlagen, langfristiges Fremdkapital und Eigenkapital. Wir überwachen die Refinanzierungsmittel, einschliesslich ihrer Währungs- und Länderkonzentrationen, und ob es sich um besicherte oder unbesicherte Quellen handelt. Ein erheblicher Teil der Bilanz ist fristenkongruent (☉Match Funded) refinanziert und erfordert keine ungesicherte Refinanzierung. Fristenkongruent refinanzierte Bilanzpositionen umfassen Aktiven und Passiven mit nahezu identischer Liquiditätsbindung und nahezu identischen Werten, so dass die von den Positionen generierte beziehungsweise benötigte Liquidität und die Refinanzierung im Wesentlichen übereinstimmen. Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken sowie ☉Repo-Geschäfte sind hochliquide Positionen. Ein wesentlicher Teil unserer Vermögenswerte, insbesondere die Aktiven aus nicht belasteten Handelsgeschäften, die das Wertschriftengeschäft unterstützen, setzen sich aus Wertpapierbeständen und besicherten Forderungen zusammen, die Schwankungen ausgesetzt, generell jedoch liquide sind. Diese liquiden Vermögenswerte stehen zur Verfügung, um kurzfristige Verbindlichkeiten zu decken.

Diese Vermögenswerte machten Ende 2012 CHF 127 Mia. unseres Liquiditätspools aus und können in einem mit unseren kurzfristigen Stressannahmen übereinstimmenden zeitlichen Rahmen flüssig gemacht werden. Unsere strategische Reduktion der Bilanzsumme hatte per Ende 2012 im Vergleich zum Jahresende 2011 einen Abbau unserer kurzfristigen Verbindlichkeiten um 27% auf CHF 112 Mia. zur Folge. Daher konnten wir unsere Liquiditätsbestände im selben Ausmass abbauen und unseren Liquiditätspool im Vergleich zum Jahresende 2011 um 28% senken, ohne unser Liquiditätsrisiko materiell zu verändern.

Ausleihungen, der grösste Bestandteil unserer illiquiden Vermögenswerte, werden von den Kern-Kundeneinlagen refinanziert. Per Ende 2012 wiesen wir diesbezüglich eine Überdeckung von 20% auf. Der Rückgang gegenüber 22% per Ende 2011 geht in erster Linie auf den Anstieg der Ausleihungen zurück, der umfangreicher ausfiel als der Anstieg der Kern-Kundeneinlagen. Die sonstigen illiquiden Vermögenswerte einschliesslich Immobilien, Private Equity und andere langfristige Investitionen sowie eine Sicherheitsmarge (☉Haircut) für die illiquiden Anteile von Wertschriften werden mit langfristigen Verbindlichkeiten und Eigenkapital refinanziert. Dabei versuchen wir, einen umfangreichen Refinanzierungspuffer beizubehalten.

Refinanzierungsstruktur der Bilanz

Per 31. Dezember 2012 (in Mia. CHF)

Reverse-Repo-Geschäfte	143	Match Funded	163	Repo-Geschäfte	
Belastete Handelsbestände	71		51	Leerverkäufe	
Finanzierungsneutrale Aktiven ¹	123		123	Finanzierungsneutrale Verbindlichkeiten ¹	
Fl. Mittel & Bankford.	64	120% Deckung	39	Sonst. kurzfr. Verb. ²	
Unbelastete liquide Aktiven ³	151		54	Bankverbindlichkeiten	
			19	kurzfr. Verbindlichkeiten	
Ausleihungen ⁴	237		285	61	auf Termin
				133	auf Sicht
				60	Spareinlagen
				31	Treuhand
Sonstige illiquide Aktiven	135	148	Langfristige Verbindlichkeiten		
			42	Total Eigenkapital	
Aktiven: 924			Passiven: 924		

¹ Enthält hauptsächlich Forderungen/Verbindlichkeiten aus Kundenhandel, positive/negative Wiederbeschaffungswerte und Barsicherheiten. ² Enthält hauptsächlich den Überschuss der finanzierungsneutralen Verbindlichkeiten (aus Kundenhandel) gegenüber den entsprechenden Aktiven. ³ Enthält hauptsächlich unbelastete Handelsbestände, unbelastete Anlagen in Wertschriften und überschüssige Reverse-Repo-Geschäfte, nach Haircuts. ⁴ Nicht enthalten sind Ausleihungen an Banken. ⁵ Nicht enthalten sind Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Einlagenzertifikate.

Die Kern-Kundeneinlagen beliefen sich per Ende 2012 auf insgesamt CHF 285 Mia. Dies entspricht einem Anstieg um 3% im Vergleich zu den CHF 278 Mia. per Ende 2011, die aus einem Wachstum der Kundeneinlagen im Private Banking & Wealth Management resultierten. Kern-Kundeneinlagen stammen von Kunden, mit denen wir eine enge und langjährige Beziehung pflegen. Nicht enthalten in den Kern-Kundeneinlagen sind Einlagen von Banken und Einlagenzertifikate. Wir legen Wert auf die Aufrechterhaltung und den Ausbau der Kundeneinlagen, da sie sich auch in schwierigen Marktlagen als eine stabile und widerstandsfähige Refinanzierungsquelle erwiesen haben.

Treasury ist für die Entwicklung, Umsetzung und regelmäßige Aktualisierung unseres Refinanzierungsplans verantwortlich. Dieser beruht auf den Wachstumserwartungen für die Geschäftstätigkeit, der Bilanzentwicklung, dem zukünftigen Refinanzierungsbedarf, den Laufzeitstrukturen sowie den Auswirkungen der jeweiligen Marktlagen.

Der Zinsaufwand der langfristigen Verbindlichkeiten, ohne strukturierte Schuldtitel, wird im Verhältnis zu bestimmten, für die Finanzindustrie relevanten Indizes, wie der London Interbank Offered Rate, überwacht und bewirtschaftet. Dieser Ansatz der Refinanzierung zeigt die Sensitivität unserer Passiven und Aktiven gegenüber Veränderungen der Zinssätze. Unsere durchschnittlichen Refinanzierungskosten, welche den Divisionen zugeteilt werden, blieben weitgehend unverändert gegenüber Ende 2011.

Wir halten die Auswirkungen von Refinanzierungsaufschlägen mittels sorgfältiger Bewirtschaftung der Fälligkeiten unserer Verbindlichkeiten und der günstigen Aufnahme von Fremdkapital in Grenzen. Wie stark sich Refinanzierungsaufschläge auf den Zinsaufwand auswirken, hängt von vielen Faktoren ab, unter anderem auch von der absoluten Höhe der Indizes, auf die sich unsere Refinanzierungen stützen.

Wir diversifizieren unsere Refinanzierungsquellen durch die Emission strukturierter Schuldtitel. Hierbei handelt es sich um Schuldverschreibungen, deren Rendite an die Entwicklung von Rohstoffen, Aktien, Indizes oder Devisen beziehungsweise von anderen Aktiven gekoppelt ist. Wir sichern diese Instrumente normalerweise über Positionen in den als Basiswert dienenden Vermögenswerten beziehungsweise Derivate ab. Unsere Liquiditätsplanung umfasst auch die Fälligkeit von strukturierten Schuldtiteln. Ende 2012 waren CHF 36,6 Mia. an strukturierten Schuldtiteln der Gruppe ausstehend, im Vergleich zu CHF 35,7 Mia. Ende 2011.

Zudem setzen wir besicherte Finanzierungen ein, darunter Repo-Geschäfte und Wertschriftenleihe. Das Volumen unserer Repo-Geschäfte schwankt in Abhängigkeit von Marktchancen, den Kundenbedürfnissen nach hochliquiden Sicherheiten, beispielsweise US-Schatzanweisungen und US-Agency-Securities, und der Auswirkung von Limiten bezüglich Bilanzwachstum und risikogewichteter Aktiven (Risk-weighted Assets, RWA). Zudem sind Matched-Book-Geschäfte – Transaktionen, bei denen Wertschriften im Rahmen von Weiterverkaufsvereinbarungen gekauft und gleichzeitig im Rahmen von Rückkaufsvereinbarungen mit vergleichbaren Laufzeiten und Margen verkauft werden – relativ risikofrei und stehen im Allgemeinen in Zusammenhang mit der Kundenaktivität.

Unsere wichtigste Liquiditätsquelle sind konsolidierte Gesellschaften. Mittelaufnahmen über nicht konsolidierte Spezialzweckgesellschaften (Special Purpose Entities, SPEs) und über die Verbriefung von Aktiven sind unwesentlich.

Wertschriften für die Refinanzierung und Kapitalaufnahme werden in erster Linie durch die Bank, unsere wichtigste operative Tochtergesellschaft und zudem ein US-Registrant, emittiert. Die Bank leiht ihren Tochter- und verbundenen Gesellschaften, den Bedürfnissen entsprechend, vor- oder nachrangig Gelder aus. Nachrangige Gelder werden in der Regel ausgeliehen, um die Eigenkapitalanforderungen einzuhalten oder, je nach Wunsch des Managements, um Geschäftsmöglichkeiten zu unterstützen.

Emission und Rückzahlung von Schuldverschreibungen

Die Kapitalmarktmissionen der Gruppe umfassen vor- und nachrangige Schuldverschreibungen in Form von US-registrierten Angeboten und Medium-Term-Note-Programmen, Euro-Medium-Term-Note-Programmen, Australian-Dollar-Domestic-Medium-Term-Note-Programmen, einer sogenannten Samurai-Shelf-Registrierung in Japan und Pfandbriefprogrammen. Als global tätige Bank haben wir Zugang zu den verschiedensten Märkten in aller Welt, und unsere wichtigsten Finanzierungszentren umfassen Zürich, New York, London und Tokio.

Wir setzen eine breite Palette von Produkten und Währungen ein, um effiziente und hinsichtlich der Märkte und Anlegertypen gut diversifizierte Refinanzierungen sicherzustellen. Praktisch alle unsere unbesicherten vorrangigen Schuldverschreibungen werden ohne die Einhaltung von Financial Covenants begeben (wie negative Veränderungen unseres Kreditratings, unserer Geldflüsse oder Finanzkennzahlen), die unsere Refinanzierungskosten in die Höhe treiben oder die Fälligkeit der Schuldverschreibungen verkürzen könnten. Pfandbriefrefinanzierungen erfolgen in Form von durch Hypotheken gedeckte inländische Pfandanleihen, bei denen die Pfandbriefbank schweizerischer Hypothekarinstitute als Emittent auftritt. Zusammen mit einem anderen Institut wurde diese Bank durch die Bundesversammlung im Jahr 1930 per Gesetz gegründet, um die Emission von Pfandbriefen zu zentralisieren. Zudem nutzen wir unser eigenes internationales Pfandbriefprogramm.

2012 emittierten wir inländische Pfandbriefanleihen im Umfang von CHF 1,4 Mia., internationale Pfandbriefanleihen im Umfang von CHF 3,3 Mia. und vorrangige Schuldverschreibungen im Umfang von CHF 0,4 Mia., während inländische Pfandbriefanleihen im Umfang von CHF 1,1 Mia. und vorrangige Schuldverschreibungen im Umfang von CHF 10,8 Mia. fällig oder zurückgezahlt wurden. In Verbindung mit unserem Rückkaufsangebot im Juli 2012 kauften wir vorrangige Schuldverschreibungen im Wert von CHF 1,7 Mia. zurück. Per 31. Dezember 2012 waren CHF 15,2 Mia. an inländischen und internationalen Pfandbriefanleihen im Umlauf.

Zum 31. Dezember 2012 betrug die durchschnittliche gewichtete Laufzeit unserer langfristigen Verbindlichkeiten 6,1 Jahre (einschliesslich Einlagenzertifikaten mit einer einjährigen oder längeren Laufzeit, aber ohne strukturierte Schuldtitel, und unter der Annahme, dass kündbare Schuldverschreibungen bei Endfälligkeit und Instrumente ohne feste Endfälligkeit im Jahr 2030 getilgt werden).

- ▶ Siehe «Anhang 24 – Langfristige Verbindlichkeiten» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Die kurzfristigen Geldaufnahmen gingen per Ende 2012 um 29% auf CHF 18,6 Mia. zurück. Der Anteil der unbesicherten Finanzierungen aus langfristigen Verbindlichkeiten, ohne rückgriffsfreie Verbindlichkeiten in Zusammenhang mit der Konsolidierung von VIEs, belief sich per Ende 2012 auf 25% und war somit gegenüber dem Jahresende 2011 (26%) rückläufig.

- ▶ Siehe «Kapitalaufnahmen und Rückzahlungen» in Kapitalbewirtschaftung für weitere Informationen über die Ausgabe von Kapital, einschliesslich Buffer Capital Notes und unserem Rückkaufangebot.

Transferpreissystem

Unser internes Transferpreissystem basiert auf marktgerechten Preisen und ist so konzipiert, dass die Refinanzierungskosten den einzelnen Geschäftsbereichen so zugewiesen werden, dass Anreize für eine effiziente Nutzung der Fremdmittel geschaffen werden. Dieses System ist ein wichtiges Instrument zur Zuweisung der kurz- und langfristigen Kosten zur Refinanzierung der Bilanzen der einzelnen Geschäftsbereiche. Die Kosten zur Refinanzierung der ausserbilanziellen Eventualverbindlichkeiten sowie die Kosten im Zusammenhang mit der Refinanzierung von Liquidität und Bilanzposten wie Goodwill, die sich der Kontrolle der einzelnen Geschäftsbereiche entziehen, werden den Geschäftsbereichen ebenfalls zugewiesen. Dieses Instrument ist gerade in Zeiten angespannter Kapitalmärkte, in denen die Beschaffung von Mitteln eine grössere Herausforderung und mit höheren Kosten verbunden ist, besonders wichtig. Soweit unsere Geschäftsbereiche langfristige stabile Mittel anbieten können, werden sie mit diesem System entsprechend entlastet.

Geldfluss aus operativer, Investitions- und Finanzierungstätigkeit

Als weltweit tätiges Finanzinstitut sind unsere Geldflüsse komplex und zusammenhängend, mit geringem Bezug zu unseren Nettoerträgen und unserem Nettovermögen. Daher sind wir der Ansicht, dass herkömmliche Geldflussanalysen bei der Einschätzung unserer Liquiditätsposition weniger aussagekräftig sind als die oben dargestellte Finanzierungs- und Liquiditätspolitik. Geldflussanalysen sind allerdings gegebenenfalls nützlich, um bestimmte Makro-Trends im Geschäft der Gruppe herauszuarbeiten.


Für das am 31. Dezember 2012 endende Geschäftsjahr belief sich der Nettogeldabfluss aus operativer Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche auf CHF 12,7 Mia., was hauptsächlich auf einen Rückgang der Handelsbestände und Verpflichtungen aus Handelsbeständen, netto, einen Rückgang der sonstigen Verbindlichkeiten, einen Anstieg der sonstigen Aktiven und das im Jahr 2012 erzielte Ergebnis aus fortzuführender Geschäftsbereiche zurückzuführen war. Die operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Gruppe sind aufgrund der Höhe und des Zeitrahmens der Geldflüsse im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit starken Schwankungen ausgesetzt. Das Management ist der Ansicht, dass die Geldflüsse aus Geschäftstätigkeit, die verfügbaren Barmittelbestände und die lang- und kurzfristigen Ausleihungen ausreichen, um die operativen Liquiditätsbedürfnisse der Gruppe zu finanzieren.

Unsere Investitionstätigkeit umfasst in erster Linie die Schaffung von bis zum Verfall zu haltenden Ausleihungen, sonstige Forderungen und das Wertschriftenanlageportfolio. Für das am 31. Dezember 2012 endende Geschäftsjahr betrug der Nettogeldzufluss aus Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche CHF 43,0 Mia., was hauptsächlich auf den Rückgang von Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, ◉Reverse-Repurchase-Geschäften und Wertschriftenleihen sowie einen Anstieg der Ausleihungen zurückzuführen war.

Unsere Finanzierungsaktivitäten umfassen vor allem die Emission von Schuldverschreibungen und die Entgegennahme von Kundeneinlagen. Wir schütten jährlich Dividenden auf unseren Stammaktien aus. 2012 belief sich der Nettogeldabfluss aus Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche auf CHF 77,9 Mia., was hauptsächlich auf die Rückzahlung langfristiger Schuldverschreibungen sowie einen Abbau der Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, im Rahmen von ◉Repurchase-Geschäften verkauften Wertpapieren und Wertpapierleihen zurückzuführen war. Diese Entwicklung wurde durch die Emission langfristiger Verbindlichkeiten teilweise kompensiert.

Kreditratings

Unser Zugang zu den Kapitalmärkten und die Kosten für die Mittelaufnahmen hängen wesentlich von unserem Kreditrating ab. Bei der Vergabe eines Unternehmensratings ziehen die Ratingagenturen zahlreiche Faktoren in Betracht. Hierzu zählen etwa die Gewinnentwicklung, die Mischung der Geschäftstätigkeiten, die Position im Markt, die Eigentümerverhältnisse, die Finanzstrategie, die Kapitalisierung, die Risikobewirtschaftungspolitik und -praxis, die Unternehmensleitung und die allgemeinen Aussichten für die Finanzdienstleistungsbranche. Ratingagenturen können ihre Ratings jederzeit anheben, herabstufen oder entziehen beziehungsweise öffentlich bekanntgeben, dass sie ihre Ratings anheben oder senken wollen.

Obwohl Bankeinlagen in den Bereichen Retail und Private Banking im Allgemeinen weniger empfindlich auf Änderungen der Kreditratings einer Bank reagieren, sind die Kosten und der Zugang zu anderen Quellen für unbesicherte externe Mittel grundsätzlich an die Kreditratings gekoppelt. Diese Ratings sind besonders wichtig für uns, wenn wir in bestimmten Märkten tätig sind und wenn wir nach längerfristigen Möglichkeiten für die Mittelaufnahme, einschliesslich  Over-the-Counter-Derivaten (OTC), suchen.

Eine Herabstufung der Kreditratings könnte unseren Zugang zu den Kapitalmärkten erschweren, die Kosten für Mittelaufnahmen erhöhen, Bedarf an zusätzlichen Sicherheiten

schaffen oder Gegenparteien bestimmter Handels- und besicherter Finanzierungsvereinbarungen sowie von Derivatkontrakten eine Kündigung der Transaktion ermöglichen. Geringere Liquidität und negative Auswirkungen auf unser Betriebs- und Finanzergebnis wären die Folge. Diese mit einer eventuellen Herabstufung unserer Kreditratings um zwei Stufen verbundenen Ereignisse fliessen in unser Liquiditätsbarometer mit ein. Eine gleichzeitige Rating-Herabstufung der langfristigen Verbindlichkeiten der Bank um eine, zwei oder drei Stufen durch alle drei grossen Ratingagenturen hätte zum 31. Dezember 2012 maximal zusätzliche Deckungsverpflichtungen oder auch Kündigungszahlungen im Rahmen bestimmter derivativer Instrumente in Höhe von CHF 0,7 Mia., CHF 2,4 Mia. beziehungsweise CHF 3,5 Mia. zur Folge und keine wesentlichen Auswirkungen auf unsere Liquiditäts- und Refinanzierungsplanung. Würde die Herabstufung nicht von allen drei Ratingagenturen gleichzeitig vorgenommen, wären die Folgen geringer. Die Auswirkung der im Juni 2012 angekündigten Herabstufung durch Moody's auf unsere Deckungsverpflichtungen belief sich auf weniger als CHF 100 Mio.

Per Ende 2012 erfüllten wir die Anforderungen bezüglich der Beibehaltung eines bestimmten Kreditratings im Rahmen dieser derivativen Instrumente.

- ▶ [Siehe «Informationen für Investoren» im Anhang für weitere Angaben zu den Kreditratings der Gruppe und der Bank.](#)

Kapitalbewirtschaftung

Mit einer BIZ-Kernkapitalquote nach Basel II.5 von 19,4% zum Jahresende 2012 verfügen wir nach wie vor über eine starke Kapitalbasis. In dieser Kennzahl drücken sich ein Rückgang der risikogewichteten Aktiven um 7% und ein Anstieg des Kernkapitals um CHF 6,7 Mia. aus.

Kapitalstrategie und Regelwerk

Die Credit Suisse misst einer starken und effizienten Kapitalbasis eine hohe Priorität bei. Mittels unserer Kapitalstrategie stärken wir unsere Kapitalbasis und optimieren den Einsatz der risikogewichteten Aktiven, insbesondere im Hinblick auf neue Eigenmittelanforderungen, weiterhin.

Der Kapitalbedarf der Credit Suisse insgesamt widerspiegelt die aufsichtsrechtlichen Ziele und die Ratingziele des Managements sowie die der Bank zugrunde liegenden Risiken. Mit unserem Regelwerk berücksichtigen wir den Kapitalbedarf sowohl für realisierte als auch unrealisierte Verluste und sorgen dafür, dass wir unsere starke Kapitalbasis beibehalten können. Mehrjährige Prognosen und Kapitalpläne werden für die Gruppe sowie für die bedeutendsten Tochtergesellschaften erstellt und zusammen mit den Aufsichtsbehörden während des Jahres laufend überprüft. Diese Pläne werden mehreren Stresstests unterworfen, welche sowohl die makroökonomischen als auch die spezifischen Risiko-Szenarien berücksichtigen. Im Zusammenhang mit diesen Stresstests werden Notfallpläne für das Kapital entwickelt. Dadurch wird sichergestellt, dass die möglichen Abfederungsmassnahmen mit dem Risikokapital und mit den herrschenden Marktbedingungen bezüglich Zugang zu zusätzlichem Kapital im Einklang stehen.

Unser Regelwerk zur Kapitalbewirtschaftung beruht auf dem Konzept des Economic Capital, d.h. einem konsistenten und umfassenden Instrument. Dieses Konzept wird auch für das Risikomanagement und die Rentabilitätsmessung eingesetzt. Economic Capital misst Risiken anhand ökonomischer Realitäten und weniger anhand aufsichtsrechtlicher oder bilanzieller Regeln. Economic Capital ist der geschätzte Kapitalbetrag, der in Übereinstimmung mit unserer angestrebten Finanzstärke, die sich in unserem langfristigen Kreditrating widerspiegelt, benötigt wird, um auch unter extremen Markt-, Geschäfts- und operationellen Bedingungen zahlungs- und handlungsfähig zu bleiben.

- ▶ Siehe «Economic Capital und Positionsrisiko» in Risikomanagement für weitere Informationen zum Economic Capital.

Dank der weiteren Verbesserung unserer regulatorischen Kapitalbasis in den letzten Jahren waren wir gut positioniert, um die strengeren Kapitalanforderungen unter dem Basel-III-

Regelwerk und der Schweizer «Too Big To Fail»-Gesetzgebung zu erfüllen. Im Juli 2012 kündigten wir eine Reihe von Massnahmen an, um unsere Kapitalausstattung im Hinblick auf die vorherrschenden regulatorischen und Kapitalmarktbedingungen beschleunigt zu stärken.

- ▶ Siehe «Kapitalmassnahmen von Juli 2012» für eine eingehende Darstellung der im Juli 2012 angekündigten Massnahmen.

Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen

Überblick

Das regulatorische Umfeld, in dem die Credit Suisse tätig ist, erfährt nach wie vor wichtige Änderungen, die immer konservativere Messstandards und höhere Eigenkapitalanforderungen zur Folge haben.

Seit 2008 haben wir die als Basel II bekannten internationalen Eigenkapitalanforderungen des Basler Ausschusses angewendet, wie sie von der FINMA umgesetzt wurden, einschliesslich einiger zusätzlicher Anforderungen für Schweizer Grossbanken, bekannt als «Swiss Finish». Basel II liefert das Regelwerk für die Messung der angemessenen Eigenkapitalausstattung und die Mindeststandards, die von den lokalen Aufsichtsbehörden anzuwenden sind, und wirkt sich so auf die Messung sowohl der risikogewichteten Aktiven (Risk-weighted Assets, RWA) als auch der gesamten anrechenbaren Eigenmittel aus. Im Januar 2011 führte die Credit Suisse, wie von der FINMA verlangt, die überarbeiteten Marktrisikover-schriften («Revisions to the Basel II market risk framework») des Basler Ausschusses (Basel II.5) für die Eigenkapitalanforderungen der FINMA ein, einschliesslich einiger zusätzlicher Anforderungen für Schweizer Grossbanken, des «Swiss Finish», wie sie bis zum 31. Dezember 2012 galten.

Das Basler Regelwerk beruht auf drei Säulen, die sich gegenseitig ergänzen sollen:

- Säule 1: Mindestkapitalanforderungen – verlangt von einem Institut, dass es über genügend Kapital zur Deckung seines Kreditrisikos, seines Marktrisikos und seiner operationellen Risiken verfügt.
- Säule 2: Aufsichtsrechtliches Überprüfungsverfahren – beschreibt die Rolle der Aufsichtsinstanz, die darin besteht, sicherzustellen, dass die Institute über ein ange-

messenes Verfahren zur Beurteilung und zur Aufrechterhaltung der Eigenkapitalquote über die regulatorischen Mindestanforderungen hinaus verfügen.

- Säule 3: Marktdisziplin – enthält die Offenlegungsanforderungen, insbesondere für jene Institute, die um die Anerkennung bankinterner Modelle zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen ersuchen. Informationen zur Eigenmittelunterlegung gemäss den Offenlegungsanforderungen unter Säule 3 (Pillar 3) sind unter www.credit-suisse.com/pillar3 verfügbar.

Das Basel-Regelwerk beschreibt eine Reihe von Auswahlmöglichkeiten zur Bestimmung der Eigenkapitalanforderungen, um den Banken und Aufsichtsbehörden die Wahl jener Ansätze zu ermöglichen, die für ihre Geschäfte und ihre Finanzmarktinfrastruktur am besten geeignet sind. Die Credit Suisse hat sich generell für die am weitesten fortgeschrittenen Ansätze entschieden, die sich mit dem internen Risikomanagement decken und sich durch die beste Risikosensitivität auszeichnen.

Die FINMA hat die Verwendung des ◉Advanced Internal Ratings-based Approach (A-IRB-Ansatz) zur Berechnung des Kreditrisikos genehmigt. Beim A-IRB-Ansatz werden die nach Risiko gewichteten Positionen anhand interner Risikoparameter wie der ◉Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD), der ◉erwarteten Verlustquote (Loss Given Default, LGD) sowie der effektiven Restlaufzeit berechnet. Das Ausfallrisiko wird entweder anhand von Bilanzdaten oder Modellen errechnet.

Die Berechnung der Eigenmittelunterlegung der Marktrisiken erfolgt gemäss Internal Models Approach, der Standardmessmethode und dem Standardansatz.

Nicht gegenparteibezogene Risiken entstehen durch Bestände an Liegenschaften und Einrichtungen, Immobilien und Investitionen in Immobilienunternehmen.

Gemäss dem Basler Regelwerk wird das operationelle Risiko in den risikogewichteten Aktiven berücksichtigt. Die FINMA hat die Verwendung des ◉Advanced Measurement Approach (AMA) genehmigt. Zur Messung des operationellen Risikos anhand des AMA-Ansatzes wurden zentrale Szenarien definiert, welche die massgeblichen operationellen Risiken anhand eines Ereignismodells beschreiben.

Per 1. Januar 2013 wurde das von uns im Jahr 2012 angewendete Basel-II.5-Regelwerk durch das ◉Basel-III-Regelwerk ersetzt. Der Basler Ausschuss veröffentlichte im Jahr 2010 das Basel-III-Regelwerk, das höhere Mindestkapitalanforderungen, einen Kapitalerhaltungspuffer und einen antizyklischen Kapitalpuffer, angepasste risikobasierte Kapitalmassnahmen, eine Leverage Ratio sowie Liquiditätsvorschriften vorsieht.

Per 1. Januar 2013 wurde das Basel-III-Regelwerk zusammen mit der Schweizer ◉«Too Big To Fail»-Regulierung und den dazugehörigen Vorschriften in die schweizerische Gesetz-

gebung übernommen. Unsere in diesem Zusammenhang erfolgten Offenlegungen entsprechen unserer aktuellen Auslegung dieser Anforderungen, einschliesslich der hierfür massgeblichen Hypothesen. Änderungen bei der abschliessenden Umsetzung dieser Anforderungen in der Schweiz oder in unseren Hypothesen und Annahmen könnten zu Zahlenangaben führen, die von den vorliegenden abweichen. Bei der Berechnung der Quoten verwenden wir Schätzungen der risikogewichteten Aktiven zum 31. Dezember 2012, die von einer Implementierung des Basel-III-Regelwerks in der Schweiz zu diesem Datum ausgehen.

- Siehe «Neue Eigenkapitalanforderungen 2013» sowie «Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden» in I – Informationen zum Unternehmen für weitere Informationen über das Basel-III-Regelwerk und die Schweizer «Too Big To Fail»-Gesetzgebung.

Modelle zur Risikomessung

Im Rahmen des Basel-II.5-Regelwerks haben wir im Zusammenhang mit den Eigenmittelanforderungen der FINMA neue Modelle zur Risikomessung eingeführt. Dazu gehörten ein ◉Eigenmittelzuschlag für zusätzliche Risiken im Handelsbuch (Incremental Risk Charge, IRC) und ein ◉Stress-Value-at-Risk (Stress-VaR). Beim IRC handelt es sich um einen aufsichtsrechtlichen Eigenmittelzuschlag für Ausfall- und Migrationsrisiken bei Positionen in den Handelsbüchern. Er stellt eine Ergänzung zu den übrigen Anforderungen an das Regelwerk für ◉VaR-Modellierungen einschliesslich des Stress-VaR dar. Der Stress-VaR repliziert eine VaR-Berechnung für das aktuelle Portfolio der Gruppe unter Einbezug einer einjährigen Beobachtungsperiode für wesentliche finanzielle Stresssituationen und trägt dazu bei, den prozyklischen Charakter der minimalen Eigenmittelanforderungen für Marktrisiken zu reduzieren.

Im Einklang mit den Vorschriften der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) verwendet die FINMA einen Multiplikator für eine Erhöhung der Eigenmittelunterlegung von Marktrisiken für jeden im ◉regulatorischen VaR festgestellten ◉Backtesting-Ausreisser, der die Anzahl von vier Backtesting-Ausreissern in der vorangehenden rollenden 12-Monats-Periode übersteigt. Für diese Messung werden Backtesting-Ausreisser unter Verwendung einer Untergruppe der effektiven täglichen Handelsgewinne berechnet. Darin sind nur die Auswirkungen der Tagesveränderungen von Finanzmarktvariablen wie Zinssätzen, Aktienkursen und Wechselkursen auf den Positionen des Vorabends enthalten. Unser Multiplikator für die Eigenmittelunterlegung der Marktrisiken blieb 2012 auf den Mindestniveaus der FINMA und der BIZ, und wir verzeichneten keine Erhöhung der Eigenmittelunterlegung von Marktrisiken.

Mit Genehmigung der FINMA haben wir ein Regelwerk für die umfassende Risikomessung eingeführt, um sämtliche Preisrisiken (Ausfall-, Spreadschwankungs- und Korrelationsrisiko)

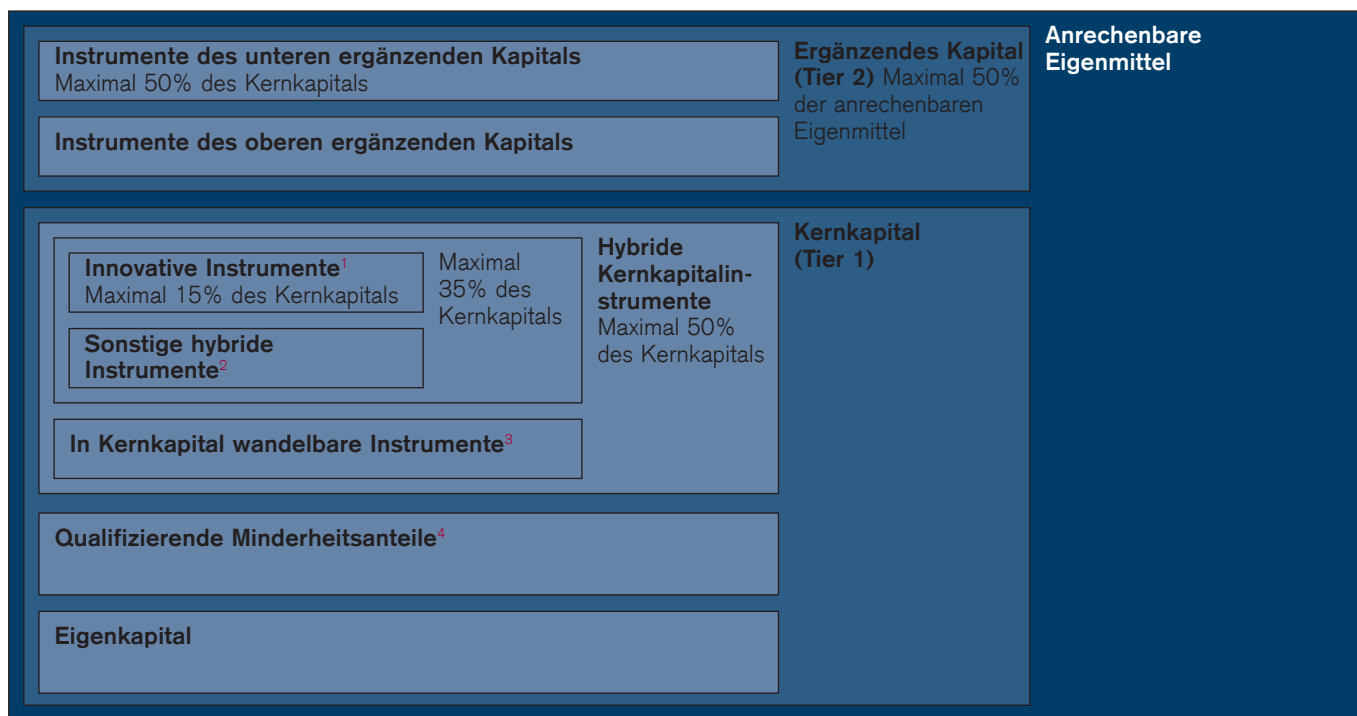
umfassende Eigenmittelunterlegung für Credit-Correlation-Produkte in unserem Handelsbuchbestand zu berechnen.

- ▶ Siehe «Marktrisiko» unter Risikomanagement für eingehende Informationen zu den Modellen der Credit Suisse für die Risikomessung und Backtesting-Ausreisser.

Kapitalstruktur

Das Total der anrechenbaren Eigenmittel gemäss Definition unter Basel II.5 in der Umsetzung durch die FINMA wird in der folgenden Tabelle und dem folgenden Text erläutert.

Eigenmittelstruktur – Basel II «Swiss Finish»



Die Prozentsätze beziehen sich auf das Kernkapital (Tier 1) und die anrechenbaren Eigenmittel vor etwaigen Abzügen.

¹ Hybride Instrumente, welche in Form nichtkumulierbarer, unbefristeter Vorzugspapiere und nachrangiger Schuldtitel ausgegeben werden. Sie verfügen entweder über eine feste Laufzeit oder einen Anreiz zur Rückzahlung, wie z. B. eine Erhöhung des Coupons, wenn das Instrument im Falle der Abrufbarkeit nicht zurückbezahlt wird.

² Hybride Instrumente, welche in Form nichtkumulierbarer, unbefristeter Vorzugspapiere und nachrangiger Schuldtitel ausgegeben werden. Sie verfügen über keine feste Laufzeit und keinen Anreiz zur Rückzahlung. ³ Hybride Instrumente, welche durch einen vorgegebenen Mechanismus in Kernkapital (Tier 1) gewandelt werden können, wie beispielsweise Pflichtwandelanleihen auf Stammaktien. ⁴ Anrechenbare Minderheitsanteile an Tochtergesellschaften umfassen Stammaktien in konsolidierten Tochtergesellschaften im Banken- und Finanzbereich sowie Kernkapitalpapiere, welche von einer Dritt-Zweckgesellschaft ausgegeben wurden und auf einer nachrangigen Basis garantiert werden.

Kernkapital (Tier 1)

Das BIZ-Kernkapital (Tier 1) umfasst das Total Eigenkapital der Aktionäre, qualifizierende Minderheitsanteile und hybride Kernkapitalinstrumente.

Qualifizierende Minderheitsanteile an Tochtergesellschaften umfassen Stammaktien in konsolidierten Tochtergesellschaften im Banken- und Finanzbereich sowie Beteiligungspapiere der Bank, welche an eine Dritt-Zweckgesellschaft ausgegeben wurden (Kernkapitalpapiere). Diese Dritt-Zweckgesellschaft emittierte unkündbare, nicht kumulative Schuldtitel, die durch Kernkapitalpapiere der Bank sowie durch Vorzugspapiere, die von einer Tochtergesellschaft der Gruppe ausgegeben wurden und von der Bank auf einer nachrangigen Basis garantiert werden, besichert sind. Dividenden auf Kernkapital- und Vorzugs-

papieren dürfen nur dann ausgerichtet werden, wenn die Bilanzgewinne dafür ausreichen, keine Beschränkungen auf Dividendenausschüttungen auf Kernkapital- und Vorzugspapieren bestehen und die Auflagen bezüglich Eigenmittelunterlegung und Liquidität eingehalten werden können. Die Rückzahlung von Kernkapital- oder Vorzugspapieren bedingt eine angemessene Eigenkapitalunterlegung und Solvenz sowie die vorherige Zustimmung durch die FINMA.

Zu den hybriden Kernkapitalinstrumenten zählen unter anderem Vorzugspapiere, die von Zweckgesellschaften ausgegeben wurden, und direkt von der Bank emittierte nachrangige Schuldtitel. Diese hybriden Kernkapitalinstrumente sind unbesicherte, unkündbare, nichtkumulierbare und tief nachrangige Instrumente, denen im Rang nur Stammaktien und anrechenbare

Minderheitsanteile nachstehen. Wir sind nur dann zu Zinsbeziehungsweise Dividendenzahlungen auf diese hybriden Kernkapitalinstrumente verpflichtet, wenn auch Dividenden auf Stammaktien und anrechenbare Minderheitsanteile ausgeschüttet werden. Das Risiko dieser hybriden Kernkapitalinstrumente ist mit dem Risiko von Stammaktien und qualifizierenden Minderheitsanteilen vergleichbar. Bis zu einer Limite von 15% können sie in Verbindung mit Call-Optionen Erhöhungen des Coupons aufweisen, die frühestens fünf Jahre nach der Emission zum Tragen kommen. Auf diesen Instrumenten dürfen nur dann Zinsen oder Dividenden ausgerichtet werden, wenn die Bilanzgewinne dafür ausreichen und die Auflagen in Bezug auf die Eigenmittelunterlegung und Liquidität eingehalten werden können. Die Rückzahlung dieser Instrumente bedingt eine angemessene Eigenkapitalunterlegung und Solvenz sowie die vorherige Genehmigung durch die FINMA.

Hybride Kernkapitalinstrumente unterstehen einer Limite von 50% des Kernkapitals. Die folgenden Kategorien und Limiten bestimmen das Ausmass, in welchem diese hybriden Kernkapitalinstrumente zum Kernkapital anrechenbar sind:

- Ein Maximum von 15% vom Kernkapital kann in der Form von innovativen Instrumenten sein. Diese Instrumente haben entweder eine feste Laufzeit oder einen Anreiz zur Rückzahlung, wie beispielsweise eine Erhöhung des Coupons, wenn das Instrument im Falle der Abrufbarkeit nicht zurückbezahlt wird.
- Ein Maximum von 35% vom Kernkapital, nach Abzug der Instrumente, welche der 15%-Limite unterstehen, kann in der Form von anderen hybriden Kernkapitalinstrumenten sein. Diese haben keine feste Laufzeit und keinen Anreiz zur Rückzahlung.
- Ein Maximum von 50% vom Kernkapital, nach Abzug der Instrumente, welche der 15%- und der 35%-Limite unterstehen, kann in der Form von Instrumenten sein, welche durch einen vorgegebenen Mechanismus in Kernkapital gewandelt werden können, wie beispielsweise Wandelanleihen mit Wandelpflicht auf Namenaktien der Credit Suisse Group.

Zur Berechnung des Kernkapitals werden gewisse Abzüge vom Total Eigenkapital der Aktionäre vorgenommen:

- Goodwill und andere immaterielle Werte;
- Beteiligungen an Versicherungsgesellschaften, Investitionen in bestimmte Bank- und Finanzgesellschaften und gewisse Verbriefungspositionen (identischer Abzug vom Kernkapital und vom ergänzenden Kapital); sowie
- weitere Anpassungen einschliesslich kumulativer Fair-Value-Anpassungen von Schuldtiteln der Credit Suisse nach Steuern, erwartete, aber noch nicht vereinbarte Dividenden, Netto-Longposition in eigenen Aktien im Han-

delsbuch sowie eine Anpassung für die buchhalterische Behandlung von Vorsorgeplänen.

Instrumente des ergänzenden Kapitals (Tier 2)

Ergänzendes Kapital wird in oberes und unteres ergänzendes Kapital unterteilt. Instrumente des oberen ergänzenden Kapitals sind unbesicherte, unkündbare und nachrangige Instrumente, die lediglich gegenüber Kernkapitalinstrumenten Vorrang haben. Zinszahlungen sind zwar aufschiebbar, wir sind jedoch zu Zinszahlungen (einschliesslich aufgeschobener Zinsen) auf diese Instrumente des oberen ergänzenden Kapitals verpflichtet, wenn wir auf Kernkapital Dividenden ausschütten beziehungsweise Rückzahlungen vornehmen. Diese Instrumente des oberen ergänzenden Kapitals können im Zusammenhang mit Call-Optionen frühestens fünf Jahre nach der Emission moderate Erhöhungen aufweisen. Die Rückzahlung dieser Instrumente setzt eine angemessene Liquidität voraus. Das obere ergänzende Kapital enthält ausserdem allfällige Überschüsse der anrechenbaren Rückstellungen gegenüber erwarteten Verlusten (bis zu einer Obergrenze von 0,6% der risikogewichteten Positionen) für Positionen, welche dem A-IRB-Ansatz für Kreditrisiken unterstehen.

Instrumente des unteren ergänzenden Kapitals sind unbesicherte, nachrangige Instrumente, die lediglich gegenüber den Kernkapitalinstrumenten und den oberen ergänzenden Kapitalinstrumenten Vorrang haben und über eine feste Laufzeit von mindestens fünf Jahren verfügen. Unterstes ergänzendes Kapital unterliegt der regulatorischen Amortisierung über eine Periode von fünf Jahren vor der Rückzahlung.

Kapitalaufnahmen und Rückzahlungen

Im Februar 2011 schlossen wir mit verbundenen Einheiten der Qatar Investment Authority (QIA) und der The Olayan Group (nachfolgend als «Investoren» bezeichnet) definitive Vereinbarungen über die Emission von Tier 1 Buffer Capital Notes (Tier 1 BCN) ab. Im Rahmen dieser Vereinbarungen beschlossen die Investoren den Erwerb von Tier 1 BCN in Höhe von USD 3,45 Mia. und CHF 2,5 Mia. im Austausch gegen ihre Positionen in Tier 1 Capital Notes in Höhe von USD 3,45 Mia. (mit einem Coupon von 11%) und CHF 2,5 Mia. (mit einem Coupon von 10%) aus dem Ausgabejahr 2008 oder, falls diese Tier 1 Capital Notes vollumfänglich zurückgezahlt sein sollten, gegen Barmittel. Zum damaligen Zeitpunkt war ein Erwerb oder Austausch dieser Instrumente frühestens für Oktober 2013, am ersten Call-Datum der Tier 1 Capital Notes, vorgesehen. Im Zuge der Kapitalmassnahmen vom Juli 2012 sind wir eine Änderungsvereinbarung zum beschleunigten Austausch von Tier 1 Capital Notes in Höhe von USD 1,725 Mia. gegen Tier

1 BCN eingegangen. Die verbliebenen Tier 1 Capital Notes sollen im Oktober 2013 erworben oder umgetauscht werden.

Im März 2012 kauften wir nach einem Rückkaufsangebot ausstehende hybride Tier-1- und Tier-2-Instrumente im Umfang von CHF 4,7 Mia. zurück, die nicht mehr unter die Eigenmittelanforderungen unter dem Basel-III-Regelwerk fallen werden. Im Juli 2012 kauften wir in Verbindung mit einem zweiten Rückkaufsangebot und weiteren Rückkauftransaktionen Tier-1-Instrumente im Umfang von CHF 0,5 Mia. und Tier-2-Instrumente im Umfang von CHF 2,2 Mia. zurück.

Im März 2012 schlossen wir die Emission von 2022 fälligen Tier 2 Buffer Capital Notes (Tier 2 BCN) mit einem Coupon von 7,125% für CHF 750 Mio. ab. Die Tier 2 BCN sollten in Stammaktien der Gruppe umgewandelt werden, falls unsere Quote des inneren Kernkapitals (Core Tier 1) vor Basel III unter 7% gesunken wäre; oder sie werden in Stammaktien der Gruppe umgewandelt, falls unter Basel III unsere Quote des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1, CET1) unter 7% sinkt. Die Tier 2 BCN können vom Emittenten im März 2017 zurückgezahlt werden.

Im Zuge der Kapitalmassnahmen von Juli 2012 gaben wir bedingte Pflichtwandelanleihen (Mandatory and Contingent Convertible Securities, MACCS) im Umfang von CHF 3,8 Mia. aus, die am 29. März 2013 in 233,5 Mio. Aktien zu einem Wandelpreis von CHF 16.29 je Aktie umgewandelt werden (mit der Möglichkeit einer früheren Umwandlung bei bestimmten Eventualitäten und anderen Umständen, so genannten «Viability Events»), wobei die Ausführung und Lieferung der Aktien für Anfang April 2013 vorgesehen ist.

Im Januar 2013 zahlten wir unkündbare Anleihen des unteren ergänzenden Kapitals (Tier 2) in Höhe von EUR 77 Mio. und mit dem Fälligkeitsdatum vom 23. Januar 2018 zurück. Im Februar 2013 kündigten wir für den 28. März 2013 die Rückzahlung unserer ausstehenden Tier 1 Capital Notes mit einem Coupon von 7,9% in Höhe von USD 1,525 Mia. an.

- ▶ Siehe «Kapitalmassnahmen von Juli 2012» für weitere Informationen.
- ▶ Siehe «Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen» in IV – Corporate Governance und Vergütung – Corporate Governance – Bankbeziehungen mit Mitgliedern des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung sowie Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen für weitere Informationen zu den Tier 1 BCN und zu den MACCS.

Eigenkapitalkennzahlen nach Basel II.5

Eigenmittelanforderungen – Gruppe

Per Ende 2012 belief sich unsere Kernkapitalquote (Tier 1) auf 19,4%, gegenüber 15,2% per Ende 2011. Dies ist auf ein höheres Kernkapital (Tier 1) und geringere risikogewichtete Aktiven zurückzuführen. Per Ende 2012 belief sich die Quote des inneren Kernkapitals (Core Tier 1) auf 15,5%, gegenüber 10,7% per Ende 2011. Dies ist auf ein höheres inneres Kernkapital (Core Tier 1) und geringere risikogewichtete Aktiven zurückzuführen. Unsere Eigenmittelquote belief sich per Ende 2012 auf 22,3%, gegenüber 20,1% per Ende 2011.

Unser Kernkapital (Tier 1) belief sich per Ende 2012 auf CHF 43,5 Mia., gegenüber CHF 36,8 Mia. per Ende 2011. Dieser Zuwachs ist dem Reingewinn (ohne die Auswirkungen von Fair-Value-Gewinnen/-Verlusten auf das Fremdkapital der Credit Suisse vor Steuern), der Emission von bedingten Pflichtwandelanleihen (MACCS) und den Auswirkungen der aktienbasierten Vergütung einschliesslich der Umwandlung von Adjustable Performance Plan Awards zuzuschreiben. Diese Entwicklung wurde durch den Rückkauf von hybriden Kernkapitalinstrumenten (Tier 1) im Zusammenhang mit zwei Rückkaufangeboten zusammen mit bestimmten anderen Repurchase-Geschäften sowie durch negative Fremdwährungseffekte teilweise kompensiert.

Per Ende 2012 betrug unser ergänzendes Kapital (Tier 2) CHF 6,4 Mia. gegenüber CHF 11,8 Mia. per Ende 2011. Dieser Rückgang ist vor allem auf den Rückkauf von Tier-2-Eigenkapitalinstrumenten in Verbindung mit den Zeichnungsangeboten und einem negativen Fremdwährungseffekt zurückzuführen. Mit der Emission von Tier 2 BCN im März 2012 wurde diese Entwicklung teilweise kompensiert. Die Summe der anrechenbaren Eigenmittel erhöhte sich von CHF 48,7 Mia. per Ende 2011 auf CHF 49,9 Mia. per Ende 2012.

Die risikogewichteten Aktiven gingen per Ende 2012 um CHF 17,5 Mia. auf CHF 224,3 Mia. zurück. Dieser Rückgang widerspiegelt einen bedeutenden Rückgang des Kredit- und des Marktrisikos sowie einen positiven Fremdwährungseffekt und rückläufige, nicht gegenparteibezogene Risiken, die durch eine Zunahme des operativen Risikos teilweise kompensiert wurden.

Unter Ausschuss des Fremdwährungseffekts ging das Kreditrisiko im Investment Banking zurück, vor allem durch eine Reduktion der gegenparteibezogenen Risiken bei Derivaten aufgrund der Partner-Asset-Facility-Transaktion von 2012, andere Reduktionen des Engagements in Derivaten und Ausleihungen und aktualisierten Parametern, insbesondere beim LGD. Im Private Banking & Wealth Management ging das Kreditrisiko aufgrund der Verbesserungen der Datenlage zum LGD, eines Nettorückgangs der Fondsanlagen und der Aktualisierung

der Parameter bei Hypothekarkrediten für Wohneigentum zurück, wurde aber zum Teil durch den Zuwachs bei den Kreditpositionen kompensiert.

Das Marktrisiko ging im Berichtsjahr zurück, wobei geringere Positionen im Investment Banking zu einem geringeren ◊Eigenmittelzuschlag für zusätzliche Risiken im Handelsbuch (IRC), VaR und Stress-VaR führten. IRC ging zurück, da neu staatliche Risiken in das Risikomodell einfließen, die zuvor einen festen regulatorischen Zuschlag dargestellt hatten. Zunahmen aufgrund neu einbezogener Risiken, die nicht von unserem VaR-Modell abgedeckt werden, wurden zum Teil durch entsprechende Senkungen der regulatorischen Multiplikatoren kompensiert. Weitere geringe Rückgänge gehen auf die Einführung unseres Regelwerks zur umfassenden Risikomessung zurück, das die Credit-Correlation-Produkte innerhalb unseres Handelsbuchs abdeckt.

Der Rückgang bei den nicht gegenparteibezogenen Risiken ist auf den Verkauf von Immobilien zurückzuführen.

Das operationelle Risiko erhöhte sich, um den zu erwartenden Anpassungen unseres Modells Rechnung zu tragen. Der Eigenkapitalaspekt dieser Erhöhung wurde mit der ◊FINMA abgesprochen; er entspricht einer regulatorischen Erhöhung der risikogewichteten Aktiven um 20%. Zudem erhöhte sich das operationelle Risiko marginal aufgrund geringfügiger Anpassungen der Verlustparameter sowie aufgrund von Sicherheitsmargen (◊Haircuts) bei den Laufzeiten von Versicherungspolice.

- ▶ Siehe Tabelle «BIZ-Daten – Basel II.5» für weitere Informationen über Marktrisiko und die VaR-Methodik.
- ▶ Siehe https://www.credit-suisse.com/investment_banking/financial_regulatory/en/subsidiaries_pillar_3.jsp für weitere Informationen über Kapitalquoten bestimmter grösserer Tochtergesellschaften.
- ▶ Siehe «Marktrisiko», «Kreditrisiko» und «Operationelles Risiko» unter Risikomanagement für weitere Informationen.
- ▶ Siehe «Risikogewichtete Aktiven» für weitere Informationen.

BIZ-Daten – Basel II.5

Ende	Gruppe			Bank		
	2012	2011	Veränderung in %	2012	2011	Veränderung in %
Anrechenbare Eigenmittel (in Mio. CHF)						
Total Eigenkapital der Aktionäre	35 498	33 674	5	34 767	29 403	18
Goodwill und immaterielle Werte	(8 634)	(8 876)	(3)	(7 756)	(7 979)	(3)
Qualifizierende Minderheitsanteile	3 227	3 365	(4)	4 204	4 476	(6)
Abzüge vom bereinigten Kernkapital (Tier 1), 50%	(1 462)	(2 274)	(36)	(1 413)	(2 242)	(37)
Sonstige Anpassungen	6 137 ¹	67	–	1 077	552	95
Inneres Kernkapital (Core Tier 1)	34 766	25 956	34	30 879	24 210	28
Hybride Kernkapitalinstrumente (Tier 1) ²	8 781 ³	10 888	(19)	8 781 ³	10 888	(19)
Kernkapital (Tier 1)	43 547	36 844	18	39 660	35 098	13
Oberes ergänzendes Kapital (Tier 2)	352	1 841	(81)	377	1 925	(80)
Unteres ergänzendes Kapital (Tier 2)	7 499	12 243	(39)	9 128	13 609	(33)
Abzüge vom ergänzenden Kapital (Tier 2), 50%	(1 462)	(2 274)	(36)	(1 413)	(2 242)	(37)
Ergänzendes Kapital (Tier 2)	6 389	11 810	(46)	8 092	13 292	(39)
Total anrechenbare Eigenmittel	49 936	48 654	3	47 752	48 390	(1)
Risikogewichtete Aktiven (in Mio. CHF)						
Kreditrisiko	143 679	157 237	(9)	134 760	148 378	(9)
Marktrisiko	29 366	40 609	(28)	29 338	40 571	(28)
Nicht gegenparteibezogenes Risiko	6 126	7 819	(22)	5 873	7 564	(22)
Operationelles Risiko	45 125	36 088	25	45 125	36 088	25
Risikogewichtete Aktiven	224 296	241 753	(7)	215 096	232 601	(8)
Eigenmittelquoten (in %)						
Quote des inneren Kernkapitals (Core Tier 1)	15.5	10.7	–	14.4	10.4	–
Kernkapitalquote (Tier 1)	19.4	15.2	–	18.4	15.1	–
Eigenmittelquote	22.3	20.1	–	22.2	20.8	–

¹ Enthält bedingte Pflichtwandelanleihen (MACCS) von CHF 3,6 Mia. nach Abzug von Gebühren und Zinsen, eine Anpassung von CHF 2,7 Mia. für die buchhalterische Behandlung von Vorsorgeplänen, kumulierte Fair-Value-Anpassungen von CHF (0,1) Mia. auf eigene gewöhnliche Verbindlichkeiten und strukturierte Schuldtitel, abzüglich Steuern und Dividendenabgrenzung auf Aktien der Gruppe für 2012 von CHF (0,2) Mia. (entspricht der Ausschüttung einer Bardividende von CHF 0.10 pro Aktie aus Reserven aus Kapitaleinlagen und der Ausschüttung von neuen Aktien mittels Zuteilung von nicht handelbaren Anrechten mit einem theoretischen Wert von zirka CHF 0.65 pro Aktie). ² Nicht kumulierende unbefristete Vorzugspapiere und nachrangige Schuldtitel. Gemäss Bescheid der FINMA darf die Gruppe und die Bank ins Kernkapital (Tier 1) für 2012 weiterhin CHF 33 Mio. beziehungsweise CHF 1,6 Mia. Eigenkapital von Spezialzweckgesellschaften mit einbeziehen, welche unter US GAAP dekonsolidiert werden (2011: CHF 0,6 Mia. beziehungsweise CHF 3,2 Mia.). ³ Gemäss Bescheid der FINMA darf das Kernkapital (Tier 1) bis maximal 35% in Form von hybriden Kapitalinstrumenten bestehen, was unter Basel III auslaufen wird. Ende 2012 entsprach das hybride Kernkapital unter Basel II.5 19,5% und 21,4% des bereinigten Kernkapitals der Gruppe beziehungsweise der Bank.

Wir verfügten per Ende 2012 über qualifizierende Minderheitsanteile von CHF 3,2 Mia., welche alle auf Papiere des inneren Kernkapitals (Core Tier 1), die durch von der Bank herausgegebene Beteiligungspapiere garantiert sind, entfielen. Ausserdem verfügten wir über hybride Kernkapitalinstrumente (Tier 1) im Umfang von CHF 8,8 Mia., wovon CHF 0,3 Mia. innovative Instrumente waren. Die hybriden Tier-1-Instrumente umfassen derzeit Tier 1 Capital Notes mit einem Coupon von 11% für USD 1,7 Mia. und Tier 1 Capital Notes mit einem

Coupon von 10% in Höhe von CHF 2,5 Mia., deren Austausch gegen Tier 1 BCN voraussichtlich am 23. Oktober 2013, dem ersten Call-Datum der Tier 1 Capital Notes, erfolgen wird. Im Juli 2012 wurden Tier 1 Capital Notes mit einem Coupon von 11% in einem Umfang von USD 1,725 Mia. gegen Tier 1 BCN ausgetauscht.

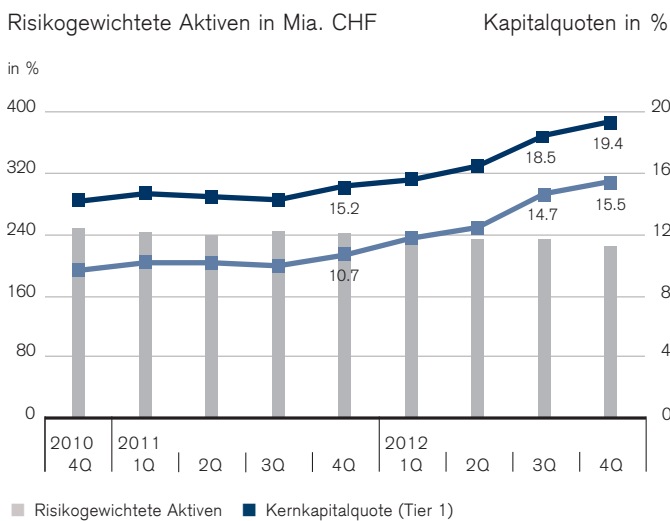
► [Siehe «Kapitalaufnahmen und Rückzahlungen» für weitere Informationen.](#)

Entwicklung des Kernkapitals (Tier 1) – Basel II.5

Ende	2012	2011	Veränderung in %
Kernkapital (Tier 1) (in Mio. CHF)			
Bestand zu Beginn der Periode	36 844	35 225	5
Reingewinn	1 349	1 953	(31)
Für regulatorische Zwecke nicht erfasste Fair-Value-Gewinne/(Verluste), nach Steuern	2 626	(1 415)	–
Fremdwährungseinfluss auf Kernkapital (Tier 1)	(861)	(368)	134
Sonstige	3 589 ¹	1 449	148
Bestand am Ende der Periode	43 547	36 844	18

¹ Zeigt die Emission und Rückzahlung von Kernkapital (Tier 1), einschliesslich Emission der bedingten Pflichtwandelanleihen (MACCS), den Einfluss der aktienbasierten Vergütung und die Veränderung der regulatorischen Abzüge.

Risikogewichtete Aktiven und Kapitalquoten (Basel II)



■ Innere Kernkapitalquote (Core Tier 1)¹

¹ Ausgenommen sind hybride Instrumente. Reflektiert Änderungen der in den Vorjahren ausgewiesenen Methode zur Berechnung der inneren Kernkapitalquote, welche jetzt gewisse Abzüge beinhaltet.

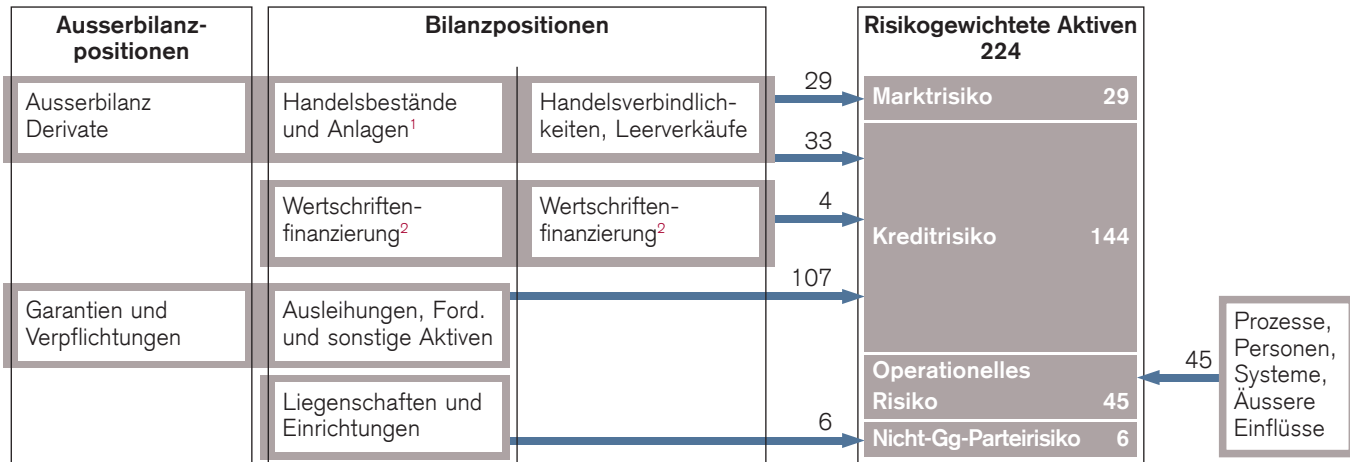
Risikogewichtete Aktiven nach Divisionen – Basel II.5

Ende	2012	2011	Veränderung in %
Risikogewichtete Aktiven nach Divisionen (in Mio. CHF)			
Private Banking & Wealth Management	87 190	90 743	(4)
Investment Banking	124 378	138 694	(10)
Corporate Center	12 728	12 316	3
Risikogewichtete Aktiven	224 296	241 753	(7)

Für Managementzwecke verrechnet die Gruppe den Divisionen auf das regulatorische Kapital bezogene risikogewichtete Aktivenäquivalente und bestimmte Abzüge für immaterielle Werte vom Kernkapital (Tier 1) der Gruppe.

Risikogewichtete Aktiven – Basel II.5

Per 31. Dezember 2012 (in Mia. CHF)



¹ Enthält hauptsächlich Handelsbestände, Wertschriftenanlagen und sonstige Anlagen. ² Enthält Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäfte sowie Verbindlichkeiten aus Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäfte und Wertschriftenleihen.

Risikogewichtete Aktiven

Aus unseren Bilanz- und Ausserbilanzpositionen werden die risikogewichteten Aktiven abgeleitet. Diese sind in folgende Kategorien unterteilt: Marktrisiko, Kreditrisiko, operationelles und nicht gegenparteibezogenes Risiko. Die vom Marktrisiko abgeleiteten risikogewichteten Aktiven widerspiegeln die Kapitalanforderungen infolge potenzieller Veränderungen im Fair Value von Finanzinstrumenten wegen Marktbewegungen, was sich sowohl in den Bilanz- als auch Ausserbilanzpositionen niederschlägt. Die vom Kreditrisiko abgeleiteten risikogewichteten Aktiven widerspiegeln die Kapitalanforderungen infolge eines möglichen Verlusts, der entstehen würde, wenn ein Schuldner oder eine Gegenpartei seinen beziehungsweise ihren finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen könnte oder wenn sich die Bonität des Schuldners oder der Gegenpartei verschlechtern würde. Die vom operationellen Risiko abgeleiteten risikogewichteten Aktiven widerspiegeln die Kapitalanforderungen infolge von Verlustrisiken im Zusammenhang mit unzulänglichen oder falschen internen Abläufen, menschlichem oder technischem Versagen oder äusseren Einflüssen. Die vom nicht gegenparteibezogenen Risiko abgeleiteten risikogewichteten Aktiven widerspiegeln die Kapitalanforderungen infolge unserer Liegenschaften und Einrichtungen. Die risikogewichteten Aktiven werden nicht anhand der nominalen Grösse, sondern anhand der Art der Bilanz- und Ausserbilanzpositionen bestimmt (dabei wird auch die Risikominderung durch Sicherheiten oder Absicherungsaktivitäten berücksichtigt).

Eigenmittelanforderungen – Bank

Die Kernkapitalquote (Tier 1) der Bank belief sich per Ende 2012 auf 18,4%, was einer Zunahme gegenüber den per Ende 2011 erzielten 15,1% entspricht. Der Zuwachs der Kernkapitalquote (Tier 1) ist auf eine leichte Zunahme des Kernkapitals (Tier 1) und einen Rückgang der risikogewichteten Aktiven zurückzuführen. Per Ende 2011 betrug die Quote des inneren Kernkapitals (Core Tier 1) der Bank 14,4% gegenüber 10,4% per Ende 2011. Die gesamte Eigenmittelquote der Bank betrug per Ende 2012 22,2% gegenüber 20,8% per Ende 2011. Dies ist vor allem der Zunahme des Kernkapitals (Tier 1) und dem Rückgang der risikogewichteten Aktiven zuzuschreiben.

Die Summe der anrechenbaren Eigenmittel der Bank ging von CHF 48,4 Mia. per Ende 2011 auf CHF 47,8 Mia. per Ende 2012 zurück.

Die risikogewichteten Aktiven gingen per Ende 2012 um CHF 17,5 Mia. auf CHF 215,1 Mia. zurück. Das Kernkapital (Tier 1) der Bank erhöhte sich von CHF 35,1 Mia. per Ende 2011 auf CHF 39,7 Mia. per Ende 2012.

Das Geschäft der Bank entspricht im Wesentlichen dem Geschäft der Gruppe. Die Tendenzen für die Bank sind im Einklang mit denjenigen der Gruppe.

Leverage Ratios

Die Kapitalausstattung der Gruppe und der Bank unterliegt dem qualitativen Urteil der Aufsichtsbehörden, inklusive der FINMA, bezüglich der Kapitalkomponenten, der Risikogewichtung und anderer Faktoren. Im November 2008 erliess die

FINMA eine Verordnung zur Definition neuer Eigenmittelunterlegungs- und Leverage-Ratio-Vorschriften, die bis im Jahr 2013 schrittweise umzusetzen sind. Das neue Eigenmittelunterlegungsziel gemäss dieser Verordnung liegt zwischen 50% und 100% über den Vorschriften gemäss Säule 1 des Basler Regelwerks. Zudem enthält die Verordnung Grenzwerte für Fremdmittelaufnahmen, nach denen die Gruppe und die Bank konsolidiert bis 2013 eine minimale Leverage Ratio von Kernkapital (Tier 1) zum Durchschnittsbestand der bereinigten Aktiven von 3% (auf nicht risikogewichteter Basis) aufzuweisen hat. Die Verordnung schreibt für die Bank auf unkonsolidierter Basis eine Leverage Ratio von 4% vor.

Zur Berechnung dieser Leverage Ratio erfolgt eine Anpassung der Bilanzsumme. Sie wird um Vermögenswerte aus dem Kreditgeschäft in der Schweiz (unter Ausschluss der schweizerischen Interbankenausleihungen), Bareinlagen und Saldi bei Zentralbanken, gewisse Reverse-Repo-Geschäfte in Schweizer Franken und bestimmte sonstige Vermögenswerte, wie Goodwill und immaterielle Vermögenswerte, die bei der Bestimmung des aufsichtsrechtlichen Kernkapitals (Tier 1) ausgenommen sind, bereinigt.

Leverage Ratio – Basel II.5

Ende	Gruppe			Bank		
	2012	2011	Veränderung in %	2012	2011	Veränderung in %
Kernkapital (Tier 1) (in Mia. CHF)						
Kernkapital (Tier 1)	43.5	36.8	18	39.7	35.1	13
Durchschnittsbestand der bereinigten Aktiven (in Mia. CHF) ¹						
Durchschnittsbestand der Aktiven	973	1 038	(6)	957	1 024	(7)
Bereinigungen:						
Aktiven aus dem Schweizer Kreditgeschäft ²	(150)	(145)	3	(128)	(123)	4
Flüssige Mittel und Guthaben von Zentralbanken	(59)	(81)	(27)	(58)	(81)	(28)
Sonstige	(13)	(15)	(13)	(12)	(14)	(14)
Durchschnittsbestand der bereinigten Aktiven	751	797	(6)	759	806	(6)
Leverage Ratio (in %)						
Leverage Ratio	5.8	4.6	–	5.2	4.4	–

¹ Aus dem Durchschnitt der Monatsendwerte für die letzten drei Kalendermonate berechnet. ² Nicht enthalten ist das Schweizer Interbankengeschäft.

Die Leverage Ratios der Gruppe und der Bank lagen per Ende 2012 auf Basis des Kernkapitals (Tier 1) unter Basel II.5 bei 5,8% beziehungsweise 5,2% gegenüber 4,6% beziehungsweise 4,4% per Ende 2011. Die Zunahme der Leverage Ratio unter Basel II.5 ist auf das deutlich höhere Kernkapital (Tier 1) sowie den niedrigeren Durchschnittsbestand der bereinigten Aktiven zurückzuführen. Der um 6% niedrigere Durchschnittsbestand der bereinigten Aktiven widerspiegelt die im Oktober 2012 angekündigten Massnahmen im Zusammenhang mit der Reduktion unserer Bilanz insbesondere bei den Vermögenswerten im Investment Banking sowie den Fremdwährungseffekt.

- ▶ Siehe «Leverage Ratio der FINMA nach Basel III» in Quoten auf Basis der neuen Kapital-Regelwerke und Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden unter I – Informationen zum Unternehmen für weitere Informationen.

Total Eigenkapital

Gruppe

Das Total Eigenkapital der Aktionäre der Gruppe belief sich per Ende 2012 auf CHF 35,5 Mia., gegenüber CHF 33,7 Mia. per Ende 2011. Das Total Eigenkapital der Aktionäre wurde durch die Emission von Stammaktien, primär zur Abwicklung aktienbasierter Vergütung und der Aktienkomponente der im Jahr 2012 ausgeschütteten Wahldividende, den Reingewinn 2012, den Effekt aktienbasierter Vergütung einschliesslich der im Folgenden dargestellten Umwandlung der Adjustable Performance Plan Awards und die Auswirkungen von Rentenanpassungen beeinflusst. Diese Entwicklungen wurden durch eine in Form von Barmitteln und Aktien zahlbare Dividende und Fremdwährungseinflüsse auf die kumulierten Währungsumrechnungsdifferenzen sowie den An- und Verkauf von eigenen Aktien teilweise kompensiert.

- ▶ Siehe «Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zum Total Eigenkapital der Gruppe.

Bank

Das Total Eigenkapital der Aktionäre der Bank belief sich per Ende 2012 auf CHF 34,8 Mia., gegenüber CHF 29,4 Mia. per Ende 2011. Das Total Eigenkapital der Aktionäre wurde durch eine Kapitaleinlage der Gruppe nach der Emission von bedingten Pflichtwandelanleihen (MACCS), den Reingewinn 2012,

die Auswirkungen der aktienbasierten Vergütung einschliesslich der Umwandlung der Adjustable Performance Plan Awards und den Ankauf von Aktien von Gruppengesellschaften aus Minderheitsbeteiligungen beeinflusst, die durch Fremdwährungseinflüsse auf die kumulierten Währungsumrechnungsdifferenzen und die 2012 gezahlte Bardividende teilweise kompensiert wurden.

- ▶ Siehe «Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung» in VII – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse (Bank) für weitere Informationen zum Total Eigenkapital der Bank.

Eigenmittel

Ende	Gruppe			Bank		
	2012	2011	Veränderung in %	2012	2011	Veränderung in %
Eigenkapital der Aktionäre (in Mio. CHF)						
Stammaktien	53	49	8	4 400	4 400	0
Kapitalreserve	23 636	21 796	8	28 686	24 134	19
Bilanzgewinn	28 171	27 053	4	13 637	11 824	15
Eigene Aktien (zu Anschaffungskosten)	(459)	(90)	410	0	0	–
Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung	(15 903)	(15 134)	5	(11 956)	(10 955)	9
Total Eigenkapital der Aktionäre	35 498	33 674	5	34 767	29 403	18
Goodwill	(8 389)	(8 591)	(2)	(7 510)	(7 700)	(2)
Sonstige immaterielle Werte	(243)	(288)	(16)	(243)	(280)	(13)
Materielles Eigenkapital der Aktionäre ¹	26 866	24 795	8	27 014	21 423	26
Ausstehende Aktien (in Mio.)						
Ausgegebene Stammaktien	1 320.8	1 224.3	8	44.0	44.0	0
Eigene Aktien	(27.0)	(4.0)	–	0.0	0.0	–
Ausstehende Aktien	1 293.8	1 220.3	6	44.0	44.0	0
Nennwert (in CHF)						
Nennwert	0.04	0.04	0	100.00	100.00	0
Buchwert pro Aktie (in CHF)						
Total Buchwert pro Aktie	27.44	27.59	(1)	790.16	668.25	18
Goodwill pro Aktie	(6.48)	(7.04)	(8)	(170.68)	(175.00)	(2)
Sonstige immaterielle Werte pro Aktie	(0.19)	(0.23)	(17)	(5.53)	(6.36)	(13)
Materieller Buchwert pro Aktie ¹	20.77	20.32	2	613.95	486.89	26

¹ Das Management ist der Ansicht, dass das materielle Eigenkapital der Aktionäre und der materielle Buchwert pro Aktie, beides unter GAAP nicht definierte Finanzgrössen, aussagekräftige Werte sind, da sich Branchenanalysten zur Beurteilung von Bewertung und Eigenkapitalausstattung darauf stützen.

Kapitalmassnahmen von Juli 2012

Im Juli 2012 gaben wir eine Reihe von Massnahmen bekannt, die nachstehend näher erläutert sind. Ziel der Massnahmen war die schnellere Stärkung unserer Kapitalbasis angesichts der aktuellen regulatorischen Entwicklungen und Marktbedingungen einschliesslich der Einführung des Basel-III-Regelwerks und der Schweizer «Too Big To Fail»-Gesetzgebung.

Im zweiten Halbjahr 2012 konnten wir die Kapitalmassnahmen von Juli 2012 im Grossen und Ganzen abschliessen. Deren Auswirkungen wurden von einem negativen Fremdwährungseffekt und dem Rückgang der risikogewichteten Aktiven nach Basel III beeinflusst. Unsere Schweizer «Look-through»-Kernkapitalquote (Swiss Core Capital Ratio) beläuft sich per Ende 2012 auf 9,0%; sie wurde im Verlauf der letzten beiden Quartale durch Aufstockung unseres Schweizer Kernkapitals (Swiss Core Capital) um CHF 11,5 Mia. und Reduktion unserer

risikogewichteten Aktiven im Rahmen des Basel-III-Regelwerks um CHF 20 Mia. erreicht. Wir gehen davon aus, dass wir unser Kapital in naher Zukunft mit dem Abschluss der im Juli 2012 angekündigten Kapitalmassnahmen um weitere CHF 0,8 Mia. erhöhen werden, wobei strategische Devestitionen und andere Massnahmen die Hauptrolle spielen dürften. In diesem Fall erreichen wir eine Schweizer Pro-Forma-«Look-through»-Kernkapitalquote (Swiss Core Capital Ratio) von 9,3%.

Wie nachstehend dargelegt, wirken sich die meisten Massnahmen positiv auf das harte Kernkapital (CET1) auf. Bestimmte Massnahmen wirken sich ausschliesslich auf das Schweizer Kernkapital aus. Insgesamt wirken sich alle Massnahmen auf das Schweizer Gesamtkapital (Swiss Total Capital) aus. Der positive Kapitaleffekt ergibt sich aus Eigenkapitalveränderungen, Verkaufsgewinnen, verminderten Abzügen und Entlastung bei den risikogewichteten Aktiven. Die nachstehend genannten Definitionen des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals und der Eigenkapitalquoten beziehen sich auf die Schweizer «Too Big To Fail»-Gesetzgebung, wie sie von der FINMA festgelegt wurde.

- ▶ Siehe «Neue Eigenkapitalanforderungen 2013» für weitere Informationen

Mit diesen Massnahmen sowie der umfassenden regelmässigen Publikation dieser Kapitalmassnahmen und unserer Kennzahlen bezüglich des regulatorischen Kapitals in unseren Quartalsberichten ab dem zweiten Quartal 2012 wurden die zwei wichtigsten im Bericht zur Finanzstabilität vom Juni 2012 aufgeführten Empfehlungen der SNB umgesetzt. In diesem Bericht empfahl uns die SNB, unser verlustabsorbierendes Kapital ab 2012 deutlich auszubauen, damit wir auch gemäss den Definitionen der in der Schweiz implementierten neuen Regulierungen unter Basel III zu den bestkapitalisierten Banken weltweit zählen. Zweitens empfahl die SNB den Grossbanken in der Schweiz (und damit auch uns), die Transparenz zu erhöhen und die wichtigsten Kennzahlen – insbesondere das verlustabsorbierende Kapital und die risikogewichteten Aktiven gemäss vollständig implementiertem Basel-III-Regelwerk – regelmässig zu publizieren.

Bedingte Pflichtwandelanleihen (MACCS)

Im Juli 2012 gaben wir MACCS im Umfang von CHF 3,8 Mia. aus, die am 29. März 2013 in 233,5 Mio. Aktien zu einem Wandelpreis von CHF 16,29 je Aktie umgewandelt werden (mit der Möglichkeit einer früheren Umwandlung bei bestimmten Eventualitäten und anderen Umständen, sogenannten «Viability Events»), wobei die Ausführung und Lieferung der Aktien für Anfang April 2013 vorgesehen ist. Unter den nach der Umwandlung auszugehenden Aktien befanden sich 33,5 Mio. Aktien aus unserem Kauf der verbliebenen Minderheitsbeteili-

gung an Credit Suisse Hedging-Griffo Investimentos S.A. im Jahr 2012.

Strategische und institutionelle Anleger kauften MACCS im Umfang von CHF 2,0 Mia., und Aktionäre machten von ihren Vorwegzeichnungsrechten in Bezug auf MACCS im Umfang von CHF 1,8 Mia. Gebrauch, was beim harten Kernkapital (CET1) nach Abzug von Gebühren und Zinsen mit CHF 3,6 Mia. positiv zu Buche schlug.

Austausch von Adjustable Performance Plan Awards

Im dritten Quartal 2012 schloss die Credit Suisse ein Angebot ab, nach dem bestimmte Mitarbeitende künftige Barzahlungen aus aufgeschobener Mitarbeitervergütung im Rahmen von Adjustable Performance Plan Awards in Aktien umwandeln können, und zwar zu dem Aktienpreis, der auch bei der Wandlung der MACCS zur Anwendung kommt. Die Lieferung der Aktien wird weiterhin dem bestehenden Zeitplan der Adjustable Performance Plan Awards folgen, der Zahlungen von 2013 bis 2015 vorsieht. Der Adjustable Performance Plan umfasste ursprünglich bestehende Baranwartschaften aus aufgeschobener Vergütung aus den Jahren 2009 und 2010. Unter diesem Plan waren der zugeteilte Wert bzw. die Zahlungen abhängig vom Finanzergebnis der Geschäftsdivision des Mitarbeitenden und von der Eigenkapitalrendite der Gruppe. Die Auswirkung des Austauschs auf das harte Kernkapital (CET1) belief sich auf CHF 0,5 Mia. Dies entspricht einem Umwandlungssatz von rund 50%.

Rückkaufsangebot

Im dritten Quartal 2012 schlossen wir ein Rückkaufsangebot zum Rückkauf bestimmter im Streubesitz befindlicher ausstehender Kapitalinstrumente und Obligationen ab. Das Angebot umfasste elf auf US-Dollar, Euro und britische Pfund lautende Kapitalinstrumente und zusätzlich fünf auf US-Dollar lautende Obligationen. Im Rahmen des Angebots konnten Inhaber bestimmter Kapitalinstrumente und Obligationen diese der Credit Suisse verkaufen. Im Rahmen des Rückkaufsangebots wurden zusammen mit bestimmten weiteren Rückkauftransaktionen ausstehende Tier-1- und Tier-2-Instrumente für CHF 4,8 Mia. und Obligationen zurückgekauft, was beim harten Kernkapital (CET1) mit einem Plus von CHF 0,4 Mia. zu Buche schlug.

Immobilienverkauf

Im zweiten Halbjahr 2012 schlossen wir Verkäufe ab, die unter anderem eine nicht unbedeutende Sale-and-Lease-Back-Transaktion zum Gegenstand hatte. Diese Transaktion führte beim harten Kernkapital (CET1) zu einem positiven Effekt in Höhe von CHF 0,7 Mia.

Verkauf der restlichen Beteiligung an Aberdeen Asset Management

Im Juli 2012 schlossen wir den Verkauf der noch verbliebenen Minderheitsbeteiligung an Aberdeen Asset Management mit einem Kapitaleffekt in Höhe von CHF 0,2 Mia. auf das harte Kernkapital (CET1) ab.

Strategische Devestitionen

Um das Alternatives-Geschäft im Asset Management beschleunigt auf liquide Anlagen auszurichten, und angesichts einiger verbleibender Unsicherheiten bezüglich der Umsetzung der «Volcker-Regeln» in den USA, haben wir die Absicht, bestimmte Private-Equity-Geschäftsbereiche und Anlagen zu verkaufen sowie, wie im Januar 2013 mitgeteilt, unser ETF-Geschäft wahrscheinlich zum Ende des zweiten Quartals 2013 zu veräussern. Bei diesen Massnahmen sind wir 2012 vorangekommen und haben so beim harten Kernkapital (CET1) einen positiven Effekt von CHF 0,6 Mia. erzielt, der hauptsächlich auf unsere Rückgabe von Beteiligungen an Fonds und den Verkauf von Wincasa zurückzuführen ist.

Von Gewinnen ausgehende Effekte/geringere Kapitalabzüge

Ein weiterer positiver Effekt auf unsere Kapitalbasis ging im zweiten Halbjahr 2012 von den Gewinnen sowie geringeren Kapitalabzügen, unter anderem aus weniger hohen Abzügen aufgrund geringerer latenter Steuerguthaben aus Netto-Betriebsverlusten, im Jahr 2012 aus. Zusammen mit dem Kapitaleffekt der aktienbasierten Mitarbeitervergütung belief sich der positive Beitrag des 2012 erzielten Reingewinns auf das harte Kernkapital (CET1) im Jahr 2012 auf CHF 3,0 Mia.

- ▶ Siehe «Anhang 26 – Steuern» in – V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu latenten Steuerguthaben.

Anrechnung bestehender Tier-1-Genussscheine

2008 und 2010 gab die Bank Tier-1-Genussscheine an die externe Zweckgesellschaft Claudius aus, die im Gegenzug zeitlich unbegrenzte, nicht kumulative besicherte Schuldtitel an Anleger ausgab, von denen USD 1,5 Mia. mit 8,25% und weitere USD 1,5 Mia. mit 7,875% verzinst werden. Gemäss FINMA können unter der Schweizer «Too Big To Fail»-Gesetzgebung die ausstehenden Tier-1-Genussscheine im Umfang von USD 3,0 Mia. (mit einem Haircut von 20%) auf die Schweizer Eigenkapitalanforderung angerechnet werden, die über die Quote für das harte Kernkapital (CET1) in Höhe von 8,5% hinausgeht, die unter Basel III für globale systemrelevante Banken gilt. Der daraus resultierende Effekt auf das Schweizer Kernkapital beläuft sich auf CHF 2,5 Mia. bis zur Rücknahme

oder, falls früher, bis 2018, unter der Voraussetzung, dass keine Reduzierung erfolgt.

Beschleunigter Austausch von Tier 1 Capital Notes

Im Juli 2012 sind wir eine Vereinbarung zum Austausch unserer bestehenden Tier 1 Capital Notes in Höhe von USD 1,725 Mia. in Tier 1 BCN mit hohem Trigger eingegangen, wodurch wir einen ursprünglich für Oktober 2013 geplanten Austausch beschleunigt haben. Der Mindestpreis der BCN im Rahmen des Austausches (sowie derjenige der verbleibenden BCN, die 2013 geliefert werden sollen) wurde an den Wandelkurs der oben beschriebenen MACCS angepasst. Die BCN können auf das Schweizer Gesamtkapital (Swiss Total Capital) im Umfang von CHF 1,5 Mia. angerechnet werden. Dabei wird der Dollar-Wechselkurs per Jahresende 2012 nach Abzug von Gebühren zugrunde gelegt.

Neue Eigenkapitalanforderungen 2013

Basel III

Der Basler Ausschuss veröffentlichte das Basel-III-Regelwerk, das eine höhere Mindestkapitalanforderung, einen Kapitalerhaltungspuffer und einen antizyklischen Puffer, neue risikobasierte Kapitalmassnahmen, eine Leverage Ratio sowie Liquiditätsstandards vorsieht. Ziel dieser Massnahmen war es, die Widerstandskraft des Bankensektors zu stärken. Aufgrund der neuen Eigenkapitalanforderungen und Kapitalpuffer müssen die Banken künftig über mehr Eigenkapital verfügen, und zwar in erster Linie in Form von hartem Kernkapital (Common Equity). Die neuen Kapitalanforderungen werden ab dem 1. Januar 2013 schrittweise bis zum Jahresende 2018 für die Länder eingeführt, die Basel III verabschiedet haben.

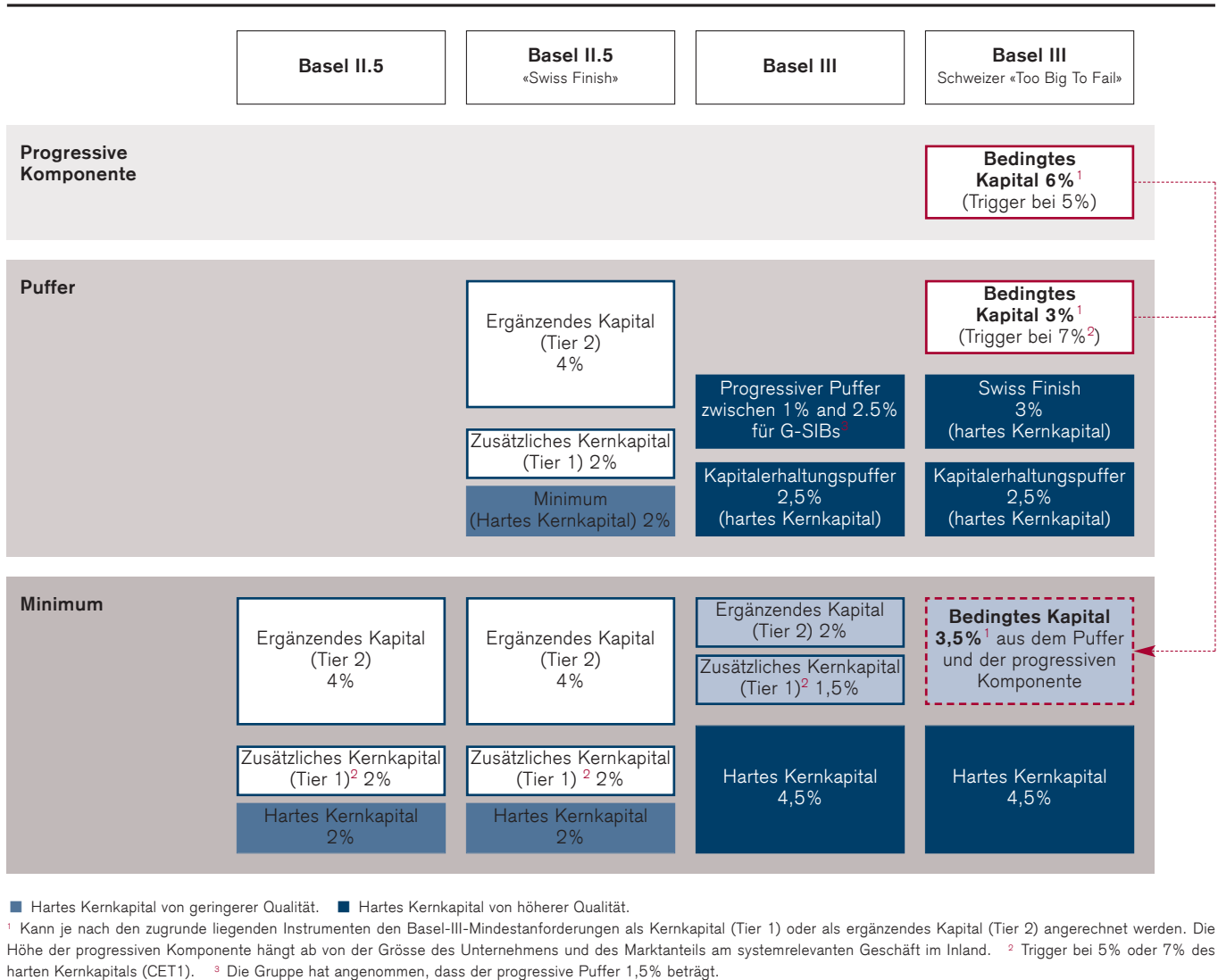
Gemäss Basel III werden die Mindestanforderungen an die Quote des harten Kernkapitals (CET1) von 2% auf 4,5% erhöht. Diese Erhöhung wird zwischen dem 1. Januar 2013 und dem 1. Januar 2015 schrittweise eingeführt. Für diese Quote des harten Kernkapitals (CET1) kommen bestimmte regulatorische Abzüge und andere Anpassungen des harten Kernkapitals (CET1), die zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 1. Januar 2018 umgesetzt werden, zur Anwendung. Dazu gehören der Abzug von latenten Steuerguthaben aus steuerlichen Verlustvorträgen, Goodwill, immateriellen Werten sowie Investitionen in Bank- und Finanzinstitute. Ausserdem erfolgt eine schrittweise Erhöhung der Kernkapitalquote (Tier 1) von 4% auf 6% zwischen dem 1. Januar 2013 und dem 1. Januar 2015.

Mit Basel III wird ausserdem eine zusätzliche Anforderung an das harte Kernkapital (CET1), ein sogenannter Kapitalerhaltungspuffer von zusätzlichen 2,5%, eingeführt, der in Zeiten

von finanziellem oder wirtschaftlichem Stress Verluste absorbieren soll. Banken, die keinen entsprechenden Puffer aufweisen, werden nur beschränkt in der Lage sein, Dividenden auszuschütten oder ermessensabhängige Bonuszahlungen oder

andere Gewinnverteilungen vorzunehmen. Der Kapitalerhaltungspuffer wird ab dem 1. Januar 2016 schrittweise bis zum Jahresende 2018 eingeführt.

Kapitalanforderungen im Vergleich



Des Weiteren ist unter Basel III ein zusätzlicher antizyklischer Kapitalpuffer von bis zu 2,5% vorgesehen, der aus hartem Kernkapital (Common Equity) oder sonstigem Kapital, das eine volle Verlustabsorption gewährleistet, zusammengesetzt ist. Diese Anforderung wird voraussichtlich von den nationalen Aufsichtsbehörden auferlegt werden, wenn diese der Auffassung sind, dass das Kreditwachstum zu hoch sei und zu systemweiten Risiken führe. Dieser antizyklische Kapitalpuffer wird ab dem 1. Januar 2016 schrittweise bis zum Jahresende 2018 eingeführt.

Die meisten Kapitalinstrumente, welche die strengen Kriterien für den Einbezug in das harte Kernkapital (CET1) unter Basel III nicht erfüllen, werden ab dem 1. Januar 2013 ausgeschlossen. Kapitalinstrumente, die nicht mehr zum Tier-1- oder Tier-2-Kapital zählen würden, werden ab 1. Januar 2013 über einen Zeitraum von zehn Jahren schrittweise auslaufen. Zudem werden Instrumente mit einem Anreiz zur Tilgung vor ihrer effektiven Fälligkeit, sofern vorhanden, an ihrem effektiven Fälligkeitsdatum, in der Regel am Datum des ersten Step-up-Coupons, auslaufen.

Im November 2011 gab der Basler Ausschuss die definitiven Vorschriften für globale systemrelevante Banken (Global Systemically Important Banks, G-SIBs) heraus. Darin wurde die Methode zur Beurteilung, ob ein Bankinstitut als G-SIB betrachtet werden sollte, beschrieben und es wurden zusätzliche Kapitalanforderungen zwischen 1% und 2,5% (mit möglichen zusätzlichen 1%) des harten Kernkapitals (CET1) festgelegt. Die zusätzlichen Anforderungen an G-SIBs werden ab dem 1. Januar 2016 schrittweise bis zum Jahresende 2018 eingeführt. Das Financial Stability Board hat uns als G-SIB identifiziert.

Die Schweizer Regulierung für Basel III

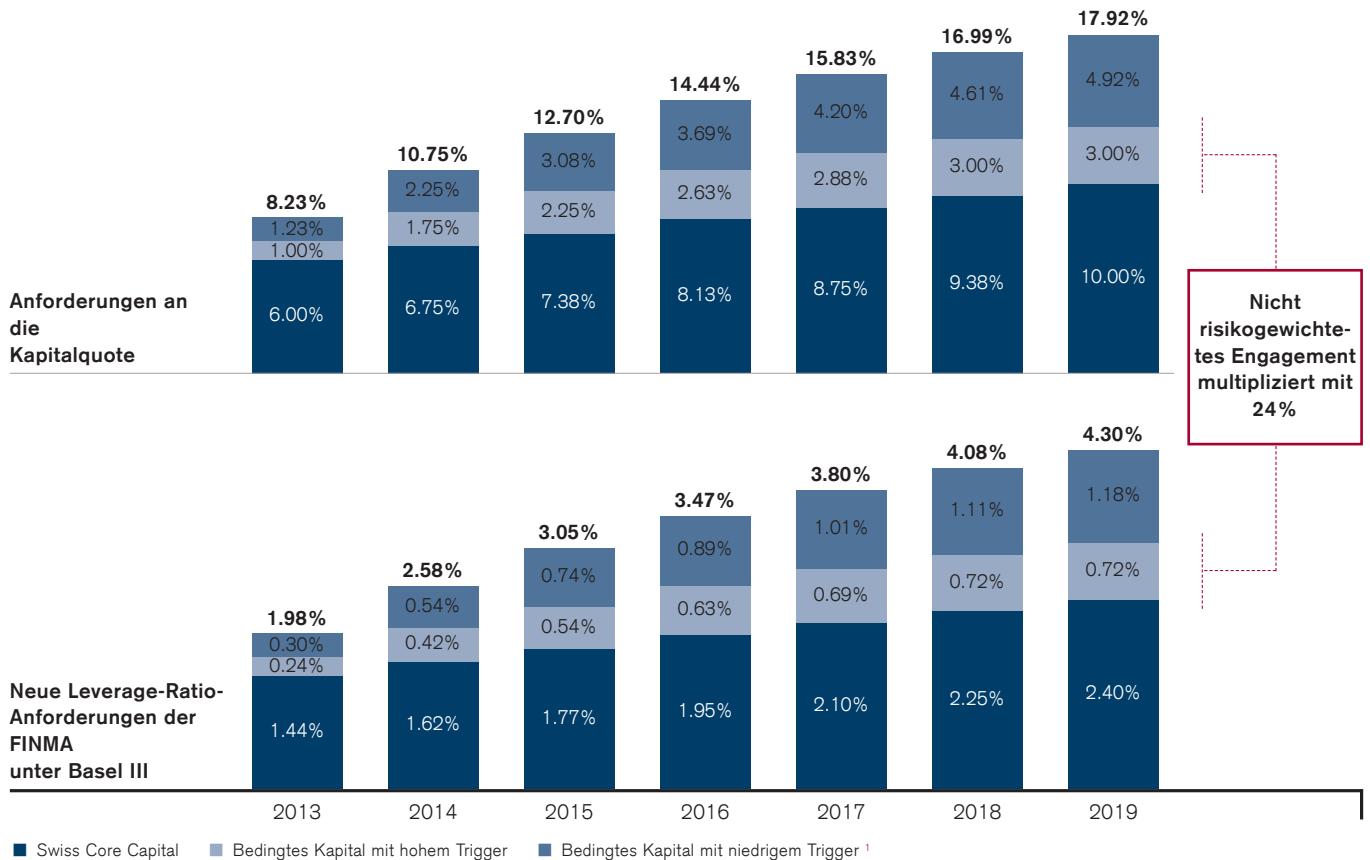
Per 1. Januar 2013 wurde das Basel-III-Regelwerk zusammen mit der Schweizer «Too Big To Fail»-Regulierung und den dazugehörigen Vorschriften in die schweizerische Gesetzgebung übernommen. Zusammen mit den Umsetzungsverordnungen umfasst die Gesetzgebung Anforderungen an Eigenkapital, Liquidität, Verschuldung und Grosskredite sowie Vorschriften für Notfallpläne zur Aufrechterhaltung systemrelevanter Funktionen bei einer drohenden Insolvenz. Bestimmte Anforderungen im Rahmen der Gesetzgebung, darunter auch die Eigenkapitalanforderungen, werden bis 2018 schrittweise eingeführt. Die Gesetzgebung zu den Eigenkapitalanforderungen stützt sich auf Basel III, geht aber in Bezug auf systemrelevante Banken über die dort festgelegten Mindeststandards hinaus. Beispielsweise verlangt sie, dass wir bis zum 1. Januar 2019 hartes Kernkapital (Common Equity) in Höhe von mindestens 10% der risikogewichteten Aktiven sowie bedingtes oder sonstiges anrechenbares Kapital in Höhe von bis zu 9% der risikogewichteten Aktiven haben.

Im Juni 2012 verabschiedete der Schweizer Bundesrat die Ausführungsverordnungen zur Schweizer «Too Big To Fail»-

Gesetzgebung. Ein Teil der in den Verordnungen festgelegten Anforderungen tritt zum 1. Januar 2013 in Kraft, der Rest wird schrittweise bis Ende 2018 eingeführt. Bei der Verabschiedung der Verordnungen waren strengere Kreditvergabevorschriften für neue Wohnhypotheken bereits in Kraft, ebenso wie ein zusätzlicher antizyklischer Puffer von bis zu 2,5% der risikogewichteten Aktiven, der in Zeiten übermässigen Kreditwachstums vom Schweizer Bundesrat auf Ersuchen der SNB nach Rücksprache mit der FINMA aktiviert und anschliessend wieder deaktiviert werden kann. Der Schweizer Bundesrat hat am 13. Februar 2013 beschlossen, dem Ersuchen der SNB stattzugeben und den antizyklischen Kapitalpuffer zu aktivieren. Aufgrund der Aktivierung des antizyklischen Puffers sind die Banken ab dem 30. September 2013 verpflichtet, zusätzliches Kapital in Höhe von 1% ihrer risikogewichteten Aktiven bezüglich Hypothekarkrediten zu halten, die für Wohneigentum in der Schweiz bestimmt sind.

Im September 2012 genehmigte das Schweizer Parlament die Teile der Verordnungen zur «Too Big To Fail»-Gesetzgebung, die besonders systemrelevante Banken betreffen, darunter auch Anforderungen an Eigenkapital, Verschuldung, Grosskredite sowie Recovery and Resolution Plans. Diese Vorschriften traten am 1. Januar 2013 in Kraft. Sie verpflichten uns zur Einhaltung einer zusätzlichen, für systemrelevante Banken geltenden Höchstverschuldungsquote (FINMA Basel III Leverage Ratio). Die Verschuldungsquote muss mindestens 24% der Prozentpunkte des sowohl für den Puffer als auch für den einer progressiven Komponente unterliegenden Kapitalbedarf geltenden Mindestwerts entsprechen. Da die Definition der Quote auf Kapitalanforderungen Bezug nimmt, die Übergangsbestimmungen unterliegen, wird auch die neue Quote von 2013 bis 2018 schrittweise eingeführt.

Vorläufige Kapitalquoten- und Leverage-Ratio-Anforderungen bei der schrittweisen Einführung der Schweizer «Too Big To Fail»-Gesetzgebung



¹ Progressive Kapitalanforderungen an die Credit Suisse (mit niedrigem Trigger) bis 2019 in Höhe von 4,92%. Die Kapitalanforderungen, die für 2013 gelten, wurden uns von der FINMA mitgeteilt und beruhen auf unseren Jahresabschlussdaten von 2011 (Gesamtengagement, Marktanteil in der Schweiz sowie ein potenzieller Eigenmittelrabatt). Auf Basis unserer Finanzdaten für das Jahresende 2012 gehen wir davon aus, dass die progressiven Kapitalanforderungen bis 2019 im Jahr 2014 auf 4,56% gesenkt werden.

Quoten auf Basis der neuen Kapital-Regelwerke

Die Quote des harten Kernkapitals (CET1) unter Basel III

Wir haben unsere Quote des harten Kernkapitals (CET1) unter Basel III an die jüngsten Entwicklungen angepasst. Unsere risikogewichteten Aktiven unter Basel III beliefen sich zu aktuellen Wechselkursen per Jahresende 2012 auf CHF 293 Mia.

Zum Jahresende 2012 beläuft sich unsere Quote des harten Kernkapitals (CET1) nach Basel III auf 14,2% und liegt somit über unserer Simulation von 12,9% für das Jahr 2012, die 2011 erstellt wurde. Der Hauptgrund hierfür liegt in den Kapitalmassnahmen von Juli 2012. Die folgende Darstellung entspricht den Übergangsvorschriften von Basel III.

Quote des harten Kernkapitals (CET1) unter Basel III

Ende	2012
Kapitalentwicklung (in Mia. CHF)	
Total Eigenkapital	35.5
Bedingte Pflichtwandelanleihen (MACCS) ¹	3.6
Regulatorische Anpassungen ²	2.4
Hartes Kernkapital (CET1)	41.5
Entwicklung der risikogewichtete Aktiven (in Mia. CHF)	
Risikogewichtete Aktiven (Basel II.5)	224
Geschätzte Basel-III-Änderungen	60
Subtotal («Look-through» risikogewichtete Aktiven)	284
Übergangsanpassungen ³	9
Risikogewichtete Aktiven (Basel III)	293
Kapitalquote (in %)	
Quote des harten Kernkapitals (CET1)	14.2

Rundungsdifferenzen sind möglich.

¹ Besteht aus bedingten Pflichtwandelanleihen (MACCS) von CHF 3,8 Mia., ohne Gebühren und Zinsen, mit Wandlungspflicht in 233,5 Mio. Aktien per 29. März 2013 sowie Ausführung und Lieferung der Aktien Anfang April 2013. ² Enthält eine Anpassung von CHF 2,7 Mia. für die buchhalterische Behandlung von Vorsorgeplänen gemäss Übergangsbestimmungen sowie sonstige regulatorische Anpassungen. ³ Entspricht den Basel-III-Anpassungen gemäss Übergangsbestimmungen.

Die «Look-through»-Quote des harten Kernkapitals (CET1) unter Basel III

Von 2014 bis 2018 werden während einer fünfjährigen Übergangsfrist Abzüge (von 20% jährlich) für Goodwill und immaterielle Werte und andere Kapitalabzüge unter Basel III schrittweise anfallen (z. B. Rückstellungen für latente Steuern und Beteiligungen an Finanzinstituten). Ausgehend von einem Abzug für Goodwill und immaterielle Werte von CHF 8,6 Mia. und anderen regulatorischen Anpassungen von CHF 7,9 Mia. nach der vollständigen Einführung, dürfte unsere Quote des harten Kernkapitals (CET1) per 31. Dezember 2012 unseren

Schätzungen gemäss bei 8,0% liegen. Die entsprechende Berechnung beruht auf «Look-through»-risikogewichteten Aktiven unter Basel III in Höhe von CHF 284 Mia.

Schweizer Kern- und Gesamtkapitalquoten

Das Schweizer Kernkapital (Swiss Core Capital) entspricht dem harten Kernkapital (CET1) unter Basel III und ausstehenden Tier-1-Genussscheinen. Das Schweizer Gesamtkapital (Swiss Total Capital) umfasst zudem bedingtes Kapital mit hohen und niedrigen Triggern einschliesslich unserer BCN. Zum Jahresende 2012 lagen unsere Schweizer Kernkapitalquote (Swiss Core Capital) und unsere Schweizer Gesamtkapitalquote (Swiss Total Capital) bei 15,0% beziehungsweise 16,4%, gegenüber den von der FINMA verlangten 6,0% beziehungsweise 8,2%.

Schweizer Kern- und Gesamtkapitalquoten

Ende	2012
Kapitalentwicklung (in Mia. CHF)	
Hartes Kernkapital (CET1)	41.5
Schweizer regulatorische Anpassungen ¹	2.5
Schweizer Kernkapital	44.0
Buffer Capital Notes mit hohem Trigger	4.1
Schweizer Gesamtkapital	48.1
Risikogewichtete Aktiven (in Mia. CHF)	
Risikogewichtete Aktiven (Basel III)	293
Schweizer regulatorische Anpassungen ²	1
Schweizer risikogewichtete Aktiven (Basel III)	294
Eigenmittelquoten (in %)	
Schweizer Kernkapitalquote	15.0
Schweizer Gesamtkapitalquote	16.4

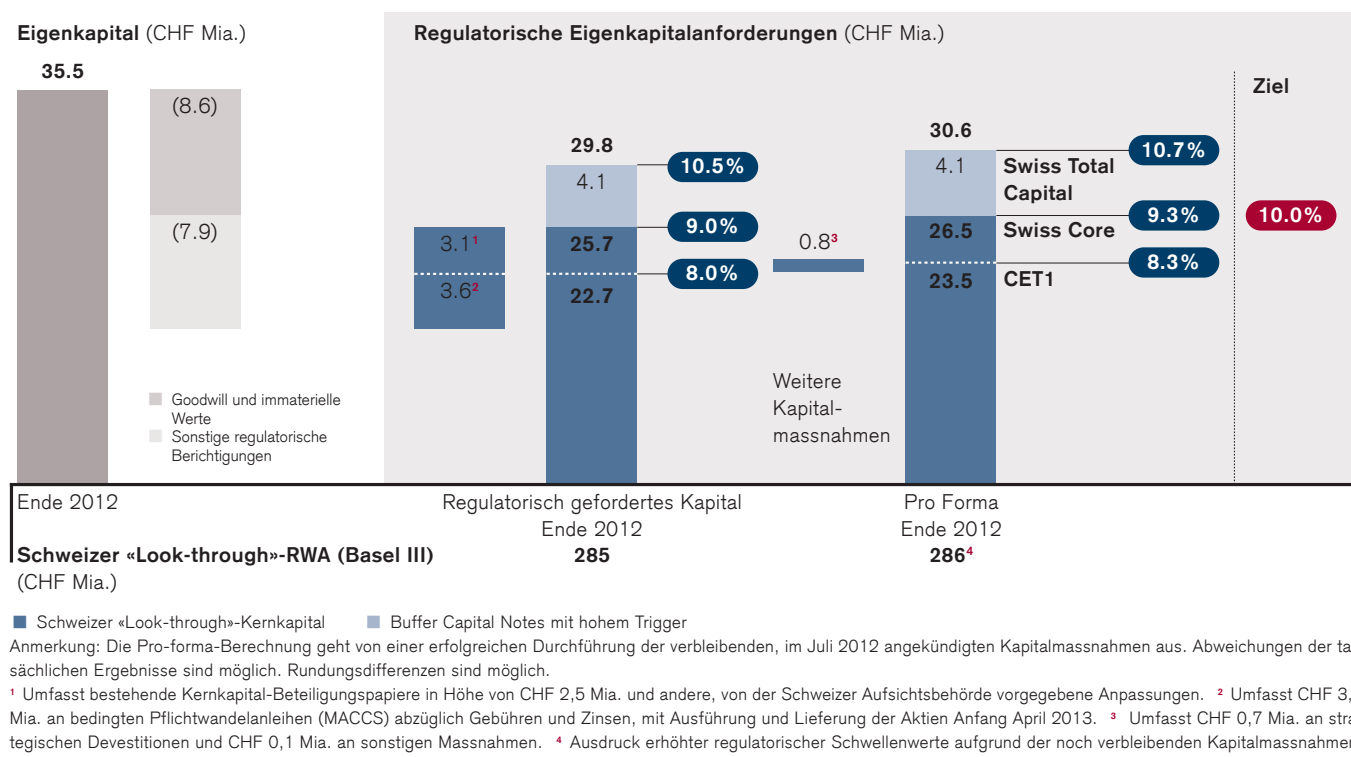
Rundungsdifferenzen sind möglich.

¹ Besteht aus existierenden Beteiligungswertschriften des Kernkapitals (Tier 1) von CHF 2,5 Mia. und sonstigen Anpassungen aufgrund der Schweizer Regulierung. ² Zeigt die höheren regulatorischen Schwellenwerte aufgrund des zusätzlichen Schweizer Kernkapitals.

Schweizer «Look-through»-Kern- und Gesamtkapitalquoten

Das Schweizer «Look-through»-Kernkapital (Swiss Core Capital) geht von einer vollständigen Einführung des Abzugs des Goodwill, der immateriellen Werte und anderer regulatorischer Anpassungen aus. Wir haben das Schweizer Pro-Forma-«Look-through»-Kernkapital berechnet unter der Annahme des erfolgreichen Abschlusses der verbleibenden im Juli 2012 angekündigten Kapitalmassnahmen in Höhe von CHF 0,8 Mia. Per Jahresende 2012 lag unsere Schweizer Pro-Forma-«Look-through»-Kernkapitalquote bei 9,3% gegenüber einer Quote von 10,0%, die laut FINMA zum Jahresende 2018 erreicht sein muss.

Schweizer «Look-through»-Kern- und Gesamtkapitalquoten



Leverage Ratio der FINMA unter Basel III

Die von der FINMA geforderte Leverage Ratio unter Basel III berechnet sich anhand des Swiss Core Capital zuzüglich des von hohen und niedrigen Triggern ausgelösten bedingten Kapitals geteilt durch die gesamten Engagements. Die gesamten Engagements umfassen die bilanzwirksamen Aktiven sowie Zuschläge für bestimmte Engagements wie etwa Auflösungen

von Verrechnungen von Barsicherheiten und nicht bilanzwirksame Engagements in Derivaten, Garantien und Bürgschaften. Zum Jahresende 2012 betragen unsere Gesamtengagements für die von der FINMA geforderte Leverage Ratio unter Basel III CHF 1,276 Mia. Zum Jahresende 2013 streben wir eine Minderung der Gesamtengagements auf unter CHF 1,170 Mia. an.

Weitere Informationen

Aktienrückkäufe

Gemäss schweizerischem Obligationenrecht unterliegt das Halten oder der Rückkauf eigener Aktien einer gewissen Beschränkung. So können wir nur dann einen Aktienrückkauf durchführen, wenn frei verfügbares Eigenkapital in der Höhe der dafür nötigen Mittel vorhanden ist und der gesamte Nennwert dieser Aktien 10% des Aktienkapitals nicht übersteigt. Zudem hat die Gruppe in der Rechnungslegung der Holdinggesellschaft besondere Rückstellungen in Höhe des Kaufpreises der erworbenen Aktien vorzunehmen. In der konsolidierten Jahresrechnung werden die eigenen Aktien zu Einstandskosten erfasst und als eigene Aktien ausgewiesen. Dies führt zu einem Rückgang des Eigenkapitals. Von uns zurückgekauft Aktien haben keinerlei Stimmrechte an den Generalversammlungen.

Im Jahr 2012 haben wir 423,7 Mio. eigene Aktien zurückgekauft und 394,7 Mio. eigene Aktien verkauft oder erneut ausgegeben. Dies geschah hauptsächlich im Rahmen unseres Engagements als Market Maker und zur Unterstützung von Kundenaufträgen. Per 31. Dezember 2012 hielt die Gruppe 27,0 Mio. eigene Aktien.

- ▶ Siehe «Auswirkungen der aktienbasierten Vergütung auf das Eigenkapital» in IV – Corporate Governance und Vergütung – Vergütung für weitere Information.

Käufe und Verkäufe von eigenen Aktien

In Mio., wo nicht anders vermerkt	Anzahl Aktien	Durchschnittspreis pro Aktie in CHF
2012		
Januar	22.4	23.10
Februar	20.4	24.65
März	27.8	25.77
April	45.9	23.59
Mai	25.8	19.32
Juni	30.0	18.21
Juli	75.2	17.15
August	23.0	17.79
September	44.4	20.74
Oktober	25.6	21.27
November	29.1	20.93
Dezember	54.1	22.58
Total Käufe von eigenen Aktien	423.7	-
Total Verkäufe von eigenen Aktien	394.7	-

Dividenden und Dividendenpolitik

Gemäss schweizerischem Obligationenrecht dürfen Dividenden nur dann ausgeschüttet werden, wenn die Gesellschaft über Bilanzgewinne aus früheren Geschäftsjahren verfügt oder die freien Reserven der Gesellschaft hoch genug sind, um eine Ausschüttung von Dividenden zu ermöglichen. Zudem müssen mindestens 5% des jährlichen Reingewinns den gesetzlichen Reserven zugewiesen werden, bis diese 20% des einbezahlten Aktienkapitals erreicht haben. Unsere Reserven übersteigen derzeit diese 20%-Schwelle. Weiter bedürfen Dividendenausschüttungen der Genehmigung durch die Generalversammlung. Der Verwaltungsrat kann eine Dividendenausschüttung vorschlagen, jedoch nicht selber festlegen. In der Schweiz muss die Revisionsstelle bestätigen, dass der Gewinnverwendungsvorschlag mit der schweizerischen Gesetzgebung und den Statuten übereinstimmt. In der Regel stimmen die Aktionäre dem Dividendenvorschlag des Verwaltungsrats zu. Dividenden sind normalerweise nach der Beschlussfassung der Generalversammlung über die Gewinnverwendung fällig und zahlbar. Gemäss schweizerischem Obligationenrecht beträgt die Verjährungsfrist bei genehmigten Dividendenausschüttungen fünf Jahre.

Das Ziel unserer Dividendenpolitik besteht darin, unseren Investoren eine stabile und effiziente Form der Kapitalausschüttung zu bieten. Die im Geschäftsjahr 2012 für 2011 vorgenommene Dividendenausschüttung bestand aus einer Barausschüttung von CHF 0.75 pro Aktie aus Eigenmittellrückstellungen und wurde je nach Wunsch des Aktionärs und unter Einhaltung gesetzlicher Beschränkungen entweder in bar oder in Form neuer Aktien der Gruppe oder einer Kombination von beidem ausgezahlt.

Unser Verwaltungsrat wird den Aktionären an der Generalversammlung vom 26. April 2013 für das Geschäftsjahr 2012 eine Barausschüttung in Höhe von CHF 0.10 pro Aktie aus Reserven aus Kapitaleinlagen vorschlagen. Zudem wird der Verwaltungsrat die Ausschüttung neuer Aktien vorschlagen (Stockdividende). Die für die Stockdividende bestimmten neuen Aktien werden zum Nennwert von CHF 0.04 je Aktie aus Reserven aus Kapitaleinlagen liberiert. Die Ausschüttungen aus Reserven aus Kapitaleinlagen (Bar- und Stockdividende) sind von der Schweizer Verrechnungssteuer befreit und unterliegen keiner Einkommenssteuer für in der Schweiz ansässige Personen, die Aktien als private Anlage halten. Als Ex-Dividenden-Datum wurde der 30. April 2013 festgelegt (für die Barausschüttung und die Stockdividende).

Die Stockdividende wird wie folgt an alle Aktionäre ausgeschüttet: Jeder Aktionär erhält für jede in seinem Bestand befindliche Aktie kostenlos ein nicht handelbares Recht auf den Erhalt einer bestimmten Anzahl neuer Aktien. Nach der Ausschüttung werden diese Rechte automatisch gegen neue

Aktien ausgetauscht; hierfür gilt das durch den Verwaltungsrat unmittelbar vor der Generalversammlung festgelegte Umtauschverhältnis. Der Verwaltungsrat legt das Bezugsverhältnis derart fest, dass der theoretische Wert der einzelnen Rechte bei rund CHF 0.65 liegt. Die Ausschüttung unterliegt der Genehmigung der Aktionäre an der Generalversammlung.

Aufgrund unserer Holdingstruktur hält die Gruppe alle Investitionen in Tochtergesellschaften und ist deshalb auf die Dividenden ihrer Tochtergesellschaften angewiesen, um Aktionärsdividenden zu zahlen und langfristige Schulden zu bedienen. Die Tochtergesellschaften der Gruppe unterstehen in der Regel den gesetzlichen Beschränkungen in Bezug auf die zulässige Höhe von Dividendenausschüttungen. Die Höhe der Dividendenausschüttungen von operativen Tochtergesellschaften hängt von den Zukunftserwartungen und den Wachstumsaussichten des operativen Geschäfts ab.

- ▶ Siehe «Antrag zur Ausschüttung aus Reserven aus Kapitaleinlagen» in VI – Statutarische Jahresrechnung – Credit Suisse Group – Antrag zur Verwendung des Bilanzgewinns und Kapitalausschüttung für weitere Informationen zu den Dividenden.

Dividende pro Aktie

	USD ¹	CHF
Dividende pro Aktie für das Geschäftsjahr		
2011	0.78	0.75
2010	1.48	1.30
2009	1.78	2.00
2008	0.10	0.10
2007	2.40	2.50

¹ Entspricht der Ausschüttung für jede American Depositary Share. Weitere Informationen finden sich unter www.credit-suisse.com/dividende.

Fremdwährungs- und Zinsrisikomanagement

Die Bewirtschaftung des Fremdwährungsrisikos im Zusammenhang mit Investitionen in Zweigniederlassungen, Tochtergesellschaften und verbundenen Unternehmen erfolgt im Rahmen festgelegter Parameter, die ein Gleichgewicht zwischen der Stabilität der Eigenmittel und dem Erhalt des Aktienkapitals in Schweizer Franken bewahren. Die Entscheidungen bezüglich dieser Parameter werden vom CARMC getroffen und regelmässig überprüft.

Fremdwährungsrisiken in Verbindung mit Vermögenswerten der Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften, die nicht auf die Funktionswährung lauten, werden durch eine Kombination vorwärts- und rückwärtsgerichteter Absicherungen bewirtschaftet, mit dem Ziel, die fremdwährungsbedingte Volatilität der berichteten Erträge zu mindern.

Die mit den Bankenbuch-Transaktionen wie Kreditvergaben beziehungsweise der Annahme von Einlagen verbundenen Zinsänderungsrisiken werden von den Divisionen an Treasury übertragen und dort mit allen anderen Zinsrisikopositionen zentral gesteuert. Zudem entwickelt und unterhält Treasury die erforderlichen Modelle zur Festlegung von Zinsänderungsrisiken bei Produkten ohne vorgegebene Laufzeit (etwa Einlagen auf Sicht, Spargelder). Zu diesem Zweck kommt in enger Zusammenarbeit mit Risikomanagement eine Replikationsmethode zur Anwendung, um die Stabilität und Nachhaltigkeit von Erträgen aus Renditedifferenzen in den Divisionen zu maximieren. Ausserdem steuert Treasury die Zinsrisiken für das Eigenkapital der Bank anhand mit dem Management vereinbarter Ziele.

Risikomanagement

Das umsichtige Eingehen von Risiken im Rahmen unserer strategischen Prioritäten ist grundlegend für unsere Tätigkeit als eine führende, weltweit tätige Bank und blieb auch 2012 eine entscheidende Komponente für unsere Tätigkeit. Im Verlauf des Geschäftsjahrs haben wir massgebliche Schritte unternommen, um unsere Geschäftsbereiche und unsere Organisation weiter an die neuen regulatorischen Anforderungen anzupassen, die sich vor allem auf das Risikoprofil des Investment Banking auswirkten. Das Positionsrisiko ging 2012 insgesamt um 1% zurück, das beanspruchte Economic Capital sank um 8%, der durchschnittliche Risikomanagement-VaR in US-Dollar unserer Handelsbücher ging um 31% zurück und unsere gefährdeten Ausleihungen waren mit CHF 1,7 Mia. stabil.

Wichtigste Entwicklungen im Bereich der Risiken 2012

Das Jahr 2012 stand im Zeichen verschiedenster Unsicherheiten und anhaltender Beunruhigung aufgrund der Staatsschuldenkrise in Europa, der weltweiten konjunkturellen Abkühlung, der Bedrohung durch die «Fiskalklippe» in den USA gegen Jahresende sowie neuer und anstehender regulatorischer Anforderungen an die Finanzdienstleistungsbranche.

Im Verlauf von 2012 reduzierten wir unser Risikoprofil auf Gruppenebene und richteten unser Portfolio auf weniger kapitalintensive Geschäftsbereiche aus. Wir investierten weiterhin bedeutende Mittel in unsere IT-Infrastruktur und verfeinerten das Regelwerk für unsere Risikobereitschaft weiter, um ein angemessenes Risiko-Rendite-Verhältnis, stabile Erträge und die von uns angestrebten Kapitalniveaus zu gewährleisten.

- ▶ Siehe «Gesetzgebung und Aufsichtsbehörden» in I – Informationen zum Unternehmen für Informationen zu sonstigen aufsichtsrechtlichen Entwicklungen und Vorschlägen.
- ▶ Siehe «Neue Eigenkapitalanforderungen 2013» in Kapitalbewirtschaftung für weitere Informationen zu unserem aktuellen aufsichtsrechtlichen Regelwerk zu Kapitalausstattung, Leverage und Liquidität, einschliesslich bestimmter erwarteter Änderungen bezüglich dieses Regelwerks.

Das Risikoprofil im Investment Banking wurde 2012 gemäss der von uns angekündigten Strategie abgebaut. Das Investment Banking erreichte dieses Ziel teilweise durch den Ausstieg aus Geschäftsbereichen und teilweise durch Verkäufe sowie die Neupositionierung des Portfolios in kapitaleffizientere Positionen zur Unterstützung des Kundengeschäfts. Die Verlagerung der Kapitalressourcen des Investment Banking schloss auch den Ausstieg aus den Geschäftsbereichen Emissionen von ◉ Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS) und ◉ Collateralized Debt Obligations (CDOs) ein. Bei der weiteren Umsetzung unserer Investment-Banking-Strategie im Jahr

2013 wird die Effizienzerhöhung des Kapitaleinsatzes ein Schwerpunkt bleiben.

Das Risikoprofil im Private Banking & Wealth Management nahm 2012 leicht zu. Dabei haben sich weiterhin vor allem die strengeren Anlegerschutzvorschriften und die höhere Transparenz bei grenzüberschreitenden Geschäften auf unsere Risiken ausgewirkt. Die Integration der Divisionen Private Banking und Asset Management in die neu geschaffene Division Private Banking & Wealth Management dürfte keine Veränderungen im kombinierten Risikoprofil der neuen Division bewirken.

Für die Gruppe gehen wir davon aus, dass unsere laufende Anpassung an das geänderte regulatorische Umfeld im Risikomanagementbereich zu höheren Kosten und Ressourcenanforderungen führen wird.

Das Reputationsrisiko war 2012 nach wie vor ein Schwerpunktthema. Hier haben wir unsere Verfahren verfeinert, das Bewusstsein unserer Mitarbeitenden weiter geschärft und unsere Geschäftstätigkeit in Bezug auf bestimmte Länder und Branchen mit höherem Reputationsrisiko sowie Transaktionen mit politisch exponierten Personen angepasst.

- ▶ Siehe «Reputationsrisiken» für weitere Informationen zum Reputationsrisiko.

Risikomanagementorganisation und Aufsicht

Risiko-Governance

Das umsichtige Eingehen von Risiken im Rahmen unserer strategischen Prioritäten ist grundlegend für unsere Tätigkeit. Die Risikomanagementstrategie strebt primär den Schutz unserer Finanzkraft und Reputation an. Gleichzeitig wird darauf geachtet, dass das Kapital optimal eingesetzt wird, um die Geschäftstätigkeit zu unterstützen und den Shareholder Value zu steigern. Unsere Risikoorganisation basiert auf Transparenz, Verantwortlichkeit des Managements und unabhängiger Aufsicht. Das Risikomanagement ist ein fester Bestandteil unseres

Geschäftsplanungsprozesses, worin Geschäftsleitung und Verwaltungsrat stark eingebunden sind.

Um den Herausforderungen eines von Volatilität geprägten Marktumfelds und eines sich wandelnden regulatorischen Rahmens gerecht zu werden, stärken wir unser Risikomanagement laufend. Das Risikomanagement ist unabhängig von den Frontbereichen, steht aber in engem Kontakt zu diesen, um einen optimalen Informationsaustausch und solide Kontrollen zu gewährleisten. Auch 2012 haben wir im Hinblick auf die Umsetzung von Basel III erhebliche Investitionen in unsere Infrastruktur und unsere Prozesse getätigt. Wir verfügen über umfassende Risikomanagementprozesse und weit entwickelte Kontrollsysteme und setzen weiterhin alles daran, die Auswirkungen negativer Entwicklungen durch sorgfältige Steuerung von Risikokonzentrationen zu beschränken.

Risikomanagementorganisation

Wir steuern Risiken im Rahmen unserer internen Kontrollumgebung aktiv, doch Risiken entstehen in all unseren Geschäftsaktivitäten und lassen sich nicht vollständig ausschliessen. Unsere Risikomanagementorganisation orientiert sich an den spezifischen Gegebenheiten der verschiedenen Risiken, um sicherzustellen, dass die Risiken im Rahmen der festgelegten Limiten transparent und zeitgerecht gesteuert werden. Auf Verwaltungsratsebene (einschliesslich der Committees) umfasst dies folgende Verantwortungsbereiche:

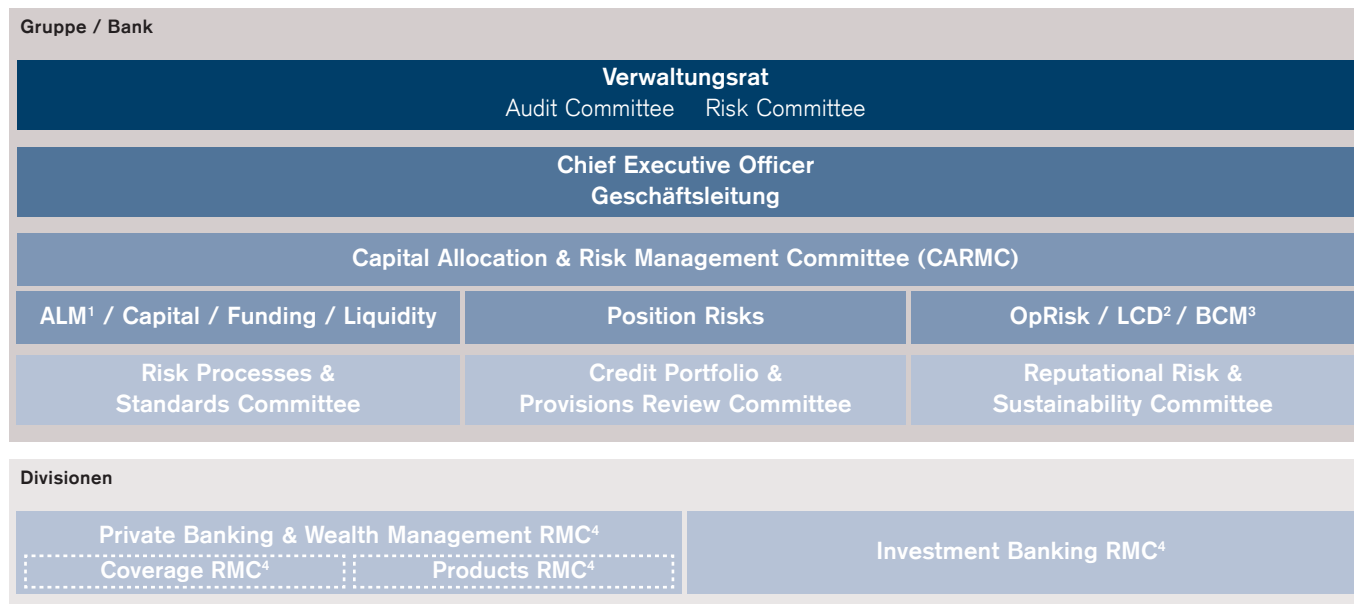
- Verwaltungsrat: gegenüber den Aktionären verantwortlich für die Strategie, Überwachung und Kontrolle der Gruppe sowie für die Festlegung der gruppenweiten Risikotoleranz in Form einer Stellungnahme zur Risikobereitschaft (Risk Appetite Statement) und von globalen Risikolimiten.
- Risk Committee: verantwortlich für die Unterstützung des Verwaltungsrats bei seiner Aufsichtstätigkeit in Risikobereichen. Dies umfasst die Festlegung der Grundsätze der Risiko-Governance sowie die Entwicklung des Risikoprofils und der Eigenkapitalunterlegung, einschliesslich der regelmässigen Überprüfung der wichtigsten Risikopositionen und von globalen Risikolimiten.

- Audit Committee: verantwortlich für die Unterstützung des Verwaltungsrats bei seiner Aufsichtstätigkeit. Dies umfasst die Überwachung der Geschäftsleitung in Bezug auf die Finanzberichterstattung, die interne Kontrolle, die Finanzbuchführung sowie die juristische und regulatorische Compliance. Zusätzlich ist das Audit Committee verantwortlich für die Überwachung der Unabhängigkeit und die Aufgabenerfüllung der Internen Revision und der externen Revisionsstellen.

Die globalen Risikolimiten werden vom Verwaltungsrat in Absprache mit seinem Risk Committee festgelegt. Durch das CARMC überprüft die Geschäftsführung monatlich die Risikopositionen, Risikokonzentrationen und risikobezogene Aktivitäten. CARMC ist für die Überwachung und Lenkung unseres Risikoprofils auf konsolidierter Basis zuständig und gibt Empfehlungen für Risikolimiten an das Risk Committee des Verwaltungsrats sowie den Verwaltungsrat selbst ab. Ausserdem trägt CARMC innerhalb der verschiedenen Geschäftsbereiche die Verantwortung für die Festlegung und Zuweisung von Risikolimiten. Das CARMC führt alternierend folgende drei Sitzungszyklen durch: Asset & Liability Management/Liquidität, Markt- und Kreditrisiken sowie operationelle Risiken/Legal and Compliance.

Auf Geschäftsleitungsebene wurden Ausschüsse gebildet, die das Risikomanagement weiter unterstützen: Das Risk Processes & Standards Committee ist zuständig für das Erstellen und Bewilligen von Normen für die Risikomessung und -bewirtschaftung, einschliesslich Methodologie und Risikoparametern. Das Credit Portfolio & Provisions Review Committee überwacht die Qualität des Kreditportfolios mit dem Hauptaugenmerk auf der Entwicklung der gefährdeten Aktiven und der Beurteilung der gebildeten Rückstellungen und Wertberichtigungen. Das Reputational Risk & Sustainability Committee legt Grundsätze fest und überprüft Prozesse und wesentliche Fälle in Bezug auf Reputationsrisiken und Nachhaltigkeitsthemen. Weiter gibt es auch die divisionalen Risikomanagementausschüsse.

Risikomanagement Organisation und Ausschüsse



¹ Asset & Liability Management ² Abteilung Legal & Compliance ³ Business Continuity Management ⁴ Risk Management Committee

Die Risikoausschüsse werden zudem vom Treasury unterstützt, das für die Steuerung unserer Bilanz, das Kapitalmanagement, die Liquidität und damit verbundene Absicherungsrichtlinien zuständig ist.

Die Risikomanagementfunktion untersteht dem CRO, der von den Geschäftsbereichen unabhängig ist und der Geschäftsleitung angehört. 2012 deckte diese Funktion folgende Bereiche ab:

- Strategic Risk Management (SRM);
- Risk Analytics and Reporting (RAR);
- Credit Risk Management (CRM);
- Bank Operational Risk Oversight (BORO);
- Business Continuity Management (BCM);
- Technology Risk Management (TRM);
- Reputational Risk Management.

Die Risikomanagementfunktion ist verantwortlich für die Risikoüberwachung und für den Aufbau der zur Risikosteuerung notwendigen Organisationsstruktur über vier primäre Risikofunktionen: das SRM beurteilt das Risikoprofil der Gruppe nach strategischen Gesichtspunkten und empfiehlt bei Bedarf Korrekturmassnahmen; dabei ist es auch für die Überwachung des Marktrisikos verantwortlich, einschliesslich Messung und Limitenwesen; das RAR ist verantwortlich für Risikoanalysen, Berichterstattung, Systemeinführungen und Richtlinien; das CRM ist verantwortlich für die Genehmigung von Kreditlimiten, die Überwachung und Steuerung von Einzelpositionen, die

Überwachung und Steuerung der Qualität von Kreditportfolios und deren Wertberichtigungen; das BORO ist die zentrale Stelle für alle Funktionen, welche operationelle Risiken der Segmente betreffen. BCM beurteilt und steuert potenzielle Bedrohungen der Organisation durch Betriebsstörungen, Krisen oder Katastrophen; TRM überwacht die Risikoaspekte bezüglich Informationstechnologie.

Risikoarten

Innerhalb unserer Risikoorganisation unterscheiden wir folgende Arten von Risiken:

Managementrisiken:

- Strategierisiko: Ergebnis strategischer Entscheidungen oder Entwicklungen;
- Reputationsrisiko: Gefährdung unseres Ansehens im Markt.

Gewählte Risiken:

- Marktrisiko: Veränderungen von Marktfaktoren wie Preise, Volatilitäten und Korrelationen;
- Kreditrisiko: Veränderungen der Kreditwürdigkeit von anderen Gesellschaften;
- Kostenrisiko: Differenz zwischen den Kosten und den Erträgen bei Eintritt eines schwerwiegenden Marktereignisses.

Folgerisiken:

- Operationelles Risiko: Unangemessenheit oder Versagen von internen Prozessen, Menschen und Systemen (einschliesslich Cyber-Risiken) oder externe Ereignisse;
- Liquiditätsrisiko: Unfähigkeit, Aktiven oder Verpflichtungen zu marktgängigen Bedingungen zu refinanzieren oder erfüllen.

Die Managementrisiken lassen sich schwer quantifizieren. Die Steuerung des Strategierisikos ist auf Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsebene angesiedelt. Für die globale Erfassung und Steuerung des Reputationsrisikos wurde ein entsprechendes Verfahren eingeführt. Gewählte Risiken sind meist in hohem Mass quantifizierbar, stellen aber hinsichtlich Komplexität und Umfang hohe Anforderungen. Dies gilt insbesondere, wenn sie über alle Positionen und Arten von Finanzinstrumenten hinweg aggregiert werden. Für die Steuerung des operationellen Risikos haben wir primär Verfahren auf Gruppen-, Segment- und regionaler Ebene eingeführt. Die Liquiditätssteuerung ist im Treasury zentralisiert.

Gemäss Säule 3 des Basel-Regelwerks erforderliche Angaben zum Risiko sind auf unserer Website unter www.credit-suisse.com/pillar3 abrufbar.

Risikobereitschaft und Risikolimiten

Wir verfügen über ein Regelwerk zur Risikobereitschaft, das die Grundprinzipien für die Steuerung von Risiken definiert, um ein angemessenes Risiko-Rendite-Verhältnis, stabile Erträge und die von uns angestrebten Kapitalniveaus zu gewährleisten. Der wichtigste Aspekt des Regelwerks zur Risikobereitschaft

ist ein solides System von integrierten Risikolimiten zur Kontrolle der Risikokapazität insgesamt und als wesentliche Entscheidungshilfe auf Geschäftsführungsebene. Unser Regelwerk für die Risikobereitschaft orientiert sich an den folgenden allgemeinen Grundsätzen:

- Ausrichtung der Geschäftsführung auf ein angestrebtes Kreditrating;
- Erfüllung der regulatorischen Anforderungen und Erwartungen;
- Sicherstellung einer angemessenen Kapitalausstattung;
- Gewährleistung einer geringen Exponierung gegenüber Stressereignissen;
- Aufrechterhaltung stabiler Erträge;
- Gewährleistung einer soliden Steuerung des Liquiditäts- und Finanzierungsrisikos.

Die Risikobereitschaft wird vom Verwaltungsrat jedes Jahr unter Einbezug der strategischen und geschäftlichen Planung überprüft und neu festgelegt. Die entsprechenden Vorgaben werden anschliessend mithilfe eines detaillierten Regelwerks mit Portfolio- und Positionslimiten auf Gruppen- und Geschäftsdivisionsebene umgesetzt. Im Jahr 2012 wurde das Regelwerk für die Risikobereitschaft um gruppenweite Limiten für risikogewichtete Aktiven nach Basel III und Bilanzsumme sowie um divisionale Toleranzwerte für operationelle Risiken erweitert. Diese Verbesserungen des Regelwerks traten 2013 in Kraft. Die nachfolgende Grafik vermittelt einen Überblick über das Regelwerk zur Risikobereitschaft der Gruppe und zeigt ausgewählte gruppenweite und divisionsspezifische quantitative Limiten und qualitative Auflagen.

Regelwerk zur Risikobereitschaft

	Gruppenweit	Divisionsspezifisch	
		Private Banking & Wealth Management	Investment Banking
Ausgewählte quantitative Limiten	<ul style="list-style-type: none"> – Economic-Capital-Limiten – Liquiditätskennzahlen – Leverage Ratios 	<ul style="list-style-type: none"> – Szenarioverlustlimiten – Risikogewichtete Aktiven – Bilanzsumme 	<ul style="list-style-type: none"> – Economic-Capital-Limiten – Markttrisikolimiten – Kredittrisikolimiten – Toleranzwerte für operationelle Risiken
Ausgewählte qualitative Auflagen	<ul style="list-style-type: none"> – Einhaltung ausländischer und lokaler Rechtsnormen – Reputationsrisiko 	<ul style="list-style-type: none"> – Vermeidung von Risikokonzentrationen – Einhaltung der Anforderungen bezüglich Eignung und Angemessenheit – Einhaltung von Branchenleitlinien und internen Weisungen 	

Ein einwandfreies Risikolimitensystem ist für ein wirksames Risikomanagement entscheidend. Die Limiten legen unter Berücksichtigung der Marktbedingungen, der Geschäftsstrategie und der vorhandenen Kapitalausstattung unsere maximale Risikoposition in Bilanz und Ausserbilanz fest.

Wir verwenden ein Limitensystem auf der Basis des Economic Capital, um unsere Risiken umfassend zu steuern. Die globalen Risikolimiten der Gruppe werden vom Verwaltungsrat in Absprache mit seinem Risk Committee festgelegt und sind verbindlich. Bei Überschreiten dieser Limiten werden der Vorsitzende des Risk Committee des Verwaltungsrats und der CEO der Gruppe umgehend benachrichtigt. Ferner wird auch der Gesamtverwaltungsrat an seiner nächsten Sitzung schriftlich darüber in Kenntnis gesetzt. Im Anschluss an die Benachrichtigung kann der CRO diejenigen Positionen genehmigen, welche die Limiten des Verwaltungsrats um nicht mehr als einen zulässigen Prozentsatz überschreiten, wobei solche Genehmigungen stets dem Gesamtverwaltungsrat mitgeteilt werden. Positionen, welche die Limiten des Verwaltungsrats um mehr als diesen zulässigen Prozentsatz überschreiten, können nur gemeinsam durch den CRO und den Gesamtverwaltungsrat genehmigt werden. 2012 und 2011 wurden keine Limiten des Verwaltungsrats überschritten.

Im Rahmen der gruppenweiten Risikobereitschaft gemäss den vom Verwaltungsrat definierten Limiten ist das CARMC verantwortlich für die Festlegung divisionaler sowie spezifischer Risikolimiten, die für die Kontrolle der Risikokonzentration innerhalb einzelner Geschäftsbereiche als notwendig erachtet werden. Zu diesem Zweck verwendet das CARMC ein umfassendes Modell mit über 100 verschiedenen Risikolimiten, mit dem die Risikonahme durch einzelne Geschäftsbereiche sowie insgesamt detailliert kontrolliert werden soll. Die Limitenmassgrössen umfassen VaR, Economic Capital, Risikopositionen, Risikosensitivität und Szenarioanalysen. Das Regelwerk umfasst spezifische Limiten für zahlreiche unterschiedliche Konzentrationen von Produkt- und Risikoarten. Beispielsweise bestehen konsolidierte Limiten für Handelspositionen, Zinsrisiken im Bankbuch, Private-Equity- und Startkapital- (Seed Money) sowie Emerging-Markets-Positionen. Innerhalb der Segmente werden Risikolimiten an tiefere organisatorische Einheiten zugeteilt. Sie umfassen unter anderem ein Kreditlimitensystem für Gegenparteiern auf Basis der einzelnen Gegenpartei. Die Limiten von CARMC sind verbindlich und werden üblicherweise eng gesetzt, um sicherzustellen, dass jede deutliche Zunahme von Risiken umgehend eskaliert wird. Der Leiter des SRM der jeweiligen Division oder bestimmte andere Mitglieder der Geschäftsleitung können die CARMC-Limiten vorübergehend für einen Zeitraum von maximal 90 Tagen um einen im Voraus genehmigten Prozentsatz erhöhen. Jede Überschreitung der CARMC-Limiten unterliegt einem formalen Eskalationsverfahren

und ist durch die Geschäftsleitung zu korrigieren oder explizit zu genehmigen. Die Genehmigung durch die Geschäftsleitung gilt standardmässig für einen Zeitraum von zehn Tagen (oder weniger als zehn Tagen für bestimmte Limitenarten). Sie ist um weitere Standardzeiträume zu verlängern, wenn eine Überschreitung nicht innerhalb des ursprünglichen Standardzeitraums korrigiert werden kann. Die Mehrheit dieser Limiten unterliegt einer täglichen Überwachung. Limiten, bei welchen die inhärente Berechnungszeit länger ist, unterliegen einer wöchentlichen Überwachung. Eine kleinere Untergruppe von Limiten im Zusammenhang mit Risikopositionen, bei welchen sich das Risikoprofil weniger häufig verändert (beispielsweise Limiten im Zusammenhang mit illiquiden Anlagen), wird monatlich überwacht. Im Jahr 2012 wurden alle Überschreitungen von CARMC-Limiten innerhalb des als Standard vorgegebenen Zeitraums korrigiert.

Economic Capital und Positionsrisiko

Überblick

Economic Capital ist ein konsistentes und umfassendes Instrument für das Risikomanagement, die Kapitalbewirtschaftung und die Performance-Messung. Es ist unser zentrales gruppenweites Risikomanagementinstrument zur Messung und Meldung aller quantifizierbaren Risiken. Economic Capital misst Risiken auf der Basis der ökonomischen Realitäten und nicht nach aufsichtsrechtlichen oder bilanziellen Regeln. Das Economic Capital entspricht der geschätzten Kapitalausstattung, die in Übereinstimmung mit unserer angestrebten Finanzkraft (das heisst dem langfristigen Kreditrating) benötigt wird, um auch unter extremen Markt-, Geschäfts- und operationellen Bedingungen zahlungs- und handlungsfähig zu bleiben. Das Economic Capital hat zudem eine gemeinsame Sprache für die Risiken in allen Bereichen der Gruppe geschaffen, was zu einer erhöhten Risikotransparenz beiträgt und den Wissenstransfer erleichtert. Entwicklung und Einsatz von Methodologien und Modellen auf der Basis von Economic Capital haben sich im Laufe der Zeit weiterentwickelt, ohne dass sie branchenweit standardisiert wurden, so dass Vergleiche zwischen verschiedenen Unternehmen wenig Aussagekraft enthalten.

Gemäss der Säule 2 des Basel-Regelwerks («Aufsichtsrechtliches Überprüfungsverfahren») sind Banken verpflichtet, ein solides und umfassendes Regelwerk festzulegen, mit dem sie die Eigenmittelunterlegung beurteilen, interne Eigenkapitalziele formulieren und die Einhaltung eines angemessenen Verhältnisses zwischen Risiken und Eigenmitteln in ihrem aktuellen operativen Umfeld sicherstellen. Unseren Vorgaben zum Economic Capital kommt im Rahmen der Säule 2 eine wichtige Rolle zu, denn sie widerspiegeln unsere interne Einschätzung des Kapitalbedarfs zur Sicherung unserer Geschäftstätigkeit.

Economic Capital wird getrennt für das ◊Positionsrisiko, das operationelle Risiko sowie das sonstige Risiko berechnet. Diese drei Risikokategorien werden zur Berechnung des beanspruchten Economic Capital verwendet und sind wie folgt definiert:

- Positionsrisiko: unerwarteter ökonomischer Verlust auf unseren Positionen über einen Horizont von einem Jahr, der nur mit einer geringen Wahrscheinlichkeit überschritten wird (1% für Risikomanagementzwecke; 0,03% für Kapitalbewirtschaftungszwecke). Das Positionsrisiko wird zur Beurteilung, Überwachung und Meldung der Risiken in der ganzen Gruppe verwendet.
- Operationelles Risiko: geschätzter Verlust über den Zeitraum von einem Jahr infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Prozessen, Menschen oder Systemen oder von externen Ereignissen, der mit einer geringen Wahrscheinlichkeit (0,03%) überschritten wird. Die Schätzung dieser Art von Economic Capital erfordert von Natur aus den Einbezug subjektiver Kriterien und basiert auf quantitativen Instrumenten sowie der Einschätzung der Geschäftsführung.
- Sonstige Risiken: Zu den Risiken, die oben nicht erfasst werden, zählen insbesondere das Kostenrisiko, das Vorsorgerisiko, das Fremdwährungsrisiko im Zusammenhang mit dem zur Verfügung stehenden Economic Capital und dem beanspruchten Economic Capital sowie das Risiko aus bankeigenem Immobilienbesitz. Das Kostenrisiko wird als Differenz zwischen den Kosten und den Erträgen bei Eintritt eines schwerwiegenden Marktereignisses – unter Ausschluss jener Elemente, die durch Positionsrisiken und operationelle Risiken abgedeckt werden – definiert. Das Vorsorgerisiko wird als potenzielle Unterdeckung der Vorsorgeverpflichtungen der Gruppe bei extremen Ereignissen definiert.

Unsere Economic-Capital-Methodik wird regelmässig überprüft, um sicherzustellen, dass das Modell auch bei veränderten Marktbedingungen und Geschäftsstrategien aussagekräftig bleibt. 2012 nahmen wir einige Optimierungen bei der Positionsrisiko-Methodik vor, unter anderem die Folgenden:

- Im Bereich Internationale Kredite & Gegenparteirisiken haben wir die Erfassung von Ratings für hochverzinsliche vorrangig besicherte Kredite verbessert und bestimmte Bonitätsrisikoparameter an ein aktualisiertes, von der ◊FINMA genehmigtes regulatorisches Eigenmittelmodell angepasst.
- Im Bereich Aktienhandel & Anlagen haben wir das Modell für Private-Equity-Positionen neu kalibriert und dabei unter anderem die Schockberechnung und Marktdaten verfeinert.

- Im Bereich Immobilien & Strukturierte Vermögenswerte haben wir die für Asset-Finance-Produkte verwendeten Schockereignisse verfeinert.
- Im Anleihenhandel haben wir die Auswirkungen saisonaler Effekte auf die historischen Daten von Energieprodukten eliminiert.
- Im Bereich Emerging-Markets-Länderereignisrisiko haben wir die Zuteilungsmethodik an die Divisionen verbessert.

Die Vorjahreszahlen wurden an die Änderungen der Methodik angepasst, um einen aussagekräftigen Trend zu zeigen. Die Methodik-Änderungen im Jahr 2012 wirkten sich auf das Positionrisiko der Gruppe per 31. Dezember 2011 mit einer Abnahme von CHF 653 Mio. beziehungsweise 6% aus.

Beim beanspruchten Economic Capital, das zur Kapitalbewirtschaftung eingesetzt wird, wurde zusätzlich zu den oben beschriebenen methodischen Änderungen die Eigenmittel für operationelle Risiken erhöht, um voraussichtlichen Änderungen an unserem Modell Rechnung zu tragen. 2012 leiteten wir nach entsprechenden Gesprächen mit der FINMA ein Projekt zur Verbesserung unserer Economic-Capital-/◊AMA-Methodik ein, um den jüngsten Entwicklungen bei den Vorgaben zu den Messungsmethoden des operationellen Risikos und verwandten regulatorischen Vorgaben Rechnung zu tragen. Das Projekt wird voraussichtlich im Jahr 2013 abgeschlossen. Für die Projektdauer wurden die erforderlichen Eigenmittel für operationelle Risiken für die Zwecke der regulatorischen Eigenmittel und des Economic Capital um 20% erhöht, um den voraussichtlichen Änderungen unserer Modelle Rechnung zu tragen. Die Vorjahreszahlen wurden an die Änderungen der Methodik im Jahr 2012 angepasst, um einen aussagekräftigen Trend zu zeigen. Die Methodik-Änderungen wirkten sich auf das beanspruchte Economic Capital der Gruppe per 31. Dezember 2011 mit einer Abnahme von CHF 793 Mio. beziehungsweise 2% aus.

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 wurden von den Aufsichtsbehörden Veränderungen am Regelwerk für die Eigenmittelanforderungen vorgenommen. Dies erfolgte über die Umsetzung von ◊Basel II.5 und ◊Basel III. Um der ökonomischen Realität Rechnung zu tragen, ändern wir unser Economic-Capital-Modell oft bereits im Vorfeld regulatorischer Änderungen. So sind beispielsweise Vorgaben, etwa Eigenkapitalanforderungen wie ◊Eigenmittelzuschlag für zusätzliche Risiken (Incremental Risk Charge, IRC) und ◊Credit Valuation Adjustments, bereits seit einigen Jahren fester Bestandteil unseres Economic-Capital-Modells. Wir überprüfen das Modell regelmässig, so dass es die Risiken in Form von möglichen Verlusten von wirtschaftlichem Wert widerspiegelt.

Positionsrisiko der Gruppe

	Ende			Veränderung in %	
	2012	2011	2010	12 / 11	11 / 10
Positionsrisiko (in Mio. CHF)					
Anleihenhandel ¹	2 749	2 881	2 656	(5)	8
Aktienhandel & Anlagen	1 819	2 137	2 248	(15)	(5)
Private Banking Geschäfts- & Privatkredite	2 382	2 182	2 072	9	5
Internationale Kredite & Gegenparteirisiken	4 281	4 009	3 857	7	4
Emerging-Markets-Länderereignisrisiko	1 041	860	632	21	36
Immobilien & Strukturierte Vermögenswerte ²	1 985	2 157	2 647	(8)	(19)
Einfache Summe über alle Risikokategorien	14 257	14 226	14 112	0	1
Diversifikationseffekt ³	(2 880)	(2 689)	(2 597)	7	4
Positionsrisiko (Konfidenzniveau 99% für Risikomanagementzwecke)	11 377	11 537	11 515	(1)	0

Aufgrund von Methodenänderungen wurden Vergleichszahlen angepasst, um sinnvolle Trends aufzuzeigen.

¹ Diese Kategorie umfasst Anleihenhandels-, Fremdwährungs- und Rohstoffrisiken. ² Diese Kategorie umfasst Geschäfts- und Wohnbauhypotheken (einschliesslich RMBS und CMBS), ABS-Positionen, an Auktionen erworbene Immobilien und Anlagen in Immobilienfonds. ³ Entspricht der Nettodifferenz zwischen der Summe der Positionsrisikokategorien und dem Positionsrisiko über das gesamte Portfolio.

Entwicklung der Positionsrisiken

Im Vergleich zum Jahresende 2011 ging das Positionsrisiko für Risikomanagementzwecke um 1% zurück. Ohne den US-Dollar-Währungsumrechnungseinfluss stieg das Positionsrisiko um 1%. Dies beruhte vor allem auf dem Abbau von Absicherungspositionen und neuen Krediten im Investment Banking für Internationale Kredite & Gegenparteirisiken, einem höheren Emerging-Markets-Länderereignisrisiko hauptsächlich durch höhere Risikopositionen in Asien und Osteuropa, sowie höheren Risiken bei Lombardkrediten und kommerziellen Ausleihungen im Bereich Private Banking Geschäfts- & Privatkredite. Diese Erhöhungen wurden teilweise durch Verkäufe von Positionen in Private Equity und nicht liquiden Hedgefondsanlagen im

Bereich Aktienhandel & Anlagen sowie geringere Risiken aus ◯CMBS und ◯RMBS im Bereich Immobilien & Strukturierte Vermögenswerte ausgeglichen.

Im Rahmen des gesamten Risikomanagements verfügen wir über ein Portfolio mit Absicherungsinstrumenten. Diese Absicherungspositionen werden ähnlich wie andere gehandelte Wertschriften durch die Marktentwicklungen beeinflusst. Dabei können Gewinne oder Verluste entsprechende Verluste oder Gewinne auf den bezeichneten abgesicherten Portfolios kompensieren. Aufgrund der unterschiedlichen Art und Struktur der Absicherungsinstrumente können Gewinne oder Verluste aus den Portfolios nicht immer in vollem Umfang kompensiert werden.

Economic Capital

Ende	Gruppe			Bank ¹		
	2012	2011	Veränderung in %	2012	2011	Veränderung in %
Vorhandenes Economic Capital (in Mio. CHF)						
Kernkapital (Tier 1)	43 547	36 844	18	39 660	35 098	13
Wirtschaftlich bedingte Anpassungen ²	2 117	2 417	(12)	2 888	2 179	33
Vorhandenes Economic Capital	45 664	39 261	16	42 548	37 277	14
Beanspruchtes Economic Capital (in Mio. CHF)						
Positionsrisiko (99.97% Konfidenzniveau)	20 088	20 591	(2)	19 532	19 830	(2)
Operationelles Risiko	3 924	3 754	5	3 924	3 754	5
Sonstige Risiken ³	6 184	8 302	(26)	3 965	5 835	(32)
Beanspruchtes Economic Capital	30 196	32 647	(8)	27 421	29 419	(7)

Aufgrund von Methodenänderungen wurden Vergleichszahlen angepasst, um sinnvolle Trends aufzuzeigen.

¹ Der Hauptunterschied zwischen Economic Capital der Gruppe und demjenigen der Bank ist auf die Risiken der Neuen Aargauer Bank AG, BANK-now AG und des Corporate Center zurückzuführen. Diese Risiken beinhalten Positionsrisiken und sonstige Risiken. ² Enthält hauptsächlich Anpassungen für Verbriefungen, unrealisierte Gewinne auf eigenen Liegenschaften und voraussichtliche Dividenden. Wirtschaftlich bedingte Anpassungen werden im Kernkapital (Tier 1) vorgenommen, um den Vergleich zwischen beanspruchtem und verfügbarem Kapital unter dem Basel-Regelwerk zu ermöglichen. ³ Enthält das Risiko auf eigenen Liegenschaften, das Kostenrisiko, das Vorsorgerisiko, das Fremdwährungsrisiko zwischen verfügbarem Economic Capital und beanspruchtem Economic Capital, das Zinsrisiko auf Treasury-Positionen, Diversifikationseffekte sowie eine Schätzung der Auswirkung bestimmter für 2013 geplanter Methodenänderungen.

Economic Capital pro Division

im Jahr / Ende	2012	2011	Veränderung in %
Beanspruchtes Economic Capital pro Division (in Mio. CHF)			
Private Banking & Wealth Management	9 818	10 254	(4)
Investment Banking	17 998	19 789	(9)
Corporate Center ¹	2 397	2 625	(9)
Beanspruchtes Economic Capital – Gruppe ²	30 196	32 647	(8)
Beanspruchtes Economic Capital – Bank ³	27 421	29 419	(7)
Durchschnittlich beanspruchtes Economic Capital pro Division (in Mio. CHF)			
Private Banking & Wealth Management	9 981	10 115	(1)
Investment Banking	18 729	18 882	(1)
Corporate Center ¹	2 530	1 798	41
Durchschnittlich beanspruchtes Economic Capital – Gruppe ⁴	31 218	30 782	1
Durchschnittlich beanspruchtes Economic Capital – Bank ³	28 214	28 417	(1)

Aufgrund von Methodenänderungen wurden Vergleichszahlen angepasst, um sinnvolle Trends aufzuzeigen.

¹ Enthält hauptsächlich das Kostenrisiko, Diversifikationseffekte aus den Divisionen sowie das Fremdwährungsrisiko zwischen verfügbarem Economic Capital und beanspruchtem Economic Capital. ² Enthält per 31. Dezember 2012 und 2011 einen Diversifikationseffekt von CHF 17 Mio. beziehungsweise CHF 21 Mio. ³ Der Hauptunterschied zwischen Economic Capital der Gruppe und demjenigen der Bank ist auf die Risiken der Neuen Aargauer Bank AG, BANK-now AG und des Corporate Center zurückzuführen. Diese Risiken beinhalten Positionsrisiken und sonstige Risiken. ⁴ Enthält per 31. Dezember 2012 und 2011 einen Diversifikationseffekt von CHF 22 Mio. beziehungsweise CHF 13 Mio.

Entwicklung des beanspruchten Economic Capital

Unser beanspruchtes Economic Capital ging im Verlauf von 2012 um 8% zurück. Ohne den US-Dollar-Währungsumrechnungseinfluss betrug der Rückgang des beanspruchten Economic Capital 6%, was hauptsächlich auf das geringere Kostenrisiko innerhalb der sonstigen Risiken und geringere Positionsrisiken vor allem aus Aktienhandel & Anlagen und aus Anleihenhandel zurückzuführen ist. Die Abnahmen wurden

durch gestiegene Positionsrisiken für Internationale Kredite & Gegenpartierisiken und Emerging-Markets-Länderereignisrisiken teilweise kompensiert.

Im Private Banking & Wealth Management ging das beanspruchte Economic Capital um 4% zurück, hauptsächlich aufgrund des geringeren Positionsrisikos aus Aktienhandel & Anlagen sowie geringerer aufgeschobener aktienbasierter Vergütung innerhalb der sonstigen Risiken, was zum Teil durch höhere

Positionsrisiken im Bereich Private Banking Geschäfts- & Privatkredite kompensiert wurden.

Im Investment Banking verringerte sich das beanspruchte Economic Capital um 9%. Ohne den US-Dollar-Währungsumrechnungseinfluss betrug der Rückgang des beanspruchten Economic Capital 6%, was zum grössten Teil auf das geringere Kostenrisiko innerhalb der sonstigen Risiken und das geringere Positionsrisiko aus Anleihenhandel zurückzuführen ist. Die Abnahmen wurden durch höhere Positionsrisiken für Internationale Kredite & Gegenparteirisiken und Emerging-Markets-Länderereignisrisiken teilweise kompensiert.

Im Corporate Center sank das beanspruchte Economic Capital um 9% aufgrund des geringeren Kostenrisikos innerhalb der sonstigen Risiken.

Marktrisiko

Das Marktrisiko ist das Verlustrisiko aufgrund ungünstiger Veränderungen von Zinssätzen, Fremdwährungskursen, Aktienkursen, Rohstoffpreisen und anderen relevanten Marktparametern wie Volatilitäten. Wir definieren unser Marktrisiko als mögliche Veränderungen des Fair Value von Finanzinstrumenten, die sich aus den Marktveränderungen ergeben können. Ein einzelnes Geschäft kann einer Anzahl von unterschiedlichen Marktrisiken ausgesetzt sein.

Wir setzen beträchtliche Mittel dafür ein, dass das Marktrisiko umfassend erfasst, richtig modelliert und berichtet sowie wirksam gesteuert wird. Die Handels- und Anlagebestände werden auf verschiedenen Stufen der Organisation bewirtschaftet, von den aggregierten Risikopositionen auf Gruppenebene bis hinunter zu einzelnen Portfolios. Wir verwenden Mess- und Steuerungsmethoden, welche den Branchenstandards entsprechen oder diese übertreffen. Das umfasst allgemeine Kalkulationsmethoden, um gruppenweit die vergleichbaren Risiken zu erfassen, sowie spezialisierte Instrumente, die produkt- oder portfoliobezogene Eigenschaften modellieren können. Die Instrumente werden für die interne Steuerung der Marktrisiken, für das interne Marktrisikoreporting sowie für externe Offenlegungszwecke verwendet. Unsere wichtigsten Messmethoden für das Marktrisiko sind VaR- und Szenarioanalysen. Zudem werden unsere Marktrisiken in unseren Berechnungen des Economic Capital erfasst. Die Risikomanagementtechniken und -richtlinien werden regelmässig auf ihre Angemessenheit überprüft.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des am 1. Januar 2011 in Kraft getretenen Basel-II.5-Marktrisikoregelwerks für Eigenmittelanforderungen der FINMA haben wir weitere Modelle zur Risikomessung eingeführt, so einen IRC und einen Stress-VaR. Beim IRC handelt es sich um eine regula-

torische Kapitalanforderung für Ausfallrisiken und Ratingveränderungen bei Positionen in den Handelsbüchern. Er stellt eine Ergänzung zu den übrigen Anforderungen an das Regelwerk für VaR-Modellierungen einschliesslich Stress-VaR dar. Der Stress-VaR repliziert eine VaR-Berechnung für das aktuelle Portfolio der Gruppe unter Einbezug einer einjährigen Beobachtungsperiode mit wesentlichen finanziellen Stresssituationen. Er trägt dazu bei, den prozyklischen Charakter der minimalen Eigenmittelanforderungen für Marktrisiken zu reduzieren.

VaR

VaR quantifiziert den möglichen Verlust aus Finanzinstrumenten infolge ungünstiger Marktbedingungen während eines vorgegebenen Zeithorizonts und mit einer festgelegten Wahrscheinlichkeit. VaR ist für alle Risikoklassen mit verlässlichem historischem Zahlenmaterial anwendbar. Das Risiko wird über Risikoklassen und nicht über Produkte aggregiert. So enthält zum Beispiel das Zinsrisiko Risiken aus Zinsen, Fremdwährungen, Aktien- und Rohstoffoptionen, Geldmarkt- und Swapgeschäften sowie Anleihen. Die Verwendung des VaR erlaubt den Vergleich der Risiken in verschiedenen Geschäftsbereichen, wie beispielsweise im Anleihen- und Aktiengeschäft, und ermöglicht die Aggregation einer Vielfalt von Positionen unter Berücksichtigung von aktuellen Korrelationen und Kompensationen zwischen verschiedenen Vermögenswerten.

Historische Finanzmarktdaten, Preise und Volatilitäten bilden die Grundlage der statistischen VaR-Modelle zur Schätzung der möglichen Verluste. Wir wenden eine Ein-Tages-Halteperiode und ein Konfidenzniveau von 98% an, um die Risiken in unseren Handelsbüchern zu internen Risikomanagementzwecken zu modellieren, sowie eine Zehn-Tages-Halteperiode und ein Konfidenzniveau von 99% zur Berechnung der regulatorischen Eigenmittelanforderungen. Diese Annahmen erfüllen die Anforderungen des Basler Ausschusses und weiterer internationaler Standards an die Steuerung von Marktrisiken. Für gewisse Zwecke wie Backtesting, Offenlegung und den Vergleich mit anderen Banken wird der VaR auf Basis einer Ein-Tages-Halteperiode berechnet oder von einer längeren Halteperiode hinunterskaliert.

Wir verwenden für die meisten Risikotypen und Geschäftsbereiche in unseren Handelsbüchern die Methode der historischen Simulation. Das Modell basiert auf Gewinn- und Verlustverteilungen aufgrund historischer Veränderungen von Marktsätzen, Preisen und Volatilitäten, die zur Bewertung des Portfolios angewendet werden.

Wir wenden für Risikomanagement- und regulatorische Eigenmittelunterlegungszwecke das gleiche VaR-Modell an, ausser in Bezug auf das Konfidenzniveau und die Halteperiode. Das VaR-Modell wird von uns regelmässig überprüft, um sicherzustellen, dass es in Anbetracht des jeweiligen Marktumfelds

und der Zusammensetzung unseres Handelsportfolios stets angemessen ist. Im Zuge der laufenden Überprüfung zur Verbesserung der Risikomanagementansätze und -methoden führten wir im zweiten Quartal 2011 eine in wesentlichen Belangen revidierte VaR-Methode sowohl für den Risikomanagement-VaR als auch für den regulatorischen VaR ein. Unseres Erachtens erhöhten diese Änderungen den Nutzen von VaR als Risikomanagementinstrument und verbesserten die Reaktionsgeschwindigkeit des Modells in Bezug auf die Marktvolatilität. Wir erhielten von der FINMA die Genehmigung zur Verwendung dieser revidierten VaR-Methode sowohl für Risikomanagement als auch für regulatorische Eigenmittelunterlegungszwecke. Wir haben den Risikomanagement-VaR für die Zeiträume vor der Einführung angepasst, um einen aussagekräftigen Trend zu zeigen. Die Methodenänderungen wurden im Juni 2011 eingeführt und sind im Risikomanagement-VaR vollständig abgebildet. Für den regulatorischen VaR werden diese Methodenänderungen erst seit der Einführung abgebildet.

- ▶ Siehe «VaR» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Risikomanagement – Marktrisiko im Jahresbericht 2011 der Credit Suisse für Informationen zu den im Juni 2011 eingeführten Änderungen der VaR-Methode.

Im zweiten Quartal 2012 nahmen wir Methodenänderungen in Bezug auf die Anlagekategorien vor, um komplexe Risiken in Verbindung mit exotischen Zins- und Fremdwährungsprodukten besser erfassen zu können.

Die FINMA hat unser regulatorisches VaR-Modell für die Berechnung der Eigenmittel zur Unterlegung der Marktrisiken des Handelsbuchs genehmigt. Dasselbe trifft für bestimmte Aufsichtsbehörden in den Ländern unserer Tochtergesellschaften zu. Wir erhalten auch weiterhin Genehmigungen der Aufsichtsbehörden für laufende Optimierungen der Methode. Das Modell wird zudem regelmässig durch die Aufsichtsbehörden überprüft.

Für den Risikomanagement-VaR verwenden wir eine Ein-Tages-Halteperiode und ein Konfidenzniveau von 98%. Dies bedeutet, dass ein Risiko von eins-zu-fünfundzwanzig besteht, dass aus der Marktbewertung der Handelsbücher ein Tagesverlust auftritt, der mindestens so hoch wie der ausgewiesene VaR ist. Für den regulatorischen VaR weisen wir den Ein-Tages-99%-VaR aus, der einem Zehn-Tages-VaR, umgerechnet auf eine Ein-Tages-Halteperiode, entspricht. Um das kumulierte Marktrisiko in unseren Handelsbüchern aufzuzeigen, bildet die Grafik mit dem Titel «Täglicher Risikomanagement-VaR» die Marktrisiken im Handelsbuch auf konsolidierter Basis ab.

Das VaR-Modell verwendet Annahmen und Schätzungen, die unserer Meinung nach angemessen sind. VaR quantifiziert jedoch den möglichen Verlust eines Portfolios nur unter normalen Marktbedingungen. Zur Abschätzung von Verlusten auf-

grund ungewöhnlich heftiger Veränderungen am Markt werden andere Risikomessverfahren, wie etwa Szenarioanalysen, verwendet. Die wichtigsten Annahmen und Grenzen von VaR sind folgende:

- VaR stützt sich auf historische Daten, um Schätzungen über zukünftige Veränderungen der Marktbedingungen zu machen. Damit lassen sich aber nicht alle möglichen Zukunftsszenarien abbilden, vor allem dann nicht, wenn der Markt erheblichen Veränderungen unterliegt, wie zum Beispiel höheren Volatilitäten;
- VaR berücksichtigt zwar die Korrelationen zwischen einzelnen Risikofaktoren, welche jedoch von schwierigen Marktverhältnissen beeinträchtigt werden können;
- VaR verwendet bei der Schätzung möglicher Verluste ein Konfidenzniveau von 98% für das interne Risikomanagement und von 99% für regulatorische Eigenmittelunterlegungszwecke; das bedeutet, dass keine Schätzungen zum Ausmass von Verlusten gemacht werden, die ausserhalb des Konfidenzniveaus liegen;
- VaR beruht auf einer Halteperiode von einem Tag (für interne Risikomanagement-, Backtesting- und Offenlegungszwecke) oder von zehn Tagen (für regulatorische Eigenmittelunterlegungszwecke). Dabei wird davon ausgegangen, dass Risiken während der Halteperiode entweder veräussert oder abgesichert werden können, was jedoch nicht für sämtliche Risikotypen möglich sein dürfte, insbesondere in Zeiten illiquider Märkte oder während Marktturbulenzen;
- VaR benutzt zur Berechnung die Positionen am Ende jedes Geschäftstages und berücksichtigt daher keine Intraday-Positionen.

Szenarioanalyse

Stresstests dienen der Ergänzung anderer Risikomassnahmen, indem das Risiko, dem die Gruppe aufgrund unwahrscheinlicher, aber dennoch plausibler Ereignisse ausgesetzt ist, erfasst wird. Solche Ereignisse können durch eine Reihe starker Bewegungen auf verschiedensten Finanzmärkten ausgedrückt werden. Die wichtigsten Szenarien beziehen sich auf wesentliche Veränderungen der Kreditrisikoprämien, der Zinssätze, der Aktienkurse und Rohstoffpreise, der Fremdwährungskurse sowie auf ungünstige Veränderungen in den Ausfallrisiko- und Wiedereinbringungsdaten von Gegenparteien. Der grösste Teil der Szenario-Analyse-Berechnungen ist auf die Risikoprofile der einzelnen Geschäftsbereiche abgestimmt; wenn Limiten unseres Erachtens eine angemessene Kontrolle darstellen, werden sie eingeführt. Um Risikokonzentrationen zu identifizieren und mögliche Verluste auf Gruppenebene unter Extrembedingungen abzuschätzen, bedienen wir uns einer Reihe von Szenarien, die divisionsübergreifend einheitlich angewandt werden,

und nehmen eine Einschätzung der Auswirkungen bedeutender und gleichzeitig auf vielen Märkten und in vielen Anlageklassen stattfindender Bewegungen vor.

Stresstests sind ein fundamentaler Bestandteil des Regelwerks der Risikokontrolle unserer Gruppe. Die Ergebnisse der Stresstests werden mit den Limiten verglichen und bei der Besprechung der Risikobereitschaft und des strategischen Geschäftsplans herangezogen. Ausserdem unterstützen sie unsere interne Beurteilung der Eigenmittelunterlegung. Stress-testsznarien werden in regelmässigen Abständen erstellt, und die Ergebnisse, Trendinformationen und begleitenden Analysen werden an den Verwaltungsrat, die Geschäftsleitung und die Geschäftsdivisionen rapportiert.

Das Stresstesting-Regelwerk der Gruppe ist umfassend und unterliegt der Kontrolle durch einen speziellen Steuerungsausschuss. Die Szenarien können unter Bezugnahme auf historische Ereignisse oder auf Basis zu erwartender, hypothetischer Ereignisse festgelegt werden, die Auswirkungen auf die Positionen, das Kapital oder die Rentabilität der Gruppe haben könnten. Die Szenarien werden regelmässig und entsprechend der Entwicklung der Markt- und Geschäftsstrategien überprüft und aktualisiert. Neue Szenarien werden von der Risikomanagementfunktion in Zusammenarbeit mit unserem Geschäftsdivisionen ausgearbeitet.

Handelsbuch

Risikomessung und -management

Die von uns eingegangenen Marktrisiken gehen vor allem auf die Handelsaktivitäten des Investment Banking zurück. Unsere anderen Divisionen sind im Handel ebenfalls aktiv, jedoch in wesentlich geringerem Ausmass.

Für die vorliegende Berichterstattung wird zur Quantifizierung des Marktrisikos im Handelsbuch der VaR berechnet. Das Handelsbuch umfasst diejenigen Finanzinstrumente, welche für das Handelsbuch gemäss Definition für die regulatorische Eigenmittelunterlegung berücksichtigt werden müssen. Diese Klassierung der Aktiven als Handelsbestände dient der Analyse unseres Marktrisikos und entspricht nicht der Klassierung in der Jahresrechnung.

Wir sind auf den meisten bedeutenden Finanzmärkten aktiv und setzen die meisten gebräuchlichen Handels- und Absicherungsprodukte ein, einschliesslich Derivaten wie Swaps, Futures, Optionen und strukturierter Produkte (darunter auch auf Kunden- oder Eigenbedürfnisse zugeschnittene Derivatkombinationen). Aufgrund unserer breiten Aktivität in verschiedenen Produkten und Märkten kommt eine Vielzahl von verschiedenen Handelsstrategien zum Einsatz. Entsprechend sind auch unsere Positionen sowohl geografisch als auch bezüglich der Risiken breit gestreut.

Risiken im Zusammenhang mit eingebetteten derivativen Bestandteilen unserer strukturierten Produkte werden auf Portfoliobasis im Rahmen unseres gesamten Handelsbuchs aktiv überwacht und gesteuert sowie in unseren VaR-Messgrössen erfasst.

Risikomanagement-VaR (ein Tag, 98%) und regulatorischer VaR (ein Tag, 99%) (CHF)

im Jahr / Ende						Risikomanagement- VaR (98%)	Regulatori- scher VaR (99%)
	Zinsen & Kreditrisiko- prämien	Fremd- währungen	Rohstoffe	Aktien	Diversi- fikations- effekt	Total	Total
2012 (in Mio. CHF)							
Durchschnitt	57	13	3	22	(28)	67	57
Minimum	36	3	1	14	- ¹	34	34
Maximum	82	34	7	35	- ¹	104	89
Ende der Periode	44	12	2	17	(35)	40	52
2011 (in Mio. CHF)							
Durchschnitt	73	13	10	23	(44)	75	94
Minimum	54	5	2	14	- ¹	54	49
Maximum	99	25	26	47	- ¹	107	161
Ende der Periode	73	12	4	25	(40)	74	79
2010 (in Mio. CHF)							
Durchschnitt	102	18	22	27	(67)	102	142
Minimum	78	6	10	15	- ¹	68	103
Maximum	127	43	32	50	- ¹	142	205
Ende der Periode	90	21	18	25	(63)	91	124

Nicht enthalten sind Risiken im Zusammenhang mit Gegenpartei- und Risiken aus eigenen Schulden. Im Juni 2011 nahmen wir wesentliche Veränderungen an unserer VaR-Methode vor. Um sinnvolle Trends aufzuzeigen, wurde der Risikomanagement-VaR für Perioden vor der Einführung angepasst. Für den regulatorischen VaR wurden die Methodenänderungen erst ab Einführung berücksichtigt.

¹ Da Maximum und Minimum der verschiedenen Risikokategorien an verschiedenen Tagen auftreten, ist die Berechnung des Portfolio-Diversifikationseffektes nicht aussagekräftig.

Entwicklung der Marktrisiken im Handelsbuch

Die Tabellen unter «Risikomanagement-VaR (ein Tag, 98%) und regulatorischer VaR (ein Tag, 99%)» zeigen unsere Marktrisiken im Handelsbuch, gemessen am Ein-Tages-Risikomanagement-VaR mit einem Konfidenzniveau von 98% und am regulatorischen Ein-Tages-99%-VaR. Der VaR wurde anhand einer historischen Datenreihe über zwei Jahre berechnet. Wir messen den VaR des Handelsbuchs für das interne Risikomanagement in US-Dollar, wobei die VaR-Werte zum Tageskurs in Schweizer Franken umgerechnet wurden. Der VaR wird sowohl getrennt nach einzelnen Risikoarten als auch für das gesamte Portfolio basierend auf einer historischen Simulation berechnet. Der Diversifikationseffekt entspricht der Nettodifferenz zwischen der Summe der 98%-Perzentil-Verluste für den Risikomanagement-VaR (beziehungsweise der 99%-Perzentil-Verluste für den regulatorischen VaR) für die einzelnen Risikoarten und dem Verlust für das gesamte Portfolio.

Wir steuern den VaR in US-Dollar, da praktisch das gesamte Marktrisiko aus dem Investment Banking kommt.

Der durchschnittliche Risikomanagement-VaR sank im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um 31% auf USD 59 Mio. Der Rückgang schloss Risikoreduktionen im gesamten Fixed-Income-Bereich ein, was insbesondere auf Verkäufe von Kun-

denbeständen bei sämtlichen Kreditprodukten und Verbriefungen, aber auch auf geringere Zinsrisiken, vor allem bei US-amerikanischen und europäischen Zinsprodukten, und auf eine geringere Marktvolatilität zurückzuführen war.

Der Risikomanagement-VaR für das Periodenende per 31. Dezember 2012 ging gegenüber dem 31. Dezember 2011 um 44% auf USD 44 Mio. zurück. Hauptgrund für den Rückgang waren die rückläufige Marktvolatilität sowie geringere Zins-, Kreditrisikoprämien- und Aktienrisiken.

Wir benutzen verschiedene Methoden, um die Angemessenheit des regulatorischen VaR-Modells für die Handelsbestände zu überprüfen, unter anderem Backtesting. Unser Backtesting erfolgt derzeit auf Basis des tatsächlichen täglichen Handelserfolgs. Der tatsächliche tägliche Handelserfolg wird mit dem regulatorischen 99%-VaR unter Verwendung einer Ein-Tages-Halteperiode verglichen. Als Backtesting-Ausreisser wird ein Handelsverlust betrachtet, der grösser ist als der geschätzte Ein-Tages-VaR. In den 12-Monats-Perioden, die am 31. Dezember 2012, 2011 und 2010 endeten, gab es keine solchen Backtesting-Ausreisser. Das Modell ist nach BIZ-Richtlinien statistisch gültig, da in den rollenden 12-Monats-Perioden, die am 31. Dezember 2012, 2011 und 2010 endeten, jeweils weniger als fünf Backtesting-Ausreisser auftraten.

Risikomanagement-VaR (ein Tag, 98%) und regulatorischer VaR (ein Tag, 99%) (USD)

im Jahr / Ende						Risikomanagement-	Regulatori-
	Zinsen & Kreditrisiko- prämien	Fremd- währungen	Rohstoffe	Aktien	Diversi- fikations- effekt	VaR (98%)	scher VaR (99%)
						Total	Total
2012 (in Mio. USD)							
Durchschnitt	61	14	3	23	(42)	59	61
Minimum	38	3	1	15	- ¹	36	37
Maximum	90	38	38	37	- ¹	88	97
Ende der Periode	49	13	2	18	(38)	44	57
2011 (in Mio. USD)							
Durchschnitt	82	14	11	26	(48)	85	105
Minimum	64	6	2	15	- ¹	65	55
Maximum	107	29	29	51	- ¹	117	177
Ende der Periode	77	13	4	27	(42)	79	84
2010 (in Mio. USD)							
Durchschnitt	91	16	20	24	(60)	91	136
Minimum	68	6	9	14	- ¹	64	95
Maximum	111	38	28	44	- ¹	124	210
Ende der Periode	78	18	16	22	(54)	80	132

Nicht enthalten sind Risiken im Zusammenhang mit Gegenparteirisiken und Risiken aus eigenen Schulden. Im Juni 2011 nahmen wir wesentliche Veränderungen an unserer VaR-Methode vor. Um sinnvolle Trends aufzuzeigen, wurde der Risikomanagement-VaR für Perioden vor der Einführung angepasst. Für den regulatorischen VaR wurden die Methodenänderungen erst ab Einführung berücksichtigt.

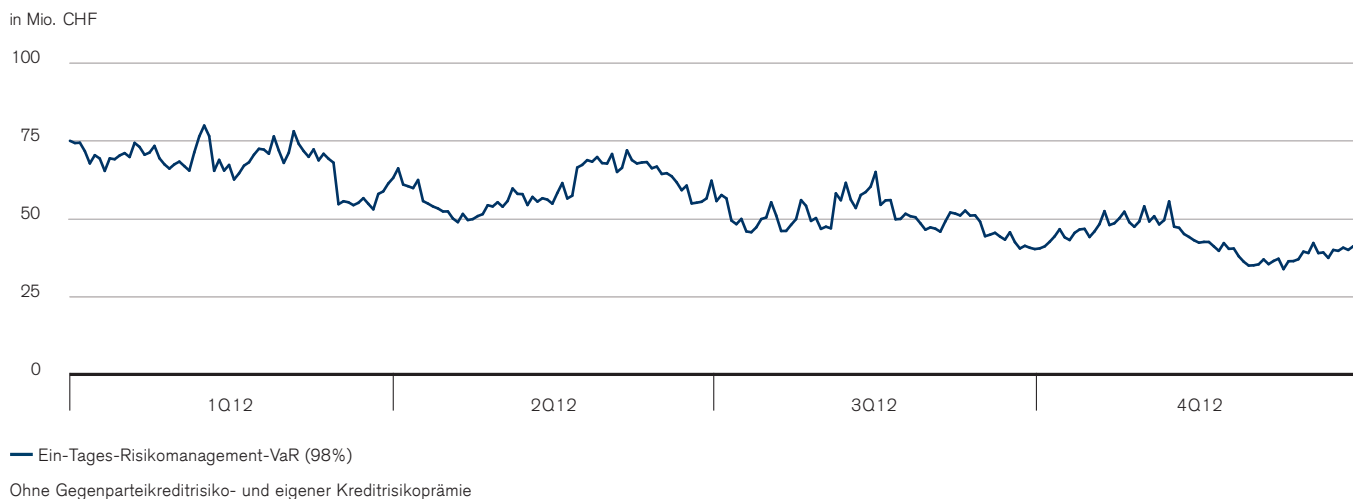
¹ Da Maximum und Minimum der verschiedenen Risikokategorien an verschiedenen Tagen auftreten, ist die Berechnung des Portfolio-Diversifikationseffektes nicht aussagekräftig.

In Bezug auf die Eigenmittelanforderungen wendet die FINMA entsprechend den BIZ-Anforderungen einen Multiplikator an. Für jeden Ausreisser des regulatorischen VaR, der vier Ausreisser in der vorangehenden rollenden 12-Monats-Periode übersteigt – berechnet auf Basis einer bereinigten Teilmenge des effektiven täglichen Handelserfolgs –, erhöhen sich aufgrund des Multiplikators die notwendigen Eigenmittel für das Marktrisiko.

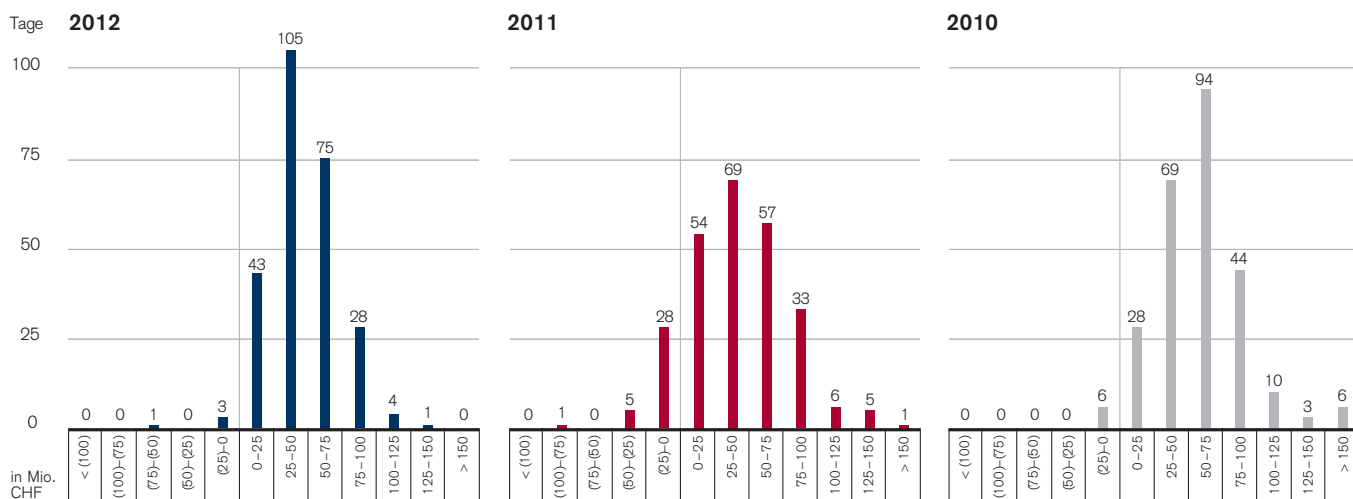
- ▶ Siehe «Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen» in Kapitalbewirtschaftung für weitere Informationen zur Verwendung unseres Modells für den regulatorischen VaR in der Berechnung der notwendigen Eigenmittel zur Unterlegung der Marktrisiken.

Die Grafik «Verteilung der Handelserfolge» vergleicht die Verteilung des täglichen Handelserfolgs im Jahr 2012 mit denjenigen der Jahre 2011 und 2010. Die Streuung der täglichen Handelserfolge ist ein Mass für die Volatilität unserer Handelsaktivitäten. Im Jahr 2012 verzeichneten wir an vier Tagen Handelsverluste, wobei ein Handelsverlust mehr als CHF 25 Mio. betrug, im Vergleich zu 34 Tagen mit Handelsverlusten im Jahr 2011, wobei sechs Handelsverluste mehr als CHF 25 Mio. betragen.

Täglicher Risikomanagement-VaR



Verteilung der Handelserfolge



Ohne Neue Aargauer Bank. In Vergleichsperioden vor der Integration von Clariden Leu im zweiten Quartal 2012 ist auch Clariden Leu nicht enthalten.

Handelserfolge schliessen Wertanpassungen im Zusammenhang mit Gegenpartekreditrisiko- und eigener Kreditrisikoprämie nicht ein.

Bankenbuch

Risikomessung und -management

Die Marktrisiken aus unseren Bankenbüchern beziehen sich vor allem auf Zinsrisiken aus entsprechenden Fristenkongruenzen zwischen Aktiven und Verbindlichkeiten, auf Aktienbeteiligungen und auf Anlagen in Obligationen und Geldmarktinstrumente. Alle unsere Segmente und das Corporate Center haben Bestände im Bankenbuch, welche gewisse Marktrisiken tragen.

Die mit den Bankenbüchern zusammenhängenden Marktrisiken werden mit verschiedenen Instrumenten gemessen, über-

wacht und begrenzt, einschliesslich Economic Capital, Szenarioanalyse, Sensitivitätsanalyse und VaR. Für die vorliegende Berichterstattung werden die aggregierten Marktrisiken unserer Bankenbücher auf Basis von Sensitivitätsanalysen dargestellt. Die Sensitivitätsanalysen für die Bestände der Bankenbücher messen den möglichen Marktwertverlust als Resultat von definierten hypothetischen Schocks auf den Marktparametern. Sie messen nicht den möglichen Einfluss auf den ausgewiesenen Erfolg, da die Bestände der Bankenbücher im Allgemeinen nicht über die Erfolgsrechnung bewertet werden.

Entwicklung der Marktrisiken im Bankenbuch

Wir gehen Zinsrisiken in den Bankenbüchern ein durch die Emission zinsensitiver Positionen im Private Banking & Wealth Management, deren Risiken ins Treasury transferiert werden, durch Geldmarkt- und Finanzierungsaktivitäten im Treasury, durch die Anlage unseres konsolidierten Eigenkapitals sowie durch weitere Aktivitäten wie Market Making und Handelsgeschäfte, die Bankenbuchpositionen in den Divisionen, vor allem im Investment Banking, betreffen. Sparkonten und viele andere Retailbankingprodukte haben keinen vertraglichen Fälligkeitstermin oder direkt marktabhängigen Zinssatz. Ihre Risiken werden auf gepoolter Basis mittels Replikationsportfolios (unter Annäherung des Preisbildungsverhaltens der zugrunde liegenden Produkte) vom Private Banking & Wealth Management ins Treasury transferiert. Treasury

und bestimmte andere Bereiche der Gruppe, die Zinsrisikopositionen halten, verwalten die Positionen im Rahmen der genehmigten Limiten. Dieses Risiko wird täglich überwacht.

Die Sensitivität einer parallelen Verschiebung der Renditekurven um einen Basispunkt gegenüber dem Fair Value zinsensitiver Positionen im Bankenbuch entsprach per 31. Dezember 2012 einer Zunahme von CHF 9,4 Mio., verglichen mit einer Zunahme von CHF 6,6 Mio. per 31. Dezember 2011. Der Anstieg gegenüber 2011 war in erster Linie auf die Emission neuer Tier 2 Buffer Capital Notes im ersten Quartal 2012, Markteinflüsse auf den Wert von Kapitalinstrumenten und eine Zunahme des Eigenkapitals zurückzuführen. Weitere Erhöhungen ergaben sich aus den Bankenbüchern von Treasury und Private Banking & Wealth Management.

Parallele Erhöhung der Renditekurven um einen Basispunkt – Bankenbuch

Ende	CHF	USD	EUR	GBP	Sonstige	Total
2012 (in Mio. CHF)						
Fair-Value-Einfluss einer parallelen Erhöhung der Renditekurven um einen Basispunkt	(1.9)	9.0	1.8	0.0	0.5	9.4
2011 (in Mio. CHF)						
Fair-Value-Einfluss einer parallelen Erhöhung der Renditekurven um einen Basispunkt	0.4	4.8	1.1	0.1	0.2	6.6

Das Zinsrisiko im Bankenbuch wird auch durch anderweitige Messungen ermittelt. Dazu zählt die mögliche Wertveränderung, die sich aus einer bedeutenden Veränderung der Renditekurven ergeben könnte. Die folgende Tabelle zeigt die Auswirkungen einer

sofortigen Veränderung der Renditekurven um 100 und 200 Basispunkte (da die Zinsen derzeit sehr tief sind, werden die Veränderungen nach unten begrenzt, um sicherzustellen, dass die daraus resultierenden Zinssätze nicht negativ ausfallen).

Zinssatzsensitivität – Bankenbuch

Ende	CHF	USD	EUR	GBP	Sonstige	Total
2012 (in Mio. CHF)						
Erhöhung(+)/Senkung(-) der Zinssätze						
+200 Basispunkte	(308)	1 718	591	(119)	78	1 960
+100 Basispunkte	(172)	884	238	(29)	38	959
-100 Basispunkte	285	(854)	(78)	(24)	(33)	(704)
-200 Basispunkte	347	(1 013)	1	(111)	(61)	(837)
2011 (in Mio. CHF)						
Erhöhung(+)/Senkung(-) der Zinssätze						
+200 Basispunkte	98	948	194	15	47	1 302
+100 Basispunkte	44	477	101	7	25	654
-100 Basispunkte	(1)	(487)	(110)	(6)	(23)	(627)
-200 Basispunkte	31	(813)	(137)	(3)	(45)	(967)

Per 31. Dezember 2012 wirkte sich eine ungünstige Veränderung der Renditekurve um 200 Basispunkte mit einem Fair-Value-Verlust von CHF 0,8 Mia. aus, im Vergleich zu einem Fair-Value-Verlust von CHF 1,0 Mia. per 31. Dezember 2011. Die monatliche Analyse der potenziellen Auswirkungen einer wesentlichen Veränderung der Renditekurven zeigte, dass per Ende 2012 und 2011 der Fair-Value-Effekt einer ungünstigen Veränderung der Renditekurve um 200 Basispunkte und ungünstiger Veränderungen der Zinskurven, umgerechnet auf eine Ein-Jahres-Halteperiode mit einem Konfidenzniveau von 99% im Verhältnis zu den gesamten anrechenbaren aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln, deutlich unter der 20%-Schwelle lag. Dieser Schwellenwert wird von den Aufsichtsbehörden angewendet, um Banken zu identifizieren, die exzessive Zinsänderungsrisiken in ihrem Bankenbuch aufweisen.

Unsere Beteiligungspapiere im Bankenbuch umfassen Positionen in Private Equity, Hedgefonds, strategischen Anlagen und anderen Instrumenten, die vom Investment Banking verwaltet werden. Diese Positionen müssen mit den normalen Aktienmärkten nicht stark korrelieren. Aktienkursrisiken aus Positionen des Bankenbuchs werden mittels Sensitivitätsanalysen unter der Annahme eines 10%-Kurseinbruchs der Aktienbörsen in den Industrienationen und eines 20%-Kurseinbruchs der Aktienbörsen in den Emerging Markets gemessen. Der geschätzte Wertverlust des Bankenbuchs unter diesem Szenario betrug per 31. Dezember 2012 CHF 681 Mio., verglichen mit einem Wertverlust von CHF 626 Mio. per 31. Dezember 2011.

Rohstoffrisiken aus Positionen des Bankenbuchs werden mittels Sensitivitätsanalysen unter der Annahme eines Rückgangs der Rohstoffpreise von 20% gemessen. Der geschätzte Wertverlust des Bankenbuchs infolge dieses Szenarios betrug per 31. Dezember 2012 CHF 1 Mio., verglichen mit einem Wertverlust von CHF 4 Mio. per 31. Dezember 2011.

Anpassung der Bewertung aufgrund der Gegenpartei- und der eigenen Kreditrisikoprämien

Im VaR auf derivative Produkte werden die Auswirkungen aus Veränderungen der Gegenpartei-kreditrisikoprämien und unseren eigenen Kreditrisikoprämien nicht berücksichtigt. Per 31. Dezember 2012 impliziert die geschätzte Sensitivität, dass ein Anstieg der Kreditrisikoprämien, sowohl der Gegenparteien als auch unserer eigenen, um einen Basispunkt zu einem Gewinn von CHF 3,7 Mio. auf die gesamte Derivateposition (einschliesslich Absicherungsinstrumenten) im Investment Banking führen würde. Weiter würde ein Anstieg unserer eigenen Kreditrisikoprämie um einen Basispunkt auf unsere zum Fair Value bewerteten strukturierten Schuldtitel (einschliesslich des Einflusses von Absicherungsinstrumenten) per 31. Dezember 2012 zu einem Gewinn von CHF 8,1 Mio. führen.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ist das Risiko, einen Verlust zu erleiden, wenn ein Schuldner oder eine Gegenpartei seine beziehungsweise ihre finanziellen Verpflichtungen nicht mehr bedient, oder die Folge einer Verschlechterung der Bonität eines Schuldners oder einer Gegenpartei. Bei Ausfall eines Kunden ergibt sich für eine Bank in der Regel ein Verlust, der sich aus dem ausstehenden Kreditbetrag abzüglich allfälliger Verwertungserlöse aus Konkurs, Liquidation von Sicherheiten oder Restrukturierung des Schuldnerunternehmens ergibt. Eine Veränderung der Bonität einer Gegenpartei hat Auswirkungen auf die Bewertung jener Aktiven, die zum Fair Value bewertet werden. Die Bewertungsänderungen werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung ausgewiesen.

Ausgewählte Kreditrisikopositionen in Europa

Unsere Offenlegung europäischer Kreditrisikopositionen umfasst alle Länder der EU, die ein Rating von weniger als AA oder dem entsprechenden Rating durch mindestens eine der drei führenden Ratingagenturen aufweisen und deren Brutto-risikoposition über unserem Schwellenwert von EUR 0,5 Mia. liegen. Nach unserer Ansicht ist dieses externe Rating eine nützliche Messgrösse, um die finanziellen Möglichkeiten eines Landes, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, festzustellen. Dabei gibt das Rating auch einen Hinweis darauf, wie empfindlich ein Land gegenüber ungünstigen geschäftlichen, finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen ist.

Überwachung ausgewählter Kreditrisikopositionen in Europa

Unsere Kreditrisikopositionen gegenüber diesen europäischen Ländern werden im Rahmen unseres Risikomanagementprozesses gesteuert. Die Gruppe verwendet Länderlimiten und nimmt regelmässig Szenarioanalysen vor. Hierzu gehören auch Analysen zu unseren indirekten Kreditrisikopositionen gegenüber Staaten, die aus unseren Positionen gegenüber ausgewählten europäischen Finanzinstituten resultieren. Diese Beurteilung von indirekten Kreditrisikopositionen gegenüber Staaten umfasst die Analyse öffentlich verfügbarer Angaben über Risikopositionen unserer Gegenparteien in Bezug auf die europäischen Staaten, die zum festgelegten Kreis von Staaten gehören, die wir in unseren Bericht einbeziehen. Wir überwachen die Konzentration von Sicherheiten, mit denen unsere OTC-Derivate und Reverse-Repo-Geschäfte unterlegt sind, durch monatliche Berichterstattung. Auch überwachen wir die Auswirkungen, die Herabstufungen von Staatsanleihen auf die Anrechnung der Sicherheiten haben. Die strengen Limiten, die für die Sicherheiten von Staatsanleihen aus G-7- und Nicht-G-7-Ländern gelten, werden monatlich überwacht. Ähnliche

Angaben sind auch Bestandteil unserer regulären Risikoberichterstattung an die Aufsichtsbehörden.

Innerhalb unseres globalen Regelwerks für Szenarioanalysen misst das Stress-Test-Regelwerk für das Kreditrisiko von Gegenparteien die Gegenparteirisiken anhand von Szenarien. Diese sind mit einem Konfidenzniveau von 99% auf die negativsten Monats- und Jahresabweichungen der verfügbaren historischen Datenreihe kalibriert. Die Ergebnisse der Szenarien werden auf Gegenparteienebene für alle unsere Gegenparteien zusammengefasst, unter anderem für alle europäischen Länder, in denen wir Risikopositionen haben. Zudem kommen Gegenparteiausfallrisikoszenarien zur Anwendung, in welchen für spezifische Einheiten der Ausfall simuliert wird. In einem dieser Szenarien wird der Ausfall eines europäischen Staates untersucht. Anhand dieses Szenarios ermitteln wir das Risiko, das sich für uns durch einen Ausfall des betreffenden Landes maximal ergibt. Zudem dient es zur Identifikation derjenigen Gegenparteien, bei denen das Risiko als Folge des simulierten Ausfalls des betrachteten Landes substantiell ansteigt.

Das Szenario-Regelwerk arbeitet zudem mit einer Reihe weiterer Krisenszenarien einschliesslich eines spezifischen Krisenszenarios für die Eurozone, das von einem Ausfall ausgewählter europäischer Staaten ausgeht, zu denen im derzeitigen Modell Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien gehören. In der Grundannahme gehen wir von einem Ausfall der Staaten selbst, der Finanzinstitute und der Unternehmen in diesen Ländern aus, wobei die Risikopositionen gegenüber den Staaten und Finanzinstituten zu 100% und diejenigen gegenüber den Unternehmen je nach Bonität zu 0% bis 100% verloren gehen. Im Rahmen dieser Szenarios gehen wir zudem von einer massiven Verkaufswelle und einem Einbruch der Aktienmärkte, einer Ausweitung der Kreditrisikoprämien, einer Rally des Goldpreises und einer Abwertung des Euro als Währung aus. Ferner arbeitet das Krisenszenario für die Eurozone mit einem hypothetischen Ausfall einer kleinen Anzahl unserer Gegenparteien im Markt, die nach unserer Meinung von einem Ausfall der ausgewählten europäischen Länder schwer getroffen würden. Wir gehen von einem Ausfall dieser Gegenparteien aus, da sie in unseren Augen aufgrund ihrer direkten Präsenz in den betroffenen Ländern und ihrer direkten Risiken die am heftigsten betroffenen Institutionen wären. Mit Hilfe dieses Prozesses werden die Neubewertungs- und Währungsumstellungsrisiken (Redenomination Risk) unserer Risikopositionen von unserer Risikomanagementfunktion in regelmässigen Abständen evaluiert.

Ausweis ausgewählter Kreditrisikopositionen in Europa

Als Basis für den Ausweis der Länderpositionen dient unsere interne Risikosicht gemäss Risikodomizil. Diese basiert auf dem Domizil der juristischen Gegenpartei, das heisst, sie kann Posi-

tionen gegenüber einer juristischen Person einschliessen, die ihr Domizil im ausgewiesenen Land hat, deren Mutterhaus sich aber ausserhalb des betreffenden Landes befindet.

Die Kreditrisikoposition in der Tabelle wird aus Risikosicht dargestellt. Unsere Kreditrisikoposition und die damit verbundene Risikominderung werden für die folgenden unterschiedlichen Kategorien ausgewiesen:

- Das *Bruttokreditrisiko* umfasst den Kapitalbetrag der ausbezahlten Kredite, der ausgestellten Akkreditive und die nicht gezogenen Teile zugesagter Fazilitäten, den positiven Wiederbeschaffungswert derivativer Instrumente, nach Berücksichtigung rechtlich durchsetzbarer Netting-Vereinbarungen, den Nennwert von Anlagen in Geldmarktfonds und die Marktwerte von Wertschriftenfinanzierungstransaktionen und des Handelsportfolios physischer Schuldtitel (kurzfristige Wertschriften), die auf Ebene des Emittenten verrechnet werden.
- *Risikominderung* umfasst Credit Default Swaps (CDS) und andere Absicherungsinstrumente mit ihrem Nett nominalwert, Garantien, Versicherungen und Sicherheiten (hauptsächlich Bargeld, Wertschriften und in geringerem Umfang Immobilien, vor allem für Positionen des Private Banking & Wealth Management gegenüber Unternehmen und sonstigen Gegenparteien). Die zur Berechnung der Nettorisikoposition verwendeten Deckungswerte werden gemäss unseren Risikomanagementrichtlinien festgelegt und berücksichtigen die Vorgaben der anzuwendenden Margenhaltung.
- Das *Nettokreditrisiko* umfasst das Bruttokreditrisiko abzüglich der Risikominderung.
- Das *Inventar* umfasst die Long-Positionen in physischen und synthetischen Schuldtiteln des Handelsbestands und ausserhalb des Handelsbestands, jeweils zum Marktwert bewertet und auf Ebene des Emittenten verrechnet. Physische Schuldtitel sind nicht derivative Schulden (beispielsweise Anleihen). Synthetische Positionen entstehen durch OTC-Kontrakte (beispielsweise erworbene und/oder verkaufte CDS und Total Return Swaps).

Die in der Spalte Risikominderung ausgewiesenen CDS werden zur direkten Absicherung unserer OTC-Risikopositionen erworben. Aus Risikosicht entspricht der Risikominderungseffekt einer solchen Absicherung dem Kontraktvolumen des Kontrakts, während das Risiko aus dem aus Marktwerten ermittelten Fair Value des CDS gegenüber dem Kreditsicherungsgeber bewirtschaftet wird. Die Nettokontraktvolumen der CDS entsprechen dem Kontraktvolumen der gekauften CDS-Kreditsicherungen abzüglich des Kontraktvolumens der verkauften CDS-Kreditsicherungen. Die Nettokontraktvolumen werden auf Basis der Herkunft des Referenzschuldners und nicht aufgrund

der Herkunft der CDS-Gegenpartei ermittelt. Die in der Spalte Inventar enthaltenen CDS umfassen Kontrakte in unseren Handelsbüchern zur Absicherung des Kreditrisikos der in derselben Spalte enthaltenen Instrumente. Die Bewertungsbasis dieser CDS entspricht derjenigen der abgesicherten Zinsinstrumente.

Wir halten keine Positionen in CDS mit verschiedenen Risikotranchen auf diese Länder, und das Inventar enthält nur einen unwesentlichen Betrag an indexierten Kreditderivaten.

Das Kreditrisiko aus den CDS-Kontrakten selbst, das heisst das Risiko, dass die CDS-Gegenpartei bei einem Ausfall keine Leistungen erbringt, wird getrennt vom Kreditrisiko des Referenzschuldners bewirtschaftet. Zur Minderung dieses Kreditrisikos werden sämtliche CDS mit Sicherheiten unterlegt und nur mit Gegenparteien abgeschlossen, mit welchen wir einen rechtlich durchsetzbaren ISDA-Rahmenvertrag haben, der tägliche Margenhinterlegung vorsieht.

Ausgewählte Kreditrisikopositionen in Europa

	Brutto-Kreditrisikoposition	Risikominderung		Netto-Kreditrisikoposition	Inventar ²		Total Kreditrisikoposition	
		CDS	Sonstige ¹		Inventar Synthetische, netto ³	Brutto	Netto	
31. Dezember 2012								
Griechenland (in Mia. EUR)								
Staaten	0.2	0.0	0.2	0.0	0.0	0.0	0.2	0.0
Finanzinstitute	0.1	0.0	0.1	0.0	0.0	0.0	0.1	0.0
Unternehmen & Sonstige	0.5	0.0	0.5	0.0	0.0	0.0	0.5	0.0
Total	0.8	0.0	0.8	0.0	0.0	0.0	0.8	0.0
Irland (in Mia. EUR)								
Staaten	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.1	0.0
Finanzinstitute	0.7	0.0	0.6	0.1	0.0	0.0	0.7	0.1
Unternehmen & Sonstige	1.5	0.0	0.5	1.0	0.1	0.0	1.6	1.1
Total	2.3	0.1	1.1	1.1	0.1	0.0	2.4	1.2
Italien (in Mia. EUR)								
Staaten	3.9	2.9	0.4	0.6	0.0	0.0	3.9	0.6
Finanzinstitute	2.2	0.0	1.5	0.7	0.4	0.3	2.6	1.1
Unternehmen & Sonstige	2.3	0.2	1.3	0.8	0.3	0.1	2.6	1.1
Total	8.4	3.1	3.2	2.1	0.7	0.4	9.1	2.8
Portugal (in Mia. EUR)								
Staaten	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	(0.1)	0.1	0.0
Finanzinstitute	0.2	0.0	0.2	0.0	0.1	(0.2)	0.3	0.1
Unternehmen & Sonstige	0.1	0.0	0.1	0.0	0.1	0.0	0.2	0.1
Total	0.4	0.1	0.3	0.0	0.2	(0.3)	0.6	0.2
Spanien (in Mia. EUR)								
Staaten	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzinstitute	1.4	0.0	1.2	0.2	0.5	0.1	1.9	0.7
Unternehmen & Sonstige	1.9	0.2	0.8	0.9	0.2	(0.1)	2.1	1.1
Total	3.3	0.2	2.0	1.1	0.7	0.0	4.0	1.8
Total (in Mia. EUR)								
Staaten	4.3	3.1	0.6	0.6	0.0	(0.1)	4.3	0.6
Finanzinstitute	4.6	0.0	3.6	1.0	1.0	0.2	5.6	2.0
Unternehmen & Sonstige	6.3	0.4	3.2	2.7	0.7	0.0	7.0	3.4
Total	15.2	3.5	7.4	4.3	1.7	0.1	16.9	6.0

¹ Enthält sonstige Absicherungen (derivative Instrumente), Garantien, Versicherungen und Sicherheiten. ² Entspricht den auf Stufe Emittent verrechneten Long-Positionen des Inventars. ³ Die Position setzt sich im Wesentlichen aus CDS zusammen; entspricht den Long-Positionen nach Verrechnung der Short-Positionen.

Unsere risikobasierte Bruttokreditrisikoposition gegenüber Staaten, vor Berücksichtigung der Risikominderung, betrug per 31. Dezember 2012 gegenüber Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien insgesamt EUR 4,3 Mia., was einem Anstieg gegenüber der am 31. Dezember 2011 gehaltenen Position von EUR 3,8 Mia. gleichkommt. Unsere Nettorisikoposition gegenüber diesen Staaten war mit EUR 0,6 Mia. gegenüber dem Vorjahr stabil. Unsere risikobasierten Nettokreditrisikopositionen gegenüber nicht staatlichen Gegenparteien in diesen Ländern betragen per 31. Dezember 2012 EUR 2,0 Mia. gegenüber Finanzinstituten und EUR 3,4 Mia. gegenüber Unternehmen und sonstigen Gegenparteien im Vergleich zu EUR 2,3 Mia. beziehungsweise EUR 2,5 Mia. per 31. Dezember 2011. Eine grosse Mehrheit der Kreditsicherungen wurde von Banken ausserhalb der betroffenen Staaten gekauft. Für Kreditsicherungen, die von Banken in den genannten Ländern gekauft wurden, wurde das entsprechende Kreditrisiko in der Brutto- und Nettoposition der einzelnen Länder berücksichtigt.

Entwicklung des Ratings von Staatsanleihen

Im Jahr 2012 und in den ersten zwei Monaten des Jahres 2013 waren die Ratings der Staatsanleihen der in der Tabelle aufgeführten Länder wie folgt betroffen: Standard & Poor's stufte das Langfristrating für Italien von A auf BBB+, für Portugal von BBB- auf BB und für Spanien von AA- auf BBB- herab und erhöhte das Rating für Griechenland auf B- nach einem C im Februar 2012. Dem neusten Rating waren verschiedene Anpassungen einschliesslich einer Herabstufung auf RD (Restricted Default) im März 2012 und SD (Selective Default) Anfang Dezember 2012 vorangegangen. Fitch senkte das Rating für Italien von A+ auf A-, für Spanien von AA- auf BBB und für Griechenland von B- auf CCC. Moody's stufte Italien von A2 auf Baa2, Portugal von Ba2 auf Ba3, Spanien von A1 auf Baa3 und Griechenland von Ca auf C zurück. Die Ratingänderungen hatten keine wesentliche Auswirkung auf die Finanz- oder Ertragslage der Gruppe, ihre Liquidität oder ihre Kapitalquellen.

Kreditrisikoquellen

Unsere Kreditrisiken fallen vor allem in den Geschäftsbereichen Wealth Management Clients und Corporate & Institutional Clients innerhalb der Division Private Banking & Wealth Management und in der Division Investment Banking an. Kreditrisiken entstehen aus Kreditprodukten, Kreditzusagen und Akkreditiven sowie aus Gegenparteirisiken aus Derivatgeschäften, Devisenhandel und sonstigen Transaktionen.

Kreditrisikomanagement

Wirkungsvolles Kreditrisikomanagement beruht auf einem strukturierten Prozess, um Kreditrisiken einheitlich zu beurteilen, zu quantifizieren, zu messen, zu überwachen und zu steuern. Dieser Prozess erfordert eine sorgfältige Prüfung von Kreditvergaben, das Setzen von spezifischen Limiten, die dauernde Überwachung der Risikoposition, die aktive Nutzung von Kreditsicherungsinstrumenten und ein diszipliniertes Vorgehen beim Ermitteln und Erfassen von Wertberichtigungen.

Unser Kreditrisikomanagementansatz deckt sämtliche Kreditrisiken der Gruppe ab und enthält die folgenden Kernelemente:

- Systeme für individuelle Gegenparteiratings;
- Transaktionsratingsysteme;
- ein Gegenpartei-Limitensystem;
- Länderrisikolimiten;
- Methoden zur Ermittlung risikobasierter Kreditkonditionen;
- aktives Kreditportfoliomanagement; und
- eine Kreditrückstellungsmethode.

Wir verwenden eine Reihe von Kreditratings, um unsere Gegenparteien intern zu bewerten, die uns als Vertragspartei unter anderem für Kredite, Kreditzusagen, Wertpapierfinanzierungen oder OTC-Derivatkontrakte einem Kreditrisiko aussetzen. Kreditratings sollen das Risiko eines Ausfalls der einzelnen Gegenparteien widerspiegeln. Die Ratings werden auf Basis intern entwickelter Ratingmodelle und -prozesse zugewiesen, die Governance- und intern unabhängigen Validierungsverfahren unterliegen.

Unsere internen Ratings können von externen Gegenparteiratings abweichen. Die internen Ratings werden mindestens einmal jährlich überprüft. Zur Berechnung interner Risikoschätzungen und der risikogewichteter Aktiven wird jeder Fazilität eine Ausfallwahrscheinlichkeit zugewiesen. Bei den Gegenparteien Unternehmen & Institutionelle, mit Ausnahme der auf der Schweizer Plattform verwalteten Unternehmen, wird die Ausfallwahrscheinlichkeit anhand des internen Kreditratings ermittelt. Für diese Kundensegmente werden die internen Ratings auf die Analyse und Evaluation sowohl quantitativer als auch qualitativer Faktoren abgestützt. Die spezifischen Faktoren, die analysiert werden, hängen von der Art der Gegenpartei ab. Die Analyse verwendet einen zukunftsorientierten Ansatz und konzentriert sich auf ökonomische Trends und finanzielle Fundamentaldaten. Kreditanalysten nutzen Peer-Analysen, Branchenvergleiche, externe Ratings und Analysen sowie das Urteil von Kreditspezialisten. Die Ausfallwahrscheinlichkeit für jedes Rating wird anhand der historischen Ausfallerfahrung mittels externer Daten von Standard & Poor's kalibriert und einem Backtesting unterzogen, um sicherzustellen, dass die Ratings mit der internen Erfahrung übereinstimmen. Bei Unternehmen, die auf der Schweizer Plattform verwaltet werden, und bei

Privatkundenkrediten wird die Ausfallwahrscheinlichkeit direkt von eigenen statistischen Ratingmodellen berechnet. Diese basieren auf intern erfassten Daten, die sowohl aus quantitativen Faktoren (bei Hypothekarkrediten vor allem Belehnungssatz (Loan-to-Value, LTV) und Einkommen des Kreditnehmers und bei Unternehmen Bilanzinformationen) als auch qualitativen Faktoren (beispielsweise Kredithistorien von Kreditauskunftsfirmen) bestehen. In diesem Fall werden für Berichterstattungszwecke, basierend auf den Ausfallwahrscheinlichkeitsbändern, die den einzelnen Ratings zugeordnet werden, äquivalente Ratings zugewiesen.

Wir weisen zudem jeder Transaktion einen geschätzten Verlust eines Gegenparteiausfalls, basierend auf Ausgestaltung und Struktur der einzelnen Transaktion, zu. Das Gegenpartierating wird zusammen mit der Kreditrisikoposition (oder dem Kreditäquivalent) und der transaktionspezifischen, erwarteten Verlustquote (Loss Given Default, LGD) benutzt, um den erwarteten Kreditverlust einer bestimmten Kreditposition zu bestimmen. Die erwartete Verlustquote bezeichnet den voraussichtlichen Verlust aus einer Transaktion im Falle eines Schuldnerausfalls, wobei die Struktur des Kredits, die Sicherheiten, die Rangfolge der Forderung und, in bestimmten Bereichen, die Art der Gegenpartei berücksichtigt. Wir verwenden einheitliche Kreditrisikoschätzungen für die Gewährung, Einrichtung und Überwachung von Kreditlimiten und für das Kreditportfoliomanagement, die Kreditpolitik, das Managementreporting, die risikoadjustierte Performancemessung, die Berechnung und Zuweisung des Economic Capital sowie für Rechnungslegungszwecke. Dieser Ansatz erlaubt uns auch, die Kreditkonditionen risikogerechter und auf der Basis von Risiko-Ertrags-Überlegungen zu gestalten. Das allgemeine interne Kreditratingsystem wurde von der FINMA für die Verwendung im Rahmen des A-IRB-Ansatzes des Basel-Regelwerks genehmigt.

Wir überwachen die einzelnen Gegenparteirisiken mittels spezifischer Kreditlimiten. Ein Kreditlimitensystem besteht zur Beschränkung von Risikokonzentrationen, welches ein umfassendes Länderrisikolimitensystem sowie Limiten für gewisse Produkte einschliesst. Risikokomitees überprüfen unter Einbezug von Trendanalysen und des wirtschaftlichen Umfelds regelmässig Kreditrisikokonzentrationen. Ein umfassender Wieder vorlageprozess für Kredite hat die frühzeitige Identifikation potenzieller Veränderungen in der Bonität der Kreditkunden zum Ziel. Dies beinhaltet neben einer eingehenden Analyse der Kreditwürdigkeit der Gegenparteien und der Kreditsicher-

heiten auch eine Analyse der Jahresrechnungen und die Beurteilung der Wirtschafts- und relevanten Branchenentwicklung. Regelmässig auf den neuesten Stand gebrachte Überwachungslisten und Kreditüberprüfungsbesprechungen dienen der Identifikation von Gegenparteien, deren Bonität sich negativ verändern könnte.

Unsere regelmässige Analyse der Kreditqualität von Kunden und Gegenparteien hängt nicht von der buchhalterischen Behandlung der einzelnen Kreditposition oder Verpflichtung ab. Wir überprüfen die Angemessenheit von Wertberichtigungen für Kreditverluste in regelmässigen Abständen. Bewertungsänderungen als Folge von Veränderungen der Kreditwürdigkeit von Gegenparteien der zum Fair Value bewerteten Ausleihungen werden direkt erfolgswirksam ausgewiesen. Diese Positionen sind daher nicht in den gefährdeten Ausleihungen enthalten. Gefährdete Ausleihungen werden als potenzielle Problemausleihungen, notleidende Ausleihungen oder zinslos gestellte Ausleihungen klassiert, und die entsprechenden Positionen werden in der Regel in Spezialabteilungen zur Wiedereinbringung oder Verwertung von Krediten bewirtschaftet. Das Credit Portfolio and Provisions Review Committee überprüft regelmässig die Angemessenheit der Wertberichtigungen.

Risikominderung

Wir bewirtschaften unsere Kreditengagements aktiv mit Hilfe von Kreditabsicherungen, Kreditsicherheiten und Garantien. Als Kreditsicherheit dienen Sicherheiten in Form von Vermögenswerten, wie Bargeld oder marktfähige Wertschriften, die das latente Kreditverlustrisiko mindern und bei einem Ausfall die Rückführungsquote erhöhen.

Die Grundsätze und Verfahren zur Bewertung und Bewirtschaftung von Sicherheiten stützen sich auf:

- die rechtlichen Unterlagen, die mit unseren Gegenparteien vereinbart wurden, und
- eine intern unabhängige Funktion, die die Sicherheiten bewirtschaftet.

Für unser Handelsportfolio erfolgt die Bewertung des Portfolios der Sicherheiten entsprechend der Verfügbarkeit unabhängiger Marktdaten, für gehandelte Produkte im Allgemeinen täglich. In Ausnahmefällen wird die Berechnungshäufigkeit durch die in den rechtlichen Unterlagen festgehaltenen Vereinbarungen bestimmt. Die Bewirtschaftung von Sicherheiten ist standardisiert und zentralisiert, um eine umfassende Berücksichtigung der gehandelten Produkte zu gewährleisten.

Übersicht zu den Kreditrisiken

Alle Transaktionen, die potenziellen Verlusten ausgesetzt sind, weil eine Gegenpartei ihren Verpflichtungen nicht nachkommt, unterliegen den Prozessen der Bewertung und Bewirtschaftung von Kreditrisikopositionen. Die folgende Tabelle zeigt das Kreditrisiko von Ausleihungen, Kreditverpflichtungen und bestimm-

ten anderen ausserbilanziellen Eventualverpflichtungen, zur Veräusserung gehaltenen Ausleihungen, gehandelten Ausleihungen und derivativen Instrumenten vor Berücksichtigung von Risikominderungen wie flüssigen Mitteln und marktgängigen Wertschriften oder Kreditabsicherungen.

Kreditrisiko

Ende	2012	2011	Veränderung in %
Kreditrisiko (in Mio. CHF)			
Bilanz			
Ausleihungen, brutto	243 204	234 357	4
davon zum Fair Value ausgewiesen	20 000	20 694	(3)
Zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	19 894	20 457	(3)
Gehandelte Ausleihungen	4 282	3 581	20
Derivative Instrumente ¹	37 138	56 254	(34)
Total Bilanz	304 518	314 649	(3)
Ausserbilanz			
Kreditverpflichtungen ²	237 110	220 560	8
Kreditsicherungsgarantien und ähnliche Instrumente	12 833	7 348	75
Unwiderrufliche Verpflichtungen aus Dokumentarakkreditiven	6 258	5 687	10
Total Ausserbilanz	256 201	233 595	10
Total Kreditrisiko	560 719	548 244	2

Vor Risikominderung, wie beispielsweise Sicherheiten, Kreditabsicherungen.

¹ Positiver Wiederbeschaffungswert, nach Netting-Vereinbarungen. ² Enthält CHF 139 709 Mio. und CHF 138 051 Mio. unbenutzte Kreditlimiten per 31. Dezember 2012 beziehungsweise 2011, die durch uns mittels Mitteilung an den Kunden einseitig kündbar waren.

Per 31. Dezember 2012 und 2011 enthielten die zur Veräusserung gehaltenen Ausleihungen US-Wohnbauhypothekarkredite in Subprime-Qualität in Höhe von CHF 554 Mio. beziehungsweise CHF 830 Mio. aus konsolidierten Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (Variable Interest Entities, VIEs). Die Ausleihungen des Handelsbestandes umfassten per 31. Dezember 2012 und 2011 US-Wohnbauhypothekarkredite in Subprime-Qualität in Höhe von CHF 383 Mio. beziehungsweise CHF 330 Mio.

Ausleihungen und Kreditverpflichtungen

Ausleihungen, die wir bis zur Fälligkeit halten wollen und können, werden zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten abzüglich allfälliger Wertberichtigungen für Kreditverluste bewertet. Kreditverpflichtungen umfassen unwiderrufliche Kreditzusagen in beiden Divisionen sowie im Private Banking & Wealth Management auch unbenutzte Kreditlimiten, die unsererseits jederzeit mit einer Mitteilung an den Kunden gekündigt werden können. Ausleihungen und Kreditverpflichtungen, für welche die Fair-Value-Option gewählt wird, werden zum Fair Value erfasst und die Änderungen des Fair Value im Handelserfolg ausgewiesen.

Ausleihungen und Kreditverpflichtungen

Ende	2012	2011	Veränderung in %
Ausleihungen und Kreditverpflichtungen (in Mio. CHF)			
Ausleihungen, brutto	243 204	234 357	4
davon Private Banking & Wealth Management	208 526	197 017	6
davon Investment Banking	34 658	37 329	(7)
Kreditverpflichtungen	237 110	220 560	8
Total Ausleihungen und Kreditverpflichtungen	480 314	454 917	6
davon Private Banking & Wealth Management	354 595	343 721	3
davon Investment Banking	125 701	111 069	13

Im Private Banking & Wealth Management besteht das Portfolio vor allem aus Hypotheken und Ausleihungen, die mit jederzeit liquidierbaren, marktfähigen Wertschriften besichert sind. Im Investment Banking werden Kreditrisiken vor allem durch den Einsatz von Kreditabsicherungen oder liquidierbaren Sicherheiten gesteuert. Kreditabsicherungen geben den Nominalwert der Kreditrisiken wieder, welcher auf Gegenparteien mit erst-

klassiger Bonität übertragen wurde, meist in Form von CDS und Kreditversicherungsverträgen.

Die folgenden Tabellen zeigen die Auswirkungen der Risikominderung durch Bardeckung, marktfähige Wertschriften und Kreditabsicherungen über die gesamte Risikoposition aus Ausleihungen und Kreditverpflichtungen.

Ausleihungen und Kreditverpflichtungen – Private Banking & Wealth Management

Ende	2012			2011		
	Brutto- risiko	Barsicher- heiten und marktfähige Wert- schriften	Netto- risiko	Brutto- risiko	Barsicher- heiten und marktfähige Wert- schriften	Netto- risiko
Interne Ratings						
Risikominderung (in Mio. CHF)						
AAA	2 324	(60)	2 264	2 515	(79)	2 436
AA	7 538	(1 014)	6 524	7 465	(521)	6 944
A	24 987	(2 923)	22 064	21 279	(1 022)	20 257
BBB	240 855	(129 900)	110 955	234 578	(133 475)	101 103
BB	71 776	(9 179)	62 597	71 345	(7 716)	63 629
B	5 241	(567)	4 674	4 833	(460)	4 373
CCC	319	(6)	313	429	(2)	427
CC	48	(1)	47	0	0	0
D	1 507	(170)	1 337	1 277	(162)	1 115
Total Ausleihungen und Kreditverpflichtungen	354 595	(143 820)	210 775¹	343 721	(143 437)	200 284¹

Enthält unwiderrufliche Kreditzusagen und nicht benutzte Kreditlimiten, die durch uns mittels Mitteilung an den Kunden einseitig kündbar sind.

¹ Zudem verfügen wir über ein synthetisches gedecktes Kreditportfolio, die Clock-Finance-Transaktion, welche das First-Loss-Kreditrisiko auf einem Portfolio gewährter Ausleihungen von ursprünglich CHF 4,8 Mia. von Corporate & Institutional Clients wirksam an Investoren im Kapitalmarkt überträgt.

Ausleihungen und Kreditverpflichtungen – Investment Banking

Ende	2012				2011			
Interne Ratings	Brutto- risiko	Kredit- absiche- rungen	Barsicher- heiten und marktfähige Wert- schriften	Netto- risiko	Brutto- risiko	Kredit- absiche- rungen	Barsicher- heiten und marktfähige Wert- schriften	Netto- risiko
Risikominderung (in Mio. CHF)								
AAA	6 529	0	(72)	6 457	8 758	(90)	(869)	7 799
AA	16 774	(1 649)	(23)	15 102	12 331	(3 228)	(4)	9 099
A	29 348	(5 085)	(24)	24 239	22 560	(6 773)	(779)	15 008
BBB	31 092	(8 980)	(1 702)	20 410	31 289	(9 586)	(673)	21 030
BB	18 044	(2 103)	(213)	15 728	15 156	(2 452)	(474)	12 230
B	21 682	(2 663)	(458)	18 561	17 289	(1 738)	(890)	14 661
CCC	1 100	(184)	(65)	851	1 869	(359)	(1)	1 509
CC	18	0	(18)	0	64	0	(21)	43
C	188	(19)	0	169	241	(113)	(62)	66
D	926	(320)	(70)	536	1 512	(190)	(19)	1 303
Total Ausleihungen und Kreditverpflichtungen	125 701	(21 003)	(2 645)	102 053	111 069	(24 529)	(3 792)	82 748

Enthält nicht gezogene unwiderrufliche Kreditzusagen.

Erwartete Verlustquote

Im Private Banking & Wealth Management bestimmen verpfändete Sicherheiten und Garantien die zugewiesene erwartete Verlustquote, wobei die Risikoposition nach Abzug der Risikominderungen berücksichtigt wird. Die hohe Zahl der Kreditnehmer im Private Banking & Wealth Management mit einem BBB- oder BB-Rating und einer niedrigen erwarteten Verlustquote

ist weitgehend dem Geschäft mit Wohnbauhypotheken zuzuschreiben, welches in hohem Mass besichert ist. Im Investment Banking bestimmen die Ratingstufen der Positionen die erwartete Verlustquote, wobei die Risikoposition nach Abzug der Risikominderungen und Anpassung für erhaltene Garantien berücksichtigt wird.

Das Bewertungssystem zur Berechnung der erwarteten Verlustquote wird regelmässig von interner unabhängiger Stelle überprüft und wurde von den Aufsichtsbehörden zur Verwendung im A-IRB-Ansatz des Basel-Regelwerks genehmigt.

In den folgenden Tabellen sind unsere Ausleihungen im Private Banking & Wealth Management und im Investment Banking, nach Abzug der Risikominderungen und aufgeteilt nach Klassen erwarteter Verlustquoten, dargestellt.

Ausleihungen – Private Banking & Wealth Management

Ende 2012			Bandbreiten erwarteter Verlustquoten bei Ausfall					
Interne Ratings	Brutto- risiko- position, gezogen	Netto- risiko- position, gezogen	0–10%	11–20%	21–40%	41–60%	61–80%	81–100%
Erwartete Verlustquoten bei Ausfall (in Mio. CHF)								
AAA	1 107	1 103	117	492	335	157	2	0
AA	2 184	2 144	113	747	1 119	132	8	25
A	18 539	17 746	2 525	10 056	4 497	506	110	52
BBB	124 290	87 688	9 949	48 034	24 115	4 293	885	412
BB	56 200	51 076	5 452	18 306	20 230	4 375	1 102	1 611
B	4 585	4 117	771	871	1 869	496	105	5
CCC	224	217	32	9	176	0	0	0
CC	48	48	1	9	0	38	0	0
D	1 349	1 231	75	246	465	267	118	60
Total Ausleihungen	208 526	165 370	19 035	78 770	52 806	10 264	2 330	2 165

Per 31. Dezember 2012 wiesen 96% des gesamten Schweizer Wohnbauhypothekarkredit-Portfolios von CHF 93,2 Mia. einen Belehnungssatz (LTV) von unter 80% auf. Per 31. Dezember 2011 wiesen 95% des entsprechenden Kreditportfolios von CHF 89,1 Mia. einen Belehnungssatz von unter 80% auf. Für

die 2012 und 2011 abgeschlossenen Schweizer Wohnbauhypothekarkredite lag der durchschnittliche Belehnungssatz bei Vergabe unter 80%. Unsere Belehnungssätze basieren auf dem letzten geschätzten Wert der Sicherheit.

Ausleihungen – Investment Banking

Ende 2012			Bandbreiten erwarteter Verlustquoten bei Ausfall					
Interne Ratings	Brutto- risiko- position, gezogen	Netto- risiko- position, gezogen	0–10%	11–20%	21–40%	41–60%	61–80%	81–100%
Erwartete Verlustquoten bei Ausfall (in Mio. CHF)								
AAA	2 284	2 211	79	0	1 910	222	0	0
AA	1 820	1 810	269	0	1 444	97	0	0
A	4 425	3 965	605	0	2 282	1 078	0	0
BBB	8 192	3 930	492	0	1 987	1 167	257	27
BB	9 340	7 875	4 064	15	3 078	708	0	10
B	7 136	5 030	2 569	76	1 778	466	141	0
CCC	462	306	47	0	244	15	0	0
CC	18	0	0	0	0	0	0	0
C	160	141	1	0	129	11	0	0
D	821	455	267	11	177	0	0	0
Total Ausleihungen	34 658	25 723	8 393	102	13 029	3 764	398	37

Ausleihungen

Im Vergleich zum Jahresende 2011 stiegen die Bruttoausleihungen um 4% auf CHF 243,2 Mia. Das Private Banking & Wealth Management verzeichnete eine Zunahme der Bruttoausleihungen von 6% auf CHF 208,5 Mia., die hauptsächlich auf eine Zunahme der Ausleihungen an Gewerbe und Industrie, eine Zunahme an Wohnbauhypothekarkrediten und auf höhere Ausleihungen im Immobilienbereich zurückzuführen war, teilweise kompensiert durch den US-Dollar-Währungsumrechnungseinfluss. Im Investment Banking wurde eine Abnahme der Bruttoausleihungen von 7% auf CHF 34,7 Mia. verzeichnet, die hauptsächlich geringeren Ausleihungen an Gewerbe, Industrie und Finanzinstitute sowie dem US-Dollar-Währungsumrechnungseinfluss zuzuschreiben war.

- ▶ Siehe «Anhang 18 – Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Gefährdete Ausleihungen

Der Bruttobetrag der gefährdeten Ausleihungen war 2012 mit CHF 1,7 Mia. stabil, da der Zuwachs an notleidenden Ausleihungen im Investment Banking auf CHF 99 Mio. und höhere zinslos gestellte Ausleihungen im Private Banking & Wealth Management von CHF 79 Mio. durch den Rückgang der potenziellen Problemausleihungen in der gesamten Gruppe in Höhe von CHF 153 Mio. im Wesentlichen kompensiert wurden.

- ▶ Siehe «Gefährdete Ausleihungen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group – Anhang 18 – Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität für weitere Informationen zu den Kategorien gefährdeter Ausleihungen.

Wertberichtigung für Kreditverluste

Bei den zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten bewerteten Ausleihungen halten wir Wertberichtigungen in einer Höhe, von der wir annehmen, dass sie die latenten Verluste im Kreditportfolio angemessen decken dürfte. Wertberichtigungen für Kreditverluste bilden wir auf Basis einer regelmässigen und detaillierten Analyse aller Gegenparteien, wobei der Wert von Sicherheiten berücksichtigt wird. Falls Unsicherheit bezüglich Rückzahlung des Kapitalbetrags oder der Zinsen besteht, wird eine Wertberichtigung gebildet oder die bestehende Wertberichtigung angepasst. Die Wertberichtigung für Kreditverluste wird vom Kreditrisikomanagement der Gruppe je nach Risikoprofil des Schuldners oder abhängig von kreditrelevanten Ereignissen jährlich oder häufiger neu bewertet.

Wertberichtigung für latente Kreditrisiken

In Übereinstimmung mit den in den USA allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen (Accounting Principles Generally Accepted in the US, US GAAP) beziehen sich Wertberichtigungen für latente Kreditverluste auf alle Forderungen, die einzeln nicht als gefährdet eingestuft werden, bei welchen aber auf Portfoliobasis latente Kreditverluste vorhanden sind. Die Ermittlung der latenten Kreditverluste aus Ausleihungen im Private Banking & Wealth Management basiert auf aktuellen internen Ratings sowie Sicherheiten und Struktur der Transaktionen, wobei historische Erfahrungswerte zu Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten angewendet werden. Im Investment Banking werden latente Kreditverluste auf Ausleihungen aufgrund von homogenen Kunden-, Industrie- oder Länderportfolios geschätzt. Latente Kreditverluste auf Ausleihungen werden aufgrund von historischen Erfahrungswerten für Verluste und Wiedereinbringung geschätzt und als Wertberichtigung für Kreditverluste erfasst. Eine Rückstellung für latente Kreditverluste für kreditbezogene Ausserbilanzgeschäfte wie Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen wird ebenfalls berechnet, wobei eine Methode zur Anwendung kommt, die ähnlich ist wie diejenige, welche für Ausleihungen benutzt wird.

Rückstellung für Kreditrisiken

Die Nettorückstellungen für Kreditrisiken zu Lasten der konsolidierten Erfolgsrechnung beliefen sich 2012 auf CHF 170 Mio. gegenüber Nettorückstellungen von CHF 187 Mio. im Jahr 2011. Im Private Banking & Wealth Management betragen die Nettorückstellungen für Kreditrisiken im Jahr 2012 CHF 182 Mio. gegenüber CHF 111 Mio. im Jahr 2011, bedingt durch höhere neue Rückstellungen und geringere Auflösungen von Rückstellungen. Im Investment Banking beliefen sich die Nettoauflösungen von Rückstellungen für Kreditrisiken im Jahr 2012 auf CHF 12 Mio., gegenüber Nettoneurückstellungen von CHF 76 Mio. im Jahr 2011. Die Veränderung im Investment Banking geht auf die im Jahr 2011 deutlich höheren Rückstellungen im Zusammenhang mit einer Garantie zurück, die einer Drittbank gewährt wurde, sowie auf höhere Auflösungen und Wiedereinbringungen im Jahr 2012.

Ausleihungen

Ende	Private Banking & Wealth Management		Investment Banking		Credit Suisse ¹	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Ausleihungen (in Mio. CHF)						
Hypothekarkredite	91 872	88 255	0	0	91 872	88 255
Lombardkredite	27 363	26 461	0	0	27 363	26 461
Privatkredite	6 290	6 031	611	664	6 901	6 695
Privatkunden	125 525	120 747	611	664	126 136	121 411
Immobilien	25 253	23 287	1 472	1 898	26 725	25 185
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	48 860	44 620	13 829	15 367	62 709	59 998
Finanzinstitute	7 616	7 085	17 289	18 288	24 905	25 373
Regierungen und öffentliche Institutionen	1 272	1 278	1 457	1 112	2 729	2 390
Unternehmen & Institutionelle	83 001 ²	76 270 ²	34 047	36 665	117 068	112 946
Ausleihungen, brutto	208 526	197 017	34 658	37 329	243 204	234 357
davon zum Fair Value ausgewiesen	257	402	19 743	20 292	20 000	20 694
(Unrealisierter Ertrag) / Abgegrenzter Aufwand, netto	(39)	(6)	(20)	(28)	(59)	(34)
Wertberichtigung für Kreditverluste ³	(785)	(743)	(137)	(167)	(922)	(910)
Ausleihungen, netto	207 702	196 268	34 501	37 134	242 223	233 413
Gefährdete Ausleihungen (in Mio. CHF)						
Notleidende Ausleihungen	604	602	255	156	859	758
Zinslos gestellte Ausleihungen	309	230	4	32	313	262
Total notleidende und zinslos gestellte Ausleihungen	913	832	259	188	1 172	1 020
Restrukturierte Ausleihungen	0	5	30	13	30	18
Potenzielle Problemausleihungen	513	603	14	77	527	680
Total sonstige gefährdete Ausleihungen	513	608	44	90	557	698
Gefährdete Ausleihungen, brutto ³	1 426	1 440	303	278	1 729	1 718
davon Ausleihungen mit Einzelwertberichtigung	1 307	1 286	204	261	1 511	1 547
davon Ausleihungen ohne Einzelwertberichtigung	119	154	99	17	218	171
Wertberichtigung für Kreditverluste (in Mio. CHF)						
Bestand zu Beginn der Periode ³	743	782	167	235	910	1 017
Änderung des Konsolidierungskreises	0	0	(18)	0	(18)	0
In der Erfolgsrechnung erfasste Nettoveränderungen	171	113	(12)	28	159	141
Bruttoabschreibungen	(180)	(194)	(21)	(105)	(201)	(299)
Wiedereingänge	34	36	10	5	44	41
Nettoabschreibungen	(146)	(158)	(11)	(100)	(157)	(258)
Rückstellungen für Zinsen	13	5	16	9	29	14
Fremdwährungsumrechnungseinfluss und sonstige Anpassungen, netto	4	1	(5)	(5)	(1)	(4)
Bestand am Ende der Periode ³	785	743	137	167	922	910
davon Wertberichtigungsbedarf auf Einzelbasis ermittelt	598	544	98	106	696	650
davon Wertberichtigungsbedarf auf Portfoliobasis ermittelt	187	199	39	61	226	260
Kennzahlen zu Ausleihungen (in %)						
Total notleidende und zinslos gestellte Ausleihungen / Ausleihungen, brutto ⁴	0.4	0.4	1.7	1.1	0.5	0.5
Gefährdete Ausleihungen, brutto / Ausleihungen, brutto ⁴	0.7	0.7	2.0	1.6	0.8	0.8
Wertberichtigung für Kreditverluste / Total notleidende und zinslos gestellte Ausleihungen ³	86.0	89.3	52.9	88.8	78.7	89.2
Wertberichtigung für Kreditverluste / Gefährdete Ausleihungen, brutto ³	55.0	51.6	45.2	60.1	53.3	53.0

¹ Enthält zusätzlich zum Private Banking & Wealth Management und Investment Banking noch das Corporate Center. ² Enthält Ausleihungen besichert durch finanzielle Sicherheiten und Hypotheken. Der Wert der finanziellen Sicherheiten und Hypotheken, berücksichtigt bis zum Betrag der entsprechenden Ausleihungen, betrug per 31. Dezember 2012 und 2011 CHF 64 536 Mio. beziehungsweise CHF 62 036 Mio. ³ Gefährdete Ausleihungen und Wertberichtigung für Kreditverluste beziehen sich nur auf Ausleihungen, welche nicht zum Fair Value bilanziert werden. ⁴ Ohne zum Fair Value bilanzierte Ausleihungen.

Derivative Instrumente

Derivatkontrakte werden im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit zwecks Market Making, Positionierungen und Arbitrage sowie im Zusammenhang mit unserem eigenen Risikomanagementbedarf eingegangen. Zum Letzteren zählt die Minderung von Zinsänderungs-, Fremdwährungskurs- und Kreditrisiken.

Derivate sind entweder privat ausgehandelte OTC-Kontrakte oder standardisierte Kontrakte, die an geregelten Börsen gehandelt werden. Die am meisten verwendeten Derivatprodukte sind Zinsswaps und CDS, Zins- und Devisenoptionen, Devisenterminkontrakte sowie Fremdwährungs- und Zinsfutures.

Der Wiederbeschaffungswert einzelner derivativer Instrumente entspricht dem Fair Value am Stichtag der konsolidierten Bilanz und stammt aus Transaktionen für Rechnung von Kunden beziehungsweise Transaktionen auf eigene Bücher. Positive Wiederbeschaffungswerte begründen einen Vermögenswert, negative Wiederbeschaffungswerte eine Verbindlichkeit. Der Fair Value gibt keinen Aufschluss über künftige Gewinne oder Verluste, sondern zeigt die für ein derivatives Instrument bei Beginn gezahlten oder erhaltenen Aufschläge, sofern zutreffend, sowie die nicht realisierten Gewinne und Verluste aus der Marktbewertung aller Derivate zu einem bestimmten Zeitpunkt. Die Fair Values aller Derivate werden anhand verschiedener Methoden ermittelt. Dazu zählen hauptsächlich am Markt beobachtete Preise, falls verfügbar, und, falls nicht verfügbar, beobachtbare Marktparameter für Instrumente mit vergleichbaren Eigenschaften und Laufzeiten, Nettobarwertanalysen oder andere Preisfestsetzungsmodelle, soweit angemessen.

Terminkontrakte und Futures

Wir gehen Kauf- und Verkaufsverträge für hypothekarbesicherte Wertschriften (Mortgage-backed Securities), Fremdwährungen und Verpflichtungen zum Kauf oder Verkauf von Hypotheken auf Wohn- und Geschäftsbauten ein. Zudem gehen wir Futureskontrakte auf Aktienindizes und Kontrakte auf andere Finanzinstrumente sowie Optionen auf Futureskontrakte ein. Der Abschluss dieser Kontrakte erfolgt üblicherweise zur Erfüllung von Kundenbedürfnissen, zu Handels- und zu Absicherungszwecken.

Bei Termingeschäften sind wir dem Kreditrisiko der Gegenpartei ausgesetzt. Zur Minderung dieses Kreditrisikos limitieren wir Transaktionen pro Gegenpartei, prüfen Kreditlimiten in regelmässigen Abständen und halten uns an intern festgelegte Richtlinien für die Kreditvergabe.

Bei Futureskontrakten und Optionen auf Futureskontrakten werden Änderungen des Marktwerts täglich bar über eine Clearingstelle ausgeglichen. Daher beschränkt sich unser Kreditrisiko gegenüber der betreffenden Clearingstelle auf die positive Nettoveränderung des Marktwerts eines einzigen Tages.

Swaps

Unsere Swap-Vereinbarungen bestehen in erster Linie aus Zinsswaps, CDS, Währungsswaps und Swaps auf Beteiligungsinstrumenten. Swap-Vereinbarungen gehen wir zu Handels- und Risikomanagementzwecken ein. Zinsswaps sind vertragliche Vereinbarungen zum Austausch von Zinszahlungen, die auf vereinbarten Kontraktvolumen und Laufzeiten beruhen. CDS sind vertragliche Vereinbarungen, bei welchen der Käufer des Swaps eine periodische Gebühr entrichtet und im Gegenzug eine Zahlung des Verkäufers erhält, falls bei der Referenzgesellschaft des Swaps ein Kreditereignis (Credit Event) eintritt. Als Kreditereignis gelten im Allgemeinen Konkurs, Insolvenz, Zwangsverwaltung, wesentliche ungünstige Schuldenrestrukturierungen oder Nichteinhaltung von Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit. Währungsswaps sind vertragliche Vereinbarungen zum Austausch von Zahlungen in unterschiedlicher Währung, die auf vereinbarten Kontraktvolumen und Währungspaaren beruhen. Bei Swaps auf Beteiligungsinstrumenten handelt es sich um vertragliche Vereinbarungen, den Wertzuwachs oder die Wertabnahme eines Beteiligungsinstruments im Vergleich zum festgelegten Ausübungspreis zu erhalten, gegen Zahlung eines anderen Satzes, der üblicherweise auf einem Index oder auf Zinsbewegungen beruht.

Optionen

Wir schreiben Optionen zur Erfüllung von spezifischen Kundenbedürfnissen und zu Handelszwecken. Geschriebene Optionen setzen uns gegenüber dem Kunden keinem Kreditrisiko aus, da im Falle einer Ausübung wir selbst und nicht der Kunde zu Leistungen verpflichtet sind. Zu Beginn der Kontraktlaufzeit erhalten wir eine Barprämie. Während der Kontraktlaufzeit tragen wir das Risiko ungünstiger Wertveränderungen des als Basiswert der Option dienenden Finanzinstruments. Um dieses Marktrisiko zu bewirtschaften, kaufen oder verkaufen wir Basiswerte beziehungsweise derivative Finanzinstrumente. Solche Käufe und Verkäufe können Schuldtitel und Beteiligungspapiere, Termin- und Futureskontrakte, Swaps und Optionen beinhalten.

Wir kaufen auch Optionen zur Erfüllung von Kundenbedürfnissen, zu Handels- und zu Absicherungszwecken. Mit gekauften Optionen erwerben wir das Recht, den betreffenden Basiswert zu einem festgelegten Preis an oder vor einem bestimmten Datum zu kaufen oder zu verkaufen. Während der Kontraktlaufzeit beschränkt sich das eingegangene Risiko auf die bezahlte Prämie. Zu den Basiswerten dieser Optionen zählen üblicherweise Anleihen und Beteiligungspapiere, Fremdwährungen und Zinsinstrumente oder Indizes. Die Kreditwürdigkeit der Gegenparteien dieser Optionskontrakte wird regelmässig überprüft.

Die folgende Tabelle zeigt, wie bei Forderungen aus Derivaten das Kreditrisiko durch den Einsatz rechtlich durchsetzbarer Netting-Vereinbarungen und Vereinbarungen zu Sicherheiten (Collateral Agreements) gemindert wird. Netting-Vereinbarungen ermöglichen uns, den Nettosaldo derivativer Forderungen und Verbindlichkeiten mit derselben Gegenpartei auszuweisen, falls diese Vereinbarungen rechtlich durchsetzbar sind. Die Wieder-

beschaffungswerte in der konsolidierten Bilanz werden nach Abzug solcher Vereinbarungen dargestellt. Vereinbarungen in Bezug auf Sicherheiten werden mit bestimmten Gegenparteien abgeschlossen, wobei dies von der Art der Gegenpartei beziehungsweise der Transaktion abhängig ist. Solche Verträge verlangen die Hinterlegung von Barmitteln oder Wertschriften.

Derivative Instrumente nach Fälligkeit

Ende / fällig innerhalb	2012				2011			
	Weniger als 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Positiver Wiederbeschaffungswert	Weniger als 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Positiver Wiederbeschaffungswert
Derivative Instrumente (in Mia. CHF)								
Zinsprodukte	41.4	226.5	436.6	704.5	40.6	208.6	483.0	732.2
Devisenprodukte	32.1	17.8	13.8	63.7	40.6	20.7	14.9	76.2
Edelmetallprodukte	0.9	0.6	0.0	1.5	1.5	0.8	0.0	2.3
Beteiligungs-/Indexprodukte	5.8	7.4	3.4	16.6	9.2	7.2	4.8	21.2
Kreditderivate	2.5	20.0	8.1	30.6	4.5	34.9	23.9	63.3
Sonstige Produkte	1.6	1.8	1.4	4.8	4.9	3.9	2.6	11.4
Derivative Instrumente (OTC)	84.3	274.1	463.3	821.7	101.3	276.1	529.2	906.6
Börsengehandelte derivative Instrumente				15.6				22.5
Netting-Vereinbarungen ¹				(800.2)				(872.9)
Total derivative Instrumente				37.1				56.2
davon in Handelsbestände verbucht				33.2				52.5
davon in Sonstige Aktiven verbucht				3.9				3.7

¹ Unter Berücksichtigung von rechtlich durchsetzbaren Netting-Vereinbarungen.

Derivate, die ein Kreditrisiko darstellen, unterliegen dem Kreditantrags- und Kreditbewilligungsprozess, der laufenden Überwachung der Kreditwürdigkeit der Gegenpartei sowie dem

Kreditbeurteilungsprozess in Bezug auf die Transaktion. Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der Ratings auf unseren Kreditpositionen aus Derivaten.

Derivative Instrumente nach Kreditrating der Gegenpartei

Ende	2012	2011
Derivative Instrumente (in Mia. CHF)		
AAA	1.9	6.0
AA	9.6	9.6
A	10.9	18.3
BBB	8.1	11.8
BB oder tiefer	5.3	8.0
Derivative Instrumente (OTC)	35.8	53.7
Börsengehandelte derivative Instrumente ¹	1.3	2.5
Total derivative Instrumente¹	37.1	56.2

¹ Unter Berücksichtigung von rechtlich durchsetzbaren Netting-Vereinbarungen.

Derivative Instrumente nach Fälligkeit und nach Kreditrating der Gegenpartei für die Bank unterscheiden sich nicht wesentlich von den in den Tabellen gezeigten Informationen der Gruppe – weder in Bezug auf die absoluten Beträge noch in Bezug auf die Veränderungen.

Derivative Instrumente werden entweder der Kategorie Handel oder, falls diese für das Hedge Accounting qualifizieren, der Kategorie Absicherung zugeteilt. Die Kategorie Handel beinhaltet Positionen aus dem Market Making, der Positionierung in diesen Märkten und aus Arbitrage-Geschäften sowie ökonomische Absicherungen zu Risikomanagementzwecken, sofern die eingesetzten Instrumente nicht für das Hedge Accounting unter US GAAP qualifizieren. Die Kategorie Absicherung enthält alle Kontrakte, die sich für das Hedge Accounting unter US GAAP qualifizieren, wie zum Beispiel Fair-Value-Absicherungen, Cashflow-Absicherungen und Nettoinvestitionsabsicherungen.

- ▶ Siehe «Anhang 30 – Derivat- und Absicherungsgeschäfte» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu derivativen Instrumenten, einschliesslich einer Übersicht über Derivate nach Produkten und Zweck (Handel und Absicherung).

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko ist das Risiko von Verlusten, die durch ungeeignete oder mangelhafte interne Prozesse, Personen und Systeme oder durch externe Ereignisse entstehen. Unsere primäre Zielsetzung liegt in der Früherkennung, Erfassung, Beurteilung, Überwachung, Verhinderung und Verminderung von operationellen Risiken sowie in einer zeitnahen und aussagekräftigen Managementberichterstattung. Wo sinnvoll und möglich, transferieren wir operationelle Risiken an nicht mit der Gruppe verbundene Versicherungsgesellschaften.

Operationelle Risiken sind ein fester Bestandteil unserer meisten Aktivitäten und umfassen zahlreiche verschiedenartige Risiken. Während Markt- und Kreditrisiken oft bewusst und mit der Aussicht auf Gewinne eingegangen werden, müssen operationelle Risiken in der Regel als notwendige Folge der Geschäftstätigkeit akzeptiert werden. Im Vergleich mit Markt- und Kreditrisiken sind operationelle Risiken schwierig umfassend zu identifizieren, und eine Quantifizierung ist naturbedingt schwierig. Wir sind überzeugt, dass eine wirkungsvolle Steuerung operationeller Risiken die Zuweisung der Verantwortlichkeit für diese Risiken innerhalb eines unternehmensweiten, gemeinsamen Rahmens an das für den Prozess zuständige Management erfordert.

Steuerung des operationellen Risikos

Das zentrale BORO-Team innerhalb der Risikomanagementfunktion ist für die Planung und die Methoden des gesamten Regelwerks für die Steuerung des operationellen Risikos zuständig. Es gewährleistet die Konsistenz der Richtlinien, Hilfsmittel und Verfahren für die Steuerung der operationellen Risiken auf Unternehmensebene, insbesondere im Hinblick auf die Identifikation, Bewertung, Verminderung, Überwachung und Meldung der jeweiligen operationellen Risiken.

Jeder Unternehmensbereich ist für seine operationellen Risiken und die Bereitstellung der zur Steuerung der betreffenden Risiken erforderlichen Mittel verantwortlich. Die Unternehmensbereiche werden von speziellen Teams für operationelle Risiken auf Ebene der Divisionen und der Gruppe unterstützt, die für die Umsetzung des Systems zur Steuerung der operationellen Risiken, die Methoden, Hilfsmittel und Berichterstattung innerhalb ihrer Bereiche sowie für die Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung beim Auftreten operationeller Risikosituationen zuständig sind.

Die Belange in Bezug auf operationelle Risiken, Kennzahlen und Risikopositionen werden an den vierteljährlichen Sitzungen des CARMC zu operationellen Risiken sowie innerhalb von divisionalen Risikomanagementausschüssen unter Beizug von Fachverantwortlichen aller relevanten Funktionen besprochen. Wir verwenden eine Vielzahl von unternehmensweiten Hilfsmitteln zur Steuerung und Berichterstattung von operationellen Risiken. Diese umfassen Risiko- und Kontrollselbstbeurteilungen, Szenarioanalysen, die Berichterstattung zu Risikoindikatoren sowie das Sammeln, die Berichterstattung und die Analyse von internen und externen Daten zu entsprechenden Verlusten. Um ein koordiniertes Vorgehen sicherzustellen, werden Wissen und Erfahrungen innerhalb der ganzen Gruppe ausgetauscht.

Unsere Managementpraxis für operationelle Risiken wird laufend verbessert. Im Jahr 2012 wurden in allen Divisionen qualitative und quantitative Toleranzwerte für operationelle Risiken eingeführt; sie sind ein neuer Bestandteil des Regelwerks zum operationellen Risiko. Diese Toleranzwerte werden überwacht und an die Risikomanagementausschüsse der Divisionen sowie das CARMC berichtet. Die letzteren beiden Gremien überwachen die Einhaltung des Risikomanagements sowie die Korrektur und Bereinigung bei Verstössen. Die ab dem Jahr 2013 geltenden Risikotoleranzwerte wurden in das allgemeine Regelwerk zur Risikobereitschaft aufgenommen.

Messung des operationellen Risikos

Das RAR-Modellierungsteam für operationelle Risiken ist für die Methode zur Messung des operationellen Risikos und die damit verbundenen Kapitalberechnungen verantwortlich. Wir haben von der FINMA die Genehmigung zur Verwendung eines internen Modells zur Ermittlung des Kapitals für operationelle Risiken erhalten, das die Anforderungen des Advanced Measurement Approach (AMA) gemäss dem Basel-Regelwerk erfüllt. Eine ähnliche Methode verwenden wir für die Messung des operationellen Risikos für die Zwecke des Economic Capital. Die Economic-Capital/AMA-Methodik basiert auf der Identifikation einer Anzahl von Risikoszenarien, die unsere grösseren heutigen operationellen Risiken beschreiben. Expertenteams analysieren die Szenarien und schätzen deren Eintrittswahrscheinlichkeit und potenzielle Verlusthöhe. Als Basis dieses Prozesses dienen interne und externe Verlustdaten, ergänzt mit gewissen Faktoren bezüglich Geschäftsumgebung und internen Kontrollen wie Resultaten aus Selbstbeurteilungen und Indikatoren zu Schlüsselrisiken. Die Ergebnisse aus diesen Analysen werden in ein Modell für operationelle Risiken eingegeben, das eine Verlustverteilung generiert. Auf diese Weise wird das zur Deckung der operationellen Risiken erforderliche Kapital ermittelt. Wo möglich wird die Verlustabwälzung auf Versicherungen einkalkuliert, indem die Höhe der Versicherungsdeckung pro Verlustszenario ermittelt und mittels eines Abschlags (Haircut) berücksichtigt wird.

2012 haben wir nach Gesprächen mit der FINMA ein Projekt zur Verbesserung unserer Methode bezüglich Economic Capital/AMA initiiert, um den jüngsten Entwicklungen bei den Methoden zur Messung des operationellen Risikos und den damit verbundenen regulatorischen Vorgaben Rechnung zu tragen. Während der Dauer dieses Projekts, das voraussichtlich 2013 abgeschlossen sein wird, wurde das Kapital für operationelle Risiken für die Zwecke der regulatorischen Eigenmittel und des Economic Capital erhöht, um den voraussichtlichen Änderungen unserer Modelle Rechnung zu tragen. Diese Erhöhung für Eigenmittelzwecke wurde mit der FINMA abgestimmt und führte 2012 zu einer regulatorisch bedingten Erhöhung der risikogewichteten Aktiven für operationelle Risiken von 20%.

Reputationsrisiken

Unsere Strategie ist darauf ausgerichtet, jede Transaktion oder Dienstleistung, die das Risiko einer potenziell untragbaren Schädigung unseres Rufs darstellt, zu unterlassen.

Die Quellen für Reputationsrisiken sind vielfältig und beinhalten unter anderem Art oder Zweck einer geplanten Transaktion oder Dienstleistung, die Art oder Tätigkeit eines umstrittenen potenziellen Kunden, das regulatorische oder politische Klima, in welchem eine Transaktion ausgeführt würde, ein möglicherweise kontroverses Umfeld, soziale Auswirkungen einer Transaktion oder eine sehr hohe öffentliche Aufmerksamkeit in Bezug auf die Transaktion. Wo das Vorhandensein dieser oder anderer Faktoren die Erhöhung des Reputationsrisikos vermuten lässt, muss die vorgeschlagene Transaktion oder Dienstleistung den weltweit einheitlichen Prozess der Reputationsrisikoüberprüfung durchlaufen. Dies beinhaltet die Eingabe durch einen Antragsteller (alle Mitarbeiter), die Bestätigung durch einen Unternehmensbereichsleiter oder Beauftragten und die Weiterleitung an einen der regionalen Verantwortlichen für das Reputationsrisiko, die alle erfahrene und hochrangige, vom Geschäftssegment unabhängige Führungskräfte sind und die Befugnis haben, unsere Beteiligung an der Transaktion oder Dienstleistung zu erlauben, zu verbieten oder mit Auflagen zu versehen. Um unsere Anspruchsgruppen darüber zu informieren, wie wir gewisse mit dem Bankgeschäft verbundene ökologische und gesellschaftliche Risiken handhaben, veröffentlichen wir unseren Bericht «Unternehmerische Verantwortung». Darin beschreiben wir, was wir unternehmen, damit wir unsere Tätigkeit in umweltbewusster und sozialverträglicher Weise ausüben und einen Beitrag an die Gesellschaft im weiteren Sinn leisten. Das Reputational Risk & Sustainability Committee der Geschäftsleitung ist für die Überwachung und aktive Diskussion der Reputationsrisiken und Nachhaltigkeitsthemen auf globaler Basis zuständig. Auf regionaler Ebene nehmen die regionalen Reputationsrisikoräte diese Aufgaben wahr.

Offenlegung gemäss Section 13(r) des Securities Exchange Act von 1934

Im Jahr 2005 und früher schloss die Credit Suisse AG über einen in der Schweiz tätigen Geschäftsbereich im Rahmen bilateraler Verträge und als Mitglied von Kreditkonsortien Exportfinanzierungskreditfazilitäten mit iranischen Parteien ab. Die Credit Suisse AG vergab im Rahmen dieser Fazilitäten Mittel für Projektfinanzierungsaktivitäten in Iran, welche die Bemühungen von Iran um Weiterverbreitung von Atomwaffen, den Erwerb anderer militärischer Güter und die Unterstützung des Terrorismus weder unterstützten noch erleichterten. Unsere Beteiligung an diesen Kreditfazilitäten war nach geltendem Recht legal. Die iranischen Parteien, die an bestimmten zwischen 2001 und 2005 abgeschlossenen Kreditfazilitäten beteiligt waren, wurden später nach einer Executive Order des Präsidenten der Vereinigten Staaten als «Specially Designated Nationals» oder «Blocked Persons» geführt oder fallen unter die von der US-Regierung geprägte Definition der Regierung von Iran (die staatlich kontrollierte Einheiten umfasst). Ein Ausfall dieser Kreditfazilitäten würde durch Bürgschaften staatlicher europäischer Exportkreditagenturen gedeckt. Die Credit Suisse AG rechnet in der Regel keine Bruttoerträge oder Nettogewinne aus einzelnen Exportfinanzierungskreditfazilitäten dieser Art. Sie schätzt jedoch, dass sie im Jahr 2012 etwa CHF 1,3 Mio. Zinsertrag auf diese Fazilitäten erfasst hat, und glaubt, dass sie 2012 auf diesen Fazilitäten netto keinen Gewinn gemacht hat. Die Credit Suisse AG hat die Bereitstellung von Mitteln für iranische Parteien im Rahmen dieser Kreditfazilitäten vor mehreren Jahren eingestellt, nahm aber, soweit möglich, wei-

terhin Rückzahlungen von Mitteln, die von solchen Parteien geschuldet waren, entgegen – auch während des Berichtszeitraums. Per 31. Dezember 2012 beliefen sich die Ausstände der Credit Suisse AG im Rahmen dieser Kreditfazilitäten, die nicht durch die Bürgschaften staatlicher europäischer Exportkreditagenturen gedeckt sind, auf etwa CHF 5,4 Mio. während sich der Gesamtbetrag der Ausstände auf etwa CHF 117,2 Mio. belief. Die Credit Suisse AG wird sich weiterhin im Rahmen ihrer vertraglichen Rechte und des geltenden Rechts um die Rückzahlung der im Rahmen dieser Fazilitäten ausstehenden Mittel bemühen, wobei wir mit den staatlichen europäischen Exportkreditagenturen kooperieren.

Im Jahr 2012 verarbeitete die Credit Suisse AG eine kleine Zahl von De-minimis-Zahlungen im Zusammenhang mit dem Betrieb der iranischen diplomatischen Vertretungen in der Schweiz und mit Gebühren für staatliche Verwaltungsaufgaben wie das Ausstellen von Pässen und Visa. Die Verarbeitung dieser Zahlungen ist nach schweizerischem Recht zulässig und erfolgt mit Zustimmung der schweizerischen Behörden. Die Credit Suisse AG beabsichtigt, solche Zahlungen auch weiterhin zu verarbeiten. Erträge und Gewinne aus diesen Aktivitäten werden nicht gerechnet, wären aber zu vernachlässigen.

Die Credit Suisse AG hält darüber hinaus Mittel aus zwei Überweisungen, die gemäss schweizerischen Sanktionen gesperrt wurden, weil Gesellschaften, die im Eigentum der iranischen Regierung sind, ein Interesse an solchen Überweisungen haben. Solche Mittel werden auf Sperrkonten geführt, die in Übereinstimmung mit schweizerischen Sanktionsvorschriften eröffnet wurden. Die Credit Suisse AG erzielt keine Erträge oder Gewinne aus der Führung dieser Sperrkonten.

Bilanzielle, ausserbilanzielle und sonstige vertragliche Verpflichtungen

Wir haben unsere Bilanzsumme 2012 um 12% reduziert. Neben den Massnahmen im Zusammenhang mit unserer im Oktober 2012 angekündigten Initiative zur Bilanzreduktion wirkten hierbei auch Fremdwährungseinflüsse mit. Per Ende 2012 belief sich das Total der Aktiven auf CHF 924,3 Mia., das Total der Verbindlichkeiten auf CHF 882,0 Mia. und das Total des Eigenkapitals auf CHF 42,3 Mia.

Bilanzübersicht

	Ende			Veränderung in %	
	2012	2011	2010	12 / 11	11 / 10
Aktiven (in Mio. CHF)					
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	61 763	110 573	65 467	(44)	69
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	183 455	236 963	220 443	(23)	7
Handelsbestände	256 399	279 553	324 704	(8)	(14)
Ausleihungen, netto	242 223	233 413	218 842	4	7
Forderungen aus Kundenhandel	45 768	43 446	38 769	5	12
Alle übrigen Aktiven	134 672	145 217	163 780	(7)	(11)
Total Aktiven	924 280	1 049 165	1 032 005	(12)	2
Passiven (in Mio. CHF)					
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	31 014	40 147	37 493	(23)	7
Kundeneinlagen	308 312	313 401	287 564	(2)	9
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	132 721	176 559	168 394	(25)	5
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	90 816	127 760	133 997	(29)	(5)
Langfristige Verbindlichkeiten	148 134	162 655	173 752	(9)	(6)
Verbindlichkeiten aus Kundenhandel	64 676	68 034	61 746	(5)	10
Alle übrigen Verbindlichkeiten	106 323	119 524	126 044	(11)	(5)
Total Verbindlichkeiten	881 996	1 008 080	988 990	(13)	2
Total Eigenkapital der Aktionäre	35 498	33 674	33 282	5	1
Minderheitsanteile	6 786	7 411	9 733	(8)	(24)
Total Eigenkapital	42 284	41 085	43 015	3	(4)
Total Passiven	924 280	1 049 165	1 032 005	(12)	2

Die meisten unserer Transaktionen werden in der Bilanz erfasst. Gewisse Transaktionen können aber sowohl zu bilanziellen als auch ausserbilanziellen Positionen führen.

Bilanz

Das Total der Aktiven betrug per Ende 2012 CHF 924,3 Mia. und ging damit gegenüber Ende 2011 um CHF 124,9 Mia. oder 12% zurück. Ohne den Einfluss der Fremdwährungsumrechnung ging das Total der Aktiven um CHF 101,0 Mia. zurück.

In Schweizer Franken widerspiegelte der Rückgang von CHF 53,5 Mia. oder 23% der Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäfte und Wertschriftenleihen einen Rückgang der Reverse-Repo-Geschäfte. Bei den flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken gab es eine Abnahme von CHF 48,8 Mia. oder 44%, die vor allem auf Rückgänge der Einlagen bei Zentralbanken zurückzuführen ist. Die Handelsbestände gingen um CHF 23,2 Mia. oder 8% zurück, was auf Rückgänge bei den derivativen Instrumenten, die hauptsächlich Rückgänge bei Zins- und Kreditprodukten widerspiegeln, und Schuldtiteln zurückzuführen ist. Diese Rückgänge wurden von einer Zunahme der Beteiligungstitel teilweise kompensiert. Die Nettoausleihungen stiegen um CHF 8,8 Mia. oder 4%, in erster Linie aufgrund höherer Ausleihungen an Industrie und Gewerbe, einer Zunahme bei Wohnbauhypotheken und bei Ausleihungen an den Immobiliensektor im Private Banking & Wealth Management, die zum Teil durch rückläufige Ausleihungen an Industrie und Gewerbe und an Finanzinstitute im Investment Banking sowie durch den Einfluss der US-Dollar-Währungsumrechnung kompensiert wurden. Die Forderungen aus Kundenhandel erhöhten sich um CHF 2,3 Mia. oder 5%, was kundenbezogene Geschäfte widerspiegelte. Alle übrigen Aktiven verringerten sich um CHF 10,5 Mia. oder 7%. Darin enthalten waren Rückgänge der sonstigen Aktiven von CHF 5,4 Mia. oder 7%, der Anlagen in Wertschriften von CHF 1,7 Mia. oder 32%, der Immobilien und Einrichtungen von CHF 1,6 Mia. oder 22% und der sonstigen Anlagen von CHF 1,2 Mia. oder 9%.

Das Total der Verbindlichkeiten betrug per Ende 2012 CHF 882,0 Mia. und nahm damit gegenüber Ende 2011 um CHF 126,1 Mia. oder 13% ab. Ohne den Einfluss der Fremdwährungsumrechnung ging das Total der Verbindlichkeiten um CHF 103,6 Mia. zurück.

In Schweizer Franken war die Abnahme von CHF 43,8 Mia. oder 25% bei den Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen auf rückläufige Repo-Geschäfte in den USA und Europa zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen gingen

um CHF 36,9 Mia. oder 29% zurück, was Rückgänge der derivativen Instrumente und Leerverkäufe widerspiegelte. Die langfristigen Verbindlichkeiten nahmen um CHF 14,5 Mia. oder 9% ab, insbesondere aufgrund von Fälligkeiten bei vor- und nachrangigen Verbindlichkeiten. Diese Abnahme wurde zum Teil durch Emissionen von vor- und nachrangigen Verbindlichkeiten kompensiert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Banken sanken um CHF 9,1 Mia. oder 23%, hauptsächlich wegen Abnahmen bei Sicht- und Termineinlagen von Handelsbanken. Die Kundeneinlagen gingen um CHF 5,1 Mia. oder 2% zurück, insbesondere wegen des Fremdwährungseffekts und eines Rückgangs bei Einlagenzertifikaten. Die Verbindlichkeiten aus Kundenhandel nahmen um CHF 3,4 Mia. oder 5% ab, was hauptsächlich dem Fremdwährungseffekt und dem rückläufigen Prime Brokerage zuzuschreiben war. Alle übrigen Verbindlichkeiten verringerten sich um CHF 13,2 Mia. oder 11%. Darin enthalten war ein Rückgang der kurzfristigen Geldaufnahmen von CHF 7,5 Mia. oder 29% sowie eine Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten um CHF 5,6 Mia. oder 9%.

► Siehe «Management von Liquidität und Refinanzierung» und «Kapitalbewirtschaftung» für weitere Informationen, auch zur Finanzierung der Bilanz und dem Leverage Ratio.

Ausserbilanz

Im Rahmen unserer normalen Geschäftstätigkeit schliessen wir Ausserbilanzgeschäfte ab. Dabei handelt es sich um Transaktionen oder sonstige vertragliche Vereinbarungen mit oder zugunsten einer Gesellschaft, die nicht konsolidiert wird. Solche Transaktionen umfassen derivative Instrumente, Garantien und ähnliche Vereinbarungen, einbehaltene oder Eventualanteile an Aktiven, die an eine nicht konsolidierte Gesellschaft im Rahmen unserer Einbindung bei SPEs übertragen wurden, sowie Verpflichtungen und Verbindlichkeiten (einschliesslich Eventualverpflichtungen und -verbindlichkeiten) im Rahmen variabler Anteile nicht konsolidierter Gesellschaften, welche Finanzierungen, Liquidität, Kredit und sonstige Unterstützung bieten.

Derivative Instrumente

Derivatkontrakte werden im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit für Market Making, das Eingehen von Positionen und Arbitrage sowie aufgrund unserer eigenen Risikomanagementbedürfnisse, vor allem zur Minderung des Zinssatz-, Fremdwährungs- und Kreditrisikos, eingegangen.

◉ Derivate sind entweder privat ausgehandelte ◉ OTC-Kontrakte oder standardisierte Kontrakte, die an geregelten Börsen gehandelt werden. Die am meisten verwendeten Derivatprodukte schliessen Zins-, Devisen- und ◉ CDS, Zins- und Wäh-

rungsoptionen, Devisenterminkontrakte sowie Devisen- und Zinsfutures ein.

Die Wiederbeschaffungswerte der einzelnen derivativen Instrumente aus Transaktionen auf Rechnung des Kunden und eigenen Transaktionen entsprechen dem Fair Value am Bilanzstichtag. ◉ Positive Wiederbeschaffungswerte stellen einen Vermögenswert dar, während ◉ negative Wiederbeschaffungswerte eine Verbindlichkeit darstellen. Der Fair Value gibt keinen Aufschluss über zukünftige Gewinne oder Verluste, vielmehr zeigt er die für ein derivatives Instrument bei Beginn gezahlten oder erhaltenen Aufschläge, sofern verfügbar, und die nicht realisierten Gewinne und Verluste aus der Marktbewertung aller Derivate zu einem bestimmten Zeitpunkt. Die Fair Values der einzelnen Derivate werden anhand verschiedener Methoden ermittelt. Dazu zählen hauptsächlich am Markt gestellte Preise, falls verfügbar, und, falls nicht verfügbar, bestehende Marktpreise für Instrumente mit vergleichbaren Eigenschaften und Laufzeiten, eine Analyse des Nettobarwerts oder andere Preisfestsetzungsmodelle, soweit angemessen.

- ▶ Siehe «Derivative Instrumente» in Risikomanagement – Kreditrisiko für weitere Informationen.
- ▶ Siehe «Anhang 30 – Derivat- und Absicherungsgeschäfte» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Derivaten.

Garantien und ähnliche Vereinbarungen

Im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit werden Garantien und Schadlosklauseln abgegeben, welche die Credit Suisse zu Eventualzahlungen an den Garantieempfänger oder die schadlos zu haltende Partei verpflichten, falls bei einem Vermögenswert, einer Verbindlichkeit oder einem Beteiligungspapier des Garantiebegünstigten oder der schadlos gehaltenen Partei Änderungen eintreten. Dabei sind wir zu Eventualzahlungen an einen Garantieempfänger verpflichtet, wenn eine andere Gesellschaft ihre Leistungen nicht erfüllt oder wenn wir eine indirekte Garantie auf Schulden Dritter abgegeben haben. Die gewährten Garantien umfassen unter anderem – aber nicht ausschliesslich – übliche Schadlosklauseln zugunsten von: Käufern im Zusammenhang mit dem Verkauf von Aktiven oder Geschäftsbereichen; Anlegern in von uns gesponserten Private-Equity-Fonds hinsichtlich potenzieller Verpflichtungen ihrer Mitarbeitenden zur Rückzahlung von zuvor als Gewinnbeteiligungen ausgeschütteten Beträgen; Anlegern in unseren Wertpapieren und anderen Vereinbarungen zur Übernahme von Quellensteuerabzügen, Steuerrückhalten oder anderen staatlichen Belastungen; sowie Gegenparteien im Zusammenhang mit Wertschriftenleihgeschäften.

Im Zusammenhang mit dem Verkauf bestimmter Aktiven oder Geschäftsbereiche gewähren wir dem Käufer manchmal bestimmte Schadlosklauseln. Diese Schadlosklauseln variieren

je nach Gegenpartei bezüglich Umfang und Dauer und hängen von der Art der verkauften Aktiven oder Geschäftsbereiche ab. Diese sind dazu konzipiert, potenzielle Risiken aus nicht quantifizierbaren und unbekanntem Eventualverlusten, beispielsweise im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten, Steuern und geistigem Eigentum, vom Käufer auf den Verkäufer zu übertragen. Wir überwachen solche vertraglichen Vereinbarungen genau, um sicherzustellen, dass die Rückstellungen für Schadlosklauseln in unserer konsolidierten Jahresrechnung angemessen berücksichtigt sind.

Unter US GAAP sind die maximal möglichen Zahlungsverpflichtungen im Rahmen bestimmter Garantien offenzulegen, soweit sie sich abschätzen lassen und die Erfassung einer Verbindlichkeit für den Fair Value eingegangener Verpflichtungen aus Garantien, die nach dem 31. Dezember 2002 ausgegeben oder angepasst wurden, erfordern.

- ▶ Siehe «Anhang 31 – Garantien und Verpflichtungen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für Offenlegungen der abschätzbaren maximalen Zahlungsverpflichtungen im Rahmen bestimmter Garantien und zugehörige Informationen.

Zusicherungen und Gewährleistungen für verkaufte Wohnbauhypothekarkredite

Im Zusammenhang mit dem Verkauf von US-Wohnbauhypothekarkrediten durch das Investment Banking haben wir bestimmte Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die verkauften Kredite abgegeben. Wir haben diese Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf Verkäufe von Krediten an folgende Käufer abgegeben: die staatlich gesponserten Unternehmen Fannie Mae und Freddie Mac, institutionelle Investoren, hauptsächlich Banken, sowie Verbriefungen nicht staatlich gesponserter Unternehmen (Non-Agency Securitizations) – auch als Private-Label-Verbriefungen bekannt. Bei den verkauften Darlehen handelt es sich hauptsächlich um Darlehen, die wir von anderen Parteien gekauft haben. Der Umfang der Zusicherungen und Gewährleistungen hängt, soweit solche abgegeben wurden, von der Transaktion ab, kann aber Folgendes beinhalten: Eigentum an den Hypothekarkrediten und rechtmässige Befugnis, die Kredite zu verkaufen; Belehnungsquoten und andere Eigenschaften der Liegenschaft, des Kreditnehmers und des Kredits; Gültigkeit der Pfandrechte, mit denen die Kredite besichert sind, Zusicherung, dass keine Steuerrückstände oder damit verbundene Pfandrechte bestehen; Konformität mit den Richtlinien für die Prüfung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Kreditnehmern und Vollständigkeit der Dokumentation sowie Kreditvergabe im Einklang mit den bestehenden Gesetzen. Wenn festgestellt wird, dass zugesicherte und gewährleistete Eigenschaften nicht zutreffend waren, können wir dazu verpflichtet sein, die entsprechenden Kredite zurückzukaufen oder die Anleger für erlit-

tene Verluste zu entschädigen. Ob uns im Zusammenhang mit Rückkäufen und Entschädigungen ein Verlust entsteht, hängt von folgenden Faktoren ab: dem Umfang der erhobenen Ansprüche, der Gültigkeit solcher Ansprüche (einschliesslich der Wahrscheinlichkeit und der Fähigkeit zur Durchsetzung der Ansprüche); ob wir erfolgreich Forderungen gegen Parteien stellen können, die Kredite an uns verkaufen und dabei uns gegenüber Zusicherungen und Gewährleistungen abgegeben haben; der Lage am Immobilienmarkt für Wohnbauten, einschliesslich der Zahl der Kreditausfälle; ob die Verpflichtungen aus den verbrieften Instrumenten durch Dritte garantiert oder versichert waren.

- ▶ Siehe «Zusicherungen und Gewährleistungen für verkaufte Wohnbauhypothekarkredite» in Anhang 31 – Garantien und Verpflichtungen in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Einbindung bei Spezialzweckgesellschaften (Special Purpose Entities)

Wir schliessen im Rahmen unserer normalen Geschäftstätigkeit Transaktionen mit Spezialzweckgesellschaften (Special Purpose Entities, SPEs) ab und machen von diesem Gebrauch. Eine SPE ist eine Rechtseinheit (Gesellschaft) in Form eines Trusts oder einer anderen Rechtsform, die ein bestimmtes begrenztes Bedürfnis der einrichtenden Gesellschaft erfüllen soll. Sie ist in der Regel so strukturiert, dass die Vermögenswerte der SPE gegenüber Kreditgebern oder anderen Einheiten, einschliesslich der Gruppe, isoliert sind. SPEs dienen uns und unseren Kunden in erster Linie zur Verbriefung von finanziellen Vermögenswerten und zur Schaffung von Anlageprodukten. Wir verwenden SPEs auch für andere kundengetriebene Aktivitäten, wie die Ermöglichung von Finanzierungen, und für steuerliche oder regulatorische Zwecke der Gruppe.

Im Rahmen unserer normalen Geschäftstätigkeit beteiligen wir uns an verschiedenen Transaktionen mit Gesellschaften, die als Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (Variable Inte-

rest Entities, VIEs) gelten und drei Hauptkategorien zuzuordnen sind: ◉ Forderungsbesicherte Wertschriften (CDO), ◉ CP Conduits und Finanzintermediation. Bei VIEs handelt es sich um SPEs, die typischerweise entweder ohne zusätzliche nachrangige finanzielle Mittel zu wenig Eigenkapital zur Finanzierung ihrer Aktivitäten haben oder derart strukturiert sind, dass die Inhaber der Stimmrechte keine wesentlichen Anteile an den Gewinnen und Verlusten dieser Gesellschaften haben. Solche Gesellschaften sind auf eine Konsolidierungspflicht gemäss US GAAP zu überprüfen, wobei die meistbegünstigte Partei (Primary Beneficiary) die VIEs zwingend zu konsolidieren hat. Als meistbegünstigte Partei gilt diejenige, welche die Macht hat, die Aktivitäten mit dem grössten Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit der VIEs zu steuern und möglicherweise einen wesentlichen Anteil an den Gewinnen oder Verlusten der VIEs hat. Wir konsolidieren sämtliche VIEs, bei welchen wir die meistbegünstigte Partei sind. VIEs können durch uns, nicht verbundene Dritte oder Kunden gesponsert werden. Die Anwendung der Rechnungslegungsvorschriften auf die Konsolidierung von VIEs, einschliesslich einer laufenden Neubeurteilung der VIEs bezüglich einer möglichen Konsolidierung, kann vom Management in wesentlichem Umfang Ermessensentscheide verlangen.

Grundsätzlich werden Transaktionen mit VIEs zur Ermöglichung von Verbriefungen ausgeführt oder zur Erfüllung spezifischer Kundenbedürfnisse, wie der Bereitstellung von Liquidität oder Anlagemöglichkeiten. Im Rahmen solcher Aktivitäten können wir Anteile an VIEs halten.

- ▶ Siehe «Anhang 32 – Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten und Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs)» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Wir geben nachrangige und vorrangige Schuldtitel über SPEs aus, welche die aufgenommenen Mittel an die Gruppe weiterverleihen.

Vertragliche Verpflichtungen und sonstige kommerzielle Zusagen

Im Zusammenhang mit unseren Geschäftsaktivitäten gehen wir bestimmte vertragliche Verpflichtungen und Zusagen zur Finanzierung bestimmter Aktiven ein. Unsere vertraglichen Verpflichtungen und Zusagen umfassen kurz- und langfristige Bilanzverpflichtungen sowie zukünftige vertragliche Zinszahlungen und Ausserbilanzverpflichtungen. Die Summe der Verpflichtungen sank 2012 um CHF 67,7 Mia. auf CHF 676,0 Mia. und widerspiegelte damit vor allem den Rückgang der Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen um CHF 36,9 Mia. auf CHF 90,8

Mia., den Rückgang der langfristigen Verbindlichkeiten um CHF 14,5 Mia. auf CHF 148,1 Mia. und die Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Banken um CHF 9,1 Mia. auf CHF 31,0 Mia.

- ▶ Siehe «Anhang 24 – Langfristige Verbindlichkeiten» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu langfristigen Verbindlichkeiten und den zugehörigen Zinsverpflichtungen.
- ▶ Siehe «Anhang 31 – Garantien und Verpflichtungen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Zusagen.

Vertragliche Verpflichtungen und sonstige kommerzielle Zusagen

					2012	2011
	Weniger als 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Total	Total
Zahlungen fällig innerhalb						
Bilanz- und Ausserbilanzverpflichtungen (in Mio. CHF)						
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	29 730	461	237	586	31 014	40 147
Kundeneinlagen	303 886	3 152	386	888	308 312	313 401
Kurzfristige Geldaufnahmen	18 641	0	0	0	18 641	26 116
Langfristige Verbindlichkeiten ¹	30 458	42 458	25 786	49 432	148 134 ²	162 655 ²
Vertragliche Zinszahlungen ³	1 430	2 119	1 828	2 219	7 596 ⁴	–
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	90 816	0	0	0	90 816	127 760
Verbindlichkeiten aus Kundenhandel	64 676	0	0	0	64 676	68 034
Verpflichtungen aus Operating Leasing	677	1 108	875	3 503	6 163	4 559
Kaufverpflichtungen	374	191	120	5	690	1 095
Total Verpflichtungen⁵	540 688	49 489	29 232	56 633	676 042	743 767

¹ Siehe «Emission und Rückzahlung von Schuldverschreibungen» in Management von Liquidität und Refinanzierung und «Anhang 24 – Langfristige Verbindlichkeiten» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu langfristigen Verbindlichkeiten. ² Enthält per 31. Dezember 2012 und 2011 Verbindlichkeiten ohne Rückgriff aus konsolidierten VIEs von CHF 14 532 Mio. beziehungsweise CHF 14 858 Mio. ³ Enthält Zinszahlungen auf langfristigen Verbindlichkeiten mit fester Verzinsung, zinstragende Einlagen mit fester Verzinsung (ohne Sichteinlagen) und kurzfristige Geldaufnahmen mit fester Verzinsung, die nicht mittels Swaps einzeln wirksam in Instrumente mit variabler Verzinsung umgewandelt wurden. ⁴ Aufgrund der Nichtbestimmbarkeit der Zinszahlungen sind folgende Nominalbeträge in der Tabelle nicht enthalten: langfristige Verbindlichkeiten mit variabler Verzinsung von CHF 60 064 Mio., kurzfristige Geldaufnahmen mit variabler Verzinsung von CHF 3 490 Mio., zinstragende Einlagen mit variabler Verzinsung und Sichteinlagen von CHF 230 384 Mio., mittels Swaps einzeln in Instrumente mit variabler Verzinsung umgewandelte langfristige Verbindlichkeiten und zinstragende Einlagen mit fester Verzinsung von CHF 62 529 Mio. beziehungsweise CHF 3 287 Mio. ⁵ Nicht enthalten sind die abgegrenzten Verbindlichkeiten für Vorsorgepläne und sonstige Pläne mit Leistungsprimat in Höhe von CHF 756 Mio. und CHF 1 101 Mio. per 31. Dezember 2012 beziehungsweise 2011, welche in der konsolidierten Bilanz in Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen werden, da die abgegrenzten Verbindlichkeiten nicht den erwarteten Liquiditätsbedürfnissen entsprechen. Siehe «Anhang 29 – Vorsorgepläne und sonstige Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu Vorsorgeverpflichtungen und sonstigen Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand.

IV

Corporate Governance und Vergütung

168 Corporate Governance

203 Vergütung

Corporate Governance

Übersicht

Grundlagen und Richtlinien zur Corporate Governance

Die Corporate Governance der Credit Suisse richtet sich nach international anerkannten Standards. Wir sind bemüht, die Interessen aller Anspruchsgruppen angemessen zu wahren, und anerkennen die Wichtigkeit guter Corporate Governance. Eine transparente Beschreibung der Corporate Governance erleichtert den verschiedenen Interessenvertretern, die Qualität der Gruppe und ihres Managements zu beurteilen, und unterstützt die Investoren bei ihren Anlageentscheidungen.

Die Credit Suisse richtet sich nach den im Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance vorgeschriebenen Prinzipien einschliesslich der im Anhang aufgeführten Empfehlungen zur Festsetzung der Vergütung von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung. Am 3. März 2013 stimmten die Schweizer Bürger für die sogenannte «Minder-Initiative», mit der die Aktionärsrechte gestärkt werden sollen. Die Initiative verlangt, dass ein Gesetz verabschiedet wird, das Schweizer Publikumsgesellschaften bestimmte Anforderungen in Bezug auf die Vergütung von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung auferlegt. Dazu gehört die Forderung einer bindenden (anstatt konsultativen) Abstimmung der Aktionäre über die Gesamtvergütung des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung und das Verbot von Abgangsentschädigungen, Gehaltsvorauszahlungen und Zahlungen im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Veräusserung von Gesellschaften. Ausserdem müssen die Verwaltungsratsmitglieder, der Verwaltungsratspräsident und die Mitglieder des Compensation Committee jedes Jahr direkt von den Aktionären gewählt werden. Des Weiteren verlangt die Initiative, dass Verstösse gegen ihre Bestimmungen strafrechtlichen Sanktionen unterliegen. Der Schweizer Bundesrat hat ein Jahr Zeit, um eine Übergangsverordnung herauszugeben, die Gültigkeit hat, bis das Schweizer Parlament das neue Gesetz verabschiedet. Ein Zeitrahmen für die definitive Umsetzung der Initiative ist noch nicht festgelegt.

Wir passen unsere Standards laufend an, um den Entwicklungen in der Corporate Governance in Rechtsgebieten auch ausserhalb der Schweiz Rechnung zu tragen. Wie bereits in den vergangenen Jahren richteten die Aufsichtsbehörden auch im Jahr 2012 ein besonderes Augenmerk auf die Vergütungspraxis von Finanzinstituten.

► [Siehe «Vergütung» für weitere Informationen.](#)

Als an der SIX Swiss Exchange (SIX) kotierte Gesellschaft unterstehen wir der SIX-Richtlinie betreffend Informationen zur Corporate Governance. Darüber hinaus sind unsere Aktien in

Form von  American Depositary Shares (ADS) auch an der New York Stock Exchange (NYSE) kotiert. Seit Januar 2013 hat die Credit Suisse Group zudem bestimmte börsengehandelte Notes an der Nasdaq kotiert. Deshalb müssen wir auch bestimmte amerikanische Vorschriften beachten. Wir halten die von der NYSE und der Nasdaq erlassenen Corporate-Governance-Kotierungsstandards weitgehend ein, selbst wenn diese Regeln für ausländische, an der NYSE und der Nasdaq kotierte Emittenten generell nicht verbindlich sind.

Die Hauptunterschiede zwischen der Corporate Governance der Credit Suisse und den von der NYSE und der Nasdaq erlassenen und nur für amerikanische Gesellschaften zwingend anwendbaren Standards sind die folgenden:

- **Genehmigung von Mitarbeiterbeteiligungsplänen:** Gemäss den NYSE- und Nasdaq-Standards bedürfen die Einführung bestimmter neuer sowie bedeutende Änderungen bestehender Pläne der Genehmigung durch die Generalversammlung. In der Schweiz muss die Schaffung von bedingtem Kapital für Mitarbeiterpläne der Generalversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden. Es liegt jedoch nicht in der Kompetenz der Generalversammlung, über die inhaltliche Ausgestaltung der Pläne zu entscheiden.
- **Risikobeurteilung und Risikomanagement:** Die NYSE-Standards weisen die Verantwortung für die Schaffung eines angemessenen Risikomanagements dem Audit Committee zu. Bei der Credit Suisse wird diese Verantwortung vom Risk Committee wahrgenommen. Während die Mitglieder des Audit Committee sämtliche NYSE- wie auch Nasdaq-Unabhängigkeitsvorschriften erfüllen müssen, kann das Risk Committee der Credit Suisse auch nicht unabhängige Mitglieder umfassen. Derzeit sind alle Mitglieder unseres Risk Committee unabhängig.
- **Unabhängigkeit der Mitglieder des Nominating and Corporate Governance Committee:** Gemäss den NYSE- und Nasdaq-Standards müssen alle Mitglieder des Nominating and Corporate Governance Committee unabhängig sein. Das Chairman's and Governance Committee der Credit Suisse kann auch nicht unabhängige Mitglieder umfassen. Derzeit sind alle Mitglieder unseres Chairman's and Governance Committee unabhängig.
- **Berichterstattung:** Die NYSE- und Nasdaq-Standards sehen vor, dass die Verwaltungsratskommissionen bestimmte Informationen den Aktionären direkt zukommen lassen. Das Schweizer Recht sieht hingegen vor, dass die Kommissionen ausschliesslich an den Verwaltungsrat rap-

portieren und die Kommunikation mit den Aktionären dem Gesamtverwaltungsrat vorbehalten ist.

- Ernennung der externen Revisionsgesellschaft: Die NYSE- und Nasdaq-Standards verlangen, dass das Audit Committee direkt für die Ernennung, Entschädigung, Fortsetzung des Mandats und Aufsicht der externen Revisionsgesellschaft verantwortlich ist, es sei denn, das für die betreffende Gesellschaft geltende Heimrecht sehe eine anders lautende Regelung vor. Gemäss Schweizer Recht liegt die Ernennung der externen Revisionsgesellschaft in der ausschliesslichen Kompetenz der Generalversammlung. Der Verwaltungsrat unterbreitet den Aktionären auf Empfehlung des Audit Committee einen entsprechenden Vorschlag. Das Audit Committee muss darüber hinaus regelmässig seine Reglemente überprüfen. Die Nasdaq-Standards verlangen hingegen eine jährliche Überprüfung.
- Satzung des Audit Committee: Die Nasdaq-Standards sehen vor, dass das Audit Committee einmal pro Jahr die Angemessenheit seiner Satzung prüft und beurteilt, während die eigene Satzung unseres Audit Committee nur eine Überprüfung und Beurteilung von Zeit zu Zeit vorschreibt.
- Executive Sessions: Die NYSE- und Nasdaq-Standards verlangen, dass der Verwaltungsrat regelmässig zu Sitzungen (Executive Sessions) zusammenkommt, an denen ausschliesslich unabhängige Verwaltungsräte teilnehmen. Diese Vorschrift gilt bei der Credit Suisse nicht.
- Quoren: Die Nasdaq-Standards verlangen, dass die Statuten der Gesellschaft für Aktionärsversammlungen ein Anwesenheitsquorum von mindestens 33⅓% der ausstehenden Aktien der Gesellschaft vorsehen. Aktionärsversammlungen bei der Credit Suisse bedürfen grundsätzlich keines Anwesenheitsquorums.

Corporate-Governance-Regelwerk

Der Verwaltungsrat hat Corporate-Governance-Standards erlassen, die in den folgenden Dokumenten reflektiert sind. Diese sind auch auf unserer Website unter www.credit-suisse.com/governance abrufbar:

- Statuten: Legen den Gesellschaftszweck, die Kapitalstruktur und die grundlegenden organisatorischen Rahmenbedingungen fest. Die Statuten der Gruppe sind vom 6. Februar 2013, die Statuten der Bank vom 2. Mai 2011 datiert.
- Code of Conduct: Definiert die ethischen Grundsätze und professionellen Standards der Gruppe, die für den Verwaltungsrat und unsere Mitarbeitenden gleichermaßen bindend sind, darunter die Einhaltung aller geltenden Gesetze, Vorschriften und Richtlinien, damit unser Ruf als integre, faire und risikobewusste Bank gewahrt und

gestärkt wird. Im Übrigen setzt er auch die im Sarbanes-Oxley-Act of 2002 (SOX) aus dem Jahr 2002 enthaltenen Vorschriften betreffend die Festsetzung ethischer Grundsätze um, die sich speziell an den Chief Executive Officer (CEO) und die für das Finanzwesen verantwortlichen Mitglieder des Managements richten. Abweichungen oder Ausnahmen von unserem Code of Conduct werden nicht geduldet. Unser Code of Conduct ist auf unserer Website unter www.credit-suisse.com/code in neun Sprachen verfügbar.

- Organisations- und Geschäftsreglement (OGR): Legt die Verantwortlichkeiten und Befugnisse des Verwaltungsrats, seiner Kommissionen und der verschiedenen Direktionsgremien innerhalb der Gruppe sowie die Prozesse der internen Berichterstattung fest.
- Corporate Governance Guidelines: Fassen die Corporate-Governance-Standards zusammen und beschreiben die Funktion des Verwaltungsrats und seiner Ausschüsse sowie die Führungsorganisation der Gruppe.
- Verwaltungsratsreglement: Beschreibt die Organisation und Verantwortlichkeiten des Verwaltungsrats.
- Kommissionsreglemente: Beschreiben die Organisation und Verantwortlichkeiten der Verwaltungsratskommissionen.
- Vergütungsrichtlinie: bildet die Grundlage für die Entwicklung angemessener Vergütungspläne und Vergütungsgrundsätze.

Gesellschaft

Die Credit Suisse Group AG und die Credit Suisse AG sind im Handelsregister des Kantons Zürich als schweizerische Aktiengesellschaften unter den Nummern CH-020.3.906.075-9 (per 3. März 1982) beziehungsweise CH-020.3.923.549-1 (per 27. April 1883) eingetragen und haben ihren Hauptsitz am Paradeplatz 8, 8001 Zürich, Schweiz. Die Credit Suisse Group AG wurde am 3. März 1982, die Credit Suisse AG am 5. Juli 1856 auf unbestimmte Zeit gegründet. Die rechtmässige Vertretung der Credit Suisse Group AG und der Credit Suisse AG in den USA wird durch die Credit Suisse (USA), Inc., 11 Madison Avenue, New York, 10010 New York, wahrgenommen. Der Zweck der Credit Suisse Group AG ist gemäss Artikel 2 der Statuten die direkte oder indirekte Beteiligung an Unternehmen aller Art in der Schweiz und im Ausland, insbesondere an Unternehmen im Bank-, Finanz-, Vermögensverwaltungs- und Versicherungsbereich. Der Zweck der Credit Suisse AG ist gemäss Artikel 2 der Statuten die Tätigkeit einer Bank mit allen damit zusammenhängenden Bank-, Finanz-, Beratungs-, Dienstleistungs- und Handelsaktivitäten in der Schweiz und im Ausland. Die Statuten der Gruppe und der Bank halten fest, dass sie neue Unternehmen gründen, sich an bestehenden Unternehmen beteiligen und sie

finanzieren sowie Liegenschaften im In- und Ausland erwerben, belasten und verkaufen können.

Wir betreiben unser Geschäft im Rahmen zweier Divisionen: Private Banking & Wealth Management und Investment Banking. Die zwei Divisionen werden ergänzt durch eine übergreifende Shared-Services-Organisation sowie eine regionale Management-Struktur.

- ▶ Siehe «I – Informationen zum Unternehmen» für weitere Informationen zur Gruppenstruktur.
- ▶ Siehe «II – Kommentar zu den Resultaten» für eine detaillierte Beschreibung der Aktivitäten und der finanziellen Ergebnisse.
- ▶ Siehe «Anhang 38 – Wesentliche Tochtergesellschaften und Beteiligungen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für eine Aufstellung der wichtigsten zum Konsolidierungskreis der Credit Suisse Group AG zählenden Beteiligungen.

Die Gruppe ist an der SIX kotiert (Valor 1213853), mit einer Börsenkapitalisierung von CHF 29 402 Mio. per 31. Dezember 2012. Keine unserer Tochtergesellschaften ist an der SIX oder einer anderen Börse kotiert.

Nach Schweizerischem Obligationenrecht unterliegen die Mitglieder des Verwaltungsrats und Personen, die mit der Geschäftsführung betraut sind, einer strengen Sorgfalts- und Treuepflicht. Demzufolge sind Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsmitglieder von einer Beteiligung an Beschlüssen, die sie selber betreffen, ausgeschlossen. Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung sind für Verstösse gegen diese Regel gegenüber der Gesellschaft persönlich haftbar.

Weder das schweizerische Recht noch die Statuten schränken die Credit Suisse hinsichtlich der Aufnahme finanzieller Mittel ein. Entscheidungen über die Aufnahme finanzieller Mittel erfolgen durch den Verwaltungsrat oder unter dessen Anweisung. Es ist dazu kein Aktionärsbeschluss erforderlich.

Anzahl Mitarbeitende

Ende	2012	2011	Veränderung in %
Mitarbeiter (auf Vollzeitbasis)			
Private Banking & Wealth Management	27 300	28 100	(3)
Investment Banking	19 800	20 700	(4)
Corporate Center	300	900	(67)
Anzahl Mitarbeiter	47 400	49 700	(5)
davon in der Schweiz	19 400	21 200	(8)
davon Europa, Naher Osten und Afrika	9 300	9 200	1
davon Nord- und Südamerika	11 300	11 700	(3)
davon Asien-Pazifik	7 400	7 600	(3)

Mitarbeitende

Per 31. Dezember 2012 hatte die Credit Suisse weltweit 47 400 Mitarbeitende. Davon waren 19 400 in der Schweiz und 28 000 im Ausland angestellt.

Die Mitarbeiterzahl sank gegenüber Ende 2011 um 2 300 Personen beziehungsweise 5%. Dies ist die Folge einer Reduktion des Personalbestands um 3 200 Mitarbeitende als Folge unserer Kostensenkungsinitiativen in den Divisionen Investment Banking und Private Banking & Wealth Management sowie des Verkaufs der Wincasa AG, einer Anbieterin von Immobilien-Dienstleistungen. Dieser Abnahme stand ein Zuwachs gegenüber aufgrund von Einstellungen von Hochschulabsolventen und direkter Anstellung von Personen, die bislang in einem Auftragsverhältnis zur Credit Suisse standen.

In unserer Gruppe bestehen die folgenden Corporate Titles: Managing Director, Director, Vice President, Assistant Vice President sowie Mitarbeitende ohne Führungsfunktion. Die meisten unserer Mitarbeitenden sind nicht gewerkschaftlich organisiert. Während der letzten Jahre kam es nie zu irgendwelchen Streiksituationen, Arbeitsniederlegungen oder ähnlichen Auseinandersetzungen mit Mitarbeitergruppen. Wir pflegen ein konstruktives Verhältnis zu unseren Mitarbeitenden.

Informationspolitik

Die Credit Suisse ist einer offenen und fairen Informationspolitik gegenüber ihren Aktionären wie auch anderen Anspruchsgruppen verpflichtet. Die Abteilungen Investor Relations und Corporate Communications sind verantwortlich für Auskunftsbegehren.

Alle im Aktienregister der Credit Suisse Group AG eingetragenen Aktionäre erhalten eine Einladung zur ordentlichen Generalversammlung, einschliesslich eines Bestellformulars für den Geschäftsbericht und andere Berichte. Die Aktionäre erhalten zudem vierteljährlich einen Aktionärsbrief und haben die Möglichkeit, sich die Quartalsberichte zu den Finanzergebnissen zustellen zu lassen.

Alle erwähnten Unterlagen und andere Informationen sind auf der Website der Gruppe unter www.credit-suisse.com/investors/de abrufbar.

Statuten

Die Statuten der Gruppe und der Bank finden sich auf der Website der Gruppe unter www.credit-suisse.com/statuten.

- ▶ Siehe «Aktionärsrechte» und «Zusätzliche Informationen» für eine Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen unserer Statuten und des Schweizerischen Obligationenrechts, die für die Aktien der Credit Suisse Group AG von Bedeutung sind.

Schadloshaltung

Weder die Statuten noch geltendes Schweizer Recht enthalten Vorschriften über die Schadloshaltung von Mitgliedern des Verwaltungsrats oder der Geschäftsleitung. Den allgemeinen Grundsätzen des schweizerischen Arbeitsrechts gemäss ist ein Arbeitgeber unter bestimmten Umständen verpflichtet, einen Mitarbeitenden gegen Verluste und Kosten schadlos zu halten, die der betreffenden Person durch die Ausübung ihrer Pflichten im Rahmen ihres Arbeitsvertrags entstanden sind, es sei denn, die Verluste und Kosten sind durch Fehlverhalten als Folge grober Fahrlässigkeit oder Vorsatzes eines Mitarbeitenden entstanden. Die Credit Suisse verfolgt den Grundsatz, ihre gegenwärtigen und ehemaligen Verwaltungsratsmitglieder und/oder Mitarbeitenden unter bestimmten Bedingungen und abgesehen von einigen Ausnahmen gegen bestimmte Verluste und Kosten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Verwaltungsratsmitglied oder Mitarbeitende der Gruppe, einer mit der Gruppe verbundenen Gesellschaft oder eines anderen von uns anerkannten Unternehmens schadlos zu halten. Für ihre Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsmitglieder verfügt die Credit Suisse über eine Organhaftpflichtversicherung.

Aktionäre

Kapitalstruktur

Unser Aktienkapital betrug per 31. Dezember 2012 CHF 52 833 197, eingeteilt in 1 320 829 922 Namenaktien mit einem Nominalwert von CHF 0.04 pro Aktie. Die Namenaktien der Credit Suisse Group AG sind an der SIX und als ADS an der NYSE kotiert.

- ▶ Siehe «Anhang 7 – Aktienkapital, bedingtes Kapital, Wandlungskapital und genehmigtes Kapital der Credit Suisse Group» in VI – Statutarische Jahresrechnung – Credit Suisse Group sowie Statuten der Credit Suisse Group AG (Artikel 26, 26b–c und 27) für Einzelheiten zu den Veränderungen der Kapitalstruktur während des Berichtsjahrs.

Aktionariat

Wir verfügen über eine breite Aktionärsbasis. Die Mehrheit der Aktien wird direkt oder indirekt von institutionellen Investoren ausserhalb der Schweiz gehalten. Mithilfe einer externen Gesellschaft, welche sich auf die Beschaffung von Marktdaten spezialisiert hat, bereiten wir regelmässig zusätzliche Informationen über die Zusammensetzung unseres Aktionariats auf, insbesondere auch bezüglich derjenigen Aktien, die nicht in unserem Aktienregister eingetragen sind. Gemäss diesen Daten setzte sich unsere Aktionärsbasis per 31. Dezember 2012 aus 10% privaten Anlegern, 76% institutionellen Anlegern und 14% anderen Anlegern zusammen. Der geografische Hintergrund der institutionellen Anleger ist dabei wie folgt: 18% Schweiz, 9% Kontinentaleuropa (exkl. Schweiz), 14% Grossbritannien und Irland, 44% USA und 15% andere Länder.

Per 31. Dezember 2012 waren 138 649 Aktionäre in unserem Aktienregister eingetragen. Es bestehen unseres Wissens keine Vereinbarungen zwischen Aktionären oder Aktionärsgruppen, die zu einem Wechsel in der Kontrolle über die Gruppe führen könnten. Per 31. Dezember 2012 waren insgesamt 50,5 Mio., oder 3,8%, der ausgegebenen Aktien in Form von ADS. Weitere 12 Mio. oder 0,9% der ausgegebenen Aktien wurden per 31. Dezember 2012 auf Aktionäre mit Domizil in den USA eingetragen (ohne Nominees).

Die nachfolgenden Tabellen zeigen eine Übersicht über die Zusammensetzung der in unserem Aktienregister eingetragenen Aktien.

Aktienverteilung der Credit Suisse Group AG im Aktienregister

Ende	2012				2011			
	Anzahl Aktionäre	%	Anzahl Aktien	%	Anzahl Aktionäre	%	Anzahl Aktien	%
Aktienverteilung der Gruppe								
Schweizer	122 564	89	112 106 298	9	128 470	88	113 717 974	10
Ausländer	11 427	8	13 464 237	1	12 057	8	12 442 468	1
Private Anleger	133 991	97	125 570 535	10	140 527	96	126 160 442	11
Schweizer	4 030	3	123 232 578	9	4 426	3	143 700 242	12
Ausländer	628	0	620 098 199	47	703	1	544 466 906	44
Institutionelle Anleger	4 658	3	743 330 777	56	5 129	4	688 167 148	56
Aktien mit Eintrag im Aktienregister	138 649	100	868 901 312	66	145 656	100	814 327 590	67
davon in der Schweiz	126 594	91	235 338 876	18	132 896	91	257 418 216	21
davon Europa	10 791	8	420 808 155	32	11 380	8	301 566 718	25
davon USA	191	0	189 766 059	14	225	0	161 319 018	13
davon Sonstige	1 073	1	22 988 222	2	1 155	1	94 023 638	8
Aktien ohne Eintrag im Aktienregister	–	–	451 928 610	34	–	–	410 005 472	33
Total ausgegebene Aktien	–	–	1 320 829 922	100	–	–	1 224 333 062	100

Im Aktienregister eingetragene institutionelle Anleger nach Branche

Ende	2012				2011			
	Anzahl Aktionäre	%	Anzahl Aktien	%	Anzahl Aktionäre	%	Anzahl Aktien	%
Institutionelle Anleger nach Industrie								
Banken	36	0	2 042 785	0	43	0	17 406 303	1
Versicherungsgesellschaften	94	0	4 352 379	0	94	0	12 216 227	1
Vorsorgeeinrichtungen	805	1	40 068 367	3	912	1	34 877 001	3
Anlagestiftungen	342	0	60 480 195	5	339	0	72 892 153	6
Sonstige Stiftungen	762	1	7 631 919	1	847	1	7 306 944	1
Staatliche Institutionen	32	0	6 474 774	0	32	0	3 968 027	0
Sonstige ¹	2 409	2	96 910 802	7	2 645	2	168 443 544	14
Direkteinträge	4 480	3	217 961 221	17	4 912	4	317 110 199	26
Treuhänderisch gehalten	178	0	525 369 556	40	217	0	371 056 949	30
Total institutionelle Anleger	4 658	3	743 330 777	56	5 129	4	688 167 148	56

¹ Enthält verschiedene weitere institutionelle Anleger, für welche eine Gliederung nach Branchenart nicht verfügbar war.

Bedeutende Aktionäre

Gemäss dem schweizerischen Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel (BEHG) ist jeder, der Anteile einer an der SIX kotierten Gesellschaft hält, verpflichtet, die entsprechende Gesellschaft sowie die SIX zu benachrichtigen, sobald seine Stimmrechtsanteile eine der folgenden Grenzen übersteigen oder unterschreiten: 3%, 5%, 10%, 15%, 20%, 25%, 33 $\frac{1}{3}$ %, 50% oder 66 $\frac{2}{3}$ %, unabhängig davon, ob die Stimmrechte ausgeübt werden können oder nicht (das heisst, Meldungen müssen auch bestimmte Derivatpositionen umfassen wie beispielsweise Optionen oder ähnliche Instrumente). Das Unternehmen ist verpflichtet, nach Eingang einer entsprechenden Meldung die

Öffentlichkeit zu informieren. Ausserdem ist ein Unternehmen nach Schweizerischem Obligationenrecht verpflichtet, im Anhang zur Jahresrechnung die Identität aller Aktionäre, die mehr als 5% der Aktien halten, offenzulegen. Nachstehend folgt eine Zusammenfassung der neuesten publizierten Meldungen bezüglich der Beteiligungen (einschliesslich Kaufrechte) unserer bedeutenden Aktionäre. In Übereinstimmung mit den BEHG-Vorschriften beziehen sich die unten aufgeführten Prozentzahlen auf das Aktienkapital gemäss den Statuten zum Zeitpunkt der Meldung. Der vollständige Text aller Offenlegungsmittelungen kann auf unserer Website unter www.credit-suisse.com/aktionaere eingesehen werden.

- ▶ Siehe «Anhang 3 – Geschäftsentwicklungen und Ereignisse nach dem Bilanzstichtag» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu bedeutenden Aktionären.

Bedeutende Aktionäre

	Publikation der Meldung durch die Gruppe	Anzahl Aktien (in Mio.)	Ungefähre Beteiligung (in %)	Kaufrechte (in %)
31. Dezember 2012 oder Datum der letzten Meldung				
Qatar Investment Authority (registrierte Gesellschaft – Qatar Holding LLC)	30. April 2011	76.1	6.2	–
The Olayan Group (registrierte Gesellschaft – Crescent Holding GmbH)	24. Juli 2012	78.4	6.1	10.9 ¹
Dodge & Cox	19. Dezember 2012	63.5	5.0	–
Franklin Resources, Inc.	14. September 2012	57.3	4.5	–
Capital Group Companies, Inc.	21. Januar 2013	39.4	3.1	1.0 ²
Black Rock Inc.	25. Januar 2013	38.6	3.0	–
Harris Associates L.P.	17. Mai 2012	36.9	3.0	–
Norges Bank	3. August 2012	28.0	2.2	1.7 ³
31. Dezember 2011				
The Olayan Group (registrierte Gesellschaft – Crescent Holding GmbH)	2. Februar 2010	77.8	6.6	–
Qatar Investment Authority (registrierte Gesellschaft – Qatar Holding LLC)	30. April 2011	73.2	6.2	–
Dodge & Cox	15. Dezember 2011	35.9	3.0	–
Franklin Resources, Inc.	15. Dezember 2011	35.7	3.0	–
31. Dezember 2010				
The Olayan Group (registrierte Gesellschaft – Crescent Holding GmbH)	2. Februar 2010	78.4	6.6	–
Qatar Investment Authority (registrierte Gesellschaft – Qatar Holding Netherlands B.V.)	27. August 2010	73.2	6.2 ⁴	–
Black Rock Inc.	1. Dezember 2009	44.4	3.8	–
Koor Industries Ltd.	9. Februar 2010	37.0	3.1	–
Capital Group Companies, Inc.	25. Februar 2010	35.5	3.1	–

¹ Besteht aus 8,1% Kaufrechten in Bezug auf die von The Olayan Group gehaltenen 8 625 Tier 1 Buffer Capital Notes, die nur in Aktien gewandelt werden, wenn die Gruppe spezifische regulatorische Eigenmittelanforderungen nicht mehr erfüllt, und 2,7% Kaufrechte in Bezug auf die gehaltenen CHF 569 Mio. bedingten Pflichtwandelanleihen (MACCS), von welchen CHF 419 Mio. durch The Olayan Group gezeichnet wurden. Die MACCS werden am 29. März 2013 zum Wandelpreis von CHF 16.29 in 35 Mio. Aktien der Gruppe gewandelt mit Ausführung und Lieferung der Aktien Anfang April 2013. Die verbleibenden 0,1% Kaufrechte beziehen sich auf Optionen, die von The Olayan Group gehalten werden. ² Bezieht sich auf die von Capital Group Companies gehaltenen CHF 201 Mio. MACCS, die am 29. März 2013 zum Wandelpreis von CHF 16.29 in 12,3 Mio. Aktien gewandelt werden, mit Ausführung und Lieferung der Aktien Anfang April 2013. ³ Bezieht sich auf die von Norges Bank gehaltenen CHF 353 Mio. MACCS, die am 29. März 2013 zum Wandelpreis von CHF 16.29 in 21,6 Mio. Aktien gewandelt werden, mit Ausführung und Lieferung der Aktien Anfang April 2013. ⁴ In derselben Meldung teilte uns Qatar Holding Netherlands B.V. ihre gehaltene Verkaufposition von 1,25% (Veräusserungsposition) in Bezug auf einen variablen Terminkontrakt auf 14,8 Mio. Aktien der Gruppe mit.

Hält die Gruppe Positionen in eigenen Aktien, so gelten für die Gruppe die gleichen Offenlegungsvorschriften wie für bedeutende externe Aktionäre. Die Gruppe erwirbt eigene Aktien im Rahmen des Market Making, zwecks Erleichterung der Ausführung von Kundenaufträgen und zur Erfüllung von Verpflichtungen im Rahmen unserer Mitarbeitervergütungspläne. Von der Gruppe gehaltene eigene Aktien besitzen kein Stimmrecht. Am 31. Dezember 2012 beliefen sich unsere Bestände auf 7,0% Kaufpositionen (2,9% Namenaktien und 4,1% Rechte auf den Erwerb von Aktien) und 41,9% Verkaufpositionen (Verfügungsrechte).

Kreuzverflechtungen

Es bestehen keine Kreuzverflechtungen zwischen der Gruppe und anderen Gesellschaften, die 5% des Aktienkapitals oder der Stimmrechte übersteigen.

Aktionärsrechte

Wir sind dem Gleichbehandlungsgebot aller Aktionäre verpflichtet und ermutigen diese, an der Generalversammlung teilzunehmen. Nachstehend folgt eine Zusammenfassung der Aktionärsrechte in der Gruppe. Für weitere Informationen verweisen wir auf unsere Statuten, die auf unserer Website unter www.credit-suisse.com/statuten abgerufen werden können.

Stimmrecht und Aktienübertrag

Weder nach schweizerischem Recht noch aufgrund der Statuten bestehen irgendwelche Beschränkungen bezüglich des Besitzes von Aktien der Gruppe.

Jede Aktie berechtigt grundsätzlich zu einer Stimme an der Generalversammlung. Die von der Gruppe gehaltenen Aktien verfügen hingegen über kein Stimmrecht. Ein Aktionär kann jedoch direkt oder indirekt für eigene und vertretene Aktien zusammen nur das Stimmrecht von höchstens 2% des ausstehenden Aktienkapitals ausüben, ausser eine der nachfolgenden Ausnahmen findet Anwendung:

- auf die Ausübung des Stimmrechts durch den von der Gruppe bezeichneten Organvertreter, durch den von der Gruppe bezeichneten unabhängigen Stimmrechtsvertreter sowie durch Depotvertreter;
- auf Aktien, für welche der Aktionär gegenüber der Gruppe bestätigt, dass er oder sie diese Aktien im eigenen Namen und für eigene Rechnung erworben hat, und für welche die Meldepflicht gemäss BEHG und den anwendbaren Verordnungen und Richtlinien erfüllt wurde; oder
- auf Aktien, welche auf den Namen eines Nominee eingetragen sind, sofern der Nominee gegenüber der Gruppe die Namen, Adressen und Aktienbestände derjenigen Personen auf Anfrage bekannt gibt, für deren Rechnung er 0,5% oder mehr des jeweils ausstehenden Aktienkapitals hält, und bestätigt, dass die Meldepflicht gemäss BEHG erfüllt wurde.

Um das Stimmrecht ausüben zu können, müssen Aktien direkt oder via einen Nominee im Aktienregister eingetragen sein. Um seine Aktien ins Aktienregister eintragen zu lassen, muss der Erwerber ein Eintragungsgesuch einreichen. Die Eintragung von Aktien ins Aktienregister kann jederzeit verlangt werden. Ohne Eintrag in das Aktienregister kann der Erwerber weder an der Generalversammlung teilnehmen noch das Stimmrecht ausüben. Unabhängig vom Eintrag im Aktienregister erhält jeder Aktionär eine Dividende oder eine Ausschüttung in einer anderen Form, wie sie von der Generalversammlung genehmigt wurde. Die Übertragung von Aktien erfolgt durch einen entsprechenden Eintrag im Wertschriftenbuchungssystem einer Bank oder Depotstelle im Anschluss an eine Zession durch den Veräusserer und durch Anzeige an uns durch den Veräusserer, die Bank oder die Depotstelle.

Generalversammlung

Gemäss schweizerischem Recht muss die Generalversammlung innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres stattfinden. Die Einberufung einer Generalversammlung, einschliesslich der Tagesordnung und der Anträge des Verwaltungsrats und allfälliger Anträge von Aktio-

nären, erfolgt durch Veröffentlichung im «Schweizerischen Handelsamtsblatt» mindestens 20 Tage vor der Generalversammlung.

An der Generalversammlung stimmberechtigt sind alle Aktien, die spätestens drei Tage vor der Generalversammlung mit Stimmrecht im Aktienregister eingetragen sind.

Einberufung der Generalversammlung

Die ordentliche Generalversammlung wird durch den Verwaltungsrat oder, im Ausnahmefall, durch die Revisionsgesellschaft mindestens 20 Tage vor dem Versammlungstag einberufen. Der Verwaltungsrat ist darüber hinaus verpflichtet, eine ausserordentliche Generalversammlung einzuberufen, wenn dies an einer Generalversammlung beschlossen wurde oder wenn Aktionäre, die zusammen mindestens 10% des Aktienkapitals vertreten, es verlangen. Die Forderung nach Einberufung einer ausserordentlichen Generalversammlung muss schriftlich zuhanden des Verwaltungsrats unter gleichzeitiger Hinterlegung von mindestens 10% des Aktienkapitals der Gruppe erfolgen. Die Aktien sind bis am Tag nach der ausserordentlichen Generalversammlung zu hinterlegen.

Traktandierungsbegehren

Aktionäre, die zusammen Aktien mit einem Nennwert von mindestens CHF 40 000 halten, haben das Recht, ein Begehren um Traktandierung eines Verhandlungsgegenstands an der Generalversammlung zu stellen. Ein Traktandierungsbegehren und die entsprechenden Anträge sind dem Verwaltungsrat spätestens 45 Tage vor der Generalversammlung unter gleichzeitiger Hinterlegung von Aktien der Gruppe im Nennwert von mindestens CHF 40 000 einzureichen. Die Aktien sind bis am Tag nach der Generalversammlung zu hinterlegen.

Beschlussfassung

Die Generalversammlung ist grundsätzlich ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Aktionäre oder der vertretenen Aktien beschlussfähig. Die Generalversammlung fasst ihre Beschlüsse und vollzieht ihre Wahlen, soweit nicht zwingendes Recht oder anderslautende Bestimmungen der Statuten entgegenstehen, mit der absoluten Mehrheit der vertretenen Aktienstimmen.

Beschlüsse der Generalversammlung, die mit der absoluten Mehrheit der vertretenen Aktienstimmen gefällt werden können, sind:

- Statutenänderungen, vorbehältlich spezieller Quorumsvorschriften;
- die Wahl von Verwaltungsratsmitgliedern und der Revisionsgesellschaft;

- die Genehmigung des Jahresberichts sowie des statutarischen und konsolidierten Abschlusses;
- Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung; und
- die Gewinnverwendung.

Die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der vertretenen Aktienstimmen sind erforderlich für Beschlüsse über:

- die Änderung des Gesellschaftszwecks;
- die Einführung von Stimmrechtsaktien;
- die Beschränkung der Übertragbarkeit von Namenaktien;
- eine genehmigte oder eine bedingte Kapitalerhöhung;
- die Kapitalerhöhung aus Eigenkapital, gegen Sacheinlage oder zwecks Sachübernahme und die Gewährung von besonderen Vorteilen;
- die Einschränkung oder Aufhebung des Bezugsrechts;
- die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft; und
- die Auflösung der Gesellschaft ohne Liquidation.

Die Vertretung von mindestens der Hälfte des gesamten Aktienkapitals und die Zustimmung von mindestens drei Vierteln der vertretenen Stimmen sind erforderlich für Beschlüsse über:

- die Umwandlung von Namenaktien in Inhaberaktien;
- die Änderung der Statuten bezüglich der Eintragung und der Stimmberechtigung der Nominees; und
- die Auflösung der Gesellschaft.

Die Vertretung von mindestens der Hälfte des gesamten Aktienkapitals und die Zustimmung von mindestens sieben Achteln der abgegebenen Stimmen sind erforderlich für Statutenänderungen bezüglich Stimmrecht.

«Say on pay»-Abstimmung

In Übereinstimmung mit dem Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance legt die Gruppe an der Generalversammlung den Aktionären ihren Vergütungsbericht (zu finden im Abschnitt *Corporate Governance und Vergütung* des Geschäftsberichts) zu einer konsultativen Abstimmung vor.

Bezugsrecht

Nach schweizerischem Recht bedarf jede Ausgabe von Aktien, sei es gegen Entgelt in bar oder in anderer Form oder ohne Entgelt, der vorherigen Zustimmung durch die Generalversammlung. Die Aktionäre einer Schweizer Aktiengesellschaft besitzen für die Zeichnung neu ausgegebener Aktien ein Bezugsrecht im Verhältnis des Nennwerts der von ihnen gehaltenen Aktien (Art. 652b Abs. 1 OR). Das Bezugsrecht

kann jedoch aus wichtigen Gründen durch einen mit einem qualifizierten Mehr gefassten Beschluss der Generalversammlung eingeschränkt oder aufgehoben werden (Art. 652b Abs. 2 OR).

Mitteilungen

Mitteilungen an die Aktionäre erfolgen durch Veröffentlichung im «Schweizerischen Handelsamtsblatt». Der Verwaltungsrat kann weitere Kommunikationsmittel für die Veröffentlichung von Mitteilungen an die Aktionäre bestimmen. Mitteilungen, die gemäss Kotierungsreglement der SIX vorgeschrieben sind, werden entweder in zwei Schweizer Tageszeitungen in deutscher und französischer Sprache veröffentlicht und der SIX zugestellt, oder sie werden der SIX in anderer Weise gemäss geltendem Kotierungsreglement zugestellt. Die SIX kann die entsprechenden Informationen weiterverbreiten.

Verwaltungsrat

Mitgliedschaft und Anforderungsprofil

Die Statuten bestimmen, dass der Verwaltungsrat aus mindestens sieben Mitgliedern besteht. Gegenwärtig setzt sich der Verwaltungsrat aus 15 Mitgliedern zusammen. Grundsätzlich soll der Verwaltungsrat genügend gross sein, um seine ständigen Kommissionen mit qualifizierten Mitgliedern besetzen zu können. Gleichzeitig soll er jedoch klein genug sein, um zielgerichtete, rasche Entscheidungsprozesse zu ermöglichen. Die Mitglieder des Verwaltungsrats werden jeweils einzeln für eine Dauer von drei Jahren gewählt. Eine Wiederwahl ist möglich. Die Statuten sehen keine gestaffelte Erneuerung des Verwaltungsrats vor. Als Amtsjahr gilt die Zeitdauer von einer Generalversammlung bis zum Schluss der nächsten Generalversammlung. Gemäss unserem OGR müssen Verwaltungsratsmitglieder aus dem Verwaltungsrat zurücktreten, wenn sie 70 Jahre alt sind oder nachdem sie ihr Mandat insgesamt 15 Jahre ausgeübt haben. Unter bestimmten Umständen kann der Verwaltungsrat ein Mitglied trotz Erreichens der Altersbeziehungsweise Amtszeitbegrenzung für maximal drei weitere Jahre zur Wahl vorschlagen.

Der Verwaltungsrat verfügt über vier Kommissionen: das Chairman's and Governance Committee, das Audit Committee, das Compensation Committee und das Risk Committee. Die Kommissionsmitglieder werden vom Verwaltungsrat für jeweils ein Jahr gewählt. Die nachstehende Tabelle bietet eine Übersicht über die Mitglieder des Verwaltungsrats und seiner Kommissionen. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats der Credit Suisse AG ist mit derjenigen des Verwaltungsrats der Credit Suisse Group AG identisch.

Mitglieder des Verwaltungsrats und seiner Kommissionen

	Verwaltungs- ratsmitglied seit	Ende der laufenden Amts- periode	Unabhängigkeit	Chairman's and Governance Committee	Audit Committee	Compensation Committee	Risk Committee
31. Dezember 2012							
Urs Rohner, Präsident	2009	2015	Unabhängig	Vorsitzender	–	–	–
Peter Brabeck-Letmathe, Vize-Präsident	1997	2014	Unabhängig	Mitglied	–	–	–
Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani	2010	2013	Nicht unabhängig	–	–	–	–
Robert H. Benmosche	2010	2013	Unabhängig	–	–	Mitglied	–
Iris Bohnet	2012	2015	Unabhängig	–	–	Mitglied	–
Noreen Doyle	2004	2013	Unabhängig	–	–	–	Mitglied
Jean-Daniel Gerber	2012	2015	Unabhängig	–	Mitglied	–	–
Walter B. Kielholz	1999	2014	Unabhängig	Mitglied	–	Mitglied	–
Andreas N. Koopmann	2009	2015	Unabhängig	–	–	–	Mitglied
Jean Lanier	2005	2014	Unabhängig	–	Mitglied	Mitglied	–
Anton van Rossum	2005	2014	Unabhängig	–	–	–	Mitglied
Aziz R.D. Syriani	1998	2013	Unabhängig	Mitglied	–	Vorsitzender	–
David W. Syz	2004	2013	Unabhängig	–	Mitglied	–	–
Richard E. Thornburgh	2006	2015	Unabhängig	Mitglied	Mitglied	–	Vorsitzender
John Tiner	2009	2015	Unabhängig	Mitglied	Vorsitzender	–	Mitglied

Der Verwaltungsrat schlägt an der Generalversammlung vom 26. April 2013 den folgenden Kandidaten neu zur Wahl in den Verwaltungsrat vor: Kai S. Nargolwala, Mitglied des Verwaltungsrats und Lead Independent Director von Singapore Telecommunications Ltd. sowie ehemaliges Geschäftsleitungsmitglied der Credit Suisse und CEO der Region Credit Suisse Asien-Pazifik. Der Verwaltungsrat schlägt zudem Noreen Doyle und Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani zur Wiederwahl vor. Robert H. Benmosche, Aziz R.D. Syriani und David W. Syz treten an der Generalversammlung im April 2013 altershalber aus dem Verwaltungsrat zurück.

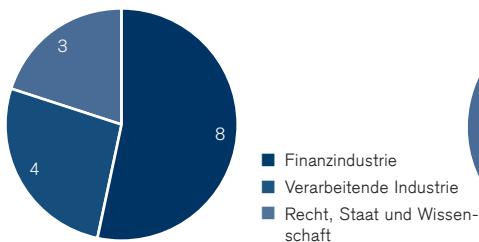
Zusammensetzung des Verwaltungsrats

Das Chairman's and Governance Committee begutachtet regelmässig die Zusammensetzung des Verwaltungsrats als Ganzes und plant die Besetzung von Kommissionenfunktionen. Das Chairman's and Governance Committee rekrutiert und evaluiert Kandidaten für ein Verwaltungsmandat. Es kann zur Identifikation und Rekrutierung neuer Kandidaten für den Verwaltungsrat externe Berater herbeiziehen. In seiner Beurteilung berücksichtigt das Chairman's and Governance Com-

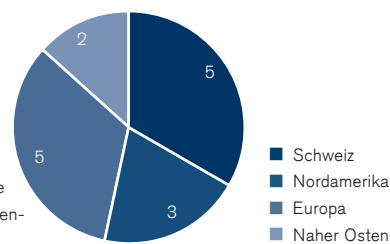
mittee die Fähigkeiten und Persönlichkeitsmerkmale der einzelnen Kandidaten sowie die Zusammensetzung des Verwaltungsrats insgesamt. Im Hinblick auf die konkreten Bedürfnisse des Verwaltungsrats zur Erfüllung seiner Aufgaben berücksichtigt das Chairman's and Governance Committee unter anderem die Unabhängigkeit, die Diversität, das Alter, die Ausbildung und die Managementenerfahrung. Das Chairman's and Governance Committee bezieht auch andere Aktivitäten und Verpflichtungen eines Kandidaten in seine Beurteilung ein, um sicherzustellen, dass er über genügend zeitliche Kapazität für die Ausübung eines Verwaltungsmandats in der Gruppe verfügt. Hintergrund, Kompetenz und Erfahrung unserer Verwaltungsratsmitglieder sind vielfältig und breit abgestützt und beruhen unter anderem auf Positionen im obersten Management von Finanzdienstleistungs- und Industrieunternehmen in und ausserhalb der Schweiz oder auf Führungspositionen in Regierungsorganisationen, der Wissenschaft und internationalen Organisationen. Unserem Verwaltungsrat gehören Personen mit unterschiedlicher Erfahrung, geografischer Herkunft und Amtsdauer an.

Zusammensetzung des Verwaltungsrats

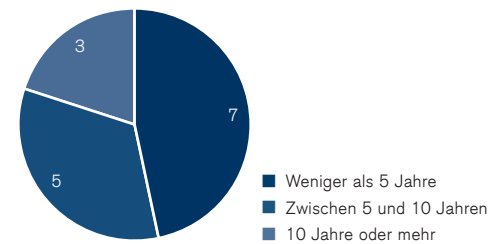
Erfahrung nach Industrien



Geografische Herkunft



Amtszeit



Um auch in Zukunft einen unabhängigen und diversen Verwaltungsrat zu gewährleisten, verfügen wir über einen Nachfolgeplanungsprozess, der frühzeitig potenzielle Kandidaten für den Verwaltungsrat identifiziert. Neben formalen Kriterien, die sich nach den gesetzlichen und regulatorischen Vorschriften richten, sind nach unserer Überzeugung auch andere Aspekte wie Teamdynamik und persönliche Reputation der einzelnen Mitglieder für einen gut funktionierenden Verwaltungsrat entscheidend. Aus diesem Grund legen wir grösstes Gewicht auf die richtige Zusammensetzung von Persönlichkeiten, die ihre spezifischen Fähigkeiten und Erfahrungen in den Verwaltungsrat einbringen können.

Neue Verwaltungsratsmitglieder

Jedes neu gewählte Mitglied wird im Rahmen eines Einführungsprogramms mit der Organisationsstruktur und der Strategie der Gruppe, dem Finanz- und Rechnungswesen, dem Risikomanagement und anderen wichtigen Materien vertraut gemacht. Die konkrete Ausgestaltung des Einführungsprogramms hängt von den persönlichen Erfahrungen und Kenntnissen des Betroffenen ab und berücksichtigt insbesondere auch die Anforderungen für die Kommissionstätigkeit, für welche das neue Verwaltungsratsmitglied vorgesehen ist. Die Mitglieder des Verwaltungsrats werden aufgefordert, sich laufend selbstständig weiterzubilden. Ferner treffen der Verwaltungsrat und die Kommissionen des Verwaltungsrats regelmässig Spezialisten, um das Verständnis der Mitglieder für Themen zu fördern, die für unser Geschäft von Bedeutung sind.

Sitzungen

Während des Geschäftsjahrs 2012 traf sich der Verwaltungsrat zu sechs ganztägigen Sitzungen sowie sieben weiteren Sitzungen (Telefonkonferenzen). Zudem hielt der Verwaltungsrat eine zweitägige Strategiesitzung ab.

Es wird erwartet, dass die Mitglieder des Verwaltungsrats vor den Sitzungen ausreichend Zeit aufwenden, um sich für die Sitzung vorzubereiten. Für gewöhnlich beruft der Präsident eine Sitzung unter Wahrung einer angemessenen Frist ein. Er erstellt für jede Sitzung eine Tagesordnung. Darüber hinaus hat jedes Mitglied des Verwaltungsrats das Recht, eine ausserordentliche Sitzung einzuberufen. Es liegt im Ermessen des Präsidenten, Vertreter der Geschäftsleitung oder andere Personen zu den Sitzungen einzuladen. In der Regel nehmen die Mitglieder der Geschäftsleitung an den Verwaltungsratssitzungen teil, um nebst anderem auch eine effiziente Kommunikation mit dem Verwaltungsrat zu gewährleisten. Ein Teil der Sitzung findet jeweils unter Ausschluss des Managements statt. Über die Verhandlungen und die Beschlüsse des Verwaltungsrats wird ein Protokoll geführt.

Sitzungsteilnahme

	Verwaltungs- rat	Chairman's and Governance Committee	Audit Committee	Compensation Committee	Risk Committee
im Jahr 2012					
Gesamtzahl der abgehaltenen Sitzungen	11	12	11	10	6
Anzahl Mitglieder, die an keiner Sitzung fehlten	11	2	6	4	3
Anzahl Mitglieder, die an einer Sitzung fehlten	3	2	0	1	1
Anzahl Mitglieder, die an zwei oder mehr Sitzungen fehlten	2	2	0	0	1
Sitzungsteilnahme, in %	95	92	100	98	90

Sitzungsteilnahme

Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind gehalten, an allen Sitzungen des Verwaltungsrats und der Kommissionen, denen sie angehören, teilzunehmen. Der Präsident des Verwaltungsrats und der Vize-Präsident können an ausgewählten Kommissionssitzungen als Gäste ohne Stimmrecht teilnehmen. Die Teilnahmestatistik zu den Verwaltungsrats- und Kommissionssitzungen geht aus der Tabelle «Sitzungsteilnahme» hervor.

Unabhängigkeit

Der Verwaltungsrat besteht ausschliesslich aus Mitgliedern, die nicht mit Geschäftsleitungsaufgaben innerhalb der Gruppe betraut sind. Per 31. Dezember 2012 wurden vom Verwaltungsrat mit Ausnahme von Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani alle Mitglieder des Verwaltungsrats für unabhängig erklärt. Der Verwaltungsrat bestimmt die Unabhängigkeit seiner Mitglieder nach eigenem Ermessen unter Berücksichtigung der in den Corporate Governance Guidelines, im OGR und in den Kommissionsreglementen festgelegten Kriterien sowie des anwendbaren Rechts und der Kotierungsanforderungen. Die Unabhängigkeitsstandards der Gruppe werden zudem regelmässig auf ihre Angemessenheit im Vergleich mit internationalen Best-Practice-Entwicklungen überprüft.

Das Chairman's and Governance Committee prüft jährlich die Unabhängigkeit jedes Verwaltungsratsmitglieds und berichtet dem Verwaltungsrat über seine Schlussfolgerungen. Unsere Unabhängigkeitskriterien stimmen mit denjenigen des Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance sowie der NYSE und Nasdaq überein. Im Allgemeinen gilt ein Verwaltungsratsmitglied dann als unabhängig, wenn es:

- nicht der Geschäftsleitung der Gruppe oder einer ihrer Tochtergesellschaften angehört oder in den drei vorangegangenen Jahren angehört hat;
- weder Mitarbeiter noch Partner unserer Revisionsgesellschaft ist oder in den drei vorausgegangenen Jahren war; und

- keine wesentliche direkte oder indirekte Geschäftsbeziehung mit der Gruppe oder einer ihrer Tochtergesellschaften unterhält.

Bei der Beurteilung, ob zwischen einem Verwaltungsratsmitglied und der Gruppe eine wesentliche Geschäftsbeziehung vorliegt, berücksichtigt das Chairman's and Governance Committee insbesondere folgende Faktoren:

- Volumen und Umfang der Transaktionen im Verhältnis zur finanziellen Situation und zur Bonität des entsprechenden Verwaltungsratsmitglieds oder Unternehmens, in dem das Verwaltungsratsmitglied Partner oder Geschäftsleitungsmitglied ist oder an dem die betreffende Person eine massgebliche Beteiligung hält;
- die auf eine solche Transaktion anwendbaren Geschäftsbedingungen im Vergleich zu den Bedingungen, wie sie für Transaktionen mit Gegenparteien von vergleichbarer Bonität gelten;
- ob die Transaktionen die gleichen internen Genehmigungsprozesse durchlaufen wie Transaktionen mit anderen Gegenparteien;
- ob die Transaktionen im Rahmen der ordentlichen Geschäftstätigkeit liegen; und
- ob die Transaktionen auf eine Art und Weise strukturiert sind und Bedingungen unterliegen, wie sie ohne weiteres für eine andere Gegenpartei Anwendung fänden.

Als nicht unabhängig gilt zudem ein Verwaltungsratsmitglied, das bei einer Gesellschaft angestellt ist, in deren Entschädigungsausschuss eines unserer Geschäftsleitungsmitglieder Einsitz hat oder während der letzten drei Jahre hatte. Verwaltungsräte mit nahen Familienmitgliedern, die nicht als unabhängig zu qualifizieren sind, gelten ebenfalls nicht als unabhängig. Die Amtsdauer eines Verwaltungsratsmitglieds bildet gemäss unseren Standards hingegen kein Kriterium für dessen Unabhängigkeit. Der Status als bedeutender Aktionär gilt

ebenfalls nicht als Unabhängigkeitskriterium, es sei denn, die Beteiligung beträgt über 10% des Aktienkapitals der Gruppe.

Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani wurde aufgrund des Umfangs der zahlreichen Geschäftsbeziehungen zwischen der Gruppe und der Qatar Investment Authority (QIA), einer staatlichen Gesellschaft mit engen Beziehungen zur Familie Al Thani, sowie zwischen der Gruppe und der Familie Al Thani für nicht unabhängig erklärt. Diese Geschäftsbeziehungen könnten nach Auffassung des Verwaltungsrats als bedeutende Geschäftsbeziehung im oben genannten Sinn qualifiziert werden. Der Präsident des Verwaltungsrats Urs Rohner gilt seit der Generalversammlung im April 2012 als unabhängig. Zuvor wurde er seit seiner Wahl in den Verwaltungsrat an der ordentlichen Generalversammlung im April 2009 aufgrund seiner früheren Tätigkeit als Mitglied der Geschäftsleitung für nicht unabhängig erklärt. Wie oben ausgeführt dürfen Mitglieder des Verwaltungsrats in den drei Jahren vor ihrer Ernennung nicht der Geschäftsleitung der Gruppe oder einer ihrer Tochtergesellschaften angehört haben.

Präsident des Verwaltungsrats

Der Präsident des Verwaltungsrats erfüllt seine Funktion im Vollamt. Er koordiniert die Arbeit des Verwaltungsrats, arbeitet mit den Kommissionsvorsitzenden bei der Koordination der Aufgaben der Kommissionen zusammen und stellt einen angemessenen Informationsfluss unter den einzelnen Mitgliedern sicher, damit diese ihre Verantwortung ordnungsgemäss wahrnehmen können. Der Verwaltungsratspräsident bestimmt Geschäftsordnung und wichtige Schlüsselthemen des Verwaltungsrats, insbesondere betreffend die strategische Entwicklung der Gruppe, Nachfolgeplanung, Struktur und Organisation der Gruppe sowie Vergütung und Vergütungssystem, einschliesslich der Leistungsbeurteilung und Vergütung des CEO und der Geschäftsleitung. Er führt den Vorsitz im Verwaltungsrat, im Chairman's and Governance Committee und an den Generalversammlungen, leitet die Entwicklung der Corporate Governance der Gruppe und vertritt aktiv die Gruppe gegenüber wichtigen Aktionären, Investoren, Aufsichtsbehörden, Branchenvereinigungen und anderen Anspruchsgruppen. Der Präsident des Verwaltungsrats übt keine exekutiven Geschäftsführungsaufgaben aus. Mit Ausnahme des Chairman's and Governance Committee gehört der Präsident keiner Verwaltungsratskommission an. Allerdings kann er als Gast ohne Stimmrecht an ausgewählten Kommissionssitzungen teilnehmen.

Gewaltentrennung

Im Einklang mit dem schweizerischen Bankengesetz operiert die Gruppe mit einer doppelten Führungsstruktur. Strikte getrennt sind demnach die Aufgaben der Gesamtleitung, Auf-

sicht und Kontrolle, die in die Zuständigkeit des Verwaltungsrats fallen, und die Aufgaben der Geschäftsführung, für welche die Geschäftsleitung zuständig ist. Die Aufgaben des Verwaltungsratspräsidenten und des CEO werden von zwei verschiedenen Personen wahrgenommen.

Pflichten des Verwaltungsrats

In Übereinstimmung mit dem OGR delegiert der Verwaltungsrat die operative Leitung der Gesellschaft sowie die Vorbereitung und die Umsetzung der Beschlüsse des Verwaltungsrats und seiner Kommissionen an bestimmte Geschäftsleitungsgremien oder einzelne Geschäftsleitungsmitglieder, soweit dies durch das Gesetz, im Besonderen Art. 716a und 716b des Schweizerischen Obligationenrechts, und die Statuten erlaubt ist.

Dem Verwaltungsrat obliegt die Gesamtleitung, die Aufsicht und Kontrolle der Gruppe. Er prüft regelmässig das Konkurrenzumfeld und genehmigt die Strategie- und Finanzpläne. An jeder ordentlichen Sitzung wird dem Verwaltungsrat über die finanzielle Entwicklung, die Kapitalisierung, Finanzierungs- und Liquiditätslage der Gruppe Bericht erstattet. Zusätzlich erhält der Verwaltungsrat monatlich Unterlagen, worin die Entwicklung der finanziellen Lage der Gruppe im Detail dargestellt wird. Ferner erhält er vierteljährliche Berichte über die Risikoeentwicklung und verschiedene Zukunftsszenarien. Schliesslich informiert die Geschäftsleitung den Verwaltungsrat regelmässig über andere wichtige Angelegenheiten und besondere Vorkommnisse. Zwecks angemessener Erfüllung ihrer Verantwortlichkeit haben Verwaltungsratsmitglieder Zugang zu sämtlichen die Gruppe betreffenden Informationen.

Der Verwaltungsrat prüft und beschliesst bedeutende Veränderungen in der Organisation der Gruppe und genehmigt bedeutende Akquisitionen, Verkäufe und Investitionsvorhaben. Der Verwaltungsrat und seine Kommissionen sind jederzeit berechtigt, auf Kosten der Gesellschaft externe Berater zu Themen in ihren Aufgabengebieten beizuziehen.

Beurteilung des Verwaltungsrats

Einmal jährlich führt der Verwaltungsrat eine Selbstbeurteilung durch. Dabei vergleicht er seine eigene Leistung mit dem in seinem Reglement festgelegten Mandat und den besonderen Jahreszielen und die nächsten Jahresziele, Schwerpunktthemen sowie einen Arbeitsplan für das kommende Jahr fest. Der Präsident nimmt an der Diskussion über seine eigene Leistung nicht an der Sitzung teil. Im Rahmen der Selbstbeurteilung bewertet der Verwaltungsrat auch seine Effektivität in Bezug auf Struktur und Zusammensetzung des Verwaltungsrats, Kommunikation und Berichterstattung, Qualität der Diskussion und des Entscheidungsfindungsprozesses. Der Verwaltungsrat kann im Rahmen der Selbstbeurteilung auch externe Berater beiziehen.

Kommissionen des Verwaltungsrats

Anlässlich jeder Sitzung des Verwaltungsrats berichten die Vorsitzenden der Kommissionen über die Aktivitäten ihrer jeweiligen Kommissionen. Zusätzlich können die Mitglieder des Verwaltungsrats jederzeit die Protokolle einschliesslich der dazugehörigen Sitzungsunterlagen der Kommissionen einsehen.

Chairman's and Governance Committee

Dem Chairman's and Governance Committee gehören der Präsident des Verwaltungsrats, der Vize-Präsident, die Präsidenten der Kommissionen des Verwaltungsrats sowie allfällige weitere vom Verwaltungsrat bestimmte Mitglieder an. Es kann auch nicht unabhängige Verwaltungsratsmitglieder umfassen. Unserem Chairman's and Governance Committee gehören sechs Mitglieder an, die alle unabhängig sind.

Das Chairman's and Governance Committee verfügt über ein eigenes, vom Verwaltungsrat genehmigtes Reglement. Die Sitzungen, an denen auch regelmässig der CEO teilnimmt, finden in der Regel einmal monatlich statt. Bei Bedarf werden weitere Mitglieder der Geschäftsleitung oder Fachspezialisten zu den Sitzungen eingeladen.

Das Chairman's and Governance Committee berät den Verwaltungsratspräsidenten und unterstützt ihn in der Vorbereitung der Verwaltungsratssitzungen. Ferner hat das Chairman's and Governance Committee die Aufgabe, Corporate-Governance-Standards zu erlassen und sie dem Verwaltungsrat zur Genehmigung zu unterbreiten. Das Chairman's and Governance Committee beurteilt jährlich die Unabhängigkeit der Verwaltungsratsmitglieder und präsentiert seine Einschätzung dem Verwaltungsrat zur abschliessenden Beurteilung. Das Chairman's and Governance Committee ist zudem verantwortlich für die Evaluation, Rekrutierung und Nominierung neuer Verwaltungsratsmitglieder unter Berücksichtigung des geltenden internen Anforderungsprofils sowie der anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen und Richtlinien.

Zudem sorgt das Chairman's and Governance Committee für die jährlich durch den Verwaltungsrat vorzunehmende Leistungsbeurteilung des Verwaltungsratspräsidenten, des CEO sowie der Mitglieder der Geschäftsleitung. Das Chairman's and Governance Committee schlägt dem Verwaltungsrat die Ernennung, die Entlassung oder den Ersatz von Geschäftsleitungsmitgliedern vor. Es berät ausserdem mit dem Präsidenten und dem CEO die Nachfolgeplanung bezüglich wichtiger Funktionen in der Gruppe und macht Vorschläge zur Besetzung dieser Positionen.

Das Chairman's and Governance Committee führt einmal jährlich eine Selbstbeurteilung durch, bei der es seine eigene Leistung mit den in den Statuten festgelegten Verpflichtungen

und den Zielen der Kommission vergleicht, und legt allfällige Schwerpunktthemen für das kommende Jahr fest.

Audit Committee

Das Audit Committee besteht aus mindestens drei Mitgliedern, die allesamt unabhängig sein müssen. Der Vorsitzende des Risk Committee wird in der Regel als Mitglied des Audit Committee ernannt. Unser Audit Committee besteht derzeit aus fünf Mitgliedern.

Das Audit Committee verfügt über ein eigenes, vom Verwaltungsrat genehmigtes Reglement. Die Mitglieder des Audit Committee unterliegen neben den für Verwaltungsratsmitglieder geltenden Unabhängigkeitserfordernissen weiteren Unabhängigkeitserfordernissen. So darf ein Mitglied des Audit Committee weder eine mit der Gruppe verbundene Person sein, noch darf es, abgesehen von der Entschädigung für seine Verwaltungsrats- und Kommissionstätigkeit, weder direkt noch indirekt, anderweitige Entschädigungen für Beratungen oder Dienstleistungen von der Credit Suisse empfangen. In Übereinstimmung mit dem Reglement müssen zudem alle Mitglieder des Audit Committee über vertiefte Kenntnisse im Finanz- und Rechnungswesen verfügen. Darüber hinaus sollen sie nicht Mitglieder des Audit Committee von mehr als zwei weiteren Gesellschaften sein, ausser der Verwaltungsrat befindet, dass dies eine Mitgliedschaft im Audit Committee der Credit Suisse nicht beeinträchtigt.

Des Weiteren verlangt die US Securities and Exchange Commission, dass das Unternehmen offenlegt, ob eines oder mehrere Mitglieder des Audit Committee als sogenannte «Financial Experts» im Sinne von SOX gelten. Der Verwaltungsrat hat John Tiner, Vorsitzender des Audit Committee, als «Financial Expert» bezeichnet.

Das Audit Committee trifft sich mindestens vierteljährlich vor der Veröffentlichung der Quartalsergebnisse der Gruppe zu Sitzungen. Darüber hinaus finden während des Jahres zusätzliche Sitzungen oder Workshops statt. An den Sitzungen nehmen je nach Geschäftsordnung Vertreter der Geschäftsleitung, der Leiter der Internen Revision sowie Vertreter der externen Revisionsgesellschaft teil. Den internen und externen Revisoren wird regelmässig die Möglichkeit geboten, Themen mit dem Audit Committee ohne Beisein von Managementvertretern zu diskutieren. Der Leiter der Internen Revision ist direkt dem Vorsitzenden des Audit Committee unterstellt.

Das Audit Committee ist vor allem für die folgenden Aufgaben verantwortlich:

- die Überwachung und Beurteilung der Integrität der Abschlüsse und der externen Darstellung der finanziellen Situation sowie der operativen Resultate und des Cashflows der Gruppe;

- die Prüfung der Angemessenheit der Prozesse bezüglich Finanzbuchhaltung und -berichterstattung sowie der Effizienz der internen Kontrollen in der Rechnungslegung;
- die Prüfung der Prozesse zur Sicherstellung der Einhaltung der wesentlichen rechtlichen und regulatorischen Anforderungen durch die Gruppe, einschliesslich Kontrolle der Offenlegungen und der entsprechenden Verfahren;
- die Prüfung der Angemessenheit der Steuerung von operationellen Risiken in Zusammenarbeit mit dem Risk Committee, einschliesslich der Beurteilung der Effizienz von internen Kontrollen, die über den Rechnungslegungsbe reich hinausgehen;
- die Prüfung des angemessenen Umgangs mit Reputationsrisiken in Zusammenarbeit mit dem Risk Committee; und
- die Beurteilung der Qualifikation, der Unabhängigkeit und der Leistung der internen und der externen Revisoren.

Das Audit Committee wird regelmässig über bedeutende Projekte zur Verbesserung der Schlüsselprozesse orientiert und erhält zudem regelmässig Berichte über die wichtigsten Rechtsfälle, Compliance-Vorfälle und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten. Das Audit Committee beaufsichtigt die Arbeit der externen Revisionsgesellschaft und genehmigt die Beauftragung und Entschädigung für alle Aufgaben innerhalb und ausserhalb des eigentlichen Revisionsmandats. In diesem Zusammenhang hat die Kommission ein Reglement erlassen, das die Unabhängigkeit der externen Revisionsgesellschaft wahren soll. Das Reglement beschränkt die Kategorien von Aufgaben, mit welchen die Gruppe die Revisionsgesellschaft im Zusammenhang mit Revisionen betrauen darf, auf eigentliche Revisionsstätigkeiten und bestimmte Arten von Dienstleistungen ausserhalb des Revisionsmandats, insbesondere revisionsnahe Dienstleistungen, Dienstleistungen im Steuerbereich oder übrige Dienstleistungen, soweit sie vom Audit Committee im Voraus bewilligt wurden. Alle weiteren Mandate müssen vom Audit Committee einzeln bewilligt werden. Die externe Revisionsgesellschaft muss dem Audit Committee regelmässig über den Umfang der ihr erteilten Mandate und der damit verbundenen Honorare berichten. Weiter hat das Audit Committee spezielle Regeln erstellt, welche die Prozesse für die Behandlung von Hinweisen betreffend Probleme im Bereich Rechnungslegung, interne Kontrolle oder Revisionsangelegenheiten regeln, einschliesslich der Bereitstellung einer Hotline, über welche Beschwerden vertraulich und anonym deponiert werden können. Das Audit Committee führt jährlich eine Selbstbeurteilung durch, anlässlich welcher es seine eigene Leistung im abgelaufenen Jahr kritisch hinterfragt sowie die Zielsetzungen, einschliesslich allfälliger Schwerpunktthemen, und einen Arbeitsplan für das kommende Jahr verabschiedet.

Compensation Committee

Das Compensation Committee besteht aus mindestens drei Mitgliedern, die allesamt unabhängig sein müssen. Unser Compensation Committee besteht derzeit aus vier Mitgliedern.

Die Kommission verfügt über ein eigenes, vom Verwaltungsrat genehmigtes Reglement. Reglementgemäss finden mindestens vier Sitzungen im Jahr statt. Zusätzliche Sitzungen können jederzeit einberufen werden. Die Aufgaben und Pflichten des Compensation Committee umfassen die Überarbeitung der Vergütungspraxis der Gruppe sowie neuer beziehungsweise revidierter Vergütungsprogramme zuhanden des Gesamtverwaltungsrats. Weiter gehören dazu die Überprüfung der Leistungen der Geschäftsbereiche und der betreffenden Managementteams sowie die Festlegung und/oder Empfehlung der gesamthaft zu entrichtenden variablen Vergütung, der Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats, der Geschäftsleitung sowie des Leiters der Internen Revision und bestimmter anderer Mitglieder der Direktion zwecks Genehmigung durch den Verwaltungsrat. Bei Bedarf nehmen Vertreter der Geschäftsleitung und Spezialisten teil.

Das Compensation Committee wird in seiner Arbeit von einem externen Anwalt (Peter Nobel, Nobel & Hug) sowie einem unabhängigen Beratungsunternehmen (Johnson Associates, Inc.) unterstützt. Die von Johnson Associates, Inc. erbrachten Dienstleistungen beschränken sich ausschliesslich auf die Unterstützung des Compensation Committee. Das Compensation Committee erteilte im Jahr 2012 der Schweizer Consultingfirma Fehr Advice & Partners AG einen Beratungsauftrag hinsichtlich der Vergütung der Geschäftsleitung. Das Compensation Committee setzt sich einmal jährlich kritisch mit seiner eigenen Leistung auseinander und legt die Ziele sowie allfällige Schwerpunktthemen für das kommende Jahr fest.

- ▶ [Siehe «Prozesse bezüglich Festlegung der Vergütung» in Vergütung für Informationen zur Vergütungspolitik der Credit Suisse Group AG.](#)

Risk Committee

Das Risk Committee besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Es kann auch nicht unabhängige Mitglieder umfassen. Der Vorsitzende des Audit Committee wird in der Regel als Mitglied des Risk Committee ernannt. Unser Risk Committee besteht derzeit aus fünf Mitgliedern, die alle unabhängig sind.

Das Risk Committee verfügt über ein eigenes, vom Verwaltungsrat genehmigtes Reglement und trifft sich in der Regel viermal pro Jahr. Zusätzliche Sitzungen können jederzeit einberufen werden. Bei Bedarf werden Vertreter des Managements zu den Sitzungen eingeladen.

Die Hauptaufgabe des Risk Committee ist die Unterstützung des Verwaltungsrats bei der Prüfung und Beurteilung der Funktionsfähigkeit und Angemessenheit der Risikomanage-

mentfunktion der Gruppe. Dies betrifft unter anderem Markt-, Kredit-, Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken. Zudem prüft die Kommission, ob die Kapitalausstattung der Gruppe und die Allokation des Kapitals an die einzelnen Geschäftsbereiche angemessen sind. Sie prüft bestimmte Risikolimiten, spricht Empfehlungen an den Verwaltungsrat aus und prüft und beurteilt den Rahmen für die Risikobereitschaft der Gruppe. Das Risk Committee befasst sich auch mit der Prüfung und Beurteilung der Angemessenheit im Umgang mit Reputations- und operationellen Risiken einschliesslich des internen Kontrollsystems und arbeitet zu diesem Zweck mit dem Audit Committee zusammen. Das Risk Committee beurteilt einmal im Jahr seine eigenen Leistungen und legt die Ziele sowie allfällige Schwerpunktthemen für das kommende Jahr fest.

Bankbeziehungen mit Mitgliedern des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung sowie Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen

Bankbeziehungen

Die Credit Suisse ist ein global tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen. Viele ihrer Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung oder mit ihnen verbundene Gesellschaften unterhalten Bankbeziehungen mit uns. Banken innerhalb der Gruppe können Finanzierungs- und andere Bankverträge mit Unternehmen abschliessen, über welche die entsprechenden Mitglieder des Verwaltungsrats einen bedeutenden Einfluss gemäss Definition der US Securities and Exchange Commission ausüben, beispielsweise indem sie Verwaltungsrats- und/oder Geschäftsleitungsfunktionen in den betreffenden Gesellschaften wahrnehmen. Abgesehen von den nachstehenden Transaktionen wurden alle Geschäftsbeziehungen der Gruppe mit Mitgliedern des Verwaltungsrats oder der Geschäftsleitung oder mit ihnen verbundenen Gesellschaften im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit und zu Marktbedingungen eingegangen. Falls nichts anderes ausdrücklich vermerkt ist, erfolgten sämtliche Kredite an Verwaltungsratsmitglieder, Geschäftsleitungsmitglieder oder mit diesen verbundenen Gesellschaften im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit sowie im Wesentlichen zu denselben Konditionen einschliesslich Zinssätzen und Sicherheiten, wie sie bei der Vergabe für vergleichbare Transaktionen mit anderen Personen galten. Das Einbringlichkeitsrisiko dieser Kredite hielt sich im üblichen Rahmen, zudem wiesen die Kredite keine anderen ungünstigen Eigenschaften auf. Per 31. Dezember 2012, 2011 und 2010 bestanden keine Kreditpositionen gegenüber entsprechenden nahestehenden Personen, die nicht im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit und zu Marktbedingungen erfolgt waren.

- ▶ Siehe «Aktienbestände und Kredite der Geschäftsleitung» und «Aktienbesitz sowie Kredite des Verwaltungsrats» unter Vergütung für eine Auflistung der ausstehenden Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats.

Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen

Austausch von Tier 1 Capital Notes gegen Tier 1 Buffer Capital Notes

Im Februar 2011 schlossen wir mit verbundenen Unternehmen von QIA sowie der The Olayan Group (nachfolgend als «Investoren» bezeichnet), die beide massgeblich in Aktien und anderen Finanzinstrumenten der Gruppe engagiert sind, definitive Vereinbarungen ab. Diese Vereinbarungen betrafen die Emission von Tier 1 Buffer Capital Notes (Tier 1 BCN). Im Rahmen der Vereinbarungen beschlossen die Anleger den Erwerb von Tier 1 BCN im Wert von USD 3,45 Mia. und CHF 2,5 Mia. im Austausch gegen ihre Positionen von Tier 1 Capital Notes in Höhe von USD 3,45 Mia. (mit einem Coupon von 11%) und CHF 2,5 Mia. (mit einem Coupon von 10%) aus dem Ausgabjahr 2008 oder, falls diese Tier 1 Capital Notes vollumfänglich zurückgezahlt sein sollten, gegen Barmittel. Zum damaligen Zeitpunkt war ein Erwerb oder Austausch dieser Instrumente frühestens für Oktober 2013, am ersten Call-Datum der Tier 1 Capital Notes, vorgesehen. Im Juli 2012 schlossen wir mit einer verbundenen Einheit der The Olayan Group eine Änderungsvereinbarung zum sofortigen Umtausch ihrer bestehenden Tier 1 Capital Notes in Höhe von USD 1,725 Mia. in einen äquivalenten Nominalbetrag an Tier 1 BCN ab und führten somit den für den 23. Oktober 2013 geplanten Umtausch vorzeitig durch. Der beschleunigte Umtausch eines Teils der ausstehenden Tier 1 Capital Notes war eine von mehreren Massnahmen zur Kapitalstärkung, welche wir im Juli 2012 ankündigten.

Gemäss den Bestimmungen werden die Tier 1 BCN in Stammaktien der Credit Suisse Group umgewandelt, sollte die gemäss Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basler Ausschuss) ermittelte Quote des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1, CET1) der Gruppe zum Ende eines Quartals unter 7% (oder eine anwendbare niedrigere Mindestgrenze) fallen. Davon ausgenommen sind Fälle, in denen die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) auf Antrag der Gruppe bei oder vor der Veröffentlichung der Quartalsergebnisse der Gruppe zustimmt, dass Massnahmen, Umstände oder Ereignisse die Quote wieder über den anwendbaren Schwellenwert gehoben haben beziehungsweise in Kürze heben werden. Die Tier 1 BCN werden auch dann umgewandelt, wenn die FINMA dies für notwendig erachtet oder wir eine staatliche Kapitalunterstützung benötigen, um zu verhindern, dass wir zahlungsunfähig werden, in Konkurs gehen

oder nicht in der Lage sind, einen Grossteil unserer Verbindlichkeiten zurückzuzahlen, oder wenn andere ähnliche Umstände eintreten. Ausserdem wird die Wandlung der Tier 1 BCN, die von der The Olayan Group gehalten werden, ausgelöst, falls die FINMA vor Ablauf eines Kalenderquartals einen Zwischenbericht verlangt und unsere ausgewiesene Quote des harten Kernkapitals (CET1) per Ende der betreffenden Berichtsperiode unter 5% fällt. Der Wandelpreis entspricht dem höheren der beiden nachfolgenden Preise: einem vorgegebenen Mindestkurs je Aktie (mit den üblichen Anpassungen) oder dem täglichen volumengewichteten durchschnittlichen Verkaufskurs der Stammaktien der Gruppe in den fünf der Wandelmitteilung vorangehenden Tagen. Im Zusammenhang mit dem im Juli 2012 erfolgten Austausch wurde der Wandelmindestpreis der Tier 1 BCN, die beim Austausch geliefert wurden, sowie der verbleibenden Tier 1 BCN, deren Lieferung für Oktober 2013 vorgesehen ist, an den Wandelpreis der nachstehend beschriebenen MACCS angepasst. Die Tier 1 BCN sind tief nachrangig, unbefristet und können von uns frühestens im Jahr 2018 sowie unter anderen Umständen mit Genehmigung der FINMA gekündigt werden. Auf die Tier 1 BCNs in Höhe von USD 3,45 Mia. und CHF 2,5 Mia. wird ein fester Coupon von 9,5% beziehungsweise 9,0% gezahlt, der nach dem ersten Call-Datum neu festgesetzt wird. Die Couponzahlungen unterliegen im Allgemeinen dem Ermessen des Emittenten (sofern kein Trigger-Ereignis eingetreten ist), können unter bestimmten Umständen ausgesetzt werden und sind nicht kumulativ.

Zum Zeitpunkt der ursprünglichen Transaktion qualifizierte die Gruppe die Transaktion im Hinblick auf die Beurteilung der Bedingungen und der Corporate Governance als bedeutend und erachtete die Investoren als nahestehende Gesellschaften der Verwaltungsratsmitglieder Herrn Al Thani beziehungsweise Herrn Syriani. Der Verwaltungsrat (mit Ausnahme von Herrn Al Thani und Herrn Syriani, die sich nicht am Entscheidungsfindungsprozess beteiligten) befand, dass die Bedingungen der ursprünglichen Transaktion angesichts ihrer Grösse, der Art des bedingten Pufferkapitals, für das es keinen bestehenden Markt gibt, sowie der Bedingungen der 2008 ausgegebenen und von den Investoren gehaltenen Tier 1 Capital Notes angemessen waren.

Emission von bedingten Pflichtwandelanleihen (MACCS)

Im Juli 2012 gab die Gruppe MACCS im Umfang von CHF 3,8 Mia. aus, die am 29. März 2013 zwingend in 233,5 Mio. Aktien zu einem Wandelpreis von CHF 16.29 je Aktie umgewandelt werden (mit vorzeitiger Umwandlung bei Eintreten bestimmter Eventualitäten und anderen Umständen, sogenannten «Viability Events»), wobei die Ausführung und Lieferung der Aktien für Anfang April 2013 vorgesehen ist. Strategische und institutionelle Anleger erwarben MACCS in Höhe von CHF 2,0 Mia. und Aktionäre übten Vorzugszeichnungsrechte für MACCS in Höhe von CHF 1,8 Mia. aus. Der Wandelpreis von CHF 16.29 je Aktie entsprach 95% des volumengewichteten durchschnittlichen Börsenkurses an den beiden Handelstagen unmittelbar vor der Transaktion. Zu den Anlegern in MACCS zählen verbundene Einheiten der Investoren, die nach Ansicht der Gruppe auch als nahestehende Gesellschaften unserer Verwaltungsratsmitglieder Herrn Al Thani beziehungsweise Herrn Syriani zu qualifizieren sind. Die Emission der MACCS war eine von mehreren im Jahr 2012 von der Gruppe durchgeführten Massnahmen zur Stärkung unserer Kapitalbasis. Nebst den Investoren haben eine Reihe anderer Kapitalgeber der Gruppe MACCS erworben. Dazu gehörten die Norges Bank und die Capital Group Companies Inc., die wie die Investoren ebenfalls bedeutende Aktienpositionen an unserer Gruppe halten. Die Bedingungen für die Wandlung der MACCS sind für sämtliche Käufer identisch.

- ▶ Siehe «Kapitalaufnahmen und Rückzahlungen» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Kapitalbewirtschaftung für weitere Informationen über die Tier 1 BCNs und die MACCS.

Plus Bonds

Wir boten denjenigen Mitgliedern der Geschäftsleitung, die nicht an der Strukturierung dieses Instruments beteiligt waren, die Möglichkeit, ihre eigenen Mittel in Plus-Bond-Instrumente mit im Wesentlichen den gleichen Bedingungen wie die Plus Bond Awards, die bestimmten Mitarbeitenden als aufgeschobene variable Vergütung für 2012 zugeteilt wurden, zu investieren. In der Folge erwarben einige Mitglieder der Geschäftsleitung im Februar 2013 Plus-Bond-Instrumente in Höhe von insgesamt CHF 9 Mio.

- ▶ Siehe «Plus Bond awards» in Vergütung – Vergütungsstruktur der Gruppe – Vergütungsstruktur – Instrumente für die aufgeschobene variable Vergütung für weitere Informationen.

Kredit zugunsten der Arcapita Bank

Im Februar 2012 stufte die Gruppe einen Kredit der Gruppe an die Arcapita Bank B.S.C. (Arcapita Bank) mit einem ausstehenden Nominalbetrag von USD 30 Mio. auf den Status «gefährdet» herab. Bei der Arcapita Bank handelt es sich um eine internationale Investmentgesellschaft mit Sitz in Bahrain. Der betreffende Kredit war im Jahr 2007 zu marktüblichen Konditionen verlängert worden. Zu diesem Zeitpunkt wies der Kredit kein überdurchschnittliches Wiedereinbringungsrisiko oder andere ungünstige Eigenschaften auf. Die Arcapita Bank kann über unser Verwaltungsratsmitglied Herrn Al Thani als ein der Gruppe nahestehendes Unternehmen gelten, da Herr Al Thani auch Mitglied des Verwaltungsrats der Arcapita Bank

ist. Herr Al Thani gehört seit Oktober 2008 dem Verwaltungsrat der Arcapita Bank und seit 2010 dem Verwaltungsrat der Gruppe an. In beiden Gremien nahm er erst Einsitz, nachdem der Kredit gesprochen worden war. Im März 2012 leitete die Arcapita Bank in den USA ein Insolvenzverfahren nach Chapter 11 ein. Danach veräusserte die Gruppe ihre Kreditforderung in Höhe von USD 30 Mio. an einen aussenstehenden Käufer. Zum 31. Dezember 2012 wies die Gruppe keine Kreditausstände gegenüber der Arcapita Bank auf.

- ▶ Siehe «Anhang 28 – Organe und diesen nahestehende Personen und Unternehmen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen über Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen.

Lebensläufe der Verwaltungsratsmitglieder



Urs Rohner
 Jahrgang 1959
 Schweizer
 Staatsangehöriger

Urs Rohner ist seit der Generalversammlung 2011 vollamtlicher Präsident des Verwaltungsrats und Vorsitzender des Chairman's and Governance Committee. Er war vollamtlicher Vize-Präsident des Verwaltungsrats und Mitglied des Chairman's and Governance Committee sowie des Risk Committee (2009–2011). Von 2004 bis 2009 war Urs Rohner Mitglied der Executive Boards der Credit Suisse Group AG und der Credit Suisse AG, dies als General Counsel der Credit Suisse Group (2004–2009) und Chief Operating Officer (COO) und General Counsel der Credit Suisse (2006–2009). Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2015 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Urs Rohner war Vorstandsvorsitzender und CEO von ProSieben und der ProSiebenSat.1 Media AG (2000–2004) sowie CEO der ProSieben Media AG (2000). Von 1992 bis 1999 war er Partner von Lenz & Staehelin und als Rechtsanwalt bei der New Yorker Anwaltskanzlei Sullivan & Cromwell (1988–1989) und bei Lenz & Staehelin in Zürich (1990–1992, 1983–1988) tätig. Urs Rohner absolvierte ein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Zürich, das er 1983 abschloss. 1986 erwarb er das Anwaltspatent des Kantons Zürich und 1990 wurde er in New York als Anwalt zugelassen.

Urs Rohner ist Stiftungsratspräsident der Credit Suisse Foundation und Vorsitzender des Credit Suisse Research Institute. Er ist Mitglied des Vorstands des Institute of International Finance und des Institut International d'Etudes Bancaires, Mitglied des European Financial Services Round Table und der European Banking Group, Co-Vorsitzender des International Advisory Board of the Moscow International Finance Center und Mitglied im International Business Leaders Advisory Council für den Bürgermeister von Beijing. Urs Rohner gehört zudem dem Verwaltungsrat von Avenir Suisse, Economiesuisse und demjenigen des International Institute for Management Development (IMD) Foundation an, ferner ist er Vorsitzender des Advisory Board des Instituts für Volkswirtschaftslehre der Universität Zürich und Mitglied des Verwaltungsrats des Zürcher Opernhauses sowie des Lucerne Festival.



Peter Brabeck-Letmathe
 Jahrgang 1944
 Österreichischer
 Staatsangehöriger

Peter Brabeck-Letmathe ist seit 2008 Vize-Präsident des Verwaltungsrats, eine Funktion, die er bereits von 2000 bis 2005 ausübte. Er gehört dem Verwaltungsrat seit 1997 an und ist seit 2008 Mitglied des Chairman's and Governance Committee, dem er auch bereits von 2003 bis 2005 angehörte. Er war zudem Mitglied des Compensation Committee von 2008 bis 2011 und von 2000 bis 2005. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2014 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Peter Brabeck-Letmathe ist seit 2005 Verwaltungsratspräsident der Nestlé SA. Zwischen 1997 und 2008 war er zudem CEO der Nestlé SA. Am Hauptsitz von Nestlé SA in Vevey tätig ist er seit 1987. Er begann seine berufliche Laufbahn in der österreichischen Verkaufsgesellschaft von Nestlé SA nach seinem Studienabschluss im Jahr 1968. Während seiner Karriere bei Nestlé SA nahm er verschiedene Aufgaben in mehreren europäischen Ländern sowie in Lateinamerika wahr. Peter Brabeck-Letmathe studierte Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule für Welthandel in Wien.

Peter Brabeck-Letmathe ist Vizepräsident des Verwaltungsrats der L'Oréal SA, Paris, seit 1997 und Mitglied des Verwaltungsrats der Exxon Mobil Corporation seit 2010. Zudem ist er seit 2010 Mitglied beziehungsweise seit 2012 Präsident des Verwaltungsrats der Delta Topco (Formel 1). Ausserdem ist er Mitglied des Gründungsausschusses des Weltwirtschaftsforums und des European Round Table of Industrialists.



**Jassim Bin Hamad J.J.
Al Thani**
Jahrgang 1982
Katarischer
Staatsangehöriger

Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani ist seit 2010 Mitglied des Verwaltungsrats. Seine Amtszeit läuft an der Generalversammlung 2013 ab. Er wurde in Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe vom Verwaltungsrat für nicht unabhängig erklärt. Weitere Informationen finden sich unter «*Unabhängigkeit*».

Seit April 2005 ist Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani Präsident des Verwaltungsrats der Qatar Islamic Bank. Er ist auch Präsident von QInvest, der ersten in Qatar gegründeten islamischen Investmentbank, QIB (UK), einer von der Qatar Islamic Bank in London gegründeten islamischen Investmentbank in London, Damaan Islamic Insurance Co. (BEEMA) und Q-RE LLC, einer Versicherungs- und Rückversicherungsgesellschaft. Er ist CEO des Familienunternehmens Al Mirqab Capital LLC, Katar, und Mitglied des Verwaltungsrats der Qatar Navigation Company, der Qatar Insurance Company und der Arcapita Bank, Bahrain.

Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani hat in Qatar studiert und hat die Royal Military Academy in Sandhurst, England, als Officer Cadet abgeschlossen.



Robert H. Benmosche
Jahrgang 1944
Amerikanischer
Staatsangehöriger

Robert H. Benmosche ist seit 2002 Mitglied des Verwaltungsrats und seit 2003 Mitglied des Compensation Committee. Robert Benmosche trat im August 2009 aus dem Verwaltungsrat aus, nachdem er zum Präsidenten und CEO von American International Group, Inc. (AIG) ernannt worden war. Aufgrund von Änderungen im Geschäftsfeld von AIG konnte Robert Benmosche dem Verwaltungsrat im April 2010 wieder beitreten. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2013 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Robert Benmosche ist Präsident und CEO von AIG, New York. Er war Präsident des Verwaltungsrats und CEO von MetLife Inc., New York, seit der Demutualisierung der Gesellschaft im Jahr 2000 und von Metropolitan Life Insurance Company, New York, von 1998 bis 2006. Vor seinem Eintritt bei MetLife im Jahr 1995 arbeitete Robert Benmosche während 13 Jahren bei PaineWebber, New York. Robert Benmosche verfügt über einen BA-Abschluss in Mathematik der Alfred University, New York, aus dem Jahr 1966.



Iris Bohnet
Jahrgang 1966
Schweizer Staatsangehörige

Iris Bohnet ist seit der Generalversammlung 2012 Mitglied des Verwaltungsrats und des Compensation Committee. Ihre Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2015 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde sie vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Iris Bohnet ist seit 2006 Professor of Public Policy an der Harvard Kennedy School, Cambridge/Massachusetts, und seit 2011 Academic Dean der Harvard Kennedy School. Sie trat 1998 als Assistant Professor in die akademische Fakultät der Harvard University ein und wurde 2003 zum Associate Professor ernannt. Iris Bohnet ist Direktorin des «Women and Public Policy Program» an der Harvard Kennedy School. Sie war zudem von 1997 bis 1998 als Wissenschaftlerin an der Haas School of Business an der University of California, Berkeley, tätig (1997–1998).

Iris Bohnet erwarb 1992 an der Universität Zürich einen Master-Abschluss in Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftswissenschaften und Politikwissenschaft und einen Doktorabschluss in Wirtschaftswissenschaften 1997.

Frau Bohnet ist zurzeit Mitglied des Beirats der Wirtschaftsuniversität Wien und Mitglied des Global Agenda Council on Women's Empowerment des World Economic Forum und des World Knowledge Dialogue, Villars-sur-Ollon. Sie leitet das «Executive Program for the World Economic Forum's Young Global Leaders» der Harvard Kennedy School.



Noreen Doyle
Jahrgang 1949
Irische und amerikanische
Staatsangehörige

Noreen Doyle ist seit 2004 Mitglied des Verwaltungsrats und seit 2009 Mitglied des Risk Committee. Seit 2012 ist Noreen Doyle Mitglied des Verwaltungsrats der beiden britischen Tochtergesellschaften Credit Suisse International und Credit Suisse Securities Europe Limited. Anfang 2013 hat sie auch den Vorsitz dieser beiden Gremien übernommen. In den Jahren 2007 und 2008 gehörte sie dem Audit Committee und von 2004 bis 2007 dem Risk Committee an. Ihre Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2013 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde sie vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Noreen Doyle war von 2001 bis 2005 erste Vize-Präsidentin und Leiterin Banking der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD). 1997 wurde sie Deputy Vice President, Risk Management, nachdem sie 1994 zum Chief Credit Officer ernannt worden war. Ihre Laufbahn bei der EBRD begann sie 1992 als Leiterin Syndikatsgeschäfte. Zuvor arbeitete Noreen Doyle während 18 Jahren bei der Bankers Trust Company, wo sie in verschiedenen Funktionen in Houston, New York und London tätig war. Noreen Doyle erwarb 1971 einen BA in Mathematik am College of Mount Saint Vincent, New York, und 1974 einen MBA am Dartmouth College, New Hampshire.

Noreen Doyle ist Mitglied des Verwaltungsrats von Newmont Mining Corporation und der QinetiQ Group Plc. Zudem ist sie Mitglied des Beirats des Macquarie European Infrastructure Fund und des Macquarie Renaissance Infrastructure Fund. Schliesslich ist sie seit 2010 Vorsitzende des Board of Governors der Marymount International School, London, und seit 2012 Schirmherrin von Women in Banking and Finance, London.



Jean-Daniel Gerber
 Jahrgang 1946
 Schweizer
 Staatsangehöriger

Jean-Daniel Gerber ist seit der Generalversammlung 2012 Mitglied des Verwaltungsrats und des Audit Committee. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2015 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Jean-Daniel Gerber wurde vom Bundesrat im Jahr 2004 zum Direktor des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) im Range eines Staatssekretärs ernannt. 2011 trat er von dieser Funktion zurück. Jean-Daniel Gerber war Direktor des Bundesamts für Migration (1994–2004) und Executive Director bei der Weltbankgruppe in Washington, D.C. (1993–1997). Zuvor war er Leiter des Wirtschafts- und Finanzdienstes der schweizerischen Botschaft in Washington, D.C., und Vertreter der Schweiz bei der World Trade Organization. Jean-Daniel Gerber studierte an der Universität Bern und erlangte 1972 einen Abschluss in Volkswirtschaft. Im Jahr 2007 wurde er von der Universität Bern zum Ehrendoktor der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät ernannt.

Seit 2011 ist Jean-Daniel Gerber Mitglied des Verwaltungsrats der Lonza Group AG sowie Verwaltungsratspräsident des Swiss Investment Fund for Emerging Markets. Er ist ferner Mitglied der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft.



Walter B. Kielholz
 Jahrgang 1951
 Schweizer
 Staatsangehöriger

Walter B. Kielholz ist seit 1999 Mitglied des Verwaltungsrats, seit 2009 Mitglied des Compensation Committee und seit 2011 Mitglied des Chairman's and Governance Committee. Zwischen 2003 und 2009 war er Präsident des Verwaltungsrats und Vorsitzender des Chairman's and Governance Committee, und zwischen 1999 und 2002 präsierte er als Vorsitzender das Audit Committee. Seine Amtszeit läuft an der Generalversammlung 2014 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Seit Mai 2009 ist Walter Kielholz Präsident des Verwaltungsrats der Swiss Re, dessen Vize-Präsident beziehungsweise exekutiver Vize-Präsident er 2007 beziehungsweise 2003 wurde. Von 1997 bis 2002 war er CEO der Swiss Re, nachdem er bereits 1993 in die Geschäftsleitung der Swiss Re berufen worden war. Walter Kielholz kam Anfang 1989 zur Swiss Re in Zürich. 1986 trat er in die Credit Suisse ein, wo er für die Kundenbeziehungen zu grossen Versicherungsgesellschaften zuständig war. Ausgangspunkt der beruflichen Laufbahn von Walter Kielholz war die General Reinsurance Corporation in Zürich, wo er 1976 die Verantwortung für das Marketing in Europa übernahm. Walter Kielholz studierte an der Universität St. Gallen, Schweiz, und schloss sein Studium 1976 mit dem Lizentiat in Finanzwirtschaft und Rechnungswesen ab.

Walter Kielholz ist Mitglied und Vorsitzender beziehungsweise stellvertretender Vorsitzender des European Financial Services Roundtable und Vize-Präsident des Institute of International Finance. Des Weiteren ist er Mitglied des Beirats der Corsair Capital Ltd. und Mitglied der Monetary Authority of Singapore, des International Business Leader Advisory Council of the Mayor of Shanghai und des World Economic Forum International Business Council. Walter Kielholz ist ferner Mitglied und ehemaliger Vorsitzender des Aufsichtsrats von Avenir Suisse und leitender Berater für das Credit Suisse Research Institute. Schliesslich ist er Stiftungsrat des Lucerne Festival und Präsident der Zürcher Kunstgesellschaft.

**Andreas N. Koopmann**

Jahrgang 1951
Schweizer
Staatsangehöriger

**Jean Lanier**

Jahrgang 1946
Französischer
Staatsangehöriger

Andreas N. Koopmann ist seit der Generalversammlung 2009 Mitglied des Verwaltungsrats und des Risk Committee. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2015 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Von 1982 bis 2009 bekleidete Andreas Koopmann führende Positionen bei der Bobst Group SA Lausanne, einem weltweit führenden Verpackungsunternehmen. So war er unter anderem von 1995 bis 2009 CEO und von 1998 bis 2002 Mitglied des Verwaltungsrats des Unternehmens. Andreas Koopmann erwarb 1976 ein Diplom als Maschineningenieur der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH), Zürich, und 1978 einen MBA des Institute for Management Development (IMD), Lausanne.

Andreas Koopmann ist seit 2003 Mitglied des Verwaltungsrats von Nestlé SA, erster Vize-Präsident und Mitglied des Chairman's and Corporate Governance Committee. Seit 2010 ist er zudem Mitglied des Verwaltungsrats der Georg Fischer AG, wo er im März 2012 das Amt des Verwaltungsratspräsidenten übernahm. Andreas Koopmann ist überdies Mitglied des Verwaltungsrats der CSD Group, eines führenden Schweizer Ingenieur- und Beratungsunternehmens. Von 2010 bis Februar 2012 war er Verwaltungsratspräsident der Alstom (Schweiz) AG. Von 1994 bis 2012 bekleidete er die Position des Vizepräsidenten von Swissmem, dem Verband der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie. Andreas Koopmann war von 1999 bis 2007 Mitglied des Beirats der Credit Suisse und von 1995 bis 1999 Mitglied des Verwaltungsrats der Credit Suisse First Boston.

Jean Lanier ist seit 2005 Mitglied des Verwaltungsrats und des Audit Committee. Seit 2011 ist er zudem Mitglied des Compensation Committee. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2014 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Jean Lanier ist der frühere Vorstandsvorsitzende und Group CEO von Euler Hermes, Paris. Er präsierte zudem von 1998 bis 2004 die Verwaltungsräte der wichtigsten Tochtergesellschaften von Euler Hermes. Davor war er von 1990 bis 1997 COO und Managing Director von SFAC, einer Vorgängergesellschaft von Euler Hermes SFAC, sowie von 1996 bis 1998 der Euler Group.

Jean Lanier war von 1988 bis 1990 Managing Director von Pargesa in Paris und Genf sowie von 1983 bis 1989 Präsident von Lambert Brussels Capital Corporation in New York. Jean Lanier trat 1983 in die Pargesa-Gruppe ein, wo er in verschiedenen Funktionen tätig war, zuletzt als Senior Vice President der Paribas Group Finance Division und als Senior Executive für Nordamerika in New York.

Jean Lanier begann seine berufliche Karriere 1970 in der Paribas-Gruppe, für die er bis 1983 arbeitete. Er erlangte 1969 seinen Abschluss als Ingenieur an der Ecole centrale des arts et manufactures, Paris, und 1970 sein Master-of-Sciences-Diplom an der Cornell University, Ithaca, New York.

Jean Lanier ist Präsident des Verwaltungsrats von Swiss RE Europe SA, Swiss RE International SE und Swiss RE Europe Holdings SA sowie Mitglied der Prüfungs- und Risikoausschüsse dieser Gesellschaften. Zudem ist er Ritter der Ehrenlegion in Frankreich und Vorsitzender des Stiftungsrats von «La Fondation Internationale de l'Arche».



Anton van Rossum
Jahrgang 1945
Niederländischer
Staatsangehöriger

Anton van Rossum ist seit 2005 Mitglied des Verwaltungsrats und seit 2008 Mitglied des Risk Committee. Zuvor gehörte er von 2005 bis 2008 dem Compensation Committee an. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2014 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Anton van Rossum war von 2000 bis 2004 CEO und Mitglied des Verwaltungsrats von Fortis sowie Verwaltungsratspräsident der wichtigsten Tochtergesellschaften dieser Gruppe. Davor arbeitete er während 28 Jahren bei McKinsey and Company, wo er eine Vielzahl von Top-Management-Beratungsmandaten mit besonderem Schwerpunkt auf der Bank- und Versicherungsbranche leitete. 1979 wurde er zum Partner und 1986 zum Director ernannt.

Anton van Rossum studierte an der Erasmus-Universität, Rotterdam, und erwarb dort 1965 einen Bachelor- und 1969 einen Master-Abschluss in Volks- und Betriebswirtschaft.

Er ist Mitglied des Aufsichtsrats von Munich Re und Vorsitzender des Aufsichtsrats von Vopak NV, Rotterdam. Ausserdem ist er Mitglied des Verwaltungsrats von Solvay S.A., Brüssel, und Vorsitzender des Aufsichtsrats der Erasmus-Universität, Rotterdam. Weiter ist er Vorsitzender des Niederländischen Wirtschaftsinstituts und engagiert sich in einer Reihe philanthropischer und kultureller Organisationen.



Aziz R.D. Syriani
Jahrgang 1942
Kanadischer
Staatsangehöriger

Aziz R.D. Syriani ist seit 1998 Mitglied des Verwaltungsrats. Er ist seit 2004 Vorsitzender des Compensation Committee und seit 2003 Mitglied des Chairman's and Governance Committee. Von 2003 bis 2007 war er zudem Mitglied des Audit Committee. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2013 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Aziz R.D. Syriani ist seit 2002 CEO und seit 1978 Präsident der Olayan Group. Die Olayan Group ist ein privates Unternehmen, das in den Bereichen Distribution, Produktion und Finanzinvestitionen auf der ganzen Welt tätig ist und zum Kreis der bedeutenden Aktionäre der Gruppe gehört. Aziz R.D. Syriani hat Rechtswissenschaften an der University of St. Joseph in Beirut studiert, wo er 1965 ein Diplom erwarb. Ausserdem erlangte er 1972 den Master of Law an der Harvard University in Cambridge/Massachusetts.

Weiter ist er seit 1983 Mitglied und Lead Independent Director des Verwaltungsrats der Occidental Petroleum Corporation, Kalifornien. Er präsidiert dort zudem das Audit Committee und ist Mitglied des Executive und des Corporate Governance Committee.



David W. Syz
 Jahrgang 1944
 Schweizer
 Staatsangehöriger

David W. Syz ist seit 2004 Mitglied des Verwaltungsrats und des Audit Committee. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2013 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

1999 wurde David W. Syz zum Staatssekretär ernannt. Als solcher leitete er das neue Staatssekretariat für Wirtschaft. 2004 trat er von dieser Funktion zurück. Vor seiner Zeit als Staatssekretär war David Syz seit 1996 CEO und Managing Director der Schweizerischen Industrie-Gesellschaft Holding AG, Neuhausen. 1985 war er Direktor der Geschäftsleitung der Elektrowatt AG und zuständig für den Unternehmensbereich Industrie und Elektronik. Von 1982 bis 1984 war er Direktionspräsident der Cerberus AG, Männedorf. 1975 wurde er zum Finanzchef und vier Jahre später zum Vorsitzenden der Geschäftsleitung der Stäfa Control System AG, Stäfa, ernannt. Er startete seine berufliche Karriere als Direktionsassistent bei der Schweizerischen Bankgesellschaft in Zürich und wechselte später in derselben Funktion zur Elektrowatt AG, Zürich. David W. Syz studierte Rechtswissenschaften an der Universität Zürich. Nach dem Studienabschluss und seiner Promotion 1972 erwarb er 1973 einen MBA am INSEAD in Fontainebleau.

David Syz ist seit 2005 Präsident des Verwaltungsrats der Huber & Suhner AG, Pfäffikon (seit 2004 Vize-Präsident), und seit 2004 Präsident der ecodocs AG, Zollikon (seit 2004). Er ist seit 2005 Präsident der Stiftung Klimarappen, welche mit der Implementierung des CO₂-Reduktionsprogramms im Zusammenhang mit dem Kyoto-Protokoll beauftragt ist.



Richard E. Thornburgh
 Jahrgang 1952
 Amerikanischer
 Staatsangehöriger

Richard E. Thornburgh ist seit 2006 Mitglied des Verwaltungsrats und des Risk Committee und seit 2009 beziehungsweise 2011 Vorsitzender des Risk Committee und seit 2009 Mitglied des Chairman's and Governance Committee beziehungsweise seit 2011 Mitglied des Audit Committee. Seit 2013 ist Richard Thornburgh auch nicht exekutives Mitglied des Verwaltungsrats von Credit Suisse International und Credit Suisse Securities Europe Limited, zweier britischer Tochtergesellschaften der Gruppe. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2015 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

Richard Thornburgh ist seit 2006 Vize-Präsident von Corsair Capital, einer Private-Equity-Gesellschaft. Von 2003 bis 2004 hatte er die Funktion des CRO der Credit Suisse Group inne. 2004 wurde er zum Executive Vice Chairman der Credit Suisse First Boston ernannt. Von 2000 bis 2002 war er CFO der Credit Suisse First Boston und von 1999 bis 2002 Vize-Präsident der Geschäftsleitung der Credit Suisse First Boston. Von 1997 bis 1999 war Richard Thornburgh CFO der Credit Suisse Group. 1997 wurde er in die Geschäftsleitung berufen, der er bis 2005 angehörte. 1995 wurde er zum Chief Financial and Administrative Officer und zum Mitglied der Geschäftsleitung der Credit Suisse First Boston ernannt. Er begann seine Karriere im Investment Banking bei The First Boston Corporation in New York, einer Vorgängergesellschaft der Credit Suisse First Boston. Er erlangte 1974 einen BBA an der University of Cincinnati, Ohio und 1976 einen MBA an der Harvard Business School, Cambridge/Massachusetts. Die University of Cincinnati verlieh ihm 2009 auch die Ehrendoktorwürde.

Richard Thornburgh ist seit 2011 Mitglied des Verwaltungsrats von Reynolds American Inc., Winston-Salem, und Mitglied des Verwaltungsrats und Prüfungsausschusses von The McGraw-Hill Companies, New York. Des Weiteren ist er seit 2006 Verwaltungsratsmitglied und leitender Geschäftsführer von New Star Financial Inc., Boston, und seit 2008 Verwaltungsratsmitglied der CapStar Bank, Nashville. Er sitzt zudem im Executive Committee der University of Cincinnati Foundation und im Investment Committee der University of Cincinnati.



John Tiner
 Jahrgang 1957
 Britischer
 Staatsangehöriger

John Tiner ist seit der Generalversammlung 2009 Mitglied des Verwaltungsrats und des Audit Committee. Seit der Generalversammlung 2011 hat er den Vorsitz des Audit Committee inne und ist zudem Mitglied des Chairman's und Governance Committee und des Risk Committee. Seine Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats läuft an der Generalversammlung 2015 ab. In Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitsstandards der Gruppe wurde er vom Verwaltungsrat für unabhängig und zum Financial Expert gemäss SOX erklärt.

John Tiner war von September 2008 bis März 2013 CEO von Resolution Operations LLP, einem privaten Beratungsunternehmen, das Dienstleistungen für Resolution Ltd. erbrachte. Resolution Ltd. ist an der London Stock Exchange kotiert. Von 2003 bis 2007 amtierte John Tiner als CEO der britischen Finanzaufsichtsbehörde (FSA). Zur FSA stiess er 2001. Er war dort als Managing Director zuständig für das Konsumenten-, Versicherungs- und Anlagegeschäft und Mitglied des Managing Board des Committee of European Insurance and Occupational Pensions Regulators sowie Präsident des Committee of European Securities Regulators – Standing Committee on Accounting and Auditing. Bevor John Tiner zur FSA stiess, war er bei Arthur Andersen als Managing Partner tätig und verantwortlich für das weltweite Finanzdienstleistungsgeschäft.

John Tiner ist Verwaltungsratsmitglied ohne operative Funktion von Lucida Plc und Friends Life Group Plc, beides britische Versicherungsgesellschaften, sowie Mitglied des Beirats von Corsair Capital, eines Private-Equity-Unternehmens. John Tiner erhielt 2010 die Ehrendoktorwürde der Kingston University, London, seiner ehemaligen Hochschule. Er ist Absolvent des Institute of Chartered Accountants in England und Wales (1980). In Anerkennung seiner Dienste für die Finanzindustrie wurde John Tiner 2008 der Orden «Commander of the British Empire» verliehen.

Ehrenpräsident der Credit Suisse Group

Rainer E. Gut
 Jahrgang 1932
 Schweizer Staatsangehöriger

Rainer E. Gut wurde im Jahr 2000 zum Ehrenpräsidenten der Credit Suisse Group ernannt, nachdem er von seinem seit 1986 gehaltenen Mandat als Präsident des Verwaltungsrats zurückgetreten war. Rainer Gut war von 1981 bis 2005 Mitglied des Verwaltungsrats der Nestlé SA, von 1991 bis 2000 als Vize-Präsident und von 2000 bis 2005 als Präsident.

Als Ehrenpräsident nimmt Rainer Gut keine Funktion innerhalb der Corporate Governance der Gruppe ein. Er nimmt nicht an den Sitzungen des Verwaltungsrats teil.

Sekretäre des Verwaltungsrats

Pierre Schreiber
Joan E. Belzer

Zum Gedenken an Hans-Ulrich Doerig (1940–2012)

Im November 2012 verstarb der ehemalige Verwaltungsratspräsident der Credit Suisse Group Hans-Ulrich Doerig im Alter von 72 Jahren. Er war insgesamt 38 Jahre in unserem Unternehmen tätig und amtierte von 2009 bis 2011 als Verwaltungsratspräsident.

Nach seiner Promotion in Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität St. Gallen, Schweiz, begann Hans-Ulrich Doerig seine berufliche Laufbahn bei JP Morgan in New York, wo er zunächst im Research und anschliessend in den Bereichen Corporate Finance und Lending tätig war. Fünf Jahre später kam er zur Credit Suisse nach Zürich und übernahm mehrere Managerpositionen im Bereich International Capital Markets. 1982 wurde er Mitglied der Geschäftsleitung der Credit Suisse und übernahm die Verantwortung für die multinationale Division sowie für Wertschriftenhandel, Kapitalmärkte und Unternehmensfinanzierungen.

Hans-Ulrich Doerig war ein Universalbanker, der unserer Bank stets professionell, kenntnisreich und loyal diente. Die Medien bezeichneten ihn gelegentlich als Credit Suisse Veteran, was ihm sichtlich gefiel. Er war jederzeit bereit, Verantwortung zu übernehmen: Mitte der 1990er-Jahre wurde er zum Vize-Präsidenten des Verwaltungsrats ernannt und kehrte später in unterschiedliche Führungspositionen zurück. Er war Präsident der Geschäftsleitung der Credit Suisse, CEO der Credit Suisse First Boston und Vize-Präsident der Geschäftsleitung und Chief Risk Officer der Credit Suisse Group. 2003 wurde er erneut in den Verwaltungsrat gewählt, dessen Vize-Präsident und von 2009 bis 2011 Präsident er war.

Hans-Ulrich Doerigs Engagement beschränkte sich nicht auf die Bankenwelt. Als Repräsentant einer grossen Schweizer Bank setzte er sich auch für die Interessen der Unternehmen und der Wirtschaft im Allgemeinen ein. Nicht zu vergessen ist auch seine Unterstützung für Wissenschaft, Kunst und Ausbildung. Hans-Ulrich Doerig war mehr als zehn Jahre lang Dozent an der Universität Zürich und der Swiss Banking School. Er diente viele Jahre als Mitglied im Universitätsrat der Universität Zürich, als Mitglied des Verwaltungsrats des Internationalen Rotkreuzmuseums in Genf, als Präsident der Vereinigung Zürcher Kunstfreunde sowie als Mitglied von Räten mehrerer gemeinnütziger Stiftungen, akademischer Einrichtungen und sozialer Institutionen.



Hans-Ulrich Doerig war ein Schweizer Bankier mit internationaler Gesinnung. Er wahrte die Tradition und förderte zugleich den Fortschritt. Er leistete einen immensen Beitrag – nicht nur für die Credit Suisse, sondern auch für die Stadt Zürich und die Schweiz.

Geschäftsleitung

Mitglieder der Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung ist für das operative Management der Gruppe verantwortlich. Sie erarbeitet die vom Verwaltungsrat zu genehmigenden Strategiepläne für die Gruppe wie auch für die Hauptgeschäftsbereiche und setzt diese anschliessend um. Weiter überprüft und koordiniert sie bedeutende Initiativen, Projekte und Geschäftsentwicklungen in den Divisionen, Regionen sowie in den Shared-Services-Funktionen und erlässt gruppenweit anwendbare Richtlinien. Die Zusammensetzung der Geschäftsleitung der Gruppe ist mit derjenigen der Geschäftsleitung der Bank identisch.

Karl Landert trat per 30. April 2012 aus der Geschäftsleitung aus und von seiner Position als Chief Information Officer zurück. David Mathers, Chief Financial Officer und Mitglied der Geschäftsleitung, übernahm zudem die Verantwortung für die IT-Organisation und seit dem 1. Januar 2012 für die globalen Operations-Funktionen der Gruppe.

Antonio Quintella wurde per 31. Mai 2012 zum Vorsitzenden von Hedging-Griffo ernannt. Gleichzeitig trat er aus der Geschäftsleitung aus sowie von seiner Position als CEO der Region Nord- und Südamerika zurück. Robert Shafir übernahm die Position als CEO der Region Nord- und Südamerika zusätzlich zu seiner damaligen Aufgabe als CEO Asset Management.

Per 30. November 2012 wurde Hans-Ulrich Meister und Robert Shafir die gemeinsame Leitung der neu gebildeten Division Private Banking & Wealth Management übertragen. Als CEO der Region Schweiz ist Hans-Ulrich Meister weiterhin für alle Geschäftsbereiche und Kunden in der Region Schweiz zuständig. Robert Shafir dient nach wie vor als CEO für die Region Nord- und Südamerika.

Eric Varvel und Gaël de Boissard wurden per 30. November 2012 mit der gemeinsamen Leitung der Division Investment Banking betraut. Darüber hinaus wurde Eric Varvel zum CEO für die Region Asien-Pazifik befördert, und Gaël de Boissard übernahm die Verantwortung als CEO für die Region Europa, Naher Osten und Afrika (EMEA). Gaël de Boissard wurde per 1. Januar 2013 zum Mitglied der Geschäftsleitung ernannt.

Per 30. November 2012 schieden Osama Abbasi, Walter Berchtold und Fawzi Kyriakos-Saad aus der Geschäftsleitung aus und stellten damit auch ihre mit ihrem Geschäftsleitungsmandat verbundenen Ämter zur Verfügung.

Aufgrund von Änderungen in der Management-Organisation (Zusammenlegung der CEO-Funktionen für Divisionen und Regionen) verkleinerte sich die Geschäftsleitung von dreizehn Mitgliedern Ende 2011 auf neun Mitglieder im Januar 2013.

Mitglieder der Geschäftsleitung

	Ernannt im Jahr	Funktion
31. Dezember 2012		
Brady W. Dougan, CEO	2003	CEO der Gruppe
Gaël de Boissard, Co-Leiter Investment Banking und CEO Region Europa, Naher Osten und Afrika ¹	2012	Divisions- & Regionenleiter
Romeo Cerutti, General Counsel	2009	Leiter Shared Services
Tobias Guldemann, CRO	2004	Leiter Shared Services
David R. Mathers, CFO und Leiter IT und Operations	2010	Leiter Shared Services
Hans-Ulrich Meister, Co-Leiter Private Banking & Wealth Management und CEO Region Schweiz	2008	Divisions- & Regionenleiter
Robert S. Shafir, Co-Leiter Private Banking & Wealth Management und CEO Region Nord- und Südamerika	2007	Divisions- & Regionenleiter
Pamela A. Thomas-Graham, Chief Talent, Branding and Communications Officer	2010	Leiter Shared Services
Eric M. Varvel, Co-Leiter Investment Banking und CEO Region Asien-Pazifik	2008	Divisions- & Regionenleiter

¹ Am 20. November 2012 zum neuen Geschäftsleitungsmitglied ernannt mit Wirkung per 1. Januar 2013.

Lebensläufe der Geschäftsleitungsmitglieder



Brady W. Dougan
Jahrgang 1959
Amerikanischer
Staatsangehöriger



Gaël de Boissard
Jahrgang 1967
Französischer
Staatsangehöriger

Brady W. Dougan bekleidet seit 2007 die Position des CEO und ist seit 2003 Mitglied der Geschäftsleitung.

Vor seiner Ernennung zum CEO der Gruppe war er CEO der Division Investment Banking und CEO der Region Nord- und Südamerika. Er begann seine Laufbahn im Derivatgeschäft von Bankers Trust, bevor er 1990 zur Credit Suisse First Boston stiess. Dort leitete er fünf Jahre lang das Aktiengeschäft und wurde 2001 zum Leiter des gesamten Wertschriftengeschäfts weltweit ernannt. Von 2002 bis Juli 2004 war er Co-Präsident von Institutional Securities bei der Credit Suisse First Boston und von 2004 bis 2005 war er CEO von Credit Suisse First Boston und nach dem Zusammenschluss mit der Credit Suisse im Mai 2005 war er bis 2007 CEO Investment Banking.

Brady Dougan schloss sein Wirtschaftsstudium 1981 an der Universität von Chicago mit einem BA ab und erlangte 1982 an derselben Hochschule einen MBA in Finanzwesen.

Brady Dougan ist seit 2005 Verwaltungsratsmitglied von Humacyte Inc., einem Biotechnologieunternehmen. Zudem ist er seit Januar 2013 Mitglied des Board of Trustees der University of Chicago.

Gaël de Boissard leitet die Division Investment Banking zusammen mit Eric Varvel und ist für den Geschäftsbereich Fixed Income verantwortlich. Er ist auch CEO der Region EMEA. Seit dem 1. Januar 2013 ist Gaël de Boissard Mitglied der Geschäftsleitung.

Vor seiner Berufung in die Geschäftsleitung war Gaël de Boissard während vier Jahren als Co-Leiter Global Securities tätig. In dieser Funktion leitete er den Handel und das Risikomanagement für festverzinsliche Produkte; zuvor war er für das weltweite Zinsgeschäft und den Bereich Devisen verantwortlich. Er trat im Jahr 2001 in die Credit Suisse First Boston ein. Zuvor war er seit 1990 in verschiedenen Funktionen für den Fixed-Income-Bereich von JP Morgan tätig.

Gaël de Boissard schloss die Ecole Polytechnique in Palaiseau, Frankreich, in den Fächern Mathematik und Bauingenieurwesen erfolgreich ab. Zudem ist er Absolvent eines Russischstudiums an der Universität Wolgograd.

Derzeit ist er zudem Vorsitzender der Association of Financial Markets in Europe, einer Branchenorganisation, die sich im Bereich Finanzmarktregulierung engagiert.



Romeo Cerutti
 Jahrgang 1962
 Schweizer und italienischer
 Staatsangehöriger

Romeo Cerutti ist seit April 2009 General Counsel der Gruppe und Mitglied der Geschäftsleitung.

Zuvor übte Romeo Cerutti von 2006 bis 2009 die Funktion des General Counsel der Division Private Banking und von 2008 bis 2009 das Amt des globalen Co-Leiters Compliance Credit Suisse aus.

Bevor Romeo Cerutti zur Credit Suisse stiess, war er von 2004 bis 2006 Partner der Group Holding von Lombard Odier Darier Hentsch & Cie und von 1999 bis 2006 Head Corporate Finance bei Lombard Odier Darier Hentsch & Cie.

Von 1995 bis 1999 war Romeo Cerutti als Anwalt bei der Anwaltskanzlei Homburger Rechtsanwälte in Zürich tätig und von 1993 bis 1995 arbeitete er als Anwalt bei der Anwaltskanzlei Latham & Watkins in Los Angeles.

Romeo Cerutti studierte Rechtswissenschaften an der Universität Fribourg, wo er 1990 den Dokortitel erwarb. 1989 erhielt er die Anwaltszulassung des Kantons Zürich und 1992 die Anwaltszulassung des Staates Kalifornien. Romeo Cerutti erwarb ausserdem den Titel eines Master of Laws an der University of California, School of Law, Los Angeles.

Romeo Cerutti gehört seit 2006 dem Stiftungsrat der Universität Fribourg an. Zudem vertritt er seit Dezember 2012 die Credit Suisse im Verwaltungsrat der Schweizerischen Bankiervereinigung.



Tobias Guldemann
 Jahrgang 1961
 Schweizer
 Staatsangehöriger

Tobias Guldemann ist seit 2009 CRO der Credit Suisse und seit 2004 als Group CRO Mitglied der Geschäftsleitung.

Seine berufliche Karriere begann Tobias Guldemann 1986 innerhalb der Internen Revision der Credit Suisse, bevor er 1990 in den Investment-Banking-Bereich wechselte. 1992 wurde er zum Leiter Derivatives Sales bestimmt. 1993 folgte die Ernennung zum Leiter Treasury Sales, und 1994 wurde er Leiter Global Treasury Coordination. 1997 war er für den Managementsupport des CEO der Credit Suisse First Boston verantwortlich, bevor er 1998 zum Deputy CRO der Credit Suisse Group ernannt wurde. Diese Funktion übte er bis 2004 aus. Von 2002 bis 2004 leitete Tobias Guldemann zusätzlich das Strategic Risk Management der Credit Suisse.

Tobias Guldemann studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Zürich, wo er 1989 promovierte.

Tobias Guldemann ist seit 2010 Mitglied des International Financial Risk Institute (IFRI). 2011 wurde er Mitglied des IFRI Executive Committee. Er ist zudem Vorstandsmitglied des Kunstvereins Winterthur.



David R. Mathers
Jahrgang 1965
Britischer
Staatsangehöriger



Hans-Ulrich Meister
Jahrgang 1959
Schweizer
Staatsangehöriger

David Mathers ist CFO der Credit Suisse Group und seit Oktober 2010 Mitglied der Geschäftsleitung. Zudem leitet er die globale IT der Gruppe sowie den globalen Bereich Operations der Gruppe.

Vor seiner Ernennung zum CFO war David Mathers von 2007 bis 2010 Leiter des Bereichs Finance und COO der Division Investment Banking in New York und London. Dabei war er zuständig für die Bereiche Finance, Operations, Expense Management und Strategy des Investment Banking. Seine berufliche Laufbahn begann David Mathers 1987 als Research-Analyst bei HSBC James Capel, wo er 1997 zum Global Head of Equity Research ernannt wurde. Er stiess 1998 zur Credit Suisse und bekleidete diverse Führungspositionen im Aktiengeschäft wie Director of European Research und Co-Leiter European Equities.

David Mathers hat einen Masterabschluss in Naturwissenschaften der University of Cambridge, England. Seit 2011 ist er zudem Vorstandsmitglied der Handelskammer Schweiz-Grossbritannien.

Hans-Ulrich Meister leitet die Division Private Banking & Wealth Management gemeinsam mit Robert Shafir und ist für den Geschäftsbereich Private Banking verantwortlich. Ausserdem ist er CEO der Region Schweiz. Hans-Ulrich Meister ist seit September 2008 Mitglied der Geschäftsleitung.

In den Jahren 2011 und 2012 war er CEO des Private Banking und seit 2008 CEO der Region Schweiz. Bevor er 2008 zur Credit Suisse stiess, war Hans-Ulrich Meister rund 25 Jahre bei der UBS tätig. Zu den Funktionen, die er während dieser Zeit ausübte, gehörten Leiter Firmenkundengeschäft der Region Zürich (1999 – 2002), Leiter Gross- und multinationale Kunden (2003 – 2005) und Leiter Business Banking (2005 – 2007). 2002/2003 arbeitete er in New York an gruppenweiten Projekten im Bereich Vermögensverwaltung. Von 2004 bis 2007 gehörte Hans-Ulrich Meister dem Group Managing Board der UBS an.

Hans-Ulrich Meister schloss sein Wirtschaftsstudium an der Fachhochschule Zürich 1987 ab. Zudem absolvierte er im Jahr 2000 weiterführende Managementausbildungen an der Wharton School, University of Pennsylvania, und im Jahr 2002 an der Harvard Business School.

Hans-Ulrich Meister ist seit 2008 Mitglied des Stiftungsrats des Swiss Finance Institute und seit 2010 Verwaltungsratsmitglied der Handelskammer Zürich.



Robert S. Shafir
 Jahrgang 1958
 Amerikanischer
 Staatsangehöriger

Robert Shafir leitet die Division Private Banking & Wealth Management gemeinsam mit Hans-Ulrich Meister und ist für den Geschäftsbereich Private Banking & Wealth Management Products verantwortlich. Ausserdem ist er CEO der Region Nord- und Südamerika. Robert Shafir ist seit August 2007 Mitglied der Geschäftsleitung.

Von 2008 bis 2012 war er CEO der Asset Management Division. Er bekleidete von 2008 bis 2010 die Position des CEO für die Region Nord- und Südamerika und wurde 2012 erneut in diese Position berufen. Robert Shafir kam 2008 von Lehman Brothers zur Credit Suisse. Während seiner 17-jährigen Tätigkeit bei Lehman Brothers war er unter anderem Leiter of Equities und Mitglied des Executive Committee. Zu seinen Führungspositionen gehörten ausserdem Head of European Equities und Global Head of Equities Trading. Er spielte ferner eine Schlüsselrolle beim Ausbau des Aktienbereichs von Lehman Brothers zu einem globalen, institutionell orientierten Geschäft. Davor arbeitete Robert Shafir bei Morgan Stanley im Bereich Vorzugsaktien innerhalb der Fixed Income Division.

Er schloss sein Wirtschaftsstudium 1980 am Lafayette College, Pennsylvania, mit einem BA ab und erlangte 1984 einen MBA an der Columbia University, Graduate School of Business, New York.

Robert Shafir ist im Verwaltungsrat der Cystic Fibrosis Foundation und der Dwight School Foundation.



Pamela A. Thomas-Graham
 Jahrgang 1963
 Amerikanische
 Staatsangehörige

Pamela Thomas-Graham ist seit Januar 2010 Chief Talent, Branding and Communications Officer und Mitglied der Geschäftsleitung.

Bevor sie zur Gruppe stiess, war Pamela Thomas-Graham von 2008 bis 2010 als Managing Director bei der Private-Equity-Gruppe Angelo, Gordon & Co., einem in New York ansässigen Investment Manager, tätig. Davor war sie von 2005 bis 2008 Group President bei Liz Claiborne Inc., einem Grosshandelsgeschäft für Damenbekleidung. Von 1999 bis 2005 arbeitete Pamela Thomas-Graham bei NBC, wo sie Vorsitzende und Geschäftsführerin von CNBC Television und Leiterin von CNBC International war. Zudem war sie Vorsitzende und Geschäftsführerin von CNBC.com. Von 1989 bis 1999 war Pamela Thomas-Graham bei der Beratungsfirma McKinsey & Company tätig.

Pamela Thomas-Graham erwarb 1985 an der Harvard University, Cambridge/Massachusetts, einen BA in Wirtschaft, schloss 1989 in Rechtswissenschaften an der Harvard Law School ab und erlangte 1989 einen MBA der Harvard Business School.

Pamela Thomas-Graham ist Mitglied des Verwaltungsrats der Clorox Company sowie Mitglied des Board of Governors der Parsons School of Design. Sie ist auch Mitglied des Council on Foreign Relations, des Economic Club New York, des Trustees Education Committee des Museum of Modern Art und des Business Committee des Metropolitan Museum of Art. Ausserdem ist sie Mitglied des Verwaltungsrats der New York Philharmonic.



Eric M. Varvel
Jahrgang 1963
Amerikanischer
Staatsangehöriger

Eric Varvel leitet die Division Investment Banking gemeinsam mit Gaël de Boissard und ist für den Geschäftsbereich Equities & Investment Banking verantwortlich. Ausserdem ist er CEO der Region Asien-Pazifik. Eric Varvel ist seit Februar 2008 Mitglied der Geschäftsleitung.

Von 2010 bis 2012 war er CEO im Investment Banking und fungierte als «Acting CEO» von September 2009 bis Juli 2010. Von 2008 bis 2010 war Eric Varvel CEO der Region EMEA. Vor seiner Berufung in die Geschäftsleitung im Jahr 2008 war er als Co-Leiter des Bereichs Global Investment Banking und Leiter der Global Markets Solutions Group in der Division Investment Banking der Credit Suisse in New York tätig. Davor hatte er während über 15 Jahren in der Region Asien-Pazifik verschiedene Führungspositionen inne, darunter Leiter Investment Banking and Emerging Markets Coverage für Asien-Pazifik (ohne Japan) und Leiter Fixed Income Sales and Corporate Derivative Sales. In dieser Zeit war Eric Varvel in Tokio, Jakarta und Singapur tätig.

Eric Varvel stiess 1990 zur Credit Suisse. Zuvor war er als Analyst bei Morgan Stanley im Bereich Investment Banking in New York und Tokio tätig.

Eric Varvel besitzt einen BA in Business Finance der Brigham Young University, Utah.

Seit 2010 ist er Verwaltungsratsmitglied der Börse von Katar.

Zusätzliche Informationen

Kontrollwechsel und Abwehrmassnahmen

Angebotspflicht

Vorbehältlich anders lautender Statutenbestimmungen ist jeder, der direkt, indirekt oder in gemeinsamer Absprache mit Dritten $33\frac{1}{3}\%$ oder mehr der Stimmrechte einer kotierten Gesellschaft – ob ausübbar oder nicht – erwirbt, verpflichtet, ein Angebot für alle kotierten Beteiligungspapiere dieser Gesellschaft zu unterbreiten. Die Statuten der Credit Suisse Group AG enthalten keine anderslautende Bestimmung. Die Schweizerische Übernahmekommission oder die FINMA können unter bestimmten Umständen Ausnahmen von der Angebotspflicht gewähren. Wird keine Ausnahme gewährt, muss ein entsprechendes Angebot gemäss den Vorschriften im BEHG und den ausführenden Verordnungen unterbreitet werden.

Kontrollwechselklauseln

Mit Ausnahme einiger Bestimmungen in den Mitarbeiterbeteiligungsplänen, die es dem Compensation Committee oder dem Verwaltungsrat erlauben, Entscheidungen über bereits zugeleitete Ansprüche auf Aktien für alle Mitarbeitenden für den Fall eines Wechsels der Kontrolle über das Unternehmen zu treffen, bestehen keine anderen Klauseln in Vereinbarungen oder anderen Dokumenten, die für den Fall eines Kontrollwechsels Mitgliedern des Verwaltungsrats, der Geschäftsleitung oder anderen Mitgliedern des Senior Management ausserordentliche Vorteile verschaffen. Namentlich bestehen für solche Fälle keine vertraglich vereinbarten Abgangsentschädigungen.

Bei einem Kontrollwechsel würden die ausstehenden Ansprüche aller Mitarbeitenden einschliesslich der Mitglieder der Geschäftsleitung durch das Compensation Committee oder den Verwaltungsrat festgelegt. Ferner sehen die Arbeitsverträge mit Mitgliedern der Geschäftsleitung keinerlei Zahlungen von ausserordentlichen Vorteilen vor, welche durch einen Kontrollwechsel ausgelöst würden. Dies gilt auch für spezielle Abgangsentschädigungen

Interne und Externe Revision

Die Revisionstätigkeit ist ein wichtiger Bestandteil der Corporate Governance bei der Gruppe. Sowohl Interne wie Externe Revision haben eine Schlüsselfunktion inne, indem sie unabhängige Einschätzungen der Geschäftsabläufe und des internen Kontrollsystems der Gruppe abgeben.

Interne Revision

Die Interne Revision der Credit Suisse besteht aus rund 260 Mitarbeitenden. Seit November 2012 amtiert Martyn Scrivens als Leiter Interne Revision und Nachfolger des altershalber aus der Gruppe zurückgetretenen Heinz Leibundgut. Als Leiter der

Internen Revision ist Martyn Scrivens direkt dem Vorsitzenden des Audit Committee unterstellt.

Die Interne Revision ist eine unabhängige und objektive Prüf- und Beratungstätigkeit, deren Ziel es ist, Mehrwert zu schaffen und die Geschäftsprozesse der Gruppe zu verbessern. Mit ihrem systematischen und konsequenten Ansatz bewertet und verbessert sie die Effizienz und Wirksamkeit des Risikomanagements sowie der Kontroll- und Entscheidungsprozesse.

Die Interne Revision ist verantwortlich für die periodische Durchführung von Revisionen im Rahmen der vom Audit Committee genehmigten Revisionsbestimmungen. Die Interne Revision beurteilt in regelmässiger und unabhängiger Weise die Risiken der einzelnen Geschäftstätigkeiten und berücksichtigt dabei Branchenentwicklungen, strategische und organisatorische Entscheidungen, Best Practice sowie regulatorische Fragen. Anhand der Ergebnisse ihrer Beurteilung erstellt die Interne Revision zuhanden des Audit Committee detaillierte jährliche Revisionsziele, definiert die Schwerpunkte ihrer Revisionstätigkeit und beantragt die dafür benötigten Ressourcen.

Im Bemühen um Best Practice vergleicht die Interne Revision ihre Methoden und Instrumente regelmässig mit denjenigen vergleichbarer Unternehmen. Die zuständigen Managementteams sowie der Präsident des Verwaltungsrats und der Vorsitzende des Audit Committee erhalten regelmässig einzelne Berichte beziehungsweise Zusammenfassungen von Berichten. Der Leiter der Internen Revision erstattet dem Audit Committee mindestens vierteljährlich Bericht über seine Feststellungen. Die Interne Revision koordiniert ihre Aktivitäten mit der Tätigkeit der externen Revisionsgesellschaft, um den Gesamtnutzen zu erhöhen.

Externe Revision

Unsere Revisionsstelle ist die KPMG AG (KPMG), Badenerstrasse 172, 8004 Zürich, Schweiz. Das Revisionsmandat wurde der KPMG erstmals für das Geschäftsjahr 1989/1990 erteilt. Die leitenden externen Revisoren sind Anthony Anzolino, Global Lead Partner (seit 2012), Simon Ryder, Group Engagement Partner (seit 2010), und Mirko Liberto, Leading Bank Auditor (seit 2012).

Zusätzlich haben wir die BDO AG, Fabrikstrasse 50, 8031 Zürich, Schweiz, als besondere Revisionsstelle für die Abgabe von rechtlich verlangten, besonderen Prüfungsbestätigungen vor allem im Zusammenhang mit der Bewertung von Gesellschaften im Fall von qualifizierten Kapitalerhöhungen unter Einbezug von Sacheinlagen gemäss Art. 652f des Schweizerischen Obligationenrechts gewählt.

Das Audit Committee überwacht und genehmigt die Honorare, die die KPMG für ihre Dienstleistungen erhält.

An externe Revisionsstelle bezahlte Honorare

	2012	2011	Veränderung in %
An externe Revisionsstelle bezahlte Honorare (in Mio. CHF)			
Revisionsdienstleistungen ¹	39.7	40.3	(1)
Revisionsnahe Dienstleistungen ²	6.5	7.0	(7)
Dienstleistungen im Steuerbereich ³	5.6	6.9	(19)

¹ Die Honorare für Revisionsdienstleistungen umfassen die integrale Revision der konsolidierten und statutarischen Jahresrechnungen der Gruppe, die prüferische Durchsicht von Zwischenberichten sowie Bestätigungs- und Einverständniserklärungen. Weiter sind darin alle Dienstleistungen für Prüfungen und Bescheinigungen in Bezug auf die aufsichtsrechtlichen Berichterstattungen der Gruppe und ihrer Tochtergesellschaften enthalten. ² Revisionsnahe Dienstleistungen umfassen hauptsächlich: (i) Berichte im Zusammenhang mit der Einhaltung oder der Berechnung vertraglicher Vereinbarungen; (ii) Beratung zur Rechnungslegung; (iii) Prüfung von Private-Equity-Fonds und Vorsorgeplänen; und (iv) aufsichtsrechtliche Beratungsdienstleistungen. ³ Dienstleistungen im Steuerbereich betreffen die Einhaltung des Steuerrechts sowie Beratungsdienstleistungen, einschliesslich: (i) die Erstellung und/oder Prüfung von Steuererklärungen der Gruppe und ihrer Tochtergesellschaften; (ii) die Unterstützung bei Steuerprüfungen und Steuerrekursen; sowie (iii) Bestätigungen bezüglich des Qualified Intermediary Status der Gruppengesellschaften.

Vertreter der KPMG nehmen an allen Sitzungen des Audit Committee teil. An jeder Sitzung berichtet die KPMG über die Resultate ihrer Revisionsstätigkeiten. Das Audit Committee genehmigt jedes Jahr den Revisionsplan der KPMG und beurteilt die Leistung der KPMG und ihrer leitenden Prüfer. Das Audit Committee empfiehlt dem Verwaltungsrat die Ernennung oder den Ersatz der Revisionsgesellschaft, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Generalversammlung.

Die KPMG erstattet dem Audit Committee mindestens einmal jährlich Bericht über ihre Unabhängigkeit. Das Audit Committee hat ausserdem eine Richtlinie über die Verpflichtung von Revisionsgesellschaften erlassen, welche eine angemessene Unabhängigkeit der externen Revisionsgesellschaft gewährleisten soll. Die Richtlinie beschränkt die Kategorien von Aufgaben, welche die externe Revisionsstelle für uns oder eine unserer Tochtergesellschaften im Zusammenhang mit ihrer Revision erbringen darf, und nennt bestimmte zulässige Arten von Dienstleistungen ausserhalb des Revisionsmandats, insbesondere revisionsnahe Dienstleistungen, Dienstleistungen im Steuerbereich oder übrige Dienstleistungen, soweit sie vom Audit Committee zum Voraus bewilligt wurden. Alle übr-

gen Dienstleistungen müssen vom Audit Committee einzeln bewilligt werden. Wie in vergangenen Jahren wurden alle der KPMG im Laufe des Jahres 2012 ausserhalb der Revision erteilten Mandate gemäss dieser Richtlinie bewilligt. Die KPMG muss dem Audit Committee regelmässig über den Umfang der ihr erteilten Mandate und der damit verbundenen Honorare berichten.

Gebühren im Zusammenhang mit American Depositary Shares

Gebühren und Belastungen für ADS-Halter

Im Einklang mit den Bestimmungen der Depotvereinbarung (Deposit Agreement) kann die Deutsche Bank Trust Company Americas als ADS-Depotinstitut die ADS-Halter direkt oder indirekt mit Gebühren bis zur Höhe der unten aufgeführten Beträge belasten. Nach einem Ausschreibungsverfahren verlängerte die Gruppe mit der Unterzeichnung eines Engagement Letter im Juni 2011 das Mandat der Deutsche Bank Trust Company Americas als Depotinstitut um weitere fünf Jahre.

Gebühren und Belastungen für ADS-Halter

Gebühren

USD 5 (oder weniger) pro 100 ADS (oder ein Teil davon)	Für die Ausgabe von ADS, einschliesslich Ausgaben von Aktienausschüttungen, Aktiendividenden, Aktiensplits und sonstigem Eigentum; für ADS-Ausgaben aufgrund der Ausübung von Rechten; und für die Einreichung von Aktien zur Vernichtung und für die Rücknahme von Aktien.
USD 2 pro 100 ADS	Für jede Barausschüttung an eingetragene ADS-Eigentümer, wie auch beim Verkauf von Rechten oder anderen Ansprüchen.
Registrierungs- oder Übertragungsgebühren	Für die Übertragung und Eintragung der Aktien in unser Aktienregister an die/von der Depotstelle oder ihres Agenten, wenn der Eigentümer Aktien entnimmt oder hinterlegt.

Spesen

Aufwendungen der Depotstelle	Für Kabel, Telex und Fax-Übermittlungen (falls ausdrücklich im Depotvertrag vorgesehen); und für den Wechsel von Fremdwährung in US-Dollar.
Steuern und sonstige staatliche Abgaben	Bezahlt nach Bedarf an die Depotstelle oder die Depotbank, welche bestimmte Spesen auf ADS oder auf der ADS zugrunde liegenden Aktien bezahlen, beispielsweise Aktienübertragungssteuern, Stempelsteuer oder allfällige Zinsen oder Strafen.
Sonstige Spesen	Bezahlt nach Bedarf an die Depotstelle oder ihre Agenten für die Verwaltung der hinterlegten Aktien.

Das Depotinstitut holt seine Gebühren für die Lieferung und den Verzicht von ADS direkt bei den Investoren ein, welche Aktien deponieren oder auf ADS verzichten zwecks Auslösung, oder von Drittparteien, welche in deren Auftrag handeln. Das Depotinstitut holt Gebühren für die Verteilung an Halter ein durch Abzug dieser Gebühren vom zu verteilenden Betrag oder durch Verkauf eines Anteils des verteilbaren Eigentums zwecks Zahlung der Gebühren. Das Depotinstitut kann die Erbringung gebührenpflichtiger Leistungen grundsätzlich bis zur erfolgten Bezahlung dieser Leistungen verweigern.

Zahlungen des Depotinstituts an die Gruppe

Im Jahr 2012 hat das Depotinstitut USD 49 179 für NYSE-Kotierungsgebühren an die Gruppe gezahlt. Im Rahmen des neuen Mandatvertrags mit der Gruppe hat sich das Depotinstitut verpflichtet, im Jahr 2012 und danach bestimmte Zahlungen an die Gruppe zu leisten. Im Jahr 2012 beliefen sich diese Gebühren auf USD 1 200 000 für Aufwendungen im Zusammenhang mit dem American Depositary Receipt Program. Das Depotinstitut hat zudem vertraglich zugesichert, bestimmte Dienstleistungen in Bezug auf das ADS-Programm kostenfrei zu erbringen.

Unter bestimmten Umständen, einschliesslich der Abberufung des Depotinstituts oder der Einstellung des ADS-Programms

durch die Gruppe, ist die Gruppe verpflichtet, bestimmte an die Gruppe gezahlte Beträge zurückzuzahlen und das Depotinstitut für geleistete Zahlungen oder für im Namen der Gruppe erbrachte Dienstleistungen zu entschädigen.

Liquidation

Nach Schweizer Recht und gemäss ihren Statuten kann die Gesellschaft jederzeit durch Beschluss der Generalversammlung aufgelöst werden. Ein entsprechender Beschluss bedarf:

- einer qualifizierten Mehrheit von mindestens drei Vierteln der an der Generalversammlung abgegebenen Stimmen im Falle einer Auflösung durch Liquidation; und
- einer qualifizierten Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der vertretenen Stimmen sowie einer absoluten Mehrheit des Nennwerts der an der Generalversammlung vertretenen Aktien in sonstigen Fällen.

Eine Auflösung durch gerichtliche Verfügung ist im Falle eines Konkurses möglich. Nach Schweizer Recht werden Überschüsse, die aus einer Liquidation (nach Begleichung aller Forderungen aller Gläubiger) hervorgehen, unter die Aktionäre im Verhältnis des einbezahlten Nennwerts der von ihnen gehaltenen Aktien verteilt.

Vergütung

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre

Wir freuen uns, Ihnen unseren Vergütungsbericht für das Berichtsjahr 2012 vorzulegen, für den wir um Ihre Zustimmung bei der Konsultativabstimmung an der Generalversammlung ersuchen.

Wir treten für eine verantwortungsbewusste und leistungsbezogene Unternehmenskultur ein, die Fortschritte bei unseren Bestrebungen belohnt, die Position der Credit Suisse als führende integrierte Bank zu festigen. Gleichzeitig wollen wir den Interessen der Mitarbeitenden und Aktionäre in angemessener Weise Rechnung tragen.

Im Jahr 2012 konzentrierten wir uns auf die Überprüfung und Überarbeitung des Vergütungssystems unserer Geschäftsleitung. Zu diesem Zweck baten wir verschiedene unserer Aktionäre um ihre Kommentare zur bestehenden Vergütungsstruktur der Credit Suisse. Im Zentrum standen dabei die Vergütung der obersten Führungskräfte sowie grundsätzliche Fragen zum angemessenen Verhältnis zwischen Vergütung und Unternehmenserfolg im Finanzsektor. Basierend auf unseren Analysen haben wir für Mitglieder der Geschäftsleitung folgende Anpassungen beschlossen:

- Einführung individueller Zielgrössen für die Vergütung der Geschäftsleitungsmitglieder mit der Massgabe, dass eine marktgerechte Vergütung die Erreichung anspruchsvoller Leistungsziele voraussetzt;
- Einführung von Obergrenzen für die Vergütung, die den Geschäftsleitungsmitgliedern unter der Voraussetzung zuerkannt werden kann, dass die gesetzten Leistungsziele deutlich übertroffen worden sind. Die Obergrenzen werden in der Höhe so festgelegt, dass sie, einen Leistungsanreiz bieten, aber immer noch im Bereich marktüblicher Vergütung liegen;
- Trennung der Zuteilung von kurz- und langfristigen Elementen der jährlichen variablen Vergütung, wobei die kurzfristigen Incentive Awards die Leistungen der Geschäftsleitungsmitglieder im jeweils abgelaufenen Geschäftsjahr honorieren und mögliche negative Geschäftsentwicklungen in den Folgejahren durch Wertabschläge (Clawback) sanktionieren; und

- Einführung eines neuen langfristigen Incentive Awards der zu hervorragenden Leistungen motivieren soll und an das Erreichen anspruchsvoller, klar definierter quantitativer Ziele gebunden ist.

Die Einführung des neuen langfristigen Incentive Awards unterstreicht, dass wir einer leistungsabhängigen Bezahlung verpflichtet sind, die auf die langfristige und nachhaltige Schaffung von Mehrwert für die Aktionäre ausgerichtet ist. Die Empfänger erhalten den vollen Wert der über fünf Jahre aufgeschobenen Ansprüche nur, wenn während der gesamten Fünfjahresfrist klar definierte und transparente Leistungskriterien erfüllt werden. Diese sind an die relative Aktienrendite (Total Shareholder Return) sowie die Eigenkapitalrendite (ROE) gebunden. Die Zielgrössen und Obergrenzen stellen sicher, dass sich die den einzelnen Geschäftsleitungsmitgliedern zugeteilten kurz- und langfristigen variablen Vergütungsbestandteile innerhalb des Rahmens bewegen, den das Compensation Committee als für die jeweilige Funktion angemessen betrachtet.

Ein erheblicher Teil der variablen Vergütung entfällt weiterhin auf aufgeschobene aktienbasierten Ansprüche. Damit erfüllen wir Auflagen der Aufsichtsbehörden und tragen dazu bei, die Interessen von Mitarbeitenden und Aktionären in Einklang zu bringen. Im Hinblick auf die verschärften regulatorischen Vorgaben sah unser Kapitalplan in den letzten beiden Jahren die Ausgabe neuer Aktien zur Deckung aktienbasierter Vergütungsansprüche vor. Uns ist bewusst, dass daraus eine gewisse Verwässerung für unsere Aktionäre resultiert. Wir beabsichtigen deshalb, zu unserer früheren Praxis zurückzukehren und uns zur Erfüllung unserer Verpflichtungen am Markt einzudecken, sobald unsere «Look-through Swiss Core Capital Ratio» das Ziel von 10% übersteigt.

Während wir uns im Jahr 2012 auf die Vergütung der Geschäftsleitung konzentriert haben, werden wir in diesem Jahr die Vergütungsstrukturen für die übrigen Mitarbeitererebenen einer eingehenden Überprüfung unterziehen. Im Vordergrund stehen dabei das Verhältnis zwischen bargeld- und aktienbasierten Anteilen der aufgeschobenen Vergütung sowie die für die jeweiligen Vergütungspläne gültigen Leistungskriterien. Gleichzeitig werden wir unsere Vergütungspraxis an veränderte aufsichtsrechtliche Vorgaben anpassen. Das schliesst die kürzlich in der Schweiz durch Volksabstimmung angenommene Initiative ein, die den Aktionären u.a. grösseren Einfluss auf die Festlegung der Bezüge des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung einräumt, sowie die in der EU vorgesehenen Restriktionen hinsichtlich der Beziehung zwischen fixer und variabler Vergütung. Darüber hinaus gilt unser besonderes Augenmerk der Verteilung des von der Credit Suisse erzielten wirtschaftlichen Erfolges zwischen Aktionären und Mitarbeitenden mit dem erklärten Ziel, zukünftig ein ausgewogenes Verhältnis zu erreichen.

Das Compensation Committee bestätigt, dass dieser Bericht die Art und Weise, wie es die Vergütung für das Jahr 2012 überprüft und festgelegt hat, korrekt widerspiegelt und den spezifischen Vorschriften der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht zur Offenlegung der Vergütung gerecht wird. Die Tätigkeit des Compensation Committee erfolgte in Übereinstimmung mit seinem Mandat gemäss dem Organisations- und Geschäftsreglement der Credit Suisse und dem Reglement des Compensation Committee.

Aziz R.D. Syriani
Vorsitzender des Compensation Committee
Mitglied des Verwaltungsrats

März 2013

Vergütungsbericht 2012 – Überblick

Im vorliegenden Vergütungsbericht beschreiben wir unseren Vergütungsansatz und legen die Vergütung für 2012 offen. Der Vergütungsbericht ist in die folgenden Unterkapitel gegliedert:

- Prozesse zur Festlegung der Vergütung;
- Vergütung der Geschäftsleitung;
- Vergütung des Verwaltungsrats; und
- Gesamtvergütung für die Gruppe.

Die Gruppe ist einer fairen, ausgewogenen und leistungsbezogenen Vergütungspraxis verpflichtet, welche die langfristigen Interessen von Mitarbeitenden und Aktionären in Einklang bringt.

Wie in vergangenen Jahren zeigten Aktionäre auch 2012 ein reges Interesse an der Vergütungsstruktur und -praxis für leitende Angestellte in Banken. Die Gruppe trug den Anregungen der Aktionäre sowie der Entwicklung der Vergütungspraxis innerhalb unserer Branche Rechnung und nahm bedeutende Veränderungen am Vergütungsansatz für Mitglieder der Geschäftsleitung vor. Hierzu zählen die Einführung von individuellen Zielgrößen und Obergrenzen für die Vergütung der Geschäftsleitungsmitglieder sowie eine neue Struktur für Incentive-Award-Pläne (leistungsbezogene Vergütung). Neu bestehen diese aus Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung, einem kurzfristigen Incentive Award (STI-Award), der über einen Zeitraum von drei Jahren übertragen wird, sowie einem separaten langfristigen Incentive Award (LTI-Award), der im Verlauf von fünf Jahren übertragen wird. STI-Awards sind aufgeschobene aktienbasierte Ansprüche, die im Falle eines negativen Geschäftsergebnisses einem Wertabschlag unterliegen. LTI-Awards sind aufgeschobene Baransprüche, deren Auszahlung davon abhängt, ob die Gruppe spezifische, vorab festgelegte, anspruchsvolle Ziele bezüglich dem Relative Total Shareholder Return (RTSR) und der bereinigten Eigen-

kapitalrendite (ROE) erfüllt. Für Mitglieder der Geschäftsleitung gelten weiterhin die Mindestanforderungen für das Halten von Aktien der Gruppe, und ihre Verträge enthalten keine Bestimmungen, nach denen im Falle einer Kündigung Sonderzahlungen und sonstige Leistungen zu gewähren sind.

Für Mitarbeitende, die nicht der Geschäftsleitung angehören, entspricht die Vergütungsstruktur für das Jahr 2012 weitgehend der Struktur des Vorjahres. Wie in der Vergangenheit und in Übereinstimmung mit den Erwartungen der Aufsichtsbehörden haben wir einen substanziellen Anteil der aufgeschobenen variablen Vergütung in Form von aktienbasierten Ansprüchen zugeteilt. Die Aktienansprüche entsprechen in der Ausgestaltung denjenigen des Jahres 2011. Alle aktienbasierten Ansprüche werden über drei Jahre übertragen, und ein Teil der Ansprüche, die Managing Directors und bestimmten anderen Mitarbeitergruppen gewährt wurden, unterliegen einer Wertanpassung (Clawback) im Falle einer negativen Performance. Eine weitere aufgeschobene variable Vergütung wurde in Form von Plus Bonds gewährt, einem neuen Plan, der in erster Linie an Managing Directors und Directors der Division Investment Banking zugeteilt wurde. Plus Bonds, die an ein Portfolio von Asset-backed-Securities gekoppelt sind, die aus der Division Investment Banking stammen und von dieser auch weiter verwaltet werden. Plus Bonds sind auch vor dem Hintergrund der Kapitalstrategie der Gruppe und der für sie geltenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen zu sehen, stellt doch deren Zuteilung eine Risikoübertragung von der Gruppe auf die Plus-Bond-Inhaber dar und trägt somit zur Reduzierung der risikogewichteten Aktiven der Gruppe bei. Managing Directors und Directors der Division Investment Banking erhielten aus Barmitteln bestehenden Teil ihrer variablen Vergütung in Form von Baransprüchen mit Verfügungsbeschränkungen (Restricted Cash Awards). Hierbei handelt es sich um Barzahlungen, die aber unter bestimmten Kündigungsumständen zurückzuzahlen sind.

Vergütungskonzept 2012 für die Geschäftsleitung

Verantwortlich

- Einführung individueller Ziele und Obergrenzen
- Ziele/Obergrenzen ausgedrückt als Vielfaches des Basissalärs pro Vergütungsplan
- Gesamter Poolumfang auf 2,5% des Reingewinns der Gruppe begrenzt

Langfristige Ausrichtung

- Trennung zwischen kurz- und langfristigen Incentive Award-Plänen
- Neue langfristige Incentive Awards, die über fünf Jahre nach Zuteilung übertragen werden

Leistungsorientiert

- Die einzelnen Awards hängen von gewichteten Leistungsbeurteilungen ab: auf Basis des Erfolgs der Gruppe, der Division und der individuellen Leistung
- Kurzfristige Incentive Awards mit Wertabschlag (Clawback) bei negativer Geschäftsentwicklung
- Relative Total Shareholder Return und Eigenkapitalrendite als explizite Leistungskriterien für die Übertragung bei langfristigen Incentive Awards

2012 betrug der Personalaufwand der Gruppe CHF 12,5 Mia., was einem Rückgang von 5% gegenüber 2011 entspricht. Der Grund hierfür sind geringere Lohn- und Gehaltsaufwendungen infolge des im Berichtsjahr niedrigeren Personalbestands. Die Gesamtvergütung für 2012 belief sich auf insgesamt CHF 11,6 Mia. und hat sich somit gegenüber 2011 um 1,5% verringert. Die variable Vergütung (einschliesslich der leistungsbezogenen Vergütung an die Geschäftsleitung) für 2012 belief sich auf CHF 3,4 Mia., von denen 35% auf Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung und 65% auf aufgeschobene Ansprüche entfielen.

In der variablen Vergütung für 2012 widerspiegeln sich die im Vorjahresvergleich besseren bereinigten Ergebnisse der Gruppe.

Der bereinigte Vorsteuergewinn der Gruppe stieg um 111% von CHF 2,4 Mia. im Jahr 2011 auf CHF 5,0 Mia. 2012, und die bereinigte Eigenkapitalrendite des Jahres 2012 betrug 10% verglichen mit 5,5% im Jahr 2011. Die bereinigten Ergebnisse sind Nicht-GAAP-Finanzkennzahlen, die anders als unsere ausgewiesenen Ergebnisse Auswirkungen von Veränderungen der eigenen Kreditrisikoprämien und bestimmte weitere wichtige Posten nicht berücksichtigen. Bei Einbezug dieser signifikanten nicht-operativen Posten, von denen die grösste Fair-Value-Verluste auf eigene Verbindlichkeiten von CHF 2,9 Mia. aufgrund von Verbesserungen unserer eigenen Kreditrisikoprämien ausmachen, beträgt unser ausgewiesener Vorsteuergewinn (Kernergebnis) für 2012 CHF 1,9 Mia. gegenüber CHF 2,7 Mia. im Vorjahr, während die ausgewiesene Eigenkapitalrendite bei 3,9% gegenüber 6,0% im Jahr 2011 liegt. Für das Compensation Committee geben die bereinigten Ergebnisse gegenüber den ausgewiesenen Ergebnissen ein präziseres Bild der operativen Leistung der Gruppe. Als bedeutendster Posten des bereinigten Ergebnisses verhalten sich die Fair-Value-Gewinne/(Verluste) auf eigene Verbindlichkeiten umgekehrt zu den Veränderungen unserer eigenen Kreditrisikoprämien: Sie generieren Gewinne, wenn sich die Kreditrisikoprämien ausweiten, und Verluste, wenn sich die Kreditrisikoprämien verengen.

► Siehe «Überleitung der bereinigten Ergebnisse» in Vergütung der Geschäftsleitung – Leistungsbeurteilung 2012 für die Gegenüberstellung der bereinigten Ergebnisse und der US-GAAP-Kennzahlen sowie für andere entsprechende Offenlegungen.

Die leistungsbezogene Vergütung der Mitglieder der Geschäftsleitung für das Jahr 2012 belief sich auf CHF 13,6 Mio. in Form von Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung, CHF 21,0 Mio. in Form von STI-Ansprüchen sowie CHF 15,4 Mio. in Form von LTI-Ansprüchen. Die durchschnittliche leistungsbezogene Vergütung der Mitglieder der Geschäftsleitung im Jahr 2012 betrug CHF 1,1 Mio. in Form von Barver-

gütung ohne Verfügungsbeschränkung, CHF 1,7 Mio. in Form von STI-Ansprüchen sowie CHF 1,3 Mio. in Form von LTI-Ansprüchen. 2012 belief sich die leistungsbezogene Vergütung des CEO auf CHF 0.5 Mio. an Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung, CHF 2,5 Mio. in Form eines STI-Anspruchs und CHF 2,0 Mio. in Form eines LTI-Anspruchs. Die leistungsbezogene Vergütung, die 2012 der Geschäftsleitung und dem CEO zugeteilt wurde, berücksichtigt das verbesserte bereinigte Ergebnis der Gruppe, die bedeutende Stärkung der Kapitalbasis sowie die deutlichen Fortschritte, bei der Anpassung der Geschäftstätigkeit und des Unternehmens an die neuen regulatorischen Anforderungen, die sich verändernden Kundenbedürfnisse und das aktuelle Marktumfeld.

Prozesse bezüglich Festlegung der Vergütung

Vergütungsziele

Für den langfristigen Erfolg der Gruppe ist eine umfassende Personalstrategie von grösster Bedeutung, um fähige Mitarbeiter zu rekrutieren, zu vergüten und zu motivieren. In unserer Personalstrategie stellt die Vergütung eine Schlüsselkomponente dar, die darauf abzielt, die Interessen der Mitarbeitenden und jene der Aktionäre in Einklang zu bringen. Die Gruppe strebt verantwortungsbewusste Vergütungspraktiken und -pläne an, die auf eine faire, marktgerechte und leistungsbezogene Vergütung ausgerichtet sind und gleichzeitig prinzipienstarkes Verhalten und Handeln fördern. Es ist unser Ziel, für eine Vergütungspolitik zu sorgen, die:

- ein leistungsorientiertes Umfeld fördert, das herausragende Leistungen sowohl kurzfristig als auch langfristig belohnt und das den Werten unseres Unternehmens entspricht;
- es der Gruppe erlaubt, Mitarbeitende, die ihre Ziele integer und fair verfolgen zu rekrutieren und zu binden;
- ein ausgewogenes Verhältnis zwischen fester und variabler Vergütung gewährleistet, das den Stellenwert und die Verantwortung der jeweiligen Funktion der Mitarbeitenden im Tagesgeschäft berücksichtigt und zur Förderung angemessener Verhaltensweisen und Handlungen beiträgt;
- ein angemessenes Risikoverhalten fördert und unsere Compliance- und Kontrollkultur stärkt;
- die Mit- und Zusammenarbeit innerhalb der Gruppe stärkt;
- die Kapitalbasis und den langfristigen Erfolg der Gruppe berücksichtigt und für unsere Aktionäre einen nachhaltigen Mehrwert schafft; und
- regelmässig überprüft und von einem unabhängigen Compensation Committee bestätigt wird.

In Übereinstimmung mit den oben aufgeführten Zielsetzungen verfolgt die Gruppe einen auf einer fixen und variablen Vergütung basierenden Gesamtvergütungsansatz. Die fixe Vergütung beinhaltet das Basissalär, das sich nach Position, Erfahrung, Fähigkeit und Marktpraxis richtet. Die Zuteilung der variablen Vergütung wird jährlich nach dem Ermessen der Gruppe vorgenommen und variiert je nach Ergebnissen der Gruppe, der Division sowie der individuellen Mitarbeiterleistung. Das Verhältnis zwischen fixer und variabler Vergütung hängt von der Position sowie dem Geschäftsbereich und Standort des Mitarbeiters ab und ist ein wesentlicher Aspekt bei der Festlegung der Gesamtvergütung, insbesondere jene der ranghöchsten Mitarbeitenden der Gruppe.

Compensation Committee

Das Compensation Committee des Verwaltungsrats überwacht und steuert die Festlegung der Vergütungspolitik und -praxis sowie die Vergütungspläne innerhalb der Gruppe und hat die Aufgabe, Vergütungsvorschläge zu machen, zu prüfen und dem Verwaltungsrat zur Genehmigung vorzulegen.

Das Compensation Committee besteht aus wenigstens drei unabhängigen Verwaltungsräten. Für das Jahr 2012 waren dies die Verwaltungsräte Aziz R.D. Syriani (Vorsitz), Robert H. Benmosche, Iris Bohnet, Walter B. Kielholz und Jean Lanier. Alle fünf Mitglieder des Compensation Committee wurden in Übereinstimmung mit den Unabhängigkeitskriterien des Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance sowie den Bestimmungen der New York Stock Exchange und der Nasdaq Stock Market vom Verwaltungsrat für unabhängig erklärt.

- ▶ Siehe «Unabhängigkeit» in Corporate Governance – Verwaltungsrat für weitere Informationen darüber, wie die Gruppe die Unabhängigkeit ihrer Verwaltungsräte bestimmt.

Um sicherzustellen, dass die Vergütungsprogramme der Gruppe wettbewerbsfähig bleiben, die Entwicklungen im regulatorischen Umfeld berücksichtigen und im Einklang mit unserer Vergütungspolitik stehen, hat das Compensation Committee zur Unterstützung seiner Arbeit Johnson Associates, Inc., ein global tätiges Beratungsunternehmen, verpflichtet. Johnson Associates, Inc. ist ein von der Gruppe unabhängiges Unternehmen und erbringt über dieses Mandat hinaus keine Dienstleistungen für die Credit Suisse. Das Compensation Committee hat zudem Nobel & Hug zudem als externe Rechtsanwälte verpflichtet. Das Compensation Committee erteilte im Jahr 2012 der in der Schweiz ansässigen Consultingfirma Fehr Advice & Partners AG einen Beratungsauftrag zur Neugestaltung der Vergütung der Geschäftsleitung.

Das Compensation Committee hat mindestens viermal pro Jahr zu tagen, tritt in der Praxis jedoch öfter zusammen. Im

Jahr 2012 hielt das Compensation Committee zehn Sitzungen ab. Der Vorsitzende des Compensation Committee entscheidet über die Teilnahme von Vertretern des Managements, der Vergütungsexperten und des externen Anwalts an den Sitzungen der Kommission. Das Compensation Committee tritt jeweils im Januar zusammen, um in erster Linie die Leistungen der Geschäftsbereiche und der entsprechenden Führung für das vergangene Jahr zu beurteilen und die gesamthaft zu entrichtende Vergütung, die Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats, des CEO und des Leiters der Internen Revision dem Verwaltungsrat zur Genehmigung vorzulegen. Das Compensation Committee überprüft auch die Leistungen der Mitglieder der Geschäftsleitung und bestimmter anderer Mitglieder des Senior Management und legt deren Vergütung fest. Im Rahmen ihrer Leistungsbeurteilung stützt sich die Kommission auf Informationen der internen Kontrollinstanzen der Gruppe, insbesondere Risikomanagement, Legal and Compliance und Interne Revision, um Kontroll- und Compliance-Belange, aber auch allfällige Verstösse gegen massgebliche Grundlagen und Richtlinien oder den Code of Conduct der Gruppe zu berücksichtigen. Das Audit Committee berät das Compensation Committee bezüglich Kontroll- und Compliance-Fragen bei der Leistungsbeurteilung. Es überprüft insbesondere die Auswirkungen auf die empfohlene Höhe der variablen Vergütung von Mitarbeitenden, die Gegenstand eines Disziplinarverfahrens der Gruppe waren. Im Einklang mit dem im Jahr 2011 als Reaktion auf spezifische aufsichtsrechtliche Richtlinien eingeführten Prozess im Zusammenhang mit der Vergütung von Mitarbeitenden, die bei ihrer Tätigkeit Risiken eingehen müssen, überprüft und genehmigt das Compensation Committee auch die Vergütung jener Mitarbeitenden der Gruppe, die kollektiv als erhebliche Risikonehmer und Kaderpersonal in Kontrollstellen (Material Risk Takers and Controllers, MRTC) identifiziert wurden, d. h. der Mitarbeitenden, die das Risikoprofil der Gruppe unter Umständen erheblich beeinflussen können. Das Risk Committee des Verwaltungsrats ist an der Überprüfung von MRTC beteiligt und informiert das Compensation Committee über die Risikoüberlegungen im Zusammenhang mit dem Vergütungsprozess. Der Vorsitzende des Risk Committee und der Vorsitzende des Audit Committee nehmen an der Sitzung des Compensation Committee im Januar teil.

Die folgende Tabelle zeigt die Genehmigungskompetenz in Bezug auf die Bestimmung der Vergütungspolitik und der Festlegung der Vergütung für verschiedene Mitarbeitergruppen, wie im Organisations- und Geschäftsreglement der Gruppe und im Reglement des Compensation Committee festgehalten (vgl. Angaben auf unserer Website unter www.credit-suisse.com/governance).

Genehmigungskompetenz

Genehmigungsraster	Verantwortliche Instanz
Errichtung oder Änderung der Vergütungspolitik der Gruppe	Verwaltungsrat auf Empfehlung des Compensation Committee
Errichtung oder Änderung der Vergütungspläne	Verwaltungsrat auf Empfehlung des Compensation Committee
Festlegung der für die variable Vergütung der Gruppe beziehungsweise der Divisionen zur Verfügung stehenden Gesamtbeträge	Verwaltungsrat auf Empfehlung des Compensation Committee
Vergütung für den Verwaltungsrat (einschliesslich der Vergütung für den Präsidenten) ¹	Verwaltungsrat auf Empfehlung des Compensation Committee
Vergütung des CEO	Verwaltungsrat auf Empfehlung des Compensation Committee
Vergütung für die übrigen Geschäftsleitungsmitglieder	Compensation Committee mit Information an den Verwaltungsrat
Vergütung für den Leiter Interne Revision	Compensation Committee nach Konsultation des Audit-Committee-Vorsitzenden
Vergütung für wesentliche Risikonehmer und Kaderpersonal in Kontrollfunktionen (MRTC)	Compensation Committee
Vergütung für ausgewählte Mitglieder des Managements	Compensation Committee

¹ Im Fall der Vergütung des Präsidenten und der Zusatzhonorare der Ausschussvorsitzenden tritt das betreffende Verwaltungsratsmitglied bei der Entscheidung über seine Vergütung in den Ausstand. Im Fall der übrigen Verwaltungsratsmitglieder enthält die Vergütung ein Basishonorar sowie ein Honorar, das je nach Ausschuss verschieden sein kann. Das Compensation Committee unterbreitet dem Gesamtverwaltungsrat zum Basishonorar und zu den Ausschusshonoraren eine Empfehlung zur Genehmigung.

Im Jahr 2012 genehmigte der Verwaltungsrat auf Empfehlung des Compensation Committee einen neuen Ansatz für die Vergütung der Geschäftsleitung und sprach sich für weitere Anpassungen unserer Vergütungspolitik aus, um sicherzustellen, dass unsere Vergütungspläne sich im Rahmen unserer Mitbewerber bewegen und die Berücksichtigung neuer regulatorischer Vorschriften ermöglichen. Die Schwerpunkte des Compensation Committee im Jahr 2012 waren:

- die Entwicklung und Genehmigung eines neuen Vergütungsansatzes ab dem Jahr 2012 für Mitglieder der Geschäftsleitung, der den zentralen Anliegen der Aktionäre sowie den Best-Practice-Entwicklungen bei vergleichbaren Unternehmen Rechnung trägt;
- der Dialog und die Abstimmung unserer Vergütungspläne mit unseren wichtigsten Aufsichtsbehörden sowie die Beobachtung globaler Markt- und aufsichtsrechtlicher Tendenzen in Bezug auf die von Finanzinstituten gebotene Vergütung;
- die Weiterführung des Austauschs mit Aktionären und Aktionärsgruppen in Bezug auf unsere Vergütungsprozesse und -pläne;
- die mit den aufsichtsrechtlichen Vorgaben in Einklang stehende weitere Verbesserung des Vergütungsprozesses für Risikonehmer; und
- die Erhöhung der Transparenz bei der Offenlegung unserer Vergütung, insbesondere hinsichtlich der Vergütung für Mitglieder der Geschäftsleitung.

Vergütungsreglement

Wir arbeiten mit einem umfassenden Vergütungsreglement, das unsere Vergütungsgrundsätze und -verfahren formell festhält. Gleichzeitig bildet das Vergütungsreglement das Fundament für eine solide Vergütungspraxis, welche den langfristi-

gen strategischen Zielen der Gruppe dient. Dieses Reglement wurde durch den Verwaltungsrat verabschiedet. Unsere Vergütungspolitik entspricht den Vergütungsgrundsätzen der Aufsichtsbehörde der Schweiz, der FINMA, und anderer für uns wichtigen Aufsichtsbehörden und gilt für sämtliche Mitarbeitenden und Vergütungspläne der Gruppe. Das Vergütungsreglement wird in regelmässigen Abständen auf den neuesten Stand gebracht; sämtliche Überarbeitungen sind durch den Verwaltungsrat zu genehmigen. Zur Erfüllung der Anforderungen der Aufsichtsbehörden, insbesondere die der US-amerikanischen Federal Reserve (Fed), haben wir unsere Richtlinien für MRTC und bestimmte andere Mitarbeitende in den USA 2012 durch klarer strukturierte und dokumentierte Verfahrensweisen für die Gewährung variabler Vergütung für die betreffenden Mitarbeitenden ergänzt. Die Überarbeitungen enthalten Richtlinien für die Festsetzung risikobereinigter Vergütung und setzen Schulungen für alle Vorgesetzten von Risikonehmern voraus, die Verantwortung im Bereich der Vergütungsempfehlungen tragen. Darüber hinaus beinhalten die Richtlinien Clawback-Bestimmungen, die Wertabschläge von Vergütung bewirken können. Das Vergütungsreglement der Gruppe ist auf unserer Website unter www.credit-suisse.com/compensation verfügbar.

Das Vergütungsreglement umfasst auch die Umsetzungsrichtlinien, die den Führungskräften und Mitarbeitenden eine ausführliche Beschreibung unserer Grundsätze, Programme und definierten Standards und Prozesse im Zusammenhang mit der Entwicklung, Handhabung, Umsetzung und Governance unseres Vergütungsansatzes bieten. Die Umsetzungsrichtlinien und Richtlinien für Risikonehmer sind intern veröffentlicht und können von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eingesehen werden.

Auswirkungen der Regulierung auf die Vergütung

Zahlreiche Aufsichtsbehörden in aller Welt, die für die Gruppe relevant sind, richteten auch 2012 ihr Augenmerk auf die Vergütung, darunter auch die FINMA. Die Anforderungen der FINMA gelten für die Gruppe weltweit, während die Anforderungen der anderen Aufsichtsbehörden im Allgemeinen nur in Bezug auf die Geschäftstätigkeiten der Gruppe am jeweiligen Standort Geltung haben. Mehrere Aufsichtsbehörden, darunter die Regulatoren in den USA, der EU und in Grossbritannien, haben Vorschriften erlassen, die von den Grundsätzen, die im Rundschreiben «Vergütungssysteme» der FINMA dargelegt sind und denen unsere Vergütungspläne weltweit Rechnung tragen, abweichen. Bei abweichenden Rechtsvorschriften passen wir unsere lokalen Vergütungspläne an, sodass die lokalen Vorschriften eingehalten werden. In der Regel führt dies zu zusätzlichen Bestimmungen, Konditionen und Verfahren, die an den jeweiligen Standorten eingeführt werden müssen.

Die Gruppe verfolgt kontinuierlich die regulatorischen und legislativen Entwicklungen an allen relevanten Standorten sowie die branchenweiten Best Practices bei der Vergütung und die Richtlinien verschiedener Gremien, unter anderem des Financial Stability Board, des Ausschusses der europäischen Bankaufsichtsbehörde, der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G-20-Länder sowie des Basler Ausschusses.

Am 3. März 2013 stimmten die Schweizer Bürger für die sogenannte «Minder-Initiative», mit der die Aktionärsrechte gestärkt werden sollen. Die Initiative verlangt, dass ein Gesetz verabschiedet wird, durch das den Schweizer Publikumsgesellschaften bestimmte Anforderungen an die Vergütung von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung auferlegt werden, darunter eine bindende (anstatt konsultative) Abstimmung der Aktionäre über die Gesamtvergütung des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung sowie das Verbot von Abgangsschädigungen, Gehaltsvorauszahlungen und Zahlungen im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Veräusserung von Unternehmen. Die Initiative verlangt ausserdem, dass die Verwaltungsratsmitglieder, der Verwaltungsratspräsident und die Mitglieder des Compensation Committee jährlich direkt von den Aktionären gewählt werden. Des Weiteren sieht die Initiative vor, dass Verstösse gegen ihre Bestimmungen strafrechtlichen Sanktionen unterliegen. Der Bundesrat hat innerhalb eines Jahres eine Übergangsverordnung zu erlassen. Diese gilt, bis das Parlament das neue Gesetz verabschiedet. Der Zeitpunkt der definitiven Umsetzung der Initiative ist derzeit noch offen.

Vergütung der Geschäftsleitung

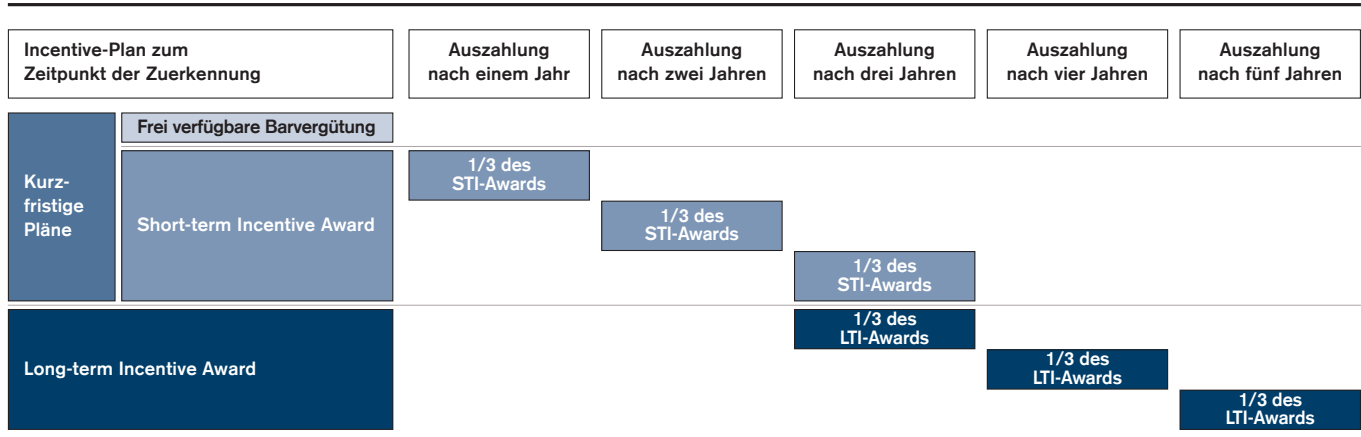
Der neue, im Verlauf des Jahres 2012 eingeführte Ansatz für die Feststellung der Vergütung der Geschäftsleitung ist darauf angelegt, dass die Gruppe einen mit der Best Practice der Mitbewerber vergleichbaren Ansatz pflegt, die Anforderungen der Aufsichtsbehörden eingehalten werden und den von Aktionären vorgetragenen Anliegen nachgekommen wird. Zudem soll er unsere leitenden Mitarbeiter zu hervorragenden Leistungen anspornen.

Der neue Vergütungsansatz für die Geschäftsleitung beinhaltet in erster Linie folgende Elemente:

- Neustrukturierung der leistungsbezogenen Vergütung in Form von kurzfristigen Awards und einem separaten langfristigen Incentive Award;
- kurzfristige Awards in Form von Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung und aufgeschobenen STI-Awards mit einer Übertragungsfrist von drei Jahren, wobei die Ansprüche im Falle eines negativen Geschäftsergebnisses einem Wertabschlag (Clawback) unterliegen;
- einen neuen aufgeschobenen LTI-Award mit einer Übertragungsfrist von fünf Jahren, wobei die Auszahlung am dritten auf das Zuteilungsdatum folgenden Jahrestag beginnt und die langfristigen Incentive Awards vorab festgelegten, anspruchsvollen Leistungskriterien unterliegen, die an die wirtschaftliche und marktbezogene Entwicklung der Gruppe geknüpft sind; und
- Einführung von konkreten Zielgrössen und Obergrenzen für jedes einzelne Mitglied der Geschäftsleitung auf Basis zuvor festgelegter Leistungskriterien, ausgedrückt als Multiplikatoren des Basissalärs bezüglich der einzelnen leistungsbezogenen Vergütungsplänen

Nachstehend findet sich eine Übersicht über die Übertragungen der STI- und LTI-Awards im Zeitverlauf.

Zeitplan für die Übertragung der Incentive Awards für Mitglieder der Geschäftsleitung



Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung

Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung sind kurzfristige Incentive Awards, die nach der Zuteilung in bar ausgezahlt werden und als Anerkennung der Leistung der einzelnen Geschäftsleitungsmitglieder im vorangegangenen Jahr dienen.

Kurzfristige Incentive Awards (STI-Awards)

Diese Awards werden in Form von Performance-Share-Awards zugeteilt, die über drei Jahre aufgeschoben werden und einer Wertanpassung (Clawback) unterliegen. Ein Clawback führt zur Kürzung der ausstehenden Ansprüche in Abhängigkeit von der Leistung im vorangegangenen Jahr und kommt in folgenden Fällen zur Anwendung:

- Falls die Gruppe eine negative bereinigte Eigenkapitalrendite ausweist, wird die Anzahl der ausstehenden Ansprüche im selben prozentualen Umfang gekürzt wie die negative bereinigte Eigenkapitalrendite;
- Für die Leiter einer Division, die einen Vorsteuerverlust ausweist, werden die Ansprüche um 15% pro Verlust von CHF 1 Mia. gekürzt. Die Berechnung erfolgt pro rata und basiert auf dem effektiven Verlustbetrag;
- Falls die Gruppe eine negative bereinigte Eigenkapitalrendite aufweist und auch die Division einen Vorsteuerverlust vermeldet, entspricht die Kürzung dem grösseren der beiden Werte aus der negativen Eigenkapitalrendite und der 15%-Anpassung pro CHF 1 Mia. Verlust;
- Die Ansprüche des CEO sowie der Mitglieder der Geschäftsleitung, die einer Shared-Services-Funktion vorstehen, unterliegen im Falle eines negative Ergebnisses nur dann einem Clawback, wenn die Gruppe eine negative bereinigte Eigenkapitalrendite ausweist; und
- Falls die generelle Malusbestimmung in Kraft tritt, kann die Gruppe die Streichung ausstehender Ansprüche aufgrund individueller, divisionsbezogenen oder unterneh-

mensweiten Aspekten veranlassen. Der für Mitglieder der Geschäftsleitung geltende generelle Malus kann in den verschiedensten Situationen zur Anwendung kommen, insbesondere aber im Falle von Aktivitäten, die sich wesentlich nachteilig auf die Gruppe auswirken, die ein Reputationsrisiko für die Gruppe oder ihre Divisionen oder Regionen zur Folge haben oder haben könnten oder die eine deutliche Verschlechterung des Finanzergebnisses der Gruppe, ihrer Divisionen oder Regionen beziehungsweise ihrer Kapitalbasis oder erhebliche Mängel des Risikomanagements bewirken oder bewirken könnten.

- ▶ Siehe «Potenzielle Kürzungen der Performance-Share-Ansprüche und STI» in Vergütung und Aufwand für die Gruppe – Vergütungssystem Aufgeschobene leistungsbezogene Vergütungsinstrumente Performance Share Awards für spezifische Anpassungen nach unten.

Langfristige Incentive Awards (LTI-Awards)

Langfristige Incentive Awards werden in Form einer über fünf Jahre aufgeschobenen Barvergütung zugeteilt, wobei Teilübertragungen am dritten, vierten und fünften Jahrestag nach Zuteilung und vorbehaltlich spezifischer, zuvor festgelegter leistungsgebundener Übertragungskriterien erfolgen. Der bei der Übertragung fällige Betrag wird anhand der folgenden Leistungskriterien und Bedingungen ermittelt. Diese werden für die einzelnen Teilübertragungen in den drei Kalenderjahren gemessen, die dem Jahr der Übertragung vorausgehen:

- Der Durchschnittswert der in jedem der drei Jahre vor dem Übertragungsdatum erzielten relativen Aktienrendite (RTSR), die anhand der durchschnittlichen Aktienrendite einer Vergleichsgruppe von Unternehmen ermittelt wird, stellt die primäre Erfolgsmessgrösse dar.

- die in den drei Jahren vor der Übertragung erzielte durchschnittliche bereinigte Eigenkapitalrendite im Vergleich zu den Eigenkapitalrenditezielen der jeweiligen Jahre dient als weiteres Kriterium zur Erhöhung oder Kürzung des zu zahlenden Betrags um bis zu 25%.
- Der bei jeder Teilübertragung auszahlende Betrag unterliegt einer Obergrenze in Höhe von 200% des ursprünglichen Wertes des LTI-Award für die betreffende Teilübertragung.

Die relative Aktienrendite (RTSR) entspricht unserer gesamten Aktienrendite, verglichen mit der durchschnittlichen gesamten Aktienrendite unserer Vergleichsgruppe. Die gesamte Aktienrendite entspricht der Auf- beziehungsweise Abwertung einer bestimmten Aktie, zuzüglich allfälliger Dividenden, über einen bestimmten Zeitraum, ausgedrückt als ein Prozentanteil des Werts der Aktie zu Beginn der dreijährigen Bemessungsperiode. Die Vergleichsgruppe für die Berechnung der relativen Aktienrendite besteht aus den nachstehend definierten zwölf Vergleichsunternehmen. Die Höhe der relativen Aktienrendite kann den fälligen Betrag vorbehaltlich einer bestimmten Obergrenze auf einer Skala erhöhen beziehungsweise senken, wie die Beispiele zeigen:

- Bei einer durchschnittlichen relativen Aktienrendite von mindestens 150% (sofern die relative Aktienrendite der Gruppe um 50% über der Vergleichsgruppe liegt) oder bessere Ergebnisse mit einer maximalen Anpassung nach oben um +100% (Obergrenze);
- Bei einer durchschnittlichen relativen Aktienrendite von 100% (sofern die relative Aktienrendite der Gruppe exakt derjenigen der Vergleichsgruppe entspricht) erfolgt eine LTI-Auszahlung in Höhe des zugeteilten Betrags (keinerlei Anpassung nach oben oder unten);
- Bei einer relativen Aktienrendite von 50% (sofern die Gruppe um 50% unter der Rendite der Vergleichsgruppe liegt) oder weniger verfällt der jeweilige LTI-Anspruch (Anpassung nach unten um 100%); und
- Bei einer durchschnittlichen relativen Aktienrendite zwischen 50% und 150% derjenigen der betreffenden Vergleichsgruppe erfolgt eine Anpassung nach oben oder unten von 100% bis +100% (auf einer gleitenden Skala).

Der auf Basis der relativen Aktienrendite (RTSR) (siehe oben) auszahlende Betrag wird ferner um maximal +25% bis -25% angepasst; massgeblich für diese Anpassung ist die in den drei Jahren vor der Übertragung erzielte durchschnittliche bereinigte Eigenkapitalrendite im Vergleich zu den bereinigten Eigenkapitalrenditezielen, die für die jeweiligen Jahre genehmigt wurden. Die maximale Anpassung um 25% nach oben erfolgt bei einer durchschnittlichen bereinigten Eigenka-

pitalrendite von 200% der gegebenen Vorgabe. Infolge der aus der Eigenkapitalrendite abgeleiteten Anpassung erfolgt aber keine Auszahlung von mehr als dem Doppelten des ursprünglich zugeteilten Betrags.

Die langfristigen Incentive Awards sind aufgeschobene Baransprüche, wobei sich die Gruppe vorbehält, die langfristigen Incentive Awards nach eigenem Ermessen in Form von Aktien abzurechnen. In diesem Fall basiert der Betrag der im Jahr der Übertragung gelieferten Ansprüche auf dem zum Zeitpunkt der Abrechnung geltenden Aktienkurs der Gruppe.

Zielgrössen und Obergrenzen für Mitglieder der Geschäftsleitung

Gemäss der neuen Struktur legt das Compensation Committee individuelle Zielgrössen und Obergrenzen für die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung fest. Eine Vergütung gemäss der Zielgrösse hängt davon ab, ob ein bestimmtes hohes Leistungsniveau erreicht wird, welches sich anhand von vorab festgelegten Leistungskriterien messen lässt. Werden die Leistungsziele übertroffen, kann ein über die Zielgrösse hinausgehender Betrag gewährt werden, der jedoch keinesfalls die Obergrenze überschreiten darf. Falls die Leistungsziele nicht erreicht werden, liegen die Ansprüche unter der Zielgrösse und können auf null reduziert werden. Diese Zielgrössen werden anhand von geschätzten Werten für die marktübliche Vergütung jeder einzelnen Funktion gegenüber einer Vergleichsgruppe festgelegt, sodass die individuellen Zielgrössen sich an wettbewerbsüblicher Vergütung vergleichbarer Positionen im Markt ausrichten. Die individuellen Obergrenzen werden mit einem Aufschlag auf die Zielgrösse festgesetzt und ebenfalls mit der Vergleichsgruppe abgestimmt, um einen geeigneten Anreiz für hervorragende Leistungen zu setzen. Das Compensation Committee bezieht die Marktdaten zu den Vergütungsniveaus von Geschäftsleitungsmitgliedern über sein unabhängiges Vergütungsberatungsunternehmen Johnson & Associates. Die Zielgrössen und Obergrenzen für die leistungsbezogene Vergütung werden in Form von Multiplikatoren des Basissalärs der einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung und bezogen auf die einzelnen leistungsbezogenen Award-Pläne (Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung, STI-Awards und LTI-Awards) ausgedrückt. Je nach Leistung kann ein Geschäftsleitungsmitglied Anspruch auf eine leistungsbezogene Vergütung erhalten, die zwischen null und seiner Obergrenze für die einzelnen Incentive Awards liegt. Wenn die Vorgaben voll und ganz erfüllt wurden, erhält das betreffende Geschäftsleitungsmitglied die Zielgrösse der leistungsbezogenen Vergütung für die einzelnen Incentive-Award-Pläne. Auf Basis der vom Compensation Committee vorgenommenen Gesamtbewertung der von der Gruppe erzielten Leistung und unter Berücksichtigung der individuellen Bei-

träge legt das Compensation Committee in eigenem Ermessen die zu gewährenden Beträge für die einzelnen Geschäftsleitungsmitglieder und die Geschäftsleitung insgesamt fest. Allerdings ist die Summe sämtlicher leistungsbezogener Vergütungsansprüche der Geschäftsleitung auf 2,5% des bereinigten Reingewinns begrenzt, unabhängig von der Leistung des Einzelnen.

Zielgrössen, Obergrenzen und Leistungskriterien für 2012

Für das Jahr 2012 genehmigte das Compensation Committee zum Jahresende individuelle Zielgrössen und Obergrenzen für den CEO und die Mitglieder der Geschäftsleitung per Ende 2012 (insgesamt acht Personen) gemäss der nachstehenden

Tabelle. Das Basissalär des CEO betrug CHF 2,5 Mio.; für die anderen Mitglieder der Geschäftsleitung belief es sich auf jeweils CHF 1,5 Mio. bzw. den Gegenwert in US-Dollar. Im Vergleich zum Vorjahr blieben sämtliche Saläre der Geschäftsleitung unverändert. Die Zuteilung der leistungsbezogenen Vergütung für 2012 erfolgte in Anteilen von 10%/50%/40% für die unbeschränkte Barvergütung, den STI- und den LTI-Award. Daraus ergibt sich ein Anteil von 90 % an aufgeschobener Vergütung für die Mitglieder der Geschäftsleitung, was gleichzeitig dem maximalen Prozentsatz für aufgeschobene Vergütung innerhalb der Gruppe entspricht. Kein Geschäftsleitungsmitglied erhielt für das Jahr 2012 eine Vergütung in Höhe der vorgesehenen Obergrenze.

Zielgrössen und Obergrenzen der Geschäftsleitung für 2012

	Zielgrösse		Obergrenze	
	Durchschnitt Geschäfts- leitungsmit- glieder	Durchschnitt CEO	Durchschnitt Geschäfts- leitungsmit- glieder	CEO
Multiplikatoren der Basissaläre				
Kurzfristige Ansprüche				
Barvergütung, frei verfügbar	0.3	0.3	0.4	0.5
Kurzfristiger Leistungsanspruch	1.6	1.4	2.2	2.2
Langfristiger Leistungsvergütungsanspruch	1.3	1.2	1.8	1.8

Leistungskriterien 2012

Es wurden Kriterien definiert, um die Leistung der Mitglieder der Geschäftsleitung im Jahr 2012 auf der Grundlage des Erfolgs der Gruppe sowie der jeweiligen Geschäftsdivision oder Shared-Services-Funktion zu messen, für welche das betreffende Mitglied zuständig war. Folgende Leistungskriterien und Gewichtungen galten für 2012.

Leistung der Gruppe (40%)

- Die Leistung der Gruppe wurde auf Basis des Vorsteuergewinns und der Eigenkapitalrendite beurteilt. Beide Grössen wurden auf bereinigter Basis per Jahresende im Vergleich zu den Zielen für 2012, die im Finanzplan der Gruppe für 2012 festgelegt und vom Verwaltungsrat genehmigt worden waren, gemessen.

Leistung der Divisionen und individuelle Leistung (40%)

- Finanzielle Leistung der Divisionen: Die finanzielle Leistung der Divisionen wurde primär anhand des für jede Division per Jahresende erzielten Vorsteuergewinns und der Gewinnmarge vor Steuern beurteilt, dies sowohl auf ausgewiesener als auch bereinigter Basis: Die als Vergleichsbasis dienenden Leistungsziele waren im Finanzplan der Gruppe für 2012 festgelegt und vom Verwaltungsrat genehmigt worden. Die Kriterien für die finanzielle Leistung der Divisionen waren nur auf die Geschäftsleitungsmitglieder anwendbar, die einer Division vorstehen. Für diese Personen wurde die Gewichtung von 40% auf die finanzielle Leistung der Division und die individuelle qualitative Beurteilung aufgeteilt.

- Individuelle qualitative Beurteilung: Die qualitative Beurteilung erfolgte auf Basis individueller Scorecards für jedes Mitglied der Geschäftsleitung, welche sich auf die Erreichung von vorab festgelegten, nicht finanziellen Zielen bezogen, die für jede Division und jede Shared-Services-Funktion vereinbart worden waren. Die Ziele werden in jeder Scorecard-Kategorie für das Jahr festgelegt und beziehen sich auf Geschäftstätigkeit und Strategie, Kunden, Mitarbeitende, Zusammenarbeit und das Kontrollumfeld. Für Geschäftsleitungsmitglieder, die einer Shared-Services-Funktion vorstehen, betrug die Gewichtung der qualitativen Beurteilung 40%.

Beurteilung des Compensation Committee (20%)

- Das Compensation Committee nahm eine gesamthafte quantitative und qualitative Beurteilung der Leistung der Gruppe vor, einschliesslich ihrer Kapital- und Risikoposition, ihres Kontrollumfelds und ihrer Leistungen im Vergleich zu Konkurrenzunternehmen. Das Compensation Committee berücksichtigte bei seinen Entscheiden auch das allgemeine operative Umfeld sowie die Position der Gruppe und ihrer Geschäftsbereiche. Ausserdem berücksichtigte es die individuellen Aufgaben und Leistungen der Mitglieder der Geschäftsleitung.

Zur Beurteilung der Leistungen im Vergleich zu Konkurrenzunternehmen arbeitet die Gruppe mit einer Bezugsgruppe von zwölf vergleichbaren Unternehmen ähnlicher Ausrichtung und Komplexität hinsichtlich der Geschäftsplattformen, des Geschäftsmix und der geographischen Aufstellung: Bank of America, Barclays, BNP Paribas, Citigroup, Deutsche Bank, Goldman Sachs, HSBC, JP Morgan Chase, Morgan Stanley, Nomura, Société Générale und UBS.

Zielgrössen, Obergrenzen und Leistungskriterien 2013

Zu Beginn des Jahres 2013 genehmigte das Compensation Committee die Zielgrössen und Obergrenzen sowie die Leistungskriterien, die im Verfahren zur Leistungsbeurteilung und Festlegung der leistungsbezogenen Vergütung für die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung ab Anfang 2013 anzuwenden sind. Es wurde beschlossen, den Stellenwert des langfristigen Incentive Award zu erhöhen. Daher genehmigte das Compensation Committee für 2013 individuelle Zielgrössen mit einer Zuteilung in Anteilen von 10%/40%/50% für die Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung, STI- und LTI-Award (für 2012 betrug die Anteile 10%/50%/40%). Die nachstehende Tabelle zeigt die Zielgrössen und Obergrenzen für 2013.

Zielgrössen und Obergrenzen der Geschäftsleitung für 2013

	Zielgrösse		Obergrenze	
	Bandbreite für Geschäftsleitungsmitglieder	CEO	Bandbreite für Geschäftsleitungsmitglieder	CEO
Multiplikatoren der Basissaläre				
Kurzfristige Ansprüche				
Barvergütung, frei verfügbar	0.2 – 0.4	0.3	0.3 – 0.7	0.4
Kurzfristiger Leistungsanspruch	0.6 – 1.7	1.1	1.2 – 2.9	1.6
Langfristiger Leistungsvergütungsanspruch	0.8 – 2.1	1.3	1.5 – 3.5	2.0

Zudem kann der Gesamtwert der Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung sowie der STI- und LTI-Awards um bis zu 20% nach oben oder unten angepasst werden. Diese Anpassungen liegen im Ermessen des Compensation Committee.

Leistungskriterien für die Geschäftsleitung 2013

Leistungskriterien	Gewichtung			Beschreibung und Leistungsziele
	CEO	Divisions- leiter	Leiter Shared Services	
Leistung der Gruppe				
Bereinigte ¹ Eigenkapitalrendite	33%	33%	40%	Die Leistung der Gruppe wird anhand der bereinigten Eigenkapitalrendite zum Jahresende im Vergleich zur Zielvorgabe beurteilt. Die Zielvorgaben werden jährlich im Finanzplan der Gruppe festgelegt und vom Verwaltungsrat genehmigt. Leistungsziele: bereinigte ¹ Eigenkapitalrendite von 11% zur Zielerfüllung; bereinigte ¹ Eigenkapitalrendite von 16% zum Erreichen der Obergrenze
Leistung der Divisionen				
Aufwand-Ertrag-Verhältnis der Gruppe	33%	–	10%	Die Beurteilung des CEO und der Leiter der Shared-Services-Funktionen berücksichtigt das Aufwand-Ertrags-Verhältnis der Gruppe bei der Leistung der Divisionen. Leistungsziele: bereinigtes ¹ Aufwand-Ertrag-Verhältnis von 70% zur Zielerfüllung; bereinigtes ¹ Aufwand-Ertrag-Verhältnis von 65% zum Erreichen der Obergrenze
Leistung der Divisionen	–	33%	10%	Die Leistung der Divisionen wird anhand der folgenden Leistungskennzahlen für die Leiter der Divisionen und der Shared-Services-Funktionen beurteilt: – Leiter der Division Private Banking & Wealth Management: Leistungsziele: bereinigtes ¹ Aufwand-Ertrag-Verhältnis von 70% zur Zielerfüllung; bereinigtes ¹ Aufwand-Ertrag-Verhältnis von 65% zum Erreichen der Obergrenze – Leiter der Division Investment Banking: Leistungsziele: 11% Rendite nach Steuern auf dem zugeteilten Kapital zur Zielerreichung; 15% Rendite nach Steuern auf dem zugeteilten Kapital zum Erreichen der Obergrenze (zugeteiltes Kapital auf Basis der risikogewichteten Aktiven und Gesamtbeanspruchung der Bilanz) ² – Leiter der Shared-Services-Funktionen: Leistungsziele: Einhalten des genehmigten Budgets für 2013 zur Zielerfüllung; 5% unter den veranschlagten Kosten zum Erreichen der Obergrenze
Individuelle qualitative Beurteilung				
Scorecard-Beurteilung	33%	33%	40%	Die qualitative Beurteilung durch das Compensation Committee erfolgt auf Basis individueller Scorecards für den CEO und jedes weitere Mitglied der Geschäftsleitung, die sich auf die Erreichung von vorab festgelegten, nicht finanziellen Zielen beziehen. Die Ziele werden in den folgenden Scorecard-Kategorien für das Jahr festgelegt: CEO-Scorecard: i) Kapitalstärke; ii) Human Capital Management (inklusive Nachfolgeplanung); iii) Strategieumsetzung; und iv) Steuerung der Kontroll-, der operationellen und der Reputationsrisiken. Scorecard für die Mitglieder der Geschäftsleitung: i) Kapitalstärke; ii) Human Capital Management (inklusive Nachfolgeplanung); iii) Steuerung der Kontroll-, der operationellen und der Reputationsrisiken; iv) Beteiligung an Kundenaktivitäten (einschliesslich Nachfolgeplanung) partnerschaftliches und unternehmensorientiertes Handeln. Für Geschäftsleitungsmitglieder mit regionaler Verantwortung werden diese Faktoren auf Ebene der betreffenden Regionen betrachtet.

¹ Die bereinigten Ergebnisse sind Nicht-GAAP-Finanzkennzahlen, bei denen die Auswirkungen aus Veränderung der eigenen Kreditrisikoprämien sowie bestimmte andere bedeutende Positionen nicht einbezogen werden. ² Vor dem 3. April 2013 waren die Leistungsziele nicht korrekt als "Rendite auf dem durchschnittlich beanspruchten ökonomischen Kapital vor Steuern von 11% zur Zielerreichung; Rendite auf dem durchschnittlich beanspruchten ökonomischen Kapital vor Steuern von 15% zum Erreichen der Obergrenze (zugeteiltes Kapital auf Basis der risikogewichteten Aktiven und Gesamtbeanspruchung der Bilanz)" angegeben.

Leistungsbeurteilung 2012

Im Januar 2013 schloss das Compensation Committee die Leistungsüberprüfung der Gruppe und die Einzelbeurteilungen der Mitglieder der Geschäftsleitung für das Jahr 2012 ab.

Leistungsbeurteilung der Gruppe

Für 2012 befand das Compensation Committee, dass die Leistungsziele der Gruppe erreicht wurden. Die von der Gruppe erzielte Leistung entsprach weitgehend den im Finanzplan für das Jahr 2012 festgelegten Jahreszielen. Der bereinigte Vorsteuergewinn stieg 2012 auf CHF 5,0 Mia. gegenüber CHF 2,4 Mia. im Jahr 2011 und verbesserte sich damit deutlich, ebenso die bereinigte Eigenkapitalrendite, die auf 10,0% stieg gegenüber 5,5% im Jahr 2011. Das ausgewiesene Vorsteuerergebnis (Kernergebnis) belief sich auf CHF 1,9 Mia. gegenüber CHF 2,7 Mia. im Jahr 2011; die ausgewiesene Eigenkapitalrendite betrug 3,9% im Vergleich zu 6,0% im Vorjahr. Der wesentliche Unterschied zwischen dem von der Gruppe ausgewiesenen und dem bereinigten Ergebnis bestand in Fair-Value-Verlusten auf eigenen Verbindlichkeiten vor Steuern in Höhe von CHF 2,9 Mia., die aus Verbesserungen der eigenen Kreditrisikoprämien resultierten und einen

Trend widerspiegeln, der eng mit der Anerkennung des Marktes für die Stärkung der Kapitalausstattung und der Konkurrenzfähigkeit der Gruppe im Jahr 2012 zusammenhängt. Die nachstehende Tabelle «Überleitung der bereinigten Ergebnisse» umfasst eine Gegenüberstellung des bereinigten Ergebnisses und der am direktesten vergleichbaren Kennzahlen der Gruppe gemäss US-GAAP. Bei der Beurteilung der Beiträge, die von der Geschäftsleitung zur Erzielung eines für die Gruppe zufriedenstellenden Finanzergebnisses geleistet wurden, gilt das bereinigte Ergebnis für das Compensation Committee als präzisere Abbildung unseres operativen Ergebnisses und eignet sich daher besser als Basis zur Festlegung der Vergütung.

Bereinigte Ergebnisse

Bereinigte Ergebnisse sind Nicht-US-GAAP-Finanzkennzahlen. Die Zahlen in der nachstehenden Tabelle sind im Kommentar zu den Resultaten für die Geschäftsbereiche enthalten

- ▶ Siehe «Kernergebnis», «Private Banking & Wealth Management» und «Investment Banking» in II – Kommentar zu den Resultaten für Angaben zu den einzelnen Posten.

Überleitung der bereinigten Ergebnisse

	Kernergebnis: Vorsteuergewinn		Den Aktionären zurechen- barer Reingewinn		Eigenkapitalrendite (in %)	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Übersicht über die wesentlichen Positionen (in Mio. CHF)						
Ausgewiesenes Ergebnis	1 879	2 749	1 349	1 953	3.9	6.0
Fair-Value-Verluste/(Gewinne) aus Veränderung der eigenen Kreditrisikoprämien	2 939	(1 616)	2 261	(1 151)	–	–
Kosten der Neuausrichtung	680	847	477	640	–	–
Gewinn aus dem Verkauf eines Beteiligungsanteils an Aberdeen Asset Management	(384)	(15)	(326)	(13)	–	–
Gewinn aus dem Verkauf eines Nichtkerngeschäfts (Clariden-Leu-Integration)	(41)	–	(37)	–	–	–
Wertberichtigung von Asset Management Finance LLC und sonstige Verluste	68	–	41	–	–	–
Gewinn aus dem Verkauf von Liegenschaften	(533)	(72)	(445)	(60)	–	–
Gewinn aus dem Verkauf von Wincasa	(45)	–	(45)	–	–	–
Verluste aus dem geplanten Verkauf von bestimmten Private-Equity-Anlagen	82	–	72	–	–	–
Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten	363 ¹	478 ²	230 ¹	428 ²		
Bereinigtes Ergebnis	5 008	2 371	3 577	1 797	10.0	5.5

¹ Enthält CHF 136 Mio. (CHF 96 Mio. nach Steuern) in Bezug auf wesentliche Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten im Investment Banking im dritten Quartal 2012 und CHF 227 Mio. (CHF 134 Mio. nach Steuern) in Bezug auf Rückstellungen für die NCFE-Rechtsstreitigkeiten im vierten Quartal 2012. ² In Bezug auf Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten in Zusammenhang mit Steuerangelegenheiten in Deutschland und in den USA.

Leistungsbeurteilung der Divisionen und Einzelpersonen

Für das Jahr 2012 kam das Compensation Committee zu dem Schluss, dass die Leistungsziele der Divisionen und Einzelpersonen erreicht wurden.

In der Division Private Banking & Wealth Management anerkannte das Compensation Committee die Verbesserung der Finanzkennzahlen. Das Vorsteuerergebnis und die Gewinnmarge vor Steuern verbesserten sich für die ehemaligen Divisionen Private Banking und Asset Management. Die Ergebnisse standen im Einklang mit dem Finanzplan 2012 der Gruppe. Bei der qualitativen Bewertung verzeichnete das Compensation Committee eine anhaltend starke Dynamik bei der Gewinnung von Netto-Neugeldern auf den Zielmärkten, namentlich den Schwellenländern und im Geschäft mit sehr vermögenden Kunden, denen Mittelabflüsse in Westeuropa und im Zusammenhang mit der Integration von Clariden Leu gegenüberstanden. Ausserdem wies das Compensation Committee auf die erfolgreiche Neupositionierung des Asset-Management-Geschäfts hin, und bezog die Fokussierung auf alternative Anlagestrategien einschliesslich Emerging Markets und die Kernanlagen einschliesslich Asset Allocation und traditionelle Produkte ein.

In der Division Investment Banking anerkannte das Compensation Committee die Verbesserung der Finanzkennzahlen. Das Vorsteuerergebnis und die Gewinnmarge vor Steuern haben sich verbessert und entsprechen dem Finanzplan 2012 der Gruppe. Bei der qualitativen Bewertung wies das Compensation Committee ausserdem auf die geringere Schwankungsbreite und die erhöhte Konsistenz in den Ergebnissen hin, was Ausdruck ist für die erfolgreiche Ausrichtung des Geschäftsmodells auf die neuen Markt- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die risikogewichteten Aktiven unter Basel III im Investment Banking wurden von USD 242 Mia. per Ende 2011 auf USD 187 Mia. per Ende 2012 verringert. Dies ist ein erheblicher Fortschritt auf dem Weg zur bis zum Jahresende 2013 angestrebten Zielmarke von unter USD 175 Mia.

Für die Shared Services hob das Compensation Committee die solide Kontroll- und Supportumgebung sowie die Kostendisziplin und die erzielten Effizienzsteigerungen hervor, die 2012, während des Übergangs zu den neuen regulatorischen Anforderungen, eine Verbesserung des Ergebnisses bewirkten. Insgesamt konnte die Gruppe 2012 Kosteneinsparungen in Höhe von CHF 2 Mia. erzielen, dies im Vergleich zur annualisierten Kostenbasis für das erste Halbjahr 2011 auf der Basis konstanter Devisenkurse und ohne Berücksichtigung von Aufwendungen für die Neuausrichtung des Geschäfts für andere bedeutende nicht operative Posten und variable Vergütung.

Diskretionäre Beurteilung des Compensation Committee

Bei seiner diskretionären Beurteilung kam das Compensation Committee zum Schluss, dass die Geschäftsleitung in vielen der für die langfristige Positionierung der Gruppe wichtigen Bereiche gute Fortschritte gemacht hat. Insbesondere anerkannte das Compensation Committee die 2012 erzielten Fortschritte bei der Erfüllung der neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen. In Anbetracht der verbesserten Ertragslage und der erfolgreichen Umsetzung der im Juli 2012 angekündigten Kapitalmassnahmen konnte die Gruppe ihre regulatorische Eigenkapitalbasis verbessern. Zum Jahresende 2012 betrug unsere Look-through Swiss Core Capital Ratio 9,0%; bis Ende 2018 soll sie laut den Anforderungen der FINMA bei 10% liegen. Die Kernkapitalquote (Tier 1) unter Basel II.5 verbesserte sich auf 19,4% gegenüber 15,2% im Vorjahr. Zudem verringerten wir im vierten Quartal 2012 die Bilanzsumme um CHF 99 Mia. und erzielten damit erhebliche Fortschritte in unseren Anstrengungen, bis zum Jahresende 2013 das Ziel der Reduktion unserer Bilanz auf unter CHF 900 Mia. auf einer devisenneutralen Basis zu erreichen.

- ▶ Siehe «Kapitalbewirtschaftung» und «Bilanz, Ausserbilanz und sonstige vertragliche Verpflichtungen» in III Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz für weitere Informationen über Eigenkapitalquoten und die Reduktion unserer Bilanz.

Vergütungsentscheidungen

Basierend auf der Beurteilung der Leistungen der Gruppe, der Divisionen und auf individueller Ebene befand das Compensation Committee, dass die Geschäftsleitungsmitglieder die anspruchsvollen Leistungsziele für das Jahr 2012 weitgehend erreicht haben. Auf dieser Grundlage wurden den Mitgliedern der Geschäftsleitung insgesamt CHF 13,6 Mio. an Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung und CHF 21,0 Mio. in Form von STI-Awards zugeteilt, die im Schnitt 95% bzw. 97% der jeweiligen individuellen Zielgrössen entsprachen. Zudem erhielten die Geschäftsleitungsmitglieder CHF 15,4 Mio. in Form von LTI-Awards zugeteilt, was im Durchschnitt 94% der individuellen Zielgrössen für LTI-Awards entsprach. Die Entscheidungen über die leistungsbezogene Vergütung für 2012 widerspiegeln auch die Anpassung der Vergütung der Geschäftsleitung an marktübliche Vergütung vergleichbarer Funktionen in der globalen Bankenbranche.

Vergütung der Geschäftsleitung für 2012

	Kurzfristige Ansprüche				Vorsorge, ähnliche Leistungen und sonstige Leistungen ¹	Dividenden- äquivalente ²	Zahlungen und Ansprüche auf- grund vertrag- licher Verein- barungen ³	Total Vergütung ⁴
	Basis- salär	Barver- gütung, frei ver- fügbar	Wert der STI- Ansprüche	Wert der LTI- Ansprüche				
2012 (in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt)								
13 Mitglieder ⁵	17.75	13.56 ⁶	20.95 ⁷	15.40 ⁸	4.28	2.18	–	74.12
In % der Gesamtvergütung	24%	18%	28%	21%				
davon am höchsten bezahlt:								
Robert S. Shafir	1.40	0.70	3.50	2.80	1.91 ⁹	0.28	–	10.59
In % der Gesamtvergütung	13%	7%	33%	26%				
davon CEO:								
Brady W. Dougan	2.50	0.50	2.50	2.00	0.04	0.23	–	7.77
In % der Gesamtvergütung	32%	6%	32%	26%				

¹ Sonstige Leistungen bestehen aus Wohnungszulagen, Spesenpauschalen, Kinderzulagen und Gewinnbeteiligung. ² Aktienansprüche beinhalten das Recht auf eine jährliche Zahlung, welche der zahlbaren Dividende auf einer Aktie der Gruppe entspricht. Die ausgewiesenen Dividendenäquivalente wurden in Bezug auf zugeteilte Ansprüche der Vorjahre bezahlt. ³ Im Verlauf von 2012 wurden an Geschäftsleitungsmitglieder keine Zahlungen aufgrund von vertraglichen Vereinbarungen ausgerichtet. ⁴ Nicht enthalten sind Spenden für wohltätige Zwecke von CHF 3,9 Mio., die von der Gruppe gemacht wurden und zu welchen der CEO und ein früheres Geschäftsleitungsmitglied Empfehlungen machen können. ⁵ Von den 13 Mitgliedern, verliessen fünf die Geschäftsleitung im Verlauf von 2012: Karl Landert und Antonio Quintella, die mit Wirkung per 30. April 2012 beziehungsweise 31. Mai 2012 aus der Geschäftsleitung austraten, sowie Osama Abbasi, Walter Berchtold und Fawzi Kyriakos-Saad, die alle mit Wirkung per 30. November 2012 aus der Geschäftsleitung austraten. Das Basissalär und die Leistungsvergütung wurde für diese Personen entsprechend pro-rata berücksichtigt. Diese Personen erhielten variable Vergütung in Form von frei verfügbarer Barvergütung und STI-Ansprüchen für ihre Leistung in der Geschäftsleitung im Jahr 2012. ⁶ Enthält frei verfügbare Pro-rata-Barvergütung von CHF 10,2 Mio. an fünf Personen, welche die Geschäftsleitung im Verlauf des Jahres 2012 verliessen. ⁷ Alle kurzfristigen Leistungsvergütungsansprüche für 2012 wurden als Performance-Aktien zugeteilt. Der anwendbare Aktienkurs der Gruppe für die Performance-Aktienansprüche war CHF 24.62. ⁸ Langfristige Leistungsvergütungsansprüche werden über eine Periode von fünf Jahre erworben und sind am dritten, vierten und fünften Jahrestag nach dem Zuteilungsdatum zahlbar. Der endgültige Wert bei Erwerb hängt von der Erreichung vorausdefinierter Leistungskriterien ab, die sich auf die durchschnittliche relative Aktienrendite und die durchschnittliche Eigenkapitalrendite beziehen. ⁹ CHF 1,87 Mio. dieses Betrags wurde 2012 in Form einer Gewinnbeteiligung zugeteilt (siehe unten). Zusätzlich – im Zusammenhang mit seiner damaligen Funktion als CEO der Division Asset Management – erhielt Herr Shafir 2008 einen Gewinnbeteiligungsanspruch an bestimmten alternativen Anlagefonds. Der im Zeitverlauf realisierte Wert hängt von der Anlage-Performance dieser Fonds während ihres Bestehens von bis zu 15 Jahren ab. Der Anfangswert dieses Anspruchs wird mit Hilfe von Annahmen zur Rendite, die auf diesen Fonds realisiert werden, bestimmt. Der aggregierte theoretische Wert dieser Ansprüche betrug auf Basis einer angenommenen Rendite von 9 Prozent auf allen Fondsanlagen während des geplanten Bestehens der Fonds etwa USD 10 Mio.; dabei wurde die geschätzte Rendite um 25 Prozent reduziert, um eine mögliche schlechtere Performance einzelner Fonds zu berücksichtigen.

Gesamtvergütung 2012 für den CEO und das höchstbezahlte Geschäftsleitungsmitglied

Zur Bestimmung der Vergütung von CEO Brady Dougan bewertete das Compensation Committee das Ergebnis der Gruppe wie auch die Leistung der Geschäftsleitung. In seiner Empfehlung an den Verwaltungsrat berücksichtigte das Compensation Committee für die leistungsbezogene Vergütung von Brady Dougan die im Jahr 2012 deutlich verbesserte Finanzlage der Gruppe, mit einem gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelten bereinigten Vorsteuerergebnis von CHF 5,0 Mia. (Vorjahr CHF 2,4 Mia.). Weiter berücksichtigt wurden die Errungenschaften und die grossen Fortschritte bei der Neuausrichtung des Geschäfts auf das neue regulatorische Umfeld und die Marktbedingungen sowie bei der Erfüllung der anspruchsvollen neuen Kapitalanforderungen, die im Januar 2013 mit der Umsetzung von Basel III in der Schweiz in Kraft traten. Das Compensation Committee anerkannte insbesondere die Reduktion der risikogewichteten Aktiven der Gruppe gemäss Basel III auf CHF 285 Mia. per Ende 2012 um CHF 55 Mia. gegenüber dem Vorjahr, die Reduktion der Bilanz um

CHF 125 Mia., die Erreichung einer Look-through Swiss Core Capital Ratio von 9,0% und die Verbesserung der Leverage Ratio von 4,6% per Ende 2011 auf 5,8% per Ende 2012. In die Beurteilung wurden ferner die Fortschritte bei der Erreichung des anspruchsvollen gruppenweiten Kostenreduktionsziels von CHF 4,4 Mia. bis Ende 2015 sowie die erfolgreiche Transformation der Geschäftstätigkeit der Gruppe berücksichtigt. Zu dieser Transformation gehörten die Schaffung einer integrierten Division Private Banking & Wealth Management und die Änderungen und Neuausrichtungen im Investment Banking. Angesichts der starken Leistung von Brady Dougan im Jahr 2012 und der Tatsache, dass es ihm gelungen ist, das Unternehmen für die Zukunft zu positionieren, entschied der Verwaltungsrat gemäss der Empfehlung des Compensation Committee, Brady Dougan für das Jahr 2012 CHF 0,5 Mio. Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung, einen STI-Award von CHF 2,5 Mio. und einen LTI-Award von CHF 2,0 Mio. auszurichten. Diese Vergütung wurde als der aktuellen Lage angemessen erachtet.

Das höchstbezahlte Mitglied der Geschäftsleitung im Jahr 2012 war Robert Shafir. Seine Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung für 2012 belief sich auf CHF 0,7 Mio., der STI-Award auf CHF 3,5 Mio. und der LTI-Award auf CHF 2,8 Mio. Die leistungsbezogene Vergütung für das Jahr 2012 erhielt Robert Shafir aufgrund seiner anhaltend starken Leistung. Das Compensation Committee hielt fest, dass Robert Shafir insbesondere die vormalige Division Asset Management erfolgreich neu positioniert hat. Gleichzeitig hat er das finanzielle Ergebnis durch höhere Nettoerträge und einen geringeren Geschäftsaufwand verbessert. Zusätzlich zu seiner Rolle als Leiter der Division Asset Management übernahm er im Mai 2012, nach Antonio Quintellas Ausscheiden aus der Geschäftsleitung, die Funktion des CEO für die Region Americas. Robert Shafirs Gesamtvergütung für 2012 enthielt zudem eine Carried Interest Beteiligung an Private-Equity-Fonds im Asset-Management-Geschäft in Höhe von geschätzten CHF 1,87 Mio. Diese Zuteilung wurde ihm in Zusammenhang mit den grundlegenden strategischen Veränderungen gewährt, die im Asset Management aufgrund der veränderten Kapitalanforderungen und den entsprechenden Massnahmen der Bank erforderlich sind. Ein Carried Interest ist eine Beteiligung an der Anlageperformance eines Private-Equity- oder Hedge-Fonds-Portfolios, die je nach Wertentwicklung des zugrunde liegenden Portfolios an geschätztem Wert gewinnen oder verlieren kann.

Weitere Aspekte der Vergütung der Geschäftsleitung

Spenden für wohltätige Zwecke

Wie in den drei Vorjahren hat das Compensation Committee im Namen der Geschäftsleitung aus dem Pool leistungsbezogener Vergütung für die Geschäftsleitung für 2012 Spendenzahlungen an Wohltätigkeitsorganisationen genehmigt. Die Höhe dieser Spenden belief sich im Jahr 2012 auf CHF 3,9 Mio. Die Spenden sollen eingetragenen Wohltätigkeitsorganisationen zugutekommen. Der CEO und ein ehemaliges Geschäftsleitungsmitglied können Empfehlungen über die Zuteilung der Spenden für 2012 abgeben.

Mindestanforderungen in Bezug auf den Aktienbesitz

Die Gruppe hat die Mindestanforderungen in Bezug auf den Aktienbesitz für Mitglieder der Geschäftsleitung und die Mitglieder der Management Committees der Divisionen und der Regionen wie folgt festgelegt:

- CEO: 350 000 Aktien;
- Übrige Mitglieder der Geschäftsleitung: 150 000 Aktien;
- Führungskräfte, die für die Divisionen Private Banking & Wealth Management sowie Investment Banking verantwortlich sind: 50 000 Aktien; und
- Führungskräfte, die für Shared-Services-Funktionen verantwortlich sind: 20 000 Aktien.

Die jeweilige Schwelle bezieht sich auf alle von den Führungskräften oder in deren Namen gehaltenen Aktien der Gruppe, einschliesslich der noch nicht übertragenen Aktienansprüche. Die betroffenen Führungskräfte unterliegen Beschränkungen hinsichtlich des Verkaufs von Aktien der Gruppe, einschliesslich der bereits übertragenen Aktienansprüche, solange die genannten Mindestanforderungen nicht erfüllt sind. Die

Gruppe verbietet den Mitarbeitenden die Durchführung von Transaktionen zur Absicherung des Werts von nicht erworbenen Aktienansprüchen. Die Verpfändung nicht erworbener Aktienansprüche durch Mitglieder der Geschäftsleitung ist ebenfalls unzulässig, es sei denn, es liegt die ausdrückliche Genehmigung des Compensation Committee vor.

Vergütung der Geschäftsleitung für 2011

	Basis-salär	Barvergütung, frei verfügbar	Wert der Aktienansprüche	Wert der PAF2-Ansprüche	Vorsorge, ähnliche Leistungen und sonstige Leistungen ¹	Dividenden-äquivalente ²	Zahlungen und Ansprüche aufgrund vertraglicher Vereinbarungen ³	Total Vergütung ⁴
2011 (in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt)								
13 Mitglieder	19.38	– ⁵	32.83 ⁶	12.48 ⁷	2.66	2.85	–	70.20
In % der Gesamtvergütung	28%		47%	18%				
davon am höchsten bezahlt:								
Robert S. Shafir	1.32	–	4.39	2.37	0.02	0.40	–	8.50
In % der Gesamtvergütung	16%		52%	28%				
davon CEO:								
Brady W. Dougan	2.50	–	3.00	–	0.02	0.30	–	5.82
In % der Gesamtvergütung	43%		52%					

¹ Sonstige Leistungen bestehen aus Wohnungszulagen, Spesenpauschalen und Kinderzulagen. ² Aktienansprüche beinhalten das Recht auf eine jährliche Zahlung, welche der Dividende einer Aktie der Gruppe entspricht. Die ausgewiesenen Dividendenäquivalente wurden in Bezug auf zugeteilte Ansprüche der Vorjahre bezahlt. ³ Im Verlauf von 2011 wurden an Geschäftsleitungsmitglieder keine Zahlungen aufgrund von vertraglichen Vereinbarungen ausgerichtet. ⁴ Nicht enthalten sind Spenden für wohltätige Zwecke von CHF 13 Mio., die von der Gruppe gemacht wurden und zu welchen bestimmte Geschäftsleitungsmitglieder einschliesslich des CEO Empfehlungen machen konnten. ⁵ Per 31. Dezember 2011 erhielt kein Geschäftsleitungsmitglied eine frei verfügbare Barvergütung. ⁶ Enthält CHF 22,8 Mio. Performance-Aktienansprüche; der anwendbare Aktienkurs der Gruppe war CHF 21.90. ⁷ Der Wert der Partner Asset Facility 2011 entsprach dem Fair Value per Zuteilungsdatum am 1. März 2012.

Vertragsdauer, Kontrollwechsel und Kündigungsbestimmungen

Sämtliche Mitglieder der Geschäftsleitung haben unbefristete Arbeitsverträge, die bis zu ihrer Beendigung in Kraft bleiben. Mitglieder der Geschäftsleitung müssen eine vertragliche Kündigungsfrist von mindestens sechs Monaten einhalten und haben im Falle einer Beendigung des Anstellungsverhältnisses durch die Gruppe ebenfalls Anrecht auf eine Kündigungsfrist von sechs Monaten. Darüber hinaus bestehen keine zusätzlichen Verträge, Vereinbarungen oder Abmachungen mit den Mitgliedern der Geschäftsleitung, die Zahlungen oder Leistungen im Zusammenhang mit einer Beendigung des Anstellungsverhältnisses vorsehen, die anderen Mitarbeitenden der Gruppe generell nicht zustehen. Im Falle einer Beendigung des Anstellungsverhältnisses beispielsweise gelten in Bezug auf ausstehende Vergütungsansprüche festgelegte Bedingungen, je nachdem, ob es sich dabei um ein freiwilliges, unfreiwilliges oder durch einen Kontrollwechsel bedingtes Ausscheiden handelt.

Bei einem Kontrollwechsel bestimmt das Compensation Committee oder der Verwaltungsrat, wie die ausstehenden Ansprüche aller Mitarbeitenden, einschliesslich der Geschäftsleitungsmitglieder, zu behandeln sind. Die Arbeitsverträge der Mitglieder der Geschäftsleitung enthalten keine Bestimmungen, welche bei einem Kontrollwechsel eine Auszahlung jeglicher Art von ausserordentlichen Leistungen einschliesslich besonderer Abgangsentschädigungen erfordern.

Für den Fall der Kündigung eines Mitglieds der Geschäftsleitung ohne Grund bestehen keine vorab festgelegten vertraglichen Ansprüche auf eine Abfindung. Dennoch können die Höhe und die Bedingungen einer solchen Abfindung zwischen der Gruppe und dem betreffenden Geschäftsleitungsmitglied vereinbart werden.

Ehemalige Mitglieder der Geschäftsleitung

Im Jahr 2012 traten fünf Personen aus der Geschäftsleitung aus; sie waren per 31. Dezember 2012 weiterhin für die Gruppe tätig. Mit vier der genannten Personen wurden Vereinbarungen über die Beendigung der Arbeitsverhältnisse im Verlauf des Jahres 2013 getroffen.

Ehemalige Mitglieder der Geschäftsleitung, die nicht mehr für die Gruppe tätig sind, haben auf ihre Anfrage hin immer noch Anspruch auf Sachleistungen in Form von Bürobenebenutzung und Sekretariatsunterstützung. Diese Dienstleistungen werden nur sporadisch in Anspruch genommen und durch bereits bestehende Ressourcen abgedeckt. Während des Jahres 2012 wurden keine zusätzlichen Honorare, Abfindungen oder andere Vergütungen zugunsten ehemaliger Mitglieder der Geschäftsleitung, die nicht mehr für die Gruppe tätig sind, beziehungsweise diesen nahestehenden Personen bezahlt.

Aktienbestände und Kredite der Geschäftsleitung

Aktienbestände der Geschäftsleitung

Die in der Tabelle unten offengelegten Aktienbestände umfassen den Besitz des jeweiligen Geschäftsleitungsmitglieds, enger Familienmitglieder sowie durch diese Personen kontrollierte Unternehmen. Die noch nicht übertragenen Aktienansprüche beziehen sich nicht auf Zuteilungen nach dem 31. Dezember 2012. Die Erhöhung der Anzahl der per Ende 2012 nicht erworbenen Aktienansprüche gegenüber dem Jahr 2011 ging auf die von den einzelnen Mitgliedern der Geschäftsleitung getroffenen Entscheidungen zurück, alle ihre nicht erworbenen Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche aus den Jahren 2010 und 2009 in aktienbasierte Ansprüche umzuwan-

deln, sowie auf die im Jahr 2012 für 2011 gewährten aktienbasierten Ansprüche. Die Möglichkeit der freiwilligen Umwandlung wurde allen Mitarbeitenden mit Adjustable-Performance-Plan-Baransprüchen im Rahmen der 2012 angekündigten Kapitalstärkungsmassnahmen angeboten.

Der Wert von noch nicht vollständig übertragenen aktienbasierten Vergütungsansprüchen von Mitgliedern der Geschäftsleitung aus früheren Jahren variiert in Abhängigkeit vom Kurs der Aktie der Gruppe, von der verbleibenden Übertragungsdauer sowie von weiteren Faktoren, die sich auf den Fair Value des Anspruchs auswirken können. Die Tabelle «Aktienbestände und andere aufgeschobene Ansprüche nach Empfängern» enthält Angaben zum Wert von noch nicht übertragenen aktienbasierten Vergütungsansprüchen von Mitgliedern der Geschäftsleitung am 31. Dezember 2012. Der kumulierte Gesamtwert dieser noch nicht übertragenen aktienbasierten Vergütungsansprüche war per 31. Dezember 2012 im Vergleich zum Wert am jeweiligen Zuteilungsdatum um 6% höher.

Nach der 2012 erfolgten Umwandlung der Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche in Aktienansprüche bestehen noch zwei laufende Programme für aufgeschobene Barvergütung aus früheren Jahren, an denen Mitglieder der Geschäftsleitung Ansprüche haben: die Partner Asset Facility 2008 (PAF), und die Partner Asset Facility 2011 (PAF 2). Der Gesamtwert dieser Baransprüche am Zuteilungsdatum hatte CHF 12,2 Mio. betragen und belief sich per 31. Dezember 2012 auf CHF 20,1 Mio. Der Wert dieser Ansprüche variiert in Abhängigkeit vom Wert der den PAF- und PAF2-Ansprüchen zugrunde liegenden Portfolios und von der Dauer der verbleibenden Laufzeit.

Von der Geschäftsleitung gehaltene Bestände und Werte aufgeschobener aktienbasierter Ansprüche nach Empfängern

Ende	Anzahl eigene Aktien ¹	Anzahl nicht erworbene Aktienansprüche	Anzahl eigene Aktien und nicht erworbene Aktienansprüche	Anzahl nicht erworbene ISUs	Anzahl nicht erworbene SISUs	Anzahl Optionen	Wert der nicht erworbenen Ansprüche bei Zuteilung (in CHF)	Aktueller Wert der nicht erworbenen Ansprüche (in CHF)
31. Dezember 2012								
Brady W. Dougan	906 929	666 068	1 572 997	–	76 102	–	18 945 613	19 815 939
Romeo Cerutti	80 279	320 261	400 540	–	23 272	–	8 446 679	9 172 331
Tobias Guldimann	57 763	375 725	433 488	–	29 090	–	9 964 935	10 808 561
David R. Mathers	0	461 439	461 439	–	15 130	1 095 ²	11 174 895	12 724 392
Hans-Ulrich Meister	178 198	550 776	728 974	–	46 546	–	14 848 594	15 948 497
Robert S. Shafir	387 544	736 377	1 123 921	–	62 320	–	19 807 159	21 325 210
Pamela A. Thomas-Graham	4 583	239 137	243 720	–	14 382	–	6 342 875	6 768 957
Eric M. Varvel	62 169	454 785	516 954	–	55 470	–	13 996 715	13 623 809
Total	1 677 465 ³	3 804 568	5 482 033	–	322 312	1 095	103 527 465	110 187 696
31. Dezember 2011								
Brady W. Dougan	870 586	117 754	988 340	–	114 153	–	12 538 963	5 118 187
Osama S. Abbasi	233 801	75 354	309 155	3 771	44 232	–	6 218 957	2 804 282
Walter Berchtold	700 040	157 005	857 045	42 023	106 473	–	15 093 404	7 653 886
Romeo Cerutti	37 543	66 426	103 969	7 260	34 908	–	5 343 325	2 554 139
Tobias Guldimann	20 124	66 426	86 550	8 399	43 635	–	5 968 402	2 796 587
Fawzi Kyriakos-Saad	199 942	75 354	275 296	35 973	34 425	–	6 667 886	3 997 001
Karl Landert	96 248	66 426	162 674	34 039	45 381	–	6 967 319	3 957 127
David R. Mathers	16 420	78 503	94 923	17 588	22 695	14 960 ⁴	5 547 285	3 003 091
Hans-Ulrich Meister	46 676	108 696	155 372	39 751	69 819	–	10 554 425	5 679 330
Antonio C. Quintella	112 323	37 677	150 000	–	–	–	1 559 828	831 531
Robert S. Shafir	190 489	127 522	318 011	84 480	93 480	–	14 460 480	8 574 359
Pamela A. Thomas-Graham	4 583	46 372	50 955	–	21 573	–	3 368 158	1 499 546
Eric M. Varvel	0	139 810	139 810	39 183	83 205	–	12 721 715	6 636 589
Total	2 528 775	1 163 325	3 692 100	312 467	713 979	14 960	107 010 147	55 105 655

¹ Beinhaltet Aktien, die ursprünglich als aufgeschobene Vergütung zugeteilt wurden und nun erworben wurden. ² Besteht aus Optionen mit Verfall per 22. Januar 2013 und einem Ausübungspreis von CHF 30.60. ³ Zusätzlich zu den gezeigten gehaltenen Aktien, hielten die folgenden Geschäftsleitungsmitglieder eine Anzahl von insgesamt 2 320 bedingten Pflichtwandelanleihen (MACCS): Brady Dougan (1 336), Romeo Cerutti (60), Hans-Ulrich Meister (262), Robert Shafir (571) und Eric Varvel (91). Diese Wertschriften werden am 29. März 2013 zum Wandelpreis von CHF 16.29 in 143 033 Aktien gewandelt mit Ausführung und Lieferung der Aktien Anfang April 2013. ⁴ Besteht aus 1 095 Optionen mit Verfall per 22. Januar 2013 und einem Ausübungspreis von CHF 30.60 und 13 865 Optionen mit Verfall per 3. Dezember 2012 und einem Ausübungspreis von CHF 34.10.

Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung

Die den Mitgliedern der Geschäftsleitung gewährten Kredite sind mehrheitlich Hypotheken oder Ausleihungen gegen Wertschriftendeckung. Sie richten sich nach den für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geltenden Bedingungen. Am 31. Dezember 2012, 2011 und 2010 beliefen sich die ausstehenden Kredite der Mitglieder der Geschäftsleitung auf CHF 8 Mio., CHF 22 Mio. beziehungsweise CHF 18 Mio. Die Anzahl Personen mit ausstehenden Krediten zu Beginn und am Ende des Jahres 2012 betrug sechs beziehungsweise drei. Der höchste ausstehende Kredit belief sich auf CHF 4 Mio. und betraf Eric Varvel.

Alle den Mitgliedern der Geschäftsleitung gewährten Hypothekendarlehen sind entweder variabel oder festverzinslich. Festhypotheken werden in der Regel für einen Zeitrahmen von bis zu zehn Jahren abgeschlossen. Die verwendeten Zinssätze beruhen auf dem Refinanzierungssatz zuzüglich einer Marge und entsprechen den für andere Mitarbeitende anwendbaren Zinssätzen und übrigen Konditionen. Ausleihungen gegen Wertschriftendeckung werden ebenfalls zu Zinssätzen und Konditionen gewährt, wie sie für Mitarbeitende üblich sind. Bei der Gewährung von Krediten an diese Personen kommen die gleichen Bewilligungs- und Risikobeurteilungsverfahren, wie sie für alle Mitarbeitenden üblich sind, zur Anwen-

dung. Falls nichts anderes vermerkt ist, erfolgten sämtliche Kredite an Geschäftsleitungsmitglieder im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit sowie im Wesentlichen zu denselben Konditionen einschliesslich Zinssätzen und Sicherheiten, wie sie zum jeweiligen Zeitpunkt für vergleichbare Transaktionen mit anderen Personen galten, und unter Berücksichtigung der für sämtliche Mitarbeitenden der Gruppe geltenden Bedingungen. Das Einbringlichkeitsrisiko dieser Kredite hielt sich im üblichen Rahmen, zudem weisen sie keine anderen ungünstigen Eigenschaften auf.

- ▶ Siehe «Bankbeziehungen mit Mitgliedern des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung sowie Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen» in Corporate Governance für nähere Informationen.

Vergütung des Verwaltungsrats

Die Vergütung der Mitglieder des Verwaltungsrats wird in Übereinstimmung mit den Statuten, dem OGR und dem Reglement des Compensation Committee festgelegt. Die Vergütung wird jährlich vom Verwaltungsrat auf Empfehlung des Compensation Committee genehmigt. Sämtliche Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten ein Basishonorar für diese Tätigkeit plus ein Kommissions- oder zusätzliches Honorar in Abhängigkeit von Aufgaben- und Verantwortungsbereich sowie vom Zeitaufwand des jeweiligen Verwaltungsratsmitglieds. Der vollamtliche Präsident, der Vizepräsident und die drei Vorsitzenden der Kommissionen tragen die grösste Verantwortung und wenden am meisten Zeit für die Erfüllung ihrer Pflichten als Verwaltungsräte auf. Daher erhalten diese Personen ein höheres jährliches Basishonorar als die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats und können zusätzliche Honorare beanspruchen, die sich nach ihren spezifischen Rollen richten. Das Basishonorar und die Kommissionshonorare werden vom Verwaltungsrat auf Empfehlung des Compensation Committee festgesetzt und decken den Zeitraum von zwölf Monaten zwischen der diesjährigen Generalversammlung und jener des folgenden Jahres ab. Die Vergütung erfolgt in Form von Barzahlungen und von für die Dauer von vier Jahren gesperrten Aktien der Gruppe. Indem der Verwaltungsrat zu einem bedeutenden Teil in Form von gesperrten Aktien entschädigt wird, stellen wir gleichzeitig die Ausrichtung seiner Interessen mit denen der Aktionäre sicher.

Die Verwaltungsratsmitglieder ohne spezifische Führungsaufgaben (zehn Personen) erhielten für 2012 ein jährliches Basishonorar von CHF 250 000 sowie ein jährliches Kommissionshonorar für ihre Mitarbeit im Audit Committee, im Risk Committee oder im Compensation Committee. Es wurden die folgenden Kommissionshonorare ausgerichtet: CHF 150 000 für das Audit Committee, CHF 100 000 für das Risk Committee und CHF 100 000 für das Compensation Committee. Mit-

glieder des Chairman's and Governance Committees erhalten kein Kommissionshonorar.

Vergütung des Verwaltungsratspräsidenten

Der Präsident des Verwaltungsrats erhält ein Basishonorar plus ein zusätzliches Honorar, das vom Compensation Committee vorgeschlagen und vom Verwaltungsrat genehmigt wird. Das zusätzliche Honorar für den Verwaltungsratspräsidenten kann von einem Jahr auf das nächste in Abhängigkeit vom finanziellen Ergebnis der Gruppe und von der persönlichen Leistung variieren. Das Basishonorar und das zusätzliche Honorar entsprechen dem vollamtlichen Status des Verwaltungsratspräsidenten und seiner aktiven Rolle bei der Gestaltung der Strategie der Gruppe, der Leitung ihrer Geschäfte und der Vertretung der Gruppe gegenüber ihren Aktionären. Der Verwaltungsratspräsident koordiniert die Arbeit des Verwaltungsrats, arbeitet mit den Kommissionsvorsitzenden bei der Koordination der Aufgaben der Kommissionen zusammen und stellt einen ausreichenden Informationsfluss unter den einzelnen Verwaltungsratsmitgliedern sicher, damit diese ihre Verantwortung ordnungsgemäss wahrnehmen können. Der Verwaltungsratspräsident bestimmt die Agenda und wichtige Schlüsselthemen des Verwaltungsrats, insbesondere hinsichtlich der strategischen Entwicklung, Nachfolgeplanung, Strukturierung und Organisation der Gruppe sowie der Vergütung und Vergütungssysteme einschliesslich der Leistungsbeurteilung und der Vergütung des CEO und der Geschäftsleitung. Er führt den Vorsitz im Verwaltungsrat, im Chairman's and Governance Committee und in den Generalversammlungen, leitet die Corporate Governance der Gruppe und übernimmt eine aktive Rolle bei der Vertretung der Gruppe gegenüber wichtigen Aktionären, Investoren, Aufsichtsbehörden, Branchenvereinigungen und anderen Anspruchsgruppen.

Der Präsident des Verwaltungsrats, Urs Rohner, erhielt für das Geschäftsjahr 2012 eine Gesamtvergütung von CHF 5,2 Mio. Davon waren CHF 2,5 Mio. das Basishonorar, CHF 2,5 Mio. das Zusatzhonorar und CHF 0,2 Mio. eine weitere Vergütung, die hauptsächlich aus vorsorgeähnlichen Leistungen bestand. Von den CHF 5,2 Mio. wurden CHF 4,0 Mio. in bar und CHF 1,2 Mio. in Form von für die Dauer von vier Jahren gesperrten Aktien der Gruppe ausgerichtet. Im Vorjahr hatte Urs Rohner für seine Funktion als Vize-Präsident und später als Präsident des Verwaltungsrats, die er auf der Generalversammlung im April 2011 übernahm, eine Gesamtvergütung von CHF 4,3 Mio. erhalten. Die dem Verwaltungsratspräsidenten zugeteilte Gesamtvergütung für das Jahr 2012 ist Ausdruck der verbesserten Ertragskraft der Gruppe und der in der Einschätzung durch das Compensation Committee unter schwierigen Umständen erbrachten Leistungen von Urs Rohner. Insbesondere ist sie Anerkennung für die erfolgreiche

Führung des Verwaltungsrats, für die straffe Steuerung und Überwachung der strategischen Entwicklung der Gruppe einschliesslich der Neuausrichtung der Geschäftsstruktur und der Organisation auf die jüngsten regulatorischen Auflagen, für seinen aktiven Austausch mit massgeblichen Interessengruppen und Aufsichtsbehörden sowie für die Vertretung der Gruppe in verschiedenen Branchenvereinigungen.

Vergütung des Vizepräsidenten und der Vorsitzenden der Kommissionen

Der Vizepräsident des Verwaltungsrats, Peter Brabeck-Letmathe, erhielt ein jährliches Basishonorar in Höhe von CHF 400 000; er bezog aber kein Ausschuss- oder zusätzliches Honorar. Aziz R.D. Syriani, Richard E. Thornburgh und John Tiner erhielten für ihre Funktion als Vorsitzende der Kommissionen ein jährliches Basishonorar sowie ein zusätzliches Honorar im Zusammenhang mit der grösseren Verantwortung und dem zusätzlichen Zeitaufwand für die Ausübung dieses Amtes. Das jährliche Basishonorar für die beiden Vorsitzenden des Audit Committee und des Risk Committee betrug für 2012 CHF 400 000 und für den Vorsitzenden des Compensation Committee CHF 350 000. Das Basishonorar für die Kommis-

sionsvorsitzenden wird vom Compensation Committee festgesetzt und deckt den Zeitraum von zwölf Monaten zwischen der diesjährigen GV und jener des folgenden Jahres ab. Das zusätzliche Honorar für die drei Kommissionsvorsitzenden kann je nach effektivem Zeitaufwand von Jahr zu Jahr variieren und wird im Einklang mit dem jährlichen variablen Vergütungszyklus für das laufende Jahr festgesetzt und entrichtet. Das zusätzliche Honorar für die Vorsitzenden des Audit und des Risk Committee, die auch Mitglieder anderer Kommissionen sind, deckt ferner ihre Tätigkeit in Kommissionen ab, die sie nicht leiten.

Ehemalige Mitglieder des Verwaltungsrats

Drei ehemalige Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten Sachleistungen in Form von Bürobeneutzung und Sekretariatsunterstützung. Diese Dienstleistungen werden nur sporadisch in Anspruch genommen und durch bereits bestehende Ressourcen abgedeckt. Während des Jahres 2012 wurden keine zusätzlichen Honorare, Abfindungen oder keine andere Vergütung zugunsten gegenwärtiger oder ehemaliger Mitglieder des Verwaltungsrats beziehungsweise diesen nahe stehenden Personen bezahlt.

Vergütung des Verwaltungsrats für 2012

	Basis- honorar Verwal- tungsrat	Honorar für Ver- waltungs- ratsaus- schuss	Zusätzliche Honorare ¹	Sonstige Vergü- tungs- kategorien ²	Total Vergü- tung	Gewährt in bar	In % der Gesamt- vergütung	Gewährt in Aktien der Gruppe	In % der Gesamt- vergütung	Anzahl Aktien der Gruppe ³
2012/2013 (in CHF)										
Urs Rohner, Präsident ⁴	2 500 000	–	2 500 000	234 881	5 234 881	3 984 881	76%	1 250 000	24%	50 772
Peter Brabeck-Letmathe, Vize-Präsident ⁵	400 000	–	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	9 026
Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani ⁵	250 000	–	–	–	250 000	125 000	50%	125 000	50%	5 641
Robert H. Benmosche ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	7 898
Iris Bohnet ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	7 898
Noreen Doyle ⁵	250 000	100 000	182 600	–	532 600	357 600	67%	175 000	33%	7 898
Jean-Daniel Gerber ⁵	250 000	150 000	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	9 026
Walter B. Kielholz ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	7 898
Andreas N. Koopmann ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	7 898
Jean Lanier ⁵	250 000	250 000	–	–	500 000	250 000	50%	250 000	50%	11 282
Anton van Rossum ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	7 898
Aziz R.D. Syriani, Vorsitzender des Compensation Committee ⁴	350 000	–	400 000	–	750 000	522 500	70%	227 500	30%	9 241
David W. Syz ⁵	250 000	150 000	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	9 026
Richard E. Thornburgh, Vorsitzender des Risk Committee ⁴	400 000	–	1 000 000	–	1 400 000	900 000	64%	500 000	36%	20 309
John Tiner, Vorsitzender des Audit Committee ⁴	400 000	–	1 000 000	–	1 400 000	900 000	64%	500 000	36%	20 309
Total	6 550 000	1 150 000	5 082 600	234 881	13 017 481	8 514 981	65%	4 502 500	35%	192 020

¹ Enthält die Zusatzhonorare für den Präsidenten im Vollamt und die drei Ausschussvorsitzenden sowie die Zusatzhonorare, die an Noreen Doyle im Jahr 2012 als nicht geschäftsführende Direktorin der zwei britischen Tochtergesellschaften der Gruppe, Credit Suisse International und Credit Suisse Securities Europe Limited bezahlt wurden. Die Zusatzhonorare von CHF 182 600 für Noreen Doyle entsprachen dem jährlichen Honorar von GBP 125 000, die Noreen Doyle 2012 als nicht geschäftsführende Direktorin (Jahreshonorar von GBP 100 000) und als Vorsitzende des Audit Committee (Zusatzhonorar von GBP 25 000) von Credit Suisse International and Credit Suisse Securities Europe Limited erhielt. ² Sonstige Vergütung für den Präsidenten enthielt Spesenpauschalen, Kinderzulagen, Krankenversicherungsbeiträge und Vorsorgeleistungen. ³ Der Wert der Aktien der Gruppe ist in der Gesamtvergütung enthalten. Die Aktien der Credit Suisse Group AG unterliegen einer vierjährigen Sperrfrist. ⁴ Der Präsident und die drei Ausschussvorsitzenden erhielten ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar in bar. Sie erhielten auch Zusatzhonorare in bar und/oder Aktienansprüchen, welche durch den Verwaltungsrat im ordentlichen Vergütungsprozess bestimmt wurden. Die an diese vier Personen ausgerichteten Zusatzhonorare wurden in Aktien der Gruppe (zu 50%) und bar (zu 50%) bezahlt. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug CHF 24.62. ⁵ Ausser dem Präsidenten und den drei Vorsitzenden der Ausschüsse erhielten Verwaltungsratsmitglieder ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar und ein Ausschusshonorar für ihre jeweilige Ausschussmitgliedschaft vorschüssig für die Periode zwischen zwei Generalversammlungen, das heisst vom 27. April 2012 bis 26. April 2013. Die jährlichen Ausschusshonorare betragen CHF 150 000 für das Audit Committee und CHF 100 000 für die Risk und Compensation Committee. Für 2012 wurden die Gesamthonorare in Aktien der Gruppe (zu 50%) und bar (zu 50%) ausgerichtet. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug per Generalversammlung 2012 CHF 22.16.

Vergütung des Verwaltungsrats für 2011

	Basis-honorar Verwal- tungsrat	Honorar für Ver- waltungs- ratsaus- schuss	Vergütung für funktionale Aufgaben	Sonstige Vergü- tungs- kategorien ¹	Total Vergü- tung	Gewährt in bar	In % der Gesamt- vergütung	Gewährt in Aktien der Gruppe	In % der Gesamt- vergütung	Anzahl Aktien der Gruppe ²
2011/2012 (in CHF)										
Urs Rohner, Präsident ^{3,4}	2 100 000	–	2 000 000	234 881	4 334 881	3 334 881	77%	1 000 000	23%	45 663
Hans-Ulrich Dörig, ehemaliger Präsident ³	750 000	–	666 667	–	1 416 667	1 416 667	100%	–	–	–
Peter Brabeck-Letmathe, Vize-Präsident	400 000	–	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	5 088
Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani ⁵	250 000	–	–	–	250 000	125 000	50%	125 000	50%	3 180
Robert H. Benmosche ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	4 452
Noreen Doyle ^{5,6}	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	4 452
Walter B. Kielholz ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	4 452
Andreas N. Koopmann ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	4 452
Jean Lanier ⁵	250 000	250 000	–	–	500 000	250 000	50%	250 000	50%	6 360
Anton van Rossum ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	4 452
Aziz R.D. Syriani, Vorsitzender des Compensation Committee ⁴	350 000	–	400 000	–	750 000	522 500	70%	227 500	30%	10 389
David W. Syz ⁵	250 000	150 000	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	5 088
Richard E. Thornburgh, Vorsitzender des Risk Committee ⁴	400 000	–	1 000 000	–	1 400 000	900 000	64%	500 000	36%	22 832
John Tiner, Vorsitzender des Audit Committee ⁴	400 000	–	666 666 ⁷	–	1 066 666	733 333	69%	333 333	31%	15 221
Peter F. Weibel ⁵	250 000	150 000	465 000 ⁷	–	865 000	665 000	77%	200 000	23%	5 088
Total	6 650 000	1 050 000	5 198 333	234 881	13 133 214	9 222 381	70%	3 910 833	30%	141 169

¹ Sonstige Vergütung enthielt Spesenpauschalen, Kinderzulagen, Krankenversicherungsbeiträge und Vorsorgeleistungen. ² Der Wert der Aktien der Gruppe ist in der Gesamtvergütung enthalten. Die Aktien der Credit Suisse Group AG unterliegen einer vierjährigen Sperrfrist. ³ Hans-Ulrich Doerig und Urs Rohner dienten in der Funktion als Präsident im Vollamt beziehungsweise Vize-Präsident im Vollamt vom Januar 2011 bis zur GV im April 2011. Anlässlich der GV 2011 trat Urs Rohner die Nachfolge von Hans-Ulrich Doerig in der Funktion des Präsidenten im Vollamt an. ⁴ Verwaltungsratsmitglieder mit funktionalen Aufgaben erhielten ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar in bar. Zusätzlich erhielten sie eine variable Vergütung in bar und/oder in Aktienansprüchen, welche durch den Verwaltungsrat im ordentlichen Management-Vergütungsprozess bestimmt wurde. Grundsätzlich wurde die für 2011 zugewiesene variable Vergütung in Aktien der Gruppe (zu 50%) und in bar (zu 50%) ausgerichtet. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug CHF 21.90. ⁵ Verwaltungsratsmitglieder ohne funktionalen Aufgaben erhielten ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar und ein Ausschusshonorar für ihre jeweilige Ausschussmitgliedschaft vorschüssig für die Periode zwischen zwei Generalversammlungen, das heisst vom 29. April 2011 bis 27. April 2012. Die jährlichen Ausschusshonorare betragen CHF 150 000 für das Audit Committee und CHF 100 000 für die Risk und Compensation Committee. Für 2011 wurden die Gesamthonorare in Aktien der Gruppe (zu 50%) und in bar (zu 50%) ausgerichtet. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug per GV 2011 CHF 39.31. ⁶ Im Juli 2011 wurde Noreen Doyle zur nicht geschäftsführenden Direktorin und Vorsitzenden des Audit Committee der britischen Tochtergesellschaft Credit Suisse International und Credit Suisse Securities Europe Limited ernannt. Sie erhielt dafür ein Honorar von insgesamt GBP 50 000. ⁷ Peter F. Weibel war bis zur Generalversammlung 2011 Vorsitzender des Audit Committee. Nachfolgend übernahm John Tiner diese Funktion.

Aktienbesitz sowie Kredite des Verwaltungsrats

Aktienbesitz der Mitglieder des Verwaltungsrats

Die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Zahlen umfassen den Aktienbesitz der jeweiligen Verwaltungsratsmitglieder, enger Familienmitglieder sowie vom entsprechenden Verwaltungsratsmitglied kontrollierter Unternehmen. Per 31. Dezember 2012 hielten keine Mitglieder des Verwaltungsrats ausstehende Optionen.

Aktienbesitz des Verwaltungsrats nach Empfängern

	2012	2011
31. Dezember (in Aktien) ¹		
Urs Rohner	244 422	221 056
Peter Brabeck-Letmathe	120 999	108 820
Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani	11 790	5 696
Robert H. Benmosche	30 872	23 304
Iris Bohnet	7 898	–
Noreen Doyle	41 324	31 837
Jean-Daniel Gerber	9 826	–
Walter B. Kielholz	292 424	281 891
Andreas N. Koopmann	30 469	21 400
Jean Lanier	43 881	30 912
Anton van Rossum	48 598	38 831
Aziz R.D. Syriani	76 774	66 385
David W. Syz	92 745	81 193
Richard E. Thornburgh	218 456	283 600
John Tiner	24 799	8 625
Total	1 295 277 ²	1 203 550 ³

¹ Beinhaltet Aktien mit einer Sperrfrist von bis zu vier Jahren. ² Zusätzlich zu den gezeigten gehaltenen Aktien, hielten die folgenden Verwaltungsratsmitglieder eine Anzahl von insgesamt 1 519 bedingten Pflichtwandelanleihen (MACCS): Urs Rohner (395), Peter Brabeck-Letmathe (175), Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani (17), Iris Bohnet (11), Walter Kielholz (431), Andreas Koopmann (44), Aziz Syriani (113), Richard Thornburgh (297) und John Tiner (36). Diese Wertschriften werden am 29. März 2013 zum Wandelpreis von CHF 16.29 in 93 247 Aktien gewandelt mit Ausführung und Lieferung der Aktien Anfang April 2013. ³ Nicht enthalten sind 72 232 Aktien, die Peter Weibel per 31. Dezember 2011 besass. Er trat per 27. April 2012 aus dem Verwaltungsrat aus.

Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrats

Die den Mitgliedern des Verwaltungsrats gewährten Kredite sind mehrheitlich Hypotheken oder Ausleihungen gegen Wertschriftendeckung. Sie richteten sich nach für Drittparteien geltenden Bedingungen. Per 31. Dezember 2012, 2011 und 2010 beliefen sich die ausstehenden Kredite auf CHF 40 Mio., CHF 34 Mio. beziehungsweise CHF 35 Mio.

Bei Mitgliedern des Verwaltungsrats, die Kredite erhalten, gelangen nicht die Mitarbeiterkonditionen zur Anwendung, es gelten die gleichen Bedingungen wie für Kunden mit einer ver-

gleichbaren Bonität. Mitglieder des Verwaltungsrats, die vormalig Mitarbeitende der Gruppe waren, können über ausstehende Kredite verfügen, die ihnen seinerzeit zu Mitarbeiterbedingungen verlängert worden waren. Falls nichts anderes vermerkt ist, erfolgten sämtliche Kredite an Verwaltungsratsmitglieder im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit sowie im Wesentlichen zu denselben Konditionen einschliesslich Zinssätzen und Sicherheiten, wie sie zum jeweiligen Zeitpunkt bei der Vergabe für vergleichbare Transaktionen mit anderen Personen galten. Das Einbringlichkeitsrisiko dieser Kredite hielt sich im üblichen Rahmen, zudem weisen sie keine anderen ungünstigen Eigenschaften auf. Zusätzlich zu den unten aufgeführten Krediten können die Gruppe beziehungsweise im Bankgeschäft engagierte Tochtergesellschaften der Gruppe Ausleihungen oder Finanzierungsgeschäfte mit Gesellschaften tätigen, bei denen gegenwärtige Mitglieder des Verwaltungsrats bedeutenden Einfluss (gemäss Definition der US Securities and Exchange Commission) ausüben, etwa als Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Verwaltungsrats. Sofern nicht ausdrücklich anderslautend angegeben, werden an diese Gesellschaften von der Gruppe gewährte Kredite im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit und zu den jeweils aktuellen Marktkonditionen vergeben. Per 31. Dezember 2012, 2011 und 2010 bestanden keine Kreditpositionen gegenüber solchen verbundenen Parteien, die nicht im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit und zu den jeweils aktuellen Marktkonditionen vergeben worden waren.

► Siehe «Bankbeziehungen mit Mitgliedern des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung sowie Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen» in Corporate Governance für nähere Informationen.

Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrats nach Empfängern

	2012	2011
31. Dezember (in CHF)		
Urs Rohner	5 034 157	5 090 650
Peter Brabeck-Letmathe	27 520 527	15 833 928
Walter B. Kielholz	4 200 000	5 050 000
Andreas N. Koopmann	2 775 000	2 775 000
David W. Syz	1 500 000	1 500 000
Richard E. Thornburgh	0	14 266
Total ¹	41 029 684	30 263 844 ²

¹ Enthält Kredite an direkte Familienmitglieder. ² Nicht enthalten ist ein Kredit von CHF 3 950 000 an Peter Weibel per 31. Dezember 2011. Er trat per 27. April 2012 aus dem Verwaltungsrat aus.

Vergütungsstruktur der Gruppe

Ausser für die Mitglieder der Geschäftsleitung war die Vergütungsstruktur für alle Mitarbeitenden der Gruppe ähnlich wie im Vorjahr. Die Vergütungsstruktur für 2012 enthält im Wesentlichen folgende Elemente:

- Die Pools für variable Vergütung der einzelnen Divisionen wurden aufgrund des Finanzergebnisses 2012 der jeweiligen Division festgelegt, wobei für den Kapitaleinsatz ein Abzug nach einheitlichem Ansatz erfolgte.
- Die Schwelle, ab der die variable Vergütung aufgeschoben wird, lag weiterhin bei einer Gesamtvergütung von CHF/USD 250 000 (beziehungsweise dem Gegenwert in Lokalwährung). Die Prozentsätze, die bestimmen, welcher Anteil der variablen Vergütung aufgeschoben wird, blieben weitgehend unverändert.
- Wie in den Vorjahren unterstehen sämtliche aufgeschobenen Vergütungsansprüche für 2012 einer allgemeinen Malusklausel, die es der Gruppe erlaubt, sämtliche noch ausstehenden Ansprüche zu annullieren, falls Mitarbeitende Handlungen vornehmen, die der Gruppe einen wesentlichen finanziellen, Reputations- oder sonstigen wesentlichen Schaden zufügen oder zufügen könnten.
- Der Hauptteil der variablen aufgeschobenen Vergütung für 2012 wurde den Mitarbeitenden in Form von Aktienansprüchen zugeteilt, deren Rechte über einen Zeitraum von drei Jahren erworben werden (Vesting-Periode).
- Die Managing Directors und alle Mitarbeitenden, die als wesentliche Risikonehmer und Kaderpersonal in Kontrollfunktionen (Material Risk Takers and Controllers, MRTC) eingestuft werden, erhielten mindestens 50% ihrer variablen aufgeschobenen Vergütung für 2012 in Form von Performance-Share-Ansprüchen mit einer Anpassungsklausel, die im Falle eines Verlusts der jeweiligen Division oder einer negativen bereinigten Eigenkapitalrendite (ROE) eine Reduzierung der Ansprüche erlaubt. Eine Anpassung der noch nicht erworbenen Vergütungsansprüche nach oben ist nicht vorgesehen.
- Die Managing Directors und Directors in der Division Investment Banking erhielten einen Teil ihrer variablen aufgeschobenen Vergütung für 2012 in Form von Plus Bonds, einem neuen Instrument für aufgeschobene variable Vergütung. Plus Bonds sind eine aufgeschobene Bargeldvergütung, die an ein Portfolio aus an Asset-backed Securities (ABS) geknüpften Vermögenswerten gebunden ist und das Risiko von der Gruppe auf die Mitarbeitenden überträgt.

- Die Managing Directors und Directors in der Division Investment Banking erhielten den Baranteil ihrer variablen Vergütung in Form von Restricted Cash Awards. Dies sind Barzahlungen, die im Falle einer freiwilligen Kündigung oder einer fristlosen Kündigung innerhalb von drei Jahren nach erfolgter Zuteilung anteilig rückzahlbar sind.

Festsetzung der divisionalen Pools für die variable Vergütung

Die Festsetzung der Pools für die leistungsbezogene variable Vergütung ist ein jährlicher Prozess. Die Gruppe nimmt entsprechende Zuweisungen an die variablen Vergütungspools der Divisionen und der Gruppe im Verlauf des Jahres vor. Der Verwaltungsrat überprüft diese Zuweisungen und die entsprechenden finanziellen Informationen in regelmässigen Abständen und nimmt nach eigenem Ermessen Anpassungen vor, um sicherzustellen, dass der Umfang der Pools mit den Vergütungszielen der Gruppe übereinstimmt. Aus einer solchen Zuweisung auf Gruppenebene oder auf anderer Ebene lässt sich indessen kein Recht oder sonstiger Anspruch auf den Erhalt einer variablen Vergütung ableiten.

Für die Geschäftsdivisionen dient in erster Linie das Ergebnis der Division vor Steuern und vor der Zuweisung der variablen Vergütung zur Festlegung des variablen Vergütungspools, abzüglich einer Belastung für die Inanspruchnahme von Kapital. Alle Divisionen wurden 2012 zu einem einheitlichen Ansatz für die Inanspruchnahme von Kapital belastet, um die Methoden zur Festlegung der Pools in sämtlichen Geschäftsbereichen besser aufeinander abzustimmen. Die Belastung für die Inanspruchnahme von Kapital wird anhand der Kosten des zugeteilten Kapitals berechnet. Das zugeteilte Kapital ist definiert als 10% der durchschnittlichen risikogewichteten Aktiven unter Basel III. Die Methode zur Festlegung der variablen Vergütungspools auf Divisionsebene beruht nicht ausschliesslich auf einer bestimmten Formel, sondern berücksichtigt stattdessen divisionale Leistungsindikatoren und auch nichtfinanzielle Kriterien, einschliesslich Risikoüberlegungen und relativer Leistung im Vergleich zu Mitbewerbern. Die variablen Vergütungspools für die einzelnen Divisionen für das Jahr 2012 wurden anhand der früheren Divisionsstruktur festgelegt (Private Banking, Investment Banking und Asset Management), die für den grössten Teil des Jahres 2012 noch in Kraft war.

Die Pools der einzelnen Divisionen werden zwecks Bildung eines Pools für die variable Vergütung für Shared Services gekürzt, dessen Gesamtumfang von konzernweiten Leistungs- und Qualitätsmessungen abhängt und nicht von den Ergebnissen der Divisionen, die von diesen Funktionen unterstützt werden.

Zudem werden bei der Festlegung der Pools für die Divisionen und Shared Services das Gesamtergebnis der Gruppe, ethische Gesichtspunkte und Aspekte zu Risiko, Compliance und Kontrolle sowie das Marktumfeld und aufsichtsrechtliche Entwicklungen berücksichtigt. Die definitiv festgelegten Pools für variable Vergütung werden durch das Compensation Committee geprüft und auf dessen Empfehlung hin durch den Verwaltungsrat genehmigt.

Sobald die variablen Vergütungspools auf Gruppen- und Divisionsebene festgelegt worden sind, teilt jede Division ihren Pool anhand derselben oder ähnlicher Faktoren wie bei der Festsetzung der divisionalen Pools auf ihre verschiedenen Geschäftsbereiche auf. Die Inanspruchnahme von Kapital wird bei der Zuteilung an die Geschäftsbereiche weiterhin einberechnet. Durch diesen Prozess anerkennen die Geschäftsleiter, dass die Inanspruchnahme von Kapital einen erheblichen Faktor bei der Festsetzung der Pools für die variable Vergütung des Geschäftsbereichs unter ihrer Verantwortung darstellt. Die Pools werden dann weiter auf Linienvorgesetzte und Mitarbeitende aufgeteilt. Die Linienvorgesetzten teilen die im Rahmen des Pools verfügbaren Mittel den Mitarbeitenden unter Berücksichtigung der individuellen Leistungen und des Erfolgs des Geschäftsbereichs als variable Vergütung zu.

Vergleich mit Bezugsgruppen

Die Beurteilung des wirtschaftlichen Umfelds und der Konkurrenzsituation ist ein anderes wichtiges Element in unserem Vergütungsprozess, mit dem wir das Ziel verfolgen, unseren Mitarbeitenden für vergleichbare Aufgaben, Erfahrungen und Standorte eine marktgerechte und konkurrenzfähige Vergütung zu bieten. Bei der Ermittlung einer Benchmark zu relevanten Konkurrenzunternehmen greifen wir sowohl auf interne Stellen als auch auf externe Vergütungsexperten zurück. Wir setzen auf einen differenzierten Ansatz und berücksichtigen die Vergütungshöhen konkurrierender Marktteilnehmer in den verschiedenen geografischen Regionen, in denen wir tätig sind.

In Bezug auf die Schlüsselfunktionen auf Gruppen- und Divisionsebene stehen wir mit den wichtigsten Banken weltweit im Wettbewerb um die besten Talente. Bei der Ermittlung einer Benchmark für unser Vergütungsniveau und bei der Bestimmung der Höhe der Pools für die variable Vergütung orientieren wir uns auf Gruppen- und Divisionsebene an einer Bezugsgruppe aus europäischen und US-amerikanischen Banken. Diese Bezugsgruppen und die relevanten Kennzahlen werden jedes Jahr im April vom Compensation Committee überprüft und im weiteren Jahresverlauf beobachtet. Die Vergleichsgruppe umfasst dieselben zwölf Konkurrenzunternehmen, die das Compensation Committee auch für die Beurteilung der relativen Leistung der Gruppe zur Festlegung der Geschäftsleitungsvergütung für das Jahr 2012 berücksichtigt: Bank of America, Barclays, BNP Paribas, Citigroup, Deutsche Bank, Goldman Sachs, HSBC, JPMorgan Chase, Morgan Stanley, Nomura, Société Générale und UBS. Die meisten dieser Institute erwähnen die Credit Suisse explizit als eines ihrer Konkurrenzunternehmen.

Die Vergleichsgruppen für 2012 für die Gruppe und die einzelnen Divisionen sind in der nachstehenden Tabelle aufgeführt, gefolgt von den spezifischen Leistungskriterien, die das Compensation Committee bei der Performance-Ermittlung im Vergleich zu Konkurrenten im Rahmen der Festlegung der variablen Vergütungspools für die einzelnen Divisionen überprüft.

Bezugsgruppen und Leistungskriterien 2012

Credit Suisse Group

Bezugsgruppe	Bank of America, Barclays, BNP Paribas, Citigroup, Deutsche Bank, Goldman Sachs, HSBC, JPMorgan Chase, Morgan Stanley, Nomura, Société Générale und UBS
Leistungskriterien	
Profitabilität und Effizienz	Eigenkapitalrendite, Gewinnmarge vor Steuern und Personalaufwand/Ertrag-Verhältnis
Wachstum	Wachstum des Ergebnisses pro Aktie, Wachstum des Nettoertrags, Wachstum der Netto-Neugelder und Wachstum der gesamten verwalteten Vermögen
Eigenmittel und Risiko	Kernkapitalquote (Tier 1), Quote des inneren Kernkapitals (Tier 1), Leverage Ratio, Value-at-Risk und Entwicklung der risikogewichteten Aktiven
Aktionärszufriedenheit	Total Aktienrendite über ein Jahr, total Aktienrendite über zwei Jahre und Wachstum des Buchwerts pro Aktie

Private Banking

Bezugsgruppe	Barclays, Deutsche Bank, HSBC, Julius Bär Group, JPMorgan Chase und UBS
Leistungskriterien	
Profitabilität und Effizienz	Gewinnmarge vor Steuern, Vorsteuerertrag auf den verwalteten Vermögen und Bruttomarge
Wachstum	Wachstum des Nettoertrags, des Vorsteuergewinns und der Netto-Neugelder

Investment Banking

Bezugsgruppe	Bank of America, Barclays, Citigroup, Deutsche Bank, Goldman Sachs, JPMorgan Chase, Morgan Stanley und UBS
Leistungskriterien	
Profitabilität und Effizienz	Vorsteuerrendite auf dem zur Deckung der wirtschaftlichen Risiken benötigten Kapital, Gewinnmarge vor Steuern und Personalaufwand/Ertrag-Verhältnis
Wachstum	Wachstum des Nettoertrags und des Vorsteuergewinns
Eigenmittel und Risiko	Nettoertrag/Value-at-Risk

Asset Management

Bezugsgruppe	Allianz, BlackRock, Deutsche Bank, Goldman Sachs, JPMorgan Chase, Morgan Stanley und UBS
Leistungskriterien	
Profitabilität und Effizienz	Gewinnmarge vor Steuern und Bruttomarge auf den verwalteten Vermögen
Wachstum	Wachstum des Vorsteuergewinns, des Nettoertrags und der Netto-Neugelder

¹ Für den Vergütungsprozess 2012 wurden die Bezugsgruppen und Leistungskriterien durch das Compensation Committee im April 2012 genehmigt, wobei noch die alte Divisionsstruktur massgeblich war.

Berücksichtigung von Risiko- und Kontrollaspekten im Vergütungsprozess

Risiko- und Kontrollaspekte werden bei der Leistungsbeurteilung und im Vergütungsprozess berücksichtigt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass unser Vergütungsansatz dem Eingehen exzessiver Risiken entgegenwirkt und dass den Themen Risiko und interne Kontrolle eine erhebliche Bedeutung beigegeben wird. Im Laufe des Jahres 2012 haben wir unsere Prozesse und Kontrollmechanismen bezüglich Risiko und Vergütung weiter verfeinert, insbesondere jene, die MRTC betreffen.

Vergütungsverfahren für MRTC

Die Gruppe hat 2012 ihre Prozesse zur Prüfung der Leistung, der Compliance und der variablen Vergütungsempfehlungen für MRTC und bestimmte andere Mitarbeitergruppen weiterentwickelt. Als MRTC qualifizieren Mitarbeiter, die entweder einzeln oder als Teil einer Gruppe mit ihrer Tätigkeit einen

wesentlichen Einfluss auf das Risikoprofil der Gruppe haben können. Vor allem die Aufsichtsbehörden haben ihr Augenmerk vermehrt auf die Bestimmung und Kontrolle von Mitarbeitenden gerichtet, die in Finanzinstituten Risiken eingehen oder bewirtschaften, und haben deshalb ihre Auflagen entsprechend verschärft. Die Kriterien für die Klassifizierung von Mitarbeitenden als MRTC für die Gruppe werden vom Verwaltungsrat auf Empfehlung des Compensation Committee und des Risk Committee genehmigt. Mitarbeitende, die eines oder mehrere der folgenden Kriterien erfüllen, werden als MRTC eingestuft:

- Mitglieder der Geschäftsleitung;
- Mitarbeitende, die direkt einem Mitglied der Geschäftsleitung unterstellt sind – üblicherweise Mitarbeitende, die wichtige Geschäftsbereiche der Gruppe führen und die Mitglieder von Management Committees auf Divisions-ebene sind;

- Kaderpersonal in Kontrollstellen, die Führungskräfte in Shared-Services-Funktionen in den Bereichen Finance, Risikomanagement, Legal and Compliance und Talent, Branding and Communications sind und für die Überwachung von Einzelpersonen oder Personengruppen zuständig sind, welche für die Gruppe erheblicher Risiken übernehmen;
- Mitarbeitende, die – individuell oder als Teil einer Gruppe – einen erheblichen Anteil des Kapitals der Gruppe einem Risiko aussetzen, beispielsweise Händler sowie andere Mitarbeitende, die zur Bewirtschaftung, Überwachung oder Genehmigung von Risikopositionen befugt sind, welche erheblichen Einfluss auf unser Finanzergebnis haben könnten;
- die 150 Mitarbeitenden mit der konzernweit höchsten Gesamtvergütung, unabhängig von der jeweiligen Position oder Funktion;
- Code Staff gemäss der britischen Financial Services Authority, die entsprechend der Bedeutung, welche die Funktionen der Mitarbeitenden in Grossbritannien haben, und der potenziellen Auswirkungen ihrer mit Risiken verbundenen Aktivitäten auf die britischen Einheiten bestimmt werden; und
- sonstige Mitarbeitende, deren Funktion als Einzelperson oder als Teil einer Gruppe anerkanntermassen mit potenziellen Auswirkungen auf das Marktrisiko, Reputationsrisiko oder operationelle Risiko verbunden ist.

Alle Managing Directors und MRTC erhielten mindestens 50% ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung in Form von Performance-Share-Ansprüchen.

Die Gruppe entsprach zudem den Anforderungen der Fed und identifizierte neben den MRTC zwei Mitarbeitergruppen in den USA, welche ebenfalls die weiterentwickelten Vergütungsverfahren für MRTC durchlaufen müssen. Insgesamt werden diese Mitarbeitenden als Risikonehmer (Covered Employees) bezeichnet. Als solche Risikonehmer gelten:

- MRTC;
- alle Umsatz generierenden Mitarbeiter im Investment Banking, die in den USA arbeiten; und
- alle Branch Managers unseres Bereichs Wealth Management Clients in den USA innerhalb der Division Private Banking & Wealth Management.

Der im Berichtsjahr überarbeitete Vergütungsprozess, gilt für alle Risikonehmer. Eingeführt wurden Weisungen und Verfahren, die sicherstellen sollen, dass Vorgesetzte, die für Risikonehmer Leistungsbeurteilungen vornehmen und Empfehlungen bezüglich der variablen Vergütung abgeben, in ausreichendem Masse die Risiken, welche diese Mitarbeiten-

den eingehen, berücksichtigen. Dazu gehören auch obligatorische Schulungen der Vorgesetzten von Risikonehmern. Ausserdem wurden Weisungen für die Auslösung von Malusklauseln und für die Auswirkungen auf die Vergütung je nach Schweregrad eines Auslösungsgrundes eingeführt. Um sicherzustellen, dass die neuen Richtlinien angewendet werden, wurden Validierungs- und Überwachungsprozesse geschaffen, die eine Prüfung der Vergütungsentscheide für Risikonehmer beinhalten.

- ▶ [Siehe Tabelle «Genehmigungskompetenz» für weitere Informationen zum Prüfungs- und Genehmigungsprozess bei der variablen Vergütung.](#)

Kontrollfunktionen im Vergütungsprozess

Neben der jährlichen Leistungsbeurteilung durch den zuständigen Linienvorgesetzten unterstehen alle Risikonehmer auch noch einem separaten Prüfungsprozess durch von den Geschäftsbereichen unabhängige Kontrollfunktionen, der sich auf die Entscheidungen über die individuelle variable Vergütung auswirken kann. Zu den Kontrollfunktionen zählen die von den Geschäftsbereichen unabhängigen Bereiche Legal and Compliance, Risk Management, Finance und Interne Revision. Berichte über Verstösse seitens der Mitarbeitenden werden den mit der Überprüfung betrauten regionalen Disziplinarkommissionen vorgelegt, die Verstösse von Mitarbeitenden beurteilen sowie Empfehlungen über Disziplinar-massnahmen machen. Zu diesen Massnahmen zählt gegebenenfalls eine Kürzung oder Streichung der variablen Vergütung des betroffenen Mitarbeiters im betreffenden Jahr. Bei MRTC gilt dies auch für die aufgeschobenen Awards aus den Vorjahren. Das Audit und das Risk Committee erhalten im Verlauf des Jahres in regelmässigen Abständen Informationen über die Disziplinarfälle; sie haben ein Mitspracherecht zur Angemessenheit der Disziplinar-massnahmen. Die Ergebnisse einer solchen Beurteilung durch eine Disziplinarkommission sowie alle Disziplinar-massnahmen werden dem Compensation Committee zusammen mit den Einzelheiten über eventuelle Auswirkungen auf die variable Vergütung mitgeteilt. Die vorgeschlagene variable Vergütung für MRTC muss schliesslich noch vom Compensation Committee geprüft und genehmigt werden.

Rückzahlungsbestimmungen und weitere Risikoanpassungen bei aufgeschobenen Vergütungsansprüchen

Alle aufgeschobenen Ansprüche enthalten Rückzahlungsbestimmungen. Insbesondere die Performance-Share-Ansprüche und die Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche (zugeteilt 2010 und 2009) enthalten vordefinierte Leistungskriterien und andere Bestimmungen, wonach der ausstehende Betrag der aufgeschobenen Vergütungsansprüche im Fall künftiger nega-

tiver Geschäftsentwicklung nach unten angepasst oder gestrichen werden kann. Angesichts der positiven Geschäftsentwicklung der Gruppe und aller Divisionen im Jahr 2012 wurden bei den bestehenden Performance-Share-Ansprüchen und den Adjustable-Performance-Plan-Ansprüchen im Kalenderjahr 2012 keine derartigen Anpassungen nach unten vorgenommen.

Die aufgeschobene Vergütung ist zudem mit allgemeinen Malusbestimmungen verknüpft. Die Gruppe kann noch nicht ausbezahlte Vergütungsansprüche eines Mitarbeitenden, dessen Verhalten die Gruppe erheblich negativ beeinflusst, reduzieren oder streichen. Für alle Risikonehmer gilt eine weitere allgemeine Malusbestimmung. Diese kann nicht nur in Fällen von erheblichem individuellen Fehlverhalten ausgelöst werden, sondern auch dann, wenn nach dem Ermessen der Gruppe das Verhalten oder die Leistung des Einzelnen zu einer erheblichen Verschlechterung der finanziellen Ergebnisse oder der regulatorischen Eigenkapitalbasis führt oder führen könnte, erhebliche Mängel im Risikomanagement verdeutlicht, oder einen Reputationsschaden oder ähnliche Ereignisse oder eine Kombination daraus auslösen könnte.

- ▶ Siehe Tabelle «Potenzielle Kürzungen der Performance-Share-Ansprüche und STI» für weitere Informationen zu den anwendbaren Kürzungen.

Zusätzlich zu den Anpassungen nach unten, die aufgrund von expliziten Rückzahlungsbestimmungen vorgenommen werden können, unterliegen aufgeschobene Ansprüche impliziten oder ◉Fair-Value-Anpassungen aufgrund von Marktentwicklungen. So können beispielsweise normale Schwankungen des Aktienkurses der Gruppe zu impliziten Wertsteigerungen oder -minderungen der aufgeschobenen Aktienansprüche führen.

- ▶ Siehe Tabelle «Fair Value von ausstehenden Ansprüchen aus aufgeschobener Vergütung» für eine quantitative Offenlegung der expliziten und impliziten Risikoanpassungen, die 2012 in Bezug auf ausstehende aufgeschobene Vergütungsansprüche vorgenommen wurden.

Vergütungsstruktur

Im Rahmen des Gesamtvergütungsansatzes der Gruppe beziehen alle Mitarbeitenden eine fixe Vergütung in Form des Basissalärs und sind berechtigt eine variable Vergütung zu erhalten. Die Mitarbeitenden erhielten für das Jahr 2012 je nach Anspruchsberechtigung und je nach den übrigen, im Folgenden dargestellten Bedingungen der speziellen Incentive-Award-Pläne, Bargeldvergütung, Restricted Cash Awards, Aktien und in einigen Fällen Plus-Bonds-Ansprüche.

Basissaläre

Alle Mitarbeitenden erhalten ein Basissalär. Der Umfang des Basissalärs berücksichtigt die Rolle und Erfahrung der einzelnen Mitarbeitenden, ihre nachhaltige, langfristige Leistung sowie die Marktpraxis. Die Gruppe wertet in regelmässigen Abständen Benchmark-Daten zur Gestaltung von Basissalären für die einzelnen Funktionen und geografischen Regionen aus. Damit stellt sie sicher, dass die Mitarbeitenden eine marktgerechte und konkurrenzfähige Vergütung für vergleichbare Funktionen im Markt erhalten.

Variable Vergütung und Aufschiebungssätze

Für das Jahr 2012 erhielten 42 482 Mitarbeitende einen bestimmten Betrag als variable Vergütung; 7 592 oder 18% von ihnen erhielten einen Teil davon in aufgeschobener Form. Die Anzahl der Mitarbeitenden mit aufgeschobener variabler Vergütung blieb somit gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert (7 719 Mitarbeitende im Jahr 2011) 1 715 Mitarbeitende, einschliesslich Geschäftsleitungsmitglieder, Managing Directors und anderen MRTC, erhielten Performance-Share-Ansprüche mit an die zukünftige Geschäftsentwicklung gekoppelten Anpassungsklauseln. Der variable Teil der Vergütung für 2012 wurde bis zu einer Gesamtvergütung von CHF/USD 250 000 (oder dem Gegenwert in Lokalwährung) als Bargeldentschädigung ausgerichtet. Bei höherer Gesamtvergütung wurde ein Teil der variablen Vergütung in bar ausbezahlt und der Rest aufgeschoben. Der aufgeschobene Anteil wurde anhand einer im Voraus festgelegten Tabelle mit Prozentsätzen für die aufgeschobenen Vergütungsanteile bestimmt. Mit steigender Gesamtvergütung steigt auch der Anteil der variablen Vergütung, der aufgeschoben wird. Im Vergleich zu 2011 wurden die Aufschiebungssätze für 2012 leicht angepasst. Der tiefste Prozentsatz, zu dem variable Vergütungsansprüche aufgeschoben werden, wurde von 15% auf 17,5% erhöht. Die deutlichste Veränderung gab es beim maximalen Aufschiebungssatz, der für 2012 auf 90% festgelegt wurde, im Vergleich zu 80% für 2011. Die Höhe der variablen Vergütung, die frei verfügbar in bar ausbezahlt werden konnte, unterlag für 2012 einer Obergrenze von CHF/USD 2 Mio. (oder dem Gegenwert in Lokalwährung).

Mitarbeiterkategorien und Komponenten der Gesamtvergütung für 2012

Mitarbeiterkategorie		Gesamtvergütung				
		Fixe Vergütung	Variable Vergütung			
			Aufgeschobene Vergütung ¹			
Basissalär	Frei verfügbare Bargeldvergütung	Restricted Cash Awards	Performance Shares	Aktien	Plus Bond	
Nicht-IB	Managing Directors und MRTC			50%	50%	
	Sonstige Mitarbeitende mit einer Gesamtvergütung von über CHF/USD 250 000			100%		
IB	Managing Directors und Directors, die zugleich MRTC sind			33%	50%	17%
	Sonstige Directors			83%		17%
	Sonstige MRTC			50%	50%	
	Sonstige Mitarbeitende mit einer Gesamtvergütung von über CHF/USD 250 000			100%		
Mitarbeitende mit einer Gesamtvergütung unter CHF/USD 250 000						

IB = Investment Banking

¹ Bei einer Gesamtvergütung von CHF/USD 250 000 oder mehr wird die Vergütung aufgeschoben.

Frei verfügbare Bargeldvergütung

Im Allgemeinen wurde Mitarbeitenden der Baranteil ihrer variablen Vergütung ohne Verfügungsbeschränkung ausbezahlt.

Instrumente für die aufgeschobene variable Vergütung

Aktienansprüche

Mit der Zuteilung von Aktienansprüchen bringen wir die Interessen unserer Mitarbeitenden mit den Interessen unserer Aktionäre und mit der Performance der Gruppe in Einklang. Zudem entsprechen wir damit den Erwartungen von Aufsichtsbehörden, einen substanziellen Anteil der variablen Vergütung in Form von Aktienansprüchen zuzuteilen. 2012 erhielten insgesamt 7 592 Mitarbeitende Aktienansprüche. Jeder zugeteilte Aktienanspruch berechtigt den Inhaber zum Erhalt einer Aktie der Gruppe; er enthält keine Komponenten mit Hebelwirkung oder Multiplikatoreffekt. Aktienansprüche haben eine dreijährige Vesting-Periode und werden jeweils zu einem Drittel ein, zwei und drei Jahre nach der Zuteilung übertragen und über die Vesting-Periode als Aufwand erfasst. Die Anzahl Aktienansprüche ergibt sich aus dem Wert der aufgeschobe-

nen aktienbasierten Vergütungskomponente, dividiert durch den durchschnittlichen Aktienkurs der Gruppe während der zwölf Geschäftstage bis zum 16. Januar 2013. Der Wert dieser Aktienansprüche hängt ausschliesslich vom Kurs der Aktie der Gruppe zum Zeitpunkt der Übertragung ab.

Um die regulatorischen Auflagen einzuhalten, hat die Gruppe leitenden Führungskräften in einigen EU-Ländern eine alternative Form von Aktienansprüchen anstelle von uneingeschränkter Barvergütung zugeteilt. Diese Mitarbeitenden haben für 2012 50% des ihnen eigentlich als Bargeldvergütung zustehenden Betrags in Form von gesperrten Aktien erhalten. Diese Aktien bleiben über einen bestimmten Zeitraum gesperrt, der je nach Standort zwischen sechs Monaten bis zu drei Jahren umfassen kann. Danach unterliegen sie keinen Einschränkungen mehr.

Die Gruppe verbietet den Mitarbeitenden, Transaktionen zur Absicherung des Werts von ausstehenden Aktienansprüchen vorzunehmen. Die Verpfändung von noch nicht übertragenen Aktienansprüchen ist nur mit ausdrücklicher Bewilligung des Compensation Committee zulässig. Ausserdem gelten in

Bezug auf den Aktienbesitz für Mitglieder der Management Committees der Divisionen und der Regionen sowie für die Mitglieder der Geschäftsleitung weiterhin Mindestanforderungen.

- ▶ Siehe «Mindestanforderungen in Bezug auf den Aktienbesitz» in Vergütung an Mitglieder der Geschäftsleitung für weitere Informationen.

Performance-Share-Ansprüche

Die Mitglieder der Geschäftsleitung, die Managing Directors und MRTC (1 715 Mitarbeitende) erhielten mindestens 50% ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung in Form von Performance-Share-Ansprüchen, die im Voraus festgelegten ergebnisabhängige Anpassungsbestimmungen unterliegen. Jeder Performance-Share-Anspruch berechtigt seinen Inhaber zum Erhalt einer Aktie der Gruppe. Die Performance-Share-Ansprüche haben ebenfalls eine dreijährige Vesting-Periode und werden jeweils zu einem Drittel ein, zwei und drei Jahre nach der Zuteilung übertragen und über die Vesting-Periode als Aufwand erfasst. Im Unterschied zu den oben beschriebenen Aktienansprüchen unterstehen jedoch die ausstehenden Performance-Share-Ansprüche im Falle eines Verlusts der Division oder einer negativen bereinigten Eigenkapitalrendite der Gruppe einer Anpassung nach unten. Die Zahl der ausstehenden Performance-Shares wird dann nach unten angepasst, wenn die betreffende Division einen Verlust ausgewiesen hat und es im Bemessungsjahr nicht zu einer negativen bereinigten Eigenkapitalrendite der Gruppe kommt, die eine grössere negative Anpassung zur Folge hat als der Divisionsverlust. In diesem Fall erfolgt die negative Anpassung auf Basis dieser negativen Eigenkapitalrendite. Bei Mitarbeitenden im Bereich Shared Services wird eine negative Anpassung nur im Falle einer negativen bereinigten Eigenkapitalrendite der Gruppe vorgenommen; sie ist nicht an den Erfolg einer Division geknüpft. Performance-Share-Ansprüche, die vor 2012 gewährt wurden, basierten auf der ausgewiesenen Eigenkapitalrendite, während die Performance-Share-Ansprüche für 2012 auf der bereinigten Eigenkapitalrendite beruhen.

Die folgende Grafik zeigt den Betrag einer potenziell negativen Anpassung für Verluste auf divisionaler Ebene, der für alle ausstehenden Performance-Share-Ansprüche (einschliesslich STI-Awards von Mitgliedern der Geschäftsleitung, die einer Geschäftsdivision vorstehen) gilt.

Potenzielle Anpassungen von Performance-Share- und STI-Awards nach unten

Anpassung nach unten, falls Division einen Verlust ausweist	
Vorsteuerverlust Division (in CHF Mia.)	Prozentuale Anpassungen auf den Anspruchssaldo
(1.00)	(15%)
(2.00)	(30%)
(3.00)	(45%)
(4.00)	(60%)
(5.00)	(75%)
(6.00)	(90%)
(6.67)	(100%)

Plus Bond awards

Die Managing Directors und Directors in der Division Investment Banking erhielten etwa 17% ihrer variablen Vergütung in Form von Plus Bonds. Der Plus Bond ist im Wesentlichen ein festverzinsliches Instrument in US-Dollar, dessen Coupon der marktüblichen Verzinsung entspricht. Die Inhaber der Plus-Bond-Ansprüche sind über die Laufzeit zu halbjährlichen Barauszahlungen zum Zinssatz der London Interbank Offered Rate (LIBOR) plus 7,875% pro Jahr auf die angepasste Höhe ihrer Ansprüche berechtigt. Die Laufzeit des Plus Bond dauert bis Sommer 2016 auf Grundlage des ursprünglich zugeteilten Betrags abzüglich potenzieller Portfolioverluste, die über die ersten von der Gruppe getragenen Verluste in Höhe von rund USD 600 Mio. hinausgehen. Der Wert der Plus-Bond-Ansprüche basiert auf der Performance eines Portfolios forderungsbesicherten Wertschriften (ABS) mit geringer Bonität, die sich im Bestand von verschiedenen Handelsdesks der Division Investment Banking befinden. Der Plus Bond gilt als Bargeldvergütung, die Gruppe behält sich jedoch das Recht vor, die Ansprüche in Aktien der Gruppe zu dem zum Zeitpunkt der Übertragung geltenden Aktienpreis auszuzahlen. Zudem behält sich die Gruppe das Recht vor, unter Aufsichtsbestimmungen die Plus-Bond-Ansprüche zu einem beliebigen Zeitpunkt ganz oder teilweise im Voraus in bar auszubezahlen und für den Fall bestimmter aufsichtsrechtlicher Entwicklungen oder kapitalbezogenen Änderungen die Ansprüche in Aktienansprüche umzuwandeln. Ähnlich wie die PAF2-Ansprüche trägt der Plus-Bond-Award-Plan zu einer Reduktion der risikogewichteten Aktiven der Gruppe bei und führt zu einem Risikotransfer von der Gruppe zu den Inhabern der Plus Bonds.

Die Plus Bonds, die 2 274 Mitarbeitenden im Investment Banking zugeteilt wurden, hatten einen Nominalwert von CHF 187 Mio. und waren zum Zeitpunkt der Zuteilung am 31. Dezember 2012 vollständig übertragen und verbucht.

Managing Directors und Directors ausserhalb der Division Investment Banking erhielten Anfang 2013 die Möglichkeit, einen Teil ihrer als Aktienansprüche zugeteilten aufgeschobenen Vergütung in Plus-Bond-Awards umzuverteilen. Die Plus Bonds, die 769 Mitarbeitenden ausserhalb der Division Investment Banking über das Angebot zur freiwilligen Neuzuteilung zugeteilt wurden, hatten am Zuteilungsdatum einen Nominalwert von CHF 38 Mio. Sie werden am dritten Jahrestag ihrer Zuteilung 2016 übertragen und über die Vesting-Periode als Aufwand erfasst.

Ausserdem erhielten Mitglieder der Geschäftsleitung die nicht an der Strukturierung des Instruments beteiligt waren, die Möglichkeit, ihre eigenen Mittel in Plus-Bond-Instrumente zu investieren, deren Bedingungen im Wesentlichen mit denen der Plus-Bond-Ansprüche der Mitarbeitenden übereinstimmen. In der Folge erwarben einige Geschäftsleitungsmitglieder im Februar 2013 Plus-Bond-Instrumente in Höhe von insgesamt CHF 9 Mio.

- ▶ Siehe «Bankbeziehungen mit Mitgliedern des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung sowie Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen» in Corporate Governance – Verwaltungsrat für weitere Informationen.

Restricted Cash Awards

Die Managing Directors und Directors in der Division Investment Banking erhielten den Baranteil ihrer variablen Vergütung in Form eines Restricted Cash Award. Diese Baransprüche mit Verfügungsbeschränkung wurden zum Zeitpunkt der Zuteilung in bar ausgezahlt, müssen jedoch im Falle einer freiwilligen Kündigung oder einer Kündigung mit Grund innerhalb von drei Jahren nach Zuteilung anteilig zurückgezahlt werden. Restricted Cash Awards werden als Teil der aufgeschobenen Vergütungsansprüche für die Gruppe ausgewiesen, obwohl der Anspruch am Zuteilungsdatum ausgezahlt wurde. Die Erfassung des Aufwands erfolgt während der dreijährigen Vesting-Periode, die mit Leistungsbedingungen verbunden ist.

Sonstige Ansprüche

Die Credit Suisse kann bei Bedarf weitere langfristige Pläne und Programme auf Leistungsgrundlage einsetzen, welche die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens bei der Anstellung von Schlüsselkräften erhöhen oder die Bindung von Mitarbeitenden an das Unternehmen stärken. Abweichungen von unserem üblichen Vergütungsansatz betreffen in der Regel nur einen kleinen Kreis von Mitarbeitenden der Gruppe und erfolgen nur dort, wo die Umstände eine solche Vergütungsregelung erfordern. Für 2012 waren rund 328 Mitarbeitende von solchen Regelungen betroffen, darunter auch Mitarbeitende im Arbitrage-Handel der Division Investment Banking, im Bereich alternative Anlagen in der Division Private Banking & Wealth Management sowie bestimmte Mitarbeitende unserer Tochtergesellschaft Credit Suisse Hedging-Griffo Investimentos S.A. Grundsätzlich unterliegt die Vergütung aller Mitarbeitenden von Tochtergesellschaften der Gruppe bis auf wenige Ausnahmen der oben beschriebenen standardmässigen Vergütungsstruktur. Sämtliche Abweichungen von unserem üblichen Vergütungsansatz erfordern die Zustimmung des Compensation Committee.

Zudem kann die Credit Suisse Mitarbeitenden Provisionen entrichten, wenn dies im entsprechenden Geschäftsbereich üblich ist und gängigen Marktpraktiken entspricht. Die Höhe der Provisionen richtet sich nach Berechnungsmethoden, die in regelmässigen Zeitabständen auf ihre Marktfähigkeit überprüft werden.

Zugewählte Gesamtvergütung

Die folgende Tabelle gibt den Nennwert der den Mitarbeitenden für 2012 und 2011 zugeteilten Gesamtvergütung wieder, einschliesslich der den Mitarbeitenden im Rahmen der variablen leistungsorientierten Vergütung für 2012 und 2011 im Januar 2013 beziehungsweise Januar 2012 zugeteilten Ansprüche. Die aufgeschobenen Ansprüche sind an das Beschäftigungsverhältnis gebunden und unterliegen künftigen Leistungs-, Markt- oder Rückzahlungskriterien, welche die definitive Auszahlung an die Mitarbeitenden bestimmen. Werden diese Kriterien nicht erfüllt, kann die Vergütung verfallen oder verringert werden.

Gesamtvergütung 2012

Für	2012			2011		
	Frei verfügbar	Auf-geschoben	Total	Frei verfügbar	Auf-geschoben	Total
Fixe Vergütung (in Mio. CHF)						
Saläre	6 063	–	6 063	6 319	–	6 319
Sozialversicherung	769	–	769	865	–	865
Sonstige	837 ¹	–	837	874 ¹	–	874
Total fixe Vergütung	7 669	–	7 669	8 058	–	8 058
Variable Leistungsvergütung (in Mio. CHF)						
Barvergütung, frei verfügbar	1 202	–	1 202	1 519	–	1 519
Aktienansprüche	6	950 ²	956	11	438	449
Performance-Aktienansprüche	–	660	660	–	516	516
Plus-Bond-Ansprüche	–	187	187	–	–	–
Partner-Asset-Facility-2011-Ansprüche	–	–	–	–	499 ³	499
Restricted Cash Awards	–	299	299	–	–	–
Sonstige Baransprüche	–	119	119	–	5	5
Total variable Leistungsvergütung	1 208	2 215	3 423	1 530	1 458	2 988
Sonstige variable Vergütung (in Mio. CHF)						
Barabfindungsansprüche	251	–	251 ⁴	405	–	405 ⁴
Ansprüche für Neueintritte	10	79	89	25	142	167
Barkommissionen	157	–	157	143	–	143
Total sonstige variable Vergütung	418	79	497	573	142	715
Zugeweilte Gesamtvergütung (in Mio. CHF)						
Zugeweilte Gesamtvergütung	9 295	2 294	11 589	10 161	1 600	11 761
davon garantierte Bonuszahlungen	–	–	69 ⁵	–	–	172 ⁵

¹ Enthält für die Jahre 2012 und 2011 einen Aufwand für Vorsorgepläne und sonstige Leistungen für Mitarbeitende im Ruhestand von CHF 532 Mio. beziehungsweise CHF 610 Mio. ² Enthält den Nominalwert der Aktienansprüche von CHF 38 Mio., die als Teil des freiwilligen Umtauschangebots an die Mitarbeitenden nach dem Zuteilungsdatum in Plus-Bond-Ansprüche umgetauscht wurden. ³ Entspricht dem Fair Value der Partner-Asset-Facility-2011-Ansprüche per Zuteilungsdatum. Der Nominalwert betrug CHF 751 Mio. ⁴ Enthält CHF 215 Mio. und CHF 182 Mio. in Bezug auf Barabfindungsansprüche für Kündigungen, die per 31. Dezember 2012 beziehungsweise 2011 wirksam waren. ⁵ In den Jahren 2012 und 2011 an 205 beziehungsweise 332 Mitarbeitenden gewährt. Garantierte Boni können als variable Leistungsvergütung oder als Ansprüche für Neueintritte gewährt werden.

Die variable Vergütung wurde vom Verwaltungsrat auf der Basis der Empfehlungen des Compensation Committee und einer gründlichen Überprüfung der Ergebnisse der Gruppe im Jahr 2012 genehmigt. Darüber hinaus wurden weitere Faktoren wie das Geschäftsumfeld und die relative Leistung, das Wettbewerbsumfeld, die Kapital- und Risikoposition der Gruppe und die an die Aktionäre ausgeschütteten Gewinne berücksichtigt. Die Gesamtvergütung für das Jahr 2012, die das solide Gesamtergebnis der Gruppe im Jahr 2011 in einem schwierigen Marktumfeld widerspiegelt, betrug CHF 11,6 Mia. und war damit um 1% niedriger als für das Jahr 2011; unter

Berücksichtigung des Beschäftigungsrückgangs um 2 300 Mitarbeitende über das Jahr war sie im Durchschnitt pro Person um 3% höher. Die für das Jahr 2012 insgesamt zugeweilte variable leistungsorientierte Vergütung betrug CHF 3,4 Mia. und war damit gegenüber 2011 um 15% höher. 65% der in der gesamten Gruppe zugeweilten variablen leistungsorientierten Vergütung erfolgten in aufgeschobener Form und sind an zukünftige Leistungs-, Markt- oder Rückzahlungsbedingungen geknüpft. Insgesamt erhielten 42 482 Mitarbeitende eine Form von variabler leistungsorientierter Vergütung. Davon galten 523 als MRTC.

Anzahl Mitarbeitende mit variabler Vergütung

	MRTC ¹	Übrige Mitarbeitende	2012 Total	MRTC ²	Übrige Mitarbeitende	2011 Total
Anzahl Mitarbeitende, welchen variable Vergütung zugeteilt wurde						
Variable Vergütung	523	41 959	42 482	487	43 405	43 892
davon frei verfügbare Barvergütung	235	39 935	40 170	470	43 359	43 829
davon Aktienansprüche	508	7 084	7 592	163	6 204	6 367
davon Performance-Aktienansprüche	481	1 234	1 715	455	1 277	1 732
davon Plus-Bond-Ansprüche	298	1 976	2 274	–	–	–
davon Partner-Asset-Facility-2011-Ansprüche	–	–	–	442	5 150	5 592
davon Restricted Cash Awards	285	1 976	2 261	–	–	–
davon sonstige Baransprüche	41	48	89	–	139	139

Anzahl Mitarbeitende, welchen sonstige variable Vergütung zugeteilt wurde

Barabfindungsansprüche	9	3 056	3 065 ³	2	1 697	1 699 ³
Ansprüche für Neueintritte	6	190	196	5	39	44
Barkommissionen	0	370	370	3	0	3
Garantierte Bonuszahlungen	5	200	205	7	325	332

¹ Nicht enthalten sind Personen, die aufgrund von regulatorischen Vorschriften ausserhalb der Schweiz als MRTC klassiert sein könnten, insbesondere US-basierte Ertragsproduzenten im Investment Banking und Niederlassungsleiter des US-Wealth-Management-Clients-Bereichs der Division Private Banking & Wealth Management, die gemäss US Federal Reserve als Risikonehmer klassiert wurden, und weitere Mitarbeitende in Grossbritannien. ² Nicht enthalten sind Personen, die aufgrund von regulatorischen Vorschriften ausserhalb der Schweiz als MRTC klassiert sein könnten (beispielsweise in den USA und Grossbritannien). ³ Schliesst Mitarbeitende ein, die für die Kündigung per 31. Dezember 2012 beziehungsweise 2011 Barabfindungsansprüche erhielten.

Gesamtvergütung, die den MRTC zugeteilt wurde

Die 523 als MRTC eingestuftten Mitarbeitenden erhielten für 2012 eine Gesamtvergütung von CHF 1 282 Mio. sowie eine variable leistungsorientierte Vergütung von CHF 993 Mio.,

davon waren CHF 914 Mio. oder 92% in aufgeschobener Form. MRTC erhielten mindestens 50% ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung für 2012 als Performance-Share-Ansprüche, die Rückzahlungsbestimmungen unterliegen.

Gesamtvergütung, die den MRTC zugeteilt wurde

Für	Frei verfügbar	Auf- geschoben	2012 Total	Frei verfügbar	Auf- geschoben	2011 Total
Fixe Vergütung (in Mio. CHF)						
Total fixe Vergütung	275	–	275	231	–	231
Variable Leistungsvergütung (in Mio. CHF)						
Barvergütung, frei verfügbar	77	–	77	136	–	136
Aktienansprüche	–	313	313	–	73	73
Performance-Aktienansprüche	–	404	404	–	278	278
Plus-Bond-Ansprüche	–	107	107	–	–	–
Partner-Asset-Facility-2011-Ansprüche	–	–	–	–	201	201
Restricted Cash Awards	–	57	57	–	–	–
Sonstige Baransprüche	2	33	35	–	–	–
Total variable Leistungsvergütung	79	914	993	136	552	688
Sonstige variable Vergütung (in Mio. CHF)						
Barabfindungsansprüche	5	–	5	5	–	5
Ansprüche für Neueintritte	0	9	9	2	0	2
Barkommissionen	0	–	0	2	–	2
Total sonstige variable Vergütung	5	9	14	9	–	9
Gesamtvergütung (in Mio. CHF)						
Gesamtvergütung	359	923	1 282	376	552	928
davon garantierte Bonuszahlungen ¹	1	4	5	4	10	14

¹ Garantierte Bonuszahlungen können als variable Leistungsvergütung oder als Ansprüche für Neueintritte zugeteilt werden.

Personalaufwand

Der in der konsolidierten Erfolgsrechnung verbuchte Personalaufwand eines Geschäftsjahres besteht jeweils aus den Salären, der variablen Vergütung, der Amortisierung von aktienbasierten und anderen Vergütungsansprüchen, die als aufgeschobene variable Vergütung der Vorjahre gewährt wurden, Nebenleistungen und dem Arbeitgeberanteil der Steuern auf Vergütung. Die variable Vergütung beinhaltet in erster Linie die uneingeschränkte leistungsbezogene Vergütung für das laufende Jahr und die aufgeschobene Vergütung sowie Zahlungen für Trennungen, Neueintritte und Kommissionen an Mitarbeitende. Die Erfassung der Aufwendungen für den aufgeschobenen Anteil der variablen Vergütung für das laufende Jahr erfolgt in zukünftigen Perioden. Diese Aufwendungen hängen von restriktiven Bestimmungen wie dem fortgesetzten Arbeitsverhältnis mit der Gruppe, der Periode, in der Ansprüche erworben werden können, Verwirkungen, Rückzahlungen sowie Sperrvorschriften ab.

Der Vergütungsaufwand für aktienbasierte und andere Ansprüche, die in früheren Jahren als aufgeschobene variable Vergütung zugeteilt wurden, wird gemäss den spezifischen Bedingungen der einzelnen Ansprüche erfasst. Die Erfassung des Vergütungsaufwands hängt in erster Linie von zukünftig

erforderlichen Dienstjahren und der im jeweiligen Plan definierten Periode, in der Ansprüche erworben werden, den Regelungen bezüglich Frühpensionierung, Sperrfristen und weiteren Bestimmungen ab. Der Vergütungsaufwand für aktienbasierte und andere Ansprüche, welche als aufgeschobene variable Vergütung zugeteilt wurden, beinhaltet zudem die aktuellen Schätzungen für die Ergebnisse der geltenden Leistungskriterien, für zukünftige Verwirkungen und Marktbeurteilungsanpassungen bei bestimmten Ansprüchen, die noch ausstehend sind.

Ein Rückgang des Personalaufwands um 5%, im Jahr 2012, der in erster Linie auf einen niedrigeren Aufwand für variable Vergütung sowie auf einen niedrigeren Saläraufwand infolge des geringeren Personalbestands zurückzuführen war, wurde teilweise durch Zahlungen für Trennungen und andere Vergütungsaufwendungen im Zusammenhang mit unseren Massnahmen zur Steigerung der Kosteneffizienz kompensiert.

Die nachstehend aufgeführten Zahlungen für Trennungen wurden 2012 und 2011 3 065 beziehungsweise 1 699 Personen gewährt, und die Zahlungen für Neueintritte wurden 2012 beziehungsweise 2011 196 beziehungsweise 44 Personen gewährt.

Personalaufwand

31. Dezember	2012			2011		
	Laufende Vergütung	Aufgeschobene Vergütung	Total	Laufende Vergütung	Aufgeschobene Vergütung	Total
Fixer Vergütungsaufwand (in Mio. CHF)						
Saläre	6 063	–	6 063	6 319	–	6 319
Sozialversicherung ¹	769	–	769	865	–	865
Sonstige	837 ²	–	837	874 ²	–	874
Total fixer Vergütungsaufwand	7 669	–	7 669	8 058	–	8 058
Variabler Leistungsvergütungsaufwand (in Mio. CHF)						
Barvergütung, frei verfügbar	1 202	–	1 202	1 519	–	1 519
Aktienansprüche	6	786 ³	792	11	767 ³	778
Performance-Aktienansprüche	–	366	366	–	–	–
Plus-Bond-Ansprüche	187 ⁴	–	187	–	–	–
Partner-Asset-Facility-2011-Ansprüche ⁵	–	677	677	–	–	–
Adjustable-Performance-Plan-Aktienansprüche	–	74	74	–	–	–
Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche	–	286	286	–	1 106	1 106
Restricted Cash Awards	–	165	165	–	253	253
Scaled Incentive Share Units	–	97	97	–	415	415
Incentive Share Units	–	62	62	–	174	174
Partner-Asset-Facility-2008-Ansprüche ⁵	–	173	173	–	3	3
Sonstige Baransprüche	–	362	362	–	334	334
Total variabler Leistungsvergütungsaufwand	1 395	3 048	4 443	1 530	3 052	4 582
Sonstiger variabler Vergütungsaufwand (in Mio. CHF)						
Abfindungszahlungen	251	–	251	405	–	405
Zahlungen für Neueintritte	10	–	10	25	–	25
Kommissionen	157	–	157	143	–	143
Total sonstiger variabler Vergütungsaufwand	418	–	418	573	–	573
Total Vergütungsaufwand (in Mio. CHF)						
Total Vergütungsaufwand	9 482	3 048	12 530 ⁶	10 161	3 052	13 213 ⁶

¹ Entspricht dem Anteil der Gruppe an den obligatorischen Sozialversicherungsbeiträgen für Mitarbeiter. ² Enthält für die Jahre 2012 und 2011 einen Aufwand für Vorsorgepläne und sonstige Leistungen für Mitarbeitende im Ruhestand von CHF 532 Mio. beziehungsweise CHF 610 Mio. ³ Enthält einen Aufwand von CHF 32 Mio. und CHF 43 Mio. im Zusammenhang mit sonstigen in den Jahren 2012 beziehungsweise 2011 zugeteilten Aktienansprüchen. ⁴ Die an die Mitarbeitenden des Investment Banking zugeteilten Plus-Bond-Ansprüche waren per 31. Dezember 2012 voll erworben und im Aufwand erfasst. Veränderungen im zugrunde liegenden Fair Value der Instrumente können einen Einfluss auf den Aufwand aus aufgeschobener Vergütung in zukünftigen Perioden haben. ⁵ Enthält die Veränderung des Fair Value der zugrunde liegenden indexierten Vermögenswerte während der Periode. ⁶ Enthält für die Jahre 2012 und 2011 Aufwand für Abfindungen und sonstige Vergütung von CHF 456 Mio. beziehungsweise CHF 715 Mio. im Zusammenhang mit der Reduktion des Personalbestandes.

Geschätzter nicht erfasster Vergütungsaufwand

Die folgende Tabelle zeigt den geschätzten nicht erfassten Vergütungsaufwand für aufgeschobene Vergütungsansprüche, die im Jahr 2012 sowie in den Vorjahren zugeteilt wurden und per 31. Dezember 2012 ausstehend waren, sowie solche, die im Jahr 2011 sowie in den Vorjahren zugeteilt wurden und per 31. Dezember 2011 ausstehend waren. Diese Schätzungen

beruhen auf dem Fair Value der einzelnen Ansprüche zum Zuteilungszeitpunkt unter Berücksichtigung der aktuellen Schätzungen für die Ergebnisse der geltenden Leistungskriterien und der Schätzungen für zukünftige Verwirklungen. Schätzungen zukünftiger Marktwertanpassungen werden jedoch nicht berücksichtigt.

Geschätzter nicht erfasster Vergütungsaufwand

	Aufgeschobene Vergütung		2012	Aufgeschobene Vergütung		2011
	Für 2012	Für Ansprüche des Vorjahres	Total	Für 2011	Für Ansprüche des Vorjahres	Total
Geschätzter nicht erfasster Vergütungsaufwand (in Mio. CHF)						
Aktienansprüche	935	706 ¹	1 641	464	1 100 ¹	1 564
Performance-Aktienansprüche	677	161	838	546	–	546
Plus-Bond-Ansprüche	37 ²	–	37	–	–	–
Partner-Asset-Facility-2011-Ansprüche	–	–	–	540	–	540
Adjustable-Performance-Plan-Aktienansprüche	–	42	42	–	–	–
Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche	–	54	54	–	569 ³	569
Restricted Cash Awards	299	–	299	–	167	167
Scaled Incentive Share Units	–	73	73	–	211	211
Incentive Share Units	–	–	–	–	85	85
Sonstige Baransprüche	118	72	190	5	87	92
Geschätzter nicht erfasster Vergütungsaufwand	2 066	1 108	3 174	1 555	2 219	3 774

¹ Enthält einen geschätzten nicht erfassten Vergütungsaufwand von CHF 47 Mio. und CHF 93 Mio. in Zusammenhang mit sonstigen Aktienansprüchen, die 2012 beziehungsweise 2011 an neue Mitarbeitende zugeteilt wurden. ² Entspricht dem Nominalwert der anlässlich des freiwilligen Umtauschgebots an die Mitarbeitenden in Plus-Bond-Ansprüche umgetauschten Aktienansprüche. Dabei wurden die geschätzten in Zukunft noch verwirklichten Ansprüche bis zum Jahr 2016, in welchem diese erworben werden, berücksichtigt. ³ Enthält einen geschätzten nicht erfassten Vergütungsaufwand von CHF 16 Mio. im Zusammenhang mit speziellen Adjustable-Performance-Plan-Baransprüchen.

- ▶ Siehe «Anhang 27 – Aufgeschobene Mitarbeitervergütung» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu den Fair-Value-Annahmen, die bei der Schätzung des noch nicht erfassten Personalaufwands im Zusammenhang mit noch nicht übertragenen Ansprüchen herangezogen werden.
- ▶ Siehe «Anhang 7 – Aktienkapital, bedingtes Kapital, Wandlungskapital und genehmigtes Kapital der Credit Suisse Group» in VI – Statutarische Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Auswirkungen der aktienbasierten Vergütung auf das Eigenkapital

Unser Eigenkapital widerspiegelt die Auswirkungen der aktienbasierten Vergütung. Der Aufwand für die aktienbasierte Vergütung (die in der Regel auf dem Fair Value am Zuteilungsdatum beruht) reduziert das Eigenkapital, die Erfassung der Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Abgabe von Aktien erhöht jedoch das Eigenkapital wieder um den entspre-

chenden Betrag. Die Zuteilung und Übertragung von aktienbasierten Ansprüchen, einschliesslich der Ausgabe von Aktien aus verfügbarem bedingtem Kapital, wirkt sich in der Regel nicht auf das Eigenkapital aus. Wenn die Credit Suisse zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitenden auf dem Markt Aktien erwirbt, wird das Eigenkapital um den Kaufpreis dieser eigenen Aktien reduziert. Das Eigenkapital umfasst auch den unter Kapitalreserven erfassten überschüssigen Steuervorteil/Steueraufwand im Zusammenhang mit der Erfüllung von aktienbasierten Vergütungsansprüchen.

Erfüllung der aktienbasierten Vergütungsansprüche

Die Zuteilung eines wesentlichen Teils der variablen Vergütung in Form von aktienbasierten aufgeschobenen Ansprüchen bringt die Interessen der Mitarbeitenden und die Interessen der Aktionäre in Einklang und trägt den Erwartungen der Aufsichtsbehörden Rechnung. Um eine Verwässerung des Aktienkapitals zu vermeiden, hat die Gruppe ihre Verpflichtungen zur Zuteilung von Aktien bisher in der Regel durch den Kauf von

Aktien auf dem Markt abgedeckt. Diese Praxis wurde vorübergehend aufgehoben, weil die Gruppe die erhöhten Eigenmitelanforderungen gemäss dem Basel-III-Regelwerk sowie der Schweizer «Too Big To Fail»-Gesetzgebung mit den entsprechenden Vorschriften zu erfüllen sucht. Wir haben daher seit 2011 ausstehende aktienbasierte Ansprüche in erster Linie durch die Emission neuer Aktien aus bedingtem Kapital erfüllt. Wir beabsichtigen, unsere bisherige Praxis der Erfüllung durch Zukäufe auf dem Aktienmarkt wieder aufzunehmen, sobald die Gruppe ihr Ziel einer Look-through Swiss Core Capital Ratio von 10% erreicht, was im Verlauf des Jahres 2013 erwartet wird.

- ▶ Siehe «Schweizer «Look-through»-Kern- und Gesamtkapitalquoten» in III – Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Kapitalbewirtschaftung – Quoten auf Basis neuer Kapital-Regelwerke für weitere Informationen.

Ausstehende Awards

Im Allgemeinen werden die von uns vergebenen aktienbasierten Ansprüche über eine Periode von drei Jahren übertragen und ausbezahlt, wobei Dienstleistungs- und Leistungskriterien gelten. Ende 2012 waren Vergütungsansprüche in folgenden Formen ausstehend:

- Performance Share Awards: 23 Mio. Ansprüche, die expliziten leistungsbezogenen Wertanpassungsbestimmungen (Clawbacks) unterliegen, welche an den Erfolg der Division oder die ausgewiesene Eigenkapitalrendite geknüpft sind;
- Hierzu zählen 56 Mio. Aktienansprüche sowie eine Reihe anderer Awards aus früheren Jahren, die nicht mehr in unseren heutigen Vergütungsplänen entsprechen, bestehend aus 10 Mio. Scaled Incentive Share Units, 3 Mio. Incentive Share Units und 5 Mio. Aktienoptionen, bei denen wir einen Verfall ohne Wert erwarten; sowie

- Umgetauschte Adjustable Performance Plan Awards: 31 Mio. Ansprüche wurden von einer Barvergütung in eine aktienbasierte Vergütung umgetauscht. Im Juli 2012 leiteten wir im Rahmen der angekündigten Kapitalmassnahmen ein freiwilliges Umtauschangebot ein, bei dem die Mitarbeitenden zukünftige Zahlungen aus aufgeschobener Barvergütung aus dem Adjustable Performance Plan gegen Aktienansprüche umtauschen konnten. Der massgebliche Aktienkurs entsprach der Kursstellung für den Wandel im Rahmen der ebenfalls im Juli ausgegebenen nachrangigen Anleihen mit zwingender und bedingter Wandlungspflicht (MACCS). Die Gruppe hatte die leistungsbezogene Adjustable Performance Plan Awards in den Jahren 2009 und 2010 zugeteilt, mit einer Übertragungsperiode von vier beziehungsweise drei Jahren. Diese Vergütungsansprüche sind an die Entwicklung der ausgewiesenen Eigenkapitalrendite und an die divisionale Leistung geknüpft.

Die Anzahl Aktien, die per Ende 2012 ausgegeben waren, lag bei 1 321 Mio. Wir rechnen damit, im April 2013 200 Mio. Aktien aus der Umwandlung unserer MACCS auszugeben. Ausserdem stehen 550 Mio. Aktien für bedingtes Wandlungskapital (Contingent Conversion Instruments, CoCos) zur Verfügung, welche das verlustabsorbierende regulatorische Eigenkapital erhöhen, ohne das Aktienkapital im Emissionszeitpunkt zu verwässern. Hierzu zählen 499 Mio. Aktien im Zusammenhang mit von uns in den Jahren 2012 und 2011 platzierten Buffer Capital Notes. Die nachstehende Tabelle zeigt die Anzahl ausstehender Aktienansprüche in Prozent der per Ende Jahr 2012 ausgegebenen Aktien unter Berücksichtigung unserer Kapitalstrategie. Ohne die aktienbasierten Vergütungsansprüche aus dem Umtausch des Adjustable Performance Plan, haben wir 97 Mio. ausstehende aktienbasierte Vergütungsansprüche ausstehend, d. h. 6,4% der ausgegebenen Aktien unter Berücksichtigung der Emissionen im Rahmen der MACCS. Zählt man auch unsere für CoCos zur Verfügung stehenden Aktien hinzu, ergibt sich eine Quote von 4,7%.

Ausstehende Aktienansprüche im Rahmen der Kapitalstrategie

Ende 2012	Ausstehende Ansprüche (in Mio. CHF)	Ausstehende Ansprüche auf ausgegebene Aktien, einschliesslich MACCS (in %) ¹	Ausstehende Ansprüche auf ausgegebene Aktien, einschliesslich MACCS und CoCos (in %) ^{1,2}
Ausstehende Ansprüche im Rahmen der Kapitalstrategie ³			
Performance-Aktienansprüche	23	1.5	1.1
Sonstige aktienbasierte Ansprüche ⁴	74	4.9	3.6
Gewandelte Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche ⁵	31	2.0	1.5

¹ Bedingte Pflichtwandelanleihen (MACCS) wurden im Rahmen unserer Kapitalmassnahmen, die im Juli 2012 angekündigt wurden, ausgegeben. Nach ihrer Wandlung werden 200 Mio. Aktien im April 2013 ausgegeben. ² Für CoCos steht genehmigtes Kapital für 550 Mio. Aktien zur Verfügung. ³ Nicht enthalten sind Plus-Bond-Ansprüche und Partner-Asset-Facility-2011-Ansprüche, die im Ermessen der Gruppe bar oder in Aktien abgegolten werden können. ⁴ Enthält Aktienansprüche, Scaled Incentive Share Units, Incentive Share Units und Aktienoptionen. ⁵ Frühere Baransprüche, die im Rahmen der von uns im Juli 2012 angekündigten Kapitalmassnahmen in Aktienansprüche gewandelt wurden.

Nachfolgende Aktivität und Aktienemission

Als variable Vergütung für Leistung im Jahr 2012 wurden zu Beginn des Jahres 2013 26 Mio. Performance Share Awards und 38 Mio. Aktienansprüche zugeteilt. Im selben Zeitraum beglichen wir 38 Mio. Ansprüche aus aufgeschobener Vergütung aus den Vorjahren, bestehend aus 5 Mio. Performance Share Awards, 22 Mio. sonstigen aktienbasierten Ansprüchen und 11 Mio. Ansprüchen aus umgetauschten Adjustable Performance Plan Awards.

Zur Deckung unserer Verpflichtungen gaben wir zu Beginn des Jahres 2013 19 Mio. Aktien aus, und im Jahr 2012 39 Mio. sowie im Jahr 2011 22 Mio. Aktien aus dem bedingten Kapital aus. Derzeit haben wir weitere 3 Mio. neue Aktien aus dem bedingten Kapital verfügbar.

Im Zusammenhang mit unseren Verpflichtungen aus den umgetauschten Adjustable Performance Plan Awards wird der Verwaltungsrat im Rahmen unserer kapitaleffizienten Strategie an der Generalversammlung 2013 um die Erhöhung unseres derzeit verfügbaren bedingten Kapitals auf 30 Mio. Aktien ersuchen. Die Erhöhung um 27 Mio. Aktien entspricht 2,1% der zu Jahresende 2012 ausgegebenen Aktien beziehungsweise 1,3% bei Einbezug der MACCS und CoCos. Jede weitere Erhöhung des genehmigten Kapitals wären ebenfalls der Generalversammlung zur Genehmigung zu unterbreiten, was wir im Rahmen unserer Kapitalstrategie aber nicht beabsichtigen.

- ▶ Siehe «Kapitalstrategie und Regelwerk» in III Treasury, Risiko, Bilanz und Ausserbilanz – Treasury Management – Kapitalbewirtschaftung für weitere Informationen.

Wertveränderungen der ausstehenden aufgeschobenen Vergütung

Der Wert der Ansprüche aus aufgeschobener Vergütung der Mitarbeitenden verändert sich im Laufe der Übertragungsperiode aufgrund von sowohl expliziten als auch impliziten Wertveränderungen. Unter impliziten Wertveränderungen sind in erster Linie marktbedingte Auswirkungen zu verstehen, etwa Änderungen des Aktienkurses der Gruppe, Wertveränderungen der zugrunde liegenden PAF-, PAF2- und Plus-Bond-Vermögenswerte oder der Wechselkurse. Explizite Wertveränderungen können sich aus Rückzahlungsbestimmungen in Bezug auf negative Ergebnisse bei Performance-Share-Ansprüchen (gilt für Managing Directors und MRTC), positiven oder negativen Anpassungen bei Adjustable-Performance-Plan-Ansprüchen oder den allgemeinen Malusbestimmungen bei allen aufgeschobenen Ansprüchen (gilt für alle Mitarbeitenden) ergeben. Der effektive Wert eines Anspruchs steht erst bei der endgültigen Lieferung fest.

Die nachstehende Tabelle enthält einen Vergleich des Fair Value von ausstehenden Ansprüchen aus aufgeschobener Vergütung per Anfang und Ende 2012 und zeigt die Wertveränderungen aufgrund von impliziten und expliziten Anpassungen. Im Jahr 2012 waren die Veränderungen des Fair Value für alle ausstehenden Ansprüche aus aufgeschobener Vergütung hauptsächlich auf implizite Anpassungen infolge von Änderungen des Aktienkurses der Gruppe, Wertveränderungen der zugrunde liegenden PAF- und PAF2-Vermögenswerte und Wechselkursänderungen zurückzuführen.

Fair Value von ausstehenden Ansprüchen aus aufgeschobener Vergütung

im Jahr / Ende	Wertveränderung			2012
	2011	Implizit	Explizit	
Aktienbasierte Ansprüche (in CHF pro Einheit)				
Incentive Share Units zugeteilt für 2009	22.1	0.2	0.0	22.3
Scaled Incentive Share Units zugeteilt für 2009	22.1	0.2	0.0	22.3
Aktienansprüche zugeteilt für 2010 ¹	22.1	0.2	0.0	22.3
Aktienansprüche zugeteilt für 2011 ²	21.9	0.4	0.0	22.3
Performance-Aktienansprüche zugeteilt für 2011 ³	21.9	0.4	0.0	22.3
2012 gewandelte Adjustable-Performance-Plan-Aktienansprüche	16.3 ³	6.0	1.0	23.3
Baransprüche (in CHF pro Einheit)				
Partner-Asset-Facility-2008-Ansprüche (PAF)	1.55	0.25	0.00	1.80
Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche für 2009	1.18	(0.03)	0.04	1.19
Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche für 2010	1.05	(0.03)	0.04	1.06
Partner-Asset-Facility-2011-Ansprüche (PAF2) ⁴	0.65	0.25	0.00	0.90
Plus-Bond-Ansprüche zugeteilt für 2012 ⁵	–	–	–	1.00

¹ Entspricht den im Januar 2011 zugeteilten Ansprüchen für das Jahr 2010. ² Entspricht den im Januar 2012 zugeteilten Ansprüchen für das Jahr 2011. ³ Entspricht dem Fair Value der Adjustable-Performance-Plan-Aktienansprüche, die im August 2012 gegen Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche umgetauscht wurden, die in den Jahren 2011 und 2010 für die Jahre 2010 beziehungsweise 2009 zugeteilt wurden. ⁴ Entspricht dem Fair Value der Partner-Asset-Facility-2011-Ansprüche, die im ersten Quartal 2012 zugeteilt wurden. ⁵ Entspricht dem Fair Value der Plus-Bond-Ansprüche, die bestimmten Mitarbeitenden in der Division Investment Banking zugeteilt wurden. Diese Ansprüche wurden im Dezember 2012 vollständig erworben.

Nicht länger eingesetzte Vergütungspläne

Wir haben unsere Vergütungsinstrumente in den letzten Jahren innovativ weiterentwickelt und sie rasch auf neue Marktbedingungen ausgerichtet. Allerdings hat die Komplexität unserer Vergütungsinstrumente bei internen und externen Anspruchsgruppen Bedenken im Hinblick auf Verwendung übermässiger potenzieller Hebelkomponenten und Transparenz hervorgerufen. Diesen Bedenken haben wir Rechnung getragen. So setzen wir Vergütungspläne mit Hebelkomponenten nicht mehr ein und haben in den letzten Jahren für eine umfassendere Offenlegung unserer Vergütungspraktiken und -pläne gesorgt.

Die folgende Tabelle bietet einen Überblick über verschiedene Vergütungspläne, mit denen in früheren Jahren Vergütungsansprüche zugeteilt wurden. Diese Vergütungspläne wurden seither nicht mehr eingesetzt, die Ansprüche daraus werden aber weiterhin übertragen.

- ▶ Siehe «Anhang 27 – Aufgeschobene Mitarbeitervergütung» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen.

Überblick über frühere Vergütungspläne

2011 Partner Asset Facility (PAF2)

Basis Variable Bargeldvergütung mit aufgeschobener Wirkung

Beginn Vesting-Periode 2012
Ende Vesting-Periode 2012, am 1. März 2012 vollständig übertragen

Geltungsbereich

Performance im Jahr 2011; betraf Managing Directors, Directors und bestimmte Mitglieder der Geschäftsleitung.

Allgemeine Zuteilungsbedingungen

Die vertraglich festgelegte Laufzeit der PAF-Ansprüche beträgt vier Jahre, kann jedoch nach Wahl der Gruppe oder der kollektiv handelnden Besitzer auf neun Jahre verlängert werden. PAF2-Einheiten sind im Wesentlichen festverzinsliche strukturierte Schuldverschreibungen, die einem Teil des Kreditrisikos ausgesetzt sind, das sich aus den Derivataktivitäten der Gruppe ergibt. Der Wert der Zuteilung (sowohl für die Verzinsung als auch für die endgültige Rückzahlung) wird gekürzt, wenn die realisierten Kreditverluste aus einem spezifischen Referenzportfolio eine festgelegte Schwelle überschreiten. Die Gruppe trägt die ersten USD 500 Mio. dieser Verluste und die PAF2-Inhaber tragen alle hierüber hinausgehenden Verluste bis zur vollen Höhe der zugeteilten aufgeschobenen Vergütung.

Zusätzliche Zuteilungsbedingungen oder -beschränkungen

Die PAF2-Besitzer erhalten halbjährlich eine Verzinsung in bar, die einer Jahresrendite von 5% (bei Ansprüchen in CHF) oder 6,5% (bei Ansprüchen in USD) und auf die in diesem Zeitpunkt ausstehenden PAF-Einheiten angewendet wird. Zum Ende der Laufzeit erhalten die PAF2-Besitzer eine Zahlung in Höhe des ursprünglichen Zuteilungswerts abzüglich aller Verluste. Die Gruppe kann die PAF2-Ansprüche nach eigenem Ermessen in bar oder mit dem Gegenwert in Aktien erfüllen.

Zielsetzungen/Grundprinzipien des Programms

Die PAF-Ansprüche bieten Mitarbeitenden eine festverzinsliche Instrument und übertragen Risiken von der Gruppe auf Mitarbeitenden, was zur Risikoreduktion und Kapitaleffizienz der Gruppe beiträgt.

Adjustable Performance Plan Awards

Basis aktienbasierte variable Bargeldvergütung mit aufgeschobener Wirkung

Beginn Vesting-Periode 2010–2011
Ende Vesting-Periode 2013–2015

Geltungsbereich

Performance in den Jahren 2009 und 2010; betraf die Geschäftsleitung, Managing Directors und Directors.

Allgemeine Zuteilungsbedingungen

Die Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche sind durch Anpassungen nach unten oder oben an die künftige Performance geknüpft. Gestaffelte Vesting-Periode von drei Jahren für Ansprüche für 2009 und von vier Jahren für Ansprüche für 2010.

Zusätzliche Zuteilungsbedingungen oder -beschränkungen

Für Mitarbeitende, die einen Beitrag an den Ertrag ihrer Division leisten, sind die Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche an die finanzielle Entwicklung ihres Geschäftsbereichs und an die Eigenkapitalrendite der Gruppe geknüpft. Bei Mitarbeitenden in Shared Services und anderen Supportfunktionen sowie Mitgliedern der Geschäftsleitung sind alle Ansprüche an den adjustierten Gewinn oder Verlust der Gruppe und die Eigenkapitalrendite der Gruppe geknüpft.

Zielsetzungen/Grundprinzipien des Programms

Bindung von Geschäftsleitungsmitgliedern, Managing Directors und Directors ans Unternehmen.

Scaled Incentive Share Unit (SISU)

Basis Aktienbasierte variable Vergütung mit aufgeschobener Wirkung

Beginn Vesting-Periode 2010
Ende Vesting-Periode 2014

Geltungsbereich

Performance im Jahr 2009; betraf die Hälfte der variablen Bargeldvergütung an alle Managing Directors und Directors in allen Divisionen.

Allgemeine Zuteilungsbedingungen

Gestaffelte Vesting-Periode von vier Jahren.

Zusätzliche Zuteilungsbedingungen oder -beschränkungen

Der Wert der SISUs ist an die langfristige Entwicklung des Aktienkurses und den durchschnittlichen ROE der Gruppe gekoppelt.

Zielsetzungen/Grundprinzipien des Programms

Bindung von Managing Directors und Directors ans Unternehmen.

Incentive Share Unit (ISU)

Basis Aktienbasierte variable Vergütung mit aufgeschobener Wirkung

Beginn Vesting-Periode 2010
Ende Vesting-Periode 2013

Geltungsbereich

Performance 2009 für alle Mitarbeitenden.

Allgemeine Zuteilungsbedingungen

Gestaffelte Vesting-Periode von drei Jahren.

Zusätzliche Zuteilungsbedingungen oder -beschränkungen

Eine ISU ist vergleichbar mit anderen aktienbasierten Zuteilungen, hat aber zusätzliches Wertsteigerungspotenzial, das von der Entwicklung des Aktienkurses abhängt.

Zielsetzungen/Grundprinzipien des Programms

ISUs verknüpfen die Leistungsvergütungen der Mitarbeitenden mit dem langfristigen Erfolg der Gruppe und schaffen einen zusätzlichen Anreiz zur Steigerung des Aktienkurses, wovon sowohl die Mitarbeitenden als auch die Aktionäre profitieren.

2008 Partner Asset Facility (PAF)

Basis Variable Bargeldvergütung mit aufgeschobener Wirkung

Beginn Vesting-Periode 2008, 66,7% bei Zuteilung übertragen
Ende Vesting-Periode 33,3% im März 2009

Geltungsbereich

Performance im Jahr 2008; betraf alle Managing Directors und Directors im Investment Banking.

Allgemeine Zuteilungsbedingungen

Die vertraglich festgelegte Laufzeit der PAF-Ansprüche beträgt acht Jahre. PAF-Ansprüche sind an ein genau definiertes Portfolio von illiquiden Aktiven aus der Division Investment Banking indexiert. Der Nominalwert dieses Portfolios richtete sich nach dem Fair Value per 31. Dezember 2008, wobei die Zusammensetzung des Portfolios während der Laufzeit des Anspruchs beziehungsweise bis zur Liquidation einzelner Positionen nicht geändert werden kann.

Zusätzliche Zuteilungsbedingungen oder -beschränkungen

PAF-Ansprüche werden über die gesamte vertragliche Laufzeit hinweg halbjährlich auf der Basis ihres Nominalwerts zu LIBOR plus 250 Basispunkte verzinst. Besitzer von PAF-Ansprüchen werden am potenziellen zukünftigen Gewinn aus diesen Aktiven partizipieren, sofern Positionen innerhalb des Portfolios zu Preisen, die den Einstiegsmarktpreis übersteigen, verkauft werden können. Umgekehrt tragen sie je nach Liquidationserträgen auch die erste Tranche der allfälligen Verluste aus diesen Positionen.

Zielsetzungen/Grundprinzipien des Programms

PAF-Ansprüche sind so ausgelegt, dass sie die oberen Führungskräfte im Investment Banking zu einem effizienten Umgang mit Aktiven motivieren, die ein direktes Ergebnis des eingegangenen Risikos im Investment Banking während der Bemessungsperiode sind. Als Folge des PAF-Programms konnte ein erheblicher Teil der Risikopositionen im Zusammenhang mit dem Portfolio von illiquiden Aktiven auf die Mitarbeitenden übertragen und somit aus den risikogewichteten Aktiven der Gruppe ausgelagert werden, was eine Verringerung des Kapitaleinsatzes bewirkte.

[SEITE OHNE TEXT]

V

Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group

- 247 Bericht der Revisionsstelle**
- 249 Konsolidierte Jahresrechnung**
- 257 Anhang zur konsolidierten
Jahresrechnung**
(Siehe folgende Seite für detailliertes
Verzeichnis)
- 417 Kontrollen und Verfahren**
- 418 Bericht der Independent
Registered Public Accounting Firm**

Konsolidierte Jahresrechnung

249	Konsolidierte Erfolgsrechnung
249	Konsolidiertes Gesamtergebnis
250	Konsolidierte Bilanz
252	Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung
255	Konsolidierte Kapitalflussrechnung

Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung

257	1 Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze	298	25 Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung und zusätzliche Angaben zur Aktie
268	2 Neu herausgegebene Rechnungslegungsstandards	299	26 Steuern
270	3 Geschäftsentwicklung und Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	305	27 Aufgeschobene Mitarbeitervergütung
271	4 Aufgegebene Geschäftsbereiche	314	28 Organe und diesen nahestehende Personen und Unternehmen
272	5 Segmentinformationen	318	29 Vorsorgepläne und sonstige Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand
275	6 Zinserfolg	330	30 Derivat- und Absicherungsgeschäfte
275	7 Kommissions- und Dienstleistungsertrag	340	31 Garantien und Verpflichtungen
276	8 Handelserfolg	348	32 Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten und Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs)
277	9 Sonstiger Ertrag	360	33 Finanzinstrumente
277	10 Rückstellung für Kreditrisiken	390	34 Verpfändete Aktiven und Sicherheiten
278	11 Personalaufwand	390	35 Eigenmittelunterlegung
278	12 Sachaufwand	392	36 Verwaltete Vermögen
279	13 Ergebnis pro Aktie	393	37 Rechtsstreitigkeiten
280	14 Wertschriftenleihen und Repo-Geschäfte	401	38 Wesentliche Tochtergesellschaften und Beteiligungen
280	15 Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	404	39 Informationen zu Garantien für Tochtergesellschaften
281	16 Anlagen in Wertschriften	413	40 Credit Suisse Group Holdinggesellschaft
283	17 Sonstige Anlagen	413	41 Wesentliche Unterschiede der Bewertung und Erfassung von Erträgen zwischen US GAAP und Swiss GAAP nach Bankenrecht (True-and-Fair-View-Prinzip)
284	18 Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität	416	42 Risikobeurteilung
292	19 Liegenschaften und Einrichtungen		
293	20 Goodwill		
294	21 Sonstige immaterielle Werte		
295	22 Sonstige Aktiven und sonstige Verbindlichkeiten		
295	23 Einlagen		
296	24 Langfristige Verbindlichkeiten		



KPMG AG
Audit Financial Services
Badenerstrasse 172
CH-8004 Zürich

Postfach
CH-8026 Zürich

Telefon +41 58 249 31 31
Telefax +41 58 249 44 06
Internet www.kpmg.ch

Bericht der Revisionsstelle zur Konzernrechnung an die Generalversammlung der

Credit Suisse Group AG, Zürich

Als Revisionsstelle haben wir die beiliegende Konzernrechnung der Credit Suisse Group AG und ihrer Tochtergesellschaften (die "Group"), bestehend aus den konsolidierten Bilanzen für die am 31. Dezember 2012 und 2011 abgeschlossenen Geschäftsjahre und die entsprechenden konsolidierten Erfolgsrechnungen, Eigenkapitalveränderungsrechnungen, Gesamtergebnisse und die Kapitalflussrechnungen sowie die Anhangsangaben für die am 31. Dezember 2012, 2011 und 2010 abgeschlossenen Geschäftsjahre geprüft.

Verantwortung des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat ist für die Aufstellung und angemessene Darstellung der Konzernrechnung in Übereinstimmung mit den U.S. Generally Accepted Accounting Principles und den gesetzlichen Vorschriften in der Schweiz verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung und angemessene Darstellung einer Konzernrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Verwaltungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung der Revisionsstelle

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Konzernrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit dem schweizerischen Gesetz und den Schweizer Prüfungsstandards sowie den Standards des Public Company Accounting Oversight Board (USA) vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Konzernrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Konzernrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Konzernrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Konzernrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen. Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Konzernrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.



Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung vermittelt die Konzernrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Group per 31. Dezember 2012 und 2011 und, der konsolidierten Ertragslage für jedes der drei Geschäftsjahre 2012, 2011 und 2010 in Übereinstimmung mit den U.S. Generally Accepted Accounting Principles und entspricht dem schweizerischen Gesetz.

Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher Vorschriften

Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen an die Zulassung gemäss Revisionsaufsichtsgesetz (RAG) und die Unabhängigkeit (Art. 728 OR und Art. 11 RAG) erfüllen und keine mit unserer Unabhängigkeit nicht vereinbaren Sachverhalte vorliegen.

In Übereinstimmung mit Art. 728a Abs. 1 Ziff. 3 OR und dem Schweizer Prüfungsstandard 890 bestätigen wir, dass ein gemäss den Vorgaben des Verwaltungsrates ausgestaltetes internes Kontrollsystem für die Aufstellung der Konzernrechnung existiert.

Wir empfehlen, die vorliegende Konzernrechnung zu genehmigen.

In Übereinstimmung mit den Standards des Public Company Accounting Oversight Board (USA) haben wir zudem die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung der Group per 31. Dezember 2012, basierend auf den bestehenden Kriterien des *Internal Control – Integrated Framework*, das vom Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission herausgegeben wurde, geprüft, und in unserem Bericht datiert vom 22. März 2013 haben wir ein uneingeschränktes Prüfungsurteil bezüglich der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung der Group abgegeben.

KPMG AG

Simon Ryder
Zugelassener Revisionsexperte
Leitender Revisor

Anthony Anzevino
Global Lead Partner

Zürich, Schweiz
22. März 2013

Konsolidierte Jahresrechnung

Konsolidierte Erfolgsrechnung

	Verweis auf Anhang	2012	2011	2010
Konsolidierte Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)				
Zins- und Dividendenertrag	6	22 105	23 002	25 533
Zinsaufwand	6	(14 955)	(16 569)	(18 992)
Zinserfolg	6	7 150	6 433	6 541
Kommissions- und Dienstleistungsertrag	7	13 073	12 952	14 078
Handelserfolg	8	1 195	5 020	9 338
Sonstiger Ertrag	9	2 548	1 820	1 429
Nettoertrag		23 966	26 225	31 386
Rückstellung für Kreditrisiken	10	170	187	(79)
Personalaufwand	11	12 530	13 213	14 599
Sachaufwand	12	7 310	7 372	7 231
Kommissionsaufwand		1 775	1 992	2 148
Total sonstiger Geschäftsaufwand		9 085	9 364	9 379
Total Geschäftsaufwand		21 615	22 577	23 978
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern		2 181	3 461	7 487
Ertragsteueraufwand	26	496	671	1 548
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen		1 685	2 790	5 939
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern	4	0	0	(19)
Reingewinn		1 685	2 790	5 920
Den Minderheiten zurechenbarer Reingewinn		336	837	822
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn		1 349	1 953	5 098
davon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen		1 349	1 953	5 117
davon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		0	0	(19)
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie (in CHF)				
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	13	0.82	1.37	3.93
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	13	0.00	0.00	(0.02)
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie	13	0.82	1.37	3.91
Verwässertes Ergebnis pro Aktie (in CHF)				
Verwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	13	0.81	1.36	3.91
Verwässertes Ergebnis pro Aktie aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	13	0.00	0.00	(0.02)
Verwässertes Ergebnis pro Aktie	13	0.81	1.36	3.89

Konsolidiertes Gesamtergebnis

	2012	2011	2010
Gesamtergebnis (in Mio. CHF)			
Reingewinn	1 685	2 790	5 920
Gewinne/(Verluste) aus Cashflow-Absicherungen	37	(33)	8
Fremdwährungsumrechnung	(1 114)	(263)	(3 579)
Unrealisierte Gewinne/(Verluste) aus Wertschriften	(15)	(18)	7
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	(50)	(615)	(245)
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand, netto	248	395	13
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	(894)	(534)	(3 796)
Gesamtergebnis	791	2 256	2 124
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Gesamtergebnis	211	882	78
Den Aktionären zurechenbares Gesamtergebnis	580	1 374	2 046

Die Anhänge zur konsolidierten Jahresrechnung bilden einen integralen Bestandteil dieser Darstellung.

Konsolidierte Bilanz

	Verweis auf Anhang	Ende 2012	2011
Aktiven (in Mio. CHF)			
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken		61 763	110 573
davon zum Fair Value ausgewiesen		569	–
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		1 750	1 396
Zinstragende Einlagen bei Banken		1 945	2 272
davon zum Fair Value ausgewiesen		627	405
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	14	183 455	236 963
davon zum Fair Value ausgewiesen		113 664	158 673
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		117	19
Als Sicherheit erhaltene Wertschriften, zum Fair Value		30 045	30 191
davon belastet		17 767	20 447
Handelsbestände, zum Fair Value	15	256 399	279 553
davon belastet		70 948	73 749
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		4 697	6 399
Anlagen in Wertschriften	16	3 498	5 160
davon zum Fair Value ausgewiesen		3 498	5 158
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		23	41
Sonstige Anlagen	17	12 022	13 226
davon zum Fair Value ausgewiesen		8 994	9 751
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		2 289	2 346
Ausleihungen, netto	18	242 223	233 413
davon zum Fair Value ausgewiesen		20 000	20 694
davon belastet		535	471
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		6 053	5 940
Wertberichtigung für Kreditverluste		(922)	(910)
Liegenschaften und Einrichtungen	19	5 618	7 193
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		581	646
Goodwill	20	8 389	8 591
Sonstige immaterielle Werte	21	243	288
davon zum Fair Value ausgewiesen		43	70
Forderungen aus Kundenhandel		45 768	43 446
Sonstige Aktiven	22	72 912	78 296
davon zum Fair Value ausgewiesen		37 275	35 765
davon belastet		1 495	2 255
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		14 536	13 002
Total Aktiven		924 280	1 049 165

Die Anhänge zur konsolidierten Jahresrechnung bilden einen integralen Bestandteil dieser Darstellung.

Konsolidierte Bilanz (Fortsetzung)

	Verweis auf Anhang	2012	Ende 2011
Passiven (in Mio. CHF)			
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	23	31 014	40 147
davon zum Fair Value ausgewiesen		3 413	2 721
Kundeneinlagen	23	308 312	313 401
davon zum Fair Value ausgewiesen		4 643	4 599
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		247	221
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	14	132 721	176 559
davon zum Fair Value ausgewiesen		108 784	136 483
Verbindlichkeiten aus als Sicherheit erhaltenen Wertschriften, zum Fair Value		30 045	30 191
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen, zum Fair Value	15	90 816	127 760
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		125	1 286
Kurzfristige Geldaufnahmen		18 641	26 116
davon zum Fair Value ausgewiesen		4 513	3 547
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		9 582	6 141
Langfristige Verbindlichkeiten	24	148 134	162 655
davon zum Fair Value ausgewiesen		65 384	70 366
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		14 532	14 858
Verbindlichkeiten aus Kundenhandel		64 676	68 034
Sonstige Verbindlichkeiten	22	57 637	63 217
davon zum Fair Value ausgewiesen		26 871	31 092
davon von konsolidierten VIEs ausgewiesen		1 228	746
Total Verbindlichkeiten		881 996	1 008 080
Stammaktien		53	49
Kapitalreserve		23 636	21 796
Bilanzgewinn		28 171	27 053
Eigene Aktien, zu Anschaffungskosten		(459)	(90)
Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung	25	(15 903)	(15 134)
Total Eigenkapital der Aktionäre		35 498	33 674
Minderheitsanteile		6 786	7 411
Total Eigenkapital		42 284	41 085
Total Passiven		924 280	1 049 165

	Verweis auf Anhang	2012	Ende 2011
Ergänzende Aktieninformationen			
Nennwert (in CHF)		0.04	0.04
Genehmigte Aktien ¹		2 118 134 039	1 868 140 066
Ausgegebene Aktien	25	1 320 829 922	1 224 333 062
Eigene Aktien	25	(27 036 831)	(4 010 074)
Ausstehende Aktien	25	1 293 793 091	1 220 322 988

¹ Enthält ausgegebene Aktien und nicht ausgegebene Aktien (bedingtes Kapital, Wandlungskapital und genehmigtes Kapital).

Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung

	Den Aktionären zurechenbar							Total Eigenkapital
	Stammaktien	Kapitalreserve	Bilanzgewinn	Eigene Aktien, zu Anschaffungskosten	Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung	Total Eigenkapital der Aktionäre	Minderheitsanteile	
2012 (in Mio. CHF)								
Bestand zu Beginn der Periode	49	21 796	27 053	(90)	(15 134)	33 674	7 411	41 085
Kauf von Aktien an Tochtergesellschaften von Minderheitsanteilen, mit Änderung der Kontrollverhältnisse	–	44	–	–	–	44	(4)	40
Kauf von Aktien an Tochtergesellschaften von Minderheitsanteilen, ohne Änderung der Kontrollverhältnisse ^{1, 2}	–	–	–	–	–	–	(809)	(809)
Verkauf von Aktien an Tochtergesellschaften an Minderheitsanteile, ohne Änderung der Kontrollverhältnisse ²	–	–	–	–	–	–	116	116
Reingewinn/(-verlust)	–	–	1 349	–	–	1 349	347 ³	1 696
Total sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	–	–	–	–	(769)	(769)	(125)	(894)
Emission von Stammaktien	4	1 926	–	–	–	1 930	–	1 930
Verkauf eigener Aktien	–	(3)	–	8 358	–	8 355	–	8 355
Rückkauf eigener Aktien	–	–	–	(8 859)	–	(8 859)	–	(8 859)
Aktienbasierte Vergütung, nach Steuern	–	932 ⁴	–	132	–	1 064	–	1 064
Auf eigene Aktien indizierte Finanzinstrumente ⁵	–	(9)	–	–	–	(9)	–	(9)
Bezahlte Dividenden	–	(1 011) ⁶	(231)	–	–	(1 242)	(54)	(1 296)
Veränderung der Minderheitsanteile mit Rückgaberecht	–	(7) ⁷	–	–	–	(7)	–	(7)
Änderung des Konsolidierungskreises, netto	–	–	–	–	–	–	(96)	(96)
Sonstige	–	(32)	–	–	–	(32)	–	(32)
Bestand am Ende der Periode	53	23 636	28 171	(459)	(15 903)	35 498	6 786	42 284

¹ Ausschüttungen an Fondsanleger umfassen die Rückzahlung des investierten Kapitals und alle entsprechenden Dividenden. ² Transaktionen mit und ohne Änderung der Kontrollverhältnisse werden für Fondsaktivitäten alle unter «ohne Änderung der Kontrollverhältnisse» gezeigt. ³ Der den Minderheiten zurechenbare Reingewinn schliesst aufgrund von Minderheiten mit Rückgaberecht CHF 11 Mio. aus. ⁴ Enthält einen Steuervorteil von CHF 41 Mio., netto, aus dem Überschuss des Fair Value der gelieferten Aktien gegenüber dem erfassten Vergütungsaufwand. ⁵ Die Gruppe hatte bestimmte Call-Optionen auf ihre eigenen Aktien zur wirtschaftlichen Absicherung der aktienbasierten Vergütungsansprüche erworben. Gemäss US GAAP wurden diese Call-Optionen den Eigenkapitalinstrumenten zugewiesen, wobei deren Ersterfassung im Eigenkapital der Aktionäre zum Fair Value erfolgte. In der Folge werden diese nicht mehr neu bewertet. ⁶ Aus Reserven aus Kapitaleinlagen bezahlt. ⁷ Entspricht dem abgegrenzten Teil des Rücknahmewerts für Minderheiten mit Rückgaberecht an Credit Suisse Hedging-Griffo Investimentos S.A. Siehe «Anhang 31 – Garantien und Verpflichtungen» für weitere Informationen.

Die Anhänge zur konsolidierten Jahresrechnung bilden einen integralen Bestandteil dieser Darstellung.

Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung (Fortsetzung)

	Den Aktionären zurechenbar							Minderheitsanteile	Total Eigenkapital
	Stammaktien	Kapitalreserve	Bilanzgewinn	Eigene Aktien, zu Anschaffungskosten	Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung	Total Eigenkapital der Aktionäre			
2011 (in Mio. CHF)									
Bestand zu Beginn der Periode	47	23 026	25 316	(552)	(14 555)	33 282	9 733	43 015	
Kauf von Aktien an Tochtergesellschaften von Minderheitsanteilen, mit Änderung der Kontrollverhältnisse	-	6	-	-	-	6	(106)	(100)	
Kauf von Aktien an Tochtergesellschaften von Minderheitsanteilen, ohne Änderung der Kontrollverhältnisse	-	-	-	-	-	-	(3 042)	(3 042)	
Verkauf von Aktien an Tochtergesellschaften an Minderheitsanteile, mit Änderung der Kontrollverhältnisse	-	(7)	-	-	-	(7)	7	-	
Verkauf von Aktien an Tochtergesellschaften an Minderheitsanteile, ohne Änderung der Kontrollverhältnisse	-	-	-	-	-	-	522	522	
Reingewinn/(-verlust)	-	-	1 953	-	-	1 953	788	2 741	
Total sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	-	-	-	-	(579)	(579)	45	(534)	
Emission von Stammaktien	2	1 125	-	-	-	1 127	-	1 127	
Verkauf eigener Aktien	-	(102)	-	11 955	-	11 853	-	11 853	
Rückkauf eigener Aktien	-	-	-	(11 790)	-	(11 790)	-	(11 790)	
Aktienbasierte Vergütung, nach Steuern	-	(145)	-	297	-	152	-	152	
Auf eigene Aktien indexierte Finanzinstrumente	-	164	-	-	-	164	-	164	
Bezahlte Dividenden	-	(1 646)	(216)	-	-	(1 862)	(86)	(1 948)	
Veränderung der Minderheitsanteile mit Rückgaberecht	-	(625)	-	-	-	(625)	(140)	(765)	
Änderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-	(310)	(310)	
Bestand am Ende der Periode	49	21 796	27 053	(90)	(15 134)	33 674	7 411	41 085	

Die Anhänge zur konsolidierten Jahresrechnung bilden einen integralen Bestandteil dieser Darstellung.

Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung (Fortsetzung)

	Den Aktionären zurechenbar							Minderheitsanteile	Total Eigenkapital
	Stammaktien	Kapitalreserve	Bilanzgewinn	Eigene Aktien, zu Anschaffungskosten	Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung	Total Eigenkapital der Aktionäre			
2010 (in Mio. CHF)									
Bestand zu Beginn der Periode	47	24 706	25 258	(856)	(11 638)	37 517	10 811	48 328	
Kauf von Aktien an Tochtergesellschaften von Minderheitsanteilen, mit Änderung der Kontrollverhältnisse	-	(20)	-	-	-	(20)	(37)	(57)	
Kauf von Aktien an Tochtergesellschaften von Minderheitsanteilen, ohne Änderung der Kontrollverhältnisse	-	-	-	-	-	-	(2 059)	(2 059)	
Verkauf von Aktien an Tochtergesellschaften an Minderheitsanteile, mit Änderung der Kontrollverhältnisse	-	-	-	-	-	-	1	1	
Verkauf von Aktien an Tochtergesellschaften an Minderheitsanteile, ohne Änderung der Kontrollverhältnisse	-	-	-	-	-	-	1 907	1 907	
Reingewinn/(-verlust)	-	-	5 098	-	-	5 098	822	5 920	
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Rechnungslegung, nach Steuern	-	-	(2 384)	-	135	(2 249)	-	(2 249)	
Total sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	-	-	-	-	(3 052)	(3 052)	(744)	(3 796)	
Emission von Stammaktien	-	9	-	-	-	9	-	9	
Verkauf eigener Aktien	-	19	-	24 730	-	24 749	-	24 749	
Rückkauf eigener Aktien	-	-	-	(26 846)	-	(26 846)	-	(26 846)	
Aktienbasierte Vergütung, nach Steuern	-	(1 593)	-	2 420	-	827	9	836	
Auf eigene Aktien indexierte Finanzinstrumente	-	(95)	-	-	-	(95)	-	(95)	
Bezahlte Dividenden	-	-	(2 656)	-	-	(2 656)	(144)	(2 800)	
Änderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-	(911)	(911)	
Sonstige	-	-	-	-	-	-	78	78	
Bestand am Ende der Periode	47	23 026	25 316	(552)	(14 555)	33 282	9 733	43 015	

Die Anhänge zur konsolidierten Jahresrechnung bilden einen integralen Bestandteil dieser Darstellung.

Konsolidierte Kapitalflussrechnung

	2012	2011	2010
Operative Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)			
Reingewinn	1 685	2 790	5 920
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen, nach Steuern	0	0	19
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 685	2 790	5 939
Überleitung des Ergebnisses aus fortzuführenden Geschäftsbereichen zum Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)			
Wertberichtigungen, Abschreibungen und Amortisationen	1 294	1 196	1 166
Rückstellung für Kreditrisiken	170	187	(79)
Rückstellung für/(Vorteil aus) latente(n) Steuern	(226)	196	1 224
Anteiliger Reingewinn/(-verlust) aus nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligungen	80	(45)	(105)
Handelsbestände und Verpflichtungen aus Handelsbeständen, netto	(14 348)	39 134	(12 052)
(Zu-)/Abnahme von sonstigen Aktiven	(1 144)	(7 750)	4 258
Zu-/ (Abnahme) von sonstigen Verbindlichkeiten	(4 769)	5 861	4 155
Sonstige, netto	4 584	(2 939)	3 722
Total Anpassungen	(14 359)	35 840	2 289
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	(12 674)	38 630	8 228
Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)			
(Zu-)/Abnahme von zinstragenden Einlagen bei Banken	184	(732)	(98)
(Zu-)/Abnahme von Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	46 952	(15 221)	(27 518)
Kauf von Wertschriftenanlagen	(480)	(1 542)	(2 752)
Erlös aus Verkauf von Wertschriftenanlagen	936	2 118	988
Fälligkeit von Wertschriftenanlagen	1 626	2 462	3 748
Investitionen in Tochtergesellschaften und sonstige Anlagen	(2 039)	(1 782)	(1 674)
Erlös aus Verkauf von sonstigen Anlagen	3 104	6 784	2 467
(Zu-)/Abnahme von Ausleihungen	(10 885)	(17 242)	3 970
Erlös aus Verkauf von Ausleihungen	1 090	689	817
Investitionen in Liegenschaften, Einrichtungen und sonstige immaterielle Werte	(1 242)	(1 739)	(1 689)
Erlös aus Verkauf von Liegenschaften, Einrichtungen und sonstigen immateriellen Werten	26	11	17
Sonstige, netto	3 683	222	275
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	42 955	(25 972)	(21 449)

Die Anhänge zur konsolidierten Jahresrechnung bilden einen integralen Bestandteil dieser Darstellung.

Konsolidierte Kapitalflussrechnung (Fortsetzung)

	2012	2011	2010
Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)			
Zu-/ (Abnahme) von Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Kundeneinlagen	(13 055)	27 935	26 391
Zu-/ (Abnahme) von kurzfristigen Geldaufnahmen	(7 840)	4 098	10 934
Zu-/ (Abnahme) von Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(39 958)	7 182	(7 097)
Emissionen langfristiger Verbindlichkeiten	38 405	34 234	57 910
Rückzahlungen langfristiger Verbindlichkeiten	(55 936)	(37 127)	(51 390)
Emissionen von Stammaktien	1 930	1 127	9
Verkauf eigener Aktien	8 355	11 853	24 749
Rückkauf eigener Aktien	(8 859)	(11 790)	(26 846)
Bezahlte Dividenden/Kapitalrückzahlungen	(1 296)	(1 948)	(2 800)
Überschuss der Steuervorteile aus aktienbasierter Vergütung	0	0	615
Sonstige, netto	394	(2 508)	553
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	(77 860)	33 056	33 028
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken (in Mio. CHF)			
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	(1 231)	(633)	(6 155)
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus aufgegebenen Geschäftsbereichen (in Mio. CHF)			
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit aufgebener Geschäftsbereiche	0	25	(42)
Zu-/ (Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto (in Mio. CHF)			
Zu-/ (Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto	(48 810)	45 106	13 610
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken zu Beginn der Periode	110 573	65 467	51 857
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken am Ende der Periode	61 763	110 573	65 467

Ergänzungen zur Kapitalflussrechnung

	2012	2011	2010
Geldabfluss für Ertragsteuern und Zinsen (in Mio. CHF)			
Geldabfluss für Ertragsteuern	1 073	1 099	1 041
Geldabfluss für Zinsen	15 012	17 257	19 012
Mit dem Erwerb von Unternehmen übernommene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)			
Fair Value der übernommenen Aktiven	2 418	0	0
Fair Value der übernommenen Verbindlichkeiten	2 418	0	0

Die Anhänge zur konsolidierten Jahresrechnung bilden einen integralen Bestandteil dieser Darstellung.

Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung

1 Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze

Die konsolidierte Jahresrechnung der Credit Suisse Group AG (die Gruppe) wird in Übereinstimmung mit den in den USA allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen (Accounting Principles Generally Accepted in the US, US GAAP) erstellt und in Schweizer Franken (CHF) ausgewiesen. Das Geschäftsjahr der Gruppe endet am 31. Dezember. Gewisse Umgliederungen in der konsolidierten Jahresrechnung des Vorjahres wurden vorgenommen, um sie in Übereinstimmung mit der diesjährigen Präsentation zu bringen. Diese Umgliederungen hatten keine Auswirkung auf den Reingewinn/(-verlust) oder das Total Eigenkapital.

Beim Erstellen der konsolidierten Jahresrechnung muss das Management Schätzungen vornehmen und Annahmen treffen, einschliesslich – aber nicht abschliessend – der Ermittlung des Fair Value bestimmter Finanzaktiven und -verbindlichkeiten, Wertberichtigungen für Kreditverluste, der Beurteilung von Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (Variable Interest Entities, VIEs), Wertberichtigungen auf Aktiven mit Ausnahme von Darlehen, der Erfassung von latenten Steuerguthaben, Steuerunsicherheiten, Vorsorgeverbindlichkeiten wie auch verschiedener Eventualverbindlichkeiten. Diese Schätzungen und Annahmen wirken sich auf die ausgewiesenen Beträge der Aktiven und Verbindlichkeiten, die Offenlegung von Eventualforderungen und -verpflichtungen per Bilanzstichtag und die für die Berichtsperiode ausgewiesenen Erträge und Aufwendungen aus. Obwohl das Management seine Schätzungen und Annahmen laufend beurteilt, können die tatsächlichen Resultate von diesen Schätzungen wesentlich abweichen. Die Marktverhältnisse können das Risiko und die Komplexität der für diese Schätzungen vorgenommenen Beurteilungen erhöhen.

Konsolidierungsgrundsätze

Die konsolidierte Jahresrechnung umfasst die Jahresrechnung der Gruppe und ihrer Tochtergesellschaften. Die Tochtergesellschaften der Gruppe sind Gesellschaften, an denen sie direkt oder indirekt mit mehr als 50% der Stimmrechte beteiligt ist oder über welche sie anderweitig Kontrolle ausübt. Die Gruppe konsolidiert Kommanditgesellschaften in jenen Fällen, in welchen sie der Komplementär ist oder in welchen sie als Kommanditär faktisch das Recht zum Ausschluss des Komplementärs oder zur Auflösung der Kommanditgesellschaft hat und an bedeutenden Entscheiden im ordentlichen Geschäftsverlauf beteiligt ist. Die Gruppe konsolidiert auch Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs), bei denen sie gemäss Accounting Standards Codification (ASC) Topic 810, «Consolidation», die meistbegünstigte Partei (Primary Beneficiary) ist.

Der Effekt wesentlicher gruppeninterner Transaktionen wurde bei der Erstellung der konsolidierten Jahresrechnung eliminiert.

Wenn eine Tochtergesellschaft der Gruppe eine eigenständige Rechtseinheit ist und gemäss ASC Topic 946, «Financial Services – Investment Companies», als Investmentgesellschaft (Investment Company) betrachtet wird, werden Beteiligungen dieser Tochtergesellschaft zum Fair Value bewertet und nicht konsolidiert.

Stimmrechtskontrollierte Beteiligungen, die sonst zu konsolidieren wären, werden von Gruppengesellschaften, die als Broker-Dealer gemäss ASC Topic 940, «Financial Services – Broker and Dealers», qualifizieren, nicht in die Konsolidierung einbezogen, wenn diese Beteiligungen vorübergehend und für Handelszwecke gehalten werden. Hingegen werden Tochtergesellschaften, welche strategische Teile der operativen Tätigkeit eines Broker-Dealers sind, unabhängig von der Halteabsicht konsolidiert.

Fremdwährungsumrechnung

Transaktionen, die nicht in der Bilanzwährung der jeweiligen Gesellschaft erfolgen, werden zum massgebenden Wechselkurs am Tag der Transaktion in die jeweilige Bilanzwährung umgerechnet. Monetäre Aktiven und Verbindlichkeiten wie beispielsweise Forderungen und Zahlungsverbindlichkeiten werden am Bilanzstichtag zu den am Jahresende gültigen Devisenkursen erfasst. Währungsumrechnungsdifferenzen werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung ausgewiesen. Nicht monetäre Aktiven und Verbindlichkeiten werden zu historischen Fremdwährungskursen ausgewiesen.

Zu Konsolidierungszwecken werden Aktiven und Verbindlichkeiten von Gruppengesellschaften, deren Bilanzwährung nicht Schweizer Franken ist, mit den zum Jahresende gültigen Devisenkursen, die Aufwendungen und Erträge hingegen zum gewichteten durchschnittlichen Devisenkurs des Geschäftsjahres in Schweizer Franken umgerechnet. Die bei der Konsolidierung auftretenden Umrechnungsdifferenzen werden in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung im Eigenkapital erfasst.

Fair-Value-Messung und -Option

Die Richtlinie bezüglich Fair-Value-Messung legt eine einzige gültige Definition des Fair Value fest und stellt ein Rahmenwerk für seine Messung auf. Die Fair-Value-Option schafft einen alternativen Bewertungsansatz für gewisse Finanzaktiven und -verbindlichkeiten. Die Fair-Value-Option kann anlässlich der erstmaligen Erfassung einer qualifizierenden Position gewählt werden oder auf den Zeitpunkt, in welchem die Gruppe eine

Vereinbarung eingeht, welche zu einer qualifizierenden Position führt (beispielsweise eine bindende Verpflichtung oder eine schriftliche Darlehenszusage). Falls bei Ersterfassung nicht gewählt, kann die Fair-Value-Option später nur für einzelne Positionen aufgrund bestimmter Ereignisse angewandt werden, sofern diese Ereignisse für die entsprechende Position zu einer neuen Buchführungsbasis führen. Die Anwendung der Fair-Value-Option auf eine Position der Finanzaktiven oder Finanzverbindlichkeiten führt nicht zu deren Umgliederung in der Bilanz. Die einmal getroffene Wahl der Fair-Value-Option ist unwiderruflich. Alle aus der Wahl der Fair-Value-Option resultierenden Veränderungen der Fair-Value-Werte werden im Handelserfolg ausgewiesen.

- ▶ Siehe «Fair-Value-Option» in Anhang 33 – Finanzinstrumente für weitere Informationen.

Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken

Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken bestehen aus Kassenbeständen in verschiedenen Währungen, Sichtgeldern bei Banken oder anderen Finanzinstituten sowie geldnahen Mitteln. Geldnahe Mittel beinhalten kurzfristige, hochliquide Instrumente mit ursprünglichen Laufzeiten von höchstens drei Monaten, die zur Liquiditätssteuerung gehalten werden.

Reverse-Repo- und Repo-Geschäfte

Käufe von Wertschriften mit einer Rückverkaufsverpflichtung (◉Reverse-Repo-Geschäfte) und Verkäufe von Wertschriften mit einer Rückkaufsverpflichtung gleichartiger Titel (◉Repo-Geschäfte) qualifizieren aus wirtschaftlicher Sicht nicht als Verkäufe. Solche Geschäfte werden als besicherte Finanztransaktionen behandelt und in der konsolidierten Bilanz zum Betrag der geleisteten beziehungsweise erhaltenen Barsicherheiten ausgewiesen. Reverse-Repo-Geschäfte werden als besicherte Aktiven verbucht, während Repo-Geschäfte als Verbindlichkeiten erfasst werden. Mit einer Rückkaufsverpflichtung verkaufte Wertschriften bleiben weiterhin als Handelsbestände oder Anlagen in Wertschriften bilanziert. Der Fair Value der zurückzukaufenden und zurückzuverkaufenden Wertschriften wird täglich überwacht, und bei Bedarf werden zusätzliche Sicherheiten zur Absicherung gegen Kreditrisiken eingefordert.

Im Rahmen solcher Geschäfte ausgewiesene Aktiven und Verbindlichkeiten werden entweder nach der Abgrenzungs- oder Fair-Value-Methode verbucht. Unter der Abgrenzungsmethode werden die aus Reverse-Repo-Geschäften verdienten Zinsen als Zins- und Dividendenertrag und die aus Repo-Geschäften zu zahlenden Zinsen als Zinsaufwand ausgewiesen. Nach der Fair-Value-Methode, welche aufgrund von ASC Topic 825, «Financial Instruments», gewählt werden kann, werden alle Änderungen des Fair Value im Handelserfolg ausgewiesen. Der abgegrenzte Zinsertrag und der abgegrenzte Zinsaufwand

werden auf dieselbe Weise erfasst wie nach der Abgrenzungsmethode. Die Gruppe hat die Fair-Value-Methode für einige der Reverse-Repo- und Repo-Geschäfte gewählt.

Reverse-Repo- und Repo-Geschäfte werden miteinander verrechnet, falls sie mit der gleichen Gegenpartei getätigt werden, dasselbe Fälligkeitsdatum aufweisen, durch dieselbe Clearingstelle abgewickelt werden und derselben Netting-Rahmenvereinbarung unterliegen.

Wertschriftenleihen (Securities Lending and Borrowing)

Geborgte und ausgeliehene Wertschriften mit Barsicherheiten werden in der konsolidierten Bilanz zum Betrag der geleisteten beziehungsweise erhaltenen Barsicherheiten ausgewiesen. Wenn die Gruppe im Rahmen einer Wertschriftenleihe Wertschriften als Sicherheit erhält, die verkauft oder weiterverpfändet werden können, werden diese als erhaltene Wertschriftensicherheiten in der konsolidierten Bilanz erfasst, zusammen mit einer entsprechenden Rückgabeverpflichtung. Wertschriftenleihen ohne Barsicherheiten, bei welchen die Gruppe das Recht hat, die erhaltenen Sicherheiten weiterzuveräußern oder weiterzuverpfänden, werden zum Fair Value der ursprünglich erhaltenen Sicherheiten erfasst. Bei Wertschriftenleihen erhält die Gruppe normalerweise Bar- oder Wertschriftensicherheiten, die den Marktwert der ausgeliehenen Wertschriften übersteigen. Die Gruppe überwacht den Fair Value der geborgten oder ausgeliehenen Wertschriften täglich und holt, soweit notwendig, zusätzliche Sicherheiten ein.

Erhaltene oder bezahlte Kommissionen und Zinsen werden nach der Abgrenzungsmethode als Zins- und Dividendenertrag beziehungsweise Zinsaufwand verbucht. Wo die Fair-Value-Methode gewählt wurde, werden alle Änderungen des Fair Value im Handelserfolg ausgewiesen. Der abgegrenzte Zinsertrag und der abgegrenzte Zinsaufwand werden auf dieselbe Weise erfasst wie nach der Abgrenzungsmethode.

Übertragung von finanziellen Vermögenswerten

Die Gruppe überträgt verschiedene finanzielle Vermögenswerte an Spezialzweckgesellschaften (Special Purpose Entities, SPEs) mit der Absicht, dass diese Übertragungen als Verkäufe qualifizieren. Die Spezialzweckgesellschaften wiederum emittieren Wertschriften an Investoren. Die Gruppe bewertet ihren Begünstigungsanteil zum Fair Value. Börsenkurse werden verwendet, wenn die Positionen an einem aktiven Markt gehandelt werden, andernfalls Finanzmodelle, welche beobachtbare und nicht beobachtbare Eingabedaten berücksichtigen.

- ▶ Siehe «Anhang 32 – Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten und Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs)» für weitere Informationen zu den Übertragungsaktivitäten der Gruppe.

Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen

Die Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen umfassen Schuld- und Beteiligungstitel, derivative Instrumente, bestimmte Ausleihungen von Broker-Dealer-Einheiten, Rohstoffe und Edelmetalle. Die in den Handelsbeständen geführten Positionen werden zum Fair Value bewertet, wobei die Zuweisung einzelner Positionen in den Handelsbestand (held-for-trading) durch das Management erfolgt. Wertschriftentransaktionen, die im Rahmen der handelsüblichen Erfüllungsperiode abgewickelt werden, werden am Abschlusstag verbucht (Trade Date Basis). Nicht realisierte und realisierte Gewinne und Verluste aus Handelspositionen werden im Handelserfolg erfasst.

Derivate

Freistehende Derivatkontrakte werden in der konsolidierten Bilanz zum Fair Value verbucht, unabhängig davon, ob diese Instrumente zu Handels- oder Risikomanagementzwecken gehalten werden. Zusagen für Hypothekendarlehen, die mit der Absicht der Veräusserung gewährt werden sollen, gelten für Bilanzierungszwecke als Derivate. Falls Merkmale eines Derivats, die in gewissen Verträgen eingebettet sind, für sich allein die Definition eines Derivats erfüllen und nicht eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen des Grundgeschäfts verbunden sind, wird entweder das eingebettete Derivat einzeln zum Fair Value bewertet oder der gesamte Vertrag einschliesslich des eingebetteten Derivats wird zum Fair Value bewertet. In beiden Fällen werden Veränderungen des Fair Value in der konsolidierten Erfolgsrechnung ausgewiesen. Das für die Bewertung separierte eingebettete Derivat wird in der konsolidierten Bilanz in der gleichen Position wie das Grundgeschäft ausgewiesen.

Die in Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen klassierten Derivate umfassen zu Handelszwecken gehaltene Derivate sowie Derivate, die zu Risikomanagementzwecken gehalten werden, jedoch nicht für die Buchführung als Absicherungsgeschäfte (Hedge Accounting) qualifizieren. Zu Handelszwecken gehaltene Derivate entstehen sowohl aus Eigen- als auch aus Kundengeschäften. Realisierte Gewinne und Verluste, Veränderungen der nicht realisierten Gewinne und Verluste sowie die Zinsflüsse werden im Handelserfolg ausgewiesen. Derivatkontrakte, die als Fair-Value-, Cashflow- oder Nettoinvestitionsabsicherung abgeschlossen wurden und dazu qualifizieren, sind unter Sonstige Aktiven oder Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Der Fair Value börsengehandelter Derivate wird üblicherweise von den beobachtbaren Marktpreisen und/oder Marktparametern hergeleitet. Der Fair Value nicht börsengehandelter Over-the-Counter-Derivate (OTC) wird mittels selbst entwickelter Modelle unter Einbezug zahlreicher Eingabe-Parameter

bestimmt. Bei rechtlich durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarungen werden Derivatkontrakte pro Gegenpartei auf Nettobasis verbucht. Wo keine entsprechenden Vereinbarungen bestehen, werden die Fair Values auf Bruttobasis verbucht.

Wo Hedge Accounting angewandt wird, dokumentiert die Gruppe formell sämtliche Beziehungen zwischen den Absicherungsinstrumenten und den abgesicherten Positionen, einschliesslich der Risikomanagementziele und der Strategie, Absicherungsgeschäfte einzugehen. Bei Abschluss der Absicherungstransaktion und danach wird die Absicherungsbeziehung laufend daraufhin beurteilt, ob die zur Absicherung eingesetzten Derivate die dem abgesicherten Risiko zurechenbaren Fair-Value- oder Cashflow-Veränderungen hochwirksam kompensieren können. Die Gruppe stellt in den folgenden Fällen ihr Hedge Accounting ein:

- (i) das Derivat kann die Fair-Value- oder Cashflow-Veränderungen einer abgesicherten Position (einschliesslich bevorstehender Transaktionen) nicht mehr wirksam kompensieren;
- (ii) das Derivat verfällt, wird verkauft, aufgelöst oder ausgeübt;
- (iii) das Derivat wird nicht mehr als Absicherungsinstrument eingesetzt, weil die zur Absicherung vorgesehene Transaktion wahrscheinlich nicht stattfinden wird; oder
- (iv) die Zweckbestimmung des Derivats als Absicherungsinstrument ist aus anderen Gründen nicht mehr sinnvoll.

Bei Derivaten, die für einen Fair-Value-Hedge vorgesehen sind und dafür qualifizieren, werden die Buchwerte der abgesicherten Positionen an den Fair Value des abgesicherten Risikos angepasst. In dem Ausmass, wie die Absicherungsgeschäfte wirksam sind, werden die Veränderungen des Fair Value dieser Derivate in derselben Position der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst wie die Veränderung des Fair Value des abgesicherten Risikos der jeweiligen Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten. Die Veränderung des Fair Value, die auf den unwirksamen Teil eines Absicherungsgeschäfts zurückzuführen ist, wird im Handelserfolg ausgewiesen.

Gibt die Gruppe das Hedge Accounting für Fair-Value-Absicherungsgeschäfte auf, weil sie zum Schluss gelangt, dass das Derivat nicht mehr für eine wirksame Fair-Value-Absicherung qualifiziert, wird das Derivat in der konsolidierten Bilanz weiterhin zum Fair Value geführt und die abgesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden nicht mehr an die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Veränderungen des Fair Value angepasst. Zinsbedingte Fair-Value-Anpassungen auf den zugrunde liegenden abgesicherten Positionen werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung über die Restlaufzeit der abgesicherten Position amortisiert. Nicht amortisierte zinsbedingte Fair-Value-Anpassungen werden bei Veräusserung oder

Rückzahlung der abgesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst. Alle anderen Wertanpassungen aus Fair-Value-Absicherungen bleiben Teil des Buchwerts der abgesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten und werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung bei Veräusserung der abgesicherten Position als Teil des Veräusserungsgewinns oder -verlusts erfasst.

Bei der Absicherung der Variabilität von Cashflows aus vorgesehenen Transaktionen sowie variabel verzinslichen Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten wird der wirksame Anteil der Fair-Value-Veränderung des dafür bezeichneten Derivats in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung bilanziert. Wenn der variable Cashflow der abgesicherten Position erfolgswirksam wird (wenn beispielsweise periodische Zahlungen von variabel verzinslichen Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten in der Erfolgsrechnung erfasst werden oder wenn die abgesicherte Position verkauft wird), werden diese Beträge in die gleiche Position der konsolidierten Erfolgsrechnung umklassiert, in der die abgesicherte Position verbucht wird. Die Veränderung des Fair Value, die auf die Unwirksamkeit einer Absicherung zurückzuführen ist, wird im Handelserfolg ausgewiesen.

Wird bei einer Cashflow-Absicherung das Hedge Accounting aufgegeben, verbleibt der Nettogewinn oder -verlust in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung und wird in derselben Periode beziehungsweise denselben Perioden in die konsolidierte Erfolgsrechnung umklassiert, in welcher/welchen das vormals abgesicherte Geschäft ertragswirksam wird. Gibt die Gruppe das Hedge Accounting auf, weil eine vorgesehene Transaktion am festgelegten Datum oder innerhalb des festgelegten Zeitraums zuzüglich zweier Monate wahrscheinlich nicht stattfinden wird, wird das Derivat in der konsolidierten Bilanz weiter zum Fair Value geführt, wobei die vormals in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ausgewiesenen Gewinne und Verluste sofort in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst werden.

Bei der Absicherung einer Nettoinvestition in eine ausländische Geschäftseinheit wird die Veränderung des Fair Value des eingesetzten Derivats im Ausmass der Wirksamkeit der Absicherung in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst. Die Veränderung des Fair Value, die auf die nicht wirksame Absicherung zurückgeht, wird im Handelserfolg verbucht. Die Gruppe bestimmt die Wirksamkeit von Nettoinvestitionsabsicherungen mit der Forward-Methode. Die Forward-Methode führt im Ausmass der Wirksamkeit der Nettoinvestitionsabsicherung zu einem Ausweis des Zeitwertanteils eines Devisentermingeschäfts in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung.

Anlagen in Wertschriften

Zu den Anlagen in Wertschriften gehören bis zur Fälligkeit gehaltene Schuldtitel sowie zur Veräusserung verfügbare Schuldtitel und marktgängige Beteiligungspapiere. Wertschriftentransaktionen, die im Rahmen der handelsüblichen Erfüllungsperiode abgewickelt werden, werden am Abschlusstag verbucht.

Schuldtitel, bei denen die Gruppe willens und in der Lage ist, sie bis zur Fälligkeit zu halten, werden entsprechend klassiert und unter Berücksichtigung nicht amortisierter Agios/Disagios zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten (Amortized Cost Method) bilanziert.

Zur Veräusserung verfügbare Schuld- und Beteiligungstitel werden zum Fair Value bewertet. Nicht realisierte Gewinne und Verluste, das heisst die Differenz zwischen Fair Value und fortgeschriebenen Anschaffungskosten, werden im Eigenkapital in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst. Die in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ausgewiesenen Beträge verstehen sich nach Abzug von Ertragsteuern.

Die Amortisation von Agios oder Disagios wird als Zins- und Dividendenenertrag unter Verwendung der Effektivzinsmethode bis zur Fälligkeit der Wertschrift erfasst.

Eine Wertberichtigung auf Schuldtitel wird in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst, wenn das Absinken des Fair Value unter die fortgeschriebenen Anschaffungskosten als nicht vorübergehend beurteilt wird. Dies ist der Fall, wenn die gemäss den vertraglichen Bestimmungen fälligen Zahlungen als uneinbringlich erachtet werden, was in der Regel auf eine Verschlechterung der Bonität des Emittenten zurückzuführen ist. Keine Wertberichtigung wird gebucht, wenn die Wertberichtigung auf Änderungen von Marktzinssätzen zurückzuführen ist und die Gruppe nicht die Absicht hat, die Anlagen zu verkaufen, und keine Anzeichen dafür bestehen, dass die Gruppe genötigt sein wird, die Anlagen vor Wiederaufholung der fortgeschriebenen Anschaffungskosten zu verkaufen, gegebenenfalls erst bei Verfall.

Eine Wertberichtigung auf Beteiligungstitel wird in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst, wenn das Absinken des Fair Value unter die Anschaffungskosten als nicht vorübergehend beurteilt wird. Die Gruppe betrachtet unrealisierte Verluste auf Beteiligungspapieren üblicherweise als nicht vorübergehend, wenn der Fair Value für länger als sechs Monate oder mehr als 20% unter den Anschaffungskosten liegt.

Die Erfassung einer Wertberichtigung auf Schuld- oder Beteiligungstiteln führt zu einer neuen Kostenbasis, welche an nachträgliche Wertaufholungen nicht angepasst wird.

Nicht realisierte Verluste aus zur Veräusserung verfügbaren Wertschriften werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst, sobald eine Entscheidung gefällt wird, einen Titel zu verkaufen.

Sonstige Anlagen

Zu Sonstige Anlagen gehören nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungspapiere und nicht marktgängige Beteiligungstitel, wie Private-Equity-Investitionen, Hedgefonds und beschränkt handelbare Anlagen, Anlagen in nicht börsengehandelte kollektive Kapitalanlagen, bei welchen die Gruppe weder bedeutenden Einfluss auf noch Kontrolle über den entsprechenden Zielfonds hat, und zu Investitionszwecken gehaltene Immobilien.

Nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen sind Beteiligungen, bei welchen die Gruppe in der Lage ist, einen wesentlichen Einfluss auf deren operationelle und finanzielle Geschäftstätigkeit auszuüben. Der Einfluss gilt normalerweise als wesentlich, wenn zwischen 20% und 50% des stimmberechtigten Kapitals oder des faktischen Stammkapitals einer Gesellschaft oder ein Anteil von 5% und mehr an einer Kommanditgesellschaft (Limited Partnership) gehalten werden. Nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen werden grundsätzlich nach der Equity-Methode bewertet, können aber auch gemäss der Fair-Value-Option bewertet werden. Bei Anwendung der Equity-Methode weist die Gruppe ihren Anteil an Gewinn oder Verlust sowie allfällige Wertberichtigungen auf der Beteiligungsgesellschaft in Sonstiger Ertrag aus. Bei Anwendung der Fair-Value-Option werden die Veränderungen des Fair Value in Sonstiger Ertrag ausgewiesen. Die Gruppe hat für einige ihrer nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligungen die Fair-Value-Option als Bewertungsbasis gewählt.

Andere nicht marktgängige Beteiligungstitel der Gruppe werden entweder zu Anschaffungskosten abzüglich der nicht als vorübergehend beurteilten Wertberichtigungen bewertet oder zum Fair Value, falls die Fair-Value-Option gewählt wurde. Nicht marktgängige Beteiligungstitel, die von Tochtergesellschaften gehalten werden, die als Investmentgesellschaft gemäss Definition von ASC Topic 946, «Financial Services – Investment Companies», betrachtet werden, werden zum Fair Value bewertet, wobei die Veränderungen des Fair Value in der Position Sonstiger Ertrag verbucht werden.

Nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen und nicht marktgängige Beteiligungstitel, welche von Broker-Dealer gemäss Definition von ASC Topic 940, «Financial Services – Broker and Dealers», gehalten werden, werden zum Fair Value bewertet und im Handelsbestand ausgewiesen, wenn der Broker-Dealer beabsichtigt, die entsprechenden Beteiligungen vorübergehend zu Handelszwecken zu halten. Veränderungen des Fair Value werden im Handelserfolg ausgewiesen.

Zu Anlagezwecken gehaltene Immobilien werden zum Anschaffungswert abzüglich kumulierter Abschreibungen bilanziert und über die geschätzte Nutzungsdauer – in der Regel 40 bis 67 Jahre – amortisiert. Grundstücke werden zu Anschaffungskosten bilanziert und nicht abgeschrieben. Diese Vermö-

genswerte werden jährlich – bei Ereignissen oder veränderten Umständen, die darauf hindeuten, dass der Buchwert nicht mehr realisierbar ist, auch häufiger – auf Werthaltigkeit überprüft. Die Erfassung einer Wertberichtigung auf derartigen Vermögenswerten führt zu einer neuen Kostenbasis, welche um nachträgliche Wertaufholungen nicht angepasst wird.

Im Zusammenhang mit dem Geschäft für Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen (Life-Finance-Geschäft) investiert die Gruppe in Kapitaleinlageversicherungspolizen mit Einmalprämie und sofortiger Rente (Single Premium Immediate Annuities, SPIAs), welche zum Fair Value bilanziert werden. Die entsprechenden Fair-Value-Anpassungen werden im Handelserfolg ausgewiesen. Der Geschäftsbereich Life Finance investiert zudem auch in erworbene Lebensversicherungspolizen (Life Settlement Contracts).

Ausleihungen

Bis zur Fälligkeit gehaltene Ausleihungen

Ausleihungen, welche die Gruppe beabsichtigt, bis zur Fälligkeit zu halten, werden zu den ausstehenden Kapitalbeträgen zuzüglich abgegrenzter Zinsen ausgewiesen, bereinigt um folgende Positionen: nicht amortisierte Agios und Disagios auf gekauften Ausleihungen, aufgeschobene, noch nicht amortisierte Kreditgewährungsgebühren und direkte Kosten für selbst gewährte Ausleihungen. Zinserträge auf den ausstehenden Kapitalbeträgen werden abgegrenzt, wobei die abgegrenzten Agios/Disagios sowie Gebühren/Kosten als Anpassung der effektiven Verzinsung über die Laufzeiten der jeweiligen Ausleihungen amortisiert werden.

Ausleihungen werden in zwei Portfoliosegmente unterteilt, «Privatkunden» und «Unternehmen & Institutionelle». Privatkundenkredite werden weiter in die Klassen Hypothekarkredite, Lombardkredite und Privatkredite eingeteilt. Die Ausleihungen an Unternehmen & Institutionelle werden weiter in die Klassen Immobilien, Ausleihungen an Gewerbe und Industrie, Finanzinstitute sowie Regierungen und öffentliche Institutionen eingeteilt.

Leasing-Finanzierungsgeschäfte, bei welchen die Gruppe Leasinggeber ist, werden als Ausleihungen klassiert. Noch nicht verdiente Erträge werden als Zins- und Dividendenertrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit des Leasingvertrags amortisiert.

Gemäss den Richtlinien der Gruppe werden notleidende Ausleihungen, zinslos gestellte Ausleihungen, restrukturierte Ausleihungen und potenzielle Problemausleihungen in den gefährdeten Ausleihungen zusammengefasst.

► Siehe «Anhang 18 – Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität» für weitere Informationen.

Wertberichtigung für Kreditverluste auf bis zur Fälligkeit gehaltenen Ausleihungen

Die Wertberichtigung für Kreditverluste beinhaltet folgende Komponenten: latent im Kreditportfolio vorhandene Ausfallrisiken und spezifisch identifizierte Kreditverluste. Veränderungen der Wertberichtigung für Kreditverluste werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung unter Rückstellung für Kreditrisiken und – für Rückstellungen auf überfälligen Zinsen – im Zins- und Dividendenertrag verbucht.

Die Gruppe prüft bei der Schätzung der Wertberichtigung für Kreditverluste zahlreiche Faktoren. Dazu gehören die Volatilität der Ausfallwahrscheinlichkeiten, Ratingveränderungen, das potenzielle Verlustausmass, interne Risikoratings sowie geografische, branchenspezifische und andere wirtschaftliche Faktoren. Die Wertberichtigung für latente Kreditverluste bezieht sich auf alle Forderungen, die einzeln nicht als gefährdet eingestuft werden und bei denen auf Portfoliobasis latent Ausfallrisiken vorhanden sind. Die Bestimmung der latenten Ausfallrisiken beim Portfolio Privatkundenkredite erfolgt durch Anwendung von historischen und aktuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten, historischen Erfahrungswerten zu Einbringlichkeit und damit zusammenhängenden aktuellen Annahmen bezüglich internen Risikoratings und der Produktkategorie homogener Kreditportfolios. Bei Ausleihungen an Unternehmen & Institutionelle werden die latenten Kreditverluste aufgrund von Gegenparteien-, Industrie- und Länderratings berechnet. Von diesem Bewertungsverfahren sind Privatkundenkredite sowie Ausleihungen an Unternehmen & Institutionelle ausgenommen, bei welchen bereits Einzelwertberichtigungsbedarf identifiziert und erfasst wurde oder die zum Fair Value bilanziert werden. Bei kreditbezogenen Ausserbilanzverpflichtungen wird die Rückstellung für Kreditverluste aufgrund von historischen Erfahrungswerten zu Verlusten und Einbringlichkeit geschätzt und unter Sonstige Verbindlichkeiten erfasst. Änderungen der geschätzten Kreditverluste auf kreditbezogene Ausserbilanzverpflichtungen werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung unter Rückstellung für Kreditrisiken verbucht.

Die Schätzung der Einzelwertberichtigungen für Kreditverluste basiert auf regelmässigen und detaillierten Analysen jeder einzelnen Kreditposition des Portfolios unter Berücksichtigung des jeweiligen Gegenpartierisikos und der vorhandenen Deckung. Die Gruppe betrachtet eine Ausleihung als gefährdet, wenn es aufgrund der vorliegenden Informationen und Ereignisse wahrscheinlich ist, dass sich die gemäss den vertraglichen Bestimmungen der Kreditvereinbarung fälligen Beträge nicht einbringen lassen. Bei gewissen gefährdeten Krediten, die nicht von Sicherheiten abhängen, wird die Wertberichtigung anhand des Barwertes der künftigen Cashflows ermittelt. Die Wertberichtigung kann aber aus praktischen Gründen auch anhand des beobachtbaren Marktpreises einer

Ausleihung ermittelt werden. Für gefährdete Kredite, die von Sicherheiten abhängen, wird die Wertberichtigung anhand des Fair Value der Sicherheit berechnet.

Eine Ausleihung wird spätestens dann als notleidend eingestuft, wenn die vertraglich festgesetzten Zahlungen auf Kapitalbetrag und/oder Zinsen mindestens 90 Tage ausstehend sind. Von dieser Regel ausgenommen sind Wohnbauhypotheken in Subprime-Qualität, welche als notleidend eingestuft werden, wenn die vertraglich festgesetzten Zahlungen auf Kapitalbetrag und/oder Zinsen mindestens 120 Tage ausstehend sind. Die zusätzlichen 30 Tage stellen sicher, dass diese Ausleihungen im Zeitraum der Übertragung ihrer Verwaltungsrechte nicht fälschlicherweise als notleidend klassiert werden. Das Management kann aber einen Kredit auch dann als notleidend einstufen, wenn die vertraglich vereinbarten Zahlungen auf Kapitalbetrag und/oder Zinsen weniger als 90 Tage oder, im Falle der Wohnbauhypotheken der Subprime-Qualität, weniger als 120 Tage ausstehend sind. Im Zeitpunkt der Klassierung als notleidende Ausleihung wird für abgegrenzte ausstehende Zinsen eine Rückstellung in entsprechender Höhe gebildet und der konsolidierten Erfolgsrechnung belastet. Die Gruppe belastet aber zu Inkassozwecken weiterhin Zinsen auf den Ausleihungen, der entsprechende Betrag wird jedoch zurückgestellt, so dass kein Zinsertrag entsteht. Der verbleibende Kapitalbetrag wird danach mindestens jährlich auf seine Einbringlichkeit hin überprüft; falls nötig wird eine Rückstellung gebildet.

Eine Ausleihung kann in einem weiteren Schritt zinslos gestellt werden, wenn der Eingang der Zinsen derart zweifelhaft ist, dass ihre Abgrenzung als nicht mehr sinnvoll erachtet wird. Zu diesem Zeitpunkt und danach in mindestens vierteljährlichen Abständen – abhängig von verschiedenen Risikofaktoren – wird der verbleibende Kapitalbetrag nach Abzug bereits erfasster Rückstellungen auf seine Einbringlichkeit überprüft. Gegebenenfalls werden zusätzliche Rückstellungen gebildet.

Notleidende Ausleihungen und zinslos gestellte Ausleihungen können grundsätzlich erst wieder als nicht gefährdete Ausleihungen eingestuft werden, wenn die überfälligen Kapitalbeträge und Zinsen wieder fristgerecht gemäss den Bestimmungen der Kreditvereinbarung bedient und bestimmte weitere Leistungskriterien erfüllt wurden.

Zinsen von notleidenden und zinslos gestellten Ausleihungen werden unter Anwendung der Cash-Methode oder der Cost-Recovery-Methode oder mittels einer Kombination der beiden Methoden erfasst.

Ausleihungen, die noch nicht als notleidend oder zinslos geführt werden, aber in einer Umschuldung modifiziert wurden, werden als restrukturierte Ausleihungen ausgewiesen. In der Regel wären restrukturierte Ausleihungen vor der Restrukturierung als gefährdet eingestuft worden, wobei eine entsprechende Wertberichtigung für Kreditverluste gebildet worden

wäre. Im Rahmen von Umschuldungen modifizierte Ausleihungen werden als restrukturierte Ausleihungen ausgewiesen, bis das Geschäftsjahr endet, in dem die betreffende Anpassung vorgenommen wurde, solange mit der restrukturierten Ausleihung eine Wertberichtigung für Kreditausfälle gemäss der Restrukturierungsvereinbarung verbunden ist oder bis die zum Zeitpunkt der Restrukturierung angewendeten Zinszugeständnisse enden. Um zu ermitteln, ob ein Zinszugeständnis gewährt wurde, werden die Marktzinsen für Ausleihungen mit vergleichbarem Risiko an Kreditnehmer mit derselben Kreditqualität berücksichtigt. Für Ausleihungen, die im Rahmen einer Umschuldung restrukturiert wurden und gemäss den neuen Bedingungen Schuldendienst leisten, werden weiterhin Zinsen abgegrenzt. Restrukturierungen von Ausleihungen umfassen gegebenenfalls die Entgegennahme von Vermögenswerten zur Begleichung des Kredits, die Änderung der Kreditbedingungen (beispielsweise Zinssenkung, Verlängerung der Laufzeiten mit Zinsen, die niedriger als die aktuellen Marktzinsen für neue Kredite mit ähnlichen Risiken sind, oder die Reduktion des Kapitalbetrags und/oder abgegrenzter Zinsbeträge) oder eine Kombination dieser beiden Möglichkeiten.

Potenzielle Problemausleihungen sind gefährdete Ausleihungen, die noch nicht als notleidend, zinslos gestellt oder restrukturiert eingestuft wurden und bei welchen die vertraglich vereinbarten Zahlungen bisher wie vereinbart eingegangen sind. Allerdings bestehen bei diesen Ausleihungen Zweifel bezüglich der Einbringlichkeit der zukünftigen vertraglich vereinbarten Zahlungen. Potenzielle Problemausleihungen werden einzeln auf Wertberichtigungsbedarf geprüft; gegebenenfalls wird eine Wertberichtigung für Kreditverluste gebildet. Für potenzielle Problemausleihungen werden weiterhin Zinsen abgegrenzt.

Die Amortisation von Kreditgebühren oder -kosten (netto) auf gefährdeten Ausleihungen wird in der Regel während des Zeitraums eingestellt, in welchem der fällige und nicht bezahlte Zins oder Kapitalbetrag aussteht. Falls der ausstehende Kreditbetrag bei Kreditrückzahlung nicht vollständig eingebracht werden kann, wird für den nicht eingegangenen Betrag falls notwendig eine Wertberichtigung gebildet, worauf der Kredit nach Abzug abgegrenzter Kreditgebühren und -kosten ausgebucht wird.

Eine Ausleihung wird ausgebucht, wenn als sicher gilt, dass der ausstehende Kapitalbetrag nicht mehr eingebracht werden kann. Der Wiedereingang vormals abgeschriebener und ausgebuchter Ausleihungen wird zum Geldbetrag oder zum geschätzten Fair Value anderer erhaltener Eingänge erfasst.

- ▶ Siehe «Gefährdete Ausleihungen» in Anhang 18 – Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität für Informationen zur Ausbuchung einer Ausleihung und den entsprechenden Rechnungslegungsgrundsätzen.

Zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen

Zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen, bei welchen die Gruppe die Absicht hat, sie in absehbarer Zukunft zu veräussern, werden als zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen unter Sonstige Aktiven ausgewiesen und zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten oder zum tieferen Marktwert (Niederstwertprinzip) bewertet. Der Niederstwert wird entweder auf Ebene der einzelnen Ausleihung oder auf Ebene von homogenen Kreditportfolios – falls diese Kreditportfolios als solche verkauft oder verbrieft werden – ermittelt. Gewinne und Verluste aus zur Veräusserung gehaltenen Ausleihungen werden in der Position Sonstiger Ertrag ausgewiesen.

Erworbene gefährdete Ausleihungen

Erworbene Ausleihungen, bei denen bereits beim Kauf wahrscheinlich ist, dass nicht alle vertragsmässigen Zahlungen einbringlich sind, werden zu ihrem Nettoerwerbspreis verbucht, und darauf bestehende Rückstellungen werden nicht übernommen. Der Überschuss der geschätzten erwarteten Zahlungsströme, welcher den Erwerbspreis übersteigt, wird über den geschätzten Amortisationszeitraum als Zins- und Dividenden-ertrag erfasst, sobald Zeitdauer und Betrag der Wiedereinbringung geschätzt werden können. Im Zeitpunkt des Erwerbs betrachtet die Gruppe solche Ausleihungen nicht als gefährdet. Solche Ausleihungen werden erst als gefährdet betrachtet, wenn die erwarteten Zahlungen unter den Betrag der im Zeitpunkt des Erwerbs geschätzten Zahlungen sinken. Steigen die erwarteten Wiedereinbringungen, werden allfällig bestehende Wertberichtigungen aufgelöst, bevor die Effektivverzinsung der Ausleihung angepasst wird.

Zum Fair Value gehaltene Ausleihungen gemäss Fair Value-Option

Ausleihungen und Kreditverpflichtungen, für welche die Fair Value-Option gewählt wurde, werden zum Fair Value bilanziert und Veränderungen des Fair Value im Handelserfolg ausgewiesen. Die Anwendung der Fair-Value-Option ändert nichts an der Klassierung der betreffenden Ausleihung in der Bilanz. Zum Fair Value bilanzierte Kreditverpflichtungen werden in Sonstige Aktiven beziehungsweise in Sonstige Verbindlichkeiten erfasst.

Liegenschaften und Einrichtungen

Liegenschaften werden zum Anschaffungswert abzüglich kumulierter Abschreibungen verbucht und über die geschätzte Nutzungsdauer, in der Regel 40 bis 67 Jahre, linear abgeschrieben. Grundstücke werden zu Anschaffungskosten erfasst und nicht abgeschrieben. Einbauten in Mietobjekten werden über die Mietdauer oder die geschätzte Nutzungsdauer linear abgeschrieben, wobei die kürzere der beiden Perioden mass-

gebend ist, höchstens aber über zehn Jahre. Übrige Sachanlagen wie Computer, Maschinen, Mobiliar, Fahrzeuge, sonstige Einrichtungen und Gebäudeeinbauten werden über die geschätzte Nutzungsdauer, in der Regel drei bis zehn Jahre, linear abgeschrieben.

Die Gruppe aktiviert Kosten im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Installation und der Entwicklung von Software mit einem messbaren wirtschaftlichen Nutzen, aber nur, wenn solche Kosten identifizierbar sind und zuverlässig gemessen werden können. Die Gruppe schreibt aktivierte Softwarekosten linear über die geschätzte Nutzungsdauer der Software – in der Regel nicht mehr als drei Jahre – ab. Die Schätzung der Nutzungsdauer erfolgt unter Berücksichtigung von Überalterung, Technologie, Konkurrenz und anderen Wirtschaftsfaktoren.

Die Gruppe erfasst Finanzierungsleasinggeschäfte, bei welchen sie Leasingnehmer ist, indem sie einen Anlagegegenstand in Liegenschaften und Einrichtungen und eine entsprechende Verbindlichkeit unter Sonstige Verbindlichkeiten zu einem Betrag verbucht, welcher dem Barwert der minimalen Leasingzahlungen oder dem Fair Value entspricht, wobei der kleinere der beiden Werte zur Anwendung gelangt. Die geleaste Anlage wird über die geschätzte Nutzungsdauer des Objektes oder die Leasinglaufzeit abgeschrieben, wobei die kürzere der beiden Perioden massgebend ist.

Goodwill und sonstige immaterielle Werte

Goodwill entsteht beim Erwerb von Tochtergesellschaften und von Beteiligungen, die nach der Equity-Methode bewertet werden. Er entspricht dem Überschuss aus dem Fair Value des geleisteten Entgelts, dem Fair Value allfälliger Minderheitsanteile am übernommenen Unternehmen und dem Fair Value allfälliger zuvor gehaltener Beteiligungen an der erworbenen Tochtergesellschaft, die nach der Equity-Methode bewertet werden, nach Abzug des Fair Value der identifizierbaren übernommenen Aktiven und Verbindlichkeiten im Zeitpunkt des Erwerbs. Der Goodwill wird nicht amortisiert, sondern jährlich – bei Ereignissen oder veränderten Umständen, die auf eine mögliche Wertminderung hindeuten, auch häufiger – auf Werthaltigkeit überprüft. Um die Werthaltigkeit des Goodwills zu überprüfen, wird dieser den einzelnen Berichtseinheiten (Reporting Units) der Gruppe zugewiesen.

Sonstige immaterielle Werte können einzeln erworben werden oder als Teil einer Gruppe von Vermögenswerten, welche anlässlich einer Akquisition übernommen wurden. Zu den sonstigen immateriellen Werten gehören unter anderem Patente, Lizenzen, Urheberrechte, Handelsmarken, Filialnetze, Hypothekenverwaltungsrechte (Mortgage Servicing Rights), Kundendamm und Depotkundenbeziehungen. Erworben immaterielle Werte werden bei der erstmaligen Erfassung zum Betrag der geleisteten Geldzahlung oder zum Fair Value anderer an

Zahlung gegebener Vermögenswerte bewertet. Sonstige immaterielle Werte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden über den entsprechenden Zeitraum amortisiert. Nach dem 1. Januar 2002 erworbene sonstige immaterielle Werte mit unbestimmter Nutzungsdauer werden nicht amortisiert, sondern jährlich – bei Ereignissen oder veränderten Umständen, die auf eine mögliche Wertminderung hindeuten, auch häufiger – auf Werthaltigkeit überprüft. Die Mortgage Servicing Rights werden als nicht amortisierende, sonstige immaterielle Werte zum Fair Value bilanziert, wobei Änderungen des Fair Value in der entsprechenden Periode erfolgswirksam erfasst werden. Mortgage Servicing Rights stellen das Recht dar, bestimmte Abwicklungshandlungen bei Hypothekengeschäften im Namen von Drittparteien durchzuführen. Mortgage Servicing Rights werden entweder von Drittparteien gekauft oder anlässlich eines Verkaufs von übernommenen oder gewährten Krediten einbehalten.

Erfassung einer Wertberichtigung auf Sachanlagen und immateriellen Werten mit bestimmter Nutzungsdauer

Die Gruppe überprüft Liegenschaften und Einrichtungen sowie sonstige immaterielle Werte mindestens jährlich auf Wertberichtigungsbedarf und auch jedes Mal, wenn bestimmte Ereignisse oder Umstände darauf hinweisen, dass der Buchwert nicht einbringbar ist. Wird davon ausgegangen, dass der Buchwert eines Vermögenswertes nicht wieder einbringbar ist, wird die Differenz zwischen Buchwert und tieferem Fair Value als Wertberichtigung im Sachaufwand verbucht. Die Erfassung einer Wertberichtigung auf derartigen Vermögenswerten führt zu einer neuen Kostenbasis, welche um nachträgliche Wertaufholungen nicht angepasst wird.

Ertragsteuern

Latente Steuerguthaben und -verbindlichkeiten werden für die erwarteten zukünftigen steuerlichen Auswirkungen zeitlich befristeter Differenzen zwischen den Buchwerten von Aktiven und Verbindlichkeiten der konsolidierten Bilanz und ihrer Steuerwerte ausgewiesen. Latente Steuerguthaben und -verbindlichkeiten werden zu den derzeit geltenden Steuersätzen berechnet und unter Sonstige Aktiven beziehungsweise Sonstige Verbindlichkeiten erfasst. Der Ertragsteueraufwand oder -vorteil wird unter Ertragsteueraufwand/(-vorteil) erfasst, sofern der Steuereffekt nicht auf Transaktionen beruht, die direkt im Eigenkapital verbucht wurden. Latente Steuerguthaben werden gegebenenfalls auf einen Betrag wertberichtigt, welcher in den Augen des Managements als mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50% realisierbar erscheint. Latente Steuerguthaben und -verbindlichkeiten werden um die Auswirkungen von Änderungen der Steuergesetze und der Steuersätze in der gleichen Periode bereinigt, in welcher die Änderungen von der jeweiligen Steuerbehörde bewilligt werden.

Latente Steuerguthaben und -verbindlichkeiten werden für eine steuerpflichtige Einheit innerhalb der gleichen Steuerhoheit auf einer Nettobasis dargestellt.

Die Gruppe befolgt die Richtlinie von ASC Topic 740, «Income Taxes», welche einen konsistenten Rahmen zur Ermittlung der angemessenen Höhe von Steuerrückstellungen für ungewisse Steuerpositionen bietet. Die Gruppe ermittelt, ob eine Ertragsteuerposition einer Prüfung durch die Steuerbehörden, in voller Kenntnis der vertretenen Ansicht, mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50% standhält. Nachhaltige Ertragsteuerpositionen werden dann bemessen, um den Betrag des Vorteils zu ermitteln, welcher in der konsolidierten Jahresrechnung erfasst werden darf. Jede dieser nachhaltigen Ertragsteuerpositionen wird zum höchstmöglichen Betrag des Vorteils bewertet, dessen Realisierbarkeit bei der endgültigen Steuerabrechnung noch eine Eintrittswahrscheinlichkeit von mehr als 50% aufweist.

Erworbene Lebensversicherungspolizen (Life Settlement Contracts)

Erworbene Lebensversicherungen werden zunächst zum Transaktionspreis erfasst und anschliessend zum Fair Value bilanziert, ausser in den Fällen, in welchen sich die Gruppe für die Anwendung der Investitionsmethode entscheidet. Policen, die nicht gemäss der Investitionsmethode verbucht werden, werden in der Position Handelsbestände bilanziert.

Gemäss Investitionsmethode werden die Policen zuerst zum Transaktionspreis inklusive aller direkt verbundenen externen Kosten erfasst und unter Sonstige Anlagen verbucht. In der Folge werden alle laufenden Prämienzahlungen kapitalisiert, sofern der gesamte Buchwert den Fair Value nicht übersteigt. Letzteres hätte eine Wertberichtigung zur Folge, so dass der Buchwert den Fair Value nicht übersteigt.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Kundenhandel

Die Gruppe erfasst Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem Kauf und Verkauf von Finanzinstrumenten von beziehungsweise an Kunden, Banken und Broker-Dealer. Die Gruppe trägt ein Verlustrisiko, da die Gegenparteien möglicherweise nicht in der Lage sind, für ein gekauftes Finanzinstrument zu bezahlen oder ein verkauftes Finanzinstrument zu liefern. In einem solchen Fall müsste die Gruppe die betreffenden Finanzinstrumente zum aktuellen Marktpreis verkaufen oder kaufen. Sofern eine Börse oder eine Clearingstelle als Gegenpartei auftritt, gilt das Kreditrisiko als begrenzt. Die Gruppe richtet kundenspezifische Kreditlimiten ein und verlangt von ihren Kunden entsprechende Margendeckungen gemäss aufsichtsrechtlichen und internen Richtlinien. Die Gruppe hat Margendeckungen zu stellen, wenn sie mit einer Börse oder einer Drittbank Handelsgeschäfte tätigen will. Die Margendeckung erfolgt üblicherweise in bar und

wird in einem separaten Margenkonto bei der Börse beziehungsweise beim Broker hinterlegt. Wenn die verfügbaren Informationen zum Schluss führen, dass eine Forderung aus Kundenhandel gefährdet ist, wird eine entsprechende Wertberichtigung gebildet. Forderungen aus Kundenhandel werden abgeschrieben, wenn die ausstehenden Beträge als uneinbringlich erachtet werden.

Sonstige Aktiven

Zu Absicherungszwecken gehaltene derivative Instrumente

Derivative Instrumente werden zum Fair Value bilanziert. Zu Absicherungszwecken gehaltene derivative Instrumente werden in der konsolidierten Bilanz unter Sonstige Aktiven beziehungsweise Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die bei Änderungen des Fair Value angewandte Verbuchung hängt davon ab, ob das Derivat als Fair-Value-Absicherung, Cashflow-Absicherung oder Absicherung der Nettoinvestition in eine ausländische Gesellschaft vorgesehen ist. Veränderungen des Fair Value, die sich aus einem unwirksamen Teil des Absicherungsgeschäftes ergeben, werden im Handelserfolg verbucht.

Langfristige Verbindlichkeiten

Das Total der langfristigen Verbindlichkeiten besteht aus Schuldtitelemissionen, die keine Merkmale von Derivaten haben (gewöhnliche Schuldtitel), sowie aus hybriden Schuldtiteln mit eingebetteten Derivaten, welche im Rahmen der Geschäftstätigkeit der Gruppe im Bereich strukturierter Produkte emittiert werden. Langfristige Verbindlichkeiten umfassen sowohl auf Schweizer Franken als auch auf Fremdwährung lautende Anleihen mit festem oder variablem Zinssatz.

Die Gruppe steuert das Zinsänderungsrisiko auf gewöhnlichen Schuldtiteln aktiv durch die Verwendung von Derivatkontrakten, in erster Linie Zins- und Währungsswaps. Namentlich festverzinsliche Schuldtitel werden mit Zinsswaps abgesichert, aus welchen fixe Zinsen erhalten und variable Zinsen bezahlt werden. Die Gruppe hat sich mit der Einführung der Fair-Value-Option per 1. Januar 2007 entschieden, diese festverzinslichen Schuldtitel zum Fair Value zu bewerten, wobei Änderungen des Fair Value als Teil des Handelserfolgs erfasst werden. Für festverzinsliche Schuldtitel, welche die Gruppe seit dem 1. Januar 2008 emittiert hat, entschied sich die Gruppe, nicht die Fair-Value-Option anzuwenden; stattdessen kommt Hedge Accounting gemäss Anleitung von ASC Topic 815, «Derivatives and Hedging», zur Anwendung.

Die langfristigen Verbindlichkeiten der Gruppe beinhalten auch verschiedene aktiengebundene und andere indexierte Instrumente mit eingebetteten Merkmalen von Derivaten, deren Zahlungen und Rücknahmewerte an Rohstoffe, Aktien, Indizes oder sonstige Vermögenswerte gebunden sind. Die Gruppe hat

sich beim überwiegenden Teil dieser Instrumente für die Bewertung zum Fair Value entschieden. Veränderungen des Fair Value dieser Instrumente werden als Teil des Handelserfolgs erfasst.

Sonstige Verbindlichkeiten

Garantien/Bürgschaften

In Fällen, bei welchen die Gruppe als Garantiegeber auftritt, wird bei Inkrafttreten der Garantie eine Verbindlichkeit in der Höhe des Fair Value der übernommenen Verpflichtungen in Sonstige Verbindlichkeiten verbucht. Diese berücksichtigt die während der Garantiezeit laufende Verpflichtung, bei Eintritt von bestimmten Ereignissen oder Umständen eine vereinbarte Leistung zu erbringen.

Vorsorgepläne und sonstige Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand

Für Vorsorgepläne mit Leistungsprimat und entsprechende sonstige Pläne für Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand wendet die Gruppe zur Berechnung des Barwertes der erwarteten, zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen (Projected Benefit Obligation, PBO) und des aktuellen sowie nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwandes oder der entsprechenden Gutschriften das Verfahren der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Actuarial Method) an. Das von der Gruppe verwendete Bemessungsdatum für die versicherungsmathematischen Bewertungen ist der 31. Dezember.

Den versicherungsmathematischen Bewertungen liegen bestimmte Schlüsselannahmen zugrunde. Diese Annahmen sind zu zukünftigen Ereignissen zu treffen, die Höhe und Zeitpunkt der Leistungsauszahlungen bestimmen, und erfordern daher vom Management der Gruppe wesentliche Beurteilungen und Schätzungen. Unter anderem sind Annahmen zu Diskontsätzen, zur erwarteten Rendite auf Planvermögen und zur Lohnentwicklung zu treffen.

Die angenommenen Diskontsätze entsprechen den Sätzen, zu denen die Leistungsansprüche effektiv abgegolten werden könnten. Diese Sätze werden basierend auf den Renditen aktuell erhältlicher erstklassiger Unternehmensanleihen bestimmt, wobei erwartet wird, dass diese im Zeitraum bis zur Fälligkeit der Leistungsansprüche verfügbar sind. In Ländern, in welchen kein liquider Markt für erstklassige Unternehmensanleihen besteht, basiert die Schätzung der Diskontsätze auf Staatsanleihen, angepasst um eine Risikoprämie, um das zusätzliche Risiko von Unternehmensanleihen zu berücksichtigen.

Die erwartete langfristige Rendite auf dem Planvermögen wird für jeden Plan einzeln bestimmt. Berücksichtigt werden dabei Vermögensstruktur (Asset Allocation), historische Rendite, Benchmark-Indizes für die Vermögenswerte ähnlicher Vor-

sorgepläne, langfristig erwartete zukünftige Renditen und Anlagestrategie.

Die erwarteten Teuerungsraten der Gesundheitskosten werden aufgrund externer Daten und der gruppeneigenen historischen Entwicklung der Gesundheitskosten festgelegt. Die Salärenwicklung wird aufgrund extern verfügbarer Daten sowie interner Hochrechnungen festgelegt.

Die Über- oder Unterdeckung der von der Gruppe unterhaltenen Vorsorgepläne mit Leistungsprimat wird in der konsolidierten Bilanz ausgewiesen.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, die 10% des höheren Betrags aus erwarteter zukünftiger Vorsorgeverpflichtung oder aus dem Fair Value der Planvermögen und nicht erfasstem, nachzuverrechnendem Dienstzeitaufwand oder entsprechenden Gutschriften übersteigen, werden linear amortisiert. Die Amortisationszeit entspricht der durchschnittlichen verbleibenden Dienstzeit der aktiven Mitarbeitenden, die gemäss heutigen Erwartungen Leistungen beziehen werden.

Die Gruppe verbucht den Vorsorgeaufwand für Vorsorgepläne mit Beitragsprimat während der Anstellungsdauer der Mitarbeitenden, was zeitlich im Wesentlichen mit den Beiträgen an die Pläne übereinstimmt.

Aktienbasierte Mitarbeitervergütung

Für alle aktienbasierten Ansprüche und sonstige Ansprüche, welche Mitarbeitenden seit dem 1. Januar 2005 zugeteilt oder modifiziert wurden, wird der Personalaufwand im Zuteilungs- oder Änderungszeitpunkt basierend auf dem Fair Value der Anzahl Ansprüche, für welche die Erfüllung der erforderlichen Dienstzeit erwartet wird, berechnet. Dieser Personalaufwand wird über die erforderliche Dienstzeit linear in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst. Für alle am 1. Januar 2005 ausstehenden, noch nicht erworbenen zugeteilten Ansprüche wird der Personalaufwand basierend auf dem Fair Value der Zuteilung im ursprünglichen Zuteilungszeitpunkt berechnet und über die verbleibende erforderliche Dienstzeit für jede Zuteilung linear erfasst.

Die Gruppe wendet den «Tax Law Ordering Approach» an, um den Anteil der durch Mitnahmeeffekte erzielten und in der Kapitalreserve zu verbuchenden Steuererträge (Windfall-Steuererträge) am gesamten Steueraufwand zu ermitteln. Weiter wählte die Gruppe die Anwendung der «Practical Transition Option», um den Betrag der in die Kapitalreserve zu verbuchenden Windfall-Steuererträge auf Ansprüchen zu ermitteln, welche vor dem 1. Januar 2005 vollständig erworben waren.

Der Personalaufwand für aktienbasierte Ansprüche, die einen stufenweisen Erwerb der Ansprüche in jährlichen Raten vorsehen, welcher aber ausschliesslich auf Dienstzeiterfüllung beruht, wird linear über die erforderliche Dienstzeit erfasst. Sind solche Ansprüche jedoch an eine Leistungsbedingung

geknüpft, so wird jede Rate als Aufwand verbucht, als ob es sich um einen separaten Anspruch handelte (sofortige Aufwandsfassung). Zudem wird die Erfassung des entsprechenden Personalaufwands auf das erstmögliche Datum der Pensionierung des Anspruchsberechtigten hin beschleunigt. Für Ansprüche, welche pensionsberechtigten Mitarbeitenden vor dem 1. Januar 2005 zugeteilt wurden, sieht die Richtlinie der Gruppe eine Verbuchung des Personalaufwands über die erforderliche Dienstzeit vor.

Bestimmte aktienbasierte Ansprüche sind zudem an Leistungsbedingungen geknüpft, nach welchen die Anzahl der den Mitarbeitenden zuzuteilenden Aktien von der Performance (beispielsweise Reingewinn oder Eigenkapitalrendite) der Gruppe oder einer Division der Gruppe abhängt. Wenn die Mitarbeitenden zudem die in den Bedingungen für diese Ansprüche festgelegte Dienstzeit zu erbringen haben, wird der den aufgrund der Leistungsbedingungen im Erfüllungszeitpunkt zu erwartenden zusätzlichen Einheiten zurechenbare Personalaufwand im Zeitpunkt der Zuteilung der Ansprüche geschätzt. Spätere Anpassungen dieser Schätzung werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung über die verbleibende Dienstzeit erfasst.

Für an Marktkonditionen geknüpfte Aktienansprüche, bei welchen die Erfüllung an den Kursverlauf der Aktien der Gruppe gebunden ist, wird die wahrscheinliche Anzahl an Marktkonditionen gebundener Zusatzaktien im Zeitpunkt der Zuteilung geschätzt. In diesen Fällen wird der entsprechende Personalaufwand nach dem Zuteilungsdatum nicht weiter an Kursschwankungen der Aktien angepasst.

Bestimmte Mitarbeitende besitzen nichtmaterielle Beteiligungen in Form von «Carried Interest» an Private-Equity-Fonds, welche von der Gruppe verwaltet werden. Der Aufwand im Zusammenhang mit diesen «Carried Interest»-Beteiligungen wird in der konsolidierten Erfolgsrechnung im Personalaufwand ausgewiesen.

Die Gruppe hat einige laufende Aktienoptionspläne, die vornehmlich auf 1999 und frühere Jahre zurückgehen und die Möglichkeit einer Barabgeltung vorsehen. Die entstandenen Verpflichtungen aus diesen Plänen werden bis zur Abwicklung der Ansprüche zum Fair Value bilanziert (Liability Award Accounting).

Eigene Aktien, eigene Anleihen und Finanzinstrumente auf eigene Aktien

Die Gruppe kann im Rahmen ihrer üblichen Handels- und Market-Making-Aktivitäten eigene Aktien, eigene Anleihen und Finanzinstrumente auf eigene Aktien kaufen und verkaufen. Zudem kann die Gruppe eigene Aktien zur Erfüllung von Verpflichtungen im Zusammenhang mit der aktienbasierten Vergütung für Mitarbeitende halten. Die eigenen Aktien werden zu Anschaffungskosten verbucht und als eigene Aktien ausge-

wiesen, was zu einer Verringerung des ausgewiesenen Eigenkapitals der Aktionäre führt. Finanzinstrumente auf eigene Aktien werden als Aktiven beziehungsweise Verbindlichkeiten oder Eigenkapital ausgewiesen. Für einen Ausweis im Eigenkapital müssen sie den entsprechenden Kriterien genügen. Von Tochtergesellschaften erhaltene Dividenden auf eigenen Aktien sowie unrealisierte und realisierte Gewinne und Verluste auf im Eigenkapital der Aktionäre ausgewiesenen eigenen Aktien werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung nicht erfasst.

Die von einer Gruppegesellschaft ausgegebenen Anleihen werden in der konsolidierten Jahresrechnung eliminiert.

Zinserfolg

Zinsertrag und Zinsaufwand aus zinstragenden Aktiven und Verbindlichkeiten, die nicht zum Fair Value oder nach dem Niederstwertprinzip bilanziert werden, werden periodengerecht abgegrenzt, wobei die damit verbundenen Agios/Disagios sowie Abschlussgebühren oder Kosten als Anpassung der Effektivverzinsung über die Laufzeit der jeweiligen Aktiven und Verbindlichkeiten amortisiert werden. Zinsen auf Schuldtiteln und Dividenden von Beteiligungspapieren des Handelsbestandes werden als Zins- und Dividendenertrag verbucht.

► [Siehe «Ausleihungen» für weitere Informationen zu Zinsen auf Ausleihungen.](#)

Kommissions- und Dienstleistungsertrag

Kommissions- und Dienstleistungserträge werden verbucht, wenn alle der folgenden Kriterien erfüllt sind: Das Vorhandensein einer Vereinbarung ist überzeugend belegt, Dienstleistungen wurden erbracht, der Preis ist festgelegt oder lässt sich bestimmen, und die Einbringlichkeit ist angemessen gesichert. Kommissions- und Dienstleistungserträge können grob in zwei Kategorien eingeteilt werden: Erträge aus Leistungen, welche über eine gewisse Zeit erbracht werden und für welche den Kunden normalerweise jährlich oder halbjährlich Rechnung gestellt wird, und Erträge aus transaktionsbezogenen Leistungen. Erträge aus Dienstleistungen, welche über eine gewisse Zeit erbracht werden, werden anteilmässig über die Laufzeit vereinnahmt. Erträge aus transaktionsbezogenen Dienstleistungen werden erfasst, wenn die Leistung vollständig erbracht wurde. Leistungsbezogene Gebühren oder Gebührenbestandteile werden an jedem vertraglichen Bemessungstichtag erfasst, an welchem die vertraglich vereinbarten Schwellenwerte erreicht werden.

Erträge aus dem Wertschriftenemissionsgeschäft und Gebühren aus dem Geschäft mit Mergers & Acquisitions sowie aus sonstigen Dienstleistungen im Corporate-Finance-Bereich werden erfasst, wenn die zugrunde liegenden Transaktionen im Wesentlichen abgeschlossen sind und im Zusammenhang mit den Gebühren keine weiteren Eventualitäten bestehen.

Transaktionsbezogene Aufwendungen werden zurückgestellt, bis der entsprechende Ertrag erfasst wird, vorausgesetzt, dass es sich um direkte Mehrkosten handelt; andernfalls sind sie bei ihrer Entstehung als Aufwand zu verbuchen. Gebühren aus dem Emissionsgeschäft werden nach Abzug der damit zusammenhängenden Aufwendungen ausgewiesen. Aufwendungen im Zusammenhang mit Finanzberatungsdienstleistungen werden im Geschäftsaufwand erfasst, sofern sie nicht vom Kunden erstattet werden.

Wenn sich die Gruppe gegenüber einem Vertragspartner verpflichtet, mehrere Produkte, Dienstleistungen oder Rechte zu erbringen, wird beurteilt, wieweit für die Ertragsverbuchung relevante separate Sachverhalte entstanden sind. Diese Bewertung berücksichtigt den eigenständigen Wert bereits gelieferter Güter und Dienstleistungen und ob ein Rückgaberecht oder ein Gewährleistungsrecht für diese Güter und Dienstleistungen existiert. Die Lieferwahrscheinlichkeit der noch nicht gelieferten

Güter oder Dienstleistungen geht ebenfalls in die Bewertung ein. Diese Beurteilung wird für jede einzelne Transaktion durchgeführt.

Wenn eine Transaktion die erläuterten Kriterien erfüllt, handelt es sich um eine Vereinbarung mit mehrfachen Leistungen (Multiple-deliverable Arrangement), bei welcher die Vereinnahmung des Entgelts für jede Teilleistung separat bestimmt wird. Das Entgelt für das gesamte Arrangement wird den einzelnen Teilleistungen proportional zu ihrem Verkaufspreis zugeteilt. Der Verkaufspreis für die einzelnen Teilleistungen beruht nach Möglichkeit auf anbieterspezifischen objektiven Nachweisen, andernfalls auf Nachweisen Dritter oder auf Schätzungen des Verkaufspreises, falls weder anbieterspezifische Nachweise noch Nachweise von dritter Seite verfügbar sind.

Von Kunden eingezogene und an Behörden überwiesene Steuern werden auf Nettobasis verbucht.

2 Neu herausgegebene Rechnungslegungsstandards

Neu eingeführte Rechnungslegungsstandards

ASC Topic 220 – Comprehensive Income (Gesamtergebnis)

Im Dezember 2011 veröffentlichte das Financial Accounting Standards Board (FASB) Accounting Standards Update (ASU) 2011-12, «Deferral of the Effective Date for Amendments to the Presentation of Reclassifications of Items Out of Accumulated Other Comprehensive Income in Accounting Standards Update No. 2011-05» (ASU 2011-12) (Aufschub des Stichtags für das Inkrafttreten von Änderungen bei der Berichterstattung von Reklassierungen von Beständen der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung), als Aktualisierung von ASC Topic 220 – Comprehensive Income. Die Änderung verschiebt den Stichtag für das Inkrafttreten derjenigen Änderungen in ASU 2011-05, welche die Darstellung von Umgliederungsbeträgen betreffen. ASU 2011-12 trat mit Veröffentlichung in Kraft, und die Einführung hatte keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder die Mittelflüsse der Gruppe.

Im Juni 2011 veröffentlichte das FASB ASU 2011-05, «Presentation of Comprehensive Income» (ASU 2011-05) (Darstellung des Gesamtergebnisses), als Aktualisierung von ASC Topic 220 – Comprehensive Income. ASU 2011-05 bietet einer Gesellschaft die Möglichkeit, das Total des Gesamtergebnisses entweder in einer zusammenhängenden Gesamtergebnisrechnung oder in zwei separaten, aber aufeinander folgenden Aufstellungen darzustellen. Die Einführung von ASU 2011-05 am

1. Januar 2012 hatte keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder die Mittelflüsse der Gruppe.

ASC Topic 350 – Intangibles – Goodwill and Other (Immaterielle Werte – Goodwill und sonstige)

Im September 2011 veröffentlichte das FASB ASU 2011-08, «Testing Goodwill for Impairment» (ASU 2011-08) (Werthaltigkeitsprüfung des Goodwills), als Aktualisierung von ASC Topic 350 – Intangibles – Goodwill and Other. Die Änderungen in ASU 2011-08 erlauben es einer Gesellschaft, qualitativ zu beurteilen, ob der Fair Value der Berichtseinheit (Reporting Unit) geringer ist als der Buchwert. Stellt eine Gesellschaft aufgrund der qualitativen Beurteilung fest, dass der Fair Value der Berichtseinheit mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50% geringer ist als deren Buchwert, muss die Gesellschaft den ersten Schritt des Werthaltigkeitstests für Goodwill durchführen, indem sie den Fair Value der Berichtseinheit berechnet und ihn mit deren Buchwert vergleicht. Übersteigt der Buchwert den Fair Value der Berichtseinheit, muss die Gesellschaft den zweiten Schritt des Werthaltigkeitstests für Goodwill durchführen, um die Höhe des Wertberichtigungsbedarfs zu ermitteln, sofern eine solcher besteht. Die Einführung von ASU 2011-08 am 1. Januar 2012 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder die Mittelflüsse der Gruppe.

ASC Topic 360 – Property, Plant and Equipment (Sachanlagen)

Im Dezember 2011 veröffentlichte das FASB ASU 2011-10, «Derecognition of in Substance Real Estate – a Scope Clarification, a consensus of the FASB Emerging Issues Task Force» (ASU 2011-10) (Ausbuchung von faktischen Immobilien – eine Abgrenzung des Anwendungsbereichs, ein Konsens der Emerging Issues Task Force des FASB) als Aktualisierung von ASC Topic 360 – Property, Plant and Equipment. Das ASU sieht vor, dass die Vorschriften in ASC Subtopic 360-20, «Property, Plant and Equipment – Real Estate Sales» (Sachanlagen – Verkauf von Immobilien), für eine Gesellschaft gelten, die keine kontrollierende Finanzbeteiligung an einer Tochtergesellschaft mehr hat, die infolge eines Verzugs bei den rückgriffsfreien Verbindlichkeiten der Tochtergesellschaft im Wesentlichen aus Liegenschaften besteht. Die Einführung von ASU 2011-10 am 1. Juli 2012 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder die Mittelflüsse der Gruppe.

ASC Topic 820 – Fair Value Measurement (Ermittlung von Fair Values)

Im Mai 2011 veröffentlichte das FASB ASU 2011-04, «Amendments to Achieve Common Fair Value Measurement and Disclosure Requirements in U.S. GAAP and IFRSs» (Änderungen zur Erreichung gemeinsamer Anforderungen an die Ermittlung und Offenlegung von Fair Values in US GAAP und IFRS) (ASU 2011-04), als Aktualisierung von ASC Topic 820 – Fair Value Measurement. Die Änderungen in ASU 2011-04 enthalten Klarstellungen zur Anwendung bestehender Anforderungen an die Ermittlung von Fair Values sowie Änderungen zu den Grundsätzen für die Ermittlung von Fair Values. Ferner verlangt ASU 2011-04 zusätzliche Offenlegungen zur Ermittlung von Fair Values. Die Einführung von ASU 2011-04 am 1. Januar 2012 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder die Mittelflüsse der Gruppe.

- ▶ Siehe «Anhang 33 – Finanzinstrumente» für weitere Informationen.

ASC Topic 860 – Transfers and Servicing (Übertragungen und Verwaltung)

Im April 2011 veröffentlichte das FASB ASU 2011-03, «Reconsideration of Effective Control for Repurchase Agreements» (ASU 2011-03) (Neubeurteilung der faktischen Kontrolle bei Repo-Geschäften), als Aktualisierung von ASC Topic 860 – Transfers and Servicing. Die aktuellen Vorgaben schreiben vor, wann eine Gesellschaft bei der Übertragung von Finanzanlagen im Rahmen von Repo-Geschäften einen Verkauf ausweisen darf. Massgebend ist hierbei unter anderem, ob die

Gesellschaft die faktische Kontrolle über die übertragenen Finanzanlagen behalten hat. ASU 2011-03 schafft bei der Beurteilung der faktischen Kontrolle das Kriterium ab, dass der Veräusserer in der Lage sein muss, die Finanzanlagen zurückzukaufen oder zurückzunehmen. Die Einführung von ASU 2011-03 am 1. Januar 2012 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder die Mittelflüsse der Gruppe.

In künftigen Perioden anzuwendende Standards

ASC Topic 210 – Balance Sheet (Bilanz)

Im Januar 2013 veröffentlichte das FASB ASU 2013-01, «Clarifying the Scope of Disclosures about Offsetting Assets and Liabilities» (ASU 2013-01) (Klarstellung zum Umfang der Offenlegungen zur Verrechnung von Aktiven und Passiven), als Aktualisierung von ASC Topic 210 – Balance Sheet. ASU 2013-01 präzisiert den Geltungsbereich von ASU 2011-11 und gilt für Zwischen- und Jahresberichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Einführung von ASU 2013-01 am 1. Januar 2013 hatte keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder die Mittelflüsse der Gruppe.

Im Dezember 2011 veröffentlichte das FASB ASU 2011-11, «Disclosures about Offsetting Assets and Liabilities» (ASU 2011-11) (Offenlegungen zur Verrechnung von Aktiven und Passiven), als Aktualisierung von ASC Topic 210 – Balance Sheet. ASU 2011-11 gilt für Zwischen- und Jahresberichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen, und ist rückwirkend für alle im Bericht präsentierten Vergleichsperioden anzuwenden. Die Einführung von ASU 2011-11 am 1. Januar 2013 hatte keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder die Mittelflüsse der Gruppe.

ASC Topic 220 – Comprehensive Income (Gesamtergebnis)

Im Februar 2013 veröffentlichte das FASB ASU 2013-02, «Reporting of Amounts Reclassified Out of Accumulated Other Comprehensive Income» (ASU 2013-02) (Berichterstattung von umklassierten Beträgen der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung), als Aktualisierung von ASC Topic 220 – Comprehensive Income. Durch die Änderungen werden die Gesellschaften verpflichtet, Angaben zu den umklassierten Beträgen der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung nach Komponenten zu machen. ASU 2013-02 gilt für Zwischen- und Jahresberichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Einführung von ASU 2013-02 am 1. Januar 2013 hatte keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder die Mittelflüsse der Gruppe.

ASC Topic 830 – Foreign Currency Matters (Fremdwährungsfragen)

Im März 2013 veröffentlichte das FASB ASU 2013-05, «Parent's Accounting for the Cumulative Translation Adjustment upon Derecognition of Certain Subsidiaries or Groups of Assets within a Foreign Entity or of an Investment in a Foreign Entity» (ASU 2013-05) (Ausweis der kumulierten Umrechnungsanpassung auf Ebene Konzernobergesellschaft aufgrund der Ausbuchung bestimmter Tochtergesellschaften oder Anlagegruppen innerhalb einer ausländischen Einheit oder Ausbuchung einer Beteiligung an einer ausländischen Einheit) als Aktualisierung

von ASC Topic 830 – Foreign Currency Matters. Die Änderungen dienen als Leitlinie für die kumulierte Anpassung der Fremdwährungsumrechnung, nachdem eine Einheit nicht länger eine finanzielle Mehrheitsbeteiligung an einer Tochtergesellschaft oder einer Gruppe von Anlagen innerhalb einer ausländischen Einheit hält. ASU 2013-05 gilt für die Halbjahres- und Jahresabschlüsse nach dem 15. Dezember 2013. Die Gruppe befasst sich derzeit mit den Auswirkungen einer Einführung von ASU 2013-05 auf ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder ihre Mittelflüsse.

3 Geschäftsentwicklung und Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nachfolgend werden die wesentlichen Veräusserungen und Akquisitionen der Gruppe für die am 31. Dezember 2012, 2011 und 2010 beendeten Geschäftsjahre sowie die bedeutenden Aktionäre erläutert.

Veräusserungen

Die Credit Suisse gab am 10. Januar 2013 bekannt, dass sie am 31. Dezember 2012 eine Vereinbarung zum Verkauf ihres ETF-Geschäfts mit verwaltetem Vermögen von CHF 16,1 Mia. an die BlackRock, Inc. unterzeichnet hat. Die Transaktion dürfte bis Ende zweites Quartal 2013 abgeschlossen werden. Vorbehalten bleiben die notwendigen regulatorischen Bewilligungen.

Im Juli 2012 verkaufte die Gruppe ihre verbliebene Beteiligung an Aberdeen Asset Management (Aberdeen), und erzielte damit einen Gesamtgewinn von CHF 384 Mio., der 2012 verbucht wurde.

Fusionen und Übernahmen

Die Gruppe übernahm die verbliebenen Aktienanteile an Credit Suisse Hedging-Griffo Investimentos S.A. (Hedging-Griffo), wie im Rahmen der bestehenden Optionsvereinbarungen vorgesehen. Die Kosten in Verbindung mit dieser Übernahme wurden durch die Ausgabe von Pflichtwandelanleihen, wie am 18. Juli 2012 bekannt gegeben, gedeckt.

Im Juni 2012 hat die Gruppe den Abschluss ihrer Übernahme des Private-Banking-Geschäfts der HSBC in Japan bekannt gegeben, womit eine höhere Marktpräsenz mit zusätzlichen Niederlassungen in Osaka und Nagoya erzielt wird.

Die Credit Suisse AG fusionierte am 2. April 2012 mit der Clariden Leu AG und übernahm ihre sämtlichen Rechte und Pflichten.

Am 30. April 2011 schloss die Gruppe die Übernahme des PFS-Hedgefonds-Administrationsgeschäfts von der ABN

AMRO Bank (ehemals Fortis Bank Nederland) ab. PFS war ein weltweit führender Dienstleister im Bereich Hedgefonds-Administration.

Am 24. März 2011 hielt die Credit Suisse Group AG 100% des Aktienkapitals der Neuen Aargauer Bank AG, nachdem die Löschung der verbleibenden Aktien gemäss Art. 33 des schweizerischen Bundesgesetzes über die Börsen und den Effektenhandel in Kraft getreten war.

Im Jahr 2010 erwarb die Gruppe eine bedeutende Minderheitsbeteiligung an York Capital Management (York), einem globalen Hedgefonds-Manager mit Sitz in New York. Gemäss den Transaktionsbedingungen bezahlte die Gruppe zunächst USD 425 Mio. (CHF 419 Mio.) für diese Beteiligung. Zudem wurden Earn-out-Zahlungen auf Basis der Performance über fünf Jahre sowie Konkurrenzverbote für den Chief Executive Officer (CEO), den Chief Investment Officer und andere Mitglieder der Geschäftsleitung vereinbart.

Joint Ventures

Am 6. November 2012 haben die Credit Suisse AG und Qatar Holding LLC bekannt gegeben, dass sie eine Vereinbarung über die Gründung eines Joint Venture im Bereich Asset Management, Aventicum Capital Management (Aventicum), unterzeichnet haben. Aventicum wird von zwei zentralen Standorten aus betrieben – einem in Doha angesiedelten Bereich mit Schwerpunkt auf Anlagestrategien im Nahen Osten, der Türkei und anderen angrenzenden Märkten sowie einem internationalen Bereich ausserhalb der Region. Der in Doha angesiedelte Bereich wird Anfang 2013 seine Arbeit aufnehmen, der internationale Bereich im weiteren Jahresverlauf.

Kapitalmassnahmen

Im Juli 2012 gab die Gruppe CHF 3,8 Mia. bedingte Pflichtwandelanleihen (Mandatory and Contingent Convertible Secu-

rities, MACCS) aus, die am 29. März 2013 zu einem Wandelpreis von CHF 16.29 pro Aktie zwingend in 233,5 Mio. Aktien gewandelt werden (mit vorzeitiger Umwandlung bei Eintreten bestimmter Eventualitäten und anderen Umständen, sogenannten «Viability Events») mit Ausführung und Lieferung der Aktien Anfang April 2013. Strategische und institutionelle Anleger kauften MACCS für CHF 2,0 Mia., und Aktionäre übten Vorzugsbezugsrechte für MACCS im Umfang von CHF 1,8 Mia. aus. Die MACCS werden bis zur Wandlung – wozu genehmigtes Kapital verwendet wird – als Fremdkapital erfasst.

Im Juli 2012 hat die Gruppe einen Teil der bestehenden, auf US-Dollar lautenden Tier 1 Capital Notes (Hybridkapital), die 2008 ausgegebenen wurden, in Tier 1 Buffer Capital Notes (BCN) mit hohem Trigger umgetauscht, wodurch ein ursprünglich für Oktober 2013 geplanter Umtausch beschleunigt wurde. Der Mindestpreis der BCN im Rahmen des Umtausches (sowie derjenige der verbleibenden BCN, die 2013 geliefert werden sollen) wurde an den Wandelpreis der oben beschriebenen MACCS angepasst. Dieser beschleunigte Umtausch wird keine Auswirkungen auf die verbuchten Bilanzbestände haben, da BCN seit der BCN-Verpflichtungsvereinbarung von Februar 2011 in der Bilanz erfasst werden.

Im Juli 2012 wurde ein freiwilliges Umtauschangebot abgeschlossen, in dessen Rahmen bestimmte Mitarbeitende die Wahl trafen, künftige Zahlungen aus aufgeschobenen Vergütungsansprüchen aus den Adjustable-Performance-Plan-Ansprüchen in Aktien statt in bar zu beziehen, und zwar zum gleichen Aktienpreis, der auch bei der Wandlung der MACCS zur Anwendung kommt.

4 Aufgegebene Geschäftsbereiche

Am 31. Dezember 2008 unterzeichnete die Gruppe eine Vereinbarung zum Verkauf eines Teils ihres traditionellen Anlagegeschäfts im Asset Management an Aberdeen. Die Transaktion wurde per 1. Juli 2009 mit einem letzten Abschluss vollendet. Im Rahmen des Verkaufs des Geschäfts erwarb die Gruppe im ersten Quartal 2010 bestimmte Aktiven im Umfang von CHF 114 Mio. aufgrund von vertraglichen Verpflichtungen und erfasste Verluste von CHF 19 Mio., die im Ergebnis aus im Jahr 2010 aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen wurden. Der Rest der im ersten Quartal 2010 erworbenen Aktiven wurde im ersten Quartal 2011 veräussert oder wurde in diesem Quartal fällig.

Ereignis nach dem Bilanzstichtag

Am 13. März 2013 schlossen gewisse Gruppengesellschaften Vereinbarungen mit Anleiensgläubiger von nahestehenden Gesellschaften der National Century Financial Enterprises, Inc. (NCFE), um sämtliche rechtlichen Klagen der Anleiensgläubiger gegen Credit Suisse zu beenden. Als Folge dieser Einigung, erhöhte die Gruppe die bestehenden Rückstellungen für die NCFE-Rechtsstreitigkeiten um CHF 227 Mio., was zu einer zusätzlichen Nachsteuerbelastung von CHF 134 Mio. auf dem zuvor berichteten Finanzergebnis für 2012 führte.

► Siehe «Anhang Anhang 37 – Rechtsstreitigkeiten» für weitere Informationen zu den NCFE-bezogenen Rechtsstreitigkeiten.

Bedeutende Aktionäre

Mit Offenlegungsmitteilung, welche die Gruppe am 24. Juli 2012 publizierte, wurde der Gruppe mitgeteilt, dass The Olayan Group über ihre eingetragene Gesellschaft Crescent Holding GmbH per 18. Juli 2012 eine Beteiligung von 78,4 Mio. Namenaktien beziehungsweise 6,1% der im Zeitpunkt der gemeldeten Transaktion ausgegebenen Aktien der Gruppe hielt. Zur Beteiligung an den Namenaktien der Gruppe im Jahr 2012 ging von The Olayan Group keine weitere Offenlegungsmitteilung ein.

Mit Offenlegungsmitteilung, welche die Gruppe am 30. April 2011 publizierte, wurde der Gruppe mitgeteilt, dass Qatar Holding LLC per 21. April 2011 eine Beteiligung von 73,2 Mio. Namenaktien beziehungsweise 6,2% der im Zeitpunkt der gemeldeten Transaktion ausgegebenen Aktien der Gruppe hielt. Zur Beteiligung an der Gruppe im Jahr 2012 ging von Qatar Holding LLC keine weitere Offenlegungsmitteilungen ein.

Der Erfolg aus operativer Geschäftstätigkeit des verkauften Geschäftsbereichs wurde im Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen in der konsolidierten Erfolgsrechnung für die betreffenden gezeigten Perioden aufgeführt. Die Aktiven und Verbindlichkeiten des verkauften Geschäftsbereichs wurden in der konsolidierten Bilanz ab dem vierten Quartal 2008 als zur Veräusserung gehaltene Aktiven aufgegebenen Geschäftsbereiche beziehungsweise zur Veräusserung gehaltene Verbindlichkeiten aufgegebenen Geschäftsbereiche ausgewiesen. Aktiven und Verbindlichkeiten werden in jener Periode, in welcher der Verkaufsentscheid getätigt wurde, als zur Veräusserung gehaltene Aktiven und Verbindlichkeiten aus aufgegebenen Geschäftsbereichen umklassiert. Vorperioden werden nicht angepasst.

5 Segmentinformationen

Die Gruppe ist ein weltweit tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen mit Hauptsitz in der Schweiz. Das Bankgeschäft der Gruppe ist in zwei Segmente gegliedert: Private Banking & Wealth Management und Investment Banking. Die Ergebnisse der Gruppe berücksichtigen die Zusammenführung der zuvor getrennt ausgewiesenen Divisionen Private Banking und Asset Management zu einer einzigen, neuen Division Private Banking & Wealth Management sowie den Transfer des Grossteils des Wertschriftenhandels und -verkaufs in der Schweiz von der Division Investment Banking zur Division Private Banking & Wealth Management. Diese Neuorganisation trat am 30. November 2012 in Kraft. Gewisse Umgliederungen wurden vorgenommen, um eine Übereinstimmung der früheren Berichtsperioden mit der diesjährigen Präsentation zu erzielen. Diese zwei Segmente werden ergänzt durch den Bereich Shared Services, der die Segmente in den Bereichen Finance, Operations, Human Resources, Legal and Compliance, Risikomanagement und Informationstechnologie unterstützt.

Die Segmentsberichterstattung reflektiert die Segmente der Gruppe wie folgt:

- Das Private Banking & Wealth Management bietet Privat-, Firmen- und institutionellen Kunden umfassende Beratungsdienstleistungen und eine breite Palette an Finanzlösungen an. Die Division Private Banking & Wealth Management umfasst die Bereiche Wealth Management Clients, Corporate & Institutional Clients sowie Asset Management. Der Bereich Wealth Management Clients betreut ◦ äusserst vermögende Kunden (Ultra-High-Net-Worth Individuals, UHNWI) und ◦ sehr vermögende Kunden (High-Net-Worth Individuals) weltweit sowie Privatkunden in der Schweiz. Der Bereich Corporate & Institutional Clients erfüllt die Bedürfnisse von Firmen- und institutionellen Kunden hauptsächlich in der Schweiz. Das Asset Management stellt staatlichen Körperschaften, Institutionen, Unternehmen und Privatpersonen weltweit eine Vielzahl von Anlageprodukten und -lösungen bereit, die alle Anlageklassen und Anlagestile umfassen.
- Das Investment Banking bietet Unternehmen, institutionellen Investoren und staatlichen Körperschaften auf der ganzen Welt Investment-Banking- und Wertschriftenprodukte und -dienstleistungen an. Zu den Produkten und Dienstleistungen gehören Wertschriftenemissionen, -verkauf und -handel, Beratung zu Fusionen und Übernahmen, Veräusserungen, Unternehmensverkäufe, Umstrukturierungen und Investment Research.

Das Corporate Center umfasst die Geschäftstätigkeiten der Holdinggesellschaft wie Finanzierungen der Gruppe, Aufwendungen im Zusammenhang mit Projekten, die von der Gruppe unterstützt werden, sowie gewisse Aufwendungen, die nicht den jeweiligen Segmenten zugeordnet wurden. Im Corporate Center werden auch Konsolidierungs- und Verrechnungsbuchungen zur Verrechnung von unternehmensinternen Aufwendungen und Erträgen erfasst.

Erfolge und Aufwendungen im Zusammenhang mit Minderheitsanteilen aufgrund der Konsolidierung von gewissen Private Equity Funds und anderen Gesellschaften, in denen die Gruppe keine bedeutende wirtschaftliche Beteiligung an solchem Aufwand und Ertrag hat, werden als Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung ausgewiesen. Die Konsolidierung dieser Gesellschaften hat keine Auswirkungen auf den den Aktionären zurechenbaren Reingewinn, da die unter Nettoertrag und Geschäftsaufwand verbuchten Beträge durch entsprechende als Minderheitsanteile ausgewiesene Beträge neutralisiert werden. Zudem hat dieser Ertrag und Aufwand keinen Einfluss auf den Steueraufwand der Gruppe.

Allokation segmentsübergreifender Erträge und Aufwendungen

Die Verantwortung für jedes Produkt wird einem Segment zugewiesen, das alle entsprechenden Kosten und Erträge verbucht. Bei segmentsübergreifenden Erträgen und Dienstleistungen regeln Ertragaufteilungsvereinbarungen die Zuteilung der Erträge oder der Dienstleistungen an die beteiligten Segmente. Diese Vereinbarungen werden von den einzelnen Segmenten für jedes Produkt periodisch ausgehandelt.

Mit solchen Ertragaufteilungs- und Kostenzuteilungsverträgen wird eine Preisstruktur wie bei Transaktionen mit unabhängigen Drittparteien angestrebt.

Unternehmensinterne Dienstleistungen und Geschäftsunterstützung bezüglich Finance, Operations, Human Resources, Legal and Compliance, Risikomanagement und Informationstechnologie, erfolgen durch den Bereich Shared Services. Die Kosten dieses Bereichs werden den Segmenten und dem Corporate Center entsprechend ihrem Bedarf und sonstigen relevanten Massgaben belastet.

Refinanzierung

Die Gruppe bewirtschaftet ihr Kapital zentral. Neue Wertschriften für die Refinanzierung und Kapitalaufnahme werden in erster Linie durch Credit Suisse AG (die Bank), die schweizerische Bank-Tochtergesellschaft der Gruppe, emittiert. Die Bank leiht ihren Konzern- und Tochtergesellschaften den Bedürfnissen

entsprechend vorrangig oder nachrangig Gelder aus. Letzteres in der Regel, um die Eigenkapitalanforderungen einzuhalten oder, je nach Wunsch der Geschäftsleitung, um Geschäftsmöglichkeiten zu nutzen. Den Segmenten wird auf der Grundlage von Faktoren wie vorgeschriebene Eigenkapitalanforderungen, verwendetes Economic Capital und vergangene und künftig zu erwartende Kapitalrendite Kapital zur Verfügung gestellt.

Der interne Refinanzierungsaufwand wird jedem Segment in Abhängigkeit des von ihm genutzten Kapitals zugeordnet und basiert auf marktgerechten Preisen. Unser Transferpreissystem ist so konzipiert, dass die Refinanzierungskosten den einzelnen Geschäftsbereichen so zugewiesen werden, dass Anreize für eine effiziente Nutzung der Fremdmittel geschaffen werden. Dieses System ist ein wichtiges Instrument zur Zuwei-

sung der kurz- und langfristigen Kosten zur Refinanzierung der Bilanzen der einzelnen Geschäftsbereiche. Auch die Kosten im Zusammenhang mit der Refinanzierung von Liquidität und Bilanzpositionen wie Goodwill, die nicht von den einzelnen Geschäftsbereichen gesteuert werden können, werden auf die Geschäftsbereiche verteilt. Dieses Instrument ist gerade in Zeiten von angespannten Kapitalmärkten, in denen die Beschaffung von Mitteln eine grössere Herausforderung und mit höheren Kosten verbunden ist, besonders wichtig. Soweit unsere Geschäftsbereiche langfristige stabile Mittel anbieten können, werden sie mit diesem System entsprechend entlastet.

Steuern

Die Segmente der Gruppe werden auf vorsteuerlicher Basis verwaltet.

Nettoertrag und Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern

	2012	2011	2010
Nettoertrag (in Mio. CHF)			
Private Banking & Wealth Management	13 541	13 447	14 580
Investment Banking	12 558	10 460	15 873
Corporate Center	(2 493)	1 522	172
Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung	360	796	761
Nettoertrag	23 966	26 225	31 386
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern (in Mio. CHF)			
Private Banking & Wealth Management	3 775	2 961	4 142
Investment Banking	2 002	(593)	3 594
Corporate Center	(3 898)	381	(936)
Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung	302	712	687
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	2 181	3 461	7 487

Total Aktiven

Ende	2012	2011
Total Aktiven (in Mio. CHF)		
Private Banking & Wealth Management	407 329	392 201
Investment Banking	658 622	790 167
Corporate Center ¹	(145 777)	(137 952)
Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung	4 106	4 749
Total Aktiven	924 280	1 049 165

¹ Mit dem zentralen Treasury-Modell ergibt die Gruppenfinanzierung zwischen den Segmenten Intra-Gruppen-Salden. Die Elimination dieser Guthaben und Verbindlichkeiten erfolgt im Corporate Center.

Nettoertrag und Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern nach Regionen

	2012	2011	2010
Nettoertrag (in Mio. CHF)			
Schweiz	8 818	8 584	9 185
Europa, Naher Osten und Afrika	3 297	6 490	7 411
Nord- und Südamerika	10 015	9 417	12 844
Asien-Pazifik	1 836	1 734	1 946
Nettoertrag	23 966	26 225	31 386
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern (in Mio. CHF)			
Schweiz	1 680	455	1 734
Europa, Naher Osten und Afrika	(1 635)	1 313	1 519
Nord- und Südamerika	2 960	2 613	5 036
Asien-Pazifik	(824)	(920)	(802)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	2 181	3 461	7 487

Die Zuweisung des Nettoertrags und des Ergebnisses fortzuführender Geschäftsbereiche vor Steuern basiert auf dem Standort der Geschäftsstelle, welche die Transaktionen verbucht. Diese Darstellung widerspiegelt nicht die Führungsorganisation der Gruppe.

Total Aktiven nach Regionen

Ende	2012	2011
Total Aktiven (in Mio. CHF)		
Schweiz	199 595	214 552
Europa, Naher Osten und Afrika	222 483	277 783
Nord- und Südamerika	421 418	469 294
Asien-Pazifik	80 784	87 536
Total Aktiven	924 280	1 049 165

Die Zuweisung des Totals Aktiven nach Regionen basiert auf dem Kundendomizil.

6 Zinserfolg

	2012	2011	2010
Zinserfolg (in Mio. CHF)			
Ausleihungen	4 876	4 889	5 268
Anlagen in Wertschriften	64	97	95
Handelsbestände	11 945	11 695	14 056
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	2 940	3 265	2 666
Sonstige	2 280	3 056	3 448
Zins- und Dividendenertrag	22 105	23 002	25 533
Einlagen	(1 353)	(1 694)	(1 601)
Kurzfristige Geldaufnahmen	(184)	(69)	(63)
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	(6 833)	(7 125)	(9 011)
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(1 677)	(1 621)	(1 637)
Langfristige Verbindlichkeiten	(4 632)	(5 659)	(6 333)
Sonstige	(276)	(401)	(347)
Zinsaufwand	(14 955)	(16 569)	(18 992)
Zinserfolg	7 150	6 433	6 541

7 Kommissions- und Dienstleistungsertrag

	2012	2011	2010
Kommissions- und Dienstleistungsertrag (in Mio. CHF)			
Kreditgeschäft	1 513	1 296	1 455
Vermögensverwaltung und Portfoliomanagement	4 039	4 070	4 316
Sonstige Wertschriftengeschäfte	99	90	75
Vermögensverwaltung, Portfoliomanagement und sonstige Wertschriftengeschäfte	4 138	4 160	4 391
Emissionsgeschäft	1 561	1 479	2 125
Kundenhandel	3 695	4 066	3 953
Emissionsgeschäft und Kundenhandel	5 256	5 545	6 078
Sonstige Dienstleistungen	2 166	1 951	2 154
Kommissions- und Dienstleistungsertrag	13 073	12 952	14 078

8 Handelserfolg

	2012	2011	2010
Handelserfolg (in Mio. CHF)			
Zinsprodukte	2 707	6 794	5 866
Fremdwährungsprodukte	559	(4 433)	2 258
Beteiligungs-/Indexprodukte	139	1 644	2 211
Kreditprodukte	(3 306)	522	(1 644)
Rohstoffe, Emissions- und Energieprodukte	198	361	323
Sonstige Produkte	898	132	324
Handelserfolg	1 195	5 020	9 338

Stellt den Ertrag auf Produktbasis dar, was nicht repräsentativ für das Geschäftsergebnis innerhalb der Segmente ist, da die Segmentergebnisse Finanzinstrumente verschiedener Produkttypen enthalten.

Der Handelserfolg beinhaltet Erträge aus dem Handel mit folgenden finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten:

- Aktien;
- Rohstoffe;
- börsengehandelte und OTC-Derivate;
- Derivate im Zusammenhang mit Hedgefonds-Dachfonds sowie Derivate, die diesen Dachfonds Finanzierungsfazilitäten bieten;
- Market-Making in Staatsanleihen und zugehörigen OTC-Derivat-Swap-Märkten;
- inländische Schuldtitel von Unternehmen und Staaten, wandelbare und Vorzugsaktien sowie Wertschriften mit kurzer Laufzeit wie variabel verzinsliche Schuldtitel und Commercial Paper (CP);
- Market-Making und Positionierung in Fremdwährungsprodukten;
- Kreditderivate auf Investment-Grade- und hochverzinsliche Ausleihungen;
- Handel und Verbriefung von Wertschriften aller Art auf Basis von Portfolios verschiedener Vermögenswerte sowie
- erworbene Lebensversicherungspolicen (Life Settlement Contracts).

Der Handelserfolg umfasst auch Schwankungen der Fair Values von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, für die gemäss US GAAP die Bewertung zum Fair Value gewählt wurde. Zu den wichtigsten Bestandteilen zählen bestimmte Instrumente aus folgenden Kategorien:

- erworbene/verkaufte Zentralbankmittel;
- erworbene/verkaufte Wertschriften im Rahmen von Reverse Repo-/Repo-Geschäften;
- Wertschriftenleihen (Securities Lending and Borrowing);
- Ausleihungen und Zusagen von Ausleihungen sowie
- Kundeneinlagen, kurzfristige Mittelaufnahmen und langfristige Schuldtitel.

Steuerung der Risiken

Die breite Produkt- und Marktdiversifikation der Gruppe bedingt eine breite Palette verschiedener Handelsstrategien. Die Risikopositionen sind sowohl geografisch als auch nach Risikofaktoren diversifiziert. Die Gruppe verwendet ein Limitensystem auf der Basis des Economic Capital, um ihre Gesamtrisiken zu mindern. Die von den einzelnen Divisionen eingegangenen Risiken werden durch verschiedene spezifische Limiten zusätzlich begrenzt. Hierzu zählen auch konsolidierte Kontrollen der Risiken aus Handelsbeständen. Zur Steuerung ihres Gesamtrisikos nutzt die Gruppe zudem ein Portfolio von wirtschaftlichen Absicherungsgeschäften (Economic Hedges). Diese Absicherungen werden ähnlich wie andere gehandelte Wertschriften durch die Marktentwicklungen beeinflusst. Sie können zu Gewinnen oder Verlusten auf den Absicherungen führen, welche die Verluste oder Gewinne aus den auf diesem Weg wirtschaftlich abgesicherten Beständen ausgleichen. Die Gruppe steuert ihr Risiko aus Handelsgeschäften sowohl im Hinblick auf Markt- als auch auf Kreditrisiken. Die Steuerung des Marktrisikos umfasst Kalkulationsmethoden, die gruppenweit vergleichbare Risiken erfassen, sowie spezialisierte Kalkulationen, die in der Lage sind, produkt- oder portfoliobezogene Eigenschaften zu modellieren.

Grundsätzlich werden Handelsbestände sowie die meisten Instrumente, für welche die Fair-Value-Option gewählt wurde, mit dem Value-at-Risk-Ansatz gemessen. Die Gruppe hält Wertschriften als Sicherheiten und schliesst Credit Default Swaps (CDS) ab, um das mit diesen Produkten verbundene Kreditrisiko zu mindern.

9 Sonstiger Ertrag

	2012	2011	2010
Sonstiger Ertrag (in Mio. CHF)			
Minderheitsanteile ohne bedeutende wirtschaftliche Beteiligung	336	701	737
Zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	(37)	(4)	(84)
Zur Veräusserung gehaltene Sachanlagen und immaterielle Werte	458	(40)	(176)
Beteiligungen bewertet nach der Equity-Methode	150	141	209
Sonstige Anlagen	749	457	170
Sonstige	892	565	573
Sonstiger Ertrag	2 548	1 820	1 429

10 Rückstellung für Kreditrisiken

	2012	2011	2010
Rückstellung für Kreditrisiken (in Mio. CHF)			
Rückstellung für Kreditverluste	159	141	(93)
Rückstellung für kreditbezogene und sonstige Risiken	11	46	14
Rückstellung für Kreditrisiken	170	187	(79)

11 Personalaufwand

	2012	2011	2010
Personalaufwand (in Mio. CHF)			
Saläre und variable Vergütung	10 924	11 474	12 481
Sozialversicherung	769	865	928
Sonstige ¹	837	874	1 190
Personalaufwand²	12 530	13 213	14 599

¹ Enthält für die Jahre 2012, 2011 und 2010 einen Aufwand für Vorsorgepläne und sonstige Leistungen für Mitarbeitende im Ruhestand von CHF 532 Mio., CHF 610 Mio. beziehungsweise CHF 483 Mio. und die britische Bonussteuer von CHF 404 Mio. für 2010. ² Enthält für die Jahre 2012 und 2011 Aufwand für Abfindungen und sonstige Vergütung von CHF 456 Mio. beziehungsweise CHF 715 Mio. im Zusammenhang mit der Reduktion des Personalbestandes.

Plus Bond

Als Teil der jährlichen Vergütung für 2012 hat die Gruppe einen Teil der variablen Vergütung für Managing Directors und Directors im Investment Banking für Dienstleistungen im Jahr 2012 in Form von Plus Bond Awards zugeteilt.

Plus Bond Awards sind eine Bargeldvergütung im Zusammenhang mit einem Portfolio von Asset-backed Securities, das im Investment Banking gebildet wurde und dort verwaltet wird. Diese Vergütung ist mit halbjährlichen Zahlungen an die Empfänger verbunden und wird 2016 nach Ermessen der Gruppe in bar oder Aktien übertragen, basierend auf dem anfänglichen Wert der Vergütung und abzüglich von Portfolioverlusten, wobei

der erste Verlust von der Gruppe getragen wird. Mit den Plus Bond Awards wird das Risiko der Gruppe auf diese Mitarbeitende übertragen.

Per 31. Dezember 2012, dem Zuteilungsdatum, hatten die an Managing Directors und Directors im Investment Banking zugeteilten Plus Bond Awards einen Fair Value von CHF 187 Mio. und wurden vollständig erworben und erfasst. Der Vergütungsaufwand wird in jedem Berichtszeitraum aktualisiert, um Änderungen des zugrunde liegenden Fair Value der Plus Bond Awards bis zu deren Begleichung Rechnung zu tragen.

► Siehe «Anhang 27 – Aufgeschobene Mitarbeitervergütung» für weitere Informationen zu den Plus Bond Awards.

12 Sachaufwand

	2012	2011	2010
Sachaufwand (in Mio. CHF)			
Mietaufwand und Unterhalt	1 230	1 132	1 191
EDV, Maschinen usw.	1 472	1 452	1 348
Rückstellungen und Verluste	694	704	533
Reisen und Repräsentation	396	443	473
Professionelle Dienstleistungen	1 932	2 074	2 176
Amortisation und Wertberichtigung sonstiger immaterieller Werte	36	30	35
Sonstige	1 550	1 537	1 475
Sachaufwand	7 310	7 372	7 231

13 Ergebnis pro Aktie

	2012	2011	2010
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn (in Mio. CHF)			
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 349	1 953	5 117
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern	0	0	(19)
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn	1 349	1 953	5 098
Dividenden aus Vorzugspapieren	(231)	(216)	(162)
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn zur Berechnung des unverwässerten Ergebnisses pro Aktie	1 118	1 737	4 936
Zur Verfügung der Stammaktien	1 044	1 640	4 670
Zur Verfügung der noch nicht erworbenen aktienbasierten Ansprüche	66	97	266
Zur Verfügung der Pflichtwandelanleihen ¹	8	–	–
Verwässerter den Aktionären zurechenbarer Reingewinn (in Mio. CHF)			
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn zur Berechnung des unverwässerten Ergebnisses pro Aktie	1 118	1 737	4 936
Einfluss auf das Ergebnis durch den angenommenen Umtausch von Kontrakten, die in Aktien oder bar abgewickelt werden können ²	0	–	–
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn zur Berechnung des verwässerten Ergebnisses pro Aktie	1 118	1 737	4 936
Zur Verfügung der Stammaktien	1 044	1 640	4 671
Zur Verfügung der noch nicht erworbenen aktienbasierten Ansprüche	66	97	265
Zur Verfügung der Pflichtwandelanleihen ¹	8	–	–
Gewichteter Durchschnitt ausstehender Aktien (in Mio.)			
Gewichteter Durchschnitt ausstehender Aktien für unverwässertes Ergebnis pro Stammaktien	1 279.6	1 198.5	1 194.8
Verwässernde Kontrakte, die in Aktien oder bar abgewickelt werden können ³	0.0	–	–
Verwässernde Aktienoptionen und Optionsscheine	4.9	2.9	5.9
Verwässernde Aktienansprüche	1.8	5.3	0.4
Gewichteter Durchschnitt ausstehender Aktien für verwässertes Ergebnis pro Stammaktien ⁴	1 286.3	1 206.7	1 201.1
Gewichteter Durchschnitt ausstehender Aktien für unverwässertes/verwässertes Ergebnis pro Aktie für nichterworbene Ansprüche aus aktienbasierter Vergütung	97.3	72.6	67.4
Gewichteter Durchschnitt ausstehender Aktien für unverwässertes/verwässertes Ergebnis pro Aktie für Pflichtwandelanleihen ¹	97.1	–	–
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie zur Verfügung der Stammaktien (in CHF)			
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	0.82	1.37	3.93
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0.00	0.00	(0.02)
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie zur Verfügung der Stammaktien	0.82	1.37	3.91
Verwässertes Ergebnis pro Aktie zur Verfügung der Stammaktien (in CHF)			
Verwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	0.81	1.36	3.91
Verwässertes Ergebnis pro Aktie aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0.00	0.00	(0.02)
Verwässertes Ergebnis pro Aktie zur Verfügung der Stammaktien	0.81	1.36	3.89

¹ Zeigt die im Juli 2012 ausgegebenen MACCS, die per 29. März 2013 zwingend in Aktien gewandelt werden, mit Ausführung und Lieferung der Aktien Anfang April 2013. ² Zeigt Veränderungen des Fair Value der PAF2-Anteile, die im Nettogewinn der Gruppe berücksichtigt werden, bis die Ansprüche endgültig abgewickelt werden. Der Fair Value der PAF2-Anteile, welcher im Nettogewinn der Gruppe berücksichtigt ist, wird für 2012 nicht angepasst, da dieser Effekt nicht verwässernd wäre. ³ Zeigt den gewichteten durchschnittlichen Bestand der ausstehenden PAF2-Anteile. Der gewichtete durchschnittliche Bestand der PAF2-Anteile 2012 wurde von der Berechnung des verwässerten Ergebnisses pro Aktie ausgenommen, da der Effekt nicht verwässernd wäre. ⁴ Der gewichtete Durchschnitt potenzieller Stammaktien in Bezug auf Instrumente, die für die jeweiligen Perioden nicht verwässernd wirken (und deshalb in der oben gezeigten Berechnung des verwässerten Ergebnisses pro Aktie nicht berücksichtigt sind), aber in Zukunft das Ergebnis pro Aktie verwässern könnten, betrug für die Jahre 2012, 2011 und 2010 50,3 Mio., 37,3 Mio. beziehungsweise 50,2 Mio.

14 Wertschriftenleihen und Repo-Geschäfte

Ende	2012	2011
Wertschriftenleihen und Reverse-Repo-Geschäfte (in Mio. CHF)		
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und Reverse-Repo-Geschäften	121 242	172 184
Bezahlte Barhinterlagen für geborgte Wertschriften	62 213	64 779
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	183 455	236 963
Wertschriftenleihen und Repo-Geschäfte (in Mio. CHF)		
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und Repo-Geschäften	120 164	161 220
Erhaltene Barhinterlagen für ausgeliehene Wertschriften	12 557	15 339
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	132 721	176 559

Repo- und Reverse-Repo-Geschäfte stellen besicherte Finanztransaktionen dar, die eingegangen werden, um Zinsertrag zu generieren, die Liquidität zu erhöhen oder Handelsaktivitäten zu ermöglichen. Diese Instrumente werden vorwiegend durch Staatsanleihen, Geldmarktpapiere und Unternehmensanleihen besichert, mit einer Laufzeit über Nacht bis zu einem längeren oder nicht näher spezifizierten Zeitraum.

Im Falle einer Zahlungsunfähigkeit der Gegenpartei ist die Gruppe vertraglich berechtigt, die gehaltenen Sicherheiten zu veräussern. Grundsätzlich verkaufte oder verpfändete die Gruppe per 31. Dezember 2012 und 2011 alle als Sicherheiten erhaltenen Wertschriften, bei welchen sie das Recht zum Verkauf beziehungsweise zur Weiterverpfändung hat.

15 Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen

Ende	2012	2011
Handelsbestände (in Mio. CHF)		
Schuldtitel	135 871	145 035
Beteiligungstitel ¹	74 895	66 904
Derivative Instrumente ²	33 208	52 548
Sonstige	12 425	15 066
Handelsbestände	256 399	279 553
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen (in Mio. CHF)		
Leerverkäufe	51 303	67 639
Derivative Instrumente ²	39 513	60 121
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	90 816	127 760

¹ Einschliesslich Wandelanleihen. ² Beträge nach Verrechnung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Barsicherheiten.

Barsicherheiten für derivative Instrumente

Ende	2012	2011
Barsicherheiten – verrechnet (in Mio. CHF) ¹		
Bezahlte Barsicherheiten	36 662	37 639
Erhaltene Barsicherheiten	33 373	36 474
Barsicherheiten – nicht verrechnet (in Mio. CHF) ²		
Bezahlte Barsicherheiten	10 904	15 809
Erhaltene Barsicherheiten	12 224	11 934

¹ Als Verrechnung von Barsicherheiten für derivative Instrumente in Anhang 30 – Derivat- und Absicherungsgeschäfte ausgewiesen. ² Als Barsicherheiten für derivative Instrumente in Anhang 22 – Sonstige Aktiven und sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

16 Anlagen in Wertschriften

Ende	2012	2011
Anlagen in Wertschriften (in Mio. CHF)		
Schuldtitle – gehalten bis zur Fälligkeit	0	2
Wertschriften – zur Veräußerung verfügbar	3 498	5 158
Total Anlagen in Wertschriften	3 498	5 160

Art der Anlagen in Wertschriften

Ende	Fortgeschriebene Anschaffungskosten	Unrealisierte Gewinne, brutto	Unrealisierte Verluste, brutto	Fair Value
2012 (in Mio. CHF)				
Schuldtitle, ausgegeben von Bund, Kantonen oder Gemeinden	452	31	0	483
Schuldtitle, ausgegeben von ausländischen Staaten	1 523	82	0	1 605
Schuldtitle von Unternehmen	823	22	0	845
Forderungsbesicherte Wertschriften (CDO)	448	22	0	470
Schuldtitle – zur Veräußerung verfügbar	3 246	157	0	3 403
Banken, Stiftungen und Versicherungsgesellschaften	73	14	0	87
Industrie und Sonstige	8	0	0	8
Beteiligungstitel – zur Veräußerung verfügbar	81	14	0	95
Wertschriften – zur Veräußerung verfügbar	3 327	171	0	3 498
2011 (in Mio. CHF)				
Schuldtitle, ausgegeben von ausländischen Staaten	2	0	0	2
Schuldtitle – gehalten bis zur Fälligkeit	2	0	0	2
Schuldtitle, ausgegeben von Bund, Kantonen oder Gemeinden	321	27	0	348
Schuldtitle, ausgegeben von ausländischen Staaten	3 211	121	12	3 320
Schuldtitle von Unternehmen	778	18	5	791
Forderungsbesicherte Wertschriften (CDO)	587	20	0	607
Schuldtitle – zur Veräußerung verfügbar	4 897	186	17	5 066
Banken, Stiftungen und Versicherungsgesellschaften	67	9	0	76
Industrie und Sonstige	15	1	0	16
Beteiligungstitel – zur Veräußerung verfügbar	82	10	0	92
Wertschriften – zur Veräußerung verfügbar	4 979	196	17	5 158

Unrealisierter Bruttoverlust auf Anlagen in Wertschriften und zugehöriger Fair Value

Ende	Weniger als 12 Monate		12 Monate oder länger		Total	
	Fair Value	Unrealisierte Verluste, brutto	Fair Value	Unrealisierte Verluste, brutto	Fair Value	Unrealisierte Verluste, brutto
2011 (in Mio. CHF)						
Schuldtitle, ausgegeben von ausländischen Staaten	100	2	40	10	140	12
Schuldtitle von Unternehmen	81	2	17	3	98	5
Schuldtitle – zur Veräusserung verfügbar	181	4	57	13	238	17

Das Management geht davon aus, dass die unrealisierten Verluste auf Schuldtiteln vorwiegend auf Schwankungen der allgemeinen Marktzinsen, der Kreditrisikoprämien oder der Wechselkurse zurückzuführen sind. 2012 wurden keine unrealisierten Verluste auf Anlagen in Wertschriften verzeichnet. Es wurden keine bedeutenden Wertberichtigungen verbucht, da

die Gruppe nicht die Absicht hat, die Anlagen zu verkaufen, und keine Anzeichen dafür bestehen, dass sie genötigt sein wird, die Anlagen vor Wiederaufholung der fortgeschriebenen Anschaffungskosten zu verkaufen, was möglicherweise bis zum Verfall der Anlagen dauern kann.

Erlös aus Verkäufen, realisierte Gewinne und realisierte Verluste aus zur Veräusserung verfügbaren Wertschriften

Ende	Schuldtitle			Beteiligungstitel		
	2012	2011	2010	2012	2011	2010
Zusätzliche Informationen (in Mio. CHF)						
Verkaufserlös	294	2 117	985	642	1	3
Realisierte Gewinne	14	40	5	294	0	0
Realisierte Verluste	(2)	(22)	(11)	0	0	0

Fortgeschriebene Anschaffungskosten, Fair Value und durchschnittliche Rendite der Schuldtitel

Ende	Schuldtitle – zur Veräusserung verfügbar		
	Fortgeschriebene Anschaffungskosten	Fair Value	Durchschnittliche Rendite (in %)
2012 (in Mio. CHF)			
Fällig innerhalb eines Jahres	1 109	1 121	2.54
Fällig in 1 bis 5 Jahren	1 452	1 544	2.98
Fällig in 5 bis 10 Jahren	501	538	1.62
Fällig nach 10 Jahren	184	200	2.26
Total Schuldtitle	3 246	3 403	2.58

17 Sonstige Anlagen

Ende	2012	2011
Sonstige Anlagen (in Mio. CHF)		
Beteiligungen bewertet nach der Equity-Methode	2 167	2 542
Nicht marktgängige Beteiligungstitel ¹	7 296	7 879
Anlagen in Immobilien	687	783
Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen ²	1 872	2 022
Total sonstige Anlagen	12 022	13 226

¹ Enthält Anlagen in Private Equity, Hedgefonds und Aktien mit Verfügungsbeschränkung, wie auch bestimmte Anlagen in nicht marktgängige kollektive Kapitalanlagen, auf welche die Gruppe weder einen bedeutenden Einfluss hat noch eine beherrschende Kontrolle ausübt. ² Enthält erworbene Lebensversicherungspolicen, bewertet nach der Investitionsmethode, und SPIA-Verträge.

Nicht marktgängige Beteiligungstitel bei Tochtergesellschaften, die als Investmentgesellschaften betrachtet werden, werden demzufolge von eigenständigen Rechtseinheiten gehalten, die im Geltungsbereich von ASC Topic 946, «Financial Services – Investment Companies», sind. Weiter werden nicht marktgängige Beteiligungstitel bei Tochtergesellschaften, die als Broker-Dealer-Rechtseinheiten betrachtet werden, von separaten Rechtseinheiten gehalten, die im Geltungsbereich von ASC Topic 940, «Financial Services – Broker and Dealers», sind. In den nicht marktgängigen Beteiligungstiteln sind Anlagen in Rechtseinheiten enthalten, die regelmässig den Nettoinventarwert pro Aktie oder einen entsprechenden Wert berechnen.

- ▶ Siehe «Anhang 33 – Finanzinstrumente» für weitere Informationen zu solchen Anlagen.

Der überwiegende Teil der nicht marktgängigen Beteiligungstitel wird zum Fair Value bilanziert. Es gab keine wesentlichen nicht marktgängigen Beteiligungstitel, welche nicht zum Fair Value bilanziert wurden, die sich in einer dauernden Verlustposition befanden.

Die Gruppe führt regelmässig Analysen zur Werthaltigkeit ihres Immobilienportfolios durch. Der Buchwert der wertverminderten Liegenschaften wurde auf den entsprechenden Fair Value abgeschrieben, welcher als neue Kostenbasis diente. Für diese Liegenschaften wurde der Fair Value anhand einer Analyse der diskontierten Cashflows oder anhand von externen Liegenschaftenschätzungen ermittelt. In den Jahren 2012 und 2011 wurden Wertberichtigungen in Höhe von CHF 13 Mio. beziehungsweise CHF 3 Mio. verbucht, während im Jahr 2010 keine Wertberichtigungen verbucht wurden.

Die kumulierte Abschreibung auf Anlagen in Immobilien betrug in den Jahren 2012, 2011 und 2010 CHF 330 Mio., CHF 327 Mio. beziehungsweise CHF 321 Mio.

18 Ausleihungen, Wertberichtigung für Kreditverluste und Kreditqualität

Ausleihungen werden in zwei Portfoliosegmente unterteilt, «Privatkunden» sowie «Unternehmen & Institutionelle». Privatkundenkredite werden weiter in die Klassen Hypothekarkredite, Lombardkredite beziehungsweise Privatkredite unterteilt. Die Ausleihungen an Unternehmen & Institutionelle werden weiter in die Klasse Immobilien, Ausleihungen an Gewerbe und Industrie, Finanzinstitute sowie Regierungen und öffentliche Institutionen unterteilt.

Die Unterscheidung der Klassen erfolgt in erster Linie anhand der Kundensegmentierung in den beiden Geschäftsdteilungen Private Banking & Wealth Management und Investment Banking, die sich beide mit dem Kreditgeschäft befassen.

Die Gruppe weist jeder Kreditposition sowohl ein Gegenpartei- als auch ein Transaktionsrating zu. Das Gegenpartei-rating berücksichtigt die Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default) einer Gegenpartei. Das Transaktionsrating berücksichtigt den erwarteten Verlust einer Transaktion im Falle eines Ausfalls der Gegenpartei unter Einbezug der erhaltenen Sicherheiten. Das Kreditrisiko wird individuell pro Schuldner beziehungsweise Kreditposition sowie auf Portfolioebene gemäss den einzelnen Klassen von Ausleihungen beurteilt und überwacht. Das Gegenparteiisiko wird mittels Kreditlimiten gesteuert.

Ausleihungen

Ende	2012	2011
Ausleihungen (in Mio. CHF)		
Hypothekarkredite	91 872	88 255
Lombardkredite	27 363	26 461
Privatkredite	6 901	6 695
Privatkunden	126 136	121 411
Immobilien	26 725	25 185
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	62 709	59 998
Finanzinstitute	24 905	25 373
Regierungen und öffentliche Institutionen	2 729	2 390
Unternehmen & Institutionelle	117 068	112 946
Ausleihungen, brutto	243 204	234 357
davon zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten bilanziert	223 204	213 663
davon zum Fair Value bilanziert	20 000	20 694
(Unrealisierter Ertrag)/Abgegrenzter Aufwand, netto	(59)	(34)
Wertberichtigung für Kreditverluste	(922)	(910)
Ausleihungen, netto	242 223	233 413
Ausleihungen nach Ort, brutto (in Mio. CHF)		
Schweiz	151 226	146 737
Ausland	91 978	87 620
Ausleihungen, brutto	243 204	234 357
Portfolio gefährdeter Ausleihungen (in Mio. CHF)		
Notleidende Ausleihungen	859	758
Zinslos gestellte Ausleihungen	313	262
Total notleidende und zinslos gestellte Ausleihungen	1 172	1 020
Restrukturierte Ausleihungen	30	18
Potenzielle Problemausleihungen	527	680
Total sonstige gefährdete Ausleihungen	557	698
Gefährdete Ausleihungen, brutto	1 729	1 718

Wertberichtigung für Kreditverluste

	2012			2011			2010
	Privat- kunden	Unter- nehmen & Institutionelle	Total	Privat- kunden	Unter- nehmen & Institutionelle	Total	Total
Wertberichtigung für Kreditverluste (in Mio. CHF)							
Bestand zu Beginn der Periode	289	621	910	279	738	1 017	1 395
Änderung des Konsolidierungskreises	(18)	0	(18)	0	0	0	0
In der Erfolgsrechnung erfasste Nettoveränderungen	95	64	159	87	54	141	(93)
Bruttoabschreibungen	(105)	(96)	(201)	(124)	(175)	(299)	(294)
Wiedereingänge	22	22	44	39	2	41	63
Nettoabschreibungen	(83)	(74)	(157)	(85)	(173)	(258)	(231)
Rückstellungen für Zinsen	8	21	29	2	12	14	2
Fremdwährungsumrechnungseinfluss und sonstige Anpassungen, netto	(3)	2	(1)	6	(10)	(4)	(56)
Bestand am Ende der Periode	288	634	922	289	621	910	1 017

Wertberichtigung für Kreditverluste und Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto, nach Kreditportfolio

	2012			2011			2010		
	Privat- kunden	Unter- nehmen & Institutionelle	Total	Privat- kunden	Unter- nehmen & Institutionelle	Total	Privat- kunden	Unter- nehmen & Institutionelle	Total
Ende									
Wertberichtigung für Kreditverluste (in Mio. CHF)									
Bestand am Ende der Periode	288	634	922	289	621	910	279	738	1 017
davon Wertberichtigungsbedarf auf Einzelbasis ermittelt	239	457	696	222	428	650	210	539	749
davon Wertberichtigungsbedarf auf Portfoliobasis ermittelt	49	177	226	67	193	260	69	199	268
Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto (in Mio. CHF)									
Bestand am Ende der Periode	126 124	97 080	223 204	121 401	92 262	213 663	114 879	86 460	201 339
davon Wertberichtigungsbedarf auf Einzelbasis ermittelt ¹	661	1 068	1 729	665	1 053	1 718	680	1 183	1 863
davon Wertberichtigungsbedarf auf Portfoliobasis ermittelt	125 463	96 012	221 475	120 736	91 209	211 945	114 199	85 277	199 476

¹ Entspricht den gefährdeten Ausleihungen, brutto, mit und ohne Einzelwertberichtigung.

Käufe, Umklassierungen und Verkäufe

	2012			2011		
	Privat- kunden	Unter- nehmen & Institutio- nelle	Total	Privat- kunden	Unter- nehmen & Institutio- nelle	Total
Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten (in Mio. CHF)						
Käufe	348	4 605	4 953	0	4 121	4 121
Umklassierungen aus zur Veräußerung gehaltene Ausleihungen	0	216	216	0	0	0
Umklassierungen in zur Veräußerung gehaltene Ausleihungen ¹	0	1 323	1 323	0	1 363	1 363
Verkäufe ¹	0	1 058	1 058	0	1 117	1 117

¹ Alle zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten gehaltenen Ausleihungen, die verkauft werden, werden am oder vor dem Datum des Verkaufs in die zur Veräußerung gehaltenen Ausleihungen umklassiert.

Kreditqualität von zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten bilanzierten Ausleihungen

Die Geschäftsleitung überwacht die Kreditqualität von Ausleihungen mit Hilfe ihrer strukturierten Kreditrisikomanagementprozesse zur einheitlichen Beurteilung, Quantifizierung, Bewertung, Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken. Dieser Prozess erfordert eine sorgfältige Prüfung von Kreditvergaben, das Setzen von spezifischen Limiten, die dauernde Überwachung der gewährten Ausleihungen, die aktive Nutzung von Kreditsicherungsinstrumenten und ein diszipliniertes Vorgehen beim Ermitteln und Erfassen von Wertberichtigungen.

Die Geschäftsleitung bezieht zahlreiche Faktoren in die Beurteilung der Kreditqualität der Ausleihungen ein. Dazu zählen unter anderem die Volatilität der Ausfallwahrscheinlichkeiten, Änderungen der Ratings, der Umfang potenzieller Verluste, interne Risikoratings sowie geografische, branchenbezogene und andere wirtschaftliche Faktoren. Zur Offenlegung der Kreditqualität verwendet die Gruppe interne Risikoratings als Kreditqualitätsindikatoren.

Die Gruppe verwendet eine Reihe von Kreditratings, um ihre Gegenparteien intern zu bewerten. Kreditratings sollen das Risiko eines Ausfalls der einzelnen Kreditnehmer oder Gegenparteien widerspiegeln. Die Ratings werden anhand intern entwickelter Ratingmodelle und -prozesse zugewiesen, die Governance- und intern unabhängigen Validierungsverfahren unterliegen.

Interne Ratings werden für alle Ausleihungen vergeben und widerspiegeln die interne Einschätzung der Gruppe in Bezug auf die Kreditqualität des Kreditnehmers. Interne Ratings können von externen Ratings einer Gegenpartei abweichen, sofern externe Ratings überhaupt vorhanden sind. Die internen Ratings werden mindestens jährlich überprüft. Zur Berechnung von internen Risikoschätzungen und der risikogewichteten Aktiven wird jeder Ausleihung eine Ausfallwahrscheinlichkeit zugeordnet. Bei Ausleihungen an Unternehmen & Institutionelle, mit Ausnahme der auf der Schweizer Plattform verwalteten Unternehmen, wird die

Ausfallwahrscheinlichkeit anhand des internen Kreditratings ermittelt. Die Ausfallwahrscheinlichkeit für jedes Rating wird anhand der historischen Ausfallerfahrung mit Hilfe externer Daten von Standard & Poor's kalibriert und einem Backtesting unterzogen, um sicherzustellen, dass die Ratings mit der internen Erfahrung übereinstimmen. Bei Unternehmen, die auf der Schweizer Plattform verwaltet werden, und bei Privatkundenkrediten wird die Ausfallwahrscheinlichkeit direkt von eigenen statistischen Ratingmodellen berechnet. Diese basieren auf intern erfassten Daten, die sowohl aus quantitativen Faktoren (bei Hypothekarkrediten vor allem Belehnungssatz und Einkommen des Kreditnehmers und bei Unternehmen Bilanzinformationen) wie auch qualitativen Faktoren (beispielsweise Kredithistorien von Kreditauskunfteien) bestehen. In diesem Fall werden für Berichterstattungszwecke basierend auf den Ausfallwahrscheinlichkeitsbändern, die den einzelnen Ratings zugeordnet werden, äquivalente Ratings zugewiesen.

Reverse-Repo-Geschäfte sind vollumfänglich besichert; im Falle eines Ausfalls der Gegenpartei ist die Gruppe vertraglich berechtigt, die gehaltenen Sicherheiten zu veräußern. Die Gruppe betreibt das Risikomanagement für diese Instrumente auf Basis des Werts der gestellten Sicherheiten, anders als bei Ausleihungen, bei welchen das Risikomanagement auf Basis der Rückzahlungsfähigkeit der Gegenpartei erfolgt. Daher ist die Deckung durch Sicherheiten der am besten geeignete Indikator für die Kreditqualität bei Reverse-Repo-Geschäften. Darüber hinaus hat sich die Gruppe bei den meisten ihrer Reverse-Repo-Geschäfte für die Fair-Value-Option entschieden. Die Reverse-Repo-Geschäfte werden daher in den folgenden Tabellen nicht ausgewiesen.

Die folgenden Tabellen zeigen den verbuchten Kostenwert (Recorded Investment) der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Ausleihungen der Gruppe nach internen Gegenpartei-kreditratings, die für diese Offenlegung als Indikatoren für die Kreditqualität verwendet werden, sowie eine Altersstruktur der entsprechenden Ausleihungen.

Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto, nach internen Gegenpartearatings

Ende	AAA	AA	A	BBB	BB	B	CCC	CC	C	D	Total
2012 (in Mio. CHF)											
Hypothekarkredite	387	730	12 176	58 491	19 255	599	13	9	0	212	91 872
Lombardkredite	79	57	948	23 357	2 728	92	6	1	0	95	27 363
Privatkredite	0	6	100	3 324	2 065	901	39	0	129	325	6 889
Privatkunden	466	793	13 224	85 172	24 048	1 592	58	10	129	632	126 124
Immobilien	261	374	2 199	14 537	8 759	195	0	0	0	55	26 380
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	238	325	1 580	22 040	23 070	3 467	209	1	47	763	51 740
Finanzinstitute	2 288	2 087	4 661	5 260	2 569	382	0	33	14	147	17 441
Regierungen und öffentliche Institutionen	131	50	360	521	127	101	229	0	0	0	1 519
Unternehmen & Institutionelle	2 918	2 836	8 800	42 358	34 525	4 145	438	34	61	965	97 080
Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto											
	3 384	3 629	22 024	127 530	58 573	5 737	496	44	190	1 597	223 204
Wert der Sicherheiten ¹	2 918	2 616	19 526	116 583	48 342	3 210	189	44	15	791	194 234
2011 (in Mio. CHF)											
Hypothekarkredite	166	637	8 837	55 222	22 368	763	18	19	0	225	88 255
Lombardkredite	1	18	397	24 089	1 793	88	0	2	0	73	26 461
Privatkredite	1	5	51	3 234	2 187	524	58	9	316	300	6 685
Privatkunden	168	660	9 285	82 545	26 348	1 375	76	30	316	598	121 401
Immobilien	341	204	1 241	12 476	10 277	312	0	3	0	60	24 914
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	409	242	1 755	21 182	20 091	3 128	179	27	121	714	47 848
Finanzinstitute	3 906	2 098	3 333	5 549	1 890	760	3	43	0	132	17 714
Regierungen und öffentliche Institutionen	119	88	355	484	160	104	470	0	0	6	1 786
Unternehmen & Institutionelle	4 775	2 632	6 684	39 691	32 418	4 304	652	73	121	912	92 262
Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto											
	4 943	3 292	15 969	122 236	58 766	5 679	728	103	437	1 510	213 663
Wert der Sicherheiten ¹	3 938	1 751	14 176	112 505	48 100	3 171	119	86	9	871	184 726

¹ Enthält den Wert von Sicherheiten bis zum Betrag der entsprechenden ausstehenden Ausleihungen. Für Hypothekarforderungen entsprechen die Werte der Sicherheiten üblicherweise den Werten im Zeitpunkt der Kreditvergabe.

Wert der Sicherheiten

Im Private Banking & Wealth Management wird der Wert aller Sicherheiten für Ausleihungen regelmässig entsprechend unseren Weisungen und Richtlinien zum Risikomanagement überprüft, wobei das maximale Überprüfungsintervall von der Marktliquidität, der Markttransparenz und den Schätzungskosten bestimmt wird. So werden beispielsweise gehandelte Wertpapiere täglich neu bewertet und Liegenschaftswerte unter Berücksichtigung der Merkmale des Kreditnehmers, der aktuellen Entwicklungen im entsprechenden Immobilienmarkt und des gegenwärtigen Kreditrisikos des Kreditnehmers mit einem Überprüfungsintervall von über einem Jahr geschätzt. Bei erheblichen Änderungen der Kreditrisikoposition des Kreditnehmers, in volatilen Märkten oder in Zeiten, in denen das allgemeine Marktrisiko zunimmt, kann der Wert der Sicherheiten häufiger geschätzt werden. Es liegt im Ermessen des Manage-

ments, zu beurteilen, ob die Volatilität der Märkte oder eine Zunahme des allgemeinen Marktrisikos eine häufigere Anpassung des Werts der Sicherheiten rechtfertigen. Zusätzlich zur Analyse externer Prognosen, zu Szenariotechniken und makroökonomischen Untersuchungen werden auch Veränderungen bei den überwachten Risikokennzahlen, die sich statistisch von den historischen Erfahrungswerten unterscheiden, berücksichtigt. Bei gefährdeten Ausleihungen wird der Fair Value der Sicherheiten innerhalb von 90 Tagen nach der Feststellung des Wertberichtigungsbedarfs ermittelt und danach regelmässig durch das Kreditrisikomanagement der Gruppe im Zuge der Überprüfung der Werthaltigkeit neu bewertet.

Im Investment Banking sind nur wenige Ausleihungen von der Deckung durch Sicherheiten abhängig. Bei diesen Ausleihungen wird der Wert der Sicherheiten mindestens jährlich geschätzt oder wenn ein für die Ausleiher relevantes Ereignis eintritt.

Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto – Altersstruktur

Ende	Fortlaufend				Überfällig		Total
		Bis 30 Tage	31–60 Tage	61–90 Tage	Mehr als 90 Tage	Total	
2012 (in Mio. CHF)							
Hypothekarkredite	91 527	156	17	11	161	345	91 872
Lombardkredite	27 034	220	3	3	103	329	27 363
Privatkredite	6 116	420	90	52	211	773	6 889
Privatkunden	124 677	796	110	66	475	1 447	126 124
Immobilien	26 221	107	2	2	48	159	26 380
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	50 479	720	27	138	376	1 261	51 740
Finanzinstitute	17 208	53	2	34	144	233	17 441
Regierungen und öffentliche Institutionen	1 484	35	0	0	0	35	1 519
Unternehmen & Institutionelle	95 392	915	31	174	568	1 688	97 080
Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto	220 069	1 711	141	240	1 043	3 135	223 204
2011 (in Mio. CHF)							
Hypothekarkredite	88 014	48	12	6	175	241	88 255
Lombardkredite	26 226	180	11	3	41	235	26 461
Privatkredite	5 880	496	86	50	173	805	6 685
Privatkunden	120 120	724	109	59	389	1 281	121 401
Immobilien	24 830	41	3	1	39	84	24 914
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	46 946	454	90	50	308	902	47 848
Finanzinstitute	17 504	78	2	48	82	210	17 714
Regierungen und öffentliche Institutionen	1 779	1	0	0	6	7	1 786
Unternehmen & Institutionelle	91 059	574	95	99	435	1 203	92 262
Ausleihungen zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten, brutto	211 179	1 298	204	158	824	2 484	213 663

Gefährdete Ausleihungen

Kategorien gefährdeter Ausleihungen

Gemäss den Richtlinien der Gruppe werden notleidende Ausleihungen, zinslos gestellte Ausleihungen, restrukturierte Ausleihungen und potenzielle Problemausleihungen als gefährdete Ausleihungen erfasst.

- ▶ Siehe «Ausleihungen» in Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze für weitere Informationen zu den Kategorien gefährdeter Ausleihungen.

Per 31. Dezember 2012 und 2011 enthielten die bis zur Fälligkeit gehaltene Ausleihungen, die zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten bilanziert werden, keine Wohnbauhypotheken in Subprime-

Qualität. Entsprechend enthielten die gefährdeten Ausleihungen keine Wohnbauhypotheken in Subprime-Qualität.

In den Jahren 2012 und 2011 waren die Anzahl Umschuldungen von Problemausleihungen und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen sowie die Anzahl Ausfälle und die diesbezüglichen Buchwerte von Ausleihungen, die in den vorausgegangenen 12 Monaten umgeschuldet worden waren, unwesentlich. Per 31. Dezember 2012 und 2011 hatte die Gruppe keine wesentlichen Verpflichtungen, weitere Kredite an Schuldner zu gewähren, bei welchen die Kreditbedingungen im Rahmen der Umschuldung von Problemausleihungen modifiziert worden waren.

Gefährdete Ausleihungen nach Kategorien, brutto

Ende	Notleidende und zinslos gestellte Ausleihungen			Sonstige gefährdete Ausleihungen			Total
	Notleidende Ausleihungen	Zinslos gestellte Ausleihungen	Total	Restrukturierte Ausleihungen	Potenzielle Problem-ausleihungen	Total	
2012 (in Mio. CHF)							
Hypothekarkredite	154	16	170	0	69	69	239
Lombardkredite	18	74	92	0	3	3	95
Privatkredite	315	10	325	0	2	2	327
Privatkunden	487	100	587	0	74	74	661
Immobilien	46	5	51	0	15	15	66
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	268	170	438	30	373	403	841
Finanzinstitute	58	38	96	0	65	65	161
Unternehmen & Institutionelle	372	213	585	30	453	483	1 068
Gefährdete Ausleihungen, brutto	859	313	1 172	30	527	557	1 729
2011 (in Mio. CHF)							
Hypothekarkredite	176	14	190	1	73	74	264
Lombardkredite	27	13	40	0	46	46	86
Privatkredite	262	28	290	0	25	25	315
Privatkunden	465	55	520	1	144	145	665
Immobilien	29	7	36	0	24	24	60
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	215	129	344	17	454	471	815
Finanzinstitute	49	65	114	0	58	58	172
Regierungen und öffentliche Institutionen	0	6	6	0	0	0	6
Unternehmen & Institutionelle	293	207	500	17	536	553	1 053
Gefährdete Ausleihungen, brutto	758	262	1 020	18	680	698	1 718

Ausbuchung und Wiedereingang von Ausleihungen

Eine Ausleiherung wird ausgebucht, wenn als sicher gilt, dass der ausstehende Kapitalbetrag nicht mehr eingebracht werden kann. Im Investment Banking wird eine Ausleiherung auf ihren Nettobuchwert abgeschrieben, sobald die für sie gebildete Rückstellung 80% ihres Nominalwerts übersteigt, ausser wenn mit einer Rückzahlung der Ausleiherung innerhalb der nächsten zwei Quartale gerechnet wird. Im Private Banking & Wealth Management erfolgen Ausbuchungen aufgrund einer individuellen Beurteilung der Gegenpartei durch das Kreditrisikomanagement der Gruppe, wenn feststeht, dass Teile einer Ausleiherung nicht einbringbar sind. Bei besicherten Ausleihungen wird die Sicherheit beurteilt und das ungedeckte Engagement ausgebucht. Ausbuchungen auf unbesicherte Ausleihungen hängen von der Fähigkeit des Kreditnehmers ab, die ausstehende Ausleiherung aus dem frei verfügbaren Cashflow zurückzahlen. Die Gruppe prüft die Einbringbarkeit der gewährten Ausleihungen, wenn ein Kreditnehmer seinen Zahlungsverpflichtungen

voraussichtlich nicht oder nur teilweise oder nur mit Unterstützung Dritter nachkommt. Anpassungen werden unter Berücksichtigung des geschätzten realisierbaren Werts der Ausleiherung oder allfälliger Sicherheiten vorgenommen. Auslöser für eine Beurteilung der Bonität eines Kreditnehmers und dessen Absorptionsfähigkeit negativer Entwicklungen sind zum Beispiel i) ein Verzug bei Zins- oder Kapitalzahlungen von mehr als 90 Tagen, ii) ein Verzicht der Gruppe auf Zinsen oder Kapital, iii) eine Zinslosstellung der Ausleiherung, iv) die Einbringung der Schuld durch Pfändung, Konkursbetreibung oder Verwertung der Sicherheit oder v) die Insolvenz des Kreditnehmers. Anhand einer solchen Beurteilung prüft das Kreditrisikomanagement der Gruppe individuell und laufend die Notwendigkeit von Ausbuchungen.

Der Wiedereingang vormals abgeschriebener und ausgebuchter Ausleihungen wird zum Geldbetrag oder zum geschätzten Fair Value anderer erhaltener Werte erfasst.

Details zu gefährdeten Ausleihungen, brutto

Ende	2012			2011		
	Verbuchter Kostenwert	Ausste- hender Kapital- betrag	Zugehörige Einzelwert- berichtigung	Verbuchter Kostenwert	Ausste- hender Kapital- betrag	Zugehörige Einzelwert- berichtigung
Details zu gefährdeten Ausleihungen, brutto (in Mio. CHF)						
Hypothekarkredite	206	197	32	217	206	41
Lombardkredite	68	66	53	85	83	50
Privatkredite	302	280	154	303	288	131
Privatkunden	576	543	239	605	577	222
Immobilien	63	55	22	46	38	20
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	715	677	342	734	709	318
Finanzinstitute	157	155	93	156	154	84
Regierungen und öffentliche Institutionen	0	0	0	6	5	6
Unternehmen & Institutionelle	935	887	457	942	906	428
Gefährdete Ausleihungen, brutto, mit Einzelwertberichtigung	1 511	1 430	696	1 547	1 483	650
Hypothekarkredite	33	33	–	46	46	–
Lombardkredite	27	28	–	1	1	–
Privatkredite	25	25	–	13	13	–
Privatkunden	85	86	–	60	60	–
Immobilien	3	3	–	15	15	–
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	126	128	–	80	80	–
Finanzinstitute	4	4	–	16	16	–
Unternehmen & Institutionelle	133	135	–	111	111	–
Gefährdete Ausleihungen, brutto, ohne Einzelwertberichtigung	218	221	–	171	171	–
Gefährdete Ausleihungen, brutto	1 729	1 651	696	1 718	1 654	650
davon Privatkunden	661	629	239	665	637	222
davon Unternehmen & Institutionelle	1 068	1 022	457	1 053	1 017	428

Details zu gefährdeten Ausleihungen, brutto (Fortsetzung)

	2012			2011		
	Durchschnittlich verbuchter Kostenwert	Vereinnehmter Zinsertrag	Vereinnehmter Zinsertrag, auf Basis Cash-Methode	Durchschnittlich verbuchter Kostenwert	Vereinnehmter Zinsertrag	Vereinnehmter Zinsertrag, auf Basis Cash-Methode
Details zu gefährdeten Ausleihungen, brutto (in Mio. CHF)						
Hypothekarkredite	217	1	1	222	1	0
Lombardkredite	68	1	0	82	1	0
Privatkredite	277	3	3	276	2	1
Privatkunden	562	5	4	580	4	1
Immobilien	58	0	0	47	1	1
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	620	3	2	871	7	6
Finanzinstitute	201	2	2	160	0	0
Regierungen und öffentliche Institutionen	6	0	0	6	0	0
Unternehmen & Institutionelle	885	5	4	1 084	8	7
Gefährdete Ausleihungen, brutto, mit Einzelwertberichtigung	1 447	10	8	1 664	12	8
Hypothekarkredite	40	0	0	94	0	0
Lombardkredite	8	0	0	4	0	0
Privatkredite	41	0	0	19	0	0
Privatkunden	89	0	0	117	0	0
Immobilien	13	0	0	74	5	5
Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	215	3	3	149	1	0
Finanzinstitute	8	0	0	19	0	0
Unternehmen & Institutionelle	236	3	3	242	6	5
Gefährdete Ausleihungen, brutto, ohne Einzelwertberichtigung	325	3	3	359	6	5
Gefährdete Ausleihungen, brutto	1 772	13	11	2 023	18	13
davon Privatkunden	651	5	4	697	4	1
davon Unternehmen & Institutionelle	1 121	8	7	1 326	14	12

Einzelwertberichtigung für gefährdete Ausleihungen

Die Gruppe betrachtet eine Ausleihung als gefährdet, wenn es aufgrund der vorliegenden Informationen und Ereignisse wahrscheinlich ist, dass sich die gemäss den vertraglichen Bestimmungen der Kreditvereinbarung fälligen Beträge nicht einbringen lassen. Die Gruppe führt eine gründliche Überprüfung und Analyse gefährdeter Ausleihungen durch. Dabei berücksichtigt sie Faktoren wie Wiedereingangs- und Ausstiegsmöglichkeiten sowie die Sicherheiten und das Gegenparteirisiko. Alle gefährdeten Ausleihungen werden grundsätzlich individuell beurteilt. Bei Privatkundenkrediten ist der Auslöser für die Erkennung einer gefährdeten Ausleihung die Nichtbezahlung von Zinsen. Ausleihungen an Unternehmen & Institutionelle werden mindestens jährlich anhand der Jahresrechnung des Kreditnehmers und allfälliger Hinweise auf mögliche Schwierigkeiten überprüft. Ausleihungen, die nicht gefährdet sind, aber aufgrund von Änderungen an Kreditklauseln, Herabstufungen des

Ratings, negativen Finanzmeldungen und anderen ungünstigen Entwicklungen besondere Aufmerksamkeit erfordern, werden auf eine Überwachungsliste gesetzt. Alle Ausleihungen auf der Überwachungsliste werden mindestens vierteljährlich daraufhin überprüft, ob sie dem Recovery-Management der Gruppe übergeben werden sollen. Ab diesem Zeitpunkt werden sie vierteljährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Wird eine einzelne Ausleihung bei einer spezifischen Überprüfung als gefährdet eingestuft, wird die Einzelwertberichtigung gemäss angemessener Schätzung der Kreditverluste per Ende der Berichtsperiode ermittelt. Danach wird die Wertberichtigung abhängig von dem Risikoprofil des Kreditnehmers oder kreditrelevanten Ereignissen mindestens jährlich vom Kreditrisikomanagement der Gruppe überprüft. Bei gewissen gefährdeten Ausleihungen, die nicht von Sicherheiten abhängen, wird die Wertberichtigung anhand des Barwertes der künftigen Cashflows ermittelt. Die Wertberichtigung kann aber aus praktischen Gründen anhand

des beobachtbaren Marktpreises einer Ausleihung ermittelt werden. Wird der Barwert geschätzter zukünftiger Cashflows genutzt, werden die gefährdete Ausleihung und die entsprechende Einzelwertberichtigung mindestens vierteljährlich neu

bewertet, um den Ablauf der Zeit zu berücksichtigen. Für gefährdete Ausleihungen, die von Sicherheiten abhängen, wird die Wertberichtigung anhand des Fair Value der Sicherheit berechnet.

19 Liegenschaften und Einrichtungen

Ende	2012	2011
Liegenschaften und Einrichtungen (in Mio. CHF)		
Gebäude und Einbauten	2 429	4 060
Grundstücke	501	872
Einbauten in Mietobjekte	2 174	2 241
Software	5 324	4 614
Einrichtungen	3 160	3 188
Liegenschaften und Einrichtungen	13 588	14 975
Kumulierte Abschreibungen	(7 970)	(7 782)
Total Liegenschaften und Einrichtungen, netto	5 618	7 193

Abschreibungen und Wertberichtigungen

	2012	2011	2010
in Mio. CHF			
Abschreibungen	1 229	1 078	1 115
Wertberichtigungen	17	87	16

2011 wurde die geschätzte Nutzungsdauer für Einbauten in Mietobjekten und Gebäuden in der Schweiz infolge einer Schätzungsanpassung von fünf auf zehn Jahre erhöht. Diese

Schätzungsanpassung per 1. Januar 2011 führte insgesamt zu einem Rückgang des Abschreibungsaufwands von CHF 64 Mio. (CHF 56 Mio. nach Steuern).

20 Goodwill

	2012			2011		
	Private Banking & Wealth Management	Investment Banking	Credit Suisse Group	Private Banking & Wealth Management	Investment Banking	Credit Suisse Group
Bruttobetrag Goodwill (in Mio. CHF)						
Bestand zu Beginn der Periode	2 471	6 202	8 673	2 481	6 186	8 667
Während des Jahres erworbener Goodwill	28	0	28	0	0	0
Fremdwährungsumrechnungseinfluss	(54)	(138)	(192)	(12)	16	4
Sonstige	(36)	(2)	(38)	2	0	2
Bestand am Ende der Periode	2 409	6 062	8 471	2 471	6 202	8 673
Kumulierte Wertberichtigungen (in Mio. CHF)						
Bestand zu Beginn der Periode	0	82	82	0	82	82
Bestand am Ende der Periode	0	82	82	0	82	82
Nettobuchwert (in Mio. CHF)						
Nettobuchwert	2 409	5 980	8 389	2 471	6 120	8 591

¹ Enthält Anpassungen für Steuervorteile aus der Amortisation von steuerlichem Goodwill im Zusammenhang mit dem Kauf der verbliebenen Minderheitsbeteiligung an Hedging-Griffo im Jahr 2012.

In Übereinstimmung mit US GAAP prüft die Gruppe laufend, ob ein auslösendes Ereignis stattgefunden hat. Per 31. Dezember 2012 und 2011 lag die Marktkapitalisierung der Gruppe unter dem Buchwert.

Zur Schätzung des Fair Value ihrer Berichtseinheiten verwendete die Gruppe generell einen marktorientierten Ansatz, der zum einen Multiplikatoren auf Basis Kurs und Gewinnerwartung oder Multiplikatoren auf Basis Kurs und Buchwert von ähnlichen gehandelten Unternehmen und zum anderen die zuletzt bezahlten Preise für Transaktionen in der gleichen oder verwandten Branche berücksichtigt.

Die Bestimmung des Fair Value basierte auf dem dreijährigen strategischen Geschäftsplan der Gruppe, welcher wesentliche Annahmen und Schätzungen des Managements bezüglich der aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Bedingungen und regulatorischen Veränderungen enthält.

Auf der Grundlage ihrer Analyse der Werthaltigkeit des Goodwills per 31. Dezember 2012 kam die Gruppe zu dem Schluss, dass der geschätzte Fair Value der drei Berichtseinheiten in ihrem Segment Private Banking & Wealth Management den entsprechenden Bilanzwert wesentlich überstieg und per 31. Dezember 2012 keine Wertberichtigung notwendig war.

Auch für die Berichtseinheit Investment Banking war keine Wertberichtigung notwendig, da der geschätzte Fair Value den Bilanzwert um 10% überstieg. Das Risiko einer zukünftigen Wertberichtigung des Goodwills dieser Berichtseinheit ist aber gestiegen, da die Bewertung der Berichtseinheit stark mit den Wirtschafts- und Finanzmarktbedingungen, Handelsaktivitäten und der Investitionstätigkeit der Kunden und dem regulatori-

schen Umfeld, in dem sie tätig ist, korreliert. Wir haben einen unabhängigen Bewertungsspezialisten beauftragt, uns bei der Bewertung der Berichtseinheit per 31. Dezember 2012 unter Verwendung einer Kombination des marktorientierten und ertragsorientierten Ansatzes zu unterstützen. Im Rahmen des marktorientierten Ansatzes werden zum einen Multiplikatoren auf Basis Kurs und Gewinnerwartung oder Multiplikatoren auf Basis Kurs und Buchwert von ähnlichen gehandelten Unternehmen und zum anderen die zuletzt bezahlten Preise für Transaktionen in der gleichen oder verwandten Branche berücksichtigt. Im Rahmen des ertragsorientierten Ansatzes wurde ein Diskontierungssatz angewendet, der die Risiken und Unsicherheiten im Zusammenhang mit den prognostizierten Cashflows einer Berichtseinheit widerspiegelt.

Die Ergebnisse der Beurteilung der Werthaltigkeit des Goodwills der Berichtseinheit Investment Banking würden von nachteiligen Veränderungen der im Rahmen des Bewertungsprozesses verwendeten Annahmen beträchtlich beeinflusst. Wenn die tatsächlichen Ergebnisse von unseren bestmöglichen Schätzungen der wichtigsten wirtschaftlichen Annahmen und den entsprechenden für die Bewertung der Berichtseinheit verwendeten Cashflows in ausreichendem Mass negativ abweichen, könnte die Gruppe in Zukunft gezwungen sein, auf dem im Investment Banking erfassten Goodwill von CHF 5 980 Mio. eine wesentliche Wertberichtigung vorzunehmen.

Im Zuge verschiedener Akquisitionen hat die Gruppe Goodwill als Aktivum in der konsolidierten Bilanz verbucht. Die bedeutendste Komponente stammt aus der Akquisition von Donaldson, Lufkin & Jenrette Inc. im Jahr 2000. 2012 schloss

die Gruppe die Akquisition des Private-Banking-Geschäfts der HSBC in Japan ab und schuf so bei der Konsolidierung Goodwill. Im Jahr 2011 hat die Gruppe keine Akquisitionen von Gesellschaften abgeschlossen, deren Konsolidierung Goodwill generierte.

Der Goodwill wurde im Jahr 2012 durch Fremdwährungsschwankungen von auf US-Dollar lautendem Goodwill negativ beeinflusst.

21 Sonstige immaterielle Werte

Ende	2012			2011		
	Anschaftungskosten	Kumulierte Amortisation	Nettobuchwert	Anschaftungskosten	Kumulierte Amortisation	Nettobuchwert
Sonstige immaterielle Werte (in Mio. CHF)						
Handelsmarken	25	(21)	4	26	(21)	5
Kundenbeziehungen	314	(146)	168	369	(193)	176
Sonstige	8	(2)	6	7	(1)	6
Total amortisierende sonstige immaterielle Werte	347	(169)	178	402	(215)	187
Nicht amortisierende sonstige immaterielle Werte	65	–	65	101	–	101
davon Hypothekenverwaltungsrechte zum Fair Value	43	–	43	70	–	70
Total sonstige immaterielle Werte	412	(169)	243	503	(215)	288

Weitere Informationen

	2012	2011	2010
Gesamtbetrag der Amortisationen und Wertberichtigungen (in Mio. CHF)			
Gesamtbetrag der Amortisationen	28	30	34
Wertberichtigungen	7	0	1

Geschätzte Amortisationen

Geschätzte Amortisation (in Mio. CHF)	
2013	25
2014	24
2015	23
2016	19
2017	19

22 Sonstige Aktiven und sonstige Verbindlichkeiten

Ende	2012	2011
Sonstige Aktiven (in Mio. CHF)		
Barsicherheiten für derivative Instrumente	10 904	15 809
Barsicherheiten für nicht derivative Instrumente	1 995	2 083
Derivative Instrumente zur Absicherung	3 930	3 706
Zur Veräusserung gehaltene Aktiven	20 343	21 205
davon Ausleihungen ¹	19 894	20 457
davon Immobilien	442	732
Aktiven bankinterner Sondervermögen	13 414	14 407
Zinsforderungen und Kommissionen	5 861	6 090
Latente Steuerguthaben	7 102	8 939
Aktive Rechnungsabgrenzungen	538	601
Nicht als Kauf qualifizierende Transaktionen	2 699	1 513
Sonstige	6 126	3 943
Sonstige Aktiven	72 912	78 296
Sonstige Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)		
Barsicherheiten für derivative Instrumente	12 224	11 934
Barsicherheiten für nicht derivative Instrumente	1 246	1 002
Derivative Instrumente zur Absicherung	1 182	1 998
Rückstellungen ²	1 362	1 113
davon Ausserbilanzrisiken	60	65
Verbindlichkeiten bankinterner Sondervermögen	13 414	14 407
Zinsverbindlichkeiten und Kommissionen	6 752	7 142
Laufende Steuerverbindlichkeiten	863	767
Latente Steuerverbindlichkeiten	130	429
Nicht als Verkauf qualifizierende Transaktionen	4 336	6 888
Sonstige	16 128	17 537
Sonstige Verbindlichkeiten	57 637	63 217

¹ Per 31. Dezember 2012 und 2011 waren Ausleihungen mit Verfügungsbeschränkung von CHF 3 730 Mio. beziehungsweise CHF 6 299 Mio. enthalten, welche als Sicherheiten für besicherte Anleihen dienten, sowie in Stiftungen gehaltene Ausleihungen von CHF 922 Mio. beziehungsweise CHF 1 386 Mio., welche konsolidiert wurden, da diese unter US GAAP nicht als Verkäufe qualifizierten. ² Enthält Rückstellungen für Überbrückungsverpflichtungen.

23 Einlagen

Ende	2012			2011		
	Schweiz	Ausland	Total	Schweiz	Ausland	Total
Einlagen (in Mio. CHF)						
Nicht zinstragende Sichteinlagen	8 282	4 521	12 803	11 446	4 218	15 664
Zinstragende Sichteinlagen	132 393	24 976	157 369	113 403	19 626	133 029
Spareinlagen	60 103	44	60 147	54 395	38	54 433
Termineinlagen	10 786	98 221	109 007 ¹	16 841	133 581	150 422 ¹
Total Einlagen	211 564	127 762	339 326 ²	196 085	157 463	353 548 ²
davon Verbindlichkeiten gegenüber Banken	–	–	31 014	–	–	40 147
davon Kundeneinlagen	–	–	308 312	–	–	313 401

Die Zuweisung der Einlagen auf die Schweiz und das Ausland basiert auf dem Standort der Geschäftsstelle, welche die Einlage verbucht.

¹ Per 31. Dezember 2012 und 2011 waren CHF 108 887 Mio. beziehungsweise CHF 149 985 Mio. individuelle Termineinlagen im Betrag von mindestens USD 100 000 (zum entsprechenden Betrag in Schweizer Franken) enthalten, die in der Schweiz oder in ausländischen Geschäftsstellen abgeschlossen wurden. ² Per 31. Dezember 2012 und 2011 nicht enthalten waren CHF 67 Mio. beziehungsweise CHF 51 Mio. überzogene Einlagenkonten, die in die Ausleihungen umklassiert wurden.

24 Langfristige Verbindlichkeiten

Ende	2012	2011
Langfristige Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)		
Vorrangige	115 861	123 632
Nachrangige	17 741	24 165
Verbindlichkeiten ohne Rückgriff aus konsolidierten VIEs	14 532	14 858
Langfristige Verbindlichkeiten	148 134	162 655
davon zum Fair Value ausgewiesen	65 384	70 366
davon strukturierte Schuldtitel	36 637	35 726

Strukturierte Schuldtitel nach Produkten

Ende	2012
Strukturierte Schuldtitel (in Mio. CHF)	
Aktien	23 761
Anleihen	6 559
Emerging Markets ¹	3 304
Kredite	1 893
Sonstige	1 120
Total strukturierte Schuldtitel	36 637

¹ Transaktionen, bei welchen die Rendite auf einem referenzierten Basiswert oder einer Gegenpartei basiert, die typisch für Emerging Markets sind.

Die gesamten langfristigen Verbindlichkeiten bestehen aus von Treasury durchgeführten Emissionen von Anleihen, die keine Eigenschaften von Derivaten haben (gewöhnliche Anleihen), sowie aus hybriden Schuldtiteln mit eingebetteten Derivaten, welche im Rahmen der Geschäftstätigkeit der Gruppe im Bereich strukturierter Produkte emittiert werden. Die langfristigen Verbindlichkeiten umfassen sowohl auf Schweizer Franken als auch auf Fremdwährung lautende Anleihen mit festem oder variablem Zinssatz.

Die in der nachstehenden Tabelle dargestellten Zinssatzbandbreiten beruhen auf den vertraglich festgelegten Bedingungen für die gewöhnlichen Anleihen der Gruppe. Die Zinssatzbandbreiten für zukünftige Couponzahlungen von strukturierten Produkten, für welche die Fair-Value-Option gewählt wurde, werden in der nachstehenden Tabelle nicht berücksichtigt, da die betreffenden Coupons von den eingebetteten Derivaten und den bei Fälligkeit der Coupons vorherrschenden Marktbedingungen abhängen. Zudem wird auch die Wirkung der zur Absicherung eingesetzten Derivate nicht in den Zinssatzbandbreiten der zugehörigen Schuldtitel berücksichtigt.

Langfristige Verbindlichkeiten nach Fälligkeiten

Ende	2013	2014	2015	2016	2017	Später	Total
Konzernobergesellschaft der Gruppe (in Mio. CHF)							
Vorrangige Verbindlichkeiten							
Fester Zinssatz	–	–	–	–	–	376	376
Zinssatz (in %) ¹	–	–	–	–	–	7.3	–
Nachrangige Verbindlichkeiten							
Fester Zinssatz	–	–	29	–	32	–	61
Zinssätze (in %) ¹	–	–	8.5	–	7.0	–	–
Subtotal – Konzernobergesellschaft der Gruppe	–	–	29	–	32	376	437
Tochtergesellschaften (in Mio. CHF)							
Vorrangige Verbindlichkeiten							
Fester Zinssatz	14 815	11 637	14 333	4 018	8 983	16 120	69 906
Variabler Zinssatz	12 807	8 179	5 940	4 497	4 530	9 626	45 579
Zinssätze (Bandbreite in %) ¹	0.0–13.6	0.0–13.0	0.0–12.5	0.3–10.2	0.4–5.1	0.0–8.2	–
Nachrangige Verbindlichkeiten							
Fester Zinssatz	2 465	144	414	1 830	979	11 578	17 410
Variabler Zinssatz	–	–	19	–	46	205	270
Zinssätze (Bandbreite in %) ¹	3.7–13.2	9.3	2.8–10.3	8.2	1.0–8.5	0.0–13.2	–
Verbindlichkeiten ohne Rückgriff aus konsolidierten VIEs							
Fester Zinssatz	218	2	815	89	–	92	1 216
Variabler Zinssatz	153	478	468	748	34	11 435	13 316
Zinssätze (Bandbreite in %) ¹	0.6–0.8	0.7–13.2	0.0–12.6	0.0–12.8	2.0	0.0–10.9	–
Subtotal – Tochtergesellschaften	30 458	20 440	21 989	11 182	14 572	49 056	147 697
Total langfristige Verbindlichkeiten	30 458	20 440	22 018	11 182	14 604	49 432	148 134
davon strukturierte Schuldtitel	7 655	7 505	5 730	3 793	3 395	8 559	36 637

¹ Nicht enthalten sind strukturierte Schuldtitel, für welche die Fair-Value-Option angewendet wurde, weil die zugehörigen Coupons von den eingebetteten Derivaten und vorherrschenden Marktbedingungen zum Zeitpunkt der Auszahlung eines jeden Coupons abhängen.

Die Gruppe und die Bank führen bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) ein sogenanntes Shelf-Registration-Dokument, in dessen Rahmen sie von Zeit zu Zeit vorrangige und nachrangige Schuldtitel, Optionsscheine und zugehörige Garantien ausgeben dürfen. Das Shelf-Registration-Dokument erlaubt es bestimmten Tochtergesellschaften der Gruppe auch, durch die Gruppe garantierte umtauschbare oder wandelbare Schuldtitel auszugeben, die in Stammaktien der Gruppe umgetauscht oder gewandelt werden können.

- ▶ Siehe «Anhang 39 – Informationen zu Garantien für Tochtergesellschaften» für weitere Informationen zu Garantien für Tochtergesellschaften.

Die Gruppe unterhält ein Euro-Programm für mittelfristige Schuldtitel (Euro Medium Term Note Program), in dessen Rahmen sie selbst, gewisse Finanztochtergesellschaften (mit Garantie der Gruppe) und die Bank vorrangige Schuldtitel ausgeben können.

Die Credit Suisse Group Finance (Guernsey) Limited, eine Finanztochtergesellschaft der Gruppe, unterhält ein sogenanntes Samurai-Shelf-Registration-Dokument über JPY 500 Mia., in dessen Rahmen sie von Zeit zu Zeit vor- und nachrangige Schuldtitel mit Garantie der Gruppe ausgeben kann.

25 Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung und zusätzliche Angaben zur Aktie

Kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung

	Gewinne/ (Verluste) aus Cash- flow-Absi- cherungen	Kumulierte Währungs- umrech- nungsdif- ferenzen	Unreali- sierte Gewinne/ (Verluste) aus Wert- schriften	Versiche- rungsma- themati- sche Gewinne/ (Verluste)	Nachzu- verrech- nende/r Dienstzeit- gutschrift/ (-aufwand)	Kumu- lierte erfolgs- neutrale Eigen- kapital- verände- rung
2012 (in Mio. CHF)						
Bestand zu Beginn der Periode	(66)	(11 778)	99	(3 751)	362	(15 134)
Zunahme/(Abnahme)	7	(1 040)	227	(291)	319	(778)
Zunahme/(Abnahme) aufgrund von Beteiligungen bewertet nach der Equity-Methode	30	0	0	0	0	30
Umbuchungen, im Reingewinn enthalten	0	51	(242)	241	(71)	(21)
Bestand am Ende der Periode	(29)	(12 767)	84	(3 801)	610	(15 903)
2011 (in Mio. CHF)						
Bestand zu Beginn der Periode	(33)	(11 470)	117	(3 136)	(33)	(14 555)
Zunahme/(Abnahme)	(5)	(324)	6	(720)	383	(660)
Zunahme/(Abnahme) aufgrund von Beteiligungen bewertet nach der Equity-Methode	(1)	0	0	0	0	(1)
Umbuchungen, im Reingewinn enthalten	(27)	16	(24)	105	12	82
Bestand am Ende der Periode	(66)	(11 778)	99	(3 751)	362	(15 134)
2010 (in Mio. CHF)						
Bestand zu Beginn der Periode	(41)	(8 770)	110	(2 891)	(46)	(11 638)
Zunahme/(Abnahme)	46	(2 822)	0	(338)	0	(3 114)
Zunahme/(Abnahme) aufgrund von Beteiligungen bewertet nach der Equity-Methode	(15)	0	1	0	0	(14)
Umbuchungen, im Reingewinn enthalten	(23)	(13)	6	93	13	76
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Rechnungslegung, nach Steuern	0	135	0	0	0	135
Bestand am Ende der Periode	(33)	(11 470)	117	(3 136)	(33)	(14 555)

Siehe «Anhang 26 – Steuern» und «Anhang 29 – Vorsorgepläne und sonstige Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand» für den Ertragsteueraufwand/(-vorteil) auf den Bewegungen der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen.

Zusätzliche Angaben zur Aktie

	2012	2011	2010
Ausgegebene Stammaktien			
Bestand zu Beginn der Periode	1 224 333 062	1 186 174 442	1 185 370 182
Emission von Stammaktien	96 496 860	38 158 620	804 260
davon aktienbasierte Vergütung	38 812 660	21 664 747	804 260
Bestand am Ende der Periode	1 320 829 922	1 224 333 062	1 186 174 442
Eigene Aktien			
Bestand zu Beginn der Periode	(4 010 074)	(12 228 377)	(16 159 287)
Verkauf eigener Aktien	394 686 376	367 978 216	526 878 697
Rückkauf eigener Aktien	(423 704 092)	(366 790 491)	(569 477 317)
Aktienbasierte Vergütung	5 990 959	7 030 578	46 529 530
Bestand am Ende der Periode	(27 036 831)	(4 010 074)	(12 228 377)
Ausstehende Stammaktien			
Ausstehende Stammaktien	1 293 793 091 ¹	1 220 322 988 ²	1 173 946 065

¹ Zum Nennwert von je CHF 0.04, vollständig einbezahlt. Zusätzlich zu den eigenen Aktien waren maximal 771 499 654 nicht ausgegebene Aktien (bedingtes Kapital, Wandlungskapital und genehmigtes Kapital) ohne weitere Genehmigung durch die Aktionäre zur Emission verfügbar. 732 326 910 dieser Aktien sind reserviert für Buffer Capital Notes und bedingte Pflichtwandelanleihen (MACCS). ² Zum Nennwert von je CHF 0.04, vollständig einbezahlt. Zusätzlich zu den eigenen Aktien waren maximal 643 807 004 nicht ausgegebene Aktien (bedingtes und genehmigtes Kapital) ohne weitere Genehmigung durch die Aktionäre zur Emission verfügbar.

26 Steuern

Einzelheiten zu laufenden und latenten Ertragsteuern

	2012	2011	2010
Laufende und latente Steuern (in Mio. CHF)			
Schweiz	140	38	81
Ausland	582	437	243
Laufender Steueraufwand	722	475	324
Schweiz	(123)	(176)	(149)
Ausland	(103)	372	1 373
Latenter Ertragsteueraufwand	(226)	196	1 224
Ertragsteueraufwand	496	671	1 548
Im Eigenkapital der Aktionäre ausgewiesener Ertragsteueraufwand/(-vorteil), bezogen auf:			
Gewinne/(Verluste) aus Cashflow-Absicherungen	0	(4)	4
Kumulierte Währungsumrechnungsdifferenzen	(12)	16	32
Unrealisierte Gewinne/(Verluste) aus Wertschriften	6	12	(2)
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	1	(172)	(82)
Nachzuerrechnende/r Dienstzeitgutschrift/(-aufwand)	63	105	3
Aktienbasierte Vergütung und eigene Aktien	(50)	256	(671)

Überleitung der zum Schweizer Steuersatz berechneten Steuern

	2012	2011	2010
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern (in Mio. CHF)			
Schweiz	1 680	455	1 734
Ausland	501	3 006	5 753
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	2 181	3 461	7 487
Überleitung der zum Schweizer Steuersatz berechneten Steuern (in Mio. CHF)			
Ertragsteueraufwand, berechnet zum statutarischen Steuersatz von 22%	480	761	1 647
Zu-/ (Abnahme) der Ertragsteuern – Begründung			
Steuersatzunterschiede	275	(40)	519
Nicht absetzbare Amortisation von sonstigen immateriellen Werten und Wertberichtigungen auf Goodwill	2	0	1
Sonstige nicht absetzbare Aufwendungen	393	447	623
Zusätzlicher steuerbarer Ertrag	11	8	22
Niedriger besteuertes Einkommen	(415)	(424)	(775)
Von Minderheitsanteilen zu versteuernde Erträge	(117)	(289)	(278)
Änderungen in der Steuergesetzgebung und von Steuersätzen	182	172	119
Änderungen der Wertberichtigung auf latenten Steuerforderungen	14	471	54
Steuerlich abzugsfähige Wertberichtigungen auf Schweizer Tochtergesellschaften	(161)	(55)	0
Sonstige	(168)	(380)	(384)
Ertragsteueraufwand	496	671	1 548

Steuersatzunterschiede

Das Jahr 2012 enthielt einen Steueraufwand von CHF 275 Mio. für ausländische Steuern aufgrund von Gewinnen in Steuerhoheiten mit höheren Steuersätzen, hauptsächlich in Brasilien und den USA. Diese Entwicklung wurde durch Steuersatzunterschiede bei Gewinnen in Steuerhoheiten mit niedrigeren Steuersätzen, hauptsächlich in Guernsey und den Bahamas, teilweise kompensiert. Der gesamte Steueraufwand für ausländische Steuern in Höhe von CHF 479 Mio. wird nicht nur durch den Steueraufwand basierend auf den gesetzlichen Steuersätzen, sondern auch durch steuerliche Auswirkungen in Zusammenhang mit weiteren Überleitungspositionen, die im Folgenden erläutert werden, beeinflusst.

Das Jahr 2011 enthielt einen Steuervorteil von CHF 40 Mio. aus ausländischen Steuern aufgrund von Gewinnen in Steuerhoheiten mit tieferen Steuersätzen, hauptsächlich in Guernsey und den Bahamas. Diese Entwicklung wurde durch Steuersatzunterschiede bei Gewinnen aus Steuerhoheiten mit höheren Steuersätzen, hauptsächlich in Brasilien und den USA, teilweise kompensiert. Der gesamte Steueraufwand für ausländische Steuern in Höhe von CHF 809 Mio. wird nicht nur durch den Steueraufwand, sondern auch durch steuerliche Auswirkungen in Zusammenhang mit weiteren Überleitungspositionen, die im Folgenden erläutert werden, beeinflusst.

Sonstige nicht absetzbare Aufwendungen

Die Jahre 2012 und 2011 enthielten nicht absetzbare Zinsaufwendungen in Höhe von CHF 259 Mio. beziehungsweise CHF 240 Mio., nicht steuerbare Offshore-Aufwendungen von CHF 8 Mio. beziehungsweise CHF 80 Mio., nicht absetzbare Bankabgaben und andere nicht absetzbare Vergütungsaufwendungen von CHF 57 Mio. beziehungsweise CHF 49 Mio. sowie sonstige, geringere nicht absetzbare Aufwendungen.

Niedriger besteuertes Einkommen

Die Jahre 2012 und 2011 enthielten einen Steuervorteil von CHF 29 Mio. beziehungsweise CHF 52 Mio. in Zusammenhang mit steuerbefreiten Offshore-Erträgen, einen Steuervorteil von CHF 40 Mio. beziehungsweise CHF 47 Mio. aus nicht steuerbaren Dividendenerträgen und einen Steuervorteil von CHF 11 Mio. beziehungsweise CHF 47 Mio. aus nicht steuerbaren Fremdwährungsgewinnen. Zudem enthielten die Jahre 2012 und 2011 Steuervorteile in Höhe von CHF 100 Mio. beziehungsweise CHF 42 Mio. aufgrund von Steuerguthaben und von CHF 48 Mio. beziehungsweise CHF 40 Mio. aus nicht steuerbaren Erträgen aus Lebensversicherungen. Des Weiteren wurde im Jahr 2012 ein Schweizer Ertragssteuervorteil in Höhe von CHF 114 Mio. aufgrund der Erträge von ausländischen Niederlassungen, die sich positiv auf die Zusammensetzung der Erträge auswirkten, erfasst. Der Restbetrag enthielt verschiedene kleinere Positionen, unter anderem im Zusam-

menhang mit permanenten Steuervorteilen aus steuerlich absetzbaren Goodwillabschreibungen und Steuerbefreiungen.

Die Jahre 2011 und 2010 enthielten einen Steuervorteil von CHF 116 Mio. beziehungsweise CHF 130 Mio. aus der Auflösung von latenten Steuerverbindlichkeiten, welche zur Deckung von geschätzten Rückforderungsmöglichkeiten aus Verlustverrechnungen für ausländische Filialen der Bank gebucht wurden.

Das Jahr 2010 enthielt einen Steuervorteil von CHF 380 Mio. aus dem Zusammenschluss von Rechtseinheiten aufgrund regulatorischer Bedenken bezüglich komplexer Holdingstrukturen.

Änderungen in der Steuergesetzgebung und von Steuersätzen

Die Jahre 2012 und 2011 enthielten einen Steueraufwand von CHF 182 Mio. beziehungsweise CHF 172 Mio. infolge der Abnahme der latenten Steuerguthaben insbesondere nach der erfolgten Senkung der britischen Unternehmenssteuern.

Änderungen der Wertberichtigung auf latenten Steuerforderungen

Das Jahr 2012 enthielt eine Zunahme der Wertberichtigung von CHF 834 Mio. auf latenten Steuerguthaben aus steuerlichen Verlusten im laufenden Jahr und bereits bestehenden Verlustvorträgen für fünf Geschäftseinheiten der Gruppe, drei in Europa und zwei in Asien. Das Jahr 2011 enthielt eine Zunahme der Wertberichtigung von CHF 428 Mio. auf latenten Steuerguthaben aus steuerlichen Verlustvorträgen für drei Geschäftseinheiten der Gruppe, zwei in Grossbritannien und eine in Asien. Das Jahr 2010 enthielt eine Zunahme der Wertberichtigung von CHF 193 Mio. auf latenten Steuerguthaben aus steuerlichen Verlustvorträgen für eine Geschäftseinheit der Gruppe in Grossbritannien.

Die Jahre 2012, 2011 und 2010 enthielten einen Steuervorteil von CHF 820 Mio., CHF 7 Mio. beziehungsweise CHF 199 Mio. aus der Auflösung einer Wertberichtigung auf latenten Steuerguthaben für eine Geschäftseinheit der Gruppe in den USA.

Sonstige

Das Jahr 2012 enthielt einen Steuervorteil in Höhe von CHF 48 Mio. aus der Neubeurteilung latenter Steuerguthaben in der Schweiz, die auf Änderungen der voraussichtlichen künftigen Rentabilität in Bezug auf bereits bestehende latente Steuerguthaben zurückzuführen ist. Das Jahr 2012 enthielt zudem einen Steuervorteil von CHF 70 Mio. aufgrund von Abgrenzungsanpassungen nach Abschluss des Steuerprüfungszyklus und der Auswirkungen des Abschlusses eines Advanced Pricing Agreement (Vorabvereinbarung über die Verrechnungspreisgestaltung).

Das Jahr 2011 enthielt einen Steuervorteil von CHF 261 Mio. aus einer Erhöhung der latenten Steuerguthaben in zwei Geschäftseinheiten der Gruppe, eine in der Schweiz (CHF 129 Mio.) und eine in den USA (CHF 132 Mio.). Diese Zunahme ist auf die Neubewertung bestehender latenter Steuervorteilen aus steuerlichen Verlustvorträgen aufgrund von Änderungen in der Zusammensetzung der Ertragsquellen und der entsprechenden Steuersätze zurückzuführen, für die diese steuerlichen Verlustvorträge voraussichtlich anwendbar sind.

Die Jahre 2012, 2011 und 2010 enthielten einen Betrag von CHF 40 Mio., CHF 123 Mio. beziehungsweise CHF 301 Mio. aus der Auflösung von Rückstellungen für Steuerrisiken nach vorteilhaften Abschlüssen von Steuerangelegenheiten.

Per 31. Dezember 2012 verfügte die Gruppe über zurückbehaltene aufgelaufene Gewinne von ausländischen Tochtergesellschaften in Höhe von CHF 7,3 Mia. Es wurden hierfür keine latenten Steuerverbindlichkeiten verbucht, da diese Erträge als auf unbestimmte Zeit wiederinvestiert betrachtet werden. Der Betrag der nicht erfassten latenten Steuerverpflichtungen für diese zurückgehaltenen Gewinne von ausländischen Tochtergesellschaften lässt sich nicht sinnvoll ermitteln.

Details zu Steuereffekten temporärer Bewertungsdifferenzen

Ende	2012	2011
Steuereffekt temporärer Unterschiede (in Mio. CHF)		
Personalaufwand	2 295	2 262
Ausleihungen	441	392
Anlagen in Wertschriften	1 805	1 489
Rückstellungen	1 760	1 943
Unternehmenszusammenschlüsse	0	101
Derivate	355	395
Immobilien	243	212
Steuerliche Verlustvorträge, netto	5 181	7 294
Sonstige	207	178
Latente Steuerguthaben vor Wertberichtigung, brutto	12 287	14 266
Abzüglich Wertberichtigung	(2 554)	(2 690)
Latente Steuerguthaben nach Wertberichtigung, brutto	9 733	11 576
Personalaufwand	(174)	(129)
Ausleihungen	(162)	(147)
Anlagen in Wertschriften	(1 373)	(1 356)
Rückstellungen	(402)	(379)
Unternehmenszusammenschlüsse	(20)	(227)
Derivate	(295)	(392)
Leasing	(40)	(58)
Immobilien	(78)	(82)
Sonstige	(217)	(296)
Latente Steuerverbindlichkeiten, brutto	(2 761)	(3 066)
Latente Steuerguthaben, netto	6 972	8 510

Der Rückgang der latenten Nettosteuer Guthaben zwischen 2011 und 2012 um CHF 1 538 Mio. war hauptsächlich zurückzuführen auf die Bildung einer Wertberichtigung auf latenten Steuerguthaben, vorwiegend in Grossbritannien und Asien, in Höhe von CHF 215 Mio. und auf steuerbare Gewinne aus Übertragungen von Vermögenswerten innerhalb der konsolidierten Gruppe, für die entsprechende Steuerbelastungen in Höhe von CHF 1 511 Mio. als sonstige Aktiven gemäss ASC 810-10-45-8 («Consolidation – other presentation matters», vormals Accounting Research Bulletin 51) abgegrenzt wurden. Die Abgrenzung wird gemäss ASC 810-10-45-8 über einen Zeitraum von bis zu 15 Jahren amortisiert und durch künftige Steuerabzüge in gleicher Höhe kompensiert. Der Rückgang enthielt zudem eine Abschreibung auf latente Steuerguthaben von CHF 182 Mio. aufgrund von Änderungen des Körperschaftssteuersatzes in Grossbritannien und Japan und Fremdwährungsverluste in Höhe von CHF 211 Mio., die in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung als kumulierte Währungsumrechnungsdifferenzen erfasst werden. Dieser

Rückgang wurde durch einen Anstieg der latenten Nettosteuer Guthaben von CHF 529 Mio. infolge einer Neubewertung der latenten Steuerbilanzen in der Schweiz und den USA teilweise kompensiert. Die restliche Veränderung, eine Zunahme der latenten Nettosteuer Guthaben um CHF 52 Mio., war hauptsächlich auf temporäre Differenzen und steuerbare Erträge im Jahr 2012 zurückzuführen.

Der Grossteil der latenten Nettosteuer Guthaben wurde in den USA und Grossbritannien verzeichnet. Diese Guthaben gingen von CHF 7 766 Mio., nach Anrechnung einer Wertberichtigung von CHF 1 643 Mio. per Ende 2011, auf CHF 6 007 Mio., nach Anrechnung einer Wertberichtigung von CHF 1 454 Mio. per Ende 2012, zurück.

Aufgrund der Unsicherheit, ob die Gruppe in zukünftigen Perioden den notwendigen Betrag und die notwendige Zusammensetzung an steuerbaren Erträgen erzielen kann, wurde per 31. Dezember 2012 und 2011 eine Wertberichtigung auf latenten Steuerguthaben im Betrag von CHF 2,6 Mia. beziehungsweise CHF 2,7 Mia. gebildet.

Beträge und Verfalltermine für steuerliche Verlustvorträge

Ende 2012	Total
Steuerliche Verlustvorträge, netto (in Mio. CHF)	
Verfall innert 1 Jahr	29
Verfall in 2 bis 5 Jahren	10 637
Verfall in 6 bis 10 Jahren	1 996
Verfall in 11 bis 20 Jahren	2 759
Betrag mit Verfalldatum	15 421
Betrag ohne Verfalldatum	11 797
Total steuerliche Verlustvorträge, netto	27 218

Entwicklung der Wertberichtigungen auf latenten Steuerguthaben

	2012	2011	2010
Entwicklung der Wertberichtigung (in Mio. CHF)			
Bestand zu Beginn der Periode	2 690	2 264	2 799
Veränderungen, netto	(136)	426	(535)
Bestand am Ende der Periode	2 554	2 690	2 264

Im Rahmen ihres üblichen Vorgehens führte die Gruppe eine detaillierte Beurteilung der erwarteten zukünftigen Ergebnisse durch. Diese Beurteilung ist von den Schätzungen und Annahmen des Managements, welche bei der Entwicklung der erwarteten zukünftigen Erträge zur Anwendung kommen, abhängig. Diese Entwicklung beruht auf einem strategischen Geschäftsplanungsprozess, der von den aktuellen wirtschaftlichen Bedingungen und den Annahmen bezüglich der zukünftigen wirtschaftlichen Bedingungen beeinflusst wird. Diese Annahmen sind Änderungen unterworfen. Diese Beurteilung berücksichtigte sowohl den positiven und negativen Nachweis bezüglich des erwarteten zukünftigen steuerbaren Gewinns, das Bekenntnis der Gruppe zum integrierten Geschäftsmodell und die Wichtigkeit des Investment-Banking-Segments innerhalb

der integrierten Bank sowie die 2012 angekündigten Veränderungen und die seit 2008 erfolgte Risikoreduktion. Die Beurteilung zeigte die erwarteten zukünftigen Ergebnisse, die voraussichtlich in Ländern erzielt werden, in welchen die Gruppe wesentliche latente Nettosteuer-guthaben hat, wie die USA, Grossbritannien und die Schweiz. Danach verglich die Gruppe die erwarteten zukünftigen Ergebnisse mit den für die Nutzung latenter Steuerguthaben anwendbaren Gesetzen. Das US-Steuer-gesetz gewährt eine 20-jährige Nutzungsperiode für steuerliche Verlustvorträge, im britischen Steuer-gesetz ist die Nutzungsperiode für steuerliche Verlustvorträge unbegrenzt, und das Schweizer Steuer-gesetz gestattet steuerliche Verlustvorträge für eine Periode von sieben Jahren.

Steuervorteile aus aktienbasierter Vergütung

	2012	2011	2010
Steuervorteile aus aktienbasierter Vergütung (in Mio. CHF)			
In der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasste Steuervorteile	597	466	539
In der Kapitalreserve verbuchte Steuervorteile/(Steuer-nachbelastungen) aus Mitnahmeeffekten	41	(280)	615
Steuervorteile aus dividendensteuerähnlichen Zahlungen	12	2	26

- ▶ Siehe «Anhang 27 – Aufgeschobene Mitarbeitervergütung» für weitere Informationen zu aktienbasierter Vergütung.

Wenn zum Abrechnungszeitpunkt der aktienbasierten Vergütung der Abzug für Steuerzwecke höher ausfällt als der in der konsolidierten Jahresrechnung verbuchte kumulierte Personalaufwand, bezeichnet man den damit verbundenen ausgeschöpften Steuervorteil als sogenannten Mitnahmeeffekt (Windfall Benefit). Mitnahmeeffekte werden erfolgsneutral in den Kapitalreserven im Eigenkapital verbucht und in der konsolidierten Kapitalflussrechnung als Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit ausgewiesen. Wenn zum Abrechnungszeitpunkt der aktienbasierten Vergütung der Abzug für Steuerzwecke tiefer ausfällt als der in der konsolidierten Jahresrechnung verbuchte kumulierte Personalaufwand, bezeichnet man den damit verbundenen Steueraufwand als Steuernachbelastung (Shortfall). Der Steueraufwand aufgrund von Steuernachbelastungen wird erfolgsneutral in den Kapitalreserven im Eigenkapital verbucht, solange die Steuernachbelastungen geringer sind als die kumulierten Mitnahmeeffekte. Ansonsten wird der Steueraufwand erfolgswirksam in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst. Mitnahmeeffekte und Dividendenäquivalente in den Jahren 2012 und 2011 von kumuliert CHF 0,9 Mia. bezie-

hungsweise CHF 1,1 Mia. führten allerdings nicht zu einer Reduktion der Ertragsteuern, da einige Gesellschaften steuerliche Verlustvorträge, netto, aufwiesen. Werden diese Ertragsteuervorteile realisiert, werden schätzungsweise CHF 192 Mio. erfolgsneutral in den Kapitalreserven erfasst.

Ungewisse Ertragsteuerpositionen

US GAAP erfordert ein zweistufiges Vorgehen bei der Beurteilung von ungewissen Ertragsteuerpositionen. Im ersten Schritt entscheidet ein Unternehmen, ob eine Ertragsteuerposition aufgrund aller zu ihr gehörigen technischen Aspekte mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von mehr als 50% einer Überprüfung durch die Steuerbehörden standhält, einschliesslich des Ausgangs damit verbundener Rekurse und Prozesse. Ertragsteuerpositionen, die diese 50%-Bedingung erfüllen, werden dann gemessen, um die Höhe des in der konsolidierten Jahresrechnung ausweisbaren Steuervorteils festzulegen. Jede Ertragsteuerposition wird mit dem höchsten Steuervorteilbetrag angesetzt, der mit einer Wahrscheinlichkeit von über 50% bei der Abrechnung realisiert wird.

Umrechnung des Anfangs- und Endbetrags nicht erfasster Steuervorteile, brutto

	2012	2011	2010
Entwicklung der nicht erfassten Steuervorteile, brutto (in Mio. CHF)			
Bestand zu Beginn der Periode	373	578	964
Zunahme nicht erfasster Steuervorteile aufgrund von Steuerpositionen, die in einer früheren Periode eingegangen wurden	33	54	53
Abnahme nicht erfasster Steuervorteile aufgrund von Steuerpositionen einer früheren Periode	(58)	(177)	(286)
Zunahme nicht erfasster Steuervorteile aufgrund von Steuerpositionen, die in der laufenden Periode eingegangen wurden	39	30	39
Abnahme nicht erfasster Steuervorteile aufgrund von Vergleichen mit Steuerbehörden	(4)	(65)	(31)
Reduktion nicht erfasster Steuervorteile aufgrund Ablaufs der anwendbaren Verjährungsfristen	(43)	(19)	(91)
Sonstige (einschliesslich Fremdwährungsumrechnung)	80	(28)	(70)
Bestand am Ende der Periode	420	373	578
davon, falls erfasst, den effektiven Steuersatz beeinflussend	414	366	554

Zinsen und Strafen

	2012	2011	2010
Zinsen und Strafsteuern (in Mio. CHF)			
In der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasste Zinsen und Strafsteuern	(13)	(19)	(43)
In der konsolidierten Bilanz erfasste Zinsen und Strafsteuern	69	86	209

Zinsen und Strafen werden als Steueraufwand erfasst. Die Gruppe ist derzeit Gegenstand laufender Steuerprüfungen und Abklärungen durch die Steuerbehörden in verschiedenen Ländern. Dazu zählen die USA, Grossbritannien und die Schweiz. Obwohl der Zeitpunkt für den Abschluss dieser Prüfungen nicht bekannt ist, ist es durchaus möglich, dass einige dieser Prüfungen und Abklärungen innerhalb von zwölf Monaten nach dem Jahresabschlussdatum beendet sein werden.

Es ist durchaus möglich, dass die nicht erfassten Steuervorteile innerhalb von zwölf Monaten nach dem Jahresabschlussdatum um einen Betrag zwischen null und CHF 4 Mio. herabgesetzt werden.

Die Gruppe bleibt ab den nachfolgenden Jahren für Prüfungen durch die Behörden auf nationaler, bundesstaatlicher, Provinz- oder vergleichbarer lokaler Ebene in den nachfolgenden wichtigsten Ländern offen: Schweiz 2009; Grossbritannien 2006; USA 2006; Japan 2005 und Niederlande 2005.

27 Aufgeschobene Mitarbeitervergütung

Die Gewährung von aufgeschobener Vergütung wird durch die Tätigkeit, die Rolle, den Standort sowie die erbrachte Leistung der einzelnen Mitarbeitenden bestimmt. Die Zuteilung dieser Vergütung liegt, sofern keine vertraglichen Verpflichtungen vorliegen, ausschliesslich im Ermessen des höheren Kaders. Spezielle aufgeschobene Vergütung im Rahmen von vertraglichen Verpflichtungen richtet sich im Allgemeinen an neu eingetretene Kadermitglieder und bezieht sich auf ein einziges, bestimmtes Jahr. Sie dient zum Ausgleich für die beim Eintritt in die Gruppe verwirkten Ansprüche gegenüber früheren Arbeitgebern. Grundsätzlich gewährt die Gruppe keine mehrjährigen vertraglichen Verpflichtungen.

Der Vergütungsaufwand für aktienbasierte und andere Ansprüche, die als aufgeschobene Vergütung zugeteilt wurden, wird gemäss den spezifischen Bedingungen der einzelnen Ansprüche in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst. Die Erfassung des Vergütungsaufwands hängt in erster Linie von zukünftig erforderlichen Dienstjahren und der im Plan definierten Periode, in der Ansprüche erworben werden, den Regelungen bezüglich Frühpensionierung, zweijährige Sperrfristen bei Frühpensionierungen und weiteren Bestimmungen ab. Der Vergütungsaufwand für aktienbasierte und andere Ansprüche, welche als aufgeschobene Vergütung zugeteilt wurden, bein-

haltet zudem die aktuellen Schätzungen für die Ergebnisse der geltenden Leistungskriterien, für zukünftige Verwirklungen und Marktbewertungsanpassungen bei bestimmten Baransprüchen, die noch ausstehend sind.

Die folgenden Tabellen zeigen den Vergütungsaufwand für aufgeschobene Vergütung, die im Jahr 2012 sowie in den Vorjahren zugeteilt und in den Jahren 2012, 2011 und 2010 in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst wurde. Ausserdem zeigen sie die total ausgelieferten Aktien, den geschätzten nicht erfassten Vergütungsaufwand für aufgeschobene Vergütung aus dem Jahr 2012 und den Vorjahren, die per 31. Dezember 2012 ausstehend war, und die verbleibende erforderliche Dienstzeit, in welcher der geschätzte nicht erfasste Vergütungsaufwand erfasst wird. Der geschätzte nicht erfasste Vergütungsaufwand basierte auf dem Fair Value der einzelnen Ansprüche zum Zuteilungsdatum und enthielt die aktuellen Schätzungen für die Ergebnisse der geltenden Leistungskriterien und für zukünftige Verwirklungen. Schätzungen zukünftiger Marktwertanpassungen werden jedoch nicht berücksichtigt. Der Vergütungsaufwand für die im Januar 2013 zugeteilte aufgeschobene Vergütung wird ab 2013 ausgewiesen und hatte somit keinen Einfluss auf die konsolidierte Jahresrechnung für das Jahr 2012.

Aufgeschobener Vergütungsaufwand

	2012	2011	2010
Aufgeschobener Vergütungsaufwand (in Mio. CHF)			
Aktienansprüche	786	767	294
Performance-Aktienansprüche	366	0	0
Partner-Asset-Facility-2011-Ansprüche ¹	677	0	0
Adjustable-Performance-Plan-Aktienansprüche	74	0	0
Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche	286	1 106	963
Baransprüche mit Verfügungsbeschränkung	165	253	0
Scaled Incentive Share Units	97	415	561
Incentive Share Units	62	174	723
Cash Retention Awards	0	0	578
Performance Incentive Plan (PIP I und PIP II) ²	0	0	(1)
Partner-Asset-Facility-2008-Ansprüche ¹	173	3	45
Sonstige Baransprüche	362	334	422
Total aufgeschobener Vergütungsaufwand	3 048	3 052	3 585
Total ausgelieferte Aktien (in Mio.)			
Total ausgelieferte Aktien	31.6	24.2	47.3

¹ Der Vergütungsaufwand enthält die Fair-Value-Veränderung der zugrunde liegenden Vermögenswerte für die Periode. ² Enthält Wertabschläge (Clawbacks).

Weitere Informationen

Ende	2012
Geschätzter nicht erfasster Vergütungsaufwand (in Mio. CHF)	
Aktienansprüche	706
Performance-Aktienansprüche	161
Adjustable-Performance-Plan-Aktienansprüche	42
Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche	54
Scaled Incentive Share Units	73
Sonstige Baransprüche	72
Total	1 108
Gewichteter Durchschnitt der gesamten verbleibenden erforderlichen Dienstzeit (in Jahren)	
Gewichteter Durchschnitt der gesamten verbleibenden erforderlichen Dienstzeit	1.5

Nicht enthalten ist der geschätzte nicht erfasste Vergütungsaufwand für Ansprüche, die im Jahr 2013 für das Jahr 2012 zugeteilt wurden.

Aktienansprüche

Die im Januar 2013 zugeteilten Aktienansprüche sind vergleichbar mit jenen, welche im Januar 2012 zugeteilt wurden. Sie werden Mitarbeitenden mit einer Gesamtvergütung von über CHF/USD 250 000 beziehungsweise dem entsprechenden Betrag in der jeweiligen Landeswährung zugeteilt. Jeder zugeteilte Aktienanspruch berechtigt den Inhaber zum Erhalt einer Aktie der Gruppe und enthält weder eine Hebelkomponente noch einen Multiplikatoreffekt. Die zugeteilten Ansprüche unterliegen einer Leistungserbringung von drei Jahren und werden gleichmässig an jedem der drei folgenden Jahrestage ihrer Zuteilung erworben. Im Januar 2011 zugeteilte Ansprüche wer-

den über eine Frist von vier Jahren erworben. Der Wert der Aktienansprüche ist ausschliesslich vom Wert der Aktie der Gruppe am Lieferdatum abhängig.

Die aktienbezogene Vergütung der Gruppe umfasst sonstige Ansprüche, beispielsweise gesperrte Aktien und spezielle Ansprüche, die neu eingetretenen Mitarbeitenden zugeteilt werden können. Sonstige Aktienansprüche ermöglichen es ihren Inhabern, jeweils eine Aktie der Gruppe zu beziehen. Bedingung hierfür sind eine während der Laufzeit ununterbrochene Anstellung innerhalb der Gruppe sowie die Einhaltung restriktiver Regelungen und Auflösungsbestimmungen. Die Aktien werden im Allgemeinen über einen Zeitraum von null bis fünf Jahren erworben.

Am 17. Januar 2013 teilte die Gruppe 37,9 Mio. Aktienansprüche mit einem Gesamtwert von CHF 950 Mio. zu. Die Anzahl der Aktienansprüche wurde ermittelt, indem die aufgeschobene Komponente der variablen Vergütung, die in Form von Aktien gewährt wurde, durch den durchschnittlichen Preis einer Aktie der Gruppe während der zwölf Geschäftstage bis zum 16. Januar 2013 dividiert wurde. Der Fair Value der einzelnen Aktienansprüche betrug CHF 26.44 und entsprach dem Schlusskurs der Aktie der Gruppe am Zuteilungsdatum. Der geschätzte nicht erfasste Vergütungsaufwand in Höhe von CHF 935 Mio. wurde auf Basis des Fair Value am Zuteilungsdatum festgelegt, wobei Schätzungen bezüglich zukünftiger Verwirklungen berücksichtigt wurden, die nach dem Zuteilungsdatum in Plus Bond Awards umgeteilten Aktienansprüche jedoch nicht. Dieser Aufwand wird über die dreijährige Periode, in der die Ansprüche erworben werden, unter Berücksichtigung der Regelungen bezüglich Frühpensionierung, erfasst. Am 19. Januar 2012 und 20. Januar 2011 teilte die Gruppe 20,0 Mio. beziehungsweise 34,5 Mio. Aktienansprüche mit einem Gesamtwert von CHF 438 Mio. beziehungsweise CHF 1 430 Mio. zu. Der Fair Value der einzelnen zugeteilten Aktienansprüche

betrug CHF 23.90 beziehungsweise CHF 42.51 und entsprach dem Schlusskurs der Aktie der Gruppe am Zuteilungsdatum.

Um den aufsichtsrechtlichen Anforderungen gerecht zu werden, teilte die Gruppe leitenden Mitarbeitenden in einigen EU-Ländern eine alternative Form von Aktienansprüchen als Bestandteil der Barvergütung ohne Zusatzbedingungen zu. Für die Jahre 2012, 2011 und 2010 erhielten diese Mitarbeitenden 50% des Betrags, den sie ansonsten in bar erhalten hätten, in Form von gesperrten Aktien. Die Sperrfrist beträgt je nach Standort mindestens sechs Monate und höchstens drei Jahre. Nach Ablauf der Sperrfrist bestehen keine weiteren Einschränkungen. Am 17. Januar 2013 teilte die Gruppe 0,2 Mio. gesperrte Aktien im Gegenwert von insgesamt CHF 6 Mio. zu. Diese Aktien wurden mit der Zuteilung auch erworben. Sie sind nicht an Verpflichtungen zukünftiger Dienstjahre gekoppelt und wurden den Leistungen im Jahr 2012 zugerechnet. Am 19. Januar 2012 und 20. Januar 2011 teilte die Gruppe 0,5 Mio. beziehungsweise 0,8 Mio. gesperrte Aktien im Gesamtwert von CHF 11 Mio. beziehungsweise CHF 35 Mio. zu.

Aktivitäten bezüglich Aktienansprüche

	2012		2011		2010	
	Anzahl Aktienansprüche in Mio.	Gewichteter durchschnittlicher Fair Value am Zuteilungsdatum in CHF	Anzahl Aktienansprüche in Mio.	Gewichteter durchschnittlicher Fair Value am Zuteilungsdatum in CHF	Anzahl Aktienansprüche in Mio.	Gewichteter durchschnittlicher Fair Value am Zuteilungsdatum in CHF
Aktienansprüche						
Bestand zu Beginn der Periode	48.1	41.91	17.3	43.86	15.5	45.67
Zugeteilt	25.1	23.44	40.5	41.08	7.2	45.38
Abgerechnet	(14.9)	40.20	(7.6)	43.32	(5.0)	48.43
Verwirkt	(2.5)	37.36	(2.1)	43.39	(0.4)	51.65
Bestand am Ende der Periode	55.8	34.28	48.1	41.91	17.3	43.86
davon erworben	3.9	–	1.8	–	1.3	–
davon noch nicht erworben	51.9	–	46.3	–	16.0	–

Performance-Share-Ansprüche

Die Mitglieder der Geschäftsleitung, die Managing Directors und alle anderen materiellen Risikonehmer und Mitarbeitende in Kontrollstellen (Mitarbeitende, deren Tätigkeit potenziell materielle Auswirkungen auf das Risikoprofil der Gruppe zur Folge haben könnte) erhielten einen Teil ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung in Form von Performance-Share-Ansprüchen unter Vorbehalt von explizit leistungsbezogenen Rückzah-

lungsbestimmungen. Jeder zugeteilte Performance-Share-Anspruch berechtigt den jeweiligen Inhaber zum Erhalt einer Aktie der Gruppe. Performance-Share-Ansprüche werden ebenfalls über drei Jahre erworben, so dass die Aktienansprüche gleichmässig an jedem der drei folgenden Jahrestage ihrer Zuteilung erworben werden. Im Gegensatz zu den Aktienansprüchen unterliegen die ausstehenden Performance-Share-Ansprüche einer Kürzung im Fall eines Verlusts einer Division

oder einer negativen Eigenkapitalrendite der Gruppe. Die ausstehenden Performance-Share-Ansprüche unterliegen einer Kürzung im Fall eines Verlusts der Division, es sei denn, es liegt eine negative Eigenkapitalrendite vor, die eine Kürzung erfordern würde, die grösser ist als die Anpassung in der Division für das betreffende Jahr. In diesem Fall richtet sich die Kürzung nach einer negativen Eigenkapitalrendite. Bei Mitarbeitenden im Bereich Shared Services ist die Kürzung nur im Fall einer negativen Eigenkapitalrendite anwendbar und ist nicht mit der Leistung der Divisionen verknüpft.

Die im Jahr 2013 zugeteilten Performance-Share-Ansprüche entsprechen den Zuteilungen aus dem Jahr 2012, weisen jedoch andere Performancekriterien auf. Im Jahr 2012 bezogen sich diese Kriterien auf die ausgewiesene Eigenkapitalrendite, im Jahr 2013 beruhen sie auf einer offengelegten bereinigten Eigenkapitalrendite.

Am 17. Januar 2013 teilte die Gruppe 26,4 Mio. Performance-Share-Ansprüche mit einem Gesamtwert von CHF 660 Mio. zu. Zur Errechnung der Anzahl der den Mitarbeitenden

zugeordneten Performance-Share-Ansprüche wurde die aufgeschobene Komponente der variablen Vergütung, die in Form von Performance Shares zugeteilt wird, durch den Durchschnittskurs der Aktien der Gruppe in den zwölf dem 16. Januar 2013 vorangehenden Bankarbeitstagen dividiert. Der Fair Value der einzelnen Performance-Share-Ansprüche betrug CHF 26.44 und entsprach dem Schlusskurs der Aktie der Gruppe am Zuteilungsdatum. Der geschätzte nicht erfasste Vergütungsaufwand in Höhe von CHF 677 Mio. wurde auf Basis des Fair Value am Zuteilungsdatum festgelegt, wobei Schätzungen bezüglich des Ergebnisses der relevanten Leistungskriterien und bezüglich zukünftiger Verwirkungen berücksichtigt wurden. Dieser Aufwand wird über die dreijährige Periode, in der die Ansprüche erworben werden, erfasst. Am 19. Januar 2012 teilte die Gruppe 23,5 Mio. Performance-Share-Ansprüche mit einem Gesamtwert von CHF 516 Mio. zu. Der Fair Value der einzelnen Performance-Share-Ansprüche betrug CH 23.90 und entsprach dem Schlusskurs der Aktie der Gruppe am Zuteilungsdatum.

Aktivitäten bezüglich Performance-Share-Ansprüche

	2012	
	Anzahl Performance- Aktien- ansprüche in Mio.	Gewichte- ter durch- schnitt- licher Fair Value am Zutei- lungsdatum in CHF
Performance-Aktienansprüche		
Bestand zu Beginn der Periode	-	-
Zugeteilt	23.7	23.90
Verwirkt	(0.4)	23.90
Bestand am Ende der Periode	23.3	23.90
davon erworben	0.9	-
davon noch nicht erworben	22.4	-

Plus Bond Awards

Managing Directors und Directors der Division Investment Banking haben einen Teil ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung in Form von Plus Bond Awards erhalten. Bei Plus Bond Awards handelt es sich grundsätzlich um ein auf USD lautendes Zinsinstrument mit einem Coupon, der einer marktbasieren Preisbildung entspricht. Die Inhaber von Plus Bonds haben Anspruch auf halbjährliche Barauszahlungen auf die adjustierten Vergütungsbeträge auf Basis der London Interbank Offered Rate (LIBOR) plus 7,875% p. a. bis zur Begleichung der Ansprüche. Die Anspruchsbegleichung erfolgt im Sommer

2016 auf Basis des ursprünglichen Vergütungsbetrags abzüglich eventueller Portfolioverluste, die über ein bei der Gruppe verbleibendes Erstrisiko von USD 600 Mio. hinausgehen. Der Wert der Plus Bond Awards beruht auf der Wertentwicklung eines Portfolios aus Asset-backed-Securities ohne Rating oder mit einem Rating unterhalb von Investment Grade, die zu den Beständen verschiedener Handelsbereiche der Division Investment Banking zählen. Bei den Plus Bond Awards handelt es sich um ein Barinstrument, dennoch behält sich die Gruppe das Recht vor, die Ansprüche über Aktien der Gruppe zu begleichen. In diesem Fall ist der Aktienkurs zum Zeitpunkt der end-

gültigen Ausschüttung massgeblich. Zudem behält sich die Gruppe das Recht vor, im Rahmen von Aufsichtsverfahren die Plus Bond Awards teilweise oder gänzlich zu einem beliebigen Zeitpunkt in bar auszuzahlen, sowie beim Eintreten bestimmter regulatorischer Entwicklungen oder Änderungen der Kapitalanforderungen einen Austausch der Plus Bonds Awards in Aktien der Gruppe vorzunehmen. Die Plus Bond Awards tragen zu einer Minderung der risikogewichteten Aktiven der Gruppe bei; ebenso dienen sie der Übertragung von Risiken der Gruppe auf die Inhaber der Plus Bond Awards.

Die den Mitarbeitenden des Investment Banking angebotenen Plus Bonds wiesen zum Zuteilungsdatum, d.h. dem 31. Dezember 2012, einen Fair Value von CHF 187 Mio. auf und waren zu diesem Zeitpunkt vollständig erworben und erfasst.

Zu Beginn des Jahres 2013 erhielten die Managing Directors und Directors ausserhalb der Division Investment Banking die Gelegenheit, einen Teil der aktienbasierten Ansprüche aus ihrer aufgeschobenen Vergütung freiwillig auf Plus Bond Awards zu übertragen. Die Plus Bond Awards aus dem freiwilligen Umtausch hatten einen Nennwert von CHF 38 Mio.; sie werden am dritten Jahrestag des Zuteilungsdatums (17. Januar 2016) erworben und über die Periode, in der Ansprüche erworben werden, erfasst.

Restricted Cash Awards

Die Managing Directors und Directors der Division Investment Banking erhielten den Baranteil ihrer variablen Vergütung in Form von Restricted Cash Awards (Baranspruch mit Verfügungsbeschränkung). Diese Ansprüche werden am Zuteilungsdatum vollständig in bar ausbezahlt, unterliegen aber dem Vorbehalt einer anteiligen Rückzahlung durch den Mitarbeitenden bei freiwilligem Ausscheiden aus dem Unternehmen oder bei Kündigung aus wichtigem Grund innerhalb von drei Jahren nach Zuteilung der Awards. Restricted Cash Awards werden als Teil der aufgeschobenen Vergütung der Gruppe ausgewiesen, obwohl sie am Zuteilungstag vollständig beglichen wurden. Sie werden über die dreijährige Periode, in der Ansprüche erworben werden, erfasst und unterliegen der Leistungserbringung.

Am 17. Januar 2013 teilte die Gruppe Baransprüche mit Verfügungsbeschränkung im Gesamtwert von CHF 299 Mio. zu. Der nicht erfasste Vergütungsaufwand in Höhe von CHF 299 Mio. wurde auf Basis des Fair Value am Zuteilungsdatum bestimmt und wird über die dreijährige Periode, in der die Ansprüche erworben werden, erfasst. Am 20. Januar 2011 teilte die Gruppe Baransprüche mit Verfügungsbeschränkung im Gesamtwert von CHF 465 Mio. zu.

Partner Asset Facility 2011

Im Rahmen des jährlichen Vergütungsprozesses für 2011 gewährte die Gruppe einen Teil ihrer aufgeschobenen variablen

Vergütung für leitende Mitarbeitende in Form von Partner-Asset-Facility-2011-Einheiten (PAF2-Einheiten). PAF2-Einheiten sind im Wesentlichen festverzinsliche strukturierte Schuldtitel, die einem Teil des Kreditrisikos ausgesetzt sind, das sich aus den Derivataktivitäten der Gruppe ergibt, einschliesslich aktueller und möglicher zukünftiger Swaps und anderer Derivatgeschäfte. Der Wert der Zuteilung (sowohl für die Verzinsung als auch für die endgültige Rückzahlung) wird gekürzt, wenn die realisierten Kreditverluste aus einem spezifischen Referenzportfolio eine festgelegte Schwelle überschreiten. Die Gruppe trägt die ersten USD 500 Mio. dieser Verluste, und die PAF2-Inhaber tragen alle darüber hinausgehenden Verluste bis zur vollen Höhe der zugeteilten aufgeschobenen Vergütung. Daher stellt der PAF2-Plan einen Risikotransfer von der Gruppe zu den Mitarbeitenden dar.

Mitarbeitende auf Stufe Managing Director und Director, einschliesslich bestimmter Mitglieder der Geschäftsleitung, erhielten PAF2-Ansprüche. Die PAF2-Ansprüche wurden im ersten Quartal 2012 vollständig erworben. Alle PAF2-Ansprüche unterliegen Konkurrenz- und Abwerbeverbotsklauseln, die gleichmässig an jedem der ersten drei folgenden Jahrestage ihrer Zuteilung aufgehoben werden.

Die PAF2-Ansprüche haben eine angegebene Laufzeit von vier Jahren, die aber nach Wahl der Gruppe oder der kollektiv handelnden Besitzer auf bis zu neun Jahre verlängert werden kann. Diese Wahl muss spätestens am Ende des dritten Jahres nach dem Zuteilungsdatum erfolgen. PAF2-Einheiten lauten auf Schweizer Franken und US-Dollar. Sie werden halbjährlich auf der Basis ihres jeweiligen Saldos zum Gegenwert einer Jahresrendite von 5% (Ansprüche in CHF) oder 6,5% (Ansprüche in USD) verzinst. Zum Ende der Laufzeit erhalten die PAF2-Besitzer eine Schlusszahlung in Höhe des ursprünglichen Zuteilungswerts abzüglich aller Verluste. Die Gruppe kann die PAF2-Ansprüche nach eigenem Ermessen in bar oder mit dem Gegenwert in Aktien erfüllen.

Im Januar 2012 gewährte die Gruppe PAF2-Einheiten mit einem Fair Value von CHF 499 Mio. Der damit verbundene Vergütungsaufwand wurde im ersten Quartal 2012 in vollem Umfang als Aufwand erfasst, da sämtliche Ansprüche am 31. März 2012 erworben wurden. Der Vergütungsaufwand wird bis zur definitiven Erfüllung der Ansprüche am Ende jeder Berichtsperiode aktualisiert, je nachdem wie sich der Fair Value des Basiswerts der Ansprüche über die Laufzeit entwickelt.

Adjustable Performance Plan Awards

Der Adjustable Performance Plan sieht aufgeschobene Vergütung für die Geschäftsleitung sowie Mitarbeitende im Rang eines Managing Director oder Director vor. Die Einführung und Zuteilung von Adjustable-Performance-Plan-Baransprüchen durch die Gruppe erfolgte im Rahmen der aufgeschobenen Ver-

gütung für die Jahre 2009 und 2010 (2009 bzw. 2010 Adjustable Performance Plan).

Die Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche für 2009 sind vollständig erworben worden; sie wurden zum 31. Dezember 2012 vollständig erfasst und werden im ersten Halbjahr 2013 ausgezahlt.

Die Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche für 2010 werden über vier Jahre erworben. Der effektiv an die einzelnen Mitarbeitenden ausbezahlte Betrag kann in Abhängigkeit vom finanziellen Ergebnis der jeweiligen Geschäftsbereiche und von der Eigenkapitalrendite der Gruppe nach oben oder nach unten angepasst werden. Die Anpassungen werden jährlich festgelegt. Dabei können die ausstehenden Ansprüche um einen Prozentsatz, welcher der ausgewiesenen Eigenkapitalrendite entspricht, angehoben oder gekürzt werden, ausser die zuteilende Division weist einen Verlust vor Steuern aus. In diesem Fall werden die ausstehenden Ansprüche in der betreffenden Division pro CHF 1 Mia. Verlust um 15% gekürzt, ausser es wird im betreffenden Jahr eine negative Eigenkapitalrendite ausgewiesen, welche die betreffende Anpassung der Division übersteigt. Bei Mitarbeitenden in den Bereichen Shared Services und anderen Supportfunktionen sowie Mitgliedern der Geschäftsleitung sind alle ausstehenden Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche für 2010 an den angepassten Gewinn oder Verlust der Gruppe und die Eigenkapitalrendite der Gruppe geknüpft. Es besteht aber kein Zusammenhang

mit dem angepassten Gewinn oder Verlust der von ihnen unterstützten Unternehmensbereiche.

Am 20. Januar 2011 teilte die Gruppe Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche mit einem Gesamtwert von CHF 1 102 Mio. zu.

Im Juli 2012 führte die Gruppe ein freiwilliges Tauschangebot durch, bei dem Mitarbeitende das Recht hatten, ihre jeweiligen noch nicht erworbenen Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche zu einem Wandelpreis von CHF 16.29 in Adjustable-Performance-Plan-Aktienansprüche umzuwandeln. Die Adjustable-Performance-Plan-Inhaber entschieden sich während der Entscheidungsfrist für die Umwandlung von CHF 498 Mio. ihrer Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche in neue Adjustable-Performance-Plan-Aktienansprüche. Dies entspricht einer Umtauschquote von rund 50%. Jeder Adjustable-Performance-Plan-Aktienanspruch hat am Zuteilungsdatum einen Fair Value von CHF 16.79 und entspricht hinsichtlich Vertragslaufzeit, Periode, in der Ansprüche erworben werden, Leistungskriterien und sonstigen Bedingungen dem ursprünglichen Adjustable-Performance-Plan-Baranspruch.

Bei der Umwandlung wurden CHF 453 Mio. der Verbindlichkeit im Zusammenhang mit den Adjustable-Performance-Plan-Baransprüchen, die in die Adjustable-Performance-Plan-Aktienansprüche umgewandelt wurden, in Eigenkapital umklassiert.

Aktivitäten bezüglich Adjustable-Performance-Plan-Aktienansprüche

	2012
	Anzahl APP-Aktien- ansprüche in Mio.
Adjustable-Performance-Plan-Aktienansprüche	
Bestand zu Beginn der Periode	–
Zuteilt	31.0
Verwirkt	(0.2)
Bestand am Ende der Periode	30.8
davon erworben	0.3
davon noch nicht erworben	30.5

Scaled Incentive Share Units

Der Scaled Incentive Share Units (SISUs)-Plan ist ein aktienbasierter, langfristiger Anreizplan für Mitarbeitende im Rang eines Managing Director oder Director. Im Januar 2010 wurden SISUs im Rahmen der aufgeschobenen Vergütung für 2009 zugeteilt. SISUs sind mit Incentive Share Units (ISUs) vergleichbar (siehe «Incentive Share Units» unten), allerdings

beträgt die Periode, in der die Ansprüche erworben werden, vier Jahre, und es bestehen Regelungen bezüglich Frühpensionierung. Ausserdem enthält die Hebelkomponente eine zusätzliche Leistungsbedingung, welche die Anzahl Zusatzaktien gegebenenfalls erhöht oder verringert. Jede SISU-Basiskomponente wird gleichmässig an jedem der vier folgenden Jahrestage ihrer Zuteilung erworben. Die SISU-Hebelkompo-

nente wird erst vier Jahre nach dem Zuteilungsdatum vollständig erworben. Das neue, vom Erfolg abhängige Element verknüpft die definitive Lieferung von zusätzlichen Aktien mit der Entwicklung der durchschnittlichen ausgewiesenen Eigenkapitalrendite der Gruppe. Liegt die Eigenkapitalrendite während der vierjährigen Periode, in der die Ansprüche erworben werden, über einer am Zuteilungsdatum festgelegten Zielgrösse, wird die Stückzahl der mit Bezug auf den Anstieg des durchschnittlichen Aktienkurses der Gruppe zuzuteilenden zusätzlichen Aktien nach oben angepasst. Wird die Zielgrösse verfehlt, wird die Stückzahl reduziert. Sie kann jedoch keinesfalls unter einen Wert von null sinken. Bei der Berechnung der nach Ende der vierjährigen Periode, in der die Ansprüche erworben werden, fälligen definitiven Anzahl zusätzlicher Aktien wird somit

zunächst die Kursentwicklung der Aktie der Gruppe (Aktienkurs-Multiplikator) und anschliessend die durchschnittliche Entwicklung der Eigenkapitalrendite (Eigenkapitalrendite-Multiplikator) berücksichtigt. Die Lieferung der Aktien erfolgt, sobald die SISU-Ansprüche erworben wurden.

Am 21. Januar 2010 teilte die Gruppe 21,1 Mio. SISUs zu. Der Fair Value der SISU-Basiskomponente 2010 betrug CHF 50.30 und derjenige der SISU-Hebelkomponente 2010 CHF 13.44. Die maximale Ausschüttungsquote für Zusatzaktien pro SISU ist auf den dreifachen Wert der Aktie der Gruppe am Zuteilungsdatum limitiert. Zudem ist die Anzahl zu übertragender Aktien auf maximal drei Aktien der Gruppe vor Anwendung des Skalierungsfaktors beschränkt. Letzterer kann einen Wert von bis zu 2,5 annehmen.

Aktivitäten bezüglich Scaled Incentive Share Units

	2012	2011	2010
SISU-Ansprüche (in Mio.)			
Bestand zu Beginn der Periode	14.7	20.4	-
Zugeteilt	-	-	21.1 ¹
Abgerechnet	(4.9)	(5.1)	(0.2)
Verwirkt	(0.2)	(0.6)	(0.5)
Bestand am Ende der Periode	9.6	14.7	20.4
davon erworben	1.7	1.0	0.2
davon noch nicht erworben	7.9	13.7	20.2

¹ Enthält SISUs, die im Januar und über das ganze Jahr zugeteilt wurden.

Incentive Share Units

In den Jahren 2006 bis 2009 waren ISUs für alle Mitarbeitenden das Hauptinstrument aktienbasierter, aufgeschobener Vergütung. Im Jahr 2009 wurden ISUs als aufgeschobene Vergütung für alle Mitarbeitenden auf den Stufen bis und mit Vice President eingesetzt. Eine ISU ist vergleichbar mit einer Aktie, hat aber zusätzliches Wertsteigerungspotenzial, das direkt von der Kursentwicklung der Aktie der Gruppe im Vergleich zu den bei Zuteilung festgelegten Zielgrössen abhängt. Für jede zugeweilte ISU erhalten die einzelnen Mitarbeitenden mindestens eine Aktie der Gruppe (ISU-Basiskomponente) über eine dreijährige Periode, in der die ISUs erworben werden. Nach Ablauf der dreijährigen Periode, in der die ISUs erworben wurden, können sie gegebenenfalls Zusatzaktien (ISU-Hebelkomponente) erhalten. Die Anzahl ISU-Hebelkomponenten, die in Zusatzaktien umgewandelt werden, berechnet sich durch Multiplikation der Gesamtzahl der ISU-Basiskomponenten abzüglich der Verwirkungen mit einem Aktienkursmultiplikator. Die Höhe dieses Multiplikators hängt von der effektiven Wertsteigerung des gewichteten monatlichen Durchschnittskurses während der vertraglich verein-

barten Laufzeit gegenüber dem Aktienkurs am Zuteilungsdatum ab. Jede ISU-Basiskomponente wird gleichmässig an jedem der drei folgenden Jahrestage ihrer Zuteilung erworben. Die ISU-Hebelkomponente wird erst drei Jahre nach dem Zuteilungsdatum erworben. Die Lieferung der Aktien erfolgt, sobald die ISU-Ansprüche erworben wurden.

Am 21. Januar 2010 teilte die Gruppe 6,0 Mio. ISUs zu. Der Fair Value der Basiskomponente betrug für das Jahr 2010 CHF 50.30, derjenige der Hebelkomponente CHF 13.45. Für die im Januar 2010 zugeweilten ISUs war die maximale Ausschüttungsquote in Form von Zusatzaktien auf den dreifachen Wert der Zuteilung limitiert. Zudem war die Anzahl zu übertragender Aktien auf maximal fünf Aktien beschränkt.

Die im Jahr 2009 zugeweilten ISU-Hebelkomponenten wurden im Jahr 2012 umgewandelt. Der Wert jeder ausstehenden Hebelkomponente betrug 0,986 Aktien der Gruppe. Die im Jahr 2008 zugeweilten ISU-Hebelkomponenten wurden im Jahr 2011 umgewandelt und hatten bei der Umwandlung keinen Wert, da der Aktienkurs der Gruppe unter dem festgelegten Minimalziel von CHF 58.45 lag.

Aktivitäten bezüglich Incentive Share Units

	2012	2011	2010
ISU-Ansprüche (in Mio.)			
Bestand zu Beginn der Periode	13.3	37.7	41.5
Zuteilt	–	–	6.0 ¹
Abgerechnet	(8.8)	(23.3)	(8.4)
Verwirkt	(0.9)	(1.1)	(1.4)
Bestand am Ende der Periode	3.6	13.3	37.7
davon erworben	0.4	1.4	3.9
davon noch nicht erworben	3.2	11.9	33.8

¹ Enthält ISUs, die im Januar und über das ganze Jahr zugeteilt wurden.

Cash Retention Awards

Für das Jahr 2008 erhielten sämtliche Managing Directors in allen Divisionen, sämtliche Directors im Investment Banking sowie jene Directors in den Divisionen Private Banking, Asset Management und Shared Services, deren Barvergütung den Betrag von CHF 300 000 überstieg, eine aufgeschobene Vergütung in Form von Cash Retention Awards. Diese wurden im ersten Quartal 2009 ausbezahlt, der Erwerb erfolgte jedoch über eine Periode von zwei Jahren und war von weiteren Bedingungen abhängig. Insbesondere hätten Cash Retention Awards bei freiwilligem Ausscheiden aus dem Unternehmen innerhalb von zwei Jahren anteilmässig zurückerstattet werden müssen. Im Januar 2011 war die Übertragung der Cash Retention Awards vollumfänglich abgeschlossen.

Partner Asset Facility 2008

Im Rahmen des jährlichen Vergütungsprozesses für 2008 erhielten Managing Directors und Directors im Investment Banking den grössten Teil ihrer aufgeschobenen Vergütung in Form von in US-Dollar ausgestellten Partner-Asset-Facility-2008-Ansprüchen (PAF-Ansprüchen). PAF-Ansprüche sind an ein genau definiertes Portfolio von illiquiden Aktiven (Portfolio) aus der Division Investment Banking indexiert und stellen eine erst-rangige Verlustbeteiligung an diesem Portfolio dar.

Der Nominalwert dieses Portfolios richtete sich nach dem Fair Value per 31. Dezember 2008, wobei die Zusammensetzung des Portfolios während der Laufzeit der Ansprüche beziehungsweise bis zur Liquidation einzelner Positionen unverändert bleibt. Besitzer von PAF-Ansprüchen werden am potenziellen zukünftigen Gewinn aus diesen Aktiven partizipieren, sofern einzelne Positionen innerhalb des Portfolios zu Preisen, die den ursprünglichen Fair Value übersteigen, verkauft werden können. Umgekehrt tragen sie je nach Liquidationserträgen auch die erste Tranche der allfälligen Verluste aus diesen Positionen. Durch die Einführung der PAF-Ansprüche wurde ein bedeutender Anteil an Risikopositionen aus den risikogewich-

teten Aktiven der Credit Suisse entfernt und auf die Mitarbeiter übertragen, was eine Reduktion des für diese Positionen notwendigen Eigenkapitals ermöglichte.

Die PAF-Ansprüche, die eine vertraglich festgelegte Laufzeit von acht Jahren haben, sind voll ins Eigentum der Begünstigten übergegangen. Alle PAF-Ansprüche unterliegen Konkurrenz- und Abwerbverbotsklauseln, die gleichmässig an jedem der ersten drei folgenden Jahrestage ihrer Zuteilung aufgehoben werden. PAF-Ansprüche werden über die gesamte Laufzeit hinweg halbjährlich auf der Basis ihres Nominalwertes zu LIBOR + 250 Basispunkten verzinst. Es ist beabsichtigt, dass die Begünstigten nach Ablauf von vier Jahren jährlich 20% des Nominalwertes des PAF-Anspruchs in bar ausbezahlt erhalten, vorausgesetzt der Marktwert des Portfolios ist nicht unter den Marktwert am Zuteilungsdatum gefallen. Im letzten Jahr der Laufzeit der PAF-Ansprüche erhalten die Begünstigten eine Schlusszahlung in bar. Diese setzt sich aus dem Nominalwert am Tag der Zuteilung abzüglich aller bereits erfolgten Zahlungen unter Berücksichtigung aller aus der Liquidation des Portfolios realisierten Gewinne oder Verluste zusammen.

Im Juni 2012 und im Dezember 2011 hatten die bestehenden Inhaber von PAF-Ansprüchen die freie Wahl, ihre bestehenden PAF-Ansprüche wertneutral in neue PAF-Ansprüche, die an ein erweitertes Portfolio von Referenzaktiven gekoppelt sind, umzutauschen. Die neuen PAF-Ansprüche weisen dieselbe vertraglich vereinbarte Laufzeit, dieselbe Periode, in der Ansprüche erworben werden, dieselben Performance-Kriterien, dieselbe Abwicklung und sonstigen Bedingungen wie die ursprünglich ausgegebenen PAF-Ansprüche auf; sie stellen eine zusätzliche Risikoübertragung zu den Mitarbeitenden aus dem erweiterten Anlageportfolio dar, das aus den risikogewichteten Aktiven der Gruppe ausgegliedert worden war. Hiermit reduziert sich die Kapitalbeanspruchung der Gruppe. Zu den Stichtagen im Juni 2012 und Dezember 2011 hatten sich rund 41% beziehungsweise 35% der Mitarbeitenden mit PAF-Ansprüchen für den Umtausch ihrer bestehenden PAF-Ansprü-

che in neue PAF-Ansprüche entschieden. Der Vergütungsaufwand für die neuen PAF-Ansprüche wird jeweils zum Stichtag der einzelnen Berichtsperioden aktualisiert, um neben dem ursprünglichen Portfolio an PAF-Anlagen auch Änderungen des zugrundeliegenden Fair Value des erweiterten Referenz-Anlageportfolios Rechnung zu tragen, bis die Ansprüche definitiv beglichen sind. Zu den Umtauschdaten war keine Anpassung des Vergütungsaufwands erforderlich.

Sonstige Baransprüche

Die sonstigen Baransprüche bestehen aus aufgeschobener freiwilliger Vergütung, Eigenhandel und Mitarbeiter-Anlageplänen. Der Vergütungsaufwand im Zusammenhang mit dieser Vergütung ging hauptsächlich auf Marktwert- und Performance-Anpassungen zurück, da diese Vergütung zumeist vollumfänglich erworben ist.

Aktienoptionen

Vor 2004 bildeten Aktienoptionen eine wesentliche Komponente im aktienbasierten Vergütungsprogramm der Gruppe.

Seither haben wir die Optionsprogramme eingestellt und die ursprünglichen Zuteilungen sind inzwischen vollumfänglich ausgeübt worden. Aktienoptionen wurden jeweils zu einem Ausübungspreis ausgegeben, der dem Marktpreis der Aktie der Gruppe im Zuteilungszeitpunkt entsprach, und verfallen nach zehn Jahren.

In den Jahren 2012, 2011 und 2010 wurden keine Optionen zugeteilt. Per 31. Dezember 2012 betrug der Gesamtbeitrag des inneren Werts der ausstehenden oder ausübaren Optionen und das Total des inneren Werts der ausgeübten Optionen null. Die gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit dieser Optionen betrug 0,2 Jahre. Zum Ausübungszeitpunkt belief sich der innere Wert der in den Jahren 2011 und 2010 ausgeübten Optionen auf CHF 1 Mio. beziehungsweise CHF 8 Mio. Im Jahr 2012 flossen der Gruppe keine flüssigen Mittel aus Optionsausübungen zu. Durch die Ausübung von Optionen in den Jahren 2011 und 2010 sind der Gruppe flüssige Mittel in Höhe von CHF 2 Mio. beziehungsweise CHF 32 Mio. zugeflossen. Im Januar 2013 verfielen 4,8 Mio. Optionen.

Aktivitäten bezüglich Aktienoptionen

	2012		2011		2010	
	Anzahl Aktienoptionen in Mio.	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis in CHF	Anzahl Aktienoptionen in Mio.	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis in CHF	Anzahl Aktienoptionen in Mio.	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis in CHF
Aktienoptionen						
Bestand zu Beginn der Periode	16.9	51.00	29.8	64.58	34.9	63.49
Ausgeübt	0.0	0.00	(0.1)	31.78	(0.8)	40.12
Verfallen	(11.6)	59.36	(12.8)	82.61	(4.3)	60.37
Bestand am Ende der Periode	5.3	32.59	16.9	51.00	29.8	64.58
davon am Ende der Periode ausübbar	5.3	32.59	16.9	51.00	29.8	64.58

Annahmen zum Fair Value der aktienbasierten Vergütung

Die derzeitige aktienbasierte Vergütung der Gruppe erfordert keine Modellierungen des Fair Value, da sie entweder auf Marktangaben oder auf der Performance der Gruppe beruht, die an die Eigenkapitalrendite und die Vorsteuerergebnisse der einzelnen Divisionen gekoppelt sind.

Die Schätzung des Fair Value von aktienbasierter Vergütung, für welche kein unabhängiger, börsennotierter Kurs verfügbar ist, erfolgt am Zuteilungsdatum unter Verwendung von Bewertungstechniken und/oder Optionspreismodellen, welche die substantiellen Merkmale des zu bewertenden Instruments möglichst genau widerspiegeln. Die den Modellen zugrunde

liegenden Annahmen basieren auf der aktuellen Markteinschätzung des Managements und auf den zum Zeitpunkt der Zuteilung verfügbaren historischen Informationen, welche die Marktteilnehmer voraussichtlich zur Festlegung des Kurses des zuzuteilenden Instruments verwenden würden.

Die zur Schätzung des Fair Value verwendeten Werte für die erwartete Volatilität basierten auf der implizierten Marktvolatilität von gehandelten Optionen auf Aktien der Gruppe, deren historischer Volatilität sowie anderen relevanten Faktoren, welche Aufschluss darüber geben, inwiefern die zukünftige Entwicklung von der vergangenen abweichen könnte. Die erwarteten Dividendenzahlungen beruhten auf Annahmen zu den

künftigen Geldflüssen aus Dividenden basierend auf den Erwartungen des Marktes. Der erwartete risikolose Zinssatz entsprach dem zum Zuteilungszeitpunkt gültigen LIBOR für die erwartete Laufzeit des Anspruchs. Der LIBOR wurde als Ersatz zur Bestimmung des risikolosen Zinssatzes herangezogen, weil von der Schweizerischen Eidgenossenschaft keine Zero-Bonds emittiert werden. Die erwartete Laufzeit entsprach der Dauer,

während derer die gewährten Ansprüche aller Voraussicht nach ausstehend sein würden, und berücksichtigte im Allgemeinen die vertragliche Laufzeit eines jeden Instruments.

Die folgende Tabelle zeigt wesentliche Annahmen zur Schätzung des Fair Value von SISUs und ISUs, die 2010 zugeteilt wurden und die auf dem jährlichen Prozess der aufgeschobenen Vergütung basieren.

Massgebliche Annahmen für die Bestimmung des Fair Value

	2010	
	SISU	ISU
Wesentliche Annahmen zum Fair Value		
Erwartete Volatilität in %	33.42	33.52
Erwartete Dividendenzahlungen, in CHF		
2010	1.45	1.45
2011	1.55	1.55
2012	1.65	1.65
2013	1.75	–
Erwarteter risikofreier Zinssatz in %	1.26	1.00
Erwartete Dauer in Jahren	4	3

Lieferung von Aktien

In der Vergangenheit erfüllte die Gruppe ihre Verbindlichkeiten zur Lieferung von Aktien aus Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen durch den Kauf von Aktien auf dem Markt sowie durch den Abschluss von Hedging-Geschäften mit Drittparteien.

Während der Jahre 2012 und 2011 erfüllte die Gruppe ausstehende Ansprüche auf aktienbasierte Vergütung in erster Linie durch Ausgabe von neuen Aktien aus dem bedingten Kapital.

28 Organe und diesen nahestehende Personen und Unternehmen

Vergütung zugunsten der Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats

- ▶ Siehe «Anhang 3 – Vergütung an Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats» in VI – Statutarische Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zur Vergütung zugunsten der Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats.

Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats

	2012	2011	2010
Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung (in Mio. CHF)			
Bestand zu Beginn der Periode	22¹	18	19
Zunahmen	3	5	5
Abnahmen	(17)	(1)	(6)
Bestand am Ende der Periode	8¹	22	18
Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrats (in Mio. CHF)			
Bestand zu Beginn der Periode	34²	35	25
Zunahmen	12	2	14
Abnahmen	(5)	(3)	(4)
Bestand am Ende der Periode	41²	34²	35

¹ Die Anzahl Personen mit ausstehenden Krediten zu Beginn und am Ende des Jahres betrug sechs beziehungsweise drei. ² Die Anzahl Personen mit ausstehenden Krediten zu Beginn und am Ende des Jahres betrug sieben beziehungsweise fünf.

Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats

Die den Mitgliedern der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats gewährten Kredite sind mehrheitlich Hypotheken oder Ausleihungen gegen Wertschriftendeckung und richten sich entweder nach für Drittparteien oder, im Falle von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung, für breite Kreise von Mitarbeitenden geltenden Bedingungen. Der höchste, zum 31. Dezember 2012 ausstehende Kredit belief sich auf CHF 4 Mio. und betraf Eric Varvel.

Alle den Mitgliedern der Geschäftsleitung gewährten Hypothekendarlehen sind entweder variabel oder festverzinslich. Festhypotheken werden in der Regel für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren abgeschlossen. Die verwendeten Zinssätze beruhen auf dem Refinanzierungssatz zuzüglich einer Marge und entsprechen den für andere Mitarbeitende anwendbaren Zinssätzen und übrigen Konditionen. Ausleihungen gegen Wertschriftendeckung werden ebenfalls zu Zinssätzen und Konditionen gewährt, wie sie für Mitarbeitende üblich sind. Bei der Gewährung von Krediten an diese Personen kommen die gleichen Bewilligungs- und Risikobeurteilungsverfahren zur Anwendung, wie sie für alle Mitarbeitenden üblich sind. Falls nichts anderes vermerkt ist, wurden sämtliche Kredite an Geschäftsleitungsmitglieder im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit sowie im Wesentlichen zu denselben Konditionen einschliesslich Zinssätzen und Sicherheiten gewährt, wie sie zum jeweiligen Zeitpunkt für vergleichbare Transaktionen mit anderen Personen galten, und unter Berücksichtigung der für sämtliche Mitarbeitenden der Gruppe geltenden Bedingungen. Das Einbringlichkeitsrisiko dieser Kredite hielt sich im üblichen Rahmen, zudem wiesen sie keine anderen ungünstigen Eigenschaften auf.

Verwaltungsratsmitglieder haben für Kredite keinen Anspruch auf Mitarbeiterkonditionen, sondern unterliegen

Bedingungen, wie sie auch für andere Kunden mit vergleichbarer Bonität angewendet werden. Mitglieder des Verwaltungsrats, die zuvor bei der Gruppe angestellt waren, können über ausstehende Kredite verfügen, die sie zu Mitarbeiterkonditionen erhalten haben. Falls nichts anderes vermerkt ist, wurden sämtliche Kredite an Verwaltungsratsmitglieder im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit sowie im Wesentlichen zu denselben Konditionen einschliesslich Zinssätzen und Sicherheiten gewährt, wie sie zum jeweiligen Zeitpunkt bei der Vergabe für vergleichbare Transaktionen mit anderen Personen galten. Das Einbringlichkeitsrisiko dieser Kredite hielt sich im üblichen Rahmen, zudem wiesen sie keine anderen ungünstigen Eigenschaften auf. Zusätzlich zu den in der entsprechenden Tabelle aufgeführten Krediten können die Gruppe beziehungsweise im Bankgeschäft engagierte Tochtergesellschaften der Gruppe Ausleihungen oder Finanzierungsgeschäfte mit Gesellschaften tätigen, bei denen gegenwärtige Mitglieder des Verwaltungsrats bedeutenden Einfluss (gemäss Definition der SEC) ausüben, etwa als Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Verwaltungsrats. Falls nicht anders vermerkt, vergibt die Gruppe Kredite an solche Gesellschaften im Rahmen der gewohnten Geschäftstätigkeit und zu den marktüblichen Konditionen.

Bankbeziehungen

Die Gruppe ist ein global tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen. Viele ihrer Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung oder mit ihnen verbundene Gesellschaften unterhalten Bankbeziehungen mit der Gruppe. Zusätzlich zu den oben aufgeführten Krediten können die Gruppe beziehungsweise im Bankgeschäft engagierte Tochtergesellschaften der Credit Suisse Group Ausleihungen oder Finanzierungsgeschäfte mit Gesellschaften tätigen, bei denen gegenwärtige Mitglieder des Verwaltungsrats oder der Geschäftsleitung

bedeutenden Einfluss (gemäss Definition der SEC) ausüben. Mit Ausnahme der unten beschriebenen Transaktionen werden alle diese Beziehungen im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit und zu Marktbedingungen eingegangen. Zudem wurden sämtliche Ausleihungen der Gruppe an Mitglieder des Verwaltungsrats oder der Geschäftsleitung oder mit ihnen verbundene Gesellschaften, falls nicht anders vermerkt, im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit sowie substantiell zu denselben Bedingungen, einschliesslich Zinssätzen und Sicherheiten, eingegangen, wie sie zum Abschlusszeitpunkt für vergleichbare Geschäfte mit anderen Personen galten. Das Einbringlichkeitsrisiko dieser Kredite hielt sich im üblichen Rahmen, zudem wiesen die Kredite keine anderen ungünstigen Eigenschaften auf. Zum 31. Dezember 2012, 2011 beziehungsweise 2010 bestanden keine Kreditpositionen gegenüber entsprechenden nahestehenden Personen, die nicht im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit und zu Marktbedingungen erfolgt waren.

Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen

Austausch von Tier 1 Capital Notes gegen Tier 1 Buffer Capital Notes

Im Februar 2011 schloss die Gruppe mit verbundenen Einheiten der Qatar Investment Authority (QIA) sowie der The Olayan Group (nachfolgend als «Investoren» bezeichnet), die beide massgeblich in Aktien und anderen Finanzinstrumenten der Gruppe engagiert sind, definitive Vereinbarungen über die Emission von Tier 1 Buffer Capital Notes (Tier 1 BCN) ab. Im Rahmen dieser Vereinbarungen beschlossen die Investoren den Erwerb von Tier 1 BCN im Wert von USD 3,45 Mia. und CHF 2,5 Mia. im Austausch gegen ihre Positionen in Tier 1 Capital Notes in Höhe von USD 3,45 Mia. (mit einem Coupon von 11%) und CHF 2,5 Mia. (mit einem Coupon von 10%) aus dem Ausgabejahr 2008 oder, falls diese Tier 1 Capital Notes vollumfänglich zurückgezahlt sein sollten, gegen Barmittel. Zum damaligen Zeitpunkt war ein Erwerb oder Austausch dieser Instrumente frühestens für Oktober 2013, am ersten Call-Datum der Tier 1 Capital Notes, vorgesehen. Im Juli 2012 schloss die Gruppe mit einer verbundenen Einheit der The Olayan Group eine Änderungsvereinbarung zum sofortigen Umtausch ihrer bestehenden Tier 1 Capital Notes in Höhe von USD 1,725 Mia. in einen entsprechenden Nominalbetrag an Tier 1 BCN ab und führten somit den für den 23. Oktober 2013 geplanten Umtausch vorzeitig durch. Der beschleunigte Umtausch eines Teils der ausstehenden Tier 1 Capital Notes war eine von mehreren Massnahmen zur Kapitalstärkung, welche die Gruppe im Juli 2012 ankündigte.

Gemäss den Bestimmungen werden die Tier 1 BCN in Stammaktien der Credit Suisse Group umgewandelt, sollte die gemäss

schuss) ermittelte Quote des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1, CET1) der Gruppe zum Ende eines Kalenderquartals unter 7% (oder eine anwendbare niedrigere Mindestgrenze) fallen. Davon ausgenommen sind Fälle, in denen die

Zum Zeitpunkt der ursprünglichen Transaktion qualifizierte die Gruppe die Transaktion im Hinblick auf die Beurteilung der Bedingungen und der Corporate Governance als bedeutend und erachtete die Investoren als nahestehende Gesellschaften der Verwaltungsratsmitglieder Herrn Al Thani beziehungsweise Herrn Syriani. Der Verwaltungsrat (mit Ausnahme von Herrn Al Thani und Herrn Syriani, die sich nicht am Entscheidungsfindungsprozess beteiligten) befand, dass die Bedingungen der ursprünglichen Transaktion angesichts ihrer Grösse, der Art des bedingten Pufferkapitals, für das es keinen bestehenden Markt gibt, sowie

der Bedingungen der 2008 ausgegebenen und von den Investoren gehaltenen Tier 1 Capital Notes angemessen waren.

Emission von bedingten Pflichtwandelanleihen (MACCS)

Im Juli 2012 gab die Gruppe MACCS im Umfang von CHF 3,8 Mia. aus, die am 29. März 2013 zwingend in 233,5 Mio. Aktien zu einem Wandelpreis von CHF 16.29 je Aktie umgewandelt werden (mit vorzeitiger Umwandlung bei Eintreten bestimmter Eventualitäten und anderen Umständen, sogenannten «Viability Events»), wobei die Ausführung und Lieferung der Aktien für Anfang April 2013 vorgesehen ist. Strategische und institutionelle Anleger erwarben MACCS in Höhe von CHF 2,0 Mia. und Aktionäre übten Vorzugszeichnungsrechte für MACCS in Höhe von CHF 1,8 Mia. aus. Der Wandelpreis von CHF 16.29 je Aktie entsprach 95% des volumengewichteten durchschnittlichen Börsenkurses an den beiden Handelstagen unmittelbar vor der Transaktion. Zu den Anlegern in MACCS zählen verbundene Einheiten der Investoren, die nach Ansicht der Gruppe auch als nahestehende Gesellschaften unserer Verwaltungsratsmitglieder Herrn Al Thani beziehungsweise Herrn Syriani zu qualifizieren sind. Die Emission der MACCS war eine von mehreren im Jahr 2012 von der Gruppe durchgeführten Massnahmen zur Stärkung der Kapitalbasis. Nebst den Investoren haben eine Reihe anderer Kapitalgeber der Gruppe MACCS erworben. Dazu gehörten die Norges Bank und die Capital Group Companies Inc., die wie die Investoren ebenfalls bedeutende Aktienpositionen an unserer Gruppe halten. Die Bedingungen für die Wandlung der MACCS sind für sämtliche Käufer identisch.

Plus Bonds

Die Gruppe bot denjenigen Mitgliedern der Geschäftsleitung, die nicht an der Strukturierung dieses Instruments beteiligt waren, die Möglichkeit, ihre eigenen Mittel in Plus-Bond-Instrumente mit im Wesentlichen den gleichen Bedingungen wie die Plus Bond Awards, die bestimmten Mitarbeitenden als aufgeschobene variable Vergütung für 2012 zugeteilt wurden, zu investieren. In der Folge erwarben einige Mitglieder der Geschäftsleitung im Februar 2013 Plus-Bond-Instrumente in Höhe von insgesamt CHF 9 Mio.

Kredit zugunsten der Arcapita Bank

Im Februar 2012 stufte die Gruppe einen Kredit der Gruppe an die Arcapita Bank B.S.C. (Arcapita Bank) mit einem ausstehenden Nominalbetrag von USD 30 Mio. auf den Status «gefährdet» herab. Bei der Arcapita Bank handelt es sich um eine internationale Investmentgesellschaft mit Sitz in Bahrain. Der betreffende Kredit war im Jahr 2007 zu marktüblichen Konditionen verlängert worden. Zu diesem Zeitpunkt wies der Kredit kein überdurchschnittliches Wiedereinbringungsrisiko oder andere ungünstige Eigenschaften auf. Die Arcapita Bank kann über unser Verwaltungsratsmitglied Herrn Al Thani als ein der Gruppe nahestehendes Unternehmen gelten, da Herr Al Thani auch Mitglied des Verwaltungsrats der Arcapita Bank ist. Herr Al Thani gehört seit Oktober 2008 dem Verwaltungsrat der Arcapita Bank und seit 2010 dem Verwaltungsrat der Gruppe an. In beiden Gremien nahm er erst Einsitz, nachdem der Kredit gesprochen worden war. Im März 2012 leitete die Arcapita Bank in den USA ein Insolvenzverfahren nach Chapter 11 ein. Danach veräusserte die Gruppe ihre Kreditforderung in Höhe von USD 30 Mio. an einen aussenstehenden Käufer. Zum 31. Dezember 2012 wies die Gruppe keine Kreditausstände gegenüber der Arcapita Bank auf.

Verbindlichkeiten gegenüber eigenen

Vorsorgeeinrichtungen

Verbindlichkeiten gegenüber eigenen Vorsorgeeinrichtungen der Gruppe mit Leistungsprimat per 31. Dezember 2012 und 2011 in Höhe von CHF 3 232 Mio. beziehungsweise CHF 2 790 Mio. sind in verschiedenen Verbindlichkeiten in der konsolidierten Bilanz enthalten. Im Dezember 2011 investierte die Schweizer Vorsorgeeinrichtung der Gruppe CHF 350 Mio. in Mandatory Convertible Securities, ausgegeben durch die Credit Suisse Group Finance (Guernsey) Limited, eine nicht konsolidierte SPE und hundertprozentige Tochtergesellschaft der Gruppe. Diese Pflichtwandelwertschriften beinhalteten einen Coupon von 2% und werden bei Fälligkeit im Dezember 2012 in 16,5 Mio. Aktien der Gruppe umgewandelt. Per 31. Dezember 2012 und 2011 hatten zudem sonstige SPEs, die nicht konsolidiert werden und hundertprozentige Tochtergesellschaften der Gruppe sind, nominale Verbindlichkeiten in Höhe von CHF 78 Mio. beziehungsweise CHF 26 Mio. gegenüber den Vorsorgeeinrichtungen der Gruppe.

Von der Gruppe oder einer Tochtergesellschaft gewährte Ausleihungen an nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen

	2012	2011	2010
Von der Gruppe oder einer Tochtergesellschaft gewährte ausstehende Ausleihungen an nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen (in Mio. CHF)			
Bestand zu Beginn der Periode	13	45	83
Geldaufnahmen/(Rückzahlungen), netto	(1)	(32)	(38)
Bestand am Ende der Periode	12	13	45

29 Vorsorgepläne und sonstige Leistungen an Mitarbeitende im Ruhestand

Vorsorgepläne

Die Gruppe verfügt über Vorsorgepläne mit Leistungsprimat, Vorsorgepläne mit Beitragsprimat und sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand. Die bedeutendsten Vorsorgepläne sind in der Schweiz, den USA und in Grossbritannien.

Unter Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat versteht man Vorsorgepläne, welche spezifische Leistungen für die einzelnen Mitarbeitenden anlässlich ihrer Pensionierung vorsehen. Die Höhe der Leistungen basiert auf der Höhe des Salärs der betreffenden Mitarbeitenden, dem Dienst- und dem Pensionsalter. Vorsorgepläne mit Leistungsprimat führen keine individuellen Vorsorgekonti für die Teilnehmer, und Leistungen werden grundsätzlich in Form von Renten ausbezahlt. Die Pensionierten tragen weder das versicherungsmathematische Risiko (das Risiko, dass die zukünftige Vorsorgeverpflichtung höher ausfällt als erwartet beziehungsweise dass der/die Pensionierte länger lebt als die berechnete Dauer des Renteneinkommens) noch das Anlagerisiko (das Risiko, dass die investierten Vermögenswerte und entsprechenden Renditen aufgrund geringer oder negativer Erträge nicht zur Deckung der erwarteten Leistungen ausreichen).

Bei Vorsorgeplänen mit Beitragsprimat wird für jeden Teilnehmer ein eigenes Vorsorgekonto geführt. Die Leistungen an die einzelnen Teilnehmer beruhen ausschliesslich auf den Beiträgen, welche für dieses Vorsorgekonto geleistet werden, und hängen von den Erträgen, den Aufwendungen sowie den dem betreffenden Konto zugeschriebenen Gewinnen und Verlusten auf den Anlagen ab. Somit gibt es keine betraglich im Voraus festgesetzten Rentenleistungen auf den Zeitpunkt der Pensionierung, und die Teilnehmer tragen das gesamte versicherungsmathematische Risiko und das gesamte Anlagerisiko. Aufgrund der in der Schweiz gesetzlich vorgeschriebenen Mindestverzinsung auf diesen Vorsorgeplänen trägt der Arbeitgeber

weiterhin ein finanzielles Risiko. Daher gelten die betreffenden Pläne nach US GAAP als Leistungsprimatpläne.

Vorsorgepläne in der Schweiz

Die schweizerischen Vorsorgepläne der Gruppe erfassen die Mitarbeitenden in der Schweiz und sind als Stiftungen mit Sitz in Zürich errichtet. Am 1. Januar 2010 wurde der schweizerische Grundversicherungsplan mit dem bisherigen Rententeil (Leistungsprimat) um einen Sparteil (Beitragsprimat) erweitert, wobei ein partieller Wechsel vom Rententeil in den Sparteil vorgenommen wurde. Am 20. Dezember 2011 gab die Gruppe zudem den vollständigen Wechsel in den Sparteil des Plans und die Einstellung des Rententeils per 1. Januar 2013 bekannt. Für die Rechnungslegung nach US GAAP werden sowohl Rententeil als auch Sparteil des schweizerischen Grundversicherungsplans als Leistungsprimatpläne behandelt. Der Plan bietet Leistungen im Falle von Pensionierung, Tod und Erwerbsunfähigkeit und entspricht den gesetzlich vorgeschriebenen minimalen Vorsorgeleistungen gemäss schweizerischem Recht oder geht darüber hinaus. Per 31. Dezember 2012 und 2011 entfielen auf die Vorsorgepläne mit Leistungsprimat in der Schweiz rund 80% beziehungsweise 81% der den Leistungsprimatplänen der Gruppe angeschlossenen Mitarbeitenden sowie 83% beziehungsweise 84% des Fair Value der Planvermögen und 83% der Vorsorgeverpflichtungen aller Leistungsprimatpläne der Gruppe.

Im Rententeil des Plans basierten die Beiträge der Mitarbeitenden auf der Salärstufe jedes Mitarbeitenden und variierten zwischen 9,0% und 12,5%, je nach Alter der Mitarbeitenden und Deckungsgrad im Plan. Die Beiträge der Gruppe an den Grundversicherungsplan der Gruppe entsprachen mindestens 200% der Mitarbeiterbeiträge.

Im Sparteil des Plans hängen die Beiträge der Mitarbeitenden von ihrem Alter ab und werden als Prozentsatz des versicherten Lohns berechnet. Die Mitarbeitenden haben die Wahl

zwischen drei Beitragsniveaus, die abhängig von ihrem Alter sind und bei zwischen 5% und 14% liegen. Der Beitrag der Gruppe liegt zwischen 7,5% und 25% des versicherten Lohns und hängt vom Alter der betreffenden Mitarbeitenden ab.

Vorsorgepläne im Ausland

Für die Mitarbeitenden der Gruppe, welche an Standorten ausserhalb der Schweiz tätig sind, gibt es verschiedene Vorsorgepläne, einschliesslich Vorsorgeplänen mit Leistungs- und Beitragsprimat. Diese Pläne bieten Leistungen im Falle von Pensionierung, Tod, Erwerbsunfähigkeit oder Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Die Pensionsvorsorgeleistungen hängen vom Alter, von den Beiträgen und vom Salär ab. Die Finanzierungspolitik der Gruppe hinsichtlich dieser Pläne steht im Einklang mit den lokalen gesetzlichen und steuerlichen Vorschriften. Die getroffenen Berechnungsannahmen basieren auf den lokalen wirtschaftlichen Gegebenheiten.

Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand

In den USA unterhält die Gruppe sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand, die in erster Linie Gesundheits- und Fürsorgeleistungen für bestimmte Mit-

arbeitende im Ruhestand erbringen. Im Austausch für die gegenwärtig erbrachte Arbeitsleistung des Mitarbeitenden verpflichtet sich die Gruppe, nach dessen Pensionierung Gesundheits- und Fürsorgeleistungen zu erbringen. Die Verpflichtung der Gruppe hinsichtlich dieser Leistungen entsteht mit dem Erbringen der Dienste seitens des Mitarbeitenden, die den Mitarbeitenden berechtigen, im Ruhestand Leistungen aus dem Vorsorgeplan zu beziehen.

Vorsorgeaufwand

Der periodische Nettovorsorgeaufwand für Vorsorgepläne mit Leistungsprimat und sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand umfasst die Kosten des betreffenden Plans für die Periode, in welcher die einzelnen Mitarbeitenden Arbeitsleistungen erbringen. Der effektiv zu erfassende Betrag wird anhand einer versicherungsmathematischen Formel ermittelt, in die nebst anderen Faktoren der laufende Dienstzeitaufwand, der Zinsaufwand, die erwarteten Erträge des Planvermögens sowie die Amortisation von in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfassten nachzuerrechnenden Dienstzeitaufwänden/(-gutschriften) und versicherungsmathematischen Verlusten/(Gewinnen) einfließen.

Zusammensetzung des Vorsorgeaufwands

	Schweiz			Vorsorgepläne mit Leistungsprimat			Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat (Gesundheits- und Sozialvorsorge)		
	2012	2011	2010	2012	2011	2010	2012	2011	2010
Total Vorsorgeaufwand (in Mio. CHF)									
Dienstzeitaufwand aus Vorsorgeverpflichtungen	347	319	269	30	33	30	1	0	1
Zinsaufwand auf Vorsorgeverpflichtungen	378	416	453	127	123	134	8	7	9
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	(617)	(668)	(637)	(164)	(160)	(163)	0	0	0
Amortisation von berücksichtigtem/r nachzuerrechnendem/r Dienstzeitaufwand/(-gutschrift)	(52)	17	17	(1)	0	1	(2)	(2)	(2)
Amortisation von berücksichtigten versicherungsmathematischen Verlusten/(Gewinnen)	144	84	86	74	51	36	13	9	6
Periodischer Vorsorgeaufwand, netto	200	168	188	66	47	38	20	14	14
Verluste/(Gewinne) aus Planabgeltungen	90	0	1	0	0	(2)	0	0	0
Verluste/(Gewinne) aus Plankürzungen	(35)	1	0	0	0	0	0	0	0
Spezielle Abgangsleistungen	19	10	2	0	0	0	0	0	0
Total Vorsorgeaufwand	274	179	191	66	47	36	20	14	14

Der gesamte im Personalaufwand erfasste Vorsorgeaufwand betrug für 2012, 2011 und 2010 CHF 360 Mio., CHF 240 Mio. beziehungsweise CHF 241 Mio. Diese Beträge werden im sonstigen Personalaufwand ausgewiesen.

Seit dem zweiten Quartal 2011 hat die Gruppe im Rahmen ihres strategischen Plans eine Reihe von Kostensenkungsmassnahmen eingeleitet einschliesslich eines Personalabbaus. Dies führte 2012 zu Gewinnen aus Plankürzungen von CHF 35 Mio. und 2011 zu Verlusten aus Plankürzungen von CHF 1 Mio., bedingt durch die sofortige Erfassung einer Gutschrift in Bezug auf die nicht mehr zu erbringenden Dienstjahre, und zu zusätzlichen Kosten von CHF 90 Mio. im Jahr 2012 zur Abgeltung der Vorsorgeansprüche von Mitarbeitenden in der Schweiz, die effektiv gekündigt worden sind. 2012 und 2011 wurden spezielle Abgangsleistungen in Höhe von CHF 19 Mio. beziehungsweise CHF 10 Mio. im Zusammenhang mit den im Rahmen der Kostensenkungsmassnahmen erfolgten Frühpensionierungen in der Schweiz erfasst. Der im Dezember 2008 angekündigte Personalabbau hatte spezielle Abgangsleistungen in Bezug auf die schweizerischen Vorsorgepläne von CHF 2 Mio. und im Jahr 2010 Planabgeltungen von CHF 1 Mio. im Zusammenhang mit unserem Vorsorgeplan in der

Schweiz zur Folge. Die Aufhebung eines japanischen Vorsorgeplans im Jahr 2009 führte im Jahr 2010 zu einem Gewinn von CHF 2 Mio. aus der entsprechenden Planabgeltung.

Vorsorgeverpflichtungen

Die Vorsorgeverpflichtungen werden entweder als aktuelle Vorsorgeverpflichtungen (Accumulated Benefit Obligation, ABO) oder als zukünftige Vorsorgeverpflichtungen (Projected Benefit Obligation, PBO) ausgewiesen. Erstere beziehen sich auf den versicherungsmathematischen Barwert auf Basis der von den Mitarbeitenden bis zum Stichtag erbrachten Arbeitsleistungen und umfassen die aktuellen und vergangenen Lohn- und Gehaltsniveaus. Bei Letzteren kommen Annahmen zu zukünftigen Lohn- und Gehaltsentwicklungen hinzu.

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderungen der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen und des Fair Value der Planvermögen, die in der konsolidierten Bilanz erfassten Beträge für Vorsorgepläne mit Leistungsprimat und sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand sowie die aktuellen Vorsorgeverpflichtungen für die erstgenannten Vorsorgepläne.

Verbindlichkeiten und Deckungsgrad der Vorsorgepläne

im Jahr / Ende	Schweiz		Vorsorgepläne mit Leistungsprimat Ausland		Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat (Gesundheits- und Sozialvorsorge) Ausland	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Zukünftige Vorsorgeverpflichtungen (in Mio. CHF) ¹						
Beginn der Bemessungsperiode	13 944	13 813	2 675	2 373	174	160
Arbeitnehmerbeiträge	231	240	0	0	0	0
Dienstzeitaufwand	347	319	30	33	1	0
Zinsaufwand	378	416	127	123	8	7
Plananpassungen	(402)	(483)	0	(2)	0	0
Planabgeltungen	(335)	0	0	(1)	0	0
Plankürzungen	(64)	(51)	(12)	1	0	0
Spezielle Abgangsleistungen	19	10	1	4	0	0
Versicherungsmathematische Verluste/(Gewinne)	855	302	70	199	10	15
Entfernte Pläne	0	0	(6)	0	0	0
Auszahlungen von Vorsorgeleistungen	(677)	(622)	(103)	(56)	(8)	(8)
Währungsumrechnungsverluste/(-gewinne)	0	0	(9)	1	(5)	0
Ende der Bemessungsperiode	14 296	13 944	2 773	2 675	180	174
Fair Value des Planvermögens (in Mio. CHF)						
Beginn der Bemessungsperiode	13 604	13 428	2 586	2 121	0	0
Effektive Rendite auf dem Planvermögen	1 035	(121)	234	485	0	0
Arbeitgeberbeiträge	482	679	158	33	8	8
Arbeitnehmerbeiträge	231	240	0	0	0	0
Planabgeltungen	(335)	0	0	(1)	0	0
Auszahlungen von Vorsorgeleistungen	(677)	(622)	(103)	(56)	(8)	(8)
Währungsumrechnungsgewinne/(-verluste)	0	0	18	4	0	0
Ende der Bemessungsperiode	14 340	13 604	2 893	2 586	0	0
Bilanzierter Deckungsgrad (in Mio. CHF)						
Deckungsgrad der Pläne – Überdeckung/(Unterdeckung)	44	(340)	120	(89)	(180)	(174)
Total in der konsolidierten Bilanz bilanzierter Deckungsgrad per 31. Dezember	44	(340)	120	(89)	(180)	(174)
Total bilanzierter Betrag (in Mio. CHF)						
Anlagevermögen	45	0	695	498	0	0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	0	0	(7)	(8)	(8)	(8)
Langfristige Verbindlichkeiten	(1)	(340)	(568)	(579)	(172)	(166)
Total in der konsolidierten Bilanz bilanzierter Betrag per 31. Dezember	44	(340)	120	(89)	(180)	(174)
Aktuelle Vorsorgeverpflichtungen (in Mio. CHF) ²						
Ende der Bemessungsperiode	13 821	13 467	2 714	2 584	0	0

¹ Einschliesslich geschätzter zukünftiger Salärerhöhungen. ² Ohne geschätzte zukünftige Salärerhöhungen.

Gemäss US GAAP haben Arbeitgeber die Über- beziehungsweise Unterdeckung von Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat und sonstigen Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand in der Bilanz auszuweisen. Die Über- beziehungsweise Unterdeckung dieser Vorsorgepläne berechnet sich anhand der Differenz zwischen dem Fair Value der Planvermögen und den zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen.

Sie kann von Jahr zu Jahr aufgrund der Änderungen des Fair Value der Planvermögen und Änderungen der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen aufgrund von Änderungen der zugrundeliegenden Annahmen und der Bevölkerungsstatistik schwanken. In den Jahren 2012 und 2011 standen die Plankürzungen, Planabgeltungen und speziellen Abgangsleistungen in der Schweiz, die sich auf die zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen

auswirkten, im Zusammenhang mit dem Personalabbau im Zuge der Kostensenkungsmassnahmen. Zudem wurden im Schweizer Vorsorgeplan in den vergangenen zwei Jahren zwei Planänderungen vorgenommen: der Wechsel vom Rententeil in den Sparteil des Plans, der am 20. Dezember 2011 bekannt gegeben worden war und eine Abnahme der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen von CHF 515 Mio. zur Folge hatte, und die am 17. Dezember 2012 angekündigte anstehende Senkung des für die Rentenleistungen massgeblichen Umwandlungssatzes, die dazu führte, dass die zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen um CHF 402 Mio. abnahmen. 2011 wurde zudem beschlossen, die zwei Vorsorgepläne in der Schweiz – den Grundversicherungsplan und den Ergänzungsplan – zusammenzulegen, was zu einem nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwand von CHF 32 Mio. führte.

Per 31. Dezember 2012 und 2011 war eine Nettounterdeckung von CHF 16 Mio. beziehungsweise CHF 603 Mio. in

der konsolidierten Bilanz in Sonstige Aktiven und in Sonstige Verbindlichkeiten jeweils in der Zeile Sonstige ausgewiesen.

Im vierten Quartal 2011 leistete die Gruppe einen ausserordentlichen Beitrag in Höhe von CHF 203 Mio. an den schweizerischen Vorsorgeplan. Für das Jahr 2013 erwartet die Gruppe, dass sie Beiträge in Höhe von CHF 463 Mio. an die schweizerischen und ausländischen Vorsorgepläne mit Leistungsprimat und CHF 8 Mio. an die sonstigen Vorsorgepläne mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand leisten wird.

Vorsorgepläne mit Unterdeckung

Die folgende Tabelle zeigt die gesamten zukünftigen und aktuellen Vorsorgeverpflichtungen sowie den gesamten Fair Value der Planvermögen für jene Vorsorgepläne, welche per 31. Dezember 2012 beziehungsweise 2011 eine Unterdeckung bezogen auf die zukünftigen und aktuellen Vorsorgeverpflichtungen aufwiesen.

Unterdeckung von Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat

	Zukünftige Vorsorgeverpflichtungen übersteigen den Fair Value der Planvermögen ¹				Aktuelle Vorsorgeverpflichtungen übersteigen den Fair Value der Planvermögen ¹			
	Schweiz		Ausland		Schweiz		Ausland	
31. Dezember	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
in Mio. CHF								
Zukünftige Vorsorgeverpflichtungen	6	13 937	1 400	1 340	6	0	1 382	1 326
Aktuelle Vorsorgeverpflichtungen	5	13 460	1 364	1 304	5	0	1 354	1 296
Fair Value des Planvermögens	5	13 597	825	753	5	0	810	741

¹ Enthält nur die leistungsorientierten Vorsorgepläne, bei welchen die zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen / aktuellen Vorsorgeverpflichtungen den Fair Value der Planvermögen übersteigen.

Als kumulierte und als sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung erfasste Beträge

Die folgende Tabelle zeigt die versicherungsmathematischen Gewinne/(Verluste) sowie den/die nachzuverrechnende/n

Dienstzeitaufwand/(-gutschrift), welche in der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst und anschliessend als Komponenten des periodischen Nettovorsorgeaufwands verbucht wurden.

Als kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung erfasste Beträge nach Steuern

Ende	Vorsorgepläne mit Leistungsprimat		Sonstige Vorsorge- pläne mit Leistungs- primat (Gesundheits- und Sozialvorsorge)		Total	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Als erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung erfasste Beträge (in Mio. CHF)						
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	(3 748)	(3 696)	(53)	(55)	(3 801)	(3 751)
Nachzuverrechnende/r Dienstzeitgutschrift/(-aufwand)	607	358	3	4	610	362
Total	(3 141)	(3 338)	(50)	(51)	(3 191)	(3 389)

Die folgenden Tabellen zeigen die Bewegungen der erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung aufgrund versicherungsmathematischer Gewinne/(Verluste) und nachzuverrechnendem/r Dienstzeitaufwand/(-gutschrift), die in den Jahren 2012 und 2011 als kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung

erfasst wurden. Überdies zeigen die Tabellen die Amortisation der vorgenannten Positionen als Bestandteile des periodischen Nettovorsorgeaufwands für die erwähnten Berichtsperioden sowie die Beträge, welche 2013 voraussichtlich amortisiert werden.

Als sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung erfasste Veränderungen von Planvermögen und Vorsorgeverpflichtungen

	Vorsorgepläne mit Leistungsprimat			Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat (Gesundheits- und Sozialvorsorge)			Total netto
	Brutto	Steuern	Netto	Brutto	Steuern	Netto	
2012 (in Mio. CHF)							
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	(437)	92	(345)	(10)	4	(6)	(351)
Nachzuverrechnende/r Dienstzeitgutschrift/(-aufwand)	402	(83)	319	0	0	0	319
Amortisation von versicherungsmathematischen Verlusten/(Gewinnen)	218	(57)	161	13	(5)	8	169
Amortisation von nachzuverrechnendem/r Dienstzeitaufwand/(-gutschrift)	(53)	12	(41)	(2)	1	(1)	(42)
Sofortige Erfassung aufgrund von Plankürzungen/-abgeltungen	131	(28)	103	0	0	0	103
Total unter sonstiger erfolgsneutraler Eigenkapitalveränderung bilanzierter Betrag	261	(64)	197	1	0	1	198
2011 (in Mio. CHF)							
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	(965)	216	(749)	(15)	6	(9)	(758)
Nachzuverrechnende/r Dienstzeitgutschrift/(-aufwand)	485	(102)	383	0	0	0	383
Amortisation von versicherungsmathematischen Verlusten/(Gewinnen)	135	(35)	100	9	(4)	5	105
Amortisation von nachzuverrechnendem/r Dienstzeitaufwand/(-gutschrift)	17	(4)	13	(2)	1	(1)	12
Sofortige Erfassung aufgrund von Plankürzungen/-abgeltungen	49	(11)	38	0	0	0	38
Total unter sonstiger erfolgsneutraler Eigenkapitalveränderung bilanzierter Betrag	(279)	64	(215)	(8)	3	(5)	(220)

Als kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung erfasste Beträge, nach Steuern, welche 2013 voraussichtlich amortisiert werden

	Vorsorgepläne mit Leistungsprimat	Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat (Gesundheits- und Sozialvorsorge)
im Jahr 2013		
in Mio. CHF		
Amortisation von versicherungsmathematischen Verlusten/(Gewinnen)		251
Amortisation von nachzuverrechnendem/r Dienstzeitaufwand/(-gutschrift)		(76)
Total		175

Annahmen

Die Messung des periodischen Nettovorsorgeaufwands einerseits und der Vorsorgeverpflichtungen andererseits erfolgt anhand detaillierter Annahmen, von denen jede einzelne die

bestmögliche Schätzung eines bestimmten zukünftigen Ereignisses darstellt. Wo geeignet, sollten sie mit den im Markt erwarteten Durchschnittswerten und Benchmarks, dem Markttrend und den historischen Daten übereinstimmen.

Gewichtete durchschnittliche Annahmen zur Bestimmung des periodischen Nettovorsorgeaufwands und der Vorsorgeverpflichtungen

31. Dezember	Schweiz			Vorsorgepläne mit Leistungsprimat			Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat (Gesundheits- und Sozialvorsorge)		
	2012	2011	2010	2012	2011	2010	2012	2011	2010
Nettovorsorgeaufwand (in %)									
Diskontsatz	2.8	3.1	3.5	4.8	5.5	6.0	4.7	5.5	6.1
Salärentwicklung	1.4	2.0	2.6	4.0	4.2	4.3	–	–	–
Erwartete langfristige Rendite auf dem Planvermögen	4.3	4.8	4.8	6.4	7.3	7.2	–	–	–
Vorsorgeverpflichtungen (in %)									
Diskontsatz	2.2	2.8	3.1	4.5	4.8	5.5	4.3	4.7	5.5
Salärentwicklung	1.2	1.4	2.0	4.0	4.0	4.2	–	–	–

Annahmen zur Bestimmung des periodischen Nettovorsorgeaufwands und der Vorsorgeverpflichtungen

Die verwendeten Annahmen dienen der Feststellung angemessener Vorsorgeverpflichtungen zum Bemessungsstichtag sowie zur Berechnung des periodischen Nettovorsorgeaufwands für die auf das betreffende Datum folgenden zwölf Monate. Der Diskontsatz ist einer der Faktoren zur Bestimmung des Barwerts der zukünftigen, zum Bemessungsstichtag als notwendig erachteten künftigen Mittelabflüsse zur Deckung der Vorsorgeverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit. Die Annahmen zu Salärerhöhungen dienen zur Berechnung der zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen, deren Messung auf der Annahme der künftigen Höhe der Vergütung basiert.

Die erwartete langfristige Rendite der Planvermögen, welche zur Berechnung des erwarteten Ertrags der Planvermögen als Teil des periodischen Nettovorsorgeaufwands dient, entspricht dem durchschnittlichen Ertrag der zur Deckung der in den zukünftigen Vorsorgeverpflichtungen enthaltenen Leistungen angelegten beziehungsweise anzulegenden Mittel. Bei der Schätzung dieser Rendite sind die Erträge aus den Planvermögen und die wahrscheinlich zur Wiederanlage zur Verfügung stehenden Renditen gebührend zu beachten.

Die erwarteten langfristigen Renditen der Planvermögen beruhen auf Total-Return-Prognosen und Schätzungen der Volatilität und der Korrelationen. Nach Möglichkeit wurden analoge, wenn nicht verwandte Verfahren zur Prognose der Renditen in den einzelnen Anlageklassen verwendet. Bei den meisten Anlageklassen wurde in der Renditeprognose mit eindeutig spezifizierten multilinenaren Regressionsmodellen oder mit traditionellen Modellen wie dem Dividendendiskontmodell und Fair-Value-Modellen gearbeitet.

Die erwarteten langfristigen Renditen für Schuldtitel berücksichtigen sowohl auflaufende Zinserträge als auch Kursentwicklungen. Die wahrscheinliche langfristige Beziehung zwischen der Gesamrendite und bestimmten exogenen Variablen, die von Wirtschaftsmodellen bestimmt werden, wird explizit genutzt, so dass zwischen den Prognosen zur Gesamrendite im Bereich Schuldtitel und den Makroprognosen eine direkte Beziehung besteht.

Zur Abschätzung der erwarteten langfristigen Renditen auf Beteiligungspapieren verwenden wir ein zweiphasiges Dividendendiskontmodell, das auf Basis der Konsensertragsprognosen der Analysten eine marktimplizierte Aktienrisikoprämie berechnet. Die Dividenden werden anhand der Konsensertragsprognosen im Markt und der historischen Auszahlungsquote geschätzt. Danach folgt eine Szenarioanalyse als Stresstest für die Renditeniveaus.

Die erwartete langfristige Rendite von Immobilien beruht auf Fehlerkorrekturmodellen. Die ihnen zugrunde liegenden ökonomischen Modelle berücksichtigen sowohl den Mietermarkt als auch den Einfluss der Kapitalmärkte im direkten Immobilienmarkt. So entsteht eine replizierbare und robuste Prognosemethode für erwartete Renditen aus Immobilienaktien, Fonds und direkten Marktindizes.

Die erwarteten langfristigen Renditen in den Anlageklassen Private Equity und Hedgefonds werden mithilfe von Private-Equity- und Hedgefonds-Benchmarks und entsprechenden Indizes geschätzt. Für Private Equity und Hedgefonds sind eine Reihe von Faktoren massgeblich für die Renditen. Diese Faktoren werden mithilfe von multiplen linearen Regressionsmodellen mit verzögerten Renditen erfasst. Dieser Ansatz trägt auch der Tatsache Rechnung, dass die betreffenden alternati-

ven Anlagen tendenziell positiv mit den aktuellen und den verzögerten Aktienrenditen korreliert sind.

Annahmen zur Kostenentwicklung im Gesundheitswesen

Die Kostentrends im Gesundheitswesen dienen zur Festlegung angemessener Kosten der sonstigen Vorsorgepläne mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand. Zur Bestimmung dieser Kosten wurden die Kosten der versicherten Gesundheitsvorsorgeleistungen mit einem gewichteten jährlichen Durchschnittssatz von je 9,00% für 2012 und 2011 beziehungsweise 9,75% für 2010 veranschlagt. Per 31. Dezember 2012 wird angenommen, dass dieser Satz bis im Jahr 2020 allmählich auf 5% fallen und danach konstant bleiben dürfte. Per 31. Dezember 2012, 2011 und 2010 hätte eine Zunahme des Satzes der Gesundheitskostenentwicklung um 1% im Rahmen dieser Annahmen zu einer Zunahme der Aufwendungen für Mitarbeitende im Ruhestand von CHF 1,4 Mio., CHF 1,3 Mio. beziehungsweise CHF 1,5 Mio. sowie zu einer Zunahme der kumulierten Vorsorgeverpflichtungen für Leistungsprimatpläne von CHF 27 Mio., CHF 23 Mio. beziehungsweise CHF 26 Mio. geführt. Per 31. Dezember 2012, 2011 und 2010 hätte eine Abnahme des Satzes der Gesundheitskostenentwicklung um 1% im Rahmen dieser Annahmen zu einer Abnahme der Aufwendungen für Mitarbeitende im Ruhestand von CHF 1,1 Mio., CHF 1,1 Mio. beziehungsweise CHF 1,2 Mio. sowie zu einer Abnahme der kumulierten Vorsorgeverpflichtungen für Leistungsprimatpläne von CHF 22 Mio., CHF 19 Mio. beziehungsweise CHF 21 Mio. geführt.

Planvermögen und Anlagestrategie

Bei den Planvermögen handelt es sich um Aktiven, die ausgedehnt und mit Restriktionen versehen wurden, um Leistungen des Plans zu decken. Diese Planvermögen werden per Bemessungsstichtag zum Fair Value erfasst.

Bei den Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat der Gruppe verfolgt die Credit Suisse Group einen Total-Return-Ansatz, wonach – bei sorgfältig gewähltem Risiko – zur Maximierung der langfristigen Rendite der Planvermögen eine diversifizierte Mischung aus Schuld- und Beteiligungstiteln und alternativen Anlagen, insbesondere Hedgefonds und Private Equity, verwendet wird. Ziel dieser Anlagestrategie ist es, durch eine langfristig überdurchschnittliche Performance der Aktiven den Aufwand für die Vorsorgepläne zu übertreffen und so die Kosten für die Vorsorgepläne zu minimieren. Die Risikotoleranz wird durch eine sorgfältige Einschätzung der Vorsorgeverpflichtungen, des Deckungsgrades der Vorsorgepläne und der finanziellen Situation der Gruppe ermittelt. Darüber hinaus wird bei der Anlage in Beteiligungstiteln sowohl zwischen schweizerischen und ausländischen Aktien als auch zwischen Wachstums-, Substanz- sowie klein- und grosskapitalisierten Werten

diversifiziert. Anlagen in Immobilien und alternative Anlagen, wie Private Equity und Hedgefonds, werden zur Verbesserung der langfristigen Renditen und der Portfoliodiversifikation getätigt. ◉ Derivate können zur Absicherung von Marktrisiken eingesetzt werden, jedoch nicht zur Verschuldung des Portfolios über den Marktwert der zugrunde liegenden Investitionen hinaus. Das Anlagerisiko wird kontinuierlich durch periodische Überprüfungen der Vermögenswerte und der Verbindlichkeiten sowie durch vierteljährliche Überprüfungen der Anlageportfolios eruiert und überwacht. Zur Begrenzung des Anlagerisikos halten die Vorsorgepläne der Gruppe festgelegte Richtlinien für die strategische Vermögensallokation ein. Je nach Marktbedingungen werden diese Richtlinien kurzfristig noch restriktiver gehandhabt.

Per 31. Dezember 2012 und 2011 betrug der Fair Value der in den Planvermögen der Leistungsprimatpläne der Gruppe investierten Schuldtitel der Gruppe insgesamt CHF 256 Mio. beziehungsweise CHF 598 Mio., während der Fair Value der Beteiligungstitel und Optionen der Gruppe sich auf insgesamt CHF 109 Mio. beziehungsweise CHF 33 Mio. belief.

Fair-Value-Hierarchie der Planvermögen

- [Siehe «Fair-Value-Hierarchie» in Anhang 33 – Finanzinstrumente für weitere Informationen zur Fair-Value-Hierarchie.](#)

Qualitative Offenlegung der bei der Ermittlung des Fair Value verwendeten Bewertungstechniken

Liquide Mittel

Liquide Mittel umfassen Geldmarktinstrumente, wie Bankers' Acceptances, Certificates of Deposit, ◉CPs, Buchforderungen, Treasury Bills, sonstige Forderungen und gemischte Anlagen. Die Bewertung der Geldmarktinstrumente und gemischten Anlagen erfolgt im Allgemeinen anhand beobachtbarer Eingabeparameter.

Schuldtitel

Die Schuldtitel umfassen Staats- und Unternehmensanleihen, für die normalerweise in aktiven Märkten Preise gestellt werden. Bei Schuldtiteln, für die keine Marktpreise zur Verfügung stehen, beruhen die Bewertungen auf den Renditen, welche den zugeschriebenen Risikograd des Emittenten und die Laufzeit der Emission sowie die jüngsten Veräusserungen in den betreffenden Märkten oder andere Modellierungstechniken berücksichtigen, wobei gegebenenfalls Wertungen eine Rolle spielen.

Beteiligungspapiere

Die in den Planvermögen enthaltenen Beteiligungspapiere umfassen unter anderem Stammaktien, Wandelanleihen und Aktien von Investmentgesellschaften sowie Fondsanteile. Die

Beteiligungspapiere werden in der Regel an öffentlichen Börsen gehandelt, wobei regelmässig gestellte Kurse erhältlich sind. Wandelanleihen werden im Allgemeinen unter Verwendung von beobachtbaren Kursen bewertet. Aktien von Investmentgesellschaften und Fondsanteile, die nicht direkt an einer öffentlichen Börse gehandelt werden beziehungsweise deren Fair Value sich nicht ohne Weiteres feststellen lässt, werden anhand des Nettoinventarwerts zum Fair Value bewertet.

Derivate

Derivate bestehen sowohl aus OTC- als auch aus börsengehandelten Derivaten. Der Fair Value von OTC-Derivaten wird anhand von Eingabeparametern ermittelt, bei denen die Eigenschaften des Derivats berücksichtigt werden, die sich auf seinen wirtschaftlichen Charakter auswirken. Bei der Bestimmung des Fair Value zahlreicher Derivate ist nur ein begrenztes Mass an Subjektivität vorhanden, da sich die erforderlichen Eingabeparameter in der Regel im Markt beobachten lassen. Für komplexere Derivate können auch nicht beobachtbare Eingabeparameter verwendet werden. Zu diesen Parametern zählen langfristige Volatilitätshypothesen für OTC-Optionsgeschäfte und Annahmen zur Wiedereinbringungsrate bei Kreditderivatgeschäften. Der Fair Value von börsengehandelten Derivaten wird üblicherweise aus den beobachtbaren Preisen und/oder beobachtbaren Eingabeparametern abgeleitet.

Immobilien

Anlagen in Immobilien umfassen sowohl Direktanlagen als auch Anlagen in Immobiliengesellschaften, Immobilienanlagetrusts oder Immobilienfonds. Direktanlagen werden anlässlich der Ersterfassung zum Anschaffungswert verbucht, da dies dem Fair Value am nächsten kommt. Danach werden diese Anlagen individuell anhand zahlreicher Faktoren zum Fair Value bewertet. Diese Faktoren umfassen etwa die jüngsten Finanzierungsrunden mit neuen Drittanlegern, vergleichbare Unternehmenstransaktionen, Analysen der Multiplikatoren auf Geldflüssen oder Buchwerten sowie Analysen von abdiskontierten zukünftigen Geldflüssen (Discounted-Cashflow-Analysen). Häufig

sind die in diesen Modellen verwendeten Eingabeparameter nur in beschränktem Mass verfügbar, so dass die Einschätzung ihrer Entwicklung im Zeitverlauf in hohem Mass von der Beurteilung des Managements abhängt. Immobiliengesellschaften, -trusts und -anlagefonds, die nicht direkt an einer öffentlichen Börse gehandelt werden beziehungsweise deren Fair Value sich nicht ohne Weiteres feststellen lässt, werden anhand des Nettoinventarwerts zum Fair Value bewertet.

Alternative Anlagen

Private-Equity-Anlagen umfassen Direktanlagen sowie Anlagen in Partnerschaften, welche Private-Equity- und verbundene Anlagen in verschiedenen Portfoliogesellschaften und Fonds tätigen, sowie Dachfonds-Partnerschaften. Die Private-Equity-Positionen umfassen sowohl börsengehandelte als auch Wertchriften ohne öffentlichen Markt. Mit Restriktionen behaftete oder nicht in aktiven Märkten börsengehandelte Anlagen werden anhand öffentlich verfügbarer Preise mit angemessenen Anpassungen für Liquiditäts- oder Handelsbeschränkungen bewertet. In die Bewertung von Private Equity fliessen zahlreiche Faktoren wie etwa die jüngste Finanzierungsrunde mit neuen Drittanlegern, Analysen des Kurs-Gewinn-Verhältnisses vergleichbarer Unternehmen oder Discounted-Cashflow-Analysen ein. Falls der Fair Value bestimmter Private-Equity-Anlagen sich nicht leicht ermitteln lässt, werden diese Anlagen anhand des durch den General Partner gestellten Nettoinventarwerts zum Fair Value bewertet.

Nicht direkt an einer Börse gehandelte Hedgefonds beziehungsweise Hedgefonds, deren Fair Value nicht ohne weiteres bestimmbar ist, werden anhand des durch die Verwaltungsgesellschaft gestellten Nettoinventarwerts zum Fair Value bewertet.

Fair Value der Planvermögen

Die folgenden Tabellen zeigen die periodisch zum Fair Value bewerteten Planvermögen der Vorsorgepläne mit Leistungsprimat der Gruppe per 31. Dezember 2012 und 2011.

Periodisch zum Fair Value bewertete Planvermögen

Ende	2012				2011			
	Level 1	Level 2	Level 3	Total	Level 1	Level 2	Level 3	Total
Planvermögen zum Fair Value (in Mio. CHF)								
Flüssige Mittel	2 630	0	0	2 630	2 212	0	0	2 212
Schuldtitle	1 137	2 894	0	4 031	1 525	3 890	0	5 415
davon Staaten	959	28	0	987	1 410	39	0	1 449
davon Unternehmen	178	2 866	0	3 044	115	3 851	0	3 966
Beteiligungstitel	1 821	1 651	0	3 472	1 040	1 421	0	2 461
Immobilien	0	552	1 080	1 632	0	500	1 034	1 534
davon direkt	0	0	1 078	1 078	0	0	1 034	1 034
davon indirekt	0	552	2	554	0	500	0	500
Alternative Anlagen	0	1 908	662	2 570	0	1 376	606	1 982
davon Private Equity	0	0	662	662	0	0	606	606
davon Hedgefonds	0	1 668	0	1 668	0	1 583	0	1 583
davon Sonstige	0	240 ¹	0	240	0	(207) ¹	0	(207)
Sonstige Anlagen	0	5	0	5	0	0	0	0
Schweiz	5 588	7 010	1 742	14 340	4 777	7 187	1 640	13 604
Flüssige Mittel	0	394	0	394	51	18	0	69
Schuldtitle	234	985	71	1 290	130	792	90	1 012
davon Staaten	234	8	0	242	128	2	0	130
davon Unternehmen	0	977	71	1 048	2	790	90	882
Beteiligungstitel	188	562	0	750	82	807	0	889
Immobilien – indirekt	0	0	89	89	0	0	84	84
Alternative Anlagen	0	241	34	275	3	351	90	444
davon Private Equity	0	0	4	4	0	0	9	9
davon Hedgefonds	0	0	30	30	0	0	81	81
davon Sonstige	0	241 ¹	0	241	3	351 ¹	0	354
Sonstige Anlagen	0	95	0	95	0	88	0	88
Ausland	422	2 277	194	2 893	266	2 056	264	2 586
Total Planvermögen zum Fair Value	6 010	9 287	1 936	17 233	5 043	9 243	1 904	16 190

¹ Hauptsächlich aus derivativen Instrumenten.

Periodisch zum Fair Value bewertete Planvermögen in Level 3

	Bestand zu Beginn der Periode	Überträge an	Überträge aus	Effektive Rendite auf dem Planvermögen		Käufe, Verkäufe, Abwick- lungen	Fremd- währungs- umrech- nungs- einfluss	Bestand am Ende der Periode
				Auf per Bilanzstich- tag noch gehaltenen Aktiven	Auf während der Periode verkauften Aktiven			
2012 (in Mio. CHF)								
Schuldtitle – Unternehmen	90	0	(28)	9	3	(3)	0	71
Immobilien	1 118	0	0	50	0	3	(2)	1 169
davon direkt	1 034	0	0	44	0	0	0	1 078
davon indirekt	84	0	0	6	0	3	(2)	91
Alternative Anlagen	696	0	0	(17)	3	31	(17)	696
davon Private Equity	615	0	0	(18)	2	82	(15)	666
davon Hedgefonds	81	0	0	1	1	(51)	(2)	30
Total Planvermögen zum Fair Value	1 904	0	(28)	42	6	31	(19)	1 936
davon Schweiz	1 640	0	0	27	0	89	(14)	1 742
davon Ausland	264	0	(28)	15	6	(58)	(5)	194
2011 (in Mio. CHF)								
Schuldtitle – Unternehmen	122	30	(2)	(4)	5	(61)	0	90
Immobilien	1 066	0	0	31	0	21	0	1 118
davon direkt	1 014	0	0	20	0	0	0	1 034
davon indirekt	52	0	0	11	0	21	0	84
Alternative Anlagen	667	3	(4)	25	(2)	6	1	696
davon Private Equity	581	0	0	28	(5)	10	1	615
davon Hedgefonds	81	3	0	(3)	3	(3)	0	81
davon Sonstige	5	0	(4)	0	0	(1)	0	0
Total Planvermögen zum Fair Value	1 855	33	(6)	52	3	(34)	1	1 904
davon Schweiz	1 587	0	0	47	(5)	10	1	1 640
davon Ausland	268	33	(6)	5	8	(44)	0	264

Die folgende Tabelle zeigt die Vermögensstruktur der Pläne zum Bemessungstichtag auf Basis des Fair Value zu diesem Zeitpunkt unter Berücksichtigung der Wertentwicklung der einzelnen Anlageklassen.

Gewichtete durchschnittliche Struktur der Planvermögen zum Bemessungstichtag

31. Dezember	Schweiz		Ausland	
	2012	2011	2012	2011
Gewichtete durchschnittliche Struktur des Planvermögens (in %)				
Flüssige Mittel	18.3	16.2	13.6	2.7
Schuldtitle	28.1	39.8	44.6	39.1
Beteiligungstitel	24.2	18.1	25.9	34.4
Immobilien	11.4	11.3	3.1	3.2
Alternative Anlagen	18.0	14.6	9.5	17.2
Versicherungen	0.0	0.0	3.3	3.4
Total	100.0	100.0	100.0	100.0

Die folgende Tabelle zeigt die angestrebte Struktur der Planvermögen für 2013 in Übereinstimmung mit der Anlagestrategie der Gruppe. Die angestrebte Struktur der Planvermögen

wird dazu verwendet, die erwartete Rendite der Planvermögen zu bestimmen, die im Nettovorsorgeaufwand für 2013 berücksichtigt wird.

Zukünftige gewichtete durchschnittliche Zielstruktur der Planvermögen

	Schweiz	Ausland
2013 (in %)		
Flüssige Mittel	10	0
Schuldtitle	40	62
Beteiligungstitel	25	22
Immobilien	10	3
Alternative Anlagen	15	10
Versicherungen	0	3
Total	100	100

Geschätzte zukünftige Auszahlungen aus Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat und sonstigen Vorsorgeplänen mit Leistungsprimat für Mitarbeitende im Ruhestand

	Vorsorgepläne mit Leistungsprimat	Sonstige Vorsorgepläne mit Leistungsprimat (Gesundheits- und Sozialvorsorge)
Geschätzte zukünftige Auszahlungen von Vorsorgeleistungen (in Mio. CHF)		
2013	942	8
2014	933	9
2015	927	9
2016	909	10
2017	888	11
Für die fünf nachfolgenden Jahre	4 709	57

Vorsorgepläne mit Beitragsprimat

Die Gruppe leistet auch Beiträge an verschiedene Vorsorgepläne mit Beitragsprimat. Diese befinden sich vor allem in den USA und in Grossbritannien, aber auch in anderen Ländern

der Welt. In den Jahren 2012, 2011 und 2010 beliefen sich die von der Gruppe geleisteten Beitragszahlungen und die entsprechenden Aufwendungen auf CHF 221 Mio., CHF 246 Mio. beziehungsweise CHF 263 Mio.

30 Derivat- und Absicherungsgeschäfte

Derivate sind im Allgemeinen entweder privat ausgehandelte OTC-Kontrakte oder über regulierte Börsen abgewickelte Standardkontrakte. Die Gruppe setzt als Derivate für Handels- und Risikomanagementzwecke zumeist Zins-, Fremdwährungs- und Credit Default Swaps, Zins- und Devisenoptionen, Devisenterminkontrakte sowie Devisen- und Zinsfutures ein.

Die Gruppe geht auch Kontrakte ein, die nicht in vollem Umfang als Derivate gelten, bei denen jedoch Eigenschaften mit derivativem Charakter eingebettet sind. Solche Transaktionen umfassen im Wesentlichen ausgegebene und erworbene strukturierte Schuldtitel, bei denen die Rendite im Verhältnis zu einem Beteiligungspapier, Index oder dem Kreditrisiko einer Drittpartei berechnet werden kann oder die nicht standardisierte Zins- oder Fremdwährungsbedingungen aufweisen.

Zum Zeitpunkt des Abschlusses der Derivatkontrakte weist die Gruppe das Derivat einer der folgenden Kategorien zu:

- Handelsgeschäfte;
- Risikomanagementgeschäft, das gemäss Rechnungslegungsstandards nicht als Absicherung qualifiziert (wird als «Economic Hedge» bezeichnet);
- Fair-Value-Absicherungsgeschäft einer erfassten Aktiv- oder Passivposition;
- Cashflow-Absicherungsgeschäft gegenüber Veränderungen eines zu bezahlenden oder zu erhaltenden Cashflows in Bezug auf eine erfasste Aktiv- oder Passivposition oder eine erwartete Transaktion; oder

- Nettoinvestitionsabsicherung einer Beteiligung an einem ausländischen Geschäftsbetrieb.

Handelsgeschäfte

Die Gruppe ist auf den wichtigsten Handelsmärkten präsent und tätigt Geschäfte mit zahlreichen anerkannten Handels- und Absicherungsprodukten. Diese Geschäfte umfassen wie erwähnt den Einsatz von Swaps, Futures, Optionen und strukturierten Produkten, wie kundenspezifische Transaktionen mit Kombinationen von Derivaten, im Rahmen von Verkäufen und Handelsgeschäften. Zu Letzteren gehören Market-Making, Risikopositionierung und Arbitrage. Der Grossteil der von der Gruppe gehaltenen derivativen Finanzinstrumente wurde zu Handelszwecken eingesetzt.

Economic Hedges

Wirtschaftliche Absicherungsgeschäfte (Economic Hedges) bestehen, wenn Derivatgeschäfte, welche die Gruppe im Rahmen ihres Risikomanagements einsetzt, nicht für das Hedge Accounting im Sinne von US GAAP qualifizieren. Dabei kommen folgende Instrumente zum Einsatz:

- Zinsderivate zur Absicherung des Zinserfolgs auf bestimmten Aktiven und Verbindlichkeiten des Kernbankgeschäfts;
- Fremdwährungsderivate zur Absicherung des Fremdwährungsrisikos auf bestimmten Ertrags- und Aufwandskom-

- ponenten wie auch den Aktiven und Verbindlichkeiten des Kernbankgeschäfts;
- Kreditderivate zur Absicherung des Kreditrisikos bestimmter Kreditportfolios; und
 - Futures zur Steuerung von Risiken aus Aktienpositionen einschliesslich Wandelanleihen.

Derivate, die für wirtschaftliche Absicherungen eingesetzt werden, werden in der konsolidierten Bilanz als Handelsbestände oder Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen erfasst.

Absicherungsgeschäfte

Fair-Value-Absicherungsgeschäfte

Die Gruppe legt Fair-Value-Absicherungsgeschäfte im Rahmen einer umfassenden Zinsrisikomanagementstrategie fest, welche die Verwendung derivativer Instrumente einschliesst, um die durch Zinsbewegungen verursachten Ertragsschwankungen zu minimieren. Zusätzlich zu den Absicherungen von Fair-Value-Veränderungen infolge des Zinsrisikos in Zusammenhang mit festverzinslichen Ausleihungen, Repo-Geschäften und langfristigen Schuldtiteln werden von der Gruppe folgende Instrumente eingesetzt:

- Fremdwährungsswaps zur Umwandlung von in Fremdwährung ausgestellten festverzinslichen Aktiven oder Verbindlichkeiten in variabel verzinsliche Aktiven und Verbindlichkeiten in der Funktionalwährung; sowie
- Devisenterminkontrakte zur Absicherung des Fremdwährungsrisikos im Zusammenhang mit zur Veräusserung verfügbaren Wertpapieren.

Cashflow-Absicherungsgeschäfte

Die Gruppe legt Cashflow-Absicherungsgeschäfte im Rahmen ihrer Strategie fest, das Risiko von Schwankungen von Geldflüssen aus Ausleihungen, Einlagen und anderen Schuldverschreibungen zu begrenzen. Dazu nutzt sie Zinssatzswaps zur Umwandlung von variabel verzinslichen in festverzinsliche Aktiven oder Verbindlichkeiten. Die Gruppe verwendet auch Fremdwährungsswaps, um in einer Fremdwährung ausgestellte festverzinsliche und variabel verzinsliche Aktiven oder Verbindlichkeiten in festverzinsliche Aktiven oder Verbindlichkeiten umzuwandeln, je nach Währungsprofil, welchem die Gruppe ausgesetzt sein möchte. Dieses Profil umfasst unter anderem Schweizer Franken und US-Dollar. Ausserdem setzt die Gruppe Derivate zur Absicherung der Geldflüsse im Zusammenhang mit erwarteten Transaktionen ein. Per Ende 2012 sicherte die

Gruppe mit Cashflow-Absicherungsgeschäften ihr Risiko von künftigen Cashflow-Schwankungen aus erwarteten Transaktionen für maximal acht Monate ab. Davon ausgenommen waren jene erwarteten Transaktionen, die mit der Zahlung von variablen Zinsen auf bestehende Finanzinstrumente zusammenhängen.

Nettoinvestitionsabsicherungsgeschäfte

Die Gruppe legt Nettoinvestitionsabsicherungsgeschäfte im Rahmen ihrer Strategie zur Absicherung ausgewählter Beteiligungen an ausländischen Geschäftsbetrieben gegenüber Fremdwährungsschwankungen fest, wozu in der Regel Devisenterminkontrakte verwendet werden.

Beurteilung der Wirksamkeit von Absicherungsgeschäften

Die Wirksamkeit von Absicherungsgeschäften wird von der Gruppe sowohl voraus- als auch rückblickend beurteilt. Die vorausblickende Beurteilung erfolgt sowohl zu Beginn einer Absicherung als auch auf einer fortlaufenden Basis. Von der Gruppe wird dabei verlangt, dass sie ihre Erwartung einer hohen Wirksamkeit der Absicherungsbeziehung über zukünftige Perioden begründet. Die rückblickende Beurteilung erfolgt ebenfalls fortlaufend. Die Gruppe muss dabei beurteilen, ob die Absicherungsbeziehung tatsächlich wirksam war. Wenn die Gruppe rückblickend die Absicherungsgeschäfte der laufenden Periode für angemessen hält, wird der nicht wirksame Teil des Absicherungsgeschäfts ermittelt und in der Erfolgsrechnung verbucht.

Fair Value von derivativen Instrumenten

Die folgenden Tabellen zeigen den Brutto-Wiederbeschaffungswert von Derivaten nach Kontraktarten und Position in der Bilanz sowie nach Einsatz der betreffenden Derivate zu Handelszwecken beziehungsweise in einer qualifizierenden Absicherungsbeziehung. Die angegebenen Nominalbeträge illustrieren den Umfang der Derivatgeschäfte innerhalb der Gruppe.

Auf Angaben zu separierten (bifurcated) eingebetteten Derivaten wurde in dieser Tabelle verzichtet. Die Gruppe hat ihr Wahlrecht gemäss US GAAP ausgeübt und bewertet grundsätzlich alle Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten, die nicht eindeutig und eng mit dem Basisvertrag zusammenhängen, zum Fair Value.

- ▶ Siehe «Anhang 33 – Finanzinstrumente» für weitere Informationen zur Ermittlung des Fair Value von Derivaten durch die Gruppe.

Fair Value von derivativen Instrumenten

	Handel			Absicherung ¹		
	Kontrakt- volumen	Positiver Wieder- beschaf- fungswert	Negativer Wieder- beschaf- fungswert	Kontrakt- volumen	Positiver Wieder- beschaf- fungswert	Negativer Wieder- beschaf- fungswert
Ende 2012						
Derivative Instrumente (in Mia. CHF)						
Termin- und Zinstermingeschäfte	8 055.9	2.6	2.5	0.0	0.0	0.0
Swaps	29 155.2	635.6	630.1	62.8	3.9	1.5
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	3 739.9	62.4	62.6	0.0	0.0	0.0
Futures	1 145.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	952.0	0.3	0.2	0.0	0.0	0.0
Zinsprodukte	43 048.4	700.9	695.4	62.8	3.9	1.5
Termingeschäfte	2 133.4	21.6	21.3	19.6	0.2	0.1
Swaps	1 336.3	32.2	46.6	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	985.3	9.7	10.7	0.0	0.0	0.0
Futures	14.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	3.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Fremdwährungsprodukte	4 473.5	63.5	78.6	19.6	0.2	0.1
Termingeschäfte	29.1	0.9	1.2	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	32.3	0.6	0.6	0.0	0.0	0.0
Futures	0.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Edelmetallprodukte	62.3	1.5	1.8	0.0	0.0	0.0
Termingeschäfte	5.5	0.6	0.0	0.0	0.0	0.0
Swaps	211.0	4.6	5.8	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	214.9	11.4	11.1	0.0	0.0	0.0
Futures	74.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	338.2	13.7	14.1	0.0	0.0	0.0
Beteiligungs-/Indexprodukte	844.0	30.3	31.0	0.0	0.0	0.0
Kreditderivate ²	1 694.4	30.6	29.8	0.0	0.0	0.0
Termingeschäfte	2.2	0.2	0.2	0.0	0.0	0.0
Swaps	55.3	3.6	3.1	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	21.9	1.0	1.0	0.0	0.0	0.0
Futures	186.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	50.4	1.6	1.7	0.0	0.0	0.0
Sonstige Produkte ³	316.5	6.4	6.0	0.0	0.0	0.0
Total derivative Instrumente	50 439.1	833.2	842.6	82.4	4.1	1.6

Das Kontraktvolumen der derivativen Instrumente (Handel und Absicherung) betrug per 31. Dezember 2012 CHF 50 521,5 Mia.

¹ Bezieht sich auf Derivatkontrakte, die unter US GAAP für Hedge Accounting qualifizieren. ² Hauptsächlich Credit Default Swaps. ³ Hauptsächlich Rohstoffe, Energie- und Emissionsprodukte.

Fair Value von derivativen Instrumenten (Fortsetzung)

Ende 2011	Handel			Absicherung ¹		
	Kontrakt- volumen	Positiver Wieder- beschaf- fungswert	Negativer Wieder- beschaf- fungswert	Kontrakt- volumen	Positiver Wieder- beschaf- fungswert	Negativer Wieder- beschaf- fungswert
Derivative Instrumente (in Mia. CHF)						
Termin- und Zinstermingeschäfte	7 210.5	4.5	4.2	0.0	0.0	0.0
Swaps	28 754.5	658.0	650.0	71.2	3.8	2.3
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	2 902.5	65.9	66.3	0.0	0.0	0.0
Futures	2 537.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	962.3	0.4	0.3	0.0	0.0	0.0
Zinsprodukte	42 366.9	728.8	720.8	71.2	3.8	2.3
Termingeschäfte	2 133.0	29.7	30.7	17.4	0.1	0.0
Swaps	1 230.0	34.1	51.3	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	831.7	12.3	12.7	0.0	0.0	0.0
Futures	25.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	3.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Fremdwährungsprodukte	4 224.0	76.1	94.7	17.4	0.1	0.0
Termingeschäfte	16.3	1.4	1.4	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	34.7	0.9	1.0	0.0	0.0	0.0
Futures	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Edelmetallprodukte	51.1	2.3	2.4	0.0	0.0	0.0
Termingeschäfte	4.1	0.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Swaps	211.4	5.8	5.7	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	241.5	14.5	14.9	0.0	0.0	0.0
Futures	57.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	366.0	18.2	21.2	0.0	0.0	0.0
Beteiligungs-/Indexprodukte	880.8	39.4	41.8	0.0	0.0	0.0
Kreditderivate²	2 042.7	63.3	60.0	0.0	0.0	0.0
Termingeschäfte	8.7	0.9	0.8	0.0	0.0	0.0
Swaps	63.6	8.3	7.8	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (OTC)	29.9	2.2	1.7	0.0	0.0	0.0
Futures	177.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Optionen, gekauft und verkauft (börsengehandelt)	63.3	3.9	3.8	0.0	0.0	0.0
Sonstige Produkte³	342.6	15.3	14.1	0.0	0.0	0.0
Total derivative Instrumente	49 908.1	925.2	933.8	88.6	3.9	2.3

Das Kontraktvolumen der derivativen Instrumente (Handel und Absicherung) betrug per 31. Dezember 2011 CHF 49 996,7 Mia.

¹ Bezieht sich auf Derivatkontrakte, die unter US GAAP für Hedge Accounting qualifizieren. ² Hauptsächlich Credit Default Swaps. ³ Hauptsächlich Rohstoffe, Energie- und Emissionsprodukte.

Fair Value von derivativen Instrumenten (Fortsetzung)

	2012		2011	
	Positiver Wiederbeschaffungswert	Negativer Wiederbeschaffungswert	Positiver Wiederbeschaffungswert	Negativer Wiederbeschaffungswert
Ende				
Derivative Instrumente (in Mia. CHF)				
Wiederbeschaffungswerte (Handel und Absicherung), vor Netting-Vereinbarungen	837.3	844.2	929.1	936.1
Verrechnung mit Gegenparteien ¹	(766.8)	(766.8)	(836.4)	(836.4)
Verrechnung von Barsicherheiten ¹	(33.4)	(36.7)	(36.5)	(37.6)
Wiederbeschaffungswerte (Handel und Absicherung), nach Netting-Vereinbarungen	37.1	40.7	56.2	62.1
davon in Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen verbucht	33.2	39.5	52.5	60.1
davon in Sonstige Aktiven und Sonstige Verbindlichkeiten verbucht	3.9	1.2	3.7	2.0

¹ Die Verrechnung basierte auf rechtlich durchsetzbaren Netting-Vereinbarungen.

Fair-Value-Absicherungsgeschäfte

	2012	2011	2010
Erfolgswirksam erfasste Gewinne/(Verluste) aus Derivaten (in Mio. CHF)			
Zinsprodukte	834	548	564
Fremdwährungsprodukte	(13)	20	21
Total	821	568	585
Erfolgswirksam erfasste Gewinne/(Verluste) aus abgesicherten Positionen (in Mio. CHF)			
Zinsprodukte	(878)	(585)	(546)
Fremdwährungsprodukte	13	(20)	(21)
Total	(865)	(605)	(567)
Details zu Fair-Value-Absicherungen (in Mio. CHF)			
Nettogewinne/(-verluste) auf dem unwirksamen Anteil	(44)	(37)	18

Entspricht den im Handelserfolg erfassten Gewinnen/(Verlusten).

Cashflow-Absicherungsgeschäfte

	2012	2011	2010
Im Eigenkapital erfasste Gewinne/(Verluste) aus Derivaten (in Mio. CHF)			
Zinsprodukte	8	0	0
Fremdwährungsprodukte	30	(6)	39
Total	38	(6)	39
Aus dem Eigenkapital in die Erfolgsrechnung umklassierte Gewinne/(Verluste) (in Mio. CHF)			
Fremdwährungsprodukte ¹	0	31	27
Total	0	31	27

Entspricht den Gewinnen/(Verlusten) auf dem wirksamen Anteil.

¹ Im Kommissions- und Dienstleistungsertrag enthalten.

Ein Nettoverlust aus Cashflow-Absicherungsgeschäften in Höhe von CHF 5 Mio. dürfte in den nächsten zwölf Monaten aus der kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung umklassiert werden.

Nettoinvestitionsabsicherungsgeschäfte

	2012	2011	2010
Im Eigenkapital erfasste Gewinne/(Verluste) aus Derivaten (in Mio. CHF)			
Zinsprodukte	0	0	8
Fremdwährungsprodukte	(81)	280	1 563
Total	(81)	280	1 571
Aus dem Eigenkapital in die Erfolgsrechnung umklassierte Gewinne/(Verluste) (in Mio. CHF)			
Fremdwährungsprodukte ¹	75	4	(4)
Total	75	4	(4)

Entspricht den Gewinnen/(Verlusten) auf dem wirksamen Anteil.

¹ In Sonstiger Ertrag enthalten.

Die Gruppe klassiert alle nicht im Zusammenhang mit Absicherungen verbuchten Derivate als Handelsgeschäfte.

► Siehe «Anhang 8 – Handelserfolg» für die Gewinne und Verluste aus den Handelsgeschäften nach Produktarten.

Angaben zu kreditrisikobezogenen Eventualverpflichtungen

Bestimmte derivative Finanzinstrumente der Gruppe sind mit Klauseln versehen, die die Gruppe zur Einhaltung eines bestimmten Kreditratings der wichtigsten Ratingagenturen verpflichten. Wenn die Ratings unter die vertraglich festgelegten Werte fallen, können die Vertragsparteien die Stellung zusätzlicher Sicherheiten für die betreffenden Derivate verlangen, falls Letztere einer Nettverbindlichkeit entsprechen. Bestimmte Derivatkontrakte sehen auch die Kündigung des betreffenden Kontrakts vor. Zumeist können solche Kündigungen bei einer Herabstufung der Gruppe beziehungsweise ihrer Gegenpartei zum Marktwert ermittelten Wiederbeschaffungswert des Derivats erfolgen.

Die folgende Tabelle zeigt die aktuelle Nettoposition der Gruppe aus kreditrisikobezogenen Eventualverpflichtungen im Zusammenhang mit Derivatkontrakten, die Sicherungsvereinbarungen enthalten, mit bilateralen Gegenparteien und Spezialzweckgesellschaften (SPEs), die gestellten Sicherheiten und die zusätzlich erforderlichen Sicherheiten bei Ratingherabstufungen um eine beziehungsweise zwei Stufen. Die Tabelle umfasst auch Derivatkontrakte mit kreditrisikobezogenen Eventualverbindlichkeiten ohne Sicherungsvereinbarungen, die vorzeitige Kündigungsklauseln enthalten. Die aktuelle Nettoposition bei Derivaten mit bilateralen Gegenparteien und Verträgen mit Klauseln zur vorzeitigen Kündigung entspricht dem gesamten Fair Value der Derivate, die in einer Nettverbindlichkeitsposition waren. Bei SPEs kann das Nettorisiko je Kontrakt andere Beträge als den negativen Wiederbeschaffungswert von Derivaten mit kreditrisikobezogenen Merkmalen oder Zusatzbeträge zu Letzteren enthalten.

Risiken aus Verpflichtungskrediten (Contingent Credit Risk)

Ende	Bilaterale Gegenparteien	Spezial- zweck- gesell- schaften	Vorzeitige Kündigungen	Total
2012 (in Mia. CHF)				
Aktuelle Nettorisikoposition	15.3	1.4	0.6	17.3
Hinterlegte Sicherheiten	13.4	1.4	–	14.8
Zusätzlich benötigte Sicherheiten bei einer Herabstufung um eine Ratingstufe	0.2	0.5	0.0	0.7
Zusätzlich benötigte Sicherheiten bei einer Herabstufung um zwei Ratingstufen	0.4	1.5	0.5	2.4
2011 (in Mia. CHF)				
Aktuelle Nettorisikoposition	17.0	2.0	0.7	19.7
Hinterlegte Sicherheiten	14.8	1.8	–	16.6
Zusätzlich benötigte Sicherheiten bei einer Herabstufung um eine Ratingstufe	0.2	1.6	0.0	1.8
Zusätzlich benötigte Sicherheiten bei einer Herabstufung um zwei Ratingstufen	0.4	3.0	0.5	3.9

Kreditderivate

Kreditderivate sind vertragliche Vereinbarungen, bei denen der Käufer in der Regel eine Prämie bezahlt und im Gegenzug vom Verkäufer eine Zahlung erhält, sofern ein Kreditereignis bei der zugrunde liegenden Referenzgesellschaft oder dem Referenzvermögenswert eintritt. Die meisten Kreditderivate werden privat abgeschlossen. Es handelt sich um OTC-Kontrakte mit zahlreichen Erfüllungs- und Zahlungsbedingungen; die meisten sind so strukturiert, dass sie das Auftreten eines identifizierbaren Kreditereignisses wie beispielsweise Konkurs, Insolvenz, Zwangsverwaltung, wesentliche nachteilige Umschuldung oder Nichteinhalten von fälligen Verpflichtungen spezifizieren.

Die Gruppe geht im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit Kreditderivatkontrakte ein, indem sie Kreditsicherungen kauft und verkauft, um Kundentransaktionen zu ermöglichen, und als Market Maker auftritt. Dies umfasst das Bereitstellen von strukturierten Produkten für ihre Kunden zur Absicherung ihrer Kreditrisiken. Die Referenzinstrumente dieser strukturierten Kreditprodukte sind entweder Basiswerte mit Investment-Grade- oder Nicht-Investment-Grade-Rating; sie können Unternehmens- oder Staatsanleihen, vermögenswertbesicherte Wertschriften (Asset-backed Securities, ABS) und Ausleihungen umfassen. Diese Instrumente können sich auf einzelne Referenzinstrumente (Single-name Instruments) beziehen oder in Form von kombinierten Portfolios mehrere Referenzinstrumente (Multi-name Instruments) haben. Die Gruppe kauft Kreditsicherungen, um verschiedene Formen von Kreditrisikopositionen wirtschaftlich abzusichern, beispielsweise Kreditportfolios und andere Cash-Positionen. Zudem geht die Gruppe Eigenhandelspositionen in Form von gekauften oder verkauften Kreditsicherungen ein.

Die Kreditderivatgeschäfte, die von der Gruppe am häufigsten ausgeführt werden, sind CDS und Credit Swaptions. CDSs sind vertragliche Vereinbarungen, bei denen der Käufer des Swap im Voraus und/oder regelmässig eine Prämie bezahlt und im Gegenzug vom Verkäufer des Swap im Falle eines Kreditereignisses der zugrunde liegenden Referenzgesellschaft oder Referenzvermögenswerts eine Zahlung erhält. Credit Swaptions sind Optionen mit einer festgelegten Laufzeit, die es dem Käufer gegen die Zahlung einer einmaligen Prämie erlauben, im Rahmen eines CDS Sicherungen zu einem bestimmten Kreditereignis zu kaufen oder zu verkaufen.

Um ihre Kreditrisiken zu reduzieren, geht die Gruppe zudem rechtlich durchsetzbare Netting-Vereinbarungen mit ihren Derivat-Gegenparteien ein. Die Sicherheiten für derartige Derivatkontrakte werden üblicherweise auf Nettobasis je Gegenpartei gestellt und können den einzelnen Derivatkontrakten nicht zugewiesen werden.

Verkaufte Kreditsicherungen

Verkaufte Kreditsicherungen entsprechen dem Maximalbetrag potenzieller zukünftiger Zahlungen auf Basis des Nominalwerts der Derivate, die die Gruppe im Falle von Kreditereignissen leisten müsste. Nach Ansicht der Gruppe ist dieser Maximalbetrag nicht repräsentativ für das effektive Verlustrisiko, wie historische Daten belegen. Der betreffende Betrag wird nicht um die Anrechte der Gruppe auf die Basiswerte und diesbezüglichen Cashflows gekürzt. Die meisten Kreditderivatkontrakte sehen vor, dass die Gruppe bei Eintreten eines Kreditereignisses (oder des Auslösers für die Erfüllung) im Allgemeinen die Differenz zwischen der verkauften Kreditsicherung und dem Regress auf den Wert der Basiswerte zu zahlen hat. Der Maximalbetrag potenzieller zukünftiger Zahlungen wird nicht

um eventuelle, an eine bestimmte Gegenpartei entrichtete Bardeckungen gekürzt, da diese Zahlungen nach Verrechnung aller Derivatpositionen einschliesslich Kreditderivaten mit der betreffenden Gegenpartei im Rahmen einer entsprechenden Master-Netting-Vereinbarung berechnet würden. Aufgrund dieser Verrechnungsverfahren kann der Betrag der Sicherheiten nicht den spezifischen Kategorien der Kreditderivatpositionen zugeordnet werden.

Zur Darstellung der Qualität des Erfüllungsrisikos aus verkauften Kreditsicherungen, arbeitet die Gruppe mit internen Ratings für jene Instrumente, welche in den Kontrakten als Referenzinstrumente bezeichnet werden. Interne Ratings werden von erfahrenen Kreditanalysten vergeben und basieren auf fachmännischem Ermessen unter Berücksichtigung der Analyse und Beurteilung von sowohl quantitativen als auch qualitativen Faktoren. Die spezifischen Faktoren, welche analysiert werden, und ihre relative Bedeutung hängen von der Art der Gegenpartei ab. Die Analyse legt Wert auf eine zukunftsorientierte Betrachtungsweise, die sich auf wirtschaftliche Trends und finanzielle Fundamentaldaten konzentriert und Bezugsgruppenanalysen (Peer-Analysen), Branchenvergleiche sowie andere quantitative Hilfsmittel verwendet. Externe Ratings und Marktinformationen werden im Analyseprozess ebenfalls verwendet, sofern sie verfügbar sind.

Gekaufte Kreditsicherungen

Gekaufte Kreditsicherungen entsprechen Instrumenten, bei denen das als Basiswert dienende Referenzinstrument identisch mit dem Referenzinstrument für verkaufte Kreditsicherungen ist. Der Maximalbetrag potenzieller zukünftiger Zahlungen für die einzelnen als Basiswert dienenden identischen Referenzinstrumente kann über oder unter dem Nominalbetrag der verkauften Kreditsicherungen liegen.

Die Gruppe berücksichtigt auch die geschätzten Wiedereingänge, die sie bei einem Eintritt des entsprechenden Kreditereignisses erhalten würde. Diese umfassen den voraussichtlichen Wert des zugrunde liegenden Referenzvermögenswertes, der in den meisten Fällen an die Gruppe übertragen würde, und die Auswirkungen gekaufter Sicherungen mit gleichem Referenzinstrument und Produkttyp.

Sonstige gekaufte Kreditsicherungen

Im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit kauft die Gruppe auch Kreditsicherungen, um das Risiko verkaufter Kreditsicherungen zu mindern. Diese gekauften Kreditsicherungen haben möglicherweise ein ähnliches, jedoch nicht das gleiche Referenzinstrument und verwenden ähnliche, jedoch nicht gleiche Produkte, reduzieren aber insgesamt die Kreditderivatrisikoposition. Die sonstigen gekauften Kreditsicherungen basieren auf dem Nominalwert der Instrumente.

Die Gruppe kauft Kreditsicherungen von Banken und Broker-Dealern, anderen Finanzinstituten und sonstigen Gegenparteien.

Fair Value der verkauften Kreditsicherungen

Die Fair Values der verkauften Kreditsicherungen geben Aufschluss über das Erfüllungsrisiko, wobei die negativen Fair Values steigen, wenn die Wahrscheinlichkeit steigt, dass im Rahmen des Derivatkontrakts eine Zahlung geleistet werden muss.

Verkaufte/Gekaufte Kreditsicherungen

Die folgenden Tabellen umfassen nicht alle Kreditderivate; sie weichen vom Gesamtbetrag der Kreditderivate in der Tabelle «Fair Value von derivativen Finanzinstrumenten» ab. Dies liegt daran, dass bestimmte Kreditderivatprodukte nicht im Geltungsbereich von US GAAP liegen. US GAAP definiert Kreditderivate als derivative Instrumente, (a) in denen einer oder mehrere Basiswerte in Bezug zum Kreditrisiko einer bestimmten Gesellschaft (oder Gruppe von Gesellschaften) oder zu einem Index, der auf dem Kreditrisiko einer Gruppe von Gesellschaften basiert, stehen und (b) den Verkäufer einem potenziellen Verlust aus vertraglich festgelegten kreditrisikobezogenen Ereignissen aussetzt.

Gewisse physisch unterlegte pfandbesicherte Wertpapiere (Cash CDOs) und weitere Instrumente wurden nicht in der Tabelle berücksichtigt, da sie nicht in den Geltungsbereich der US-GAAP-Bestimmungen fallen. Total Return Swaps (TRS) in Höhe von CHF 6,0 Mia. und CHF 4,8 Mia. in den Jahren 2012 und 2011 wurden in der Tabelle ebenfalls nicht berücksichtigt, da sie den Verkäufer keinem potenziellen Verlust aus vertraglich festgelegten kreditbezogenen Ereignissen aussetzen. TRS bieten nur Schutz gegen einen Wertverlust der betreffenden Aktiven und nicht gegen zusätzliche Verluste aufgrund spezifischer Kreditereignisse.

Verkaufte/gekaufte Kreditsicherungen

	Verkaufte Kreditsiche- rungen	Gekaufte Kreditsiche- rungen ¹	Gekaufte/ (Verkaufte) Kreditsi- cherungen, netto	Sonstige gekaufte Kreditsi- cherungen	Fair Value der verkauf- ten Kredit- sicherungen
Ende 2012					
Instrumente auf einzelnen Referenzwert (in Mia. CHF)					
Investment Grade ²	(423.2)	407.6	(15.6)	67.8	2.3
Nicht-Investment-Grade	(167.5)	160.0	(7.5)	18.1	0.8
Total Instrumente auf einzelnen Referenzwert	(590.7)	567.6	(23.1)	85.9	3.1
davon Staaten	(119.4)	117.0	(2.4)	10.4	(0.7)
davon Nicht-Staaten	(471.3)	450.6	(20.7)	75.5	3.8
Instrumente auf mehrere Referenzwerte (in Mia. CHF)					
Investment Grade ²	(193.6)	173.4	(20.2)	8.8	(0.5)
Nicht-Investment-Grade	(30.7)	25.4 ³	(5.3)	3.0	(2.8)
Total Instrumente auf mehrere Referenzwerte	(224.3)	198.8	(25.5)	11.8	(3.3)
davon Staaten	(13.5)	13.2	(0.3)	0.3	(0.1)
davon Nicht-Staaten	(210.8)	185.6	(25.2)	11.5	(3.2)
Total Instrumente (in Mia. CHF)					
Investment Grade ²	(616.8)	581.0	(35.8)	76.6	1.8
Nicht-Investment-Grade	(198.2)	185.4	(12.8)	21.1	(2.0)
Total Instrumente	(815.0)	766.4	(48.6)	97.7	(0.2)
davon Staaten	(132.9)	130.2	(2.7)	10.7	(0.8)
davon Nicht-Staaten	(682.1)	636.2	(45.9)	87.0	0.6
Ende 2011					
Instrumente auf einzelnen Referenzwert (in Mia. CHF)					
Investment Grade ²	(452.2)	432.4	(19.8)	55.6	(9.0)
Nicht-Investment-Grade	(189.1)	179.4	(9.7)	16.7	(15.3)
Total Instrumente auf einzelnen Referenzwert	(641.3)	611.8	(29.5)	72.3	(24.3)
davon Staaten	(134.8)	132.6	(2.2)	10.8	(8.1)
davon Nicht-Staaten	(506.5)	479.2	(27.3)	61.5	(16.2)
Instrumente auf mehrere Referenzwerte (in Mia. CHF)					
Investment Grade ²	(278.2)	253.1	(25.1)	14.5	(15.5)
Nicht-Investment-Grade	(71.9)	64.1 ³	(7.8)	9.0	(1.7)
Total Instrumente auf mehrere Referenzwerte	(350.1)	317.2	(32.9)	23.5	(17.2)
davon Staaten	(18.4)	17.5	(0.9)	0.9	(1.5)
davon Nicht-Staaten	(331.7)	299.7	(32.0)	22.6	(15.7)
Total Instrumente (in Mia. CHF)					
Investment Grade ²	(730.4)	685.5	(44.9)	70.1	(24.5)
Nicht-Investment-Grade	(261.0)	243.5	(17.5)	25.7	(17.0)
Total Instrumente	(991.4)	929.0	(62.4)	95.8	(41.5)
davon Staaten	(153.2)	150.1	(3.1)	11.7	(9.6)
davon Nicht-Staaten	(838.2)	778.9	(59.3)	84.1	(31.9)

¹ Entspricht den gekauften Kreditsicherungen mit identischen Basiswerten und den Wiedereingängen. ² Basierend auf internen Ratings BBB und höher. ³ Enthält die Clock-Finance-Transaktion.

Die folgende Tabelle zeigt die Abstimmung des Nominalbetrags der in der Tabelle «Fair Value von derivativen Instrumenten» enthaltenen Kreditderivate mit der Tabelle «Verkaufte/gekaufte Kreditsicherungen».

Abstimmung von Kreditderivaten

Ende	2012	2011
Kreditderivate (in Mia. CHF)		
Verkaufte Kreditsicherungen	815.0	991.4
Gekaufte Kreditsicherungen	766.4	929.0
Sonstige gekaufte Kreditsicherungen	97.7	95.8
Sonstige Instrumente ¹	15.3	26.5
Total Kreditderivate	1 694.4	2 042.7

¹ Besteht aus bestimmten physisch besicherten Forderungstiteln (CDOs), Total Return Swaps und sonstigen derivativen Instrumenten.

Die Unterteilung der zukünftigen Zahlungen nach Restlaufzeit und zugrunde liegendem Risiko gibt Aufschluss über den aktuellen Stand des Erfüllungspotenzials im Rahmen des Derivatkontrakts.

Fälligkeit der verkauften Kreditsicherungen

Ende	Fällig in weniger als 1 Jahr	Fällig zwischen 1 und 5 Jahren	Fällig nach 5 Jahren	Total
2012 (in Mia. CHF)				
Instrumente auf einzelnen Referenzwert	130.3	351.6	108.8	590.7
Instrumente auf mehrere Referenzwerte	37.4	145.4	41.5	224.3
Total Instrumente	167.7	497.0	150.3	815.0
2011 (in Mia. CHF)				
Instrumente auf einzelnen Referenzwert	134.1	394.5	112.7	641.3
Instrumente auf mehrere Referenzwerte	58.7	202.4	89.0	350.1
Total Instrumente	192.8	596.9	201.7	991.4

31 Garantien und Verpflichtungen

Garantien

Im normalen Geschäftsverlauf werden Garantien abgegeben, welche die Credit Suisse unter Umständen verpflichten, Zahlungen an Dritte zu leisten, falls die Gegenpartei bei einem Kreditvertrag oder einer anderen vertraglichen Verpflichtung

ihrer Zahlungspflicht nicht nachkommt. Der in der Tabelle aufgeführte Bruttobetrag entspricht dem aufgrund der Garantien maximal möglichen Zahlungsbetrag. Der Buchwert entspricht unserer aktuell besten Schätzung der Zahlungen, die aufgrund bestehender Garantievereinbarungen erforderlich sein werden.

Garantien

Ende	Fällig in weniger als 1 Jahr	Fällig zwischen 1 und 3 Jahren	Fällig zwischen 3 und 5 Jahren	Fällig nach 5 Jahren	Total Brutto- betrag	Total Netto- betrag ¹	Buch- wert	Erhaltene Sicher- heiten
2012 (in Mio. CHF)								
Kreditsicherungsgarantien und ähnliche Instrumente	10 104	1 550	334	845	12 833	12 446	167	2 166
Gewährleistungsgarantien und ähnliche Instrumente	5 160	1 643	970	1 758	9 531	8 793	139	3 336
Schadenersatzverpflichtungen aus Wertschriftenleihen	12 211	0	0	0	12 211	12 211	0	12 211
Derivate ²	21 197	9 951	1 833	2 434	35 415	35 415	985	- ³
Sonstige Garantieverpflichtungen	4 297	689	286	147	5 419	5 397	3	2 812
Total Garantien	52 969	13 833	3 423	5 184	75 409	74 262	1 294	20 525
2011 (in Mio. CHF)								
Kreditsicherungsgarantien und ähnliche Instrumente	3 273	2 062	1 106	907	7 348	6 613	50	2 455
Gewährleistungsgarantien und ähnliche Instrumente	5 598	1 674	1 317	1 715	10 304	9 394	73	3 381
Schadenersatzverpflichtungen aus Wertschriftenleihen	15 005	0	0	0	15 005	15 005	0	15 005
Derivate ²	27 593	12 953	5 137	5 710	51 393	51 393	3 650	- ³
Sonstige Garantieverpflichtungen	3 972	387	422	194	4 975	4 939	4	2 268
Total Garantien	55 441	17 076	7 982	8 526	89 025	87 344	3 777	23 109

¹ Der Nettobetrag errechnet sich aus dem Bruttobetrag abzüglich allfälliger Beteiligungen. ² Nicht enthalten sind Derivatkontrakte mit bestimmten aktiven Handels- und Investmentbanken und bestimmten sonstigen Gegenparteien, da solche Kontrakte bar abgewickelt werden können und die Gruppe keinen Anhaltspunkt dafür hatte, dass die Gegenparteien bei Vertragsabschluss die Basisinstrumente hielt. ³ Sicherheiten für als Garantien verbuchte Derivate werden als unbedeutend erachtet.

Kreditsicherungsgarantien und ähnliche Instrumente

Kreditsicherungsgarantien und ähnliche Instrumente sind Verträge, welche die Gruppe zu Zahlungen verpflichten, sollte eine Drittpartei im Rahmen einer spezifischen bestehenden Kreditverpflichtung ihren entsprechenden Pflichten nicht nachkommen. Der Nettogesamtbetrag schliesst folgende Produkte ein: Standby-Akkreditive, Garantien für Geschäfts- und Wohnbauhypotheken und andere Garantien im Zusammenhang mit Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs).

Standby-Akkreditive werden im Rahmen des Firmenkreditgeschäfts und anderer Aktivitäten mit Firmenkunden abgeschlossen, bei welchen die Gruppe Garantien in Form von Standby-Akkreditiven an Gegenparteien gewährt, die eine Zahlungsverpflichtung an Dritte darstellen, sollten die Gegenparteien ihre Zahlungsverpflichtungen aus einem Kreditvertrag oder einer anderen vertraglichen Verpflichtung nicht erfüllen.

Garantien für Geschäfts- und Wohnbauhypotheken werden im Rahmen des US-Hypothekengeschäfts der Gruppe einge-

gangen. Dabei verkauft die Gruppe gewisse Geschäfts- und Wohnbauhypotheken an die Federal National Mortgage Association (FNMA) und verpflichtet sich dabei, einen prozentualen Anteil an den Verlusten zu tragen, falls die Kreditnehmer ihrem Schuldendienst nicht nachkommen. Zudem gewährt die Gruppe Garantien zur Entschädigung der FNMA für Verluste aus bestimmten Krediten, die den von der FNMA begebenen hypothekenbesicherten Wertpapieren zugrunde liegen. Der Garantiefall tritt ein, falls Kreditnehmer ihrem Schuldendienst auf den zugrunde liegenden Hypotheken nicht nachkommen.

Die Gruppe gewährt VIEs und anderen Gegenparteien auch Garantien, bei welchen sie sich im Falle des Eintretens gewisser Ereignisse, wie beispielsweise Rückstufungen im Rating und/oder substanzieller Abnahmen des Fair Value solcher Vermögenswerte, zum Kauf von Vermögenswerten dieser Garantiennehmer verpflichtet.

Gewährleistungsgarantien und ähnliche Instrumente

Gewährleistungsgarantien und ähnliche Instrumente sind Vereinbarungen, die Zahlungen bedingen, wenn gewisse leistungsabhängige Ziele oder Verpflichtungen nicht erfüllt werden. Solche vertraglichen Bedingungen können die Pflicht eines Kunden zur Lieferung bestimmter Produkte und Dienstleistungen oder die Leistungserbringung im Rahmen eines Bauvertrags beinhalten. Leistungsabhängige Garantien werden häufig in der Projektfinanzierung eingesetzt. Der Nettogesamtbetrag setzt sich aus Garantien für Private-Equity-Fonds und Garantien im Zusammenhang mit Verbriefungsaktivitäten von Wohnbauhypotheken zusammen.

Bei Garantien für Private-Equity-Fonds hat die Gruppe Anlegern in von einer Tochtergesellschaft errichteten Private-Equity-Fonds Garantien gewährt, allfällige Rückforderungsansprüche von Gewinnbeteiligungen gegenüber gewissen General Partners, die an diese General Partners ausgeschüttet wurden (Carried Interest), zu begleichen, falls die Performance der verbleibenden Anlagen abnimmt. Zur Begrenzung des Risikos hält die Gruppe in der Regel einen Anteil der auszuschüttenden Gewinnbeteiligungen zurück, um allfällige Rückforderungsverpflichtungen zu decken. Weiter ist die Gruppe im Rahmen bestimmter vertraglicher Vereinbarungen zu Barzahlungen an gewisse Anleger in bestimmten Private-Equity-Fonds verpflichtet, falls festgelegte Performance-Grenzwerte nicht erreicht werden.

In Verbindung mit ihren Aktivitäten bei der Verbriefung von US-Wohnbauhypotheken übernimmt die Gruppe zudem in bestimmten Fällen die Gewährleistung, dass der Kreditadministrator die Abwicklung des Zahlungsverkehrs und die Überweisung allfälliger Vorfälligkeitsentschädigungen an den Securitization Trust durchführt. Die Gruppe wird gemäss diesen Garantien zahlungspflichtig, falls der Kreditadministrator diese Vorfälligkeitsentschädigungen nicht überweist.

Schadenersatzverpflichtungen bei Wertschriftenleihen

Schadenersatzverpflichtungen bei Wertschriftenleihen betreffen Vereinbarungen, in welchen die Gruppe die Entschädigung allfälliger Verluste an Kunden, die Wertschriften ausleihen, zusicherte, falls Schuldner die im Rahmen des Wertschriftenleihevertrags geborgten Titel nicht zurückgeben und die hinterlegten Sicherheiten den Marktwert der geborgten Wertschriften nicht decken. Wie in der Tabelle zu Garantien aufgezeigt, war die Gruppe hinsichtlich Schadenersatzverpflichtungen aus Wertschriftenleihen vollständig besichert.

Derivate

Derivate werden im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit ausgegeben, hauptsächlich in Form von geschriebenen Put-Optionen. Nach US GAAP ist kein Ausweis von Derivatkontrakten erforderlich, wenn diese bar beglichen werden können

und die Gruppe keinen Hinweis darauf hat, dass die Gegenparteien die Basisinstrumente bei Vertragsabschluss mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit hielten. Die Gruppe ist zum Schluss gekommen, dass bestimmte Handels- und Investmentbanken sowie bestimmte andere Gegenparteien diese Bedingungen erfüllen. Aus diesem Grund weist die Gruppe die entsprechenden Kontrakte nicht als Garantien aus.

Die Gruppe verfolgt diverse Absicherungsstrategien, um ihr Risiko aus diesen Derivaten zu steuern und zu reduzieren. Bei einigen Kontrakten, wie geschriebene Zinssatz-Caps (Interest Rate Caps) oder Devisenoptionen, lässt sich die maximal mögliche Auszahlung nicht bestimmen, da Zinssätze oder Devisenkurse theoretisch ohne Limite ansteigen könnten. Für diese Kontrakte wurde das Kontraktvolumen in der oben stehenden Tabelle offengelegt, um einen Anhaltspunkt zum zugrunde liegenden Risiko zu geben. Zudem erfasst die Gruppe alle Derivate zum Fair Value in der konsolidierten Bilanz und hat bei der Ermittlung dieser Fair Values die leistungsauslösenden Ereignisse und die Zahlungswahrscheinlichkeiten mit einbezogen. Die Wahrscheinlichkeit, dass geschriebene Put-Optionen, welche für die Gegenpartei im Geld liegen (in-the-money), ausgeübt werden, liegt bei mehr als 50%. Dieses Risiko beschränkte sich für die Gruppe auf den Buchwert, der in der Tabelle aufgeführt wurde.

Sonstige Garantieverpflichtungen

Sonstige Garantieverpflichtungen beinhalten Bankakzepte, Restwertgarantien, Einlagensicherungen, bedingte Entgelte bei Unternehmenszusammenschlüssen, garantierte Mindestwerte von Anlagen in Anlage- oder Private-Equity-Fonds sowie alle weiteren Garantien, die nicht einer der oben genannten Kategorien zugewiesen wurden.

Banken mit Kundeneinlagen und Effektenhändler in der Schweiz und in gewissen anderen europäischen Ländern sind verpflichtet, die Auszahlung privilegierter Einlagen im Falle spezifischer Einschränkungen oder erzwungener Liquidation einer solchen Bank sicherzustellen. In der Schweiz stellen Banken mit Kundeneinlagen und Effektenhändler gemeinsam einen Garantiebtrag von bis zu CHF 6 Mia. bereit. Tritt ein solches Auszahlungsereignis ein, ausgelöst durch eine von der FINMA auferlegte spezifische Geschäftsrestriktion oder aufgrund der Zwangsliquidation einer anderen Bank mit Kundeneinlagen, wird der Beitrag der Gruppe auf Basis ihres Anteils privilegierter Einlagen im Verhältnis zur Gesamtheit der privilegierten Einlagen berechnet. Basierend auf der Schätzung der FINMA für die im Bankgeschäft engagierten Schweizer Tochtergesellschaften der Gruppe liegt der Anteil der Gruppe an der Einlagenversicherung für die Zeit vom 1. Juli 2012 bis zum 30. Juni 2013 bei CHF 0,7 Mia. Diese Garantien für Einlagensicherungen wurden unter Sonstige Garantieverpflichtungen aufgeführt.

PAF2-Transaktion

Die Ergebnisse der Gruppe sind dem Risiko von Gegenparteausfällen ausgesetzt und der Möglichkeit, dass sich im Derivatehandel der Gruppe die Kreditrisikoprämien der Gegenparteien verändern. Im ersten Quartal 2012 schloss die Gruppe die PAF2-Transaktion ab, um das Gegenparteerisiko eines Referenzportfolios von Derivaten und die Volatilität von deren Kreditrisikoprämien abzusichern. Das Absicherungsgeschäft deckt die erwartete positive Kreditrisikoposition gegenüber Gegenparteien der Gruppe im Nominalwert von etwa USD 12 Mia. ab und verteilt sich auf drei Tranchen: (i) Erstrisiko (USD 0,5 Mia.), (ii) Mezzanine (USD 0,8 Mia.) und (iii) Senior (USD 11 Mia.). Das Erstrisikoelement verbleibt bei der Gruppe und wird mit den üblichen Kreditverfahren aktiv verwaltet. Die Mezzanine-Tranche wurde abgesichert, indem das Ausfallrisiko und das Risiko von Veränderungen der Gegenpartekreditrisikoprämien in Form von PAF2-Ansprüchen im Rahmen der im Zuge des jährlichen Vergütungsprozesses zugeteilten aufgeschobenen Vergütung auf anspruchsberechtigte Mitarbeitende übertragen wurde.

Zur Bewertung der PAF2-Ansprüche diente das Standardbewertungsmodell nach Gauss-Copula, das für synthetische CDO-Geschäfte verwendet wird, wobei im Hinblick auf die spezifischen Besonderheiten der PAF2-Transaktion Anpassungen erforderlich waren. Nominalwert, Korrelationsannahme, Kreditrisikoprämien, Liquidität und Wiedereinbringungsraten des Portfolios, die eigene Kreditrisikoprämie der Gruppe sowie die Laufzeit des Geschäfts sind die wichtigsten Modellparameter. Im Modell wird die jeweilige Ausfallwahrscheinlichkeit durch die Kreditrisikoprämie der Gegenpartei bestimmt. Anhand dieser Wahrscheinlichkeit wird der erwartete Wert der Cashflows in Abhängigkeit vom Fortbestehen und vom Ausfall der Gegenparteien im Referenzportfolio berechnet. Die Kreditrisikoprämien basieren auf beobachtbaren Daten von CDS auf die jeweilige Referenzgesellschaft. Liegt von einer spezifischen Referenzgesellschaft im Portfolio keine Kurve vor, wird eine vergleichbare Kurve herangezogen. Der erwartete Wert der ausfallenden Kreditrisikoposition der Gegenpartei bestimmt den entsprechenden Nominalwert der betreffenden Gesellschaft. Die Berechnung erfolgt anhand der effektiven positiven Kreditrisikoposition, die dem langfristigen gewichteten Durchschnitt der erwarteten Kreditrisikoposition entspricht, den die Gruppe für die Steuerung der Gegenparteerisiken verwendet. Per 31. Dezember 2012 betrug der Buchwert der PAF2-Ansprüche CHF 627 Mio. Der Betrag des Vergütungsaufwands für PAF2-Ansprüche betrug für das am 31. Dezember 2012 beendete Jahr CHF 647 Mio. und ist im Betrag, der in der Tabelle «Aufgeschobener Vergütungsaufwand» von «Anhang 27 – Aufgeschobene Mitarbeitervergütung» ausgewiesen wird, enthalten. Der Betrag in der Tabelle enthält auch den aufge-

schobenen Vergütungsaufwand für einen kleineren Plan, der nichts mit den Absicherungsaspekten dieser Transaktion zu tun hat.

Die Gruppe hat eine Kreditsicherung für die Senior-Tranche gekauft, um sie gegen die Möglichkeit künftiger Schwankungen der Kreditrisikoprämien von Gegenparteien abzusichern. Dies erfolgte durch einen zum Fair Value bewerteten CDS mit einer Drittpartei. Für die Berechnung des Werts der Senior-Tranche wird dasselbe Modell verwendet wie für die PAF2-Ansprüche. Der positive Wiederbeschaffungswert der CDS betrug per 31. Dezember 2012 CHF 8 Mio. und ist in den Kreditderivaten in der Tabelle «Fair Value von derivativen Instrumenten» in Anhang 30 – Derivat- und Absicherungsgeschäfte berücksichtigt. Darüber hinaus hat die Gruppe eine Kreditsicherungs-fazilität mit dieser Gesellschaft abgeschlossen, die es der Gruppe erlaubt, Kreditgarantien in Zusammenhang mit anderen Vermögenswerten bereitzustellen, die üblicherweise durch die Emission von CP finanziert werden. Unter dieser Fazilität kann die Gruppe dieser Gesellschaft in Zusammenhang mit dem CDS unter bestimmten Umständen auch unmittelbar verfügbare Finanzmittel bereitstellen. Unter anderem sind folgende Umstände darin eingeschlossen: (i) eine Störung im CP-Markt, so dass die Gesellschaft kein CP zur Refinanzierung des CDS oder zur Rückzahlung eines fällig werdenden CP ausgeben oder verlängern kann; (ii) wenn die auf das CP zu zahlenden Zinsen bestimmte Schwellenwerte übersteigen und die Gruppe die Gesellschaft angewiesen hat, an Stelle der Emission eines CP die Fazilität in Anspruch zu nehmen; (iii) wenn von der Gesellschaft ein CP ausgegeben wurde, um eine CDS-Zahlung zu refinanzieren, und das kurzfristige Rating des Kreditgebers später herabgestuft wird oder (iv) wenn bei Verfall der Fazilität ein ausstehendes CP zurückgezahlt werden soll. Ein gezogener Betrag kann durch die Übertragung der Rechte und Pflichten des CDS an die Gruppe abgegolten werden. Die Kreditsicherungs-fazilität wird nach der Abgrenzungsmethode verbucht und in der Tabelle «Garantien» unter Kreditsicherungs-garantien und ähnliche Instrumente ausgewiesen. Der Buchwert der in dieser Tabelle ausgewiesenen Kreditsicherungs-fazilität belief sich per 31. Dezember 2012 auf CHF 7 Mio. Die Transaktion ist auf insgesamt vier Jahre ausgelegt, kann aber auf neun Jahre verlängert werden. Die Gruppe hat das Recht, die Transaktion mit einer Drittpartei aus bestimmten Gründen zu kündigen, unter anderem aufgrund bestimmter regulatorischer Entwicklungen.

Im Dezember 2012 veröffentlichte der Basler Ausschuss aktualisierte Leitlinien, unter welchen die PAF2-Transaktion in ihrer aktuellen Struktur im Rahmen des Basel-III-Regelwerks nicht länger als Absicherung gegen das Änderungsrisiko von Gegenpartekreditrisikoprämien (Counterparty Credit Spread Hedging) angerechnet wird. Die neuen Leitlinien führen dazu,

dass die Gruppe nunmehr berechtigt ist, die regulatorische Option auszuüben, den CDS und die Kreditsicherungsfazilitäts-tranche zu restrukturieren oder mit Rückzahlung zum Nominalwert zu kündigen und die Mezzanine-Tranche mit Rückzahlung zum Fair Value zu kündigen. Die Gruppe erwägt, die gesamte Transaktion zu restrukturieren, so dass sie auch unter Basel III als Absicherung gegen das Änderungsrisiko von Gegenpartei-kreditrisikoprämie angerechnet wird. Ansonsten könnte sich die Gruppe dazu entscheiden, die gesamte Transaktion zu kündigen.

Zusicherungen und Gewährleistungen für verkaufte Wohnbauhypothekarkredite

Im Zusammenhang mit dem Verkauf von US-Wohnbauhypothekarkrediten durch das Investment Banking hat die Gruppe bestimmte Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die verkauften Kredite abgegeben. Die Gruppe hat diese Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf Verkäufe von Krediten an folgende Käufer abgegeben: die staatlich gesponserten Unternehmen Fannie Mae und Freddie Mac, institutionelle Investoren, hauptsächlich Banken, sowie Verbriefungen nicht staatlich gesponserter Unternehmen (Non-Agency Securitizations) – auch als Private-Label-Verbriefungen bekannt. Bei den verkauften Darlehen handelt es sich hauptsächlich um Darlehen, die die Gruppe von anderen Parteien gekauft hat. Der Umfang der Zusicherungen und Gewährleistungen hängt, soweit solche abgegeben wurden, von der Transaktion ab, kann aber Folgendes beinhalten: Eigentum an den Hypothekarkrediten und rechtmässige Befugnis, die Kredite zu verkaufen; Belehnungsquoten und andere Eigenschaften der Liegenschaft, des Kreditnehmers und des Kredits; Gültigkeit der Pfandrechte, mit denen die Kredite besichert sind, Zusicherung, dass keine Steuerrückstände oder damit verbundene Pfandrechte bestehen; Konformität mit den Richtlinien für die Prüfung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Kreditnehmern und Vollständigkeit der Dokumentation sowie Kreditvergabe im Einklang mit den bestehenden Gesetzen. Wenn festgestellt wird, dass zugesicherte und gewährleistete

Eigenschaften nicht zutreffend waren, kann die Gruppe dazu verpflichtet sein, die entsprechenden Kredite zurückzukaufen oder die Anleger für erlittene Verluste zu entschädigen. Ob der Gruppe im Zusammenhang mit Rückkäufen und Entschädigungen ein Verlust entsteht, hängt von folgenden Faktoren ab: dem Umfang der erhobenen Forderungen, der Gültigkeit solcher Forderungen (einschliesslich der Wahrscheinlichkeit und der Fähigkeit zur Durchsetzung der Forderungen); ob die Gruppe erfolgreich Forderungen gegenüber Parteien machen kann, die Kredite an die Gruppe verkauft und dabei gegenüber der Gruppe Zusicherungen und Gewährleistungen abgegeben haben; der Lage am Immobilienmarkt für Wohnbauten, einschliesslich der Zahl der Kreditausfälle, und ob die Verpflichtungen der Verbriefungsvehikel durch Dritte garantiert oder versichert waren.

Die Gruppe ist nicht in der Lage, die möglichen Verluste aus offenen Rückkaufsforderungen seitens staatlich gesponserter Unternehmen, privaten Anlegern und Verbriefungen nicht staatlich gesponserter Unternehmen angemessen abzuschätzen, die über die zurückgestellten Beträge hinausgehen, da sie nach ihrem Verkauf dieser Kredite nur über begrenzt zuverlässige Informationen zu deren Status verfügt. Bei den offenen Rückkaufsforderungen von privaten Anlegern und Verbriefungen nicht staatlich gesponserter Unternehmen ist die Gruppe nicht in der Lage, die möglichen Verluste angemessen abzuschätzen, die über die zurückgestellten Beträge hinausgehen, da sie nur über begrenzte Erfahrung in der Beilegung solcher Ansprüche verfügt.

Die folgenden Tabellen zeigen den Gesamtbetrag der zwischen dem 1. Januar 2004 und dem 31. Dezember 2012 verkauften Wohnbauhypothekarkredite nach Art der Gegenpartei und die Entwicklung der offenen Rückkaufsforderungen sowie die Rückstellungen für offene Rückkaufsforderungen in der Periode vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012 einschliesslich der realisierten Verluste aus dem Rückkauf verkaufter Wohnbauhypothekarkredite.

Verkaufte Wohnbauhypothekarkredite

Ab 1. Januar 2004 bis 31. Dezember 2012 verkaufte Wohnbauhypothekarkredite (in Mia. USD)

Staatlich gesponserte Unternehmen	8.2
Private Anleger ¹	22.6
Verbriefungen nicht staatlich gesponserter Unternehmen	130.1 ²
Total	160.9

¹ Hauptsächlich Banken. ² Der per 31. Dezember 2012 ausstehende Betrag der verkauften Wohnbauhypothekarkredite betrug USD 27,6 Mia. Die Differenz zwischen dem Gesamtbetrag der verkauften Wohnbauhypothekarkredite und dem per 31. Dezember 2012 ausstehenden Betrag entsprach den Schuldnerückzahlungen von USD 85,4 Mia. und den Verlusten von USD 17,1 Mia. aus Kreditausfällen.

Verkaufte Wohnbauhypothekarkredite – offene Rückkaufsforderungen

	2012								2011 ¹		
	Staatlich gesponserte Unternehmen			Verbriefungen nicht staatlich gesponserter Unternehmen			Staatlich gesponserte Unternehmen			Verbriefungen nicht staatlich gesponserter Unternehmen	
	Unternehmen	Private Anleger	Unternehmen	Unternehmen	Private Anleger	Unternehmen	Unternehmen	Private Anleger	Unternehmen	Total	
Offene Rückkaufsforderungen (in Mio. USD)											
Bestand zu Beginn der Periode	68	432	243	743	60	487	1 084	1 631			
Neue Forderungen	58	57	2 032	2 147	29	10	1 160	1 199			
Mittels Rückkäufen erledigte Forderungen	(7)	0	(7)	(14) ²	0	(1)	(4)	(5) ²			
Sonstige Abgeltungen	(15)	(7)	(32)	(54) ³	(8)	0	(3)	(11) ³			
Total abgeglichene Forderungen	(22)	(7)	(39)	(68)	(8)	(1)	(7)	(16)			
Angefochtene Forderungen	(37)	(18)	0	(55)	(13)	(64)	(28)	(105)			
Überträge an/aus Schiedsgerichts- und Rechtsverfahren, netto ⁴	0	0	(841)	(841)	0	0	(1 966)	(1 966)			
Bestand am Ende der Periode	67	464	1 395	1 926	68	432	243	743			

¹ Alle Angaben auf die Periode 1. Juli 2011 bis 31. Dezember 2011 bezogen. ² In den Jahren 2012 und 2011 zu einem Rückkaufspreis von USD 15 Mio. beziehungsweise USD 5 Mio. abgegolten. ³ In den Jahren 2012 und 2011 zu USD 41 Mio. beziehungsweise USD 9 Mio. abgegolten. ⁴ Siehe «Anhang 37 – Rechtsstreitigkeiten» für Informationen zu offenen Forderungen, die Gegenstand eines Schiedsgerichts- oder Rechtsverfahrens sind.

Rückstellungen für offene Rückkaufsforderungen

	2012	2011
Rückstellungen für offene Rückkaufsforderungen (in Mio. USD)¹		
Bestand zu Beginn der Periode	59	29
Zunahme/(Abnahme) von Rückstellungen, netto	52	47
Realisierte Verluste ²	(56) ³	(17) ⁴
Bestand am Ende der Periode	55⁵	59⁵

¹ Nicht enthalten sind Rückstellungen für Rückkaufsforderungen in Bezug auf verkaufte Wohnbauhypothekarkredite, die in einem Schiedsgerichts- oder Rechtsverfahren sind. Siehe «Anhang 37 – Rechtsstreitigkeiten» für weitere Informationen. ² Enthält Schadenersatzzahlungen zur Abgeltung von Rückkaufsforderungen für Darlehen. ³ Hauptsächlich bezüglich staatlich gesponserter Unternehmen und Verbriefungen nicht staatlich gesponserter Unternehmen. ⁴ Hauptsächlich bezüglich staatlich gesponserter Unternehmen. ⁵ Im Wesentlichen alles in Bezug auf staatlich gesponserte Unternehmen.

Zusicherungen und Gewährleistungen im Zusammenhang mit Wohnbauhypothekarkrediten, die an Verbriefungsvehikel nicht staatlich gesponserter Unternehmen verkauft werden, sind weniger umfangreich als bei Wohnbauhypothekarkrediten, die an staatlich gesponserte Unternehmen verkauft werden. Damit kann sich der Nachweis von Rückkaufsforderungen aufgrund von Kausalitäten und Ansprüchen im Zusammenhang mit Verstößen gegen Zusicherungen und Gewährleistungen bei Wohnbauhypothekarkrediten, die im Rahmen von Verbriefungen nicht staatlich gesponserter Unternehmen verkauft wurden, schwieriger gestalten. Die Gruppe ist an Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Zusicherungen und Gewährleistungen für verkaufte Wohnbauhypothekarkredite beteiligt.

- ▶ Siehe «Anhang 37 – Rechtsstreitigkeiten» für weitere Informationen.

Rückkaufsforderungen im Zusammenhang mit verkauften Wohnbauhypothekarkrediten, die Gegenstand von Schiedsgerichts- oder Rechtsverfahren sind oder im Verlauf der Berichtsperiode werden, sind nicht in den unter Garantien und Verpflichtungen offengelegten Rückkaufsforderungen und entsprechenden Eventualverbindlichkeiten und Rückstellungen enthalten. Solche Rückkaufsforderungen werden unter Rechtsstreitigkeiten und den damit zusammenhängenden Eventualverbindlichkeiten und Rückstellungen adressiert.

Aufgrund der zahlreichen Ausfälle bei Wohnbauhypothekarkrediten, einschliesslich der durch die Gruppe verkauften oder verbrieften Wohnbauhypothekarkredite, fallen diese Rückkaufsforderungen in Zukunft möglicherweise höher aus.

Eventualverbindlichkeiten im Zusammenhang mit Veräusserungen und sonstige Schadlosklauseln

Die Gruppe hat gewisse Garantien, für welche sich die maximalen Eventualverbindlichkeiten nicht quantifizieren lassen. Solche Garantien sind in der Tabelle «Garantien» nicht enthalten und werden nachfolgend erläutert.

Eventualverbindlichkeiten im Zusammenhang mit Veräusserungen

Im Zusammenhang mit dem Verkauf bestimmter Aktiven oder Geschäftsbereiche gewährt die Gruppe dem Käufer manchmal bestimmte Schadlosklauseln. Diese Schadlosklauseln variieren je nach Gegenpartei bezüglich Umfang und Dauer und hängen von der Art der verkauften Aktiven oder Geschäftsbereiche ab. Diese sind dazu konzipiert, das potenzielle Risiko aus bestimmten nicht quantifizierbaren und nicht erkennbaren Verlustmöglichkeiten, wie beispielsweise Rechtsstreitigkeiten, Steuern und geistigem Eigentum, vom Käufer auf den Verkäufer zu übertragen. Die Gruppe überwacht solche vertraglichen Vereinbarungen genau, um sicherzustellen, dass die Rückstellungen für Schadlosklauseln in der konsolidierten Jahresrechnung der Gruppe angemessen sind.

Sonstige Schadlosklauseln

Die Gruppe gewährt gewissen Gegenparteien im Rahmen ihrer normalen Geschäftsaktivitäten Schadlosklauseln, bei welchen es nicht möglich ist, den Maximalbetrag, zu dessen Zahlung sie verpflichtet werden könnte, zu schätzen. Als normales Ele-

ment im Rahmen von Emissionen eigener Wertschriften verpflichtet sich die Gruppe üblicherweise, die Inhaber solcher Papiere zu entschädigen, wenn aufgrund von Änderungen der anwendbaren Steuergesetze oder ihrer Auslegung zusätzliche Verrechnungssteuerbelastungen verursacht oder Steuern erhoben werden. Wertschriften, bei welchen solche zusätzlichen Zahlungen vorgesehen sind, verfügen normalerweise auch über eine entsprechende Rückzahlungs- oder Kündigungsklausel, wenn die zusätzlichen Zahlungen durch Änderungen von Gesetzen oder deren Auslegung verursacht werden, bei welchen der Emittent keine angemessenen Massnahmen zur Vermeidung der zusätzlichen Zahlungen ergreifen kann. Da solche möglichen Verpflichtungen von zukünftigen Änderungen der Steuergesetzgebung abhängen, kann die Gruppe eine allfällige Verbindlichkeit aus solchen Änderungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht angemessen schätzen. Angesichts der üblicherweise bestehenden Kündigungsklausel erwartet die Gruppe nicht, dass allfällig mögliche Verbindlichkeiten aufgrund von Steuerberechnungen wesentlich sein werden.

Die Gruppe ist Mitglied zahlreicher Börsen und Clearinghäuser, was aufgrund ihrer Mitgliedschaftsvereinbarungen bei Ausfall eines anderen Mitglieds Leistungen erforderlich machen könnte. Die Gruppe hat festgestellt, dass es nicht möglich ist, den Maximalbetrag dieser Verpflichtungen zu schätzen. Die Gruppe glaubt aber, dass die Wahrscheinlichkeit, aufgrund dieser Vereinbarungen effektiv Zahlungen vornehmen zu müssen, gering ist.

Leasingverpflichtungen

Leasingverpflichtungen (in Mio. CHF)

2013	677
2014	593
2015	515
2016	464
2017	411
Später	3 503
Künftige Verpflichtungen aus Operating Leasing	6 163
Abzüglich minimaler Mieten aus nicht kündbaren Untermietverträgen	355
Total künftige Mindestverpflichtungen aus Operating Leasing, netto	5 808

Mietaufwand für Operating Leasing

	2012	2011	2010
Mietaufwand aus Operating Leasing (in Mio. CHF)			
Minimaler Mietaufwand	631	554	625
Ertrag aus Untermiete	(98)	(97)	(123)
Total Mietaufwand aus Operating Leasing, netto	533	457	502

Verpflichtungen aus Operating Leasing

Die Gruppe hat vertragliche Verpflichtungen aus Operating-Leasing-Vereinbarungen, die sich auf bestimmte Liegenschaften und Einrichtungen beziehen. Im Rahmen des Operating Leasings werden die Leasing-Gegenstände nicht in der Bilanz des Leasingnehmers ausgewiesen. Die im Leasingvertrag festgelegten Zahlungen werden im Allgemeinen linear über die Vertragslaufzeit abgeschrieben. Die entsprechenden Verpflichtungen für zukünftige Mietaufwendungen im Rahmen des Operating Leasing sind in der Tabelle «Leasingverpflichtungen» berücksichtigt.

Die Gruppe kann gelegentlich Sale-and-lease-back-Transaktionen abschliessen, in deren Rahmen eine Liegenschaft verkauft und unmittelbar darauf zurückgeleast wird. Bei Erfüllung bestimmter Kriterien werden diese Liegenschaften aus der Bilanz ausgebucht, während zugleich ein Operating Leasing erfasst wird. Wenn der Barwert der Leasingzahlungen mindestens 10% des Fair Value der verkauften Liegenschaft beträgt, werden sämtliche Gewinne bis zur Höhe des Barwerts der Leasingzahlungen aufgeschoben und in der Erfolgsrechnung über die Leasingdauer als Minderung des Mietaufwands erfasst. Gewinne aus Sale-and-lease-back-Transaktionen, bei denen die Leasingzahlungen unter 10% des Fair Value der verkauften Liegenschaft betragen oder Gewinne, die über den Fair Value der Leasing-Zahlungen hinausgehen, werden bei Abschluss des Verkaufs in der Erfolgsrechnung erfasst.

Sale-and lease-back-Transaktionen im Jahr 2012

Im ersten Quartal 2012 verkaufte die Gruppe den Bürokomplex ihres europäischen Hauptsitzes an der One Cabot Street in London an OCS Investment S.à.r.l. und leaste diese Liegenschaft danach im Rahmen einer Operating-Leasing-Vereinbarung für 22 Jahre zurück. Die Gruppe verfügt über zwei Optionen zur Verlängerung des Leasingvertrags um jeweils fünf Jahre. Bei OCS Investment S.à.r.l. handelt es sich um eine Gesellschaft, die zu 100% im Besitz der Qatar Investment Authority ist. Letztere ist eine Minderheitsaktionärin der Gruppe.

Im vierten Quartal 2012 verkaufte die Gruppe mit den Uetlihof-Bürogebäuden in Zürich ihren weltweit bedeutendsten Bürokomplex an die Norges Bank Investment Management und leaste diese Liegenschaft danach im Rahmen einer Operating-Leasing-Vereinbarung für 25 Jahre zurück. Die Gruppe verfügt über eine Option zur Verlängerung des Leasingvertrags um bis zu 15 Jahre. Die Norges Bank Investment Management trat im Namen der staatlichen norwegischen Pensionskasse (Norwegian Government Pension Fund Global) als Käufer auf. Letztere ist eine Minderheitsaktionärin der Gruppe.

Im Jahr 2012 schloss die Gruppe verschiedene kleinere Sale-and-lease-back-Transaktionen bezüglich eigener Liegenschaften ab, die alle als Operating-Leasing-Vereinbarungen mit Laufzeiten von fünf bis zehn Jahren erfasst wurden. Die gesamten vertraglich vereinbarten Mietaufwendungen im Rahmen dieser Vereinbarungen belaufen sich auf CHF 41 Mio.

Sonstige Verpflichtungen

Ende	Fällig in weniger als 1 Jahr	Fällig zwischen 1 und 3 Jahren	Fällig zwischen 3 und 5 Jahren	Fällig nach 5 Jahren	Total Brutto- betrag	Total Netto- betrag ¹	Erhaltene Sicher- heiten
2012 (in Mio. CHF)							
Unwiderrufliche Verpflichtungen aus Dokumentarakkreditiven	6 217	35	6	0	6 258	6 061	3 219
Kreditverpflichtungen	169 462	23 574	37 690	6 384	237 110 ²	231 639	153 460
Reverse-Repo-Geschäfte auf Termin	45 556	0	0	0	45 556	45 556	45 556
Sonstige Verpflichtungen	949	864	172	576	2 561	2 561	131
Total sonstige Verpflichtungen	222 184	24 473	37 868	6 960	291 485	285 817	202 366
2011 (in Mio. CHF)							
Unwiderrufliche Verpflichtungen aus Dokumentarakkreditiven	5 644	3	40	0	5 687	5 207	2 372
Kreditverpflichtungen	157 701	19 988	35 755	7 116	220 560 ²	215 343	144 278
Reverse-Repo-Geschäfte auf Termin	28 885	0	0	0	28 885	28 885	28 885
Sonstige Verpflichtungen	1 457	405	872	874	3 608	3 608	33
Total sonstige Verpflichtungen	193 687	20 396	36 667	7 990	258 740	253 043	175 568

¹ Der Nettobetrag errechnet sich aus dem Bruttobetrag abzüglich allfälliger Beteiligungen. ² Per 31. Dezember 2012 und 2011 waren CHF 139 709 Mio. beziehungsweise CHF 138 051 Mio. unbenutzte Kreditlimiten enthalten, die durch die Gruppe mittels Mitteilung an den Kunden einseitig kündbar waren.

Unwiderrufliche Zusagen aus Dokumentarakkreditiven

Unwiderrufliche Zusagen aus Dokumentarakkreditiven beinhalten Risiken aus dem Handelsfinanzierungsgeschäft im Zusammenhang mit Akkreditiven, unter welchen sich die Gruppe gegenüber einem Exporteur bei Vorlage von Fracht- und anderen Dokumenten zur Leistung von Zahlungen verpflichtet.

Kreditverpflichtungen

Kreditverpflichtungen sind nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Zusagen, die in unserem alleinigen Ermessen mit Mitteilung an den Kunden widerrufen werden können. Ein kleiner Teil der gesamten Kreditverpflichtungen bezieht sich auf das Leveraged-Finance-Geschäft. Zusagen zur Schaffung von Hypothekarkrediten, welche zum Verkauf gehalten werden, qualifizieren für Rechnungslegungszwecke als Derivate und sind in dieser Offenlegung nicht enthalten. Solche Verpflichtungen werden in der konsolidierten Bilanz als Derivate ausgewiesen.

Forward-Reverse-Repo-Geschäfte

Forward-Reverse-Repo-Geschäfte sind Transaktionen, bei welchen der erste Austausch von Zahlungen aus Reverse-Repo-Geschäften an einem vereinbarten Datum in der Zukunft stattfindet.

Sonstige Verpflichtungen

Sonstige Verpflichtungen beinhalten Private-Equity-Verpflichtungen, feste Verpflichtungen aus dem Wertschriftenemissionsgeschäft, Verpflichtungen aus Akkreditiven mit aufgeschobener Zahlung und aus in Umlauf befindlichen Akzepten sowie Verpflichtungen für Call- und Put-Optionen auf Aktien und anderen Beteiligungsinstrumenten.

Im November 2007 übernahm die Banco de Investimentos Credit Suisse (Brasil) S.A., eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Credit Suisse AG, eine Mehrheitsbeteiligung (50% plus eine Aktie) an Hedging-Griffo und traf Optionsvereinbarungen für die verbliebenen Aktienanteile an Hedging-Griffo. Im zweiten Quartal 2012 übernahm die Gruppe die verbliebenen Aktienanteile an Hedging-Griffo, wie in den bestehenden Optionsvereinbarungen vorgesehen, zu einem endgültigen Kaufpreis von BRL 1 248 Mio. (CHF 584 Mio.) und erlangte vollständige Kontrolle über und Eigentum an Hedging-Griffo.

- ▶ Siehe «Anhang 3 – Geschäftsentwicklungen und Ereignisse nach dem Bilanzstichtag» für weitere Informationen.

32 Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten und Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs)

Die Gruppe schliesst im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit Transaktionen mit Spezialzweckgesellschaften (Special Purpose Entities, SPEs) ab und macht von diesen Gebrauch. Eine SPE ist eine Einheit (Gesellschaft) in Form eines Trusts oder einer anderen rechtlichen Struktur, die ein bestimmtes begrenztes Bedürfnis der einrichtenden Gesellschaft erfüllen soll. Die SPE ist in der Regel so strukturiert, dass die Vermögenswerte gegenüber Kreditgebern oder anderen Einheiten, einschliesslich der Gruppe, isoliert sind. SPEs dienen der Gruppe und ihren Kunden in erster Linie zur Verbriefung von finanziellen Vermögenswerten und der Schaffung von Anlageprodukten. Die Gruppe nutzt SPEs auch für andere von Kunden ausgehende Aktivitäten, etwa zur Ermöglichung von Finanzierungen, sowie für ihre eigenen steuerlichen oder regulatorischen Zwecke.

Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten

Verbriefungen

Der grösste Teil der von der Gruppe durchgeführten Verbriefungen erfolgt für Hypotheken und hypothekenbezogene Wertschriften. Die Transaktionen erfolgen hauptsächlich über SPEs. Bei einer typischen Verbriefung kauft die SPE Vermögenswerte, die durch die Erlöse der Ausgabe von Schuld- und Eigenkapitaltiteln, Zertifikaten, ◊CP und sonstigen Schuldverschreibungen der SPE finanziert werden. Diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden in der Bilanz der SPE verbucht und erscheinen nicht in der konsolidierten Bilanz der Gruppe, ausser wenn die Gruppe die Vermögenswerte an die Gesellschaft verkauft hat und die Rechnungslegungsanforderungen für den Verkauf nicht erfüllt wurden oder die Gruppe die SPE konsolidiert.

Die Gruppe erwirbt Geschäfts- und Wohnbauhypotheken zur Verbriefung und verkauft diese Hypothekendarlehen an SPEs. Diese SPEs emittieren ◊Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS), ◊Residential Mortgage-backed Securities (RMBS) und Asset-backed Securities (ABS), welche durch die an sie übertragenen Aktiven besichert sind und eine Rendite erzielen, die auf der Rendite der verbrieften Aktiven basiert. Anleger in solchen hypothekarbesicherten Wertschriften oder ABS haben üblicherweise ein Rückgriffsrecht auf die Aktiven der SPEs falls nicht von dritter Seite eine Garantie abgegeben wurde, welche die Bonität der betreffenden Vermögenswerte erhöht. Die Anleger und die SPEs haben kein Rückgriffsrecht auf die Aktiven der Gruppe. Die Gruppe ist üblicherweise Emissionshaus und Market-Maker für diese Wertschriften.

Ausserdem führt die Gruppe Neuverbriefungen von bereits ausgegebenen RMBS durch. In der Regel werden Zertifikate aus einem bestehenden Verbriefungsvehikel in ein neu geschaffenes, gesondertes Verbriefungsvehikel verkauft. Diese Neuverbriefungen dienen häufig dazu, ein bestehendes Wertpapier neu zu verpacken, um dem Anleger eine Tranche mit höherem Rating zu bieten.

Die Gruppe verwendet SPEs auch für andere forderungsbesicherte Finanzierungen im Zusammenhang mit kundengetriebenen Aktivitäten und für steuerliche oder regulatorische Zwecke der Gruppe. Zu den Strukturen in dieser Kategorie zählen ◊CDOs, Leveraged Finance, Neuverbriefungen und andere Transaktionen, darunter Strukturen im Zusammenhang mit Lebensversicherungen, Emerging-Markets-Strukturen zur Finanzierung, Beteiligung an Ausleihungen oder Generierung von Ausleihungen, sowie weitere alternative Strukturen für Anlagen in Venture-Capital-artige Anlagen. CDOs sind durch die an das zugehörige CDO-Vehikel übertragenen Aktiven besichert; ihr Ertrag basiert auf dem Ertrag der betreffenden Aktiven. Leveraged-Finance-Strukturen werden bei der Syndizierung bestimmter von der Gruppe gehaltener Ausleihungen eingesetzt, während Strukturen zur Neuverbriefung darauf ausgelegt sind, einem Kunden besicherte Engagements in bestimmten Cashflows oder Kreditrisiken zu ermöglichen, unterlegt mit Sicherheiten, die von der Gruppe erworben werden. Bei diesen forderungsbesicherten Finanzierungsstrukturen haben Anleger üblicherweise ausschliesslich ein Rückgriffsrecht auf die Sicherheiten der SPE, jedoch kein Rückgriffsrecht auf die Aktiven der Gruppe.

Wenn die Gruppe Vermögenswerte auf eine SPE überträgt, muss sie beurteilen, ob diese Übertragung als Verkauf der Vermögenswerte zu bilanzieren ist. Übertragungen von Vermögenswerten erfüllen die Anforderungen für einen Verkauf möglicherweise nicht, wenn die Vermögenswerte nicht rechtlich von der Gruppe isoliert wurden und/oder wenn ein anhaltendes Engagement der Gruppe als faktische Kontrolle dieser Vermögenswerte gilt. Wenn die Übertragung nicht als Verkauf gilt, wird sie stattdessen als besicherte Kreditaufnahme verbucht, wobei die übertragenen Vermögenswerte als Sicherheit gelten.

Gewinne und Verluste aus Verbriefungstransaktionen hängen teilweise von den Buchwerten der übertragenen Hypotheken und CDOs ab und werden den verkauften Aktiven und dem allfällig einbehaltenen Begünstigungsanteil im Verhältnis der betreffenden ◊Fair Values im Zeitpunkt des Verkaufs zugeordnet.

Die Gruppe übernimmt im Rahmen von Verbriefungsaktivitäten keine materiellen Servicing-Pflichten.

Die folgende Tabelle stellt Gewinne oder Verluste und die Erlöse aus den übertragenen Aktiven für Verbriefungen von finanziellen Vermögenswerten in den Jahren 2012, 2011 und

2010 dar, welche als Verkauf behandelt wurden, zusammen mit den Geldflüssen zwischen der Gruppe und den für Verbriefungen verwendeten SPEs, bei welchen die Gruppe weiterhin eingebunden war, unabhängig davon, wann die Verbriefung stattfand.

Verbriefungen

	2012	2011	2010
Gewinne und Geldflüsse (in Mio. CHF)			
CMBS			
Nettogewinn ¹	56	6	13
Erlös aus Übertragung von Aktiven	6 156	974	523
Abwicklungs- und Verwaltungsgebühren	0	1	1
Geldzufluss aus Anteilen, die weiterhin gehalten werden	57	205	150
RMBS			
Nettogewinn ¹	3	65	214
Erlös aus Übertragung von Aktiven	15 143	30 695	52 308
Käufe von vormals übertragenen finanziellen Vermögenswerten oder diesen zugrunde liegenden Sicherheiten	(25)	(4)	0
Abwicklungs- und Verwaltungsgebühren	3	3	6
Geldzufluss aus Anteilen, die weiterhin gehalten werden	554	382	488
Sonstige forderungsbesicherte Finanzierungen			
Nettogewinn ¹	83	24	85
Erlös aus Übertragung von Aktiven	591	1 268	4 376
Käufe von vormals übertragenen finanziellen Vermögenswerten oder diesen zugrunde liegenden Sicherheiten ²	(621)	(256)	(2 519)
Abwicklungs- und Verwaltungsgebühren	0	1	0
Geldzufluss aus Anteilen, die weiterhin gehalten werden	1 350	701	1 539

¹ Enthält Erträge aus Underwriting, abgegrenzte Abschlusskosten, Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von Sicherheiten an die SPEs sowie Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von neu ausgegebenen Wertschriften an Dritte, aber ohne Zinserfolg auf Aktiven vor Verbriefung. Die Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf der Sicherheiten entsprechen der Differenz zwischen dem Fair Value am Tag vor der Preisfestlegung der Verbriefung und dem Verkaufspreis der Ausleihungen. ² Entspricht den Market-Making-Aktivitäten sowie den freiwilligen Rückkäufen zum Fair Value, soweit keine Rückkaufverpflichtungen bestanden.

Fortlaufende Einbindung bei übertragenen finanziellen Vermögenswerten

Die Gruppe kann bei finanziellen Vermögenswerten, die an eine SPE übertragen werden, weiterhin eingebunden sein. Eine solche Einbindung kann unterschiedlich ausgestaltet sein, unter anderem in Form von Kreditadministrations-, Rückgriffrechts- und Garantievereinbarungen, Vereinbarungen zum Kauf oder zur Rückgabe von übertragenen Aktiven, derivativen Instrumenten sowie Verpfändungen von Sicherheiten und Begünstigungsanteilen (Beneficial Interests) an den übertragenen Vermögenswerten. Die Begünstigungsanteile, die zum Fair Value bewertet werden, beinhalten das Anrecht auf sämtliche beziehungsweise einen Teil von bestimmten, bei der SPE eingegangenen Geldflüssen, wie etwa vor- und nachrangige Anteile an Zins-, Kapital- oder anderen Geldzuflüssen zur Weitergabe oder Weiterauszahlung, Prämien an Garantiegeber, Verbindlichkeiten aus CPs und Restwertbeteiligungen in Form von Schuldtiteln oder Aktien.

Die Risikoposition der Gruppe aus fortlaufender Einbindung bei übertragenen finanziellen Vermögenswerten beschränkt sich in der Regel auf die von der Gruppe gehaltenen Begünstigungsanteile. Diese haben üblicherweise die Form von durch SPEs ausgegebenen vorrangigen, nachrangigen Instrumenten oder Restwert-Tranchen. Diese Instrumente werden von der Gruppe üblicherweise im Zusammenhang mit Emissions- oder Market-Making-Aktivitäten gehalten und in der konsolidierten Bilanz als Handelsbestände ausgewiesen. Veränderungen im Fair Value dieser Begünstigungsanteile werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst.

In der Regel können Anleger auf die Vermögenswerte der SPE Rückgriff nehmen und profitieren häufig auch von anderen Kreditbesserungen, wie Konti mit Sicherheiten, oder von Liquiditätsfazilitäten, wie Kreditrahmen oder Liquiditäts-Put-Optionen im Rahmen von Kaufvereinbarungen über Vermögenswerte. Die SPE kann auch Derivatkontrakte abschliessen, um die Rendite oder die Referenzwährung der Basiswerte an die Bedürfnisse der SPE-Anleger anzupassen oder das Kreditrisiko

der SPE zu begrenzen beziehungsweise zu ändern. Die Gruppe wie auch die Gegenpartei eines entsprechenden Derivatkontrakts können bestimmte Kreditbesserungen gewähren.

Die folgende Tabelle stellt die ausstehenden Kapitalbeträge der Aktiven dar, aus welchen die Gruppe nach der Übertragung

der finanziellen Vermögenswerte an SPEs weiterhin eine Risikoposition hat, und das Total der Aktiven von SPEs per 31. Dezember 2012 beziehungsweise 2011. Der Übertragungszeitpunkt der Aktiven war dafür nicht von Bedeutung.

Ausstehende Kapitalbeträge und das Total der Aktiven von SPEs aus fortlaufender Einbindung

Ende	2012	2011
in Mio. CHF		
CMBS		
Ausstehender Kapitalbetrag	30 050	35 487
Total Aktiven von SPEs	45 407	52 536
RMBS		
Ausstehender Kapitalbetrag	58 112	91 242
Total Aktiven von SPEs	60 469	95 297
Sonstige forderungsbesicherte Finanzierungen		
Ausstehender Kapitalbetrag	32 805	35 233
Total Aktiven von SPEs	32 805	35 307

Die ausstehenden Nominalbeträge beziehen sich auf von der Gruppe übertragene Aktiven und enthalten keine Nominalbeträge für von Dritten übertragene Aktiven.

Fair Value von Begünstigungsanteilen

Der Fair Value von Begünstigungsanteilen aus fortlaufender Einbindung zum Transferzeitpunkt und zum Berichtszeitpunkt wird mit Hilfe von Fair-Value-Bewertungsmethoden, wie dem Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows, ermittelt, wobei diese auf Annahmen basieren, welche die Marktteilneh-

mer üblicherweise zu Bewertungszwecken treffen. Die Fair Values von Aktiven oder Verbindlichkeiten aus fortlaufenden Einbindungen umfassen keinen Nutzen aus Finanzinstrumenten, welche die Gruppe eventuell zur Absicherung der latenten Risiken verwendet.

Massgebliche ökonomische Annahmen zum Transferzeitpunkt

- ▶ Siehe « Fair-Value-Bewertung» in Anhang 33 – Finanzinstrumente für weitere Informationen.

Für die Fair-Value-Bewertung von Begünstigungsanteilen zum Übertragungszeitpunkt verwendete massgebliche ökonomische Annahmen

Im Zeitpunkt der Übertragung, im Jahr	2012		2011	
	CMBS	RMBS	CMBS	RMBS
in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt				
Fair Value der Begünstigungsanteile	761	2 219	57	5 095
davon Level 2	654	2 090	42	4 695
davon Level 3	107	129	15	399
Gewichtete durchschnittliche Laufzeit (in Jahren)	8.4	5.0	7.2	5.4
Angenommene vorzeitige Tilgung (Jahresrate), in % ¹	– ²	0.1–34.9	– ²	9.0–34.9
Diskontsatz (Jahressatz), in % ³	0.8–10.7	0.1–25.7	2.9–10.6	0.5–71.2
Erwartete Kreditausfälle (Jahresrate), in %	0.5–9.0	0.0–25.1	1.2–9.3	0.3–71.0

Übertragungen von Aktiven, an welchen die Gruppe keine Begünstigungsanteile hat, sind in dieser Tabelle nicht enthalten.

¹ Die angenommene Geschwindigkeit der vorzeitigen Tilgung (Prepayment Speed Assumption, PSA) ist ein Industriestandard für die Projektion von vorzeitigen Tilgungen von Wohnbauhypothekarkrediten. PSA baut auf der Annahme einer konstanten vorzeitigen Tilgungsrate (Constant Prepayment Rate, CPR) auf. Eine 100%ig vorzeitige Tilgung beruht auf der Annahme, dass eine vorzeitige Tilgungsrate von 0,2% pro Jahr auf dem ausstehenden Kapitalbetrag im ersten Monat geleistet wird. Diese Rate nimmt mit jedem Monat um 0,2% zu, bis nach 30 Monaten eine Rate von 6% erreicht wird. Diese Monatsrate bleibt anschliessend während der ganzen Laufzeit des Hypothekarkredits konstant. 100 PSA entsprechen 6 CPR. ² Um eine vorzeitige Tilgung zu vermeiden, sind kommerzielle Hypothekarkredite üblicherweise durch Tilgungssperrfristen und Renditesicherungsklauseln geschützt. ³ Der Diskontsatz basierte auf der gewichteten durchschnittlichen Rendite auf dem Begünstigungsanteil.

Massgebliche ökonomische Annahmen per Stichtag

Die folgende Tabelle stellt die Sensitivitätsanalyse zu massgeblichen ökonomischen Annahmen dar, welche zur Ermittlung des Fair Value der per 31. Dezember 2012 beziehungsweise 2011 gehaltenen SPE-Begünstigungsanteile verwendet wurden.

Massgebliche ökonomische Annahmen für die Messung des Fair Value von Begünstigungsanteilen aus SPEs

Ende	2012			2011		
	CMBS ¹	RMBS	Sonstige forderungsbesicherte Finanzierungen ²	CMBS ¹	RMBS	Sonstige forderungsbesicherte Finanzierungen ²
in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt						
Fair Value der Begünstigungsanteile	274	1 929	692	342	2 960	1 754
davon Nicht-Investment-Grade	90	342	686	133	688	1 513
Gewichtete durchschnittliche Laufzeit (in Jahren)	4.0	5.2	3.6	4.1	5.3	2.5
Angenommene vorzeitige Tilgung (Jahresrate), in % ³	–	0.1–27.6	–	–	0.1–30.0	–
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 10% auf den Fair Value	–	(38.5)	–	–	(44.2)	–
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 20% auf den Fair Value	–	(74.3)	–	–	(86.6)	–
Diskontsatz (Jahressatz), in % ⁴	1.1–50.2	0.2–42.8	0.7–51.7	2.3–50.1	0.3–49.1	0.7–58.7
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 10% auf den Fair Value	(14.8)	(62.8)	(1.0)	(30.5)	(94.4)	(8.2)
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 20% auf den Fair Value	(19.9)	(93.5)	(1.8)	(36.2)	(151.9)	(15.9)
Erwartete Kreditausfälle in % (Jahresrate)	0.9–49.5	0.9–42.8	0.3–51.4	1.9–49.0	0.9–48.9	5.4–31.8
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 10% auf den Fair Value	(14.4)	(55.9)	(0.8)	(29.8)	(83.6)	(6.8)
Auswirkung einer ungünstigen Veränderung von 20% auf den Fair Value	(19.2)	(80.3)	(1.6)	(34.8)	(131.5)	(13.2)

¹ Um eine vorzeitige Tilgung zu vermeiden, sind kommerzielle Hypothekarkredite üblicherweise durch Tilgungssperfristen und Renditesicherungsklauseln geschützt. ² CDOs in dieser Kategorie sind üblicherweise so strukturiert, dass das Risiko einer vorzeitigen Tilgung ausgeschlossen wird. ³ Die angenommene Geschwindigkeit der vorzeitigen Tilgung (Prepayment Speed Assumption, PSA) ist ein Industriestandard für die Projektion von vorzeitigen Tilgungen von Wohnbauhypothekarkrediten. PSA baut auf der Annahme einer konstanten vorzeitigen Tilgungsrate (Constant Prepayment Rate, CPR) auf. Eine 100%ig vorzeitige Tilgung beruht auf der Annahme, dass eine vorzeitige Tilgungsrate von 0,2% pro Jahr auf dem ausstehenden Kapitalbetrag im ersten Monat geleistet wird. Diese Rate nimmt mit jedem Monat um 0,2% zu, bis nach 30 Monaten eine Rate von 6% erreicht wird. Diese Monatsrate bleibt anschliessend während der ganzen Laufzeit des Hypothekarkredits konstant. 100 PSA entsprechen 6 CPR. ⁴ Der Diskontsatz basiert auf der gewichteten durchschnittlichen Rendite auf dem Begünstigungsanteil.

Diese Sensitivitäten sind hypothetischer Natur und berücksichtigen wirtschaftliche Absicherungsgeschäfte nicht. Die Änderungen des Fair Value aufgrund einer Änderung der Annahmen um 10% oder 20% lassen sich in der Regel nicht extrapolieren, da die Beziehung zwischen der Änderung der Annahmen und derjenigen des Fair Value nicht linear sein muss. Des Weiteren wird die Auswirkung der Änderung einer bestimmten Annahme auf den Fair Value der Begünstigungsanteile berechnet, ohne die anderen Annahmen zu ändern. In der Praxis können sich Änderungen einer Annahme auf andere Annahmen auswirken (beispielsweise können steigende Marktzinsen zu geringeren

vorzeitigen Tilgungen und höheren Kreditverlusten führen), wodurch die Sensitivitäten verstärkt oder abgeschwächt werden könnten.

Besicherte Geldaufnahmen

Die folgende Tabelle stellt die Buchwerte von übertragenen finanziellen Vermögenswerten und zugehörigen Verbindlichkeiten dar, deren Übertragung per 31. Dezember 2012 beziehungsweise 2011 nicht als Verkauf qualifizierte.

► Siehe «Anhang 34 – Verpfändete Aktiven und Sicherheiten» für weitere Informationen.

Buchwert der übertragenen finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, deren Übertragung nicht als Verkauf qualifizierte

Ende	2012	2011
in Mio. CHF		
CMBS		
Sonstige Aktiven	467	664
Verbindlichkeit gegenüber SPEs, enthalten in Sonstige Verbindlichkeiten	(467)	(664)
RMBS		
Sonstige Aktiven	0	12
Verbindlichkeit gegenüber SPEs, enthalten in Sonstige Verbindlichkeiten	0	(12)
Sonstige forderungsbesicherte Finanzierungen		
Handelsbestände	1 171	1 851
Sonstige Aktiven	913	1 474
Verbindlichkeit gegenüber SPEs, enthalten in Sonstige Verbindlichkeiten	(2 084)	(3 326)

Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs)

Im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit beteiligt sich die Gruppe an verschiedenen Transaktionen mit Gesellschaften, die als Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (Variable Interest Entities, VIEs) gelten und drei Hauptkategorien zuzuordnen sind: CDOs, CP Conduits und Finanzintermediation. Bei VIEs handelt es sich um SPEs, die typischerweise ohne zusätzliche nachrangige finanzielle Mittel zu wenig Eigenkapital zur Finanzierung ihrer Aktivitäten haben oder derart strukturiert sind, dass die Inhaber der Stimmrechte keine wesentlichen Anteile an den Gewinnen und Verlusten dieser Gesellschaften haben. VIEs können durch die Gruppe, nicht verbundene Dritte oder Kunden gesponsert werden. Solche Gesellschaften sind darauf zu überprüfen, ob sie konsolidiert werden müssen, wobei verlangt wird, dass die meistbegünstigte Partei (Primary Beneficiary) die VIEs zu konsolidieren hat. Bei der Überprüfung auf Konsolidierung hat eine Gesellschaft nun festzulegen, ob sie in der Lage ist, die für die ökonomischen Aspekte der VIEs massgeblichen Aktivitäten zu steuern und ob das berichtende Unternehmen potenziell bedeutende Vorteile oder Verluste durch die VIEs erfährt. Ausserdem sind laufende Neubeurteilungen zur Bestimmung des Meistbegünstigten durchzuführen.

Die Anwendung der Rechnungslegungsvorschriften für die Konsolidierung von VIEs kann umfangreiche eigene Einschätzungen des Managements erfordern. Falls die Konsolidierung einer VIE erforderlich ist, begrenzt sich die Risikoposition der Gruppe auf denjenigen Teil der Aktiven der VIE, welcher dem variablen Anteil der Gruppe vor allfälligen Risikomanagementaktivitäten zur Absicherung ihrer Nettoposition zugeordnet werden kann. Von Dritten gehaltene Anteile an VIEs haben trotz Konsolidierung durch die Gruppe in der Regel keinen Einfluss auf die Erfolgsrechnung der Gruppe.

Grundsätzlich werden Transaktionen mit VIEs zur Ermöglichung von Verbriefungen ausgeführt oder zur Erfüllung spezifischer Kundenbedürfnisse, wie der Bereitstellung von Liquidität oder Anlagemöglichkeiten. Im Rahmen solcher Aktivitäten kann die Gruppe Anteile an VIEs halten. Transaktionen mit VIEs im Zusammenhang mit Verbriefungen umfassen den Verkauf oder Erwerb von Vermögenswerten und den Abschluss von diesbezüglichen Derivaten mit den betreffenden VIEs, wobei Liquidität, Kredit oder sonstige Unterstützung bereitgestellt werden. Auch Derivatgeschäfte, bei denen die Gruppe als Prime Broker fungiert, zählen zu den Transaktionen mit VIEs. Die Gruppe schliesst auch Kreditvereinbarungen mit VIEs ab, um Projekte oder den Ankauf von Vermögenswerten zu finanzieren. Die Aktiven von VIEs unterliegen üblicherweise insofern Beschränkungen, als sie in erster Linie zur Deckung der Verpflichtungen der betreffenden Gesellschaft gehalten werden. Zudem ist die Gruppe bei VIEs involviert, die errichtet wurden, um Kunden alternative Anlagelösungen zu bieten. Solche VIEs beziehen sich primär auf Private-Equity-Anlagen, fondsgebundene Vehikel oder Dachfonds, bei welchen die Gruppe die Strukturierung, das Management, den Vertrieb, die Vermittlung, das Market-Making oder die Bereitstellung von Liquidität übernimmt.

Als Folge dieser Aktivitäten hält die Gruppe variable Beteiligungen an VIEs. Solche variablen Anteile bestehen aus von VIEs emittierten Finanzinstrumenten, die von der Gruppe gehalten werden, bestimmten Derivaten mit VIEs oder Ausleihungen an VIEs. Von der Gruppe an beziehungsweise für VIEs gewährte Garantien können ebenfalls als variable Anteile an einer VIE qualifizieren. Für diese Garantien, einschliesslich Derivaten, die als Garantien qualifizieren, wird der Nominalwert der betreffenden Garantien zur Darstellung der Risikopositionen ausgewiesen. Grundsätzlich haben Anleger in konsolidierten

VIEs bei Ausfall der VIEs kein Rückgriffsrecht auf die Gruppe, falls den Anlegern keine Garantie gewährt wurde oder die Gruppe nicht Gegenpartei in einer Derivattransaktion mit einer VIE ist.

Die Gesamtaktiven der konsolidierten und nicht konsolidierten VIEs mit Einbindung der Gruppe stellen das gesamte Vermögen der betreffenden VIEs dar, selbst wenn die Position der Gruppe aufgrund der von Drittanlegern gehaltenen Anteile gegebenenfalls deutlich geringer ist. Die nominalen Aktiven der nicht konsolidierten VIEs, bei welchen die Gruppe in bedeutendem Umfang eingebunden ist, entsprechen den aktuellsten, der Gruppe zur Verfügung stehenden Angaben zu den verbleibenden Nominalwerten der Basisvermögenswerte. In den meisten Fällen werden diese Aktiven zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen, wobei Fair-Value-Minderungen nur einbezogen werden, wenn entsprechende Angaben vorliegen.

Die maximale Verlustposition der Gruppe weicht vom Buchwert der Aktiven der einzelnen VIEs ab. Diese maximale Verlustposition besteht aus dem Buchwert der als Handelsbestände gehaltenen variablen Anteile der Gruppe, den Derivaten und Ausleihungen und dem Nominalwert der an VIEs gewährten Garantien, nicht aber dem Gesamtvermögen der VIEs. Die maximale Verlustposition versteht sich ohne Berücksichtigung der Risikomanagementaktivitäten der Gruppe einschliesslich der Effekte aus Finanzinstrumenten, welche die Gruppe zur wirtschaftlichen Absicherung der mit diesen VIEs verbundenen Risiken verwenden kann. Die wirtschaftlichen Risiken im Zusammenhang mit den Risikopositionen der Gruppe in VIEs sowie sämtliche relevanten Initiativen zur Risikominderung sind im Risikomanagementsystem der Gruppe berücksichtigt.

Die Gruppe hat konsolidierte oder nicht konsolidierte VIEs nur bei entsprechenden vertraglichen Verpflichtungen finanziell oder anderweitig unterstützt.

Collateralized Debt Obligations

Die Gruppe tätigt CDO-Transaktionen, um Bedürfnisse von Kunden und Anlegern zu erfüllen, Gebühren zu verdienen und finanzielle Vermögenswerte zu verkaufen. Die Gruppe kann als Emissionshaus, Makler oder Vermögensverwalter auftreten und die Vermögenswerte vor Abschluss einer Transaktion in ihren Eigenbestand aufnehmen (Warehousing). Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit im Bereich strukturierte Finanzierungen (Structured Finance) erwirbt die Gruppe von und im Auftrag von Kunden Ausleihungen und andere Schuldverbindlichkeiten zur Verbriefung. Ausleihungen und andere Schuldverbindlichkeiten werden an VIEs verkauft, die ihrerseits CDOs emittieren, um den Kauf von Aktiven wie Investment-Grade-Papieren und hochverzinslichen Schuldtiteln von Unternehmen zu finanzieren.

In der Regel gilt innerhalb von Managed CDOs diejenige Einheit als Sicherheitenverwalter, die über diejenigen Aktivitäten bestimmt, welche die wirtschaftliche Lage der Einheit massgeblich beeinflussen. Bei statischen CDOs ist dieser «Einfluss» schwieriger zu analysieren; möglicherweise geht er vom Sponsor der Einheit oder der CDS-Gegenpartei aus.

CDOs gewähren Anteil an den Kreditrisiken eines ABS-Portfolios (Cash-CDOs) oder eines Referenzportfolios von Wertschriften (synthetische CDOs). Cash-CDO-Geschäfte arbeiten mit eigentlichen Wertschriften, während synthetische CDO-Geschäfte CDS zum Austausch des Kreditrisikos von Basiswerten verwenden, anstatt die Basiswerte (Cash Assets) direkt einzusetzen. Die Gruppe kann auch als Gegenpartei für Derivatgeschäfte mit VIEs auftreten – diese Geschäfte gelten in der Regel nicht als variable Anteile – und in einen Teil der von VIEs emittierten Schuldtitel oder Beteiligungspapiere investieren. Die Portfolios der CDO-Einheiten lassen sich in aktiv bewirtschaftete und statische Portfolios gliedern.

Die von solchen VIEs ausgegebenen Begünstigungsanteile werden ausschliesslich durch die Cashflows der zugehörigen Sicherheiten gedeckt. Drittgläubiger dieser VIEs haben bei einem Zahlungsausfall kein Rückgriffsrecht auf die Gruppe.

Die Risikoposition der Gruppe aus CDO-Geschäften beschränkt sich grundsätzlich auf die Anteile, welche sie im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Emissionshaus oder Market-Maker hält. Die Gruppe konsolidiert Einheiten nur dann, wenn ihr «Einfluss» über diese Einheiten zugeschrieben wird und die betreffenden Beteiligungen potenziell signifikant ausfallen. Ansonsten gilt sie nicht als Meistbegünstigter. Die Obergrenze für Risikopositionen der Gruppe umfasst keine Auswirkungen von Finanzinstrumenten, mit denen die Risiken der VIEs wirtschaftlich abgesichert werden.

Commercial Paper Conduits

Die Gruppe ist weiterhin als Administrator für ein Asset-backed CP-Conduit tätig, nämlich Alpine, ein kundenorientiertes Multiseller-Conduit-Vehikel, und stellt diesem auch Liquidität und Instrumente zur Kreditbesserung bereit. Alpine veröffentlicht Daten zu seinem Portfolio und dessen Aktiven und reicht dieses Portfolio einer Ratingagentur zum öffentlichen Rating basierend auf den Cashflows des Gesamtportfolios ein. Alpine erwirbt Vermögenswerte von Kunden, namentlich Kredite und Darlehen, wobei diese Ankäufe durch die Ausgabe von CPs gedeckt werden, die wiederum durch die betreffenden Vermögenswerte besichert sind. Damit ein Vermögenswert für das CP-Conduit qualifiziert, muss dieser nach Berücksichtigung von entsprechenden vermögenswertspezifischen Kreditbesserungen mindestens ein Investment-Grade-Rating aufweisen. Diese Kreditbesserungen werden in erster Linie von den Kunden gewährt, welche die betreffenden Vermögenswerte trans-

ferien. Die Kunden gewähren den Anlegern in diesem CP-Conduit Kreditbesserungen in Form von über den Nominalwert hinausgehenden Besicherungen und anderen vermögenswert-spezifischen Besserungen. Zudem hat ein nicht mit der Gruppe verbundener Anleger eine begrenzte Position auf das Erstrisiko des gesamten Alpine-Portfolios zurückbehalten. Alpine ist eine separate Rechtseinheit, die der Gruppe hundertprozentig gehört. Ihre Vermögenswerte stehen jedoch nur zur Befriedigung der Ansprüche ihrer Gläubiger zur Verfügung. Da die Gruppe zudem als Administrator fungiert und zudem Liquidität sowie Kreditbesserungsfazilitäten zur Verfügung stellt, weist sie bedeutende Engagements und bedeutenden Einfluss auf die Tätigkeit von Alpine auf. Alpine gilt zu Rechnungslegungszwecken als VIE, die Gruppe gilt als Meistbegünstigter von Alpine und konsolidiert dieses Vehikel.

Die durchschnittliche Restlaufzeit aller ausstehenden CP des Conduit belief sich per 31. Dezember 2012 und 2011 auf etwa 27 beziehungsweise 18 Tage. Per 31. Dezember 2012 und 2011 verfügte Alpine über das höchste Rating für kurzfristige Instrumente von Moody's und Dominion Bond Rating Service und das Rating A-1 von Standard & Poor's und F-1 von Fitch. Der grösste Teil der von Alpine erworbenen Aktiven bestand aus Ausleihungen oder Forderungen mit hohen Ratings aus dem Konsumsektor, einschliesslich Fahrzeug- und Ausrüstungskrediten und -leasingfinanzierungen, Studiendarlehen, Vorfinanzierungsforderungen und Kreditkartenforderungen. Die Vermögenswerte von Alpine wiesen per 31. Dezember 2012 beziehungsweise 2011 ein gewichtetes durchschnittliches Rating von AA auf, basierend auf dem tiefsten externen oder internen Rating des einzelnen Vermögenswerts. Per 31. Dezember 2012 und 2011 betrug die durchschnittliche Restlaufzeit 2,9 Jahre beziehungsweise 2,5 Jahre.

Die Verpflichtung der Gruppe gegenüber diesem CP-Conduit besteht aus Verpflichtungen im Rahmen von Liquiditätsvereinbarungen und einer Vereinbarung zur Kreditbesserung für das gesamte Programm. Bei den Liquiditätsvereinbarungen handelt es sich um vermögenswert-spezifische Vereinbarungen, in deren Rahmen die Gruppe unter bestimmten Umständen Vermögenswerte des CP-Conduit erwerben muss. Solche Käufe sind unter anderem erforderlich bei Liquiditätsverknappung im CP-Markt, so dass das CP-Conduit seine Verbindlichkeiten nicht refinanzieren kann, oder in gewissen Fällen bei Zahlungsausfall eines Basiswerts. Die Gruppe kann nach eigenem Ermessen Vermögenswerte erwerben, deren Rating unter Investment Grade gefallen ist, um das CP-Conduit zu stützen. In beiden Fällen verändern sich die spezifischen Kreditbesserungen für die einzelnen Vermögenswerte seitens des als Verkäufer auftretenden Kunden und die entsprechende Risikoübernahme des Erstrisiko-Anlegers für die betreffenden Vermögenswerte nicht. Wenn die Gruppe solche Vereinbarungen

eingeht, überprüft sie die mit diesen Geschäften verbundenen Kreditrisiken gleich wie bei sonstigen Kreditvergaben. Die programmweite Vereinbarung mit dem CP-Conduit zur Kreditbesserung würde potenzielle Zahlungsausfälle der Vermögenswerte tragen, steht aber im Rang vor der Kreditbesserung seitens des als Verkäufer auftretenden Kunden und des Erstrisiko-Anlegers.

Die Gruppe erachtet die Wahrscheinlichkeit eines Verlustes in Höhe der maximalen Risikoposition als gering, da die vom CP-Conduit gehaltenen Vermögenswerte – nach Berücksichtigung der hauptsächlich durch Kunden bereitgestellten vermögenswert-spezifischen Kreditbesserungen – als erstklassig eingestuft werden. Die wirtschaftlichen Risiken im Zusammenhang mit den Aktiven des CP-Conduit sind im Risikomanagementsystem der Gruppe berücksichtigt, wobei Gegenpartei-, Economic-Capital- und Szenarioanalyserisiken eingeschlossen sind.

Finanzintermediation

Die Gruppe ist bei VIEs in ihrer Rolle als Finanzintermediär im Auftrag von Kunden massgeblich eingebunden.

Die Gruppe erachtet die Wahrscheinlichkeit eines Verlustes in Höhe der maximalen Risikoposition als gering, da sie Massnahmen zur Risikominderung ergriffen hat. Hierzu zählen unter anderem Strategien zur wirtschaftlichen Absicherung und Vereinbarungen über die Stellung von Sicherheiten. Die wirtschaftlichen Risiken der Gruppe im Zusammenhang mit Risikopositionen in konsolidierten und nicht konsolidierten VIEs aus Finanzintermediation sowie sämtliche relevanten Initiativen zur Risikominderung sind im Risikomanagementsystem der Gruppe berücksichtigt.

Finanzintermediation schliesst Verbriefungen, Fonds, Kreditvereinbarungen und sonstige Vehikel ein.

Verbriefungen

Verbriefungen erfolgen zumeist über ◻CMBS-, ◻RMBS- und ABS-Vehikel. Die Gruppe handelt als Emissionshaus und Market-Maker, sorgt für Liquidität, ist Gegenpartei für Derivatgeschäfte oder sorgt für Kreditbesserungen bei VIEs mit Bezug auf bestimmte Verbriefungstransaktionen. Die maximale Verlustposition entspricht dem Buchwert der Begünstigungsanteile und der als variable Anteile geltenden allfälligen Derivatpositionen, falls entsprechende bestehen, zuzüglich der Risiken aus allfälligen von der Gruppe gestellten Kreditbesserungen. Die maximale Verlustposition der Gruppe berücksichtigt die Effekte aus Finanzinstrumenten nicht, welche zur wirtschaftlichen Absicherung der Risiken aus diesen VIEs dienen.

Den massgeblichen Einfluss auf das Verbriefungsvehikel haben die vom Kreditadministrator getroffenen Entscheidungen bezüglich Kreditausfällen. Die als Kreditadministrator fungierende Partei ist in der Lage, Entscheidungen zu treffen, die

das Ergebnis der Aktivitäten des Verbriefungsvehikels wesentlich beeinflussen können. Wenn bei einem Verbriefungsvehikel mehrere Parteien über bestimmte Vermögenswerte als Kreditadministratoren fungieren, legt die Gruppe fest, dass sie entscheidungsbefugt ist, wenn sie mehr als 50% der Vermögenswerte in dem Verbriefungsvehikel kontrolliert. Liegt zudem ein wirtschaftliches Interesse des Kreditadministrators oder einer ihm nahestehenden Person vor, das einen signifikanten Anteil der Gewinne und/oder Verluste absorbieren könnte, gilt er bzw. die betreffende Person als Meistbegünstigter und hat das Vehikel zu konsolidieren. Wenn die Gruppe festlegt, dass sie die Kontrolle über die relevante Verwaltung hat, dann entscheidet sie, in erster Linie durch Auswertung des Betrags und der Beschaffenheit der durch das von ihr gehaltene Vehikel emittierten Wertschriften, ob sie verpflichtet ist, Verluste aus dem Verbriefungsvehikel zu absorbieren, bzw. ob sie zu Gewinnen daraus berechtigt ist, die potenziell massgeblich für das Vehikel sein könnten. Die in dieser Analyse berücksichtigten Faktoren umfassen die Nachrangigkeit der gehaltenen Wertschriften sowie die Grösse der Position, basierend auf dem Prozentsatz der Wertpapierklasse und der Gesamt-Deal-Classes der emittierten Wertschriften. Je niedriger der Rang der nachrangigen Wertschrift, umso wahrscheinlicher ist es, dass die Gruppe Erstbegünstigter sein wird. Diese Konsolidierungsanalyse wird in jedem Berichtszeitraum auf Basis der Veränderungen im Inventar und den in der Verbriefung verbleibenden Vermögenswerten durchgeführt. In der Regel konsolidiert die Gruppe Verbriefungsvehikel, wenn sie als Kreditadministrator fungiert und Positionen aus ihrer Tätigkeit als Emissionshaus aufweist. Kurzfristige Market-Making-Positionen in Vehikeln gelten in diesem Zusammenhang generell nicht als potenziell signifikant.

Im Falle einer Wiederverbriefung von bereits vorher emittierten RMBS-Wertschriften sind die Wiederverbriefungsvehikel passiv und haben keine wesentlichen laufenden Aktivitäten, die einer Verwaltung bedürften. Entscheidungen bezüglich der Verbriefungstransaktion gleich zu Beginn sind der Schlüssel in Bezug auf das Vehikel. Aktivitäten zu Beginn beinhalten die Auswahl der Vermögenswerte und die Entscheidung über die Kapitalstruktur. Die Kontrolle über ein Wiederverbriefungsvehikel wird in der Regel zwischen der Gruppe und dem/den an der Erstellung des Vehikels beteiligten Anleger/n geteilt. Die Gruppe beschliesst, dass sie der Erstbegünstigte eines Wiederverbriefungsvehikels ist, wenn sie im Wesentlichen alle aus dem Vehikel emittierten Anleihen besitzt.

Fonds

Als Fonds werden Anlagestrukturen wie Anlagefonds für den öffentlichen Vertrieb, Dachfonds, Private-Equity-Fonds und fondsgebundene Produkte bezeichnet, bei welchen die Anleger üblicherweise über Schuldtitel anstelle von Aktien beziehungs-

weise Anteilen beteiligt sind. Daher qualifizieren diese Strukturen als VIEs. Die Gruppe kann verschiedene Beziehungen zu solchen VIEs unterhalten, so etwa als Strukturierer, Anlageberater, Vermögensverwalter, Administrator, Depotstelle, Emittent, Makler, Market-Maker oder als Prime Broker. Diese Aktivitäten schliessen die Verwendung von VIEs zur Strukturierung fondsgebundener Produkte, Hedgefonds-Dachfonds oder Private-Equity-Anlagen ein, um Kunden alternative Anlagen zu ermöglichen. Bei solchen Transaktionen hält eine VIE die Basisanlagen und emittiert Wertschriften, die den Anlegern eine Rendite auf Basis der Wertentwicklung dieser Anlagen bieten.

Die maximale Verlustposition entspricht dem Fair Value der von solchen Strukturen emittierten Instrumente, die von der Gruppe aufgrund der Emittenten- oder Market-Making-Aktivitäten gehalten werden, den Vehikeln zur Verfügung gestellter Finanzierungen und der Risikoposition der Gruppe aus Kapitalschutz- und Rücknahmegarantieklauseln. In der Regel liegt das Verlustrisiko aus solchen Anlagen bei den Anlegern. Die Gruppe kann aber bei bestimmten Fondstypen einen Kapitalschutz auf den Wertschriften gewähren, um das Verlustrisiko der Anleger zu begrenzen. Die maximale Verlustposition der Gruppe berücksichtigt die Effekte aus Finanzinstrumenten nicht, welche zur wirtschaftlichen Absicherung der Risiken aus diesen VIEs dienen.

Bei der Konsolidierung von Fonds nach US GAAP kommt ein anderes Modell zur Anwendung. Anstelle des Konsolidierungsmodells mit den Kriterien Einfluss und Potenzial zur Absorption von signifikanten Risiken und Erfolgen kommt ein früheres Konsolidierungsmodell zur Anwendung. Nach diesem ursprünglichen Modell gilt die Gruppe als Meistbegünstigter und konsolidiert die betreffenden Fonds, wenn sie über 50% ihrer ausstehenden Emissionen hält.

Kreditvereinbarungen

Kreditvereinbarungen sind Einzelfinanzierungsvehikel, bei welchen die Gruppe Mittel zur Finanzierung bestimmter Aktiven oder unternehmerischer Vorhaben bereitstellt. Der Eigentümer der Aktiven oder Geschäftsleiter der Unternehmen stellt in diesen Fällen das Eigenkapital der Vehikel zur Verfügung. Diese massgeschneiderten Finanzierungsstrukturen werden zum Erwerb, Leasing oder zur anderweitigen Finanzierung und Verwaltung von Kundenvermögen errichtet.

Die maximale Verlustposition entspricht dem Buchwert der Ausleihungen der Gruppe, welche denselben Kreditrisikomanagementverfahren unterliegen wie Ausleihungen, die direkt an Kunden gewährt werden. Die Bonität der Kunden wird sorgfältig überprüft, es gelten strikte Belehnungssätze, und die Kunden stellen Eigenkapital, zusätzliche Deckungen oder Garantien, was das Risiko der Gruppe in bedeutendem Aus-

mass reduziert. Aufgrund der Risikominderungsmaßnahmen, einschliesslich der über den Nominalwert hinausgehenden Besicherung und der wirksamen Überwachung der Einhaltung ausreichender Belehnungssätze, erachtet die Gruppe die Wahrscheinlichkeit eines Verlustes in Höhe der maximalen Risikoposition als gering.

In der Regel hat der externe Sponsor einer VIE während ihres Bestehens die Kontrolle über ihre Vermögenswerte inne und verfügt über das Potenzial, signifikante Gewinne und Verluste zu absorbieren. In den meisten Fällen handelt es sich bei der Gruppe nicht um den Meistbegünstigten derartiger Strukturen, so dass ihrerseits keine Konsolidierung erfolgt. Bei Änderungen der Struktur, etwa einem Ausfall des Sponsors, erhält die Gruppe möglicherweise die Kontrolle über die Vermögenswerte. Liegen signifikante Ausleihungen der Gruppe vor, muss sie die betreffende Einheit in einem solchen Fall eventuell konsolidieren.

Sonstige

Unter Sonstige finden sich zusätzliche Vehikel, mit denen die Gruppe die Finanzierung und Emission von hybriden Kapitalinstrumenten bereitstellt. Die Trust-Preferred-Issuance-Vehikel zur Aufnahme von Hybridkapital unterstützen die Gruppe bei der kapitaleffizienten Mittelaufnahme. Die VIE gibt Vorzugsaktien mit Garantie der Gruppe aus und verwendet den Erlös zum Ankauf von Schuldtiteln der Gruppe. Die Garantien der Gruppe für ihre eigenen Schuldtitel gelten nicht als variable Beteiligungen. Da die Gruppe überdies keine Positionen in den betreffenden Vehikeln aufweist, bestehen für sie auch keine maximalen Verlustpositionen. Unter nicht konsolidierte VIEs werden nur die Gesamtaktiven der Trust-Preferred-Issuance-Vehikel offengelegt, da die Gruppe bei diesen Einheiten keine variablen Beteiligungen hat.

Konsolidierte VIEs

Die Gruppe ist bei VIEs in ihrer Rolle als Finanzintermediär im Auftrag von Kunden massgeblich eingebunden. Die Gruppe konsolidiert alle VIEs mit Bezug zu Finanzintermediation, bei welchen sie die meistbegünstigte Partei war.

Die Tabellen zu den konsolidierten VIEs weisen die Buchwerte und Klassifikationen der Aktiven und Verbindlichkeiten der konsolidierten VIEs per Ende 2012 beziehungsweise 2011 aus.

Konsolidierte VIEs, bei welchen die Gruppe meistbegünstigte Partei war

Ende 2012	Finanzintermediation					Total	
	CDO	CP-Conduit	Verbriefungen	Anlagefonds	Ausleihungen		Sonstige
Aktiven konsolidierter VIEs (in Mio. CHF)							
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	1 534	27	0	125	44	20	1 750
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	0	117	0	0	0	0	117
Handelsbestände	1 064	196	14	1 861	565	997	4 697
Anlagen in Wertschriften	0	23	0	0	0	0	23
Sonstige Anlagen	0	0	0	0	1 712	577	2 289
Ausleihungen, netto	0	4 360	859	0	405	429	6 053
Liegenschaften und Einrichtungen	0	0	0	0	509	72	581
Zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	7 324	0	3 110	0	71	0	10 505
Sonstige Aktiven	45	1 637	1	4	501	1 843	4 031
Total Aktiven konsolidierter VIEs	9 967	6 360	3 984	1 990	3 807	3 938	30 046
Verbindlichkeiten konsolidierter VIEs (in Mio. CHF)							
Kundeneinlagen	0	0	0	0	0	247	247
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	20	0	0	0	4	101	125
Kurzfristige Geldaufnahmen	0	5 776	0	3	0	3 803	9 582
Langfristige Verbindlichkeiten	9 944	14	3 608	500	38	428	14 532
Sonstige Verbindlichkeiten	45	6	97	7	168	905	1 228
Total Verbindlichkeiten konsolidierter VIEs	10 009	5 796	3 705	510	210	5 484	25 714

Konsolidierte VIEs, bei welchen die Gruppe meistbegünstigte Partei war (Fortsetzung)

Ende 2011	Finanzintermediation						Total
	CDO	CP- Conduit	Verbie- fungen	Anlage- fonds	Auslei- hungen	Sonstige	
Aktiven konsolidierter VIEs (in Mio. CHF)							
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	1 202	24	0	43	102	25	1 396
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	0	19	0	0	0	0	19
Handelsbestände	1 207	728	18	2 681	554	1 211	6 399
Anlagen in Wertschriften	0	41	0	0	0	0	41
Sonstige Anlagen	0	0	0	0	1 863	483	2 346
Ausleihungen, netto	0	4 720	0	0	62	1 158	5 940
Liegenschaften und Einrichtungen	0	0	0	0	564	82	646
Zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	7 231	0	3 941	0	2	0	11 174
Sonstige Aktiven	43	751	0	30	741	263	1 828
Total Aktiven konsolidierter VIEs	9 683	6 283	3 959	2 754	3 888	3 222	29 789
Verbindlichkeiten konsolidierter VIEs (in Mio. CHF)							
Kundeneinlagen	0	0	0	0	0	221	221
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	30	0	0	0	3	1 253	1 286
Kurzfristige Geldaufnahmen	0	6 141	0	0	0	0	6 141
Langfristige Verbindlichkeiten	9 383	24	4 483	276	227	465	14 858
Sonstige Verbindlichkeiten	69	2	0	24	158	493	746
Total Verbindlichkeiten konsolidierter VIEs	9 482	6 167	4 483	300	388	2 432	23 252

Nicht konsolidierte VIEs

Die Tabellen «Nicht konsolidierte VIEs» stellen die Buchwerte und die Klassierung der Aktiven und Verbindlichkeiten der variablen Anteile dar, welche in der konsolidierten Bilanz der Gruppe ausgewiesen werden, sowie die maximale Verlustposition und das Total der Aktiven der nicht konsolidierten VIEs.

Die maximale Verlustposition entspricht den variablen Anteilen an nicht konsolidierten VIEs, die von der Gruppe bilanziert werden (beispielsweise direkte Anteile an Vehikeln, Ausleihungen und sonstigen Forderungen), sowie die Nominalbeträge von Garantien und ausserbilanziellen Verpflichtungen aus variablen Anteilen, die gegenüber nicht konsolidierten VIEs abgegeben wurden. Diese Beträge, vor allem die Nominalbeträge von Derivaten und Garantien, entsprechen nicht den im Zusammenhang mit diesen Transaktionen erwarteten Verlusten, da sie die Effekte von Sicherheiten, Verwertungen oder die Wahrscheinlichkeit von Verlusten nicht berücksichtigen. Zudem werden die Kompensationseffekte aus Finanzinstrumenten nicht berücksichtigt, die zur Minderung der genannten Risiken dienen. Auch von der Gruppe bereits verbuchte frühere Buchver-

luste im Zusammenhang mit Garantien oder Derivaten werden nicht mindernd angerechnet.

Das Total der Aktiven der nicht konsolidierten VIEs bezieht sich auf die nicht konsolidierten VIEs, an welchen die Gruppe variable Anteile hält. Diese Beträge entsprechen den Aktiven der Einheiten an sich und stehen normalerweise in keinem Zusammenhang zu den Risiken, die die Gruppe in Bezug auf die Einheit aufweist, so dass sie zu Risikomanagementzwecken nicht berücksichtigt werden.

Bestimmte VIEs wurden nicht in die folgende Tabelle aufgenommen. Hierzu zählen etwa von Dritten strukturierte VIEs, bei denen die Beteiligungen der Gruppe die Form von Wertschriften in den Beständen der Gruppe haben, bestimmte, nicht von der Gruppe gesponserte Vehikel zur Finanzierung einzelner Aktiven, bei denen die Gruppe Finanzierungen stellt, aufgrund von Überbesicherungen und Garantien aber äusserst geringe Verlustrisiken aufweist, nicht qualifizierende Verkäufe, bei denen die Gruppe keine weiteren Beteiligungen aufweist, und andere nicht zu konsolidierende Einheiten.

Nicht konsolidierte VIEs

Ende 2012	Finanzintermediation					Total
	CDO	Verbie- fungen	Anlage- fonds	Auslei- hungen	Sonstige	
Aktiven variabler Anteile (in Mio. CHF)						
Handelsbestände	100	3 210	1 143	868	600	5 921
Ausleihungen, netto	8	111	2 148	3 572	1 668	7 507
Sonstige Aktiven	0	17	49	0	4	70
Total Aktiven variabler Anteile	108	3 338	3 340	4 440	2 272	13 498
Maximale Verlustposition (in Mio. CHF)						
Maximale Verlustposition	108	14 123	3 575	4 906	3 039	25 751
Aktiven nicht konsolidierter VIEs (in Mio. CHF)						
Aktiven nicht konsolidierter VIEs	5 163	103 990	52 268	22 304	15 491	199 216

Ende 2011	Finanzintermediation					Total
	CDO	Verbie- fungen	Anlage- fonds	Auslei- hungen	Sonstige	
Aktiven variabler Anteile (in Mio. CHF)						
Handelsbestände	126	5 497	1 449	834	2 395	10 301
Ausleihungen, netto	0	123	1 627	4 742	3 257	9 749
Sonstige Aktiven	0	0	32	0	391	423
Total Aktiven variabler Anteile	126	5 620	3 108	5 576	6 043	20 473
Maximale Verlustposition (in Mio. CHF)						
Maximale Verlustposition	153	7 056	3 505	6 051	6 413	23 178
Aktiven nicht konsolidierter VIEs (in Mio. CHF)						
Aktiven nicht konsolidierter VIEs	7 093	113 845	58 815	23 633	20 748	224 134

33 Finanzinstrumente

Die nachstehenden Angaben zu den Finanzinstrumenten der Gruppe gliedern sich in folgende Abschnitte:

- Konzentration von Kreditrisiken
- Ermittlung des Fair Value (einschliesslich Fair-Value-Hierarchie, Überträge zwischen Levels, Level-3-Abstimmungen, qualitative und quantitative Offenlegung von Bewertungsmethoden sowie nicht periodische Änderungen des Fair Value)
- Fair-Value-Option
- Offenlegung des Fair Value von nicht zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumenten

Konzentration von Kreditrisiken

Kreditrisikokonzentrationen ergeben sich, wenn eine Anzahl von Gegenparteien ähnliche Geschäftstätigkeiten wahrnehmen oder in der gleichen geografischen Region tätig sind. Kreditrisikokonzentrationen ergeben sich auch, wenn die Gegenparteien ähnliche wirtschaftliche Merkmale aufweisen, welche dazu führen, dass sie alle ihren vertraglichen Verpflichtungen bei sich ändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht mehr nachkommen können.

Um sicherzustellen, dass mögliche Risikokonzentrationen identifiziert werden, überwacht die Gruppe regelmässig ihre Kreditrisikoportfolios nach Gegenparteien, Branchen, Ländern und Produkten, wobei eine umfangreiche Palette von quantitativen Hilfsmitteln und Kennzahlen verwendet wird. Kreditrisiken in Bezug auf Gegenparteien und Produkte werden mittels

Gegenpartei-Limiten überwacht. Diese Limiten stellen die Obergrenze für Kreditpositionen dar, welche die Gruppe gegenüber bestimmten Gegenparteien für bestimmte Zeitperioden eingehen will. Länderlimiten werden aufgestellt, um unerwünschte Risikokonzentrationen in bestimmten Ländern zu vermeiden.

Die gesamte Kreditrisikoposition der Gruppe in Bezug auf die einzelnen Branchen ist breit diversifiziert. Ein Grossteil der Kreditpositionen entfällt auf Privatkunden, insbesondere in Form von Wohnbauhypothekarkrediten in der Schweiz, oder betrifft Transaktionen mit Finanzinstituten. In beiden Fällen ist die Kundenbasis ausgedehnt und auch die Anzahl und die Art der Transaktionen sind breit diversifiziert. Für Transaktionen mit Finanzinstituten ist das Geschäft auch geografisch breit gestreut, mit Schwerpunkten in Nord- und Südamerika, Europa und zu einem geringeren Teil im asiatisch-pazifischen Raum.

Ermittlung des Fair Value

Ein erheblicher Teil der Finanzinstrumente der Gruppe wird zum ◻Fair Value bilanziert. Eine Verschlechterung der Finanzmärkte kann einen bedeutenden Einfluss auf den Fair Value dieser Finanzinstrumente und das Ergebnis haben.

Der Fair Value der meisten Finanzinstrumente der Gruppe beruht auf Kursen beziehungsweise Preisen, die in aktiven Märkten gestellt werden, oder auf beobachtbaren Marktparametern. Zu diesen Instrumenten zählen Staatspapiere und von staatlichen Institutionen ausgegebene Wertschriften, bestimmte ◻CPs, die Mehrheit an erstklassigen Unternehmensanleihen, bestimmte hochverzinsliche Schuldtitel, börsengehandelte und gewisse ◻OTC-Derivate sowie die meisten börsenkotierten Aktien.

Zudem hält die Gruppe Finanzinstrumente, für die keine Preise und nur wenige oder gar keine beobachtbaren Eingabeparameter verfügbar sind. Bei diesen Instrumenten beruht die Ermittlung des Fair Value auf der subjektiven Einschätzung und Beurteilung unter Berücksichtigung von Liquidität, Preisbildungsannahmen, des aktuellen wirtschaftlichen Umfelds und der Konkurrenzsituation sowie der instrumentspezifischen Risiken. In solchen Fällen erfolgt die Bewertung auf Basis der vom Management selbst vorgenommenen Beurteilungen zu den Annahmen (einschliesslich Annahmen zu den Risikoparametern), welche die Marktteilnehmer bei der Preisfestsetzung für den betreffenden Vermögenswert oder die betreffende Verbindlichkeit treffen würden. Zu diesen Instrumenten zählen gewisse OTC-Derivate, einschliesslich Aktien- und Kreditderivate, gewisse aktienbasierte Wertschriften von Unternehmen, hypothekarwertbezogene Wertschriften und ◻CDOs, Private-Equity-Beteiligungen, gewisse Ausleihungen und Kreditpro-

dukte, einschliesslich Leveraged Finance, gewisse Konsortialkredite und gewisse hochverzinsliche Anleihen sowie Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen.

Der Fair Value von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten wird von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Hierzu gehören etwa Benchmark-Zinsen, Preise für von Dritten ausgegebene Finanzinstrumente, Rohstoffpreise, Devisenkurse und Indexkurse beziehungsweise -sätze. Zudem sind Wertberichtigungen ein integraler Bestandteil des Bewertungsprozesses, falls die Marktpreise der Bonität einer Gegenpartei nicht Rechnung tragen. Wertberichtigungen werden sowohl bei OTC-Derivaten als auch bei Schuldtiteln vorgenommen. Änderungen der für eine bestimmte Gegenpartei massgeblichen Risikoaufschläge wirken sich auf die Ermittlung des Fair Value von Vermögenswerten aus (sogenannte ◻Credit Valuation Adjustments), Änderungen der für die Gruppe massgeblichen Risikoaufschläge auf die Ermittlung des Fair Value ihrer Verbindlichkeiten (sogenannte ◻Debit Valuation Adjustments). Bei OTC-Derivaten werden sowohl Änderungen der Bonität der Gruppe als auch der betreffenden Gegenpartei in die Ermittlung ihres Fair Value einbezogen; Grundlage sind die jeweils aktuellen Preise für ◻CDS. Die Anpassungen berücksichtigen auch vertraglich vereinbarte Faktoren, welche die Risikopositionen der Gruppe im Zusammenhang mit einer bestimmten Gegenpartei mindern sollen. Hierbei handelt es sich etwa um gestellte und im Besitz der Gruppe befindliche Sicherheiten und Netting-Rahmenvereinbarungen. Bei hybriden Schuldtiteln mit eingebetteten Derivaten werden Änderungen der Bonität der Gruppe in der Ermittlung des Fair Value auf Basis der jeweils aktuellen Aufschläge für langfristige Fremdmittel berücksichtigt.

Die regelmässige Überprüfung der beobachtbaren Eingabeparameter, die bei den Preismodellen verwendet werden, hat dazu geführt, dass die Gruppe 2012 die Verwendung der Diskontierung von Overnight Indexed Swaps (OIS) statt anderer Referenzzinssätze, wie des ◻LIBOR, auf jene Geschäftsbereiche im Anleihengeschäft ausdehnte, in denen die Anwendung nicht erfolgt war, sowie auf gewisse Aktienderivate. Dies hat zu einem Verlust von CHF 57 Mio. geführt.

ASU 2011-04 erlaubt es einer Berichterstattungseinheit, den Fair Value einer Gruppe von Finanzaktiven und -verbindlichkeiten anhand des Preises zu bewerten, zu dem in einer ordentlichen Transaktion zwischen Marktteilnehmern für ein bestimmtes Risikoniveau am Bewertungsstichtag eine Netto-Long-Position verkauft oder eine Netto-Short-Position übertragen werden könnte. Diese Änderung der Richtlinien für die Fair-Value-Bewertung entspricht der Branchenpraxis. Daher wendet die Gruppe weiterhin Geld- und Briefanpassungen auf Nettoportfolios von Kassapapieren und/oder derivativen Instrumenten an, um den Wert der Netto-Position von einem mittleren

Marktpreis an das entsprechende Geld- oder Briefniveau anzupassen, das unter normalen Marktbedingungen für die Netto-Long- oder Netto-Short-Position für ein spezifisches Marktrisiko realisiert würde. Darüber hinaus erfasst die Gruppe das Netto-Kreditrisikoniveau ihrer derivativen Instrumente, bei denen sie rechtlich durchsetzbare Vereinbarungen mit ihren Gegenparteien hat, die das Kreditrisikoniveau bei einem Ausfall mindern. Wertberichtigungen werden angemessen und einheitlich erfasst, sodass sie den betreffenden Angaben im Anhang zur Jahresrechnung so zugeordnet werden, als ob die Wertberichtigung der einzelnen Rechnungseinheit zugeordnet worden wäre.

Fair-Value-Hierarchie

Die Stufen der Fair-Value-Hierarchie sind wie folgt definiert:

- Level 1: In aktiven Märkten gestellte Preise (ohne Anpassungen) – zu welchen die Gruppe Zugang hat – für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten. Diese Stufe der Fair-Value-Hierarchie bietet den zuverlässigsten Nachweis des Fair Value und wird bei Vorhandensein immer zur Fair-Value-Berechnung verwendet.
- Level 2: Direkt oder indirekt beobachtbare Eingabeparameter zum Vermögenswert oder zur Verbindlichkeit, welche nicht gestellte Marktpreise gemäss Level 1 darstellen. Zu diesen Eingabeparametern gehören: (i) in aktiven Märkten gestellte Preise für vergleichbare Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten; (ii) für identische oder vergleichbare Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten gestellte Preise in nicht aktiven Märkten, das heisst Märkten, in welchen wenige Transaktionen in diesem Vermögenswert oder dieser Verbindlichkeit stattfinden, in welchen die Kurse beziehungsweise Preise nicht aktuell sind, Preisstellungen entweder im Zeitverlauf oder unter den einzelnen Market-Makers stark variieren oder in welchen wenig Informationen öffentlich zugänglich sind; (iii) andere beobachtbare Eingabeparameter für den Vermögenswert oder die Verbindlichkeit, welche nicht gestellte Preise oder Kurse sind; oder (iv) Eingabeparameter, die im Wesentlichen aus beobachtbaren Marktdaten durch Korrelationen oder auf anderem Wege abgeleitet oder erhärtet werden.
- Level 3: Nicht beobachtbare Eingabeparameter zum betreffenden Vermögenswert oder zur betreffenden Verbindlichkeit. Diese Eingabeparameter entsprechen den eigenen Annahmen der Gruppe zu den Prämissen (einschliesslich der Prämissen zum Risiko), welche Marktteilnehmer zur Preisfestsetzung für den betreffenden Vermögenswert oder die betreffende Verbindlichkeit verwenden würden. Diese Eingabeparameter werden anhand der unter den gegebenen Umständen bestmöglichen Informationen einschliesslich der eigenen Daten der Gruppe erarbeitet. Die in diesem Zusammenhang verwendeten eigenen Daten der Gruppe werden angepasst, wenn Informationen vorliegen, dass andere Marktteilnehmer abweichende Prämissen verwenden würden.

Die Gruppe erfasst offene Netto-Long-Positionen zu Geldkursen (Bid Prices) und offene Netto-Short-Positionen zu Briefkursen (Ask Prices), falls sie in diesen Positionen nicht als Market-Maker auftritt. In letzterem Fall kommen Mittelkurse zur Anwendung. Transaktionskosten werden bei den Fair-Value-Bewertungen nicht berücksichtigt.

Periodisch zum Fair Value bewertete Aktiven und Verbindlichkeiten

Ende 2012	Level 1	Level 2	Level 3	Einfluss der Ver- rechnung ¹	Total
Aktiven (in Mio. CHF)					
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	0	569	0	0	569
Zinstragende Einlagen bei Banken	0	627	0	0	627
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	0	113 664	0	0	113 664
Anleihen	92	350	0	0	442
davon Unternehmen	0	320	0	0	320
Aktien	29 585	18	0	0	29 603
Als Sicherheit erhaltene Wertschriften	29 677	368	0	0	30 045
Anleihen	55 592	74 391	5 888	0	135 871
davon ausländische Staaten	53 918	11 032	79	0	65 029
davon Unternehmen	1	25 932	3 192	0	29 125
davon RMBS	0	30 392	724	0	31 116
davon CMBS	0	4 335	1 023	0	5 358
davon CDO	0	2 620	447	0	3 067
Aktien	66 664	7 746	485	0	74 895
Derivate	3 428	823 016	6 650	(799 886)	33 208
davon Zinsprodukte	703	698 297	1 859	–	–
davon Fremdwährungsprodukte	1	62 717	754	–	–
davon Aktien/Index-bezogene Produkte	2 538	25 820	1 920	–	–
davon Kreditderivate	0	29 274	1 294	–	–
Sonstige	7 203	2 736	2 486	0	12 425
Handelsbestände	132 887	907 889	15 509	(799 886)	256 399
Anleihen	2 066	1 168	169	0	3 403
davon ausländische Staaten	1 583	1	21	0	1 605
davon Unternehmen	0	720	125	0	845
davon CDO	0	447	23	0	470
Aktien	4	90	1	0	95
Anlagen in Wertschriften	2 070	1 258	170	0	3 498
Private Equity	0	0	3 958	0	3 958
davon Aktienfonds	0	0	2 633	0	2 633
Hedgefonds	0	470	165	0	635
davon Anleihenfonds	0	349	84	0	433
Sonstige Aktienanlagen	271	69	2 243	0	2 583
davon Private	0	61	2 245	0	2 306
Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen	0	0	1 818	0	1 818
Sonstige Anlagen	271	539	8 184	0	8 994
Ausleihungen	0	13 381	6 619	0	20 000
davon Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	0	6 191	4 778	0	10 969
davon Finanzinstitute	0	5 934	1 530	0	7 464
Sonstige immaterielle Werte (Hypothekenverwaltungsrechte)	0	0	43	0	43
Sonstige Aktiven	5 439	26 912	5 164	(240)	37 275
davon zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	0	14 899	4 463	0	19 362
Total Aktiven zum Fair Value	170 344	1 065 207	35 689	(800 126)	471 114
Abzüglich Sonstige Anlagen – den Minderheitsanteilen zurechenbares Eigenkapital zum Fair Value	(240)	(99)	(3 292)	0	(3 631)
Abzüglich unter ASU 2009-17 konsolidierter Aktiven ²	0	(8 769)	(2 745)	0	(11 514)
Aktiven zum Fair Value, ohne Minderheitsanteile und unter dem Basel-Regelwerk nicht konsolidierte Aktiven	170 104	1 056 339	29 652	(800 126)	455 969

¹ Derivate werden pro Level brutto ausgewiesen. Die Auswirkung von Verrechnungen entspricht den rechtlich durchsetzbaren Netting-Vereinbarungen. ² Aktiven konsolidierter VIEs, die unter dem Basel-Regelwerk keine risikogewichteten Aktiven sind.

Periodisch zum Fair Value bewertete Aktiven und Verbindlichkeiten (Fortsetzung)

Ende 2012	Level 1	Level 2	Level 3	Einfluss der Ver- rechnung ¹	Total
Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)					
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	0	3 413	0	0	3 413
Kundeneinlagen	0	4 618	25	0	4 643
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	0	108 784	0	0	108 784
Anleihen	92	350	0	0	442
davon Unternehmen	0	320	0	0	320
Aktien	29 585	18	0	0	29 603
Verbindlichkeiten aus als Sicherheit erhaltenen Wertschriften	29 677	368	0	0	30 045
Anleihen	25 782	7 014	196	0	32 992
davon ausländische Staaten	25 623	1 476	0	0	27 099
davon Unternehmen	0	5 030	196	0	5 226
Aktien	17 912	389	6	0	18 307
Derivate	3 173	834 228	5 154	(803 038)	39 517
davon Zinsprodukte	628	693 430	1 357	–	–
davon Fremdwährungsprodukte	1	76 963	1 648	–	–
davon Aktien/Index-bezogene Produkte	2 305	27 684	1 003	–	–
davon Kreditderivate	0	28 952	819	–	–
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	46 867	841 631	5 356	(803 038)	90 816
Kurzfristige Geldaufnahmen	0	4 389	124	0	4 513
Langfristige Verbindlichkeiten	218	55 068	10 098	0	65 384
davon Treasury-Schuldscheine über zwei Jahre	0	10 565	0	0	10 565
davon strukturierte Schuldtitel über zwei Jahre	0	22 543	6 189	0	28 732
davon Verbindlichkeiten ohne Rückgriff	218	11 006	2 551	0	13 775
Sonstige Verbindlichkeiten	0	24 399	2 848	(376)	26 871
davon nicht qualifizierende Verkäufe	0	2 523	1 160	0	3 683
Total Verbindlichkeiten zum Fair Value	76 762	1 042 670	18 451	(803 414)	334 469

¹ Derivate werden pro Level brutto ausgewiesen. Die Auswirkung von Verrechnungen entspricht den rechtlich durchsetzbaren Netting-Vereinbarungen.

Periodisch zum Fair Value bewertete Aktiven und Verbindlichkeiten (Fortsetzung)

Ende 2011	Level 1	Level 2	Level 3	Einfluss der Ver- rechnung ¹	Total
Aktiven (in Mio. CHF)					
Zinstragende Einlagen bei Banken	0	405	0	0	405
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	0	157 469	1 204	0	158 673
Anleihen	94	3 895	112	0	4 101
davon Unternehmen	0	3 835	112	0	3 947
Aktien	25 958	51	81	0	26 090
Als Sicherheit erhaltene Wertschriften	26 052	3 946	193	0	30 191
Anleihen	82 241	52 766	10 028	0	145 035
davon ausländische Staaten	61 507	8 123	358	0	69 988
davon Unternehmen	340	27 622	5 076	0	33 038
davon RMBS	19 331	5 848	1 786	0	26 965
davon CMBS	0	4 556	1 517	0	6 073
davon CDO	0	6 570	727	0	7 297
Aktien	57 398	9 039	467	0	66 904
Derivate	6 455	909 156	9 587	(872 650)	52 548
davon Zinsprodukte	2 017	724 203	2 547	–	–
davon Fremdwährungsprodukte	1	75 091	1 040	–	–
davon Aktien/Index-bezogene Produkte	3 929	32 734	2 732	–	–
davon Kreditderivate	0	61 120	2 171	–	–
Sonstige	9 235	3 635	2 196	0	15 066
Handelsbestände	155 329	974 596	22 278	(872 650)	279 553
Anleihen	3 649	1 315	102	0	5 066
davon ausländische Staaten	3 302	0	18	0	3 320
davon Unternehmen	0	748	43	0	791
davon CDO	0	566	41	0	607
Aktien	9	83	0	0	92
Anlagen in Wertschriften	3 658	1 398	102	0	5 158
Private Equity	0	0	4 306	0	4 306
davon Aktienfonds	0	0	3 136	0	3 136
Hedgefonds	0	232	266	0	498
davon Anleihenfonds	0	154	172	0	326
Sonstige Aktienanlagen	424	50	2 504	0	2 978
davon Private	0	40	2 504	0	2 544
Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen	0	0	1 969	0	1 969
Sonstige Anlagen	424	282	9 045	0	9 751
Ausleihungen	0	13 852	6 842	0	20 694
davon Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	0	7 591	4 559	0	12 150
davon Finanzinstitute	0	5 480	2 179	0	7 659
Sonstige immaterielle Werte (Hypothekenverwaltungsrechte)	0	0	70	0	70
Sonstige Aktiven	5 451	23 050	7 469	(205)	35 765
davon zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	0	12 104	6 901	0	19 005
Total Aktiven zum Fair Value	190 914	1 174 998	47 203	(872 855)	540 260
Abzüglich Sonstige Anlagen – den Minderheitsanteilen zurechenbares Eigenkapital zum Fair Value	(295)	(99)	(3 944)	0	(4 338)
Abzüglich unter ASU 2009-17 konsolidierter Aktiven ²	0	(9 304)	(4 003)	0	(13 307)
Aktiven zum Fair Value, ohne Minderheitsanteile und unter dem Basel-Regelwerk nicht konsolidierte Aktiven	190 619	1 165 595	39 256	(872 855)	522 615

¹ Derivate werden pro Level brutto ausgewiesen. Die Auswirkung von Verrechnungen entspricht den rechtlich durchsetzbaren Netting-Vereinbarungen. ² Aktiven konsolidierter VIEs, die unter dem Basel-Regelwerk keine risikogewichteten Aktiven sind.

Periodisch zum Fair Value bewertete Aktiven und Verbindlichkeiten (Fortsetzung)

Ende 2011	Level 1	Level 2	Level 3	Einfluss der Ver- rechnung ¹	Total
Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)					
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	0	2 721	0	0	2 721
Kundeneinlagen	0	4 599	0	0	4 599
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	0	136 483	0	0	136 483
Anleihen	94	3 895	112	0	4 101
davon Unternehmen	0	3 835	112	0	3 947
Aktien	25 958	51	81	0	26 090
Verbindlichkeiten aus als Sicherheit erhaltenen Wertschriften	26 052	3 946	193	0	30 191
Anleihen	38 681	9 301	21	0	48 003
davon ausländische Staaten	38 622	829	0	0	39 451
davon Unternehmen	6	7 591	13	0	7 610
Aktien	19 124	461	7	0	19 592
Derivate	6 283	920 251	7 315	(873 684)	60 165
davon Zinsprodukte	1 941	717 248	1 588	–	–
davon Fremdwährungsprodukte	1	91 846	2 836	–	–
davon Aktien/Index-bezogene Produkte	3 809	37 018	1 022	–	–
davon Kreditderivate	0	58 497	1 520	–	–
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	64 088	930 013	7 343	(873 684)	127 760
Kurzfristige Geldaufnahmen	0	3 311	236	0	3 547
Langfristige Verbindlichkeiten	122	57 529	12 715	0	70 366
davon Treasury-Schuldscheine über zwei Jahre	0	14 228	0	0	14 228
davon strukturierte Schuldtitel über zwei Jahre	0	19 692	7 576	0	27 268
davon Verbindlichkeiten ohne Rückgriff	122	10 564	3 585	0	14 271
Sonstige Verbindlichkeiten	0	27 536	3 891	(335)	31 092
davon nicht qualifizierende Verkäufe	0	3 821	1 909	0	5 730
Total Verbindlichkeiten zum Fair Value	90 262	1 166 138	24 378	(874 019)	406 759

¹ Derivate werden pro Level brutto ausgewiesen. Die Auswirkung von Verrechnungen entspricht den rechtlich durchsetzbaren Netting-Vereinbarungen.

Überträge zwischen Level 1 und Level 2

Per Januar 2012 änderte das FASB die Offenlegungsvorschriften für die Berichterstattung der Gruppe über Überträge zwischen Level 1 und Level 2. Da diese Vorschrift nicht rückwirkend gilt, werden für frühere Berichtszeiträume keine vergleichbaren Daten ausgewiesen. Zuvor mussten nur bedeutende Überträge offengelegt werden, und diese Überträge zwischen Level 1 und Level 2 waren 2011 nicht bedeutend.

Überträge zwischen Level 1 und Level 2 werden bis zum letzten Tag der Berichtsperiode ausgewiesen.

2012 erfolgten Überträge aus Level 2 an Level 1 aus Vermögenswerten und Verbindlichkeiten des Handelsbestands. Die Überträge betrafen vor allem börsengehandelte derivative Instrumente, da deren Fälligkeit näher rückte und die Preiseingaben besser beobachtbar wurden. Überträge aus Level 1 an Level 2 erfolgten überwiegend aus Vermögenswerten des Handelsbestands. Die Überträge erfolgten primär im vierten Quartal 2012 in RMBS, da die Preiseingaben weniger beobachtbar wurden.

Überträge zwischen Level 1 und Level 2

	Überträge an Level 1 aus Level 2	Überträge aus Level 1 an Level 2
2012		
Aktiven (in Mio. CHF)		
Anleihen	318	23 632
Aktien	209	650
Derivate	5 510	20
Handelsbestände	6 037	24 302
Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)		
Anleihen	87	34
Aktien	100	226
Derivate	6 441	72
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	6 628	332

Periodisch zum Fair Value bewertete Aktiven und Verbindlichkeiten für Level 3

2012	Bestand zu Beginn der Periode	Überträge an	Überträge aus	Käufe
Aktiven (in Mio. CHF)				
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	1 204	0	0	0
Als Sicherheit erhaltene Wertschriften	193	0	(188)	0
Anleihen	10 028	2 312	(5 035)	7 479
davon Unternehmen	5 076	1 113	(3 609)	5 210
davon RMBS	1 786	831	(958)	937
davon CMBS	1 517	188	(262)	664
davon CDO	727	158	(121)	483
Aktien	467	419	(100)	377
Derivate	9 587	1 465	(2 175)	0
davon Zinsprodukte	2 547	168	(686)	0
davon Aktien/Index-bezogene Produkte	2 732	681	(844)	0
davon Kreditderivate	2 171	592	(544)	0
Sonstige	2 196	179	(366)	2 842
Handelsbestände	22 278	4 375	(7 676)	10 698
Anlagen in Wertschriften	102	0	0	94
Aktien	7 076	4	(61)	880
Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen	1 969	0	0	102
Sonstige Anlagen	9 045	4	(61)	982
Ausleihungen	6 842	605	(642)	509
davon Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	4 559	537	(391)	275
davon Finanzinstitute	2 179	64	(248)	218
Sonstige immaterielle Werte	70	0	0	11
Sonstige Aktiven	7 469	2 509	(2 949)	3 007
davon zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen ²	6 901	2 471	(2 948)	2 801
Total Aktiven zum Fair Value	47 203	7 493	(11 516)	15 301
Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)				
Kundeneinlagen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus als Sicherheit erhaltenen Wertschriften	193	0	(188)	0
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	7 343	1 294	(1 783)	94
davon Zinsderivate	1 588	230	(754)	0
davon Fremdwährungsderivate	2 836	3	(178)	0
davon Aktien/Index-bezogene Derivate	1 022	132	(262)	0
davon Kreditderivate	1 520	700	(571)	0
Kurzfristige Geldaufnahmen	236	23	(96)	0
Langfristige Verbindlichkeiten	12 715	2 616	(4 044)	0
davon strukturierte Schuldtitel über zwei Jahre	7 576	789	(1 668)	0
davon Verbindlichkeiten ohne Rückgriff	3 585	1 701	(2 225)	0
Sonstige Verbindlichkeiten	3 891	246	(315)	321
davon nicht qualifizierende Verkäufe	1 909	136	(47)	302
Total Verbindlichkeiten zum Fair Value	24 378	4 179	(6 426)	415
Nettoaktiven zum Fair Value	22 825	3 314	(5 090)	14 886

¹ Ausgewiesene Gewinne oder Verluste aus Level-3-Transaktionen werden von der Gruppe sowohl für Überträge an Level 3 als auch für Überträge aus Level 3 auf den letzten Tag der Berichterstattungsperiode ermittelt. ² Enthält im Handelserfolg verbuchte unrealisierte Gewinne von CHF 307 Mio., hauptsächlich aus Sub-Prime-Positionen im Geschäft mit RMBS und CMBS sowie Marktbewegungen im erweiterten Portfolio der zur Veräusserung gehaltenen Ausleihungen.

Verkäufe	Emissionen	Abwicklungen	Handelserfolg		Sonstiger Ertrag		Fremdwährungs- umrechnungs- einfluss	Bestand am Ende der Periode
			Auf Überträge an/aus ¹	Auf allen sonstigen	Auf Überträge an/aus ¹	Auf allen sonstigen		
0	0	(1 174)	0	(28)	0	0	(2)	0
0	0	0	0	0	0	0	(5)	0
(8 826)	0	0	72	129	(4)	0	(267)	5 888
(4 745)	0	0	49	278	(4)	0	(176)	3 192
(1 924)	0	0	18	60	0	0	(26)	724
(809)	0	0	(4)	(228)	0	0	(43)	1 023
(851)	0	0	(4)	67	0	0	(12)	447
(611)	0	0	0	(63)	0	0	(4)	485
0	1 007	(3 262)	60	163	0	0	(195)	6 650
0	303	(976)	47	515	0	0	(59)	1 859
0	346	(844)	(31)	(56)	0	0	(64)	1 920
0	161	(914)	43	(179)	0	0	(36)	1 294
(2 290)	0	0	2	(3)	0	0	(74)	2 486
(11 727)	1 007	(3 262)	134	226	(4)	0	(540)	15 509
(17)	0	0	0	0	0	0	(9)	170
(1 918)	0	0	0	2	0	567	(184)	6 366
(274)	0	0	0	72	0	0	(51)	1 818
(2 192)	0	0	0	74	0	567	(235)	8 184
(1 286)	4 490	(3 473)	15	(250)	0	0	(191)	6 619
(469)	3 084	(2 773)	15	76	0	0	(135)	4 778
(745)	1 078	(672)	(1)	(293)	0	0	(50)	1 530
(16)	0	0	0	0	0	(20)	(2)	43
(3 356)	298	(2 319)	128	580	0	0	(203)	5 164
(3 182)	298	(2 319)	127	486	0	0	(172)	4 463
(18 594)	5 795	(10 228)	277	602	(4)	547	(1 187)	35 689
0	25	0	0	0	0	0	0	25
0	0	0	0	0	0	0	(5)	0
(346)	853	(2 599)	151	505	0	0	(156)	5 356
0	115	(194)	75	340	0	0	(43)	1 357
0	1	(1 037)	24	48	0	0	(49)	1 648
0	537	(315)	(16)	(61)	0	0	(34)	1 003
0	88	(939)	79	(36)	0	0	(22)	819
0	288	(332)	(3)	14	0	0	(6)	124
0	4 015	(6 043)	182	989	(4)	0	(328)	10 098
0	1 925	(2 867)	32	604	(4)	0	(198)	6 189
0	1 473	(2 312)	144	275	0	0	(90)	2 551
(1 322)	2	(219)	(15)	74	0	279	(94)	2 848
(1 260)	0	0	0	153	0	0	(33)	1 160
(1 668)	5 183	(9 193)	315	1 582	(4)	279	(589)	18 451
(16 926)	612	(1 035)	(38)	(980)	0	268	(598)	17 238

Periodisch zum Fair Value bewertete Aktiven und Verbindlichkeiten für Level 3 (Fortsetzung)

2011	Bestand zu Beginn der Periode	Überträge an	Überträge aus	Käufe
Aktiven (in Mio. CHF)				
Zinstragende Einlagen bei Banken	0	0	(24)	27
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	1 197	0	(11)	0
Als Sicherheit erhaltene Wertschriften	0	201	0	0
Anleihen	11 013	3 405	(3 043)	10 382
davon Unternehmen	3 803	931	(706)	5 484
davon RMBS	3 264	1 704	(1 277)	2 820
davon CMBS	1 861	324	(237)	831
davon CDO	1 135	370	(625)	712
Aktien	622	309	(515)	726
Derivate	8 719	2 998	(2 311)	0
davon Zinsprodukte	2 072	815	(142)	0
davon Aktien/Index-bezogene Produkte	2 300	665	(796)	0
davon Kreditderivate	2 725	1 216	(1 267)	0
Sonstige	2 018	194	(433)	2 806
Handelsbestände	22 372	6 906	(6 302)	13 914
Anlagen in Wertschriften	79	2	0	48
Aktien	9 591	26	(74)	1 013
Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen	1 844	0	0	79
Sonstige Anlagen	11 435	26	(74)	1 092
Ausleihungen	6 258	1 560	(1 367)	1 335
davon Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	3 558	1 411	(854)	447
davon Finanzinstitute	2 195	149	(240)	836
Sonstige immaterielle Werte	66	0	0	23
Sonstige Aktiven	9 253	6 198	(6 988)	4 730
davon zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	8 932	5 988	(6 974)	4 426
Total Aktiven zum Fair Value	50 660	14 893	(14 766)	21 169
Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)				
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	507	0	(293)	0
Verbindlichkeiten aus als Sicherheit erhaltenen Wertschriften	0	201	0	0
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	9 200	1 276	(2 062)	214
davon Zinsderivate	1 341	91	(45)	0
davon Fremdwährungsderivate	2 941	48	(135)	0
davon Aktien/Index-bezogene Derivate	2 940	113	(716)	0
davon Kreditderivate	1 256	949	(1 072)	0
Kurzfristige Geldaufnahmen	123	64	(23)	0
Langfristige Verbindlichkeiten	16 797	7 346	(8 522)	0
davon strukturierte Schuldtitel über zwei Jahre	9 488	1 911	(2 109)	0
davon Verbindlichkeiten ohne Rückgriff	6 825	5 187	(6 213)	0
Sonstige Verbindlichkeiten	3 734	663	(383)	290
davon nicht qualifizierende Verkäufe	1 849	607	(345)	237
Total Verbindlichkeiten zum Fair Value	30 361	9 550	(11 283)	504
Nettoaktiven zum Fair Value	20 299	5 343	(3 483)	20 665

¹ Ausgewiesene Gewinne oder Verluste aus Level-3-Transaktionen werden von der Gruppe sowohl für Überträge an Level 3 als auch für Überträge aus Level 3 auf den letzten Tag der Berichtszeitungsperiode ermittelt.

Verkäufe	Emissionen	Abwicklungen	Handelserfolg		Sonstiger Ertrag			Bestand am Ende der Periode
			Auf Überträge an/aus ¹	Auf allen sonstigen	Auf Überträge an/aus ¹	Auf allen sonstigen	Fremdwährungs- umrechnungs- einfluss	
0	0	0	(1)	(2)	0	0	0	0
0	55	(45)	0	4	0	0	4	1 204
0	0	(7)	0	0	0	0	(1)	193
(11 218)	0	0	1	(467)	0	0	(45)	10 028
(4 574)	0	0	34	49	0	0	55	5 076
(4 230)	0	0	(37)	(361)	0	0	(97)	1 786
(1 072)	0	0	(2)	(181)	0	0	(7)	1 517
(907)	0	0	16	33	0	0	(7)	727
(668)	0	0	35	(47)	0	0	5	467
0	777	(3 085)	22	2 436	0	0	31	9 587
0	133	(599)	13	266	0	0	(11)	2 547
0	272	(184)	(21)	455	0	0	41	2 732
0	85	(2 051)	31	1 453	0	0	(21)	2 171
(2 300)	0	(43)	(7)	(67)	0	0	28	2 196
(14 186)	777	(3 128)	51	1 855	0	0	19	22 278
(18)	0	(4)	0	0	0	0	(5)	102
(4 720)	0	0	0	30	0	1 271	(61)	7 076
(83)	0	0	0	116	0	0	13	1 969
(4 803)	0	0	0	146	0	1 271	(48)	9 045
(978)	2 483	(2 338)	18	(122)	0	0	(7)	6 842
(521)	1 984	(1 494)	2	(2)	0	0	28	4 559
(353)	371	(608)	(1)	(143)	0	0	(27)	2 179
0	0	0	0	0	0	(19)	0	70
(5 534)	1 570	(1 442)	(105)	(161)	0	1	(53)	7 469
(5 180)	1 569	(1 443)	(105)	(255)	0	0	(57)	6 901
(25 519)	4 885	(6 964)	(37)	1 720	0	1 253	(91)	47 203
0	0	(199)	(4)	0	0	0	(11)	0
0	0	(7)	0	0	0	0	(1)	193
(290)	502	(1 928)	203	259	0	0	(31)	7 343
0	2	(193)	(4)	383	0	0	13	1 588
0	17	(704)	7	655	0	0	7	2 836
0	153	(348)	181	(1 236)	0	0	(65)	1 022
0	136	(414)	19	622	0	0	24	1 520
0	320	(229)	1	(24)	0	0	4	236
0	6 253	(8 383)	(166)	(490)	0	0	(120)	12 715
0	2 921	(3 566)	(55)	(932)	0	0	(82)	7 576
0	2 609	(4 393)	(117)	(215)	0	0	(98)	3 585
(437)	17	(245)	(45)	181	0	128	(12)	3 891
(403)	0	0	(11)	(20)	0	0	(5)	1 909
(727)	7 092	(10 991)	(11)	(74)	0	128	(171)	24 378
(24 792)	(2 207)	4 027	(26)	1 794	0	1 125	80	22 825

Erfolg aus periodisch auf Basis von bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparametern zum Fair Value bewerteten Aktiven und Verbindlichkeiten (Level 3)

	2012			2011		
	Handels- erfolg	Sonstiger Ertrag	Total Ertrag	Handels- erfolg	Sonstiger Ertrag	Total Ertrag
Gewinne und Verluste auf Aktiven und Verbindlichkeiten (in Mio. CHF)						
Im Nettoertrag enthaltene realisierte/unrealisierte Gewinne/(Verluste), netto	(1 018)	268	(750) ¹	1 768	1 125	2 893 ¹
Wovon:						
Unrealisierte Gewinne/(Verluste) auf Aktiven und Verbindlichkeiten, welche per Bilanzstichtag noch gehalten wurden	(1 209)	(82)	(1 291)	546	(32)	514

¹ Nicht enthalten sind realisierte und nicht realisierte Gewinne/(Verluste), netto, aus Fremdwährungsumrechnungseinfluss.

Sowohl beobachtbare als auch nicht beobachtbare Eingabeparameter können zur Ermittlung des Fair Value von in Level 3 klassierten Positionen herangezogen werden. Daher können die in der oben stehenden Tabelle ausgewiesenen nicht realisierten Gewinne und Verluste auf Aktiven und Verbindlichkeiten im Rahmen von Level 3 auch Veränderungen des Fair Value beinhalten, die sich sowohl auf beobachtbare als auch auf nicht beobachtbare Eingabeparameter zurückführen lassen.

Die Gruppe macht von verschiedenen Methoden zur Absicherung der wirtschaftlichen Risiken (Economic Hedging) Gebrauch, um die Risiken unter anderem auch im Zusammenhang mit Level-3-Positionen zu steuern. Diese Methoden können den Kauf oder Verkauf von Finanzinstrumenten, die in Level 1 und/oder Level 2 klassiert sind, einschliessen. Die in der oben stehenden Tabelle ausgewiesenen realisierten beziehungsweise nicht realisierten Gewinne und Verluste auf Aktiven und Verbindlichkeiten von Level 3 berücksichtigen die damit zusammenhängenden realisierten und unrealisierten Gewinne und Verluste aus Economic-Hedging-Instrumenten, welche in Level 1 und/oder Level 2 klassiert sind, nicht.

Überträge an beziehungsweise aus Level 3

Im Jahr 2012 wurden Aktiven in Höhe von CHF 7 493 Mio. an Level 3 übertragen. Sie betrafen in erster Linie Handelsbestände und zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen. Die Überträge erfolgten hauptsächlich in den Geschäftsbereichen für Aktienderivate, Private Equity, Unternehmenskredite, Corporate Bank und verbriefte Produkte (konsolidierte SPE-Positionen), in erster Linie aufgrund der begrenzt beobachtbaren Preisdaten und reduzierten Preisinformationen von externen Anbietern. Im Jahr 2012 wurden Aktiven in Höhe von CHF 11 516 Mio. aus Level 3 übertragen. Sie betrafen in erster Linie Handelsbestände und zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen. Die Übertragungen aus Level 3 erfolgten hauptsächlich in den Geschäftsbereichen Aktienderivate, Private Equity, verbriefte Produkte (konsolidierte SPE-Positionen),

Unternehmenskredite, Zinsen und CMBS, da sich die betreffenden Preisdaten besser beobachten liessen und die Preisinformationen von externen Anbietern leichter verfügbar waren.

Im Jahr 2011 wurden Aktiven in Höhe von CHF 14 893 Mio. an Level 3 übertragen. Sie betrafen in erster Linie Handelsbestände und zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen. Die Überträge bezogen sich auf den Handel und konsolidierte SPE-Positionen in den Geschäftsbereichen RMBS (einschliesslich nichtstaatliche) und alternative Anlagen, in erster Linie aufgrund der begrenzt beobachtbaren Preisdaten und reduzierten Preisinformationen von externen Anbietern. Im Jahr 2011 wurden Aktiven in Höhe von CHF 14 766 Mio. aus Level 3 übertragen. Sie betrafen in erster Linie zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen und Handelsbestände. Die Übertragungen aus Level 3 bei den zur Veräusserung gehaltenen Ausleihungen beruhten in erster Linie auf dem Handel und konsolidierten SPE-Positionen in den Geschäftsbereichen RMBS und alternative Anlagen, da sich die betreffenden Preisdaten besser beobachten liessen. Die Übertragungen aus Level 3 bei den Handelsbeständen bezogen sich auf RMBS aufgrund verbesserter Preisinformationen von externen Anbietern.

Qualitative Offenlegung von Bewertungsmethoden

Überblick

Die Gruppe verfügt über ein regelmässig aktualisiertes Regelwerk der Bewertungskontrolle, das durch Weisungen und Verfahren gestützt wird, in denen die Grundsätze für die Kontrolle der Bewertung der Finanzinstrumente der Gruppe festgelegt sind. Product Control und Risk Management erstellen, prüfen und genehmigen wichtige Bewertungsrichtlinien und -verfahren. Das Regelwerk umfasst drei interne Hauptprozesse: (i) die Bewertungskontrolle, (ii) die unabhängige Preisüberprüfung und Überprüfung von bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparametern und (iii) eine funktionsübergreifende Überprüfung der Preismodelle. Mit diesem Regelwerk ermittelt die Gruppe die Plausibilität des Fair Value ihrer Finanzinstrumente.

Für jedes Geschäftsfeld finden monatlich Besprechungen mit leitenden Vertretern von Front Office und Product Control statt, an denen Ergebnisse unabhängiger Preisüberprüfungen, Wertberichtigungen und andere bedeutende Bewertungsprobleme erörtert werden. Product Control führt vierteljährlich eine Überprüfung der bedeutenden Fair-Value-Änderungen von Finanzinstrumenten durch und zieht Schlussfolgerungen hinsichtlich der Plausibilität dieser Veränderungen. Zudem finden vierteljährlich für jedes Geschäftsfeld Besprechungen mit leitenden Vertretern von Front Office, Product Control, Risk Management und Financial Accounting statt, an denen Ergebnisse unabhängiger Preisüberprüfungen, Bewertungsprobleme, Geschäfts- und Marktupdates sowie eine Überprüfung der bedeutenden Fair-Value-Änderungen gegenüber dem Vorquartal, der bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameter, der in Bewertungsverfahren verwendeten Preise und der Wertberichtigungen erörtert werden.

Die Ergebnisse dieser Besprechungen werden zusammengefasst und dem Valuation and Risk Management Committee (VARMC) und dem Audit Committee vorgelegt. Das VARMC, das sich aus Mitgliedern der Geschäftsleitung und den Leitern der Geschäfts- und Kontrollfunktionen zusammensetzt, tritt zusammen, um Schlussfolgerungen hinsichtlich der Bewertungsüberprüfung zu prüfen und zu bestätigen und bedeutende Bewertungsprobleme der Gruppe zu lösen. Die Aufsicht über das Regelwerk der Bewertungskontrolle erfolgt mittels spezifischer und regelmässiger Bewertungsberichte des VARMC direkt an die Geschäftsleitung der Gruppe.

Einer der Hauptbestandteile des Kontrollprozesses ist die Trennung von Zuständigkeiten zwischen Front Office und Product Control. Das Front Office ist für die tägliche Erfassung von Inventarpositionen zum Fair Value zuständig, während Product Control dafür verantwortlich ist, diese Bewertungen in regelmässigen Abständen unabhängig zu überprüfen und zu validieren. Das Front Office bewertet das Inventar, soweit möglich, anhand von beobachtbaren Marktdaten, gegebenenfalls anhand ausgeführter Transaktionen oder durch Händler oder Broker gestellte Preise für dasselbe oder ein ähnliches Instrument. Product Control bewertet dieses Inventar anhand von unabhängigen Daten, die ebenfalls aus ausgeführten Transaktionen oder durch Händler oder Broker gestellte Preise bestehen.

Product Control nutzt im Rahmen der Überprüfung Daten von unabhängigen Pricing Services. Um sicherzustellen, dass die Daten dieser unabhängigen Pricing Services den Fair Value widerspiegeln, werden diese Daten einer Analyse unterzogen. Diese Analyse umfasst die Bestätigung der Daten anhand ausgeführter Transaktionen oder durchführbarer Broker-Preise, die Überprüfung und Beurteilung der Teilnehmer, um sicherzustellen, dass es sich um aktive Marktteilnehmer handelt, die sta-

tistische Überprüfung der Daten und die Nutzung von Pricing Challenges. Im Rahmen der Analyse werden zudem die Datenquellen der Pricing Services sowie sämtliche Modelle oder Annahmen, die zur Ergebnisfindung beigetragen haben, untersucht. Zweck der Überprüfung ist es, die Qualität und Verlässlichkeit der Daten für die Nutzung in der Ermittlung des Fair Value sowie für die geeignete Nutzung der Daten in der unabhängigen Bewertung durch Product Control zu beurteilen.

Bei bestimmten Finanzinstrumenten wird der Fair Value ganz oder teilweise anhand von Bewertungsverfahren auf der Basis von Annahmen geschätzt, die nicht durch am Markt beobachtbare Preise, Sätze oder andere Eingabeparameter gestützt werden. Darüber hinaus können in Bezug auf eine Bewertung Unsicherheiten bestehen. Diese Unsicherheiten ergeben sich aus der Wahl des verwendeten Bewertungsverfahrens oder -modells, den in diesen Modellen verankerten Annahmen, dem Umfang, in dem Parameter nicht am Markt beobachtbar sind, oder anderen Elementen, die Auswirkungen auf das Bewertungsverfahren oder -modell haben. Ein Modell wird kalibriert, wenn bedeutende neue Marktinformationen verfügbar werden, mindestens aber vierteljährlich im Rahmen der geschäftlichen Überprüfung bedeutender nicht beobachtbarer Eingabeparameter für Level-3-Instrumente. Bei Modellen, die als bedeutend für den gesamten Fair Value des Finanzinstruments eingestuft sind, erfolgt die Validierung im Rahmen der periodischen Überprüfung des betreffenden Modells.

Die Gruppe führt eine Sensitivitätsanalyse ihrer bedeutenden Level-3-Finanzinstrumente durch. Mit dieser Sensitivitätsanalyse wird ein Fair-Value-Bereich geschätzt, indem der Wert der betreffenden bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameter verändert wird. Diese Sensitivitätsanalyse ist ein interner Mechanismus zur Überwachung der Auswirkung plausibler alternativer Parameter oder Preise für Level-3-Finanzinstrumente. Wenn zur Feststellung des Fair Value des Level-3-Finanzinstruments ein modellbasiertes Verfahren zum Einsatz kommt, wird ein alternativer Eingabewert verwendet, um einen geschätzten Fair-Value-Bereich abzuleiten. Wird der Fair Value des Level-3-Finanzinstruments mithilfe eines preisbasierten Verfahrens ermittelt, wird der Fair-Value-Bereich anhand des professionellen Urteils des Front Office geschätzt.

Die folgenden Informationen über die verschiedenen Bewertungsmethoden und die bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameter der verschiedenen Finanzinstrumente und über die Sensitivität von Fair-Value-Bewertungen von Änderungen der bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameter sollten in Verbindung mit den Tabellen «Quantitative Informationen zu Level-3-Aktiven zum Fair Value» und «Quantitative Informationen zu Level-3-Verbindlichkeiten zum Fair Value» gelesen werden.

Schuldtitel

Ausländische Staaten und Unternehmen

Für Schuldtitel staatlicher Emittenten werden typischerweise Preise in aktiven Märkten gestellt; sie sind folglich als Level-1-Instrumente klassiert. Die Bewertungen von Schuldtiteln, für welche keine Marktpreise zur Verfügung stehen, beruhen auf Renditen, welche die Bonität (Credit Rating), die historische Wertentwicklung, Ausfälle und das Ausmass der Verluste sowie die Laufzeit des Titels, kürzlich im Markt erfolgte Transaktionen oder andere Modellberechnungsmethoden berücksichtigen, wobei auch subjektive Beurteilungen zum Tragen kommen können. Wertpapiere, für die beobachtbare Preise oder Modelldaten im Markt zur Verfügung stehen, werden als Level-2-Instrumente eingestuft. Stehen keine beobachtbaren Preise zur Verfügung oder bedeutende Modellparameter sind nicht beobachtbar, werden die betreffenden Wertpapiere dem Level 3 der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet.

Die Bewertung von Unternehmensanleihen erfolgt anhand der aktuellen Marktniveaus, die entweder auf den jüngsten Markttransaktionen oder auf den durch Broker-Dealer gestellten Preisen beruhen. Lässt sich der Marktpreis für ein bestimmtes Wertpapier nicht auf direktem Weg ermitteln, erfolgt die Bewertung auf Basis der Renditen anderer Instrumente innerhalb der spezifischen oder einer vergleichbaren Kapitalstruktur des Emittenten mit Anpassungen für die Rangstufe (vorrangig/nachrangig) und die Laufzeit. Bewertungen können auch, unter Berücksichtigung der Bonitäts-, Liquiditäts- und Laufzeitunterschiede, durch den Vergleich mit analogen Wertpapieren als Benchmark erfolgen, falls entsprechende Marktdaten vorliegen, oder auch mit Hilfe von Mittelflussmodellierungsmethoden unter Nutzung beobachtbarer Eingabeparameter, etwa der aktuellen Zinskurven und der beobachtbaren Credit-Default-Swap-Spreads. Bedeutende nicht beobachtbare Eingabeparameter können Preis, Rückkaufwahrscheinlichkeit, Korrelation und Kreditrisikoprämien sein. Für Wertschriften mit auf dem Markt vergleichbarem Preis beruht die Unterscheidung zwischen Level 2 und Level 3 auf der relativen Bedeutung von Renditeanpassungen und auf der Genauigkeit der Vergleichsmerkmale (die beobachtbare vergleichbare Wertschrift kann z. B. dem gleichen Land, aber einer anderen Branche angehören und eine unterschiedliche Vorrangigkeitsstufe aufweisen: je geringer die Vergleichbarkeit, desto eher handelt es sich um ein Level-3-Instrument).

CMBS, RMBS und CDO

Fair Values für RMBS, CMBS und CDO können als gestellte Preise, die häufig auf den unter Händlern beziehungsweise im Verkehr mit Kunden gehandelten Preisen für ähnlich strukturierte und besicherte Wertpapiere beruhen, zur Verfügung stehen. Fair Values für RMBS, CMBS und CDO, für welche

bedeutende nicht beobachtbare Eingabeparameter zur Verfügung stehen, werden anhand von Kapitalisierungssatz und geschätzter interner Rendite ermittelt. Es kann aus vielerlei Gründen vorkommen, dass kein Preis für die Bestimmung des Fair Value beobachtbar ist, zum Beispiel weil die zuletzt ausgeführte Transaktion für das betreffende Wertpapier lange zurückliegt oder weil ein Preis für ein ähnliches Instrument oder ein Preis aus einem unverbindlichen Angebot verwendet wird. Eine Bestimmung des Fair Value anhand des auf dem Markt vergleichbaren Preises kann Discounted-Cashflow-Modelle einbeziehen, welche als Parameter die Quote vorzeitiger Tilgungen, die Ausfallraten, die Verlustquote und die Diskontsätze verwenden. Preise von ähnlichen beobachtbaren Instrumenten werden zur Berechnung der impliziten Eingabeparameter herangezogen, die anschliessend zur Bewertung von nicht beobachtbaren Instrumenten mit Hilfe von Discounted-Cashflows verwendet werden. Der Discounted-Cashflow-Preis wird dann mit den beobachtbaren Preisen verglichen und bezüglich seiner Angemessenheit bewertet.

Bei den meisten strukturierten Schuldtiteln beruht die Ermittlung des Fair Value auf subjektiven Einschätzungen, die von der Liquidität, der Eignerstruktur (Konzentration) und dem aktuellen wirtschaftlichen und Konkurrenzumfeld abhängen. Die Bewertung erfolgt anhand der eigenen Annahmen des Front Office über die wahrscheinlich im Markt gestellten Preise für den betreffenden Vermögenswert.

Gedeckte Anleihe- und Kreditverbindlichkeiten werden in verschiedene strukturierte Tranchen aufgeteilt, wobei die Bewertung jeder einzelnen Tranche auf Basis ihres individuellen Ratings und der zugrundeliegenden Sicherheiten der Struktur erfolgt. Für die Bewertung von Cash-CDOs und synthetischen CDOs werden Bewertungsmodelle verwendet.

Beteiligungspapiere

Die meisten Positionen der Gruppe in Beteiligungspapieren werden an öffentlichen Börsen gehandelt, so dass gestellte Preise leicht und regelmässig erhältlich sind. Daher werden sie als Level-1-Instrument klassiert. Level-2- und Level-3-Beteiligungspapiere umfassen fondsgebundene Produkte, Wandelanleihen oder mit Restriktionen versehene Beteiligungspapiere, die nicht in aktiven Märkten gehandelt werden. Bedeutende nicht beobachtbare Eingabeparameter können ein Vielfaches des Ergebnisses vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) und der Kapitalisierungssatz sein.

Derivate

Derivate, die zu Handelszwecken gehalten werden oder im Rahmen von Sicherungsgeschäften bilanziert werden, bestehen aus OTC-Derivaten und börsengehandelten Derivaten. Der Fair Value von börsengehandelten Derivaten wird anhand beobacht-

barer Preise ermittelt. Diese werden in Level 1 der Fair-Value-Hierarchie erfasst. Ein Teil der beobachtbaren, an einer Börse gestellten Preise lässt sich möglicherweise zum Bilanzstichtag nicht realisieren und kann aus Liquiditätsgründen angepasst werden. Instrumente, bei denen solche Anpassungen aus Liquiditätsgründen erfolgt sind, etwa langfristige Optionskontrakte, werden in Level 2 der Fair-Value-Hierarchie erfasst.

Der Fair Value von OTC-Derivaten wird entweder mit Hilfe von für die Branche massgeblichen Modellen oder mit Hilfe von selbst entwickelten Modellen ermittelt. Beide Modellarten verwenden verschiedene beobachtbare und nicht beobachtbare Eingabeparameter zur Bestimmung des Fair Value. Zu diesen Eingabeparametern zählen diejenigen Eigenschaften des betreffenden Derivats, welche sich auf die ökonomische Wirkung des Instruments auswirken. Bei der Bestimmung des Fair Value zahlreicher Derivate ist nur ein begrenztes Mass an Subjektivität notwendig, da sich die erforderlichen Eingabeparameter im Markt beobachten lassen. Für komplexere Derivate können auch nicht beobachtbare Eingabeparameter verwendet werden, die auf spezifischen, selbst entwickelten Modellhypothesen beruhen. Stehen keine beobachtbaren Eingabeparameter (an Börsen, von Händlern oder Brokern gestellte Preise oder Konsensangaben von Marktdatenanbietern) zur Verfügung, werden die Bewertungen nach Möglichkeit durch Kalibrierung beobachtbarer Preise (Kassa- und Forward-Preise, Mean-Reversion, Benchmark-Zinskurven und Volatilitätseingaben für breit gehandelte Optionsprodukte) vorgenommen. Eingabeparameter, die sich nicht aus anderen Quellen ableiten lassen, beruhen gegebenenfalls auf Schätzungen anhand historischer Daten. Beruht die Bewertung eines OTC-Derivats mehrheitlich auf beobachtbaren Marktdaten, wird es Level 2 zugeordnet; kommen mehrheitlich nicht beobachtbare Eingabeparameter zum Einsatz, wird das betreffende OTC-Derivat in Level 3 der Fair-Value-Hierarchie erfasst.

Zinsderivate

Bei gewöhnlichen OTC-Zinsderivaten wie Zinsswaps, Swaptions und Caps und Floors erfolgt die Bewertung durch Abzinsung der zukünftigen Mittelflüsse. Die zukünftigen Mittelflüsse und die angewendeten Zinssätze werden aus im Markt verbreiteten Renditekurven und branchenweit gültigen Volatilitätseingaben abgeleitet. Stehen Börsenpreise zur Verfügung, fliessen sie ebenfalls in die Bewertung von börsengehandelten Terminkontrakten und Optionen ein und finden eventuell auch Anwendung bei der Ableitung von Renditekurven. Die Eingabeparameter für komplexere Produkte umfassen unter anderem die Korrelation, die Volatilität, die Quote vorzeitiger Tilgungen, die Basisrisikoprämie und die Mean-Reversion.

Währungsderivate

Zu den Währungsderivaten gehören gewöhnliche Produkte wie Kassa-, Termin- und Optionskontrakte, bei denen die erwarteten abgezinsten zukünftigen Mittelflüsse aus den Terminkurskurven und branchenweit anerkannten Verfahren zur Modellierung der Optionalität abgeleitet werden. Falls vorhanden, fliessen auch die Börsenkurse in die Bewertung von Terminkontrakten und Optionen ein. Die Eingabeparameter für komplexere Produkte umfassen unter anderem die Quote vorzeitiger Tilgungen und die Korrelation.

Aktien- und indexbezogene Derivate

Als Aktienderivate gelten gewöhnliche Optionen und Swaps sowie verschiedenen Arten von exotischen Optionen. Die Eingabeparameter für Aktienderivate können die Korrelation, die Volatilität, Skew, die Rückkaufwahrscheinlichkeit und das Kursprungrisiko umfassen.

Im Allgemeinen ist die Wechselbeziehung zwischen den Parametern Volatilität, Korrelation und Kreditrisikoprämien positiv korreliert.

Kreditderivate

Zu den Kreditderivaten zählen CDS auf einzelne Emittenten und Indizes sowie komplexer strukturierte Kreditprodukte. Gewöhnliche Produkte werden mit Hilfe der branchenüblichen Modelle und Eingabeparameter bewertet, die sich im Allgemeinen in den Märkten beobachten lassen einschliesslich Renditeaufschlägen für Bonitätsunterschiede und Wiedereinbringungsraten.

Komplexe strukturierte Kreditderivate werden mit Hilfe von selbst entwickelten Modellen bewertet, die nicht beobachtbare Eingabeparameter wie Wiedereingangsquote, Kreditrisikoprämien, Korrelation und Preis erfordern. Diese Parameter basieren im Allgemeinen auf im Markt beobachtbaren Daten. Eine Bestimmung des Fair Value anhand des Preises kann Discounted-Cashflow-Modelle einbeziehen, welche als Parameter die Quote vorzeitiger Tilgungen, die Ausfallraten, die Verlustquote und die Diskontsätze verwenden.

Sonstige Handelsbestände

Sonstige Handelsbestände umfassen vor allem RMBS-Kredite sowie Life-Settlement- und Premium-Finance-Instrumente. Life-Settlement- und Premium-Finance-Instrumente werden anhand selbst entwickelter Modelle mit mehreren Eingabeparametern bewertet. Der bedeutende nicht beobachtbare Eingabeparameter des Fair Value von Life-Settlement- und Premium-Finance-Instrumenten ist die geschätzte Lebenserwartung, bei RMBS-Krediten dagegen der auf dem Markt vergleichbare Preis.

Bei Life-Settlement- und Premium-Finance-Instrumenten werden individuelle Sterblichkeitsraten üblicherweise durch die Multiplikation einer Grundsterblichkeitskurve für die allgemein versicherte Population (berechnet von einem Berufsverband der Aktuarer) mit einem individuellen, spezifischen Multiplikator berechnet. Die Ermittlung dieser Multiplikatoren basiert auf Informationen externer Anbieter von Daten zur Lebenserwartung, welche die Krankengeschichte jeder versicherten Person prüfen, die Familiengeschichte erfassen und weitere Faktoren zur Berechnung der geschätzten Lebenserwartung heranziehen.

Bei RMBS-Krediten variiert die Nutzung des auf dem Markt vergleichbaren Preises für jeden einzelnen Kredit. Für gewisse Kredite, die den beobachtbaren RMBS-Wertschriften vergleichbar sind, werden die Preise von ähnlichen beobachtbaren Instrumenten zur Berechnung der impliziten Eingabeparameter herangezogen, die anschliessend zur Bewertung von nicht beobachtbaren Instrumenten mit Hilfe von Discounted-Cashflows verwendet werden. Der Discounted-Cashflow-Preis wird anschliessend mit den beobachtbaren Preisen verglichen und bezüglich seiner Angemessenheit bewertet. Bei anderen RMBS-Krediten werden die Kredite nach spezifischen Merkmalen wie Belehnungssatz, durchschnittlicher Kontostand, Kreditart (Ein- oder Mehrfamilienhaus), Pfandrecht, Reifung, Coupon, FICO Score, Standort, Verzugsstatus, Cashflow-Velocity, Roll Rates, Kreditzweck, Belegung, Art der im Voraus getroffenen Vereinbarung mit den Dienstleistern, Änderungsstatus, Versicherung der Federal Housing Administration, Immobilienwert und Qualität der Dokumente kategorisiert. Kredite mit nicht beobachtbaren Preisen werden in einheitlichen Kategorien zusammengefasst und anschliessend mit auf dem Markt beobachtbaren vergleichbaren Preisen verglichen, um die Angemessenheit der beobachteten Preise zu bewerten.

Sonstige Anlagen

Private Equity, Hedgefonds und sonstige Aktienanlagen

Zu den sonstigen Aktienanlagen zählen in erster Linie Anlagen in Beteiligungspapieren in Form von a) Direktanlagen in externe Hedgefonds, Private-Equity-Fonds und Dachfonds, b) nach der Equity-Methode bewertete Anlagen, bei denen die Gruppe die operative und finanzielle Politik des Anlageobjekts in wesentlichem Mass beeinflussen kann, sowie c) Direktanlagen in nicht börsengängige Beteiligungspapiere.

Direktanlagen in externe Hedgefonds, Private-Equity-Fonds und Dachfonds werden auf Basis ihres Nettoinventarwerts (NAV) zum Fair Value ausgewiesen. Die meisten dieser Instrumente werden in der Fair-Value-Hierarchie Level 3 zugeordnet, da kurzfristig Einschränkungen der Rückgabefähigkeit zum Nettoinventarwert gelten. In bestimmten Fällen kann der Nettoinventarwert angepasst werden, falls der durch den Fondsmanager veröffentlichte Nettoinventarwert nachweislich

nicht den beobachteten Marktbewegungen entspricht. In diesen Fällen ist es wahrscheinlich, dass diese Investitionen nicht zum NAV verkauft werden oder dass andere Umstände vorliegen, die eine entsprechende Anpassung des veröffentlichten Nettoinventarwerts auslösen. Bei Anpassungen des veröffentlichten Nettoinventarwerts, die allerdings selten vorkommen, stellt das Management in bedeutendem Umfang auf eigene Einschätzungen ab. Per 31. Dezember 2012 betrug der Fair Value der Investitionen, die nicht zum NAV bewertet werden und deren Verkauf wahrscheinlich ist, CHF 576 Mio. Um die Verkäufe abzuschliessen, müssen nun die Schritte unternommen werden, die für Verkäufe solcher Investitionen auf dem Sekundärmarkt üblich sind. Erhebliche Steigerungen (Rückgänge) des Nettoinventarwerts von Private-Equity- und Hedgefonds würden zu einem höheren (tieferen) Fair Value führen.

Direktanlagen in nicht börsengängige Beteiligungspapiere umfassen sowohl Immobilienanlagen als auch andere Anlagen. Diese Anlagen sowie nach der Equity-Methode bewertete Anlagen werden zunächst zu ihrem Transaktionspreis ausgewiesen, da dieser die beste Näherung an den Fair Value darstellt. Danach werden diese Anlagen einzeln anhand zahlreicher Faktoren zum Fair Value bewertet. Diese Faktoren umfassen etwa die jüngsten Finanzierungsrunden mit externen Anlegern, vergleichbare Unternehmenstransaktionen, mehrfache Geldfluss- oder Buchwertanalysen beziehungsweise Discounted-Cashflow-Analysen. Nicht beobachtbare Eingabeparameter können Kreditrisikoprämien, Eventualwahrscheinlichkeit und ein Vielfaches von EBITDA umfassen. Häufig sind die in diesen Modellen verwendeten Parameter nur in beschränktem Mass verfügbar, so dass die Einschätzung ihrer Entwicklung im Zeitverlauf in hohem Mass von den Annahmen des Managements abhängt. Daher werden diese Anlagen in Level 3 der Fair-Value-Hierarchie erfasst.

Life-Finance-Instrumente

Life-Finance-Instrumente umfassen Kapitaleinlageversicherungs- und Rentenversicherungen mit Einmalprämie und sofortiger Rente (SPIA) und andere Premium-Finance-Instrumente. Life-Finance-Instrumente werden ähnlich bewertet wie für Life-Settlement- und Premium-Finance-Instrumente im obigen Abschnitt «Sonstige Handelsbestände» beschrieben.

Ausleihungen

Die Ausleihungen der Gruppe, die zum Fair Value ausgewiesen werden, umfassen in erster Linie Ausleihungen an Gewerbe und Industrie sowie an Finanzinstitute. Innerhalb dieser Kategorien umfassen die zum Fair Value bewerteten Ausleihungen kommerzielle Kredite, Immobilienkredite, Unternehmenskredite, Leveraged-Finance-Kredite sowie Ausleihungen im Bereich der Emerging Markets. Der Fair Value beruht auf kürzlich erfolgten

Abschlüssen und gestellten Preisen, falls solche zur Verfügung stehen. Bei deren Fehlen kann die Ermittlung des jeweiligen Fair Value mit Hilfe von Relative-Value-Benchmark-Vergleichen, welche Preisermittlungen aufgrund von anderen Positionen innerhalb derselben Kapitalstruktur, anderen vergleichbaren Kreditvergaben, generischen branchenweiten Kreditrisikoprämien, den impliziten Kreditrisikoprämien auf Basis von CDS für den betreffenden Kreditnehmer und Unternehmensbewertungen umfassen, oder auch auf Basis von Ausstiegspreisen für die Sicherheiten unter aktuellen Marktbedingungen, erfolgen.

Sowohl die gedeckten als auch die ungedeckten Teile der revolving Kreditlimiten innerhalb des Unternehmenskreditportfolios werden anhand eines Preisstellungsmodells für CDS bewertet, bei dem ein Grossteil der Eingabeparameter auf Schätzungen beruht. Hierzu zählen etwa Kreditrisikoprämien, Wiedereinbringungsraten, Kreditkonversionsfaktoren sowie die gewichtete Durchschnittslaufzeit der einzelnen Kredite. Bedeutende nicht beobachtbare Eingabeparameter können Kreditrisikoprämien und den Preis umfassen. Im Jahr 2012 verfeinerte die Gruppe ihren Ansatz zur Bestimmung des Parameters der erwarteten Verlustquote (Loss Given Default, LGD), der im Bewertungsmodell für ihre Unternehmenskredite zum Einsatz kommt. Dieser Ansatz, der detaillierter ist und die Vorrangigkeit bestimmter ungedeckter Kredite berücksichtigt, gleicht die für Berechnungen des regulatorischen Eigenkapitals und die zu Bewertungszwecken verwendete erwartete Verlustquote an. Diese Weiterentwicklung hatte auf das Ergebnis der Gruppe im Firmenkundengeschäft einen positiven Einfluss in Höhe von CHF 72 Mio.

Zu den sonstigen Aktiven und Verbindlichkeiten der Gruppe zählen im Zusammenhang mit der Verbriefungstätigkeit gehaltene Hypothekarkredite sowie Aktiven und Verbindlichkeiten von VIEs und verbrieft Hypothekarkredite, welche unter US GAAP als nicht zur Veräusserung verfügbar qualifizieren. Der Fair Value von im Zusammenhang mit Verbriefungen gehaltenen Hypothekarkrediten wird auf Basis des Gesamtkredits ermittelt und stimmt mit der Bewertung der RMBS-Darlehen überein, wie weiter oben unter «Sonstige Handelsbestände» dargelegt. Diese Berechnung erfolgt auf der Basis von Kreditablösepreisen zu aktuellen Marktbedingungen. Der Fair Value von Aktiven und Verbindlichkeiten von VIEs und Verbriefungen von Hypothekarkrediten, welche unter US GAAP als nicht zur Veräusserung verfügbar qualifizieren, wird anhand der Preisstellungen für besicherte Anleihen festgestellt, falls solche zur Verfügung stehen. Ist dies nicht der Fall, kommen Cashflow-Analysen für derartige Anleihen zur Anwendung.

Periodengerecht abgegrenzte Kredite des Private Banking & Wealth Management, für die in der Tabelle «Buchwert und Fair Value von nicht zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumenten» ein geschätzter Fair Value angegeben ist, umfassen

Ausleihungen an Privatkunden im Zusammenhang mit Hypothekarkrediten, Lombardkrediten oder Privatkrediten sowie Ausleihungen an Unternehmen und Institutionelle im Zusammenhang mit Immobilien, Ausleihungen an Gewerbe und Industrie sowie Ausleihungen an Finanzinstitute, Regierungen und öffentliche Institutionen. Der Fair Value dieser Ausleihungen wird anhand eines Discounted-Cashflow-Modells ermittelt. Zukünftige Geldflüsse werden mit risikoadjustierten Diskontierungssätzen abgezinst, die von beobachtbaren Marktzinsen für die betreffende Laufzeit und Währung und von gegenparteibezogenen Kreditrisikoprämien abgeleitet werden.

Einlagen

Bei periodengerecht abgegrenzten Einlagen mit angegebener Laufzeit, für die in der Tabelle «Buchwert und Fair Value von nicht zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumenten» ein geschätzter Fair Value angegeben ist, wird der Fair Value im Allgemeinen anhand eines Discounted-Cashflow-Modells berechnet, welches die Kreditrisikoprämien der Gruppe einbezieht. Der geschätzte Fair Value periodengerecht abgegrenzter Einlagen ohne angegebene Laufzeit kommt dem Buchwert nahe. Er umfasst jedoch keine Schätzung des Wertes, der den langfristigen Kundenbeziehungen beigemessen wird. Insgesamt erhöht dieser den Wert der stabilen Einlagenbasis der Gruppe erheblich.

Kurzfristige Geldaufnahmen und langfristige Verbindlichkeiten

Die kurzfristigen Geldaufnahmen und langfristigen Verbindlichkeiten der Gruppe umfassen strukturierte Schuldtitel (hybride Finanzinstrumente, die teilweise in zwei Komponenten aufgespalten werden können) und gewöhnliche Schuldtitel.

Der Fair Value von strukturierten Notes beruht wenn möglich auf gestellten Preisen. Stehen keine Marktpreise zur Verfügung, wird der Fair Value anhand eines Discounted-Cashflow-Modells berechnet, welches die Kreditrisikoprämien der Gruppe, den Wert der eingebetteten Derivate und die Restlaufzeit der Emission auf Basis von Call-Optionen einbezieht. Die in die emittierten Schuldtitel eingebetteten Derivate werden im Einklang mit den oben dargestellten Ansätzen für eigenständige Derivatkontrakte der Gruppe bewertet, die zu Handelszwecken gehalten oder im Rahmen von Sicherungsgeschäften bilanziert werden. Der Fair Value von strukturierten Schuldtiteln steht unter bedeutendem Einfluss der kombinierten Call-Optionen und der Entwicklung der Renditen aus den Derivaten. Bedeutende nicht beobachtbare Eingabeparameter für langfristige Verbindlichkeiten umfassen die Rückkaufwahrscheinlichkeit, das Kurssprungrisiko, die Korrelation, die Volatilität und den Preis.

Im Allgemeinen ist die Wechselbeziehung zwischen Volatilität, Skew, Korrelation, Kurssprungrisiko und Kreditrisikoprämien positiv korreliert.

Sonstige Verbindlichkeiten

Nicht als Verkauf qualifizierende Transaktionen

Diese Verbindlichkeiten stellen die Finanzierung von Vermögenswerten dar, die keine Bilanzierung als Verkauf nach US GAAP erreicht haben. Nicht als Verkauf qualifizierende Transaktionen werden entsprechend den zugrunde liegenden Finanzinstrumenten bewertet.

Kurzfristige Finanzinstrumente

Für bestimmte kurzfristige Finanzinstrumente, die in der Bilanz nicht zum Fair Value ausgewiesen sind, ist der Fair Value dennoch in der Tabelle «Buchwert und Fair Value von nicht zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumenten» angegeben. Zu diesen Instrumenten zählen flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken, Forderungen und Verbindlichkeiten aus Barsicherheiten sowie andere im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit entstehende Forderungen und Verbindlichkeiten. Bei diesen Finanzinstrumenten kommt der Buchwert dem Fair Value nahe, weil zwischen Generierung und erwarteter Realisierung ein relativ kurzer Zeitraum liegt und das Kreditrisiko sehr gering ist.

Sensitivität der Fair-Value-Bewertungen von Änderungen von bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparametern

Bei Level-3-Aktiven mit den bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparametern Basisrisikoprämie, Rückkaufwahrscheinlichkeit, Vielfaches von EBITDA, Lebenserwartung (für Life-Finance-Instrumente), Korrelation, Wiedereingangsquote, Preis, Skew, Volatilität und Eventualwahrscheinlichkeit würde

eine Erhöhung des bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameters den Fair Value im Allgemeinen steigern. Bei Level-3-Instrumenten mit den bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparametern Quote vorzeitiger Tilgungen, Kapitalisierungssatz, interne Rendite, Kurssprungrisiko, Ausfallrate, Diskontsatz, Verlustquote, Kreditrisikoprämie und Lebenserwartung (für Life-Settlement- und Premium-Finance-Instrumente) würde eine Erhöhung des bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameters den Fair Value im Allgemeinen senken.

Eine Erhöhung der betreffenden bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameter für Level-3-Verbindlichkeiten hätte die umgekehrte Auswirkung auf den Fair Value. Eine Erhöhung des bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameters Mean-Reversion würde den Fair Value senken.

Wechselbeziehungen zwischen bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparametern

Mit Ausnahme der erwähnten Wechselbeziehungen gibt es keine wesentlichen Wechselbeziehungen zwischen den bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparametern für die Finanzinstrumente. Da sich die bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameter unabhängig voneinander verändern, hat eine Erhöhung oder Verringerung eines einzelnen bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameters im Allgemeinen keine Auswirkungen auf die anderen bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameter.

Quantitative Offenlegung von Bewertungsmethoden

Die folgenden Tabellen enthalten den Bereich der Mindest- und Höchstwerte für alle bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparameter für Level-3-Aktiven und -Verbindlichkeiten, aufgeschlüsselt nach Bewertungsmethoden, die für das betreffende Finanzinstrument massgeblich sind.

Quantitative Informationen zu Level-3-Aktiven zum Fair Value

2012	Fair Value	Bewertungs- verfahren	Nicht beobachtbare Eingabeparameter	Minimal- wert	Maximal- wert
in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt					
Anleihen	5 888				
davon Unternehmen	3 192				
davon	754	Optionsmodell	Korrelation, in %	(87)	97
			Rückkaufwahrscheinlichkeit, in % ¹	50	100
davon	797	Marktvergleichswert	Preis, in %	0	146
davon	1 231	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, in Basispunkten	0	2 439
davon RMBS	724	Discounted Cashflow	Diskontsatz, in %	2	50
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	0	55
			Ausfallrate, in %	0	25
			Verlustquote, in %	0	100
davon CMBS	1 023	Discounted Cashflow	Kapitalisierungssatz, in %	5	12
			Interne Rendite, in %	9	15
			Diskontsatz, in %	2	35
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	0	10
			Ausfallrate, in %	0	40
			Verlustquote, in %	0	90
davon CDO	447				
davon	193	Angebotspreis	Preis, in %	0	102
davon	123	Discounted Cashflow	Diskontsatz, in %	2	35
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	0	40
			Ausfallrate, in %	0	25
			Verlustquote, in %	0	100
davon	78	Marktvergleichswert	Preis, in %	80	93
Aktien	485				
davon	237	Marktvergleichswert	Vielfaches von EBITDA	3	12
davon	26	Discounted Cashflow	Kapitalisierungssatz, in %	7	7
Derivate	6 650				
davon Zinsprodukte	1 859	Optionsmodell	Korrelation, in %	17	100
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	2	45
			Volatilität, in %	(5)	31
			Kreditrisikoprämie, in Basispunkten	34	157
davon Aktien/Index-bezogene Produkte	1 920	Optionsmodell	Korrelation, in %	(87)	97
			Volatilität, in %	2	157
davon Kreditderivate	1 294	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, in Basispunkten	1	5 843
			Wiedereingangsquote, in %	0	75
			Diskontsatz, in %	2	35
			Ausfallrate, in %	0	25
			Verlustquote, in %	0	100
			Korrelation, in %	30	97
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	0	40
Sonstige	2 486				
davon	1 891	Marktvergleichswert	Preis, in %	0	103
davon	564	Discounted Cashflow	Lebenserwartung, in Jahren	4	20
Handelsbestände	15 509				

¹ Schätzung der Wahrscheinlichkeit, dass Unternehmensanleihen während der Restlaufzeit des Finanzinstruments aufgrund des Wahlrechts des Emittenten gekündigt werden.

Quantitative Informationen zu Level-3-Aktiven zum Fair Value (Fortsetzung)

2012	Fair Value	Bewertungs- verfahren	Nicht beobachtbare Eingabeparameter	Minimal- wert	Maximal- wert
in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt					
Anlagen in Wertschriften	170	–	–	–	–
Private Equity	3 958	– ¹	– ¹	– ¹	– ¹
Hedgefonds	165	– ¹	– ¹	– ¹	– ¹
Sonstige Aktienanlagen	2 243				
davon Private	2 245				
davon	759	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, in Basispunkten	1 070	2 049
			Eventualwahrscheinlichkeit, in %	50	50
davon	903	Marktvergleichswert	Vielfaches von EBITDA	2	13
Finanzinstrumente auf Lebensversicherungen	1 818	Discounted Cashflow	Lebenserwartung, in Jahren	1	23
Sonstige Anlagen	8 184				
Ausleihungen	6 619				
davon Ausleihungen an Gewerbe und Industrie	4 778	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, in Basispunkten	0	2 763
davon Finanzinstitute	1 530	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, in Basispunkten	0	888
Sonstige immaterielle Werte (Hypothekenverwaltungsrechte)	43	–	–	–	–
Sonstige Aktiven	5 164				
davon zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen	4 463				
davon	2 031	Angebotspreis	Preis, in %	0	103
davon	328	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, in Basispunkten	20	1 458
davon	2 009	Marktvergleichswert	Preis, in %	0	115
Total Level-3-Aktiven zum Fair Value	35 689				

¹ Offenlegung nicht verlangt, da die Bestände zum unkorrigierten NAV bilanziert werden. Siehe «Fair-Value-Bewertung von Anlagen in bestimmte Gesellschaften, die einen Nettoinventarwert pro Anteil berechnen» für weitere Informationen.

Quantitative Informationen zu Level-3-Verbindlichkeiten zum Fair Value

2012	Fair Value	Bewertungs- verfahren	Nicht beobachtbare Eingabeparameter	Minimal- wert	Maximal- wert
in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt					
Kundeneinlagen	25	–	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	5 356				
davon Zinsderivate	1 357	Optionsmodell	Basisrisikoprämie, in Basispunkten	(28)	54
			Korrelation, in %	17	100
			Mean Reversion, in % ¹	(33)	5
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	4	45
davon Fremdwährungsderivate	1 648	Optionsmodell	Korrelation, in %	(10)	70
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	4	22
davon Aktien/Index-bezogene Derivate	1 003	Optionsmodell	Korrelation, in %	(87)	97
			Skew, in %	56	128
			Volatilität, in %	2	157
			Rückkaufwahrscheinlichkeit, in % ²	50	100
			Kurssprungrisiko, in % ³	0	4
davon Kreditderivate	819	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, in Basispunkten	0	5 843
			Diskontsatz, in %	2	35
			Ausfallrate, in %	0	25
			Wiedereingangsquote, in %	0	77
			Verlustquote, in %	0	100
			Korrelation, in %	0	47
			Quote vorzeitiger Tilgungen, in %	0	40
Kurzfristige Geldaufnahmen	124	–	–	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	10 098				
davon strukturierte Schuldtitel über zwei Jahre	6 189	Optionsmodell	Korrelation, in %	(87)	97
			Volatilität, in %	2	157
			Rückkaufwahrscheinlichkeit, in % ²	50	100
			Kurssprungrisiko, in % ³	0	12
davon Verbindlichkeiten ohne Rückgriff	2 551				
davon	2 255	Angebotspreis	Preis, in %	0	103
davon	230	Marktvvergleichswert	Preis, in %	0	87
Sonstige Verbindlichkeiten	2 848				
davon nicht qualifizierende Verkäufe	1 160				
davon	646	Marktvvergleichswert	Preis, in %	0	100
davon	290	Discounted Cashflow	Kreditrisikoprämie, in Basispunkten	0	1 532
Total Level-3-Verbindlichkeiten zum Fair Value	18 451				

¹ Geschwindigkeit, mit welcher die Zinssätze gemäss bestmöglicher Schätzung des Management den langfristigen Mittelwert wiedereinnahmen werden. ² Schätzung der Wahrscheinlichkeit, dass der Gruppe strukturierte Schuldtitel während der Restlaufzeit des Finanzinstruments aufgrund des Wahlrechts des Investors zurückgegeben werden. ³ Risiko von unerwartet hohen Abnahmen der zugrunde liegenden Werte zwischen den Abwicklungsdaten der Sicherheiten.

Qualitative Diskussion über die Bandbreiten von bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparametern

Die folgenden Abschnitte enthalten weitere Informationen über die Bandbreiten von bedeutenden nicht beobachtbaren Eingabeparametern, die in den oben stehenden Tabellen enthalten sind. Die Aggregationsebene und die Vielfalt innerhalb der in den Tabellen offengelegten Finanzinstrumente haben bestimmte Bandbreiten von bedeutenden Eingabeparametern zur Folge, die breit gefasst und ungleichmässig über die Kate-

gorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten verteilt sind.

Diskontsatz

Der Diskontsatz ist der Zinssatz, der zur Berechnung des Barwerts der erwarteten Cashflows eines Finanzinstruments herangezogen wird. Es gibt mehrere Faktoren, die den Diskontsatz eines bestimmten Finanzinstruments beeinflussen, darunter der Coupon des Instruments, die Laufzeit und das

zugrunde liegenden Risiko bezüglich der erwarteten Cashflows. Zwei Instrumente mit ähnlicher Laufzeit und ähnlich erwarteten Cashflows können deutlich unterschiedliche Diskontsätze aufweisen, da die Coupons der Instrumente unterschiedlich sind.

Ausfallrate und Verlustquote

Bei Finanzinstrumenten, die durch Wohnimmobilien oder andere Vermögenswerte gesichert sind, wird der Vielfalt im Portfolio durch eine Vielzahl von Verlustquoten aufgrund variierender Ausfallniveaus Rechnung getragen. Das untere Ende der Bandbreite stellt High-Performing- oder staatlich garantierte Sicherheiten dar, deren Ausfallwahrscheinlichkeit gering beziehungsweise deren pünktliche Rückzahlung von Kapital und Zinsen sichergestellt ist. Die Sicherheiten am oberen Ende der Bandbreite sind demgegenüber mit einem höheren Ausfallrisiko behaftet.

Kreditrisikoprämie und Wiedereingangsquote

Bei Finanzinstrumenten, bei denen die Kreditrisikoprämie der bedeutende nicht beobachtbare Eingabeparameter ist, stellt das breite Band Positionen mit unterschiedlichem Risiko dar. Das untere Ende des Kreditrisikoprämienbandes stellt in der Regel Instrumente mit kürzeren Laufzeiten und/oder besser eingeschätztem Kreditrisiko dar. Das obere Ende des Bandes beinhaltet typischerweise Finanzinstrumente mit längeren Laufzeiten oder Finanzinstrumente, die überfällig, gefährdet oder wertgemindert sind. Ebenso kann die Differenz zwischen dem Referenzkredit und einem Index in erheblichem Umfang variieren, je nach Risiko des Instruments. Die Differenz ist positiv für Instrumente mit höherem Ausfallrisiko als der Index (basierend auf dem gewichteten Durchschnitt seiner Komponenten) und negativ für Instrumente mit geringerem Ausfallrisiko als der Index.

Ebenso können die Wiedereingangsquoten stark variieren, je nach den spezifischen Vermögenswerten und Laufzeiten der jeweiligen Transaktion. Transaktionen mit höherer Vorrangigkeit oder werthaltigeren Sicherheiten haben höhere Wiedereingangsquoten, während Transaktionen, die eher nachrangig sind oder deren Sicherheiten weniger werthaltig sind, tiefere Wiedereingangsquoten aufweisen.

Korrelation

Es gibt zahlreiche unterschiedliche Arten von Korrelationsinputs, so etwa die Kreditkorrelation, Korrelation über mehrere Vermögenswerte (wie Aktien-Zins-Korrelation) oder die Korrelation mit nur einem Vermögenswert (wie Zins-Zins-Korrelation). Die Korrelationsinputs werden im Allgemeinen verwendet, um hybride und exotische Instrumente zu bewerten. Die Korrelationsinputs mit nur einem Vermögenswert zeichnen sich grundsätzlich durch eine engere Bandbreite als Korrelationsin-

puts über mehrere Vermögenswerte aus. Aufgrund der komplexen und einzigartigen Natur dieser Instrumente können die Bandbreiten der Korrelationsinputs im Portfolio allerdings stark variieren.

Quote vorzeitiger Tilgung

Die Quoten vorzeitiger Tilgungen können von Sicherheitenbestand zu Sicherheitenbestand variieren und hängen ab von einer Vielzahl die Sicherheiten betreffender Faktoren, darunter Art und Standort des zugrunde liegenden Kreditnehmers, die verbleibende Laufzeit der Verpflichtung sowie Höhe und Art der Zinsen (fest oder variabel), die der Kreditnehmer bezahlt.

Volatilität und Skew

Volatilität und Skew werden durch das zugrunde liegende Risiko, die Laufzeit und den Ausübungspreis des Derivats beeinflusst. Im Falle von Zinsderivaten können die Volatilitätsraten zwischen den unterschiedlichen zugrunde liegenden Währungen und Verfallterminen dieser Optionen in hohem Masse variieren. Die Volatilität von Aktienderivaten kann ebenfalls stark variieren, in Abhängigkeit vom zugrunde liegenden Referenzinstrument des Derivats.

Lebenserwartung

Die Lebenserwartung ist der primäre bedeutende nicht beobachtbare Eingabeparameter von Produkten wie Life Settlement, Premium Finance und SPIA und entspricht der geschätzten Sterblichkeitsrate des zugrunde liegenden Versicherungsprodukts. Diese Schätzung kann in Abhängigkeit von mehreren Faktoren wie Alter und spezifische Gesundheitsmerkmale des Versicherten variieren.

Feststellung des Fair Value von Anlagen in bestimmten Gesellschaften, welche einen Nettoinventarwert je Anteil berechnen

Anlagen in Fonds, die als Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen erfasst sind, beinhalten vor allem Positionen, die in Aktiendachfonds als Economic Hedge für an Kunden ausgegebene Structured Notes und Derivate gehalten werden und sich auf dieselben zugrunde liegenden Risiko- und Liquiditätsbedingungen des Fonds beziehen. Bei den meisten dieser Fonds gelten aufgrund der Illiquidität der Anlagen Begrenzungen hinsichtlich der Höhe von Rückzügen aus dem Fonds während der Rückgabeperiode. In anderen Fällen kann die Höhe der Rückzüge je nach der Kündigungsfrist für die Rückgabe variieren, wobei sie bei längeren Fristen meist höher ist. Darüber hinaus können Strafen fällig werden, wenn die Rückgabe innerhalb eines bestimmten Zeitraums nach dem Erwerb erfolgt.

Anlagen in Fonds, die als sonstige Anlagen erfasst sind, legen hauptsächlich in nichtkотиerte Wertschriften sowie in geringerem Umfang in börsengehandelte Wertschriften und Dachfonds an. Bei mehreren dieser Anlagen gelten Rückgabebeschränkungen, die im Ermessen des Verwaltungsrats des Fonds liegen, und/oder die Rückgabe ist ohne Beschränkung, aber nur bis zu einem bestimmten Prozentsatz des Gesamtvermögens oder erst nach einem bestimmten Datum zulässig.

Darüber hinaus werden bei Anlagen ohne Rückgabemöglichkeit, die als Handelsbestände und als sonstige Anlagen

erfasst sind, die zugrunde liegenden Vermögenswerte dieser Fonds voraussichtlich über die Lebensdauer des Fonds liquidiert, im Allgemeinen über bis zu zehn Jahre.

Die folgende Tabelle bezieht sich auf Anlagen in bestimmten Gesellschaften, die einen Nettoinventarwert je Anteil oder dessen Gegenwert berechnen. Hierbei handelt es sich vor allem um Private-Equity- und Hedgefonds. Der Fair Value derartiger Anlagen lässt sich nicht ohne weiteres feststellen, die Bewertung zum Fair Value erfolgt anhand des Nettoinventarwerts.

Fair Value, nicht gezogene Verpflichtungen und Bedingungen bezüglich Rückgabefristen

Ende 2012	Ohne Rückgaberecht	Mit Rückgaberecht	Total Fair Value	Nicht gezogene Verpflichtungen
Fair Value und nicht gezogene Verpflichtungen (in Mio. CHF)				
Anleihenfonds	127	38	165	0
Aktienfonds	52	3 810 ¹	3 862	0
Aktienfonds – Leerverkäufe	0	(111)	(111)	0
Total Fonds in Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen gehalten	179	3 737	3 916	0
Anleihenfonds	69	364	433	157
Aktienfonds	3	43	46	0
Sonstige	3	153	156	46
Hedgefonds	75	560 ²	635	203
Anleihenfonds	97	0	97	17
Aktienfonds	2 633	0	2 633	724
Immobilienfonds	382	0	382	131
Sonstige	846	0	846	198
Private Equity	3 958	0	3 958	1 070
Beteiligungen bewertet nach der Equity-Methode	385	0	385	0
Total Fonds in Sonstige Anlagen gehalten	4 418	560	4 978	1 273
Total Fair Value	4 597 ³	4 297 ⁴	8 894	1 273 ⁵

¹ 57% des Fair-Value-Betrags der Aktienfonds können auf Sicht mit einer Kündigungsfrist von weniger als 30 Tagen zurückgegeben werden, 17% können auf jährlicher Basis mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich mehr als 60 Tagen zurückgegeben werden, 13% können auf monatlicher Basis mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich weniger als 30 Tagen zurückgegeben werden, und 13% können quartalsweise mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich mehr als 45 Tagen zurückgegeben werden. ² 66% des Fair-Value-Betrags der Hedgefonds mit Rückgaberecht können quartalsweise mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich mehr als 60 Tagen zurückgegeben werden, 19% können auf Sicht mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich weniger als 30 Tagen zurückgegeben werden, und 11% können auf jährlicher Basis mit einer Kündigungsfrist von mehr als 60 Tagen zurückgegeben werden. ³ Enthält CHF 1 958 Mio., welche den Minderheitsanteilen zurechenbar sind. ⁴ Enthält CHF 107 Mio., welche den Minderheitsanteilen zurechenbar sind. ⁵ Enthält CHF 418 Mio., welche den Minderheitsanteilen zurechenbar sind.

Fair Value, nicht gezogene Verpflichtungen und Bedingungen bezüglich Rückgabefristen (Fortsetzung)

Ende 2011	Ohne Rückgaberecht	Mit Rückgaberecht	Total Fair Value	Nicht gezogene Verpflichtungen
Fair Value und nicht gezogene Verpflichtungen (in Mio. CHF)				
Anleihenfonds	45	61	106	0
Aktienfonds	40	4 864 ¹	4 904	0
Aktienfonds – Leerverkäufe	0	(78)	(78)	0
Total Fonds in Handelsbestände und Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen gehalten	85	4 847	4 932	0
Anleihenfonds	58	268	326	219
Aktienfonds	4	50	54	0
Sonstige	5	113	118	55
Hedgefonds	67	431 ²	498	274
Anleihenfonds	9	0	9	18
Aktienfonds	3 136	0	3 136	954
Immobilienfonds	338	0	338	200
Sonstige	823	0	823	231
Private Equity	4 306	0	4 306	1 403
Beteiligungen bewertet nach der Equity-Methode	360	0	360	0
Total Fonds in Sonstige Anlagen gehalten	4 733	431	5 164	1 677
Total Fair Value	4 818 ³	5 278 ⁴	10 096	1 677 ⁵

¹ 46% des Fair-Value-Betrags der Aktienfonds mit Rückgaberecht können auf Sicht mit einer Kündigungsfrist von weniger als 30 Tagen zurückgegeben werden, 19% können quartalsweise mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich mehr als 45 Tagen zurückgegeben werden, 18% können auf jährlicher Basis mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich mehr als 60 Tagen zurückgegeben werden, und 17% können auf monatlicher Basis mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich weniger als 30 Tagen zurückgegeben werden. ² 72% des Fair-Value-Betrags der Hedgefonds mit Rückgaberecht können quartalsweise mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich mehr als 60 Tagen zurückgegeben werden, 17% können auf jährlicher Basis mit einer Kündigungsfrist von mehr als 60 Tagen zurückgegeben werden, und 10% können auf Sicht mit einer Kündigungsfrist von mehrheitlich weniger als 30 Tagen zurückgegeben werden. ³ Enthält CHF 2 248 Mio., welche den Minderheitsanteilen zurechenbar sind. ⁴ Enthält CHF 91 Mio., welche den Minderheitsanteilen zurechenbar sind. ⁵ Enthält CHF 540 Mio., welche den Minderheitsanteilen zurechenbar sind.

Nicht periodische Änderungen des Fair Value

Bestimmte Aktiven und Verbindlichkeiten werden nicht periodisch zum Fair Value bewertet. Das bedeutet, dass sie nicht laufend zum Fair Value bewertet werden, sondern nur unter bestimmten Umständen einer Fair-Value-Anpassung unterlie-

gen, zum Beispiel bei nachweislichen Wertminderungen. Generell setzt die Gruppe nichtfinanzielle, zum Fair Value bewertete Aktiven periodisch und nicht periodisch in einer Art und Weise ein, welcher der grösst- und bestmöglichen Verwendung entspricht.

Nicht periodische Änderungen des Fair Value

Ende	2012	2011
Nicht periodisch zum Fair Value bilanzierte zur Veräusserung gehaltene Aktiven (in Mia. CHF)		
Nicht periodisch zum Fair Value bilanzierte zur Veräusserung gehaltene Aktiven	0.5	0.7
davon Level 3	0.5	0.7

Fair-Value-Option

Die Gruppe hat von der Vereinfachung der Rechnungslegung, die von der Fair-Value-Option angeboten wird, insbesondere im Investment Banking und im Asset-Management-Bereich des Private Banking & Wealth Management Gebrauch gemacht. Dies wurde erreicht, indem die Fair-Value-Option grundsätzlich für Positionen gewählt wurde, für welche die Hedge-Accounting-Vorschriften unter US GAAP anwendbar wären, sowohl bei deren Einführung als auch für nachfolgende Transaktionen. Für Instrumente, für welche die Anwendung von Hedge-Accounting nicht möglich war und für welche die Gruppe wirtschaftlich abgesichert ist, hat die Gruppe die Fair-Value-Option gewählt. Auch wo die Gruppe eine Aktivität auf Fair-Value-Basis führt, bis anhin aber keine Fair-Value-Bewertung anwenden durfte, hat die Gruppe die Fair-Value-Option in Anspruch genommen, um ihre Finanzbuchführung auf ihre Risikoberichterstattung abzustimmen.

Die Gruppe hat für bestimmte Positionen der Jahresrechnung die Fair-Value-Option gewählt, wie nachfolgend erläutert wird:

Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen

Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, die strukturierten Reverse-Repo-Geschäfte und die meisten Matched-Book-Reverse-Repo-Geschäfte zum Fair Value zu bewerten. Diese Aktivitäten werden auf Fair-Value-Basis geführt, weshalb die Fair-Value-Bewertung für Berichterstattungszwecke als angemessener erachtet wurde. Die Gruppe verzichtete auf die Fair-Value-Option für feste Finanzierungen mittels Reverse-Repo-Geschäften, da es sich hier zumeist um Overnight-Vereinbarungen handelt, die dem Fair Value nahekommen, aber nicht auf Fair-Value-Basis geführt werden.

Sonstige Anlagen

Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, bestimmte nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen zum Fair Value zu bewerten. Diese Aktivitäten werden auf Fair-Value-Basis geführt, weshalb die Fair-Value-Bewertung für Berichterstattungszwecke als angemessener erachtet wurde. Bei bestimmten ähnlichen Instrumenten, wie etwa nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligungen in strategischen Beziehungen, wie beispielsweise die Beteiligung der Gruppe an bestimmten Clearingorganisationen, wurde aufgrund der strategischen Beziehung kein Gebrauch von der zur Verfügung stehenden Fair-Value-Option gemacht.

Ausleihungen

Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, nahezu alle kommerziellen Ausleihungen und Kreditverpflichtungen des Investment Banking sowie bestimmte Emerging-Markets-Ausleihungen des Investment Banking zum Fair Value zu bewerten. Diese Aktivitäten werden nach dem Fair-Value-Prinzip geführt, weshalb die Fair-Value-Bewertung für Berichterstattungszwecke als angemessener erachtet wurde. Mit der Erfassung zum Fair Value wird zudem eine Ungleichbehandlung beseitigt, die durch Absicherungsgeschäfte der wirtschaftlichen Risiken (Economic Hedges), welche die Gruppe zur Bewirtschaftung dieser Ausleihungen eingeht, vorhanden war. Für bestimmte ähnliche Ausleihungen wie Projektfinanzierungen, Leasingfinanzierungen, Ausleihungen mit Barsicherheiten und bestimmte Überbrückungskredite, bei welchen die Fair-Value-Option ebenfalls anwendbar wäre, wurde diese aber nicht gewählt, da es derzeit an der für eine Fair-Value-Bewertung solcher Ausleihungen notwendigen Infrastruktur fehlt und/oder keine Absicherungsgeschäfte für die wirtschaftlichen Risiken solcher Ausleihungen möglich sind. Zudem hat die Gruppe im Segment Private Banking & Wealth Management die Wahl getroffen, die Ausleihungen nicht zum Fair Value zu bewerten, da inländische Privatkonsumkredite, Hypothekendarlehen und Unternehmenskredite nicht auf Fair-Value-Basis geführt werden.

Sonstige Aktiven

Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, die Fair-Value-Option auf zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen anzuwenden, da diese kurzfristig gehalten werden und eine Veräusserung der betreffenden Ausleihungen in naher Zukunft beabsichtigt ist. Zu den sonstigen Aktiven zählen auch Aktiven von Zweckgesellschaften mit variablem Anteil (VIEs) und verbriefte Hypothekarkredite, welche die Kriterien zur Verbuchung als Verkauf gemäss US GAAP nicht erfüllen. Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, diese Transaktionen zum Fair Value zu bewerten.

Verbindlichkeiten gegenüber Banken

Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, bestimmte Termineinlagen im Zusammenhang mit ihren Aktivitäten in den Emerging Markets zum Fair Value zu bewerten.

Kundeneinlagen

Die Kundeneinlagen der Gruppe beinhalten fondsgebundene Einlagen. Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, die Fair-Value-Option für diese fondsgebundenen Einlagen anzuwenden. Fondsgebundene Produkte werden auf Fair-Value-Basis geführt, weshalb die Fair-Value-Bewertung

für Berichterstattungszwecke als angemessener erachtet wurde.

Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen

Die Gruppe hat ihr Wahlrecht ausgeübt, strukturierte Repo-Geschäfte sowie die meisten Matched-Book-Repo-Geschäfte zum Fair Value zu bewerten. Diese Aktivitäten werden auf Fair-Value-Basis geführt, weshalb die Fair-Value-Bewertung für Berichterstattungszwecke als angemessener erachtet wurde. Die Gruppe verzichtete auf die Fair-Value-Option für feste Finanzierungen mittels Repo-Geschäften, da es sich hier zumeist um Overnight-Vereinbarungen handelt, die dem Fair Value nahekommen, aber nicht auf Fair-Value-Basis geführt werden.

Kurzfristige Geldaufnahmen

Zu den kurzfristigen Geldaufnahmen der Gruppe zählen hybride Schuldinstrumente mit eingebetteten Derivaten. Einige dieser eingebetteten Derivate bewirken, dass Derivat und Basisvertrag dieser Schuldinstrumente zu Bewertungszwecken aufgespalten werden können (Bifurcatable Debt Instruments). Gemäss den Vorschriften der US GAAP wählte die Gruppe per 1. Januar 2006 für einige dieser Instrumente die Fair-Value-Option. Neue aufspaltbare hybride Instrumente, welche im Jahr 2006 eingegangen wurden, werden zum Fair Value bilanziert. Einige hybride Schuldinstrumente dürfen nicht aufgespalten werden. Gemäss US GAAP darf die Gruppe nicht aufspaltbare hybride Schuldinstrumente zum Fair Value bewerten. Mit Ausnahme bestimmter aufspaltbarer hybrider Schuldinstrumente, bei welchen die Gruppe auf eine Fair-Value-Bewertung verzichtete, bewertet sie alle am 1. Januar 2007 in ihren Büchern befindlichen hybriden Schuldtitel sowie alle nach diesem Datum selbst geschaffenen hybriden Schuldtitel zum Fair Value. Diese Aktivitäten werden auf Fair-Value-Basis geführt, weshalb die Fair-Value-Bewertung für Berichterstattungszwecke als angemessener erachtet wurde. Für zwei Hauptgruppen von ver-

gleichbaren Instrumenten wurde auf die Fair-Value-Bewertung verzichtet. Die erste Gruppe betrifft das Kreditgeschäft im Segment Private Banking & Wealth Management, welches strukturierte Einlagen und ähnliche Anlageprodukte umfasst. Diese werden entweder aufgespalten oder nach der Abgrenzungsmethode (Accrual Method) geführt, weshalb die Fair-Value-Bewertung nicht als angemessen erachtet wurde. Bei der zweiten Gruppe handelt es sich um Instrumente mit kurzer Restlaufzeit, deren Fair Value am Ende dieser Laufzeit realisiert wird.

Langfristige Verbindlichkeiten

Zu den langfristigen Verbindlichkeiten der Gruppe zählen hybride Schuldtitel mit eingebetteten Derivaten, wie oben unter «Kurzfristige Geldaufnahmen» beschrieben. Zu den langfristigen Verbindlichkeiten der Gruppe gehören auch Schuldtitlemissionen, die von der Treasury-Abteilung geführt werden und keine derivativen Merkmale aufweisen (gewöhnliche Schuldtitel, Vanilla Debt). Das Zinsänderungsrisiko dieser Instrumente wird von der Gruppe mit Hilfe von Derivaten aktiv gesteuert. Namentlich festverzinsliche Schuldtitel werden mit Zinsswaps «Fix gegen Variabel» abgesichert. Die Gruppe hat mit Einführung der Fair-Value-Option am 1. Januar 2007 ihr Wahlrecht ausgeübt, diese festverzinslichen Schulden zum Fair Value zu bewerten, wobei Fair-Value-Änderungen als Teil des Handlungserfolgs erfasst werden. Die Gruppe verzichtete für die seit dem 1. Januar 2008 von der Gruppe ausgegebenen festverzinslichen Schuldtitel auf die Anwendung der Fair-Value-Option. Stattdessen wird Hedge Accounting gemäss den Vorgaben der US GAAP angewendet.

Sonstige Verbindlichkeiten

Zu den sonstigen Verbindlichkeiten zählen Verbindlichkeiten aus VIEs und verbrieften Hypothekarkrediten, welche die Kriterien zur Verbuchung als Verkauf gemäss US GAAP nicht erfüllen. Die Gruppe hat sich im Rahmen ihres Wahlrechts entschieden, die Fair-Value-Option für Transaktionen dieser Art anzuwenden.

Unterschied zwischen dem Gesamtbetrag des Fair Value und dem Gesamtbetrag der ausstehenden Kapitalbeträge für Ausleihungen und Finanzinstrumente

Ende	2012			2011		
	Kumulierter Fair Value	Kumulierter ausstehender Nominalbetrag	Differenz	Kumulierter Fair Value	Kumulierter ausstehender Nominalbetrag	Differenz
Ausleihungen (in Mio. CHF)						
Zinslos gestellte Ausleihungen	920	3 810	(2 890)	807	3 277	(2 470)
Finanzinstrumente (in Mio. CHF)						
Zinstragende Einlagen bei Banken	627	615	12	405	404	1
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	113 664	113 196	468	158 673	157 889	784
Ausleihungen	20 000	20 278	(278)	20 694	21 382	(688)
Sonstige Aktiven ¹	22 060	29 787	(7 727)	20 511	30 778	(10 267)
Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Kundeneinlagen	(531)	(493)	(38)	(610)	(620)	10
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(108 784)	(108 701)	(83)	(136 483)	(136 396)	(87)
Kurzfristige Geldaufnahmen	(4 513)	(4 339)	(174)	(3 547)	(3 681)	134
Langfristige Verbindlichkeiten	(65 384)	(66 998)	1 614	(70 366)	(79 475)	9 109
Sonstige Verbindlichkeiten	(3 683)	(6 186)	2 503	(5 730)	(8 210)	2 480

¹ Hauptsächlich zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen.

Gewinne und Verluste aus Finanzinstrumenten

	2012	2011	2010
	Netto- gewinn/ (-verlust)	Netto- gewinn/ (-verlust)	Netto- gewinn/ (-verlust)
Finanzinstrumente (in Mio. CHF)			
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	(13) ²	-	-
davon bezüglich Kreditrisiko	(13)	-	-
Zinstragende Einlagen bei Banken	12 ¹	0	11 ¹
davon bezüglich Kreditrisiko	3	0	0
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	1 183 ¹	1 698 ¹	1 901 ¹
Sonstige Handelsbestände	10 ²	10 ²	46 ²
Sonstige Anlagen	144 ³	196 ²	(225) ³
davon bezüglich Kreditrisiko	34	(14)	(2)
Ausleihungen	925 ¹	(1 105) ²	1 065 ¹
davon bezüglich Kreditrisiko	318	(256)	707
Sonstige Aktiven	2 641 ¹	476 ¹	5 896 ²
davon bezüglich Kreditrisiko	355	(332)	589
Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Kundeneinlagen	(22) ¹	(2) ¹	(27) ²
davon bezüglich Kreditrisiko	8	45	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(114) ¹	(575) ¹	(471) ¹
Kurzfristige Geldaufnahmen	(350) ²	91 ²	(51) ²
davon bezüglich Kreditrisiko ⁴	0	(2)	1
Langfristige Verbindlichkeiten	(7 905) ²	2 342 ²	(6 162) ²
davon bezüglich Kreditrisiko ⁴	(2 552)	1 909	273
Sonstige Verbindlichkeiten	826 ²	(286) ²	(232) ²
davon bezüglich Kreditrisiko	912	(348)	(97)

¹ Hauptsächlich im Zinserfolg berücksichtigt. ² Hauptsächlich im Handelserfolg berücksichtigt. ³ Hauptsächlich im sonstigen Ertrag berücksichtigt. ⁴ Kreditrisikobezogene Fair-Value-Änderungen beruhen auf der Änderung der gruppeneigenen Kreditrisikoprämien. Sonstige Fair-Value-Änderungen sind Änderungen von Fremdwährungskursen, Zinssätzen sowie Bewegungen im Referenzpreis oder -index für strukturierte Schuldtitel zurechenbar. Die Fair-Value-Änderungen auf gewöhnlichen Verbindlichkeiten der Credit Suisse und die Fair-Value-Änderungen aufgrund der Veränderung der eigenen Kreditrisikoprämie auf den strukturierten Schuldtiteln betragen für die Jahre 2012, 2011 und 2010 CHF (1,663) Mio. beziehungsweise CHF (931) Mio., CHF 1,210 Mio. beziehungsweise CHF 697 Mio. und CHF 341 Mio. beziehungsweise CHF (73) Mio.

Zinsertrag und -aufwand werden auf Basis der vertraglich für die betreffenden Transaktionen festgelegten Zinssätze berechnet. Der Zinsertrag und -aufwand wird in der konsolidierten Erfolgsrechnung aufgrund der Art des betreffenden Instruments und der diesbezüglichen Marktconvention erfasst. Wenn die Zinsen als Teil der Änderung im Fair Value eines Instruments mit einbezogen sind, werden sie im Handelserfolg erfasst. Ansonsten werden sie als Zins- und Dividendenerträge beziehungsweise Zinsaufwand erfasst. Dividendenerträge werden ausserhalb des Handelserfolgs erfasst.

Die Auswirkung von Kreditrisiken auf in den Aktiven gehaltenen Schuldtiteln gemäss oben stehender Tabelle wurde aus

der Gesamtveränderung des Fair Value abzüglich der Auswirkungen von Änderungen des Basis- oder risikofreien Zinssatzes berechnet. Die Auswirkungen der Veränderung des eigenen Kreditrisikos auf Verbindlichkeiten gemäss oben stehender Tabelle wurden wie folgt berechnet: Differenz zwischen dem Fair Value der betreffenden Instrumente am Berichtszeitpunkt und dem theoretischen Fair Value der betreffenden Instrumente gemäss Berechnung anhand der am Ende der Berichtsperiode geltenden Renditekurve mit Anpassungen nach oben oder nach unten je nach Änderung der eigenen Kreditrisikoprämie der Gruppe ab dem Transaktionszeitpunkt bis zum Berichtszeitpunkt.

Offenlegung des Fair Value von in der konsolidierten Bilanz nicht zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten

Die folgende Tabelle stellt den Buchwert und den Fair Value von Finanzinstrumenten dar, die in der konsolidierten Bilanz nicht zum Fair Value bewertet sind. Nicht erfasst sind sämtliche

Nicht-Finanzinstrumente wie Leasingtransaktionen, Liegenschaften, Immobilien und Einrichtungen, nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen sowie Vorsorgeverpflichtungen. Seit Januar 2012 muss gemäss US GAAP der Fair Value dieser Finanzinstrumente im Rahmen der Fair-Value-Hierarchie prospektiv offengelegt werden.

Buchwert und Fair Value von nicht zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumenten

	Buchwert	Fair Value			Total
		Level 1	Level 2	Level 3	
Ende 2012					
Finanzaktiven (in Mio. CHF)					
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	69 791	0	69 764	27	69 791
Ausleihungen	218 281	0	221 030	4 482	225 512
Sonstige Finanzaktiven ¹	132 147	63 900	66 798	1 772	132 470
Finanzverbindlichkeiten (in Mio. CHF)					
Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Einlagen	331 270	200 838	130 313	9	331 160
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	23 937	0	23 939	0	23 939
Kurzfristige Geldaufnahmen	14 128	0	14 131	0	14 131
Langfristige Verbindlichkeiten	82 750	0	79 846	4 546	84 392
Sonstige Finanzverbindlichkeiten ²	89 361	0	88 121	1 171	89 292

¹ Enthält hauptsächlich flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken, zinstragende Einlagen bei Banken, Forderungen aus Kundenhandel, zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen, Barsicherheiten auf derivativen Instrumenten, Zins- und Gebührenforderungen sowie nicht marktgängige Beteiligungstitel. ² Enthält hauptsächlich Verbindlichkeiten aus Kundenhandel, Barsicherheiten für derivative Instrumente sowie Zins- und Gebührenverbindlichkeiten.

Buchwert und Fair Value von nicht zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumenten (Fortsetzung)

	Buchwert	Fair Value
Ende 2011		
Finanzaktiven (in Mio. CHF)		
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen		78 290
Ausleihungen		208 963
Sonstige Finanzaktiven ¹		186 294
Finanzverbindlichkeiten (in Mio. CHF)		
Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Einlagen		346 228
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen		40 076
Kurzfristige Geldaufnahmen		22 569
Langfristige Verbindlichkeiten		92 289
Sonstige Finanzverbindlichkeiten ²		96 844

¹ Enthält hauptsächlich flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken, zinstragende Einlagen bei Banken, Forderungen aus Kundenhandel, zur Veräusserung gehaltene Ausleihungen, Barsicherheiten auf derivativen Instrumenten, Zins- und Gebührenforderungen sowie nicht marktgängige Beteiligungstitel. ² Enthält hauptsächlich Verbindlichkeiten aus Kundenhandel, Barsicherheiten für derivative Instrumente sowie Zins- und Gebührenverbindlichkeiten.

34 Verpfändete Aktiven und Sicherheiten

Verpfändete Aktiven

Die Gruppe verpfändet Aktiven hauptsächlich für Repo-Geschäfte und die Finanzierung sonstiger Wertschriftengeschäfte. Bestimmte verpfändete Aktiven können belastet wer-

den, d.h., sie können verkauft oder weiterverpfändet werden. Die belasteten Aktiven werden in der konsolidierten Bilanz in Klammern ausgewiesen.

Ende	2012	2011
Verpfändete Aktiven (in Mio. CHF)		
Total verpfändete oder sicherungsübereignete Aktiven	151 419	157 856
davon belastet	90 745	96 922

Sicherheiten

Die Gruppe ist im Besitz von Barmitteln und Wertschriften im Zusammenhang mit Verkaufsvereinbarungen, Wertschriftenleihen, Derivatgeschäften sowie durch Einschuss gedeckter Broker-Darlehen. Zusätzlich wurde ein Grossteil der von der Gruppe erhaltenen Sicherheiten und Wertschriften in Verbin-

dung mit Repo-Geschäften, verkauften, aber noch nicht gekauften Wertpapieren, Wertschriftenleihen und Ausleihungen, Verpfändungen an Clearingstellen, Separierungsvorschriften gemäss Wertpapiergesetz und -vorschriften, Derivatgeschäften und Bankdarlehen verkauft oder weiterverpfändet.

Ende	2012	2011
Sicherheiten (in Mio. CHF)		
Fair Value von mit dem Recht zur Veräusserung oder Weiterverpfändung erhaltenen Sicherheiten	402 793	373 657
davon veräussert oder weiterverpfändet	292 514	332 718

Sonstige Informationen

Ende	2012	2011
Sonstige Informationen (in Mio. CHF)		
Flüssige Mittel und Wertschriften mit Verfügungsbeschränkung aufgrund ausländischer Bankregulierung	14 340	17 943
Mindestliquidität gemäss Anforderung der Schweizerischen Nationalbank	2 441	2 294

35 Eigenmittelunterlegung

Die Gruppe untersteht den Vorschriften der FINMA. Die Kapitalausstattung der Gruppe unterliegt qualitativen Beurteilungen seitens der Aufsichtsbehörden, einschliesslich der FINMA, hinsichtlich der Zusammensetzung des Kapitals, der Risikogewichtungen und anderer Faktoren. Seit Januar 2008 hielt sich die Gruppe an die unter dem Namen «Basel II» bekannten internationalen Vorschriften für eine angemessene Eigenkapitalausstattung des Basler Ausschusses. Diese Vorschriften betrafen sowohl die anrechenbaren Eigenmittel als auch die risikogewichteten Aktiven. Im Januar 2011 führte die Gruppe, wie von

der FINMA verlangt, die überarbeiteten Marktrisikovorschriften («Revisions to the Basel II market risk framework») des Basler Ausschusses («Basel II.5») für die Eigenmittelvorschriften der FINMA ein. Die Berechnung der Eigenmittelunterlegung der Gruppe basiert, in Übereinstimmung mit dem FINMA-Rundschreiben 2008/34, auf US GAAP. Gemäss FINMA kann die Gruppe weiterhin Eigenkapital in Höhe von CHF 33 Mio. beziehungsweise CHF 0,6 Mia. von SPEs, die gemäss US GAAP per 31. Dezember 2012 und 2011 dekonsolidiert wurden, als Kernkapital (Tier 1) berücksichtigen.

Gemäss den Eigenmittelvorschriften der FINMA und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) besteht das gesamte erforderliche Kapital aus zwei Kategorien: Kernkapital (Tier 1) und ergänzendes Kapital (Tier 2). Das Kernkapital umfasst Eigenkapital nach US GAAP, qualifizierende Minderheitsanteile und hybride Kernkapitalinstrumente. Beim Kernkapital (Tier 1) werden sodann Abzüge, u.a. für Goodwill und immaterielle Werte, Beteiligungen an Versicherungsgesellschaften, Investitionen in bestimmte Bank- und Finanzgesellschaften sowie weitere Anpassungen, einschliesslich kumulativer Fair-Value-Anpassungen von gewöhnlichen Verbindlichkeiten (Vanilla Debt) der Credit Suisse nach Steuern, erwarteter, aber noch nicht vereinbarter Dividenden, Netto-Longpositionen in eigenen Aktien im Handelsbuch und eine Anpassung für die buchhalterische Behandlung von Vorsorgeplänen vorgenommen. Das innere Kernkapital (Core Tier 1) umfasst keine hybriden Kernkapitalinstrumente. Das Kernkapital wird erweitert durch ergänzendes Kapital, welches vorwiegend aus unbesicherten, unkündbaren und nachrangigen Instrumenten besteht, die lediglich gegenüber Kernkapitalinstrumenten Vorrang haben. Die Summe des Kernkapitals und des ergänzenden Kapitals ergibt das Total der anrechenbaren eigenen Mittel.

Zu den risikogewichteten Aktiven gehören das konsolidierte Bilanzvermögen, Nettositionen von nicht im Handelsbestand gehaltenen Wertpapieren, in ihre Kreditäquivalente umgerechnete Ausserbilanzgeschäfte, Marktpositionen in den Handelsbeständen und operationelle Risiken von Prozessen, Menschen, Systemen und externen Vorkommnissen.

Per 31. Dezember 2012 beziehungsweise 2011 war die Gruppe gemäss den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen der FINMA und der BIZ angemessen kapitalisiert.

BIZ-Daten – Basel II.5

Ende	2012	2011
Anrechenbare Eigenmittel (in Mio. CHF)		
Kernkapital (Tier 1)	43 547	36 844
davon inneres Kernkapital (Core Tier 1)	34 766	25 956
Ergänzendes Kapital (Tier 2)	6 389	11 810
Total anrechenbare Eigenmittel	49 936	48 654
Risikogewichtete Aktiven (in Mio. CHF)		
Kreditrisiko	143 679	157 237
Marktrisiko	29 366	40 609
Nicht gegenparteibezogenes Risiko	6 126	7 819
Operationelles Risiko	45 125	36 088
Risikogewichtete Aktiven	224 296	241 753
Eigenmittelquoten (in %)		
Quote des inneren Kernkapitals (Core Tier 1)	15.5	10.7
Kernkapitalquote (Tier 1)	19.4	15.2
Eigenmittelquote	22.3	20.1

Broker-Dealer-Geschäft

Einzelne als Broker-Dealer tätige Tochtergesellschaften der Gruppe unterstehen ebenso den Eigenmittelvorschriften. Per 31. Dezember 2012 beziehungsweise 2011 erfüllten die Gruppe und ihre Tochtergesellschaften alle geltenden aufsichtsrechtlichen Eigenmittelvorschriften.

Dividendeneinschränkungen

Einzelne Tochtergesellschaften der Gruppe unterliegen gesetzlichen Einschränkungen bezüglich der Höhe der Dividenden (beispielsweise Einschränkungen gemäss schweizerischem Obligationenrecht).

Gemäss schweizerischem Obligationenrecht dürfen Dividenden nur dann ausgerichtet werden, wenn die Gesellschaft über Bilanzgewinne aus früheren Geschäftsjahren verfügt oder die freien Reserven der Gesellschaft hoch genug sind, um eine Ausschüttung von Dividenden zu ermöglichen. Zudem müssen mindestens 5% des jährlichen Reingewinns den gesetzlichen Reserven zugewiesen werden, bis diese 20% des einbezahlten Aktienkapitals erreicht haben. Unsere Reserven übersteigen derzeit diese 20%-Schwelle. Weiter bedürfen Dividendenausschüttungen der Genehmigung durch die Generalversammlung.

Per 31. Dezember 2012 und 2011 war die Gruppe in Bezug auf ihre Fähigkeit, die vorgeschlagenen Dividenden auszuschütten, keinen wesentlichen Einschränkungen unterworfen.

36 **Verwaltete Vermögen**

Die folgende Offenlegung enthält Informationen zu verwalteten Vermögen und Netto-Neugeldern, wie von der FINMA vorgeschrieben.

Verwaltete Vermögen beinhalten Vermögenswerte von Kunden, für welche die Gruppe Anlageberatungs- oder Vermögensverwaltungsdienstleistungen erbringt. Vermögenswerte, die lediglich zu Transaktions- oder Aufbewahrungszwecken gehalten werden, gelten nicht als verwaltete Vermögen. Nicht zu den verwalteten Vermögen zählen auch Vermögenswerte von Firmenkunden und öffentlich-rechtlichen Institutionen, die vorwiegend zu Cash-Management- oder Transaktionszwecken dienen. Die Klassierung der Vermögenswerte als verwaltete Vermögen erfolgt für jeden Kunden separat aufgrund seiner Absichten und Zielsetzungen und der erbrachten Bankdienstleistungen. Umklassierungen zwischen verwalteten Vermögen und Vermögen, die zu Transaktions- und Aufbewahrungszwecken gehalten werden, führen zu entsprechenden Zu- oder Abflüssen an Netto-Neugeldern.

Die Netto-Neugelder beziffern den Umfang des Erfolgs bei der Akquisition von verwalteten Vermögen. Die Berechnung erfolgt nach der direkten Methode aufgrund einzelner Geldzahlungen, Titellieferungen und Geldflüssen, die aus der Erhöhung

oder Rückzahlung von Ausleihungen entstehen. Den Kunden gutgeschriebene Zins- und Dividendenerträge und die für Bankdienstleistungen belasteten Kommissionen, Zinsen und Gebühren werden bei der Berechnung der Netto-Neugelder nicht berücksichtigt, da diesbezüglich kein direkter Zusammenhang zum Akquisitionserfolg verwalteter Vermögen der Gruppe besteht. Auch währungs- und kursbedingte Veränderungen der verwalteten Vermögen sowie Vermögenszugänge und -abgänge im Zusammenhang mit der Übernahme oder Veräusserung ganzer Unternehmen beziehungsweise Unternehmensteile sind nicht Teil der Netto-Neugelder.

Ein Teil der Position Verwaltete Vermögen der Gruppe resultiert aus Doppelzählungen. Doppelzählungen ergeben sich aus der Erbringung mehrstufiger Anlageberatungs- und Vermögensverwaltungsdienstleistungen für bestimmte verwaltete Vermögen. Jede dieser Anlageberatungs- oder Verwaltungsdienstleistungen führt zu einem zusätzlichen Kundennutzen und zu zusätzlichem Ertrag für die Gruppe. Doppelzählungen resultieren insbesondere aus der Anlage von verwalteten Vermögen in von der Credit Suisse verwalteten kollektiven Anlageinstrumenten. Das Ausmass der Doppelzählungen wird in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

Verwaltete Vermögen

im Jahr / Ende	2012	2011
Verwaltete Vermögen (in Mia. CHF)		
Vermögen in von der Credit Suisse verwalteten kollektiven Anlageinstrumenten	182.2	167.0
Vermögen mit Verwaltungsmandat	225.3	223.2
Sonstige verwaltete Vermögen	843.3	795.0
Verwaltete Vermögen (einschliesslich Doppelzählungen)	1 250.8	1 185.2
davon Doppelzählung	63.8	77.7
Netto-Neugelder (in Mia. CHF)		
Total Netto-Neugelder (einschliesslich Doppelzählungen)	10.8	46.6

37 Rechtsstreitigkeiten

Im Zusammenhang mit ihrer Geschäftstätigkeit ist die Gruppe in verschiedene gerichtliche, regulatorische und Schiedsverfahren involviert. Hierzu zählen auch die nachstehenden Fälle. Einige dieser Verfahren wurden im Namen verschiedener Klägergruppen angestrengt und haben wesentliche und/oder im Betrag nicht bezifferbare Entschädigungszahlungen zum Gegenstand.

Die Gruppe bildet Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten (einschliesslich geschätzter Honorare und Kosten für externe Rechtsanwälte und sonstige Dienstleistungserbringer) und belastet die Erfolgsrechnung im Zusammenhang mit bestimmten Verfahren, wenn die Kosten, Zusatzkosten oder die Kostenbandbreiten wahrscheinlich und realistisch abschätzbar sind. Die Gruppe überprüft ihre Gerichtsverfahren quartalsweise auf Angemessenheit der Rückstellungen. Sie kann anhand der Einschätzungen des Managements und auf Rat ihrer Rechtsberater ihre Rückstellungen erhöhen beziehungsweise auflösen. Die Bildung von weiteren Rückstellungen oder die Auflösung der Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten können in Zukunft anfallen, falls die betreffenden Verfahren dies erfordern.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Wahrscheinlichkeit oder realistische Eintrittsmöglichkeit von Kosten sowie die Höhe beziehungsweise Bandbreite möglicher Kosten sich bei zahlreichen Gerichtsverfahren der Gruppe nicht ohne Weiteres abschätzen lässt. Die Annahmen beruhen naturgemäss auf Einschätzungen und den aktuell verfügbaren Informationen. Dabei werden verschiedene Faktoren berücksichtigt, unter anderem Art und Charakter des Verfahrens, Entwicklung der Angelegenheit, erhaltene Auskünfte, Gegenargumente der Gruppe und deren Erfahrungen aus ähnlichen Fällen sowie Einschätzung der Angelegenheiten durch die Gruppe, einschliesslich Vergleichen, bei denen andere Beklagte in ähnlichen oder damit verbundenen Fällen oder Verfahren betroffen sind. Bevor die Kosten, die zusätzlichen Kosten oder die Kostenbandbreite für ein bestimmtes Verfahren angemessen abgeschätzt werden können, sind die Tatsachen und die Rechtslage, die oftmals komplex sind, zu evaluieren.

Die meisten hängigen Fälle, die die Gruppe betreffen, umfassen im Betrag nicht bezifferbare Schadenersatzforderungen. Bei bestimmten Fällen ist der geforderte Schadenersatz zwar beziffert, dennoch kann dieser Betrag nicht unbedingt mit den möglichen Verlusten der Gruppe gleichgesetzt werden. Für bestimmte Verfahren, die im Folgenden erörtert werden, findet sich eine Darstellung der Schadenersatzforderungen gegenüber der Gruppe sowie gewisser weiterer quantifizierbarer und öffentlich zugänglicher Angaben.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die kumulierten Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten der Gruppe.

Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten

	2012
in Mio. CHF	
Bestand zu Beginn der Periode	870
Zunahme der Abgrenzungen für Rechtsstreitigkeiten	774
Abnahme der Abgrenzungen für Rechtsstreitigkeiten	(87)
Abnahme aufgrund von Vergleichen und sonstigen Barzahlungen	(373)
Fremdwährungsumrechnung	(27)
Bestand am Ende der Periode	1 157

Die kumulierten Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten der Gruppe umfassen auch Schätzungen der Kosten, der Zusatzkosten oder der Kostenbandbreiten bei Verfahren, bei denen Kostenfolgen wahrscheinlich sind und sich realistisch abschätzen lassen. Nach Ansicht der Gruppe lässt sich bei bestimmten Verfahren aufgrund ihrer Komplexität, des neuartigen Charakters bestimmter Forderungen, der kurzen bisherigen Verfahrensdauer und der bis anhin begrenzten Befunde sowie gegebenenfalls weiterer Faktoren keine realistische Gesamtkostenbandbreite abschätzen. Die Gruppe schätzt ihre realistischen und nicht durch bestehende Rückstellungen gedeckten Gesamtkosten für die nachstehend erörterten Verfahren, bei denen die Gruppe eine Schätzung für realistisch hält, auf eine Bandbreite von CHF 0 bis CHF 1,7 Mia.

Die Gruppe geht aufgrund der gegenwärtig verfügbaren Informationen und rechtlichen Auskünfte in Anbetracht der bestehenden Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten davon aus, dass der Ausgang ihrer Gerichtsverfahren insgesamt keine wesentlichen nachteiligen Folgen für die Finanzlage der Gruppe hat. Aufgrund der mit solchen Verfahren, einschliesslich Verfahren von Regulatoren oder anderen Behörden, verbundenen Unsicherheiten ist allerdings nicht auszuschliessen, dass die anfallenden Kosten der Gruppe bestehende Rückstellungen letztlich überschreiten können und dass diese Überschreitungen einen wesentlichen Einfluss auf das Betriebsergebnis einer bestimmten Periode haben, falls dieses Ergebnis entsprechend ausfällt.

Research-bezogene Rechtsstreitigkeiten

Nach den branchenweiten behördlichen und regulatorischen Untersuchungen der Praktiken von Research-Analysten im Jahr 2002 und dem Aufsehen in den Medien wurden sogenannte

Sammelklagen gegen die Credit Suisse Securities (USA) LLC (CSS LLC) eingereicht, wobei die Klage in Sachen Credit Suisse – AOL Securities Litigation, die beim US District Court des Distrikts Massachusetts eingereicht wurde, die letzte ausstehende Angelegenheit darstellt. Die Klage wurde im Namen der Käufer von Aktien der damaligen AOL Time Warner Inc. (AOL) eingereicht, die dem Aktien-Research der CSS LLC vorwarf, zwischen Januar 2001 und Juli 2002 falsche und irreführende Research-Angaben verbreitet zu haben. Die zweite abgeänderte Klage in dieser Angelegenheit betraf Haftpflichtansprüche gegenüber der CSS LLC und bestimmten mit ihr verbundenen Gesellschaften sowie ehemaligen Mitarbeitenden der CSS LLC wegen behaupteten Verstosses gegen Bundesgesetze. Die Kläger schätzten den Schadenersatz auf etwa USD 3,9 Mia. Am 13. Januar 2012 liess der District Court ein summarisches Verfahren zugunsten der Beklagten zu, nachdem es den Ausschluss eines Sachverständigen der Kläger beschlossen hatte. Am 17. Mai lehnte das Gericht den Wiedererwägungsantrag der Kläger ab. Am 15. November 2012 legten die Kläger Berufung ein und am 7. Januar 2013 stellten die Beklagten einen Ablehnungsantrag gegen den Antrag der Kläger. Am 4. Februar 2013 reichten die Kläger ihre Berufungsreplik ein; die mündliche Verhandlung des Antrags fand am 6. März 2013 statt.

Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf Enron

Zwei auf Enron bezogene Klagen gegen die CSS LLC sowie bestimmte mit ihr verbundene Gesellschaften sind beide nach wie vor beim US District Court for the Southern District of Texas hängig. In diesen Klagen machen die Kläger geltend, dass sie sich auf die Jahresabschlüsse von Enron verlassen hätten, und versuchen, die Beklagten für Ungenauigkeiten in den Jahresabschlüssen von Enron zur Rechenschaft zu ziehen. Im Falle Connecticut Resources Recovery Authority v. Lay, et al. zielt der Kläger darauf ab, seine angeblichen Verluste in Höhe von rund USD 130 Mio. bis USD 180 Mio. aus einem Geschäft mit Enron gegen verschiedene Beklagte im Rahmen des Connecticut Unfair Trade Practices Act (Gesetz gegen unlauteren Handel) und des bürgerlichen Rechts des Staates Connecticut geltend zu machen. Ein Antrag auf Abweisung ist hängig. Im Falle Silvercreek Management Inc. v. Citigroup, Inc., et al., versucht der Kläger im Rahmen der Bundesgesetze und der Gesetze des Bundesstaates Forderungen im Zusammenhang mit seinem angeblichen Verlust aus Anlagen in Enron in Höhe von USD 280 Mio. durchzusetzen. Ein Ablehnungsantrag ist hängig.

NCFE-bezogene Rechtsstreitigkeiten

Seit Februar 2003 sind Verfahren gegen die CSS LLC und bestimmte mit ihr verbundene Gesellschaften hängig, die sich

auf ihre Dienstleistungen an National Century Financial Enterprises, Inc. sowie deren Tochtergesellschaften (NCFE) beziehen. Von Januar 1996 bis Mai 2002 fungierte die CSS LLC als Placement Agent für NCFE-Anleihen, die durch Forderungen von Institutionen im Gesundheitswesen gedeckt werden sollten. Im Juli 2002 fungierte sie als Placement Agent für den Verkauf von NCFE-Vorzugsaktien. Von Dezember 2000 bis Ende November 2002 fungierte eine mit der CSS LLC verbundene Gesellschaft als Administrator für eine von NCFE aufgelegte Asset-backed Liquidity Facility und schloss auch Beteiligungsvereinbarungen mit dieser Fazilität ab. Auch diese Fazilität sollte durch Forderungen von Institutionen im Gesundheitswesen gedeckt sein. Im November 2002 stellte NCFE Antrag auf Gläubigerschutz. In den beim US District Court for the Southern District of Ohio (SDO) als eine Multi-District Litigation für vorgerichtliche Zwecke konsolidierten Verfahren erhoben Anleger mit Positionen von rund USD 1,9 Mia. Nennwert in NCFE-Anleihen und rund USD 12 Mio. in Vorzugsaktien Klage gegen zahlreiche Personen, unter anderem die Gründer und Mitglieder des Verwaltungsrats von NCFE, die Trustees der Anleihen, die Wirtschaftsprüfer und Anwälte von NCFE, die mit der Bewertung der Anleihen von NCFE befassten Rating-Agenturen sowie die für NCFE tätigen Placement Agents einschliesslich der CSS LLC. Die Klagen behaupteten Vertragsbruch, Fahrlässigkeit, Betrug und Verstoss gegen Bundes- und staatliche Gesetze und warfen der CSS LLC und/oder den mit ihr verbundenen Gesellschaften generell vor, dass sie wussten bzw. hätten wissen müssen, dass die Forderungen aus dem Gesundheitsbereich zur Deckung der Anleihen entweder für ein derartiges Programm nicht zulässig oder inexistent waren. Im April 2009 schloss die CSS LLC einen Vergleich mit dem New York City Pension Fund als Anleihegläubiger für einen Betrag, der durch bestehende Rückstellungen gedeckt war. Am 26. Oktober 2012 erliess der SDO einen Beschluss, der dem summarischen Antrag der CSS LLC und der mit ihr verbundenen Gesellschaft stattgab und sämtliche Ansprüche des Anlegers in NCFE-Vorzugsaktien abwies. Am 16. November 2012 reichte dieser Aktionär Berufung gegen diesen Beschluss beim zuständigen Appellationsgericht (US Court of Appeals for the Sixth Circuit) ein; am 15. Februar 2013 folgte der Schriftsatz samt Anhängen dieses Appellanten. Am 28. November 2012 bestimmte der SDNY den 1. April 2013 als Tag der Eröffnung der Verhandlung in Sachen Anleihegläubiger. Am 28. Dezember 2012 wies der SDNY alle Verfahrensbeteiligten an, vor der Verhandlungseröffnung Vergleichsgespräche aufzunehmen. Am 25. Januar 2013 befand der SDNY in den Verfahren in Sachen Anleihegläubiger, dass die CSS LLC und die mit ihr verbundene Gesellschaft sowie der frühere CEO von NCFE, Lance Poulsen solidarisch für die Verluste der Anleihegläubiger haften, falls die CSS LLC oder

die übrige mit ihr verbundene Gesellschaft und Lance Poulsen, als einziger weiterer noch bestehender Beklagter letztendlich für bestimmte Forderungen haften sollten, die Gegenstand der Verhandlung sind, wobei angemessene Abzüge für bereits geschlossene Vergleiche zwischen den Anleihensgläubigern und den zuvor Beklagten vorzunehmen seien. Am 13. März 2013 haben die CSS LLC und die mit ihr verbundenen Gesellschaften eine Vereinbarung zur Beilegung der Verfahrens in Sachen Anleihensgläubiger geschlossen, mit der sämtliche geltend gemachten Ansprüche der Anleihensgläubiger abgegolten werden. Der entsprechende Betrag ist teilweise durch bestehende Rückstellungen gedeckt.

Refco-bezogene Rechtsstreitigkeiten

Im März 2008 wurde die CSS LLC zusammen mit anderen Finanzdienstleistungsunternehmen, Rechnungsprüfern, Anwälten, leitenden Angestellten, Mitgliedern des Verwaltungsrats und Controlling-Verantwortlichen als Beklagte in einer Klage aufgeführt, die von den offiziellen gemeinsamen Konkursverwaltern (Joint Official Liquidators) verschiedener SPhinX Funds und dem Sachwalter des SPhinX Trust, der Forderungen hält, welche der PlusFunds Group, Inc. (PlusFunds), dem Investmentmanager für die SPhinX Funds, gehörten, beim State Court of New York eingereicht wurde. In der zugelassenen abgeänderten Klage werden Ansprüche gegenüber der CSS LLC behauptet wegen Beihilfe zur Verletzung der Treuepflicht und Beihilfe zum Betrug durch Refco-Insider im Zusammenhang mit dem Notes-Angebot von Refco im August 2004 und dem IPO. Die Kläger zielten darauf ab, von den Beklagten über USD 800 Mio. wieder einzubringen, von denen der SphinX Managed Futures Fund, ein Fonds von SphinX, USD 263 Mio. bei Refco hinterlegt und verloren hatte, zuzüglich mehrerer Hundert Millionen Dollar an Schadenersatz von PlusFunds für geltend gemachte zusätzliche «verlorene Geschäfte» sowie bis zum Urteil aufgelaufener Zinsen. Im März 2008 zogen die CSS LLC und bestimmte weitere Beklagte die Klage an den SDNY weiter. Im November 2008 reichte die CSS LLC einen Antrag auf Abweisung der abgeänderten Klage ein. Im Februar 2012 verfügte das Gericht die teilweise Gewährung und teilweise Ablehnung des Abweisungsantrags der CSS LLC. Der Anspruch gegen die CSS LLC im Zusammenhang mit Beihilfe zum Verstoß gegen Treuepflichten wurde definitiv abgewiesen. Das Gericht verfügte zudem die teilweise Gewährung des Anspruchs der Kläger bezüglich Beihilfe zum Betrug, aber auch seine teilweise Ablehnung. Im August 2012 reichte die CSS LLC einen Antrag auf summarische Beurteilung des verbleibenden Teils der Ansprüche der Kläger im Zusammenhang mit Beihilfe zum Betrug gegen Treuepflichten ein. Im Dezember 2012 gab das Gericht diesem Antrag statt, so dass diese Klage die CSS LLC nun nicht mehr betrifft. Das endgültige Urteil des

Gerichts zu der CSS LLC liegt noch nicht vor, und gegen die Abweisung der Ansprüche gegenüber der CSS LLC kann Berufung eingelegt werden.

Hypothekarkreditbezogene Verfahren

Die CSS LLC und einige mit ihr verbundene Gesellschaften erhielten Auskunftsgesuche von bestimmten Regulatoren und/oder Behörden bezüglich Schaffung, Kauf, Absicherung und Servicing von Subprime- oder Nicht-Subprime-Wohnbauhypotheken und hiermit zusammenhängenden Angelegenheiten. Die CSS LLC und mit ihr verbundene Unternehmen kooperieren bei allen Ersuchen.

Am 16. November 2012 regelten die CSS LLC und bestimmte, mit ihr verbundene Gesellschaften ein Verwaltungsverfahren mit der SEC, das sich auf potenzielle Ansprüche gegen die CSS LLC und diese Unternehmen bezog und die Regelung von Ansprüchen gegenüber Originatoren im Zusammenhang mit Darlehen, die in einer Reihe von Verbriefungen der Credit Suisse enthalten sind, betraf. Im Rahmen dieses Vergleichs erklärten sich die CSS LLC und die genannten Unternehmen mit einer Zahlung von rund USD 120 Mio. einverstanden. Dieser Vergleich umfasst auch behauptete Falschdarstellungen der CSS LLC und der genannten Unternehmen bei Meldungen an die SEC im Zusammenhang mit zwei im Jahr 2006 ausgegebenen RMBS bezüglich der Frage, wann die CSS LLC und die genannten Unternehmen nach Ausfall der ersten fälligen Zahlung des Schuldners Hypothekarkredite von Trusts zurückkaufen würden. Die CSS LLC und die betreffenden Unternehmen gaben, ohne auf die Behauptungen einzugehen, einer Anordnung statt, dass sie Verstöße gegen Section 17(a)(2) und (3) des Securities Act von 1933 einzustellen und zu unterlassen habe und dass eines der betreffenden Unternehmen Verstöße gegen Section 15(d) des Securities Exchange Act von 1934 einzustellen und zu unterlassen habe. Ein gesondertes potenzielles Verfahren betraf mögliche Ansprüche gegenüber der CSS LLC in Bezug auf die durchgeführte Due-Diligence für zwei Mortgage-backed-Verbriefungen und entsprechende Offenlegungen; es wurde am 19. November 2012 von der SEC formell und unter Verzicht auf Durchsetzungsmassnahmen geschlossen.

Im Gefolge einer Untersuchung eröffnete der New York State Attorney General im Namen des Bundesstaates New York ein Zivilverfahren vor dem Supreme Court des Staates New York, New York County (SCNY) gegen die CSS LLC, und einige mit ihr verbundene Unternehmen wurden zudem als Beklagte in verschiedenen Zivilprozessen im Zusammenhang mit ihrer Funktion als Emittent, Sponsor, Einleger und/oder Zeichner von RMBS-Transaktionen vor dem Jahr 2008 aufgeführt. Das Verfahren bezieht sich auf 64 RMBS-Transaktionen, bei denen die CSS LLC und mit ihr verbundene Einheiten in den Jahren

2006 und 2007 als Emittent, Sponsor, Anleger und/oder Zeichner aufgetreten waren und behauptet, dass die CSS LLC und mit ihr verbundene Gesellschaften Anleger bezüglich der Due-Diligence und der Qualitätskontrolle bei den als Basiswerte für die auszugebenden RMBS dienenden Hypothekarkrediten irreführt habe. Es wird ein Schadensersatz in nicht spezifizierter Höhe geltend gemacht; das Verfahren steckt noch in seiner Anfangsphase.

Die CSS LLC und/oder einige mit ihr verbundene Unternehmen wurden zudem als Beklagte in verschiedenen Zivilprozessen im Zusammenhang mit ihrer Funktion als Emittent, Sponsor, Anleger, Zeichner und/oder Kreditadministrator von RMBS-Transaktionen aufgeführt. Diese Fälle umfassen unter anderem Sammelklagen und so genannte putative Sammelklagen, Klagen einzelner Anleger in RMBS und Klagen von Monoline-Versicherern, welche die Tilgungen und Zinszahlungen bestimmter RMBS sowie Rückkäufe von RMBS Trusts oder von Anlegern im Namen von Trustees garantiert hatten. Obwohl die Vorwürfe in den einzelnen Klagen unterschiedlich ausfallen, erheben die (putativen) Sammel- und die Einzelkläger grundsätzlich den Vorwurf, dass die Unterlagen zu den von verschiedenen RMBS-Verbriefungs-Trusts emittierten Wertschriften materielle Falschdarstellungen und Auslassungen enthielten, wozu auch Aussagen zu den Zeichnungsbedingungen für die als Basiswert dienenden Hypothekarkredite gehörten. Die Monoline-Versicherer behaupten, dass Kredite zur Besicherung von ihrerseits versicherten RMBS gegen Zusagen und Garantien verstossen, die bei der Verbriefung bezüglich dieser Kredite gemacht wurden. Die Kläger im Zusammenhang mit den Rückkäufen behaupten Verstösse gegen die Zusagen und Garantien im Hinblick auf Hypothekarkredite sowie Weigerungen, die betreffenden Hypothekarkredite wie in den diesbezüglichen Vereinbarungen festgehalten zurückzukaufen. Die unten aufgeführten Beträge entsprechen nicht den effektiv realisierten Verlusten der Kläger oder dem künftigen Prozessrisiko. Vielmehr widerspiegeln diese Beträge ohne gegenteiligen Vermerk die ursprünglich nicht gezahlten Kapitalbeträge, die in diesem Verfahren geltend gemacht werden, und enthalten keine Reduktionen der Kapitalbeträge seit der Ausgabe. Zudem sind Beträge, die auf einen massgebenden Schriftsatz (Operative Pleading) bei Einzelklagen zurückgehen, nicht an aussergerichtliche Einigungen, Abweisungen oder andere wesentliche Umstände angepasst worden, die gegebenenfalls zu Änderungen der Beträge nach Einreichung des betreffenden Schriftsatzes geführt haben könnten. Neben den im Folgenden dargestellten Klagen im Zusammenhang mit Hypothekarkrediten haben einige weitere Gesellschaften der CSS LLC und/oder den mit ihr verbundenen Gesellschaften im Zusammenhang mit verschiedenen RMBS-Emissionen mit Klagen gedroht. Die CSS LLC und/oder mit ihr verbundene Gesell-

schaften haben mit einigen dieser Gesellschaften Absprachen zur Hemmung der Verjährung getroffen.

Sammelklagen

Bei Sammelklagen und als Sammelklagen bezeichneten Verfahren gegen die CSS LLC in ihrer Eigenschaft als Emissionshaus für RMBS-Angebote anderer Emittenten verfügt die CSS LLC in der Regel über vertraglich vereinbarte Schadensersatzansprüche gegenüber den betreffenden Emittenten. Einige dieser Emittenten bestehen allerdings inzwischen nicht mehr, so etwa mit IndyMac Bancorp (IndyMac) und Thornburg Mortgage (Thornburg) verbundene Gesellschaften. Im Zusammenhang mit IndyMac wird die CSS LLC in zwei Sammelklagen im Namen der Käufer verschiedener Angebote von IndyMac als Beklagte aufgeführt. Diese Klagen sind beim SDNY hängig. In einer der Sammelklagen, namentlich In re IndyMac Mortgage-backed Securities Litigation, wird die CSS LLC zusammen mit zahlreichen anderen Emissionshäusern und Einzelbeklagten im Zusammenhang mit IndyMac-Angeboten in Höhe von rund USD 9,0 Mia. genannt. Die CSS LLC fungierte bei Emission als ein Emissionshaus für rund 32% der RMBS von IndyMac, was einem Betrag von rund USD 2,9 Mia. entspricht. Gewisse Anleger versuchen, dem Verfahren beizutreten, um Ansprüche in Bezug auf zusätzliche RMBS-Angebote geltend zu machen, einschliesslich zweier von der CSS LLC gezeichneter RMBS-Angebote. Bei diesen beiden Angeboten zeichnete die CSS LLC RMBS mit einem Kapitalbetrag von insgesamt USD 912 Mio. Der SDNY hat diese Interventionsanträge abgewiesen, und die Intervenienten fechten nun diesen Entscheid an. Zudem reichten die Kläger einen Antrag auf Wiedererwägung des Gerichtsentscheids vom 21. Juni 2010 ein, der den Abweisungsantrag der Beklagten betraf. Dieser Antrag der Kläger zielte auf Wiederherstellung der Ansprüche aus zuvor abgewiesenen RMBS-Angeboten ab, zu denen unter anderem 18 zusätzliche von der CSS LLC gezeichnete RMBS-Angebote mit einem aggregierten Nominalbetrag von rund USD 6,0 Mia. zählten, bei denen die CSS LLC als Zeichner fungierte (ein Teilbetrag in Höhe von USD 912 Mio. ist zudem einer der Gegenstände des Einspruchs gegen den Interventionsantrag). Am 16. November 2012 lehnte der SDNY diesen Antrag ohne Sachentscheid bezüglich einer späteren Wiederaufnahme ab. In der anderen Sammelklage in Sachen IndyMac, Tsereteli v. Residential Asset Securitization Trust 2006-A8, fungiert die CSS LLC als Zeichner im Zusammenhang mit einem RMBS-Angebot von IndyMac in Höhe von USD 632 Mio., von dem die CSS LLC Zertifikate für USD 603 Mio. zeichnete, die einzige derartige Beklagte. Am 8. November 2012 beschloss der Second Circuit die Anhörung der einstweiligen Berufung gegen den Beschluss des SDNY, der dem Antrag auf Einstufung als Sammelklage stattgab. Im Zusammenhang mit dem Verfahren

Genesee County Employees Retirement System v. Thornburg ist die CSS LLC namentlich als Beklagte in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren genannt, die beim US District Court for the District of New Mexico hängig ist. Beklagt sind hier auch andere Finanzinstitute, die als Einleger und/oder Emissionshaus für RMBS-Angebote von Thornburg in Höhe von rund USD 5,5 Mia. fungierten. Die CSS LLC fungierte bei der Emission als ein Emissionshaus für rund 6,4% der RMBS von Thornburg, was einem Betrag von rund USD 354 Mio. entspricht. Sämtliche Beklagten haben grundsätzlich einer Einigung über insgesamt USD 11,25 Mio. zugestimmt, die durch das Gericht noch zu genehmigen ist. Eine weitere Sammelklage gegen die CSS LLC und bestimmte mit ihr verbundene Gesellschaften und Mitarbeitende, New Jersey Carpenters Health Fund v. Home Equity Mortgage Trust 2006-5, ist beim SDNY hängig und bezieht sich auf zwei RMBS-Angebote in Höhe von rund USD 1,6 Mia., das von den Beklagten der Credit Suisse gesponsert und gezeichnet worden war.

Einzelklagen von Anlegern

Die CSS LLC und in manchen Fällen auch bestimmte mit ihr verbundene Gesellschaften und ihre Mitarbeitenden sind zusammen mit weiteren Beklagten bei anderen Klagen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Emittenten von RMBS, Zeichner und/oder anderweitig Beteiligte als Beklagte genannt. Hierbei handelt es sich um zwei Klagen seitens der Cambridge Place Investment Management Inc. am Massachusetts State Court, in denen die Ansprüche gegen die CSS LLC sich nach dem Antrag des Gerichts auf Abweisung eines Entscheids zur Abweisung bestimmter Ansprüche sich auf weniger als USD 525 Mio. der eingeklagten RMBS in noch zu bestimmender Höhe belaufen; eine weitere Klage seitens der Charles Schwab Corporation am California State Court, in der Ansprüche gegen die CSS LLC und die mit ihr verbundenen Gesellschaften sich auf USD 125 Mio. an eingeklagten RMBS (rund 9% des insgesamt eingeklagten Betrages von USD 1,4 Mia. an RMBS); eine Klage seitens der Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) als vorläufige Konkursverwalterin der Citizens National Bank und der Strategic Capital Bank am SDNY, bei der sich die Ansprüche gegen die CSS LLC und die mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 28 Mio. an eingeklagten RMBS beziehen (rund 20% der eingeklagten USD 141 Mio., die im massgeblichen Schriftsatz insgesamt von den Beklagten gefordert werden); vier Klagen seitens der FDIC als vorläufige Konkursverwalterin der Colonial Bank; eine Klage beim SDNY, in der sich die Ansprüche gegen die CSS LLC auf rund USD 92 Mio. an eingeklagten RMBS belaufen (rund 23% der Ansprüche von insgesamt USD 394 Mio. an gegenüber allen Beklagten laut dem massgeblichen Schriftsatz eingeklagten RMBS); zwei Klagen beim US District Court for the

Central District of California, bei denen sich die Ansprüche gegen die CSS LLC auf rund USD 58 Mio. an eingeklagten RMBS belaufen (rund 10% der laut dem massgeblichen Schriftsatz gegenüber allen Beklagten insgesamt eingeklagten USD 553 Mio.) sowie eine Klage beim US District Court for the Middle District of Alabama, bei der sich Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 153 Mio. an eingeklagten RMBS belaufen (rund 49% der insgesamt USD 311 Mio. an gegenüber allen Beklagten laut dem massgeblichen Schriftsatz eingeklagten RMBS); sieben Einzelklagen seitens der Federal Home Loan Banks of Seattle, San Francisco, Chicago, Indianapolis und Boston in verschiedenen State und Federal Courts. Die entsprechenden Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften beziehen sich auf rund USD 3,2 Mia. an eingeklagten RMBS (rund 9% des Klagegegenstands von insgesamt USD 36 Mia. gegenüber allen Beklagten laut dem massgeblichen Schriftsatz eingeklagten RMBS); fünf Klagen seitens der Federal Housing Finance Agency (FHFA) als Konservator für Fannie Mae und Freddie Mac beim SDNY, bei welchen sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 19 Mia. an eingeklagten RMBS belaufen (rund 29% der laut dem massgeblichen Schriftsatz gegenüber allen Beklagten insgesamt eingeklagten USD 65 Mia.); eine Klage seitens der John Hancock Life Insurance Co. (U.S.A.) und der mit ihr verbundenen Einheiten beim US District Court für den District Minnesota, bei welcher sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC auf einen ungenannten Betrag als Klagegegenstand belaufen; zwei Klagen seitens der Landesbank Baden-Württemberg und mit ihr verbundener Einheiten beim SDNY, bei denen sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC auf rund USD 200 Mio. der eingeklagten RMBS beziehen (100% der in den Verfahren gegen alle Beklagten laut dem massgeblichen Schriftsatz eingeklagten RMBS); zwei Klagen der Massachusetts Mutual Life Insurance Company vor dem US District Court for the District of Massachusetts, bei denen sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und dem/der Mitarbeitenden auf rund USD 107 Mio. der eingeklagten RMBS beziehen (rund 97% der bei allen Beklagten eingeklagten USD 110 Mio. laut dem massgeblichen Schriftsatz); eine Klage seitens des National Credit Union Administration Board als Liquidator der US Central Federal Credit Union, Western Corporate Federal Credit Union und Southwest Corporate Federal Credit Union beim US District Court for the District of Kansas, bei der sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 715 Mio. der eingeklagten RMBS belaufen (100% des gesamten bei sämtlichen Beklagten eingeklagten Betrages laut dem massgeblichen Schriftsatz); eine Klage seitens der Phoenix Light SF Ltd. und mit ihr verbundene

ner Einheiten beim SCNY, bei der sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 362 Mio. der eingeklagten RMBS belaufen (rund 13% der insgesamt laut dem massgeblichen Schriftsatz gegenüber allen Beklagten eingeklagten RMBS in Höhe von USD 2,8 Mia.); eine Klage seitens der Royal Park Investments SA/NV beim SCNY, bei der sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 360 Mio. an eingeklagten RMBS belaufen (rund 4% der insgesamt laut dem massgeblichen Schriftsatz gegenüber allen Beklagten eingeklagten USD 8,4 Mia.); eine Klage seitens der Watertown Savings Bank beim SCNY, bei der sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf einen nicht bezifferten Betrag an RMBS bezieht; eine Klage seitens des West Virginia Investment Management Board beim West Virginia State Court, bei der sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC auf rund USD 6 Mio. an eingeklagten RMBS belaufen (rund 35% der laut dem massgeblichen Schriftsatz gegenüber allen Beklagten eingeklagten USD 17 Mio.); und eine Klage seitens der Western & Southern Life Insurance Company und mit ihr verbundener Einheiten beim Ohio State Court, bei der sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 260 Mio. an eingeklagten RMBS belaufen (rund 94% der insgesamt gegenüber allen Beklagten laut dem massgeblichen Schriftsatz eingeklagten USD 276 Mio.).

Die CSS LLC und bestimmte mit ihr verbundene Unternehmen und/oder Mitarbeitende sind die einzigen namentlich genannten Beklagten in einer Klage seitens der Allstate Insurance Company beim SCNY, bei der sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 232 Mio. an RMBS belaufen; in einer Klage seitens Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank AG, Niederlassung New York, beim SCNY, bei welcher sich die Ansprüche gegenüber CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 138 Mio. an RMBS belaufen; in einer Klage seitens der IKB Deutsche Industriebank AG und mit ihr verbundener Einheiten beim SCNY, bei welcher sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 97 Mio. an RMBS belaufen; in einer Klage seitens der Minnesota Life Insurance Company und mit ihr verbundener Einheiten beim US District Court for the District of Minnesota, bei der sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 43 Mio. an RSMB belaufen; in einer Klage seitens der Prudential Insurance Company of America und mit ihr verbundener Einheiten beim US District Court for the District of New Jersey, bei der sich die Ansprüche gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften auf rund USD 466 Mio. an RMBS belaufen; in einer Klage seitens Seal-

ink Funding Limited beim SCNY, bei der sich die Forderungen gegenüber der CSS LLC und den mit ihr verbundenen Gesellschaften nach Einreichung einer Beschwerde des Klägers am 1. März 2013, welche die eingeklagten RMBS um rund USD 145 Mio. reduzierte, auf rund USD 35 Mio. an RMBS belaufen; in einer Klage gegen die CSS LLC seitens von Stichting Pensioenfonds ABP beim SCNY, bei der sich die Forderungen gegenüber der CSS LLC, den mit ihr verbundenen Gesellschaften und Mitarbeitenden auf einen nicht genannten Betrag an RMBS beziehen; und in einer Klage seitens der Union Central Life Insurance Company und mit ihr verbundener Einheiten beim SDNY, bei welcher die Ansprüche gegenüber der CSS LLC, den mit ihr verbundenen Gesellschaften und Mitarbeitenden sich auf rund USD 65 Mio. an RMBS belaufen.

Jede dieser Rechtsstreitigkeiten befindet sich in einem frühen oder mittleren Verfahrensstadium.

Streitfälle mit Monoline-Versicherern

Die CSS LLC und bestimmte mit ihr verbundene Gesellschaften sind in zwei hängigen Verfahren Beklagte, die von den Monoline-Versicherern MBIA Insurance Corp. (MBIA) und Assured Guaranty Corp. angestrengt wurden, welche ihrerseits Tilgungen und Zinszahlungen für insgesamt rund USD 1,3 Mia. an RMBS aus sieben verschiedenen RMBS-Angeboten mit der Credit Suisse als Sponsor gewährleistete. Eine von den Monoline-Versicherern vorgebrachte Theorie der Entschädigungspflicht behauptet, dass eine verbundene Gesellschaft der CSS LLC betroffene Hypothekendarlehen von den entsprechenden Trusts zurückkaufen muss. Zudem macht MBIA einen Anspruch wegen betrügerischer Verleitung geltend. Bis jetzt haben die Monoline-Versicherer Rückkaufsforderungen für Darlehen im ursprünglichen Gesamtbetrag von rund USD 2,6 Mia. erhoben. Diese Verfahren sind beim SCNY hängig. In beiden Verfahren behaupten die Kläger, dass die als Basiswert dienenden Hypothekendarlehen allergrösstenteils gegen bestimmte Zusicherungen und Garantien verstossen und dass die CSS LLC und die mit ihr verbundenen Gesellschaften die angeblich mangelhaften Darlehen nicht zurückgekauft hätten. Beweisverfahren in diesen Verfahren laufen derzeit. Am 27. Februar 2013 einigten sich die CSS LLC und die mit ihr verbundenen Gesellschaften aussergerichtlich im Hinblick auf die Klage seitens der Ambac Assurance Corp. am SCNY; der Einigungsbetrag wurde durch bestehende Rückstellungen gedeckt. Am 8. März 2013 einigten sich die CSS LLC und MBIA in einem von MBIA angestregten Verfahren am California State Court, in dem MBIA sich als Rechtsnachfolger der Inhaber von RMBS konstituiert hatte, die von CSS LLC gezeichnete RMBS gekauft hatten; diese Einigung wurde von bestehenden Rückstellungen gedeckt.

Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Rückkäufen

Die DLJ Mortgage Capital, Inc. (DLJ) zählt zu den Beklagten in einer Klage seitens der FHFA als Konservatorin für Freddie Mac im Namen der Trustees des Home Equity Asset Trust 2006-5, des Home Equity Asset Trust 2006-6 und des Home Equity Asset Trust 2006-7, von denen kein Schadenbetrag vorgebracht wird; in einer Klage seitens des Home Equity Mortgage Trust Series 2006-5, bei welcher der Kläger Ansprüche von nicht weniger als USD 497 Mio. geltend macht; in einer Klage seitens des Asset Backed Securities Corporation Home Equity Loan Trust, Series 2006-HE7, von dem kein Schadenbetrag vorgebracht wird; in einer Klage seitens des Home Equity Asset Trust, Series 2006-8, von dem kein Schadenbetrag vorgebracht wird; und in einer Klage seitens des Home Equity Asset Trust 2007-1, von dem kein Schadenbetrag vorgebracht wird. DLJ und die mit ihr verbundene Gesellschaft Select Portfolio Servicing, Inc. (SPS) sind Beklagte in folgenden Verfahren: einer Klage seitens des Home Equity Mortgage Trust Series 2006-1, des Home Equity Mortgage Trust Series 2006-3, und des Home Equity Mortgage Trust Series 2006-4, bei der die Kläger Schadenersatz in Höhe von nichts weniger als USD 730 Mio. verlangen und behaupten, dass SPS die Untersuchungen hinsichtlich der gesamten Tragweite der Mängel an den Hypothekarkredit-Pools behinderte, indem sie dem Trustee keinen angemessenen Zugang zu bestimmten Origination-Dokumenten gewährte. Diese Klagen erfolgen beim SCNY und befinden sich derzeit in einem frühen Verfahrensstadium.

Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Bankkrediten

Am 3. Januar 2010 wurden die Bank und weitere mit ihr verbundene Gesellschaften in einem von Hausbesitzern der Überbauungsprojekte Tamarack Resort, Yellowstone Club, Lake Las Vegas und Ginn Sur Mer am US District Court for the District of Idaho angestregten Gerichtsverfahren als Beklagte aufgeführt. Die Bank arrangierte syndizierte Kredite für alle vier Überbauungsprojekte und fungierte als Agent. Inzwischen sind oder waren alle vier Projekte von Konkurs- oder Zwangsvollstreckungsverfahren betroffen. Die Kläger behaupten, dass die Bank und mit ihr verbundene Gesellschaften durch Anwendung einer nicht anerkannten Bewertungsmethode Betrug begingen, indem die Liegenschaftswerte übermässig hoch angesetzt wurden und die Kreditnehmer zu Ausleihungen veranlasst wurden, die sie nicht tilgen könnten. Dies aus dem Grund, dass die Bank samt den weiteren mit ihr verbundenen Unternehmen die Kreditnehmer in den Konkurs treiben und die Liegenschaften übernehmen wollten. Die von den Klägern ursprünglich behaupteten Anspruchsgrundlagen sind unter anderem Racketeer Influenced and Corrupt Organizations (RICO, erpresseri-

sche und korrupte Organisationen), Betrug, fahrlässiges Verschweigen von Tatsachen, Verstoss gegen die Sorgfaltspflicht, unerlaubte Handlung und Verschwörung. Die Kläger haben Schadenersatzforderungen in Höhe von USD 24 Mia. gestellt. Cushman & Wakefield, das mit der Schätzung der betreffenden Immobilien betraute Institut, zählt ebenfalls zu den Beklagten. Am 25. Januar 2010 wurde eine abgeänderte Klage gegen sämtliche Beklagten eingereicht, die den Kreis der Kläger um sechs weitere Hausbesitzer auf von denselben Gesellschaften erschlossenen Grundstücken erweiterte. Am 29. März 2010 beantragten die Bank und die mit ihr verbundenen Gesellschaften die Abweisung der geänderten Klage in ihrer Gesamtheit. Die Bank und die in der Klage genannten mit ihr verbundenen Gesellschaften führten an, dass die Ansprüche ihnen gegenüber nichtig seien, da sie in keiner Beziehung zu den klagenden Hausbesitzern stünden und ihnen gegenüber keinerlei Zusicherungen abgegeben wurden, weder betrügerischer oder anderer Art, so dass keine Rechtsgrundlage für die Forderungen der Kläger ihnen gegenüber bestehe. Die Bank und die mit ihr verbundenen Gesellschaften wendeten zudem ein, dass die Kläger die notwendigen Voraussetzungen für die behaupteten Ansprüche in der abgeänderten Klage nicht nachgewiesen hätten. Am 31. März 2011 wies das Gericht die RICO-Forderung definitiv ab und wies bestimmte andere Forderungen mit dem Recht auf erneutes Vorbringen ab. Eine dritte abgeänderte Klage wurde am 21. April 2011 mit der Ergänzung einer Forderung im Rahmen des Consumer Protection Act eingereicht. Am 5. Mai 2011 beantragten die Bank und die mit ihr verbundenen Gesellschaften die Abweisung der geänderten Klage. Am 22. Juli 2011 beantragten zwei Bauunternehmen, dem Verfahren beitreten zu dürfen. Am 30. März 2012 wies das Gericht die Anspruchsgrundlagen der unrechtmässigen Bereicherung, des Verstosses gegen die Treuepflicht und gegen das Konsumentenschutzgesetz (Consumer Protection Act) ab und schränkte die Anspruchsgrundlagen Betrug und fahrlässiges Verschweigen auf drei namentlich genannte Kläger ein. Am 17. September 2012 reichten die Kläger einen Antrag Behandlung als Sammelklage ein. Am 12. Dezember 2012 lehnte die Bank diesen Antrag ab; die mündliche Verhandlung ist für den 19. April 2013 angesetzt.

Auction Rate Securities

Am 27. Mai 2009 legte Elbit Systems Ltd («Elbit») im Zusammenhang mit dem Ankauf von Auction Rate Securities eine Klage in Höhe von rund USD 16 Mio. gegen die Gruppe beim US District Court for the Northern District of Illinois gestützt auf die Wertpapiergesetzgebung der USA sowie des Bundesstaates sowie behauptete Beihilfe zum Betrug und zur unrechtmässigen Bereicherung ein. Dieser Fall wurde an den SDNY übertragen und die Gruppe stellte Antrag auf Klageabweisung

wegen Nichtstellens einer Forderung und Unzulässigkeit aufgrund eines früheren Verzichts. Dieser Antrag auf Abweisung der Klage wegen eines früheren Verzichts wurde vorläufig abgelehnt, und das Gericht trug den Parteien auf, beschränkte Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Verzicht vorzunehmen. Die Parteien tauschten ihre Feststellungen in dieser Sache aus, und die Gruppe reichte einen Antrag auf ein summarisches Verfahren ein. Am 7. Februar 2012 wies der SDNY den Antrag der Gruppe auf ein summarisches Verfahren mit der Begründung ab, dass eine echte Streitigkeit darüber bestehe, ob die Ansprüche von Elbit durch den früheren Verzicht verwirkt seien. Am 7. Januar 2013 hat der SDNY den Antrag der Gruppe auf Abweisung der Klage wegen fehlender Begründung der Ansprüche abgewiesen.

Steuerliche Angelegenheiten

Die Credit Suisse hat Vorladungen und Auskunftsgesuchen des United States Department of Justice (DOJ), der SEC und weiterer Behörden zu in der Vergangenheit erfolgten, grenzüberschreitenden Private-Banking-Dienstleistungen für in den USA ansässige Personen Folge geleistet. US-Behörden untersuchen mögliche Verstösse gegen US-Steuer- und Wertpapiergesetze. Insbesondere untersucht das DOJ, ob US-Kunden gegen ihre US-Steuerpflichten verstossen haben und ob die Credit Suisse und bestimmte ihrer Mitarbeitenden entsprechenden Kunden geholfen haben. Die SEC untersucht, ob bestimmte unserer Kundenberater für die Credit Suisse oder die Kundenberater in der Schweiz eine Registrierungspflicht als Broker-Dealer oder Investment Advisor bei der SEC begründeten. Eine beschränkte Anzahl derzeitiger oder ehemaliger Mitarbeitender ist im Zusammenhang mit angeblicher Beihilfe zur Steuerhinterziehung durch in den USA ansässige Personen während ihrer Tätigkeit für die Credit Suisse oder andere Finanzinstitute angeklagt worden und eine Person bekannte sich des entsprechenden Verhaltens während seiner Tätigkeit für anderen Finanzinstitute ohne Beteiligung der Credit Suisse für schuldig. Die Credit Suisse erhielt vom DOJ einen «Target Letter» der Anklagejury. Wie uns bekannt ist, führen bestimmte US-Behörden auch Untersuchungen gegen andere schweizerische und nicht-US-amerikanische Finanzinstitute. Wir haben eine interne Untersuchung durchgeführt und arbeiten weiter mit den Behörden in den USA und der Schweiz zusammen, um diese Angelegenheit verantwortungsbewusst und in Übereinstimmung mit unseren rechtlichen Verpflichtungen zu lösen.

LIBOR-bezogene Angelegenheiten

Aufsichtsbehörden in verschiedenen Rechtsordnungen einschliesslich der USA, Grossbritanniens, der EU und der Schweiz haben über längere Zeit Untersuchungen hinsichtlich der Festsetzung des LIBOR-Satzes und anderer Referenzzinssätze für eine bestimmte Anzahl Währungen sowie die Preisstellung bei bestimmten mit diesen Sätzen zusammenhängenden Derivaten geführt. Diese laufenden Untersuchungen umfassten auch Auskunftsbegehren seitens der Aufsichtsbehörden hinsichtlich der Festlegungspraxis für den LIBOR-Satz und Prüfungen der Geschäftstätigkeit verschiedener Finanzinstitute, zu denen auch die Gruppe zählte. Die Gruppe gehört drei LIBOR-Festlegungspanels an (US-Dollar LIBOR, Schweizer Franken LIBOR und Euro LIBOR); sie kooperiert im Rahmen dieser Untersuchungen voll und ganz.

Der Berichterstattung zufolge untersuchen die Aufsichtsbehörden, ob sich Finanzinstitute an eigenmächtigen oder mit anderen Institutionen abgesprochenen Manipulationen des LIBOR-Satzes beteiligt hätten, um die Marktmeinung bezüglich des Zustands ihrer Finanzlage zu verbessern und/oder den Wert ihrer Eigenhandelspositionen zu erhöhen. Die Credit Suisse reagierte auf entsprechende Untersuchungen der Aufsichtsbehörden, indem sie eine entsprechende Prüfung in Auftrag gab. Bis anhin liegen der Credit Suisse keine Hinweise vor, dass sie ein materielles Risiko im Zusammenhang mit diesen Fällen tragen würde.

Zudem werden die Mitglieder des Panels für den US-Dollar LIBOR in verschiedenen, in den USA eingereichten Privatklagen genannt. Dies betrifft auch die Credit Suisse.

Angelegenheit der britischen Financial Services Authority

Am 25. Oktober 2011 gab die britische Financial Services Authority einen Vergleich mit der Credit Suisse (UK) Limited (CSUK) bekannt, der sich auf Erkenntnisse in Bezug auf die Angemessenheit von Systemen und Kontrollen bezüglich der Eignung des Verkaufs von nicht kapitalgeschützten Produkten in den Jahren 2007 bis 2009 bezog. Gemäss dem Vergleich erhielt die CSUK eine Geldstrafe von GBP 5,95 Mio. und musste eine Überprüfung der Verkäufe entsprechender Produkte im betreffenden Zeitraum durchführen, um deren Eignung festzustellen. Diese Überprüfung ist inzwischen beendet und die aufsichtsbehördlichen Massnahmen gegen die CSUK in dieser Angelegenheit sind abgeschlossen.

38 Wesentliche Tochtergesellschaften und Beteiligungen

Wesentliche Tochtergesellschaften

Kapital- anteil in %	Gesellschaftsname	Domizil	Währung	Grund- kapital in Mio.
Per 31. Dezember 2012				
Credit Suisse Group AG				
100	BANK-now AG	Horgen, Schweiz	CHF	30.0
100	Credit Suisse AG	Zürich, Schweiz	CHF	4 399.7
100	Credit Suisse Group Finance (U.S.) Inc.	Wilmington, USA	USD	600.0
100	Credit Suisse Group (Guernsey) V Limited	St. Peter Port, Guernsey	CHF	0.1
100	Credit Suisse Trust AG	Zürich, Schweiz	CHF	5.0
100	Credit Suisse Trust Holdings Limited	St. Peter Port, Guernsey	GBP	2.0
100	CS LP Holding AG	Zug, Schweiz	CHF	0.1
100	Inreska Limited	St. Peter Port, Guernsey	GBP	3.0
100	Neue Aargauer Bank AG	Aarau, Schweiz	CHF	134.1
88	Savoy Hotel Baur en Ville AG	Zürich, Schweiz	CHF	7.5
Credit Suisse AG				
100	AJP Cayman Ltd.	George Town, Cayman Islands	JPY	8 025.6
100	Banco Credit Suisse (Brasil) S.A.	São Paulo, Brasilien	BRL	53.6
100	Banco Credit Suisse (México), S.A.	Mexico City, Mexiko	MXN	1 716.7
100	Banco de Investimentos Credit Suisse (Brasil) S.A.	São Paulo, Brasilien	BRL	164.8
100	Boston Re Ltd.	Hamilton, Bermuda	USD	2.0
100	CJSC Bank Credit Suisse (Moscow)	Moskau, Russland	USD	37.8
100	Column Financial, Inc.	Wilmington, USA	USD	0.0
100	Credit Suisse (Australia) Limited	Sydney, Australien	AUD	34.1
100	Credit Suisse (Brasil) Distribuidora de Titulos e Valores Mobiliários S.A.	São Paulo, Brasilien	BRL	5.0
100	Credit Suisse (Brasil) S.A. Corretora de Titulos e Valores Mobiliários	São Paulo, Brasilien	BRL	98.4
100	Credit Suisse (Deutschland) Aktiengesellschaft	Frankfurt, Deutschland	EUR	130.0
100	Credit Suisse (France)	Paris, Frankreich	EUR	52.9
100	Credit Suisse (Gibraltar) Limited	Gibraltar, Gibraltar	GBP	5.0
100	Credit Suisse (Guernsey) Limited	St. Peter Port, Guernsey	USD	6.1
100	Credit Suisse (Hong Kong) Limited	Hongkong, China	HKD	6 135.9
100	Credit Suisse (Italy) S.p.A.	Mailand, Italien	EUR	109.6
100 ¹	Credit Suisse (Luxembourg) S.A.	Luxemburg, Luxemburg	CHF	150.0
100	Credit Suisse (Monaco) S.A.M.	Monte Carlo, Monaco	EUR	18.0
100	Credit Suisse (Poland) SP. z o.o	Warschau, Polen	PLN	20.0
100	Credit Suisse (Qatar) LLC	Doha, Katar	USD	20.0
100	Credit Suisse (Singapore) Limited	Singapur, Singapur	SGD	743.3
100	Credit Suisse (UK) Limited	London, Grossbritannien	GBP	126.8
100	Credit Suisse (USA), Inc.	Wilmington, USA	USD	0.0
100	Credit Suisse Alternative Capital, LLC	Wilmington, USA	USD	81.6
100	Credit Suisse Asset Management Funds (UK) Limited	London, Grossbritannien	GBP	15.5
100	Credit Suisse Asset Management Funds S.p.A. S.G.R.	Mailand, Italien	EUR	5.0

Wesentliche Tochtergesellschaften (Fortsetzung)

Kapital- anteil in %	Gesellschaftsname	Domizil	Währung	Grund- kapital in Mio.
100	Credit Suisse Asset Management (UK) Holding Limited	London, Grossbritannien	GBP	144.2
	Credit Suisse Asset Management			
100	Immobilien Kapitalanlagegesellschaft mbH	Frankfurt, Deutschland	EUR	6.1
100	Credit Suisse Asset Management International Holding Ltd	Zürich, Schweiz	CHF	20.0
100	Credit Suisse Asset Management Investments Ltd	Zürich, Schweiz	CHF	0.1
100	Credit Suisse Asset Management Limited	London, Grossbritannien	GBP	45.0
100	Credit Suisse Asset Management, LLC	Wilmington, USA	USD	1 079.6
100	Credit Suisse Business Analytics (India) Private Limited	Mumbai, Indien	INR	40.0
100	Credit Suisse Capital (Guernsey) I Limited	St. Peter Port, Guernsey	USD	0.0
100	Credit Suisse Capital Funding, Inc.	Wilmington, USA	USD	0.0
100	Credit Suisse Capital LLC	Wilmington, USA	USD	737.6
100	Credit Suisse Energy LLC	Wilmington, USA	USD	0.0
100	Credit Suisse Equities (Australia) Limited	Sydney, Australien	AUD	62.5
100	Credit Suisse Finance (Guernsey) Limited	St. Peter Port, Guernsey	USD	0.2
100	Credit Suisse Finance (India) Private Limited	Mumbai, Indien	INR	1 050.1
100	Credit Suisse First Boston (Latin America Holdings) LLC	George Town, Cayman Islands	USD	23.8
100	Credit Suisse First Boston Finance B.V.	Amsterdam, Niederlande	EUR	0.0
100	Credit Suisse First Boston Mortgage Capital LLC	Wilmington, USA	USD	356.6
100	Credit Suisse Fund Management S.A.	Luxemburg, Luxemburg	CHF	0.3
100	Credit Suisse Fund Services (Luxembourg) S.A.	Luxemburg, Luxemburg	CHF	1.5
100	Credit Suisse Funds AG	Zürich, Schweiz	CHF	7.0
100	Credit Suisse Hedging-Griffo Corretora de Valores S.A.	São Paulo, Brasilien	BRL	29.6
100	Credit Suisse Holding Europe (Luxembourg) S.A.	Luxemburg, Luxemburg	CHF	32.6
100	Credit Suisse Holdings (Australia) Limited	Sydney, Australien	AUD	3.0
100 ²	Credit Suisse Holdings (USA), Inc.	Wilmington, USA	USD	4 184.7
100 ³	Credit Suisse International	London, Grossbritannien	USD	3 107.7
100	Credit Suisse Leasing 92A, L.P.	New York, USA	USD	43.9
100	Credit Suisse Life & Pensions AG	Vaduz, Liechtenstein	CHF	15.0
100	Credit Suisse Life (Bermuda) Ltd.	Hamilton, Bermuda	USD	1.0
100	Credit Suisse Loan Funding LLC	Wilmington, USA	USD	0.0
100	Credit Suisse Management LLC	Wilmington, USA	USD	894.5
100	Credit Suisse Principal Investments Limited	George Town, Cayman Islands	JPY	3 324.0
100	Credit Suisse Private Equity, LLC	Wilmington, USA	USD	42.2
100	Credit Suisse PSL GmbH	Zürich, Schweiz	CHF	0.0
100	Credit Suisse Securities (Canada), Inc.	Toronto, Kanada	CAD	3.4
100	Credit Suisse Securities (Europe) Limited	London, Grossbritannien	USD	2 859.3
100	Credit Suisse Securities (Hong Kong) Limited	Hongkong, China	HKD	530.9
100	Credit Suisse Securities (India) Private Limited	Mumbai, Indien	INR	2 214.8
100	Credit Suisse Securities (Japan) Limited	Tokio, Japan	JPY	78 100.0
100	Credit Suisse Securities (Johannesburg) (Proprietary) Limited	Johannesburg, Südafrika	ZAR	0.0
100	Credit Suisse Securities (Malaysia) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur, Malaysia	MYR	100.0
100	Credit Suisse Securities (Moscow)	Moskau, Russland	RUB	97.1
100	Credit Suisse Securities (Singapore) Pte Limited	Singapur, Singapur	SGD	30.0
100	Credit Suisse Securities (Thailand) Limited	Bangkok, Thailand	THB	500.0
100	Credit Suisse Securities (USA) LLC	Wilmington, USA	USD	2 847.9
100	CS Non-Traditional Products Ltd.	Nassau, Bahamas	USD	0.1

Wesentliche Tochtergesellschaften (Fortsetzung)

Kapital- anteil in %	Gesellschaftsname	Domizil	Währung	Grund- kapital in Mio.
100	DLJ Mortgage Capital, Inc.	Wilmington, USA	USD	0.0
100	J O Hambro Investment Management Limited	London, Grossbritannien	GBP	0.0
100	Merban Equity AG	Zug, Schweiz	CHF	0.1
100	SPS Holding Corporation	Wilmington, USA	USD	0.1
100	Whist Equity Trading LLC	Wilmington, USA	USD	140.4
99	PT Credit Suisse Securities Indonesia	Jakarta, Indonesien	IDR	235 000.0
98	Credit Suisse Hypotheken AG	Zürich, Schweiz	CHF	0.1
83	Asset Management Finance LLC	Wilmington, USA	USD	341.5
71	Credit Suisse Saudi Arabia	Riad, Saudi-Arabien	SAR	300.0

¹ 58% im Eigentum der Credit Suisse AG. ² 43% der Stimmrechte durch Credit Suisse Group AG, Filiale Guernsey, gehalten. ³ 80% der Stimmrechte und 98% des Kapitalanteils durch Credit Suisse AG gehalten.

Wesentliche Beteiligungen (bewertet nach der Equity-Methode)

Kapital- anteil in %	Gesellschaftsname	Domizil
Per 31. Dezember 2012		
Credit Suisse Group AG		
100 ¹	Credit Suisse Group Finance (Guernsey) Limited	St. Peter Port, Guernsey
100 ¹	Credit Suisse Group (Guernsey) I Limited	St. Peter Port, Guernsey
100 ¹	Credit Suisse Group (Guernsey) II Limited	St. Peter Port, Guernsey
100 ¹	Credit Suisse Group (Guernsey) IV Limited	St. Peter Port, Guernsey
50	Swisscard AECS AG	Horgen, Schweiz
25	SECB Swiss Euro Clearing Bank GmbH	Frankfurt, Deutschland
Credit Suisse AG		
33	Credit Suisse Founder Securities Limited	Peking, China
25	E.L. & C. Baillieu Stockbroking (Holdings) Pty Ltd	Melbourne, Australien
20	ICBC Credit Suisse Asset Management Co., Ltd.	Peking, China
5 ²	York Capital Management Global Advisors, LLC	New York, USA

¹ Unter US GAAP dekonsolidiert, da die Gruppe nicht die meistbegünstigte Partei (Primary Beneficiary) ist. ² Die Gruppe hält eine wesentliche Minderheitsbeteiligung.

39 Informationen zu Garantien für Tochtergesellschaften

Gewisse hundertprozentige Finanztochtergesellschaften der Gruppe, einschliesslich die Credit Suisse Group (Guernsey) I Limited als auch die Credit Suisse Group (Guernsey) III Limited, die beide in Guernsey registrierte Aktiengesellschaften ohne separate Sondervermögen (non-cellular company limited by shares) sind, können bedingte Wandelanleihen ausgeben, die vollumfänglich und bedingungslos von der Gruppe garantiert werden. Für einige Tochtergesellschaften der Gruppe gelten verschiedene rechtliche und regulatorische Vorschriften, wie das Bestehen eines Solvenztests nach dem Recht von Guernsey, die ihre Fähigkeit einschränken, Dividenden zu zahlen beziehungsweise Ausschüttungen vorzunehmen oder der Gruppe Kredite und Bevorschussungen zu gewähren.

Am 26. März 2007 gaben die Gruppe und die Bank vollständige, bedingungslose und mehrfache Garantien für die ausstehenden SEC-registrierten Schuldtitel der Credit Suisse (USA), Inc. aus. Falls die Credit Suisse (USA), Inc. beliebigen Zahlungsverpflichtungen aus den Verträgen zu diesen Schuldtiteln nicht fristgerecht nachkommt, sind die Inhaber solcher Schuldtitel gemäss diesen Garantien berechtigt, die Zahlungen direkt und ohne vorgängiges Verfahren gegen die Credit Suisse (USA), Inc. entweder bei der Gruppe oder der Bank einzufordern. Die Garantie der Gruppe hat gegenüber vorrangigen Verbindlichkeiten nachrangige Stellung. Die Credit Suisse (USA), Inc. ist eine indirekte, hundertprozentige Tochtergesellschaft der Gruppe. Die folgenden Tabellen enthalten die zusammengefassten, konsolidierenden Finanzinformationen für die Credit Suisse (USA), Inc., die Bank und die Gruppe.

Gekürzte konsolidierte Erfolgsrechnung

im Jahr 2012	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Gekürzte konsolidierende Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)						
Zins- und Dividendertrag	7 435	14 124	21 559	81	465	22 105
Zinsaufwand	(4 431)	(10 311)	(14 742)	(79)	(134)	(14 955)
Zinserfolg	3 004	3 813	6 817	2	331	7 150
Kommissions- und Dienstleistungsertrag	4 090	8 808	12 898	(12)	187	13 073
Handelserfolg	1 555	(227)	1 328	1	(134)	1 195
Sonstiger Ertrag	891	1 599	2 490	1 319 ²	(1 261)	2 548
Nettoertrag	9 540	13 993	23 533	1 310	(877)	23 966
Rückstellung für Kreditrisiken	(5)	93	88	0	82	170
Personalaufwand	3 676	8 770	12 446	56	28	12 530
Sachaufwand	2 070	5 198	7 268	(101)	143	7 310
Kommissionsaufwand	256	1 502	1 758	1	16	1 775
Total sonstiger Geschäftsaufwand	2 326	6 700	9 026	(100)	159	9 085
Total Geschäftsaufwand	6 002	15 470	21 472	(44)	187	21 615
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	3 543	(1 570)	1 973	1 354	(1 146)	2 181
Ertragsteueraufwand/(-vorteil)	1 321	(843)	478	5	13	496
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2 222	(727)	1 495	1 349	(1 159)	1 685
Reingewinn/(-verlust)	2 222	(727)	1 495	1 349	(1 159)	1 685
Den Minderheiten zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	281	(881)	(600)	0	936	336
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	1 941	154	2 095	1 349	(2 095)	1 349

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen. ² Besteht hauptsächlich aus Erträgen von nach der Equity-Methode bewerteten Gruppengesellschaften.

Gekürztes konsolidiertes Gesamtergebnis

im Jahr 2012	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Gesamtergebnis (in Mio. CHF)						
Reingewinn/(-verlust)	2 222	(727)	1 495	1 349	(1 159)	1 685
Gewinne/(Verluste) aus Cashflow-Absicherungen	0	7	7	30	0	37
Fremdwährungsumrechnung	(559)	(674)	(1 233)	1	118	(1 114)
Unrealisierte Gewinne/(Verluste) aus Wertschriften	0	(43)	(43)	0	28	(15)
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	20	38	58	0	(108)	(50)
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand, netto	(2)	1	(1)	0	249	248
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	(541)	(671)	(1 212)	31	287	(894)
Gesamtergebnis	1 681	(1 398)	283	1 380	(872)	791
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Gesamtergebnis	186	(997)	(811)	0	1 022	211
Den Aktionären zurechenbares Gesamtergebnis	1 495	(401)	1 094	1 380	(1 894)	580

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen.

Gekürzte konsolidierte Erfolgsrechnung (Fortsetzung)

im Jahr 2011	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stamm- haus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzern- obergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Gekürzte konsolidierende Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)						
Zins- und Dividendenertrag	7 501	14 936	22 437	161	404	23 002
Zinsaufwand	(4 670)	(11 753)	(16 423)	(153)	7	(16 569)
Zinserfolg	2 831	3 183	6 014	8	411	6 433
Kommissions- und Dienstleistungsertrag	3 509	9 165	12 674	9	269	12 952
Handelserfolg	(1 673)	6 413	4 740	1	279	5 020
Sonstiger Ertrag	1 267	492	1 759	1 888 ²	(1 827)	1 820
Nettoertrag	5 934	19 253	25 187	1 906	(868)	26 225
Rückstellung für Kreditrisiken	7	116	123	0	64	187
Personalaufwand	3 736	9 452	13 188	80	(55)	13 213
Sachaufwand	1 674	5 733	7 407	(135)	100	7 372
Kommissionsaufwand	267	1 701	1 968	1	23	1 992
Total sonstiger Geschäftsaufwand	1 941	7 434	9 375	(134)	123	9 364
Total Geschäftsaufwand	5 677	16 886	22 563	(54)	68	22 577
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	250	2 251	2 501	1 960	(1 000)	3 461
Ertragsteueraufwand/(-vorteil)	(288)	747	459	7	205	671
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	538	1 504	2 042	1 953	(1 205)	2 790
Reingewinn/(-verlust)	538	1 504	2 042	1 953	(1 205)	2 790
Den Minderheiten zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	734	167	901	0	(64)	837
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	(196)	1 337	1 141	1 953	(1 141)	1 953

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen. ² Besteht hauptsächlich aus Erträgen von nach der Equity-Methode bewerteten Gruppengesellschaften.

Gekürztes konsolidiertes Gesamtergebnis

im Jahr 2011	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stamm- haus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzern- obergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Gesamtergebnis (in Mio. CHF)						
Reingewinn/(-verlust)	538	1 504	2 042	1 953	(1 205)	2 790
Gewinne/(Verluste) aus Cashflow-Absicherungen	0	(32)	(32)	(1)	0	(33)
Fremdwährungsumrechnung	43	(336)	(293)	1	29	(263)
Unrealisierte Gewinne/(Verluste) aus Wertschriften	0	(3)	(3)	0	(15)	(18)
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	(79)	221	142	0	(757)	(615)
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand, netto	0	(1)	(1)	0	396	395
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	(36)	(151)	(187)	0	(347)	(534)
Gesamtergebnis	502	1 353	1 855	1 953	(1 552)	2 256
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Gesamtergebnis	771	169	940	0	(58)	882
Den Aktionären zurechenbares Gesamtergebnis	(269)	1 184	915	1 953	(1 494)	1 374

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen.

Gekürzte konsolidierte Erfolgsrechnung (Fortsetzung)

im Jahr 2010	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Gekürzte konsolidierende Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)						
Zins- und Dividendertrag	8 897	16 088	24 985	209	339	25 533
Zinsaufwand	(5 454)	(13 341)	(18 795)	(203)	6	(18 992)
Zinserfolg	3 443	2 747	6 190	6	345	6 541
Kommissions- und Dienstleistungsertrag	4 403	9 416	13 819	9	250	14 078
Handelserfolg	667	8 547	9 214	0	124	9 338
Sonstiger Ertrag	1 081	229	1 310	4 982 ²	(4 863)	1 429
Nettoertrag	9 594	20 939	30 533	4 997	(4 144)	31 386
Rückstellung für Kreditrisiken	13	(134)	(121)	0	42	(79)
Personalaufwand	4 177	10 524	14 701	90	(192)	14 599
Sachaufwand	1 883	5 413	7 296	(196)	131	7 231
Kommissionsaufwand	307	1 814	2 121	3	24	2 148
Total sonstiger Geschäftsaufwand	2 190	7 227	9 417	(193)	155	9 379
Total Geschäftsaufwand	6 367	17 751	24 118	(103)	(37)	23 978
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern	3 214	3 322	6 536	5 100	(4 149)	7 487
Ertragsteueraufwand	952	355	1 307	2	239	1 548
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2 262	2 967	5 229	5 098	(4 388)	5 939
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern	0	(19)	(19)	0	0	(19)
Reingewinn/(-verlust)	2 262	2 948	5 210	5 098	(4 388)	5 920
Den Minderheiten zurechenbarer Reingewinn	592	210	802	0	20	822
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	1 670	2 738	4 408	5 098	(4 408)	5 098
davon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 670	2 757	4 427	5 098	(4 408)	5 117
davon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	(19)	(19)	0	0	(19)

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen. ² Besteht hauptsächlich aus Erträgen von nach der Equity-Methode bewerteten Gruppengesellschaften.

Gekürztes konsolidiertes Gesamtergebnis

im Jahr 2010	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Gesamtergebnis (in Mio. CHF)						
Reingewinn/(-verlust)	2 262	2 948	5 210	5 098	(4 388)	5 920
Gewinne/(Verluste) aus Cashflow-Absicherungen	0	22	22	(14)	0	8
Fremdwährungsumrechnung	(2 673)	(934)	(3 607)	0	28	(3 579)
Unrealisierte Gewinne/(Verluste) aus Wertschriften	0	13	13	1	(7)	7
Versicherungsmathematische Gewinne/(Verluste)	(35)	(76)	(111)	0	(134)	(245)
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand, netto	(1)	0	(1)	0	14	13
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	(2 709)	(975)	(3 684)	(13)	(99)	(3 796)
Gesamtergebnis	(447)	1 973	1 526	5 085	(4 487)	2 124
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Gesamtergebnis	(93)	(339)	(432)	0	510	78
Den Aktionären zurechenbares Gesamtergebnis	(354)	2 312	1 958	5 085	(4 997)	2 046

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen.

Gekürzte konsolidierte Bilanz

Ende 2012	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stamm- haus und sonstige Tochterge- sellschaften ¹	Bank	Konzern- oberge- sellschaft der Gruppe	Sonstige Tochterge- sellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Aktiven (in Mio. CHF)						
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	4 388	56 988	61 376	19	368	61 763
Zinstragende Einlagen bei Banken	86	3 633	3 719	0	(1 774)	1 945
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	124 976	58 470	183 446	0	9	183 455
Als Sicherheit erhaltene Wertschriften	34 980	(4 935)	30 045	0	0	30 045
Handelsbestände	87 958	168 644	256 602	0	(203)	256 399
Anlagen in Wertschriften	0	1 939	1 939	0	1 559	3 498
Sonstige Anlagen	5 899	5 917	11 816	35 088	(34 882)	12 022
Ausleihungen, netto	22 945	204 553	227 498	4 459	10 266	242 223
Liegenschaften und Einrichtungen	1 062	4 354	5 416	0	202	5 618
Goodwill	581	6 929	7 510	0	879	8 389
Sonstige immaterielle Werte	77	166	243	0	0	243
Forderungen aus Kundenhandel	20 545	25 223	45 768	0	0	45 768
Sonstige Aktiven	15 469	57 313	72 782	173	(43)	72 912
Total Aktiven	318 966	589 194	908 160	39 739	(23 619)	924 280
Passiven (in Mio. CHF)						
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	164	30 410	30 574	3 753	(3 313)	31 014
Kundeneinlagen	1	297 689	297 690	0	10 622	308 312
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	127 666	5 055	132 721	0	0	132 721
Verbindlichkeiten aus als Sicherheit erhaltenen Wertschriften	34 980	(4 935)	30 045	0	0	30 045
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	23 332	67 759	91 091	0	(275)	90 816
Kurzfristige Geldaufnahmen	20 102	(5 264)	14 838	0	3 803	18 641
Langfristige Verbindlichkeiten	35 485	111 512	146 997	437	700	148 134
Verbindlichkeiten aus Kundenhandel	44 400	20 276	64 676	0	0	64 676
Sonstige Verbindlichkeiten	12 008	45 359	57 367	51	219	57 637
Total Verbindlichkeiten	298 138	567 861	865 999	4 241	11 756	881 996
Total Eigenkapital der Aktionäre	17 318	17 449	34 767	35 498	(34 767)	35 498
Minderheitsanteile	3 510	3 884	7 394	0	(608)	6 786
Total Eigenkapital	20 828	21 333	42 161	35 498	(35 375)	42 284
Total Passiven	318 966	589 194	908 160	39 739	(23 619)	924 280

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen.

Gekürzte konsolidierte Bilanz (Fortsetzung)

Ende 2011	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Aktiven (in Mio. CHF)						
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	3 698	107 526	111 224	13	(664)	110 573
Zinstragende Einlagen bei Banken	87	4 106	4 193	0	(1 921)	2 272
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	153 625	83 310	236 935	0	28	236 963
Als Sicherheit erhaltene Wertschriften	34 189	(3 998)	30 191	0	0	30 191
Handelsbestände	91 458	188 290	279 748	0	(195)	279 553
Anlagen in Wertschriften	0	3 652	3 652	0	1 508	5 160
Sonstige Anlagen	6 719	6 196	12 915	34 137	(33 826)	13 226
Ausleihungen, netto	24 658	194 776	219 434	5 603	8 376	233 413
Liegenschaften und Einrichtungen	1 110	5 880	6 990	0	203	7 193
Goodwill	597	7 103	7 700	0	891	8 591
Sonstige immaterielle Werte	112	168	280	0	8	288
Forderungen aus Kundenhandel	17 951	25 494	43 445	0	1	43 446
Sonstige Aktiven	16 114	61 966	78 080	190	26	78 296
Total Aktiven	350 318	684 469	1 034 787	39 943	(25 565)	1 049 165
Passiven (in Mio. CHF)						
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	92	39 985	40 077	4 697	(4 627)	40 147
Kundeneinlagen	0	304 130	304 130	0	9 271	313 401
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	151 655	24 904	176 559	0	0	176 559
Verbindlichkeiten aus als Sicherheit erhaltenen Wertschriften	34 189	(3 998)	30 191	0	0	30 191
Verbindlichkeiten aus Handelsbeständen	29 291	98 518	127 809	0	(49)	127 760
Kurzfristige Geldaufnahmen	15 881	10 235	26 116	0	0	26 116
Langfristige Verbindlichkeiten	40 029	121 324	161 353	1 444	(142)	162 655
Verbindlichkeiten aus Kundenhandel	47 847	20 187	68 034	0	0	68 034
Sonstige Verbindlichkeiten	10 124	52 043	62 167	128	922	63 217
Total Verbindlichkeiten	329 108	667 328	996 436	6 269	5 375	1 008 080
Total Eigenkapital der Aktionäre	16 979	12 424	29 403	33 674	(29 403)	33 674
Minderheitsanteile	4 231	4 717	8 948	0	(1 537)	7 411
Total Eigenkapital	21 210	17 141	38 351	33 674	(30 940)	41 085
Total Passiven	350 318	684 469	1 034 787	39 943	(25 565)	1 049 165

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen.

Gekürzte konsolidierte Kapitalflussrechnung

im Jahr 2012	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stamm- haus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzern- obergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Operative Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	(5 118)	(6 871)	(11 989)	357²	(1 042)	(12 674)
Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
(Zu-)/Abnahme von zinstragenden Einlagen bei Banken	(2)	317	315	0	(131)	184
(Zu-)/Abnahme von Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	25 125	21 808	46 933	0	19	46 952
Kauf von Wertschriftenanlagen	0	(276)	(276)	0	(204)	(480)
Erlös aus Verkauf von Wertschriftenanlagen	0	936	936	0	0	936
Fälligkeit von Wertschriftenanlagen	0	1 442	1 442	0	184	1 626
Investitionen in Tochtergesellschaften und sonstige Anlagen	78	(2 025)	(1 947)	(3 584)	3 492	(2 039)
Erlös aus Verkauf von sonstigen Anlagen	1 903	1 015	2 918	110	76	3 104
(Zu-)/Abnahme von Ausleihungen	1 075	(11 189)	(10 114)	1 154	(1 925)	(10 885)
Erlös aus Verkauf von Ausleihungen	0	1 090	1 090	0	0	1 090
Investitionen in Liegenschaften, Einrichtungen und sonstige immaterielle Werte	(364)	(863)	(1 227)	0	(15)	(1 242)
Erlös aus Verkauf von Liegenschaften, Einrichtungen und sonstigen immateriellen Werten	16	10	26	0	0	26
Sonstige, netto	235	3 441	3 676	28	(21)	3 683
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	28 066	15 706	43 772	(2 292)	1 475	42 955
Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
Zu-/(-Abnahme) von Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Kundeneinlagen	78	(15 020)	(14 942)	(1 015)	2 902	(13 055)
Zu-/(-Abnahme) von kurzfristigen Geldaufnahmen	4 114	(15 757)	(11 643)	0	3 803	(7 840)
Zu-/(-Abnahme) von Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(20 402)	(19 556)	(39 958)	0	0	(39 958)
Emissionen langfristiger Verbindlichkeiten	879	36 338	37 217	10	1 178	38 405
Rückzahlungen langfristiger Verbindlichkeiten	(5 094)	(49 371)	(54 465)	(1 149)	(322)	(55 936)
Emissionen von Stammaktien	0	0	0	1 930	0	1 930
Verkauf eigener Aktien	0	0	0	367	7 988	8 355
Rückkauf eigener Aktien	0	0	0	(495)	(8 364)	(8 859)
Bezahlte Dividenden/Kapitalrückzahlungen	0	(321)	(321)	(944)	(31)	(1 296)
Überschuss der Steuervorteile aus aktienbasierter Vergütung	0	42	42	0	(42)	0
Sonstige, netto	(1 715)	5 318	3 603	3 180	(6 389)	394
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	(22 140)	(58 327)	(80 467)	1 884	723	(77 860)
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken (in Mio. CHF)						
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	(118)	(1 046)	(1 164)	57	(124)	(1 231)
Zu-/(-Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto (in Mio. CHF)						
Zu-/(-Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto	690	(50 538)	(49 848)	6	1 032	(48 810)
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken zu Beginn der Periode	3 698	107 526	111 224	13	(664)	110 573
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken am Ende der Periode	4 388	56 988	61 376	19	368	61 763

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen. ² Besteht aus Dividendenzahlungen aus Gruppengesellschaften von CHF 166 Mio. und CHF 46 Mio. von Bankenbeziehungsweise Nichtbanken-Tochtergesellschaften und sonstige Geldpositionen aus der Geschäftstätigkeit der Konzernobergesellschaft wie beispielsweise die Finanzierung der Gruppe.

Gekürzte konsolidierte Kapitalflussrechnung (Fortsetzung)

im Jahr 2011	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stammhaus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzernobergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Operative Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	11 109	25 994	37 103	431²	1 096	38 630
Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
(Zu-)/Abnahme von zinstragenden Einlagen bei Banken	(1)	(1 019)	(1 020)	0	288	(732)
(Zu-)/Abnahme von Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(19 677)	4 996	(14 681)	0	(540)	(15 221)
Kauf von Wertschriftenanlagen	0	(1 232)	(1 232)	0	(310)	(1 542)
Erlös aus Verkauf von Wertschriftenanlagen	0	2 118	2 118	0	0	2 118
Fälligkeit von Wertschriftenanlagen	0	2 294	2 294	0	168	2 462
Investitionen in Tochtergesellschaften und sonstige Anlagen	10	(1 420)	(1 410)	(101)	(271)	(1 782)
Erlös aus Verkauf von sonstigen Anlagen	4 269	2 055	6 324	9	451	6 784
(Zu-)/Abnahme von Ausleihungen	6 326	(21 144)	(14 818)	547	(2 971)	(17 242)
Erlös aus Verkauf von Ausleihungen	0	689	689	0	0	689
Investitionen in Liegenschaften, Einrichtungen und sonstige immaterielle Werte	(477)	(1 250)	(1 727)	0	(12)	(1 739)
Erlös aus Verkauf von Liegenschaften, Einrichtungen und sonstigen immateriellen Werten	0	11	11	0	0	11
Sonstige, netto	3	186	189	0	33	222
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	(9 547)	(13 716)	(23 263)	455	(3 164)	(25 972)
Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
Zu-/ (Abnahme) von Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Kundeneinlagen	(27)	27 651	27 624	(1 514)	1 825	27 935
Zu-/ (Abnahme) von kurzfristigen Geldaufnahmen	(21 783)	25 881	4 098	0	0	4 098
Zu-/ (Abnahme) von Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	29 310	(22 128)	7 182	0	0	7 182
Emissionen langfristiger Verbindlichkeiten	3 395	30 255	33 650	10	574	34 234
Rückzahlungen langfristiger Verbindlichkeiten	(9 974)	(26 617)	(36 591)	(489)	(47)	(37 127)
Emissionen von Stammaktien	44	(46)	(2)	1 129	0	1 127
Verkauf eigener Aktien	0	615	615	550	10 688	11 853
Rückkauf eigener Aktien	0	(612)	(612)	(201)	(10 977)	(11 790)
Bezahlte Dividenden/Kapitalrückzahlungen	0	(481)	(481)	(1 560)	93	(1 948)
Sonstige, netto	(3 897)	1 118	(2 779)	617	(346)	(2 508)
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	(2 932)	35 636	32 704	(1 458)	1 810	33 056
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken (in Mio. CHF)						
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	(65)	(627)	(692)	567	(508)	(633)
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit aufgebener Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit aufgebener Geschäftsbereiche	0	25	25	0	0	25
Zu-/ (Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto (in Mio. CHF)						
Zu-/ (Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto	(1 435)	47 312	45 877	(5)	(766)	45 106
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken zu Beginn der Periode	5 133	60 214	65 347	18	102	65 467
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken am Ende der Periode	3 698	107 526	111 224	13	(664)	110 573

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen. ² Besteht aus Dividendenzahlungen aus Gruppengesellschaften von CHF 162 Mio. und CHF 188 Mio. von Banken-beziehungsweise Nichtbanken-Tochtergesellschaften und sonstige Geldpositionen aus der Geschäftstätigkeit der Konzernobergesellschaft wie beispielsweise die Finanzierung der Gruppe.

Gekürzte konsolidierte Kapitalflussrechnung (Fortsetzung)

im Jahr 2010	Credit Suisse (USA), Inc., konsolidiert	Stamm- haus und sonstige Tochtergesellschaften ¹	Bank	Konzern- obergesellschaft der Gruppe	Sonstige Tochtergesellschaften der Gruppe ¹	Credit Suisse Group
Operative Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	26 915	(19 998)	6 917	3 577²	(2 266)	8 228
Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
(Zu-)/Abnahme von zinstragenden Einlagen bei Banken	4 967	(6 727)	(1 760)	0	1 662	(98)
(Zu-)/Abnahme von Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Reverse-Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(9 985)	(17 556)	(27 541)	0	23	(27 518)
Kauf von Wertschriftenanlagen	0	(2 580)	(2 580)	0	(172)	(2 752)
Erlös aus Verkauf von Wertschriftenanlagen	0	988	988	0	0	988
Fälligkeit von Wertschriftenanlagen	0	3 555	3 555	29	164	3 748
Investitionen in Tochtergesellschaften und sonstige Anlagen	(263)	(1 103)	(1 366)	(68)	(240)	(1 674)
Erlös aus Verkauf von sonstigen Anlagen	847	1 308	2 155	5	307	2 467
(Zu-)/Abnahme von Ausleihungen	98	6 026	6 124	715	(2 869)	3 970
Erlös aus Verkauf von Ausleihungen	0	817	817	0	0	817
Investitionen in Liegenschaften, Einrichtungen und sonstige immaterielle Werte	(510)	(1 170)	(1 680)	0	(9)	(1 689)
Erlös aus Verkauf von Liegenschaften, Einrichtungen und sonstigen immateriellen Werten	0	17	17	0	0	17
Sonstige, netto	68	146	214	0	61	275
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Investitionstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	(4 778)	(16 279)	(21 057)	681	(1 073)	(21 449)
Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
Zu-/(-Abnahme) von Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Kundeneinlagen	(12)	27 475	27 463	(1 767)	695	26 391
Zu-/(-Abnahme) von kurzfristigen Geldaufnahmen	5 953	4 981	10 934	0	0	10 934
Zu-/(-Abnahme) von Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Repo-Geschäften und Wertschriftenleihen	(16 158)	9 061	(7 097)	0	0	(7 097)
Emissionen langfristiger Verbindlichkeiten	497	55 734	56 231	0	1 679	57 910
Rückzahlungen langfristiger Verbindlichkeiten	(6 343)	(43 008)	(49 351)	(465)	(1 574)	(51 390)
Emissionen von Stammaktien	0	1 567	1 567	32	(1 590)	9
Verkauf eigener Aktien	0	2 082	2 082	39	22 628	24 749
Rückkauf eigener Aktien	0	(1 623)	(1 623)	(2 103)	(23 120)	(26 846)
Bezahlte Dividenden/Kapitalrückzahlungen	0	(3 589)	(3 589)	(2 378)	3 167	(2 800)
Überschuss der Steuervorteile aus aktienbasierter Vergütung	478	130	608	0	7	615
Sonstige, netto	(2 850)	(494)	(3 344)	2 395	1 502	553
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus Finanzierungstätigkeit fortzuführender Geschäftsbereiche	(18 435)	52 316	33 881	(4 247)	3 394	33 028
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken (in Mio. CHF)						
Effekt von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken	(558)	(5 905)	(6 463)	(4)	312	(6 155)
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit aufgebener Geschäftsbereiche (in Mio. CHF)						
Nettogeldzufluss/(-abfluss) aus operativer Tätigkeit aufgebener Geschäftsbereiche	0	(42)	(42)	0	0	(42)
Zu-/(-Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto (in Mio. CHF)						
Zu-/(-Abnahme) von flüssigen Mitteln und Forderungen gegenüber Banken, netto	3 144	10 092	13 236	7	367	13 610
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken zu Beginn der Periode	1 989	50 122	52 111	11	(265)	51 857
Flüssige Mittel und Forderungen gegenüber Banken am Ende der Periode	5 133	60 214	65 347	18	102	65 467

¹ Enthält Eliminationen und Konsolidierungsbuchungen. ² Besteht aus Dividendenzahlungen aus Gruppengesellschaften von CHF 3 063 Mio. und CHF 269 Mio. von Banken- beziehungsweise Nichtbanken-Tochtergesellschaften und sonstige Geldpositionen aus der Geschäftstätigkeit der Konzernobergesellschaft wie beispielsweise die Finanzierung der Gruppe.

40 Credit Suisse Group Holdinggesellschaft

- ▶ Siehe «Anhang 39 – Informationen zu Garantien für Tochtergesellschaften» für zusammengefasste Finanzinformationen zur Holdinggesellschaft der Credit Suisse Group.

41 Wesentliche Unterschiede der Bewertung und Erfassung von Erträgen zwischen US GAAP und Swiss GAAP nach Bankenrecht (True-and-Fair-View-Prinzip)

Die konsolidierte Jahresrechnung der Gruppe wurde in Übereinstimmung mit den in den USA allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen (US GAAP) erstellt.

Die FINMA verlangt von in der Schweiz domizilierten Banken, welche ihre Jahresrechnung entweder nach US GAAP oder nach International Financial Reporting Standards (IFRS) abschliessen, wesentliche Differenzen zwischen Swiss GAAP nach Bankenrecht (True-and-Fair-View-Prinzip) und dem angewandten Rechnungslegungsstandard zu erläutern.

Die wichtigsten Bestimmungen der Bankenverordnung und das FINMA-Rundschreiben 2008/2 «Rechnungslegung – Banken», welches die Finanzberichterstattung von Banken regelt (Swiss GAAP), unterscheiden sich in gewissen Aspekten von US GAAP. Im Folgenden werden die wichtigsten Unterschiede aufgeführt:

- ▶ Siehe «Anhang 1 – Zusammenfassung wichtiger Rechnungslegungsgrundsätze» für eine detaillierte Beschreibung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze der Gruppe.

Konsolidierungskreis

Unter US GAAP konsolidiert die Gruppe gewisse Beteiligungen nicht, die Vorzugspapiere mit Rückgaberecht ausgeben. Unter Swiss GAAP würden diese Beteiligungen weiterhin konsolidiert, da die Gruppe 100% der Stimmrechte hält.

Unter Swiss GAAP werden Mehrheitsbeteiligungen, bei welchen es sich nicht um langfristige Anlagen handelt oder welche ausserhalb des Kerngeschäfts der Gruppe tätig sind, als Finanzanlagen oder als nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen erfasst. Die Rechnungslegung nach US GAAP sieht für die Konsolidierung von Mehrheitsbeteiligungen keine entsprechende Ausnahme vor.

Fair-Value-Option

Im Gegensatz zu US GAAP erlaubt Swiss GAAP das Konzept der Fair-Value-Option, welches die Wahl eines alternativen Bewertungsansatzes für gewisse Finanzaktiven und -verbindlichkeiten ausserhalb der Handelsbestände, Garantien und Verpflichtungen ermöglicht, grundsätzlich nicht. Die Fair-Value-Option erlaubt die Anwendung des Fair Value bei der erstmaligen und nachfolgen-

den Bewertung, wobei Fair-Value-Änderungen in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst werden.

Bei ausgegebenen strukturierten Produkten, die eigene Schuldverschreibungen einschliessen und gewissen restriktiven Bedingungen genügen, erfolgt die Bewertung zum Fair Value auf Ebene der Einzelposition. Die entsprechenden Fair-Value-Änderungen sowohl des eingebetteten Derivats als auch des Basisvertrags werden im Handelserfolg erfasst, sofern es sich nicht um Fair-Value-Anpassungen im Zusammenhang mit der eigenen Schuldnerbonität handelt, die nicht in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst werden können.

Sonstige ausgegebene strukturierte Produkte, die nicht unter die Auslegung fallen oder bei welchen die Fair-Value-Bilanzierung unter Swiss GAAP nicht gewählt wurde, für die aber unter US GAAP die Fair-Value-Option gewählt wurde, werden unter Swiss GAAP weiterhin abgetrennt. Dies bedeutet, dass das eingebettete Derivat zum Fair Value und der Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten erfasst werden.

Sonstige zum Fair Value bewertete Anlagen ausserhalb des Handelsbestandes

Unter US GAAP werden alle Hypothekenverwaltungsrechte (Mortgage Servicing Rights) sowie die meisten der erworbenen Lebensversicherungspolizen (Life Settlement Contracts) der Gruppe zum Fair Value erfasst. Wertveränderungen werden in der konsolidierten Erfolgsrechnung ausgewiesen.

Unter Swiss GAAP werden Hypothekenverwaltungsrechte und erworbene Lebensversicherungspolizen nach dem Niederstwertprinzip bewertet.

Abschreibung des Goodwills

Unter US GAAP wird der Goodwill nicht abgeschrieben, sondern ist jährlich – bei Ereignissen oder veränderten Umständen, die auf eine mögliche Wertberichtigung hindeuten, auch häufiger – auf Werthaltigkeit zu überprüfen.

Unter Swiss GAAP wird der Goodwill über seine Nutzungsdauer abgeschrieben – normalerweise nicht über mehr als fünf Jahre, ausser in gerechtfertigten Fällen, in welchen eine Nut-

zungsdauer von bis zu 20 Jahren zulässig ist. Im Weiteren wird der Goodwill auf notwendige Wertberichtigungen überprüft.

Immaterielle Werte mit unbestimmter Nutzungsdauer

Unter US GAAP werden immaterielle Werte mit unbestimmter Nutzungsdauer nicht amortisiert, sondern jährlich – bei Ereignissen oder veränderten Umständen, die auf eine mögliche Wertberichtigung hindeuten, auch häufiger – auf Werthaltigkeit überprüft.

Unter Swiss GAAP werden immaterielle Werte mit unbestimmter Nutzungsdauer über maximal fünf Jahre amortisiert. Im Weiteren werden diese Werte auf notwendige Wertberichtigungen überprüft.

Vorsorgeverpflichtungen

Für die Ermittlung der Leistungsverpflichtungen unter US GAAP werden die Verbindlichkeiten und die dazugehörigen Aufwendungen basierend auf der versicherungsmathematischen «Projected Unit Credit»-Methode berechnet.

Unter Swiss GAAP werden die Verbindlichkeiten und der dazugehörige Vorsorgeaufwand in erster Linie aufgrund der Bewertung des Vorsorgeplans gemäss Swiss GAAP FER 26 erfasst. Ein Vorsorgeguthaben wird verbucht, wenn eine statutarische Überdeckung eines Vorsorgeplans in Zukunft zu einem wirtschaftlichen Nutzen führt. Eine Vorsorgeverbindlichkeit wird verbucht, wenn eine statutarische Unterdeckung in Zukunft zu wirtschaftlichen Verpflichtungen führt. Zum Vorsorgeaufwand gehören die in der Schweiz gesetzlich geregelten Beiträge, sämtliche durch den Stiftungsrat der Vorsorgeeinrichtung vorgeschriebenen Beiträge sowie jede Wertveränderung des Vorsorgeguthabens beziehungsweise der Vorsorgeverbindlichkeit zwischen zwei Bewertungsstichtagen gemäss der jährlich durchgeführten Jahresendbewertung des Vorsorgeplans.

Kreditgewährungsgebühren

Unter US GAAP sind bestimmte, vorab gezahlte Gebühren in Zusammenhang mit der Gewährung von Krediten, die nicht gemäss Fair-Value-Option gehalten werden, abzugrenzen.

Unter Swiss GAAP werden lediglich Vorauszahlungen oder Gebühren, die als zinsbezogene Komponenten angesehen werden, abgegrenzt, so beispielsweise Agios und Disagios. Vom Kreditnehmer entrichtete Gebühren, die als dienstleistungsbezogene Gebühren gelten wie Bereitstellungsprovisionen, Strukturierungsgebühren und Vertragsabschlussgebühren, werden unmittelbar unter Kommissionsertrag erfasst.

Veräusserung von Finanzinstrumenten bilanziert zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten

Unter US GAAP werden Gewinne oder Verluste aus der Veräusserung oder dem vorzeitigen Rückkauf von Finanzinstrumenten unmittelbar in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst.

Unter Swiss GAAP werden Gewinne oder Verluste aus der Veräusserung oder dem vorzeitigen Rückkauf zinsbezogener, zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierter Finanzinstrumente über die verbleibende ursprüngliche Laufzeit des Finanzinstruments abgegrenzt.

Tilgung eigener Schulden

Unter US GAAP werden zurückgekaufte eigene Schuldtitel gelöscht und die Gewinne oder Verluste aus der Tilgung unmittelbar unter dem sonstigen Ertrag erfasst.

Unter Swiss GAAP werden zurückgekaufte eigene Schulden nur dann gelöscht, wenn die entsprechenden Wertschriften gesetzlich gelöscht werden. Gewinne und Verluste aus der Tilgung eigener Schulden, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert wurden, werden abgegrenzt und über die ursprüngliche Laufzeit der zurückgekauften Instrumente amortisiert. Bei zurückerworbenen eigenen Schuldtiteln, die nicht gesetzlich gelöscht werden, werden die zurückgekauften Schuldtitel entweder als Finanzanlagen nach dem Niederstwertprinzip oder als Handelsbestände zum Fair Value gehalten. Der Buchwert der zurückgekauften Instrumente wird mit der entsprechenden Verbindlichkeit der eigenen ausgegebenen Schuldtitel verrechnet.

Anlagen in Immobilien

Unter US GAAP werden Anlagen in Immobilien zum Anschaffungswert abzüglich kumulierter Abschreibungen und Wertberichtigungen bewertet.

Unter Swiss GAAP werden Anlagen in Immobilien, welche die Gruppe langfristig halten will, ebenfalls zum Anschaffungswert abzüglich kumulierter Abschreibungen und sonstiger nicht als vorübergehend eingestufte Wertberichtigungen bewertet. Beabsichtigt die Gruppe jedoch nicht, die Immobilien langfristig zu halten, werden sie nach dem Niederstwertprinzip erfasst.

Sale-and-Lease-back-Transaktionen

Unter US GAAP sind Gewinne aus Immobilienverkäufen, auf die ein Sale-and-Lease-back-Vertrag anwendbar ist, abzugrenzen und über die Laufzeit des Lease-back zu amortisieren.

Unter Swiss GAAP werden Gewinne aus dem Verkauf von Immobilien, die einem Sale-and-Lease-back-Vertrag unterliegen, nur dann abgegrenzt, wenn die Bestimmungen des Lease-back-Vertrags festhalten, dass es sich um ein Capital Lease handelt; erfüllt der Lease-back-Vertrag die Anforderun-

gen eines Operating Lease, werden diese Gewinn unmittelbar beim Verkauf der Immobilie erfasst.

Anlagen in Wertschriften

Zur Veräusserung verfügbare Wertschriften

Unter US GAAP werden Wertschriften, welche zur Veräusserung verfügbar sind, zum Fair Value bewertet. Unrealisierte Gewinne und Verluste (einschliesslich Fremdwährungseinflüssen) aus Fair-Value-Schwankungen werden nicht in der konsolidierten Erfolgsrechnung, sondern, bereinigt um die Steuern, als kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung innerhalb des Eigenkapitals erfasst. Eine Wertberichtigung wird erfolgswirksam erfasst, wenn der Rückgang des Fair Value unter den Anschaffungswert aufgrund einer als nicht vorübergehend eingeschätzten Wertminderung erfolgt. Nur Wertberichtigungen auf Schuldtitel, die auf andere Faktoren als Kreditverluste zurückgehen und welche weder verkauft werden sollen noch verkauft werden müssen, werden weiter in den kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst. Die neue Kostenbasis wird bei künftigen Wertaufholungen nicht mehr verändert.

Unter Swiss GAAP werden Wertverluste und Wertaufholungen aufgrund von Marktschwankungen von zur Veräusserung verfügbaren Wertschriften gemäss dem Niederstwertprinzip im sonstigen ordentlichen Aufwand beziehungsweise Ertrag erfasst. Währungsgewinne und -verluste werden im Handels-erfolg verbucht.

Nicht marktgängige Beteiligungspapiere

Nicht marktgängige Beteiligungspapiere werden unter US GAAP zu Anschaffungskosten abzüglich nicht als vorübergehend eingeschätzter Wertberichtigungen oder zum Fair Value bewertet. Unter Swiss GAAP werden nicht marktgängige Beteiligungspapiere nach dem Niederstwertprinzip erfasst.

Wertberichtigungen für bis zur Fälligkeit gehaltene Wertschriften

Unter US GAAP werden Fair-Value-Rückgänge unter den Anschaffungswert aufgrund einer als nicht vorübergehend eingeschätzten Wertminderung in der konsolidierten Erfolgsrechnung als Wertberichtigung verbucht. Nur Wertberichtigungen auf Schuldtitel, die auf andere Faktoren als Kreditverluste zurückgehen und welche weder verkauft werden sollen noch verkauft werden müssen, werden in den kumulierten erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst. Die Wertberichtigung kann in zukünftigen Perioden nicht rückgängig gemacht werden.

Unter Swiss GAAP werden alle Wertberichtigungen in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst. Wertberichtigungen auf Wertschriften, die bis zur Fälligkeit gehalten werden, werden bis zum Betrag des Anschaffungswertes aufgelöst, wenn sich

der Fair Value des Instruments später erholt. Eine Wertaufholung wird in der konsolidierten Erfolgsrechnung erfasst.

Handelsbestände

Sowohl unter US GAAP als auch unter Swiss GAAP werden im Handelsportfolio klassierte Positionen zum Fair Value bewertet. Nach US GAAP basiert diese Klassierung auf der Verwendungsabsicht des Managements bezüglich des entsprechenden Instruments, während unter Swiss GAAP das aktive Management des entsprechenden Instruments im Rahmen einer dokumentierten Handelsstrategie entscheidend ist.

Zu Cashflow-Absicherungen verwendete Derivate

Unter US GAAP wird der effektive Teil einer Cashflow-Absicherung als erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung erfasst.

Unter Swiss GAAP wird der effektive Teil einer Cashflow-Absicherung im Ausgleichskonto in den sonstigen Aktiven oder sonstigen Passiven erfasst.

Im Rahmen von Wertschriftenleihgeschäften erhaltene Sicherheiten in Form von Wertschriften

Unter US GAAP werden im Rahmen von Wertschriftenleihgeschäften erhaltene Sicherheiten in Form von Wertschriften als Aktiven erfasst; zugleich wird eine entsprechende Verbindlichkeit zur Rückgabe der Sicherheiten ausgewiesen.

Unter Swiss GAAP werden weder die erhaltenen Sicherheiten in Form von Wertschriften noch die entsprechende Rückgabeverpflichtung in der Bilanz erfasst.

Ausbuchung von Finanzinstrumenten

Unter US GAAP werden Finanzinstrumente nur ausgebucht, wenn die Transaktion bestimmte Kriterien erfüllt.

Unter Swiss GAAP wird ein Finanzinstrument ausgebucht, wenn die wirtschaftliche Kontrolle vom Verkäufer auf den Käufer übergegangen ist.

Aufgegebene Geschäftsbereiche

Unter US GAAP werden sämtliche Aktiven und Verbindlichkeiten eines Geschäftsbereichs, welcher zum Verkauf steht, aus den bisherigen Bilanzpositionen umgebucht und als aufgegebene Geschäftsbereiche separat ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt zum Buchwert oder zum Fair Value abzüglich der anfallenden Verkaufskosten, wobei der niedrigere dieser beiden Werte zur Anwendung kommt. Entsprechend werden Aufwendungen und Erträge aus aufgegebenen Geschäftsbereichen in eine separate Position der konsolidierten Erfolgsrechnung umgebucht.

Unter Swiss GAAP werden diese Positionen bis zum Verkauf in ihren ursprünglichen Bilanzpositionen belassen und gemäss dem Bewertungsansatz der jeweiligen Positionen bewertet.

Ausserordentlicher Erfolg

In Abweichung von US GAAP sind unter Swiss GAAP bestimmte Aufwendungen und Erträge als ausserordentlich auszuweisen. Der ausserordentliche Erfolg wird nach Steuern ausgewiesen.

Reserven für allgemeine Bankrisiken

Unter US GAAP sind allgemeine, nicht zweckbestimmte Rückstellungen nicht erlaubt.

Unter Swiss GAAP werden Reserven für allgemeine Bankrisiken als separate Komponente zwischen Verbindlichkeiten und Eigenkapital ausgewiesen. Reserven für allgemeine Bank-

risiken werden über ausserordentliche Aufwendungen oder ausserordentliche Erträge gebildet beziehungsweise aufgelöst oder ergeben sich aus der Neuzuteilung von Provisionen, die wirtschaftlich nicht länger benötigt werden.

Kreditverpflichtungen

Unter US GAAP weist die Gruppe unbenutzte Kreditzusagen, die sie einseitig kündigen kann, als Kreditverpflichtungen aus.

Unter Swiss GAAP werden Kreditzusagen, welche die Gruppe einseitig kündigen kann, nur ausgewiesen, wenn die Kündigungsfrist sechs Wochen übersteigt.

42 Risikobeurteilung

In Übereinstimmung mit dem Schweizerischen Obligationenrecht macht die nachfolgende Offenlegung Angaben zum Risikobeurteilungsprozess, welcher in der Berichtsperiode in Kraft war und vom Verwaltungsrat verfolgt wurde.

Das Risikomanagement hat in erster Linie den Schutz der Finanzkraft und der Reputation der Gruppe zum Ziel, wobei gleichzeitig ein sinnvoller Kapitaleinsatz zur Förderung der Geschäftsaktivitäten und zur Steigerung des Shareholder Value gewährleistet werden soll. Die Risikomanagementorganisation widerspiegelt die Art der verschiedenen Risiken, um sicherzustellen, dass die Risiken transparent und zeitgerecht innerhalb der vorgegebenen Limiten bewirtschaftet werden.

Der Verwaltungsrat ist für die strategische Ausrichtung, die Überwachung und die Kontrolle der Gruppe sowie für die Definition der Gesamtrisikotoleranz der Gruppe in Form eines Statements zum Risikoappetit zuständig. Gewisse Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit dem Risikomanagement und der Risikoüberwachung hat der Verwaltungsrat dem Risk Committee, dem Audit Committee und der Geschäftsleitung übertragen.

Das Risk Committee des Verwaltungsrats ist verantwortlich für die Unterstützung des Verwaltungsrats bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsaufgaben, indem es ihn bei der Risikoorganisation sowie bei der Überprüfung und Beurteilung des Regelwerks zum Risikoappetit einschliesslich Eigenmittelunterlegung, der wichtigsten Risikopositionen und der Genehmigung von Risikolimiten berät. Zusätzlich zu seinen sonstigen Verantwortlichkeiten wie Durchsicht und Besprechung der Quartals- und Jahresrechnungen, Leistung und Wirksamkeit der internen und externen Revision, überprüft das Audit Committee den Bericht der Geschäftsleitung zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems für die Rechnungslegung (SOX 404), den jährlichen Bericht zum internen Kontrollsystem (IKS) und den jährlichen Compliance-Bericht.

Für die Überwachung des Risikomanagements und den Aufbau einer organisatorischen Basis für sämtliche Belange des Risikoma-

agements und der entsprechenden Berichterstattung ist auf Geschäftsleitungsebene der Gruppe der Chief Risk Officer (CRO) zuständig. Das Capital Allocation and Risk Management Committee (CARMC), das Risk Processes and Standards Committee und das Reputation Risk and Sustainability Committee wurden zur Unterstützung der Geschäftsleitung eingerichtet und gewisse Verantwortlichkeiten bezüglich Risikomanagement und Aufsicht an diese übertragen. Das CARMC besteht aus mindestens fünf Mitgliedern der Geschäftsleitung und des höheren Kaders, die durch den Chief Executive Officer ernannt werden. Es arbeitet im Positionsrisikozyklus zur Festlegung verbindlicher Normen für Positionsriskos und zur Überwachung der entsprechenden Limiten, im Finanzierungs- und Eigenmittelzyklus für das Asset & Liability Management, die Mittelaufnahme, Liquiditäts- und Eigenmittelbelange sowie im IKS-Zyklus für operationelle Risiken, rechtliche und Compliance-Belange sowie Angelegenheiten der internen Kontrolle. Das CARMC kann seine Kompetenz zur Festlegung und Genehmigung bestimmter Limiten für Positionsrisiko, Mittelaufnahme, Liquidität und Eigenmittel an den CRO oder an die Risk Management Committees der Divisionen übertragen. Die Risk Management Committees der Divisionen überprüfen und analysieren regelmässig divisionsspezifische Markt- und Kreditrisikobelange, operationelle Risiken, rechtliche und Compliance-Belange sowie Angelegenheiten der internen Kontrolle.

Im Berichtszeitraum erhielt der Verwaltungsrat vierteljährliche Risikoberichte des CRO sowie die jährlichen IKS- und Compliance-Berichte seitens der Rechtsabteilung, welche die Grundlage für die Besprechung der Risikolage durch den Verwaltungsrat bildeten. Zudem wurde an jeder Sitzung des Risk Committee des Verwaltungsrats und an den meisten Verwaltungsratssitzungen über Risikobelange informiert. Der Verwaltungsrat, unterstützt durch sein Risk Committee und sein Audit Committee, führte systematische Risikobeurteilungen im Rahmen der festgelegten Grundsätze und Verfahren durch.

Kontrollen und Verfahren

Beurteilung der Kontrollen und Verfahren

Die Gruppe hat die Wirksamkeit ihrer Offenlegungskontrollen und -verfahren unter der Aufsicht und Beteiligung des Managements, einschliesslich des CEO und des Chief Financial Officer (CFO) der Gruppe, und in Übereinstimmung mit Rule 13(a)–15(a) des Securities Exchange Act von 1934 (Exchange Act) per Ende der in diesem Bericht dargelegten Rechnungsperiode überprüft. Die Wirksamkeit jeder Kontrolle und jedes Verfahrens unterliegt systeminhärenten Beschränkungen, einschliesslich der Möglichkeit menschlichen Versagens und der Umgehung oder Übersteuerung der Kontrollen und Verfahren. Dementsprechend sind wirksame Kontrollen und Verfahren Voraussetzungen, aber keine Garantien, für das Erreichen der Kontrollziele.

Der CEO und der CFO kamen zum Schluss, dass die Ausgestaltung und Funktion der Offenlegungskontrollen und -verfahren der Gruppe per 31. Dezember 2012 in allen massgeblichen Belangen wirksam sind und somit sichergestellt ist, dass offenzulegende Informationen, welche in Berichten, die gemäss dem Exchange Act eingereicht werden, ordnungsgemäss und rechtzeitig erfasst, verarbeitet, zusammengefasst und übermittelt werden.

Managementbericht zur internen Kontrolle der Finanzberichterstattung

Das Management der Gruppe ist verantwortlich für den Aufbau und Unterhalt von adäquaten internen Kontrollen der Finanzberichterstattung. Die interne Kontrolle der Finanzberichterstattung der Gruppe ist ein Prozess, der darauf ausgerichtet ist, angemessene Sicherheit hinsichtlich der Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung und der Erstellung der öffentlichen Finanzberichte gemäss US GAAP zu geben. Aufgrund von systeminhärenten Beschränkungen kann die interne Kontrolle der Finanzberichterstattung Fehlangaben nicht vollständig verhindern oder erkennen. Zudem beinhalten Prognosen über die Wirksamkeit in zukünftigen Perioden das Risiko, dass vorhandene Kontrollen aufgrund geänderter Umstände nicht mehr angemessen sind oder dass die Disziplin gegenüber den Richtlinien oder Verfahren abnimmt.

Das Management hat eine Überprüfung und Beurteilung der internen Kontrolle der Finanzberichterstattung der Gruppe per 31. Dezember 2012 durchgeführt, gestützt auf die Kriterien, welche das Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO) in der Wegleitung «Internal Control – Integrated Framework» veröffentlicht hat.

Basierend auf dieser Überprüfung und Beurteilung kam das Management, einschliesslich des CEO und des CFO der Gruppe, zum Schluss, dass die interne Kontrolle der Finanzberichterstattung der Gruppe per 31. Dezember 2012 wirksam war.

Die unabhängige Revisionsstelle der Gruppe, KPMG AG, hat eine uneingeschränkte Bestätigung bezüglich der Wirksamkeit der internen Kontrolle der Finanzberichterstattung der Gruppe per 31. Dezember 2012 abgegeben (vgl. dazu den nachfolgenden Bericht).

Änderungen im Bereich der internen Kontrolle der Finanzberichterstattung

Es gab keine Änderungen der internen Kontrolle der Finanzberichterstattung der Gruppe während der für diesen Bericht massgeblichen Rechnungsperiode, die einen wesentlichen Einfluss auf die interne Kontrolle der Finanzberichterstattung der Gruppe hatten oder mit grosser Wahrscheinlichkeit haben können.



KPMG AG
Audit Financial Services
 Badenerstrasse 172
 CH-8004 Zürich

Postfach
 CH-8026 Zürich

Telefon +41 58 249 31 31
 Telefax +41 58 249 44 06
 Internet www.kpmg.ch

Bericht der Independent Registered Public Accounting Firm an die Generalversammlung der

Credit Suisse Group AG, Zürich

Wir haben das interne Kontrollsystem der Credit Suisse Group AG und ihrer Tochtergesellschaften (die „Group“) für die Finanzberichterstattung per 31. Dezember 2012, basierend auf den bestehenden Kriterien des Internal Control – Integrated Framework, das vom Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission herausgegeben wurde, geprüft. Der Verwaltungsrat und das Management der Group sind für die Aufrechterhaltung eines wirksamen internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung und für die Beurteilung von dessen Wirksamkeit, welche im beiliegenden Managementbericht zur Internen Kontrolle der Finanzberichterstattung wiedergegeben ist, verantwortlich. Unsere Aufgabe ist es, aufgrund unserer Prüfung die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung zu beurteilen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des Public Company Accounting Oversight Board (USA). Diese Grundsätze verlangen, dass eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass mit angemessener Sicherheit erkannt werden kann, ob ein wirksames internes Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung in allen wesentlichen Belangen bestand. Unsere Prüfung des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung beinhaltete die Erlangung eines Verständnisses des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung, die Beurteilung des Risikos der Existenz einer wesentlichen Schwachstelle und darauf basierend die Prüfung und Beurteilung der Gestaltung und der operativen Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sowie die Durchführung weiterer Prüfungen, die wir unter den gegebenen Umständen als notwendig erachteten. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Das interne Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung eines Unternehmens ist ein Prozess, der dazu dient, eine angemessene Sicherheit betreffend der Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung und der Erstellung von Abschlüssen für externe Zwecke in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen zu gewährleisten. Das interne Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung beinhaltet diejenigen Richtlinien und Verfahren, welche (1) sich auf eine Buchführung beziehen, die in einem vernünftigen Detaillierungsgrad ordnungsgemäss und angemessen die Transaktionen und Entscheidungen hinsichtlich der Vermögenswerte des Unternehmens wiedergibt; (2) angemessene Sicherheit gewährleisten, dass Transaktionen wie erforderlich erfasst werden, um Abschlüsse in Übereinstimmung mit allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen zu ermöglichen, Einnahmen und Ausgaben des Unternehmens nur mit Genehmigung des Managements und des Verwaltungsrats getätigt werden können sowie (3) angemessene Sicherheit gewährleisten zur Vermeidung oder zur rechtzeitigen Aufdeckung von nicht genehmigtem Erwerb, Gebrauch oder Veräussern von Vermögenswerten des Unternehmens, die einen wesentlichen Einfluss auf die Jahresrechnung haben könnten.

Aufgrund inhärenter Grenzen kann das interne Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung gegebenenfalls Fehlaussagen nicht verhindern oder aufdecken. Zudem sind Projektionen von Beurteilungen über die Wirksamkeit für zukünftige Perioden mit dem Risiko behaftet, dass Kontrollen gegebenenfalls wegen geänderter Verhältnisse unzureichend werden oder sich der Grad der Einhaltung der Richtlinien und Verfahren verschlechtert.

Nach unserer Beurteilung hat die Group basierend auf den bestehenden Kriterien des *Internal Control – Integrated Framework*, das vom Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission herausgegeben wurde, unter allen wesentlichen Gesichtspunkten ein wirksames internes Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung per 31. Dezember 2012 unterhalten.

In Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Public Company Accounting Oversight Board (USA) und den Schweizer Prüfungsstandards haben wir zudem die Konzernrechnung der Group, bestehend aus den konsolidierten Bilanzen für die am 31. Dezember 2012 und 2011 abgeschlossenen Geschäftsjahre und die entsprechenden konsolidierten Erfolgsrechnungen, Eigenkapitalveränderungsrechnungen, Gesamtergebnisse und die Kapitalflussrechnungen sowie die Anhangangaben für die am 31. Dezember 2012, 2011 und 2010 abgeschlossenen Geschäftsjahre geprüft, und in unserem Bericht datiert vom 22. März 2013 haben wir ein uneingeschränktes Prüferurteil bezüglich dieser Konzernrechnung der Group abgegeben.

KPMG AG

Simon Ryder
 Zugelassener Revisionsexperte
 Leitender Revisor

Anthony Anzevino
 Global Lead Partner

Zürich, Schweiz
 22. März 2013

VI

Statutarische Jahresrechnung – Credit Suisse Group

- 421 Bericht der Revisionsstelle
- 423 Statutarische Jahresrechnung
- 425 Anhang zur Jahresrechnung
(Siehe folgende Seite für detailliertes
Verzeichnis)
- 439 Antrag zur Verwendung
des Bilanzgewinns
und Kapitalausschüttung
- 440 Bericht der Kapitalerhöhungsprüfer

Statutarische Jahresrechnung

- 423 Erfolgsrechnung
- 424 Bilanz

Anhang zur Jahresrechnung

- 425 1 Rechnungslegungsgrundsätze
- 425 2 Eventualverbindlichkeiten
- 425 3 Vergütung an Mitglieder der
Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats
- 435 4 Wesentliche Beteiligungen
- 435 5 Durch die Gesellschaft und deren
Gruppen-
gesellschaften gehaltene eigene Aktien
- 435 6 Bedeutende Aktionäre
- 436 7 Aktienkapital, bedingtes Kapital,
Wandlungskapital und genehmigtes Kapital
der Credit Suisse Group
- 438 8 Allgemeine Reserven
- 438 9 Risikobeurteilung



KPMG AG
Audit Financial Services
Badenerstrasse 172
CH-8004 Zürich

Postfach
CH-8026 Zürich

Telefon +41 58 249 31 31
Telefax +41 58 249 44 06
Internet www.kpmg.ch

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung an die Generalversammlung der
Credit Suisse Group AG, Zürich

Als Revisionsstelle haben wir die beiliegende Jahresrechnung der Credit Suisse Group AG, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang für das am 31. Dezember 2012 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Verantwortung des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat ist für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Verwaltungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung der Revisionsstelle

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Jahresrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit dem schweizerischen Gesetz und den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Jahresrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Jahresrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben. Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2012 abgeschlossene Geschäftsjahr dem schweizerischen Gesetz und den Statuten.



Credit Suisse Group AG, Zürich
Bericht der Revisionsstelle zur
Jahresrechnung an die Generalversammlung

Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher Vorschriften

Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen an die Zulassung gemäss Revisionsaufsichtsgesetz (RAG) und die Unabhängigkeit (Art. 728 OR und Art. 11 RAG) erfüllen und keine mit unserer Unabhängigkeit nicht vereinbare Sachverhalte vorliegen.

In Übereinstimmung mit Art. 728a Abs. 1 Ziff. 3 OR und dem Schweizer Prüfungsstandard 890 bestätigen wir, dass ein gemäss den Vorgaben des Verwaltungsrates ausgestaltetes internes Kontrollsystem für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert.

Ferner bestätigen wir, dass der Antrag über die Verwendung des Bilanzgewinnes dem schweizerischen Gesetz und den Statuten entspricht, und empfehlen die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

KPMG AG

Simon Ryder
Zugelassener Revisionsexperte
Leitender Revisor

Ralph Dicht
Zugelassener Revisionsexperte

Zürich, 22. März 2013

Statutarische Jahresrechnung

Erfolgsrechnung

	2012	2011
Ertrag (in Mio. CHF)		
Dividenertrag aus Beteiligungen an Gruppengesellschaften	272	362
Sonstiger Finanzertrag	82	156
Gewinn aus Veräusserung von Anlagevermögen	145	41
Sonstiger Ertrag	167	195
Total Ertrag	666	754
Aufwand (in Mio. CHF)		
Finanzaufwand	223	167
Personalaufwand	60	68
Sonstiger Aufwand	43	41
Wertberichtigungen, Abschreibungen und Rückstellungen	0	2
Steueraufwand	16	20
Total Aufwand	342	298
Reingewinn	324	456

Bilanz

	Verweis auf Anhang	2012	Ende 2011
Aktiven (in Mio. CHF)			
Flüssige Mittel bei Gruppengesellschaften		19	13
Forderungen gegenüber Dritten		8	16
Aktive Rechnungsabgrenzungen – Gruppengesellschaften		161	217
Total Umlaufvermögen		188	246
Beteiligungen an Gruppengesellschaften	4	38 534	35 005
Darlehen an Gruppengesellschaften		4 459	5 859
Finanzanlagen		51	41
Total Anlagevermögen		43 044	40 905
Total Aktiven		43 232	41 151
Passiven (in Mio. CHF)			
Verbindlichkeiten gegenüber Dritten		25	5
Verbindlichkeiten gegenüber Gruppengesellschaften		3 376	4 310
Passive Rechnungsabgrenzungen – Dritte		65	71
Passive Rechnungsabgrenzungen – Gruppengesellschaften		23	67
Total kurzfristige Verbindlichkeiten		3 489	4 453
Darlehen von Gruppengesellschaften		812	2 087
Rückstellungen		312	312
Total langfristige Verbindlichkeiten		1 124	2 399
Total Verbindlichkeiten		4 613	6 852
Aktienkapital	7	53	49
Allgemeine Reserven	8	4 810	1 800
Reserven aus Kapitaleinlagen		14 661	13 679
Allgemeine gesetzliche Reserven		19 471	15 479
Reserven für eigene Aktien	5	3 929	3 929
Freie Reserven		10 500	10 500
Gewinnvortrag		4 342	3 886
Reingewinn		324	456
Bilanzgewinn		4 666	4 342
Total Eigenkapital		38 619	34 299
Total Passiven		43 232	41 151

Anhang zur Jahresrechnung

1 Rechnungslegungsgrundsätze

Die statutarische Jahresrechnung der Holdinggesellschaft wird in Übereinstimmung mit dem Schweizerischen Obligationenrecht erstellt und in Schweizer Franken ausgewiesen. Das Geschäftsjahr endet am 31. Dezember.

2 Eventualverbindlichkeiten

Ende	2012	2011
In Mio. CHF		
Gesamtbetrag der Bürgschaften, Garantieverpflichtungen und sonstigen Eventualverbindlichkeiten (abzüglich der in der Bilanz als Verbindlichkeiten erfassten Risiken)	51 363	54 056
davon zugunsten Tochtergesellschaften	51 363	54 056

Die Gesellschaft gehört der Schweizer MwSt.-Gruppe der Credit Suisse Group an und haftet gegenüber der Steuerbehörde solidarisch für die MwSt.-Verbindlichkeiten der gesamten Gruppe.

3 Vergütung an Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats

Wie nach dem Schweizerischen Obligationenrecht (Artikel 663b bis und Artikel 663c, Absatz 3) vorgeschrieben, hat die Offenlegung bezüglich nahestehender Personen die gewährte Vergütung und die Beteiligungen der Mitglieder des Verwaltungsrats und der Mitglieder der Geschäftsleitung sowie Kredite, die dieser Personengruppe oder mit ihnen verbundenen Personen und Gesellschaften gewährt wurden, zu enthalten.

Vergütung der Geschäftsleitung

Vergütung der Geschäftsleitung für 2012

	Kurzfristige Ansprüche				Vorsorge, ähnliche Leistungen und sonstige Leistungen ¹	Dividenden- äquivalente ²	Zahlungen und Ansprüche auf- grund vertrag- licher Verein- barungen ³	Total Vergütung ⁴
	Basis- salär	Barver- gütung, frei ver- fügbar	Wert der STI- Ansprüche	Wert der LTI- Ansprüche				
2012 (in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt)								
13 Mitglieder ⁵	17.75	13.56 ⁶	20.95 ⁷	15.40 ⁸	4.28	2.18	–	74.12
In % der Gesamtvergütung	24%	18%	28%	21%				
davon am höchsten bezahlt:								
Robert S. Shafir	1.40	0.70	3.50	2.80	1.91 ⁹	0.28	–	10.59
In % der Gesamtvergütung	13%	7%	33%	26%				
davon CEO:								
Brady W. Dougan	2.50	0.50	2.50	2.00	0.04	0.23	–	7.77
In % der Gesamtvergütung	32%	6%	32%	26%				

¹ Sonstige Leistungen bestehen aus Wohnungszulagen, Spesenpauschalen, Kinderzulagen und Gewinnbeteiligung. ² Aktienansprüche beinhalten das Recht auf eine jährliche Zahlung, welche der zahlbaren Dividende auf einer Aktie der Gruppe entspricht. Die ausgewiesenen Dividendenäquivalente wurden in Bezug auf zugeteilte Ansprüche der Vorjahre bezahlt. ³ Im Verlauf von 2012 wurden an Geschäftsleitungsmitglieder keine Zahlungen aufgrund von vertraglichen Vereinbarungen ausgerichtet. ⁴ Nicht enthalten sind Spenden für wohltätige Zwecke von CHF 3,9 Mio., die von der Gruppe gemacht wurden und zu welchen der CEO und ein früheres Geschäftsleitungsmitglied Empfehlungen machen können. ⁵ Von den 13 Mitgliedern, verliessen fünf die Geschäftsleitung im Verlauf von 2012: Karl Landert und Antonio Quintella, die mit Wirkung per 30. April 2012 beziehungsweise 31. Mai 2012 aus der Geschäftsleitung austraten, sowie Osama Abbasi, Walter Berchtold und Fawzi Kyriakos-Saad, die alle mit Wirkung per 30. November 2012 aus der Geschäftsleitung austraten. Das Basissalär und die Leistungsvergütung wurde für diese Personen entsprechend pro-rata berücksichtigt. Diese Personen erhielten variable Vergütung in Form von frei verfügbarer Barvergütung und STI-Ansprüchen für ihre Leistung in der Geschäftsleitung im Jahr 2012. ⁶ Enthält frei verfügbare Pro-rata-Barvergütung von CHF 10,2 Mio. an fünf Personen, welche die Geschäftsleitung im Verlauf des Jahres 2012 verliessen. ⁷ Alle kurzfristigen Leistungsvergütungsansprüche für 2012 wurden als Performance-Aktien zugeteilt. Der anwendbare Aktienkurs der Gruppe für die Performance-Aktienansprüche war CHF 24.62. ⁸ Langfristige Leistungsvergütungsansprüche werden über eine Periode von fünf Jahre erworben und sind am dritten, vierten und fünften Jahrestag nach dem Zuteilungsdatum zahlbar. Der endgültige Wert bei Erwerb hängt von der Erreichung vorausdefinierter Leistungskriterien ab, die sich auf die durchschnittliche relative Aktienrendite und die durchschnittliche Eigenkapitalrendite beziehen. ⁹ CHF 1,87 Mio. dieses Betrags wurde 2012 in Form einer Gewinnbeteiligung zugeteilt (siehe unten). Zusätzlich – im Zusammenhang mit seiner damaligen Funktion als CEO der Division Asset Management – erhielt Herr Shafir 2008 einen Gewinnbeteiligungsanspruch an bestimmten alternativen Anlagefonds. Der im Zeitverlauf realisierte Wert hängt von der Anlage-Performance dieser Fonds während ihres Bestehens von bis zu 15 Jahren ab. Der Anfangswert dieses Anspruchs wird mit Hilfe von Annahmen zur Rendite, die auf diesen Fonds realisiert werden, bestimmt. Der aggregierte theoretische Wert dieser Ansprüche betrug auf Basis einer angenommenen Rendite von 9 Prozent auf allen Fondsanlagen während des geplanten Bestehens der Fonds etwa USD 10 Mio.; dabei wurde die geschätzte Rendite um 25 Prozent reduziert, um eine mögliche schlechtere Performance einzelner Fonds zu berücksichtigen.

Gesamtvergütung 2012 für den CEO und das höchstbezahlte Geschäftsleitungsmitglied

Zur Bestimmung der Vergütung von CEO Brady Dougan bewertete das Compensation Committee das Ergebnis der Gruppe wie auch die Leistung der Geschäftsleitung. In seiner Empfehlung an den Verwaltungsrat berücksichtigte das Compensation Committee für die leistungsbezogene Vergütung von Brady Dougan die im Jahr 2012 deutlich verbesserte Finanzlage der Gruppe, mit einem gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelten bereinigten Vorsteuerergebnis von CHF 5,0 Mia. (Vorjahr CHF 2,4 Mia.). Weiter berücksichtigt wurden die Errungenschaften und die grossen Fortschritte bei der Neuausrichtung des Geschäfts auf das neue regulatorische Umfeld und die Marktbedingungen sowie bei der Erfüllung der anspruchsvollen neuen Kapitalanforderungen, die im Januar 2013 mit der Umsetzung von Basel III in der Schweiz in Kraft traten. Das Compensation Committee anerkannte insbesondere die Reduktion der risikogewichteten Aktiven der Gruppe

gemäss Basel III auf CHF 285 Mia. per Ende 2012 um CHF 55 Mia. gegenüber dem Vorjahr, die Reduktion der Bilanz um CHF 125 Mia., die Erreichung einer Look-through Swiss Core Capital Ratio von 9,0% und die Verbesserung der Leverage Ratio von 4,6% per Ende 2011 auf 5,8% per Ende 2012. In die Beurteilung wurden ferner die Fortschritte bei der Erreichung des anspruchsvollen gruppenweiten Kostenreduktionsziels von CHF 4,4 Mia. bis Ende 2015 sowie die erfolgreiche Transformation der Geschäftstätigkeit der Gruppe berücksichtigt. Zu dieser Transformation gehörten die Schaffung einer integrierten Division Private Banking & Wealth Management und die Änderungen und Neuausrichtungen im Investment Banking. Angesichts der starken Leistung von Brady Dougan im Jahr 2012 und der Tatsache, dass es ihm gelungen ist, das Unternehmen für die Zukunft zu positionieren, entschied der Verwaltungsrat gemäss der Empfehlung des Compensation Committee, Brady Dougan für das Jahr 2012 CHF 0,5 Mio. Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung, einen STI-

Award von CHF 2,5 Mio. und einen LTI-Award von CHF 2,0 Mio. auszurichten. Diese Vergütung wurde als der aktuellen Lage angemessen erachtet.

Das höchstbezahlte Mitglied der Geschäftsleitung im Jahr 2012 war Robert Shafir. Seine Barvergütung ohne Verfügungsbeschränkung für 2012 belief sich auf CHF 0,7 Mio., der STI-Award auf CHF 3,5 Mio. und der LTI-Award auf CHF 2,8 Mio. Die leistungsbezogene Vergütung für das Jahr 2012 erhielt Robert Shafir aufgrund seiner anhaltend starken Leistung. Das Compensation Committee hielt fest, dass Robert Shafir insbesondere die vormalige Division Asset Management erfolgreich neu positioniert hat. Gleichzeitig hat er das finanzielle Ergebnis durch höhere Nettoerträge und einen geringeren Geschäftsaufwand verbessert. Zusätzlich zu seiner Rolle als Leiter der Division Asset Management übernahm er im Mai 2012, nach Antonio Quintellas Ausscheiden aus der Geschäftsleitung, die Funktion des CEO für die Region Americas. Robert Shafirs Gesamtvergütung für 2012 enthielt zudem eine Carried Interest Beteiligung an Private-Equity-Fonds im Asset-Management-Geschäft in Höhe von geschätzten CHF 1,87 Mio. Diese Zuteilung wurde ihm in Zusammenhang mit den grundlegenden strategischen Veränderungen gewährt, die im Asset Management aufgrund der veränderten Kapitalanforderungen und den entsprechenden Massnahmen der Bank erforderlich sind. Ein Carried Interest ist eine Beteiligung an der Anlageperformance eines Private-Equity- oder Hedge-Fonds-Portfolios, die je nach Wertentwicklung des zugrunde liegenden Portfolios an geschätztem Wert gewinnen oder verlieren kann.

Weitere Aspekte der Vergütung der Geschäftsleitung

Spenden für wohltätige Zwecke

Wie in den drei Vorjahren hat das Compensation Committee im Namen der Geschäftsleitung aus dem Pool leistungsbezogener Vergütung für die Geschäftsleitung für 2012 Spendenzahlungen an Wohltätigkeitsorganisationen genehmigt. Die Höhe dieser Spenden belief sich im Jahr 2012 auf CHF 3,9 Mio. Die Spenden sollen eingetragenen Wohltätigkeitsorganisationen zugutekommen. Der CEO und ein ehemaliges Geschäftsleitungsmitglied können Empfehlungen über die Zuteilung der Spenden für 2012 abgeben.

Mindestanforderungen in Bezug auf den Aktienbesitz

Die Gruppe hat die Mindestanforderungen in Bezug auf den Aktienbesitz für Mitglieder der Geschäftsleitung und die Mitglieder der Management Committees der Divisionen und der Regionen wie folgt festgelegt:

- CEO: 350 000 Aktien;
- Übrige Mitglieder der Geschäftsleitung: 150 000 Aktien;
- Führungskräfte, die für die Divisionen Private Banking & Wealth Management sowie Investment Banking verantwortlich sind: 50 000 Aktien; und
- Führungskräfte, die für Shared-Services-Funktionen verantwortlich sind: 20 000 Aktien.

Die jeweilige Schwelle bezieht sich auf alle von den Führungskräften oder in deren Namen gehaltenen Aktien der Gruppe, einschliesslich der noch nicht übertragenen Aktienansprüche. Die betroffenen Führungskräfte unterliegen Beschränkungen hinsichtlich des Verkaufs von Aktien der Gruppe, einschliesslich der bereits übertragenen Aktienansprüche, solange die genannten Mindestanforderungen nicht erfüllt sind. Die Gruppe verbietet den Mitarbeitenden die Durchführung von Transaktionen zur Absicherung des Werts von nicht erworbenen Aktienansprüchen. Die Verpfändung nicht erworbener Aktienansprüche durch Mitglieder der Geschäftsleitung ist ebenfalls unzulässig, es sei denn, es liegt die ausdrückliche Genehmigung des Compensation Committee vor.

Vergütung der Geschäftsleitung für 2011

	Basis- salär	Barver- gütung, frei ver- fügbar	Wert der Aktienan- sprüche	Wert der PAF2-An- sprüche	Vorsorge, ähnliche Leistungen und sonstige Leistungen	Dividenden- äquivalente	Zahlungen und Ansprüche auf- grund vertrag- licher Verein- barungen	Total Vergütung
2011 (in Mio. CHF, wo nicht anders vermerkt)								
13 Mitglieder	19.38	– ⁵	32.83 ⁶	12.48 ⁷	2.66	2.85	–	70.20
In % der Gesamtvergütung	28%		47%	18%				
davon am höchsten bezahlt:								
Robert S. Shafir	1.32	–	4.39	2.37	0.02	0.40	–	8.50
In % der Gesamtvergütung	16%		52%	28%				
davon CEO:								
Brady W. Dougan	2.50	–	3.00	–	0.02	0.30	–	5.82
In % der Gesamtvergütung	43%		52%					

¹ Sonstige Leistungen bestehen aus Wohnungszulagen, Spesenpauschalen und Kinderzulagen. ² Aktienansprüche beinhalten das Recht auf eine jährliche Zahlung, welche der Dividende einer Aktie der Gruppe entspricht. Die ausgewiesenen Dividendenäquivalente wurden in Bezug auf zugeteilte Ansprüche der Vorjahre bezahlt. ³ Im Verlauf von 2011 wurden an Geschäftsleitungsmitglieder keine Zahlungen aufgrund von vertraglichen Vereinbarungen ausgerichtet. ⁴ Nicht enthalten sind Spenden für wohltätige Zwecke von CHF 13 Mio., die von der Gruppe gemacht wurden und zu welchen bestimmte Geschäftsleitungsmitglieder einschliesslich des CEO Empfehlungen machen konnten. ⁵ Per 31. Dezember 2011 erhielt kein Geschäftsleitungsmitglied eine frei verfügbare Barvergütung. ⁶ Enthält CHF 22,8 Mio. Performance-Aktienansprüche; der anwendbare Aktienkurs der Gruppe war CHF 21.90. ⁷ Der Wert der Partner Asset Facility 2011 entsprach dem Fair Value per Zuteilungsdatum am 1. März 2012.

Vertragsdauer, Kontrollwechsel und Kündigungsbestimmungen

Sämtliche Mitglieder der Geschäftsleitung haben unbefristete Arbeitsverträge, die bis zu ihrer Beendigung in Kraft bleiben. Mitglieder der Geschäftsleitung müssen eine vertragliche Kündigungsfrist von mindestens sechs Monaten einhalten und haben im Falle einer Beendigung des Anstellungsverhältnisses durch die Gruppe ebenfalls Anrecht auf eine Kündigungsfrist von sechs Monaten. Darüber hinaus bestehen keine zusätzlichen Verträge, Vereinbarungen oder Abmachungen mit den Mitgliedern der Geschäftsleitung, die Zahlungen oder Leistungen im Zusammenhang mit einer Beendigung des Anstellungsverhältnisses vorsehen, die anderen Mitarbeitenden der Gruppe generell nicht zustehen. Im Falle einer Beendigung des Anstellungsverhältnisses beispielsweise gelten in Bezug auf ausstehende Vergütungsansprüche festgelegte Bedingungen, je nachdem, ob es sich dabei um ein freiwilliges, unfreiwilliges oder durch einen Kontrollwechsel bedingtes Ausscheiden handelt.

Bei einem Kontrollwechsel bestimmt das Compensation Committee oder der Verwaltungsrat, wie die ausstehenden Ansprüche aller Mitarbeitenden, einschliesslich der Geschäftsleitungsmitglieder, zu behandeln sind. Die Arbeitsverträge der Mitglieder der Geschäftsleitung enthalten keine Bestimmungen, welche bei einem Kontrollwechsel eine Auszahlung jeglicher Art von ausserordentlichen Leistungen einschliesslich besonderer Abgangsentschädigungen erfordern.

Für den Fall der Kündigung eines Mitglieds der Geschäftsleitung ohne Grund bestehen keine vorab festgelegten vertraglichen Ansprüche auf eine Abfindung. Dennoch können die Höhe und die Bedingungen einer solchen Abfindung zwischen der Gruppe und dem betreffenden Geschäftsleitungsmitglied vereinbart werden.

Ehemalige Mitglieder der Geschäftsleitung

Im Jahr 2012 traten fünf Personen aus der Geschäftsleitung aus; sie waren per 31. Dezember 2012 weiterhin für die Gruppe tätig. Mit vier der genannten Personen wurden Vereinbarungen über die Beendigung der Arbeitsverhältnisse im Verlauf des Jahres 2013 getroffen.

Ehemalige Mitglieder der Geschäftsleitung, die nicht mehr für die Gruppe tätig sind, haben auf ihre Anfrage hin immer noch Anspruch auf Sachleistungen in Form von Bürobeneutzung und Sekretariatsunterstützung. Diese Dienstleistungen werden nur sporadisch in Anspruch genommen und durch bereits bestehende Ressourcen abgedeckt. Während des Jahres 2012 wurden keine zusätzlichen Honorare, Abfindungen oder andere Vergütungen zugunsten ehemaliger Mitglieder der Geschäftsleitung, die nicht mehr für die Gruppe tätig sind, beziehungsweise diesen nahestehenden Personen bezahlt.

Aktienbestände und Kredite der Geschäftsleitung

Aktienbestände der Geschäftsleitung

Die in der Tabelle unten offengelegten Aktienbestände umfassen den Besitz des jeweiligen Geschäftsleitungsmitglieds, enger Familienmitglieder sowie durch diese Personen kontrollierte Unternehmen. Die noch nicht übertragenen Aktienansprüche beziehen sich nicht auf Zuteilungen nach dem 31. Dezember 2012. Die Erhöhung der Anzahl der per Ende 2012 nicht erworbenen Aktienansprüche gegenüber dem Jahr 2011 ging auf die von den einzelnen Mitgliedern der Geschäftsleitung getroffenen Entscheidungen zurück, alle ihre nicht erworbenen Adjustable-Performance-Plan-Ansprüche aus den Jahren 2010 und 2009 in aktienbasierte Ansprüche umzuwandeln, sowie auf die im Jahr 2012 für 2011 gewährten aktienbasierten Ansprüche. Die Möglichkeit der freiwilligen Umwandlung wurde allen Mitarbeitenden mit Adjustable-Performance-Plan-Baransprüchen im Rahmen der 2012 angekündigten Kapitalstärkungsmassnahmen angeboten.

Der Wert von noch nicht vollständig übertragenen aktienbasierten Vergütungsansprüchen von Mitgliedern der Geschäftsleitung aus früheren Jahren variiert in Abhängigkeit vom Kurs der Aktie der Gruppe, von der verbleibenden Übertragungsdauer

sowie von weiteren Faktoren, die sich auf den Fair Value des Anspruchs auswirken können. Die Tabelle «Aktienbestände und andere aufgeschobene Ansprüche nach Empfängern» enthält Angaben zum Wert von noch nicht übertragenen aktienbasierten Vergütungsansprüchen von Mitgliedern der Geschäftsleitung am 31. Dezember 2012. Der kumulierte Gesamtwert dieser noch nicht übertragenen aktienbasierten Vergütungsansprüche war per 31. Dezember 2012 im Vergleich zum Wert am jeweiligen Zuteilungsdatum um 6% höher.

Nach der 2012 erfolgten Umwandlung der Adjustable-Performance-Plan-Baransprüche in Aktienansprüche bestehen noch zwei laufende Programme für aufgeschobene Barvergütung aus früheren Jahren, an denen Mitglieder der Geschäftsleitung Ansprüche haben: die Partner Asset Facility 2008 (PAF), und die Partner Asset Facility 2011 (PAF 2). Der Gesamtwert dieser Baransprüche am Zuteilungsdatum hatte CHF 12,2 Mio. betragen und belief sich per 31. Dezember 2012 auf CHF 20,1 Mio. Der Wert dieser Ansprüche variiert in Abhängigkeit vom Wert der den PAF- und PAF2-Ansprüchen zugrunde liegenden Portfolios und von der Dauer der verbleibenden Laufzeit.

Von der Geschäftsleitung gehaltene Bestände und Werte aufgeschobener aktienbasierter Ansprüche nach Empfängern

Ende	Anzahl eigene Aktien ¹	Anzahl nicht erworbene Aktienansprüche	Anzahl eigene Aktien und nicht erworbene Aktienansprüche	Anzahl nicht erworbene ISUs	Anzahl nicht erworbene SISUs	Anzahl Optionen	Wert der nicht erworbenen Ansprüche bei Zuteilung (in CHF)	Aktueller Wert der nicht erworbenen Ansprüche (in CHF)
31. Dezember 2012								
Brady W. Dougan	906 929	666 068	1 572 997	–	76 102	–	18 945 613	19 815 939
Romeo Cerutti	80 279	320 261	400 540	–	23 272	–	8 446 679	9 172 331
Tobias Guldemann	57 763	375 725	433 488	–	29 090	–	9 964 935	10 808 561
David R. Mathers	0	461 439	461 439	–	15 130	1 095 ²	11 174 895	12 724 392
Hans-Ulrich Meister	178 198	550 776	728 974	–	46 546	–	14 848 594	15 948 497
Robert S. Shafir	387 544	736 377	1 123 921	–	62 320	–	19 807 159	21 325 210
Pamela A. Thomas-Graham	4 583	239 137	243 720	–	14 382	–	6 342 875	6 768 957
Eric M. Varvel	62 169	454 785	516 954	–	55 470	–	13 996 715	13 623 809
Total	1 677 465 ³	3 804 568	5 482 033	–	322 312	1 095	103 527 465	110 187 696
31. Dezember 2011								
Brady W. Dougan	870 586	117 754	988 340	–	114 153	–	12 538 963	5 118 187
Osama S. Abbasi	233 801	75 354	309 155	3 771	44 232	–	6 218 957	2 804 282
Walter Berchtold	700 040	157 005	857 045	42 023	106 473	–	15 093 404	7 653 886
Romeo Cerutti	37 543	66 426	103 969	7 260	34 908	–	5 343 325	2 554 139
Tobias Guldemann	20 124	66 426	86 550	8 399	43 635	–	5 968 402	2 796 587
Fawzi Kyriakos-Saad	199 942	75 354	275 296	35 973	34 425	–	6 667 886	3 997 001
Karl Landert	96 248	66 426	162 674	34 039	45 381	–	6 967 319	3 957 127
David R. Mathers	16 420	78 503	94 923	17 588	22 695	14 960 ⁴	5 547 285	3 003 091
Hans-Ulrich Meister	46 676	108 696	155 372	39 751	69 819	–	10 554 425	5 679 330
Antonio C. Quintella	112 323	37 677	150 000	–	–	–	1 559 828	831 531
Robert S. Shafir	190 489	127 522	318 011	84 480	93 480	–	14 460 480	8 574 359
Pamela A. Thomas-Graham	4 583	46 372	50 955	–	21 573	–	3 368 158	1 499 546
Eric M. Varvel	0	139 810	139 810	39 183	83 205	–	12 721 715	6 636 589
Total	2 528 775	1 163 325	3 692 100	312 467	713 979	14 960	107 010 147	55 105 655

¹ Beinhaltet Aktien, die ursprünglich als aufgeschobene Vergütung zugeteilt wurden und nun erworben wurden. ² Besteht aus Optionen mit Verfall per 22. Januar 2013 und einem Ausübungspreis von CHF 30.60. ³ Zusätzlich zu den gezeigten gehaltenen Aktien, hielten die folgenden Geschäftsleitungsmitglieder eine Anzahl von insgesamt 2 320 bedingten Pflichtwandelanleihen (MACCS): Brady Dougan (1 336), Romeo Cerutti (60), Hans-Ulrich Meister (262), Robert Shafir (571) und Eric Varvel (91). Diese Wertschriften werden am 29. März 2013 zum Wandelpreis von CHF 16.29 in 143 033 Aktien gewandelt mit Ausführung und Lieferung der Aktien Anfang April 2013. ⁴ Besteht aus 1 095 Optionen mit Verfall per 22. Januar 2013 und einem Ausübungspreis von CHF 30.60 und 13 865 Optionen mit Verfall per 3. Dezember 2012 und einem Ausübungspreis von CHF 34.10.

Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung

Die den Mitgliedern der Geschäftsleitung gewährten Kredite sind mehrheitlich Hypotheken oder Ausleihungen gegen Wertschriftendeckung. Sie richten sich nach den für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geltenden Bedingungen. Am 31. Dezember 2012, 2011 und 2010 beliefen sich die ausstehenden Kredite der Mitglieder der Geschäftsleitung auf CHF 8 Mio., CHF 22 Mio. beziehungsweise CHF 18 Mio. Die Anzahl Personen mit ausstehenden Krediten zu Beginn und am Ende des Jahres 2012 betrug sechs beziehungsweise drei. Der höchste ausstehende Kredit belief sich auf CHF 4 Mio. und betraf Eric Varvel.

Alle den Mitgliedern der Geschäftsleitung gewährten Hypothekendarlehen sind entweder variabel oder festverzinslich. Festhypotheken werden in der Regel für einen Zeitrahmen von bis zu zehn Jahren abgeschlossen. Die verwendeten Zinssätze beruhen auf dem Refinanzierungssatz zuzüglich einer Marge und entsprechen den für andere Mitarbeitende anwendbaren Zinssätzen und übrigen Konditionen. Ausleihungen gegen Wertschriftendeckung werden ebenfalls zu Zinssätzen und Konditionen gewährt, wie sie für Mitarbeitende üblich sind. Bei der Gewährung von Krediten an diese Personen kommen die gleichen Bewilligungs- und Risikobeurteilungsverfahren, wie sie für alle Mitarbeitenden üblich sind, zur Anwen-

derung. Falls nichts anderes vermerkt ist, erfolgten sämtliche Kredite an Geschäftsleitungsmitglieder im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit sowie im Wesentlichen zu denselben Konditionen einschliesslich Zinssätzen und Sicherheiten, wie sie zum jeweiligen Zeitpunkt für vergleichbare Transaktionen mit anderen Personen galten, und unter Berücksichtigung der für sämtliche Mitarbeitenden der Gruppe geltenden Bedingungen. Das Einbringlichkeitsrisiko dieser Kredite hielt sich im üblichen Rahmen, zudem weisen sie keine anderen ungünstigen Eigenschaften auf.

Vergütung des Verwaltungsrats

Die Vergütung der Mitglieder des Verwaltungsrats wird in Übereinstimmung mit den Statuten, dem OGR und dem Reglement des Compensation Committee festgelegt. Die Vergütung wird jährlich vom Verwaltungsrat auf Empfehlung des Compensation Committee genehmigt. Sämtliche Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten ein Basishonorar für diese Tätigkeit plus ein Kommissions- oder zusätzliches Honorar in Abhängigkeit von Aufgaben- und Verantwortungsbereich sowie vom Zeitaufwand des jeweiligen Verwaltungsratsmitglieds. Der vollamtliche Präsident, der Vizepräsident und die drei Vorsitzenden der Kommissionen tragen die grösste Verantwortung und wenden am meisten Zeit für die Erfüllung ihrer Pflichten als Verwaltungsräte auf. Daher erhalten diese Personen ein höheres jährliches Basishonorar als die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats und können zusätzliche Honorare beanspruchen, die sich nach ihren spezifischen Rollen richten. Das Basishonorar und die Kommissionshonorare werden vom Verwaltungsrat auf Empfehlung des Compensation Committee festgesetzt und decken den Zeitraum von zwölf Monaten zwischen der diesjährigen Generalversammlung und jener des folgenden Jahres ab. Die Vergütung erfolgt in Form von Barzahlungen und von für die Dauer von vier Jahren gesperrten Aktien der Gruppe. Indem der Verwaltungsrat zu einem bedeutenden Teil in Form von gesperrten Aktien entschädigt wird, stellen wir gleichzeitig die Ausrichtung seiner Interessen mit denen der Aktionäre sicher.

Die Verwaltungsratsmitglieder ohne spezifische Führungsaufgaben (zehn Personen) erhielten für 2012 ein jährliches Basishonorar von CHF 250 000 sowie ein jährliches Kommissionshonorar für ihre Mitarbeit im Audit Committee, im Risk Committee oder im Compensation Committee. Es wurden die folgenden Kommissionshonorare ausgerichtet: CHF 150 000 für das Audit Committee, CHF 100 000 für das Risk Committee und CHF 100 000 für das Compensation Committee. Mitglieder des Chairman's and Governance Committees erhalten kein Kommissionshonorar.

Vergütung des Verwaltungsratspräsidenten

Der Präsident des Verwaltungsrats erhält ein Basishonorar plus ein zusätzliches Honorar, das vom Compensation Committee vorgeschlagen und vom Verwaltungsrat genehmigt wird. Das zusätzliche Honorar für den Verwaltungsratspräsidenten kann von einem Jahr auf das nächste in Abhängigkeit vom finanziellen Ergebnis der Gruppe und von der persönlichen Leistung variieren. Das Basishonorar und das zusätzliche Honorar entsprechen dem vollamtlichen Status des Verwaltungsratspräsidenten und seiner aktiven Rolle bei der Gestaltung der Strategie der Gruppe, der Leitung ihrer Geschäfte und der Vertretung der Gruppe gegenüber ihren Aktionären. Der Verwaltungsratspräsident koordiniert die Arbeit des Verwaltungsrats, arbeitet mit den Kommissionsvorsitzenden bei der Koordination der Aufgaben der Kommissionen zusammen und stellt einen ausreichenden Informationsfluss unter den einzelnen Verwaltungsratsmitgliedern sicher, damit diese ihre Verantwortung ordnungsgemäss wahrnehmen können. Der Verwaltungsratspräsident bestimmt die Agenda und wichtige Schlüsselthemen des Verwaltungsrats, insbesondere hinsichtlich der strategischen Entwicklung, Nachfolgeplanung, Strukturierung und Organisation der Gruppe sowie der Vergütung und Vergütungssysteme einschliesslich der Leistungsbeurteilung und der Vergütung des CEO und der Geschäftsleitung. Er führt den Vorsitz im Verwaltungsrat, im Chairman's and Governance Committee und in den Generalversammlungen, leitet die Corporate Governance der Gruppe und übernimmt eine aktive Rolle bei der Vertretung der Gruppe gegenüber wichtigen Aktionären, Investoren, Aufsichtsbehörden, Branchenvereinigungen und anderen Anspruchsgruppen.

Der Präsident des Verwaltungsrats, Urs Rohner, erhielt für das Geschäftsjahr 2012 eine Gesamtvergütung von CHF 5,2 Mio. Davon waren CHF 2,5 Mio. das Basishonorar, CHF 2,5 Mio. das Zusatzhonorar und CHF 0,2 Mio. eine weitere Vergütung, die hauptsächlich aus vorsorgeähnlichen Leistungen bestand. Von den CHF 5,2 Mio. wurden CHF 4,0 Mio. in bar und CHF 1,2 Mio. in Form von für die Dauer von vier Jahren gesperrten Aktien der Gruppe ausgerichtet. Im Vorjahr hatte Urs Rohner für seine Funktion als Vize-Präsident und später als Präsident des Verwaltungsrats, die er auf der Generalversammlung im April 2011 übernahm, eine Gesamtvergütung von CHF 4,3 Mio. erhalten. Die dem Verwaltungsratspräsidenten zugeteilte Gesamtvergütung für das Jahr 2012 ist Ausdruck der verbesserten Ertragskraft der Gruppe und der in der Einschätzung durch das Compensation Committee unter schwierigen Umständen erbrachten Leistungen von Urs Rohner. Insbesondere ist sie Anerkennung für die erfolgreiche Führung des Verwaltungsrats, für die straffe Steuerung und Überwachung der strategischen Entwicklung der Gruppe einschliesslich der Neuausrichtung der Geschäftsstruktur und der

Organisation auf die jüngsten regulatorischen Auflagen, für seinen aktiven Austausch mit massgeblichen Interessengruppen und Aufsichtsbehörden sowie für die Vertretung der Gruppe in verschiedenen Branchenvereinigungen.

Vergütung des Vizepräsidenten und der Vorsitzenden der Kommissionen

Der Vizepräsident des Verwaltungsrats, Peter Brabeck-Letmathe, erhielt ein jährliches Basishonorar in Höhe von CHF 400 000; er bezog aber kein Ausschuss- oder zusätzliches Honorar. Aziz R.D. Syriani, Richard E. Thornburgh und John Tiner erhielten für ihre Funktion als Vorsitzende der Kommissionen ein jährliches Basishonorar sowie ein zusätzliches Honorar im Zusammenhang mit der grösseren Verantwortung und dem zusätzlichen Zeitaufwand für die Ausübung dieses Amtes. Das jährliche Basishonorar für die beiden Vorsitzenden des Audit Committee und des Risk Committee betrug für 2012 CHF 400 000 und für den Vorsitzenden des Compensation Committee CHF 350 000. Das Basishonorar für die Kommissionsvorsitzenden wird vom Compensation Committee festgesetzt und deckt den Zeitraum von zwölf Monaten zwischen der

diesjährigen GV und jener des folgenden Jahres ab. Das zusätzliche Honorar für die drei Kommissionsvorsitzenden kann je nach effektivem Zeitaufwand von Jahr zu Jahr variieren und wird im Einklang mit dem jährlichen variablen Vergütungszyklus für das laufende Jahr festgesetzt und entrichtet. Das zusätzliche Honorar für die Vorsitzenden des Audit und des Risk Committee, die auch Mitglieder anderer Kommissionen sind, deckt ferner ihre Tätigkeit in Kommissionen ab, die sie nicht leiten.

Ehemalige Mitglieder des Verwaltungsrats

Drei ehemalige Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten Sachleistungen in Form von Bürobenuzung und Sekretariatsunterstützung. Diese Dienstleistungen werden nur sporadisch in Anspruch genommen und durch bereits bestehende Ressourcen abgedeckt. Während des Jahres 2012 wurden keine zusätzlichen Honorare, Abfindungen oder keine andere Vergütung zugunsten gegenwärtiger oder ehemaliger Mitglieder des Verwaltungsrats beziehungsweise diesen nahe stehenden Personen bezahlt.

Vergütung des Verwaltungsrats für 2012

	Basis- honorar Verwal- tungsrat	Honorar für Ver- waltungs- ratsaus- schuss	Zusätzliche Honorare ¹	Sonstige Vergü- tungs- kategorien ²	Total Vergü- tung	Gewährt in bar	In % der Gesamt- vergütung	Gewährt in Aktien der Gruppe	In % der Gesamt- vergütung	Anzahl Aktien der Gruppe ³
2012/2013 (in CHF)										
Urs Rohner, Präsident ⁴	2 500 000	–	2 500 000	234 881	5 234 881	3 984 881	76%	1 250 000	24%	50 772
Peter Brabeck-Letmathe, Vize-Präsident ⁵	400 000	–	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	9 026
Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani ⁵	250 000	–	–	–	250 000	125 000	50%	125 000	50%	5 641
Robert H. Benmosche ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	7 898
Iris Bohnet ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	7 898
Noreen Doyle ⁵	250 000	100 000	182 600	–	532 600	357 600	67%	175 000	33%	7 898
Jean-Daniel Gerber ⁵	250 000	150 000	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	9 026
Walter B. Kielholz ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	7 898
Andreas N. Koopmann ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	7 898
Jean Lanier ⁵	250 000	250 000	–	–	500 000	250 000	50%	250 000	50%	11 282
Anton van Rossum ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	7 898
Aziz R.D. Syriani, Vorsitzender des Compensation Committee ⁴	350 000	–	400 000	–	750 000	522 500	70%	227 500	30%	9 241
David W. Syz ⁵	250 000	150 000	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	9 026
Richard E. Thornburgh, Vorsitzender des Risk Committee ⁴	400 000	–	1 000 000	–	1 400 000	900 000	64%	500 000	36%	20 309
John Tiner, Vorsitzender des Audit Committee ⁴	400 000	–	1 000 000	–	1 400 000	900 000	64%	500 000	36%	20 309
Total	6 550 000	1 150 000	5 082 600	234 881	13 017 481	8 514 981	65%	4 502 500	35%	192 020

¹ Enthält die Zusatzhonorare für den Präsidenten im Vollamt und die drei Ausschussvorsitzenden sowie die Zusatzhonorare, die an Noreen Doyle im Jahr 2012 als nicht geschäftsführende Direktorin der zwei britischen Tochtergesellschaften der Gruppe, Credit Suisse International und Credit Suisse Securities Europe Limited bezahlt wurden. Die Zusatzhonorare von CHF 182 600 für Noreen Doyle entsprachen dem jährlichen Honorar von GBP 125 000, die Noreen Doyle 2012 als nicht geschäftsführende Direktorin (Jahreshonorar von GBP 100 000) und als Vorsitzende des Audit Committee (Zusatzhonorar von GBP 25 000) von Credit Suisse International and Credit Suisse Securities Europe Limited erhielt. ² Sonstige Vergütung für den Präsidenten enthielt Spesenpauschalen, Kinderzulagen, Krankenversicherungsbeiträge und Vorsorgeleistungen. ³ Der Wert der Aktien der Gruppe ist in der Gesamtvergütung enthalten. Die Aktien der Credit Suisse Group AG unterliegen einer vierjährigen Sperrfrist. ⁴ Der Präsident und die drei Ausschussvorsitzenden erhielten ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar in bar. Sie erhielten auch Zusatzhonorare in bar und/oder Aktienansprüchen, welche durch den Verwaltungsrat im ordentlichen Vergütungsprozess bestimmt wurden. Die an diese vier Personen ausgerichteten Zusatzhonorare wurden in Aktien der Gruppe (zu 50%) und bar (zu 50%) bezahlt. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug CHF 24.62. ⁵ Ausser dem Präsidenten und den drei Vorsitzenden der Ausschüsse erhielten Verwaltungsratsmitglieder ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar und ein Ausschusshonorar für ihre jeweilige Ausschussmitgliedschaft vorschüssig für die Periode zwischen zwei Generalversammlungen, das heisst vom 27. April 2012 bis 26. April 2013. Die jährlichen Ausschusshonorare betragen CHF 150 000 für das Audit Committee und CHF 100 000 für die Risk und Compensation Committee. Für 2012 wurden die Gesamthonorare in Aktien der Gruppe (zu 50%) und bar (zu 50%) ausgerichtet. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug per Generalversammlung 2012 CHF 22.16.

Vergütung des Verwaltungsrats für 2011

	Basis-honorar Verwal- tungsrat	Honorar für Ver- waltungs- ratsaus- schuss	Vergütung für funktionale Aufgaben	Sonstige Vergü- tungs- kategorien ¹	Total Vergü- tung	Gewährt in bar	In % der Gesamt- vergütung	Gewährt in Aktien der Gruppe	In % der Gesamt- vergütung	Anzahl Aktien der Gruppe ²
2011/2012 (in CHF)										
Urs Rohner, Präsident ^{3,4}	2 100 000	–	2 000 000	234 881	4 334 881	3 334 881	77%	1 000 000	23%	45 663
Hans-Ulrich Dörig, ehemaliger Präsident ³	750 000	–	666 667	–	1 416 667	1 416 667	100%	–	–	–
Peter Brabeck-Letmathe, Vize-Präsident	400 000	–	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	5 088
Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani ⁵	250 000	–	–	–	250 000	125 000	50%	125 000	50%	3 180
Robert H. Benmosche ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	4 452
Noreen Doyle ^{5,6}	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	4 452
Walter B. Kielholz ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	4 452
Andreas N. Koopmann ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	4 452
Jean Lanier ⁵	250 000	250 000	–	–	500 000	250 000	50%	250 000	50%	6 360
Anton van Rossum ⁵	250 000	100 000	–	–	350 000	175 000	50%	175 000	50%	4 452
Aziz R.D. Syriani, Vorsitzender des Compensation Committee ⁴	350 000	–	400 000	–	750 000	522 500	70%	227 500	30%	10 389
David W. Syz ⁵	250 000	150 000	–	–	400 000	200 000	50%	200 000	50%	5 088
Richard E. Thornburgh, Vorsitzender des Risk Committee ⁴	400 000	–	1 000 000	–	1 400 000	900 000	64%	500 000	36%	22 832
John Tiner, Vorsitzender des Audit Committee ⁴	400 000	–	666 666 ⁷	–	1 066 666	733 333	69%	333 333	31%	15 221
Peter F. Weibel ⁵	250 000	150 000	465 000 ⁷	–	865 000	665 000	77%	200 000	23%	5 088
Total	6 650 000	1 050 000	5 198 333	234 881	13 133 214	9 222 381	70%	3 910 833	30%	141 169

¹ Sonstige Vergütung enthielt Spesenpauschalen, Kinderzulagen, Krankenversicherungsbeiträge und Vorsorgeleistungen. ² Der Wert der Aktien der Gruppe ist in der Gesamtvergütung enthalten. Die Aktien der Credit Suisse Group AG unterliegen einer vierjährigen Sperrfrist. ³ Hans-Ulrich Doerig und Urs Rohner dienten in der Funktion als Präsident im Vollamt beziehungsweise Vize-Präsident im Vollamt vom Januar 2011 bis zur GV im April 2011. Anlässlich der GV 2011 trat Urs Rohner die Nachfolge von Hans-Ulrich Doerig in der Funktion des Präsidenten im Vollamt an. ⁴ Verwaltungsratsmitglieder mit funktionalen Aufgaben erhielten ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar in bar. Zusätzlich erhielten sie eine variable Vergütung in bar und/oder in Aktienansprüchen, welche durch den Verwaltungsrat im ordentlichen Management-Vergütungsprozess bestimmt wurde. Grundsätzlich wurde die für 2011 zugeteilte variable Vergütung in Aktien der Gruppe (zu 50%) und in bar (zu 50%) ausgerichtet. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug CHF 21.90. ⁵ Verwaltungsratsmitglieder ohne funktionalen Aufgaben erhielten ein jährliches Verwaltungsratsbasishonorar und ein Ausschusshonorar für ihre jeweilige Ausschussmitgliedschaft vorschüssig für die Periode zwischen zwei Generalversammlungen, das heisst vom 29. April 2011 bis 27. April 2012. Die jährlichen Ausschusshonorare betragen CHF 150 000 für das Audit Committee und CHF 100 000 für die Risk und Compensation Committee. Für 2011 wurden die Gesamthonorare in Aktien der Gruppe (zu 50%) und bar (zu 50%) ausgerichtet. Der anwendbare Kurs für die Aktie der Gruppe betrug per GV 2011 CHF 39.31. ⁶ Im Juli 2011 wurde Noreen Doyle zur nicht geschäftsführenden Direktorin und Vorsitzenden des Audit Committee der britischen Tochtergesellschaft Credit Suisse International und Credit Suisse Securities Europe Limited ernannt. Sie erhielt dafür ein Honorar von insgesamt GBP 50 000. ⁷ Peter F. Weibel war bis zur Generalversammlung 2011 Vorsitzender des Audit Committee. Nachfolgend übernahm John Tiner diese Funktion.

Aktienbesitz sowie Kredite des Verwaltungsrats

Aktienbestände der Mitglieder des Verwaltungsrats

Die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Zahlen umfassen den Aktienbesitz der jeweiligen Verwaltungsratsmitglieder, enger Familienmitglieder sowie vom entsprechenden Verwaltungsratsmitglied kontrollierter Unternehmen. Per 31. Dezember 2012 hielten keine Mitglieder des Verwaltungsrats ausstehende Optionen.

Aktienbesitz des Verwaltungsrats nach Empfängern

	2012	2011
31. Dezember (in Aktien)¹		
Urs Rohner	244 422	221 056
Peter Brabeck-Letmathe	120 999	108 820
Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani	11 790	5 696
Robert H. Benmosche	30 872	23 304
Iris Bohnet	7 898	–
Noreen Doyle	41 324	31 837
Jean-Daniel Gerber	9 826	–
Walter B. Kielholz	292 424	281 891
Andreas N. Koopmann	30 469	21 400
Jean Lanier	43 881	30 912
Anton van Rossum	48 598	38 831
Aziz R.D. Syriani	76 774	66 385
David W. Syz	92 745	81 193
Richard E. Thornburgh	218 456	283 600
John Tiner	24 799	8 625
Total	1 295 277²	1 203 550³

¹ Beinhaltet Aktien mit einer Sperrfrist von bis zu vier Jahren. ² Zusätzlich zu den gezeigten gehaltenen Aktien, hielten die folgenden Verwaltungsratsmitglieder eine Anzahl von insgesamt 1 519 bedingten Pflichtwandelanleihen (MACCS): Urs Rohner (395), Peter Brabeck-Letmathe (175), Jassim Bin Hamad J.J. Al Thani (17), Iris Bohnet (11), Walter Kielholz (431), Andreas Koopmann (44), Aziz Syriani (113), Richard Thornburgh (297) und John Tiner (36). Diese Wertschriften werden am 29. März 2013 zum Wandelpreis von CHF 16.29 in 93 247 Aktien gewandelt mit Ausführung und Lieferung der Aktien Anfang April 2013. ³ Nicht enthalten sind 72 232 Aktien, die Peter Weibel per 31. Dezember 2011 besass. Er trat per 27. April 2012 aus dem Verwaltungsrat aus.

Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrats

Die den Mitgliedern des Verwaltungsrats gewährten Kredite sind mehrheitlich Hypotheken oder Ausleihungen gegen Wertschriftendeckung. Sie richteten sich nach für Drittparteien geltenden Bedingungen. Per 31. Dezember 2012, 2011 und 2010 beliefen sich die ausstehenden Kredite auf CHF 40 Mio., CHF 34 Mio. beziehungsweise CHF 35 Mio.

Bei Mitgliedern des Verwaltungsrats, die Kredite erhalten, gelangen nicht die Mitarbeiterkonditionen zur Anwendung, es gelten die gleichen Bedingungen wie für Kunden mit einer vergleichbaren Bonität. Mitglieder des Verwaltungsrats, die vormals Mitarbeitende der Gruppe waren, können über ausstehende Kredite verfügen, die ihnen seinerzeit zu Mitarbeiterbedingungen verlängert worden waren. Falls nichts anderes vermerkt ist, erfolgten sämtliche Kredite an Verwaltungsratsmitglieder im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit sowie im Wesentlichen zu denselben Konditionen einschliesslich Zinssätzen und Sicherheiten, wie sie zum jeweiligen Zeitpunkt bei der Vergabe für vergleichbare Transaktionen mit anderen Personen galten. Das Einbringlichkeitsrisiko dieser Kredite hielt sich im üblichen Rahmen, zudem weisen sie keine anderen ungünstigen Eigenschaften auf. Zusätzlich zu den unten aufgeführten Krediten können die Gruppe beziehungsweise im Bankgeschäft engagierte Tochtergesellschaften der Gruppe Ausleihungen oder Finanzierungsgeschäfte mit Gesellschaften tätigen, bei denen gegenwärtige Mitglieder des Verwaltungsrats bedeutenden Einfluss (gemäss Definition der US Securities and Exchange Commission) ausüben, etwa als Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Verwaltungsrats. Sofern nicht ausdrücklich anderslautend angegeben, werden an diese Gesellschaften von der Gruppe gewährte Kredite im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit und zu den jeweils aktuellen Marktkonditionen vergeben. Per 31. Dezember 2012, 2011 und 2010 bestanden keine Kreditpositionen gegenüber solchen verbundenen Parteien, die nicht im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit und zu den jeweils aktuellen Marktkonditionen vergeben worden waren.

Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrats nach Empfängern

	2012	2011
31. Dezember (in CHF)		
Urs Rohner	5 034 157	5 090 650
Peter Brabeck-Letmathe	27 520 527	15 833 928
Walter B. Kielholz	4 200 000	5 050 000
Andreas N. Koopmann	2 775 000	2 775 000
David W. Syz	1 500 000	1 500 000
Richard E. Thornburgh	0	14 266
Total¹	41 029 684	30 263 844²

¹ Enthält Kredite an direkte Familienmitglieder. ² Nicht enthalten ist ein Kredit von CHF 3 950 000 an Peter Weibel per 31. Dezember 2011. Er trat per 27. April 2012 aus dem Verwaltungsrat aus.

Bankbeziehungen

- ▶ Siehe «Bankbeziehungen mit Mitgliedern des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung sowie Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen» in IV – Corporate Governance und Vergütung – Corporate Governance für nähere Informationen.

4 Wesentliche Beteiligungen

- ▶ Siehe «Anhang 38 – Wesentliche Tochtergesellschaften und Beteiligungen» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu den wesentlichen Beteiligungen der Gesellschaft.

5 Durch die Gesellschaft und deren Gruppengesellschaften gehaltene eigene Aktien

	2012		2011	
	Aktienäquivalente	in Mio. CHF	Aktienäquivalente	in Mio. CHF
Zu Beginn des Geschäftsjahres				
Physischer Bestand ¹	4 010 074	89	12 228 377	461
Bestand, abzüglich offener Verpflichtungen	1 718 838	38	(85 968)	(3)
Am Ende des Geschäftsjahres				
Physischer Bestand ¹	27 036 831	602	4 010 074	89
Bestand, abzüglich offener Verpflichtungen	167 682	4	1 718 838	38

¹ Entspricht 2,0%, 0,3% und 1,0% der per 31. Dezember 2012, 2011 beziehungsweise 2010 ausgegebenen Aktien.

6 Bedeutende Aktionäre

- ▶ Siehe «Anhang 3 – Geschäftsentwicklung und Ereignisse nach dem Bilanzstichtag» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zu den bedeutenden Aktionären.

7 Aktienkapital, bedingtes Kapital, Wandlungskapital und genehmigtes Kapital der Credit Suisse Group

	Anzahl Namenaktien	Nennwert in CHF	Anzahl Namenaktien	Nennwert in CHF
Aktienkapital per 31. Dezember 2011			1 224 333 062	48 973 323
Bedingtes Kapital				
Optionsscheine und Wandelanleihen				
GV vom 24. April 2009	100 000 000	4 000 000		
Zeichnungen 2011	(16 493 873)	(659 755)		
GV vom 29. April 2011 – Erhöhung	400 000 000	16 000 000		
Verbleibendes Kapital	483 506 127 ¹	19 340 245		
Mitarbeiteraktien				
GV vom 4. Mai 2007	96 509 721	3 860 389		
Zeichnungen 2007–2011	(36 214 871)	(1 448 595)		
Zeichnungen 2012	(38 812 660)	(1 552 506)	38 812 660	1 552 506
Verbleibendes Kapital	21 482 190	859 288		
Mitarbeiteraktien (Optionsprogramme Donaldson, Lufkin & Jenrette)				
GV vom 4. Mai 2007	7 290 153	291 606		
Zeichnungen 2007–2011	(2 250 057)	(90 002)		
Verwaltungsratssitzung vom 8. Februar 2012 – Aufhebung	(5 040 096)	(201 604)		
Verbleibendes Kapital	–	–		
Wandlungskapital				
GV vom 27. April 2012	200 000 000	8 000 000		
Verbleibendes Kapital	200 000 000 ²	8 000 000		
Genehmigtes Kapital				
Erwerb von Unternehmen/Beteiligungen				
GV vom 29. April 2011	100 000 000	4 000 000		
GV vom 27. April 2012 – Erhöhung	50 000 000	2 000 000		
Wahldividende – Bezug von Aktien im Mai 2012	(24 195 537)	(967 821)	24 195 537	967 821
Erwerb von Credit Suisse Hedging-Griffo Investimentos S.A. im Juli 2012	(33 488 663)	(1 339 547)	33 488 663	1 339 547
Verbleibendes Kapital	92 315 800 ³	3 692 632		
Aktienkapital per 31. Dezember 2012			1 320 829 922	52 833 197

¹ 400,0 Mio. Namenaktien reserviert für Buffer Capital Notes und 83,5 Mio. Namenaktien reserviert für bedingte Pflichtwandelanleihen (MACCS). ² 98,9 Mio. Namenaktien reserviert für Buffer Capital Notes und 50,0 Mio. Namenaktien reserviert für bedingte Pflichtwandelanleihen (MACCS). ³ 66,5 Mio. Namenaktien reserviert für bedingte Pflichtwandelanleihen (MACCS).

8 Allgemeine Reserven

Die Erhöhung der allgemeinen Reserven um CHF 3 010 Mio. resultiert aus dem Erlöse der im Juli 2012 erfolgten Ausgabe von Mandatory und Contingent Convertible Securities (Anleihen mit zwingender und bedingter Wandlungspflicht). Anfang April 2013 wird nach der Umwandlung der Wertschriften und

der Ausgabe der Namenaktien der Betrag von CHF 3 010 Mio. in Aktienkapital (CHF 8 Mio. / Nennwert für neu emittierte Namenaktien) und in Reserven aus Kapitaleinlagen (CHF 3 002 Mio. / Agio für neu emittierte Namenaktien) transferiert.

9 Risikobeurteilung

- ▶ Siehe «Anhang 42 – Risikobeurteilung» in V – Konsolidierte Jahresrechnung – Credit Suisse Group für weitere Informationen zur Risikobeurteilung in Übereinstimmung mit dem Schweizerischen Obligationenrecht.

Antrag zur Verwendung des Bilanzgewinns und Kapitalausschüttung

Antrag zur Verwendung des Bilanzgewinns

Ende	2012
Bilanzgewinn (in Mio. CHF)	
Gewinnvortrag	4 342
Reingewinn	324
Verfügbarer Bilanzgewinn	4 666
Vortrag auf neue Rechnung	4 666
Total	4 666

Antrag zur Ausschüttung aus Reserven aus Kapitaleinlagen

Ende	2012
Reserven aus Kapitaleinlagen (in Mio. CHF)	
Bestand zu Beginn des Jahres	13 679
Agio aus Aktienemission	1 926
Kapitalausschüttung	(944)
Bestand am Ende des Jahres	14 661
Barausschüttung von CHF 0.10 pro Namenaktie ¹	(154)
Ausschüttung von neuen Aktien (Stockdividende) ^{1, 2}	(2)
Bestand nach Ausschüttung	14 505

¹ 1 320,7 Mio. Namenaktien per 31. Dezember 2012 (nach Abzug der von der Gesellschaft gehaltenen eigenen Aktien) plus 18,8 Mio. Aktien, die Anfang 2013 für aktienbasierte Vergütung ausgegeben wurden, sowie 200,0 Mio. Aktien, die im Zusammenhang mit der Umwandlung der bedingten Pflichtwandelanleihen (MACCS) am 29. März 2013 noch auszugeben sind, mit Ausführung und Lieferung der Aktien Anfang April 2013. Die Anzahl dividendenberechtigter Namenaktien kann sich aufgrund der Emission von neuen Namenaktien und der Bewegungen im Bestand der eigenen Aktien noch verändern. ² Entspricht einem Übertrag von CHF 0.04 pro neu ausgegebene Aktie ins Aktienkapital.



KPMG AG
Audit Financial Services
 Badenerstrasse 172
 CH-8004 Zürich

Postfach
 CH-8026 Zürich

Telefon +41 58 249 31 31
 Telefax +41 58 249 44 08
 Internet www.kpmg.ch

**Prüfungsbestätigung betreffend bedingte Kapitalerhöhung an den Verwaltungsrat der
 Credit Suisse Group AG, Zürich**

Gemäss Ihrem Auftrag haben wir die während der Periode vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 erfolgte Ausgabe neuer Aktien gemäss Generalversammlungsbeschluss vom 29. September 2000 im Sinne von Art. 653f Abs. 1 OR geprüft.

Es obliegt dem Verwaltungsrat, die Ausgabe von neuen Aktien gemäss den statutarischen Bestimmungen durchzuführen, während unsere Aufgabe darin besteht zu prüfen, ob die Ausgabe im Sinne der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften erfolgt ist. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Schweizer Prüfungsstandards, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Verstösse gegen die gesetzlichen und statutarischen Vorschriften mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir haben die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen vorgenommen und sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung entspricht die Ausgabe von 38,812,660 Namenaktien im Nennwert von CHF 0.04, gesamter Nennwert der ausgegebenen Aktien CHF 1,552,506.40 dem schweizerischen Gesetz und den Statuten.

KPMG AG

Simon Ryder
 Zugelassener Revisionsexperte

Ralph Dicht
 Zugelassener Revisionsexpert

Zürich, 6. Februar 2013

Anhang

**A-2 Ausgewählte 5-Jahres-
Informationen**

A-4 Abkürzungsverzeichnis

A-6 Glossar

A-10 Informationen für Investoren

**A-12 Finanzinformationen: Termine
und Quellen**

Ausgewählte 5-Jahres-Informationen

Ausgewählte Informationen – Gruppe

im Jahr / Ende	2012	2011	2010	2009	2008
Gekürzte konsolidierte Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	23 966	26 225	31 386	33 294	9 268
Rückstellung für Kreditrisiken	170	187	(79)	506	813
Total Geschäftsaufwand	21 615	22 577	23 978	24 711	23 357
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern und ausserordentlichem Erfolg	2 181	3 461	7 487	8 077	(14 902)
Ertragsteueraufwand/(-vorteil)	496	671	1 548	1 835	(4 596)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor ausserordentlichem Erfolg	1 685	2 790	5 939	6 242	(10 306)
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen, nach Steuern	0	0	(19)	169	(531)
Reingewinn/(-verlust)	1 685	2 790	5 920	6 411	(10 837)
Den Minderheitsanteilen zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	336	837	822	(313)	(2 619)
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	1 349	1 953	5 098	6 724	(8 218)
davon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1 349	1 953	5 117	6 555	(7 687)
davon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	(19)	169	(531)
Ergebnis pro Aktie (in CHF)					
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	0.82	1.37	3.93	5.14	(7.51)
Unverwässertes Ergebnis pro Aktie	0.82	1.37	3.91	5.28	(8.01)
Verwässertes Ergebnis pro Aktie aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	0.81	1.36	3.91	5.01	(7.51)
Verwässertes Ergebnis pro Aktie	0.81	1.36	3.89	5.14	(8.01)
Konsolidierte Bilanz (in Mio. CHF)					
Total Aktiven	924 280	1 049 165	1 032 005	1 031 427	1 170 350
Aktienkapital	53	49	47	47	47
Eigenkapital der Aktionäre	35 498	33 674	33 282	37 517	32 302
Ausstehende Aktien (in Mio.)					
Ausstehende Aktien	1 293.8	1 220.3	1 173.9	1 169.2	1 163.9
Dividende pro Aktie (in CHF)					
Dividende pro Aktie	0.75 ¹	0.75	1.30	2.00	0.10
Quoten (in %)					
Rendite auf den Anlagen ²	0.1	0.3	0.6	0.6	(0.6)
Den Aktionären zurechenbare Eigenkapitalrendite	3.9	6.0	14.4	18.3	(21.1)
Dividendenausschüttungsquote	91.5 ¹	54.7	33.2	37.9	(1.2)
Eigenkapitalquote	3.8	3.2	3.2	3.6	2.8

¹ Antrag des Verwaltungsrats an die Generalversammlung vom 26. April 2013. Siehe «Kapitaltrends und Kapitalausschüttungsvorschlag» in II – Kommentar zu den Resultaten – Kerneergebnis – Informationen und Entwicklungen für weitere Informationen. ² Basierend auf den Aktionären zurechenbaren Beträgen.

Ausgewählte Informationen – Gruppe (Fortsetzung)

im Jahr / Ende	2012	2011	2010	2009	2008
Durchschnittlich beanspruchtes Economic Capital (in Mio. CHF)					
Private Banking & Wealth Management	9 981	10 115	9 934	9 398	9 220
Investment Banking	18 729	18 882	19 586	19 051	27 426
Credit Suisse	31 218	30 782	31 121	28 957	37 162
Rendite vor Steuern auf dem durchschnittlich beanspruchten Economic Capital (in %)					
Private Banking & Wealth Management	38.5	29.9	42.4	46.8	31.7
Investment Banking	11.4	(2.6)	19.0	37.0	(68.9)
Credit Suisse	7.6	11.8	24.7	28.6	(39.6)

Ausgewählte Informationen – Bank

im Jahr / Ende	2012	2011	2010	2009	2008
Gekürzte konsolidierte Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)					
Nettoertrag	23 533	25 187	30 533	32 869	8 650
Rückstellung für Kreditrisiken	88	123	(121)	460	801
Total Geschäftsaufwand	21 472	22 563	24 118	24 638	23 410
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor Steuern und ausserordentlichem Erfolg	1 973	2 501	6 536	7 771	(15 561)
Ertragsteueraufwand/(-vorteil)	478	459	1 307	1 853	(4 878)
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen vor ausserordentlichem Erfolg	1 495	2 042	5 229	5 918	(10 683)
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen, nach Steuern	0	0	(19)	170	(531)
Reingewinn/(-verlust)	1 495	2 042	5 210	6 088	(11 214)
Den Minderheitsanteilen zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	(600)	901	802	(697)	(3 379)
Den Aktionären zurechenbarer Reingewinn/(-verlust)	2 095	1 141	4 408	6 785	(7 835)
davon aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2 095	1 141	4 427	6 615	(7 304)
davon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	(19)	170	(531)
Konsolidierte Bilanz (in Mio. CHF)					
Total Aktiven	908 160	1 034 787	1 019 586	1 020 226	1 163 849
Aktienkapital	4 400	4 400	4 400	4 400	4 400
Eigenkapital des Aktionärs	34 767	29 403	29 769	33 294	28 666
Anzahl ausstehende Aktien (in Mio.)					
Anzahl ausstehende Aktien	44.0	44.0	44.0	44.0	44.0

Abkürzungsverzeichnis

A

ABO	Accumulated Benefit Obligation (Aktuelle Vorsorgeverpflichtungen)
ABS	Asset-backed Securities (Vermögenswertbesicherte Wertschriften)
ADS	American Depositary Shares
AES®	Advanced Execution Services
AIG	American International Group, Inc.
A-IRB	Advanced Internal Ratings-based Approach
AMA	Advanced Measurement Approach
AMF	Asset Management Finance LLC
AOCI	Accumulated Other Comprehensive Income/(loss) (kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung)
APP	Adjustable Performance Plan
ASC	Accounting Standards Codification
ASU	Accounting Standards Updates

B

BA	Bachelor of Arts
BBA	Bachelor of Business Administration
BCM	Business Continuity Management
BCN	Buffer Capital Notes
BEHG	Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BORO	Bank Operational Risk Oversight
bp	Basispunkte

C

CARMC	Capital Allocation and Risk Management Committee
CDO	Collateralized Debt Obligation (Forderungsbesicherte Wertschriften)
CDS	Credit Default Swap
CET1	Common Equity Tier 1 (Quote des harten Kernkapitals)
CEO	Chief Executive Officer
CFO	Chief Financial Officer
CFTC	Commodity Futures Trading Commission
CMBS	Commercial Mortgage-backed Securities (verbriefte Geschäftshypothen)
CoE	Centers of Excellence
COO	Chief Operating Officer
CP	Commercial Paper
CPR	Constant Prepayment Rate
CRM	Credit Risk Management
CRO	Chief Risk Officer

D

DOJ	United States Department of Justice
DVA	Debit Valuation Adjustment

E

EBRD	European Bank for Reconstruction and Development (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)
EMEA	Europe, Middle East, Africa (Europa, Naher Osten und Afrika)
EMIR	European Market Infrastructure Regulation
ETF	Exchange-traded Funds
EU	Europäische Union
EZB	Europäische Zentralbank

F

FASB	Financial Accounting Standards Board
Fed	US Federal Reserve (Amerikanische Zentralbank)
FINMA	Eidgenössische Finanzmarktaufsicht
FINRA	Financial Industry Regulatory Authority
FNMA	Federal National Mortgage Association (Fannie Mae)
FSA	UK Financial Services Authority
FSMA	Financial Services and Markets Act 2000

G

G-7	Gruppe der 7 wichtigsten Industrieländer
G-20	Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer
GAAP	Generally Accepted Accounting Standards
G-SIB	Global Systemically Important Bank (Globale systemrelevante Banken)
GV	Generalversammlung

I

IKS	Internes Kontrollsystem
IPO	Initial Public Offering (Börsengang)
IRC	Incremental Risk Charge (Eigenmittelzuschlag für zusätzliche Risiken)
ISDA	International Swaps and Derivatives Association
IRS	Internal Revenue Service
ISU	Incentive Share Unit
IT	Informationstechnologie

K

KPI	Key Performance Indicator (Leistungsindikator)
-----	--

L		S	
LCR	Liquidity Coverage Ratio (Mindestliquiditätsquote)	SEC	US Securities and Exchange Commission
LGD	Loss Given Default (erwartete Verlustquote)	SECO	Schweizer Staatssekretariat für Wirtschaft
LIBOR	London Interbank Offered Rate	SESTA	Swiss Federal Act of Stock Exchange and Securities Trading
LTV	Loan-To-Value (Beleihungssatz)	SISU	Scaled Incentive Share Unit
M		SIX	
M&A	Mergers & Acquisitions	SIX	SIX Swiss Exchange
MAACS	Mandatory and contingent convertible securities (Bedingte Pflichtwandelanleihen)	SNB	Schweizerische Nationalbank
MBA	Master of Business Administration	SOX	US Sarbanes-Oxley Act of 2002
MiFID	Markets in Financial Instruments Directive	SPE	Special Purpose Entity (Spezialzweckgesellschaft)
MRTC	Material Risk Takers and Controllers	SPIA	Single Premium Immediate Annuity
N		SRM	
NAV	Net Asset Value (Nettoinventarwert)	SRM	Strategic Risk Management
NCFE	National Century Financial Enterprises, Inc.	STI	
NSFR	Net Stable Funding Ratio (strukturelle Liquiditätsquote)	STI	Short-term incentive
NYSE	New York Stock Exchange	T	
O		TRM	Technology Risk Management
OGR	Organisations- und Geschäftsreglement	TRS	Total Return Swap
OTC	Over-the-Counter	U	
P		UHNWI	Ultra-High-Net-Worth Individuals
PAF	Partner Asset Facility 2008	UK	United Kingdom
PAF2	Partner Asset Facility 2011	US	United States of America
PBO	Projected Benefit Obligation (Zukünftige Vorsorgeverpflichtungen)	US GAAP	Accounting Principles Generally Accepted in the US (In den USA allgemein anerkannte Rechnungslegungsgrundsätze)
PD	Probability of Default (Ausfallwahrscheinlichkeit)	V	
PFIC	Passive Foreign Investment Company	VaR	Value-at-Risk
PIP	Performance Incentive Plan	VIE	Variable Interest Entity (Zweckgesellschaft mit variablem Anteil)
PSA	Prepayment Speed Assumption	VIX	Chicago Board of Options Exchange Market Volatility Index
Q			
QIA	Qatar Investment Authority		
R			
RAR	Risk Analytics and Reporting		
RMBS	Residential Mortgage-backed Securities		
ROE	Return on equity (Eigenkapitalrendite)		
RTSR	Relative Total Shareholder Return (relative Aktienrendite)		
RWA	Risk-weighted Assets (risikogewichtete Aktive)		

Glossar

A

Advanced Execution Services® (AES®) ist eine von der Credit Suisse betriebene Folge von algorithmischen Handelsstrategien, Instrumenten und Analysemethoden zur Vereinfachung des globalen Aktienhandels. Durch den Einsatz von Algorithmen zur Volatilitätsreduktion und Ausführung von Kundenaufträgen unterstützt AES® Institutionen und Hedgefonds bei der Reduktion von Marktauswirkungen. AES® bietet Zugang zu Aktienbörsen in mehr als 35 Ländern weltweit mittels über 45 führender Handelsplattformen.

Advanced Internal Ratings-based Approach (A-IRB) Im Rahmen des Internal Ratings-based Approach (IRB-Ansatz) werden die Risikogewichtungen anhand von internen Risikoparametern festgelegt. Wir verfügen über eine Genehmigung der FINMA zur Nutzung des Advanced-IRB-Ansatzes (A-IRB-Ansatz), in dessen Rahmen wir unsere eigenen Schätzungen der Ausfallwahrscheinlichkeiten (Probability of Default, PD), der erwarteten Verlustquote (Loss Given Default, LGD) und der ausstehenden Forderungen bei Ausfall (Exposure at Default, EAD) vornehmen. Diesen Ansatz haben wir vollumfänglich implementiert. Wir nutzen den A-IRB-Ansatz, um unser Kreditrisiko bezüglich institutionellen und der meisten Privatkunden zu ermitteln.

Advanced Measurement Approach (AMA) Der AMA-Ansatz dient zur Messung des operationellen Risikos. Seine Methodik beruht auf der Identifikation einer Reihe von Schlüsselerisiko-Szenarien zur Beschreibung der operationellen Risiken, die für uns relevant sind. Expertenteams analysieren diese Szenarien einzeln und schätzen ihre Wahrscheinlichkeit und Verlusthöhe ab. Als Zahlenbasis dienen interne und externe Verlustdaten zusammen mit bestimmten Daten zum Geschäftsumfeld, internen Kennzahlen, etwa den Ergebnissen von Selbsteinschätzungen, und massgeblichen Risikoindekatoren. Die Ergebnisse aus diesen Analysen werden in ein Modell für operationelle Risiken eingegeben, das eine Verlustverteilung generiert. Auf diese Weise wird das zur Deckung der operationellen Risiken erforderliche Kapital ermittelt. Wir haben von der FINMA die Genehmigung zur Verwendung eines internen Modells zur Ermittlung des Kapitals für operationelle Risiken erhalten, das die Anforderungen von AMA gemäss dem Basel-Regelwerk erfüllt.

Ausfallwahrscheinlichkeit Die Parameter für die Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) erfassen das Risiko eines Gegenparteiausfalls über einen Zeithorizont von einem Jahr. Die entsprechenden Schätzwerte beruhen auf zeitgewichteten Durchschnitten historischer Ausfallquoten nach Ratingstufen, wobei für höhere Ratings Schätzungsmethoden für Portfolios mit geringen Ausfallquoten zur Anwendung kommen. Die einzelnen Ausfallwahrscheinlichkeiten entsprechen den internen Ratings für den betreffenden Schuldner.

Äusserst vermögende Kunden (Ultra-High-Net-Worth Individuals, UHNWI) Als äusserst vermögend gelten Kunden, deren verwaltete Vermögen CHF 50 Mio. beziehungsweise deren Gesamtvermögen CHF 250 Mio. übersteigen.

B

Backtesting bezeichnet einen Prozess zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit von VaR-Modellen. Er arbeitet mit einem Vergleich zwischen den effektiven Handelserträgen und dem 1-Tages-99%-VaR. Auch die Aufsichtsbehörden beurteilen die Leistungsfähigkeit von Modellen mithilfe von Backtestings. VaR-Modelle, bei denen weniger als fünf Ausnahmen in einem rollenden 12-Monats-Zeitraum anfallen, gelten als statistisch korrekt und haben keine zusätzlichen regulatorischen Eigenkapitalanforderungen zur Folge.

Basel II Im Juni 2006 veröffentlichte der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basler Ausschuss) eine umfassende Version seiner überarbeiteten Rahmenvereinbarung über die internationale Konvergenz der Eigenkapitalmessung und der Eigenkapitalanforderungen, die auch als Basel II bezeichnet wird. Basel II beschreibt die Rahmenbedingungen für die Messung der Eigenkapitalunterlegung und die Mindeststandards, die von den beteiligten Aufsichtsbehörden einzuhalten sind. Diese Rahmenvereinbarung basiert auf drei Säulen, die sich gegenseitig ergänzen sollen:

Säule 1: Mindestkapitalanforderungen – verlangen von einem Institut, dass es über genügend Kapital zur Deckung seiner Kreditrisiken, seiner Marktrisiken und seiner operationellen Risiken verfügt.

Säule 2: Aufsichtsrechtliches Überprüfungsverfahren – beschreibt die Rolle der Aufsichtsinstanz, die darin besteht, sicherzustellen, dass die Institute über ein angemessenes Verfahren zur Beurteilung und zur Aufrechterhaltung der Eigenkapitalquote über die regulatorischen Mindestanforderungen hinaus verfügen.

Säule 3: Marktdisziplin – enthält die Offenlegungsanforderungen, insbesondere für jene Institute, die um die Anerkennung bankinterner Modelle zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen ersuchen.

Basel II.5 Im Juni 2009 veröffentlichte der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basler Ausschuss) die revidierte Marktrisiko-Rahmenvereinbarung Basel II, die als Basel II.5 bezeichnet wird. Die Revisionen verlangen, dass Banken, die für die Eigenmittelunterlegung im Handelsbuch den Ansatz der internen Marktrisikomodelle verwenden, einen allgemeinen Eigenmittelzuschlag für Marktrisiken berechnen. Eine Bank, die die Genehmigung zur Modellierung spezifischer Risiken besitzt, muss auch einen Eigenmittelzuschlag für zusätzliche Risiken (Incremental Risk Charge) berechnen. Der Basler Ausschuss verlangte die Umsetzung von Basel II.5 für BIZ-Zwecke bis spätestens bis 31. Dezember 2011.

Basel III Im Dezember 2010 veröffentlichte der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht die Rahmenvereinbarung Basel III, die umfassende Reformmassnahmen zur Stärkung der Regulierung, der Aufsicht und des Risikomanagements im Bankensektor enthält. Mit diesen Massnahmen soll gewährleistet werden, dass der Bankensektor Schocks infolge finanzieller oder wirtschaftlicher Stresssituationen unabhängig von deren Quelle besser auffangen kann, dass das Risikomanagement und die Kontrollen (Governance) verbessert werden und dass die Transparenz und Offenlegung der Banken gestärkt werden. Schrittweise Einführung zwischen dem 1. Januar 2013 und dem 1. Januar 2019.

Basler Ausschuss für Bankenaufsicht Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basler Ausschuss) bietet eine Plattform für die kontinuierliche Zusammenarbeit im Bereich der Bankenaufsicht. Er bemüht sich um eine stärkere Verbreitung und Verbesserung der Aufsichts- und Risikomanagementpraxis weltweit. Zu diesem Zweck pflegt er den Informationsaustausch zu landesspezifischen Fragen der Aufsicht, Ansätzen und Techniken, um ein gemeinsames Verständnis zu fördern. Bei Bedarf arbeitet der Ausschuss Richtlinien und Aufsichtsnormen aus. Die bekanntesten seiner Arbeiten betreffen die internationalen Standards zur Eigenmittelunterlegung, die Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht und das Konkordat für die grenzüberschreitende Beaufsichtigung von Banken.

Buchungszentrum Teil einer juristischen Einheit der Credit Suisse AG, die über eine einheimische Bankenlizenz verfügt und über die Kundenvermögen verwaltet und gebucht werden.

C

Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS) sind eine Form von hypothekarisch gesicherten Wertpapieren, die durch Kredite auf Geschäftsliegenschaften besichert sind und Immobilienanlegern und professionellen Darlehensgebern Liquidität verschaffen können.

Commercial Paper (CP) sind unbesicherte Geldmarktteffekten mit einer festen Laufzeit zwischen 1 und 364 Tagen, die von Grossbanken und Unternehmen ausgegeben werden, um kurzfristige Verbindlichkeiten zu decken.

Credit Default Swap (CDS) sind vertragliche Vereinbarungen, bei denen der Käufer des Swaps in regelmässigen Abständen eine Gebühr entrichtet und im Gegenzug im Falle eines bonitätsrelevanten Ereignisses bei der als Referenz dienenden Gesellschaft eine Zahlung des Verkäufers erhält. Zu den Kreditereignissen (Credit Events) zählen Konkurs, Insolvenz, Zwangsverwaltung, materiell ungünstige Schuldenumstrukturierungen beziehungsweise Nichteinhaltung von Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit.

Credit Valuation Adjustment (CVA) CVAs entsprechen dem Marktwert des Gegenparteiisikos bei unbesicherten, ausserbörslich gehandelten Derivaten (OTC-Derivaten).

D

Derivate sind Finanzinstrumente oder Kontrakte, die alle der folgenden drei Eigenschaften aufweisen: (1) Ihr Wert ändert sich bei Preisänderungen des betreffenden Basiswerts, das heisst Änderungen der Verzinsung, des Wertpapierkurses, des Devisenkurses, der Bonität/Kreditkosten oder des Index; (2) sie erfordern zu Beginn keine Netto-Investitionen bzw. Netto-Investitionen, die geringer sind als bei anderen Kontraktarten, bei denen vergleichbare Reaktionen auf Änderungen der Marktfaktoren zu erwarten sind; und (3) Netto-Erfüllungen sind unter ihren Bedingungen entweder zulässig oder verbindlich (US GAAP), ansonsten erfolgt die Erfüllung zu einem zukünftigen Zeitpunkt (IFRS).

Debit Valuation Adjustment (DVA) DVAs entsprechen dem Marktwert unseres eigenen Kreditrisikos bei unbesicherten, ausserbörslich gehandelten Derivaten (OTC-Derivaten).

E

Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) setzt sich als unabhängige Aufsichtsbehörde für den Schutz der Gläubiger, Anleger und Versicherten sowie für die Funktionsfähigkeit und Reputation der Finanzmärkte ein. Als staatliche Aufsichtsbehörde ist die FINMA mit hoheitlichen Befugnissen über Banken, Versicherungen, Börsen, Effektenhändler, kollektive Kapitalanlagen sowie Vertriebsträger und Versicherungsvermittler ausgestattet. Sie ist zuständig für die Geldwäschereibekämpfung und wickelt bei Bedarf Sanierungsverfahren und Konkurse ab. Die FINMA bewilligt den Betrieb von Unternehmen der beaufsichtigten Branchen. Zudem stellt sie mit ihrer Überwachungstätigkeit sicher, dass sich die Beaufsichtigten an die Gesetze, Verordnungen, Weisungen und Reglemente halten sowie die dauernd zu gewährleistenden Bewilligungsvoraussetzungen erfüllen. Die FINMA ist auch Regulierungsinstanz. Sie arbeitet bei Gesetzgebungsverfahren mit und erlässt, wo dazu ermächtigt, eigene Verordnungen und Rundschreiben. Ausserdem ist sie für die Anerkennung von Selbstregulierungsnormen zuständig.

Erwartete Verlustquote In die Parameter der erwarteten Verlustquote (Loss Given Default, LGD) gehen die Rangstufe von Schuldverschreibungen, die Deckung, die Branche der Gegenpartei und in bestimmten Fällen auch Fair-Value-Rückgänge ein. LGD-Schätzungen beruhen auf empirischen Analysen historischer Verlustquoten. Sie werden kalibriert, um dem Zeitraum und den Kosten von Wiedereinbringungen sowie Konjunkturrückgängen Rechnung zu tragen. Der LGD eines Grossteils des Portfolios des Private Banking & Wealth Management hängt in erster Linie von der Art und dem Umfang der gestellten Sicherheiten ab. Pool-LGD für sonstige Kreditrisiken im Privatkundenbereich, insbesondere für durch Finanzinstrumente besicherte Ausleihungen, differenzieren zwischen üblichen und erhöhten Risiken sowie Transaktionen im In- beziehungsweise Ausland. Die Kreditbewilligungs- und die Überwachungsverfahren für die gestellten Sicherheiten beruhen auf Belehnungsgrenzen. Bei Hypothekarkrediten (Wohn- und Geschäftsimmobilen) gelten nach Art der Liegenschaft differenzierte Erlösquoten.

Eigenmittelzuschlag für zusätzliche Risiken (Incremental Risk Charge, IRC) Dies ist ein Eigenmittelzuschlag für geschätzte Emittentenausfallrisiken und Ratingveränderungen für Positionen in den Handelsbüchern. Die Berechnung basiert auf einem einjährigen Beobachtungszeitraum mit einem Konfidenzniveau von 99,9%, unter Berücksichtigung der Liquidität einzelner Handelspositionen. Diese Betrachtung fasst sich auch mit Staatsanleihen; Verbriefungen und Korrelationsprodukte sind jedoch ausgeschlossen.

F

Fair Value Preis, der für den Verkauf eines Aktivums beziehungsweise die Übertragung einer Verbindlichkeit in einer regulären Transaktion zwischen Marktteilnehmern am Bewertungsstichtag eingenommen würde.

Flow-based Der Begriff «Flow-based Business» (kundenorientiertes Geschäft) bezieht sich auf Produkte, die im Allgemeinen eine höhere Liquidität und eine geringere Komplexität und Volatilität aufweisen und deren Gebühren oder Handel aufgrund oder zur Vereinfachung von Kundenaufträgen in der Regel für eine stabilere Ertragsbasis sorgen. Zu diesen Geschäften zählen die Bereiche Devisen, Zinsprodukte, Cash Equities, Standard-Derivate und Prime Services. Diese Produkte aus dem Investment Banking haben auch für Private-Banking-&-Wealth-Management-Kunden einen hohen Stellenwert.

Forderungsbesicherte Wertschriften (Collateralized Debt Obligations, CDO) sind eine Form von Asset-backed Securities, deren Wert und Zahlungsströme von einem Portfolio aus festverzinslichen Vermögenswerten als Basiswert abgeleitet sind.

G

G-7 In der Gruppe der 7 wichtigsten Industrieländer (G-7) sind die Finanzminister der USA, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Kanada und Japan vertreten.

G-20 In der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20) sind die Finanzminister und Zentralbankgouverneure aus 19 Ländern sowie der Europäischen Union vertreten.

H

Haircut Prozentsatz, um den der Marktwert eines Aktivums bei der Berechnung des erforderlichen Kapitals, der Margenanforderungen und der Deckungen/Sicherheiten vermindert wird. Bei der Vergabe von Ausleihungen gegen Sicherheiten dienen Haircuts als Sicherheitspuffer gegen Wertminderungen der betreffenden Sicherheiten.

K

Konstante vorzeitige Tilgungsrate Die konstante vorzeitige Tilgungsrate (Constant Prepayment Rate, CPR) für Darlehen entspricht dem Anteil derjenigen in einem Pool zusammengefassten Darlehen, welcher in jeder Periode wahrscheinlich vorzeitig zurückgezahlt wird. Dieser Schätzwert basiert auf einer Reihe von Faktoren wie den historischen Tilgungsraten für frühere mit den im Pool vertretenen vergleichbaren Darlehen sowie Konjunkturprognosen.

L

London Interbank Offered Rate (LIBOR) Ist ein täglich gestellter Referenzzinssatz. Er basiert auf den Zinssätzen, welche die Banken für gegenseitige Ausleihungen von unbesicherten Mitteln im professionellen Geldmarkt in London verlangen.

M

Match Funded Match Funded bedeutet, dass Bilanzpositionen auf der Aktivseite beziehungsweise auf der Passivseite sowohl in Bezug auf Fälligkeit als auch Bewertung gleich sind. Damit erreicht man, dass die zu schaffende Liquidität, beziehungsweise die geforderte Finanzierung, dieser Positionen im Wesentlichen übereinstimmen.

Mindestliquiditätsquote Mit der Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) soll sichergestellt werden, dass die Banken über einen Bestand an unbelasteten flüssigen Mitteln mit hoher Qualität verfügen, um so im Fall eines ausgeprägten Stressszenarios den Liquiditätsbedarf für einen Zeithorizont von 30 Tagen zu decken. Die LCR besteht aus zwei Komponenten: dem Wert des Bestands an qualitativ hochstehenden flüssigen Mitteln in Stresssituationen und den gesamten Nettomittelabflüssen gemäss festgelegten Szenarioparametern. Das Verhältnis der flüssigen Mittel gegenüber den Nettomittelabflüssen sollte mehr als 100% betragen.

N

Negativer Wiederbeschaffungswert Der negative Wiederbeschaffungswert steht für den negativen Fair Value eines derivativen Finanzinstruments zu einem bestimmten Rechnungslegungsdatum. Ein negativer Wiederbeschaffungswert entspricht dem einer Gegenpartei bei Erfüllung des Derivatgeschäfts zum Rechnungslegungsstichtag geschuldeten Betrag oder den für die Glattstellung eines offenen Derivatgeschäfts zu einem bestimmten Rechnungslegungsstichtag anfallenden Kosten für ein Gegenstück, das die erste Transaktion vollumfänglich kompensiert.

Netting-Vereinbarung Netting-Vereinbarungen (Verrechnungsvereinbarungen) sind Vereinbarungen zwischen zwei Parteien zur Aufrechnung der gegenseitigen Forderungen aus offenen Geschäften, falls bestimmte Ereignisse wie Insolvenz, Konkurs oder andere Kreditereignisse eintreten. Durch Einbezug einer rechtlich verbindlichen Netting-Vereinbarung verringert sich das Brutto-Ausfallrisiko auf einen Nettobetrag.

O

Over-the-Counter (OTC) OTC-Wertpapiere und -Derivate werden nicht an Börsen gehandelt, sondern stellen private Vereinbarungen zwischen den betreffenden Gegenparteien dar.

P

Positionsrisiko Das Positionsrisiko, eine Komponente des dem Economic Capital zugrunde liegenden Modells, wird zur Beurteilung, Überwachung und Berichterstattung über die Risiken in der ganzen Gruppe verwendet. Es ist als der unerwartete ökonomische Verlust auf allen Positionen über einen Horizont von einem Jahr definiert, welcher nur mit einer geringen Wahrscheinlichkeit überschritten wird (1% für die Risikobewirtschaftung, 0,03% für die Kapitalbewirtschaftung).

Positiver Wiederbeschaffungswert Der positive Wiederbeschaffungswert steht für den positiven Fair Value eines derivativen Finanzinstruments zu einem bestimmten Rechnungslegungsstichtag. Ein positiver Wiederbeschaffungswert entspricht dem von einer Gegenpartei geschuldeten Betrag bei Erfüllung des Derivatgeschäfts zum Rechnungslegungsstichtag oder den Kosten für den Abschluss einer identischen Transaktion über die Restlaufzeit des ursprünglichen Derivats zum Rechnungslegungsstichtag, falls die Gegenpartei ausfallen sollte.

R

Regulatorischer VaR Der regulatorische VaR ist eine Form des VaR, bei der mittels exponentieller Gewichtungstechnik der VaR automatisch erhöht wird, sobald die kurzfristige die langfristige Marktvolatilität übersteigt. Der Zeithorizont für die Messung der langfristige Messung erstreckt sich über einen Zeitraum von zwei Jahren. Der regulatorische VaR berechnet die erwarteten Defizite auf Basis der durchschnittlichen Verluste. Die Halteperiode beträgt zehn Tage, die für Offenlegungszwecke auf einen Tag angepasst wird. Diese Methode führt zu einem reaktionsschnelleren VaR-Modell, da eine generelle Erhöhung der Marktvolatilität beinahe umgehend berücksichtigt wird.

Repo-Geschäfte sind Verkäufe von Wertpapieren im Rahmen von Vereinbarungen zum Rückkauf von substanzuell identischen Wertpapieren. Im Allgemeinen gelten diese Transaktionen wirtschaftlich nicht als Verkauf und werden daher als besicherte Finanzierungen betrachtet und in der Bilanz zum vereinnahmten Betrag (Verbindlichkeit) beziehungsweise ausgelegten Betrag (Aktivum) ausgewiesen.

Residential Mortgage-backed Securities (RMBS) sind eine Form von Mortgage-backed Securities, die sich aus einer breiten Palette von Hypotheken mit Ausnahme von Geschäftshypotheken zusammensetzen. Sie verbiefen die Zins- und Tilgungszahlungen aus privaten Liegenschaften. Verschiedene Wohnhypotheken mit unterschiedlichen Bonitätsbeurteilungen werden in einem Pool zusammengefasst und in Tranchen bei Anlegern platziert.

Reverse-Repo-Geschäfte sind Ankäufe von Wertpapieren im Rahmen von Vereinbarungen zum Wiederverkauf substanzuell identischer Wertpapiere. Im Allgemeinen gelten diese Transaktionen wirtschaftlich nicht als Verkauf und werden daher als besicherte Finanzierungen betrachtet und in der Bilanz zum vereinnahmten Betrag (Verbindlichkeit) beziehungsweise ausgelegten Betrag (Aktivum) ausgewiesen.

Risikogewichtete Aktiven (Risk-weighted Assets, RWA) Risikogewichtete Aktiven entsprechen dem Wert aller Aktiven, die nach kategorisierten Risiken gewichtet sind, um die Einhaltung der regulatorischen Bedingungen sicherzustellen.

Risikomanagement-VaR Der Risikomanagement-VaR ist eine Form des VaR, bei der mittels exponentieller Gewichtungstechnik Unterschiede zwischen kurzfristiger und langfristiger Marktvolatilität automatisch zu einer Anpassung des VaR führen. Der Zeithorizont für die Messung der langfristige Messung erstreckt sich über einen Zeitraum von zwei Jahren. Der Risikomanagement-VaR berechnet die erwarteten Defizite auf Basis der durchschnittlichen Verluste. Die Halteperiode beträgt einen Tag. Diese Methode führt zu einem reaktionsschnelleren VaR-Modell, da bestimmte Entwicklungen der Marktvolatilität beinahe umgehend berücksichtigt werden.

Risikominderung Der Begriff Risikominderung bezieht sich auf Massnahmen seitens der Gruppe beziehungsweise der Bank zur aktiven Steuerung ihrer Risiken. Bei Kreditrisiken umfassen die entsprechenden Massnahmen im Allgemeinen den Einsatz von Credit Hedges und Sicherheiten wie Bargeld und handelbare Wertpapiere. Credit Hedges umfassen den Nominalbetrag der Kreditrisiken, die in der Regel durch den Einsatz von Credit Default Swaps auf Gegenparteien mit erstklassiger Bonität übertragen werden können.

Risikonehmer und Kontrollfunktionen (Material Risk Takers and Controllers, MRTC) MRTC sind Mitarbeitende, deren Tätigkeiten nach Auffassung der Bank einen wesentlichen Einfluss auf das Risikoprofil der Gruppe haben können.

S

Sehr vermögende Kunden (High-Net-Worth Individuals) Wir definieren sehr vermögende Kunden als Kunden, deren verwaltete Vermögen CHF 1 Mio. übersteigen.

Stress-VaR (Stressed VaR) Der Stress-VaR repliziert die VaR Berechnung des aktuellen Portfolios der Gruppe beziehungsweise der Bank unter Berücksichtigung einer starken Belastung der Finanzmärkte über einen einjährigen Beobachtungszeitraum. Die Berechnung des Stress-VaR hilft dabei, das prozyklische Verhalten der minimalen Kapitalanforderungen für das Marktrisiko zu reduzieren.

Strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio, NSFR) mit der NSFR soll gewährleistet werden, dass die Banken ein langfristiges Finanzierungsprofil mit einer soliden Struktur und einem Horizont von über einem Jahr aufrechterhalten. Die NSFR ist eine Ergänzung zur LCR. Sie ist so strukturiert, dass die Finanzierung illiquider Aktiven mit einem angemessenen Betrag von stabilen langfristigen Mitteln sichergestellt wird. Der Standard ist wie folgt definiert: das Verhältnis verfügbarer stabiler Finanzierungsmittel gegenüber dem Betrag der erforderlichen stabilen Finanzierungsmittel. Das Verhältnis sollte immer mindestens 100% sein.

T

Too Big To Fail Im Jahr 2011 verabschiedete das schweizerische Parlament die Gesetzesänderung im Hinblick auf die Grossbanken. Sie umfasst Kapital- und Liquiditätsanforderungen sowie Vorschriften zur Risikoverteilung und Notfallplanung, die auf die Aufrechterhaltung der systemrelevanten Funktionen, selbst im drohenden Insolvenzfall, ausgerichtet sind.

Total Return Swap (TRS) Bei TRS handelt es sich um Swapkontrakte, deren eine Partei Zahlungen auf Basis eines definierten – festen oder variablen – Zinssatzes leistet, während die Zahlungen der anderen Partei auf der Rendite eines Basiswerts beruhen und sowohl die Erträge aus diesem Basiswert als auch mögliche Kapitalgewinne berücksichtigen. Der Basiswert von Total Return Swaps wird als Referenzwert bezeichnet und besteht zumeist aus einem Aktienindex, Ausleihungen oder Anleihen.

V

Value-at-Risk (VaR) Ist eine Methode zur Messung des potenziellen Fair-Value-Verlusts von Finanzinstrumenten auf Basis von statistischen Analysen historischer Preistrends und Volatilitäten. Das VaR-Konzept lässt sich auf alle Formen von finanziellen Risiken mit variablen regelmässigen historischen Preisreihen anwenden. Es ermöglicht Risikovergleiche zwischen verschiedenen Geschäftsbereichen wie etwa Fixed Income und Aktien.

W

Wohlhabende Kunden (Affluent Clients) Wir definieren wohlhabende Kunden als Kunden, deren verwaltete Vermögen CHF 50 000 übersteigen.

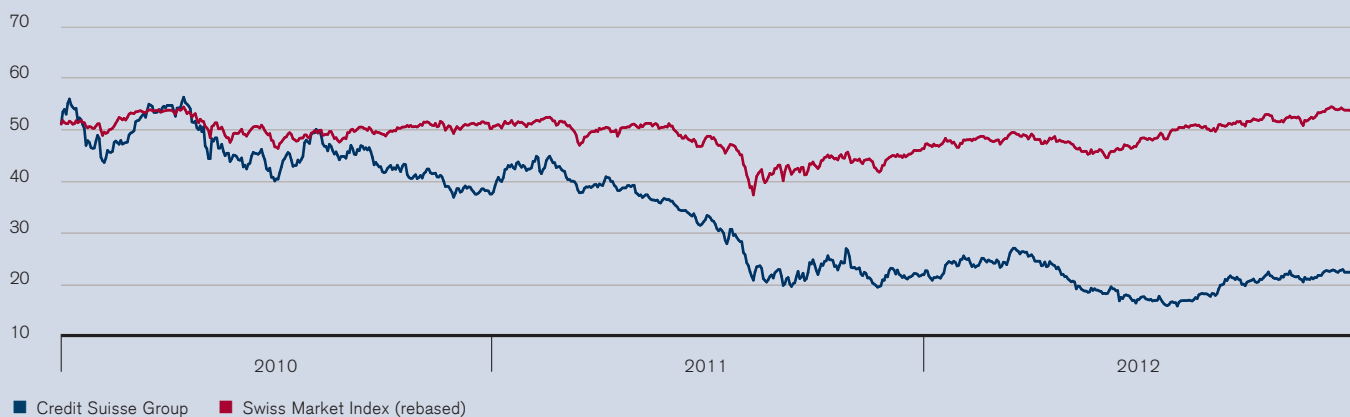
Informationen für Investoren

Angaben zu den Aktien

im Jahr / Ende	2012	2011	2010
Aktienkurs (Stammaktien, in CHF)			
Durchschnitt	21.23	31.43	45.97
Minimum	16.01	19.65	37.04
Maximum	27.20	44.99	56.40
Ende der Periode	22.26	22.07	37.67
Aktienkurs (American Depositary Shares, USD)			
Durchschnitt	22.70	35.36	44.16
Minimum	16.20	21.20	36.54
Maximum	29.69	47.63	54.57
Ende der Periode	24.56	23.48	40.41
Börsenkapitalisierung			
Börsenkapitalisierung (in Mio. CHF)	29 402	27 021	44 683
Börsenkapitalisierung (in Mio. USD)	32 440	28 747	47 933
Dividende pro Aktie (in CHF)			
Dividende pro Aktie	0.75 ¹	0.75 ^{2,3}	1.30 ³

¹ Antrag des Verwaltungsrats an die Generalversammlung vom 26. April 2013. Siehe «Kapitaltrends und Kapitalausschüttungsvorschlag» in II – Kommentar zu den Resultaten – Kernergebnis – Informationen und Entwicklungen für weitere Informationen. ² Die Ausschüttung war in bar oder – abhängig von allfälligen rechtlichen Einschränkungen der Heimatstaaten der Aktionäre – in neuen Aktien der Credit Suisse Group zahlbar. Die Aktionäre hatten das Wahlrecht. ³ Aus Reserven aus Kapitaleinlagen bezahlt.

Kursentwicklung



Tickersymbole / Börsenkotierungen

	Stammaktien	ADS ¹
Tickersymbole		
Bloomberg	CSGN VX	CS US
Reuters	CSGN.VX	CS.N
Telekurs	CSGN,380	CS,065
Börsenkotierungen		
Valorennummer	1213853	570660
ISIN-Nummer	CH0012138530	US2254011081
CUSIP-Nummer	–	225 401 108

¹ Eine American Depositary Share (ADS) entspricht einer Stammaktie.

Anleihenratings

per 15. März 2013	Moody's	Standard & Poor's	Fitch Ratings
Ratings der Credit Suisse Group AG			
Kurzfristig	–	–	F1
Langfristig	A2	A	A
Ausblick	Stabil	Negativ	Stabil
Ratings der Credit Suisse AG			
Kurzfristig	P-1	A-1	F1
Langfristig	A1	A+	A
Ausblick	Stabil	Negativ	Stabil

Fremdwährungskurse

	Ende			Durchschnitt		
	2012	2011	2010	2012	2011	2010
1 USD / 1 CHF	0.92	0.94	0.94	0.93	0.88	1.04
1 EUR / 1 CHF	1.21	1.22	1.25	1.20	1.23	1.38
1 GBP / 1 CHF	1.48	1.45	1.45	1.48	1.42	1.61
100 JPY / 1 CHF	1.06	1.21	1.15	1.17	1.11	1.19

Finanzinformationen: Termine und Quellen

Termine Finanzinformationen

Resultat des ersten Quartals 2013	Mittwoch, 24. April 2013
Generalversammlung	Freitag, 26. April 2013
Kapitalausschüttungszahlung – bar	Montag, 6. Mai 2013
Kapitalausschüttungszahlung – Aktien	Montag, 13. Mai 2013
Resultat des zweiten Quartals 2013	Donnerstag, 25. Juli 2013
Resultat des dritten Quartals 2013	Donnerstag, 24. Oktober 2013

Investor Relations

Telefon	+41 44 333 71 49
E-Mail	investor.relations@credit-suisse.com
Internet	www.credit-suisse.com/investors

Media Relations

Telefon	+41 844 33 88 44
E-Mail	media.relations@credit-suisse.com
Internet	www.credit-suisse.com/news

Zusätzliche Informationen

Ergebnisse und Finanzinformationen	www.credit-suisse.com/results
Gedruckte Exemplare	Credit Suisse AG Publikationenbestellungen/HC96 Postfach 8070 Zürich Schweiz

US-Aktienregister und Registerführer

ADS-Depotbank	Deutsche Bank
Adresse	Trust Company Americas Credit Suisse c/o American Stock Transfer & Trust Co. Peck Slip Station P.O. Box 2050 New York, NY 10272-2050 USA
Anrufe aus den USA/Kanada	+1 800 301 35 17
Anrufe aus anderen Ländern	+1 718 921 81 37
E-Mail	DB@amstock.com

Schweizer Aktienregister und Registerführer

Adresse	Credit Suisse Group AG Aktienregister RXS 8070 Zürich Schweiz
Telefon	+41 44 332 26 60
E-Mail	robert.rohner@credit-suisse.com

Hauptniederlassungen

Schweiz

Credit Suisse
Paradeplatz 8
8070 Zürich
Schweiz
Tel. +41 44 333 11 11
Fax +41 44 332 55 55

Europa, Naher Osten und Afrika

Credit Suisse
One Cabot Square
London E14 4QJ
Grossbritannien
Tel. +44 20 7888 8888
Fax +44 20 7888 1600

Nord- und Südamerika

Credit Suisse
Eleven Madison Avenue
New York, NY 10010-3629
USA
Tel. +1 212 325 2000
Fax +1 212 325 6665

Credit Suisse
Rua Leopoldo Couto de Magalhães Jr.
700/10º andar
São Paulo 04542-000
Brasilien
Tel. +55 11 3701 6000
Fax +55 11 3701 6900

Asien-Pazifik

Credit Suisse
Austin Road West
Kowloon
Hongkong
Tel. +852 2101 6000
Fax +852 2101 7990

Credit Suisse
One Raffles Link
#05-02
Singapore 039393
Singapur
Tel. +65 6212 6000
Fax +65 6212 6200

Credit Suisse
Izumi Garden Tower
6-1, Roppongi 1-Chome
Minato-ku
Tokyo, 106-6024
Japan
Tel. +81 3 4550 9000
Fax +81 3 4550 9800

Vorsorglicher Hinweis zu Aussagen über die künftige Entwicklung

Dieser Bericht enthält Aussagen, die Aussagen über die künftige Entwicklung («forward-looking statements») im Sinne des US-Gesetzes zur Reform privater Rechtsstreitigkeiten über Wertpapiere (Private Securities Litigation Reform Act von 1995) darstellen. Des Weiteren können wir sowie Dritte in unserem Namen in Zukunft Angaben machen, die Aussagen über künftige Entwicklungen beinhalten. Solche Aussagen über künftige Entwicklungen betreffen insbesondere:

- unsere Pläne oder Ziele,
- unsere künftigen wirtschaftlichen Leistungen oder Aussichten,
- die möglichen Auswirkungen bestimmter Unwägbarkeiten auf unseren künftigen Erfolg sowie
- Annahmen, die solchen Aussagen zugrunde liegen.

Wörter wie «glauben», «annehmen», «erwarten», «beabsichtigen» oder «planen» und ähnliche Ausdrücke sollen Aussagen über die künftige Entwicklung kenntlich machen, sind aber nicht das einzige Mittel, um solche Aussagen kenntlich zu machen. Wir beabsichtigen nicht, diese Aussagen über die künftige Entwicklung zu aktualisieren, sofern wir nicht durch anwendbare Wertpapiergesetze dazu verpflichtet sind.

Aufgrund ihrer Art beinhalten Aussagen über künftige Entwicklungen allgemeine und spezifische Risiken und Ungewissheiten; und es besteht die Gefahr, dass Vorhersagen, Prognosen, Projektionen und Ergebnisse, die in zukunftsgerichteten Aussagen beschrieben oder impliziert sind, nicht eintreffen. Wir weisen Sie vorsorglich darauf hin, dass mehrere wichtige Faktoren dazu führen können, dass die Ergebnisse wesentlich von den Plänen, Zielen, Erwartungen, Einschätzungen und Absichten abweichen, die in solchen Aussagen erwähnt sind. Zu diesen Faktoren gehören unter anderem:

- die Fähigkeit, eine ausreichende Liquidität aufrechtzuerhalten und auf die Kapitalmärkte zuzugreifen;
- Schwankungen der Märkte und Zinssätze und Höhe der Zinssätze;
- die Stärke der Weltwirtschaft im Allgemeinen und die Stärke der Wirtschaft in den Ländern, in denen wir tätig sind, insbesondere das Risiko der anhaltenden langsamen Wirtschaftserholung oder eines Konjunkturabschwungs in den USA und in anderen Industrieländern im Jahr 2013 und danach;
- die direkten und indirekten Auswirkungen einer Verschlechterung oder einer langsamen Erholung von privaten und gewerblichen Immobilienmärkten;
- weitere negative Ratingmassnahmen von Ratingagenturen in Bezug auf Emittenten von Staatsanleihen, strukturierte Kreditprodukte oder andere kreditbezogene Risiken;
- die Fähigkeit, unsere strategischen Ziele, wie Leistungssteigerung, Risikoreduktion, Kostensenkung und effizienter Kapitaleinsatz, zu erreichen;

- die Fähigkeit von Gegenparteien, ihre Verpflichtungen uns gegenüber zu erfüllen;
- die Auswirkungen und Veränderungen haushalts-, währungs-, handels- und steuerpolitischer Massnahmen und von Währungsschwankungen;
- politische und gesellschaftliche Entwicklungen wie Krieg, Unruhen oder terroristische Aktivitäten;
- die Möglichkeit von Devisenkontrollen, Enteignung, Verstaatlichung oder Beschlagnahmung von Vermögen in Ländern, in denen wir tätig sind;
- betriebliche Faktoren wie Systemausfall, menschliches Versagen oder die nicht ordnungsgemässe Umsetzung von Verfahrensweisen;
- Massnahmen von Aufsichtsbehörden in Bezug auf unser Geschäft und unsere Praktiken in einem oder mehreren der Länder, in denen wir tätig sind;
- die Auswirkungen von Änderungen an Gesetzen, Vorschriften oder Rechnungslegungsgrundsätzen oder -praktiken;
- der Wettbewerb in Regionen oder Geschäftsbereichen, in denen wir tätig sind;
- die Fähigkeit, qualifiziertes Personal zu halten und zu gewinnen;
- die Fähigkeit, unsere Reputation zu wahren und unsere Marke zu fördern;
- die Fähigkeit, unseren Marktanteil zu steigern und unseren Aufwand zu kontrollieren;
- technologische Veränderungen;
- die zeitgerechte Entwicklung und Annahme unserer neuen Produkte und Dienstleistungen und der subjektive Gesamtwert dieser Produkte und Dienstleistungen für deren Benutzer;
- Akquisitionen, einschliesslich der Fähigkeit, akquirierte Unternehmen erfolgreich zu integrieren, sowie Veräusserungen, einschliesslich der Fähigkeit, nicht zum Kernvermögen gehörende Vermögenswerte zu verkaufen;
- der ungünstige Ausgang von Rechtsstreitigkeiten und anderen Unwägbarkeiten;
- die Fähigkeit, unsere Kosteneffizienzziele und andere Kostenvorgaben zu erreichen; sowie
- unser Erfolg bei der Bewältigung der Risiken, mit denen die genannten Faktoren behaftet sind.

Wir weisen Sie vorsorglich darauf hin, dass die vorstehende Liste wichtiger Faktoren nicht erschöpfend ist. Bedenken Sie bei der Beurteilung von Aussagen über die künftige Entwicklung sorgfältig die obigen Faktoren und andere Ungewissheiten und Ereignisse, einschliesslich der Informationen unter «Risikofaktoren» in I – Informationen zum Unternehmen.

Fotografie (Umschlag): Franziska Messner-Rast und Michael Rast

Fotografie (Inhalt): Alberto Venzago

Produktion: Management Digital Data AG

Druck: Neidhart + Schön AG

Papier (Umschlag): Magno Satin, halbmatt gestrichen, FSC-Mix, 350g/m²

Papier (Inhalt): Z-Offset, Dominant Plus, matt, FSC-Mix, 90g/m²



ClimatePartner^o
klimaneutral

Druck | ID: 53232-1302-1023

CREDIT SUISSE GROUP

Paradeplatz 8
8070 Zürich
Schweiz
Tel. +41 44 212 16 16

www.credit-suisse.com